TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN

„Aufbruch“ zwischen den Fronten?

Der „Fall Scheringer“ in der Werbestrategie der KPD um das nationalsozialistische Wähler- und Mitgliederpotential

Dissertationsschrift

Alexander Bischkopf

Berlin 2013

„Aufbruch“ zwischen den Fronten?

Der „Fall Scheringer“ in der Werbestrategie der KPD um das nationalsozialistische Wähler- und Mitgliederpotential

vorgelegt von
Alexander Bischkopf, M.A.
aus Berlin

von der Fakultät I – Geisteswissenschaften
der Technischen Universität Berlin
zur Erlangung des akademischen Grades

Doktor der Philosophie
- Dr. phil. -

genehmigte Dissertation

Promotionsausschuss:

Vorsitzender: Prof. Dr. Jürgen Wolf
Gutachter: Prof. Dr. Werner Bergmann
Gutachter: Prof. Dr. Ulrich Wyrwa

Tag der wissenschaftlichen Aussprache: 28. Oktober 2009

Berlin 2013
D 83

Danksagung

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2008/09 von der Fakultät I für Geisteswissenschaften, Fachbereich Neuere Geschichte, der Technischen Universität Berlin unter dem Titel „Klasse statt Rasse? Das Werben der KPD um das nationalsozialistische Wählerpotential am Beispiel der Zeitschrift „Aufbruch", Kampfblatt im Sinne des Lt. Scheringer a.D." als Dissertation angenommen. Die Erstellung der Dissertation hat von vielen Seiten großzügige Unterstützung erfahren: Mein Dank gilt zuförderst meinen Eltern, Doris und Bodo, und meiner Geburtsstadt Berlin, die mir Studium und Promotion ermöglicht haben. Die Dissertation wurde durch ein Stipendium nach dem „Nachwuchsförderungsgesetz" des Landes Berlin gefördert (Stipendium gemäß §7 NaFöG). Besonderer Dank gilt meinen beiden Berichtern vom Zentrum für Antisemitismusforschung: meinem Doktorvater Prof. Dr. Werner Bergmann und Prof. Dr. Ulrich Wyrwa. Dietrich Stratenwerth danke ich dafür, dass er erstes Interesse bestärkt und gefördert hat.

In großer Dankbarkeit widme ich dieses Buch Verena Schoke, ohne die ich die jahrelange Arbeit nicht durchgestanden hätte.

Abstract

„Aufbruch“ zwischen den Fronten? Der „Fall Scheringer“ in der Werbestrategie der KPD um das nationalsozialistische Wähler- und Mitgliederpotential

Erst nachdem die KPD-Führung Anfang der 30er Jahre akzeptiert hatte, dass es der NSDAP gelungen war „ja sogar z.T. Arbeiter um sich zu scharen“ (Rote Fahne, 29.06.1930) und einen Wahlerfolg nach dem anderen zu feiern, begann sich sie sich widerwillig der neuen innenpolitischen Herausforderung zu stellen. Bis zuletzt wurde die Notwendigkeit, sich mit der NSDAP zu befassen, grundsätzlich in Frage gestellt. Galt die Ausrichtung des antifaschistischen Kampfes auf die Nationalsozialisten, da sie die Kräfte in Nebenkriegsschauplätzen vergeuden würden, doch als kontraproduktiv. Einzige Aufgabe des Faschismus sei es schließlich, dem bedrohten Kapitalismus eine populäre Massenbasis und schlagkräftige Söldnertruppe zu verschaffen.

Während die Funktionäre der NSDAP zu Marionetten in den Händen des Großkapitals degradiert wurden, erklärte sich die KPD-Führung den Anschluss von sozial deklassierten Kleinbürgern und Arbeitern, von denen in wirtschaftlichen Krisenzeiten ganz selbstverständlich ihre Linksradikalisierung erwartet worden war, mit deren gezielter Verwirrung durch eine pseudosozialistische Propaganda. Obwohl die KPD-Führung davon überzeugt war, dass mit der Liquidierung der Puppenspieler zugleich auch das Problem des Nationalsozialismus gelöst werde, meinte sie nicht auf Teile der vermeintlich revolutionären Anhängerschaft der NSDAP verzichten zu können. Diese Gruppen, von deren sozialistischen Sehnsüchten sie fest überzeugt war, sollten durch sozialpolitische Aufklärung in die Reihen der einzigen Arbeiterpartei geführt werden, die die soziale Befreiung erkämpft. Um die Fehlgeleiteten erreichen zu können, wurde als propagandistisches Einfallstor die „nationale Frage“ und insbesondere die lautstarke Verurteilung nationaler Abhängigkeiten gewählt, was zu einer opportunistischen Anknüpfung an den vermuteten Zeitgeist führte.

Neben gewalttätigen Auseinandersetzungen ist die Umwerbung des Wähler- und Mitgliederpotentials der NSDAP, wie die zwei Seiten einer Medaille, ein unabdingbarer Bestandteil ein und desselben Konkurrenzkampfes, im Zuge dessen der politischer Gegner zersetzt und zugleich die eigene Partei gestärkt werden sollte. Ideales Zugpferd für dieses Unterfangen war der durch den Ulmer Reichswehrprozess bekannt gewordene ehemalige Offizier Richard Scheringer. Der nationalsozialistische Hochverräter wechselte während seiner Haftzeit spektakulär die Fronten und setzt sich nun offensiv für die KPD und die bolschewistische Revolution ein. Die KPD reizte, nicht zuletzt aus Mangel an vergleichbaren Fällen, den Frontwechsel Scheringers propagandistisch aus. Sie stilisierte ihn zum Symbol und beispielhaften Vorbild eines geläuterten nationalsozialistischen Dissidenten, der durch Aufklärung (und logisch folgender Einsicht) überzeugt worden war.

Unter der Ägide des parteieigenen Nachrichtendienstes wurde in Scheringers Namen die Zeitschrift „Aufbruch“ herausgegeben, in deren Redaktion alle bürgerlich-nationalistischen Dissidenten, über die die KPD verfügte, zusammengefasst wurden. Der „Aufbruch“ unterhielt als einzige KPD-Organisation Diskussionszirkel in verschiedenen Städten („Aufbruch-Arbeitskreise“), die die Kontaktaufnahme zu wechselwilligen Nationalisten und Nationalsozialisten erleichtern sollten. Ihre Hauptaufgabe aber war die nachrichtendienstliche Auswertung der spärlichen Kontakte ins entgegengesetzte politische Lager.

Eingangs der Arbeit wird, aus dem Blickwinkel des Konkurrenzkampfes um das selbe Wähler- und Mitgliederpotential, die Wahrnehmung und Beurteilung des erneuten Aufstiegs der NSDAP durch die KPD-Führung sowie ihre Reaktionen und die daraus folgende Generallinie untersucht. Im Anschluss wird der „Fall Scheringer“ als exemplarischer Modellfall für die praktische Umsetzung untersucht. Der dritte Abschnitt der Arbeit widmet sich dem „Aufbruch“ und den dazugehörigen Arbeitskreisen. Als Initiator und Träger wird kurz der Nachrichtendienst der KPD beschrieben. Neben der Schilderung der Entwicklung konzentriert sich die Darstellung auf die Strukturen des „Aufbruch“-Projekts und die Arbeitsweisen der unmittelbar beteiligten Protagonisten. Eine Inhaltsanalyse des „Aufbruchs“ schließt diese Arbeit ab.

Abstract

"Aufbruch" between the lines? The "Fall Scheringer" in the advertising strategy of the Communist Party to win the National Socialist voters and members

Only after the KPD leadership had accepted in the early 30s that the NSDAP had succeeded in winning even Workers and celebrated one election victory after another, the officials reluctantly approached the new domestic political challenge. But the need to deal with the Nazi Party was constantly called into question. Focusing the anti-fascist struggle on the NSDAP was considered as a side issue and therefor counterproductive. The KPD leadership was convinced that the sole task of fascism is to gain the threatened capitalism a popular mass base and powerful mercenaries. While officials of the NSDAP were downgraded to puppets in the hands of high finance, the KPD leadership had expected that the socially declassed petty bourgeois and workers would turn druing an economic crisis to the radical left. Their annexation to the Nazi Party was explained with their confusion by pseudo-socialist propaganda.

Although the KPD leadership was convinced that with the liquidation of the puppeteers the problem of Nazism would be generally resolved at the same time, the officials were still willing to win parts of the supposedly revolutionary supporters of the Nazi Party. These groups, by their socialist aspirations, the officials were still convinced, had to be guided by socio-political education in the ranks of the KPD, the single workers' party that fights for true social liberation. To reach the misguided the "national question" was chosen as propaganda gateway. In the course of this strategy the repeated vociferous condemnation of national dependencies was an opportunistic attempt to connect with the suspected zeitgeist.

As regarded the two sides of the same coin, the courtship of the voters and members of the NSDAP is in addition to violent confrontation an indispensable part of the same competitive struggle. The KPD tried to decompose the political opponent and strengthen the own party at once. Ideal leading force for this endeavor was the former Reichswehr officer and NSDAP fellow-traveller Richard Scheringer, who became generally known through the Ulm Reichswehr process. Scheringer, who had tried to win other officers for Nazism and to manipulate the Reichswehr, was convicted for treason. During his detention he spectacularly changed his allegiance and supported abruptly the Communist Party and the Bolshevik Revolution. Not least due to lack of comparable cases, the communists' propaganda exhausted Scheringers change of front. He became a symbol and exemplary model of a purified Nazi dissident, who had been convinced through enlightenment (and logically following insight). Under the aegis of the party's own intelligence service the KPD published in Scheringers name the magazine "Aufbruch" [i.e. decampment or departure]. For the editorial department the KPD concentrated all bourgeois nationalist dissidents who followed the Communist Party. The "Aufbruch" also maintained discussion circles in different cities. Their official task was to facilitate contact to change-willing nationalists and National Socialists. Their main task, however, was the intelligence analysis of the scanty contacts to the opposite political camp.

The dissertation is examining the perception and evaluation of the rise of the Nazi party by the KPD leadership from the perspective of competition for the same potential of voters and members. It also describes reactions of the communist officials and the consequent general line. In the following the "case Scheringer" is examined as an exemplary model for the practical implementation. The third section of the work is devoted to the "Aufbruch" and the related working groups. As the initiator and provider the intelligence service of the KPD is also described. Besides the description of the development this part is focused on the structures of the "Aufbruch" project and the working methods of the involved protagonists. A content analysis of the "Aufbruch" concludes this work.

Inhalt

Zur Einführung **8**

Der „Fall Scheringer" – einzigartige Ausnahme oder symptomatischer Ausdruck einer Massenbewegung zwischen den politischen Extremen? *8*

Zum Forschungsstand *12*

Quellenlage, Methodik und Aufbau der Arbeit *21*

1. Unerwartete Konkurrenz um gemeinsames Mitglieder- und Wählerpotential: Die KPD und der Aufstieg der NSDAP. **25**

1.1 Ideologischer Politikwechsel oder opportunistische Werbestrategie? Die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" als Grundlage der kommunistischen Propagandastrategie Anfang der 1930er Jahre **25**

Eine neue nationalbolschewistische Allianz gegen die Republik? *25*

Der Stein des Anstoßes. Zum Inhalt der „Programmerklärung" *27*

Berechtigte Warnung oder Parteipropaganda? Zu den Motiven der Presserezeption. *34*

Über das Ziel hinausgeschossen? Folgen für die Parteipolitik der KPD. *36*

Den Zeitgeist verschlafen? Die Ursprünge der nationalen Propagandastrategie der KPD *39*

1.2 Dem Tempoverlust hinterher. Die KPD Anfang der 30er Jahre. **50**

Auf fremden Terrain: Die KPD und die nationale Frage. *50*

Eine Partei für (fast) das ganze Volk? *58*

Das richtige Maß: die Balance zwischen Gewalt und Gespräch *64*

Die Mühe nicht wert? Vorübergehendes Phänomen oder ernsthafte Bedrohung? Die fortwährende Bagatellisierung der NSDAP. *72*

1.3 Ein gemeinsamer Aufwasch? Zur Angleichung der Zersetzungs- und Abwerbungspropaganda für die NSDAP und die bewaffneten Staatsorgane **85**

1.4 Träger und Initiator des „Aufbruch"-Projekts: Der Nachrichtendienst der KPD alias Abteilung Militärpolitik (AM-Apparat) **93**

1.5 „Austausch der Extreme"? Übertritte von der NSDAP zur KPD **113**

2. Das Symbol der KPD für nationale Befreiung: Richard Scheringer **133**

Für die deutsche Nation – Der versuchte Hochverrat *134*

Als Symbol der nationalen rechten – Der Reichswehrprozess *136*

Im Fokus der Öffentlichkeit – Die Presserezeption *140*

Ideologische Aufklärungsarbeit in ihrer praktischen Anwendung – Die Haftzeit Scheringers *145*

Der Frontwechsel & Scheringers Erklärung *149*

Symptomatische Erscheinung oder sensationeller Ausnahmefall? Die Presserezeption des Frontwechsels *158*

Scheringer als kommunistischer Propagandist *178*

Als Symbol der KPD – Der „Fall Scheringer" in der Zersetzungsarbeit der KPD *199*

Die Rezeption der Scheringer-Propaganda durch die KPD-Führung *204*
Bürgerliche Feme oder den Bogen überspannt? Die Auslösung des 2. Hochverratsverfahrens gegen Scheringer *206*
Für das demokratische Recht auf Meinungsfreiheit? Das Scheringer-Komitee *211*
Ein unbelehrbarer Radikaler? Der 2. Scheringer-Prozess *214*
Zum vollwertigen Bolschewki geadelt – Die Presserezeption des 2. Scheringer-Prozesses *218*
3. Der „Aufbruch“ und die „Aufbruch-Arbeitskreise“ (AAK) 233
Die Gründung des „Aufbruchs“ und der „Aufbruch-Arbeitskreise“ *233*
Die Erklärung der 13 Offiziere *237*
Die Unterzeichner der Erklärung *242*
Weitere Dissidenten, die in das „Aufbruch“-Projekt involviert waren *252*
Kommunisten, die führend in das „Aufbruch“-Projekt involviert waren *257*
3.1 Der „Aufbruch“ 258
Mitarbeiter und Verantwortliche *258*
Geschäftliches: Finanzierung, Auflage und Vertrieb *274*
3.2 Die „Aufbruch“-Arbeitskreise (AAK) 281
Verantwortliche *281*
Aufgaben und Funktionen *282*
Themen und Inhalte *286*
Verantwortliche nach Einschätzung der Polizei *287*
Aufgaben und Funktionen nach Einschätzung der Polizei *288*
Verbreitung und Mitgliederstärke *290*
3.3 Entwicklung des „Aufbruch“-Projekts 296
Der „Fall Giesecke“ *309*
„Außer Spesen nix gewesen?!“ – Das Ende des „Aufbruch“-Projekts *312*
3.4 Zum Inhalt des „Aufbruchs“ 323
Wortbruch und Verrat – Die ‚Entlarvungs’-Artikel *324*
Die Verurteilung des „3. Wegs“ *340*
Anmerkung zum Antisemitismus *342*
Vorbild und Ermutigung – Die ‚Erkenntnis’-Artikel *344*
Der gemeinsame Nenner? – Die nationale Befreiung Deutschlands *351*
Der einzige Weg zur Befreiung – Der sowjetrussische Sozialismus *358*
Militaria – Blickfänger und Lockmittel *366*
Historische Militaria *375*
Sonstige Artikel *377*

4. Schlussbetrachtung **378**
5. Übersicht „Aufbruch“ **394**
6. Übersicht „Aufbruch“-Arbeitskreise (AAK) **395**
7. Verzeichnis seltener oder ungewöhnlicher Abkürzungen **397**
8. Quellen- und Literaturverzeichnis **398**
Archivmaterialien *398*
Zeitungen und Zeitschriften *400*
Gedrucktes Quellenmaterial *401*
(Auto-) Biographien & Erinnerungen *401*
Forschungsliteratur *402*
10. Personenregister **407**

Zur Einführung

> „Es ist ja auch etwas ganz selbstverständliches, daß gerade zwischen dem linken Flügel der NDSAP und den nach rechts vorgeschobenen Spitzen der KPD Berührungspunkte vorhanden waren."
>
> Aussage Theodor Bottländers, Ressortleiter beim Nachrichtendienst der KPD (Abteilung Militärpolitik), Ressort C – „Faschistische Organisationen", im Gestapo-Verhör am 4. 6. 1934.[1]

Der „Fall Scheringer" – einzigartige Ausnahme oder symptomatischer Ausdruck einer Massenbewegung zwischen den politischen Extremen?

Die Sensation war perfekt, als die KPD am 19. März 1931 im Reichstag triumphierend den Übertritt des als nationalsozialistischen Hochverräter verurteilten Reichswehroffiziers Richard Scheringer zur „Roten Front" verkündete. Scheringer, der durch seinen Prozess, auf dem Hitler seinen „Legalitätseid" ablegen konnte, in ganz Deutschland große Bekanntheit erlangt hatte, war von nationalistischen Parteien und Gruppierungen hofiert worden. Er hatte sich bereitwillig zum Symbol des „nationalen Widerstandes" gegen die demokratische Republik stilisieren lassen und noch wenige Tage zuvor im „Angriff" persönlich seine Verbundenheit mit der „nationalen Bewegung" versichert.

Und nun die diametrale Kehrtwende zur KPD; ausgerechnet zu dem innenpolitischen Feind, den Scheringer noch vor kurzem mit Waffengewalt hatte bekämpfen wollen. Ein derartiger Frontwechsel schien lang gehegte Ängste zu bestätigen, die einen vereinten Kampf der Revolutionäre von Links wie von Rechts, oder zumindest die parteipolitisch beliebige Zerstörungswut ihrer Anhängerschaft, gegen die Weimarer Republik fürchteten. Die Weimarer Presse begann umgehend über mögliche Folgen zu spekulieren und warnte vor massenhafter Umgruppierung im extremen politischen Lager zugunsten der bolschewistischen Revolutionspartei KPD: „Wer kann sich so gewaltsam die Augen zuhalten, um nicht zu sehen, daß der Weg des Leutnants Scheringer kein singulärer und zufälliger, sondern ein typischer Weg ist."[2] So wie Scheringer „sehen hellsichtig einige Tausend, empfinden dumpf Millionen jener Wähler, die am 14. September mehr gefühlsmäßig als bewußt für die nationalsozialistischen Listen gestimmt haben."[3]

Derartige Darstellungen und Einschätzungen stehen im direkten Widerspruch zur üblichen Berichterstattung über die Beziehungen von KPD und NSDAP, die eindeutig von politischen Auseinandersetzungen und von physischer Gewaltanwendung geprägt waren: KPD und NSDAP – verwandte Todfeinde?! Auch die Geschichtswissenschaft konzentriert sich einseitig auf die direkte Konfrontation beider Parteien, die es offensichtlich auf die endgültige gegenseitige Vernichtung abgesehen hatten. In diesem Zusammenhang nach der gleichzeitigen Umwerbung der jeweils feindlichen An-

---

1 BArch ZC 6329, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bd. 3, Bl. 96.
2 FZ, 21. 3. 1931, „Seeckt und Scheringer".
3 VZ, 21. 3. 1931, „Wie wir es sehen; Der Brief des Ulmer Leutnants".

hängerschaft zu fragen, erscheint als widersinnig und wird daher erst gar nicht thematisiert. Die ideologischen Hindernisse für einen direkten Frontwechsel scheinen auch unüberwindbar: Allein der extreme Nationalismus, mit dem die NSDAP alle Klassen und Schichten des deutschen Volkes zu einer Gemeinschaft zusammenschweißen wollte, stand dem kommunistischen Ideal der internationalen Verbrüderung der Arbeiterklasse diametral entgegen.

Zu seltenen Anlässen, wie der Beteiligung der KPD am Volksentscheid der NSDAP und des Stahlhelms gegen die Preußische Regierung unter Otto Braun (SPD) im August 1931 oder dem BVG-Streik vom November 1932, werden beide Parteien im direkten Widerspruch als „Brüder im Geiste" dargestellt, die gemeinsam in Parlamenten und auf der Straße die Weimarer Republik bekämpften. Unter Ausblendung des Konkurrenzgedankens erscheinen direkte Frontwechsel nun als vorstellbar, wenn nicht sogar als üblich und weit verbreitet;[4] und es werden statt der Unterschiede (scheinbar) vorhandene Gemeinsamkeiten bemüht: Die Nationalsozialisten hatten sich nicht nur bei der Gestaltung ihrer Symbolik von der marxistischen Linken inspirieren lassen und die NSDAP zur „Arbeiterpartei" erklärt, die das Ziel verfolge, eine „sozialistische" Wirtschaftsform zu erkämpfen. Doch anders als die KPD suchte die NSDAP den „deutschen Arbeiter" zu gewinnen, um die Arbeiterschaft in die angestrebte Formierung der Nation integrieren zu können, wozu spaltendes Klassenbewusstsein dekomponiert und durch den sozialintegrativen Volksgemeinschaftsgedanken ersetzt werden musste.[5] Demgegenüber erhob die KPD den Anspruch, die deutsche Arbeiterschaft in internationaler Solidarität auf revolutionärem Wege zum Sozialismus zu führen, wozu letztlich auch „die irregeführten Proleten" innerhalb der NSDAP und der SA zu zählen seien.[6]

Untersuchungen zur Wähler- und Mitgliederschaft beider Parteien stellen tatsächlich nicht unwesentliche Schnittmengen fest, die beim Vergleich von KPD und SA besonders prägnant ausfallen.[7] Diese Überschneidungen mussten weiter zunehmen, nachdem die KPD-Führung Anfang der 30er Jahre beschlossen hatte, ihren Adressatenkreis sozial nach oben zu erweitern und sich nicht mehr nur auf die Gewinnung von Proletariern zu beschränken. Dieses Vorgehen folgte ganz der (aktuellen Auslegung der) marxistischen Theorie, die bei der Errichtung eines sozialistischen Gemeinwesens durch das Proletariat die Sympathie und Unterstützung durch die (unteren) Mittelschichten prognos-

---

4 Laut Fest sei der Wechsel zwischen SA und RFB regelmäßig vorgekommen. Schüddekopf behauptet gar, dass „ein weiteres Anzeichen der revolutionären Unrast des deutschen Volkes […] die große Zahl der zwischen den Extremen Fluktuierenden [gewesen sei], die oftmals in kurzer Zeit mehrere Male zwischen ganz rechts und ganz links wechselten". Bezeichnender Weise führt Schüddekopf jedoch nur ein einziges Beispiel an; ja, er kommt noch auf derselben Seite zu der Einschränkung, dass es nur zu einzelnen nachweisbaren Übertritten gekommen sei. Fest, Hilter: Eine Biographie, S. 145 und Schüddekopf, Linke Leute von Rechts, S. 379.

5 Bons, Nationalsozialismus und Arbeiterfrage, Zu den Motiven, Inhalten und Wirkungsgründen nationalsozialistischer Arbeiterpolitik vor 1933, S. 31f.

6 RF, 3. 9. 1930, „Die Revolte der Nazi-Proleten".

7 Siehe u.a.: Falter, Hitlers Wähler, S. 225, Hamilton, Who voted for Hitler?, S. 44ff. oder Ruck, Bollwerk gegen Hitler?, Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und die Anfänge des Nationalsozialismus, S. 48f. sowie Rosenhaft, Beating the Facists?, S. 18ff., 48 & 66f. Vgl. auch: Fischer, German Communists an the Rise of Nazism, S. 129 und ders., Stormtroopers, S. 5, 21 und bes. 29 und 206.

tiziert hatte und gerade in sozialen Krisenzeiten die Umwerbung und Einbeziehung dieser Bevölkerungsgruppen verlangte.

Die beiden genannten Darstellungsweisen lassen sich, wenn sie – wie die zwei Seiten einer Medaille – als verschiedene, aber unabdingbare Bestandteile ein und desselben Konkurrenzkampfes angesehen werden, durchaus miteinander vereinbaren: Die Durchsetzung der eigenen Ziele setzte zweifelsohne die Überwindung der jeweils anderen Partei voraus; erschien aber beiden Seiten ohne weitreichende Führung von Bevölkerungsgruppen, auf die es beide Kontrahenten abgesehen hatten, als kaum durchführbar. Daraus folgt fast zwangsläufig, dass es parallel zur (gewalttätigen) Bekämpfung des Gegners als Gesamtorganisation, zur Umwerbung eines, zumindest teilweise übereinstimmenden, gemeinsamen Wähler- und Mitgliederpotentials kommen musste. Im Konkurrenzkampf um tatkräftige Parteisoldaten und folgsames Wahlvolk suchten beide Radikalparteien auch einen (nicht unwesentlichen) Teil des gegnerischen Massenanhangs aus dessen Organisation heraus abzuwerben. Neben der propagandistischen Umwerbung war ebenso sporadischer persönlicher Kontakt zur direkten Agitation mit Parteigängern des unversöhnlichen Widersachers die logische Folge. Derartige Bemühungen sind sind als „zweite Front" im Konkurrenzkampf um die gegenseitige Zerschlagung anzusehen, indem der jeweilige Gegner durch Entzug seiner Massenbasis geschwächt oder sogar zersetzt werden sollte. Diesem Aspekt der Beziehungen zwischen KPD und NSDAP ist bislang kaum Aufmerksamkeit entgegengebracht worden. Grund genug, das Werben der KPD um das nationalsozialistische Wähler- und Mitgliederpotential zu thematisieren, dokumentarisieren und einer historischen Untersuchung zu unterziehen.

Auch für die KPD-Führung war die konstatierte Parallelität anfangs keine Selbstverständlichkeit. Erst nachdem sie akzeptiert hatte, dass es der NSDAP gelungen war, „mit nationaler und scheinradikaler Demagogie Kleinbürger und Kleinbeamte, Beamte und Angestellte, Studenten, sozial entwurzelte Elemente aus der alten Armee, ja sogar z.T. Arbeiter um sich zu scharen", erhob sie den Anspruch, „den faschistischen Todfeinden im verschärften Kampfe die irregeführten Arbeiter [und Kleinbürger] wieder abzujagen".[8] Dass die Masse der nationalsozialistischen Arbeiter und Kleinbürger auf dem Wege ihrer antikapitalistischen Radikalisierung von der Demagogie der NSDAP abgelenkt und eingefangen worden war, stand für die KPD-Führung außer Frage und sie rief nicht nur einmal dazu auf: „Nazi-Proleten, laßt euch nicht länger betrügen!"[9] Durch sozialpolitische Aufklärung sollte den „Nazi-Proleten" ihre Abhängigkeit als Lohnempfänger im kapitalistischen Wirtschaftssystem vor Augen geführt werden, damit sie erkennen könnten, „daß die Phrasen ‚revolutio-

[8] InPreKorr, Nr. 32, 8. 4. 1931, Die Krise des Nationalfaschismus in Deutschland" und RF, 29. 6. 1930, „‚Sozialistenverfolgung' in der NSDAP.".
[9] RF, 20. 8. 1930, „Meuterei in der Berliner NSDAP.".

när' und ‚sozialistisch' im Munde von Nationalsozialisten nur ein Lockmittel für Proletarier sind".[10] Die Parteiführung war zuversichtlich, auf diese Weise, wie es die „Rote Fahne" einmal aufwiegelnd und plakativ ausgedrückt hatte, den „Rassenhaß in einen revolutionären Klassenhaß umzuwandeln".[11] Dann werde die NSDAP binnen kurzem von „proletarischen revolutionären Fäusten auseinandergehauen – und zwar auch von mancher Faust, die heute, irregeführt, noch unter der faschistischen Fahne steht".[12]

In dem Bemühen, die Führung der Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft und sympathisierender (Klein-) Bürger erlangen zu können, bändelte die KPD mehrmals mit einem Thema an, das nicht das eigene war, aber viele Deutsche – auch innerhalb der Arbeiterschaft – in dieser Zeit tief bewegte. Nach unerwarteter Niederlage, als Unrecht empfundenen Friedensverträgen und dem damit verbundenen Ausschluss Deutschlands aus dem Chor der Großmächte mutmaßten KPD- und KomIntern-Führungen zeitweise, dass die Mobilisierung breiter Massen ohne Bezugnahme auf die so genannte „nationale Frage" und damit ohne opportunistische Anknüpfung an nationalistische Ressentiments nicht mehr möglich sei.

Das ideale Zugpferd für dieses Unterfangen schien Richard Scheringer zu sein. Doch er sollte nicht nur helfen, alte Ressentiments zu überwinden und Interesse für die Politik der KPD zu wecken; er sollte vor allem das beispielhafte Vorbild sein, das Zweiflern und Unzufriedenen Halt und Richtschnur gab und an dem sich alle Wechselwilligen zu orientieren hatten.

Die durch Scheringers Frontwechsel erregte Aufmerksamkeit sollte propagandistisch ausgenutzt werden und es wurde eine breite Propagandakampagne um den ehemaligen Reichswehroffizier in Gang gesetzt. Im Zuge dessen wurde die Zeitschrift „Aufbruch" gegründet, die in seinem Namen unter SA-Proleten, nationalistischen Bürgern oder Reichswehr- und Polizeioffizieren für die Politik der KPD werben sollte. Das „Aufbruch"-Projekt stand, wie die Scheringer-Propaganda insgesamt, unter der Ägide des Nachrichtendienstes der KPD (auch: Abteilung Militärpolitik), der unter anderem mit der Abschöpfung von Informationen aus konkurrierenden Organisationen oder deren Zersetzung betraut war. Die zusätzlich zur Zeitschrift gegründeten „Aufbruch"-Arbeitskreise (AAK) sollten dementsprechend nicht nur die Breitenwirkung des Periodikums durch Vortrags- und Diskussionsabende erweitern, sondern vor allem direkten Kontakt zu Kritikern und Zweiflern aufbauen und derart Spitzel in gegnerischen Organisationen installieren.

Doch bevor die KPD ihre Propaganda und Agitation auf die Umwerbung des nationalsozialistischen Wähler- und Mitgliederpotentials einstellen konnte, musste sich die Partei zunächst ideologisch und politisch zum Nationalsozialismus positionieren. Dies bedeutete zunächst seine Einordnung in das Theoriegebäude des Marxismus-Leninismus, wobei die Parteiführung den Vorgaben der KomIntern

---

10 RF, 29. 6. 1930, „'Sozialistenverfolgung' in der NSDAP.".
11 RF, 30. 12. 1930, „Klassenhaß gegen Rassenhaß".
12 RF, 30. 8. 1930, „Meuterei in der Berliner NSDAP.".

und der von ihr bestimmten Generallinie unterworfen war. Der daraus gefolgerte Stellenwert der Nationalsozialisten im revolutionären Prozess beeinflusste entscheidend die Revolutionsstrategie der KPD und damit auch ihren konkreten Umgang mit der NSDAP und der SA.

Zum Forschungsstand

Der in der vorliegenden Arbeit untersuchte Forschungsgegenstand wurde in vorliegenden Veröffentlichungen zur KPD bislang, wenn überhaupt, nur am Rande angesprochen. So widmet *Flechtheim* in seinem bereits 1948 erstmals erschienenen und auch heute noch lesenswerten Standardwerk der „nationalen Demagogie" der Partei gerade einmal ein Kapitel von vier Seiten, in dem er lediglich einen kurzen Überblick über ihre nationale Propaganda Anfang der 30er Jahre wiedergibt, mit der den Nationalsozialisten der „Wind aus den Segeln" genommen werden sollte.[13] Die Frage nach ihrer Zersetzung oder Abwerbung meint er, da „die Masse der nationalsozialistischen Führer und Anhänger […] natürlich gegen den bolschewistischen und nationalbolschewistischen 'Bazillus' durchaus immun" gewesen sei, getrost ignorieren zu können. Auch *Webers* Untersuchung über die „Strategie und Taktik der KPD 1929-1933" von 1982 konzentriert sich, wie es der Titel bereits deutlich erkennen lässt, einseitig auf den „Hauptfeind Sozialdemokratie".[14] *Mallmann* schenkt in seiner 1996 erschienenen „Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung", obwohl er im Zusammenhang mit „weltanschaulichen Prägungen: Politische Herkunft, Konfession und Dissidenz" des kommunistischen Mitgliederprofils auch die Frage nach Übertritten von der NSDAP zur KPD anspricht, den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten deutlich mehr Aufmerksamkeit.[15] In dem Kapitel „Gräben und Brückenschläge" wird lediglich das Verhältnis der Partei zum „hassgeliebten großen Bruder" SPD und zum katholischen Milieu untersucht. Auf marxistischer Seite ist 2001 von dem Autorenkollektiv *MAGMA*, einer Gruppe von Amateurhistorikern, eine gut recherchierte und eingängig zu lesende Studie über „Die KPD zwischen Revolution und Faschismus" veröffentlicht worden.[16] Doch auch hier wird das Augenmerk, wie der Titel bereits vermuten lässt, auf die groben Linien der Parteistrategie zur Abwehr der steigenden faschistischen Aggression gelegt: „…denn Angriff ist die beste Verteidigung". Die Frage des Um- oder Abwerbens

---

13 Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986; hier zitiert: S. 218.

14 Weber, Hermann, Hauptfeind Sozialdemokratie, Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982.

15 Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik, Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, hier zitiert: Unterkapitel des Kapitels zur „Anatomie der Partei. Sozialprofile und Binnenstrukturen". Annähernd alle Arbeiten, die das Verhältnis der KPD gegenüber der NSDAP untersuchen, konzentrieren sich ausschließlich auf gewalttätige Konfrontationen oder politische Abwehrstrategien; hier seien stellvertretend noch genannt: Priker, Theo, Zum Verhalten der Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, in: Erdmann, Karl D., u.a. [Hg.], Weimar, Selbstaufgabe einer Demokratie, Köln 1979, S. 323-327 und Grebing, Helga, Thesen zur Niederlage der organisierten Arbeiterschaft im Kampf gegen den deutschen Faschismus, in: Breit, Ernst [Hg.], Aufstieg des Nationalsozialismus, Untergang der Republik, Zerschlagung der Gewerkschaften, Köln 1984, S. 94-106.

16 Aschmoneit, Mischa, u.a. (Gruppe Magma), „… denn Angriff ist die beste Verteidigung", Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Bonn 2001.

von Teilen der nationalsozialistischen Parteigänger stellt sich für das Autorenkollektiv als Frage der Massenpsychologie und die Voraussetzungen einer entsprechenden Propaganda und Agitation werden lediglich anhand der Thesen Wilhelm Reichs und der „Frankfurter Schule" zum autoritären Charakter erörtert.

Im Rahmen seiner hervorragenden Arbeit über „the German Communists and the Rise of Nazism" geht *Fischer* ausführlich auf die „Communists-Nazi Relations 1928-1932" ein und untersucht sie nicht nur anhand der „ideological dimension" oder der „sociology" ihrer Beziehungen, die sich für den Autor keineswegs allein auf den (gewaltsamen) Kampf um den politischen und öffentlichen Raum beschränkten.[17] Er thematisiert auch den Konkurrenzkampf beider Parteien um ein gemeinsames Klientel, der sich sowohl als Umwerbung Arbeitsloser als auch als Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz gestaltete. Seine Untersuchung ist jedoch als Rundumschlag angelegt, der die Reaktion der KPD auf den Aufstieg der NSDAP möglichst umfassend wiedergeben soll, weshalb die Abschnitte, die den Forschungsgegenstand der vorliegenden Arbeit behandeln, mitunter recht knapp ausgefallen sind.

Striefler hat sich nach Fischer als zweiter Autor überhaupt und als erster deutscher 1993 mit der Frage der Auseinandersetzungen zwischen NSDAP und KPD auch jenseits gewalttätiger Konfrontationen beschäftigt.[18] Er konzentriert sich im Zuge dessen auf die gegenseitige Umwerbung des jeweils anderen Wähler- und Mitgliederpotentials, insbesondere um den deutschen Arbeiter, und greift auf auch in dieser Arbeit herangezogene Beispiele zurück. Seine umfangreiche Arbeit, die sich jedoch oftmals zu unkritisch der aufgefundenen Quellen bedient, ist indessen Noltes These vom „Europäischen Bürgerkrieg" verpflichtet und sucht daher letztlich die zur NSDAP abströmenden Protestwähler für ihre Entscheidung zu entschuldigen, indem ihr Verhalten als verständliche, ja fast zwangsläufige Reaktion auf den kulturzerstörenden Bolschewismus und die revolutionäre Aggression der KPD dargestellt wird; schließlich sei die „grundlegende Bedrohung […] vom Bolschewismus aus[gegangen], und es schien vielen nur noch eine Frage der Zeit, wann sich kommunistische Vernichtungsprophetien in Deutschland durchsetzten". Strieflers Anliegen ist es daher, die erste Untersuchung zu verfassen, „die sich mit der Frage auseinandersetzt, ob die nationalsozialistische Warnung vor dem Bolschewismus nicht in der Realität eine Begründung hatte".[19] Folgerichtig charakterisiert er die Parteipolitik und Gewalt der Nationalsozialisten auch als „Gegenstrategie der NSDAP" gegen die Aufstandsvorbereitungen der KPD. Letztere waren zwar unzweifelhaft vorgenommen worden, blieben zumeist aber in theoretischen Plänen stecken oder konnten nur dilletantischen Cha-

---

17 Fischer, Conan, The German Communists and the Rise of Nazism, London 1991.

18 Striefler, Christian, Kampf um die Macht, Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

19 Weiter geht Striefler davon aus, dass der „nationalsozialistische Antibolschewismus […] einen rationalen Kern hatte und daher seine Akzeptanz zu erklären ist". Ebenda., S.12f. und 15.

rakter erlangen (was den Polizeibehörden durchaus bekannt war). Eine „Rettung vor dem Bolschewismus mit legalen Mitteln“ stellt er dementsprechend ostentativ infrage!

Dass die NSDAP dabei ernsthaft als sozialistische Arbeiter-Partei anzusehen sei, die dem deutschen Arbeiter tatsächlich mehr zu bieten hatte als die KPD, steht für Striefler außer Frage, und er beteuert auf Grundlage dieser Annahme, dass weitaus mehr Kommunisten zu den Nationalsozialisten übergelaufen seien als andersherum. Doch um das behauptete Bedrohungspotential der KPD entsprechend belegen zu können, bedient sich Striefler zeitweilig fraglicher, ja zweifelhafter Methoden, und er greift – wenn es darum geht, die Stärke der Partei oder vermeintliche Gräueltaten von Kommunisten hervorzuheben – ungeniert allein auf nationalsozialistische Quellen zurück. Auch bei dem Versuch, das angenommene, stärkere Abströmen von Kommunisten zur NSDAP belegen zu können, verfährt der Autor auf diese Weise und zieht dafür mitunter allein nationalsozialistische Quellen heran. Und so belegen seine vermeintlichen Beweise lediglich den anhaltenden Erfolg und die Effektivität nationalsozialistischer Propaganda, die stets versucht hatte, den breiten Einbruch der NSDAP in die marxistische Arbeiterbewegung vorzutäuschen. Bereits der Titel seiner Arbeit suggeriert einen „Kampf um die Macht“, der jedoch nicht zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ausgefochten wurde, sondern sich eher als – mitunter willentlicher und vorauseilender – Rückzugskampf einer zusammenbrechenden Republik und ihrer (bürgerlichen) Eliten unter den Angriffen der NSDAP gestaltete. Die KPD war Anfang der 30er Jahre zu keiner Zeit ein ernstzunehmender Kombattant im „Kampf um die Macht“; die Partei lief vielmehr fortwährend und mit wachsender Verzweiflung der Dynamik und den Erfolgen der NSDAP hinterher. Ihre vermeintliche Stärke bestand vor allem in verbaler Radikalität und der Außenwirkung, die sie auf diese Weise in der (konservativen) Weimarer Öffentlichkeit erreichen konnte. Die KPD war in dieser Zeit weder personell noch finanziell oder organisatorisch zu dem Bedrohungspotential in der Lage, das Striefler ihr zuschreibt. Selbst die Parteiführung war (spätestens ab Anfang 1932) nicht mehr von ihrem Sieg über die kapitalistische Republik überzeugt, so dass tatsächlich revolutionäre Aktionen durch eine aggressive Propaganda ersetzt werden mussten.[20]

Schumann kommt in seiner 2001 veröffentlichen Studie über die „Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933“ zu dem Schluss, dass die überwiegende Mehrzahl der gewalttätigen Auseinandersetzungen in den frühen 30er Jahren zwar zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ausgetragen worden waren. Dass sich „Deutschland seit 1929 in einer Aera des latenten Bürgerkrieges“ befinde, wie es oftmals von Zeitgenossen oder Historikern dargestellt werde, kann der Autor jedoch nicht bestätigen, weshalb „von einem Klima des blutigen Terrors mit vielen Opfern […] keine Rede sein“ könne.[21] Die Vorstellung eines stetig eskalierenden, kurz bevorstehenden offenen Bürgerkriegs sei

[20] Ganz in diesem Sinne: Schäfer, Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, S. 7f.

[21] Schumann, Dirk, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933, Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001; hier zitiert: S. 17f., 306f. und 317.

daher unangebracht. Der Fragestellung seiner Arbeit entsprechend geht Schumann kaum auf gegenseitige Abwerbestrategien oder Parteiwechsel ein. Fast 20 Jahre zuvor, 1983, wurde von *Rosenhaft* die bislang einzige Arbeit veröffentlicht, die dezidiert den „wehrhaften Kampf" der KPD gegen die Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik thematisiert.[22] Ihre Untersuchung, die einen lohnenden und lesenswerten Beitrag zur (kommunistischen) „Political Violence 1929 – 1933" liefert, kann als Antipode zur vorliegenden Arbeit angesehen werden, da ihre Fragestellung zur Auseinandersetzung zwischen KPD und NSDAP einer diametral entgegengesetzten Blickrichtung folgt. Der Aspekt der gegenseitigen Abwerbung bzw. Zersetzung wird dementsprechend nur am Rande angesprochen, um ihren Forschungsgegenstand einordnen und abgrenzen zu können.

Zur Auseinandersetzung der kommunistischen Weltbewegung (in Gestalt der Kommunistischen Internationale) sind zwar einige Arbeiten veröffentlicht worden, sie bleiben aber zumeist, da zu dieser Zeit kein Zugang zu adäquatem Archivmaterial möglich war und in der Regel nur auf seinerzeit publizierten Grundsatzreferate oder -artikel zugegriffen werden konnte, relativ oberflächlich. Nicht zuletzt bedingt die Betrachtung der KomIntern einen internationalen Blickwinkel. Den Werbeversuchen der Kommunisten unter Nationalsozialisten wird dabei gemeinhin keine Beachtung geschenkt. So beschränkt sich bspw. *Pirkers* „Komintern und Faschismus" auf den kommentierten Nachdruck von Grundsatzartikeln der „Internationalen Presse Korrespondenz". Und *Wippermanns* schmaler Band „Zur Analyse des Faschismus" erscheint in seiner Kürze eher als fundierter Lexikonartikel. Er bietet damit einen schnellen und lesenswerten Einstieg in die behandelte Thematik, bleibt aber zwangsläufig recht allgemein. Auch *Schäfers* „Die Kommunistische Internationale und der Faschismus" und *Bayerleins* „Faschismus – Politische Theorie und Praxis der Komintern-Politik" konnten kaum etwas zur konkreten Fragestellung der vorliegenden Arbeit beitragen. Alle genannten Arbeiten haben sich zur Einrahmung des hier behandelten Themas dennoch als wichtige Beiträge erwiesen, da sie die grundlegende Analyse und Interpretation des Faschismus durch die kommunistische Weltbewegung und damit ihre Positionierung darlegen.[23]

Auch die Frage, wie sich die KPD zur Nation positionierte, ist in der Geschichtswissenschaft bislang nur sporadisch aufgegriffen worden. Sie ist für die vorliegende Arbeit aber von wesentlichem Interesse, nachdem sich die Parteiführung dazu entschlossen hatte, ihre Abwerbestrategie und damit auch ihre Propaganda auf der „nationalen Frage" aufzubauen. *Mottschmanns* „Sozialismus und Nation" von 1979 stellt zwar eine kenntnisreiche und gut lesbare Abhandlung von Marx über die KPD bis hin zur SED und dem nationalen Selbstverständnis der DDR dar; der Autor, und damit auch

---

22 Rosenhaft, Eve, Beating the Facists?, The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983.

23 Pirker, Theo, Komintern und Faschismus, Stuttgart 1965; Wipper mann, Wolfgang, Zur Analyse des Faschismus, Die sozia l-demokratischen und kommunistischen Faschismustheorien, Frankfurt/M 1981; Schäfer, Gerd, Die Kommunistische Internat i-onale und der Faschismus, Offenbach 1973 sowie Bayerlein, Bernhard, Faschismus – Polit ische Theorie und Praxis der Komi n-tern -Politik, Das Faschismusproblem in der 'Bolschewisierungs -' und 'Stalinisierungs' -Phase, in: Grebing, Helga, Arbeiterbew e-gung und Faschismus, Faschismusinterpretat ionen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990, S. 135 -145.

letztlich sein Werk, ist durch seine (ehemalige) Mitgliedschaft in der „Konservativen Aktion“ und als ständiger Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“, da zuweilen sein politischer Standpunkt aufblitzt, aber mit Vorsicht zu genießen.[24] *Skroch* wertet in seinem Aufsatz „Deutsche Kommunisten als Nationalisten in der Weimarer Republik“ von 1984 die Berücksichtigung bzw. den Versuch der Ausnutzung nationaler Themata und nationalistischer, revanchistischer Stimmungen in der deutschen Bevölkerung durch die KPD als Beitrag der Partei zu einer „Kontinuität deutschen gewalttätigen Denkens“.[25] Er erkennt darin nicht nur einen äußerst skrupellosen Opportunismus, wonach der Zweck die Mittel heiligte, sondern einen Wandel bzw. die Aufgabe der ursprünglichen kommunistischen Ideologie und Parteipolitik. Seiner These, dass die KPD bewusst Unterschiede zum Nationalsozialismus zu verwischen suchte, um auf der Erfolg versprechenden „nationalistischen Welle mitzuschwimmen“, ist zwar zuzustimmen; dass die Partei aus diesem Grunde auch für den Aufstieg der NSDAP und „für die Vorbereitung und Unterstützung der faschistischen Revisionspolitik gegen Versailles die Mitverantwortung zu tragen hat“, erscheint indes diskussionswürdig. Und dass in der Parteiführung tatsächlich „eine nationale Gesinnung“ vorhanden gewesen sein soll, konnte im Rahmen der Recherchen zu der vorliegenden Arbeit nicht bestätigt werden – im Gegenteil! Skrochs Erklärungsansatz scheint denn auch einer teleologischen Betrachtungsweise verhaftet, da er primär nach Gründen für den Rückfall der Deutschen „in die Barbarei, der in der Ermordung von sechs Millionen Juden kulminierte“, sucht. Es müsste – an anderer Stelle – darüber diskutiert werden, ob für die entsetzliche Entwicklung deutscher Geschichte neben dem, sicherlich prägenden militärischen, obrigkeitshörigen und nationalistischen „Kontinuitätsproblem“, nicht noch andere Faktoren bestimmend verantwortlich waren. Hier wären u.a. die Fragen zu stellen, weshalb die Kontinuität des preußisch-deutschen Militarismus nicht hatte durchbrochen oder zu welcher Zeit bzw. durch welche Ereignisse alternative Entwicklungswege hätten eingeschlagen werden können. Zu beidem hätte die KPD, und auch hier ist Skroch zuzustimmen, deutlich mehr beitragen können, als sie es durch ihre temporären, skrupellosen Versuche, nationalistische Stimmungen auszuschlachten, getan hat. Anstatt derartige Ideologien und Stimmungen konsequent und fortwährend zu bekämpfen, hat sie ihnen auch von der politischen Linken her eine fatale Aufwertung zukommen lassen. Eine Untersuchung, inwieweit die KPD zu einer derartigen Kontinuität beigetragen hat, steht noch aus; doch die KPD war gewiss nicht Motor dieser Entwicklung, sondern lief ihr beständig hinterher und versuchte sie verzweifelt für die eigenen Interessen auszunutzen. Als bislang letzte Arbeit zum Thema KPD und Nation veröffentlichte *Gausmann* 2001 seine „historisch-soziologische Studie über die

---

[24] Motschmann, Klaus, Sozialismus und Nation: wie ‘deutsch’ ist die DDR, München 1979.

[25] Skroch, Peter, Deutsche Kommunisten als Nationalisten in der Weimarer Republik, in: Alff, Wilhelm [Hg.], Deutschlands Sonderungen von Europa 1862-1945, Frankfurt/M 1984, S. 395-414; hier: S. 395.

Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands zu nationalen Frage 1945-1949".[26] Der in der vorliegenden Arbeit behandelte Zeitraum stellt für ihn nur eine Einführung in seine Thematik dar, mit der aufgezeigt werden soll, auf welche Traditionen und Erfahrungen die Partei nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgreifen konnte. Sein historischer Abriss, der gerade einmal sieben Seiten umfasst, bleibt somit ein kurzer Überblick.

Haurys Arbeit „Antisemitismus von Links" von 2002 ist eine umfangreiche und kenntnisreiche, kritische Studie über den linksradikalen Antisemitismus, der von den ideologischen Grundlagen Marx' und Lenins über die Sozialdemokratie des Kaiserreiches, der KPD in der Weimarer Republik bis hin zur SED reicht.[27] Im Zuge dessen geht der Autor ebenfalls auf den (vermeintlichen) Nationalismus der KPD ein, da er hier enge Verbindungen erkennt. Er weist darauf hin, dass beide Ideologien vergleichbare Funktionen, wie bspw. die Exklusion einzelner Bevölkerungsgruppen und damit die Schaffung bzw. Verstärkung von Feindbildern, übernehmen würden. Auch für Haury war das Anknüpfen an nationalistische Weltanschauungen, allerdings weniger ausgeprägt als bei Skroch, nicht nur temporärer Opportunismus, sondern hatte symptomatische Bedeutung für die kommunistische Ideologie und das kommunistische Selbstverständnis erreicht.

Mommsens Aufsatzsammlung „Arbeiterbewegung und nationale Frage" beschränkt sich auf den Zeitraum vor dem Ersten Weltkrieg und damit auf die Gründungsväter Marx & Engels sowie die wilhelminische SPD bzw. die Sozialdemokratie k.u.k.-Österreichs. Sie bietet eine kenntnisreiche Studie über die grundlegende Positionierung der Marxisten gegenüber der Nation, die sich unmittelbar auf die Politik der KPD und die Stimmungen an der Parteibasis auswirkte.[28] Auf *Bramkes* in der Zeitschrift des SED-Instituts für Marxismus-Leninismus, „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung", [29] 1982 und 1986 veröffentlichte Aufsätze zu den letztgenannten Themenkreisen kann getrost verzichtet werden. Sie sollen unter direkter Geschichtsverfälschung wohl vorrangig die Aufgabe einer Hagiographie der kommunistischen Gründungsväter der SED und ihres Nationalstaates erfüllen.

Der „Aufbruch", seine Arbeitskreise und Scheringer als Symbol der nationalen Parteipropaganda bzw. –politik der KPD wurden bereits 1933 erstmals von *Müller* in seiner Broschüre „Nationalbolschewismus", in der er auf knapp 45 Seiten einen Überblick über verschiedene Strömungen wiedergibt, unter dem Kapitel „Kommunistischer Nationalismus?" aufgegriffen.[30] Seine darin vorgenommene politische und organisatorische sowie ideologische und zeitliche Unterteilung hatte großen Einfluss auf die nachfolgende historische Forschung auf diesem Gebiet. So haben sich insbesondere Schüddekopf und Dupeux bei der Gliederung und Schwerpunktsetzung ihrer Arbeiten deutlich er-

---

26 Gausmann, Ulrich, „Für Volk und Vaterland", Eine historisch-soziologische Studie über die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands zur nationalen Frage 1945-1949, Paderborn 2001.

27 Haury, Thomas, Antisemitismus von Links, Hamburg 2002.

28 Mommsen, Hans, Arbeiterbewegung und nationale Frage, Göttingen 1979.

29 Bramke, Werner, Die nationale Frage in der Politik der KPD (1929-1933), in: BGA, Heft 4, 24. Jg. 1982, S. 499-513 und ders., Das Faschismusbild der KPD Mitte 1929 bis Anfang 1933, in: BGA, Heft 5, 28, Jg. 1986, S. 612-621.

30 Müller, Erich, Nationalbolschewismus, Hamburg 1933 – Reprint, 3. Auflage, Koblenz 1990.

kennbar an Müller orientiert. Müllers Arbeit ist, obwohl sie viele interessante (allerdings größtenteils unbelegte) Informationen zum Thema enthält, in erster Linie als historisches Quellenmaterial zu betrachten, zumal der Autor eine persönliche Nähe zu nationalrevolutionären Gruppen (v.a. zu Niekischs „Preußischem Bolschewismus") erkennen lässt. Der Anknüpfung der KPD an die „nationale Frage" und der Aufnahme von ehemaligen Nationalrevolutionären in die Partei bringt er daher zwar einige Sympathie entgegen; sie bleibt für ihn (als Nationalisten) aber letztlich doch ein opportunistischer Versuch, die nationalrevolutionäre Bewegung im Interesse des internationalen Kommunismus auszunutzen. Noch im selben Jahr veröffentliche *Ehrt* unter dem Titel „Entfesselung der Unterwelt, Ein Querschnitt durch die Bolschewisierung Deutschlands" die zweite Auflage seiner umfassenden und grundsätzlichen Abrechnung mit der marxistischen (Arbeiter-) Bewegung von einem konservativ-nationalistischen Standpunkt aus, die als Rundumschlag ideologische, organisatorische und kulturelle Aspekte thematisiert.[31] Die überarbeitete Fassung beschreibt im Kapitel „Nationalbolschewismus" nun deutlich ausführlicher die Berührungspunkte zwischen Kommunismus und Nationalismus. Darin werden neben nationalrevolutionären Gruppen, wie Paetels „Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten" (GSRN) oder Otto Strassers und Stennes' „Schwarze Front", unter anderem auch die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" und der 'Aufbruchkreis um Scheringer' als exemplarische Beispiele dargestellt, mit denen die KPD ihren Landesverrat, ihre Gottlosigkeit und ihre Zerstörung der althergebrachten Kultur zu überspielen und auf diese Weise „ehrliche" Nationalisten zu verwirren suchte. Folgerichtig ist auch Ehrts zweifelhaftes Werk lediglich als historisches Quellenmaterial von Interesse, anhand dessen die Wahrnehmung des „Aufbruch"-Projekts in nationalkonservativen Kreisen ermessen werden kann.

Kritische Arbeiten gegenwärtiger Historiker nähern sich dem „Aufbruch"-Projekt stets von nationalrevolutionärer Seite her und berücksichtigen die programmatischen und organisatorischen Versuche der KPD entsprechende Gruppen zu beeinflussen zumeist wegen der Abgrenzung bzw. Einhegung ihres Forschungsgegenstandes. Als erster Historiker nach dem II. Weltkrieg untersuchte *Schüddekopf* 1960, in Anlehnung an einen von Kurt Hiller in der Weltbühne veröffentlichten Artikel, seine umfangreiche Studie „Linke Leute von rechts" und berücksichtigte dabei dezidiert die Beziehungen zwischen „nationalrevolutionären Minderheiten" und dem Kommunismus.[32] Seine Arbeit ist ein Rundumschlag, der im Zeitraum von 1918 bis '33 möglichst viele Facetten des Forschungsgegenstandes abzuhandeln sucht und von der Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee über die Außenpolitik der Weimarer Republik gegenüber der Sowjetunion bis hin zur Stellung bürgerlicher Nationalisten, von Flügelkämpfen in der NSDAP über die Beschreibung kleiner nationalrevolu-

---

[31] Ehrt, Adolf, Entfesselung der Unterwelt, Ein Querschnitt durch die Bolschewisierung Deutschlands, 2. überarbeitete Auflage, Berlin, Leipzig 1933.

[32] Schüddekopf, Otto-Ernst, Linke Leute von rechts, Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960 sowie Hiller, Kurt, Linke Leute von rechts, in: Weltbühne, Nr. 31, 2. 8. 1932, S. 153-158.

tionärer Gruppen bis hin zu Scheringer und den 'Aufbruch' reicht. Sie bietet daher einen reichen Fundus, der ein außerordentlich weitreichendes und detailliert untersuchtes Spektrum an zwischen den parteipolitischen Fronten oszillierenden Gruppen und Persönlichkeiten enthält.

Schüddekopf übernimmt aber leider zu oft unkritisch die zeitgenössischen Stellungnahmen und Programme beteiligter Gruppen und verlässt sich leichtgläubig auf die (mündlichen) Aussagen beteiligter Protagonisten, die nach der nationalsozialistischen Katastrophe um eine deutliche Distanzierung bemüht waren und darüber den „linken", sozialistischen Aspekt ihrer Ideologie und Politik bewusst überbetonen. Der Beschreibung seines Forschungsgegenstandes und seiner darauf aufbauenden Argumentation fehlt dementsprechend stellenweise die Glaubwürdigkeit, was den Wert der ansonsten akribisch recherchierten Arbeit nicht unwesentlich schmälert. Gelegentlich wäre eine kritischere Betrachtung bzw. Bewertung des verwendeten Quellenmaterials zu wünschen gewesen, zumal durch diese Praxis der Stellenwert und die Bedeutung einzelner kleiner, letztlich unbedeutender nationalrevolutionärer Gruppen oftmals überbetont wird. Und so lässt sich seine These, dass tatsächlich ein „Zusammenfließen der nationalrevolutionären mit der kommunistischen Strömung" im Rahmen des Möglichen gelegen haben soll, nicht belegen; sie blieb auf Kleinstgruppen, ja Sekten ohne politischen Einfluss begrenzt.[33] Auch das kurze Kapitel „Kommunistischer Nationalismus: der Scheringer-Kurs", in dem auf wenigen Seiten neben dem symbolhaften Dissidenten ferner der „Aufbruch" und die AAK beschrieben werden, wird, entsprechend der Fragestellung der Arbeit, weitgehend als Rezeptionsgeschichte nationalrevolutionärer Gruppen dargestellt. Fraglich sind auch seine darauf aufbauenden – zumeist unbelegten! – Behauptungen über die Folgen der vermeintlich nationalen KPD-Politik, wonach sich durch die Nivellierung parteipolitischer Unterschiede der Frontwechsel zwischen beiden Parteien außerordentlich zugenommen und z.T. gar Massencharakter erreicht haben soll. Es ist anzunehmen, dass die Mutmaßungen Schüddekopfs durch seine Konzentration auf nationalrevolutionäre Gruppen entstanden ist, von denen tatsächlich einige Hoffnungen in dieser Richtung hegten und Anstrengungen zu ihrer Verwirklichung unternahmen, aber keinesfalls ausreichend politisches Gewicht besaßen, um die Massenparteien KPD und NSDAP nennenswert zu beeinflussen. Auf vergleichbare Gründe ist auch seine Überbewertung Scheringers und der „nationalen Propaganda" der KPD zurückzuführen. Schüddekopf spricht gar von einem „Scheringer-Kurs" der KPD, ohne darauf zu verweisen, dass die „nationale Propaganda" der Partei neben der üblichen, sozialrevolutionären Parteipropaganda nur eine sekundäre Rolle spielte. Schüddekopfs Angaben zum „Aufbruch", den AAK und Scheringer sind, da ihm entscheidendes Archivmaterial nicht zugänglich war, gelegentlich ungenau oder falsch. So sind ihm die nachrichtendienstlichen Aufgaben der AAK, wie die Leitung des „Aufbruch"-Projekts durch den AM-Apparat völlig unbekannt. Er stellt die beteiligten Nationalisten als innerhalb der KPD autonom agierende Kräfte dar,

[33] Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 290.

die sich in Konkurrenz mit althergebrachten Kaderkommunisten um die Bestimmung der Parteilinie befunden hätten. Erst nach Monaten eines angeblichen „Scheringer-Kurses“ erkennt Schüddekopf die direkte Unterordnung der Gruppe unter die KPD-Führung.

1965 veröffentlichte der an nationalrevolutionären bzw. nationalbolschewistischen Gruppen persönlich führend beteiligte *Paetel* eine, nach einzelnen Organisationen sortierte Übersicht über die entsprechende Bewegung in der Weimarer Republik.[34] Der Autor verfügt zwar über interessante, interne Kenntnisse und kann durch seine politisch-biographische Reflexion anschaulich zeitgenössische Stimmungen, Auffassungen und Stilistiken – also das damals in nationalrevolutionären Kreisen vorherrschende Lebensgefühl – wiedergeben. Er räumt dabei, neben knappen biographischen Angaben, dem Zitat aus relevanten Publikationen außerordentlich viel Platz ein; lässt im Zuge dessen aber kaum ein kritisches Hinterfragen seines Forschungsgegenstandes erkennen. Darüber hinaus stellt Paetel den – zweifelsohne mitunter vorhandenen und z.T. mit dem eigenen Leben bezahlten – Antifaschismus, besser: Anti-Hitlerismus, der aufgeführten Gruppen bzw. Protagonisten einseitig in den Vordergrund. Er ist sichtlich bemüht, auf diese Weise ihre ideologische, politische und organisatorische (und moralische!) Trennung von der NSDAP und damit eine Art Ehrenrettung der genannten Gruppen zu erreichen. Sein Ziel war es wohl, einen sauberen, von Gräueltaten unbelasteten, alternativen National-Sozialismus zu präsentieren. Folgerichtig hatte er die Erstausgabe seiner Arbeit auch „Versuchung oder Chance“ genannt.

Auch *Dupeux* konzentriert sich in seiner herausragenden, ebenso kenntnisreichen wie kritischen Studie über den „‘Nationalbolschewismus’ in Deutschland 1919-1933“, die ein unverzichtbares Standardwerk zu diesem Themenkreis darstellt, auf die zwischen den parteipolitischen Fronten liegenden nationalrevolutionären Gruppen.[35] Sie ist wie Schüddekopfs Arbeit als Rundumschlag konzipiert, der möglichst viele Facetten des Themenkomplexes abzuhandeln sucht. Seine Untersuchung schließt Dupeux mit dem „Pseudo-‘Nationalbolschewismus’“ der KPD ab, um Verbindungslinien, vor allem aber ideologische wie personelle Unterschiede zur radikalen Rechten herauszustellen. In diesem Kapitel wird ein kurzer, lesenswerter Überblick über die „Programmerklärung“, Scheringer, den „Aufbruch“ und die Teilnahme der KPD am Volksentscheid des Stahlhelms gegen die Preußische Landesregierung geboten. Er ist dabei – wie der Autor der vorliegenden Arbeit – davon überzeugt, dass die KPD-Führung mit ihrer opportunistischen Anknüpfung an die „nationale Frage“ „lediglich den ‘Faschismus’ schwächen wollten“, weshalb keinesfalls von der „Legende vom ‘verhängnisvollen Bündnis’ der Extreme“ gesprochen werden könne. Folgerichtig könne auch die selbsternannte „Befreiungspolitik“ der KPD nicht mit dem „Nationalbolschewismus“, der eine exklusive Domäne der

---

[34] Paetel, Karl Otto, Nationalbolschewismus und nationalrevolutionäre Bewegungen in Deutschland, Schnellbach 1999. Erstausgabe: „Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus“, Göttingen 1965.

[35] Dupeux, Louis, „Nationalbolschewismus“ in Deutschland, Kommunist. Strategie und konservative Dynamik, München 1985. Folgende Zitate: Ebd., S. 437, 447 und 458.

radikalen Rechten geblieben sei, verglichen oder gar darunter subsumiert werden. Die Partei habe vielmehr versucht mittels der „Verlockungen", die die „nationale Propaganda" erzeugen sollten, eine „Offensive […] zur Zersetzung der faschistischen Organisationen und zur Rückführung der 'Reserve' in die Reihen der 'Revolutionsarmee' einerseits in politischer, andererseits in gesellschaftlicher und beruflicher Richtung" starten wollen.

Schüddekopf, Paetel und Dupeux nähern sich der Thematik von der politisch entgegengesetzten Seite und konzentrieren sich auf den ideologisch-politischen Aspekt der Beziehungen zwischen nationalrevolutionärer Rechten und kommunistischer Linken. Das aktive Abwerben dieser zwischen den parteipolitischen Fronten agierenden Nationalrevolutionäre durch die KPD wird von ihnen daher nur sporadisch angesprochen.

Die von einem Autorenkollektiv unter der Leitung *Kaufmanns* erarbeitete Studie über den „Nachrichtendienst der KPD 1919-1937" betrachtet den „Aufbruch", führend beteiligte Mitarbeiter, vor allem aber die Arbeitskreise ganz zu Recht als Bestandteil des AM-Apparates, und beschränkt ihre Untersuchung der Zeitschrift und der AAK daher allein auf ihren Stellenwert bzw. ihre Bedeutung für die nachrichtendienstliche Arbeit.[36] Die Studie, die wichtige Erkenntnisse und Einblicke in die illegale Arbeit der KPD liefert, ist jedoch stellenweise, insbesondere im Zusammenhang mit der politischen Bewertung der Partei und ihrer Organisationen, mit Vorsicht zu genießen: das Autorenkollektiv setzt sich aus ehemaligen Mitarbeitern des MfS zusammen, die um eine möglichst positive Darstellung des Nachrichtendienstes bemüht sind.

Abschließend sei noch auf die Arbeiten von *Kühnl*, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930 (1966), *Fischer*, Stormtroopers (1983), *Moreau*, Nationalsozialismus von Links: die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die „Schwarze Front" Otto Strassers 1930-1935 (1985), *Bindrich*, Beppo Römer, Ein Leben zwischen Revolution und Nation (1991), oder *Bons*, Nationalsozialismus und Arbeiterfrage (1995), hingewiesen, die zur Ausarbeitung der vorliegenden Untersuchung – durch ihren parteipolitisch entgegengesetzten Ausgangspunkt – zur Eingrenzung des untersuchten Forschungsgegenstandes ein großer Gewinn waren.

Quellenlage, Methodik und Aufbau der Arbeit

Während die Quellenlage zur allgemeinen Parteiarbeit der KPD, nachdem das Parteiarchiv größtenteils zugänglich gemacht worden ist, als umfangreich zu bezeichnen ist und für die vorliegende Untersuchung mehr als ausreichend war, musste das Gros der Daten zum „Aufbruch" und seiner Arbeitskreise aus Sekundärquellen rekonstruiert werden. Als Projekt des Nachrichtendienstes wurde die Arbeit ohnehin nur spärlich dokumentiert. Illegalität, Verfolgung und Exil haben den Datenbe-

[36] Kaufmann, Bernd, u.a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993.

stand weiter reduziert. Persönliche Erinnerungen von Beteiligten sind rar gesät und oftmals wenig zuverlässig. Sie sind entweder ideologisch stark eingefärbt oder stammen aus Verhören der Geheimen Staatspolizei. Eine einseitige oder bewusste und gezielte Politisierung ihrer Darstellungsweisen und Kommentare betrifft aber letztlich alle hier rezipierten Quellen, da die Stellungnahme zu einem, die Grenzen und Begrifflichkeiten der üblichen Tagespolitik sprengenden, hoch emotionalen Thema stets von persönlichen Interessen bestimmt war. Um sich dem Themenkomplex unter möglichst vielen verschiedenen Gesichtspunkten nähern zu können, wurde der Forschungsgegenstand von mehreren Standpunkten aus untersucht und beschrieben. Die einzelnen Blickwinkel sollen, einem Kaleidoskop vergleichbar, verschiedene Sichtweisen auf ein und dasselbe Geschehen wiedergeben. Sie lassen sich grob in drei Gruppen einteilen:

Ausgangspunkte sind stets die jeweils verantwortlichen Organe der KPD, soweit sich ihr Entscheidungsbildungsprozess rekonstruieren lässt. Sowohl bei der offiziellen Partei als auch beim Nachrichtendienst konnten keine Protokolle der entsprechenden Gremien aufgefunden werden. Aus dem Politbüro und Sekretariat sind lediglich die Beschlussprotokolle verfügbar, so dass nur nachvollzogen werden kann, welche Themen angesprochen und diskutiert worden sind. Zur Rekonstruktion der Beobachtungen, Überlegungen und Absichten der KPD-Führung musste daher auf die Protokolle der einzelnen ZK-Plena zurückgegriffen werden – wohl wissend, dass die Delegierten des Zentralkomitees Anfang der 30er Jahre allein die Politik zu bestätigen hatten, die zuvor im Politbüro beschlossen worden war. Ihr Einfluss wurde zunehmend darauf beschränkt, sich im Zweifelsfall für eine der vorgegebenen Optionen auszusprechen. Kritik konnte dabei lediglich in Ansätzen geäußert und allenfalls in Nuancen von der vorgegebenen Generallinie abgewichen werden. Obwohl im ZK weder das strategische noch das taktische Vorgehen der KPD geplant wurde, ja nicht einmal kontroverse Debatten stattfanden, erlauben die Protokolle dennoch den genauesten Einblick in die Entscheidungsfindung der Parteiführung. Wurden hier doch immerhin noch vorsichtig Alternativen erörtert und Gegenvorschläge geäußert, aber auch Probleme und Missstände thematisiert, die unter keinen Umständen an die Öffentlichkeit gelangen durften. Den Beratungen des ZKs werden sowohl die internen Rundschreiben der KPD-Führung an ihre Parteibezirke als auch öffentliche Verlautbarungen gegenübergestellt, um sie erstens von der durch die euphemistische Propaganda bestimmten Selbstdarstellung scheiden zu können.[37] Und zweitens, um feststellen zu können, welche der erwogenen Pläne tatsächlich in Angriff genommen wurden und welche nur Gedankenspiele blieben.

Reaktionen der politischen Öffentlichkeit sowohl auf theoretische Veröffentlichungen wie auf tatsächliche Ereignisse werden überwiegend anhand von Pressepublikationen ermessen und beschrieben. Ein Pressespiegel quer durch das politische Spektrum soll einen breiten Überblick ermöglichen,

[37] Weber hat einen Großteil der Rundschreiben in der Dokumentensammlung 'Die Generallinie: Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933' zusammengetragen. Sie wurden in dieser Arbeit durch Schreiben aus dem Bestand des Bundesarchivs ergänzt.

an dem Übereinstimmungen und Differenzen einzelner politischer Parteien oder Gruppierungen dargestellt werden können. Bei herausragenden Ereignissen werden den Reaktionen und Kommentaren der Presseorgane gesonderte Kapitel gewidmet.

Die Weimarer Polizei- und Justizbehörden bilden die letzte der drei Gruppen. Anhand ihrer Lageberichte, Auswertung und Interpretation der Presse, der Beobachtungen verdeckt ermittelnder Beamter oder ihrer Verhörprotokolle und Gerichtsurteile soll sowohl die Wahrnehmung und daraus resultierende Einschätzungen als auch die Reaktionen und Maßnahmen des Weimarer Staates ermessen und beschrieben werden.

Da der untersuchte Forschungsgegenstand in der vorliegenden Arbeit erstmals thematisiert wird, erschien stellenweise eine grundlegende Dokumentation notwendig, weshalb dem ausführlichen Zitat entsprechender Platz eingeräumt wurde. Gerade bei diesem hoch emotionalen, die politischen Alltagsgrenzen verwischenden Thema, machte oftmals der Ton die Musik. Durch eine zu abstrakte, indirekte Zusammenfassung der Inhalte könnte zuweilen Unverständnis dafür entstehen, worin Zeitgenossen Unterschiede oder Gemeinsamkeiten zu erkennen glaubten und worüber seinerzeit diskutiert oder erbittert gestritten worden ist.

Um den „Fall Scheringer" adäquat einordnen und bewerten zu können, konzentriert sich die Arbeit eingangs auf die Frage, wie die KPD-Führung zu ihrer Politik gefunden hatte, mit der Nationalsozialisten um- bzw. abgeworben werden sollten. Voraussetzung für dieses Unterfangen war zunächst eine grundsätzliche Positionierung gegenüber dem Nationalsozialismus. Sie bildet das Fundament, auf dem die Parteiführung ihre (Propaganda-) Strategie und praktische Agitation aufbaute, weshalb sich die Unterteilung des erstens Abschnittes primär an den ZK-Plena, aber auch an symbolischen Ereignissen orientiert. Der Schwerpunkt wird dabei auf grundsätzliche Absichten und theoretische Vorhaben der KPD-Führung gelegt, die sie intern den Funktionärskreisen verordnete oder öffentlich in Programmen und Deklarationen verlautbaren ließ. Es werden in diesen Kapiteln daher zumeist die übergeordneten Pläne für die gesamte Parteipolitik beschrieben. Die in diesem Abschnitt erarbeitete Generallinie zur Zersetzung und Abwerbung des nationalsozialistischen Massenanhanges soll dann mit dem Inhalt der Zeitschrift „Aufbruch" und der Tätigkeit ihrer Arbeitskreise abgeglichen werden, um so das Projekt in die Parteipolitik der späten Weimarer Jahre einordnen und etwaige Kontinuitäten oder Brüche, aber auch mögliche Sonderwege und Eigenarten feststellen zu können. Anhand der Spielräume, die die Parteiführung bei der Gestaltung und Formulierung der Propagandaschriften gestattete, kann ermessen werden, in welchem Grade (opportunistische) Anknüpfungspunkte zum nationalsozialistischen Gedankengut erlaubt waren bzw. ob sogar einige seiner Bestandteile in die Parteipolitik und –propaganda integriert wurden. Andererseits können die Topoi, die für die KPD auch im „Aufbruch" unverzichtbare Themen waren und auf deren Nennung und Einhaltung bestanden wurde, als grundlegende und unumstößliche Merkmale kommunistischer Ideologie und Identität in der Weimarer Re-

publik gelten. Auf diese Weise soll eine genaue Verortung der KPD nach Rechts und eine genauere Grenzziehung zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus bzw. Nationalismus erreicht werden, als dies bislang möglich war.

Anhand des „Fall Scheringer" soll dann exemplarisch das praktische Vorgehen der KPD bei ihren Umwerbungsversuchen des nationalsozialistischen Wähler- und Mitgliederklientels untersucht und beschrieben werden. Der „Fall Scheringer" bot sich für die Untersuchung an; war Scheringer doch – nicht zuletzt aus Mangel an gleichrangigen Alternativen – von der KPD schnell zum Symbol und zum exemplarischen Vorbild für die umworbene Klientel stilisiert worden. Kein anderer Dissident beeinflusste derart die Politik der KPD sowie die Wahrnehmung der Partei in der Weimarer Öffentlichkeit; kein anderer Frontwechsel zog derart rege (Propaganda-) Tätigkeiten nach sich, die nicht nur weite Teile der Parteiorganisation betrafen, sondern auch in der Gründung neuer, verdeckter Parteistrukturen mündete. Als zentraler Figur, Ursprung und Auslöser des „Aufbruch"-Projekts, wird zunächst Scheringers Lebensweg, unter besonderer Berücksichtigung seines Frontwechsels sowie seiner propagandistischen Tätigkeiten für die KPD, aufgearbeitet und untersucht.[38] Die daraufhin gegründeten Zeitschrift „Aufbruch" und ihre Arbeitskreise waren eine nach rechts vorgeschobene Spezialorganisation des Nachrichtendienstes der KPD und neben dem „Kampfbund gegen den Faschismus" (KgdF) wohl die einzige KPD-Organisation, die direkt mit der Propaganda und (persönlichen) Agitation unter Nationalsozialisten beauftragt worden war. Im Gegensatz zum „KgdF", der zeitgleich mit der physischen Abwehr nationalsozialistischer Aggression beauftragt war, war das „Aufbruch"-Projekt allein auf die Zersetzung und Abwerbung begrenzt. Um Einsichten in die konspirativen Organisationsformen und Arbeitsmethoden des kommunistischen Nachrichtendienstes, die sich auch auf das „Aufbruch"-Projekt auswirkten, gewinnen zu können, wird kurz der Geheimapparat der KPD beschrieben. Die daran anschließenden Kapitel behandeln die Arbeitweise, Verbreitung und Entwicklung der „Aufbruch"-Organisation (Zeitschrift wie Arbeitskreise) bis zu ihrer Auflösung im Frühjahr 1933. Kurze Biographien der beteiligten Akteure, die einen Überblick ermöglichen sollen, wer sich in derartigen Organisationen engagierte, runden die Untersuchung ab.

[38] Hier war aus Mangel an biographischer Literatur zunächst eine kritische Aufarbeitung und Dokumentation seines Lebensweges notwendig. Bislang ist von Scheringer lediglich seine Autobiographie veröffentlicht worden, die allerdings erwartungsgemäß, da er auch nach 1945 führendes Mitglied der KPD bzw. DKP blieb, recht tendenziös ausgefallen ist. Scheringer, Das große Los: unter Soldaten, Bauern und Rebellen, München 1979.

1. Unerwartete Konkurrenz um gemeinsames Mitglieder- und Wählerpotential: Die KPD und der Aufstieg der NSDAP.

> „In der Bekämpfung der Faschisten macht sich die vor einigen Monaten beschlossene Taktik der KPD. immer mehr bemerkbar. Hiernach ist die Parole ‚Schlagt die Faschisten, wie ihr sie trefft' widerrufen worden und es soll versucht werden, mit den Nationalsozialisten, Stahlhelmern usw. zu diskutieren. Wie ein Referent in einer Jungwählerversammlung sich ausdrückte, soll versucht werden, die Faschisten nicht mehr mittels Revolver und Messer zu überzeugen, sondern durch freundliches eindringliches Zureden."
>
> Lagebericht der Polizei Bremen, vom 10. 9. 1930.[39]

1.1 Ideologischer Politikwechsel oder opportunistische Werbestrategie? Die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" als Grundlage der kommunistischen Propagandastrategie Anfang der 1930er Jahre.

Eine neue nationalbolschewistische Allianz gegen die Republik?

„KPD wird nationalistischer als Hitler!" titelte der sozialdemokratische „Vorwärts", nur wenige Tage vor den Reichstagswahlen im September 1930.[40] Das Parteiorgan der SPD klagte die KPD an, eine von den Nationalsozialisten „geborgte Ideologie" im „Fememörderjargon" der radikalen Rechten zu verbreiten: „*Hitler* und *Goebbels* werden sich bei der Lektüre dieser Erklärung die Augen reiben – sie sind geschlagen und übertrumpft!" Für das Organ der kommunistischen Opposition (KPD-O), „Gegen den Strom", war die KPD damit tief „im Sumpf des spießbürgerlichen Nationalismus" versunken.[41]

Auch in liberalen Tageszeitungen finden sich vergleichbare Beurteilungen. Es schien, als sei das radikale politische Lager mit einem Mal in Bewegung geraten, wodurch sich die altbekannte parteipolitische Ordnung aufzulösen drohte. Die „Frankfurter Zeitung" bestätigte, dass die KPD neuerdings überraschend „stark mit nationalistischen Begriffen" um neue Wählerschichten werbe.[42] Sollte die Partei ihren neuen Kurs weiter verfolgen, warnte die Zeitung, sei zu erwarten, dass sich im Parteienspektrum zwischen KPD und NSDAP in nächster Zeit „der Ring schließt".[43] Es sei dann zu befürchten, dass aus dieser Vereinigung eine neue nationalbolschewistische Bewegung hervorgehen könnte; bisherige Widerstände sollten nicht überschätzt werden. Ein derartiger Zusammenschluss

---

39 BArch R 1501/20153, Bl. 43.
40 Vorwärts, 25. 8. 1930, „Ein neues kommunistisches Programm. Die KPD. wird nationalistischer als Hitler".
41 GdS. Nr. 36, 6. 9. 1930, „Im Sumpf des spießbürgerlichen Nationalismus".
42 FZ, 26. 8. 1930, „Kommunistischer Nationalismus".
43 FZ, 26. 8. 1930, „Der Ring schließt sich; Nationalisten und Kommunisten".

bilde, so die „Vossische Zeitung", einen „Bund der Zerstörer".[44] Denn in einem Ziel seien sich beide Seiten „einig, und darin reichen sie sich brüderlich die Hände: in dem Haß gegen den Staat, aus dem sie einen Trümmerhaufen machen wollen. Extremer Nationalismus und Kommunismus vereinen sich zu einem Nationalbolschewismus, der den *einen* Willen hat: zu zerstören." Der „Jungdeutsche", Organ des konservativ-antisemitischen „Jungdeutschen Ordens", der sich zu den anstehenden Wahlen vorübergehend mit der DDP zur nationalliberalen Staatspartei zusammenschloss, äußerte sich in vergleichbarer Weise:

„Man muß sagen, daß der Aufruf nicht ungeschickt ist, denn liest man ihn aufmerksam und setzt man statt ‚wir *Kommunisten*' – ‚wir *Nationalsozialisten*', setzt man statt *‚Sowjetdeutschland'* – *‚das Dritte Reich'*, so wird man kaum einen Unterschied zum nationalsozialistischen Programm finden. Was bleibt eigentlich noch, was die beiden Flügel trennt? Doch nur dies: *die Nationalsozialisten wollen die Diktatur nach dem Muster Mussolinis, die Kommunisten wollen die Diktatur nach dem Muster Lenins. Bei Lichte besehen, kommt es auf einen Streit um eingetragene Patente heraus.*"[45]

Die unerwartet deutliche Gleichsetzung der erklärten Todfeinde KPD und NSDAP zu wesensverwandten Bundesgenossen war durch die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes", die die KPD am 24.08.1930 kurz vor der Abstimmung im Zuge ihres Wahlkampfes veröffentlicht hatte, ausgelöst worden. Eine Gleichsetzung, die von den NS-Dissidenten um Otto Strasser und einigen Nationalrevolutionären ausdrücklich bestätigt wurde. Sie waren davon überzeugt, dass die „Programmerklärung" den Beginn eines ideologischen Wandels innerhalb der KPD markiere. Der führende KGRNS-Funktionär Mossakowsky feierte sie im „Nationalen Sozialisten" als „ein bedeutsames, ein historisches Dokument, denn mit ihm stellt sich die KPD. in die Front des deutschen Widerstandes und der Freiheitspolitik".[46] Ihre Kriegserklärung gegen die territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands „unterschreiben wir Wort für Wort!". Auf den Wandel der KPD, vermutete Mossakowsky, habe „*die Hitlerpartei zweifellos beschleunigend gewirkt*; je mehr diese zahlenmäßig wuchs, um so notwendiger wurde für die KPD., daß sie ihre politische Haltung gemäß der deutschen Wirklichkeit korrigierte." Nachdem die KPD bereit sei, den nationalen Freiheitskampf aufzunehmen, strebte die KGRNS offen ein gemeinsames Kampfbündnis gegen das Weimarer System an.

Für den Nationalrevolutionär Ernst Niekisch, Herausgeber der Zeitschrift „Widerstand", war die „Programmerklärung" nichts weniger als „wohl das *bedeutsamste Ereignis der deutschen Innenpolitik seit langer Zeit*".[47] Nachdem auch die Kommunisten die „nationale Stellung" besetzt hätten, ließen sich erste „Umrisse einer Front des deutschen Freiheitskampfes" erkennen. Niekisch glaubte gar einen Wandel in der kommunistischen Identität ausgemacht zu haben, wodurch sich auch die Zielvorstellungen ge-

---

44 VZ, 27. 8. 1930, „Der Bund der Zerstörer; Nationalistische Kommunisten und kommunistische Nationalisten".

45 Der Jungdeutsche, 26. 8. 1930, „‚Sowjetdeutschland', Moskau auf dem Simpelfang - Die nationale K.P.D.", hier nach: BArch R 1501/20143, Bl. 8.

46 NS, 26. 8. 1930, Abschrift des Artikels in Auszügen durch die Polizei unter: BArch R 1501 / 20153, Bl. 26.

47 NS, 12. 9. 1930, „Die KPD. besetzt die nationale Stellung", hier nach: BArch R 1501/20153, Bl. 49.

wandelt hätten: „Der proletarische deutsche Arbeiter empfindet sich nicht mehr als Klassenwesen: er bejaht den *nationalen Zusammenhang*, in den er hineingestellt ist, und er begreift, daß sein sozialer Befreiungskampf nur in Form des nationalen Befreiungskampf geführt werden kann." An eine überlegte, opportunistische Propagandastrategie der KPD glaubte Niekisch nicht; er war im Gegenteil fest davon überzeugt, „daß hier nicht Demagogen poltern, sondern die Dinge selbst in Bewegung geraten sind". Die Partei werde die sozialistische Revolution nun als Instrument zur Stärkung der Nation für die bevorstehenden Befreiungskämpfe gegen die Entente einsetzen. Auch für Niekisch hatte sich die KPD nun an die Spitze des nationalen Freiheitskampfes gesetzt und die NSDAP in dieser Rolle abgelöst.

Nach zwei Tagen seltener Sprachlosigkeit begrüßten selbst die Nationalsozialisten bereitwillig die vermeintliche programmatische Annäherung der KPD – konnten sie sich doch als Sieger präsentieren, deren Ideologie sich in wesentlichen Teilen durchgesetzt hatte. Nach Einschätzung des „Völkischen Beobachters" könne die NSDAP das neue KPD-Programm als ihren „bisher größten Sieg" feiern; „denn zähneknirschend muß die bolschewistische Leitung *unsere Losungen stehlen*, denen sie jetzt ausdrücklich ‚programmatische Bedeutung' zuschreibt".[48] Damit sei die „geistige Bankrotterklärung des Marxismus" doch endgültig bewiesen.

Der Stein des Anstoßes. Zum Inhalt der „Programmerklärung".

Bei der Lektüre der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" fällt schnell auf, dass sich die Presserezeption auf einzelne Passagen zur nationalen Frage konzentrierte; und es finden sich in der Tat erstaunliche Passagen, die entsprechende Reaktionen zu rechtfertigen scheinen.[49] Nicht nur, dass die KPD erstmals ausdrücklich den Anspruch erhob, für die „nationale Befreiung" des „deutschen Volkes" zu kämpfen – und nicht mehr nur für die soziale Befreiung der Arbeiterklasse; sie warf der NSDAP-Führung darüber hinaus lautstark vor, „nicht ihre Stimme gegen die gewaltsame *Angliederung Südtirols an das faschistische Italien*" zu erheben. Wenn die Nationalsozialisten dennoch behaupteten „gegen die Abtrennung einer Reihe deutscher Gebiete von Deutschland" zu kämpfen, so sei dies eine bewusste Lüge. Durch ihre Beteiligungen an Koalitionsregierungen in den deutschen Ländern habe die NSDAP vielmehr „die *nationalen Interessen* der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegerstaaten verkauft, wie es die Sozialdemokratie seit zwölf Jahren getan hat".

Der Faschismus jeglicher Spielart sei schlicht nicht im Stande, nationale Befreiung zu erkämpfen, denn „überall, wo er an der Macht steht, [unterdrückt er] die von ihm unterworfenen Völker (in Italien die Deutschen und Kroaten, in Polen die Ukrainer, Weißrussen und Deutschen, in Finnland

---

48 VöBe, 28. 8. 1930, „Geistige Bankrotterklärung des Marxismus …".

49 RF, 24. 8. 1930, „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes".

die Schweden usw.)". Darüber hinaus wende sich die NSDAP „gegen den Freiheitskampf der *Kolonialvölker*" und fordere „für Deutschland *Kolonien*". Bereits jetzt würden „ueberall, wo der Imperialismus unterdrückte Volksmassen knechtet, würgt und niederschießt, […] die *deutschen Faschisten*" tüchtig mitwirken.

Dadurch, dass sie gegenüber einer ultranationalistischen Partei als Lehrmeisterin in nationalen Belangen auftrat, hatte sich die KPD in einen gefährlichen Wettstreit begeben. Sie versuchte sich als einzige Partei zu stilisieren, die sich allen Formen der nationalen Ausbeutung konsequent widersetzt; ja als einzige Partei, die überhaupt in der Lage sei, die nationale Befreiung erkämpfen zu können.[50] In einem umfassenden Rundumschlag sprach sie im Gegensatz dazu allen anderen Parteien ihre nationale Zuverlässigkeit ab. Den Regierungsparteien wurde vorgeworfen, mit ihrer bisherigen Erfüllungspolitik „das Hab und Gut, Leben und Existenz des werktätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslands *verkauft*" zu haben. Als direkte Konkurrentin um die Führung der organisierten Arbeiterschaft, wurde die SPD besonders scharf attackiert:

Ihre „Führer [...] sind nicht nur Henkersknechte der Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen *Agenten des französischen und polnischen Imperialismus.* **Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteresses der arbeitenden Massen Deutschlands.**"

Und an diesem Ausverkauf der Nation hätten die Nationalsozialisten inzwischen tatkräftig Anteil; nicht nur durch ihre Koalitionen mit kapitalistischen, bürgerlichen Parteien, im Zuge dessen sie „praktisch an der Durchführung des Young-Planes" beteiligt seien.

Neben der (versuchten) Bloßstellung ihrer Glaubwürdigkeit in nationalen Fragen, musste unbedingt die vorgebliche Bereitschaft der Nationalsozialisten zu revolutionären sozialen Veränderungen desavouiert und damit ihre Selbststilisierung zur sozialistischen Arbeiterpartei demontiert werden: die NSDAP könne keine Arbeiterpartei sein, da sie beständig versuchen würde „alle *Streikbewegungen* gegen den Lohnabbau zu verhindern und *abzuwürgen*".[51] Darüber hinaus würden die Nationalsozialisten „in ihren eigenen Reihen nicht nur Hohenzollernprinzen, Coburger Herzöge, adlige Herrschaften, sondern auch zahlreiche Rittergutsbesitzer, Industrieunternehmer" beherbergen. Dies mache die NSDAP eindeutig zu einer Partei „der mörderischen faschistischen Diktatur". Die KPD war nicht bereit, eine glaubwürdige sozialrevolutionäre Konkurrenz zu dulden, weshalb die NSDAP keinesfalls als praktikable Alternative erscheinen durfte, die ebenso befähigt sei, soziale Ansprüche bzw. revolutionäre Sehnsüchte realisieren zu können.

---

[50] Ebenda. „**Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslands, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden für null und nichtig erklären werden, daß wir keine Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.** […] **Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands**".

[51] Ebenda.

Die angeführten Begründungen ihrer Argumentation zeigen deutlich, dass sich für die KPD-Führung der Landesverrat in erster Linie auf der Ebene der Ökonomie, als Verrat an „den Lebensinteressen der arbeitenden Massen", ausdrückte. Im Umkehrschluss wurde nationale Zuverlässigkeit durch die unbedingte Bereitschaft zur antikapitalistischen Revolution definiert: „Um das deutsche Volk zu befreien, genügt es *nicht*, die Macht des Auslandskapitals zu brechen, sondern die Herrschaft der *eigenen Bourgeoisie* im eigenen Lande muß gleichzeitig gestürzt werden."[52] Die Lösung jeglicher nationaler Abhängigkeiten war wiederum direkt von der vorherigen Lösung der sozialen Frage auf sozialistischer Grundlage unmittelbar abhängig; schließlich würden „ueberall, wo die Kapitalisten […] am Ruder sind, […] die Massen in der gleichen Weise ausgebeutet":

„Deshalb fordern wir die werktätigen Massen Deutschlands auf, vor allem gegen den *Feind im eigenen Lande*, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Aufrichtung der Sowjetmacht in Deutschland zu kämpfen, um den Versailler Friedensvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen."

Die KPD-Führung meinte ihren Anspruch, alleinige Vollbringerin der nationalen Befreiung zu sein, glaubhaft darlegen zu können; schließlich sei sie „**die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zu Ziele setzt**" – die Verursacher und Garanten zwischenstaatlicher Ungleichheit.[53] Zur Hervorhebung ihres propagierten Alleinstellungsmerkmals warb die KPD zunehmend mit ihrer Revolutionsbereitschaft; mit ihrer Bereitschaft zur Zerschlagung und zum grundsätzlichen Neubau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Besonders die ostentative Verurteilung der „territorialen Zerreißung" Deutschlands, aber auch die polternde Ablehnung sämtlicher Reparationsverträge, können die „Programmerklärung" als nationalistische Grundsatzerklärung erscheinen lassen; die Unterschiede zu nationalistischen und nationalsozialistischen Programmen bleiben aber unübersehbar und bestimmend. Bereits in Ausdruck und Diktion finden sich wesentliche Differenzen: es wurde keine mystifizierende Sprache oder biologische Metaphern (Sozialdarwinismus) verwendet, wie sie im völkischen Nationalismus gebräuchlich waren. Ebenso wenig wurde Bezug auf eine gängige Glorifizierung der nationalen Historie genommen und daher auch kein spezifisch deutsches Wesen oder tradierte Vorrechte zur Begründung angeführt. An keiner Stelle findet sich die Aufforderung zum Krieg zur Durchsetzung nationaler Interessen oder gar der Ruf nach neuem Lebensraum.

---

[52] In diesem Punkt widersprach sich die „Programmerklärung", wohl im Interesse einer größeren Werbewirkung: eingangs wurde behauptet, dass es sich bei dem „*Versailler* Raubfrieden" um den „Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands" handeln würde. Weiter unten wurde demgegenüber die Behauptung der Nationalsozialisten, „Wirtschaftskrise und Ausplünderung der Massen seien lediglich Folgen des Young-Planes; die Ueberwindung der Krise sei bereits gesichert, wenn Deutschland die Fesseln des Versailler Vertrages abstreift", als „großer *Betrug*" verurteilt.

[53] Ebenda. **„Nur wir Kommunisten sind gegen jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, für den revolutionären Sturz der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für die Aufhebung aller Rechte und Vorrechte der herrschenden Klassen, für die Abschaffung jeder Ausbeutung".**

Entgegen ihrer völligen Fehleinschätzung der Wirkung, die die „Programmerklärung" entfalten würde, hatte die KPD-Führung vergeblich versucht, ihre nationalen Forderungen und Versprechungen soweit einzugrenzen, dass die Partei nicht beschuldigt werden könnte, einem nationalistischen Revanchismus das Wort zu reden. Die Parteiführung war darauf bedacht gewesen, den Inhalt mit der herrschenden leninistisch-bolschewistischen Theorie formal in Einklang zu bringen, wozu sie, um die beabsichtigte Werbewirkung nicht von vornherein zu untergraben, auf Spitzfindigkeiten zurückgreifen musste. Wenn die KPD-Führung der NSDAP also Vorwarf „hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen **schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen** [zu haben], auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete [!] Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern *ausliefern*", glaubte sie wohl der Leninistischen Doktrin des Selbstbestimmungsrechts der Völker entsprochen zu haben; sämtliche Ansprüche und Forderungen waren ja allein auf von Deutschen bewohnte Gebiete begrenzt worden.[54]

Das zweite einschränkende Kriterium war der Zeitpunkt, ab dem die KPD ihre nationale Politik durchzuführen gedachte. Das allem Verbalradikalismus entkleidete Procedere, mit dem die KPD die deutsche Nation retten wollte, entsprach sicherlich nicht den Vorstellungen der allermeisten Nationalisten, die sich eine schlagkräftige Nation für den gnadenlosen, sozialdarwinistischen Konkurrenzkampf der einzelnen Nationalstaaten untereinander wünschten. Die „Programmerklärung" betonte ausdrücklich, dass die KPD erst „nach dem Sturz der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland, im brüderlichen Bündnis mit den Proletariern aller Länder in erster Linie folgendes **Programm** durchführen werde […]". Erst nachdem die KPD ihr Ziel erreicht haben würde und als Führerin des Staates dazu gezwungen sein würde, nationale Politik zu betreiben, würde die Partei die Realisierung ihrer Forderungen in Angriff nehmen – umworbene Nationalisten hätten also in Vorleistung gehen müssen.

Neben der weitergehenden Voraussetzung, dass die sozialistische Revolution auch in den europäischen Nachbarländern gesiegt haben musste, wurde die Revision territorialer Verluste darüber hinaus vom freiwilligen Einverständnis aller Beteiligten abhängig gemacht:

„**Wir Kommunisten werden uns für das volle *Selbstbestimmungsrecht aller Nationen* einsetzen und im Einvernehmen mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei usw. denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern werden, die Möglichkeit des Anschlusses an *Sowjetdeutschland* sichern.**"

Besonders deutlich lassen sich die Unterschiede zur nationalen Rechten an dem der „Programmerklärung" zugrundeliegenden Nationenbegriff darstellen: während die Nation für die KPD primär eine geographische Ordnungseinheit zur territorialen Eingrenzung eines alle Deutschen umfassen-

[54] Aus Mangel an existierenden Definitionen kann anhand dieser Passage nur vermutet werden, dass die deutsche Nation respektive das deutsche Volk für die KPD aus allen deutschen Muttersprachlern bestand, die einem nicht näher bestimmten, zusammenhängenden deutschen Kulturkreis angehören.

den Wirtschaftsraumes darstellte, in dessen Rahmen sich die sozialistische Revolution vollziehen sollte, stellte sie für die radikale Rechte einen metaphysischen, über der Bevölkerung stehenden Letztwert bzw. Selbstzweck dar. Während für Kommunisten die Lage der Nation unmittelbar von der sozialen Frage abhing und von ihr bestimmt wurde, verlief für Nationalisten die Argumentation genau entgegensetzt: jegliche Sozialpolitik hatte der Nation und ihren Bedürfnissen zu dienen (Dienstbarmachung der nationalen Kräfte).

Der gewichtigste Unterschied offenbart sich aber in der gewünschten Zusammensetzung des nationalen Gemeinwesens. Die KPD-Führung rückte zu keiner Zeit von ihrer Forderung zum Klassenkampf ab und setzte die Klassendiktatur des Proletariats als Vorbedingung jeglicher nationalen Politik. Demgegenüber zielte die nationale Rechte auf die Versöhnung aller Klassen ab, indem jegliche Form von spaltendem Klassenbewusstsein zerstört und stattdessen jede Bevölkerungsgruppe zur angestrebten Formierung der Nation in eine sozialintegrative Volksgemeinschaft eingebettet werden sollte.[55]

Die KPD propagierte eine Definition, wonach es zwei sich widersprechende Nationenkonzepte geben würde: eine falsche, kapitalistische und eine richtige, sozialistische Nation. Eine kapitalistische Nation könne gar nicht den Anspruch nationaler Repräsentanz erheben, da sie lediglich die Interessen einer kleiner bourgeoisen Minderheit vertrete. Allein die sozialistische Nation sei, da sie die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes vertrete, berechtigt nationale Politik zu betreiben. Damit die sozialistische Nation als eigentliche Repräsentantin des Volkes auftreten könne, wurde die Mehrheit der deutschen Bevölkerung unter das Proletariat subsumiert, nachdem die Mittelschichten als ebenso abhängige Lohnempfänger durch die herrschende Wirtschaftskrise ihren bisherigen sozialen Status verlieren und einen fortschreitenden Proletarisierungsprozess durchlaufen würden.

Diese Eingrenzung der nationalen Gesellschaft ist auch anhand der verwendeten Sprache zu erkennen. Allein in der Überschrift der „Programmerklärung" erhob die KPD den Anspruch das gesamte deutsche Volk zu befreien. Im weiteren Verlauf wurde dem zeitgemäßeren Schlagwort „Volk" das Attribut „werktätig" oder „arbeitend" beigestellt; bei konkreten Forderungen sogar durch „werktätige Masse" oder ähnliche, ideologisch unverfänglichere Begriff ersetzt. Doch beide Nationenmodelle fußen auf der Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen. Dadurch, dass die KPD allein das „werktätige Volk" mit der Nation gleichsetzte, konnten Kapitalisten kein Bestandteil der nationalen Gesellschaft mehr sein. Ihre angestrebte Liquidierung wurde als Voraussetzung der Konstitution der wahren, sozialistischen Nation erklärt.

Die nationale Frage war aber nicht das einzige Themenfeld, das die „Programmerklärung" behandelte. Ungefähr die Hälfte machten altbekannte sozialrevolutionäre Forderungen und Versprechungen

---

[55] Bons, Nationalsozialismus und Arbeiterfrage, Zu den Motiven, Inhalten und Wirkungsgründen nationalsozialistischer Arbeiterpolitik vor 1933, S. 30-36 und 58-61.

der KPD aus: u.a. entschädigungslose Vergesellschaftung der Industriebetriebe, der Banken und des gewerblichen Haus- und Grundbesitzes. Dass durch den Erlös dieser Maßnahmen „die Sozialversicherung aller Arten (Erwerbslosen-, Indvaliden-, Kranken-, Alters-, Unfallversicherung, Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenunterstützung) auf Kosten des Staates unbedingt" garantiert werden sollten, verdeutlicht, dass die KPD ihre Zielgruppe primär unter den Verlierern der Wirtschaftskrise erkannte, die an einer umfassenden Versorgungspolitik interessiert waren. Bei Menschen, die auf sinkende Sozialtransfers angewiesen waren, war eine deutlich größere Bereitschaft zum radikalen Bruch zu erwarten.

Ein Vergleich mit vorangegangenen Stellungnahmen und Grundsatzerklärungen zeigt indes deutlich, dass sich auch im Bezug auf die nationale Frage kaum Unterschiede ausmachen lassen; lediglich die Form hatte sich erkennbar gewandelt.[56] Bereits 1929 hatte die KPD-Führung sowohl in ihren internen Rundschreiben an die Parteibezirke als auch in öffentlichen Proklamationen die nationalen Abhängigkeiten Deutschlands von der Entente verurteilt.[57] Die Revision der Grenzen, wie einen Anschluss Österreichs zum Großdeutschen Staat, war aber auch hier allein einem postrevolutionären, sozialistischen Deutschland erlaubt. Nur durch die sozialistische Revolution und die Bildung eines Sowjetdeutschlands könnten die Reparationsfragen gelöst und die Aufhebung der Unterdrückung nationaler Minderheiten erreicht werden. Ein kapitalistischer Staat würde demgegenüber nur die Wirtschaftsinteressen einer kleinen Minderheit verfolgen, die er vor der Bevölkerung geschickt hinter einem bürgerlichen Nationalismus verstecken würde. Bereits hier wurde der nationalen Rechten die Glaubwürdigkeit ihres Nationalismus abgesprochen, da sie durch ihr Festhalten am Kapitalismus unfähig sei, die Interessen der Nation zu vertreten: hatte nicht die DNVP dem Dawes-Plan im Reichstag zur Mehrheit verholfen und damit die Abhängigkeiten Deutschlands auf Jahre hinaus zementiert?

Im Gegensatz dazu versuchte sich die KPD schon 1929, durch ihren Kampf gegen die Dawes- und Young-Verträge, als einzig zuverlässige nationale Partei zu stilisieren. Den eigentlichen Unterschied zu späteren Äußerungen machte der Stellenwert der nationalen Frage in der Parteipropaganda aus. 1929 verurteilte die KPD, und das ist der signifikante Unterschied zu ihrer späteren Strategie, noch die Hervorhebung der Nation in der Propaganda. Sie sei lediglich populistische Phrase, die die Massen vom (Klassen-) Kampf gegen den Kapitalismus abhalten solle und sie propagierte offen den proletarischen Internationalismus zur Aufhebung des Versailler Vertragswerks. Erst mit der „Programmerklärung" wurde die Verurteilung der nationalen Abhängigkeiten auch von der KPD ostentativ in den Vordergrund gestellt. Form und Ausdruck der Parteipropaganda hatten sich im Zuge dessen spürbar gewandelt und es ist deutlich zu erkennen, dass die KPD versucht hatte, ihre Propa-

---

[56] In diesem Sinne auch: Weber, Hauptfeind Sozialdemokratie, bes. S. 30.

[57] Weber, Generallinie, Nr. 9, 24. 8. 1929, S. 48 und RF, 16. 10. 1929, „Die KPD zum „Volksbegehren der Reaktion"; Eine Erklärung des Zentralkomitees".

ganda den (erfolgreicheren) Methoden der Nationalsozialisten anzupassen. Dadurch erhielt die Propagandastrategie, auch wenn die Partei letztlich an den bisherigen Lösungsstrategien festhielt, eine veränderte Stoßrichtung. In der Hoffnung eine größere Werbewirkung erzielen zu können, wurde das Bekenntnis zum Internationalismus zur Lösung der nationalen Frage in den folgenden Wochen und Monate hinter der Verurteilung nationaler Abhängigkeiten merklich zurückgestellt.

Dass sich die KPD wenige Wochen vor der „Programmerklärung", mit der „Resolution im Kampf gegen den Faschismus", auch in die direkte Konkurrenz um sich überschneidende Wähler- und Mitgliederpotentiale mit der NSDAP gesetzt hatte, war von der politischen Publizistik seinerzeit nicht berücksichtigt worden; was wohl vor allem darin begründet lag, dass die KPD noch nicht offen Nationalsozialisten umworben hatte.[58] Noch zielte die Partei darauf ab, Protestwähler möglichst vor ihrem Wechsel zur NSDAP abzufangen.

In Folge ihrer neuen Propagandastrategie hatte sich die KPD-Führung in ein unauflösbares Dilemma begeben: obwohl die KPD bemüht war, den universalen und daher unbequemen Volksbegriff einzugrenzen, hatte sie ihr umworbenes Klientel vor aller Augen um die (unteren) Mittelschichten erweitert. Sie suchte nun der NSDAP erklärtermaßen diejenigen Bevölkerungsgruppen streitig zu machen, unter denen die Nationalsozialisten erste Erfolge verbuchen konnten, „bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellte, Bauern, sowie einige Gruppen rückständiger, unaufgeklärter Arbeiter".[59] Eine ernsthafte Berücksichtigung der genannten Klientel verlangt aber eine damit einhergehende gesellschaftliche und soziale Öffnung der Partei sowohl in der Propaganda als auch nachfolgend in der Organisationsstruktur. Ganz zu schweigen von den langfristigen Auswirkungen auf die Identität und das Selbstbildnis der bis *dato* strikt proletarischen KPD, die sich zunehmend als Avantgarde, als „Schwertträgerorden" der Arbeiterklasse charakterisiert und organisiert hatte.[60] Im Gegensatz dazu war der Anspruch, möglichst alle Bevölkerungsschichten zu erreichen und anzuführen, von Anfang an fester Bestandteil des Nationalsozialismus, was sich auch im Selbstbildnis und Aufbau der NSDAP äußerte. Die NSDAP zeigte, stärker als alle anderen Parteien dieser Zeit, den Charakter einer modernen Volkspartei.[61] Demgegenüber hatte sich die KPD die unlösbare Aufgabe gestellt, bei gleichzeitiger Bewahrung ihrer proletarischen Identität und Organisationsstruktur ihren Adressatenkreis sozial nach oben zu erweitern.

Die unbedachte Hervorhebung der nationalen Frage folgte dabei der Annahme, dass über das Vehikel nationale Empörung der Zugang zu der steigenden Gruppe der Protestwähler gefunden werden konnte, die sich bisher (noch nicht) in Richtung der radikalen Linken orientiert hatten. Die lautstar-

---

58 RF, 15. 6. 1930, „Resolution über den Kampf gegen den Faschismus." Dort heißt es: „Die Mobilmachung der breitesten Massen gegen den Faschismus darf sich nicht auf das Industrieproletariat beschränken. Die Partei muss insbesondere die Massen der Landarbeiter, das notleidende Kleinbürgertum, die Beamten und Angestellten, die verelenden Kleinhändler, Kleingewerbetreibenden, Handwerker, die verarmten Kleinbauernmassen […] in den Kampf führen."

59 RF, 24. 8. 1930, „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes".

60 Weber, Deutsche Kommunisten, S. 33.

61 Falter, Hitlers Wähler, S. 225.

ke Verurteilung der Abhängigkeiten Deutschlands sollte Interesse wecken und *quasi* den Erstkontakt herstellen auf deren Grundlage dieser Bevölkerungsgruppe die Tragweite und damit ungleich größere Bedeutung der sozialen Frage verdeutlicht werden konnte.

Es bleibt jedoch fraglich, inwieweit die versuchte Ausnutzung der Empörung über die nationalen Abhängigkeiten durch die KPD die nationalistische Stimmung in Deutschland nicht sogar weiter befördert hat, nachdem der Stellenwert dieses Themenkomplex' auch von links her aufgewertet worden war. Die innenpolitische Bedeutung der nationalen Frage musste, nachdem sie nun noch mehr Aufmerksamkeit und noch größere emotionale Aufladung erfuhr, weiter zunehmen.[62]

Berechtigte Warnung oder Parteipropaganda? Zu den Motiven der Presserezeption.

Ausdruck und Form der „Programmerklärung" boten sich als dankbarer Angriffspunkt im laufenden Wahlkampf an, so dass ihre Beurteilung den jeweiligen Eigeninteressen der berichtenden Presseorgane geschuldet war. Als Verteidigerin der Weimarer Verfassung richtete die liberale und sozialdemokratische Presse ihr Augenmerk auf mögliche Bedrohungen der Republik; und eine Annäherung von KPD und NSDAP zur Konzentration ihrer Angriffe gegen die parlamentarische Demokratie hätte eine ernste Gefahr bedeutet. Um die Weimarer Öffentlichkeit vor neuen Bedrohungslagen eindringlich warnen und erhoffte Abwehrreaktionen mobilisieren zu können, konzentrierte sich die republikanische Presse auf die beiden Parteien eigene programmatische, militante Ablehnung der herrschenden Verhältnisse. Mossakowskys begeisterte Zustimmung erleichterte es nicht nur eine programmatische Angleichung, sondern auch eine ideologische Identität im radikalen Lager zu konstruieren. Die behauptete Gleichstellung fußte aber allein auf einer „Einigkeit in der Negation"; zur gezielten Steigerung des Bedrohungsszenarios, in der Hoffnung auf diese Weise eine größere Wirkung entfalten zu können.

Weiterhin bestehende, entscheidende Unterschiede wurden dabei bewusst ausgeblendet, spielten sie doch erst nach der Zerschlagung der Weimarer Republik eine Rolle – weshalb sie aus Sicht eines Republikaners getrost vernachlässigt werden konnten. Dass es nach wie vor Unterschiede gab, wurde nicht einmal bestritten. Alle Presseorgane gingen letztlich davon aus, dass die Veröffentlichung der „Programmerklärung" dem Bestreben der KPD geschuldet war, der NSDAP die wachsende Gruppe der Protestwähler streitig zu machen. Die Erklärung wurde als Versuch der KPD angesehen, sich an den herrschenden Zeitgeist anzupassen und nun ebenfalls das Modethema nationale Befreiung in ihrem Wahlkampf aufzugreifen. Sie sei wohl, wie die „Frankfurter Zeitung" vermutete, die Antwort auf den Wahlkampf zu den Sächsischen Landtagswahlen dieses Jahres, wo die NSDAP mit „einer unklaren, sozialistischen Ideologie" geworben hätte.[63] Für den „Vorwärts" hatte sich die

---

62 Vgl. Dupeux, „Nationalbolschewismus", S. 447 und Skroch, Kommunisten als Nationalisten, S. 407f.

63 FZ, 26. 8. 1930, „Kommunistischer Nationalismus".

KPD damit „wieder einmal als *die Partei des skrupellosesten Opportunismus*“ entpuppt, die die „Erfolge der nationalsozialistischen Konkurrenz sieht“ und daher den „Nationalismus für große Mode“ hält, weshalb sie sich auch „schleunigst“ danach umkleiden würde.[64] Und die „Vossische Zeitung“ vermutete sogar, dass die lautstarke Bezugnahme auf die nationale Frage nicht einmal auf die KPD selbst zurückgehe:

„Das gemeinsame Stichwort kommt aus Moskau. Man wird diese Zusammenarbeit sorgfältig beobachten müssen. Gewiß spielt auch die Konkurrenz eine Rolle. Die Nationalisten drapieren sich sozialistisch und die Kommunisten kostümieren sich nationalistisch, wenn sie sich gegenseitig die Gefolgschaft abjagen wollen, die ja nach der Konjunktur von einem Extrem in das andere springt und von einem Tag auf den anderen das Parteibuch wechselt.“[65]

Entscheidender Bewertungsmaßstab aber blieb die mögliche Bedrohung durch einen vereinten links- und rechtsradikalen Angriff auf die parlamentarische Republik; um bleibende Unterschiede außer Acht lassen zu können, wurde sie letztlich in einem parteipolitisch indifferenten, aber unbedingten Zerstörungswillen ihrer Gefolgschaft personifiziert.

Die Sozialdemokraten verfolgten mit ihrer Darstellungsweise noch eine weitergehende Absicht: die nachdrückliche Gleichsetzung von KPD und NSDAP war die direkte Antwort der SPD auf die „Sozialfaschimus“-These und der darauf aufbauenden „Zwillingsbrüder“-Theorie der KPD. Auf diese Weise sollten im Gegenzug die tiefsitzenden Ressentiments gegenüber der nationalen Rechten innerhalb der organisierten Arbeiterschaft auf die KPD übertragen und, durch die Unterstellung eines nationalistischen Revanchismus, die in der organisierten Arbeiterschaft tradierten Abwehrreaktionen mobilisiert werden. Um den eigenen Anhang gegen die radikale Konkurrenz zu immunisieren und der KPD vielleicht auch ein paar Sympathisanten abjagen zu können, sollte die Partei als Helfershelferin der nationalen Rechten kompromittiert werden.

Niekisch hingegen ging seine Euphorie, mit der Erkenntnis, dass die „Programmerklärung“ für die KPD letztlich doch nur ein Propagandainstrument gewesen war und die Partei die erwartete „*nationale* Ehrlichkeit vermissen“ lasse, binnen Jahresfrist gründlich verloren. Er klagte, dass die „kommunistische Antibürgerlichkeit […] vor allem soziales Ressentiment, nicht ursprüngliche politische Haltung [sei], die aus tiefdringender nationalpolitischer Schau genährt ist“. Die überwiegende Mehrheit der nationalrevolutionären Gruppen hatte der „Programmerklärung“ ohnehin deutlich reservierter gegenübergestanden und war sich der taktisch-propagandistischen Absichten der KPD von Anfang an bewusst gewesen.[66]

Das anfangs zögerliche Schweigen der NSDAP machte sich am Ende bezahlt. Sie nutzte für ihre Propagandastrategie nicht den Inhalt der „Programmerklärung“, sondern die Reaktionen der libera-

---

64 Vowärts, 25. 8. 1930, „Ein neues kommunistisches Programm“.

65 VZ, 27. 8. 1930, „Der Bund der Zerstörer“.

66 Widerstand, Heft 4, 1931, „Leutnant Scheringer“, von Spektator (d.i. Niekisch) und Paetel, Nationalbolschewismus und nationalrevolutionäre Bewegungen in Deutschland, S. 14 (künftig zitiert als: Paetel, Nationalbolschewismus).

len und sozialdemokratischen Presse. Deren verzerrte Darstellung der Passagen zur nationalen Frage, die den Kommunisten die Aufgabe ihrer internationalen Orientierung zugunsten einer nationalen unterstellte (um die ideologische Vereinigung mit der NSDAP konstruieren zu können), erleichterte es dem „Völkischen Beobachter" glaubhaft behaupten zu können, dass „der weltanschauliche Zusammenbruch des Kommunismus [...] von ihm selbst zugegeben" worden sei.[67] Offensichtlich müsse die KPD inzwischen bei den Nationalsozialisten „auf Diebstahl ausgehen, um noch leben zu können". Durch die Bestätigung eines vermeintlichen Wandels der KPD und einer ideologischen Annäherung an den Nationalsozialismus, konnte sich die NSDAP als genuine Erfinderin der vermeintlich nationalistischen Politik der „Programmerklärung" und damit Repräsentantin der moderneren, fortschrittlicheren und erfolgreicheren Ideologie präsentieren – und zugleich eine gewisse Distanz halten; schließlich hätten die Kommunisten ihre Position aufgegeben und die Wende vollzogen. Die KPD habe die eigene Partei nicht aufgrund gemeinsamer Ziele oder Absichten imitiert, sondern allein aus wahlkampftaktischen Gründen, „um die Betrogenen nochmals zu betrügen".
Die NSDAP nahm den Wettstreit um die größere Glaubwürdigkeit im nationalen Befreiungskampf, in den sich die KPD leichtfertig begeben hatte, bereitwillig an. Auf diesem Terrain fühlten sich die Nationalsozialisten sicher; schließlich kämpfe ihre Partei bereits „seit über 10 Jahren" für die nationale und soziale Befreiung Deutschlands.[68] Ein Kampf, den der Kommunismus grundsätzlich nicht führen könne, „denn dieser kennt kein Volk und keine nationale Freiheit, sondern nur Klassengenossen und Sowjetdiktatur".

Über das Ziel hinausgeschossen? Folgen für die Parteipolitik der KPD.

Das Ziel der KPD-Führung, kurz vor den anstehenden Wahlen, eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende mediale Aufmerksamkeit zu erringen, war zweifelsohne erreicht worden;[69] die Art und Weise der Reaktionen entsprach aber sicherlich nicht den Erwartungen und Hoffnungen der Parteistrategen. Offensichtlich überrascht, musste ganz unerwartet die Verteidigungsstellung bezogen werden und die KPD-Führung war umgehend um Schadensbegrenzung bemüht, was sich wiederum hemmend auf die Fortführung der als große Offensive geplanten Propagandastrategie auswirkte. Die KPD war in die Defensive getrieben worden, wodurch die Parteipropaganda gezwungen wurde zu reagieren anstatt zu agieren. Es würde nicht reichen, alle Anschuldigungen zu ignorieren oder als unbegründet zurückzuweisen; dazu waren viele Aussagen und Forderungen der „Programmerklärung" zu provokant, zu zweideutig formuliert worden und die Reaktionen daher zu fundiert

67 VöBe, 28. 8. 1930, „Geistige Bankrotterklärung des Marxismus …".
68 Reichswart, 30. 8. 1930, „Nationalistische Vorspiegelung des Kommunismus".
69 Damit die Erklärung eine ihrer Bedeutung entsprechende, über die gewohnte Klientel hinausgehende Beachtung erlangen konnte, wurde sie auch als Flugblatt verteilt. Für das Flugblatt zeichnete Hermann Remmele verantwortlich. BArch R 1501 / 20143, Bl. 6.

gewesen. Eine Rücknahme der „Programmerklärung“ war, nachdem ihr von der KPD wortwörtlich ein historischer Stellenwert zugewiesen worden war, undenkbar. Die KPD-Führung fand sich unvermittelt in der Situation, grundlegende Elemente ihrer Parteipropaganda relativieren und konkretisieren zu müssen, um an ihrer Propagandastrategie festhalten zu können.[70]

Besonders die Angriffe der SPD zwangen zur schnellen Reaktion. Die Parteiführung fürchtete um die Stellung der KPD in der organisierten Arbeiterschaft und sah sich genötigt, ihr Renommee als marxistische Arbeiterpartei zu retten. Die Abwanderung der eigenen Anhängerschaft zur Sozialdemokratie musste unter allen Umständen verhindert werden; war es doch primäres Ziel der KPD, die Führung der organisierten Arbeiterschaft zu übernehmen und sie zur sozialistischen Revolution zu führen. Aus diesem Grunde konnte die sozialdemokratische Propaganda die Versuche der KPD, Nationalsozialisten oder deren Sympathisanten abzuwerben, spürbar einschränken. Die Wirkung einer ohnehin schon gewagten und riskanten Propagandastrategie wird durch eine halbherzige, von Relativierungen durchzogene Ausführung aber keinesfalls gesteigert; zumal der opportunistische Charakter nach nur wenigen Tagen nun deutlich hervortrat.

Hier wird ein zweites Dilemma deutlich, das einerseits aus dem ersten Dilemma, dass sich eine Klientelpartei an der Propagandastrategie einer Volkspartei versucht, und andererseits aus der tiefsitzenden Abneigung gegen nationale Belange in der organisierten Arbeiterschaft resultiert: die Umwerbung von (bürgerlichen) Nationalisten stieß viele organisierte schnell Arbeiter ab, während Relativierungen und Dementi die neue Propagandastrategie konterkarieren musste.

Die KPD-Führung war aber nicht bereit, sich auf eine Klientel zu beschränken. Sie konzentrierte sich in den kommenden Wochen und Monaten zwar wieder eindeutig auf die ungleich wichtigeren sozialdemokratischen und unorganisierten Arbeiter, gab aber die Umwerbung nationalsozialistischer Sympathisanten und auch die Anknüpfung an das Modethema „nationale Frage“ dennoch nicht auf. Die Folge war ein politischer Schlingerkurs, dessen Widersprüche die Partei und ihre Propagandaabteilung ein ums andere Mal in arge Verlegenheit brachte.

In diesem Sinne bekräftigte die „Rote Fahne“ nach nur zwei Tagen, dass es sich bei der „Programmerklärung“ um ein „historisches Dokument“ handeln würde, suchte aber in erster Linie die Stellungnahmen der politischen Gegner, vor allem die Anklagen des „Vorwärts“ zu widerlegen. Es war ihr erklärtes Ziel, keinerlei Zweifel an Bekenntnis der KPD zur proletarischen Revolution und zum Internationalismus aufkommen zu lassen.[71] Um den Vorwurf, einen revanchistischem Nationalismus zu propagieren, im Keim ersticken und die internationale Dimension des kommunistischen nationalen Befreiungskampfes symbolisch belegen zu können, veröffentlichte die KPD neben mehreren

---

[70] Die Aufregung um die „Programmerklärung“ war so groß gewesen, dass auch gegenüber den anderen Sektionen der KomIntern die Politik der KPD einer genaueren, erklärenden Spezifizierung bedurfte. InPreKorr, 29. 8. 1930, „Programm-Erklärung der KPD. und ihre Bedeutung für das Weltproletariat“ und InPreKorr, Nr. 74, 2. 9. 1930, „Genosse Thälmann über die Programmerklärung der KPD“.

[71] RF, 26. 8. 1930, „Ein historisches Dokument“.

Grundsatzerklärungen in kurzer Folge Unterschützungsschreiben Kommunistischer Parteien verschiedener Nachbarländer.[72] Dadurch, dass die KPD ihren Kampf gegen Versailles und Young nicht allein, sondern im Bunde mit dem internationalen Proletariat führe, propagiere sie keine „nationalchauvinistische Politik", wie die SPD behaupte, sondern bleibe die Partei des „revolutionären Internationalismus".[73] Und wenige Tage vor den Wahlen veröffentlichte die „Rote Fahne" unter dem Titel „Bis zum letzten Blutstropfen Internationalisten" eine Rede Heinz Neumanns, in der der führende Spitzenfunktionär für die Partei nochmals ein eindeutiges Bekenntnis ablegte.[74]

Auf der anderen Seite war die KPD-Führung aber davon überzeugt, ihren Anspruch, einzig wahre Kämpferin für die deutsche Nation zu sein, glaubhaft belegen und nicht auf dieses Propagandamittel verzichten zu können. Es müssten lediglich die Voraussetzungen und Bedingungen, die der Partei diese Rolle zuweisen würden, anschaulicher und eingängiger kommuniziert werden. Der Bevölkerung müsse die unmittelbare Abhängigkeit der nationalen Frage von der sozialen Frage verständlich gemacht werden. Es wurde daher wiederholt ausdrücklich betont, dass nationale Freiheit allein über die vorherige soziale Befreiung durch die sozialistische Revolution erreicht werden könne. Zusätzlich zu Stellungnahmen in der Parteipresse wurde eigens eine Broschüre veröffentlicht, in der der Kampf der KPD und der KomIntern gegen den Versailler Vertrag von erster Stunde an dokumentiert wurde. Im Zuge dessen verteidigte die KPD ihren Anspruch, gegen die territoriale Zerreißung zusammengehöriger Gebiete und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu kämpfen.[75]

Neben der thematischen Bezugnahme auf den nationalen Abhängigkeiten, hatte sich die KPD an weiteren Elementen der NS-Propanda orientiert. So proklamierte auch die KPD bald nach der „Programmerklärung" verschiedene Hilfsprogramme, die eigens auf bestimmte Bevölkerungsgruppen zugeschnitten wurden.[76] In Anlehnung an Goebbels' „Angriff" führte die Berliner Ausgabe der „Roten Fahne" die Rubrik „Das rote Berlin greift an!" ein, in der über Auseinandersetzungen mit Nationalsozialisten berichtet wurde. Daneben übernahm die Zeitung auch die Methode, Artikel, in

---

72 Mit den Erklärungen der Kommunistischen Parteien aus Frankreich und Polen sollte der Revanchismusvorwurf entkräftet und die Absicht der KPD bekräftigt werden, nationale Streitfragen auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker friedlich und einvernehmlich mit den beteiligten Nachbarnationen zu lösen: dort wurde nicht nur die Annullierung aller Verträge, sondern auch das Recht der deutschen Minderheiten auf ihren Anschluss an ein Sowjetdeutschland (!) anerkannt: „Der einzige Weg zur nationalen Befreiung der Volksmassen, das ist ein Sowjet-Oberschlesien, im Anschluß an Sowjetdeutschland und Sowjetpolen." Mit der Erklärung der österreichischen KP sollte wiederum die Ernsthaftigkeit der KPD belegen, durch einen Anschluss den großdeutschen Nationalstaat (als Sowjetrepublik) zu schaffen. RF, 27. 8. 1930, „Unsere französischen Brüder unterstützen den Freiheitskampf des deutschen Volkes", 1. 9. 1930, „Die KP. Oesterreich ruft zur aktiven Wahlhilfe", 3. 9. 1930, „Die KP. Frankreichs begrüßt das Befreiungsprogramm der KPD" sowie 5. 10. 1930, „Proklamation der KPD. zur Minderheitenfrage in Oberschlesien".

73 RF, 31. 8. 1930, „Revolutionärer Internationalismus".

74 RF, 9. 9. 1930, „Bis zum letzten Blutstropfen Internationalisten", hier nach: BArch R 1501/20143, Bl. 36.

75 Die entscheidende Frage, wie die Zusammengehörigkeit nationaler Gebiete zu definieren sei, wurde allerdings nicht beantwortet. „Dokumentensammlung zum Kampfe der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen den Versailler Frieden, gegen den Dawesplan und gegen den Youngplan", Broschüre vom 26. 8. 1930, BArch R 1501/20143, Bl. 223.

76 Es wurden Hilfsprogramme für Angestellte, Beamte, Kleinindustrielle und Einzelhändler ausgearbeitet. Dem am 16. 5. 1931 veröffentlichten Bauernhilfsprogramm wurde die größte Beachtung entgegengebracht. Siehe dazu: Dupeux, „Nationalbolschewismus", S. 460f. und Striefler, Der Kampf um die Macht, S. 135ff.

denen politische Gegner persönlich angegriffen wurden, zur weiteren Diffamierung mit Karikaturen ihrer Köpfe zu bebildern.

Den Zeitgeist verschlafen? Die Ursprünge der nationalen Propagandastrategie der KPD

Eingedenk der geschilderten Widersprüche der politischen und vor allem propagandistischen Neuausrichtung der KPD Anfang der 30er Jahre, stellt sich die Frage: Wie konnte sich die KPD dafür entscheiden, eine Politik zu propagieren, die sich in grundsätzliche Dilemmata verstrickt hatte und die Ambitionen der Partei mehr behindern als fördern sollte?

Nach gescheitertem Putsch, (vorübergehenden) Verbot und anschließender organisatorischer Zersplitterung, war die NSDAP aus dem Blickfeld der KPD-Führung geraten. Erst auf dem ZK-Plenum im Oktober 1929 war die NDSAP wieder thematisiert worden.[77] Noch zu unbedeutend, um in Thälmanns einleitendem Grundsatzreferat berücksichtigt zu werden, war es die Aufgabe Fritz Schultes, neue Ereignisse um die Partei zu schildern. Den Nationalsozialisten war wegen ihres Wahlerfolges bei den Länderwahlen in Sachsen im selben Jahr erneut Aufmerksamkeit entgegengebracht worden; denn mit dem Ausgang der Wahlen müsse die NSDAP nun als Massenpartei und damit als innenpolitischer Faktor berücksichtigt werden.[78]

Dass die KPD-Führung daraufhin begann, erneut Interesse für Mitglieder und Sympathisanten der NSDAP zu entwickeln, lag in mehreren Faktoren begründet.[79] Zum einen wurde konstatiert, dass die nationalsozialistische Propaganda deutlich der kommunistischen angeglichen worden sei; Schulte sprach sogar davon, dass die KPD „für die Nationalsozialisten der beste Lehrmeister gewesen" sei.[80] Dass diese Annäherung nicht allein aus Berechnung erfolgt war, zeige sich darin, dass sich der NSDAP-Spitzenkandidat, Helmut von Mücke, offen für eine Koalition aller Arbeiterparteien ausge-

---

77 Die KPD stellte im Reichstag fast doppelt so viele Abgeordnete wie die gesamte völkisch-nationalistische Rechte (62 gegenüber 32) und es kam in diesen Jahren kaum zu gewalttätigen Angriffen rechtsradikaler Gruppen auf die organisierte Arbeiterschaft. Fischer, German Communists, S. 74ff. und Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S. 177f.

78 Für die NSDAP hatten gut 134 000 Wähler gestimmt, was 4.96% entsprach. SAPMO im BArch, RY 1/I2/1/74, Bl. 254, Redebeitrag „Genosse 43" (d.i. Fritz Schulte).

79 Erste Berührungspunkte gab es 1923 während der Ruhrkrise und der so genannten Reventlow-Debatte, anlässlich derer führende KPD-Funktionäre mit NSDAP-Politikern über ein gemeinsames „Stück Wegs" diskutiert hatte. Derartige Debatten mit der Führungsebene des politischen Gegners fanden Anfang der 30er Jahre nicht mehr statt.

80 Ebenda, Bl. 218, „Genosse 43". In diesem Sinne auch: Ebenda, S. 301, Redebeitrag „Genosse 52" (d.i. Josef Schlaffner). Laut Schulte würde die NSDAP „wirklich fast hundertprozentig mit unsere Parolen, unseren Forderungen in den Betrieben, unter den werktätigen ihre Propaganda durchführen". So sei nicht nur gegen das Finanzkapital, sondern auch gegen „die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft durch das Industriekapital" agitiert worden. Neben der Forderungen nach dem 7-Stunden-Tag oder dem Kampf gegen Akkord- und Prämienwesen, sei sogar die Verteidigung der Sowjetunion verlangt worden. Dass die KPD-Führung anfangs zu derartigen Einschätzungen gelangten, könnte durch die Fixierung der KPD auf Industriegebiete und -arbeiter entstanden sein, so dass sie zuerst mit der NSBO und damit dem „linken Flügel" der NSDAP in Kontakt gekommen war. Auch Schulte gab zu bedenken, dass die NSDAP ihre Propaganda gezielt „jeweils nach der sozialen Struktur der Arbeiterschaft des betreffenden Gebietes" ausrichten würden. Die NS-Linke verfolgte tatsächlich eine arbeiterfreundliche Politik und unterstützte u.a. 1926 die Kampagne zur Fürstenenteignung oder 1930 den Metallarbeiterstreik; sie wurde aber Anfang der 30er Jahre von der Münchner Parteileitung entmachtet und marginalisiert. Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, bes. S. 192, siehe auch: 37ff., 68-75, 109f., 118f. sowie 195ff.

sprochen hatte, was von den beiden marxistischen Parteien brüsk zurückgewiesen worden war;[81] sie ließ aber auch Überschneidungen im Wähler- und Mitgliederpotential erkennen und bei geschickter Propaganda auf Erfolge unter Teilen der nationalsozialistischen Anhängerschaft hoffen. Und Teile der Nationalsozialisten waren (unter gewissen Bedingungen) durchaus willkommen; zeigten sie doch Eigenschaften, die in der eigenen Anhängerschaft schmerzlich vermisst wurden. Schulte lobte ausdrücklich ihren „Fanatismus" und ihre „beispiellose Aktivität" und empfahl sie der eigenen Partei als beispielhaftes Vorbild:

„Ich glaube, dass die Genossen mir beipflichten werden, wenn ich sage, hätten wir in unserer Partei eine solche Aktivität, wie sie die Nationalsozialisten entwickeln, dann wäre von den Faschisten nichts mehr zu sehen. […] Es werden unerhörte Anforderungen an die Leute gestellt. Abend für Abend werden sie auf die Autos geladen und in die Städte hineingeworfen. Trotzdem sie von der Arbeiterschaft schwere Prügel bekommen, lässt ihre Aktivität nicht nach. Ich wünschte mir, wir hätten einen solchen Fanatismus, wie ihn die Nationalsozialisten aufbringen. Wir haben ihn nicht!"[82]

Auch das jugendliche Durchschnittsalter der nationalsozialistischen Aktivisten wurde beneidet und Schulte kam zu dem Schluss, dass die KPD derartige Gefolgsleute „sehr gut brauchen" könnte; denn gerade bei der Rekrutierung Jugendlicher hätte die NSDAP „einen sehr grossen Vorsprung".

Die konstatierte Annäherung der NSDAP an Propaganda- und Politik-Elemente der organisierten Arbeiterschaft schien aber nicht nur Chancen zu eröffnen, sondern auch neue Gefahren zu bergen. Besonders die Betriebsarbeit der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation", die unter dem Motto „Hinein in die freien Gewerkschaften", den Aufbau einer eigenen Fraktion anstrebten, wurde als existenzielle Bedrohung aufgefasst; war das Industrieproletariat doch das bevorzugte Klientel der KPD und alles entscheidender Faktor in der kommunistischen Revolutionsstrategie. Die ZK-Delegierten waren sich aber uneins darüber, inwieweit es der NSDAP bereits gelungen war, in das (städtische) Industrieproletariat einzubrechen.[83]

Die Zusammensetzung der nationalsozialistischen Parteigänger war ein wesentliches Kriterium, das die Strategie der KPD bestimmte, wie die Partei der NSDAP begegnen solle. Ob primär auf Gewalt oder Agitation gesetzt werden sollte, wurde direkt vom Anteil der Arbeiter abhängig gemacht.[84] Die

---

81 Horn, Der Marsch zur Machtergreifung, S. 255, Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 28 und Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 221.

82 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/74, Bl. 218, „Genosse 43".

83 Schulte kam zu einer Einschätzung, die von den späteren Analysen der KPD abwich. Er ging davon aus, dass sich die Gefolgschaft der NSDAP vor allem aus Erwerbslosen bestünde, aber auch „z.T. aus ehemaligen Kommunisten, die während der Ruth-Fischer-Periode aus der Partei gingen oder ausgeschlossen wurden, aber auch zu einem großen Teil aus aktiven Arbeiterelementen aus den Betrieben, vor allem aus den Großbetrieben". Der Anteil von Kleinbürgern und Lumpenproletariern hingegen sei „ausserordentlich" gering. Während Blimm von veritablen Erfolgen der NSDAP innerhalb der Arbeiterschaft ausging, widersprach Florin ausdrücklich dieser Auffassung. Schlaffner schätzte, dass das Gros der nationalsozialistischen Anhängerschaft von Kleinbürgern gestellt wurde; ein erhöhter Anteil an Arbeitern sei selten und regional beschränkt. SAPMO im BArch RY 1/I2/1/74, Bl. 219, „Genosse 43", ebenda, Bl. 255, „Genosse 38", ebenda, Bl. 295, „Genosse 23" und ebenda, Bl. 301, „Genosse 52".

84 Während sich Schulte, Blimm und Wilhelm für eine Bevorzugung der Propaganda und Agitation aussprachen, traten Grube und Poetsch für die gezielte, offensive Anwendung von Gewalt ein. Schulte erkannte in gewalttätigen Maßnahmen lediglich das Eingeständnis, zuvor propagandistische Mittel vernachlässigt zu haben: „Wenn wir rechtzeitig die Partei mobilisiert hätten, wenn wir den ideologischen Kampf stärker geführt hätten, dann stünden wir nicht vor der

Parteiführung war darauf bedacht, möglichst wenig Arbeiter zu treffen, um sie nicht dem Kommunismus zu entfremden. In direktem Zusammenhang mit der Zusammensetzung stand auch die Frage, auf welchem Schlachtfeld der Kampf gegen den Nationalsozialismus am effektivsten geführt werden könne: in den Betrieben oder auf der Straße und in Versammlungen?[85] Über diese beiden Fragen entsprang eine regelrechte Kontroverse, die aber schnell erkennen lässt, dass unter den ZK-Delegierten Unkenntnis und Unsicherheit vorherrschte. Eine umfassende Analyse und Interpretation der NSDAP, die allgemeine, belastbare Aussagen ermöglicht hätte, war noch nicht vorgenommen worden, so dass die Argumentation auf den jeweiligen persönlichen Erfahrungen beruhten.

Dass es der NSDAP überhaupt gelungen war, zur Massenpartei aufzusteigen, wurde auch dem Versäumnis der eigenen Partei angelastet, bei Zeiten Themen aufzugreifen, die viele Deutsche, auch Arbeiter, beschäftigen würden. Wilhelm Florin klagte, dass erst „unser schwacher Kampf gegen den Youngplan ermöglicht hat die Erstarkung der Nationalsozialistischen Partei [sic!]".[86] Auf diese Weise sei ein „Tempoverlust" gegenüber den Faschisten entstanden, der die KPD dazu zwinge, den entstandenen Rückstand mit erhöhter Gewalt und verstärkter Agitation aufzuholen. Die ZK-Delegierten waren sich aber einig, dass es zwar mühsam, aber letztlich doch ein leichtes sei, durch „erhöhte Aktivität" wieder Boden gut zu machen. Jean Winterich war davon überzeugt, dass es „in kürzerer Zeit gelingen [werde], die Aussichten auf die Aufrichtung der Diktatur der Nationalsozialisten und der Hugenberggruppe in der Arbeiterschaft zu zertrümmern".[87]

Im Anschluss an das ZK-Plenum versuchte die KPD auf den erfolgreichen Propagandazug der NSDAP aufzuspringen und sich als einzig wahre Anti-Young-Partei in Deutschland zu stilisieren,

---

Lage, dass wir die ideologische Bekämpfung, wo die Leute aktiv gegen die Partei auftreten, ersetzen müssen durch den Terror. […] Ich will […] nicht sagen, dass der Terror nicht nötig ist, aber gelingt es der Partei nicht, nicht gleichzeitig eine ideologische Kampagne unter den werktätigen Massen durchzuführen, dann werden wir auch nicht in der Lage sein, mit den Mitteln des Terrors dem Faschismus entgegenzutreten." Offensiver Terror allein könne keine Organisation zerschlagen, sie im Gegenteil sogar stärken. Auch Blimm klagte, „dass wir nicht in genügender Weise unsere physischen Kampf gegen den Faschismus verbunden haben mit dem ideologischen Kampf". Grube hingegen empfahl die Anwendung der Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" und berichtete, dass in seinem Bezirk durch den „sehr scharf und aggressiv geführten Kampf unsererseits", „die Faschisten zurückgedrängt" werden konnten. Auch Poetsch erklärte, dass „ein aggressives Aufreten unserer Genossen dazu beigetragen hat, die Sympathien der Massen für uns zu steigern". Nach den Angriffen der KPD würden sich die Nationalsozialisten nicht mehr an die Öffentlichkeit trauen. Er forderte die koordinierte Ausweitung und Verschärfung des physischen Kampfes über die bisherige, sporadisch und regional beschränkte Anwendung hinaus. SAPMO im BArch RY 1/I2/1/74, Bl. 220, „Genosse 43", ebenda, Bl. 254f., „Genosse 38", ebenda, Bl. 241, und ebenda, Bl. 271, „Genosse 66". Siehe auch: ebenda, Bl. 323, „Genosse 73".

85 Auch in dieser Frage herrschte, nachdem keine einheitliche Einschätzung der Zusammensetzung der NSDAP-Parteigänger erzielt werden konnte, Uneinigkeit. Schulte und Blimm, die von eine Einbruch der NSDAP in die Arbeiterschaft ausgingen, wollten den Kampf gegen die NSDAP daher auf die Betriebe konzentriert sehen; denn „dort können wir am ersten zeigen [sic!], was sie für Knechte des Kapitalismus sind und hier haben wir die beste Möglichkeit, die Faschisten vor der Arbeiterschaft zu entlarven". Auch Florin schloss sich dieser Sichtweise an. Schlaffner hingegen, der von eine Majorität der Kleinbürger unter den Nationalsozialisten ausging, sprach sich für die aktive Konfrontation auf der Straße oder in Versammlungen aus. SAPMO im BArch RY 1/I2/1/74, Bl. 255, „Genosse 38", ebenda, Bl. 295, „Genosse 23" und ebenda, Bl. 301, „Genosse 52".

86 Auch Kaspar Wilhelm klagte, dass der „wesentliche Tempoverlust" dadurch entstanden sei, dass es die KPD versäumt habe, bei Zeiten zum Young-Plan Stellung bezogen zu haben. SAPMO im BArch RY 1/I2/1/74, Bl. 295, „Genosse 23" (d.i. Wilhelm Florin) und ebenda, Bl. 323, „Genosse 73" (d.i. Kaspar Wilhelm).

87 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/74, Bl. 245, „Genosse 32".

um auf diese Weise den konstatierten Tempoverlust wieder aufholen zu können.[88] Und obwohl weiterhin die Führung der Mehrheit der Arbeiterklasse als Hauptziel der Partei erklärt wurde, wurde nun eine stärkere Berücksichtigung der Nationalsozialisten angekündigt und eingefordert. Zu einer planmäßigen Agitation und Aufklärungsarbeit und Nationalsozialisten sollte es aber erst Monate später kommen. Die Parteiführung hatte sich zunächst auf gewalttätige Mittel in der Konfrontation mit der NSDAP entschieden und die Beantwortung des nationalsozialistischen Terrors mittels Gewaltanwendung der revolutionären Massen proklamiert. Nur wenige Tage darauf verkündete die KPD offen, dass die konsequente Anwendung der Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!", das adäquate Mittel im Kampf gegen die NSDAP sei.[89]

Eine verbindliche Strategie war zu dieser Zeit aber noch nicht entwickelt worden. Die KPD begann erst damit, sich zur (steigenden) nationalsozialistischen Bedrohung zu positionieren, weshalb für die Agitation unter Nationalsozialisten auch noch kein Propagandamaterial erstellt worden war. Erst im Arbeitsplan der Organisationsabteilung für Dezember/Januar 1929/'30 wurde die „Ausarbeitung eines Planes zur Verschärfung des Kampfes gegen den Faschismus" und die „Herausgabe von Infomaterial über den Gegner" geplant.[90] Zur besseren Überwachung der politischen Gegner wurden die Bezirke aufgefordert, über Aktivitäten des Stahlhelms, der NSDAP, des Jungdo und des Reichsbanners Bericht zu erstatten. Für diese Aufgabe wurde der „Ausbau des Gegnerapparates" verlangt, der vor allem die „Schaffung der Verbindung, Auswertung des Materials in Zeitungen und Informationen" sowie die „Anlegung eines legalen Archivs" leisten sollte.[91] Auf Grundlage des dort gesammelten Datenmaterials sollten dann Agitations- und Propagandamaterial sowie internes Schulungsmaterial erstellt werden.

Auf dem März-Plenum 1930 (20.-21.03.) wurde die NSDAP erstmals auch von Thälmann in seinem einleitenden Grundsatzreferat berücksichtigt; er beschränkte sich aber darauf, die bisherige Analyse und Interpretation zusammenzufassen. Die im vorangegangenen Plenum abweichenden Einschätzungen der Mitglieder- und Sympathisantenstruktur der NSDAP wurde nun mit verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei erklärt, von denen einige stärker als andere zu sozialistischen Vorstellungen neigen würden.[92] Letztlich seien diese Strömungen aber nicht innerhalb einer einzigen Partei auf Dauer miteinander zu versöhnen. Allein ihre demagogische Propaganda und ihre opportunistische Beweglichkeit in politischen Fragen habe die NSDAP bislang zusammengehalten und divergierende Interessen neutralisiert. Die Parteiführung erlaube sogar, dass regional und zeitlich

---

88 RF, 26. 10. 1929, „Die roten Sturmkolonnen marschieren auf!" und RF, 27. 10. 1929, „Kommunismus gegen Imperialismus; Proletarischer Kampf gegen Young-Plan".

89 RF, 05. 11. 1929, „Generalappell des Faschismus".

90 SAPMO im BArch RY 1/I2/4/16, Bl. 19f. Die Positionen der Arbeitsaufträge spricht auch für den Stellenwert, die die KPD-Führung diesen Aufgaben beimaß: der „Plan zur Verschärfung des Kampfes" stand an 7. Stelle und die „Herausgabe von Infomaterial" an 15.

91 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/16, Bl. 17, Arbeitsplan der Org-Abteilung des ZKs, vom 12. 9. 1929.

92 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/76, Bl. 92ff. und 107, „Genosse 12" (d.i. Thälmann).

begrenzte Forderungen erhoben würden, die auch von ihrer Generallinie abweichen dürften, um einer bestimmten Klientel oder Problemlage entgegenkommen zu können. Thälmann forderte daraufhin seine Partei auf, sich an dieser Vorgehensweise ein Beispiel zu nehmen, „sie richtig [zu] analysieren und daraus auch bestimmte Konsequenzen unserer eigenen Elastizität zu ziehen".[93]

Das Wachstum der Partei in Sachsen und Thüringen wurde auf den Niedergang der dortigen Schwerindustrie zurückgeführt; für Paul Merker waren es daher vor allem enttäuschte und verarmte Sozialdemokraten, die wegen der sozialen Demagogie ihren Weg zur NSDAP gefunden hatten.[94] Auch Thälmann hatte das Wachstum damit begründet, dass die KPD zur Zeit „nicht die Kraft [besitze], die Massen, die heute von den Sozialfaschismus weggehen, hinter uns zu sammeln, weil wir heute noch nicht in dem genügenden Maße die unmittelbaren Interessen der Massen vertreten".[95] Infolgedessen kreiste die Debatte erneut um den Tempoverlust der KPD gegenüber der NSDAP, der laut Robert Klausmann erst dadurch habe entstehen können, dass die Partei ihre Propaganda und Agitation „eine ganze Zeit ziemlich stark vernachlässigt" habe.[96]

In der Praxis bedeutete diese Interpretation, dass sich die KPD zunächst weiterhin auf sozialdemokratische Arbeiter konzentrierte.[97] Doch obwohl weder in den internen Rundschreiben an die Parteibezirke noch in öffentlichen Stellungnahmen Nationalsozialisten mit einbezogen wurden, begann die Partei langsam ihr Werben um neue Wählerschichten sozial nach oben zu erweitern.[98]

Mit der Krise um Otto Strasser im Juni 1930 und die bald darauf folgende Abspaltung seiner Gefolgschaft von der NSDAP, begann die KPD jedoch schnell ihre Strategie zu überdenken, die einseitig auf gewalttätige Konfrontation setzte. Die innerparteilichen Streitigkeiten stärkte die Auffassung, dass sich in der NSDAP zwei widerstrebende Flügel gesammelt hatten, die letztlich nicht dauerhaft miteinander zu vereinen seien. Sie bestärkten auch die Auffassung, dass die NSDAP viele Protestwähler abgefangen hatte, von denen in sozialen Krisenzeiten eigentlich eine Radikalisierung nach links erwartet worden war. Viele dieser Protestwähler waren in den Augen der KPD-Führung von ihrem Weg abgekommen und nur wegen der sozialen Demagogie in die Fänge der NSDAP geraten. Dass Vertreter des so genannten „linken Flügels" wiederholt offen für ein Bündnis mit der Sowjetunion eingetreten waren oder Streikaktionen der Freien Gewerkschaften unterstützt hatten, zeige doch deutlich, dass die politischen Ziele vieler Nationalsozialisten viel eher den Zielen der KPD entsprechen würden.[99] Bei geschickter Agitation und Propaganda, die über den Verrat der Parteiführung an den propagierten Zielen der NSDAP aufklären würde, sei also auf einigen Erfolg zu hoffen.

---

93 Ebenda, Bl. 102.
94 Ebenda, Bl. 307, „Genosse 17".
95 Ebenda, Bl. 307, „Genosse 12".
96 Ebenda, Bl. 190, „Genosse 28".
97 Vgl. u.a.: Weber, Generallinie, Nr. 16, 21. 2. 1930, S. 111 und Nr. 17b, März 1930, S. 130.
98 Vgl. u.a.: RF, 15.06.1930, „Resolution über den Kampf gegen den Faschismus".
99 Horn, Der Marsch zur Machtergreifung, S. 260 und Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, S. 37-41 und 75.

Der (vermeintliche) soziale Gegensatz innerhalb der nationalsozialistischen Gefolgschaft sollte der Hebel sein, mit dem die KPD die NSDAP sprengen wollte.

Der begrenzte Umfang der Anfang Juli vollzogenen Abspaltung wurde nicht weiter hinterfragt. Strasser, der unter dem Motto „Die Sozialisten verlassen die NSDAP" aus der Partei ausgetreten war, konnte nur einige hundert Gefolgsleute in seiner „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" (KGRNS) sammeln. Die Möglichkeit, dass mit der Strasser-Gruppe bereits das Gros des linken, vermeintlich sozialistischen und antiimperialistischen Flügels die NSDAP verlassen hatte, wurde zu keiner Zeit in Erwägung gezogen. Stattdessen wurde die Sezession als ein erstes Zeichen einer grundlegenden sozialen Gärung innerhalb der heterogenen Anhängerschaft gedeutet – der eigentliche, große Bruch stünde noch bevor! Die KPD-Presse, die wie selbstverständlich davon ausging, dass die bislang Fehlgeleiteten früher oder später für die Sache des Kommunismus gewonnen werden würden, proklamierte daher bereits das bevorstehende Ende der NSDAP aufgrund interner Spannungen.[100] Gerade die Wahlerfolge der NSDAP und folgende Regierungsverantwortung würden „den Abgrund zwischen Schein und Sein, zwischen Name und Inhalt, zwischen Versprechungen und Erfüllung, zwischen papiernem Programm und der lebendigen Wirklichkeit" aufreißen.[101] Aus diesem Grunde sei künftig die weitergehende Zersetzung, „vielleicht die Spaltung", der Partei zu erwarten. Auch Thälmann schätzte in Funktionärskreisen die Abspaltung als Symptom einer latenten, unterschwelligen Gärung ein, die in ihrer ganzen Wucht erst noch ausbrechen werde.[102] Dass es bereits jetzt zu einer ersten Abspaltung gekommen war, wurde Hitlers fortschreitender Annäherung an kapitalistische Förderer zugeschrieben; er wolle sich koalitionsfähig spalten, wozu er sich zunächst allzu radikal auftretenden Parteiführer entledigen müsse.[103]

Doch auch der betont antikapitalistisch und antiimperialistisch auftretenden KGRNS wurden keinerlei Sympathien entgegengebracht und die KPD war auch um ihre Zersetzung bemüht; schließlich würde sie ihre Anhänger nicht aus den Fängen des Faschismus befreien, sondern im Gegenteil versuchen, durch eine noch radikalere, pseudosozialistische Demagogie das Abströmen desillusionierter nationalsozialistischer Arbeiter ins proletarische Lager aufzuhalten. Auf diese Weise solle auch der Widerstand gegen Hitler künftig dem Faschismus erhalten werden. Hitler wie Strasser würden letztlich dieselben Ziele verfolgen, allein ihre Methoden würden sich unterscheiden.[104] Beide Parteiführer

---

100 RF; 29. 6. 1930, „Sozialistenverfolgung in der NSDAP", 1. 7. 1930, „Krise der Nazis" und 2. 7. 1930, „Der NSDAP. droht der Ruin von innen heraus". Auch: WaA, 30. 6. 1930, „Krach bei den Nazis".

101 WaA, 8. 7. 1930, „Der Traum vom Dritten Reich; Krise um Hitler, Name gegen Sache".

102 Thälmann konstatierte auf den Juniplenum des ZK, dass es, wenn die NSDAP-Führung „einen linken Flügel, eine verhältnismäßig belanglose Führergarnitur aus ihren Reihen hinauswerfen, […] keineswegs dazu führen [werde], dass wir in unseren Reihen über den Zersetzungsprozess in der Nationalfaschistischen Partei im Moment Illusionen haben. […] Genossen, eine Bemerkung zu den Auseinandersetzungen mit der Gruppe bei den Nationalsozialisten, einer Gruppe natürlich, die moralisch ungeheuer viel Unheil anrichtet, aber keine grosse Bedeutung hat für die innere Konsolidierung der Hitler-Partei". SAPMO im BArch RY 1/I2/1/77, Bl. 95ff.

103 RF, 1. 7. 1930, „Die Krise der Nazis".

104 Die KPD-Führung erfuhr bei ihrer Interpretation von Seiten der sozialdemokratischen und liberalen Presse Bestätigung. Diese war sich zwar nicht sicher, ob die Auseinandersetzung auf inhaltliche oder persönliche Differenzen zurück-

stünden im Dienste des Kapitals; lediglich bei Teilen ihrer Gefolgschaft artikuliere sich ernsthafter sozialer Protest und echte Sympathien für den Sozialismus.[105] Aus diesem Grunde müsse die Aufklärungsarbeit zur Entlarvung der nationalsozialistischen Führer auch auf die Strasser-Gruppe ausgeweitet werden.[106]

Bezeichnender Weise blieb die Interpretation der KPD-Führung in ökonomischen Erklärungsansätzen gefangen. Anderen Elementen des Nationalsozialismus, wie Führerkult, Nationalismus oder Rassismus, wurde keine grundlegende Bedeutung beigemessen und dies wie selbstverständlich auch für aufgeklärte Arbeiter angenommen. Der Nationalismus wurde auf die Rolle eines Propagandainstruments zur Ablenkung der Arbeiter von ihrer Klassenlage reduziert. Dass große Teile der deutschen Bevölkerung tatsächlich antikapitalistisch eingestellt wären und die kapitalistische Weimarer Republik durch einen sozialistischen Staat zu ersetzen suchten, stand für die KPD-Führung außer Frage; derartige Stimmungen waren durch die NSDAP lediglich in falsche Bahnen gelenkt worden. Da die KPD den Nationalismus nicht als eigenständige politische Größe wahrnahm, die durchaus ein geschlossenes Weltbild und eine gemeinsame Identifikation bieten konnte, reduzierte die Frage der Parteizugehörigkeit auf die Frage der persönlichen Stellung zum Sozialismus. Nachdem die NSDAP aber durch ihre Koalitionen mit bürgerlichen Parteien und der Schwerindustrie ihr wahres, kapitalistisches Gesicht offenbart habe, könne niemand mehr auf die Verwirklichung sozialistischer Ziele durch den Nationalsozialismus hoffen. Die Hitlerpartei habe sich damit selbst „vor den eigenen Anhängern kompromittiert", weshalb ihr Zerfall nur die logische Folge sei.[107]

Die Streitigkeiten innerhalb der NSDAP und die Abspaltung vermeintlicher Sozialisten überzeugte die KPD-Führung davon, dass es auch innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung ein Adressatenkreis ehrlicher, aber fehlgeleiteter Antikapitalisten gab, dessen Abwerbung als viel versprechende Gelegenheit aufgefasst wurde. Mitte Juli wurde die Parteiorganisation schließlich erstmals konkret auch zur verbalen Auseinandersetzung mit Nationalsozialisten aufgefordert.[108] Im Zuge dessen wur-

---

zuführen sei, unterschied aber allgemein ebenso zwischen opportunistischen Führern und radikalen, antikapitalistischen Anhängern. Die „Frankfurter Zeitung" sprach gar von einem „*allzu gesteigerten proletarischen* Kampfeswillen mancher Genossen". Daher sei damit zu rechnen, dass die Kritik der Strasser-Gruppe „immerhin auf Teile der Partei nicht ohne Eindruck bleiben" werde; die KGRNS sei aber nicht als sozialistische Gruppe anzusehen. FZ, 3. 7. 1930, „Hitler, Göbbels, Strasser", 4. 7. 1930, „Spaltung der Nationalsozialisten" und 5. 7. 1930, „Preußen, Nationalsozialisten und Kommunisten"; Vorwärts, 1. 7. 1930, „Spaltung im Nazilager.; Offener Kriegszustand zwischen Goebbels und Otto Straßer" und 7. 7. 1930, „Goebbels „Sozialistenverfolgung". In diesem Sinne auch: VZ, 2. 7. 1930, „Machtkampf im Hitlerlager" und 04.07.1930, „Strassers ‚revolutionäre' Gründung".

105 RF, 2. 7. 1930, „Sozialismus ist für die NSDAP nur Mittel zum Zweck".

106 RF, 4. 7. 1930, „Spaltung bei den Nazis vollzogen" und 5. 7. 1930, „Knüppelt sie nieder! Zersetzung der NSDAP und unsere antifaschistische Offensive".

107 WaA, 8. 7. 1930, „Der Traum vom Dritten Reich; Krise um Hitler; Name gegen Sache".

108 So wurden die Parteibezirke aufgefordert, NSDAP-Versammlungen künftig zu besetzten, damit eine inhaltliche Auseinandersetzung auch gewährleistet werden könne und auch an alle Anwesenden Propagandamaterial verteilt werden könnte. Die NSDAP-Redner sollten dazu gezwungen werden, ihre arbeiterfeindliche Politik verteidigen zu müssen. Durch geschicktes Fragen könne Zweifel gesät und so die Massenzersetzung eingeleitet werden. Um den Effekt der KPD-Propaganda weiter zu steigern, wurde die Parteiorganisation dazu aufgefordert, systematisch Adressen bekannter NSDAP-Arbeiter zu sammeln, damit ihnen das Material direkt zugesandt werden könne. Weber, Generallinie, Nr. 25a, 17. 7. 1930, S. 196.

de die bisherige Vorgehensweise vieler Parteifunktionäre gerügt, die der NSDAP bislang keine Beachtung geschenkt und den ideologischen Massenkampf ebenso wie die Organisation des wehrhaften Selbstschutzes vernachlässigt hätten. Die Bezirksorganisationen wurden dazu aufgerufen, nicht nur auf Veranstaltungen und Aktionen der NSDAP zu reagieren, sondern auch „von sich aus die Initiative für die ideologische Auseinandersetzung mit dem Faschismus in Betriebs- und Massenversammlungen" zu ergreifen.

Das Juniplenum des ZKs (16.-17.06.1930), das im Zeichen der kommenden Reichstagswahlen stand, war für das strategische Vorgehen der KPD in den folgenden Jahren von entscheidender Bedeutung. Die Schlussfolgerungen, die hier aus der bisherigen Analyse der NSDAP gezogen wurden, bestimmten die Art und Weise des Konkurrenzkampfs mit den Nationalsozialisten.

Nach weiteren Wahlerfolgen in Thüringen und Braunschweig wurde die NSDAP zunehmend als ernstzunehmender Gegner im innenpolitischen Machtkampf, aber auch als Rivale um dasselbe Wähler- und Mitgliederpotential angesehen. In Zeiten einer umsichgreifenden Wirtschaftskrise, warnte Thälmann, könnten „die Nationalfaschisten" mittels ihrer sozialen Demagogie „ungeheuer gewinnen".[109] Ihr anhaltender Aufstieg zwinge die eigene Partei dazu, „neue Methoden der Bourgeoisie, mit welchen Formen […] sie versuchen die Massen aufzufangen, die sonst zum Kommunismus kommen würden", zu berücksichtigen, mit denen die NSDAP „einen großen Teil dieser Schichten aufsaugen" könne.[110] Da die erwartete allgemeine Radikalisierung verarmter Kleinbürger und Mittelschichten nach Links ausgeblieben war, wurde das Wachstum der Partei mittels einer „eigenartigen Umgruppierung bei den verschiedenen Bevölkerungsschichten" erklärt.[111] Diese Entwicklung zwinge nun gegenüber Nationalsozialisten neue Propagandaformen anzuwenden, mit denen auch Schichten angesprochen werden könnten, die für die KPD-Führung objektiv „proletarisiert" waren, sich subjektiv aber noch der bürgerlichen Klassen zugehörig fühlten. Da von proletarisierten (Klein-) Bürgern aber vorrangig Zustimmung und Unterstützung erwartet wurde und sie im Gegensatz zum (Industrie-) Proletariat nicht Hauptträger der Revolution waren, konnte die Umwerbung der NSDAP-Klientel keine der SPD vergleichbare Bedeutung erlangen. Nachdem Thälmann erneut erstaunt festgestellt hatte, „dass die Faschisten von uns sowohl in der Methode ihrer Arbeit wie in der Frage der Agitation und der lebhaften Propaganda, die sie betrieben haben, von uns gelernt haben", empfahl er seiner Partei eine Reaktion, die ihre Propaganda und Politik maßgeblich beeinflussen sollte: „Wir haben heute die Pflicht, umgekehrt ebenfalls von den Faschisten zu lernen."[112]

Wie ein viertel Jahr zuvor kritisierte Thälmann die mangelnde Flexibilität seiner Partei in der Anwendung neuer Propagandaformen; die bisherige einseitige Bevorzugung gewalttätiger Mittel wurde

---

109 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/77, Bl. 91, Redebeitrag „Genosse 12".
110 Ebenda, Bl. 93.
111 Ebenda, Bl. 91.
112 Ebenda, Bl. 91.

nun ausdrücklich kritisiert.[113] Aus der Quintessenz der bisherigen Analyse der NSDAP, entwickelte Thälmann neue Ziele und Vorgaben für die anstehenden Wahlen:

„Genossen, welche Bedeutung haben die Sachenwahlen oder welche Lehren müssen wir aus unseren Wahlen ziehen für unsere Gesamtpartei? 1. […] weitere Verstärkung unseres politischen Kampfes gegen die Nationalsozialisten in ganz Deutschland. Dabei dürfen wir nicht einmal die Frage des theoretisch-ideologisch-politischen Kampfes stellen, sondern auch die Frage der organisatorischen Massenkraft durch die Betriebswehren, eine Frage, wo wir uns organisatorisch verankern müssen. 2. dass wir verbessern müssen unsere Arbeit unter den Angestellten, Beamten und Mittelständlern, was in Sachsen eine große Rolle gespielt hat."

Bei der Adaption nationalsozialistischer Propagandaelemente und der darauf aufbauenden Entwicklung von Gegenstrategien zeigt sich ein grundsätzliches Unverständnis der KPD-Führung gegenüber dem Konstrukt Nation und den psychologisch-emotionalen Aspekten des Nationalismus.[114] Auch beim Versuch Bevölkerungsschichten zu gewinnen, die nicht dem üblichen KPD-Klientel entsprachen, wurde auf wirtschaftliche Aufklärung gesetzt: Wenn die NSDAP behaupte, für einen nationalen Sozialismus und für ein kommendes Drittes Reich zu kämpfen, „so müssen wir ihnen durch Tatsachen beweisen, dass sie nicht für ein neues Reich, nicht für Sozialismus kämpfen, weil sie keinen Kampf gegen den Kapitalismus führen, weil ihre Stellung zu dem Privateigentum eine kapitalistische ist".[115] Auf dem Felde der Ökonomie fühlte sich die KPD unbesiegbar; hier sprächen die Argumente zweifelsohne für den marxistisch-leninistischen Sozialismus: „Stellen wir die Frage des kapitalistischen Staates und des Kapitalismus überhaupt. Hier sind wir doch in der Lage, sie auf <u>allen</u> Gebieten zu schlagen." Bereits die Organisationsstruktur der NSDAP entlarve doch die sozialpolitische Demagogie des Nationalsozialismus: „Die Führer sind abgedankte Offiziere, die Führer sind Kapitalisten und wollen als Kapitalisten gegen den Kapitalismus kämpfen. Und welcher Arbeiter glaubt das?"[116]

---

113 „Kernfrage ist die Frage der nicht genügenden methodischen Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten. Unsere Genossen z.B. in Zwickau und Chemnitz, wie auch in Leipzig und Dresden hatten solche Tendenzen, dass sie den ideologischen Kampf gegen den Nationalfaschismus glatt negiert haben; nur Terror und Sabotageakte; ‚Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein.' Das war das sprichwörtliche Wort für die methodische Arbeit die unsere Genossen geleistet haben. Erst als man sah, dass die Nationalfaschisten eine Armee sind, der auch die Kommunisten Aufmerksamkeit schenken mussten. Nun, Genossen, gingen die Genossen dazu über, in den verschiedenen Versammlungen der Nazis und auch anderswo einzudringen, und diese Frage zu erkennen. [sic!] Das war aber schon viel zu spät, der Tempoverlust konnte nicht mehr nachgeholt werden." Ebenda, Bl. 111.

114 Die KPD-Führung erkannte nicht den metaphysischen und identitätsstiftenden Gehalt des rechtsradikalen Nationalismus, der, *quasi* als Gegenstück zum Kommunismus, die sofortige und unterschiedslose Vereinigung aller Deutschen durch das Blut und einer gemeinsamen Stammesgeschichte anbot. Die bewusste Negation der Klassenunterschiede durch die propagierte Volksgemeinschaft war für die KPD-Führung platte Demagogie, die schnell wieder in sich zusammenbrechen werde, da die divergierenden Klasseninteressen nicht auf Dauer unterdrückt werden könnten. In diesem Zusammenhang zeigte sich auf bei Thälmann das Unbehagen und die Weigerung vieler Kommunisten, zur Bestimmung der Nation und eines subjektiv empfundenen Nationalgefühls, psychologische Erklärungsansätze anzuerkennen. Er sprach zwar „diese eigenartige Phsyche [sic!], die in der sozialen Schichtung und sozialen Arbeit begründet liegt, [und] auch in der nationalen Frage einige Gesichtspunkte" beeinflusse, wortwörtlich an, ging aber – wie das gesamte ZK – zu keiner Zeit mehr darauf ein. Ebenda, Bl. 152.

115 Ebenda, Bl. 148.

116 Ebenda, Bl. 150f.

Von der ernsthaften sozialistischen Einstellung vieler Nationalsozialisten überzeugt, ging die KPD-Führung fest davon aus, dass es lediglich gezielter Aufklärungsarbeit bedürfe, um diese Tendenzen in einen Sozialismus bolschewistischer Lesart zu überführen. Und Thälmann ging wie selbstverständlich davon aus, dass die KPD auf diese Weise diesen Teil der nationalsozialistischen Anhängerschaft ohne weiteres für sich gewinnen könne.[117] Dass die KPD-Führung dennoch glaubte, nicht auf das Thema „nationale Frage" verzichten zu können, lag an den konstatierten Erfolgen der Nationalsozialisten in diesem Themenbereich; „weil sie es verstehen nationale Instinkte zu wecken, wo unsere Partei bange ist, in dieser Frage opportunistisch zu werden".[118] Dieser Themenbereich dürfe nicht kampflos den Nationalsozialisten überlassen werden, nachdem es ihnen derart gelungen sei, die steigende Zahl Protestwähler anzusprechen. Wenn die KPD dabei ihrer Klassenlinie treu bleibe, müsse in die Auseinandersetzungen mit der NSDAP künftig auch die nationale Frage miteinbezogen werden; Verweigerung sei nicht mehr tolerabel: „Wir kämpfen für eine Nation des Sozialismus und kämpfen gegen eine Nation des Kapitalismus. Und wenn wir so weiter arbeiten wie jetzt, erleichtern wir es den Nationalsozialisten uns in ihr Schlepptau zu bringen, dort, wo sie Erfolg haben."[119] Im Zuge dessen scheute sich die KPD auch nicht, Widersprüche in der nationalsozialistischen Propaganda auszuschlachten; und Thälmann empfahl seiner Partei, „die Frage der Süd-Tiroler" zu stellen, „wo sie [d. NSDAP] einfach ihre eigenen Landsleute, die sie früher versuchten national zu unterstützen, heute im Stich lassen". Dass die KPD begann, sich mit dieser Entscheidung auf einen gefährlichen Wettstreit mit der NSDAP einzulassen, wurde nicht thematisiert.

Nachdem Lenz (d.i. J. Winternitz) im Namen des ZKs Thälmanns Forderungen begrüßt und nochmals bestätigt hatte, dass die KPD „im Kampf gegen den Faschismus und insbesondere die Nationalsozialisten die Frage der Mittelschichten und die nationale Frage stärker behandeln müsse", forderte Alfred Noll eine verbindliche Positionierung in diesem Themenfeld. Andernfalls sei zu erwarten, dass der Parteiapparat aus Furcht vor opportunistischer Abweichung nicht folgen werde.[120]

Es wurden aber auch erste Bedenken laut, die eine Konzentration im antifaschistischen Kampf auf die NSDAP kritisierten. Walter Ulbricht erinnerte daran, dass der Faschismus ein ganzes wirtschaftspolitisches System umfasse und sich nicht auf eine Partei oder Wehrorganisation begrenzen lasse. Bereits die „gegenwärtige Regierung" erledige die Geschäfte der Bourgeoisie; bereits das Kabinett Brüning stelle „durch die Anwendung des §48 den Uebergang zur faschistischen Diktatur"

---

117 Ebenda, Bl. 151f.

118 Thälmann zu dieser Frage weiter: „Eine Kernfrage ist hier, dass eine große Scheu in unseren Reihen ist, die nationale Frage zu stellen, wir müssen die Nationalsozialisten schlagen, so müssen wir auch sehen, dass, wenn bei ihnen erlaubt ist, zu sagen, sie sind für Freiheit und gegen Knechtschaft, dasselbe bei uns erlaubt ist, aber unsere Genossen wagen nicht, zu sagen, sie sind für Freiheit und gegen Knechtschaft, weil sie dann bereits Angst haben, dass sie eine opportunistische Abweichung machen." Ebenda, Bl. 150.

119 Ebenda, Bl. 150.

120 Ebenda, Bl. 255, „Genosse 64" und Bl. 321, „Genosse 85".

dar.[121] Damit sei zurzeit das Zentrum der wichtigste Träger der faschistischen Gesamtbewegung; und nicht die NSDAP die gefährlichste faschistische Macht.

Im Anschluss an das ZK-Plenum begann sich die KPD mit der Gründung einer „Faschistenkommission" dauerhaft und institutionell auf die NSDAP einzustellen.[122] Und in den folgenden Wochen erschienen verschiedene Schulungsmaterialien zur Agitation unter Nationalsozialisten, in denen jedes Parteimitglied zur ideologischen Auseinandersetzung aufgefordert wurde. Seit die KPD vermehrt Redner in NSDAP-Versammlungen schickte, konzentrierte sich dieses Material auf „Diskussionsredner in Versammlungen der Hitler-Partei".[123] Um die Partei auf die neue Strategie einschwören zu können, sollte sie von ihrer Notwendigkeit überzeugt werden:

„Im Vordergrund steht die ideologische Bearbeitung der Anhänger der Nazis und jener Schichten, die ihrer Demagogie und ihrem Lügengewebe am leichtesten zum Opfer fallen (Mittelstand, Beamte, Angestellte, Gewerbetreibende etc). […] Der ideologische Kampf, die sachliche Auseinandersetzung, überall dort, wo man mit Faschisten zusammenkommt, der das Hauptgewicht auf die Kleinarbeit, in Diskussionen, auf der Strasse, in Lokalen, im Betrieb, auf den Stempelstellen gelegt werden muss, ist die Hauptwaffe des Kampfes gegen den Faschismus, um so die Massenbasis die er erlangen konnte, zu entziehen."[124]

Nachdem in der Sekretariatssitzung vom 31.07.1930 „Die Vorbereitung für den Wahlkampf der K.P.D." bestimmt worden war, wurde der Partei endgültig die Ausnutzung der nationalistischen Stimmung in Deutschland und die Ausweitung der umworbenen Klientel über die Arbeiterklasse hinaus diktiert: die KPD gehe „auf Grund der sächsischen Erfahrung zum ersten Mal radikal dazu über, auch gewisse nichtproletarische Schichten ernsthaft zu bearbeiten".[125] Entsprechend der Forderung Thälmanns, von den Nationalsozialisten zu lernen, wurden für die Propaganda diejenigen Themen der NSDAP adaptiert, die nach Ansicht der KPD-Führung ihre erfolgreichsten gewesen waren. Dementsprechend müsse nun auch die KPD „den Reichstagswahlkampf unter stärkster Betonung ihrer revolutionären Ziele, besonders im Kampf gegen den Youngplan, durchführen". Die

---

121 Ebenda, Bl. 376, „Genosse 62". Ulbrichts Einschätzung wurde von Lenz ausdrücklich geteilt. Seiner Meinung sein es sogar äußerst töricht, das faschistische Bedrohungspotential allein bei der NSDAP zu sehen; denn „wenn wir von der Möglichkeit der zeitweiligen Zurückdrängung der Nationalsozialisten sprechen, bedeutet das Unterschätzung der Faschisierung. […] Was heißt das? Das heisst, dass die Stärkung der Nationalsozialistischen Partei ohne weiteres mit der Faschisierung gleichgesetzt wird. Das ist absolut falsch. Wir dürfen angesichts des Anwachsens der Nationalsozialisten nicht übersehen, dass es nicht weniger gefährliche faschistische Kräfte gibt, die eine viel grössere Macht verkörpern. Wir dürfen nicht vergessen, dass an der Spitze der Reichsregierung Stahlhelmleute stehen, die bereits mit der Verwirklichung der faschistischen Diktatur beginnen." Ebenda, Bl. 254f., „Genosse 64".

122 Als Vorsitzender der Kommission wurde Hans Kippenberger, der Leiter des Nachrichtendienstes der KPD (AM-Apparat), bestimmt. SAPMO im BArch RY 1/I2/5/3, Bl. 102.

123 Darin wurde v.a. auf Schwachstellen der NS-Propaganda hingewiesen und die Redner mit passenden Gegenargumenten versorgt; mitunter durch vorformulierten Antworten. Der Gehalt des Materials erschöpfte sich aber letztlich in der ausführlichen Wiedergabe von Grundsatzartikeln und Propagandatexten aus der Parteipresse, und konzentrierte sich auf den Pseudosozialismus und (angeblichen) Legalismus der NSDAP.

124 BArch R 8051/112, Bl. 349-360, Abschrift: ZK der KPD, Sekretariat, vom 24. 7. 1930, Referentenmaterial zum antifaschistischen Kampf.; Rededisposition über Bolschewismus und Nationalsozialismus, BArch R 8051/112, Bl. 349-360, Abschrift: „Dem Hakenkreuz.; Referentenmaterial für Diskussionsredner in Versammlungen der Hitler-Partei; Herausgegeben von der Bezirksleitung Ruhrgebiet Agitprop Nr. 8", Essen, 20. 8. 1930 und BArch R 8501/117, Bl. 361-384, Abschrift: „Referentenmaterial für den Reichstagswahlkampf 1930; Das wahre Gesicht dew Nationalsozialismus", „Herausgegeben vom Zentralkomitee der KPD; Als Manuskript gedruckt".

125 SAPMO im BArch Ry 1/I2/5/3, Bl. 110-113.

KPD müsse sich derart präsentieren, dass sie „als einzige Partei des Kampfes gegen den Youngplan“ wahrgenommen werde. Um die geforderte „Anknüpfung an die nationalen antiimperialistischen Stimmungen“ auch erreichen zu können, müsse eine entsprechende „Herausarbeitung der Rolle der KPD und Komintern gegenüber Versailles, Dawesplan und Youngplan“ erfolgen. Und in Anlehnung an das von der NSDAP prophezeite „Dritte Reich“ sollte das „Hauptgewicht der Agitation […] darauf gelegt [werden], die Endziele der Kommunistischen Partei möglichst konkret herauszuarbeiten, da bei der grossen, alle werktätigen Schichten umfassenden Gärung die Frage des Endziels die allerstärkste Rolle bei den Massen spielt.“

Am Ende dieser Anweisungen zum Wahlkampf stand die aufsehenerregende „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands“ als symbolischer Ausdruck der Neuausrichtung der innenpolitischen (Propaganda-) Linie der KPD.

1.2 Dem Tempoverlust hinterher. Die KPD Anfang der 30er Jahre.

Die genannten Probleme, Widersprüche und Dilemmata in der KPD-Strategie Anfang der 30er Jahre – von der Parteiführung selbst wiederholt als „Tempoverlust“ charakterisiert – sollten anhaltend hemmende Auswirkungen auf ihre konsequente Durchführung verursachen. Es lassen sich insbesonders vier Elemente ausmachen, die, eng miteinander verwoben, für fortwährende Missstände verantwortlich waren: die Bezugnahme auf die nationale Frage in der Parteipropaganda, die soziale Öffnung der Partei, die Ausbalancierung der Vorgehensweise gegen Nationalsozialisten zwischen Gewalt und Gespräch sowie die anhaltende Bagatellisierung des stetig zunehmenden nationalsozialistischen Bedrohungspotentials.

Auf fremden Terrain: Die KPD und die nationale Frage.

Erst im Januar 1931, vier Monate nachdem die KPD ihre Propaganda um die Empörung über die nationalen Abhängigkeiten erweitert hatte, konnte die risikobehaftete Werbestrategie im ZK diskutiert werden. Thälmann bekräftigte zwar die Bedeutung der „Programmerklärung“, er war sich aber der grundsätzlichen Gefahren bewusst, die ihre Propagierung barg. Durch eine eindeutige Positionierung zu den abgetrennten oder besetzten deutschen Gebieten sollten die gefürchteten Revanchismusvorwürfe künftig von vornherein unterbunden werden.[126] Da sich die Ziele und die Methode der Revision des deutschen Territoriums fundamental unterscheiden würden, müsse die Parteipro-

[126] Thälmann betonte, dass die „Programmerklärung“ weiterhin die Grundlage der ideologischen Offensive bilde, mit der die KPD „in diese Nazifront eindringen“ könne: Sie sei „die wichtigste Waffe in diesem Kampfe, die wir immer wieder benutzen müssen, um damit zu gleicher Zeit auch die demagogische und soziale Hetze der Nazis auf diesem Gebiet, in der Frage des Youngplanes, in der Frage der Grenzen, in der Frage der Abrüstung, in der Frage der Sowjetunion usw. so zu stellen, wie in diesem Freiheits-Programm in verschiedenen Punkten aufgerollt ist.“ SAPMO im BArch RY 1/I2/1/78, Bl. 218, „Genosse 95“.

paganda diese Unterschiede zur NSDAP deutlich erkennbar herausstellen: „Die Faschisten stellen die Frage der Revancheidee, wir stellen […] die Frage der nationalen Befreiung im Zusammenhang mit der Fragestellung ohne Krieg, durch die Revolution.“[127] Zur Illustration forderte Thälmann gemeinsame Propagandaaktionen mit den Kommunistischen Parteien der betroffenen Nachbarländer. Durch die Bezugnahme auf Deutsche in Polen oder Süd-Tirol würde sich „auf diesem Gebiete die Möglichkeit einer grossen Offensive und Orientierung im Kampfe gegen die imperialistische Unterdrückung der nationalen Minderheiten“ bieten.[128]

Grundsätzlich sollte die Positionierung der KPD zum (deutschen) Nationalstaat auf der leninistischen Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker basieren. Während der Status des Saarlands damit eindeutig definiert war, blieb der Umgang mit Gebieten, in denen zwar (mehrheitlich) Deutsche wohnten, deren Grenzziehung aber nicht den jeweiligen Siedlungsgrenzen entsprachen, problembehaftet. Mit der „Problemstellung oder taktischen Fragestellung der deutschen Minderheiten in Südtirol, Polnisch Oberschlesien oder [im] Polnischen Korridor“ müsse daher äußerst sensibel umgegangen werden; hier sei im Einzelfall zu entscheiden, „weil hier ganz andere eigenartige Zusammenhänge liegen“.[129]

Da der kommunistische Theoriediskurs keine eindeutige Definition des Nationen- oder Volksbegriffs hervorgebracht hatte, war die Charakterisierung von Territorien, in denen Menschen lebten, die zwar auch deutsch sprachen, oftmals aber bilingual aufgewachsen waren und historisch nicht eindeutig einem Volk oder einer Nation zugeordnet werden konnten, besonders schwierig und gefährlich; es sei daher „gar kein Vergleich […] mit Elsass-Lothringen“ aufzustellen: Nur gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Frankreichs dürfe die KPD „einen grossen Kampf um die Befreiung des Elsass-Lothringischen Volkes, um das Recht der Selbstbestimmung […] führen“.[130] Durch die salomonische Entscheidung, die Elsässer und Lothringer als eigenes Volk zu definieren, konnten beidseitige nationale Ansprüche zurückgewiesen werden und die Zugehörigkeit zu (oder auch Unabhängigkeit von) einem der beiden kommenden Sowjetstaaten den Bewohnern der Region überlassen werden. Doch aus Furcht vor weiteren Revanchismusvorwürfen ermahnte Thälmann seine Partei, das Thema Elsass-Lothringen aus der Propaganda herauszulassen – der nationale Standpunkt der KPD solle lieber durch ihren Kampf gegen Versailles und den Völkerbund demonstriert werden.[131]

---

127 Ebenda, Bl. 215, „Genosse 95“.

128 Ebenda, Bl. 216. Thälmann dazu: „Die Problemstellung der nationalen Befreiung, wie sie von den Faschisten kapitalistisch und mit Kriegspolitik gestellt wird, im Zusammenhang mit Revanche-Ideen gegen Polen, müssen wir als revolutionäre Partei, als Partei des Friedens, als Partei der proletarischen Revolution gegenüberstellen die Frage der engsten, innigsten Solidarität mit den polnischen, französischen und italienischen Arbeitern.“

129 Ebenda, Bl. 553, „Genosse 95“.

130 Ebenda.

131 Thälmann zur Frage Elsass-Lothringens: „Daran, dass gestern von Lorenz [Delegierter der KPF] zu diesen Fragen gesprochen hat, sieht man, dass diese Frage in Elsass-Lothringen eine Rolle spielt. Aber Elsass-Lothringen hier in diese Frage hineinzubringen ist völlig unzweckmässig. […] Wenn wir die Frage der jetzigen Lage Deutschlands aufrollen und dann die Frage Elsass-Lothringen im Zusammenhang mit Frankreich stellen, dann stellen wir doch die Frage falsch. Jede Revancheidee, wie sie von den Nationalsozialisten und Kapitalisten für Elsass-Lothringen gestellt wird, Elsass-

Der Parteiapparat folgte seiner Führung aber nur äußerst langsam und widerwillig. Nachdem Thälmann bereits im Januar bemängelt hatte, dass über Protestaktionen der KPD gegen die nationale Abhängigkeit in der „ganzen kommunistischen Presse nur eine Notiz" erschienen sei, kritisierte Koenen auch auf dem folgenden ZK-Plenum im Mai 1931, dass „in der nationalen Frage zweifellos […] ein viel zu schwaches und viel zu ängstliches Auftreten unserer Genossen zu verzeichnen" sei.[132] Dadurch seien bei der angestrebten „Orientierung auf die Nationalsozialisten" günstige Gelegenheiten ausgelassen worden, „um an die 6 Millionen Wähler heranzukommen."

Die fehlende eindeutige Definition, was unter einer befreiten sozialistischen Nation genau zu verstehen und wie sie zu erkämpfen sei, war, neben der tradierten Geringschätzung des Themenkomplexes, ein Hauptgrund für die stiefmütterliche Berücksichtigung der nationalen Propaganda durch Funktionäre und Parteibasis. Und die KPD tat sich schwer, eindeutige Richtlinien zu entwickeln, auf deren Grundlage eine verständliche und tragfähige Positionierung eingenommen werden konnte, die nicht latent im Ruch der opportunistischen Abweichung stand. Um der allgemeinen Unsicherheit entgegen zu wirken, war bereits Ende 1930 ein Sammelband mit Aufsätzen Lenins zur nationalen Frage veröffentlicht worden, der aber kaum Beachtung erfahren hatte. Erst zu Beginn des Jahres 1932 veröffentlichte die „Rote Fahne" einen Grundsatzartikel, der die Position des Marxismus-Leninismus zur nationalen Frage eindeutig bestimmen und die Parteipropaganda damit endlich auf ein abgesichertes Fundament stellen sollte.[133]

Während die Nation weiterhin recht allgemein als Verbund von „auf einem Territorium wohnenden Menschen, die durch die gleiche Sprache zusammengehören" definiert wurde, wurde das Augenmerk auf die Voraussetzungen gelegt, unter denen für nationale Befreiung gekämpft werden könne und dürfe. Es wurde ausdrücklich betont, dass der Weg zur nationalen Befreiung allein über die soziale Befreiung führen könne, da allein sozialistische Staaten zu einem rechtschaffenen Interessenausgleich ohne Profitinteressen in der Lage seien. Der bürgerliche Nationalismus diene, da er auf dem Kapitalismus fuße, demgegenüber stets den privaten Vorteilen und Profitinteressen der Bourgeoise und versuche daher andere Nationen zu übervorteilen; er könne nationale Probleme nicht lösen, sondern nur verstärken. Allein der kommunistische Internationalismus könne durch die soziale Befreiung die Nationen und Völker in brüderliche Solidarität vereinen und damit einvernehmliche und dauerhafte Lösungen garantieren.[134]

Lothringen zurück an Deutschland, steht für uns nicht, sondern wir stellen in aller Öffentlichkeit die Frage so, dass wir gemeinsam mit den französischen Proletariern 1) den Kampf um Sowjetdeutschland und Sowjetfrankreich führen, 2) dass wir die Frage der Unabhängigkeit der Völker innerhalb eines Teils Europas stellen vom Standpunkt der leninistischen Fragestellung, die allgemein bekannt ist." Ebenda, Bl. 553.

132 Ebenda, Bl. 216 und SAMPO im BArch RY 1/I2/1/80, Bl. 1, „Genosse 53".

133 Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 289 und RF, 21. 1. 1932, „Leninismus und nationale Frage", hier nach: BArch R 1501/20143, Bl. 220.

134 **„Der Leninismus wie nach … daß die nationale Frage nur im Zusammenhang mit der proletarischen, nur auf dem Boden der proletarischen Revolution gelöst werden kann. … Die nationale Frage ist ein Teil der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution, der Frage der Diktatur des Proletariats … Damit soll allerdings**

Als beispielhaftes Vorbild, wie die nationale Frage zu lösen sei, wurde dementsprechend die Sowjetunion präsentiert, da es nur dort „eine wirkliche nationale Freiheit" gäbe. Dort würden „die zahlreichen Völker, die der Zarismus unterdrückte […] heute als völlig gleichberechtigte Nationen in einem sozialistischen Staatenbund" zusammenleben. Diese Entwicklung beweise doch anschaulich, dass „die nationale Politik des Leninismus […] die beste Garantie für die Überwindung des imperialistischen Nationalismus, für die wirkliche Gleichberechtigung der Nationen, für die internationale Solidarität aller Schaffenden unter der Hegemonie des Proletariats" sei.

Das Lösungsmodell zur Aufhebung aller nationalen Streitigkeiten und Abhängigkeiten, die Integration eines Sowjetdeutschlands in eine kommunistische Völkergemeinschaft, wurde in einem Manifest im September 1932 nochmals ausdrücklich bekräftigt.[135] Auch hier versuchte sich die KPD als Anti-Versailles-Partei der ersten Stunde zu stilisieren und auf diese Weise ihre nationale Propaganda zu illustrieren. Das Manifest formulierte dabei die Quintessenz der langwierig erarbeiteten Positionierung der Partei zur nationalen Frage:

„WIR KAEMPFEN GEGEN JEDE UNTERDRUECKUNG DEUTSCHLANDS. Wir sind die *einzige* Partei, die seit 1918 ohne Schwanken den unerbittlichen Kampf für die soziale und nationale *Befrei*ung [sic!] des deutschen Volkes und gegen das Diktat von *Versailles* führt. Ebenso kaempfen wir für das Selbstbestimmungsrecht des oesterreichischen Volkes und der unterdrueckten Bevölkerung im Saargebiet, in Danzig, in Memel, in Südtirol, in Polen, in der Tschechoslowakei und im Elsass. Die Tributschmach und nationale Versklavung Deutschlands wurden nur möglich, weil dem deutschen Proletariat 1918 durch den Dolchstoss der Scheidemänner und Noskes und ihrer weissen Generale, die jetzt in der Reichswehr und SA kommandieren, die Waffen aus den Händen geschlagen wurden. Wenn die Arbeiterklasse 1918 Liebknechts Losung: `Alle Macht den Räten´ befolgt hätte, wenn sie die Bourgeoisie entwaffnet und selbst die Macht an sich gerissen hätten, dann gäbe es heute kein Versailles, keine Tribute, keine Papen-Regierung und keine Notverordnung. Wir Kommunisten sagen es euch, ihr Millionen zum Freiheitskampf gewillten Massen: NUR EINE ARBEITER- UND BAUERNREPUBLIK; VERBUENDET MIT DER SOWJET-UNION IM GEMEINSAMEN KAMPF MIT DEN ARBEITENDEN VOLK FRANKREICHS, POLENS UND DER TSCHECHOSLOWAKEI WIRD ALLE TRIBUTFESSELN ZERREISSEN! [sic! Umla ute]."

Die größten Befürworter einer Werbestrategie, die die nationale Frage aufgriff, kamen aus den östlichen Ländern Deutschlands. Ein Delegierter aus Königsberg betonte auf dem Februarplenum 1932 ihre entscheidende Bedeutung im Konkurrenzkampf mit der NSDAP bei den anstehenden Wahlen:

„In Ostpreussen, das losgetrennt ist vom Reich durch den polnischen Korridor, hat besonders die Frage der nationalen Befreiung eine grosse Bedeutung. Die nationalistischen Kreise entfalten dort eine grosse Aktivität. Und wir bekommen in die Partei und an die Peripherie der Partei Anhänger, die zu uns kommen über die Frage der nationalen Befreiung, die so formulieren: Die nationale Befreiung Deutschlands ist zu einer Lebensfrage geworden; die nationale Befreiung ist aber ohne soziale Befreiung nicht möglich, diese kann nur die KPD. bringen und darum muss man mit der KP. gehen."[136]

---

nicht gesagt sein, daß das Proletariat jede nationale Bewegung immer und überall und in allen Fällen unterstützen muß. Es handelt sich um die Unterstützung solcher nationalen Bewegungen, die auf die Schwächung und den Sturz des Imperialismus und nicht auf seine Festigung gerichtet sind." Ebenda.

135 SAPMO im BArch RY 1/I2/3/22, Blatt 220-232, „Manifest der Kommunistischen Partei Deutschlands an das arbeitende Volk", vom 15.09.1932.

136 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/82, Bl. 229, „Genosse M".

Auch der Delegierte aus Dazing, Gintelmann, wies auf die große Bedeutung der nationalen Frage für die politischen Auseinandersetzungen in der autonomen Stadt hin, da aufgrund des zunehmenden polnischen Imperialismus' „heute […] vor dem Danziger Bezirk wieder die Frage der Besetzung" stünde.[137] Hier müsse die KPD „ganz klar Stellung nehmen gerade in der nationalen Frage" und stärker das Selbstbestimmungsrecht der Völker propagieren, um öffentlich zu bekunden, dass auch die Kommunisten unbedingt den Anschluss Danzigs an Deutschland anstreben würden: „Ich glaube im Kampf gegen den Nationalsozialismus, der seinen Kampf führt unter der Parole: Unter allen Umständen zurück zum Reich, wäre das für unseren Bezirk eine kolossale Hilfe." Alfred Noll bekräftigte diese Einschätzung und sah in der Verurteilung nationaler Abhängigkeiten weiterhin ein geeignetes Vehikel, mit dem „wir die Faschisten in den Massen des Kleinbürgertums schlagen können. […] hier haben wir die Möglichkeit, wo wir stärker den Anhang der Mittelschichten von den Nazis loslösen können und wir dem Feind Massen seiner Soldaten wegnehmen können."[138]

Dass die nationale Frage eine derart große Bedeutung in Deutschland erlangen konnte, wurde auf dem ZK-Plenum im Mai 1932 auf die Kriegsniederlage zurückgeführt. Sie habe zu vielschichtigen und komplexen Abhängigkeiten Deutschlands von den Siegerstaaten geführt, wodurch die Einsicht überdeckt werden konnte, dass die nationale Befreiung von der sozialen Befreiung und damit vom Wirtschaftssystem anhängig sei. Dies habe zu einem von der Ökonomie entkoppelten Nationalismus geführt und die derzeitige allgemeine Krise des Kapitalismus werde primär als nationale Krise aufgefasst, was „eine neue chauvinistische, nationalsozialistische Welle erzeugt [habe], die an den Millionen nicht spurlos vorübergegangen ist".[139]

Dass sich die deutsche Bevölkerung aber mehrheitlich von außenpolitischen Abhängigkeiten blenden lasse, anstatt sich auf ihre soziale Befreiung zu konzentrieren, wurde auf zielgerichtete Einflussnahme der Bourgeoisie zurückgeführt. Sie habe die Schwachstelle der KPD erkannt und die Aufstachelung revanchistischer Stimmungen gezielt im innenpolitischen Kampf eingesetzt:

„Ich glaube sogar man kann sagen – das dürfen wir nicht vergessen – dass es der deutschen Bourgeoisie gelungen ist, die werktätigen Massen und Teile des Proletariats von ihren eigenen Kampfhandlungen im Kampfe gegen den Kapitalismus abzulenken und in demagogische Beziehung zum Kampf gegen das Versailler System zu bringen in der Aussenpolitik. […] Ich glaube, wenn Deutschland unter den Fesseln von Versailles als unterdrücktes Land von Millionen betrachtet wird, wenn das nationalistische Joch des besonders aggressiven französischen und polnischen Imperialismus in ganz Deutschland eine gewisse Gegenstimmung erzeugt – wenn wir als Beispiel nehmen das Saargebiet und Memel, wo gerade die revolutionäre Fragestellung des nationalen Problems eine besondere

---

137 Ebenda, Bl. 229, „Gintelmann".

138 Ebenda, Bl. 162f., „Genosse 31".

139 In diesem Zusammenhang verwies Thälmann erstmals auf einen grundsätzlichen Nachteil, den das kommunistische Nationenideal in derartigen Zeiten zu erleiden habe. Die propagierte Einbettung Deutschlands in eine internationale Staatengemeinschaft sei kaum zur Gewinnung von Menschen geeignet, die in ihrem Nationalstolz gekränkt waren und sich die Wiederherstellung eines unabhängigen, machtvollen Nationalstaates mit Weltgeltung wünschten. SAPMO im BArch RY 1/I"/1/85, Bl. 66, „Genosse 95 (d.i. Thälmann)".

Rolle gespielt hat […] – so ist das eine besondere Erscheinung dafür, dass die Nationalsozialisten einen solchen Riesenerfolg erreicht haben."[140]

Im Gegensatz dazu könne die KPD derartigen revanchistischen Stimmungen selbstverständlich nicht nach dem Munde reden; sie müsse in der nationalen Frage stets auf den alles entscheidenden Zusammenhang mit der revolutionären Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verweisen. „Wir können uns nicht gleichstellen mit den bürgerlichen Parteien und mit der Sozialdemokratischen Partei, sie stehen auf dem Boden des Kapitalismus, sie stehen, trotzdem eine solche Demagogie bei den Nazis besteht, auf dem Boden des Versailler Systems." Besonders die Nationalsozialisten würden die revanchistischen Neigungen der Bevölkerung ausnutzen, indem sie ein idealistisches Gemeinschaftsgefühl und einfache Feindbilder propagierten, anhand derer zwischen befreundeten und verfeindeten Nationen unterschieden werden könne.

Die Position der KPD sei demgegenüber ungleich schwieriger zu vermitteln, da sie komplexere Erkenntnisse voraussetze: es müsse nicht nur der Zusammenhang von sozialer und nationaler Frage begriffen und ein eindeutiger Klassenstandpunkt bezogen werden, es müsse auch das Konzept der zwei Nationen verstanden werden, das sich in jedem bürgerlich-kapitalistischen Nationalstaat zeige. Auch bei den Siegerstaaten müsse zwischen werktätigem Volk und großbürgerlicher Führungsschicht differenziert werden; schließlich richte sich der nationale Befreiungskampf der KPD allein gegen den bürgerlichen Imperialismus und ziele nicht auf pauschale Revanche ab, sondern strebe den fairen Ausgleich auf Grundlage der sozialistischen Revolution an:

„Ich glaube, dass wir den Gesichtspunkt zu wenig berücksichtigt haben, dass die Stimmen die abgegeben sind für die Nationalsozialisten, mit ganz geringfügigen Ausnahmen alles Stimmen gegen Frankreich und auch gegen Polen waren. Das bedeutet – wir glauben nicht, dass diese Stimmen abgegeben sind für die Sowjetunion, was bei unseren Stimmen der Fall ist. […] Unsere Stimmen sind nicht nur abgegeben gegen Versailles, gegen Frankreich und Polen, wenn wir auch die internationale Solidarität des gemeinsamen Kampfes zwischen polnischen und französischen Arbeitern nicht besonders betonten bei dieser Betrachtung, aber unsere Stimmen das sind schon weitergehende Stimmen, Stimmen gegen den Chauvinismus, das sind Stimmen, die überzeugt sind von der Notwendigkeit, auch die Konsequenzen zu ziehen für den Kampf zum revolutionären Ausweg aus der Krise und gegen das Versailler System, das Versailler System durch die proletarische Macht zu vernichten."[141]

Diese Ausgangssituation habe dazu geführt, dass „die Klassenrolle unserer Partei in der besonderen Durchführung der Klassenpolitik in einer solchen Lage […] viel schwieriger" zu vermitteln sei, „als manche Genossen denken und sich ausmalen können". Die bisherige Erfolglosigkeit der eigenen Strategie wurde auf ein schlichtes Vermittlungsproblem reduziert. Zur Lösung forderte Thälmann, „dass wir versuchen müssen, [in] ganz anderer ideologischer Art, populärer Art, volkstümlicher Art in Erscheinung [zu] treten [...] bei den verschiedenen Fragen der Gegenwart und Zukunft."

---

140 Ebenda, Bl. 70f.
141 Ebenda, Bl. 69f.

Insbesondere die Parteipresse wurde angeklagt, zu wenig für die Verbreitung der „Programmerklärung“ und folgender Proklamationen zur nationalen Frage getan zu haben. Das Versäumnis sei darauf zurückzuführen, dass ungebrochene „Hemmungen vorhanden waren in der Problemstellung der nationalen Frage“, was dazu geführt habe, dass auch die letzte „Deklaration missachtet wurde“.[142] Durch diese Verweigerungshaltung sei die Partei im „ideologischen Kampf gegen die Nationalsozialisten“ hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben.[143] Zum wiederholten Male rief Thälmann die Parteifunktionäre auf, alte Widerstände zu überwinden und endlich den Stellenwert der nationalen Frage anzuerkennen:

„Ich glaube, dass die Problemstellung der nationalen Frage im revolutionären Sinne neue Anforderungen an die Partei stellt. Ich glaube, dass in dieser Frage die Deklaration des ZK und ebenfalls das nationale und soziale Befreiungsprogramm nicht nur für einige Tage für die Oefffentlichkeit und für die Partei bestimmt ist, sondern dass auf dieser Basis gerade die Möglichkeiten geschaffen wurden, um unseren Redaktionen täglich die Möglichkeit zu geben, bei den wichtigsten innenpolitischen und viel mehr noch aussenpolitischen Fragen diese Fragen zu verbinden mit den wichtigsten Fragen unserer revolutionären Arbeit.“[144]

An der ablehnenden Haltung, die nationale Frage adäquat zu berücksichtigen, änderte sich jedoch wenig. Noch im September 1932 hatte die Parteiführung in ihren Rundschreiben eine stärkere Bezugnahme in der Propaganda angemahnt. Die gesamte Parteiorganisation müsse „den Kampf gegen die Revanchehetze und den Chauvinismus […] verstärken und unsere Rolle als einzige Partei des wirklichen Kampfes für die nationale Befreiung (auch in der Frage der unterdrückten Minderheiten) klarer […] dokumentieren“.[145]

Zum Winter 1932/’33 kam es zu einem Strategiewechsel, der der Stimmungslage innerhalb der Partei Rechnung trug. Der Schwerpunkt der nationalen Propaganda sollte nun von der Verurteilung nationaler Abhängigkeiten auf die Lösung nationaler Problemlagen durch den proletarischen Internationalismus verschoben werden. Zum 10. Jahrestag der Ruhrbesetzung wurden gemeinsame Aktionen mit den kommunistischen Parteien Frankreichs und Belgiens vorbereitet, die die praktische Anwendung einer internationalen Einheitsfront „von unten“ illustrieren sollten:

„In der Aufrollung unserer Stellungnahme zur nationalen Frage müssen wir einen Schritt vorwärts tun in der Bolschewisierung unserer Partei. Es gilt gemeinsam mit der KPD [*gemeint war wohl: KPF!*] in der Frage Versailles, der Frage Elsaß-Lothringen und Saargebiet, gemeinsam mit unserer polnischen Bruderpartei in der Frage Danzig, Oberschlesien, Pommerellen, gemeinsam mit der kommunistischen Partei Italien in der Frage Deutsch-Südtirols und Deutsch-Österreichs den internationalen proletarischen Kampf zu führen gegen die nationale Unterdrückung, gegen nationalistischen Terror, für das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten nationalen Minderheiten, wobei die Brudersektionen unserer kommunistischen Partei die Frage weitgehend stellen bis zur Loslösung (Frankreich-Elsaß-Lothringen und Polen-Oberschlesien) bzw. bis zur Vereinigung mit Deutschland. […] Insbe-

142 Ebenda, Bl. 73.
143 Ebenda, Bl. 67.
144 Ebenda, Bl. 71.
145 BArch R 1501/20143, Bl. 248, Abschrift der Polizei: KPD-Rundschreiben Nr. 19, Anweisungen des Sekretariats des ZK.; An alle Bezirksleitungen und Redaktionen, vom 17. 9. 1932.

sondere auch in den deutsch-österreichischen Grenzgebieten muß unter den werktätigen Grenzbewohnern der revolutionäre Ausweg aufgezeigt werden.“[146]

Die neue Strategie sollte dem Chauvinismus des Schleicher-Kabinetts entgegengestellt werden, das in der gewohnten Weise des bürgerlichen Nationalismus durch die gezielte Aufstachelung revanchistischer Stimmungen von sozialen Problemen abzulenken suchte. Zur weiteren Illustration wurden weitere gemeinsame Aktionen angekündigt. Neben einer großen Konferenz der wichtigsten kommunistischen Parteien Europas gegen den imperialistischen Krieg, sollte die KPD vor allem „Grenzlandkundgebungen gemeinsam mit den Bruderparteien an der an diese Bezirke angrenzenden Ländern durchführen“.

Doch auch die neue Strategie befreite die KPD-Führung nicht von der Furcht vor weiteren Revanchismusvorwürfen der politischen Gegner, weshalb erneut ermahnt wurde, dass die Forderung nach Anschluss an Deutschland auf das Saargebiet und Danzig beschränkt bleiben müsse; „die Losung der Vereinigung mit Deutschland [dürfe] selbstverständlich nicht auf Elsaß-Lothringen usw.“ ausgeweitet werden. Der proklamierte Schulterschluss mit der Kommunistischen Partei Frankreichs wurde symbolisch durch einen Besuch Ernst Thälmanns bei dem Generalsektretär der KPF, Maurice Thores, in Paris hervorgehoben, wo beide auf einer Versammlung gegen den Versailler Frieden sprachen. Ihre Reden wurden von der KPD eigens in einer Broschüre mit dem Titel „Paris-Berlin, Unser Kampf gegen den imperisalistischen Krieg, gegen Versailles, Für soziale und nationale Befreiung“ veröffentlicht.[147]

Zu Beginn des neuen Jahres wurde die neue Strategie entschieden fortgesetzt und am 03. Januar 1933 trafen in Essen Delegierte aus Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien, Luxemburg, Österreich und der Tschechoslowakei mit Vertretern der KPD zu einer Konferenz gegen das Versailler „Raubsystem“, um die erklärte Absicht der kommunistischen Parteien, nationale Streitigkeiten in internationaler Solidarität auszugleichen, symbolisch zu unterstreichen: „Besonders eingehend besprach man auf dieser Tagung die nationale Unterdrückung der Völker und Minderheiten in Mittel- und Osteuropa, wobei man ausdrücklich auch Elsaß-Lothringen, das Saargebiet, Eupen-Malmedy, Südtirol, Oberschlesien, Danzig und Pommerellen erwähnte“.[148]

Eine Rezeption der Wirkung ihrer neuen Strategie konnte die KPD-Führung indes nicht mehr vornehmen; nur wenige Tage darauf wurde mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler das schnelle Ende der Partei wie der Weimarer Republik eingeläutet.

---

146 Weber, Generallinie, Nr. 84, 21. 12. 1932, S. 627.

147 BArch R 1501/20564, Bl. 3, Ernst Thälmann und Maurice Thores [sic!], „Paris-Berlin, Unser Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen Versailles, Für soziale und nationale Befreiung“, Hg. KPD; Verantwortlich: Ernst Schneller, o.O. und J.a.

148 Schüddekopf, Linke Leute von Rechts, S. 385.

Eine Partei für (fast) das ganze Volk?

Der Anspruch nationale Politik zu betreiben, zog auch bei der KPD notwendig die Verpflichtung zur Repräsentanz der Nation nach sich. Damit war aber die Aufgabe der strikten ideologischen und organisatorischen Begrenzung auf eine Klasse verbunden, da die Nation, auch nach Definition der KPD, auf einem Territorium lebenden Menschen umfasst, die nicht alle derselben Klasse angehören. Die KPD-Führung stand mit ihrer nationalen Propaganda vor dem Dilemma, die Partei sozial nach oben zu öffnen, quasi zu einer Art Volkspartei, ohne dabei ihre Identität als Klassenpartei aufgeben zu wollen. Doch der Anspruch, außenpolitisch die Nation zu vertreten, bedeutet auch, innenpolitisch die Mittelschichten zu vertreten. Um glaubhaft für die Nation sprechen zu können, mussten auch große Teile des (bisherigen) Bürgertums angesprochen, überzeugt und für die Partei gewonnen werden. Dass die Mittelschichten ohne Zweifel früher oder später zur KPD stoßen würden, stand außer Frage; wurde dieser Vorgang doch als zwingende Entwicklung angesehen, sobald auch diese Schichten ihre (Lohn-) Abhängigkeit im kapitalistischen Wirtschaftssystem erkannt haben würden. Die KPD-Führung hatte ihre nationale Propagandastrategie jedoch begonnen, ohne zuvor die grundsätzliche und entscheidende Frage geklärt zu haben, wie diese neuen Bevölkerungsschichten sowohl ideologisch als auch organisatorisch zu integrieren seien.

Bis in den September 1930 hinein stand die Analyse der nationalsozialistischen Parteigänger im Mittelpunkt. In diesem Monat veröffentlichte die „Internationale Pressekorrespondenz" einen Artikel, der die Quintessenz der bisherigen Analyse und Interpretation wiedergab: In „ihrer sozialen Struktur" würde sich die NSDAP „vor allem auf kleinbürgerliche Schichten" stützen. Sie habe „aber auch einen nennenswerten Anhang unter der Arbeiterschaft, vor allem unter den bisherigen Arbeiterwählern der alten bürgerlichen Parteien".[149] Dass sich die NDSAP „zu einem Sammelbecken derjenigen Massen" entwickeln könne, „die sich von der offenen bürgerlichen Führung der anderen Parteien loslösen, ohne schon zum revolutionären Proletariat, zum Kommunismus zu stoßen", sei die Schuld der SPD. Sie habe den revolutionären Marxismus verraten und durch ihre Unterstützung der Brüning-Regierung mit ihren Notverordnungen und kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen die gesamte marxistische Linke diskreditiert: „Die tiefe Enttäuschung über die verräterische Politik der Sozialdemokratie in den Massen, auch über den Rahmen der eigentlichen sozialdemokratischen Anhänger hinaus, schafft Voraussetzungen für die Hitler-Partei, mit ihrer schrankenlosen sozialen und nationalen Demagogie Anhänger in starkem Ausmaß zu werben." Auch die herrschende schwere Wirtschaftskrise erleichtere es der NSDAP sich glaubhaft in einem „Gewande einer angeblich antikapitalistischen, angeblich revolutionären, angeblich sozialistischen Politik" zu präsentieren: „Der angebliche Antikapitalismus in der äußeren Massenagitation der Hitler-Partei, der in einem krassen Widerspruch zu ihrer wirklichen Bejahung des Kapitalismus steht, [diene] nur zur Verwir-

[149] InPreKorr, Nr. 77, 12. 9. 1930, „Was ist die Nationalsozialistische Partei?"

rung der Massen". Die von der pseudosozialistischen Demagogie der NSDAP ausgelöste Verirrung weiter bürgerlicher Schichten auf ihrem Weg der antikapitalistischen Radikalisierung, eröffne unerwartet ein neues innenpolitisches Schlachtfeld:

„Zweifellos überwiegen in dem Millionenanhang der Nationalsozialisten solche Schichten, die ihrer Klassenlage nach zum Proletariat gehören, dem Proletariat nahestehen, oder als Verbündete für das revolutionäre Proletariat gewonnen werden können: Angestellte, Beamte, Mittelstand, Bauern usw. Zwischen KPD und den Nationalsozialisten spielt sich in erster Linie der Kampf um die Hegemonie über die werktätigen nichtproletarischen Schichten ab."[150]

Ab Oktober 1930 wurde in den Rundschreiben der KPD-Führung an die Parteibezirke die Forderung nach der Gewinnung neuer Mitglieder und Sympathisanten langsam und vorsichtig auf eine mittelständische Klientel erweitert und Nationalsozialisten vorsichtig in die Anweisungen zur Agitation und Propaganda einbezogen. Brünings Notverordnungen böten der KPD aussichtsreiche Möglichkeiten zu einer außerparlamentarischen, klassenübergreifenden Massenmobilisierung: „Vor der Partei [stehe] die Aufgabe, nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, sondern auch die Massen der unteren Angestellten und Kleinbauern gegen die Rauboffensive der Bourgeoisie zu führen".[151] Und die KPD-Bezirke wurden aufgefordert, entsprechende „öffentliche Belegschafts-, Erwerbslosen-, Mittelstands-, Bauern-, Parteiversammlungen mit Sympathisierenden und Versammlungen der Massenorganisationen" zu organisieren.

Eine gleichrangige Umwerbung von nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Anhängern bedeuteten derartige Verlautbarungen allerdings nicht; allein für letztere blieb die klassische Betriebsarbeit vorbehalten, nachdem die KPD-Führung konstatiert hatte, dass es der NSDAP nicht gelungen war, in nennenswertem Umfang in die Betriebsarbeiterschaft einzudringen.[152] Doch auch von den Anweisungen zur Agitierung (klein-) bürgerlicher Schichten wurden Nationalsozialisten (noch) ausgenommen. Der Umgang mit Parteigängern der NSDAP wurde, solange sich die KPD-Führung nicht auf (offensive) Gewalt in den Auseinandersetzungen verzichten wollte, als gesonderte Aufgabe angesehen.

Damit auch (klein-) bürgerliche Werktätige „für ihre Forderungen in Bewegung" gebracht werden könnten, solle die Partei großflächig Organe aufbauen, die diese Schichten als ihre „Interessenvertretung" wahrnehmen sollten: „In allen Orten müssen für jede Schicht der Werktätigen (Beamte, Angestellte, Mittelständler, Invaliden, Sportler, Mieter, Kriegsopfer, Hausfrauen, jugendliche Arbeiter usw.) auf dem Lande und den Bauern und Landarbeitern besondere Versammlungen organisiert werden." Die eigentliche Aufgabe der „Komiteebewegung unter den nichtproletarischen Schichten" sei es aber, die proletarische Revolution unter der Führung der KPD zu unterstützen und voranzu-

---

150 Weber, Generallinie, Nr. 27, 18. 9. 1930, S. 203.
151 Weber, Generallinie, Nr. 28, 06. 10. 1930, S. 217.
152 In einigen Regionen mit überwiegend katholischer Bevölkerung, wo das Zentrum auch in der Arbeiterschaft dominant war, wurde die Agitation in den Betrieben ausdrücklich auf Anhänger dieser Partei erweitert.

treiben. Um die Kontaktaufnahme zu erleichtern und glaubhaft auftreten zu können, sollte ein gewisser klassenübergreifender Charakter gewahrt bleiben:

Aus diesem Grunde müsse sich die Komitee- und Delegiertenbewegung „aber in ihrer Mehrheit […] aus heute noch parteilosen, sozialdemokratischen, christlichen und anderen Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der Mittelschichten [zusammensetzen], die erst durch unsere aktive Politik, durch gründliche politische Aufklärung und durch Teilkämpfe und Massenaktionen selbst immer fester in die volksrevolutionäre Massenfront eingegliedert werden" würden.[153]

Es sei aber unbedingt darauf zu achten, dass alle Organe und deren Aktionen „ideologisch und politisch" von der KPD geführt würden,[154] was durch eine entsprechende „Fraktionsarbeit in diesen Organisationen" sichergestellt werden sollte:[155]

„Diese neuen Organisationsformen, die alle Arbeiter und die werktätigen Schichten unabhängig von ihrer politischen Auffassung umfassen, können nur durch die kommunistischen Fraktionen geleitet werden. Das bedeutet keineswegs, daß in ihnen die Kommunisten die Mehrheit haben müßten. Im Gegenteil müssen möglichst viele neue Funktionäre für die Durchführung dieser speziellen Aufgaben gewonnen und herangeschult werden. Die Kommunisten müssen auch in der Minderheit [darauf] bestehen, auf Grund ihrer besseren Erkenntnis der Lage und ihrer Disziplin, auf Grund ihrer Überzeugungstreue und ihres Opfermutes diese Organe zu leiten und zu führen. Das bedingt aber, daß von Anfang an alle Kommunisten in diesen Organen eine *energische, zielbewußte, revolutionäre Arbeit* leisten. Deshalb muß jede Parteileitung den größten Wert darauf legen, die *besten, zuverlässigsten,* der Sache der Revolution treu ergebenen Genossen in diese Organe zu entsenden."

Während die konkrete Mobilisierung der Mittelschichten an der Peripherie der Partei stattfand und allein spezialisierten Kadern vorbehalten blieb, sollte in der Parteipropaganda die soziale Öffnung der Partei deutlich vernehmbar proklamiert werden. Um ihren Anspruch auf nationale Repräsentanz symbolisch Ausdruck zu verleihen, erweiterte die KPD-Führung ihre Zielvorgabe von der proletarischen zur „Volksrevolution". Doch deren Definition musste ihre Glaubwürdigkeit unter den anvisierten Zielgruppen von vornherein unterminieren. Nicht nur intern, in Funktionärskreisen oder Rundbriefen der Partei, wurde frank und frei ausgesprochen, dass auch unter der neuen Losung das primäre Ziel die „Einigung des Proletariats unter Führung der KPD" bleibe;[156] dass es die Absicht der Partei sei, mittels der „Losung der Volksrevolution […] die proletarischen Massen in Deutschland in der Linie unseres sozialen und nationalen Befreiungsprogrammes zu mobilisieren und aktivieren".[157] Auch die „Rote Fahne" und Parteiresolutionen beschrieben die „Volksrevolution" als zeitgemäßes „Synonym der proletarischen Revolution".[158] Auf dem Februarplenum 1932 ermahnte Thälmann die Parteifunktionäre sogar, dass mit der Losung der „Volksrevolution" in einem Atem-

---

153 BArch R 1501/ 20540, Bl. 71ff., Abschrift der Polizei: Rundschreiben Nr. 1, Anweisungen des Sekretariats, Berlin, den 7. 1. 1931.
154 Weber, Generallinie, Nr. 34, 19. 12. 1930, S. 264.
155 BArch R 1501/ 20540, Bl. 71ff., Abschrift der Polizei: Rundschreiben Nr. 1, Anweisungen des Sekretariats, Berlin, den 7. 1. 1931.
156 Weber, Generallinie, Nr. 34, 19. 12. 1930, S. 264.
157 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/78, Bl. 151, „Genosse 95" (d.i. Thälmann).
158 RF, 21. 1. 1931, „Die nächsten und höheren Aufgaben der KPD." und SAPMO im BArch RY 1/I2/1/84, Bl. 22-27, Resolution „Zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei", vom Februar 1932.

zug immer das Ziel der „Gewinnung der Mehrheit des Proletariats für den Kampf um die politische Macht“ genannt werden müsse; schließlich sei sie nur „eine populäre Form“, „das Synonym für die sozialistische proletarische Revolution“.[159]

Obwohl unmittelbar nach dem ZK-Plenum im Januar 1931 die „Organisierung der Delegiertenbewegung gegen den Faschismus“ in den Arbeitsplan des Orgbüros der KPD aufgenommen wurde, blieb die Sammlung nicht-proletarischer Werktätiger von sekundärer Bedeutung und die geforderte Verbreitung derartiger Agitationsorgane wurde nicht annähernd erreicht.[160] Da es neben dem Willen vor allem an Geld und geeignetem Personal mangelte, blieben Aktionen der Komitee- und Delegiertenbewegung zeitlich und regional stark begrenzt. Und so beklagte Wilhelm Koenen bereits auf dem folgenden Maiplenum des ZK fehlende Agitation: „Solange noch nicht der entscheidende Einfluss in der Arbeiterschaft errungen ist“, müsse die Partei stärker als bisher „die Frage des Vorstosses in die feindliche Front, in die Schicht der Angestellten, Beamten und sonstigen schwankenden Elemente“ stellen.[161]

Ihre Vorgehensweise begründete die KPD-Führung auf dem Februarplenum des ZKs 1932 mittels eines grundsätzlichen Blockdenkens, wonach es „nur zwei Hauptklassen [gäbe] und dazwischen den hin- und herschwankenden Teil – zwischen denen die Entscheidung fällt“.[162] Natürlich lasse sich die „Aufgabe der Eroberung der entscheidenden Schichten des Proletariats nicht trennen und schematisch gegenüberstellen der anderen Aufgabe, Verbündete im Klassenkampf ausserhalb des Proletariats, die werktätigen Schichten des Kleinbauerntum, vor allem der vielen Millionen Angestellten, der Dorarmen [sic!?] und Intellektuellen, die bereit sind, unter Führung und Hegemonie des Proletariats gegen den Kapitalismus zu kämpfen.“[163] Doch die Umwerbung dieser Schichten folgte ureigenen, revolutionär-proletarischen Interessen. Nachdem die KPD-Führung erkannt hatte, dass in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit die Revolution nicht mehr allein durch einen Generalstreik der Arbeiterschaft ausgelöst werden könne, hoffte sie auf diese Weise den durch Massenentlassungen sinkenden Einfluss der organisierten Arbeiterschaft kompensieren zu können.[164]

Thälmann bekräftige im Zuge dessen zwar: „Die Losung der Volksrevolution war die richtige Losung und bleibt die richtige Losung für die gegenwärtige Situation“, da sie wegen der „nationalen Unterdrückung des werktätigen deutschen Volkes durch das Versailler System, durch den räuberischen Young-Plan“, bestens geeignet sei, die Stimmungen breiter Massen aufzugreifen und für die Partei zu ausnutzen[165] – er mahnte aber, dass diese Losung nicht „opportunistisch und unleninis-

---

159 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/82, Bl. 130, „Genosse 95“ (d.i. Thälmann).
160 SAPMO im BArch RY 1/I2/4/16, Bl. 24-29, Arbeitsplan des Orgbüros vom 19. 1. 1931. Die Aufgabe wurde an siebter Stelle angeführt.
161 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/80, Bl. 5, „Genosse 53“ (d.i. Koenen).
162 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/82, Bl. 171f., „Genosse 95“ (d.i. Thälmann).
163 Ebenda, Bl. 112.
164 Ebenda, Bl. 103.
165 Ebenda, Bl. 112.

tisch“ verfälscht werden dürfe, wie es in der Parteipresse bereits vorgekommen sei.[166] Es dürfe unter keinen Umständen suggeriert werden, dass die KPD für die „Volksgemeinschaft“ eintrete, wie es die Zeitschrift „Junge Garde“ getan habe, „die z.B. in völlig opportunistischer Weise sogar von der ‚Einheit des Volkes’ schreibt“.

Dass sich die Partei weiterhin auf die organisierte Arbeiterschaft konzentrieren solle, wurde mit ihrer Bedeutung im revolutionären Prozess begründet. Sie allein galten als vertrauenswürdig genug die Revolution tatsächlich durchzuführen und den anschließenden Aufbau des Sozialismus nicht zu verraten. Bei der NSDAP mit ihrem größtenteils kleinbürgerlichen Anhang waren dagegen überwiegend unsichere Kantonisten im revolutionären Prozess zu gewinnen. Anstatt seine Kräfte also an der NSDAP und unzuverlässigen Mittelschichten zu vergeuden, solle sich die KPD lieber auf die SPD konzentrieren, die „als untrennbarer Bestandteil der Politik der Bourgeoisie den drängenden Weg der Millionenmassen, einen revolutionären Ausweg aus der Krise zu suchen, aufhalten will und mit allen Mitteln versucht zu hemmen“.[167] Erst die sozialistische Revolution entziehe dem Faschismus, dessen Prügeltruppe die NSDAP letztlich nur sei, dauerhaft seine Existenzgrundlage und stelle damit die beste antifaschistische Strategie dar.

Es sei daher die Aufgabe der Parteipropaganda, „dass wir gerade Klarheit darüber schaffen müssen, dass man die Hitler-Partei wirklich erst schlagen kann und immer mehr schlägt, wenn man der Sozialdemokratie immer mehr den Einfluss im Proletariat abbringt. […] Und wir müssen ebenfalls Klarheit darüber schaffen, dass z.B. eine spätere Hitler-Regierung nicht bekämpft werden kann, ohne gleichzeitig und rechtzeitig den Hauptstoss unserer Strategie auf die Gewinnung der eigenen Klasse, d.h. auf die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter zu lenken, die wir für diese antifaschistische Front und für die Politik, für den Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie gebrauchen“.[168]

Das grundsätzliche Problem, wie die proletarische Revolution künftig glaubhaft als breite Volksbewegung präsentiert werden könnte, war Thälmann durchaus bewusst; er empfahl zur Überwindung dieses Widerspruchs aber lediglich die aggressivere Propagierung der historischen Vorkämpferrolle der Arbeiterklasse. Sie allein könne die sozialistische Revolution garantieren – eine Revolution, die doch jedem Lohnabhängigen, auch den Mittelschichten, zugute käme:

„Unsere Strategie, die gerade durch den Hauptstoss gegen die Sozialdemokratie erst die Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung des Hitler-Faschismus schafft, diese Strategie ist nicht verständlich, wenn man nicht die Rolle der proletarischen Klasse als die einzig revolutionäre Klasse den Massen ins Bewusstsein hämmert.“[169]

Eine im Anschluss an das Februarplenum 1932 veröffentlichte Resolution „Zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei“ forderte nur *pro forma* zur Abwerbung des Massenanhangs beider Parteien auf. Entgegen der verbalen Öffnung der KPD war ihre eigentliche Kernaussage das eindeutige Bekenntnis zur Klassenpartei und sie schränkte „die gesamte Politik der Partei“ dahingehend ein,

166 Ebenda, Bl. 293.
167 Ebenda, Bl. 142.
168 Ebenda, Bl. 133.
169 Ebenda, Bl. 130.

dass diese „von dem Bewusstsein für die Rolle der Partei als des aktiven Kern und bewussten Vortrupps der proletarischen Klasse getragen und bestimmt sein [muss]. Der Eroberung der entscheidenden Schichten des Proletariats als die zentrale Aufgabe, der strategischen Hauptlosung der Partei, müssen wir alle anderen Aufgaben unterordnen und sie mit ihr koordinieren". In diesem Sinne forderte die KPD-Führung, „dass die Partei unbeirrbar ihre Klassenlinie als Partei des Proletariats durchsetzt, Politik der eigenen (proletarischen) Klasse betreibt, den Kampf der eigenen Klasse am stärksten fördert und steigert. […] Je klarer, geschlossener und kühner das Proletariat für seine eigenen Klassenziele, für den Kampf um die proletarische Klassenforderung und darüber hinaus, mit dem Ziel der proletarischen Diktatur auftritt, desto eher wird es die übrigen notleidenden Schichten um sich sammeln, ihre Schwankungen überwinden und zu ihrem Hegemon, d.h. zur führenden Kraft der Volksrevolution werden können."[170]

Der einzige Weg, den die KPD zur Integration der Mittelschichten anbot, führte über die vollständige soziale Nivellierung. Erst die Akzeptanz der eigenen Proletarisierung durch die kapitalistische Krise ermöglichte den Anschluss an die Partei und ihre Massenorganisationen: „Die Gewinnung von Halbproletariern und werktätigen Elementen aus dem Kleinbürgertum kann nur insofern geschehen, als diese ihren Standpunkt als Kleinproduzenten verlassen und den des Proletariats annehmen. (Lenin)"

Auf dem folgenden Mailplenum 1932 brachte Thälmann die Begründung, weshalb beide Konkurrenzparteien wegen ihres unterschiedlichen sozialen Anhängerprofils unterschiedlich behandelt werden müssten, auf einen prägnanten Nenner: Während Nationalsozialisten lediglich zum Aufbau eines Sympathisantenheeres zur politisch-parlamentarischen Unterstützung gewonnen werden müssten, werde die (organisierte) Arbeiterschaft für den Aufbau einer revolutionären „Klassenarmee" zur Führung der ungleich wichtigeren Betriebskämpfe benötigt.[171]

Erst im Spätsommer 1932, nach anhaltenden Wahlerfolgen der NSDAP, die den Glauben an die erwartete, quasi natürliche Radikalisierung breiter, vom Kapitalismus enttäuschter Bevölkerungsschichten nach Links tief erschüttert hatte, war die KPD-Führung zu einem Strategiewechsel bereit. Mitte September rief sie unvermittelt die Parteiorganisation öffentlich auf: „Wir müssen kämpfen um die Gewinnung eines jeden nationalsozialistischen Werktätigen."[172] Bei den Versuchen, Nationalsozialisten direkt anzusprechen, blieben soziale Themata der primäre Ansatzpunkt und die KPD versuchte stets an ihren vermuteten Antikapitalismus anzuknüpfen und den Verrat Hitlers an den sozialistischen Punkten des Parteiprogramms nachzuweisen.[173] Zur Begründung, weshalb von nun

---

170 Materialsammlung zum Februarplenum: SAPMO im BArch RY 1/I2/1/84, Bl. 22-27.

171 SAPMO im Barch RY 1/I2/1/85, Bl. 92, „Genosse 95" (d.i. Thälmann).

172 Weber, Generallinie, Nr. 74, 17. 9. 1932, S. 568.

173 „Glaubt ihr, dass ihr jemals mit den ‚feinen Herren', den Nazi-Industriellen Kridorf, Tyssen, Lahusen, mit den Nazi-Bankiers Stauss [sic!] und Kompanie, mit Nazi-Grossagrariern und Junkern, mit den Grosspensionären Prinz Auwi und anderen gegen das kapitalistische System, gegen die Herrschaft der Kapitalisten, Junker und Generale kaempfen koennt? *Niemals*! Nur in der Front der *Arbeiter* koennt ihr Arbeitsforderungen durchsetzten! *Nicht* mit Krupp und Siemens, sondern an der Seite mit der Arbeiterschaft, koennen die Angestellten und unteren Beamten ihre Existenz verteidigen. NICHT MILITARISMUS UND AUFRUESTUNG ZUR BESEITIGUNG DES VERSAILLER DIKTATS, SONDERN NUR DER FREIHEISKAMPF DS WERKTÄTIGEN VOLKES." Auszug aus: „Manifest der Kommunistischen Partei an das arbeitende Volk", vom 15. 9. 1932, Blatt 228f, in: SAPMO im Barch RY 1/I2/3/22, Bl. 220-232.

an wirklich ernsthaft unter Nationalsozialisten agitiert werden sollte, wurde eine veränderte Analyse des Massenanhangs der NSDAP angeführt, der sich immer mehr dem der SPD angenähert habe. Dadurch sei ihre Bedeutung für die Revolution gestiegen, was entsprechend berücksichtigt werden müsse:

„Unter den besonderen Bedingungen in Deutschland konnte außer der SPD noch eine nationalsozialistische Massenbewegung entstehen, die Teile der Werktätigen vom Kampf um die nackten Lebensinteressen abhält. […] Darum ist der Einbruch in die Reihen der NSDAP, die Gewinnung von Arbeitern und Werktätigen aus der NSDAP mit eine Voraussetzung des Sieges der Arbeiterklasse."

Nachdem die NSDAP als ernstzunehmende Bedrohung akzeptiert worden war, müsse nun auch mit der sozialen Öffnung endlich ernst gemacht und die „stärkste Konzentrierung der Agitation auf die Angestellten" ausgerichtet werden, „weil von unserem Einfluß auf die Angestellten wesentlich abhängig ist, inwieweit wir imstande sind, die NSDAP zu schwächen".

Konkrete organisatorische Folgen oder besonderen Aktionen zog die Neuausrichtung der Parteipolitik allerdings nicht nach sich. Als die NSDAP bald darauf bei den Novemberwahlen 1932 erstmals deutliche Verluste hinnehmen musste, glaubte die KPD-Führung, dass endlich der langersehnte Niedergang eingesetzt habe und sie verfiel umgehend wieder in ihre alten Verhaltensmuster.

Das richtige Maß: die Balance zwischen Gewalt und Gespräch

Nachdem die KPD-Führung auf den Aufstieg der NSDAP anfangs mit der Reaktivierung ihrer Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" reagiert hatte, entwickelte sich mit der Vorbereitung und Veröffentlichung der „Programmerklärung" eine regelrechte Kontroverse über die adäquate Strategie, dem Nationalsozialismus zu begegnen.[174] Über die Frage, wie die parallele Anwendung von Propaganda und (persönlicher) Agitation auf der einen und (offensiver) Gewalt auf der anderen Seite auszubalancieren sei, herrschte anhaltender Dissens unter den Parteifunktionären und es gelang lange Zeit nicht, eine eindeutige und verbindliche Strategie vorzugeben. Die Anweisungen der Parteiführung blieben bis ins Jahr 1931 auf unbestimmte, aktionistische Forderungen beschränkt, wie die ambitionierte Aufforderung, dass „keine öffentliche Versammlung der Sozialdemokratie, des Zentrum, der Nazis ohne kommunistische Diskussionsredner" mehr stattfinden dürften.[175] Ankündigungen, dass nun „ein entschiedener Kurs zur Gewinnung aller antikapitalistisch gestimmten Mitläufer des Faschismus" eingeschlagen werde, blieben aber nur Lippenbekenntnisse. Konkrete Pläne oder Vorgaben zur Agitation unter Nationalsozialisten waren nicht entwickelt worden und die Parteiführung empfahl weiterhin die offensive Gewaltanwendung. Im selben Atemzug rief sie dazu auf, endlich auf breiter Front zum Angriff gegen den SA-Terror überzugehen.

---

174 Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S. 217.

175 BArch R 1501/20540, Bl. 71ff., Abschrift der Polizei: Rundschreiben Nr. I, Anweisungen des Sekretariats, Berlin, den 7. 1. 1931.

Die Parteiführung stellte sich nur langsam und widerwillig auf die gezielte Umwerbung von Nationalsozialisten und deren Sympathisanten ein. Auf dem ZK-Plenum im Januar 1931 konstatierte Thälmann, dass es der Partei endlich gelungen sei, sich inhaltlich auf die politischen Auseinandersetzungen mit der NSDAP eingestellt und damit eine schlagkräftige Stellung bezogen zu haben, von der aus nun zum Angriff übergegangen werden könne:

„Aber ich glaube, eine besondere Stellungnahme ist erforderlich, im ZK. die Frage aufzurollen der Behandlung der Nazifront. Wir haben in letzter Zeit grosse Anknüpfungspunkte der Politik innerhalb der Nazi in verschiedenen politischen Grundfragen. Ich glaube, es genügt, hier einige Stichpunkte zu geben, da die meisten Fragen bekannt sind, in welchen Grundfragen wir in der Lage sind, in die Nazifront einzudringen: in der Frage des Youngplanes, in der Frage des Völkerbundes, in der Frage Mussolini, in der Frage der Sowjethetze, in der Frage für Kapitalismus oder Privateigentum und in der Frage der Wirtschaftskämpfe und Streiks. Das sind die wichtigsten Grundfragen, wo wir die Möglichkeit haben, auf dem Gebiete der prinzipiellen Politik gegen die Nazis, ich meine die Massenfront, schärfer vorzustossen.“[176]

Da die bolschewistische Ideologie für Thälmann objektive Richtigkeit und damit auch die größere Überzeugungskraft besaß, stand der Erfolg einer Aufklärungskampagne außer Frage. Er war fest davon überzeugt, dass „wenn wir diese Grundfragen klarstellen in dem Masse, mit allen Methoden, dann muss es uns möglich sein, einen Eindruck [sic!] in die Front des Nationalsozialismus zu erreichen“. Das bisherige Zurückbleiben der KPD hinter ihren Möglichkeiten, führte er auf mangelnde Parteiarbeit zurück.

Wie eine derartige Aufklärungsarbeit konkret anzuwenden und mit gewalttätigen Maßnahmen wirkungsvoll zu kombinieren sei, blieb aber umstritten. Nachdem sich Thälmann nicht auf eine verbindliche Strategie festgelegt hatte, sprach sich Schulte für eine flexible Kombination aus, da beide Formen des Konkurrenzkampfes in einer engen Wechselbeziehung zueinander stünden. Zur Begründung führte Schulte an, dass keine der beiden Vorgehensweisen zurzeit singulär zum erhofften Erfolg führen würden, da „auf allen Gebieten unseres Kampfes gegen den Faschismus auch heute noch ein Tempoverlust vorhanden“ sei.[177] Nachdem die Partei den angestrebten Ausbau der Betriebswehren und Erwerbslosenstaffeln vernachlässigt habe, müsse festgestellt werden, dass „die wirkliche Massenbasis für den wehrhaften Kampf gegen den Faschismus […] nicht vorhanden“ sei. Doch wie gemeinsam mit SPD- und Zentrums-Arbeitern abgehaltene antifaschistische Kongresse gezeigt hätten, sei die Bereitschaft vorhanden, „wirklich den Kampf gegen den Faschismus mit allen Mitteln aufzunehmen“. Derartige Veranstaltungen hätten gezeigt, dass durch ein konsequent radikales, antifaschistisches Auftreten enttäuschte und aktionswillige Sozialdemokraten für die KPD gewonnen werden könnten.

Dieses Argument aufgreifend, sprach sich der Delegierte der „Roten Hilfe“, Willi Koska, dafür aus, das Schwergewicht auf die physische Konfrontation zu setzen. Die KPD müsse an vorderster Front

[176] SAPMO im BArch RY 1/I2/1/78, Bl. 213, „Genosse 95“.
[177] Ebenda, Bl. 303, „Genosse 36“.

im Kampf gegen den faschistischen Terror stehen und Angriffe mit gleicher Münze heimzahlen, um den Widerstand der Arbeiterschaft anführen zu können. Die derzeitige unentschlossene Vorgehensweise erwecke „oft den Anschein, als wenn unsere Genossen nicht genügend auf die Blutmassnahmen der Nationalsozialisten reagieren, als wenn sie sich schon daran gewöhnt hätten. Das geht am besten aus unserer Presse hervor".[178] Der hohe Blutzoll, den die Partei dabei zu zahlen habe, müsse „in viel stärkerem Maße durch die Presse ausgenutzt werden". Auch auf diesem Gebiet könne die KPD von der NSDAP lernen, die ihre Opfer in ihrer Presse stets herausstellen und darauf aufbauend „eine systematische Hetze […] in fast jeder Nummer" betreiben würde. Dabei würde die eigene Parteipresse über genügend Material „zur Aufrüttelung" verfügen. Sobald sie „diese Prozessberichte etwas mehr aufmachen" würde, könne die KPD „schärfer im Kampfe gegen den Faschismus auftreten".

In seinem Schlusswort forderte Thälmann ohne weitere Konkretisierung zwar dazu auf, endlich auch den ideologischen Kampf auf breiter Massenbasis aufzunehmen. Als Grundlage der ideologischen Offensive führte er aber lediglich die „Programmerklärung" an, mit der die Partei „in diese Nazifront" eindringen werde; konkrete, praktische Maßnahmen, wie dies zu erreichen sei, wurden nicht genannt.[179] Doch die offiziellen Verlautbarungen der KPD zum Januarplenum zeigten die deutliche Bevorzugung gewalttätiger Mittel in der Auseinandersetzung mit Parteigängern der NSDAP. Ungeachtet der Ermahnung, dass die Parteiorganisation künftig ihre „Arbeit unter den unorganisierten, christlichen Arbeitern und antikapitalistischen Anhängern der Nationalsozialisten [nicht mehr] vernachlässigen" dürfe, wurde dennoch direkt und offen „in der Massenmobilisierung gegen die Terrorakte der Nationalsozialisten eine entschlossene **Wendung zu offensiver Taktik**" eingefordert, die zum „offensivsten, wehrhaften **Massenkampf**" gesteigert werden solle.[180]

Die KPD hatte zwar bereits im Juni 1930 mit der „Resolution über den Kampf gegen den Faschismus", die „schematische Anwendung" der Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" verworfen, nachdem sie dazu geführt habe, dass „das Hauptgewicht des Kampfes auf bewaffnete Einzelakte gegen die Faschisten verlegt" worden sei.[181] Doch erst ab dem Frühjahr 1931 wurde die einseitige Bevorzugung offensiver Gewaltanwendung tatsächlich hinterfragt; ohne allerdings von der Überzeugung abzurücken, dass die Anwendung gewalttätiger Mittel weiterhin notwendig sei. In ersten Lehrbriefen für Parteiredner und -propagandisten wurde zwar eine Wende in der Vorgehensweise gegen Nationalsozialisten hin zur ideologischen Offensive angemahnt und die bisherige Losung

---

178 Ebenda, Bl. 495f., Genosse 32".
179 Ebenda, Bl. 214, „Genosse 95".
180 InPreKorr, Nr. 7, 27. 1. 1931, „Die Aufgaben der KPD. im Kampfe gegen den National- und Sozialfaschismus", siehe auch: KI, Heft 5/6, 15. 2. 1931, „Die KPD im Vormarsch".
181 SAPMO im BArch RY 1/I2/3/10, Bl. 185.188.

„Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ nochmals ausdrücklich relativiert.[182] Aufgabe und Funktion, die der Propaganda und Agitation im Zuge dessen beigemessen wurden, waren bezeichnender Weise die Vorbereitung und Unterstützung gewalttätiger Maßnahmen. Bei der adäquaten Ausbalancierung sollte das Gewicht künftig etwas stärker auf die politische und ideologische Aufklärungsarbeit gelegt werden, um die NSDAP von zwei Fronten her zersetzen zu können. Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Interessen wurde weiterhin als probates Mittel angesehen; lediglich ihre unkontrollierbare Anwendung durch Einzeltäter sollte unterbunden werden:

„Die Entfaltung des politisch ideellen Kampfes soll ja gerade der Vorbereitung und Steigerung des wehrhaften Massenkampfes gegen den Faschismus dienen. Jene revolutionären Arbeiter, die im politischen Kampf eine Abkehr vom wehrhaften Kampf erblicken, verstehen unter Gewalt meistens nur individuellen Terror, Einzelaktionen gegen einzelne Faschisten. Notwendig ist aber der proletarische Massenterror, (wobei zwischen den faschistischen Kaders und den Mitläufern zu unterscheiden ist), und dieser hat eine breite ideelle und politische Aufklärung und Massenagitation unbedingt zur Voraussetzung. Wir müssen also den wehrhaften Kampf gegen den Faschismus eng mit dem ideellen Kampf verbinden.“

Erst im November 1931, nach der Erschießung der beiden Polizisten Lenk und Anlauf, hatte sich die Parteiführung dazu durchgerungen, eine verbindliche „Erklärung der Kommunistischen Partei gegen Einzelterror und Bluttaten“ zu veröffentlichen.[183] Künftig sei nur noch die wehrhafte Selbstverteidigung parteieigener Veranstaltungen und Einrichtungen erlaubt. Zur Begründung wurde neben der Ablenkung von Betriebs- und Lohnkämpfen und vom „ideologischen Massenkampf zur Gewinnung der werktätigen Nazianhänger“ angeführt, dass „die Legalität der Partei nicht leichtfertig durch individuelle Terrorakte“ gefährdet werden dürfte. Dass die Parteiführung in regelmäßigen Abständen bis in den Januar 1933 daran erinnern musste, dass die Parole „Schlagt die Faschisten, ...“ und damit der individuelle Terror aufgegeben worden sei, zeigte deutlich, dass viele Kommunisten an der Basis offensive Gewalt für die wirkungsvollste antifaschistische Politik hielten.[184]

Der KPD-Führung war wiederum an einer effektiven Trennung der Gewaltausübung gelegen. Während die Parteiorganisation durch „breite Massenerziehung zum Wehrsport“ die Strategie einer wehrhaften Defensive zum Selbstschutz verfolgen sollte, wurde für die gezielte, offensive Gewaltanwendung (vor allem gegen Nationalsozialisten) „spezielle Parteikaders für Spezialaufgaben geschaffen“, die „fertig ausgerüstet“ und „im Waffengebrauch geschult werden“.[185] Im Gegensatz zu

---

182 BArch R 1501/20541, Bl. 430-444, Abschrift der Polizei: „Lehrbrief Nr. 2; Faschismus und Sozialfaschismus!“, o.D.a. Aus der Einsortierung des Bundesarchivs kann geschlossen werden, dass der Lehrbrief Mitte oder Ende März 1931 veröffentlicht worden war.

183 WaA, 13. 11. 1931, hier nach: BArch R 1501/20547, Bl. 145. Noch im September 1931 war innerhalb des KgdF über offensive „Maßnahmen des Kampfbundes gegen den Faschismus gegen Nazi-Verkehrslokale und Kasernen“ diskutiert worden. BArch R 1501/20609, Bl. 234, Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (IA) Berlin Nr. 18, vom 15. 9. 1931.

184 Siehe u.a.: SAPMO im BArch RY 1/I2/1/84, Bl. 22-27, Resolution „Zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei“, vom Februar 1932, Weber, Generallinie, Nr. 74, 17. 9. 1932 oder BArch R 1501/20048, Bl. 319-321, Abschrift der Polizei: Rundschreiben Nr. 1 / I.33. des „Aufbruch“, Bezirk Nordwest.

185 SAPMO im BArch RY 1/I2/705/1, Bl. 173-174, streng vertraulicher Bericht über die „Militärarbeit der KPD“, o.V.,.D. und O.a. Vgl. auch: Schuhmann, Politische Gewalt, S. 290.

diesen Kadergruppen, die streng geheim agierend vom AM-Apparat der KPD kontrolliert wurden und bei Enttarnung die Legalität der Partei gefährdet hätten, sollte in den defensiven Selbstschutz „unter Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten möglichst breite Massen der Parteimitglieder und parteilosen sympathisierenden Arbeiter einbezogen" werden.

Entgegen ihrer halbherzigen Aufrufe hatte die Parteiführung weder eine Strategie noch konkrete Maßnahmen entwickelt, wie abseits der medialen Propaganda oder Massenversammlungen, Nationalsozialisten *in persona* bearbeitet und überzeugt werden könnten. Doch selbst für spezialisierte Funktionäre war kaum Schulungsmaterial erstellt worden, wie die genannten Lehrbriefe. Im Februar 1932 gestand Heinz Neumann schließlich das Versäumnis der Parteiführung ein, beizeiten geeignetes Material bereitgestellt zu haben: „Aber alle Funktionäre und besonders die neu eingetretenen Mitglieder […] finden kein einziges Dokument, wo sie konzentriert und zusammengefasst in Gestalt eines Programms die Erklärungen finden, die sie in ihrer Agitation mit dem Gegner unbedingt brauchen."[186] Und so beließ es Thälmann auch während des ZK-Plenums im Februar 1932 bei der floskelhaften Aufforderung, „die grösstmögliche Steigerung der Massenbearbeitung der nationalsozialistischen Anhänger [einzuleiten], um sie vom Hitler-Faschismus loszureissen und für unsere Partei zu gewinnen".[187]

Als bald darauf mehrere Wahlen bevorstanden, besann sich die KPD jedoch erneut auf die werbende Wirkung offensiver Gewaltanwendung gegen Nationalsozialisten unter den ungleich wichtigeren Sozialdemokraten und hoffte auf diese Weise Sympathie und Stimmen zu gewinnen.[188]

Neben der ungeklärten Gewaltfrage, war es vor allem die kommunistische Anhängerschaft selbst, die einer breiten ideologischen Offensive enge Grenzen setzte. Nicht nur, dass mit dem Thema „nationale Frage" der Anknüpfungspunkt und die inhaltliche Grundlage zur Agitation unter Nationalsozialisten auf tradierte Ablehnung innerhalb der organisierten Arbeiterschaft traf.[189] Bereits 1929 hatte Fritz Schulte die Befürchtung geäußert, dass viele Kommunisten keine Sinn darin erkennen würden, sich inhaltlich mit Nationalsozialisten auseinander zu setzen, da ihrer Ansicht nach die Themen „worüber sie diskutieren, […] ja doch nur Quatsch" wären.[190] Auch Thälmann berichtete im Juli 1931 vor den ZK-Delegierten erstmals von der weit verbreiteten Verweigerung der Parteibasis unter Nationalsozialisten zu agitieren, die er für bislang ausgebliebene Erfolge verantwortlich machte:

„Und wenn wir ausgehen von der Tatsache der Situation vor einem Jahr oder vor einem Jahr und 3 Monaten, als wir das Problem gestellt haben, in die nationalsozialistische Partei hineinzugehen, an

---

186 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/82, Bl. 359, „Genosse 15" (d.i. Heinz Neumann).
187 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/82, Bl. 112, „Genosse 95".
188 Neben den Wahlen zum Reichspräsidenten, wurde in mehreren Ländern und im Frühsommer erneut der Reichstag gewählt. Siehe u.a.: RF, 21. 4. 1932, „Einheitsfront der SPD-Nazis in Preußen" sowie „Antifaschistische Einheitsfront im Kampf". Vgl. Schuhmann, Politische Gewalt, S. 314f.
189 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/80, Bl. 1, „Genosse 53" (d.i. Koenen).
190 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/74, Bl. 218, „Genosse 43".

die Nationalsozialisten heranzukommen und Anhänger von ihnen für uns zu gewinnen, haben unsere einfachsten [sic!] Mitglieder und Funktionäre, – das war besonders in Hamburg, wo ich selbst das miterlebt habe – sich gegen dieses gesträubt. Es ist ihnen beinahe der Kopf geplatzt, dass wir die Aufgabe stellen nationalsozialistische Arbeiter zu gewinnen.“[191]

Es gelang der KPD-Führung nicht, effektiv gegen derartige Stimmungslagen anzugehen und auch im Februar 1932 klagte Thälmann, dass sich die Partei auf allen Ebenen – selbst führende Funktionäre – verweigert habe:

„Genossen, ich werfe die Frage auf, ob unsere Partei ihre richtige leninistische Linie in der Frage der Aussenpolitik, in der Frage des Versailler-Systems, in der Frage des Young-Planes, in der Frage der nationalen Unterdrückung und in der Frage unseres nationalen Freiheitskampfes, der mit dem sozialen Freiheitskampf in engster Verflechtung steht, erfüllt hat oder nicht. […] Man muss sagen, dass in dieser Frage in der Partei die aller-aller-grössten Hemmungen in der Vergangenheit zu verzeichnen waren.“[192]

Und noch im Januar 1933 beklagte sich die KPD-Führung über „die heute bestehende Stimmung, dass der ideologische Kampf gegen die NSDAP unnötig bzw. zwecklos sei“, was als „Folgeentwicklung […] die Anwendung des individuellen Terrors“ nach sich ziehe.[193]

Dass die KPD-Führung keine verbindliche Strategie entwickelt hatte, wie konkret unter Nationalsozialisten zu agitieren sei, lag vor allem in der Unsicherheit begründet, wie mit den Parteigängern der NSDAP grundsätzlich umgegangen werden sollte; galten sie doch, ungeachtet ihrer willkommenen Radikalität, als unsichere Kantonisten im revolutionären Prozess. Große Teile der nationalsozialistischen Parteigänger passten nicht in die Revolutionsstrategie der KPD, die die Führung des (Industrie-) Proletariats anstrebte, um dann über einen Generalstreik die sozialistische Revolution auszulösen. Die Partei konzentrierte sich daher stets eindeutig auf die freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft. Wegen der Dominanz kleinbürgerlicher Schichten in der NSDAP, war für die persönliche Umwerbung von Nationalsozialisten die bereits erwähnte, kaum verbreitete Komitee- und Delegiertenbewegung vorgesehen. Die klassischen Organisationsformen der Arbeiterschaft blieben ihnen verwehrt und nationalsozialistische Betriebsorgane wurden bei Einheitsfrontaktionen nicht berücksichtigt. Allenfalls einzelne, reumütige Arbeiter wurden nach strenger Prüfung in die eigenen Reihen aufgenommen. Noch auf dem Maiplenum 1932 kritisierte Thälmann ausdrücklich, dass, wie es bisweilen bereits vorgekommen sei, „die Gleichstellung der Einheitsfrontpolitik mit den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern mit den Nazianhängern ein schwerer Mangel war“, da es „überhaupt keine Möglichkeit [gebe], eine unbedingte Einheitlichkeit herbeizuführen in dieser Frage“.[194]

---

191 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/81, Bl. 104, „Genosse 95“.
192 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/82, Bl. 162f., „Genosse 95“.
193 BArch R 1501/20048, Bl. 319-321, Abschrift der Polizei: Rundschreiben Nr. 1 / I.33. des „Aufbruch“, Bezirk Nordwest.
194 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/85, Bl. 129, „Genosse 95“.

Die immer wieder eingeforderte ideologische Offensive gegenüber Nationalsozialisten scheiterte auch daran, dass die KPD organisatorisch nicht auf ihre Bearbeitung eingestellt war und es ihr nicht gelang geeignete, funktionstüchtige Organe für diese Aufgabe zu schaffen. Sie fand schlichtweg keinen Weg, die anvisierte Klientel über die mediale Propaganda hinaus zu erreichen. Erst nachdem sich der NSDAP unübersehbar immer mehr Arbeiter angeschlossen hatten, begann die KPD-Führung die NSDAP-Gefolgschaft differenzierter zu behandeln und es zeigten sich erste, vorsichtige Anzeichen eines Strategiewechsels; doch selbst die nationalsozialistischen Arbeiter behielten noch deutlich erkennbar eine Sonderstellung:

„Aber in den Betrieben bei der Auslösung von Streiks ist die Hineinnahme von Nazis in die Streikomités [sic!] und bei den Aktionen der Erwerbslosen die Hineinnahme von Nationalsozialisten absolut notwendig und auch erlaubt. Hier ist es notwendig, Naziarbeiter in die Peripherie [!] unserer Einheitsfrontorientierung bei der Durchführung der Kämpfe hineinzubringen.“[195]

Auch unter lohnabhängigen Angestellten, von denen in Krisenzeiten eine Linksradikalisierung erwartet worden war, die nun aber „völlig in den Händen der Nazis“ seien, sollte die kommunistische Gewerkschaft (RGO) aktiv werden. Sie müsse aber eine „viel kühnere Politik“ betreiben, „um an diese Kreise heranzukommen“.

Um keinerlei Missverständnisse über den sich abzeichnenden Strategiewechsel aufkommen zu lassen, erinnerte Thälmann ausdrücklich daran, dass es „im Zusammenhang mit solchen Fragen der Einheitsfront“ durchaus erlaubt sei „mit Gewerkschafts- und Reichsbannerkameraden gegen den Faschismus“ zu kämpfen, „was natürlich nicht bedeutet eine Einheitsfront mit SA-Abteilungen gegen Reichsbanner“.[196]

Erst nach anhaltenden Wahlerfolgen und fortwährendem Wachstum der NSDAP, auch innerhalb der Arbeiterschaft, vollzog die KPD im Herbst 1932 eine diametrale Kehrtwende und die Parteiführung rief nun dazu auf, „um die Gewinnung eines jeden nationalsozialistischen Werktätigen“ zu kämpfen.[197] Die schiere Zahl aktionsbereiter, organisierter (vermeintlicher) Antikapitalisten habe ihre Bedeutung für die Revolution gesteigert, wodurch „der Einbruch in die Reihen der NSDAP, die Gewinnung von Arbeitern und Werktätigen aus der NSDAP mit eine Voraussetzung des Sieges der Arbeiterklasse“ geworden sei.[198] Da es nun, wie es Thälmann auf der 3. Parteiarbeiterkonferenz im Oktober 1932 ausdrückte, nicht mehr genüge, die NSDAP wie bisher „nur von außen“ zu berennen, wurde die gesamte Parteiorganisation zum „Herantreten zur Massendiskussion an nationalistische Anhänger“ aufgefordert.[199]

---

195 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/85, Bl. 129, „Genosse 95“.
196 Ebenda, Bl. 131.
197 Weber, Generallinie, Nr. 74, 17. 9. 1932, S. 568.
198 Ebenda.
199 Thälmann-Zitat nach: Röhl, Näher zum Gegner, Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, S. 95.

Am deutlichsten zeigte sich der Wandel in der Betriebsarbeit. Die Integration nationalsozialistischer Arbeiter in kommunistisch geführte (!) Einheitsfrontaktionen wurden nun ausdrücklich sanktioniert und die Betriebsorgane dazu aufgefordert die „unteren Formationen usw., (vor allem BZO [d.i. NSBO])“ zu bearbeiten.[200] Die KPD suchte sich auf ihre Stärken zu besinnen und die nationalsozialistischen Arbeiter, bei ihrer Enttäuschung über ihre Parteiführung gepackt, auf bekanntes Terrain zu ziehen und sie zu konkreten Anlässen zum sozialen Widerstand zu mobilisieren; darauf könne dann die Aufklärungsarbeit aufgebaut werden. Da die KPD-Betriebsorgane auf Grundlage konkreter Teilziele nun gezielt auf nationalsozialistische Arbeiter zugehen sollten, sei es „von diesen Gesichtspunkten ausgehend […] falsch, etwa als Losung aufzustellen: ‚Heraus mit den Nazis aus den Betrieben und Gewerkschaften'. Diese allgemeine Losung muss liquidiert werden.“

Neben der Betriebsarbeit forderte das Rundschreiben die KPD-Mitglieder auch zur umfassenden Agitation außerhalb der üblichen kommunistischen Wirkungsfelder auf: „Außer der ideologischen Bearbeitung der BZO-Mitglieder und ihre Hereinbeziehung in den antikapitalistischen Kampf ist ein ständiges Bearbeiten der Nazi-Lokale und SA-Kasernen die Pflicht jeder Parteiorganisation.“ Bei den geforderten Maßnahmen zur ideologischen Offensive bestand jedoch die reelle Gefahr, dass sie in (offensive) Gewaltakte ausarten könnten, weshalb die Parteiführung eindringlich mahnte:

„Die breiteste Entfaltung des ideologischen Massenkampfes gegen den Hitlerfaschismus und um die Gewinnung seiner werktätigen Anhänger ist […] notwendig. Die restlose Überwindung der falschen Parole ‚Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft' in unseren Reihen unter der revolutionären Arbeiterklasse ist unerlässlich. Schärfster Kampf gegen jede individuelle terroristische Einzelaktion.“

Um ihren Strategiewechsel öffentlich zu bekunden, hatte die KPD ein Manifest verfasst, das sich an das gesamte „arbeitende Volk“, gleichgültig welcher Parteizugehörigkeit, richten sollte. Darin hatte sich die Partei nun auch ausdrücklich „an die Mitglieder der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation mit der Aufforderung“ gewandt, mit der KPD „gemeinsam zu kämpfen gegen Lohn- und Gehaltsraub, gegen die großkapitalistischen Tributzahlungen, gegen die Versklavung des werktätigen Volkes Deutschlands“.[201] Auf der Parteikonferenz der KPD im Oktober 1932 wurde der Wandel bestätigt und neue Strategie, die NSDAP zu zersetzen, wie folgt zusammengefasst:

„Im Kampf gegen den Hitler-Faschismus gilt es, auf Grund der beginnenden Zersetzung in den Reihen der NSDAP. und des einsetzenden Rückgangs der nationalsozialistischen Welle überhaupt, mit größter Energie unter Entfaltung einer ideologischen Offensive den Einbruch in die Reihen der nationalsozialistischen Anhängerschaft zu vollziehen. Die Kommunisten und revolutionären Arbeiter müssen die proletarischen und werktätigen Anhänger des Nationalsozialismus zu gemeinsamen

[200] Weber, Generallinie, Nr. 74, 17. 9. 1932, S. 568.

[201] In einem gesonderten Abschnitt, der ausschließlich auf nationalsozialistische Arbeiter zugeschnitten war, wurde weiterhin versucht, sich an den vermuteten Antikapitalismus und Radikalismus anzuknüpfen. Hitler wurden nach wie vor der Verrat am Sozialismus und die Integration der NSDAP in das parlamentarische System vorgeworfen. Diesem Verrat gegenüber präsentierte sich die KPD wiederum als kompromisslose Revolutionspartei, als einzige Partei, die die sozialen und nationalen Ziele der nationalsozialistischen Arbeiter tatsächlich verwirklichen werde. SAMPO im BArch RY 1/I2/3/22, Bl. 220-232, „Manifest der Kommunistischen Partei an das arbeitende Volk“, vom 15. 9. 1932, hier: Bl. 228ff.

Aktionen gegen Lohn-, Unterstützungsraub und Papen-Diktatur gewinnen und von der Rolle der Hitler-Partei als der Terror- und Streikbruchorganisation des Finanzkapitals überzeugen".[202]

Die Mühe nicht wert? Vorübergehendes Phänomen oder ernsthafte Bedrohung? Die fortwährende Bagatellisierung der NSDAP.

Für Kommunisten war der Nationalsozialismus, insbesondere sein die Klassen negierendes Ideal einer „Volksgemeinschaft", offenkundig eine Ideologie, mit der das kapitalistische Herrschaftssystem aufrechterhalten werden sollte und damit allen sozialen Emanzipationsbestrebungen widersprach. Wie könnten die Interessen eines Arbeiters mit denen eines Kapitalisten auch dauerhaft miteinander versöhnt werden? Aus Sicht der KPD-Führung war der Nationalsozialismus ein derart wackeliges Konstrukt, das nur leichter Stöße bedurfte, damit es – *quasi* fast von allein – unter seinen eigenen, sozialen Widersprüchen zusammenbrechen werde. Damit blieb die Frage offen, inwieweit es überhaupt notwendig sei, sich aktiv um die Zerschlagung der NSDAP zu kümmern. In der Folge kam es zur anhaltenden Ignorierung bzw. Unterschätzung der nationalsozialistischen Partei; ihr Aufstieg wurde als temporäre Begleiterscheinung der Kriegsniederlage und Wirtschaftskrise bagatellisiert: Würde der zunehmende Erfolg der Nationalsozialisten die inneren Widersprüche nicht nur noch weiter zuspitzen und so den erwarteten Zusammenbruch der Partei beschleunigen?

Als nur wenige Tage nach der Veröffentlichung der „Programmerklärung" ostdeutsche SA-Abteilungen unter ihrem Führer Walter Stennes gegen die NSDAP-Führung meuterten, glaubte sich die KPD-Führung in ihrer Analyse und Interpretation des Nationalsozialismus bestätigt; schließlich sei auch dieser Aufstand auf den „krassen Gegensatz" zwischen Führung und Gefolgschaft und damit auf grundsätzliche soziale Ursachen zurückzuführen.[203] Hatte sie nicht bereits die Strasser-Abspaltung als erstes Symptom dieser grundsätzlichen sozialen Differenzen innerhalb der NSDAP beschrieben und seinerzeit vorausgesagt, dass weitere Rebellionen und Spaltungen folgen würden? Die KPD-Führung bekräftige ihre Prognose, dass, sobald die NSDAP-Führer durch Regierungsbeteiligung Staatsämter besetzen würden und damit persönlich für Sozialabbau und höhere Steuern verantwortlich wären, ein allgemeiner Aufstand der einfachen Mitglieder gegen die Parteibonzen ausbrechen werde. Mit dem Verwachsen der NSDAP mit dem Staatsapparat werde der Höhepunkt ihres Aufschwungs überschritten sein. Ihre werktätige Anhängerschaft würde schnell erkannt haben, welche Rolle die Partei im Weimarer Staat übernehme. Im Zuge dieser Charakterisierung bestätigte sich, dass die KPD-Führung die NSDAP nicht als eigenständigen politischen Akteur anerkannte, sondern auf einen fremdgesteuerten Ausführungsgehilfen der Bourgeoisie reduzierte:

---

[202] BArch R 1501/20355, Abschrift der Polizei: „Resolution der Parteikonferenz der KPD. über das XII. Plenum des EKKI und die Aufgaben der KPD.", Berlin, 3. 11. 1932, Bl. 118-128.

[203] RF, 3. 9. 1930, „Die Revolte der Nazi-Proleten".

„Die Funktion der Nationalsozialisten in der deutschen Innenpolitik ist nach alle dem nichts anderes als die einer Schutzgarde des Unternehmertums, die bisweilen noch schamloser und offener zum Streikbruch gegenüber den Wirtschaftskämpfen des Proletariats aufruft als selbst die reformistische Bürokratie [d.i. der SPD-Parteiapparat bzw. die SPD-Führung].“[204]

Mit der „Programmerklärung“ habe die Partei, nachdem „es vor einigen Monaten in diesem Kampf der KPD. gegen den Faschismus einen gewissen Tempoverlust gab, der der Hitler-Partei sehr zustatten kam“, auf diese Entwicklung reagiert und könne sich daher einen entscheidenden Anteil an der Auslösung der Rebellion zuschreiben:

„Es ist nicht zuletzt ein Erfolg dieses Kampfes der KPD. gegen den Faschismus, wenn in den letzten Wochen die Verwirrung um die inneren Widersprüche im nationalsozialistischen Lager immer mehr anwachsen (Verschärfung des Gegensatzes zwischen der abgespaltenen Strasser-Gruppe und dem Hitler-Lager, Meuterei der Berliner ‚Standarten-Abteilungen' gegen ihren Führer Goebbels, zunehmende Gegensätze zwischen den proletarischen Elementen der faschistischen Organisationen und den Führern usw. usw.).“[205]

Dass die Meuterei durch Zugeständnisse Hitlers an die (Berliner) SA nach nur wenigen Tagen beendet wurde, änderte nichts an dieser Auffassung und die „Rote Fahne“ zeigte sich davon überzeugt, dass die Aufstände „zweifellos wieder aufflammen“ würden.[206] Aufgrund dieser Argumentation proklamierte die KPD-Führung, unmittelbar vor der umwälzenden September-Wahl 1930, dass der Niedergang der NSDAP nun deutlich sichtbar begonnen habe.

Doch selbst das aufsehenerregend Wahlergebnis, wonach die NSDAP von 800 000 (2,6%) auf über 6 Millionen (18,3%) Wählerstimmen explosionsartig zulegen, und damit ihre Reichstagsfraktion von 12 auf 107 Abgeordnete steigern konnte, löste auf Seiten der KPD keine Infragestellung der eigenen Analyse und Interpretation aus.[207] Um ihre innenpolitische Revolutionsprognose nicht infrage stellen zu müssen, begann die KPD-Führung die Wählerstimmen zu gewichten, anstatt sie zu zählen. Das Ergebnis müsse nach klassenpolitischen und nicht nach parlamentarischen Maßstäben bewertet werden. Und sie erklärte einfach die Stimmen aus der Arbeiterschaft zum einzigen Kriterium, das über Sieg oder Niederlage entscheiden würde. Der deutliche Zuwachs der KPD von 3,23 (10,6%) auf 4,5 Millionen (13,1%) Stimmen sei das ausschlaggebende Merkmal dieser Wahl, nachdem es der Partei über eine Millionen neue, aktive Kämpfer für die Revolution zugeführt habe. Mit diesem Ergebnis müsse die KPD als die eigentliche Siegerin der Wahlen betrachtet werden. Gerade ihre sozial einheitliche Gefolgschaft, die auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet wäre, sei der große Vorteil der KPD gegenüber der NSDAP, deren Anhängerschaft aus einem Gemisch verschiedener Klassen

---

[204] InProKorr, Nr. 77, 12. 9. 1930, „Was ist die Nationalsozialistische Partei?“

[205] InPreKorr, Nr. 77, 12. 9. 1930, „Was ist die Nationalsozialistische Partei?“ In dieser Einschätzung wurde die KPD durch ihren Nachrichtendienst bekräftigt: BArch R 1501/20154, Bl. 22-36, Abschrift der Polizei: „KPD-Rundschreiben […] Nachrichtenblatt Nr 4/30 – 10. November 1930“ und SAPMO im BArch RY 1/I2/705/23, Bl. 93-95, Bericht eines Spitzels der KPD mit dem Decknamen „Hans“ über eine „denkwürdige Versammlung“ der SA-Standarte III, am 30.09. in Berlin-Kreuzberg (SO36).

[206] RF, 3. 9. 1930, „Meuternder Sturmabteilungen erklären: Goebbels vogelfrei!“

[207] Zahlen nach: Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S. 209 und Schulze, Weimar, S. 328.

bestünde, die divergierende Interessen verfolgen würde. Dieser Unterschied mache die grundsätzliche Überlegenheit des Kommunismus über den Nationalsozialismus aus.[208]

Nachdem die NSDAP ihre Gewinne vor allem auf Kosten der bürgerlichen Parteien erzielen konnte, wurde das ungleich größere Wachstum der NSDAP „als Umgruppierung innerhalb des bürgerlichen konterrevolutionären Lagers" gezielt verharmlost.[209] Eine derartige Wählerwanderung sei für die Revolution schließlich „von zweitrangiger Bedeutung". Es sei lediglich ein Zeichen, der allgemeinen Verschärfung der kapitalistischen Krise, die eine Faschisierung von Staat und Gesellschaft nach sich ziehe. Nicht zufällig hätten alle Parteien verloren, die sich offen zum Kapitalismus bekennen. Und nachdem es der NSDAP nicht gelungen sei, in das marxistisch organisierte Proletariat einzubrechen, müsse die KPD „mit der größten Entschiedenheit […] jeder Panikmache in bestimmten Teilen der Arbeiterschaft wegen des nationalsozialistischen Wahlerfolges entgegentreten". Thälmann warnte in der „Roten Fahne" eindringlich davor, den innenpolitischen Kampf nun einseitig gegen die NSDAP auszurichten und er erinnerte daran, dass weiterhin die SPD als Hauptfeindin bekämpft werden müsse.

Die Analyse und Interpretation der NSDAP kann ohne Rückgriff auf das politische Weltbild, das in dieser Zeit innerhalb der (Sektionen der) KomIntern dominierte, nicht hinreichend veranschaulicht werden. Die Generallinie der KPD folgte, stark vereinfacht ausgedrückt, einem simplen, aber selbstzerstörerischem Motto: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns! Ausnahmslos alle politischen Kräfte, die nicht bereit waren sich der Führung der KPD unterzuordnen, wurden als Faschisten und damit als zu bekämpfende Feinde definiert. Am Ende stand ein „Universalfaschismus", der wesentliche Unterschiede zwischen den politischen Konkurrenten bewusst negierte.

So konnte bereits die autoritäre, aber noch an demokratische Standards orientierte Regierung Brüning als „faschistische Diktatur in ihrem Anfangsstadium" beschrieben werden.[210] Es wurde zwar eingeräumt, dass der Faschismus noch schärfere Formen annehmen könne; doch es wurde ausdrücklich betont, dass es für die KPD damit „nicht mehr um den Kampf zur Verhinderung der drohenden faschistischen Diktatur, sondern […] um die Entfaltung des Massenkampfes zum Sturz der *bestehenden, wenn auch noch unausgereiften faschistischen Diktatur*" gehe.[211]

---

[208] RF, 10. 9. 1930, „Unser Weg zur Freiheit!" Auf dem Januarplenum 1931 des ZK zeigte sich Thälmann nochmals deutlich optimistischer in dieser Frage und er hob als das entscheidende Ergebnis der Wahlen die „absolut klassenmäßige Einheitlichkeit" des Wachstums der KPD hervor, die „eine ungeheure Stärkung der Politik, des Herankommens durch [die] Partei an die Massen, und auch Stärkung der Autorität im Gesamtproletariat" bedeute. SAPMO im BArch RY 1/I2/1/78, Bl. 114, „Genosse 95".

[209] Weber, Generallinie, Nr. 27, 18. 9. 1930, S. 203.

[210] Weber, Generallinie, Nr. 34, 19. 12. 1930, S. 264. Von Thälmann auf dem Februarplenum 1932 des ZK ausdrücklich bekräftigt. SAPMO im BArch RY 1/I2/1/82, Bl. 85f., „Genosse 95".

[211] Auf dem folgenden Januarplenum 1931 bekräftigte Thälmann, dass es „ganz logisch" sei, „dass die Losung ‚Nicht Verhinderung, sondern Sturz der faschistischen Diktatur' die revolutionäre Aktionslosung ist". Zur Begründung führte er die Lage der kommunistischen Partei Italiens an: „Und wenn wir die geschichtliche Erfahrung einer Reihe von Ländern nehmen, so sehen wir, das auch das Verbot der Kommunistischen Partei und anderer Organisationen nicht immer im Anfang der faschistischen Herrschaft steht. Wir haben z.B. die Tatsache, dass vier Jahre, vom Beginn der Herrschaft

Diese Charakterisierung der innenpolitischen Verhältnisse beruhte auf der Sozialfaschismus- bzw. Zwillingsbrüder-These, die auf Druck Stalins auf dem VI. Weltkongress der KomIntern 1928 beschlossen worden war.[212] Dem Faschismus wurde die Fähigkeit zur Ausbildung einer eigenen Staats- und Herrschaftsform abgesprochen und damit zu einem Instrument in den Händen der Großbourgeoisie degradiert. Stattdessen wurde der ungehemmte bürgerliche Kapitalismus mit Faschismus gleichgesetzt und die faschistischen und sozialdemokratischen Massenparteien als entgegensetzte Flügel des kapitalistischen Herrschaftssystems definiert.[213] Wenn Demokratie und Faschismus aber lediglich zu verschiedenen Ausprägungen bürgerlicher Herrschaft erklärt werden, zu denen die Bourgeoisie ja nach wirtschaftlicher und politischer Lage greift, unterstütze jeder, der die parlamentarische Demokratie (und damit den Kapitalismus) bewahren will, zugleich auch den Faschismus und werde damit selbst zum Faschisten. Nachdem die SPD die proletarische Revolution immer wieder (1918/19, 1921 und 1923) bewusst und aktiv bekämpft habe, habe sie offensichtlich die Politik der Bourgeoisie ausgeführt und sei damit zum Sozialfaschismus geworden.

Die SPD-Führung wurde nun in das faschistische System integriert und zur gefährlichsten Stütze der niedergehenden bürgerlichen Gesellschaft erklärt, da sie im Auftrage der Kapitalisten mittels ihres Reformismus' die Arbeiterbewegung von ihrer revolutionären Mission abhalten würde, wodurch sie zur eigentlichen Wegbereiterin der Konterrevolution geworden sei. Die SPD übernehme das soziale Gewissen des Kapitalismus und sollte durch reformistische Maßnahmen den revolutionären Elan der Arbeiterschaft untergraben und ermatten lassen. Die KomIntern glaubte in der Sozialdemokratie das entscheidende Hindernis auf dem Weg zur Revolution erkannt zu haben; erst ihre Zerschlagung und die Führung der gesamten Arbeiterschaft durch die Kommunistische Partei würde die Auslösung der Revolution zulassen. Demgegenüber konnte der Faschismus bzw. Nationalsozialismus, nachdem er zu einem temporären Bestandteil der kapitalistischen Krisenentwicklung degradiert worden war, nur eine sekundäre Rolle spielen. Durch eine derartige Deutung der innenpolitischen Verhältnisse, die wesentliche Unterschiede negierte, konnte einer Regierungsübernahme der NSDAP, die wegen ihrer angenommenen Rolle als Ausführungsgehilfe der Bourgeoisie ohnehin als äußerst unwahrscheinlich angesehen wurde, keine eigene Qualität und kein gesteigertes Bedrohungspotential für die marxistische Arbeiterbewegung zugestanden werden; vielmehr noch: einer offenen Diktatur der NSDAP wurde auf diese Weise der Schrecken genommen.

Mussolinis an, es noch möglich war, eine kommunistische Zeitung und eine halblegale Zeitung herauszugeben. Wir haben solche Tatsachen, dass man sehen muss, dass mit Beginn der faschistischen Herrschaft sich das Finanzkapital und die Bourgeoisie erst die Aufgabe stellt, diese infrage kommenden revolutionären Organisationen zu verbieten und, wenn es gelingt, zu unterdrücken und zu beseitigen." SAPMO im BArch RY 1/I2/1/78, Bl. 143, „Genosse 95".

[212] Siehe dazu: Schmidt, Die Faschismusdiskussion auf dem VI. Kongreß, S. 109, 114 & 120f., Kinner, Imperialismustheorie und Faschismusanalyse in KPD und KomIntern, S. 64 & 67f., Bayerlein, Faschismus – Politische Theorie und Praxis der Komintern-Politik, S. 136ff. sowie Schäfer, Gewalt, Ideologie und Bürokratismus, S. 189f.

[213] Weber, Hauptfeind Sozialdemokratie: Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, S. 8 und Bayerlein, Faschismus – Politische Theorie und Praxis der Komintern-Politik, S. 136.

Zugleich prognostizierte die KomIntern für die 30er Jahre eine allgemeine Wirtschaftskrise, wodurch in den europäischen Ländern in nächster Zeit erneut revolutionäre Situationen entstehen würden. Dass Wirtschaftskrisen stets der kommunistischen Bewegung zugute kommen würden, stand dabei außer Frage; die bestimmenden Theoretiker der KomIntern waren „alle in der selben uralten marxistischen Doktrin befangen, nach der eine neue ökonomische Krise naturnotwendig die Massen politisch im Sinne der Linken radikalisieren würde".[214] Auch die KPD ging davon aus, dass sich ihr die verarmten und enttäuschten Massen wie von selbst anschließen würden; derartige Ansichten könnten durchaus diejenigen Stimmungen in der Partei gefördert haben, die prinzipiell hinterfragten, ob es wirklich notwendig sei, unter den ungeliebten Nationalsozialisten mühselige, agitatorische Kleinarbeit durchzuführen.

Dass sich die politischen Realitäten nicht entsprechend der Prognosen der KomIntern entwickelten, führten jedoch nicht zur Revision der Strategie der KPD; dafür wäre eine Revision der Generallinie erforderlich gewesen, die im Alleingang ohne die KomIntern undenkbar gewesen wäre. Vorsichtige Relativierungen Thälmanns, dass der anhaltende „Tempoverlust gegenüber der revolutionären Entwicklung […] ebenfalls auch eine Ueberschätzung der revolutionären Situation" bedeuten und falsche Hoffnungen wecken könnte, zeigten keine Wirkung und die Prognosen der KomIntern wurden nicht weiter in Frage gestellt.[215] Als entscheidendes Bollwerk gegen die Errichtung einer vollendeten faschistischen Diktatur wurde, in völliger Verkennung der Kräfteverhältnisse, die Stärke der eigenen Partei angesehen. Noch im Februar 1932 erklärte Thälmann,

„dass auch die Bourgeoisie in der Durchführung der Faschisierung sich nur soweit vorwagt, wie sie glaubt, die Möglichkeit der Ausplünderung und Ausbeutung der Massen durchsetzen zu können. Man kann das Tempo der Faschisierung nicht trennen von der Klassenwirklichkeit des revolutionären Aufschwungs".[216]

Auch Neumann erinnerte daran, dass eine Konzentration der eigenen Kräfte auf die NSDAP den Blick dafür verstellen würde, dass der Faschismus mit Brüning bereits an der Macht sei und aktiv bekämpft werden müsse:

„Wenn Trotzki sagt, die Hauptaufgabe ist in Deutschland der Hitlerfaschismus, wenn Hitler an die Regierung kommt, dann entscheidet sich Deutschlands Schicksal auf Jahrzehnte, denn müssen wir dem entgegentreten und wir antworten ihm, nicht, ob Hitler an die Regierung kommt, sondern wir glauben, dass jetzt die Zeit in Deutschland entschieden ist für Jahrzehnte und nicht nur für Deutschland. Die Frage ist, ob Deutschland herausgerissen wird aus dem imperialistischen Weltsystem oder ob es weiter gefesselt bleibt."[217]

---

[214] Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S. 199.

[215] SAPMO im BArch RY 1/I2/1/78, Bl. 157, „Genosse 95". Aus der zwangsläufigen historisch-ökonomischen Entwicklung war eine (sehr wahrscheinliche) Möglichkeit geworden, denn „die ökonomische Krise kann übergehen in die revolutionäre Situation. Heute haben wir noch keine revolutionäre Situation. Objektive Voraussetzungen sind da".

[216] SAPMO im BArch RY 1/I2/1/82, Bl. 85f., „Genosse 95".

[217] Ebenda, Bl. 447, „Genosse 15".

Im Frühjahr 1931 schien es als würden sich endlich die erwarteten Erfolge einstellen und die KPD-Führung glaubte sich auf einem guten Wege, was die konstatierte Bagatellisierung der NSDAP weiter festigte: Der „Kampfbunde gegen den Faschismus“ (KgdF) rechnete, nachdem bereits erste Verbände um Aufnahme gebeten hätten, mit dem Eintritt „zahlreicher Strasser-Gruppen“; Mitte März bekannte sich der NS-Hochverräter Richard Scheringer, der durch den aufsehenerregenden Reichswehrprozess landesweite Bekanntheit erlangt hatte, öffentlich zur KPD; und Ende des Monats brachen, wie vorausgesagt, erneut Unruhen in der Berliner SA um ihren Führer Stennes aus.

Auch diesmal wurden die „tieferen Ursachen“ der „Meuterei“ als „ein Zeichen sozialer Explosion des ganzen Nazihaufens“ dargestellt, das auf den „Widerspruch zwischen der kapitalistischen Politik der Nazipartei und dem antikapitalistischen Wollen ihrer Anhängermassen“ zurückzuführen sei: „Dieser Widerspruch ergibt sich schon aus der ganzen Klassenstruktur der Nazipartei.“[218]

Und „diese soziale Struktur der NSDAP [müsse] bei den weiteren, sich ständig verschärfenden Beziehungen der Klassen zu einander zu solchen Explosionen führen, wie sie jetzt im Krach der Berliner SA mit Hitler zum Ausdruck kommen. Diese sozialen Gegensätze müssen sich immer mehr vertiefen und verstärken“.[219]

Aus diesem Grund sei, wie die „Rote Fahne“ offen proklamierte, „auf alle Fälle […] damit zu rechnen, daß die Zersetzung in der NSDAP. in der nächsten Zeit rapide Fortschritte macht, und daß das proletarische Element bald offen revoltiert“.[220] Die KPD-Führung war weiterhin davon überzeugt, in den sozialen Sehnsüchten „die verwundbare Stelle“ der nationalsozialistischen Bewegung ausgemacht zu haben und forderte ihre Funktionäre eindringlich auf, diesen Umstand noch stärker als bislang auszunutzen.[221]

Diese ersten spärlichen Anzeichen des (vermeintlichen) Erfolges unter Nationalsozialisten stürzte die KPD-Führung in eine maßlos übertriebene Siegesgewissheit, so dass sie es für gerechtfertigt hielt, die Parteibezirke Ende März 1931 über die faktische Überwindung des Nationalsozialismus in

---

218 RF, 28. 3. 1931, „SA-Rebellion gegen Hitler im Aufzug“.

219 BArch R 8501/118, Bl. 87-89, Abschrift: „Zur Rebellion in der NSDAP.; Ergänzungen zur 'Marschlinie zum Wehrappell.“, Berlin, den 10. 4. 1931.

220 RF, 28. 3. 1931, „SA-Rebellion gegen Hitler im Aufzug“. Mit ihrer Prognose stand die KPD indes nicht allein. In einigen nationalrevolutionären Zeitschriften wurde die Entwicklung der NSDAP als äußerst krisenhaft beschrieben und es wurde über ihren baldigen Niedergang spekuliert. Auch die liberale „Vossische Zeitung“ berichtete, dass die Kommunisten „die Auseinandersetzungen im nationalsozialistischen Lager […] mit gespannter Aufmerksamkeit“ verfolgen würden, da sie wissen würden, „das denen, die von Hitler enttäuscht sich abkehren, über kurz oder lang kein anderer Weg übrig bleibt als der, den der Gollnower Leutnant Scheringer vor kurzem gegangen ist“. Und der Leitartikel des „Berliner Tageblatts“ prognostizierte, dass das Gros der Strasser-Leute „direkt und offen ins kommunistische Lager“ überlaufen werde: „Wohin sollen die Unzufriedenen abwandern, wenn der Krach da ist? Er [d.i. Hitler] weiss es, wir wissen es, die Kommunisten wissen es – und halten die Arme offen, die Flüchtlinge zu empfangen -, dass es nur einen Hafen für die Irrenden gibt. Das ist die revolutionäre Partei, es ist Moskau, wohin ihr Pfad sie führt. ‚Zwangsläufig‘, um das unschöne Wort zu gebrauchen.“ Der Artikel schränkte aber ausdrücklich ein: „Was nun? Wir warnen davor, die Revolte im Heim der Nationalsozialisten zu überschätzen. […]; eine Erschütterung des Apparates bedeutet das schwerlich. […] Aber das Ende des Hakenkreuzes schon zu konstatieren, weil ein Teil seiner Anbeter weiterwandert, wäre falsch. Diese Frühlingsgabe ward uns nicht gegeben.“ Vgl. u.a: Sozialistische Nation, Heft 5, Mai 1931, „Der politische Monat“. VZ, 5. 4. 1931, „Kommunistische Werbung um Stennes“, nach: BArch R 1501/20156, Bl. 42 und BT, 2. 4. 1931, „Die Revolte“.

221 BArch R 1501/20152, Bl. 124, „Polizeiüberwachung einer am 23. 3. 1931 im Lokal Schubert abgehaltenen vertraulichen Konferenz der Instrukteure und Pol-Leiter des UB-West, Berlin, dem 25. 3. 1931“.

Deutschland zu unterrichten: „Der Höhepunkt der nationalsozialistischen Welle ist damit überschritten. […] Zweifelsohne geht diese Stagnation in einen direkten Rückschritt der nationalsozialistischen Bewegung über".[222] Zur Begründung wurde auf die stetig wachsende Einsicht „über das völlige Versagen der Hitler-Partei" unter den NSDAP-Anhängern verwiesen, die immer mehr die soziale Demagogie und Scheinopposition der Partei gegen das kapitalistische System erkennen würde. Dass ausgerechnet „der Übertritt des Reichswehrleutnant Scheringer", der bislang ein Einzelfall geblieben war, als „ein charakteristisches Merkmal für den beginnenden Einbruch des Kommunismus in die nationalsozialistische Front" angeführt wurde, hätte die Bezirksleitungen bereits skeptisch stimmen müssen. Dass im Zuge dessen die Zunahme und Verschärfung der offensiven Gewaltanwendung der SA gegen die marxistischen Arbeiterorganisationen als ein Zeichen der Defensive, als Depressionserscheinungen und Rückzugsgefechte, beschrieben wurden, musste den Alltagserfahrungen der Parteibasis allerdings merklich widersprechen.

Diese Darstellung der Ereignisse ließ allerdings die entscheidende Frage offen, weshalb weder die Anhänger Otto Strassers noch die Gefolgsleute Walter Stennes zur KPD übergetreten waren, sondern stattdessen eigene, nationalrevolutionäre Gruppen gegründet hatten. Durch ihre Weigerung sich der KPD anzuschließen, blieben Strasser und Stennes in den Augen der Parteiführung feste Bestandteile des faschistischen Systems,

denen die Aufgabe zukäme „gegebenenfalls die meuternde SA. zur nationalsozialistischen Opposition zu überführen. Strasser sieht die Gefahr, daß das aktive Element der NSDAP. für den Faschismus verloren gehen und zur *revolutionären Arbeiterschaft* stoßen könnte. Diese Gefahr ist besonders groß durch den alarmierenden Uebertritt des früheren *Reichswehrleutnant Scheringer* zur Kommunistischen Partei. Strasser und Stennes bieten alles auf, um die meuternde SA. als faschistische Schutzgarde für den Kapitalismus intakt zu halten, wenn es nicht anders geht auch als *selbständige* faschistische Landknechtsorganisation."[223]

Des weiteren musste erklärt werden, wie die NSDAP sämtliche Streitigkeiten und Abspaltungen ohne nennenswerte Folgen überstanden hatte, obwohl die KPD-Führung auch weiterhin einen „großenteils proletarischen SA-Anhang" ausmachte, der „unklaren revolutionären und noch weniger klaren sozialistischen Forderungen" anhänge.[224] Zur Begründung wurde „die *blinde Ergebenheit gegenüber dem Führer*, der nach jesuitischer Art einen blinden Kadavergehorsam fordert", die die Massen an die NSDAP binde, angeführt. Die KPD-Führung zeigte aber einen ungebrochenen Revolutionsoptimismus, der sich weiterhin eng an die Generallinie hielt, und argumentierte stattdessen, dass die Wirkungslosigkeit der bisherigen Abspaltungen der KPD weiterhin ihre Chancen offenhalten würde. Wegen ihres begrenzten Ausmaßes wären „viele" in der NSDAP geblieben, „die sich ihrer unklaren politischen Einstellung und ihrer Klassenzusammensetzung von dem Anhang der Gruppen Strasser und Stennes nicht sehr unterscheiden, also revolutionäre Kräfte, die an den Sozialismus noch ir-

222 Weber, Generallinie, Nr. 39, 26. 3. 1931, S. 304.
223 RF, 28. 3. 1931, „SA-Rebellion gegen Hitler im Aufzug".
224 Der Rote Aufbau, Heft 6, 1. 5. 1931, Autor: Hans Jäger.

gendwie glauben". Da „die NSDAP den Pfahl im Fleisch behält und nicht los werden kann", sei es also weiterhin berechtigt auf eine umfassende, durch soziale Differenzen verursachte Spaltung der NSDAP zu hoffen:

Es sei daher „mithin kein Vorteil für die Partei, daß sie mit Goebbels auch all die Elemente behielt, die im Grunde ebensowenig in der NSDAP zu suchen haben wie die ersten Arbeiter in der faschistischen Partei Italiens. Es wird neue Meutereien, Revolten und Abspaltungen geben, […], und die NSDAP wird vorläufig nicht zur Ruhe kommen. Kurz: In weiterem Sinne hat Hitler nicht gesiegt! […] Auch dieser Helfer der Bourgeoisie wird sich abnutzen und verbrauchen. Im Hintergrunde aber steht die revolutionäre Arbeiterbewegung. Sie wird alle brauchbaren Elemente aus den beiden Kraftreserven an sich ziehen und, was das Entscheidende ist, nicht enttäuschen, sondern bei sich behalten, … und eines Tages der Sieger sein."

Auf dem Maiplenum 1931 des ZK wurde die optimistische Einschätzung der beginnenden Zersetzung der NSDAP, die der eigenen Partei zugute kommen müsse, bekräftigt und es wurde von ermutigenden Erfolgen in den Parteibezirken berichtet.[225] Die KPD-Führung fand die prognostizierte Linksradikalisierung der verarmenden (bürgerlichen) Massen bestätigt und zog zur weiteren Bestätigung Kommentare aus den Zeitungen des politischen Gegners heran.[226] Sie fand infolgedessen auch ihre Haltung gegenüber der NSDAP bestätigt, die der Partei im revolutionären Prozess sekundäre Bedeutung beimaß, und sie konzentrierte sich auf andere Schlachtfelder im antifaschistischen Kampf. Die KPD-Führung wandte sich erneut entschieden gegen die Fokussierung auf die Nationalsozialisten und versuchte an der Parteibasis eine derartige Ausrichtung gezielt zu unterbinden, indem der NSDAP ein besonderes Bedrohungspotential abgesprochen wurde. Ottomar Geschke klagte über die verbreitete Auffassung in den „unteren Parteieinheiten", „dass der Kampf gegen den Faschismus in erster Linie ein Kampf gegen die NSDAP." sei: „Darauf hat sich jetzt die Masse der unteren Einheiten, die Ortsgruppenleitung, ja sogar die BL. eingestellt […]."[227] Er warnte ausdrücklich davor, sich einseitig auf die NSDAP zu konzentrieren. Diese Sichtweise reduziere die Auseinandersetzungen mit dem Faschismus auf die Konfrontation mit einer einzigen Partei und übersehe dabei, „dass die Bourgeoisie neben der NSDAP im gegebenen Moment zur gegebenen Situation sich auch noch ihrer anderen Organisationen bedient, gegenüber der Arbeiterklasse. [Er] denke in erster Linie an den Stahlhelm", der stärker als als bisher bekämpft werden müsse. Auch Lenz trug zur anhaltenden Bagatellisierung der NSDAP bei, als er die Machtübernahme durch Hitler mit einer Wiederbelebung des gewaltsamen Vorgehens der Sozialdemokratie, insbesondere Noskes, gegen die Kommunisten 1918/'19 verglich.[228]

---

[225] Siehe u.a.: SAPMO im BArch RY 1/I2/1/80, Bl. 5, „Genosse 53" (d.i. Wilhelm Koenen).

[226] Dort sei zu der Frage, wie die Revoltierenden auf Seiten des faschistischen Systems gehalten werden könnten, offen ausgesprochen worden, „dass man es geschickt und klug machen muss und nicht auf eine solche plumpe Weise, dass die Massen aus der Sozialdemokratischen Partei oder auch breite Schichten aus der Nationalsozialistischen Partei hinüberwandern in das kommunistische Lager; dann ist man nicht mehr imstande die Welle aufzuhalten". Ebenda, Bl. 46, „Genosse 14" (d.i. Fritz Heckert).

[227] Ebenda, Bl. 175, „Genosse 58" (d.i. Ottomar Geschke).

[228] Ebenda, Bl. 41, „Genosse 33" (d.i. Lenz / J. Winternitz).

Eingedenk der determinierten Identität der bürgerlichen Herrschaftsformen, verwarf Hermann Remmele ausdrücklich die bevorzugte Frontstellung gegen einzelne Parteien des faschistischen Systems. Der antifaschistische Kampf müsse vielmehr gegen den Kapitalismus an sich geführt werden, da er erst die Voraussetzungen für den Faschismus schaffe. Das geeignete Mittel dafür sei die Betriebsarbeit, die das kapitalistische Wirtschaftssystem an seinem Fundament, der Produktion, treffen würde. Mit der Liquidierung einer einzelnen Partei sei nichts gewonnen; allein durch die Liquidierung der Financiers und Strippenzieher im Hintergrund, durch die Aufhebung ihrer ökonomischen Machtstellung, könne zugleich auch das Problem der Hitler-Bewegung gelöst werden. Dass die Parteibasis ihren antifaschistischen Kampf zunehmend auf die Nationalsozialisten ausrichte, wirke sich kontraproduktiv auf die Parteiarbeit aus. Auf diese Weise werde das Proletariat von den Wirtschaftskämpfen abgelenkt und seine Kräfte stattdessen in wirkungslosen Scharmützeln verschwendet. Remmele wandte sich daher entschieden gegen antifaschistische Kongresse und Versammlungen, die sich auf die NSDAP beschränken würden:

„Genossen, es gibt in unseren Reihen in letzter Zeit gefährliche Stimmungen, z.B. solche, dass man sagt, lieber antifaschistische Kongresse, lieber Delegiertenkonferenzen, als RGO-Arbeit, als Betriebsarbeit. Die antifaschistischen Kongresse sind etwas wunderbares, alle kommen hin, auch solche, die nicht der KP. angehören, glänzendes Referat, Demonstrationen mit roten Fahnen, eine glänzende Sache über den Rahmen der Partei hinaus. […] Es gibt Genossen, die offen aussprechen: Wir müssen mehr solcher antifaschistischen Kongresse machen, Demonstrationen machen usw., das ersetzt unsere ganze Kleinarbeit, wir sollten uns mit der Kleinarbeit nicht so viel abgeben. Das können wir nicht dulden. Wenn solche Stimmungen auftauchen, dann sind wir genötigt, eine ganz gewaltige Kursänderung zu machen und ganz in den Vordergrund die Kleinarbeit zu stellen, ohne die wir nicht siegen können, ohne die wir die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht gewinnen können.“[229]

Doch auch die Tatsache, dass die NSDAP entgegen ihres mehrfach angekündigten Niedergangs weiterhin ungleich schneller wuchs als die KPD, sollte die Parteiführung nicht von ihrer Position abbringen. Noch auf dem ZK-Plenum im Februar 1932 wurde für das zunehmende Bedrohungsgefühl an der Parteibasis die Zersetzungsarbeit der Sozialdemokratie verantwortlich gemacht. Als Trägerin des faschistischen Systems suche die SPD die Arbeiterschaft über das wahre Bedrohungspotential ihres Zwillingsbruders gezielt zu täuschen, um sie durch unangebrachte Furcht von ihren Wirtschaftskämpfen abzulenken und auf einen Popanz der Bourgeoisie umzulenken:

„Wenn in unseren Reihen Stimmungen auftreten, die absichtlich und bewusst von der Sozialdemokratie gefördert werden, über die Grösse […] der Hitlerpartei, wodurch eine gewisse Stimmung eintritt im allgemeinen Radius der Klassenkräfte, die manchmal nicht fehlerfrei sein kann, müssen wir vom marxistischen Standpunkt aus analysieren, wie das Finanzkapital versucht, ihre Triebkräfte einzusetzen.“[230]

Unter einer derartigen Analyse verstand Thälmann eine rein auf ökonomische Faktoren beruhende Untersuchung und Einschätzung der NSDAP. Dieser Interpretationsansatz wurde wie nach der

---

229 Ebenda, Bl. 114f. „Genosse 84“ (d.i. Hermann Remmele).
230 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/82, Bl. 88f., „Genosse 95“ (d.i. Thälmann).

Septemberwahl 1930 genutzt, um das deutlich geringere Wachstum der eigenen Partei dennoch als Sieg deuten zu können. Dafür müssten zunächst alle Einflüsse des Überbaus, wie der von der Bourgeoisie anerzogene Nationalismus, Führerkult oder Antisemitismus, ausgeblendet werden. Sie würden nur den Blick auf die wahren sozialen Verhältnisse und die dahinter liegenden (ökonomischen) Triebkräfte verstellen. Entscheidend für die politische Bestimmung und Bedeutung einer Partei blieb allein ihre Klassenbasis und Klassenpolitik, was Thälmann erneut zu einer fatalen Schlussfolgerung führte:

„Nichts wäre in unseren Reihen verhängnisvoller als eine Ueberschätzung des Hitlerfaschismus, oder wenn wir bei der richtigen massenmässigen Betrachtung dieser Partei den klassenmässigen Masstab verlieren würden, wenn wir uns, wie das manchmal an einzelnen Stellen geschehen ist, in eine Panikstimmung schieben und drängen lassen würden, wie dies z.B. beim Wahlergebnis im Jahre 1930 in ganz Deutschland auch in Berlin der Fall war, wenn wir in einer falschen Fragestellung in unserer praktischen Politik sowohl gegenüber den Nationalsozialisten und der Sozialdemokratie den Masstab nicht richtig sehen würden. Dann kann die Frage, welche Hauptstoßkraft die Partei im gegebenen Moment in Angriff nehmen muss, eine strategische Verschiebung bekommen. Wir müssen in der nationalsozialistischen Bewegung in besonderen sehen, dass sie die Massenbasis ist für die Hugenberg-Politik in Deutschland."

Die fortwährende Unterschätzung der NSDAP und die zeitgleiche Überschätzung der eigenen Stärke erhielt eine nahezu zynische, wortwörtliche Bestätigung, als Thälmann in seinem Fazit zu diesem Tagespunkt erklärte:

„Bei einer richtigen klassenmässigen Einschätzung des Hitlerfaschismus in Deutschland sind wir bereits vor dem Fehler gesichert, eine Hitlerregierung einfach mit der offenen faschistischen Diktatur gleichzustellen. Wir müssen sehen, dass die Frage der Verschärfung der faschistischen Diktatur oder die weitere Verschärfung der Faschisierung eine Frage des Tempos ist, wo das Tempo abhängt von verschiedenen Faktorenoffensiven Stellung des Proletariats gegen dieses System und gegen dieses Tempo [sic!]."[231]

Die KPD-Führung setzte entgegen der herrschenden Kräfteverhältnisse einzig und allein auf die unmittelbare Auslösung der Revolution unter ihrer alleinigen Führung. Damit hatte sie sich zugleich gegen die zumindest temporäre Verteidigung der (auch für Kommunisten ungleich sicheren) Weimarer Republik entschieden, was zumindest die zeitweise Kooperation mit republikanischen Kräften bedeutet hätte. Da die Arbeiterschaft die Hauptlast der revolutionären Kämpfe und der danach folgenden gesellschaftlichen Umgestaltung zu tragen habe, war die KPD-Führung nach wie vor bestrebt, vorrangig SPD und Freie Gewerkschaften zu zerschlagen, um ihre Mitglieder und Sympathisanten beerben zu können. Aller Erfolge zum Trotz blieb die NSDAP von sekundärer Bedeutung; für ihre (klein-) bürgerlich dominierte Gefolgschaft war allenfalls die Rolle der Hilfstruppen vorgesehen:

„Genossen, wenn wir die Nazipartei als Massenpartei sehen, dass müssen wir sehen, dass die Nazis stark in unseren Klassenreserven, bei den Kleinbauern, den Mittelbauern, Angestellten und Beamten verwurzelt sind, dass sie aber dagegen in den Reihen des Proletariats noch nicht verankert sind, son-

[231] Ebenda, Bl. 94f.

dern dass in dieser Beziehung die SPD und die reformistischen Gewerkschaften den Hauptfeind darstellen. Daraus folgt, wenn wir eine richtige Strategie betreiben wollen und wenn wir betonen die Richtung unseres Angriffs, dann muss man vor allem den Hauptstoss gegen die SPD richten und nicht in erster Linie gegen die faschistische Massenbewegung.“[232]

Als antiparlamentarische, revolutionäre Partei müsse sich die KPD auf die Gewinnung von Aktivisten konzentrieren; das Abwerben radikalisierter Bürger als passives Wahlvolk sei allenfalls von zweitrangiger Bedeutung.

Bis in den Sommer 1932 hinein konnte die NSDAP bei verschiedenen Wahlen steigende Gewinne einfahren und in vielen Ländern sogar zur stärksten Partei avancieren. Es war unverkennbar, dass sich der Rückstand der KPD weiter deutlich vergrößert hatte, was die Erfolglosigkeit der bisherigen Strategie und Maßnahmen bezeugte. Offensichtlich war es der KPD nicht gelungen, die NSDAP zu zersetzen und in ihre Anhängerschaft einzubrechen. Besonders deutlich war dieser Rückstand bei den Wahlen zum Reichspräsidenten im März und April 1932 zu tage getreten. Während Hitler ein ernstzunehmender Konkurrent Hindenburgs gewesen war, war Thälmann weit abgeschlagen auf den dritten Platz verwiesen worden.[233] Anlässlich der Revision der vorangegangenen Wahlen bemängelte Thälmann, dass sich die Partei zu sehr auf sich selbst konzentriert und nicht ausreichend auf Aktionen der NSDAP reagiert habe. Für die enttäuschten Erwartungen machte er die Parteipresse verantwortlich, der Thälmann vorwarf, illusionäre Hoffnungen auf spektakuläre Wahlsiege geweckt zu haben:

„Aber was ein bestimmter Fehler war – ich will nicht reden von der fehlerhaften Aktivität, die in der ganzen Methode der Arbeit liegt usw. –, ich rede von der Aktivität, die wir leider nicht genügend gesehen haben, von der Aktivität, die beim Klassengegner war. Das ist die Frage. Wir dürfen nicht nur unsere eigenen Aktivitäten sehen. Wenn unsere Presse in grosser Selbstüberheblichkeit von grossen Erfolgsmöglichkeiten und sogar Erfolgen, ich sage manchmal unüberlegt und in unglaublicher sensationeller Form unsere Partei betrogen hat, wodurch Illusionen entstanden über die Erfolgsmöglichkeiten unserer Partei; wenn wir nicht nüchtern und sachlich den Klassenfeind und seine Kräfte versuchen zu analysieren und unsere eigene richtige Aktivität und Erfolge zeigen, wie sie in Wirklichkeit sind, so müssen natürlich solche Überraschungen eintreten, wie z.B. beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl.“[234]

Wie bei vorangegangenen Wahlen, wenn die Stimmenauszählung nicht den Erwartungen entsprochen hatte, wurde das Wählervotum gewichtet und in parlamentarische sowie klassenbasierte Stimmen unterschieden – und die proletarischen erneut zur einzig relevanten Größe bestimmt. Mit diesem Interpretationsansatz suchte Thälmann aufkeimenden pessimistischen Stimmungen in der Partei entgegen zu wirken,

---

232 Ebenda, Bl. 449, „Genosse 15“ (d.i. Heinz Neumann).

233 1. Wahlgang (13. 3. 1932): Hindenburg ~ 18,7 Millionen Stimmen (49,6%), Hitler ~ 11,3 Millionen (30,1%), Thälmann 5 Millionen (13,2%); Wahlbeteiligung: 86,2%. 2. Wahlgang (10. 4. 1932): Hindenburg ~ 19,4 Millionen Stimmen, Hitler ~ 13,4 Millionen (36,8%), Thälmann ~ 3,7 Millionen (10,2%); Wahlbeteiligung: 83,5%. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S. 223 & 233.

234 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/85, Bl. 61, „Genosse 95“ (d.i. Ernst Thälmann).

die „ja auch geboren“ worden seien „in der zahlenmässigen parlamentarischen Betrachtung des Wahlergebnisses selbst. Eine revolutionäre Partei darf die Frage von Wahlergebnissen von anderen Gesichtspunkten des Klassenkampfes aus, von anderen Methoden und Argumenten beleuchten, weil ja bekanntlich verschiedene Situationen in der Welt und in Deutschland gezeigt haben, dass Wahlen sehr oft Stimmungswahlen sind, wo der Gradmesser der parlamentarischen Betrachtung fehlerhaft sein kann.“[235]

Wie weit die Erwartungen von der Realität entfernt waren, geht aus einem Redebeitrag Thälmanns auf dem ZK-Plenum im Oktober 1932 hervor, wonach die Parteiführung von einer doppelt so hohen Stimmenzahl ausgegangen war; ob einer derartigen Überschätzung der eigenen Stärke ist es berechtigt anzunehmen, dass die KPD-Führung bei der Planung ihrer (antifaschistischen) Politik grundsätzlich von Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten ausging, die keineswegs dem Vermögen der Partei entsprach. Im Herbst 1932 hatte sich nun auch unter Spitzenfunktionären ein weitgehender Pessimismus breit gemacht und was vor kurzem noch als Selbstläufer galt, war nun zu einem komplizierten und langwierigen Unterfangen mit ungewissen Erfolgsaussichten geworden:

„In dieser Situation wo eine beginnende Zersetzung in den nationalsozialistischen Reihen ist, trotzdem man sich keiner Täuschung hingeben darf, dass die weggehenden Nazianhänger so leicht brechen mit der Vergangenheit, da ja die Kommunistische Partei und die Sowjetunion in furchtbarer Weise beschmutzt werden. Der Sprung von der Nazipartei zur Kommunistischen Partei ist ein grosser Sprung. Den werden nur wenige machen. Deswegen sind die Illusionen, die auch jetzt wieder vorhanden sind in vielen Millionen der werktätigen Bevölkerung und im Proletariat, und wie sie auch viele Genossen bei der Reichspräsidentenwahl hatten – dass wir 8 – 10 Millionen Stimmen bekommen werden –, deswegen sind diese Illusionen schädlich. Man muss diese Frage vom Standpunkt der Vergangenheit stellen. Gewiss werden einige zu uns kommen von den Nazis, und gewiss können wir auch das Tempo beschleunigen. Aber so leicht ist das nicht, wo täglich der Morast und der Schmutz über unsere Partei und die Sowjetunion ausgeschüttet werden, diese Leute sofort zur Kommunistischen Partei zu bekommen.“[236]

Erst im Herbst 1932, nachdem die KPD-Führung akzeptiert hatte, dass auch die NSDAP auf längere Sicht ebenso wie die SPD entscheidende „Teile der Werktätigen vom Kampf um die nackten Lebensinteressen abhält“, begann sie der Partei im unmittelbaren Konkurrenzkampf um Mitglieder und Wählerstimmen eine deutlich größere Bedeutung beizumessen.[237] Mit der Erkenntnis, dass die angestrebte Revolution nicht mehr ohne Führung weiter Teile der nationalsozialistischen Anhängerschaft auszulösen und siegreich durchzuführen sei, war, was zuvor hartnäckig bestritten worden war, „der Einbruch in die Reihen der NSDAP, die Gewinnung von Arbeitern und Werktätigen aus der NSDAP mit eine Voraussetzung des Sieges der Arbeiterklasse“ geworden.

Auch einer möglichen Übernahme der Regierungsgewalt durch die NSDAP wurde nun ein eigenes Bedrohungspotential zugestanden. Während die autoritären Regierungen von Brüning und Papen „selbst noch nicht identifiziert werden [könnten] mit der offenen voll entfalteten faschistischen Diktatur“, war dieser Qualitätssprung jetzt allein einer Machtübernahme der Nationalsozialisten vorbe-

235 Ebenda, Bl. 64f.
236 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/86, Bl. 53, „Genosse 98“ (d.i. Thälmann).
237 Weber, Generallinie, Nr. 74, 17. 9. 1932, S. 568.

halten. Diese würde, neben verschärften kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen, die Gewaltanwendung gegen die (revolutionäre) Arbeiterbewegung auf einen „höheren Grad der terroristischen Diktatur" heben und außenpolitisch zugleich „eine Erschütterung der internationalen Situation bedeuten und sogar eine Verschärfung der ganzen vorhanden Gegensätze des Versailler Systems" nach sich ziehen.[238] Eine Revision der Rolle Hitlers, dem die KPD-Führung weiterhin nur die Funktion des Trommlers und Bauernfängers zugestand, war damit aber nicht verbunden. Die NSDAP wurde weiterhin nicht als eigenständiger politischer Akteur anerkannt und nach wie vor als Marionette der Großbourgeoisie angesehen. Falls der Partei tatsächlich die Regierungsgewalt übergeben werden sollte, so erfolge dies nur, damit die „Bourgeoisie gegen den wichtigsten Feind, den sie hat, die Kommunistische Partei und das revolutionäre Proletariat, die schärfsten, drakonischen Massnahmen in Anwendung bringen" könne.[239]

Nachdem die KPD-Führung zuvor die Verharmlosung der NSDAP *quasi* verordnet hatte, sah sie sich nun gezwungen, die Partei vorsichtig, ohne den Eindruck von Hoffnungslosigkeit zu erwecken, auf die neue Bedrohungslage einzustellen:

„Wir müssen sehen, das ungeheure schnelle Tempo der Faschisierung in Deutschland, die Bemühungen der Bourgeoisie zur offenen faschistischen Diktatur zu kommen und wir müssen versuchen, durch die Parteiführung in Verbindung mit unseren Genossen in den Bezirken der gesamten Parteimitgliedschaft den tiefen Ernst der jetzigen Situation zum Bewusstsein zu bringen."[240]

Dieses Vorhaben wurde jedoch nicht umgesetzt und die Verlautbarungen und Resolutionen dieser Tage versprühten mit den bekannten Behauptungen den gewohnten Revolutionsoptimismus:

„Durch den wachsenden revolutionären Aufschwung des Proletariats, die steigende Radikalisierung der werktätigen Mittelschichten auf Grund ihrer Verelendung durch die Papen-Politik, die Nichteinlösung der maßlosen Wahlversprechungen Hitlers, die stärksten Fortschritte des antifaschistischen Massenkampfes der KPD, ist der bisherige Aufschwung der nationalsozialistischen Bewegung zum Stillstand gekommen und hat einer rückläufigen Entwicklung Platz gemacht. Die Rolle der Hitler-Partei als Stütze der schrankenlosen Ausbeuterherrschaft, die ihre Hilfestellung für die Regierung der Kapitalisten, Junker und Generäle und den Lausanner Tributpakt, die Rolle des faschistischen Mordterrors gegen die revolutionäre Arbeiterschaft – das alles hat den Beginn einer Enttäuschung der werktätigen Anhängermassen des Nationalsozialismus eingeleitet."[241]

Die revidierte Beurteilung der Nationalsozialisten hielt jedoch nicht lange an. Nach nur wenigen Wochen, nach dem für die KPD erfolgreich verlaufenen BVG-Streik und nachdem die NSDAP bei den Reichstagswahlen vom November 1932 erstmals Verluste zu verzeichnen hatten, woraufhin erneut Unruhen in Partei und SA ausbrachen, verfiel die KPD-Führung wieder in ihre alten Interpretations- und Verhaltensmuster. Der proklamierte Strategiewechsel gegenüber den Nationalsozialisten wurde, bevor er richtig in Gang gekommen war und hätte Wirkung zeigen können, umgehend

238 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/86, Bl. 21f., „Genosse 98" (d.i. Thälmann)
239 Ebenda, Bl. 23.
240 Ebenda, Bl. 76.
241 BArch R 1501/20355, Bl. 118-128, Abschrift der Polizei, Berlin, 3. 11. 1932: „Resolution der Parteikonferenz der KPD. über das XII. Plenum des EKKI und die Aufgaben der KPD.", hier: Bl. 121.

wieder zurückgenommen und nationalsozialistische Arbeiter in Agitation und Propaganda erneut weitgehend ignoriert.

Auch die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten änderte nichts an der Politik der KPD und die Parteiführung hielt, darüber den eigenen Untergang billigend in Kauf nehmend, mit Nibelungentreue an der Generallinie fest:

„Wir treten offen, kühn und ehrlich an die SPD- und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter heran, ohne uns in Diskussionen über Nichtangriffspakte und den Verrat der SPD-Führung einzulassen. […] Das bedeutet keineswegs, daß wir unsere Prinzipien preisgeben oder eine Verwässerung unserer Generallinie zulassen. […] Wir sind aufs engste verbunden mit unserer Klasse, mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Wir werden die Massen des Proletariats mobilisieren und zum Kampf gegen den Faschismus führen. Wir haben keine Ursache und keinen Grund, Depressionen in unseren Reihen aufkommen zu lassen. Die Absicht des Faschismus unsere Reihen zu zersetzen und zu dezimieren, wird an unserem geschlossenen, eisernen und festen Willen zerschellen.“[242]

Noch Ende 1933, nachdem der nationalsozialistische Terror bereits in beiden marxistischen Arbeiterparteien gewütet hatte und die NSDAP mit schnellen Schritten ihre Herrschaft festigte, führte die KPD ihre Scheinkämpfe um die Auslösung der proletarischen Revolution:

„Für die Arbeiterklasse gibt es wirklich einen Feind – das ist die faschistische Bourgeoisie und die Sozialdemokratie, ihre soziale Hauptstütze. Gegen diesen Feind muß ein entschiedener revolutionärer Einheitsfrontkampf der breiten Massen des Proletariats geführt werden, aber nicht gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, sondern gegen sie.“[243]

1.3 Ein gemeinsamer Aufwasch? Zur Angleichung der Zersetzungs- und Abwerbungspropaganda für die NSDAP und die bewaffneten Staatsorgane

Die KPD legte ihr Hauptaugenmerk bei der Umwerbung der nationalsozialistischen Parteigänger auf die (Partei-) Presse. Diese Ausrichtung entsprang (nicht nur) dem Mangel an geeigneten Kontakten, die andere Agitations- und Propagandaformen erst ermöglicht hätten, sondern einer grundlegenden Haltung der KPD-Führung, die die Bedeutung der Presse deutlich höher einschätzte als die NSDAP. Bei der NSDAP, die „die Rede, das gesprochene Wort vor großen oder kleinen Versammlungen und der persönliche Kontakt zu Mitgliedern und Sympathisanten“ als eines der wichtigsten Propagandamittel ansah, zeigte sich „eine differente Propagandagewichtung, als dies bei der KPD ersichtlich ist“. Letztere legte „das Primat“ ihrer Propaganda grundsätzlich auf die Printmedien, und hier speziell auf die (Tages-) Zeitung.[244] In seltenen Fällen, wie bei offenen Briefen oder Artikeln zur

---

[242] BArch R 1501/20152, Bl. 437, Abschrift der Polizei: KPD-Flugblatt „An die Armen und Unterdrückten! Arbeiter, Angestellte, Bauern, Erwerbslose, Proletarierfrauen und Kinder, Polizeibeamte und SA-Leute.“, vom März 1933.

[243] Zitat aus: Aschmoneit: „... denn Angriff ist die Beste Verteidigung“, Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, S. 112.

[244] Röpenack zufolge sei bei Hitler eine „eindeutige Geringschätzung der Propaganda durch die Schrift, obwohl dieser ihre propagandistische Bedeutung nicht gänzlich verkannt habe”, feststellbar. Röpenack: Die KPD und NSDAP im Propagandakampf, S. 22 und S42f.; siehe auch: S. 55f., 92 sowie 146f. Dieser Punkt wurde von Hitler direkt angespro-

nationalen Frage, wurde die Parteipresse eigens auf Nationalsozialisten ausgerichtet. Diee Herstellung und Verbreitung von Offenen Briefen, Flugblättern, Broschüren oder auch als nationalsozialistisches Oppositionsblatt getarnte Zersetzungsschriften besaß gegenüber der persönlichen Agitation eindeutig Vorzug.

Dem nationalsozialistischen Massenanhang sollte durch mediale Aufklärung über die Demagogie und den Verrat seiner Parteiführung die Augen geöffnet werden. Eine derartige Propaganda zielte in der Hauptsache aber auf die Zersetzung, den Abfall von der NSDAP ab, um die Partei als innenpolitischen Machtfaktor auszuschalten. Innerhalb des NSDAP-Anhanges war mit den ehrlichen Antikapitalisten, im Gegensatz zu den SPD-Arbeitern, nur eine kleine, begrenzte Gruppe überhaupt zur Gewinnung vorgesehen. Der Kampf gegen die NSDAP war für die Kommunisten vor allem der verschärfte Konflikt zwischen der Dualität Bürgertum und Arbeiterschaft zur Verteidigung proletarischer Interessen. Letztlich konzentrierte die KPD ihren Kampf gegen die NSDAP als der aggressivsten Stellvertreterin der Bourgeoisie auf den Wettstreit um die Macht im deutschen Staat, während die Konkurrenz zur SPD von der Gewinnung ihres Massenanhanges geprägt war. Bis zur Wende im Herbst 1932 sah die grundlegende Parteistrategie vor, bevorzugt innerhalb des sozialdemokratischen Massenanhanges zu agitieren, während die NSDAP von außen durch Propaganda und Gewalt berannt werden sollte.

In einem internen Rundschreiben des KgdF, zu dessen primären Aufgaben der wehrhafte wie der ideologische Kampf gegen die NSDAP gehörte, wurde die außerordentliche Bedeutung derartiger Presseerzeugnisse für die Aufklärungsarbeit unter Nationalsozialisten hervorgehoben. Sie seien „die wichtigste Vorarbeit und Voraussetzung zur Vorbereitung von Diskussionsabenden mit den Gegnern".[245] Die für die Überwachung der KPD verantwortlichen Polizeibeamten kamen zu einer vergleichbaren Einschätzung:

„Als geeignetes Mittel zur Gewinnung der Massen für die revolutionären Ideen erscheint der KPD. die revolutionäre Propaganda. Für die Massenpropaganda unterhält die Zentrale der KPD. die Abteilung Agitprop. [...] Die Bedeutung des Agitpropapparates der Partei und Jugend für die legale und illegale Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes kann nicht genügend hervorgehoben werden".[246]

Als die innenpolitische Krise auf ihren Höhepunkt zusteuerte wurde die Bedeutung der Presseerzeugnisse für die KPD bei der Erreichung ihrer Ziele und damit auch ihr Bedrohungspotential gegenüber der Republik, nochmals ungleich höher eingeschätzt:

„Um die breiten Massen bei Eintritt der akut revolutionären Situation in einer solchen Verfassung zu haben, dass sie unter Einsatz von Leib und Leben für die Revolution kämpfen, sucht die KPD., das Proletariat ‚ideologisch' zu beeinflussen. Das wichtigste Mittel der KPD., um die Massen ideolo-

---

chen und bestätigt; siehe: Mein Kampf, II. Bd., 6. Kapitel: „Der Kampf der ersten Zeit – Die Bedeutung der Rede", S. 518-537. In diesem Sinne: Bracher: Die Deutsche Diktatur, S. 166.

245 BArch R 1501/20152, Bl. 215, Abschrift der Polizei: Rundschreiben des KgdF, Nr. 1, Stuttgart, den 8. 12. 1931.

246 BArch R 1501/20154, Bl. 16ff., hier: 17, Auszug aus einem Vortrag des RR von Lengriesser über: „Welche Gefahr bedeutet die KPD. heute für Reich und Länder", gehalten auf der Deutschen Nachrichtenkonferenz am 28. und 29. 4. 1930.

gisch im Sinne des Endziels der KPD. zu bearbeiten, ist die kommunistische Presse und die staatsfeindliche Literatur."[247]

Die Presse und Literatur habe für die KPD ihre herausragende Bedeutung erlangen können, da es, wie die Parteiführung beklagt habe, „mit Hilfe von Versammlungen nicht mehr möglich [sei], an die breite Masse der Werktätigen heranzukommen". Die zunehmende Behinderung anderer Agitations- und Propagandaformen, die von den Behörden leichter unterbunden werden konnten, als die Herstellung und Verbreitung halblegaler Publikationen, hatte den Stellenwert der Parteipresse nochmals erhöht; und durch die Pressearbeit sollten Ausfälle auf anderen Gebieten kompensiert werden.[248]
Die für die Herstellung und Verteilung von Zersetzungsmaterial zuständigen Abteilungen des AM-Apparates waren neben der Bearbeitung der Konkurrenzparteien ebenso für die Zersetzung der Polizei und Reichswehr verantwortlich und die enge Zusammenarbeit der entsprechenden Ressorts führte zu einer Vermischung bzw. Überschneidung bei der Ausarbeitung der jeweiligen Propagandamaterialien. Es waren aber nicht nur strukturelle und organisatorische Voraussetzungen, die eine derartige Kombination bedingten. Im Interesse ihrer Revolutionsstrategie war die KPD bemüht, die bewaffneten Organe der Staatsmacht zu neutralisieren, die nicht nur im Falle eines Aufstandes zur Verteidigung des herrschenden Systems eingesetzt werden würden, sondern auch als potentielle Bundesgenossen der Nationalsozialisten angesehen wurden. Wie der Reichswehrprozess um den Leutnant Scheringer gezeigt hatte, war es (in revolutionären Zeiten) zu befürchten, dass sich die Reichswehr zum Schulterschluss mit Nationalisten jeglicher Couleur bereit finden und einen Putsch aktiv unterstützen könnte. Darüber hinaus stellten verkrachte Offizierselemente nach Auffassung der KPD-Führung einen nicht zu unterschätzenden Teil der Mitglieder und Funktionäre der NSDAP: „Die KPD-Führung befürchtete, daß die faschistische Machtergreifung auch in Form einer von der Reichswehrgeneralität initiierten und vom Reichspräsidenten abgesicherten Militärdiktatur erfolgen könne."[249] Der Kampf um die Reichswehr war damit für die KPD zugleich auch Bestandteil des Kampfes gegen Faschismus und NSDAP. Die Gewinnung von Reichswehrangehörigen würde nicht nur den faschisierten Weimarer Staat, sondern auch die potentielle Stärke der NSDAP schwächen. Nicht zuletzt besaßen Offiziere für die KPD als Militärexperten im Falle eines bewaffneten Aufstandes einen unschätzbaren Wert.
In der Folge kam es zu einer Angleichung in Form und Inhalten der Zersetzungsschriften für die NSDAP und die bewaffneten Staatsorgane. Wesentliche Texte, wie die Übertrittserklärung Scheringers, wurden unter verschiedenen Kopfblättern für beide Gruppen gedruckt und die Begleitworte an die jeweilige Klientel angepasst. Ein Umstand, der auch durch Scheringers Lebensweg bestimmt

---

[247] BArch R 1501/20547, Bl. 2-13, Abschrift der Polizei: „Betrifft: Kommunistische Bewegung. Berichterstatter: RR. i.e.R. von Lengriesser. Berlin, den 2. November 1931", hier: Bl. 2f.
[248] BArch R 1501/20548, Bl. 320-328, Abschrift der Polizei: Rundschreiben der KPD vom November 1931, Bl. 324.
[249] Vgl. Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 203.

wurde; war er doch sowohl als ehemaliger Reichswehroffizier als auch ehemaliger Nationalsozialist bekannt. Auch die in seinem Namen veröffentlichte Zeitschrift „Aufbruch", mit der die KPD versuchte, mittels des Interesses an Scheringers Frontwechsel Verbindungen zu radikalen Nationalisten aufzubauen, wandte sich an militärisch interessierte Nationalisten bzw. Nationalsozialisten und an Reichswehrangehörige.

Nach dem Frontwechsel Scheringers wurde die Zersetzungsarbeit unter der Reichswehr und Polizei derart gesteigert, dass sie nach Feststellung der Polizeibehörden im Jahr 1931 ihren bislang höchsten Stand erreicht hatte.[250] Die KPD-Führung war mit ihren Leistungen aber keineswegs zufrieden. Das Problem der Partei bestand nach eigener Auffassung weniger in der Herstellung von Zersetzungsschriften, sondern in erster Linie in der Schwierigkeit dieses Material gezielt an den richtigen Mann bringen zu können.[251] Beklagt wurden vor allem der Mangel an der Streuung ihrer Publikationen sowie das Fehlen persönlicher Kontakte zu Nationalsozialisten und Reichswehrsoldaten. Die Bezirksleitungen des KgdF wurden für ihre plan- und ziellose Arbeit auf diesem Gebiet wiederholt kritisiert. Sie hätten es versäumt, proletarische oder unzufriedene Elemente in gegnerischen Organisationen in ausreichendem Maße erfasst zu haben.[252] Ein vergleichbares Bild zeichneten verantwortliche KPD-Stellen über die Kontakte zur Reichswehr, wie ein Informant der Polizei berichtete.[253] Um den Mangel an persönlichen Kontakten zu Reichswehrsoldaten zu beheben, sollen die zuständigen KPD-Organe eine unorthodoxe Vorgehensweise erdacht haben, die an klischeebeladene Agentenfilme neuerer Tage erinnert: „Grundbedingung für die Herstellung von Verbindungen ist, dass jedem U.B. eine Anzahl vorteilhafter Mädchen zur Verfügung stehen, da diese am leichtesten an die Soldaten herankommen."[254] Der Mangel an konkreten Kontaktadressen, die erst eine gezielte Bearbeitung ermöglichte, war den Polizeibehörden frühzeitig bekannt und ein Bericht der Hamburger Polizei kam zu ähnlichen Ergebnissen wie die zuständigen KPD-Funktionäre:

„Nach weiteren Mitteilungen der Vertrauensperson ist die ‚Gegnerarbeit' sowie ‚Zersetzungstätigkeit' der K.P.D. im Bezirk Wasserkante nur unbedeutend, da der Leitung eine genügende Kenntnis der

---

250 BArch R 1501/20208, Bl. 199, Bericht der NSS im RMdI, Berlin, den 10. 11. 1931, „Betrifft: KPD. – illegale Arbeit." und BArch R 1501/20547, Bl. 2-13, Abschrift der Polizei: „Betrifft: Kommunistische Bewegung. Berichterstatter: RR. i.e.R. von Lengriesser, Berlin, den 2. November 1931".

251 Der ehemalige leitende Mitarbeiter des AM-Apparates Feuchtwanger beschrieb die Arbeitsmethoden stellvertretend für die meisten Reichsgebiete: „‚Zer' bedeutete Zersetzungsarbeit, deren Ziel Reichswehr und kasernierte Polizei bildeten. Sie bestand in der Verbreitung der aus Berlin gelieferten illegalen Flugschriften und Broschüren sowie, zumindest der Aufgabenstellung nach, in der persönlichen Bearbeitung und Werbung einzelner Soldaten und Polizisten. In München war die Verbreitung der Druckschriften, die zumeist einfach auf nächtliche Paketwürfe über Kasernenmauern hinauslief, seit jeher ein Privileg des Jugendverbandes." Feuchtwanger: Der Militärpolitische Apparat der KPD, S. 491.

252 Vgl. BArch R 1501/20152, Bl. 215, Abschrift der Polizei: Rundschreiben des KgdF, Nr. 1, Stuttgart, 8. 12. 1931.

253 BArch R 1501/20547, Bl. 217-218, NSS im RMdI, Berlin, den 26. 11. 1931. Ein Vertrauensmann der Polizei berichtete über eine „Mitte November 1931 abgehaltene Geheimsitzung der organisatorischen und politischen (Stadtteil-) Leiter, die sich u.a. auch mit der Frage der kommunistischen Zersetzungstätigkeit in der Reichswehr und Polizei befasse": „Hier liege noch vieles im Argen und gerade hier müsse gründliche Arbeit geleistet werden. [...] Die Verbindung zur Reichswehr und Polizei [...] sei noch äusserst schlecht. Es sei ihm kein Fall bekannt, in denen die Genossen Annäherung gesucht bezw. gefunden hätten."

254 BArch R 1501/20152, Bl. 197, NSS im RMdI, Berlin, den 27. 11. 1931. Abschrift eines Berichts vom 15. November über eine „Sitzung der Gegnerobleute, Nachrichten- und Polleiter" zum Thema: Zersetzung in der Reichswehr.

gegnerischen Verbände fehle und die Unterbezirke über Apparate, die die Bearbeitung der Reichswehr und Marine im Bezirk Wasserkante zu übernehmen hätte, nicht verfügen. Die Zersetzungstätigkeit unter der Polizei beschränke sich hier auf die Verbreitung illegaler Zersetzungsschriften."[255]

Auch wenn die gezielte Verteilung der Zersetzungsschriften das größere Problem darstellte, stellten Finanzierung und Logistik bei der Herstellung und dem Vertrieb der legalen wie illegalen Presseerzeugnisse die Partei immer wieder vor ernste Notlagen.[256] Der KPD gelang es zu keiner Zeit ihre Parteipresse zu einem kostenneutralen oder gar profitablen Unternehmen zu machen. Sie blieb stets ein Zuschussbetrieb und war „weder propagandistisch noch finanziell je ein Erfolg".[257] Dass es auch anders gehen konnte, zeigte der Münzenberg-Konzern, der profitabel arbeitete. Es war der KPD zwar gelungen, sukzessive ihre Leistungen auf diesem Gebiet zu steigern, so dass die zuständigen Parteistellen Anfang 1931 vermelden konnten, dass „in der letzten Zeit durchschnittlich monatlich hunderttausende Broschüren umgesetzt worden und gegenüber dem vergangenen Jahr [...] die Einnahmen um über 50 Prozent gestiegen" sind. Der erreichte Zustand bleibe dennoch unbefriedigend, denn „noch gibt es Litobleute, gibt es Parteimitglieder, die den Vertrieb unserer Broschüren als etwas sehr nebensächliches und unwichtiges ansehen, die immer noch nicht überzeugt sind, daß der Litvertrieb eine wichtige politische Aufgabe ist".[258] Der Vertrieb gerate immer wieder ins Stocken und es werde oftmals auf eine pünktliche und exakte Abrechnung verzichtet, wodurch leichtfertig „Parteieigentum [...] verschleudert" werde. So würden, entgegen der steigenden Absatzzahlen, die ungedeckten Kosten und Ausstände der Literaturabteilung fortlaufend zunehmen. Infolgedessen sei die gesamte Presse- und Literaturabteilung nicht in der Lage kostendeckend zu wirtschaften und befinde sich in einer ständig wachsenden Schuldenspirale.[259]

Es gelang der KPD nicht diese Probleme in den Griff zu bekommen und es offenbarten sich noch ein Jahr darauf Probleme, die weit über mangelnde Buchführung hinausgingen. So beklagte sich das Sekretariat der KPD bitterlich, „daß es fast in jedem Bezirk noch zahlreiche Ortsgruppen gibt, die überhaupt noch ohne jede Zeitung sind".[260] Die Parteiführung sah sich daher genötigt, die Bezirke

---

255 BArch R 1501/20700, Bl. 125, Abschrift: Bericht der Polizeibehörde Hamburg, Hamburg, den 14. 3. 1930. Diese Feststellung ist für die Einschätzung des Umfangs und des Ausmaßes der Zersetzungstätigkeit von Interesse, da es sich bei dem KPD-Bezirk Wasserkante traditionell um einen der stärksten und aktivsten Parteibezirke gehandelt hatte. Es ist daher berechtigt davon auszugehen, dass das Ausmaß der Zersetzungstätigkeit in den meisten anderen Bezirken nochmals deutlich darunter lag.

256 Die Anfertigung unterlag verschiedensten Beschränkungen, so dass der Ausstoß an geeignetem Material unter den Erwartungen der KPD blieb. Der Leiter der Reichswehrzersetzung Hans Blum sagte gegenüber der Gestapo aus: „Von Frühjahr 1932 bis Ende 1932 sind meines Wissens nur ca. 3 bis 4 Mal Reichswehrzersetzungsschriften zur Verbreitung gelangt. Die Schriften erschienen nur in größeren Abständen, da naturgemäß ihre Herstellung nicht nur gefahrvoll, sondern auch kostspielig war." Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die befragten Kommunisten darauf bedacht waren, ihre Leistungen als möglichst herunterzuspielen. BArch ZC 5709, Bd. 4, Strafsache gegen Blum, Bl. 385, Aussage Hans Herbert Blum vom 12. 3. 1934.

257 Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, S. 91.

258 BArch R 1501/20548, Bl. 370-377, Abschrift der Polizei: Der Litobmann, Jahrgang 1931, Nummer 2, Informationsblatt für alle Litobleute, hier: Bl. 370.

259 Ebenda.

260 BArch R 1501/20152, Bl. 358, Polizei-Abschrift: „Rundschreiben Nr. 12, Anweisungen des Sekretariats", Berlin, 16. 6. 1932.

zu größeren Anstrengungen auf diesem Gebiete anzuspornen, da es „ohne die tägliche Parteizeitung [...] keine bolschewistische Politik und keine revolutionäre Mobilisierung geben" könne. Es wurde nochmals eindringlich die Bedeutung der Presse und Literatur für die Parteiarbeit betont und ausdrücklich darauf hingewiesen,

dass „die Werbung für Partei, Presse und Literatur [...] in den Arbeitsplan so einzugliedern [ist], daß sie wirklich der Verstärkung unserer Positionen an den entscheidenden Punkten dient. Im Rahmen des Wahlkampfes muß ein Antifaschistisches Literaturaufgebot (Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, theoretische Literatur) durchgeführt werden. [...] Die Presse ist das Wichtigste, unerläßliche und entscheidende Hilfsmittel für die Arbeit. Sie schafft raschest und engste Verbindung. [sic!] "

Um die Jahreswende 1932/'33 hatten die Schulden der KPD ein derartiges Ausmaß erreicht, dass sie die Propagandatätigkeit der Partei substantiell einschränkten. Und die Polizei stellte zur kommunistischen „Werbetätigkeit im allgemeinen" fest,

dass „infolge der schlechten Finanzlage [...] der Kommunistischen Partei während der Berichtszeit eine ausgiebige Werbung durch Verbreiten von Flugblättern und Druckschriften, Ankleben von Plakaten und Abhalten von großen Versammlungen nicht möglich [war]. Sie versuchte diesen Mangel durch lebhafte Agitation in ihren Tageszeitungen, durch mündliche Diskussionen mit Mitgliedern anderer politischer Parteien, durch Veranstalten von vielen kleinen Zusammenkünften und durch eine starke Haus- und Hofpropaganda zu ersetzen."[261]

Um die Anfertigung der illegalen Presse und Literatur, für die der AM-Apparat zuständig war, war es nach den zuständigen KPD-Funktionären Ende 1931 vergleichbar schlecht bestellt.[262] Neben den erwähnten Zersetzungsschriften sind hierzu vor allem parteiinternes militärpolitisches Schulungsmaterial, wie die Zeitschrift „Oktober" oder der (halb-) legale „Aufbruch" zu zählen, die wegen ihrer außergewöhnlichen Zielgruppe und heikler Inhalte, ebenso vom Nachrichtendienst der Partei erstellt wurde. Auch auf diesem bedeutenden Gebiet wurden unerträgliche Missstände beklagt: „Leider sei bisher von dieser ungemein wichtigen militärpolitischen Schrift immer nur etwa 30% vertrieben worden, hier sei eine unbedingte Steigerung des Umsatzes anzustreben."[263] Zur Bewältigung des Problems war die vollständige Verlagerung des illegalen Pressevertriebes in die Hände des AM-Apparates vorgesehen. Die Notlagen bei der legalen wie der illegalen Presse- und Agitationsarbeit waren aber nicht nur durch die begrenzten finanziellen Mittel der KPD entstanden. Es fehlte an verantwortlichen (zumeist unbezahl-

---

[261] Diese Maßnahmen hätten sich auf „eine besonders rührige Werbetätigkeit [...] unter den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei" konzentriert. Versuche auch unter NSDAP-Arbeitern zu werben, erwähnte der Bericht mit keinem Wort. Er verwies lediglich darauf, dass das Werben unter den SPD-Arbeitern „jedoch nicht den von der Partei erwarteten Erfolg" eingebracht hätte. BArch R 1501/20348, Bl. 437-451, Schreiben des Polizeipräsidenten Kölns an den Regierungspräsidenten Kölns, vom 4. 1. 1933: „Betrifft: Entwicklung der linksradikalen Organisationen im Bezirk Mittelrhein seit dem 31. 7. 1932.", hier: Bl. 438.

[262] Militärpolitisches Material sollte den Parteiorganisationen Hilfestellungen in der illegalen (Propaganda-) Arbeit und der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes geben. Dazu gehörte neben Anweisungen zur konspirativen Arbeit auch Schulungsmaterial zum Straßenkampf oder der Erfassung und Zerstörung wichtiger logistischer Knotenpunkte.

[263] BArch R 1501/20152, Bl. 203, Abschrift der Polizei eines Berichts einer „zuverlässigen Quelle" über eine am 20. 10. 1931 im Lokal Moldenhauer in Neukölln abgehaltene Versammlung von ca. 20 GO-Leute (d.s. Gegner-Obleute).

ten) Funktionären, die die entsprechenden Arbeiten leiten und kontrollieren konnten.[264] Auch hier zeigt sich wieder ein Grundproblem der KPD Anfang der 30er Jahre: der Widerspruch zwischen den Wünschen und Plänen der Parteiführung und den verfügbaren Ressourcen.

Während die KPD in der Reichswehr mit ihren Bemühungen weitestgehend erfolglos blieb, konnte sie innerhalb der Polizei einige, wenige Ergebnisse verzeichnen. Ab „Ende der 20er Jahre gab es wohl kaum eine größere Stadt in Deutschland, wo die KPD nicht mit illegalen Verbindungen oder Parteizellen in der Schupo verankert" gewesen war.[265] Deren Größenordnung reichte selbstverständlich nicht aus, eine spürbare Verhaltensänderung der Polizeiorgane auslösen zu können. Es waren in der Regel einzelne Polizeibeamte, zu denen der AM-Apparat informelle Verbindungen aufbauen konnte.[266] Die magere Erfolgsquote der KPD wurde von Franz Feuchtwanger, der leitend im Zentralen AM-Apparat in Berlin eingesetzt worden war, bestätigt:

„Die beiden Zer-Ressorts [Reichswehr und Polizei] waren zweifellos die beim Parteiaktiv populärsten des M-Apparats, gleichzeitig aber auch die in Wirklichkeit am stärksten frustrierten. Sie brachten gewiß die meisten Mitarbeiter auf die Beine, wenn es sich um den Einsatz zur Materialverbreitung handelte, dagegen scheiterten nahezu alle Bemühungen zur Schaffung auch nur der bescheidensten Stützpunkte innerhalb der staatlichen Streitkräfte."[267]

Feuchtwanger kam bei der Beurteilung der Zersetzungsarbeit zu einem negativen Resultat: es seien mehr Kommunisten bei der Zersetzungstätigkeit gefasst und verurteilt worden, als neue Polizei- oder Reichswehrangehörige dazu gewonnen werden konnten. Für den Spätsommer und Herbst 1930 konstatierte ein streng vertraulicher Bericht des AM-Apparates, dass „in der Reichswehr erst zwei Soldatenzellen" eingerichtet werden konnten; „Verbindungen zu Reichswehroffizieren" gäbe es aber bislang „noch nicht".[268] Bis zum Januar 1933 war dem AM-Apparat keine nennenswerte Aus-

---

264 Folglich sah sich die Parteizentrale im Frühsommer 1931 gezwungen, ihre Bezirke zu einer Vergrößerung des Funktionärskörpers und zu einer forcierten Agitations- und Propagandaarbeit anzuhalten. BArch R 1501/20583, Bl. 94, Abschrift der Polizei: „Agitprop-Appell: An die Bezirks- und Sektionsleitungen!", o.O. und D.a. Das Rundschreiben ist nach Einordnung des Bundesarchivs zwischen Mai und Juli 1931 erschienen.

265 Vgl. Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 203-210, Zitat von S. 209. Die KPD-Führung hatte sich diese Aufgabe allerdings deutlich leichter vorgestellt: „In der Parteispitze wie auch unter den für die Zersetzungsarbeit in den bewaffneten Organen zuständigen Leitern herrschte zudem die illusionäre Auffassung vor, Reichswehr und Schutzpolizei könnten, so dies nur organisiert und zielstrebig genug betrieben werde, zersetzt und als Gegner paralysiert werden." Ebenda, S. 205. Feuchtwanger bestätigt derartige Angaben für den südbayrischen Parteibezirk. Feuchtwanger, Der Militärpolitische Apparat der KPD, S. 488 und 491. Ausnahmefälle, wie der des Fahnenjunkers Karl Eberhardt, wurden nach Enttarnung umgehend in den Zersetzungsschriften als erfolgreiches Beispiel aufgegriffen und als Bestätigung für die Nachfolge Scheringers innerhalb der Reichswehr dargestellt. Vgl. R 1501/20611, Bl. 80, 85-88, Abschriften aus der „Anklageschrift des ORA in der Strafsache gegen Karl Eberhardt", Berlin, den 16. 8. 1932.

266 In diesem Sinne stellte ein polizeiinterner Bericht ausdrücklich fest, „daß während der Maiunruhen 1929 in Berlin bei der Polizei keine Dienstverweigerung vorgekommen sei. Das beweist mangelnde Zersetzungspropaganda." Ende 1931 waren sich die Behörden jedoch nicht mehr so sicher nachdem es der KPD „auch schon gelungen [sei] - wenn auch bisher nur vereinzelt und örtlich beschränkt - in die Polizei und Reichswehr einzudringen und einzelne Polizeibeamte und Soldaten für die Zersetzungsarbeit zu gewinnen oder auch frühere Polizeibeamte und ausgeschiedene Reichswehrangehörige dem Zer-Apparat einzureihen". BArch R 1501/0208, Bl. 105-160, „Denkschrift über Kampfvorbereitungen und Grundsätze staatsfeindlicher Organisationen." des Polizeimajors Ratcliffe über „Kampfvorbereitungen der Links-Radikalen" und BArch R 1501/20547, Bl. 2-13, hier: Bl. 12, Abschrift der Polizei: „Betrifft: Kommunistische Bewegung. Berichterstatter: RR. i.e.R. von Lengriesser. Berlin, den 2. November 1931".

267 Feuchtwanger, Der Militärpolitische Apparat der KPD, S. 498.

268 SAPMO im BArch RY 1/I2/705/1, Bl. 173-174, streng vertraulicher Bericht über die „Militärarbeit der KPD".

breitung gelungen und die KPD verfügte zu diesem Zeitpunkt in 15 Städten über Reichswehrzellen. Diese Größenordnungen zeigen, „daß der Versuch kläglich scheiterte, in der Reichswehr auch nur ansatzweise eine illegale kommunistische Parteiorganisation aufzubauen".[269]

Während die kommunistischen Zersetzungsschriften für Nationalsozialisten die Weimarer Behörden vor allem aus informellen Gründen interessierten, maßen sie jeglichen Agitations- und Propagandaversuchen unter den bewaffneten Staatsorganen eine außerordentliche, staatsgefährdende Bedeutung bei. Ein Umstand, der auch den Vertrieb des „Aufbruchs", der nach Einschätzung der Justizbehörden einen Status zwischen legaler Propaganda- und illegaler Zersetzungsschrift besaß, da er auch zur Zersetzung der Staatsorgane verwendet wurde, stark beeinträchtigen sollte.

Kommunisten, die bei Zersetzungstätigkeiten unter Angehörigen der Polizei oder Reichswehr erwischt und überführt werden konnten, wurden ob der Schwere des eingeschätzten Bedrohungspotentials in der Regel wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt und zu empfindlichen Strafen verurteilt.[270] Die Partei war deshalb bestrebt, möglichst unauffällige Verteilungswege zu nützen. Derartige Schriften wurden auf verschiedenen, konspirativen Wegen, ob anonym per Post oder „in der Dunkelheit von einem unbekannten Zivilisten zugesteckt", einzelnen Reichswehrangehörigen verschiedener Dienstgrade übergeben. Gab es keine Kontaktstellen wurden sie einfach innerhalb des Kasernengeländes ausgelegt.[271] Auch kommunistische Redakteure und Schriftsteller wurden, wenn sie in ihren Artikeln oder Abhandlungen direkt zum revolutionären Aufstand oder der Bildung staatsfeindlicher Organisationen (bspw. Eintritt in den illegalen RFB) und ihnen die Abfassung des entsprechenden Textes nachgewiesen werden konnte, desselben Vergehens beschuldigt. In solchen Fällen spielte es keine Rolle, ob sich die Aufrufe an Zivilisten oder Mitglieder der bewaffneten Staatsorgane richteten, weshalb auch die Anfertigung von Propaganda- und Zersetzungsmaterial für Nationalsozialisten, wenn zu offensiv der revolutionäre Charakter der KPD propagiert wurde, zur Erhebung einer entsprechenden Anklage führen konnte.

---

269 Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 208f. Dort werden folgende Städte aufgezählt: Berlin, Kütrin, Wilhelmshaven, Flensburg, Fürstenwalde, Swinemünde, Kiel, Ludiwgsburg, Ulm, Göttingen, Gießen, Ramsau, Passau, Ratibor und Stettin.

270 Bereits das Plakatieren solcher Materialien, die Weitergabe von Zersetzungsschriften oder die Verwicklung einzelner Angehöriger der bewaffneten Staatsorgane in Diskussionen wurde als „hochverräterisches Unternehmen die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern", zumeist in Tateinheit mit dem Vorwurf eine „staatsfeindliche Verbindungen zur Änderung der verfassunggemäßen republikanischen Staatsform unterstützt" zu haben, geahndet. Die angeklagten Kommunisten wurden meist zu mehrjährigen Festungshaftstrafen verurteilt. Vgl. u.a.: BArch R 1501/20156, Bl. 282-318, Abschrift: Strafsache gegen J. Zeller, M. Rötzer und K.W. Bauer u.a., aus München, Urteil des Reichsgerichts vom 1. 3. 1932. Selbst kleinste Vergehen in diesem Bereich zogen harte Strafen nach sich: „Immerhin konnte schon die Zustellung einer legalen KPD-Zeitung an Beamte als Zersetzungsversuch ausgelegt werden." So wurde ein Kommunist, der eine legale Broschüre von Scheringer an zwei Polizeibeamte verkauft hatte, zu einem Jahr Festungshaft wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, obwohl das Gericht selbst festgestellt hatte, dass es sich bei der verkauften Broschüre um „keine eigentliche Zersetzungsschrift" gehandelt hätte. Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 188 und BArch R 1501/20611, Bl. 42-50, Urteil in der Strafsache gegen E. Schön, aus Herten-Langenbochum wegen Vorbereitung zum Hochverrat, vom 6. 6. 1932.

271 BArch R 1501/20156, Bl. 52, Schreiben des Reichswehrministers, Berlin, den 12. 5. 1931, an den ORA, Leipzig, an das RMdI, NSS, Berlin und den Polizeipräs., Abt. IA, Berlin. Vgl.: BArch R 1501/20156, Bl. 53, Schreiben des Reichswehrministers, Berlin, den 20. 5. 1931, an den ORA, Leipzig, an das RMdI, NSS, Berlin und an den Polizeipräs., Abt. IA, Berlin.

Die Vorgehensweise der Weimarer Justiz, die die KPD nicht als revolutionäre Organisation in Gänze, sondern stets einzelne Parteimitglieder anklagte, fußte auf einer inkonsequenten Rechtsauslegung, die die Partei in einen legalen und einen illegalen Flügel aufteilte. Der KPD als Gesamtpartei wurde, da sie im Großen und Ganzen nach den demokratischen Spielregeln für den Kommunismus warb, ein legaler Status zuerkannt. Diejenigen Teile der Parteiorganisation, die unter Missachtung oder bewusster Brechung geltenden Rechts aktiv für die revolutionären Ziele der Partei arbeiteten, wurden hingegen als „staatsfeindliche Vereinigung" charakterisiert.[272] Die Behörden waren aber weder über die Struktur und Form, noch über die Arbeitsweise oder das Personal des Zersetzungs- und Nachrichtendienstes ausreichend informiert, nachdem dessen „Feststellung und Ueberführung bisher nur im beschränkten Umfange möglich war." Sie waren sich lediglich sicher, dass die KPD „zweifellos [...] einen umfangreichen Zersetzungsapparat, der ein ganzes Lehrsystem der Zersetzung ausgearbeitet hat und mit besonders geschickten, eifrigen und zuverlässigen Genossen arbeitet", unterhalten würde.[273] Dass es sich dabei nur um eine Unterabteilung einer deutlich komplexeren Organisation handelte, war allerdings nicht bekannt. Es konnte daher nur vermutet werden,

dass „Hand in Hand mit dem Zersetzungsdienst der KPD [...] der sogenannte Nachrichtendienst [geht], dessen Aufgabe es ist, andere Parteien, insbesondere aber die gegnerischen Verbände, auf ihre Tätigkeit zu überwachen, Material über sie und ihre Mitglieder zu sammeln und zersetzend auf sie einzuwirken. Ferner befasst sich der Nachrichtendienst mit der Sammlung von Material aller Art, das nur irgendwie für die Durchführung der hochverräterischen Bestrebungen der KPD. von Bedeutung sein kann."[274]

1.4 Träger und Initiator des „Aufbruch"-Projekts: Der Nachrichtendienst der KPD alias Abteilung Militärpolitik (AM-Apparat)

Als Initiator und Träger des gesamten „Aufbruch"-Projekts soll hier kurz der Nachrichtendienst der KPD vorgestellt werden. Wie andere politische Parteien und Gruppierungen in dieser Zeit, verfügte die Weimarer KPD über einen eigenen Nachrichtendienst, der die Partei mit (geheimen) Informationen aus den Reihen der politischen Gegner versorgen sollte: „Die nachrichtendienstliche Bearbeitung von gegnerischen Parteien und Organisationen erfolgte vorwiegend unter dem Gesichtswinkel, geeignetes Material für die Parlaments- und Öffentlichkeitsarbeit der KPD zu beschaffen."[275] Die gewonnenen Informationen konnten das taktische Vorgehen der Partei beeinflussen oder sie wurden zur (versuchten) Beeinflussung politischer Gruppen im Sinne der Partei veröffentlicht; oftmals mit dem Ziel die anderen Organisationen bloßzustellen und zu zersetzen. Um sich vor derartigen

[272] BArch R 1501/20156, Bl. 330-338, Abschrift der Polizei: Urteil in der Strafsache gegen Kurt Bigalke wegen Vorbereitung zum Hochverrat durch das Reichsgericht vom 26. 2. 1932.
[273] BArch R 1501/20547, Bl. 2-13, hier: Bl. 11f., Abschrift der Polizei: „Betrifft: Kommunistische Bewegung. Berichterstatter: RR. i.e.R. von Lengriesser. Berlin, den 2. November 1931".
[274] BArch R 1501/20152, Bl. 226, Auszugsweise polizeiliche Abschrift „aus der Anklageschrift des Oberreichsanwalts vom 4. 8. 1931" ohne Nennung von Namen oder Gegenstand der Verhandlung.
[275] Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 148; künftig zitiert als: Kaufmann, Nachrichtendienst.

Attacken selbst schützen zu können, zählte auch die Abwehr von Spitzeln der Nachrichtendienste anderer Parteien zu den Aufgaben des AM-Apparates.[276]

Die „Nachrichtenarbeit", also die Abschöpfung von Informationen aus den Organisationen der politischen Gegner, bedeutete zunächst die Sammlung und Auswertung wesentlicher Publikationen, wie Tageszeitungen oder Flugblättern. Weitaus interessanter und gewinnbringender waren jedoch vertrauliche Informationen über Interna, die nicht an die Öffentlichkeit weitergegeben wurden. Um an derartiges Material gelangen zu können, versuchte der AM-Apparat Verbindungspersonen innerhalb dieser Organisationen zu gewinnen oder selbst zu installieren. Die gewonnenen Informationen wurden vorrangig von den Propagandaabteilungen genutzt, die versuchten den politischen Gegnern mittels brisanter Enthüllungen politischen Schaden zuzufügen.[277] In besonderen Fällen konnten die Ergebnisse der Nachrichtenarbeit sogar die Innenpolitik der KPD beeinflussen. Zersetzungsarbeit bedeutete den Versuch der aktiven Beeinflussung politischer Konkurrenten oder von Staatsbehörden, die einer kommunistischen Machtergreifung im Wege standen. Ziel war es, Unruhe unter den Gegnern zu stiften und sie mit Zweifel über ihre Führung und ihr eigenes Handeln zu erfüllen und somit von der Durchführung ihrer regulären Aufgaben und Arbeiten abzuhalten. Im besten Fall sollten sie auf diese Weise politisch neutralisiert oder gar zum Übertritt zur kommunistischen Front bewegt werden. Einzelne Konvertiten wurden ggf. zunächst in ihren alten Organisationen belassen, damit sie dort im Geheimen einer nachrichtendienstlichen Arbeit nachkommen konnten. Zersetzungsarbeit wurde vor allem durch eigens angefertigte Presse- und Literaturerzeugnisse, aber auch durch gezielt installierte Provokateure geleistet. Bei der Erstellung des Zersetzungsmaterials griff die KPD zur Enthüllung oder Entlarvung des Gegners wenn möglich auf interne Informationen zurück, die durch die Nachrichtenarbeit beschafft worden waren. In der Folge bedingten und beeinflussten sich die Nachrichten- und Zersetzungstätigkeit gegenseitig.

Neben seiner eigentlichen Gründungsintention, der Nachrichtendienst war „ursprünglich nur zur Erfassung bekannt gewordener Spitzelfälle und zur Organisation des Spitzelwarndienstes gedacht", hatte der AM-Apparat bald auch die Schulung der Parteimitglieder in militärpolitischen Fragen zur praktischen Vorbereitung der (bewaffneten) Revolution durchzuführen.[278] Dies sei unter Ausnutzung aller legalen Mittel, zwar prinzipiell die Aufgabe der regulären Parteiorganisation; sobald derartige Tätigkeiten aber „einen besonderen Charakter" erlangen würden, wurden sie „zum besseren Schutz der legalen Organisation der Partei, von einer besonderen Abteilung organisiert und geleitet".[279] Diese Spezialabteilung sei wegen staatlicher Verfolgung und befürchteter Infiltration zu einer illegalen und konspirati-

[276] Ebenda, S. 9.
[277] Ebenda, S. 223 und 227ff.
[278] Feuchtwanger, Der militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1929-35, S. 501.
[279] SAPMO im BArch RY 1/I2/705/4, Bl. 3-14, „Kurzbericht und Disposition zur mil.-pol. Arbeit (LK) der KPD."; künftig zitiert als: „Kurzbericht". Dazu zählte die Schulung und Leitung bewaffneter Kadergruppen, die Erstellung von Schulungsmaterialien zum Aufstand (z.B. die illegale Zeitschrift „Oktober") oder die Erfassung von strategisch sensiblen Einrichtungen und Logistikschwerpunkten, die im Zuge der Revolution sabotiert werden könnten.

ven Arbeitsweise gezwungen. Zur besseren Tarnung wurde der Nachrichtendienst mit wechselnden Decknamen versehen: 1929 GK für „Gemischte oder Gemeinsame Kommission", 1930 AM für „Abteilung Militärpolitik" und ab 1931 LK für „Leitende Kommission".[280]

Der Nachrichtendienst bzw. der militärpolitische Apparat der KPD erfuhr zwischen 1919 und 1933 eine Reihe von Veränderungen, die Organisation und Struktur, Aufgabenstellung und das leitende Personal betrafen. Hier interessiert allein die letzte Episode von 1928 bis 1933 unter der Leitung Hans Kippenbergers, der innerhalb des Apparates die Decknamen „Alex" oder „Adam" trug. Kippenberger war 1928 von Thälmann persönlich, zunächst nur vorläufig, für diesen Posten bestimmt worden, der damit „die unmittelbare Verantwortung für die mil.pol. Arbeit, einschliessl. der Personalpolitik" bekam.[281] Er ersetzte den bisherigen Leiter Ernst Schneller, der in Folge der Wittdorf-Affäre auf einen anderen Posten versetzt worden war, wegen seiner langjährigen Erfahrung aber weiterhin in beratender Funktion für den Apparat tätig blieb. Erst ein Jahr darauf bestätigten Politbüro und Parteitag Kippenberger im Amt, der zur engeren Bindung an die Parteiführung in das ZK berufen wurde. Wegen seiner illegalen Tätigkeiten, bei denen stets die Gefahr der Inhaftierung drohte, wurde er auch Mitglied der Reichstagsfraktion, um ihm die Immunität eines Abgeordneten beschaffen zu können.

Die sich zuspitzende innenpolitische Krise, die die KPD verschärfter staatlicher Verfolgung aussetzte, zwang den AM-Apparat seine konspirative Arbeitsweise stetig zu verschärfen. 1928 befand sich das Büro Kippenbergers noch in der Parteizentrale im Karl-Liebknecht-Haus, die sich ganz nach Klischees moderner Agentenromane, in einem „nur über eine Geheimtreppe erreichbaren Dachzimmer" befunden haben soll.[282] Nach dem so genannten „Blutmai" 1929 erfolgte eine, zuvor aus „Bequemlichkeit" nicht immer eingehaltene, strikte räumliche Separation der legalen Parteiorganisation von ihren illegalen Sektionen, um den Justizbehörden bei erwarteten Hausdurchsuchungen möglichst wenig belastendes Material zu überlassen. Infolgedessen wurde „der technische Betrieb der LK - Bueros, Trefforte, Chiffrewesen, Post und Kurierapparat, Druckereien - [...] streng getrennt von den Parteistellen und -gebäuden" aufgebaut.[283] Alternativ wurden häufig wechselnde, getarnte Räume eingerichtet, die beispielsweise „als angebliches Rechtsberatungsbüro", das in der, bei „einem älteren Kleinbürgerpaar

---

280 Ebenda, Bl. 3. Siehe auch: SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 11, Bl. 285, „Bericht über Abwehrapparat resp. Abwehrarbeit", o.V.a., vom 04.01.1936 (künftig zitiert als: „Bericht über Abwehrapparat") sowie Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 179f. Daneben sind weitere Decknamen wie „AG Spezialressort", „Instruktionsabteilung" oder „Hauptinformationsstelle" (HIS) genutzt worden. Aber auch die Benennung des Apparates nach seinem Leiter als „Kippenberger-Apparat" oder anhand seiner Decknamen als „Alex-" bzw. „Adam-Apparat" waren geläufig.

281 SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 7, Bl. 143, Bericht Kippenbergers („Alex") über die Personalpolitik des zentralen und militärpolitischen Apparat, vom 2. 2. 1936; künftig zitiert als: „Bericht: Personalpolitik". Vgl. auch: Feuchtwanger, Der militärpolitische Apparat der KPD, S. 492, SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 50, Erinnerungen Kerffs sowie Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 177f.

282 Feuchtwanger, Der militärpolitische Apparat der KPD, S. 491; künftig zitiert als: Feuchtwanger, Apparat.

283 „Kurzbericht", Bl. 5. Vgl. auch: „Bericht über Abwehrapparat" und SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 219, Erinnerungen Kerffs sowie Feuchtwanger, Apparat, S. 499.

angemieteten guten Stube ein ehrsames, nie gestörtes Dasein" pflegte.[284] Arbeitsbesprechungen der Apparatsmitarbeiter wurden nun ausschließlich in separaten Zimmern öffentlicher Gastwirtschaften abgehalten. Und als Poststelle für die Korrespondenzen wurde ein eigens „zu diesem Zweck eingerichtetes kleines Zigarrengeschäft" genutzt.[285]

Die Geldpolitik des AM-Apparates war ebenfalls konspirativen Regeln unterworfen und infolgedessen der Revision durch die legale Parteiorganisation entzogen; ein Umstand der im Nachhinein im sowjetischen Exil zu scharfem Tadel führte.[286] Es wurde beklagt, dass die Haushaltsführung „vollkommen unübersichtlich" gewesen sei, wobei insbesondere nicht abgerechnete Nebeneinnahmen unbekannter Herkunft beanstandet wurden. Die autonome Handhabung der Apparatsfinanzen war von der Parteiführung seinerzeit jedoch beabsichtigt gewesen. Für den Fall des Verbots war vorgesehen, die separate Buchhaltung des AM-Apparates im Interesse der Gesamtpartei einzusetzen.[287] Neben der tagtäglichen Arbeit war auch der persönliche Kontakt der einzelnen Apparatsmitarbeiter untereinander, die sich zumeist nur unter ihren jeweiligen Decknamen kannten, konspirativen Regeln unterworfen; „das Fragen nach dem richtigen Namen und Wohnung der Mitglieder unter sich ist streng untersagt und führt Verdächtigungen und Beobachtungen der Mitglieder nach sich".[288] Im Gegenzug hatte die isolierte Sonderstellung innerhalb der Parteiorganisation unter den Mitarbeitern zum „Aufkommen eines gewissen elitären ‚Korpsgeistes'" geführt. Bereits die Ausbildung vieler Apparatsmitglieder, die an speziellen Militärschulen (M-Schule) in der Sowjetunion unterrichtet worden waren, förderte derartige Stimmungen.[289]

Im sowjetischen Exil wurden im Zuge der Revision der Machtergreifung Hitlers auch die Arbeit des AM-Apparates und seine Rolle in diesem Prozess einer harschen Kritik unterzogen.[290] Dabei wurde vor allem der (angebliche) Mangel an konspirativer Arbeitsweise beklagt. Besonders die regelmäßigen Arbeitssitzungen hätten ein großes Sicherheitsrisiko dargestellt, da zu ihnen nicht nur sämtliche

---

284 Feuchtwanger, Apparat, S. 499. Siehe auch: BArch ZC 5709, Bd. 4, Bl. 386, Strafsache gegen Blum, Aussage von Karl Max Lankowski, dem Leiter des Ressorts „Reichswehrzersetzung", vom 11. 1. 1934.

285 SAPMO im BArch SgY 20/1940, Bl. 219, Erinnerungen Kerffs und Feuchtwanger, Apparat, S. 499. Bestätigt durch: BArch ZC 5709, Bd. 4, Bl. 386, Strafsache gegen Blum, Aussage von Karl Max Lankowski, vom 11. 1. 1934.

286 SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 5, „Bericht über die Untersuchung des mil.pol. Apparates der KPD.", Autor: Mertens, vom 10. 2. 1936, Bl. 93, künftig zitiert als: Bericht: Mertens.

287 BArch R 1501/20356, Bl. 245, Bericht der Zentralpolizeistelle Bremen, vom 2. 1. 1933.

288 BArch R 1501/20154, Bl. 13, Bericht der NSS des RMdI, vom 20. 6. 1930, „Betrifft: Nachrichtendienst der KPD". In der zweiten Jahreshälfte 1932 wurde diese Arbeitsweise einer umfangreichen Verschärfung unterzogen, die tief in das Privatleben der Apparatsmitarbeiter eingriff. Sie wurden aufgefordert ihren alten Wohnort aufzugeben, die Verbindungen zu ihren angestammten Betriebs- oder Straßenzellen aufzulösen und sich stattdessen eine neue Wohnung in einer Gegend zu suchen, in der sie unbekannt waren. Darüber hinaus sollte zugleich Vorsorge für ein illegales Quartier getroffen und (gefälschte) Papiere auf einen anderen Namen beschafft werden. Auch auf die regelmäßigen, bisweilen täglichen Arbeitsbesprechungen der Ressortleiter in bekannten öffentlichen Gaststätten wurde nun weitestgehend verzichtet und auf rein mündliche Besprechungen während kurzer Spaziergänge in kleinen Gruppen beschränkt. SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 3, Bericht von Kippenberger (Alex) „Verhaftungen im zentralen Apparat der mil-pol.-Abteilung", vom 4. 1. 1936; künftig zitiert als: „Bericht Verhaftungen". Vgl. dazu: SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 219, Erinnerungen Kerffs und Feuchtwanger, Apparat, S. 499.

289 Feuchtwanger, Apparat, S. 530. Vgl. Bericht: Mertens, Bl. 90.

290 Siehe: Bericht: Mertens.

Ressortleiter, sondern auch alle in dieser Frage fachkundigen Mitarbeiter hinzugezogen worden seien. Durch diese „demokratischen Arbeitsmethoden" seien alle Teilnehmer an einer Sitzung über sämtliche Inhalte informiert gewesen, was der Gestapo den Einbruch in die Organisation um ein vielfaches erleichtert hätte, da sie von Anfang an Überblick über den Aufbau der militärpolitischen Abteilung gehabt hätte.[291] Der eigentliche Kern der Kritik lag jedoch in der Frage nach dem Informationsmonopol über die Resultate der Apparatsarbeit und die Frage nach Einflussmöglichkeiten auf die Organisationsstruktur des Apparates selbst. Es wurde beklagt, dass das Politbüro relativ wenige Einblicke in die Interna besessen hätte, während „im allgemeinen [...] alle Genossen des Apparates über alles, was sich im Apparat von oben bis unten abspielte informiert" gewesen wären und somit „alle Vertrauensleute bis in die untere Organisation" gekannt haben sollen. Ein weiterer „Bericht über [den] Abwehrapparat resp. Abwehrarbeit" bestätigte zwar, dass bei den informellen Treffen der Apparatsleitung mit der Parteiführung „die Tätigkeit in den einzelnen Sachgebieten nur in grossen Zügen behandelt" worden seien, was bedeutet hätte, dass „technische Einzelheiten in der Arbeit, Name und Charakter der Verbindungsleute [...] nie erwähnt" wurde. Er widerspricht aber der Darstellung, dass sämtliche Informationen vor allen beteiligten Apparatsmitarbeitern öffentlich besprochen und somit zugänglich gemacht worden seien.[292] Was die Geheimhaltung der Gesamtorganisation betrifft, erscheint die nachträgliche Kritik, dass der AM-Apparat „absolut unkonspirativ aufgebaut" gewesen sein soll, als unzutreffend und eher der durch Fraktionskämpfe geprägten politischen Situation der Exil-KPD geschuldet. War es der Organisation im Gegenteil doch erstaunlich lange gelungen, sich erfolgreich der staatlichen Verfolgung zu entziehen. Selbst nach einem knappen Jahr nationalsozialistischer Herrschaft stellte die Polizei in dieser Frage fest:

„Während es den Angehörigen des Sekretariats des Z.K. noch nicht so lag, ihre konspirative Arbeit vor dem Zugriff der Polizei zu schützen, war es dem Apparat Kippenberger gelungen, in den ganzen Jahren des Bestehens […] die Organisation so zu tarnen, dass bis jetzt kaum ein klares Bild über die Arbeit noch Näheres über die darin befindlichen Personen zu geben möglich war. Noch in den letzten Wochen haben sich führende Persönlichkeiten dieser Organisation damit gebrüstet, dass die Polizei bisher keinen Mitarbeiter habe festnehmen können, ausser einigen Leuten, die eine völlig untergeordnete Rolle spielten."[293]

Feuchtwanger bestätigte, dass „die auf den 30. Januar 1933 folgenden Ereignisse [...] die tägliche Arbeitsroutine zunächst ziemlich unberührt" ließen. Es sei lediglich zu einer weiteren Verschärfung der konspirativen Arbeitsmethoden gekommen. Und während die legale Parteiorganisation durch den Terror im nationalsozialistischen Staat recht schnell in ihrem Gefüge „von Grund auf erschüttert wurde", so dass „der organisatorische Zusammenhalt [...] von oben bis unten verloren" ging,

---

[291] Ebenda, S. 76f.

[292] „Solche Fragen wurden in den Arbeitsbesprechungen behandelt, die nur zwischen dem L.K. II [d.i. der verantwortliche Apparatsleiter] und dem betreffenden Sachbearbeiter häufig, in der Regel wöchentlich, aber im Bedarfsfall noch häufiger, stattfanden. [...] Alle Korrespondenzen zwischen der zentralen Stelle und den Bezirken gingen von LK zu LK, d.h. die einzelnen Sachbearbeiter hatten keine besondere Verbindung." „Bericht über Abwehrapparat", Bl. 286.

[293] BArch ZC 5709, Bd. 5, Bl. 32, Strafsache gegen Blum, Abschrift der Polizei, vom 10. 1. 1934.

hätte der zentrale Apparat „dank seiner eingespielten konspirativen Verkapselung [...] vorläufig ohne nennenswerte Verluste" funktioniert: „Seine verschiedenen Arbeitsstellen blieben arbeitsfähig, ihre Produktion in Form von Berichten und sonstigen Papieren zirkulierte ungestört."[294] Erst Mitte 1935 hätte die Arbeit eingestellt werden müssen.

Im Zuge der Änderung der kommunistischen Revolutionsstrategie mit dem VI. Weltkongress der KomIntern 1928 war auch der Nachrichtendienst der KPD einer umfassenden Umstrukturierung unterzogen worden. Die bisherige Organisationsform sei „entsprechend den Bedingungen der Periode nach 1925" an die zeitweise Stabilisierung der Weimarer Republik angepasst gewesen. Nachdem der Kapitalismus aber erneut in eine Krise geraten sei, die revolutionäre Situationen, aber auch eine erhöhte imperialistische Kriegsgefahr (gegen die Sowjetunion) mit sich bringe, „wurde die damalige Arbeitsteilung in 1. Nachrichtendienst, 2. Zersetzungsarbeit, 3. Abwehrarbeit, 4. Aufstandsvorbereitungen aufgegeben und eine Gliederung nach Sachgebieten durchgeführt".[295] Ein anderer, interner Bericht der KPD sah die einzelnen Ressorts stärker voneinander separiert und zählte auf, dass es zuvor „für die spezielle illegale Arbeit 2 Apparate, den Zersetzungsapparat und den Nachrichtenapparat" gegeben hätte; dabei sei „letzterer [...] wieder unterteilt für die Nachrichten- und für die Abwehrarbeit" zuständig gewesen.[296] Erst mit Kippenbergers Amtsantritt wurden die beiden Abteilungen endgültig aus ihren bisherigen Dachorganisationen, der Informationsabteilung bzw. der Agitprop-Abteilung, herausgelöst und zu einer einheitlichen, unabhängig arbeitenden Organisation zusammengefasst, die nach Fachressorts unterteilt wurde.[297]

Die Kenntnisse der Staatsbehörden über die Existenz und Aufgabenstellung des AM-Apparates hielt sich Anfang der 30er Jahren in engen Grenzen. Noch im April 1930 ging die Polizei davon aus, dass die Zersetzungsschriften für die Reichswehr und Polizei durch die Agitprop-Abteilung der KPD erstellt werden würden.[298] Folgerichtig wurde Kippenberger auch als Leiter dieser Abteilung angesehen. Erst im März 1930 hatten die Polizeibehörden „von einer Vertrauensperson" erstmals Kenntnis von den Restrukturierungsvorgängen erhalten.[299] Bis in den Herbst 1932 blieb der Kenntnisstand über den AM-Apparat äußerst begrenzt und die Annahmen über seine interne Organisationsstruktur waren größtenteils inkorrekt.[300] Der Polizei war bis zuletzt nicht bekannt, dass es innerhalb der KPD zwei

---

294 Feuchtwanger, Apparat, S. 510f.
295 „Kurzbericht", Bl. 3.
296 „Bericht über Abwehrapparat", Bl. 285.
297 Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 179. Dieser Prozess schien einige Zeit in Anspruch genommen zu haben, da Feuchtwanger berichtete, dass der Zersetzungsapparat erst im Spätsommer 1931 „nunmehr auch endgültig dem M-Apparat eingegliedert" worden sei. Feuchtwanger, Apparat, S. 503.
298 BArch R 1501/20154, Bl. 16-18, Auszug aus: Vortrag des Regierungsrats von Lengriesser über: „Welche Gefahr bedeutet die KPD. heute für Reich und Länder", gehalten auf der Deutschen Nachrichtenkonferenz vom 28. / 29. 4. 1930, Bl. 17.
299 BArch R 1501/20700, Bl. 215, Bericht der Polizeibehörde Hamburg, den 14. 3. 1930.
300 BArch R 1501/20048, Bl. 194-195, Bericht der NSS im RMdI: „Betrifft: KPD. - Illegaler Parteiapparat", Berlin, vom 16. 9. 1932.

illegale Apparate mit verschiedenen Aufgabengebieten gab. Neben dem im Folgenden beschriebenen AM-Apparat verfügte auch das Sekretariat der Partei über eine eigene, illegale Abteilung, der der „Passapparat", die „Internationalen Verbindungen", die „Quartierbeschaffung" und die Abteilung zur Beschaffung und Verwaltung von „Waffen und Munition" („Gruppe Wels") unterstellt waren.[301]

Nach den Plänen der KPD-Führung sollte der restrukturierte AM-Apparat im gesamten Reichsgebiet durch die Bezirksleiter in den einzelnen Parteibezirken aufgebaut werden. Die Berliner Sektion, die auch als „Zentraler Apparat" bezeichnet wurde, hatte dabei einen hervorgehobenen Status und besaß als leitende Instanz Weisungsbefugnis über die Mitarbeiter der Bezirksabteilungen. Organisatorisch war

„der verantwortliche Leiter (:LK/1) [...] der jeweilige Bezirks- bezw. Unterbezirkssekretär, zentral Gen. Thaelmann, in Stellvertretung Gen. Jonny Sch. [d.i. Schehr]. Der praktische Leiter ist ein besonders beauftragter Genosse (:LK/2) der Mitglied der BL, resp. UBL sein musste und in den staerkeren Bezirken freigestellt ist. In den Betriebs- und Strassenzellen war der verantwortliche fuer die Aufgaben der LK der ‚Gegnerobmann' (:GO)."[302]

Ein weiterer, interner Bericht der KPD spezifizierte diese Angaben dahingehend, dass es sich auf Bezirksebene beim „LK/1" um den „Pol.Leiter des Bezirks" gehandelt hätte, während „in der Zentralen Abteilung der vom Politbüro beauftragte Genosse" diese Funktion stellvertretend für die Parteiführung wahrgenommen hätte.[303] Der „eigentliche Abteilungsleiter (zentral und bezirklich)" wäre aber jeweils der „K/2" gewesen. Der praktische Leiter (LK/2) des „Zentralen Apparates", Hans Kippenberger („Alex"), war „direkt dem Sekretariat von Ernst Thälmann unterstellt. Er empfing Weisungen allein von dieser Seite und war keiner anderen Parteistelle verantwortlich".[304] Dementsprechend wurden, wie Kippenberger selbst berichtete, „wichtige Massnahmen und Entscheidungen, sowohl was die Linie der Arbeit wie das Personelle anbetraf, [...] mit ihm in laufenden Unterredungen" besprochen; besaßen sie untergeordnete Bedeutung, sollte sich Kippenberger an dessen Stellvertreter Schehr wenden.[305] Personelle Entscheidungen hatte Kippenberger selbst zu verantworten, da die Politbüro-Mitglieder die von ihm benannten Funktionäre nicht alle kennen konnten und kaum Einblicke in die praktische Arbeit des Apparates besaßen. In der Personalfrage kam es zu einer Kooperation mit Leo Flieg, der die reguläre Personalpolitik der Parteibezirke betreute. Die Vernetzung mit der Personalpolitik anderer KPD-Organisationen führte aus Mangel an qualifizierten

---

301 Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 181.

302 „Kurzbericht", Bl. 3. Die Angaben zur hierarchischen Organisationsstruktur wurden von Kippenberger größtenteils bestätigt; mit der Ausnahme, dass dem Bezirksleiter (LK/1) im Idealfall zwei Mitarbeiter als LK/2 beigegeben wurden. Er bestätigte auch, dass wegen knapper finanzieller Mittel nur ein Teil der LK-Leiter auf Bezirksebene für ihre (zusätzliche) Arbeit bezahlt werden konnten. „Bericht Personalpolitik", Bl. 147.

303 „Bericht über Abwehrapparat", Bl. 286.

304 Feuchtwanger, Apparat, S. 499. Kerff gibt in ihren Erinnerungen an, dass „Heinz Neumann [...] damals [...] im Politbüro der Verantwortliche für die Abteilung Militärpolitik der Partei" gewesen sein soll, womit „Alex ihm unterstellt" gewesen wäre. SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 15.

305 „Bericht Personalpolitik", Bl. 143. Der „Kurzbericht" (Bl. 5) verweist auf eine mitunter sehr intensive Zusammenarbeit zwischen Kippenberger und Thälmann: „In den kritischen Tages des Winters 1932/33 ergab sich oft ein zweidreimaliges Zusammentreffen des LK/2 mit Gen. Thälmann".

und fähigen Mitarbeiter jedoch zu einer hohen Fluktuation.[306] Grundsätzlich war der jeweilige LK/2, zentral und in den Bezirken, für die Bearbeitung der anfallenden Aufgaben zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes verantwortlich. In diesen Aufgabenbereich fielen:

„Popularisierung der entsprechenden Erfahrungen und Beschlüsse der KI durch die Parteipresse und -literatur; Herausgabe und Verbreitung der Zeitschrift ‚Oktober' [...], ‚Planarbeit'; mil.pol. Schulungsarbeit auf Parteischulen und Kursen; W.-Lager und -Ausbildung [W = Wehr?] in Zusammenarbeit mit dem dafuer besonders beauftragten Genossen, der nicht zur LK gehoert" und auf Bezirksebene auch die Verantwortung für den „Parteiselbstschutz" und die „Aufbruch-Zeitschrift".[307]

Neben diesen Spezialaufgaben war der der AM-Apparat mit der militärpolitischen Schulungsarbeit der Gesamtpartei beauftragt, die mittels gesonderter Kurse, oftmals mit Unterstützung des illegalen RFB oder anderer KPD-Organisationen, erfolgte.[308] Um eine bessere Koordination zwischen der regulären Parteiorganisation und den Spezialisten des AM-Apparates erreichen zu können, hatte der LK/2 auch Mitglied in der „Massenselbstschutz-Kommission bei der Orgabteilung und der Antikriegskommission" zu sein. In der praktischen Arbeit hatte sich im „Zentralen Apparat" über den einzelnen Fachressorts bald eine „Art von Sekretariat" gebildet, „bestehend aus dem politischen Leiter des Apparats, seinem für die organisatorischen Fragen zuständigen Stellvertreter sowie dem Adjutanten des Politleiters". Letzterer wurde „hauptsächlich als Verbindungsmann für besondere Kontakte eingesetzt".[309] Im „Zentralen Apparat" war der Stellvertreter Kippenbergers Hermann Dünow („Konrad"), der im Oktober 1933 an dessen Stelle trat.[310]

Bei der Planung der neuen Apparatsstruktur wurden, nicht nur um direktere Kommunikationswege zu schaffen, sondern auch um die Verbindung des zur elitären Isolation neigenden AM-Apparates „mit der lebendigen Gesamtpolitik der Partei" sicher zu stellen, mehrere Querverbindungen geschaffen, was die Ressortleiter entsprechend ihres Sachgebietes zur Teilnahme an „den ‚offiziellen' Instanzen der Parteileitung" verpflichtete.[311] Daneben war, um die Parteipresse möglichst schnell mit neuen Erkenntnissen über den politischen Gegner versorgen zu können, eine direkte Verbindung zu den Redaktionen vorgesehen.

Die Verbindung des AM-Apparates mit der Parteibasis und dem kommunistischen Wohnmilieu sollte über den Gegnerobmann erreicht werden. Er hatte auf Ebene der Straßen- und Betriebszellen Informationen für die nachrichtendienstliche Arbeit zu sammeln und an seine vorgesetzten (Bezirks-) Stellen zu melden. Es gelang der KPD jedoch nicht, ein flächendeckendes Netz an Gegnerobleuten aufzubauen. In den parteiinternen Rundschreiben, in denen die Bezirke zu einem forcierten Ausbau

---

306 Ebenda, Bl. 147.

307 „Kurzbericht", Bl. 4f. Das Aufgabengebiet des „LK/2" wurde bestätigt in: „Bericht über Abwehrapparat", Bl. 287.

308 Bericht: Mertens.

309 Feuchtwanger, Apparat, S. 499.

310 BArch ZC 5709, Bd. 5, Bl. 32, Strafsache gegen Blum, vom 10. 1. 1934. Beide leiteten einen Adjutanten mit dem Decknahmen „Stefan" an. Wer sich hinter dem Decknamen verbarg, konnte nicht bestimmt werden. Feuchtwanger, Apparat, S. 502 und SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 217, Erinnerungen A. Kerff.

311 „Kurzbericht", Bl. 5. Nennung der entsprechenden, praktischen Ausführung unter dem jeweiligen Ressort.

ermahnt wurden, fanden sich auch Beschreibungen über die Aufgaben, die an die Obleute gestellt wurden:

„Ihr dürft keinesfalls diese wichtige Funktion vernachlässigen und müsst stets darauf achten, dass ihr über die Umtriebe der Gegner (Nazi, Stahlhelm, Reichsbanner usw.) immer auf dem Laufenden seid. Von Übungen und dergl. mit und ohne Waffen müsst ihr uns sofort berichten. Es sind Listen anzulegen, die geheim zu halten sind, darüber wie die genauen Adressen der Gegner lauten, ob und wo sie Waffen besitzen. Es sind insbesonders [sic!] auch Vermerke zu machen wer von den Gegnern im Ernstfall mit uns gegen das herrschende System kämpfen wird oder wer grundsätzlich Gegner von uns bleibt. Gegnerische Adressen von Proleten, die es ehrlich mit ihrem Kampf um Brot und Freiheit meinen sind zum Versand von Broschüren und Zeitungen wie auch zur Anknüpfung von Diskussionen auszuwerten."[312]

Dem Gegnerobmann kam ebenso eine wichtige Rolle bei der „Herstellung von Nachrichtenverbindungen" zu:

„Konsequent wurden die unteren Parteieinheiten und die Massenorganisationen ‚durchgehechelt', um Ansatzpunkte ins gegnerische Lager aufzuspüren. Solche Ansatzpunkte waren die verwandtschaftlichen, beruflichen, kameradschaftlichen, gesellschaftlichen Beziehungen der Parteimitglieder (und Mitglieder der Massenorganisationen) zu den Kreisen ausserhalb der Partei. Vor allen Dingen wurden neue Mitglieder und Mitglieder bürgerlicher Herkunft überprüft. Ein dankbares Feld war der Kreis der Sympathisierenden. Diese Aufgabe war in erster Linie die Arbeit der unteren Teile des Apparates, des Gegnerobmannes und des Abwehrmannes der Zelle."[313]

Die Organisation nach Sachgebieten in einzelne Ressorts orientierte sich an den für die Revolutionsstrategie entscheidenden innenpolitischen Gruppen und führte zu folgender Unterteilung (nach Decknamen sortiert): „Bei dieser Aufteilung fiel die schematische Trennung Zersetzungsdienst oder Nachrichtendienst fort. Ihre Aufgaben lagen in einer Hand, bei den einzelnen Ressorts der LK, und hatten dort der jeweiligen Sache entsprechend das Übergewicht."[314]

„K-Arbeit": Dieses Ressort konzentrierte sich auf die Polizei einschließlich Bahnschutz, Technische Nothilfe (Teno) und Grenzbeamte.[315]

„O-Arbeit": Dieses Ressort hatte die Reichswehr (Heer und Marine), aber auch etwaige Restbestände der Schwarzen Reichswehr, zu bearbeiten.[316] Bei den Ressorts „K" und „O" wurde „überwiegend Zer-

---

312 BArch R 1501/20583, Bl. 118, Abschrift der Polizei: Rundschreiben der KPD, o.D.a., „Habt ihr schon einen Gegnerobmann? Und warum nicht?" Darin fordert die Parteiführung zum forcierten Ausbau dieser Funktionärsgruppe auf. Als keine signifikante Verbesserung erreicht werden konnte, sei eine Konzentration der Aufgaben der Gegnerobleute in wenigen Händen geplant gewesen. Demnach war pro Unterbezirk ein bezahlter Genosse vorgesehen, der die Aufgaben der Gegnerobleute übernehmen sollte. Ihm sollten vier unbezahlte Untergebene zur Verfügung stehen, die in erster Linie Zersetzungsarbeit zu leisten hätten. BArch R 1501/20152, Bl. 197, Polizeibericht vom 27. 11. 1931 über eine „Sitzung der Gegnerobleute, Nachrichten- und Polleiter" vom 15.11.1931.

313 SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 7, Bericht Kippenbergers („Alex"): „Methoden und Organisation der mil.pol. Arbeit", hier: Bl. 159; künftig zitiert als: „Bericht Methoden".

314 Ebenda, Bl. 4.

315 Die Abteilung wurde zwischen 1929 und 1930 von Albert Gromulat („Günther"), von 1930 bis 1931 von Theodor Bottländer (hier als „Arthur II") und ab dem Spätsommer 1931 von Rudi Schwarz („Otto") geleitet. Ab 1932 war Lucian Iltis Leiter des Polizei-Ressorts. BArch ZC 5709, Bd. 4, Bl. 385, Strafsache gegen Blum, Aussage Karl Max Langowski, vom 11.04.1934. Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 205, FN 93. Siehe auch: Feuchtwanger, Apparat, S. 503.

316 Über die Leitung der Abteilung fanden sich widersprüchliche Angaben. Kaufmann zufolge sei das Ressort zwischen 1929 und 1930 in doppelter Besetzung von Karl Ganz („Erich") und Rudolf Schwarz („Horst"), von 1930 bis 1931 von Paul Gräf („Max II") und von 1931 bis 1932 von Jenen („Peter II") geleitet worden. Feuchtwanger erinnerte sich hingegen, dass ab dem Spätsommer 1931 Theodor Bottländer zum Leiter bestimmt worden sei. Die Angaben Feuchtwangers

setzungsarbeit, gestuetzt auf die Unterlagen ihrer gleichzeitigen N.Arbeit" geleistet.[317] Die Arbeit beider Abteilungen war durch eine enge Kooperation ihrer Leiter, die sich auch ein Büro teilten, geprägt, da „deren Arbeitsaufgaben und -bedingungen wiederum parallel verliefen. Das bezog sich in diesem Fall auch auf die Herstellung und Verbreitung der schlichtweg als ‚Zer-Material' bezeichneten Drucksachen, bestimmt für die in der Weimarer Politik einem strikten politischen Betätigungsverbot unterworfenen Angehörigen der Reichswehr und der kasernierten Polizei."[318]

Beide Abteilungen sahen sich daher gezwungen, sich auf die Erstellung von illegalem Zersetzungsmaterial zu beschränken. Legale Propagandamittel gab es, nach Aussage Kippenbergers,

„fast null, so dass die Ausnützung unserer Parteipresse mehr den Sinn hatte, die Parteigenossen und Arbeiter für eine prinzipiell richtige Einstellung zur antimilitaristischen Arbeit zu mobilisieren, statt zu den Soldaten selbst zu sprechen, für die die revolutionäre Presse faktisch unerreichbar war".[319]

Die wenigen innerhalb der Reichswehr und Polizei erfolgreich installierten Informanten

„waren zur regelmässigen Berichterstattung angehalten auch über solche Dinge, die nicht für die Antiarbeit ausgewertet werden konnten, sondern nur informatorischen Charakter trugen. In einer Reihe von Fällen wurden bestimmte Vertrauensleute von jeder aktiven Antiarbeit von vornherein ferngehalten, wenn ihre nachrichtenmässigen Möglichkeiten wertvoller erschienen. Die Sachbearbeiter [...] hatten also auch sehr wichtige nachrichtenmässige Funktionen, die sie zum Teil losgelöst von der Antiarbeit weiterentwickeln mussten, um zur Herstellung von Spitzenverbindungen zu kommen."[320]

„D-Arbeit" bzw. später „BB"-Ressort (BB stand für Betriebsberichterstattung): Diese Abteilung war für (Industrie-) Betriebe einschließlich Unternehmerorganisationen zuständig. Ihre „Berichterstattung umfasste hauptsächlich Betriebsberichte technischen und wirtschaftlichen Charakters sowohl zur Entlarvung der technischen und industriellen Kriegsvorbereitung (Rüstung) der Bourgeoisie und zur Unterstützung des Aufbaus des Sozialismus in der SU." [321] Das Betriebsressort leistete daher „ausschließlich Nachrichtenarbeit", was heutzutage wohl als Industriespionage bezeichnet werden würde, weshalb es „die einzige Abteilung des M-Apparats [war], die ihren Mitarbeiterkreis dann auch planmäßig auf eine Nebenorganisation der Partei auszudehnen suchte, nämlich auf die RGO, d.h. auf die Betriebsstützpunkte".[322] Durch seine Orientierung auf die deutsche Rüstungsproduktion hatte der sowjetische Geheimdienst großes Interesse am BB-Ressort gezeigt und Anfang 1932 selbst

---

erscheinen indes als wenig glaubwürdig, da er Bottländer nicht nur einen falschen Decknamen zuwies („Bruno"), sondern Bottländer nach Angaben Kippenbergers in dieser Zeit das für die Rechtsparteien und faschistischen Organisationen zuständige Ressort geleitet hatte. Ende 1932 oder Anfang 1933 wurde die Leitung dann von Karl Langowski („Joseph", bei Kaufmann „Willy") übernommen. Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 205, FN 93, Feuchtwanger, Apparat, S. 503. SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 1, Bl. 1-9, Bericht Kippenbergers (Alex) „Übersicht zu der personellen und organisatorischen Zusammensetzung des militärpolitischen Apparates", Bl. 2; künftig zitiert als: „Bericht Übersicht". Siehe auch: BArch ZC 5709, Bd. 4, Bl. 385, Strafsache gegen Blum, Aussage Karl Max Langowksi, vom 11.04.1934.

[317] „Kurzbericht", Bl. 4f. Beide Ressorts arbeiteten (wegen des geringeren Strafmaßes bei Minderjährigen) eng mit dem KJVD zusammen; und „in die K-Arbeit waren die Sachbearbeiter fuer Polizeifragen in den Laenderparlamenten unmittelbar einbezogen".

[318] Feuchtwanger, Apparat, S. 498.

[319] „Bericht Methoden", Bl. 155.

[320] Ebenda, Bl. 159.

[321] Siehe: Bericht: Mertens, Bl. 76.

[322] Feuchtwanger, Apparat, S. 499. Bestätigt in: „Kurzbericht", Bl. 4f. Dort wird zusätzlich noch die Verbindung zur Org-Leitung der KPD angeführt.

die Kontrolle über die Abteilung übernommen, während er die übrigen Sektionen des Apparates „sonst im allgemeinen sich selbst überließ".[323]

„Abwehr": Diese Abteilung war mit der allgemeinen „Kontrolle der Organisation" beauftragt,

was die „Beobachtung Verdächtiger, Aufspürung der Spitzel und Provokateure, Untersuchung der Verhaftungsgründe, Herausgabe der ‚Schwarzen Listen' und andere Warnungen (Spitzel-Almanach), Instruktionen der gesamten Organisation über Konspiration und Vorbereitung zur Illegalität; Untersuchung von Korruptionsfällen etc.", aber auch die „Herstellung von Verbindungen zur Politischen Polizei und zu Justizbeamten" bedeuten konnte.[324]

Ab 1932 wurde das Ressort in zwei getrennte Abteilungen unterteilt. Die „offensive Abteilung" hatte jegliche Versuche der Polizei und Justiz aber auch gegnerischer Nachrichtendienste zur Auskundschaftung und Unterwanderung der Partei prophylaktisch zu unterbinden. Für diese Aufgabe hatte sie, wenn möglich, selbst Verbindungen innerhalb der gegnerischen Nachrichtendienste herzustellen. Der „defensiven Abteilung" kam die Entlarvung bereits installierter, feindlicher Spitzel, Provokateure oder Verräter in den Reihen der KPD und ihrer Massenorganisationen zu.[325] Der vorsorgliche Schutz der Parteiorganisation stellte das Ressorts jedoch vor nahezu unlösbare Aufgaben, so dass die Abwehrabteilung oftmals nur die Funktion einer Feuerwehr hatte, die, zum Löschen meist selbst zu spät, nur Schadensbegrenzung und nachträgliche Branduntersuchung vornehmen konnte.[326] Die ursprünglichen Aufgaben der Abteilung, Sicherung der Parteiorganisation und Vorbereitung auf die Illegalität, „wurden Anfang 1932 von Abw. abgetrennt und dem Sekretariat unmittelbar unterstellt", wozu eigens eine separate „Abteilung Ifland" geschaffen wurde.[327]

Im Sommer 1932 wurde die Abteilung „spezielle N." (wohl: „Nachrichtenarbeit") eingerichtet. Das Ressort hatte sich bevorzugt auf besonders viel versprechende und ergiebige Nachrichtenverbindungen, so genannte Spitzenverbindungen, zu konzentrieren, mittels derer der AM-Apparat in die engeren Machtzirkel der politischen Gegner einzudringen hoffte. Die Einrichtung derartiger Kontakte erfolgte

„zum Teil unter Zuhilfenahme und Mobilisierung schon vorhandener Verbindungen, wenn ihre Zuverlässigkeit erprobt war. Dieser spezielle N-D [d.h. Nachrichtendienst] beschäftigte sich mit solchen

---

323 Ebenda. Dieser Ausführung widerspicht Mertens, der angibt, dass das Ressort „bis zur Illegalität ein Teil des mil.pol. Apparates" geblieben sei. Der Einwand mag formal stimmen; Feuchtwanger erinnerte sich jedoch, dass der verantwortliche Ressortleiter nicht mehr zu den Besprechungen der Abteilungsleiter erschienen sei und stattdessen den sowjetischen Kollegen Bericht erstattet hätte. Nach Angaben von Kaufmann sollen die Leiter des BB-Ressorts 1929-30 Franz Grybowski („Bruno"), 1930-31 Fritz Burde („Adolf") und ab 1932 Wilhelm Bahnik („Martin") gewesen sein. Einem parteiinternen Bericht zufolge soll jedoch Friedrich Roth („Viktor"), der kurz zuvor eine Spezialschule besucht hatte, zwischen Dezember 1931 und August 1932 zum Ressortleiter berufen worden sein. Demzufolge hatte er sich, „insbesondere wegen seiner Beziehungen zur bourgeoisen Gesellschaft, die ‚nachrichtenmässig' ausgewertet wurden", um die Spitzenverbindungen zu kümmern. Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 195, FN 55, „Bericht Verhaftungen", Bl. 317 und Bericht: Mertens, Bl. 76.

324 „Bericht über Abwehrapparat", Bl. 286. Diese Angaben wurden bestätigt. Feuchtwanger, Apparat, S. 498.

325 „Kurzbericht", Bl. 4 und Bericht: Mertens, Bl. 76.

326 Bericht: Mertens, Bl. 78f.

327 „Kurzbericht", Bl. 4. Anfang des Jahres 1933 wurde die Abteilung von Franz Schubert („Erwin"), Rudi Schwarz („Otto") und einem nicht näher bekannten „Arno" geleitet. „Bericht Übersicht", Bl. 2. Vgl. auch: SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 217, Erinnerungen Kerff. Kerff gab an, dass die Leitung des Ressorts im Frühjahr 1933 ganz auf R. Schwarz übergegangen sein soll.

Stellen, an die man auf dem Wege über Massenorganisationen nicht heran kam: Regierungsstellen, Wirtschafts- und Industriellenkreise, diplomatische Stellen, Parteispitzen, militärische Stellen."[328]

Um dieses Ziel erreichen zu können, sah sich der AM-Apparat gezwungen „spezielle Methoden" zu entwickeln, was die Einrichtung besonderer „Zirkel" oder Salons bedeutet hätte, „um diese Kreise interessierende Themen" anbieten zu können.[329]

Den politischen Zweig des AM-Apparates bildeten die beiden letzten Ressorts, die sich in erster Linie mit den beiden großen Konkurrenzparteien der KPD zu befassen hatten. Beide Abteilungen arbeiteten aus logistischen Gründen eng zusammen. Sie waren in einem gemeinsamen Büro untergebracht und teilten sich eine Sekretärin.[330]

„E-Arbeit": Diese Abteilung war für die SPD und verwandte Organisationen zuständig, worunter vor allem die (freien) Gewerkschaften und das Reichsbanner, in einigen Bezirken mit starker katholischer Arbeiterschaft auch das Zentrum verstanden wurde. Zu ihrer wichtigsten Aufgabe gehörte die „nachrichtenmässige Bearbeitung" der SPD; wobei diese Tätigkeit innerhalb der Sozialdemokratie aber „ueber den Rahmen der N.Arbeit insofern hinaus[ging], als die meisten E-Verbindungen als unmittelbare Stützpunkte fuer die Massenarbeit der Partei gegen den Sozialfaschismus dienten".[331] Die Verbindungsleute sollten innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen die Stimmung ihrer Mitglieder beeinflussen und es ist davon auszugehen, dass ihnen die Aufgabe einer (unauffälligen) Agitation und Propaganda für die kommunistischen Einheitsfrontorgane von unten zukam. Informationen, die aus der Nachrichtenarbeit gewonnenen werden konnten, wurden den KPD-Massenorganisationen, der Kulturabteilung und den Redaktionen der Parteipresse zur weiteren öffentlichkeitswirksamen Verwendung übergeben. Zur direkteren und besseren Auswertung der gewonnenen Daten war der Ressortleiter ebenso Mitglied in der SPD-Kommission der Partei.[332]

„C-Arbeit": Die Abteilung „Rechtsorganisationen" konzentrierte sich, der innenpolitischen Lage entsprechend, in erster Linie auf die NSDAP und ihre Wehrorganisationen.[333] Die Berücksichtigung des Stahlhelms und der DNVP sowie anderer rechtsradikaler Verbände blieb zeitlich und regional

---

328 „Bericht Methoden", Bl. 159. Roth war im September 1932 wegen seiner guten Kontakte zur bourgeoisen Gesellschaft und weil er nach Ansichten Kippenbergers „eine besonders gute Eignung für die Nachrichtenarbeit zeigte" von der Betriebsarbeit auf diesen Posten versetzt worden. „Bericht Verhaftungen", Bl. 317 und „Bericht Übersicht", Bl. 1-2.

329 „Bericht Methoden", Bl. 159. Roth („Viktor") bestätigte die Einrichtung derartiger Salons, „in denen viele wichtige Leute verkehrten", und erwähnt zusätzlich eine (getarnte) graphologische Zeitschrift, die ihn bei der Schaffung von Spitzenverbindungen gedient haben soll. SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 10, Bericht von F. Roth („Viktor"), vom 8. 2. 1936, Bl. 247.

330 Feuchtwanger, Apparat, S. 498.

331 „Bericht über Abwehrapparat", Bl. 285 und „Kurzbericht", Bl. 4f.

332 Geleitet wurde das Ressort von 1929 bis 1930 von Willi Zimmerlich („Zuban"), zwischen 1930 und 1931 von Lucian Iltis („Willy"), zwischen 1931 und 1932 von Franz Vehlow („Arno") und ab 1932 von Franz Feuchtwanger („Schorsch"). „Bericht Übersicht", Bl. 1-2. Vgl. auch: Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 216, FN 129 und SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 6, Erinnerungen Kerff.

333 Die Abteilung erhielt um 1930, als der Apparat die Abkürzung „AM" trug, den Decknamen „F-Arbeit". Diese Bezeichnung wurde im Zuge der Umbenennung des Apparates in „LK" zu „C-Arbeit" geändert.

begrenzt.[334] Wegen differierender Angaben konnte die Leitung der Abteilung nicht eindeutig bestimmt werden. Kippenberger zufolge soll das Ressort Anfang 1933 von Theodor Bottländer („Arthur") geleitet worden sein, der seinen Posten bereits 1931 angetreten hätte. Davor sei Richard Linsert („Ludwig") zwischen 1930-31 dieser Aufgabe nachgekommen.[335] Nach Angaben Aenne Kerffs, der Lebensgefährtin Kippenbergers und ebenfalls Mitarbeiterin im AM-Apparat, soll Linsert bis 1929 die Arbeit im Ressort fast im Alleingang, „ehrenamtlich sozusagen", bewältigt haben.[336] Feuchtwanger hingegen gab an, dass er selbst im September 1931 „im M-Apparat das zu jener Zeit nur provisorisch besetzte Ressort ‚Faschistische Organisationen'" von Linsert übernommen hatte.[337] Erst 1932 will er die Abteilung, nachdem er wegen eines minderen Disziplinarverfahrens vorübergehend seiner Ämter enthoben worden war, an Theo Bottländer übergeben haben. Zum Jahreswechsel 1932/'33 sei Bottländer aber wegen „dessen stark temperamentmäßig motivierten Differenzen mit Alex [...] von einem Tag auf den anderen aus der Arbeit zurückgezogen" worden. Als kein adäquater Ersatz gefunden werden konnte, hätte Feuchtwanger, inzwischen Leiter des Ressorts „Reformistische Organisationen" (E-Arbeit), neben seiner „laufenden Arbeit auch das Nachbarressort zu einem wesentlichen Teil übernehmen" müssen.[338] Bottländer selbst sagte aus, dass er erst im Juli 1933 von seinem Posten auf Anweisung Kippenbergers zurückgetreten sei, da die vorgesetzten Parteistellen nicht mehr mit seiner Arbeit zufrieden gewesen seien.[339] Kippenberger bestätigte zwar, dass Bottländer im Juli 1933 von seinem Posten abberufen werden sollte, wegen Verzögerungen aber bis Oktober 1933 in seiner alten Funktion ausharren musste und im selben Monat von der Polizei verhaftet worden war.[340]

Neben der Gewinnung relevanter Informationen (N-Arbeit) war es ein grundlegendes Ziel des C-Ressort, die „politischen Aktivitäten der Partei zur Radikalisierung der proletarischen und werktätigen Schichten in diesen Formationen" (SA und SS) zu unterstützen.[341] Aus dieser Vorgabe generierte sich der primäre Auftrag,

---

334 Feuchtwanger, Apparat, S. 505. Anfang 1924 war erstmals ein Ressort „Faschismus" unter der Leitung Otto Thomas, einem Schul- und Duzfreund Beppo Römers, gegründet worden.

335 „Bericht Personalpolitik", Bl. 141f. Vgl. auch: „Bericht Übersicht", Bl. 1. Die Ressortleitung Anfang 1933 durch Bottländer, wurde von Kerff bestätigt. SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 7, Erinnerungen Kerff. Nach Kaufmann soll das Ressort von 1929 bis 1930 von Gustav König („Paul"), zwischen 1930 und 1931 von Richard Linsert („Ludwig") und von 1931 bis Mitte 1933 von Theodor Bottländer („Arthur II") geleitet worden sein. Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 227, FN 166.

336 SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 217, Erinnerungen Kerff.

337 Feuchtwanger, Apparat, S. 498. Sein Vorgänger Linsert („Ludwig"), der ein Mitarbeiter am sexualwissenschaftlichen Forschungsinstitut von Magnus Hirschfeld war, habe lediglich als vorläufiger Leiter fungiert und soll über die Ablösung mehr als erleichtert gewesen sein. Ebenda, S. 504. Auch ein zweiter Bericht führte an, dass Bottländer zwar ab 1931 in der „Reichs L.K.", nachdem er die Spezialschule besucht hatte, tätig gewesen sei; im Zuge dessen sei er aber „zunächst für Polizei und Reichswehr, später für Nazi-Bearbeitung" zuständig gewesen. „Bericht über Abwehrapparat", Bl. 290.

338 Ebenda, S. 503, 507 und 510.

339 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934, Bl. 5.

340 „Bericht Verhaftungen", Bl. 48.

341 „Bericht Methoden", Bl. 157.

„die Parteiführung über interne Vorgänge im faschistischen Lager auf dem Laufenden zu halten und in diesem Zusammenhang dann auch Bruchstellen, die zu einem konspirativen Eindringen in die faschistischen Reihen führen könnten, zu ermitteln und auszuwerten. Alles in allem handelte es sich um eine Kombination von Nachrichten- und Zersetzungsarbeit, die sich auf Zuträger und, wenn möglich, auch getarnte Mitarbeiter in den gegnerischen Organisationen stützen sollte."[342]

Aus diesem Grund gingen im Ressort „Faschistische Organisationen" die Nachrichten- und Zersetzungsarbeit „Hand in Hand".[343] Um die vorgegebenen Aufgaben erfüllen zu können, sollten die Bezirksstellen des AM-Apparates die „Gewinnung und Zusammenfassung der oppositionellen Elemente und [...] Hilfe bei der Herausgabe und Verbreitung oppositioneller Materialien (Flugblätter, Zeitungen, Kettenbriefe und dergl.)" leisten. Dabei wurden sie vom „Zentralen Apparat" überwacht und angeleitet, der wenn nötig auch „praktisch bei der Entwicklung dieser Arbeit" auszuhelfen hatte.[344] Damit alles auch den Vorgaben der Generallinie entsprach, „konkretisierte und kontrollierte" das C-Ressort des zentralen Apparates „das Herausarbeiten einer wirksamen oppositionellen Linie" für die Verbindungsleute innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung. Neben den Anweisungen zur Herstellung der oben erwähnten Oppositions- und Zersetzungsschriften sind darunter auch die Versuche der KPD zu verstehen, die Krisen innerhalb der NSDAP durch die gezielte Veröffentlichung von Parteiinterna weiter anzuheizen.[345]

Bei der Durchführung „ergab sich eine selbstverständliche N'Arbeit aus der Anti-Arbeit, sowohl bei der Armee, wie bei der Polizei und bei den faschistischen Formationen".[346] Die innerhalb der genannten Organisationen installierten Verbindungsleute waren „zur regelmässigen Berichterstattung angehalten auch über solche Dinge, die nicht für die Antiarbeit ausgewertet werden konnten, sondern nur informatorischen Charakter trugen." Das jeweilige Ressort hatte dabei abzuwägen, in welcher Funktion, ob als aktiver Provokateur oder passiver Informant, der einzelne einzusetzen war. Folglich wurden „in einer Reihe von Fällen [...] bestimmte Vertrauensleute von jeder aktiven Antiarbeit von vornherein ferngehalten, wenn ihre nachrichtenmässigen Möglichkeiten wertvoller erschienen". Dementsprechend hatten „die Sachbearbeiter für die RW und Polizeiarbeit wie für die C-Arbeit [...] auch sehr wichtige nachrichtenmässige Funktionen, die sie zum Teil losgelöst von der Antiarbeit weiterentwickeln mussten, um zur Herstellung von Spitzenverbindungen zu kommen". Konnten außergewöhnlich ertragreiche Verbindungen aufgebaut werden, oder solche, die bis an das Machtzentrum der gegnerischen Gruppierung heran reichten, „wurde im einzelnen entschieden, wie weit solche Gesichtspunkte oder gewonnene Verbindung in den Händen des Sachbearbeiters verblieben oder der speziellen Bearbeitung überwiesen wurden (im zentralen Massstabe also Viktor oder eventl auch an BB)". Die zunehmende Konzentration des Apparates auf Spitzenverbindungen

342 Feuchtwanger, Apparat, S. 498. Vgl. auch: Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 222f.
343 „Kurzbericht", Bl. 4.
344 „Bericht Methoden", Bl. 157.
345 Vgl. Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 227f.
346 „Bericht Methoden", Bl. 159.

führte jedoch dazu, dass „alles andere der sozusagen auf Straßenebene zu entwickelnden ‚Antifa'-Arbeit überlassen" wurde.[347] Damit lag die tagtägliche Kleinarbeit, vor allem die Adressengenerierung von (opponierenden) Mitgliedern der nationalsozialistischen Organisationen zwecks Kontaktaufnahme und Versand von Zersetzungsliteratur, in den Händen der Gegnerobleute.

Eine Hauptaufgabe der einzelnen Ressortleiter war es, aus den Informationen, die die Abteilungsmitglieder zusammentragen konnten, kontinuierlich Sammelberichte zu erstellen.[348] Bis 1933 wurden zumeist mehrmals die Woche kürzere Rapporte verfasst; mit der Regierung Hitlers wurden sie auf ein bis zwei Sammelberichte im Monat reduziert. Kopien dieser Berichte wurden neben dem Sekretariat des ZKs zur öffentlichkeitswirksamen Verwendung an die Parteipresse, aber auch an die RGO, den „KgdF" und die „Politische Informationsabteilung" weitergeleitet. Zur direkteren und besseren Auswertung der gewonnenen Informationen war der Leiter des C-Ressorts auch Mitglied in der NSDAP-Kommission der Massenabteilungen. Darüber hinaus besaß das C-Ressort eine direkte Querverbindung zur Agitprop-Abteilung der KPD.[349] Die Inhalte einzelner Sammelberichte wurden zusammengefasst in gesonderten Rundschreiben auch an die Parteibezirke weiter geleitet.[350]

Zur Unterstützung und Verbesserung der Arbeitsmethoden des C-Ressorts wurde mit ausgewählten und zuverlässigen Dissidenten aus dem nationalistischen Lager, aber auch mit noch „selber aktiv in der SA auf verwandten Gebieten" arbeitenden Verbindungsleuten eine beratende Kommission, die so genannte „LeiKo", eingerichtet.[351] Während in Berlin die zentrale „LeiKo" eine parallele Bezirksorganisation obsolet machte, soll „es in allen stärkeren Bezirken bei der Bezirks-LK eine solche mehr oder weniger brauchbare Leiko" gegeben haben. Mit der Regierungsübernahme durch Hitler wurde die „LeiKo" „in ihrer organisatorischen Form liquidiert [und] zum Teil in kleinere Gruppen der direkten Zusammenarbeit einzelner ihrer Mitglieder überführt". Wegen ihres nachrichtendienstlichen Auftrags handelte „es sich bei den Genossen der Leiko fast ausschliesslich um konspirativ arbeitende Genossen [...], deren Aufgabe u.a. darin bestand, ihre eigene Position im Lager der Bourgeoisie zu halten", womit „die Leiko ferner ein wichtiger Stützpunkt für die Nachrichtenarbeit" wurde.[352] Diese Gruppe sollte ihr (internes) Wissen über die Rechtsorganisationen sowie ihre sozialen Kontakte zu den bürgerlichen Mittelschichten, beides war in der KPD äußerst selten anzutref-

---

347 Feuchtwanger, Apparat, S. 506.

348 Feuchtwanger, Apparat, S. 504ff. und BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934, Bl. 5.

349 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 277-300, Urteil gegen Bottländers vom 15. 6. 1935, Bl. 290 und „Kurzbericht", Bl. 4f. sowie „Bericht über Abwehrapparat", Bl. 285.

350 Ein Beispiel findet sich unter: BArch R 1501/20152, Bl. 388-395, Abschrift der Polizei: „Mitteilungen des ZK. der KPD. aus gegnerischen Organisationen. NSDAP, Nr. 2", Berlin, den 15. 8. 1931. Darin wurden Stimmungsberichte aus der NSDAP und SA zu bestimmten aktuellen Themata, wie Reichstagswahlen, ein geplanter Marsch auf Berlin, über Oppositions- oder Zersetzungserscheinungen oder die Haltung zur KPD, wiedergegeben, die mitunter auch mittels Aussagen einzelner Nationalsozialisten oder parteiinternem Briefverkehr zwischen einzelnen NSDAP-Stellen belegt wurden. Dabei fällt auf, dass die zitierten Quellen überdurchschnittlich oft aus Berlin stammten.

351 Die Ursprünge der „Leitenden Kommission" reichten bis in das Jahr 1928 zurück. Feuchtwanger, Apparat, S. 506f.

352 Ebenda.

fen, abschöpfen und gewinnbringend für die Ressortarbeit ausnutzen. Neben der Beobachtung „sämtliche[r] Rechtsverbände, d.h. z.B. NSDAP., Stahlhelm, Deutsch-Nationale usw.", wurden die Mitglieder der „LeiKo" durch Kippenberger oder Bottländer, in der Regel mündlich, mit den aktuellen Lageberichten aus den faschistischen Organisationen versorgt.[353] Auf Grundlage dieser Informationen sollten sie bei der Auswertung beratend zur Seite stehen und ihre Einschätzung abgeben. Die Beratungstätigkeit der „LeiKo" äußerte sich u.a. darin, dass sie in Unterkommissionssitzungen einzelnen Redakteuren bei der Erstellung ihrer Artikel zum Thema NSDAP oder Stahlhelm behilflich waren oder Material für die Massenpropaganda der Partei zusammenstellten.[354]

Wegen ihrer Tätigkeiten, die von den Justizbehörden als Vorbereitung zum Hochverrat angesehen wurden, wurden die Mitglieder der „LeiKo" wiederholt gesondert an „die Sicherstellung der konspirativen Arbeit des Ressorts" erinnert.[355] Es solle „bei allen Zusammenkünften […] die größtmögliche Sicherung" vorgenommen und unbedingt auf die Lagerung von Arbeitsmaterialien aus der Ressortarbeit in der eigenen Privatwohnung verzichtet werden. Durch diese Vorsichtsmaßnahmen sollte sicher gestellt werden, „daß unter keinen Umständen Material in die Hände der Staatsorgane oder gegnerischer Parteiorganisationen falle", was die Integrität des gesamten AM-Apparates und die Legalität der Partei gefährden könnte. Darüber hinaus wurden alle Mitglieder aufgefordert, nochmals ihre persönlichen Verbindungen auf Spitzel hin zu durchleuchten. Derartige Vorkehrungen waren durchaus angemessen, da Polizeibehörden vermuteten, dass es die Hauptaufgabe der „LeiKo" sei, „die Lehren über den bewaffneten Aufstand fachmännisch zu erörtern und sie in volkstümlicher Form den Stadtteilen mitzuteilen".[356] Einzelne Polizeistellen konnten jedoch zu anderen Einschätzungen gelangen. Die Polizei aus Bremen spekulierte Ende 1932, dass die „LeiKo"in Berlin als „Aufbruch"-Arbeitskreis an die Öffentlichkeit getreten sei und lediglich bei der Herstellung kommunistischer, als oppositionelle SA-Zeitschriften getarnten Zersetzungsschriften beteiligt wäre.[357]

Im Rahmen ihrer beratenden und nachrichtendienstlichen Funktion war die „LeiKo" durch die Herkunft ihrer Mitglieder „ein wichtiges Instrument zur Entwicklung der speziellen Aufgaben in der C-Arbeit, nämlich der Gewinnung der sogenannten ‚offziersähnlichen' Elemente aus dem Lager der Bourgeoisie".[358] Wegen einer weitgehenden Personalunion, die Zahl der nationalistischen Dissidenten in der KPD blieb bis zuletzt stark begrenzt, „war diese Gruppe von Genossen der faktische Kern des ‚Aufbruch'-Kreises".[359] Von den nationalistischen Dissidenten waren sowohl für die „LeiKo" als auch für den „Aufbruch" tätig: Rehm, Korn (bis 1932), Renn, Römer und „von Moubeuge"

---

353 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Aussage Dr. Römers, vom 2. 8. 1934, Bl. 140.
354 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934, hier: Bl. 3.
355 BArch R 1501/20355, Bl. 25-28, Lagebericht der Polizei [unleserlich], vom 15. 10. 1932.
356 BArch R 1501/20048, Bl. 194-195, Bericht der NSS im RMdI: „Betrifft: KPD. - Illegaler Parteiapparat", Berlin, vom 16. 9. 1932.
357 BArch R 151/20048, Bl. 238, Bericht der Polizeidirektion Bremen, vom 25. 10. 1932.
358 „Bericht Methoden", Bl. 158.
359 Bericht: Mertens, Bl. 77. Bestätigt in: „Bericht Methoden", Bl. 158.

sowie H.H. von Ranke („Moritz").[360] Zeitweise war wohl auch Giesecke involviert.[361] Von Seiten des AM-Apparates nahmen Kippenberger und Bottländer sowie Rudolf Engel, der als Spitzel innerhalb der NSDAP aktiv war, an den Sitzungen der Kommission teil.[362] Es wurden jedoch nicht alle ehemals nationalsozialistischen Mitarbeiter der Arbeitskreise und Zeitschrift zur „LeiKo" hinzugezogen: „die Aufbruchleute Bodo Uhse und von Salomon waren von der [LeiKo] ferngehalten worden", da „besonders von Salomon [...] als unsicherer Kantonist" galt.[363] In der Folge kam es zu einer Überschneidung der Tätigkeiten für die „LeiKo" mit denen für den „Aufbruch". Und die Mitglieder der Kommission entwarfen auf Grundlage der Sammelberichte des Ressortleiters und ihrer eigenen Erkenntnisse die „Richtlinien" für das „Aufbruch"-Projekt.[364] Eine Entwicklung, die sich auch auf die Parteibezirke auswirkte, wo die regionalen „LeiKos", wenn sie denn überhaupt eingerichtet werden konnten, „weniger Stützpunkt der spez. C-Arbeit und der N-Arbeit, als mehr Rückhalt der Aufbruchbewegung" waren.[365]

In diesem Zusammenhang bleibt die Frage offen, in welchem Grade das „Aufbruch"-Projekt den Ressorts des AM-Apparates untergeordnet war. Feuchtwanger und Bottländer gaben an, dass es zwar mit dem C-Ressort verbunden, ihm „jedoch nicht eigentlich unterstellt" gewesen war.[366] Der parteiinterne „Bericht über Abwehrapparat resp. Abwehrarbeit" führte hingegen unter den Aufgaben des Ressorts explizit die Organisation und Kontrolle des „Aufbruchkreises" an; auch Kaufmann ordnet die AAK als Untergruppe des C-Ressorts ein.[367] Laut Feuchtwanger war Kippenberger anfangs bestrebt die direkte und persönliche Leitung und Kontrolle auszuüben und so wenig wie möglich auf andere Mitarbeiter des Apparates zurückzugreifen. Die Arbeitskreise seien „unbestreitbar Alex' Lieblingskinder" gewesen und wurden „weitgehend von ihm selbst betreut". Auch Kippenbergers Lebensgefährtin Aenne Kerff beschrieb in vergleichbarer Weise seine emotionale Bindung an das „Aufbruch"-Projekt, nicht zuletzt da er selbst Ideengeber und Initiator der Zeitschrift und ihrer Arbeitskreise gewesen war.[368] Kippenberger war ungeachtet seiner umfangreichen Aufgaben im AM-Apparat bemüht, „auf diesem Tätigkeitsgebiet die Zügel nicht aus der Hand" zu geben und die

---

360 „Bericht Methoden", Bl. 159f.

361 Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 235.

362 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 140, Aussage Römers vom 2. 8. 1934. Siehe auch: Engel, Feinde und Freunde, Berlin (Ost) 1984. Ranke hatte die Mitglieder der „LeiKo" kurz charakterisiert: „V. Korn, ein etwas unsteter und nervöser Mensch, R. Rehm, ein gutmütiger etwas schwerfälliger dicklicher Mann, G. Giesecke, ein forscher Typ, Rudolf Engel, der unternehmend und lustig aussah und geheimer Verbindungsmann zur NSDAP gewesen war. Kurt Richter [d.i. Bottländer] mit seiner entschiedenen Art zu sprechen war ein ‚echter' Kommunist. Schließlich war in dieser ‚Leiko' noch Ludwig, mit richtigem Namen Richard Linsert, der offiziell als Gehilfe von Dr. Magnus Hirschfeld in dessen Institut für Sexualforschung arbeitete." Hier zitiert nach: Coppi, Aufbruch, S. 43.

363 „Bericht Methoden", Bl. 158.

364 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Aussage Dr. Römers, vom 2. 8. 1934, Bl. 140.

365 „Bericht Methoden", Bl. 158.

366 Feuchtwanger, Apparat, S. 506f. Bestätigt in: BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 277-300, Urteil gegen Bottländers vom 15. 6. 1935.

367 „Bericht über Abwehrapparat", Bl. 285 und Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 181.

368 SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 220, Erinnerungen Kerff.

wesentlichen Arbeiten selbst zu erledigen.[369] Ein Umstand, den Feuchtwanger dadurch bedingt sah, dass Kippenberger die „bürokratische Routine" seiner Arbeit „in keiner Weise" gelegen hätte und er vielmehr „von einer gewissen politischen Romantik getragenen Vorstellung" geprägt gewesen sei. Aus diesem Grunde habe „die Arbeit mit den ‚Aufbruch'-Kreisen, der er sich mit großem, manchmal fast übertrieben scheinendem Eifer widmete, [...] für ihn so etwas wie Flucht aus der alltäglichen Routine bedeutet".[370] Folglich hätte die Verbindung zwischen beiden Organisationen in erster Linie auf der Personalunion in leitenden Funktionen einzelner Apparatsmitglieder basiert. Ein eigenes Ressort wurde für die „Aufbruch"-Arbeit jedenfalls nicht eingerichtet.

Die bisherigen Angaben zum AM-Apparat beschreiben lediglich einen angestrebten Soll-Zustand; sie sagen aber nichts über den tatsächlichen Ist-Zustand, über seine Verbreitung und personelle Stärke in den Parteibezirken, aus. Allein Kerff gab an, dass bis zur Regierung Hitler der Aufbau des AM-Apparates in allen 24 Parteibezirken entsprechend den Vorgaben der Parteiführung erfolgreich durchgeführt worden sei.[371] Doch selbst die im sowjetischen Exil nachträglich von Kippenberger und anderen verfassten Berichte lassen, ungeachtet ihrer meist typisch euphemistischen Sprache, Zweifel aufkommen, dass der angestrebte Ausbau tatsächlich erreicht worden war. Bereits in einem parteiinternen Bericht von 1931 hieß es eingangs recht beliebig, dass der AM-Apparat „zentral, bezirklich und unterbezirksweise [...] in der Regel sechs bis neun Genossen stark" gewesen sein soll.[372] Nur wenige Zeilen weiter wurde allerdings eingeräumt, dass selbst die verantwortlichen, regionalen Apparatsleiter (LK/2) lediglich in den größeren Parteibezirken für ihre Tätigkeiten freigestellt worden waren. Ein Zustand, der entweder mit einer mangelnden Auftragslage und Beschäftigung des Apparates oder aber, was deutlich wahrscheinlicher ist, mit einem eklatanten Mangel an Personal und Finanzmittel zu erklären ist. Derartige Widersprüche fanden sich auch in den späteren Berichten aus dem Exil. Dort wurde zwar zunächst eilfertig der Ausbau des AM-Apparates entsprechend der Planungen beschrieben, um dann wenige Seiten darauf einzuschränken, dass in mehreren Parteibezirken aber „je nach Zweckmässigkeit [...] das eine oder andere Ressort nicht enthalten" gewesen sei.[373]

Dass die KPD nicht über eine ausreichende Anzahl geeigneter Funktionäre verfügte, um auf der Unterbezirksebene die verlangte Personalstärke bereitzustellen, musste (indirekt) zugeben werden: der beschriebene Presonalbestand des Apparates in den Bezirken gelte zwar „auch weiter nach unten, obwohl in den Unterbezirken die Abteilungen hauptsächlich nur aus zwei drei Mann bestanden". Eine Spezialisierung nach bestimmten Sachgebieten (Ressorts) analog dem „Zentralen Apparat" war unter diesen Umständen nicht möglich. Selbst Kippenberger sah sich gezwungen einzuge-

369 Ebenda, S. 207.
370 Feuchtwanger, Apparat, S. 506f. und 528.
371 SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 4, Erinnerungen Kerff.
372 „Kurzbericht", Bl. 3.
373 Bericht: Mertens, Bl. 76.

stehen, dass die militärpolitische Arbeit in den Bezirken unterschiedlich stark ausgeprägt gewesen war.[374] Der Grund sei in der hohen Fluktuation der Funktionäre zu suchen. Fähige Mitarbeiter seien oftmals ohne adäquaten Ersatz in andere Positionen versetzt worden. Doch selbst mit einer konstant arbeitenden Belegschaft sei die Personaldecke des Apparates viel zu dünn gewesen; und es hätte nur ein Teil der Funktionäre für ihre Arbeit entlohnt werden können. Auch der geplante Aufbau eines Netzes von Gegnerobleuten, die auf der Straßenzellen- und Betriebszellenebene dem AM-Apparat zuarbeiten sollten, konnte nicht im angestrebten Umfange realisiert werden.[375]

Eine der wenigen, relativ unabhängigen Quellen, die durch ihre Funktion umfassende Aussagen zum Zustand des AM-Apparates machen konnten, stellt Franz Feuchtwanger dar. Er lässt jedoch kaum ein gutes Haar an seiner ehemaligen Arbeitsstelle. Die KPD-Führung, die „nach dem Muster des zentralen Apparats [...] in allen Parteibezirken entsprechende ‚Kollegien'" errichten wollte, hatte einen Organisationsplan entwickelt, „der praktisch auch nicht entfernt durchzuführen war. In vielen Bezirken reichte es bestenfalls zu Besetzung des Postens des Verantwortlichen für die Verteilung von Zer-Material und sonstiger illegaler Literatur und dem des Abwehr-Mannes."[376] Feuchtwanger bietet eine überzeugende Erklärung für diesen Missstand an:

„Zurückzuführen war die schwache Verankerung des Apparats in den Bezirken zum guten Teil auf den Mangel an geeigneten Funktionären, zumal von seinen Mitarbeitern ein besonderes Maß von Zuverlässigkeit verlangt wurde, das im praktischen Fall nicht immer mit einer entsprechenden Schlauheit und Beweglichkeit gepaart war. Vor allem jedoch erforderte die wirksame Leitung einer solchen Arbeit schon im Bezirksmaßstab allein in zeitlicher Hinsicht einen Arbeitseinsatz, der ein nicht dafür freigestellter Funktionär schwerlich leisten konnte. Soweit ich mich erinnere, verfügten lediglich die Bezirke Berlin-Brandenburg sowie Wasserkante (Hamburg) über einen von der Partei voll bezahlten freigestellten Apparatleiter."[377]

Verantwortlich für diesen Zustand sei vor allem die Verteilung der ohnehin knappen Finanzmittel gewesen, die den „Zentralen Apparat" eindeutig bevorzugte, während „in den meisten Parteibezirken [...] so gut wie keine Mittel zur Verfügung standen". Doch nicht nur die Finanzmisere der Partei, auch das Arbeitsprinzip des „Zentralen Apparates" trug sein Übriges zur Situation in den Bezirken bei. Die „absolute Zentralisierung" der militärpolitischen Arbeit unterstützte Tendenzen, dass Erkenntnisse und Beiträge, die von den Bezirksstellen geliefert wurden, aus Prestigegründen kurzer-

---

374 „Bericht Personalpolitik". Während die Bezirke Mittelrhein (Köln), Niederrhein (Düsseldorf), Wasserkante (Hamburg), Baden und Württemberg (Mannheim und Stuttgart) gute Arbeit geleistet hätten, sei der AM-Apparat in Ostsachsen (Dresden), Halle-Merseburg oder Thüringen kaum oder gar nicht in Erscheinung getreten. Angaben bestätigt durch Feuchtwanger. Feuchtwanger, Apparat, S. 500. Die Polizeibehörden der Hansestadt hatten allerdings im April 1930 festgestellt, „dass amtliche Beobachtungen über die geschilderten Einrichtungen bisher nicht gemacht" worden seien. BArch R 1501/20700, Bl. 125, Bericht der Polizeibehörden Hamburg, den 14. 3. 1930.

375 Vgl. u.a.: BArch R 1501/20583, Bl. 118, Abschrift der Polizei: Rundschreiben der KPD, ohne Datumsangabe, „Habt ihr Schon einen Gegnerobmann? Und warum nicht?"

376 Feuchtwanger, Apparat, S. 499f. Er hatte sich einer Versetzung nach Moskau verweigert und war ins Mexikanische Exil gegangen. Später distanzierte er sich ausdrücklich von der KPD und seiner Tätigkeit für den AM-Apparat.

377 Ebenda, S. 500.

hand als Arbeitsergebnis des „Zentralen Apparates“ ausgegeben wurden, was die ungleiche Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen weiter verstärkte.

Die finanzielle und personelle Schwäche betraf auch das C-Ressort des „Zentralen Apparates“, das sich selbst im September 1931 „noch in einem provisorischen Zustand” befunden haben soll. Insbesondere die nachrichtendienstliche Tätigkeit der Abteilung sei kaum entwickelt gewesen; denn was Feuchtwanger nach eigenen Angaben bei der (vermeintlichen) Übernahme der Ressortleitung „an Informationsquellen vorfand, war in der Tat überaus dürftig” gewesen.[378] In der nachrichtendienstlichen Arbeit innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung offenbarten sich die Beeinträchtigungen, die aus der starken Zentralisierung des AM-Apparats folgten. Da sich sämtliche leitenden Instanzen der NSDAP außerhalb von Berlin befanden, verfügte der AM-Apparat kaum über ausreichende (Finanz-) Mittel eine adäquate Arbeit in diesen Organisationen zu entfalten. Eine substanzielle Verbesserung der Arbeit im C-Ressort konnte bis 1933 nicht erreicht werden, und es blieb „um Verbindungen zu den einzelnen Organisationen der NSDAP [...] im allgemeinen sehr dürftig bestellt”.[379] Dem AM-Apparat fehlte es auch an Möglichkeiten Informationen notfalls durch Bestechung kaufen zu können.[380] Konnten dennoch Spitzelverbindungen akquiriert werden, die teilweise „bei der Ueberprüfung der unteren Parteieinheiten aufgefunden worden” waren, ergab sich daraus das weitergehende Problem, diese Menschen auch von ihrer nachrichtendienstlichen Aufgabe im Interesse der Ressortarbeit überzeugen zu können.[381] Der aus diesen Beschränkungen resultierende, andauernde Mangel an „Material, das offen ausgewertet werden konnte und vor allem auch in der Presse veröffentlicht zu werden verdiente”, führte zu internen Spannungen unter den einzelnen Parteiorganisationen:

„Dieser Umstand führte zu ständigen Reibungen sowohl mit der von Hermann Remmele geleiteten ‚Massenabteilung’ des Zentralkomitees wie auch mit der Redaktion der ‚Roten Fahne’, die immer wieder argwöhnten, es werde ihnen Informationsmaterial, auf das sie Anspruch hätten, vorenthalten. Dagegen war es hin und wieder möglich, der Parteipresse Enthüllungsmaterial zur Verfügung zu stellen, das als aufsehenerregend bezeichnet wurde.”[382]

---

378 Ebenda, S. 504. Die einzige (!) Spitzenverbindung zur NSDAP die Feuchtwanger im Sommer 1931 vorgefunden haben will, hätte der Bezirk Niederrhein (Düsseldorf) aufgebaut, der Zugang zu den internen Rundschreiben der SS-Reichsleitung besessen hatte. Bei den in der folgenden Zeit aufgebauten Verbindungen, u.a. zu Goebbels oder ins Braune Haus in München, hatte es sich meist um Kontakte auf unterster Ebene gehandelt. Ein im Kaiserhof, dem von der NSDAP-Prominenz bevorzugten Berliner Hotel, gewonnener Spitzel war bspw. als Kellner angestellt. Auf den gesamten AM-Apparat bezogen, war es den Mitarbeitern dennoch gelungen einige Spitzenverbindungen herzustellen: u.a. zum „Leiter des Exekutivdienstes der Berliner Polit.Polizei, Kriminalrat Werner”, zu einigen Polizeistellen, zu dem SA-Obertruppführer in Köln, zur „Vorwärts“-Redaktion oder den Töchtern des Generals Hammerstein. Siehe: „Bericht Methoden“, Bl. 159, SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 10, Bericht von Roth („Viktor“), vom 8. 2. 1936, Bl. 247 und Feuchtwanger, Apparat, S. 502f. und 509.

379 Ebenda, S. 506.

380 Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 188.

381 „Wenn es sich herausstellte, dass sie sich mit ihrem Parteieintritt noch nicht zu sehr blossgestellt hatten (vor ihrem bisherigen sozialen Milieu), bekamen sie den Parteiauftrag, sich von der allgemeinen Parteiorganisation und -arbeit wieder zu lösen und für spezielle Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Das war oft mit grossen psychologischen Schwierigkeiten verbunden und erforderte eine gewisse Kunst, diese Genossen in dieser Richtung zu mobilisieren - und bei der Stange zu halten. Das Schwierigste war, sie von dem Gefühl freizuhalten, dass die Partei sie als Agenten benutzt und betrachtet.” „Bericht Methoden“, Bl. 159.

382 Feuchtwanger, Apparat, S. 506.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Möglichkeiten des AM-Apparates „zur geheimen Informationsbeschaffung wie auch zur Zersetzung der gegnerischen Parteien und Organisationen [...] sehr begrenzt" blieben.[383] Feuchtwanger sieht die Verantwortung bei der Partei liegen und unterstellt der KPD-Führung letztlich Desinteresse an der Arbeit des AM-Apparates; denn „seitens der übergeordneten Parteiinstanzen kamen, soweit ich mich erinnern kann, nie Anfragen oder Direktiven, die den Nachrichtendienst des Apparates zu besonderen Leistungen angespornt oder ihn auf bestimmte Ziele gelenkt hätten".[384] Kaufmann bestätigt zwar die finanzielle und personelle Unterversorgung, erkennt darin aber keine willentliche Entscheidung der Parteiführung, sondern interpretiert sie als Folge der allgemeinen finanziellen und personellen Unterversorgung der KPD und ihrer Massenorganisationen. Er sieht die Beziehung zwischen Apparat und Parteiführung eher von widerstrebenden Erwartungen geprägt. Demnach habe erst der Mangel an konkret verwertbaren Arbeitsergebnissen zu einem (relativen) Desinteresse der Parteiführung geführt, nachdem die zuvor „an das Arbeitsvermögen des militärpolitischen Apparates geknüpften Erwartungen Moskaus und der KPD-Führung weit überzogen gewesen" seien.[385] Für Feuchtwanger hingegen verdeutlichte „schon sein zahlenmäßig beschränkter Mitarbeiterstab sowie die allgemeine, stets tolerierte organisatorische Schwäche" den untergeordneten Stellenwert der Apparatsarbeit für die KPD-Führung.[386] Diese grundsätzliche Einstellung gelte auch für den sowjetischen Auslandsgeheimdienst, denn „wäre den Russen ernsthaft daran gelegen gewesen, den Apparat für eigene Zwecke einzuspannen, so hätten sie gewiß Sorge getragen, seine Leistungsfähigkeit zu erhöhen".[387] Allein die für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Parteistellen für Presse und Propaganda hätten „spürbares Interesse" an den bereitgestellten Berichten gezeigt. Als Begründung für den von ihm angenommenen Stellenwert des AM-Apparates führte Feuchtwanger die politisch-ideologische Ausrichtung der KPD nach den voluntaristischen Vorgaben der KomIntern an:

„Letzten Endes dürfte die Schwäche der Nachrichtenarbeit des M-Apparates damit zusammenhängen, daß die Führung der KPD mit zunehmender Stalinisierung der Partei mehr und mehr darauf verzichtete, sich selbst in taktischen Fragen ein auf sorgfältiger Lagebeurteilung beruhendes Urteil zu bilden. Rückschauend komme ich zu dem Schluß, daß der M-Apparat, jedenfalls in den Jahren über die hier berichtet wurde, das fünfte Rad am Wagen der Partei war. Ich glaube, daß diese Feststellung durchaus den historischen Sachverhalt trifft."

1.5 „Austausch der Extreme"? Übertritte von der NSDAP zur KPD

Die der Weimarer Koalition nahe stehende Presse proklamierte, wenn das Thema, wie bei der Abspaltung der Strasser-Gruppe von der NSDAP oder dem Frontwechsel Scheringers, auf der Tagesordnung stand, stets einen umfangreichen Austausch zwischen der Anhängerschaft der KPD und

383 Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 187.
384 Feuchtwanger, Apparat, S. 533.
385 Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 187.
386 Feuchtwanger, Apparat, S. 532.
387 Ebenda, S. 531.

NSDAP. Dieser (angebliche) „Austausch der Extreme“ liege in einer grundsätzlichen republikfeindlichen Wesensgemeinschaft der beiden Radikalparteien begründet, der fanatisierten Menschen beide Organisationen als gleichwertige Alternativen erscheinen lasse.[388] Vereinzelt wurde der angenommene, unreflektierte Parteiwechsel mittels des Sinnbildes einer um jeden Preis radikalisierten jungen Generation erklärt, die es allein auf die Zerstörung der herrschenden Verhältnisse abgesehen hätte.[389] Es fällt aber schnell auf, dass die republikanischen Zeitungen ihre These lediglich anlässlich dieser seltenen, in der Öffentlichkeit diskutierten Ereignisse aufbrachten. Losgelöst von medialen Sensationen dominierten andere Themen die Berichterstattung über die Beziehungen zwischen KPD und NSDAP. Der Fokus wurde vorwiegend auf die politische und physische Konfrontation gerichtet und die sporadischen Parteiwechsel Einzelner rückten, wenn sie überhaupt berücksichtigt wurden, in das zweite Glied zurück.[390] Eine derartige Berichterstattung lässt die These von einem „Austausch der Extreme“ als ritualisierte und politisch motivierte aber weitgehend unbegründete Behauptung, ja Phrase erscheinen. Nicht zuletzt zeigte sich die Tendenz, insbesondere bei der liberalen Presse, die Richtung des (angeblichen) „Austausches der Extreme“ anhand konkreter innenpolitischer Ereignisse auszurichten: er kam meist derjenigen Partei zugute, zu deren Gunsten sich die jeweilige Situation entwickelte.[391]

Mit ihrer gleichsetzenden Berichterstattung verfolgte die republikanische Presse indes eine konkrete politische Absicht. Sie wollte auf diese Weise für den unterschiedlosen Schutz des Weimarer Staates und seiner Verfassung vor den revolutionären Bestrebungen beider Radikalparteien mobilisieren, was spätestens ab 1931 vor allem die Warnung vor der im nationalkonservativen Bürgertum verbreiteten latenten Verharmlosung der NSDAP bedeutete. Die in diesen Kreisen existierenden Bestrebungen, die Nationalsozialisten zu domestizieren und als parlamentarischen Koalitionspartner aufzubauen, wurden als unkontrollierbares Spiel mit dem Feuer verurteilt.[392] Die liberale und sozialdemokratische Presse versuchte die These vom „Austausch der Extreme“ als Vehikel zu benutzen, um das negative, revolutionäre Image der KPD, und damit den Bürgerschreck Bolschewismus, auch auf die NSDAP übertragen zu können. Durch die Proklamierung eines beliebigen, massenhaften Frontwechsels sollte den „Mitläufer[n] und Protektoren der nationalsozialistischen Bewegung, die

---

388 Nur ein Beispiel aus der „Vossischen Zeitung“: „Die innere Verwandtschaft der rechten und der linken Fahne des revolutionären Radikalismus hat von jeher einen Uebertritt von einem zum anderen Lager weit einfacher gemacht, als es nach der Todfeindschaft der Parteiorgane den Anschein haben kann. Ebenso wie der Leutnant Scheringer den Weg zum Kommunismus fand, sind Tausende von Rotfrontleuten zur S.A. übergetreten.” VZ, 12. 4. 1932, „Von Thälmann zu Hitler; Kommunistische Massenübertritte zur N.S.D.A.P.”

389 VZ, 12. 4. 1932, „Revolutionäre Predigten”; oder der Pressedienst des Zentrums: Pressebüro Krauss, 22. 3. 1931, „Der bolschewistische Leutnant; Ein Beitrag zur politischen Psychologie unserer heutigen Jugend.”

390 Dem „Berliner Tageblatt“ war bspw. der geschlossene Übertritt einer NSDAP-Ortsgruppe zur KPD lediglich ein einziger Satz am Rande wert. Die Übertritte der Dissidenten Korn und Rehm, die später führend am „Aufbruch“ beteiligt waren, fanden mitunter gar keine Berücksichtigung. BT, 22. 2. 1931, >kein Titel<, hier: BRach R 1501/20153, Bl. 157.

391 Vgl. VZ, 20. 3. 1931, „Nationalbolschewismus” und VZ, 12. 4. 1932, „Von Thälmann zu Hitler; Kommunistische Massenübertritte zur N.S.D.A.P.”

392 Vgl. bspw.: Pressebüro Krauss, 21. 3. 1931, „Vom Nationalsozialismus zum Bolschewismus” oder FZ, 22. 3. 1931, „Leutnant Scheringer; ... und Wendt ... und Ludin!”

sich als Bollwerk gegen Moskau gebärdet und in Wahrheit für Moskau arbeitet, ein deutliches Warnungs-Signal" gegeben werden.[393] Bei dieser These wurden jedoch zwei verschiedene politische Intentionen bzw. Motivationen bewusst unter einem Nenner subsumiert. Eine verbreitete (und zuweilen auch militante) Ablehnung der Weimarer Republik durch weite Teile der deutschen Bevölkerung ist nicht mit parteipolitischer Indifferenz gleichzusetzen; ignoriert sie doch nicht nur die unterschiedlichen Methoden zur Revolution zu gelangen, sondern auch die stark differierenden Zielvorstellung, wie Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nach der erfolgreichen Revolution umgestaltet werden sollten. Hier war keine Verständigung oder gar Übereinkunft erreichbar. Es wäre dementsprechend allenfalls sinnvoll von einer „Einigkeit in der Negation" zu sprechen.

Den Presseorganen des nationalkonservativen Bürgertums kamen bisweilen tatsächlich Zweifel an ihrer Positionierung zur NSDAP. Sie waren aber im Gegensatz zu den republikanischen Medien stets bemüht, die Bedeutung herausragender Ereignisse, an denen sich die öffentliche Diskussion entzündete, zu relativieren.[394] Folglich waren es ganz andere Schlussfolgerungen, die dort aus den Parteiwechseln gezogen wurden, und sie führten zu Aufforderungen an die Führung der NSDAP, künftig weniger mit dem Sozialismus zu kokettieren, um derartigen Entwicklungen präventiv Vorzubeugen.

Bei der sozialdemokratischen Presse gingen die Erklärungen zum „Austausch der Extreme" über die Propaganda zugunsten einer unterschiedlosen Verteidigung der Weimarer Republik hinaus und waren von dem Bemühen geprägt, die Stellung der SPD als marxistische Arbeiterpartei vor der Arbeiterschaft zu verteidigen. Die sozialdemokratischen Zeitungen reagierten frühzeitig und äußerst empfindlich auf die „Sozialfaschismus"-These, die die KPD ab Ende 1929 lautstark verbreitete. Bereits vor der „Programmerklärung" war der „Vorwärts" bestrebt, die in der kommunistischen Theorie behauptete Gleichstellung der SPD mit der kapitalistischen Bourgeoisie innerhalb einer faschistischen Gesamtbewegung in ihr Gegenteil umzukehren und ihrerseits eine komunistisch-nationalsozialische Identität zu propagieren.[395]

Ebenso wie die Sozialdemokratie hatten auch kommunistische Splittergruppen früher und sensibler auf die Auswüchse kommunistisch-nationalsozialistischer Konkurrenz um des anderen Mitglieder- und Wählerpotential reagiert und in einer vergleichbar scharfen Art und Weise verurteilt; waren ihre

---

393 VZ, 12. 4. 1932, „Von Thälmann zu Hitler; Kommunistische Massenübertritte zur N.S.D.A.P." Dementsprechend hatte die Zeitung getitelt: „Die Armee der Enteignung; Kommunisten in der S.A." VZ, 13. 4. 1932.

394 Vgl. bspw: DAZ, 21. 3. 1931, „Unsere Meinung" [zum Übertritt Scheringers], hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 27 oder Berliner Börsen-Zeitung, 22. 10. 1932, „‚Technische Anweisungen' der KPD für den Wahlkampf".

395 Für dieses Ansinnen hatten die Propagandisten der Partei das Schlagwort bzw. den Schimpfnamen „Kozi" entwickelt. Der „Vorwärts" hatte daher schon im Juni 1930, bevor allen anderen Zeitungen dieses Thema aufgriffen, getitelt, dass „Hitler-Hemd und Rote Front […] nicht mehr zu trennen" seien. Der Artikel führte mit einer beißenden Polemik, die die Tiefe der Verletzung durch den Dolchstoß aus den eigenen Arbeiterreihen erkennen lässt, aus: „Es ist geradezu klassisch, wie die Totschläger von Hakenkreuz und Rotfront, obwohl sie sich gegenseitig abmurksen, in Wirklichkeit *eine einzige, innig miteinander verfilzte Rohlingsgesellschaft* bilden und bald bei der einen, bald bei der anderen Organisation Unterschlupf suchen und finden. Hitler-Trupp und Rote Front sind sozusagen zwei Organisationskörper, deren jeder von den Exkrementen des anderen lebt." Vorwärts, 4. 6. 1930, „Wer ist weg?; Hitler-Hemd und Rote Front sind nicht mehr zu trennen!", zitiert nach: BArch R 1501/20153, Bl. 6. Vgl. auch: Vorwärts, 5. 6. 1930, „Kommunisten als Nazifreunde.", in: BArch R 1501/20153, Bl. 8.

Mitglieder doch im Streit über die ultralinke Generallinie und die nationale Propaganda der KPD aus der Partei ausgeschlossen worden oder freiwillig ausgetreten. Indem ihre Presseorgane gezielt auf diese, für viele Kommunisten an der Basis ungewohnten, ja unliebsamen Fälle hinwiesen, versuchten sie den vermeintlich nationalen Kurs der KPD zu desavouieren und ihre eigene Stellung innerhalb der kommunistischen Bewegung zu stärken.[396]

Die Parteipresse der KPD verwies ihrerseits beständig auf Zersetzungserscheinungen innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung oder auf Übertritte von Nationalsozialisten zur KPD und ihren Massenorganisationen, um die Überlegenheit der eigenen Ideologie und den Erfolg der nationalen Propaganda und Agitation zu belegen.[397] Konkrete Angaben über benennbare, tatsächlich erfolgte Übertritte von der NSDAP zur KPD fanden sich in der Weimarer Presse, einschließlich der Zeitungen beider Radikalparteien, äußerst selten und betrafen überdies zumeist Einzelfälle oder Kleinstgruppen.[398] Das Gros der Berichterstattung über den Parteienwechsel zwischen den Extremen blieb allgemeinen Aussagen oder beliebigen Floskeln verhaftet, die den jeweiligen propagandistischen Absichten folgten. Diese Vorgehensweise galt auch für die kommunistische Presse, deren Berichterstattung über Parteiübertritte oftmals aus reinen Behauptungen bestand, die jeglicher faktischen Grundlage entbehrten. So beteuerte die „Rote Fahne" während der ersten Stennes-Revolte, wider besseres Wissen und folglich ohne nähere Belege anzuführen, dass „zahlreiche enttäuschte Arbeiter der NSDAP zu uns übergehen".[399] Der größte Teil der Berichterstattung zu diesem Thema beschrieb ohnehin reine Zersetzungserscheinungen im nationalsozialistischen Lager, denen nach Verlassen der NSDAP zumeist keine Übertritte zur KPD oder ihren Massenorganisationen folgten. Viele Erfolgsmeldungen der Parteipresse schilderten Fälle, in denen einzelne Nationalsozialisten lediglich Sympathiebekundungen für die „Rote Front" abgegeben oder den weit weniger verbindlichen Eintritt in den „KgdF" einer Parteimitgliedschaft vorgezogen hatten.[400] Auch die beiden pro-

---

396 Unter den Stellungnahmen der KPD-O fanden sich auch Formulierungen, die zur klischeehaften Beschreibung dieser angenommenen Wechselbewegung geworden sind. Der Zeitung „Arbeiterpolitik" zufolge soll eine „Stettiner **RFB-Gruppe mit der Kapelle zu den Nazis übergelaufen**" sein. Arbeiterpolitik, 20. 5. 1930, „Ab zu den Faschisten", nach: BArch R 1501/20153, Bl. 1.

397 Hier sei als Beispiel die Zeitschrift „Die Fanfare", das Organ des „KgdF", herangezogen. Es fällt rasch auf, dass es viel zu selten zu entsprechenden Ereignissen kam, um jede Ausgabe der zwei Mal im Monat erscheinenden Zeitschrift mit adäquaten Erfolgsmeldungen auszustatten. Für den Zeitraum von Mai 1932 bis einschließlich Oktober 1932 fanden sich lediglich 4 Artikel über konkrete Frontwechsel. Im Frühsommer erschien die Zeitschrift nur einmal pro Monat und September 1932 gar nicht.

398 Vgl. die entsprechenden Akten der NSS des RMdI, die z.T. eigens zur Überwachung des Mitglieder- und Wählerwechsels zwischen KPD und NSDAP angelegt worden waren: BArch R 1501/20153, R 1501/20156, R 1501/20609 sowie R 1501/20610. In diesen Aktenbeständen fanden lediglich 16 konkrete Fälle von direkten Parteiübertritten von der NSDAP zur KPD Erwähnung. Von diesen 16 Fällen betrafen 8 einzelne Nationalsozialisten, 3 Gruppen bis 5 Mann Stärke und nur in 3 weiteren Fällen waren größere Gruppen (18, 19 und 68 Mann) übergetreten. In zwei Fällen wurden nur ungenaue Angaben über die Größe gemacht; es ist aber davon auszugehen, dass sie zwischen 5 und 20 Mann lagen. Die restlichen Fälle blieben allesamt floskelhaften und unbestimmten Meldungen ohne konkrete Angaben.

399 RF, 3. 9. 1930, „Die Revolte der Nazi-Proleten".

400 Vgl. bspw.: RF, 18. 11. 1931, „Straßerjugend stößt zur roten Front", hier nach: BArch R 1501/20609, Bl. 403 und RF, 21. 4. 1932, „SA-Truppenführer und SA-Mann an ihre ehemaligen Kameraden".

minentesten Dissidenten, Römer und Scheringer, hatten sich nur mit der „Roten Front“ solidarisch erklärt, aber keinen Parteieintritt vollzogen.

Die KPD stand zusätzlich vor dem Problem, dass sie bei der propagandistischen Ausnutzung der Übertritte einzelner bürgerlicher NSDAP-Funktionäre äußerst umsichtig vorgehen musste (oder wollte), um Kritikern keine weitere Munition für ihre Attacken gegen den nationalen Kurs der Partei in die Hand zu geben. Eine Vorgehensweise, an der die KPD einen gewichtigen Anteil hatte, nachdem sie stets die Gewinnung der ehrlichen, proletarischen Elemente der NSDAP, und nicht die ihrer bürgerlichen Führungsgarnitur eingefordert hatte. Dementsprechend wurde von bürgerlichen Dissidenten, wenn es sich um weniger prominente Funktionäre handelte, von denen keine propagandistische Wirkung erwartet wurde, größtenteils in kurzen, mitunter titellosen Notizen berichtet.[401]

Diese strenge Selektion bei Aufnahmen von nationalsozialistischen Dissidenten entsprang nicht nur einem grundsätzlichen Misstrauen, sondern der Konzeption und dem Selbstverständnis der kommunistischen Partei, die sich als Avantgarde und „Schwertträgerorden“ der revolutionären Arbeiterschaft verstand.[402] Aufnahme sollten auch unter Proletariern nur wirklich überzeugte und opferbereite Revolutionäre finden; eine Messlatte, die bei nationalistischen Konvertiten nochmals etwas höher angesetzt wurde. Übertrittswillige wurden meist einzeln durch den AM-Apparat überprüft, um Spitzel oder Provokateure, die von den Nachrichtendiensten der Rechtsparteien gezielt in die KPD geschickt wurden, enttarnen zu können. Waren dennoch einzelne Nationalisten bzw. Nationalsozialisten zum Frontwechsel bereit und war ihre Überprüfung positiv ausgefallen, hatten sich die Konvertiten umgehend den Vorgaben der KPD unterzuordnen und sich für das Wohl der Partei einzusetzen. Ganz in diesem Sinne hatte die Reichsleitung des AM-Apparates bereits vor der Veröffentlichung der „Programmerklärung“ die zuständigen Parteifunktionäre instruiert. Demnach sollten „sozialfühlende Mitglieder”, die der nationalsozialistischen „Bewegung den Rücken kehren”, nicht prinzipiell in die kommunistische Partei oder eine ihrer Massenorganisationen überführt werden, sondern, so weit es möglich war, innerhalb ihrer alten Organisationen belassen werden, wo sie als Spitzel oder *agent provocateur* für die KPD ungleich wertvollere Arbeit leisten könnten.[403]

Die Berichterstattung auf Seiten der Nationalsozialisten verfolgte eine vergleichbare Vorgehensweise und Meldungen über (angebliche) Parteiwechsel waren in erster Linie der Unterstützung der eigenen Propaganda und weniger tatsächlichen Erfolgsmeldungen verpflichtet.[404] Regelmäßig veröffentlichte

---

401 Vgl. bspw.: RF, 16. 9. 1931, >kein Titel<, hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 114. Dort wurde der Parteiwechsel des ehemaligen NSDAP-Funktionärs, „Kaufmann und Leutnant a.D. *Müller*” aus Magdeburg vermeldet.

402 Weber, Deutsche Kommunisten, S. 33.

403 BArch R 1501/20152, Bl. 44, Abschrift der Polizei eines, von einer „durchaus glaubwürdigen Person” erhaltenen Schreibens an die Mitglieder des AM-Apparates, vom 17. 6. 1930.

404 Angriff, 19. 3. 1932, „Massenübertritte von der Kommune zur NSDAP.; Das Volk läßt sich nicht länger beschwindeln”, hier nach: BArch R 1501/20610, Bl. 97. Dort wurde über zwei NS-Versammlungen in Berliner Arbeitervierteln berichtet, zu denen mehr „politisch Andersdenkende [...] als Sympathisierende” gekommen seien. Doch die Angabe, dass im Anschluss der Veranstaltungen 14 Neueintritte in SA und NSDAP erfolgt seien, spricht gegen die im Titel ange-

Dementi beider Seiten erschweren zusätzlich die Einschätzung tatsächlich vollzogener Parteiwechsel.[405] Von einer breiten Massenbewegung, die die KPD sicherlich für ihre Zwecke ausgeschlachtet hätte, war in der Parteipresse, abgesehen von wenigen unbestimmten Ausnahmen während der Abspaltung der Strasser-Gruppe, zu keiner Zeit die Rede.[406]

Auch Berichte der KPD-Presse vom Anfang November 1932, als sich nach ersten Wahlverlusten der NSDAP Auflösungserscheinungen bei der SA zeigte, sprechen gegen nennenswerte Resultate.[407] Es ist durchaus denkbar, dass es sich bei den oppositionellen SA-Männern, entsprechend der oben angeführten Anweisung des AM-Apparates, um bereits gewonnene, wegen der besseren Zersetzungsmöglichkeiten aber in ihren alten Organisationen belassene Konvertiten gehandelt hatte, die gebündelt und koordiniert zu bestimmten, medial aufbereiteten Anlässen öffentlich ihren Frontwechsel zu verkünden hatten. Diese Möglichkeit ist nicht so unwahrscheinlich, wie sie im ersten Moment klingen mag. Die KPD verfolgte, in der Hoffnung ihren Zersetzungsschriften eine größere Glaubwürdigkeit verleihen zu können, aber auch aus Mangel an vorzeigbaren Ergebnissen ihrer Zersetzungsarbeit, die Strategie, die fehlende innerparteiliche Opposition der NSDAP mitunter selbst zu simulieren. So schickte der AM-Apparat zuverlässige Kommunisten in die SA, die dort die Rolle einer Opposition zu übernehmen hatten.[408] In einem geheimen Bericht hieß es zu dieser Frage ausdrücklich, dass „im Zentrum der antimilitärischen Aufgaben [...] die Arbeit in der SA" stünde, worunter die „Anwendung aller halblegalen Möglichkeiten [...] und geschicktester unterirdischer Zersetzungstätigkeit" verstanden wurde.[409] Das Schreiben führte als konkrete Maßnahmen an:

„A: Ein Netz von Stützpunkten in der SA im ganzen Reich. B: feste Gruppen und Zellen in den wichtigsten Sturmabteilungen und Specialformationen (NSKK, Pionier-Stürme) mindestens in jeder Brigade in den Industriegebieten. C: Revolutionierung ganzer Stürme. D: Regelmässige Herausgabe von SA-Oppositionszeitungen und Flugblättern durch die Zellen in der SA."

Diese Strategie wurde durch einen Bericht Kippenbergers, des Leiters des AM-Apparates, aus dem russischen Exil ausdrücklich bestätigt:

„Die Arbeit in der SA bis 1933, wie auch im Stahlhelm und auf anderer Ebene beim Reichsbanner, basierte auf den politischen Aktivitäten der Partei zur Radikalisierung der proletarischen und werktätigen Schichten in diesen Formationen. Die Aufgabe des Apparates bestand in der Gewinnung und Zusammenfassung der oppositionellen Elemente und der Hilfe bei der Herausgabe und Verbreitung

---

kündigten Massenübertritte. Der Hinweis, dass es sich um ehemalige Kommunisten gehandelt hatte, fand sich innerhalb des Textes nicht mehr.

405 Vgl. u.a. RF, 13. 4. 1932, „KPD-Uebertritte zu Hitler, von A bis Z erlogen!".

406 In diesem Sinne auch: Dupeux , Nationalbolschewismus, S. 449.

407 RF, 3. 11. 1932, „Konferenz oppositioneller SA.-Leute und Stahlhelmer im Ruhrgebiet", BArch R 1501/20581, Bl. 270; auch unter: BArch R 1501/20610, Bl. 167. „Vertreten waren auf der Konferenz eine große Zahl ehemaliger SA.-Leute und Delegierte oppositioneller Stürme der SA. im Ruhrgebiet. […] Nach einer eingehenden kameradschaftlichen Aussprache unterzeichneten 19 Teilnehmer der Konferenz einen Aufruf und erklärten sich prinzipiell mit dem Standpunkt des Kampfbundes gegen den Faschismus einverstanden." Vgl. Fischer, German Communists, S. 158.

408 Vgl. Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 222.

409 SAPMO im BArch RY 1/I2/705/4, Bl. 1-2, ohne Titel, D. und V.a. (frühestens aus dem Jahr 1932, da der AM-Apparat inzwischen in LK-Apparat umbenannt worden war. Von den (DDR-) Archivaren wurde der Bericht unter einer Sortierungskarte mit der Aufschrift „1933" einsortiert)

oppositioneller Materialien (Flugblätter, Zeitungen, Kettenbriefe und dergl.) Der zentrale Apparat dieses Aufgabengebietes ermittelte die Erfassung von Bezirk zu Bezirk, half praktisch bei der Entwicklung dieser Arbeit und konkretisierte und kontrollierte das Herausarbeiten einer wirksamen oppositionellen Linie (die nur bedingt ein offen kommunistisches Gesicht zeigen konnte). Diese Linie wurde im Ganzen bis 1935 beibehalten ..."[410]

Diese als innerparteiliche Oppositionszeitungen getarnten Zersetzungsschriften, die z.T. unter verschiedenen Titeln denselben Inhalt aufwiesen, wurden über den AM-Apparat in ganz Deutschland verteilt.[411] Ihr Erscheinen wurde in den regulären Publikationen der KPD wiederum als Erfolg des ideologischen Kampfes der Partei gefeiert und als Beginn einer umfassenden Zersetzung der nationalsozialistischen Bewegung herausgestellt.[412] Auch die Polizeibehörden waren auf diese Vorgehensweise der KPD aufmerksam geworden und waren sich bald sicher, dass (einige) Oppositionszeitschriften von Kommunisten oder sympathisierenden Gruppen hergestellt worden waren.[413]
Der größte Anteil an nationalsozialistischen Dissidenten, die zum Kommunismus fanden, dürfte seinen Weg über die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" Otto Strassers gegangen sein. In der historischen Forschung herrscht Einigkeit darüber, dass mehr als die Hälfte seiner Gefolgschaft schrittweise zur KPD oder ihren Massenorganisationen übergetreten war.[414] Auch Zeitgenossen registrierten und bestätigten tendenziell diese Entwicklung.[415] Bei der KGRNS, mit einer geschätzten Mitgliederzahl, die starken Schwankungen unterworfen zwischen 2500 und 6000 gelegen haben dürfte, handelte es sich im Vergleich zur Massenpartei NSDAP aber lediglich um eine unbedeutende Splittergruppe.[416] Somit dürften zwischen 1500 und 3000 ehemalige Nationalsozialis-

---

410 SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 7, Bl. 157, Berichte Kippenbergers: „Personalpolitik des zentralen und des militärpolitischen Apparates" sowie „Methoden und Organisation der militärpolitischen Arbeit", vom 2. 2. 1936.

411 Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 222f. Dort werden allein für Berlin „Der rote Angriff", „Der SA-Prolet" und „Sturmbanner - Sprachrohr der revolutionären SA- und SS-Kameraden" angeführt.

412 So bspw. im Aufbruch, 2. Jg., Nr. 9, Dezember 1932, „Sturmzeichen in der SA.!", S. 4-7 (Reprint: S. 306-309).

413 Derartige Erkenntnisse hatte die Bremer Polizei über die Zersetzungsschrift „Der SA-Prolet" geäußert. Auch die „Nachrichtenstelle München" berichtet über eine „Druckschrift ‚Sturmbanner' - Sprachrohr der revolutionären SA.- und SS.-Kameraden […], betitelt ‚Warum sind wir nicht an der Macht?'". Sie war sich sicher, dass die Schrift „von der KPD. herausgegeben und [...] der Zersetzungsarbeit innerhalb gegnerischer Organisationen" dienen würde. BArch R 1501/20048, Bl. 238. Bericht der Polizei Bremen an das RMdI, vom 25. 10. 1932 und BArch R 1501/20152, Bl. 411. Weitere Berichte dieser Art liefen in der NSS des RMdI zusammen, wo sich „in den Akten [...] ein von der KPD. Bezirk Nordwest herausgegebenes Rundschreiben vom 13. 12. 1932 betitelt ‚Der SA.-Prolet', No. 2 - SS.- und SA-Oppositionsblatt Gau Nordwest" finden lässt. BArch R 1501/20152, Bl. 414. Abschrift auch: BArch R 8051/118, Bl. 173-177.

414 Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 56 & 147, Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 400 sowie Striefler, Der Kampf um die Macht, S. 111.

415 Ein Gesamtüberblick über die Mitgliederentwicklung der KGRNS durch die Polizei konnte nicht aufgefunden werden. Aus einzelnen (Lage-) Berichten kann jedoch auf eine verstärkte Abwanderung zur KPD geschlossen werden: Vgl. dazu: BArch R 1501/126075, Bl. 21, Lagebericht Braunschweig, vom 13.03.1931; BArch R 1501/20609, Bl. 323, Lagebericht Lübeck, vom 15. 9. 1931; BArch R 1501/126074, Bl. 274-279, Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (IA) Berlin über den ersten Reichskongress der KGRNS vom Oktober 1930, Nr. 22, vom 15. 11. 1930, hier: Bl. 275f.; BArch R 1501/126075, Bl. 15, Lagebericht Lübeck, vom 25. 2. 1931 sowie BArch R 1501/126075, Bl. 15a, Abschrift der Polizei: „Kampfbund gegen den Faschismus, Reichsleitung, Rundschreiben Nr. 9", Berlin, den 25. 2. 1931.

416 Es finden sich eine Reihe, z.T. stark differierender Angaben über die Mitgliederstärke der KGRNS. Dupeux gibt für Mitte 1931 6000 Mitglieder und für Ende 1931 nur noch 2000 Mitglieder an, von denen auch ein Teil zur NSDAP zurückgegangen oder zu kleinen, nationalrevolutionären Gruppierungen gewechselt sein soll. Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 398ff. Ein Polizeibericht gibt für den Juli 1930, kurz nach der Abspaltung, eine geschätzte Mitgliederzahl an, die zwischen 3800 und 5000 gelegen haben soll. BArch R 1501/126074, Bl. 64-73, Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (IA) Berlin, Nr. 14, vom 15. 7. 1930, hier: Bl. 66. Bereits ein viertel Jahr darauf revidierte die Polizei ihre Anga-

ten über die Strasser-Gruppe den Frontwechsel vollzogen haben, von denen die meisten jedoch nicht der KPD, sondern vor allem dem „KgdF“ beigetreten sein dürften; und folglich auch nicht in den unten wiedergegeben Mitgliederstatistiken der Partei berücksichtigt worden waren.[417]

Die Frage eines möglichen Wählerwechsels zwischen beiden Radikalparteien wurde von der Weimarer Presselandschaft äußerst selten angesprochen, was wohl darin begründet lag, dass sich sowohl KPD als auch NSDAP ab 1930 bei den (Reichstags-) Wahlen eines stetig steigenden Zuspruchs erfreuen konnten und in dieser Zeit noch keine Meinungs- und Wahlforschung existierte, die qualifizierte Aussagen ermöglicht hätte. Falter kommt in seiner Studie über „Hitlers Wähler“ zu dem Schluss, dass „von einem erhöhten Wähleraustausch zwischen den beiden extremistischen Flügelparteien des Weimarer Systems […] kaum gesprochen werden“ könne.[418] Eine Ausnahme stellte allenfalls der 2. Wahlgang zum Reichspräsidenten im April 1932 dar.[419] Der Wahlausgang schien alle zuvor gehegten Befürchtungen über den „Austausch der Extreme“ zu bestätigen: während Thälmann ca. 1,3 Millionen Stimmen einbüßte, konnte Hitler unerwartet stark zulegen. Der Zuwachs von ca. 2,1 Millionen Wählern überraschte; zumal Hitlers direkter Konkurrent aus dem 1. Wahlgang, der Stahlhelm-Führer und DNVP-Kandidat Duesterberg, seinen gut 2,5 Millionen Anhängern eine eindeutige Wahlempfehlung zugunsten Hindenburgs gegeben hatte. Bereits zwei Tage nach der Wahl hatte die „Frankfurter Zeitung“ für das Land Hessen errechnet, dass die Stimmengewinne Hitlers nicht allein von Duesterberg stammen konnten.[420] Die Prozentzahl, die Thälmann im Vergleich zum ersten Urnengang verloren hatte, würde ungefähr dem entsprechen, was Hitler hinzugewonnen habe. Auch die „Vossische Zeitung“ berichtete, dass hunderttausende Kommunisten für Hitler gestimmt hätten, was der NSDAP-Führung durchaus unangenehm sei.[421]

---

ben, „die seinerzeit [...] demnach zu hoch geschätzt” worden war, auf 2500 bis 3000 Personen. BArch R 1501/126074, Bl. 274-279, Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (IA) Berlin über den ersten Reichskongress der KGRNS vom Oktober 1930, Nr. 22, vom 15.11.1930, Bl. 278. Im Mai 1931 gab der Polizeipräsident Berlin die Stärke mit 6000 Mann inklusive befreundeter Gruppen, wie die SA-Männer aus der Stennes-Revolte oder der Arbeitsgemeinschaft des Dr. Ganz in Schleswig-Holstein, an. BArch R 1501/126074, Bl. 50-54, Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Berlin, den 19. 5. 1931.

417 In diesem Zusammenhang bleibt die Frage offen, wie Mitglieder der KGRNS, die zwar der Strasser-Gruppe treu geblieben, zugleich aber dem „KgdF“ beigetreten waren, zu bewerten sind. Da es sich dabei höchstens um wenige Hundert Mann gehandelt haben dürfte, kann diese Gruppe vernachlässigt werden.

418 Falter, Hitlers Wähler, S. 116.

419 Ergebnisse des 1. Wahlgangs bei ca, 37,65 Mio. gültigen Stimmen: Hindenburg (Zentrum, SPD, DDP, DVP, BVP) = 49,6% (ca. 18 674 000), Hitler (NSDAP) = 30.1% (ca. 11 333 000), Thälmann (KPD) = 13,2% (ca. 4 970 000) und Duesterberg (DNVP/Stahlhelm) = 6,8% (ca. 2 560 000). Ergebnisse des 2. Wahlgangs bei ca. 36,49 Mio. gültigen Stimmen: Hindenburg (Zentrum, SPD, DDP, DVP, BVP – z.T. auch DNVP) = 53% (ca. 19 340 000), Hitler (NSDAP – z.T. auch DNVP) = 36,8% (ca. 13 428 000), Thälmann (KPD) = 10,2% (ca. 3 722 000). Schulze, Weimar, S. 367.

420 FZ, 12. 4. 1932, „Kommunisten in Hessen stimmen für Hitler”.

421 VZ, 12. 4. 1932, „Von Thälmann zu Hitler; Kommunistische Massenübertritte zur N.S.D.A.P.” Der Artikel gab für Thüringen den geschätzten Wert von 50 000 Kommunisten, die nun für Hitler gestimmt hätten. Während das „Berliner Tageblatt“ nur von einer „gewissen Zahl“ von Kommunisten sprach, schätzte die „BZ am Mittag“ ihre Anzahl auf eine ½ Millionen und erwartete daraufhin Zugewinne radikal gesinnter Männer für die SA, was den Legalitätskurs Hitlers zur Makulatur machen würde. BT, 12.04.1932, „Kommunisten stimmen für Hitler” und BZ am Mittag, 11. 4. 1932, „Der Triumph der Vernunft; Hindenburgs absolute Mehrheit”.

Nachdem in den letzten Monaten der Gedanke durch die kommunistische Bewegung gegeistert war, dass eine Regierung Hitler den Niedergang des bürgerlich-kapitalistischen Staates deutlich beschleunigen würde, hatte die KPD-Führung ein derartiges Wahlverhalten ihrer Mitglieder und Sympathisanten selbst befürchtet. Diese so genannte Katastrophen-Politik besagte, dass der Kapitalist Hitler über keinerlei Ideen und Mittel zur Rettung der Wirtschaft verfüge, daher schnell abwirtschaften müsse, die Krise auf ihren absoluten Höhepunkt treiben und damit der zwangsläufig folgenden kommunistischen Revolution den Weg ebnen würde. Um derartigen Stimmungen vorzubeugen, hatte die „Welt am Abend" noch am Vorabend der Wahl versucht der revolutionären Ungeduld einiger Kommunisten, ihren Drang „den Gang der Dinge zu beschleunigen", entgegen zu wirken, was von der bürgerlichen Presse mitunter als Eingeständnis angesehen wurde.[422] Die „Frankfurter Zeitung" war sich gleichwohl bewusst, dass das Gros der kommunistischen Wechselwähler aus revolutionärer Ungeduld und nicht aus ideologischen Gründen für Hitler gestimmt hätte und schränkte ausdrücklich den „Austausch der Extreme" dahingehend ein, dass es nicht Sympathie sondern eine vergleichbare Zerstörungswut gewesen sei, die ein derartiges Wahlverhalten ausgelöst habe.[423] Und nachdem sogar einige nationalsozialistische Blätter den unerwarteten Zuwachs nun „anständiger Kommunisten" eingeräumt hatten, spottete die „Vossische Zeitung", dass bereits ein einziger Wahlzettel ausreiche, um aus einem „Untermenschen" einen „nordischen Edeling" zu machen.[424]

Die NSDAP war indessen über derartige Ansichten innerhalb des kommunistischen Massenanhanges im Bilde und versuchte diese Stimmungen zu verstärken, um sie im Interesse der eigenen Partei auszunutzen. Diese Bestrebungen konnten zu seltenen Stilblüten führen, die (inhaltlich) jegliches bisher bekanntes Maß an Verwischung der Fronten übertraf. Nationalsozialistische Propagandaleiter hatten ein als kommunistisches Flugblatt getarntes Schreiben entworfen und verteilt, das an die Katastrophen-Stimmung anknüpfen und sie weiter verstärken sollte, indem es die Kommunisten zur Beschleunigung des Niedergangs des Kapitalismus durch die Wahl Hitlers aufrief.[425]

Es bleibt dennoch die Frage offen, wie viele Kommunisten, mit welcher Motivation auch immer, tatsächlich ihre Stimme Hitler gegeben hatten. Sie lässt sich nicht abschließend beantworten. Sämtliche Angaben, auf denen derartige Abwägungen basieren, beruhen lediglich auf allgemeinen Schätzwerten. Es ist jedoch auffällig, dass der allgemeine Rückgang der Wahlbeteiligung (ca. 1,25 Millionen) ungefähr den Verlusten Thälmanns entsprach (1,16 Millionen). Selbst wenn über hunderttausend Kommunisten für Hitler gestimmt haben mögen, was durchaus im Rahmen des Möglichen

---

422 WaA, 9. 4. 1932, „Blick von Links; Einer, der Hitler wählen wollte, gibt seine Stimme Thälmann". Vgl. auch: BT, 12. 4. 1932, „Kommunisten stimmen für Hitler" oder FZ, 14. 4. 1932, „Die Kommunisten am 10. April".

423 FZ, 14. 4. 1932, „Die Kommunisten am 10. April".

424 VZ, 12. 4. 1932, „Von Thälmann zu Hitler; Kommunistische Massenübertritte zur N.S.D.A.P.". Der „Völkische Beobachter" hatte im Auftrage Hitlers einer solchen Wählerwanderung ausdrücklich widersprochen.

425 BArch R 1501/20610, Bl. 114, Bericht des Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 20. 4. 1932. Der Polizeibericht glaubte, dass dieses Flugblatt regional „das starke Hinüberwechseln kommunistischer Wähler zu den Nationalsozialisten bei der Wahl des Herrn Reichspräsidenten am 10. April 1932" erklären könnte.

liegt, waren damit keine dauerhaft wechselnden, parteipolitischen Loyalitäten verbunden. Ein derartiger Wählerwechsel blieb ein einmaliges Ereignis. Und da KPD wie auch NSDAP bei den nächsten (Reichstags-) Wahlen weiter zulegen konnte, wurde das Thema von der Weimarer Presse auch nicht mehr aufgegriffen.

Bei der Überwachung der Wechselbeziehungen zwischen den beiden Radikalparteien bezogen sich die Polizeibehörden in beträchtlichem Maße auf die Weimarer Presselandschaft. Ein Umstand, der, wie der Preußische Innenminister Grzesinski einräumen musste, vor allem darin begründet lag, dass „die nachgeordneten Behörden im Hinblick auf die derzeitige Überlastung mit rein polizeilichen Aufgaben" zwingend auf diese Informationsquellen angewiesen seien.[426] Die Polizei verfüge nicht einmal über ausreichende Kapazitäten, um wenigsten die aktiven Funktionäre von NSDAP oder KPD zu überprüfen, weshalb die Beamten „nur in Ausnahmefällen Erhebungen über die Vergangenheit der untergeordneten Führer der radikalen Parteien anstellen können". Dementsprechend seien die in den Polizeiberichten „enthaltene Übersicht über führende Mitglieder der NSDAP. die früher in der KPD tätig waren, [...] naturgemäss nicht vollständig". Diese Feststellung war zugleich ein Eingeständnis, dass eine detaillierte Erfassung oder auch nur annähernde Zusammenstellung eines Überblicks der Wechselbewegung auf der Ebene der einfachen Mitglieder für die Staatsbehörden schlicht unmöglich gewesen war.

Die Folge war, dass sich Polizei- und Presseberichterstattung gegenseitig beeinflussten und so vorhandene, teils unbegründete Wahrnehmungs- und Meinungstendenzen weiter verstärkten. So bezog sich ein Bericht der Berliner Polizei zu dieser Frage wortwörtlich auf einen Artikel der „Vossischen Zeitung" vom 27.02.1932 mit dem vielsagenden Titel „Mordgemeinschaft der Radikalen". Demnach wiesen „diese Ausführungen [...] auf das ständige Fluktuieren von der äußersten Rechten zur äußersten Linken und umgekehrt hin. Im Einzelnen erörtert der Artikel mit durchaus zutreffendem Tatsachenmaterial insbesondere die Abwanderung von der radikalen Rechten zu der radikalen Linken."[427]

Der letzten Aussage stimmen die beiden Berichterstatter jedoch nicht vorbehaltlos zu, ließen sie aber als gültig bestehen, obwohl ihrer Ansicht nach eher das Gegenteil zutreffend und „der in dem Artikel aufgewiesene ‚Fluktuationsprozeß' [...] für die umgekehrte Richtung von der radikalen Linken (KPD) zur radikalen Rechten (NSDAP) wohl noch in größerem Maße festzustellen" sei. Ihrer persönlichen Einschätzung nach falle es „seit längerer Zeit [...] auf, daß unter den nationalsozialistischen Wanderrednern kommunistische Überläufer zu Ruhm und Ehre gelangen". Als Beweis wurden sechs Beispiele angeführt.[428] Um ihrer Aussage mehr Gewicht verleihen zu können, fuhren die

---

426 BArch R 1501/20610, Bl. 98, Bericht des Preußischen MdI an das RMdI, Berlin, den 1. 4. 1932.

427 BArch R 1501/20610, Bl. 99-102, Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Berlin, den 3. 3. 1932; „An den Herrn Minister des Innern, persönlich"; Berichterstatter: Reg. Assessoren Dr. Oseterle und Schindler.

428 Namentlich genannt wurden: a) Bäckergeselle Stephan Ehn, Reichsredner der NSDAP, b) Paul Land, Reichsredner der NSDAP, c) Johannes Engel, NSBO-Leiter Gau Groß Berlin, d) Karl Klötzner, Redner der NSDAP, e) Felix Neumann, Reichsredner der NSDAP, f) Berthold Karwahne, M.d.R. für die NSDAP.

Berichterstatter unbestimmt fort, dass „aber auch bei der großen Masse der NSDAP.-Angehörigen [...] immer wieder auf[fällt], daß eine große Zahl von ihnen früher Anhänger der KPD. war". Als Beleg wurde aber lediglich darauf hingewiesen, dass „diese Beobachtungen [...] hier insbesondere gelegentlich strafrechtlicher Ermittlungen gemacht" worden seien. Eine aussagekräftige, empirische Auswertung entsprechender Akten der Polizei oder Justiz, mit der diese Aussage hätte belegt werden können, wurde nicht angegeben, was vermuten lässt, dass keine vorgenommen worden und nicht verfügbar gewesen war. Darüber hinaus ließen sich mit dieser Feststellung in erster Linie Aussagen über die Mitglieder der parteigebundenen Wehrorganisationen treffen, die infolge ihrer (illegalen und gewalttätigen) Aktionen das Gros der Straffälligen ausgemacht haben. Weitere Beweise blieben zugegebener Maßen in Vermutungen stecken oder bezogen sich auf einen einzigen (!) „besonders bemerkenswerten Fall".[429] Um überhaupt generalisierende Aussagen wiedergeben zu können, waren die Berichterstatter gezwungen, auf externe Informationen zurückzugreifen und sie belegten, ohne ihre Quelle in Frage zu stellen (!), ihre Angaben über den Anteil an ehemaligen Kommunisten in der Berliner SA mit Selbstangaben der NSDAP:

„Um den Prozentsatz der früheren KPD.-Angehörigen in der S.A. festzustellen, wurde vor einiger Zeit von der hiesigen S.A.-Leitung eine Umfrage bei den einzelnen Stürmen gehalten. [...] Soweit einwandfreie Meldungen eingegangen sind, hat sich ergeben, daß bei einzelnen Stürmen sogar 55% der Mitglieder ehemalige Kommunisten sind. [...] Dieser hohe Prozentsatz ist hauptsächlich in Lichtenberg und bei einigen Stürmen im Süden festgestellt. [...] Der niedrigste Prozentsatz wird bei den meisten Stürmen auf etwa 30% angegeben. [...] Die vorerwähnten Stürme in Lichtenberg gehören zur Standarte 5 ‚Horst Wessel'. Bei dem eigentlichen Horst-Wessel-Sturm war ursprünglich ebenfalls ein hoher Prozentsatz ehemaliger KPD.-Angehöriger aufgenommen."

Dass derartige Angaben der NSDAP durchaus im Dienst der Parteipropaganda erfolgt sein konnten, die besonders im „Roten Berlin" auf die Gewinnung des „deutschen Arbeiters" wert legte, wurde von den Berichterstattern nicht erkannt und entsprechend kommentiert. Die grundlegende Unsicherheit bzw. Unkenntnis der tatsächlichen Sachlage durch die Polizeiberichterstatter zeigte sich dementsprechend in den Formulierungen ihres abschließenden Fazits, in dem es hieß: „Bei den Organisationen selbst, also sowohl den kommunistischen als den nationalsozialistischen, ist die erwähnte Abwanderung offenbar ebenfalls bereits festgestellt worden." Grzesinski persönlich fügte dem Bericht seiner Regierungsassessoren weiteres Zahlenmaterial über die Berliner SA an,

wonach „'von den 15 000 Berliner SA-Männern [...] gegen 8000 seit Monaten und Jahren ohne Arbeit [sind]. 8000 hungern und mit ihnen ihre Familien; und dennoch kämpfen sie Tag um Tag. Von diesen 15 000 SA-Männern sind über 11 000 Handarbeiter. Von diesen 15 000 Handarbeitern standen gegen 10 000 einst im roten Lager.'"[430]

Bezeichnender Weise zitierte auch Grzesinski leichtgläubig und unkritisch die Selbstangaben des „Völkischen Beobachters" über den Generalappell der Berliner SA. Unter diesen Umständen ent-

[429] Der bemerkenswerte Einzelfall, der sich nicht einmal in Preußen ereignet hatte, wurde „gelegentlich der Dienstfahrt des Berichterstatters […] nach München" durch die örtliche Polizeidirektion geschildert.
[430] BArch R 1501/20610, Bl. 98, Bericht des Preußischen Minister des Innern an das RMdI, Berlin, den 01. 4. 1932.

puppt sich das von dem Preußischen Innenminister angekündigte „weitere Tatsachenmaterial über die weitgehende Durchsetzung der nationalsozialistischen Bewegung mit ehem. Kommunisten" als unreflektiert wiedergegebene nationalsozialistische Propaganda, der die Polizeibehörden offensichtlich zu glauben bereit waren, da ihnen die Möglichkeiten zur Überprüfung fehlten.

Die „Vossische Zeitung" wiederum erhielt von diesem internen Behördenbericht Kenntnis, griff ihn indirekt auf und berichtete am 13.04., dass der Redaktion zusätzlich „zu den Feststellungen über die Radikalisierung der S.A., die kürzlich in der […] Zeitung getroffen wurde", noch mitgeteilt worden sei, „daß der Prozentsatz ehemaliger Kommunisten, denen niemand unter das braune Hemd sehen kann, in einzelnen Stürmen 55 v. H. ausmacht.".[431] Daran anschließend gab die Zeitung zum weiteren Beleg die selben sechs Namen der im Polizeibericht aufgeführten ehemals kommunistischen, nun nationalsozialistischen Wanderredner wieder, und führte weiter analog des Polizeiberichts aus, dass „bei strafrechtlichen Ermittlungen [...] immer wieder beobachtet [worden sei], daß ein Teil der wegen Ausschreitungen verfolgter Nationalsozialisten früher wegen ähnlicher Delikte, die sie *als Kommunisten begangen* haben, bestraft worden" waren. Und ganz im Sinne ihrer oben beschriebenen Strategie, die einen möglichst umfassenden „Austausch der Extreme" zu beweisen suchte, erklärte die Zeitung den im Polizeibericht erwähnten besonders bemerkenswerten Einzelfall einfach zum Regelfall:

„So gehört es nicht zu den Seltenheiten [!], daß ganze Gruppen von Kommunisten geschlossen zu den Nationalsozialisten übertreten, meist mit der Begründung, daß bei den Nazis ‚mehr los' sei. Auf diese Weise verwandeln sich marxistische ‚Untermenschen' in nordische Heldengestalten. Bis zur nächsten Verwandlung!"

Dass die „Vossische Zeitung" damit ihrer eigenen Berichterstattung widersprach, die noch vor wenigen Wochen ein verstärktes Überlaufen von Nationalsozialisten zur KPD proklamiert hatte, schien die Zeitung nicht weiter zu stören; für ihre politische Intention spielte es ohnehin keine Rolle. Für die zeitgenössische wie historische Wahrnehmung und Bewertung eines möglichen „Austausches der Extreme" entstehen durch diese Art der Berichterstattung jedoch zwei schwerwiegende Probleme: nicht nur, dass durch diese Verkettung von aufeinander aufbauenden Berichten das angebliche Ausmaß weiter gesteigert wurde. Auf diese Weise konnten propagandistische Selbstangaben zu einer von den Staatsbehörden abgesicherten Tatsache und der „Austausch der Extreme" damit zur vermeintlichen Realität werden.

Wird der Versuch unternommen, die Frage nach dem tatsächlichen Ausmaß eines etwaigen „Austausches der Extreme" zu beantworten, offenbart sich ein grundlegendes Problemen, das über den üblichen Verlust an historischem (Archiv-) Material hinausgeht: messbare, d.h. statistisch erfasste Übertritte sind allein anhand tatsächlich vollzogener Eintritte in Parteien oder Massenorganisationen feststellbar. Aussagen über Wählerbewegungen oder Sympathisanten sind praktisch nicht möglich, da eine empirisch belegte Meinungs- und Wahlforschung in der Weimarer Republik nicht existent war. Erst

[431] VZ, 13. 4. 1932, „Die Armee der Enteignung; Kommunisten in der S.A."

mit dem zweiten Quartal 1931 hatte die KPD damit begonnen, bei Neueintritten Erkundigungen über eine vorherige Parteienzugehörigkeit einzuziehen; woraus sich eine gewisse Unschärfe ergibt, da es fraglich bleibt, ob alle nationalsozialistischen Dissidenten beim Übertritt ihre vormalige Zugehörigkeit wahrheitsgemäß angegeben hatten. Darüber hinaus bleibt die Frage des Wechsels zwischen den Wehrorganisationen beider Radikalparteien offen, der oftmals einfacher zu vollziehen war, da er keiner vergleichbaren Überprüfung und strengen Parteidisziplin unterworfen war, und damit von den Zeitgenossen nicht zu Unrecht als der deutlich wahrscheinlichere angenommen worden war.[432]

Erst ein dreiviertel Jahr nachdem sich die KPD mit der „Programmerklärung" in den Konkurrenzkampf um das nationalsozialistische Wählerpotential gesetzt hatte, wurden die Neuaufnahmen nach vorheriger Parteizugehörigkeit unterschieden.[433] Bis zu diesem Zeitpunkt verfügte die Partei über keinerlei empirische Instrumente, die eine Überprüfung des Erfolges der eigenen Generallinie ermöglicht oder eine Datenbasis für die Planung neuer taktischer Schritte geboten hätte. Ein Umstand, der zugleich die große Bedeutung und Fixierung der revolutionären KPD auf parlamentarische Wahlergebnisse erklärt. Die Resultate wurden, besser noch als die Anzahl der Parteimitglieder, als adäquates Mittel angesehen, die Zustimmung innerhalb der deutschen Bevölkerung zur Partei und ihrer Politik messen zu können. Und nicht zuletzt belegt der Zeitpunkt der differenzierten Erhebung, dass bis zum Sommer 1931 die meisten Berichte über nationalsozialistische Konvertiten, die über benennbare, konkrete Einzelfälle hinausgingen, bloße Euphemismen waren, die propagandistischen Zwecken dienten, aber auf keinerlei belegbaren Datenbeständen beruhten. In diesem Sinne klagte der erste parteiinterne Bericht über die neue Neuaufnahmestatistik unter dem Abschnitt „4. Gewinnung von SPD-Mitgliedern, NSDAP-Mitgliedern usw." über die Schwierigkeiten überhaupt eine verlässliche Datenbasis erhalten zu können.[434]

Ein zweiter Bericht, der auf demselben Datenmaterial basierte, rechnete die vorhandenen Zahlen aller Parteibezirke zusammen und kam zu einem erstaunlich mageren Ergebnis, das zugleich die fehlende Berichterstattung über konkrete Übertrittsfälle erklärt: „Uebertritt von NSDAP-Mitgliedern: Hier melden die Bezirke im April 5 Uebertritte, im Mai 38, im Juni 68, im Juli 37, wobei nochmals darauf hin-

---

[432] Dupeux weist ganz zu recht darauf hin, dass es praktisch unmöglich festzustellen ist, inwieweit SA-Rebellen zur KPD übergegangen sind. Dupeux, „Nationalbolschewismus", S. 453.

[433] Vgl. SAPMO im BArch RY 1/I2/4/33, besonders die Bl. 38-42, 78, 82-88 & 108f. Die Polizei muss über exzellente Quellen innerhalb der KPD verfügt haben, die ihr Einblicke in derart sensible und wichtige Interna der Partei ermöglichten. BArch R 1501/20610, Blatt 123, „Auszugsweise Abschrift aus ‚Die organisatorische Entwicklung der Partei im Jahre 1931.'"; Abschrift der Polizei - Amt IA, vom 25. 4. 1932 aus Stuttgart.

[434] „Zur Erfassung der Eintritte von Mitgliedern feindlicher Parteien ist bisher nur Unvollkommenes getan worden. Die wenigsten BL führen für diese Uebertritte eine Statistik. Aus der Anlage 4, die dem Bericht beiliegt, geht hervor, daß die Erfassung dieser Uebertritte mit dem Monat Juni besser geworden ist, wenigstens, soweit die Uebertritte von SPD-Mitgliedern in Frage kommen. Anlage 5, die eine Aufstellung von übergetretenen NSDAP-Mitgliedern enthält, zeigt, daß auf diesem Gebiete noch größere Mängel bestehen. Eine Erfassung der Eintritte ehemaliger Zentrums-Mitglieder war bisher nicht möglich, da die in Betracht kommenden Bezirke noch keine Unterlagen zur Verfügung stellen konnten." SAPMO im BArch RY 1/I2/4/33, Bl. 36. Dieselbe Kritik findet sich auch in einem späteren Bericht: SAPMO im BArch RY 1/I2/4/33, Bl. 72.

gewiesen wird, dass von einer ganzen Reihe von Bezirken keinerlei Meldungen vorliegen."[435] Eine aktualisierte Fassung, die auch das dritte Quartal 1931 erfasste, führte für den Monat Juli eine geringfügig höhere Zahl von 112 Übertritten aus der NSDAP zur KPD an.[436]

Die Polizeibehörden besaßen exakte Abschriften dieses Statistikmaterials, womit sie über das Ausmaß des „Austausch der Extreme", zumindest aus Sicht der KPD, informiert waren. Es bleibt lediglich die Frage offen, ob Überläufer aus Strassers KGRNS oder anderen unabhängigen nationalrevolutionären Bünden in die Kategorie NSDAP eingeordnet worden sind. Da aber in keiner Statistik eine eigene Kategorie für Nationalrevolutionäre eingerichtet wurde, ist zu vermuten, dass sie unter dem Überbegriff NSDAP subsumiert worden waren.

Wenn diese Zahlen in ein Verhältnis zu den Gesamtaufnahmen in den entsprechenden Monaten gebracht werden, offenbart sich das Ausmaß der Erfolglosigkeit der Propaganda und Agitation unter den NSDAP-Anhängern. So führte der Quartalsbericht zum Beispiel für den Monat Juni insgesamt 18.083 Neuaufnahmen an, womit die ehemaligen 68 Nationalsozialisten den verschwindend geringen Anteil von 0,38% der Parteieintritte ausmachten – für eine Massenpartei ein zu vernachlässigender Wert.[437]

Wie lange die KPD die Erfassung ihrer Neuaufnahmen fortführte, konnte nicht abschließend geklärt werden. In den Akten des KPD-Archivs fanden sich lediglich zwei weitere Statistiken für das dritte und vierte Quartal 1931.[438] Dort werden als Gesamtzahlen, die ehemalige NSDAP-Mitglieder unter den Neuaufnahmen für das dritte Quartal ausgemacht hatten, folgende Werte aufgeführt: Juli 112, August 77 und September 81, von denen aber vier vom Stahlhelm gekommen waren. Für den Monat Juli, in dem das Schwergewicht der Agitation und Propaganda zum Volksentscheid gegen die Preußische Regierung lag, konnte zwar ein minimaler Anstieg ehemaliger Nationalsozialisten, ähnlich wie bei den Sozialdemokraten, verzeichnet werden. Dieser Zuwachs fiel allerdings so gering aus, dass weder unter der NSDAP noch unter der SPD von einem nennenswerten Erfolg der KPD gesprochen werden kann. Die Quote der ehemaligen Nationalsozialisten stieg für den Monat Juli nur marginal auf 0,5% an (22 088 Aufnahmen), um dann im August wieder auf 0,39% (19 951) abzusinken.[439] Für das vierte Quartal gab der Bericht folgende Zahlen an: 82 ehemalige NSDAP-Mitglieder

---

435 SAPMO im BArch RY 1/I2/4/33, Bl. 72.

436 SAPMO im BArch RY 1/I2/4/33, Bl. 83.

437 Für den Mai 1931 (14 202 Neuaufnahmen) entsprach die Quote bei 38 ehemaligen Nationalsozialisten 0,267% der Neuaufnahmen; für April 1931 (11 516 Neuaufnahmen) bei 5 ehemaligen Nationalsozialisten 0,043%. Die Erfolge bei der Gewinnung von SPD-Arbeitern lagen aber nicht wesentlich höher: im April waren 131 ehemalige Sozialdemokraten zur KPD übergetreten, im Mai 251, im Juni 540 und im Juli 629. Für den Monat Juni machte dies lediglich einen prozentualen Anteil von 2,98 der gesamten Aufnahmen aus. SAPMO im BArch RY 1/I2/4/33, Bl. 39ff. Am geringsten fiel 1931 allerdings der Erfolg unter Arbeitern aus, die aus dem Zentrum zur KPD überwechselten. Hier wurden für das gesamte Reichsgebiet verschwindend kleine Zahlen angeführt: bspw. für Juli 3, August 4 und September nur noch 2. SAPMO im BArch RY 1/I2/4/33, Bl. 84.

438 SAPMO im BArch RY 1/I2/4/33, Bl. 78-88 und Bl. 108-109.

439 Im September ergab dies bei 17 994 Neuaufnahmen eine Quote von 0,45%.

im Oktober, 54 im November und 51 im Dezember.[440] Die Bezirksstatistiken für den Zeitraum zwischen Januar und April 1932 sind derart unvollständig, dass nur noch einzelne Parteibezirke wiedergegeben wurden.[441] Demnach waren in diesem Zeitraum im Ruhrgebiet von 8429 Neuaufnahmen 2 zuvor Mitglieder der NSDAP gewesen. In Sachsen befanden sich ebenfalls 2 ehemalige Nationalsozialisten unter den 953 Neuaufnahmen; und in Oberschlesien war bis zum März 1932 von 359 Neuaufnahmen kein einziger zuvor Mitglied der NSDAP gewesen.
Erhebungen aus dem Mai 1932, die die KPD-Führung unter den Bezirksleitungen vorgenommen hatte, ergaben nochmals niedrigere Zahlenwerte.[442] Von 916 ausgefüllten Fragebogen gaben lediglich 3 Funktionäre an, zuvor in der NSDAP gewesen zu sein (2 in Oberschlesien und 1 im Bezirk „Nordwest"). Damit stellen die ehemaligen Nationalsozialisten ähnliche Größenordnungen wie die ehemaligen Mitglieder bürgerlicher Parteien: vier kamen vom Zentrum und einer vom katholischen Gesellenverein und jeweils einer von der DDP, der Mittelstandspartei und dem Bauernbund.

Die verfügbare Datenlage lässt wenig Spielraum für Interpretationen, weshalb Mallmanns Fazit, dass der „vielfach beschworene Austausch der Extreme" nicht stattgefunden habe, vorbehaltlos zuzustimmen ist.[443] Auch Rosenhafts Schlussfolgerung ist, angesichts des angeführten Datenmaterials und der Tatsache, dass sich die NSDAP zwischen 1929 und Herbst 1932 einer rasant steigenden Wählerzustimmung erfreuen konnte, die das Wachstum der KPD weit hinter sich ließ, uneingeschränkt beizupflichten: „All in all, the campaign to win voters from the Nazis had proved a failure."[444]
Ein weiteres Indiz zur Unterstützung dieser Annahme, ist das Faktum, dass die um das „Aufbruch"-Projekt zusammengefasste Gruppe von nationalistischen bzw. nationalsozialistischen Dissidenten, die in den folgenden Kapiteln beschrieben wird, auffallend konstant blieb. Der Mitarbeiterkreis konnte nicht um neue Dissidenten erweitert werden. Auch der „Aufbruch" konnte, obwohl er das geeignete Forum gewesen wäre, die wiederholt proklamierten Erfolge der nationalen Propaganda zu belegen, in lediglich drei Beiträgen insgesamt nur 26 namentlich benannte Frontwechsel vermelden, die nicht alle aus der NSDAP stammten, sondern zuvor auch im alten oder neuen Heer oder anderen nationalen Verbänden gewesen waren und zumeist dem Bürgertum entstammten. In allen Fällen wurden lediglich Solidaritätsbekundungen zu Scheringer und der „Roten Front" vermeldet. Wie viele der aufgezählten

440 Die Angaben Mallmanns, dem „lediglich für das 2. Halbjahr 1931 präzise Daten" bekannt waren, weichen nur minimal von den Ergebnissen dieser Arbeit ab. Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik, S. 120. Die Angaben Strieflers zum Parteibezirk Südbayern bestätigen tendenziell die hier wiedergegebenen Größenordnungen. Striefler, Der Kampf um die Macht, S. 119. Auch Fischer bestätigt die hier angegebenen Größenordnungen. Fischer, German Communists, S. 137 und 189.
441 Vgl. RY 1/I2/4/33, Bl. 165-179. Über diesen Zeitraum hinausgehende Daten konnten nicht aufgefunden werden.
442 SAPMO im BArch RY 1/I2/4/19, Bl. 246-289.
443 Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik, Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, S. 120.
444 Rosenhaft, Beating the Facists, S. 71.

Dissidenten der KPD oder ihren Massenorganisation beigetreten waren, wurde nicht angegeben.[445] Der „Aufbruch" behauptete jedoch wider besseres Wissen, dass es sich dabei jeweils um einige „der vielen Zuschriften" handeln würde, „die bei uns eingehen".[446] Und da die KPD nicht einmal über genügend Konvertiten verfügte, um auch nur sporadisch - geschweige denn regelmäßig - Solidaritätsbekundungen vermelden zu können, wurden derartige Meldungen bereits Anfang 1932, nur ein halbes Jahr nach Erscheinen der ersten Ausgabe, gänzlich eingestellt.

Damit bleibt die Frage offen, ob die Absicht der KPD nationalsozialistische Arbeiter (und Kleinbürger) abzuwerben grundsätzlich notwendig bzw. gerechtfertigt war; d.h. ob sich überhaupt genügend Arbeiter als Mitglieder oder Anhänger um die NSDAP geschart hatten, dass die Pläne und Wunschziele der Parteiführung angebracht gewesen waren. Eine exakte Bestimmung des Arbeiteranteils in NSDAP und SA wird grundsätzlich durch die unklare Begriffsbestimmung des Arbeiters und seine Abgrenzung zum (Klein-) Bürgertum erschwert, die sowohl unter Zeitgenossen (Selbstangaben!) als auch unter Historikern voneinander abweichen können.[447]

Die NSDAP konnte den Arbeiteranteil in ihrer Mitgliedschaft, nachdem er in den frühen 20er Jahren ca. 20% betragen hatte, insbesondere durch die zunehmende Wirtschaftskrise sowohl der Zahl nach als auch prozentual deutlich steigern. Für das Jahr 1930 schätzten die Polizeibehörden, dass ca. 33% der Mitglieder der NSDAP Arbeiter gewesen seien. Einer nationalsozialistischen Statistik zufolge sollen vor der Septemberwahl im selben Jahr ca. 34.000 Arbeiter Mitglieder der Partei gewesen sein, was einem Anteil von ca. 28% entsprochen habe.[448] Die Angaben der historischen Forschung für die Jahre 1930 bis 1933 liegen indes zumeist höher und schwanken zwischen 31,5 und 36%;[449] die KPD hatte

---

445 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3, „Heraus mit Scheringer", S. 12f. (Reprint: S. 94f.); Solidaritätserklärungen von zwölf ehemaligen Nationalisten, zumeist NSDAP. 1. Jg., Nr. 5, „Der Weg der Jugend", S. 16 (S. 138). Darin wurden fünf ehemalige HJ-Führer benannt, die ihren Weg über die Strasser-Jugend zur „Roten Front" gefunden hatten. 2. Jg., Nr. 1/2, „Scheringer", S. 3f. (S. 145f.) und „Ein Bekenntnis von vielen", S. 15 (S. 157). Nochmals Nennung von acht bzw. einem Namen.

446 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1/2, „Ein Bekenntnis von vielen", S. 15 (S. 157).

447 Diese Frage wird ausführlich diskutiert bei: Bons, Nationalsozialismus und Arbeiterfrage, S. 4f., Ruck, Bollwerk gegen Hitler?, Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und die Anfänge des Nationalsozialismus, S. 21f., Fischer, Stormtroopers, S. 1 & 12-18 sowie Falter, Hitlers Wähler, S. 198f.

448 Carsten, The German Workers and the Nazis, S. 1ff. Hier wird von einem Arbeiteranteil von 19,4% für die Jahre 1919-23 ausgegangen. Fischer konkretisiert diese Zahlenangaben dahingehend, dass im Sommer 1930 von 129 563 NSDAP-Mitgliedern 33 944 Arbeiter gewesen sein sollen. Ruck verweist jedoch darauf, dass zwischen 1920 und 1923 zeitgenössische Quellen einen starken Zuwachs von den Linksparteien festgestellt hatten. Auch Carsten weist darauf hin, dass die NSDAP im Ruhrgebiet den größten Arbeiteranteil besaß, der nach Parteiangaben zwischen 32 und 57% gelegen haben soll. Fischer, German Communists, S. 130 und Ruck, Bollwerk gegen Hitler?, Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und die Anfänge des Nationalsozialismus, S. 48f.

449 Falter gibt folgende Zahlen an: 1928 = 38%, 1930 = 35%, 1932(Juli) = 36%, 1932(November) = 36% und 1933 = 31%. Carsten nennt 34,8% für Anfang 1933. Fischer gibt verschiedene Zahlenwerte an; „The German Communists and the Rise of Nazism": 35% für die frühen 30er Jahre & „Stormstroopers": 31,5% für den Januar 1933. Bessel geht für das Jahr 1930 lediglich von 26,3% aus, die zum Januar 1933 auf 31,5% gestiegen seien. Longerich hingegen kommt für das Jahr 1934 nur auf den Wert von 27,1% Arbeiter in der NSDAP. Falter, Hitlers Wähler, S. 225, Tabelle 2.6, Carsten, The German Workers and the Nazis, S. 3, Fischer, German Communists, S. 130, Fischer, Stormtroopers, S. 1 und Bessel, Political violence and the rise of nazism, S. 33 sowie Longerich, Geschichte der SA, S. 84.

seinerzeit mit 37% für den Gau Sachsen einen ähnlichen Wert festgestellt.[450] Auf die Wählerschaft der NSDAP bezogen, lag der Anteil der Arbeiter in dieser Zeit mit 25 bis 29% jedoch deutlich darunter.[451] Wenn diese Angaben in ein Verhältnis zur Gesamtbevölkerung gesetzt werden, von der die Arbeiterschaft ca. 45-47% ausmachte, zeigt sich, dass Arbeiter sowohl unter den Parteimitgliedern als auch unter den Wählern der NSDAP unterrepräsentiert, und im Gegenzug die (unteren) Mittelschichten (Angestellte und Selbständige) überrepräsentiert waren. Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die NSDAP „natürlich" keine Arbeiterpartei war, „aber sie war ebensowenig eine reine Mittelstandspartei. Stärker als jede andere politische Gruppierung am Ende der Weimarer Republik trug sie […] von der sozialen Zusammensetzung ihrer Anhänger her tendenziell Volksparteicharakter".[452] Folgerichtig waren nationalsozialistische Arbeiter keinesfalls eine vernachlässigbare Randerscheinung, sondern vielmehr fester Bestandteil der nationalsozialistischen Parteigänger.

Eine Partei, die es sich wie die KPD zum Ziel gesetzt hatte, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu führen, war also zum Handeln gezwungen. Wenn die Gesamtzahlen der Arbeiter als Wähler und Mitglieder der NSDAP, die sich bis Ende 1932 ja eines explosionsartigen Wachstums erfreuen konnte, in ein Verhältnis zum Zuspruch zur KPD gesetzt werden, offenbart sich das tatsächliche Ausmaß des Rückstandes für die marxistische Arbeiterpartei. Von 849 009 Mitgliedern der NSDAP im Januar 1933 waren ungefähr 267 500 Arbeiter. Im selben Monat belief sich die gesamte Mitgliedschaft der KPD gerade einmal auf knapp 300 000, die jedoch nicht alle der Arbeiterschaft entstammten. Es ist also davon auszugehen, „that the NSDAP contained more workers that did the KPD by early 1933".[453] Auch innerhalb der Wählerschaft zeigt sich ein vergleichbares Bild. Spätestens mit der Juliwahl 1932 stimmten mehr Arbeiter für die NSDAP als für die beiden (marxistischen) Arbeiterparteien SPD und KPD zusammen (!):[454]

„However, the record was daunting enough, and with the proportion of industrial and manufacturing workers who voted Nazi increasing eightfold between 1928 and July 1932 it would have been brave (or foolish) of any working-class party to ignore them, and the KPD's performance was pedestrian by comparison."[455]

Dies galt umso mehr, als dass sich innerhalb der SA (prozentual) nochmals deutlich mehr Arbeiter eingefunden hatten, als in der NSDAP; und ungefähr die Hälfte der SA-Männer keine Parteimitglieder waren. Folglich musste im Bezug auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen konstatiert

---

450 SAPMO im BArch RY 1/I2/705/23, Bl. 375, Spezialbericht des AM-Apparats über die NSDAP, vom 23. 10. 1931. Über die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft im Gau Sachsen.

451 Falter gibt hier folge Werte an: 1928 = 32%, 1930 = 27%, 1932(Juli) = 28%, 1932(November) = 29% und 1933 = 27%. Hamilton geht von ca. 25% „working-class support" für die NSDAP im Jahre 1932 aus. Falter, Hitlers Wähler, S. 225 und Hamilton, Who voted for Hitler?, S. 44ff.

452 Falter, Hitlers Wähler, S. 225. In diesem Sinne auch: Tyrell, Der Aufstieg der NSDAP zur Macht, S. 476.

453 Fischer, German Communists, S. 130. In diesem Sinne auch: Fischer, Stormtroopers, S. 2 und Carsten, The German Workers and the Nazis, S. 3.

454 Falter, Hitlers Wähler, S. 225.

455 Fischer, German Communists, S. 121.

werden, „that street fights between stormstroopers and the left's paramilitary formations did not represent violence between different classes but, rather, violence within a class".[456]

Darüber hinaus bestätigt die historische Forschung die von der KPD angenommene soziale Spaltung der SA in proletarische Gefolgschaft und bürgerliche Führung: die Hierarchie der SA bildete erstaunlich genau die Klassenzugehörigkeit ihrer Mitglieder ab. Während Arbeiter nur sehr selten über den untersten Rang des Scharführers hinauskamen, wurden die mittleren Rangstufen oftmals von Kleinbürgern und die obersten zumeist mit älteren Männern besetzt, die über Führungserfahrungen aus dem Alten Heer verfügten und den gutbürgerlichen Mittelschichten entstammten.[457]

Entgegen der Interpretation und den Hoffnungen der KPD-Führung stellten die sich daraus ergebenden sozialen Spannungen keineswegs den zentralen Streitpunkt in den latenten Differenzen mit der NSDAP dar. Die Auseinandersetzungen waren weder sozialrevolutionärer noch ideologischer Art, sondern resultierten vielmehr aus dem starken Eigengewicht und dem steigenden Selbstbewusstsein der SA und betraf daher Kompetenzfragen oder Fragen, wie die Erfolge der „Bewegung" zwischen Partei und Wehrorganisation aufzuteilen sei (Finanzen und Posten). Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gab es lediglich über die Frage der adäquaten Strategie an die Macht zu gelangen. Während die Partei an ihrem Legalitätskurs festhielt, setzte die SA deutlich stärker auf Aktionismus und drängte wiederholt zum Losschlagen, worin die KPD – fälschlicherweise – eine generelle Revolutionsbereitschaft zu erkennen glaubte, an die appelliert werden könnte.[458]

Ungeachtet der beständig wachsenden Zustimmung in der Arbeiterschaft zur NSDAP, war der Partei keineswegs der angestrebte Einbruch in das marxistische Arbeiterlager gelungen. Die Nationalsozialisten konnten den beiden Arbeiterparteien insgesamt zwar gut 2,3 Millionen Wählerstimmen abnehmen; mit 2 Millionen kam das Gros aber von der SPD,

so dass „von einem erhöhten Wähleraustausch zwischen den beiden extremistischen Flügelparteien des Weimarer Systems, der KPD und der NSDAP, […] folglich kaum gesprochen werden [kann]. Im Vergleich zum bürgerlich-protestantischen Lager und zu den Nichtwählern allerdings sind diese Wählerbewegungen zum Nationalsozialismus eher gering."[459]

---

[456] Fischer, Stormtroopers, S. 16, bes. S 25-45. Von 1929 bis Januar 1933 wuchs die SA von 50 000 Mann auf eine halbe Millionen an. Fischers Angaben schwanken je nach Zeit und Region, aus denen seine Datenquellen stammen, zwischen 63,4 und 71,5%! Er kommt daher zu dem Schluss, dass Arbeiter in der SA im Gegensatz zur NSDAP „well-represented rather than over-represented" gewesen waren: „The SA's ordinary membership was largely working class during the early 1930's, albeit with a sizeable lower-middle class among whom salaried staff were predominant." Longerich, der für 1934 von 27,1% Arbeitern in der NSDAP ausgeht, gibt für die SA nur 38,5% an. Longerich, Geschichte der SA, S. 84.

[457] Fischer, Stormtroopers, S. 59-62. Vgl. dazu: Longerich, Geschichte der SA, S. 144-151.

[458] Obwohl Röhm und andere SA-Führer (insbesondere Ludin!) die NSDAP-Führung wiederholt zur Aufgabe des Legalitätskurses drängten, respektierten sie diese Strategie. Das Unverständnis und die Ablehnung war an der Basis der SA aber ungleich größer und es wurde zunehmend schwerer die Mannschaften bei der Stange zu halten. Longerich, Geschichte der SA, S. 148f. sowie Fischer, Stormtroopers, S. 59ff. und 162ff.

[459] Falter, Hitlers Wähler, S. 116. Erstere Gruppe brachte der NSDAP im Saldo rund 7,5 Millionen und die Nichtwähler fast 6 Millionen Wähler ein. Lediglich das katholische Lager zeigte mit ca. 1,2 Millionen eine größere Resistenz gegenüber den Abwerbungsversuchen der NSDAP. Carsten geht davon aus, dass das gemeinsame Wählerpotential beider Arbeiterparteien relativ konstant blieb bzw. leicht anstieg; und er kommt daher zu dem Schluss, dass mit Sicherheit gesagt werden könne, dass der NSDAP kein signifikanter Einbruch in die traditionellen Wählerkreise der SPD und KPD gelungen war. Carsten, The German Workers and the Nazis, S. 6f.

Besonders die sei 1928 stetig steigende Wahlbeteiligung kam der NSDAP zugute.[460]

Der hier auftretende Widerspruch löst sich schnell auf, wenn berücksichtigt wird, dass „weder alle Arbeiter links wählten, noch alle Wähler der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD zwangsläufig Arbeiter gewesen sein müssen".[461] Mallmann erinnert daran, dass keine einheitliche Arbeiterkultur nachweisbar ist und stattdessen verschiedene Kulturen im Proletariat existent waren. Proletarisches Selbstverständnis und „Klassenbewußtsein war das Resultat eines Vorgangs gruppenmäßiger Selbstinterpretation" und entsprang nicht zwangsläufig „unmittelbar objektiven Strukturen und Prozessen": „die Existenz einer - je nach Region - nicht unbeträchtlichen christlichen Arbeiterbewegung entkräftet einen derartigen Determinismus ebenso wie das Faktum, daß es ‚gelbe', liberale, deutschnationale und NS-Arbeiter gab, daß Unorganisierte immer die Mehrheit der Arbeiterschaft bildeten."

Wer die Arbeiterstimmen für das Zentrum und die Nationalliberalen als bedeutungslos einstufe,

„übersieht, daß derartige Bindungen oft Kaiserreich und Krieg, Revolution und Weltwirtschaftskrise überdauerten und sich durch keinerlei Appell an gemeinsame Klasseninteressen irritieren ließen". So gab es „etwa eine beträchtliche Zahl von Arbeitern, die antiliberal und anti-modernistisch, aber auch anti-sozialistisch orientiert waren und blieben, ohne dabei jedoch auf Artikulation proletarischer Forderungen zu verzichten [und] am Fronleichnam, statt am 1. Mai auf die Straße gingen".

Darüber hinaus sei unbedingt die Tatsache zu berücksichtigen, „daß es [...] ein umfangreiches Vereinswesen protestantisch-national orientierter Arbeiter gab".[462] Es lässt sich folgerichtig zusammenfassen, dass die Arbeiterschaft keinesfalls „eine sozialhomogene Schicht oder gar Klasse [darstellte], die sich durch gemeinsame Lebensumstände, Mentalitätsfaktoren oder Verhaltensweisen als zusammengehörig ausgezeichnet hätte". Für ihre politische Orientierung waren Faktoren wie die Konfession oder das Wohnumfeld (Urbanisierung) viel entscheidender als – wie von der KPD angenommen – gemeinsame soziale Abhängigkeiten.[463]

Aus diesem Grunde muss davon ausgegangen werden, dass mindestens ein Drittel aller Arbeiter und ihre Angehörigen niemals für eine der beiden marxistischen Arbeiterparteien gestimmt hatte.[464] Und es waren vor allem diese Arbeitergruppen (mit Ausnahme der Katholiken), von denen die NSDAP zunehmende Unterstützung erhielt. Gruppen von Lohnabhängigen, die sich zumeist in individualisierten, patriarchalisch geprägten Arbeitsverhältnissen befanden und nicht ins sozialistische Arbeitermilieu eingebunden waren. In der historischen Forschung werden als Beispiel zumeist die Land-

---

460 Fischer, Stormtroopers, 55f. Fischer sieht die Wahlerfolge primär durch ehemalige Wähler anderer Rechtsparteien und durch Erstwähler gegeben. Die Wahlbeteiligung stieg von 74,6% 1928 auf 83,4% im Juli 1932.

461 Falter, Hitlers Wähler, S. 198.

462 Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik, Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, S. 6f.

463 Falter, Hitlers Wähler, S. 198f. und 215f.

464 Falter rechnet vor, dass die Arbeiterschaft zwar gut 45% der Wählerstimmen stelle; SPD und KPD gemeinsam „in der Regel aber nur rund 30 Prozent (1933: 27%)" erzielen konnten. Er geht daher von min. 1/3 Arbeiter aus, die niemals für marx. Arbeiterparteien gestimmt haben. Diese Größenordnung wird von Grebing bestätigt. Fischer schätzt sogar, dass „about a half of the working-class did not vote for the left". Falter, Hitlers Wähler, S. 198, Grebing, Thesen zur Niederlage der organisierten Arbeiterschaft im Kampf gegen den deutschen Faschismus, S. 96 sowie Fischer, Stormtroopers, S. 17.

arbeiter angeführt, die nur äußerst selten direkte Verbindungen zu den marxistischen Arbeiterorganisationen besaßen, da letztere auf dem „platten Land“ oder in Kleinstädten in der Regel keine Ortsgruppen besaßen, die diese Arbeitergruppe hätten integrieren können. Die klassischen Kerngruppen der marxistischen Arbeiterparteien, die Industriearbeiter der größeren Städte, blieben hingegen bis zuletzt resistent gegenüber den nationalsozialistischen Abwerbungsversuchen. Ihre traditionellen Bindungen blieben erhalten, da diese Arbeitergruppe fest in das Netzwerk der marxistischen Parteien und Massenorganisationen sowie ein proletarisches Wohnumfeld eingebunden waren.[465] Lediglich bei jüngeren Arbeitern zeigten sich erste Auflösungserscheinungen, nachdem diese oftmals durch frühzeitige Arbeitslosigkeit keine vergleichbare feste Bindung erfahren hatten.[466]

Es kann somit davon ausgegangen werden, dass die traditionelle parteipolitische Spaltung der Arbeiterschaft auch in den letzten Krisenjahren im Großen und Ganzen erhalten blieb; obwohl der durch die Wirtschaftskrise ausgelöste Erosionsprozess traditioneller Bindungen und Überzeugungen auch die marxistischen Organisationen zu erfassen begann.[467] Weder der NSDAP noch der KPD war es gelungen die grundsätzliche Spaltung der Arbeiterschaft nennenswert aufzubrechen und im größeren Umfang Wähler, geschweige denn neue Parteimitglieder aus dem jeweils anderen Lager zu sich herüberzuziehen; eine Einschätzung, die vereinzelt auch Zeitgenossen teilten.[468] Erst nachdem die NSDAP im Zuge der Märzwahlen 1933 ihre Macht stabilisieren konnte, kam es im größeren Umfange zum Frontwechsel marxistischer Arbeiter, die sich davon in erster Linie Selbstschutz oder persönliche Vorteile erhofften.[469]

---

465 Bons, Nationalsozialismus und Arbeiterfrage, S. 7f., Carsten, The German Workers and the Nazis, S.3-7, Fischer, Stormtroopers, S. 3 und 14, Falter, Hitlers Wähler, S. 121f und 229 sowie Ruck, Bollwerk gegen Hitler?, S. 25 und 34f. Lediglich Kühnl, der sich in diesem Punkt auf Bracher bezieht, schreibt, dass Landarbeiter kaum NSDAP, sondern marxistisch wählten. Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, S. 79f.

466 Eine Feststellung die auch von Zeitgenossen auf der Linken und von der KPD-Führung selbst gemacht worden war. Auf den ZK-Plena von 1929 bis 1932 war wiederholt auf diese Tatsache hingewiesen worden. Siehe u.a. die Ausführungen Florins vom Oktober 1929 oder die Thälmanns vom Oktober 1932. SAPMO im BArch RY 1/I2/1/74, Bl. 296 und RY 1/I2/186, Bl. 85f. Die „Weltbühne“ hatte im Herbst 1932 konstatiert, dass „innerhalb der SA und SS […] jene proletarische Jugend außerordentlich stark vertreten [sei], die, wenn überhaupt, nur kurze Zeit im Produktionsprozeß gestanden hat. Es finden sich dort Massen von Erwerbslosen, viel Lumpenproletariat und in gewissen Umfange auch Arbeiter aus Kleinbetrieben und aus Industrierevieren, die industriell zurückgeblieben sind…“ Weltbühne, Nr. 37, 13. 9. 1932, „Spaltungstendenzen bei den Nazis“.

467 Vgl. Bons, Nationalsozialismus und Arbeiterfrage, S. 87.

468 Falter, Hitlers Wähler, S. 196. Als Beispiel sei hier die „Weltbühne“ genannt, die noch im Herbst 1932 davon ausging, dass „bei den Wählermassen [der NSDAP] neben diesen proletarischen Mittelschichten die eigentliche Arbeiterschaft keine sehr bedeutende Rolle“ spiele. Besonders die marxistischen Arbeiter hätten sich gegenüber dem Nationalsozialismus als immun erwiesen. Weltbühne, Nr. 37, 13. 9. 1832, „Spaltungstendenzen bei den Nazis“.

469 Carsten, The German Workers and the Nazis, S. 7. Fischer bezeichnet massenhafte Übertritte von Kommunisten zwar als “exaggeration“, geht aber dennoch davon aus, dass diese Entwicklung zeitweise den Charakter von „little more than mass desertions“ angenommen habe. Fischer, German Communists, S. 191.

2. Das Symbol der KPD für nationale Befreiung: Richard Scheringer

> „Es ist eine Woche her, dass der Leutnant Scheringer noch eine hochgeschätzte Paradefigur der Nationalsozialistischen Partei war. […] Ist er doch lebendiger Kronzeuge für die innige Verbundenheit des deutschen Offizierskorps mit dem Nationalsozialismus, für den er den grauen Rock ausziehen und die Festungshaft auf sich nehmen musste. Ist er? Er war es. Acht Tage später legte er feierlich sein Bekenntnis zur kommunistischen Internationale ab."
>
> Kommentar Rudolf Oldens im „Berliner Tageblatt".[470]

Der so genannte „Reichswehrprozess", in dem im Spätsommer 1930 der Hochverrat der drei Ulmer Reichswehroffiziere Richard Scheringer, Hans Ludin und Hans Wendt verhandelt wurde, zählt zu „einem der innenpolitisch bedeutungsvollsten Vorgängen in der Weimarer Republik".[471] Das Gerichtsverfahren bestimmte die öffentliche Diskussion, füllte tagelang die Titelseiten der meisten Presseorgane und wurde auch im Ausland aufmerksam verfolgt.[472] Seine überaus große Bedeutung konnte der Prozess erlangen, da er „eigentlich zum erstenmal einen wirklichen Einblick in die Geistesverfassung des Offizierskorps gestattete".[473] Die Reichswehr hatte sich stets als unpolitische Institution erklärt und Stellungnahmen vermieden. Nun mussten sich teils hochrangige Militärs öffentlich über den politischen Geist äußern, der die Truppe beherrschen würde. Besondere Brisanz und parteipolitische Sprengkraft erhielt die Verhandlung durch die Verbindungen der Angeklagten zur NSDAP, die latent gehegten Befürchtungen, dass Teile der Reichswehr der republikanischen Verfassung feindlich gegenüber standen, neue Nahrung gab. Es sei seit zwar schon seit langem bekannt gewesen, „daß der Nationalsozialismus, der weite Kreise der deutschen Jugend an sich gezogen hat, auch in dem Nachwuchs des Reichswehroffizierskorps Wurzeln geschlagen hat".[474] Dass aus dieser Liaison nun konkrete, hochverräterische Unternehmungen hervorgegangen waren, bedeutete dennoch ein *novum*. Mit dem Reichswehrprozess standen „zum ersten Male Angehörige der Nationalsozialistischen Partei unter der selben Anklage vor Gericht, wegen der sich bisher stets nur Angehörige

---

470 BT, 20. 3. 1931, „Die Wandlung des Leutnant Scheringer".

471 Bucher, Der Reichswehrprozeß, Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, S. 1. Das Reichsgericht charakterisierte das Vergehen der Angeklagten dementsprechend, dass es „unter den zahlreichen Angriffen, die seit dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung von linksradikaler und rechtsradikaler Seite gegen den Bestand des heutigen Staates unternommen worden sind, [...] eine besondere Rolle" gespielt hätte. BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Abschrift der Polizei: Urteil in der Strafsache gegen R. Scheringer wegen Vorbereitung zum Hochverrat; Reichsgericht, 4. Strafsenat, vom 2. 6. 1932.

472 Vgl. BT, 26. 9. 1930, „Das Echo im Ausland". Ausdrücklich im Urteil zu Scheringers 2. Hochverratsprozess bestätigt. BArch R 1501/20611, Bl. 2-39.

473 Vorwärts, 4. 10. 1930, „Leutnantspolitik gegen Reichswehr". Der „Vorwärts" maß dem Ereignis daher außerordentliche Bedeutung bei: „Selten hat ein Prozeß die gesamte Oeffentlichkeit so aufgewühlt wie die zehntägige Verhandlung vor dem höchsten Gerichtshof der deutschen Republik, und selten ist auch ein Urteil mit derartiger Spannung erwartet worden […]."

474 Ebenda.

der Kommunistischen Partei zu verantworten hatten."[475] Die ohnehin große Aufmerksamkeit, die dem Prozess zuteil geworden war, nahm während der Hauptverhandlung weiter zu, als bekannt wurde, dass Hitler, nur wenige Tage nach dem spektakulären Wahlsieg der NSDAP, als Zeuge geladen werden sollte, um die Gesetzestreue seiner Bewegung zu bekunden. Als Hitler im Anschluss an seine Aussage vereidigt wurde, konnte er dort seinen bekannten „Legalitätseid" ablegen.

Für die deutsche Nation – Der versuchte Hochverrat

Die jungen Offiziere Scheringer, Ludin und Wendt hatten sich im Artillerieregiment V in Ulm, das unter dem Kommando Oberst Becks stand, zusammengefunden. Allen dreien war die Ablehnung der inneren Verhältnisse der Reichswehr, ihrer Rolle innerhalb der Weimarer Republik und insbesondere die Abhängigkeit Deutschlands von der Entente gemein. Sie beklagten, dass die Reichswehrführung nach der Verabschiedung Seeckts ihre unpolitische Haltung aufgegeben und sich den Linksparteien verschrieben hätte. Diese Parteien wären aber pazifistisch eingestellt und würden fortwährend gegen das Heer arbeiten, weshalb kein Vertrauen in die amtierenden Regierungen der Weimarer Republik gesetzt werden könne.[476] Der vermeintliche Linkskurs der Obersten Reichswehrführung und des Reichswehrministeriums habe zu Unzufriedenheit innerhalb des Offizierskorps geführt und würde die Armee spalten. Sie verlangten von der Staatsmacht und Heeresführung stattdessen die Besinnung auf eine Politik zur Vorbereitung des nationalen Befreiungskampfes. Während des Prozesses ließen es die drei Angeklagten folglich nicht an aggressiven Angriffen auf die demokratischen, besonders aber auf die marxistischen Parteien fehlen, die sie aufgrund ihres Pazifismus' und Internationalismus' als Vaterlandsverräter bezeichneten. Das vorrangige Interesse der drei Offiziere war es aber „eine Wiederholung des Konflikts zwischen Pflicht und Neigung wie beim Kapp- und Hitlerputsch" künftig vermeiden zu können.[477] Ihre Gedanken kreisten um die Frage, wie sich die Reichswehr angesichts eines (von ihnen erwünschten) Aufstandes nationalistischer Gruppen verhalten und ob einem Schießbefehl gegen Putschisten Folge geleistet werden solle. Die bisherige Rolle der Reichswehr als innenpolitisches Instrument der Reichsregierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung lehnten sie entschieden ab, da auch unliebsamen (linken) Regierungen Gefolgschaft geleistet werden müsste. Die Armee solle vielmehr den Grundstock eines kommenden Befreiungsheeres bilden, dessen originäre Aufgabe der Kampf „gegen das Ausland" sein solle.[478] Entsprechend ihrer Überzeugung, dass nur „fanatische Nationalisten […] das Reich befreien" könnten,

---

[475] VZ, 24. 9. 1930, „Die Ulmer Offiziere vor dem Reichsgericht; Hochverratsprozeß wegen nationalsozialistischer Zellenbildung". Auch die „Rote Fahne" hob diese einmalige Bedeutung hervor: RF, 24. 9. 1930, „Die Nazi-Reichswehr".
[476] Vorwärts, 4. 10. 1930, „Leutnantspolitik gegen Reichswehr".
[477] Vgl. Bucher, Der Reichswehrprozeß, u.a. S. 15, 166, 171 und 173.
[478] Aussage Ludins in der Hauptversammlung, hier zitiert nach: Ebenda, S. 172. Siehe auch: Ebenda, S. 190. Auch Scheringer hatte die Reichswehr als „Hochburg für den zukünftigen Befreiungskampf" und „Stamm für das zukünftige Befreiungsheer" bezeichnet. Ebenda, S. 173.

suchten sie ihr Ziel, die militärische Befreiung Deutschlands, im (illegalen) Verbund mit nationalistischen Gruppierungen voranzutreiben.

Nachdem der Stahlhelm seine Unterstützung für ihre Pläne versagt hatte, waren die drei Offiziere im Zuge des Volksbegehrens gegen den Young-Plan auf die NSDAP aufmerksam geworden.[479] Und nach Vermittlung der Ulmer Ortsgruppe fuhren Scheringer und Ludin im November 1929 mit der Absicht nach München, bei führenden Vertretern um den Beistand der Partei zu werben. Ihre Gesprächspartner, Weiß, Wagener und Pfeffer von Salomon, lehnten jedoch jegliches illegales Vorgehen im Falle eines Scheiterns des Volksbegehrens durch die NSDAP ab.[480] Sie beriefen sich, obwohl sie persönlich diese Strategie ablehnen würden, auf den legalen, parlamentarischen Weg der Partei, während „Scheringer und Ludin den Sturz der verfassungsmäßigen Regierung und den ‚Aufstand der deutschen Freiheitsbewegung' mit Hilfe der Reichswehr" einforderten.[481] Beide Seiten waren sich jedoch prinzipiell darüber einig, dass die Neutralität der Reichswehr aufgehoben werden müsse und ihre eigentliche Aufgabe die Vorbereitung des nationalen Befreiungskampfes sei. Keinesfalls dürfe die Armee zur Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung und inneren Sicherheit eingesetzt werden. Nachdem sich die Nationalsozialisten im weiteren Verlauf des Gesprächs von der Ernsthaftigkeit der Offiziere überzeugt hatten, nahmen sie ein Angebot Ludins an, wonach sie zunächst „in Kameradenkreisen für die Ziele der NSDAP werben und nach einer gewissen Zeit über den Erfolg ihrer Tätigkeit an das Parteibüro berichten" wollten.[482] Im Anschluss nahmen sie Kontakte zu anderen Offizieren auf, deren nationale Einstellung ihnen bekannt war, und sie reisten in verschiedene Garnisonsstädte, um ihre Kameraden in persönlichen Gesprächen für ihre Sache zu gewinnen: „Objektiv handelte es sich bei dem Vorgang um den Versuch einer Zellenbildung innerhalb der Reichswehr, die das Ziel hatte, im Falle eines gewaltsamen Vorgehens der NSDAP gegen die Reichsverfassung nicht auf die NSDAP zu schießen und einen etwaigen Befehl dazu zu verweigern."[483] Die drei Offiziere stießen mit ihren Plänen indes nicht überall auf offene Ohren und wurden vorgesetzten Reichswehrstellen gemeldet. Nach einer ersten oberflächlichen Untersuchung, die mit leichten Disziplinarstrafen geahndet worden war,

---

[479] Siehe: Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 21ff. und Scheringer, Das große Los, S. 151 und 155ff. Das Interesse, das die drei Offiziere der NSDAP entgegenbrachten, beruhte, so erinnert sich Scheringer, nicht nur auf ihrem proklamierten revolutionären Nationalismus, sondern ebenso auf ihrem „deutschen Sozialismus" und der erklärten Absicht, die Arbeiterschaft für den nationalen Gedanken zu gewinnen. In seiner Biographie hob Scheringer die Bedeutung der „Brechung der Zinsknechtschaft" als wesentlichen Grund an, sich für die Kontaktaufnahme zur NSDAP zu entscheiden. Die drei Offiziere waren an der Integration der Arbeiterschaft in eine eingeschworene nationale Gemeinschaft interessiert, um auf diese Weise die Schlagkraft der Nation für die bevorstehenden (revisionistischen) Befreiungskämpfe gegen die Entente zu erhöhen. So waren die sozialistischen Vorstellung Scheringers in dieser Zeit, wie er fort fährt, auf soziale Reformen ausgerichtet, um die Arbeiter durch eine gerechtere Behandlung aufzuwerten und damit zufrieden zu stellen. Ebenda, S. 174.

[480] Wilhelm Weiß war Schriftleiter des „Völkischen Beobachters", Franz Pfeffer von Salomon der „Oberste SA Führer" (OSAF) und Wagener sein Stabschef.

[481] Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 23.

[482] Aussage Ludins in der Voruntersuchung, hier zitiert nach: Ebenda, S. 23f. Scheringer erinnert sich gar, dass nach einem zweiten Treffen „sich die Reichsleitung der NSDAP bereit erklärt hat, uns zu unterstützen." Scheringer, Das große Los, S. 160.

[483] Zitat: Ebenda. S. 119. Siehe dazu insbesondere: Ebenda, S. 27-33.

wurde der Fall nach einem Wechsel in der Kommandantur des Regiments erneut aufgerollt und dem Oberreichsanwalt übergeben, der ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eröffnete.[484] Daraufhin wurden Scheringer, Ludin und Wendt im März 1930 in Ulm festgenommen.

Scheringers *vita* ist ein Paradebeispiel eines nationalistischen Aktivisten, der, selbst zu jung für die Kriegsteilnahme, durch die unmittelbare Nachkriegszeit politisch radikalisiert wurde. Aus gutsituierten, bürgerlichen Verhältnissen stammend, wurde er am 13. September 1904 in Aachen als Sohn eines aktiven Offiziers geboren, der im Februar 1915 im Range eines Hauptmannes gefallen war.[485] Schon früh zeigte er einen ausgesprochen nationalistischen Tatendrang. Während seiner Schulzeit in Koblenz geriet er in Konflikte mit der französischen Militäradministration, als er mit einigen Mitschülern eine separatistische Druckerei gestürmt und zerstört hatte.[486] Scheringer wurde daraufhin, nachdem er sich rechtzeitig zu Verwandten absetzen konnte, von einem französischen Militärgericht in Abwesenheit zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im April 1924 schloss er in Berlin seine schulische Laufbahn an einem Zehlendorfer Gymnasium mit dem Abitur ab. Wie Scheringer sich erinnert, beherrschte „der Gedanke der nationalen Befreiung Deutschlands, verbunden mit der Abschüttelung des Versailler Vertrages" seinen weiteren Lebensweg.[487] Noch während des Schulbesuches hatte er sich daher der „Schwarzen Reichswehr" angeschlossen und am Küstriner Putsch des Major Buchrucker beteiligt. Scheringer hatte sich bereits vor dem Abitur als Offiziersanwärter bei der Reichswehr beworben und wurde unmittelbar nach seiner Reifeprüfung in die Ausbildungsbatterie des Artillerieregiments in Ulm übernommen. Am 1. Februar 1928 zum Leutnant befördert, wurde er im Oktober 1929 als Lehrkraft wieder in die Ausbildungsbatterie versetzt.[488]

Als Symbol der nationalen rechten – Der Reichswehrprozess

Das Hauptverfahren gegen die drei Offiziere wurde vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig unter dem Vorsitz Baumgartens verhandelt, der neben Spionagefälle auch für Hoch- und Lan-

---

484 Vgl. zu diesem Vorgang: Ebenda, S. 34f und 46-52.

485 Vgl. neben Scheringers Autobiographie: Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 15 und Ehrlich, Der Fall Scheringer, 5f.

486 Eine erste Verurteilung Scheringers 1922 durch ein amerikanisches Militärgericht zu 10 Monaten, von denen er 3 Wochen abgesessen hatte, wurde nach seinen eigenen Angaben annulliert, als sich seine Unschuld herausgestellt hatte. Im Urteil zu seinem zweiten Hochverratsprozess heißt es dagegen, dass er nach drei Wochen begnadigt worden sei. Er solle eine Angestellte der amerikanischen Militäradministration geohrfeigt haben. Die Linkskurve, Nr. 6, Juni 1931, „Entscheidungen und Gründe" von R. Scheringer und BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Urteil Scheringer, vom 11.04.1932.

487 Scheringer, Lebenslauf vom 26. 12. 1946, in: Ehrlich, Der Fall Scheringer, S. 5f.

488 Auch Hans Friedrich Wendt, am 5. Dezember 1903 in Celle geboren, entstammte einer Offiziersfamilie. Wendt, der seine schulische Laufbahn unterbrochen hatte, trat nach zweijährigem Praktikum in der Landwirtschaft im November 1922 als Offiziersanwärter in die Reichswehr ein. Im Winter 1923 beurlaubt, holte er im Frühjahr 1924 seine Reifeprüfung nach und wurde am 1. 12. 1928 zum Leutnant, am 1. 10. 1929 schließlich zum Oberleutnant befördert. Zum 1. 12. 1929 schied Wendt aus der Reichswehr aus und übernahm eine Stelle in der Zeugmeisterei der NSDAP in Kassel. Hans Elard Ludin wurde als Sohn eines Oberrealschulprofessors am 10. Juni 1905 in Freiburg i.Br. geboren. Nach seinem Abitur 1924 trat er in die Reichswehr ein und wurde am 1. 12. 1927 zum Leutnant befördert. Siehe: Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 16.

desverrat zuständig war.[489] Die an der Vorbereitung des Hochverrats beteiligten Nationalsozialisten wurden, nachdem Hausdurchsuchungen bei der Partei und den Privatpersonen erfolglos geblieben waren, nicht weiter belangt und lediglich als Zeugen geladen. In der republikanischen Zeitschrift „Die Justiz" stieß die Anklageerhebung der Oberreichsanwaltschaft auf scharfe Kritik. Neben den drei Ulmer Offizieren hätten „vor allem auch die an dem Gespräch in München beteiligten Nationalsozialisten [...] ‚wegen Verdacht der Teilnahme' angeklagt werden müssen, weil ohne ihre Zustimmung das Unternehmen gar nicht möglich gewesen wäre".[490] Bei dem Tatbestand handele es sich nicht, wie von der Reichsanwaltschaft angenommen, um die Zersetzungsarbeit Einzelner, sondern um die Frage, ob ein organisatorischer Zusammenschluss zwischen der NSDAP und nationalsozialistisch eingestellten Offizieren angestrebt worden sei. Der Verteidiger der Nationalsozialisten, Hans Frank (d.i. Frank II), erkannte die Chance für seine Partei den Prozess propagandistisch auszunutzen und „das höchste deutsche Gericht und damit die deutsche Öffentlichkeit von der Legalität der NSDAP zu überzeugen".[491] Dementsprechend versuchte die Verteidigung die NSDAP von jeglichem Verdacht auf Mittäterschaft zu entlasten. Die Angeklagten hingegen wollten ihrerseits die öffentliche Aufmerksamkeit nutzen, „Farbe bekennen und die Revolutionierung der Reichswehr von der Tribüne des Reichsgerichts herab beschleunigen".[492]

Die Verteidiger konnten sich mit ihrer Forderung durchsetzen und die drei Offiziere zum Widerruf sämtlicher Angaben aus der Voruntersuchung bewegen, die die NSDAP belasteten, was vor allem die Geheimhaltung der in dem Münchner Gespräch getroffenen Vereinbarung bedeutete. Damit hatten die Angeklagten die ganze Verantwortung des versuchten Hochverrates auf sich allein zu nehmen, was dem Spielraum der Verteidigung andererseits enge Grenzen setzte, „denn sie mußte die Angeklagten von dem Verdacht befreien, mit Hilfe der NSDAP einen Hochverrat vorbereitet zu haben, war aber gleichzeitig gezwungen, die NSDAP möglichst auszuklammern".[493] Es wurde versucht als alternatives Tatmotiv den Gegensatz zwischen Offizierskorps und Reichswehrführung zu betonen, der zu einer

---

489 Ebenda, S. 57. Scheringer, Ludin und Wendt wurden angeklagt „1. das hochverräterische Unternehmen, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern, vorbereitet, 2. mehrere Soldaten aufgefordert oder angereizt zu haben, gemeinschaftlich entweder dem Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern oder sich ihm zu widersetzen, 3. es unternommen zu haben, durch mündliche Äußerungen Mißvergnügen in Beziehung auf den Dienst unter ihren Kameraden zu erregen, 4. vorsätzlich einen Befehl in Dienstsachen nicht befolgt und dadurch vorsätzlich eine Gefahr für die Schlagfertigkeit der Truppe herbeigeführt zu haben."

490 Hier zitiert nach: Ebenda, S. 128.

491 Ebenda, S. 115.

492 Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 58 und Scheringer, Das große Los, S. 177. Dieser wichtige Punkt wurde in Scheringers zweitem Prozess erneut aufgegriffen und er erklärte, dass es ihnen damals von Frank II im Interesse der Legalität der NSDAP geradezu verboten worden sei, ein revolutionäres Bekenntnis abzulegen. Diese späte Richtigstellung Scheringers wurde, da sie in ihre politische Stoßrichtung passte, die der NSDAP weiterhin illegale Methoden auf dem Weg zur Macht vorwarfen, von der liberalen, sozialdemokratischen und kommunistischen Presse während des zweiten Prozesses aufgegriffen und ausführlich wiedergegeben. Auch das Reichsgericht glaubte Scheringers Angaben. BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Urteil in der Strafsache gegen Richard Scheringer, vom 11. 4. 1932.

493 Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 114.

Vertrauenskrise geführt habe: „Folglich war nicht die NSDAP, sondern die Republik schuldig, wenn sich Zersetzungserscheinungen in der Reichswehr bemerkbar machten."[494]

In diesem Sinne hatte Scheringer bereits kurz vor Prozessbeginn, obwohl er zu diesem Zeitpunkt in Untersuchungshaft saß, einen Artikel im „Völkischen Beobachter" veröffentlicht, der ganz an den Interessen der NSDAP ausgerichtet war.[495] Er versuchte eilfertig jegliche Mitschuld der Partei abzustreiten und sich selbst zu belasten. Auch bei der Begründung seiner Taten folgte Scheringer den Vorgaben der Verteidigung und machte, neben einer allgemeinen moralischen Krise innerhalb der Truppe, vor allem Differenzen zwischen Offizierskorps und Reichswehrführung für sein Verhalten verantwortlich. Bereits in der Konzeption der Reichswehr, die an der eigenen militärischen Impotenz schwer zu leiden habe, sei der Keim zu grundlegenden Konflikten zu suchen. Eine Verbindung der Armee zu nationalen Verbänden, die diesen Mangel durch deren Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit lindern könnten, würde von der Reichswehrführung aber bewusst verhindert. Infolgedessen hätten sich Mannschaft und Offizierskorps längst von selbst dem Nationalsozialismus geöffnet. Die Partei hätte es gar nicht nötig „‚Zellen' zu bilden", denn „wer es mit der Befreiung ernst nimmt, denkt nationalsozialistisch, besonders als Soldat". Folgerichtig stellte Scheringer zum Schluss seines Artikels, neben einer umfassenden Verurteilung der gesamten politischen Führung Deutschlands, ostentativ die soldatische Gehorsamspflicht in Frage, wobei er es nicht an einem heftigen Revanchismus fehlen ließ:

„Nein, die Alten sollen schweigen. Sie haben ihr Leben hinter sich, das unsrige beginnt erst. Ein verlorener Krieg, ein ohnmächtiger Staat, ein hoffnungsloses System, eine 59jährige Versklavung, ein Reich am Abgrund - das ist unser Erbe. [...] Die Schuld tragen jene, die in bürgerlichem Dünkel den Marxismus, den Pazifismus, den Materialismus groß werden ließen, nicht wir. Infolgedessen haben wir das Recht, mit allen Mitteln für unsere und unserer Kinder Freiheit zu kämpfen. Daß wir dazu entschlossen sind, davon darf die Welt überzeugt sein, und siegen werden wir, so sicher wie Frankreich ein sterbendes Volk ist."

In der Hauptversammlung gelang es Frank das Gericht von der Notwendigkeit zu überzeugen, Hitler als Zeugen zu laden, damit dieser die proklamierte Legalität der NSDAP persönlich bestätigen könne. Der Senat erhoffte sich seinerseits aus den Aussagen des Parteiführers weitere Aufschlüsse über die Schuldfrage.[496] Damit wurde Hitler nicht nur eine prominente Rednertribüne für seine Propaganda geboten, über die er der NSDAP bislang fern stehende Bevölkerungskreise erreichen konnte. Im Zusammenhang mit dem nur wenige Tage zurückliegenden spektakulären Wahlsieg konnte er das (Trug-) Bild einer gesetzestreuen und parlamentarischen Partei weiter festigen und sich damit auch bei weniger radikal eingestellten Bevölkerungsschichten für kommende Wahlen empfehlen. Revolutionäre Veränderungen, erklärte Hitler, werde es erst nach einer legalen Regierungsübernah-

---

494 Ebenda, S. 115.

495 VB, 6. 9. 1930, „Der Prozeß der Ulmer Reichswehroffiziere". Obwohl das Reichswehrministerium in der Veröffentlichung eines politischen und auf den Prozess bezogenen Artikels durch einen der Angeklagten eine strafbare Handlung erkannte, wurde Scheringers Stellungnahme auf drängen des Oberreichsanwaltes nicht mit in die Anklage aufgenommen, da er eine Verzögerung des Verfahren vermeiden wollte.

496 Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 82f.

me geben; er wollte sie aber vornehmlich als geistigen Prozess verstanden wissen. Ungeachtet dieser Einschränkungen kündete er für den Fall der Machtergreifung der NSDAP die Errichtung eines Sondergerichts an, das dafür sorgen werde, dass die ‚Köpfe der Novemberverbrecher in den Sand rollen' würden. Da er seine Ziele jedoch ausschließlich mit legalen Mitteln zu erreichen gedachte, sah das Gericht keinen Grund zu Beanstandung.[497] Zum Triumph und unbezahlbaren politischen Kredit wurde sein wohl inszenierter Auftritt, als seine Aussage unter Eid genommen wurde und damit *quasi* amtliche Bestätigung erlangte.[498] Bei einer kleinen Zahl radikaler und aktionistischer Nationalsozialisten blieb Hitlers Eid indes nicht folgenlos und sie wandte sich ob der Aufgabe des revolutionären Weges zur Macht enttäuscht von der NSDAP ab.[499] Auch Scheringer kamen durch die öffentlich beeidete legale und parlamentarische Strategie erste Zweifel. Die KPD versuchte im Anschluss an den Reichswehrprozess den Legalitätseid Hitlers für ihre Zwecke auszunutzen, indem sie sich als einzig verbliebene Revolutionspartei Deutschlands stilisierte. Sie hoffte über die verstärkte Proklamation ihrer Radikalität, die sie nun der vermeintlichen parlamentarischen Legalität der NSDAP gegenüberstellte, die revolutionär eingestellten, und nun desillusionierten Nationalsozialisten für die eigene Sache gewinnen zu können.

Ein weiterer Sieg für die NSDAP stellte sich während der Zeugenvernehmung ein, als deutlich wurde, dass sich (fast) alle geladenen Offiziere mit den Auffassungen der Angeklagten grundsätzlich einverstanden erklärt hatten. Lediglich der von ihnen eingeschlagene Weg wurde verworfen, da sie in der Aufforderung zum Ungehorsam eine Spaltung des Offizierskorps befürchteten und wegen der soldatischen Gehorsamspflicht ablehnten. Sie berichteten aber übereinstimmend, dass eine der Angeklagten vergleichbare Unzufriedenheit Diskussionsthema vieler Kasinogespräche sei.

Das Gericht sah es nach der Hauptversammlung als erwiesen an, „daß die Angeklagten, im Glauben an einen bevorstehenden gewaltsamen Sturz der Regierung durch die Nationalsozialisten, das Heer veranlassen wollten, im gegebenen Falle bei einem Schießbefehl gegen die Mitglieder der NSDAP oder der nationalen Verbände den Gehorsam zu verweigern".[500] Da die Angeklagten in diesem Sinne bereits aktiv geworden waren, erkannte das Gericht in ihren Handlungen die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und verurteilte sie zu einem Jahr und sechs Monate Festungshaft. Scheringer und Ludin wurden zudem aus der Reichswehr entlassen.[501] Das Gericht lag damit unter

---

497 Das Reichsgericht war nach juristisch fragwürdigen Umständen vorgegangen, da Stellungnahmen und Denkschriften aus dem Innen- und Justizministerium, die die revolutionären und hochverräterischen Absichten der NSDAP beweisen sollten, nicht zu der Verhandlung zugelassen worden waren. Die republikanische Zeitschrift „Die Justiz" konnte in Hitlers Stellungnahme keine Entlastung der Bedenken gegenüber der NSDAP erkennen. Seine Aussage hätte vielmehr ein neues Verfahren wegen „Vergehen gegen das Republikschutzgesetz, Vorbereitung zum Mord, Bedrohung" gerechtfertigt. Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 111.

498 Die NSDAP versuchte den Eid in folgenden Prozessen als Legitimation und Verteidigung einzusetzen. Vgl. z.B.: „Der Angriff", 21. 2. 1931, „Fehlspruch in Leipzig; Hitlers Eid gilt nicht!"

499 Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 95. In diesem Sinne auch: Bons, Nationalsozialismus und Arbeiterfrage, S. 45 und Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 225f.

500 Ebenda, S. 110.

501 Zum Urteil: Ebenda, S. 110-113.

den Strafanträgen der Reichsanwaltschaft, die auf zwei Jahre und sechs Monate plädiert hatte. Da die Angeklagten einen tadellosen Leumund besessen hätten und ihr Handeln aufgrund edler Motive (vor allem Vaterlandsliebe) erfolgt sei, war die Festungshaft, eine Art Ehrenhaft mit besonderer Freizügigkeit, einer Zuchthausstrafe vorgezogen worden. Ihre Jugend und die politisch aufgewühlte Zeit, die eine besonnene Reflexion erschwert hätte, wurden als weitere strafmildernde Umstände angenommen.

Im Fokus der Öffentlichkeit – Die Presserezeption

Die deutsche Presselandschaft begleitete den Prozess mit auffallend großem Interesse und die meisten Zeitungen informierten täglich und oftmals in mehreren, ausführlichen Artikeln über den Verlauf des Verfahrens. Besonders Hitlers Auftritt vor dem Reichsgericht zog die Aufmerksamkeit auf sich und wurde ausführlich zitiert und kommentiert. Durch die allgegenwärtige Berichterstattung waren die drei Angeklagten, allen voran Scheringer, dem gemeinhin die Führung der Gruppe zugewiesen wurde, zur reichsweiten Bekanntheit gelangt. Ihre Taten und ihre Verbindung zur nationalsozialistischen Bewegung hatten sie zu politischen Symbolen im Kampf der (radikalen) Rechten gegen den Weimarer Staat werden lassen.

Der „Völkische Beobachter" führte die mit Scheringers Artikel begonnene Argumentation fort und betonte die Differenzen zwischen den Offizieren der jungen und der Armeeführung der alten Generation.[502] Im Zuge dessen stellte die Zeitung die Strafbarkeit der begangenen Handlungen grundsätzlich in Frage, legte die konspirativen Treffen der Angeklagten als übliche Kasinogespräche unter Offizieren aus und erklärte dementsprechend den ganzen Prozess zur Farce; man könne im Gegenteil „dem Reichsheer nur Glück wünschen, wenn diese Auffassungen dem Geist des ganzen jüngeren Offizierskorps entsprechen".[503] Das Parteiorgan verfolgte seine Linie in aggressiver Weise weiter und charakterisierte das Verfahren als „das Ringen um Blut und Ehre". Folgerichtig wurde der Richterspruch als politisches Tendenzurteil abgelehnt; da er „ein Attentat auf die Ehre des deutschen Soldaten" bedeute.[504] Die Zeitung erklärte daraufhin die drei Angeklagten zu den moralischen Siegern, denen Dank dafür auszusprechen sei, dass sie nicht nur auf ein längst überfälliges Thema hingewiesen, sondern bereits damit begonnen hätten, die herrschenden Missstände zu bekämpfen. Ihre Berichterstattung im Anschluss an die Urteilsverkündung lässt daneben eine gewisse Selbstzufriedenheit erkennen, dass der Prozess die Aufmerksamkeit auf die NSDAP gelenkt hatte und sich die

---

502 VB, 25. 9. 1930, „Der Prozeß gegen die Reichswehroffiziere: Zwei Welten in Leipzig; ‚Die Reichswehr ist ein Instrument der Regierung' - sagt der Vorsitzende - Und der Soldat antwortet ihm: ‚Das Heer ist dazu da, für die Nation zu kämpfen'".

503 VB, 1. 10. 1930, „Groener in Leipzig vor Gericht; […] Die Reichswehr wird wieder der dt. Nation zurückgewonnen".

504 VB, 4. 10. 1930, „Das Ringen für Blut und Ehre in Leipzig". In der Ausgabe vom 07. Oktober wurde diese Phrase in verschiedenen Artikeln verwendet. VB, 7. 10. 1930, „Kapitulation des Reichsgerichts vor dem Novembersystem; Adolf Hitler proklamiert in Frankfurt den Kampf für Ehre und Freiheit", „Die politische Tendenzurteil von Leipzig; 4½ Jahre Festung für die Verteidigung der Ehre des deutschen Soldaten", „Das Ringen um die deutsche Wehrmacht".

Partei gegenüber einer breiten Öffentlichkeit als Verteidigerin der deutschen Soldatenehre und Vorkämpferin des nationalen Wehrgedankens hatte stilisieren können. In den folgenden Wochen versuchte der „Völkische Beobachter" die positive Beurteilung, die den drei Offizieren durch das nationale Bürgertum zuteil geworden war, auch weiterhin für die Partei gewinnbringend auszunutzen und kündigte an, ihr begonnenes Werk nun zu Ende führen zu wollen. Der Reichswehrprozess sei lediglich der Auftakt zu den bevorstehenden Kämpfen gewesen: *„Die große Auseinandersetzung um den geistigen Besitz der Reichswehr tritt jetzt erst in ihr entscheidendes Stadium.*"[505]

Auch nach dem Ende des Prozesses setzte die Zeitung ihre Angriffe gegen den Reichswehrminister Groener ob dessen linker Wehrfeindlichkeit fort. Und die nationalsozialistische Reichstagsfraktion versuchte die Wehrpolitik der Republik im Parlament auf der Tagesordnung zu halten. [506] Am 16. Oktober nahm sie zum Prozess öffentlich Stellung und brachte eine Interpellation ein, die neben der Freilassung der drei Offiziere, die Entfernung sämtlicher wehrfeindlicher Mitarbeiter aus dem Reichswehrministerium einschließlich Groeners verlangte. Im Gegenzug wurde die Steigerung der aktiven Wehrbereitschaft und des nationalen Wehrgeistes eingefordert, die zum obersten Grundsatz der Reichswehr erklärt werden sollten.[507] Die deutschnationale Reichstagsfraktion hatte bereits drei Tage zuvor in einer gesonderten Interpellation an die Reichsregierung die Freilassung der Ulmer Offiziere verlangt.[508]

Auch die nationalkonservativen Zeitungen hatten sich grundsätzlich auf die Seite der Angeklagten und die Notwendigkeit des Reichswehrprozesses generell in Frage gestellt.[509] Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" lehnte die Forderung der Reichsanwaltschaft als „Drakonische Strafanträge" und den endgültigen Schuldspruch als ein „hartes Urteil in einem überflüssigen Prozess" entschieden ab.[510] Ihre Argumentation deckte sich teils mit der der NSDAP-Presse, blieb jedoch frei von der aggressiven Polemik der Nationalsozialisten. Der Zeitung zufolge wären disziplinarische Strafen ausreichend gewesen. In dem abschließenden Kommentar offenbarte sich zugleich eine deutliche Unterschätzung bzw. Akzeptanz der NSDAP als innenpolitischer, parlamentarischer Faktor. Als eigentlichen Hintergedanken, der zu dem Reichswehrprozess geführt hatten, hatte die DAZ das Vorhaben linker Parteien ausgemacht, endlich gegen die NSDAP vorgehen zu können. Dieser Plan hätte sich jedoch nicht erfüllt - im Gegenteil:

---

505 VB, 8. 10. 1930, „Das Leipziger Reichswehrurteil".

506 Bucher, der Reichswehrprozeß, S. 125f. Vgl. u.a. VB, 1. 10. 1930, „Groener in Leipzig vor Gericht". Auch in der Beilage „Der deutsche Frontsoldat", wurde Groener in den folgenden Wochen scharf attackiert. VB, 17. 10. 1930, „Der Leipziger Reichswehrprozeß; Die Niederlage des Reichswehrministers".

507 VB, 18. 10. 1930, „Gegen das undeutsche Urteil im Leipziger Reichswehrprozeß".

508 Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 216f. Die „DAZ" druckte ein von der Verteidigung umgehend an Hindenburg gesandtes Telegramm ab, in der die Begnadigung erbeten wurde. 5. 10. 1930, „Gnadengesuch an Hindenburg".

509 Vgl. die Zusammenfassung in der „Vossischen Zeitung", wo die Kommentare des „Lokalanzeigers", der „DAZ", der „Deutschen Tageszeitung" und der „Kreuzzeitung" wiedergegeben werden. VZ, 5. 10. 1930, „Das Echo von Leipzig".

510 DAZ, 1. 10. 1930, „Drakonische Strafanträge in Leipzig" und 4. 10. 1930, „Festungsstrafen in Leipzig! Die Leutnants Ludin und Scheringer außerdem dienstentlassen - Ein hartes Urteil in einem überflüssigen Prozeß".

„Ziel dieses Prozesses war, die Illegalität der Nationalsozialisten zu erweisen. Es ist deshalb unverständlich, daß die Wahlen des 14. September die zuständigen Stellen nicht veranlaßt haben, ihren Standpunkt zu revidieren. So jedenfalls, wie es gemacht worden ist, hat man der Bewegung, die man bekämpfen wollte, den größten Dienst geleistet, dem Heere aber Schaden zugefügt."

Die liberale Presse zeigte sich mit dem Ausgang des Prozesses zufrieden. Das Gericht habe bei seiner Urteilsfindung Augenmaß bewiesen und sich beim Strafmaß an vergleichbaren Fällen gegen linke Angeklagte orientiert.[511] So habe das Urteil die Öffentlichkeit wieder beruhigen und ihr Vertrauen in die Rechtsprechung stärken können. Die Taten der Angeklagten spielten in den Kommentaren eine untergeordnete Rolle. Der Fokus richtete sich auf die Reichswehr insgesamt, da der Prozess mehr über den geistig-ideellen Zustand der Armee offenbart habe, als über die Vergehen einzelner Offiziere. Obwohl Ausmaß und Verbreitung nicht bestimmbar seien, zeigten sich die liberalen Zeitungen besorgt über das nationalsozialistische Gedankengut, das zunehmend den Geist der Truppe bestimme. Als grundsätzliche Ursache für den Hochverrat wurden Fehler in der politischen Schulung der Soldaten ausgemacht, an denen die Reichswehrführung gewichtige Schuld trage.[512] Von der Heeresleitung und dem Reichswehrministerium wurde verlangt, den Soldaten und Offizieren die Verbundenheit der Armee mit dem Staat und seiner Symbole näher zu bringen als dies bislang offensichtlich geschehen sei.[513] Das „Berliner Tageblatt" glaubte indes nicht, dass der Legalitätseid Hitlers zu einer besseren Bündnisfähigkeit der NSDAP führen würden. Sollten die Nationalsozialisten Hoffnungen in diese Richtung gehegt haben, wären sie durch Hitlers Ankündigung nach der eigenen Machtergreifung mittels Sondergerichten die Republik abzuurteilen und „die ausdrückliche Wiederholung des Wortes von den Köpfen, die in den Sand rollen sollen, so restlos durchkreuzt worden, dass der Zweck der Vorführung in sein Gegenteil verkehrt wurde".[514] Eingedenk solcher erklärter Absichten hoffte das „Tageblatt", dass sich die nationalkonservativen Parteien deutlich von der NSDAP distanzieren und auf „das Experiment einer Regierungsbeteiligung" lieber verzichten würden.[515]

---

511 VZ, 5. 10. 1930, „Das Urteil gegen die Ulmer Offiziere".

512 VZ, 5. 10. 1930, „Das Echo von Leipzig" und BT, 24. 9. 1930, „Offiziere vor dem Reichsgericht.; Die nationalsozialistische Zellenbildung in der Wehrmacht."

513 Der Kommentator des „BT", Rudolf Olden, hatte zu dem, in den Aussagen der Angeklagten zuweilen anklingenden Antikapitalismus Stellung bezogen und ihn als weiteren Baustein zur Stützung ihrer hierarchischen Staatsauffassung entlarvt, die auf einen autoritären Elitismus abzielte: „Der Sozialismus, zu dem sich die jungen Offiziere bekennen, ist der, den Spengler in ‚Preussentum und Sozialismus' dargestellt hat. Nicht das Wahlrecht kann seine Grundlage sein, bei dem jeder gleich viel zu sagen hat, sondern eine tragfähige Führerschicht, die die Aristokratie bilden muss. Also sind Aristokratie und Sozialismus kein Gegensatz." BT, 26. 9. 1930, „Offiziere."

514 BT, 26. 9. 1930, „Hitlers ‚Bündnisfähigkeit'; Kabinett und Gehaltskürzungen. - Hitler-Parade abgesagt.".

515 Ebenda. Die linksliberale und sozialdemokratische Presse hatte im Vorfeld des Reichswehrprozesses versucht, die neu entstandene Aufmerksamkeit über eine mögliche NS-Unterwanderung der Reichswehr zu nutzen. Die Berichterstattung über weitere Fälle von illegalen Verbindungen sollte das Ausmaß und die Bedeutung der Zersetzung betonen und die Öffentlichkeit für diese Bedrohung sensibilisieren. Es gelang den Zeitungen jedoch nicht, ein vergleichbares öffentliches Interesse wie beim Reichswehrprozess wachzurufen. BT, 24. 8. 1930, „Potsdamer Reichswehr von Nationalsozialisten durchsetzt?" und BT, 28. 8. 1930, „Reichswehr und Nationalsozialismus; Die ungeklärten Vorgänge in Potsdam". Der letztere Artikel bezog sich auf Informationen des „Vorwärts".

Der „Vorwärts“ legte den Schwerpunkt seiner Berichterstattung auf die NSDAP, der er die eigentliche Verantwortung an dem Hochverrat der drei Offiziere gab. In den Angeklagten erkannte das Blatt vor allem willfährige Instrumente ihrer Parteipolitik und titelte in diesem Sinne: „Wie die Nazis die Reichswehr für das dritte Reich erziehen wollten.”[516] Aus diesem Grunde seien zumindest die drei Münchner Kontaktpersonen unbedingt „der Teilnahme verdächtig”.[517] Das sozialdemokratische Parteiorgan ging bei seiner Berichterstattung ausführlicher als andere Zeitungen auf die Zeugenaussage Hitlers ein. Dessen wohl inszenierter Auftritt vor dem Reichsgericht wurde als „Hitler-Theater“ und die Verteidigung seiner Aussage als „Reinigungseid“ bezeichnet, der der deutschen Öffentlichkeit lediglich Sand in die Augen streuen sollte, um die tatsächlich praktizierten Methoden und staatsgefährdenden Absichten der NSDAP verschleiern zu können.[518] In Hitlers Äußerung erkannte die Zeitung nicht nur eine direkte Bedrohung des Reichsgerichts, sondern der ganzen Republik, die der aufmerksamen Öffentlichkeit eine Warnung sein sollte. Vehementer noch als die liberale Presse bezeichnete der „Vorwärts“ die innerhalb des Offizierskorps allgemein verbreitete nationalsozialistische Einstellung als eigentlichen, äußerst besorgniserregenden Skandal. Für den republikanischen Staat sei es nicht hinnehmbar, „daß die Mehrzahl der als Zeugen vernommenen Offiziere *unter Eid offen bekunden*, sie wären mit der *nationalsozialistischen Gesinnung der Angeklagten durchaus einverstanden* und diese nationalsozialistische revolutionäre Stimmung *sei die der Mehrzahl sämtlicher Reichswehroffiziere*”.[519] Das Organ der Sozialdemokratie nahm für diesen Zustand die Reichswehrführung in die Verantwortung und fragte, was sie überhaupt für die politische Erziehung ihres Nachwuchses unternehmen würde, „wenn Offiziere, die immerhin seit sieben bis acht Jahren der Reichswehr angehören, mit völlig nebelhaften Vorstellungen über Volk, Verfassung und Staat widerstandslos der nationalsozialistischen Agitation unterliegen.” Dass die hochverräterischen Absichten der Angeklagten frühzeitig gemeldet worden seien, spreche jedoch gegen eine allgemeine Zersetzung. Und der „Vorwärts“ forderte als Konsequenz aus dem Verfahren konkrete personelle Maßnahmen, um eine grundlegende Verfassungstreue der Reichswehr erreichen zu können: „Das Fazit dieses Prozesses ist jedenfalls, daß bei dem Nachwuchs des Offizierskorps in der Reichswehr sehr kräftig gesiebt werden muß, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zur unbedingten Verfassungstreue der republikanischen Reichswehr wieder herzustellen.”

Während die nationalsozialistische Presse eine vereinte Front aus marxistischer Republik, Justiz und Reichswehrministerium gegen die NSDAP proklamiert hatte, gingen die kommunistischen Zeitungen vom exakten Gegenteil aus: dem revolutionären Proletariat stünde die geschlossene Phalanx des

---

516 Vorwärts, 26. 9. 1930, „Nächtliche Leutnantssitzungen; Wie die Nazis die Reichswehr für das dritte Reich erziehen wollten”.

517 Vorwärts, 26. 9. 1930, „Hitler leistet den Reinigungseid'. Drei andere Naziführer der Teilnahme verdächtig”.

518 Vorwärts, 25. 9. 1930, „Hitler droht vor dem Reichsgericht mit revolutionärem Staatsgerichtshof; Nazichef als Zeuge im Hochverratsprozeß – ‚Köpfe werden in den Sand rollen‘”, Vorwärts, 26. 9. 1930, „Köpfe in den Sand?; Das Hitler-Theater von Leipzig.” und „Hitler leistet den ‚Reinigungseid‘.“

519 Vorwärts, 27. 9. 1930, „Revolte gegen das Reichsgericht”. In den Angeklagten hätte sich diese allgemeine Einstellung lediglich am deutlichsten ausgeprägt und sie zur Aktion geführt. Vorwärts, 4. 10. 1930, „Leutnantspolitik gegen Reichswehr; Nationalsozialistische Erschütterung der Disziplin - Offizierserziehung versagt”.

kapitalistischen Bürgertums mit seinen Lakaien gegenüber. Die „Rote Fahne“ beklagte sich über die ungleiche Behandlung ihrer Anhänger gegenüber Nationalsozialisten, die in der Regel von staatlicher Strafverfolgung verschont blieben, während jeder Kommunist, der einem Soldaten lediglich eine legale Parteizeitung übergebe, bereits rücksichtslos verfolgt würde. Die „Welt am Abend“ glaubte demzufolge nicht daran, dass die bürgerlichen Richter „in den Fall scharf hineinleuchten werden”.[520] Für die „Rote Fahne“ stand die Schuld der Angeklagten ebenso wie die führende Beteiligung der NSDAP, da sie den drei Offizieren in München ihre Anweisungen und auch Gelder zur Durchführung gegeben hätten, ohnehin von Anfang an fest.[521] Mit der Berufung Hitlers in den Zeugenstand offenbarten sich für die KPD die eigentlichen Absichten, die „die“ Bourgeoisie mit dem Prozess verfolgen würde:

„Damit ist dieser Verhandlung die Maske heruntergerissen worden. Sie ist zu einem großzügigen Vorstoß der Nationalsozialisten geworden. Sie soll die Plattform bilden, von der aus die Nationalsozialisten in die Regierung springen wollen. Sie wollen ihre Revolution zunächst auf kaltem Wege fortführen, nachdem es ihnen, wie dieser Prozeß zeigt, gelungen ist, die Reichswehr *völlig zu faschisieren.*”[522]

Dieser Akt hätte „offenbar den Zweck, seine Regierungsfähigkeit zu erweisen. Er soll zeigen, wie legal die Nationalsozialisten arbeiten.”[523] Wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen läge auch die Faschisierung der Reichswehr im Interesse der Bourgeoisie. Der Reichswehrprozess sollte diese Entwicklung lediglich beschleunigen helfen und hätte nur unter Zuhilfenahme der bürgerlichen Justiz erfolgen können: „Gestern hat Hitler sich in den Sattel des Bürgertums geschwungen. Das Reichsgericht hielt ihm den Steigbügel. Die Reichswehr fällt ihm als reife Frucht zu.”[524] Neben der Justiz wurde auch die republikanische Presse der Teilhabe an dem Faschisierungsprozess der Reichswehr beschuldigt. Ihre Berichterstattung hätte sich zum Ziel gesetzt, diese Entwicklung herunterzuspielen und zu verschleiern.[525]

Interessanter Weise meinte die „Welt am Abend“ in vereinzelten antikapitalistischen Äußerungen der Angeklagten ein prinzipiell ehrliches, von ihren bisherigen Klassenbindungen jedoch unterdrücktes Bekenntnis zum Sozialismus erkennen zu können. In ihren Auffassungen hatte sie Anknüpfungspunkte zu nationalistischen Offizieren ausgemacht. Ihre persönliche Situation und ihr Nationalismus hätte sie dazu bewegt,

„auf die Stimmen des Volkes zu hören. Doch waren ihre Ohren zu bürgerlich verbildet, um sie richtig zu verstehen. ‚Das Volk will Wehrgeist, Wehrhaftmachung’, ist ihr zweites Wort. Offenbar eine

---

520 WaA, 23. 9. 1930, „Ulmer Putschoffiziere vor dem Reichsgericht; Enthüllungen über Schwarze Reich swehr/Seeckt -Heye”.
521 RF, 24. 9. 1930, „Die Nazi-Reichswehr”.
522 WaA, 24. 9. 1930, „Sensation im Reichswehrprozeß”.
523 WaA, 25. 9. 1930, „Der Kronzeuge im Reichswehrprozeß; Hitler schwört sich in die Regierung; Der nationalsozialistische Führer will Köpfe rollen lassen.”
524 Ebenda. Als Parteiorgan der KPD wurde diese Anklage von der „Roten Fahne“ ungleich stärker betont, die erst titelte, „Das Reichsgericht schlägt Brücken zwischen Armee und NSDAP.”, um dann die Verantwortung der bürgerlichen Justiz unmissverständlich herauszustellen: „Das Reichsgericht bahnt den Weg für den Reichswehrfaschismus”. RF, 3. 10. 1930.
525 RF, 4. 10. 1930, „Das Urteil im Nazi-Reichswehrprozeß“.

Wehrgeisteskrankheit. Das Volk will was ganz anderes, will seine Freiheit, will die Klassenknechtschaft brechen. Ihre ökonomische Lage ließ die drei das ahnen. Es leuchtet durch das Phrasengewäsch von unpatriotischer Bourgeoisie und den Schäden des Kapitalismus hindurch. Aber ihre Ideologie hielt sie noch bei den Nazis, beim Stahlhelm, ‚wo ihre Freunde, ihre Klassenkameraden, ihre Verwandten stehen'."

Der Urteilsspruch wurde als Farce aufgefasst. Für die „Welt am Abend" war das Strafmaß „so milde ausgefallen, daß es fast einem Freispruch gleichkommt", da die Angeklagten, „wenn überhaupt, nur einen kleinen Teil der Strafe in der Festung verbüßen" würden.[526] Doch nicht das Strafmaß sei der eigentliche Skandal des Prozesses gewesen, sondern die Tatsache, dass die Führer der NSDAP nicht angeklagt worden seien. Damit sei bewiesen worden, dass es „kein Prozeß gegen, sondern für nationalsozialistische Umsturzvorbereitungen und Formung der Reichswehr im Interesse eines völkischen Putsches" gewesen sei.[527]

Ideologische Aufklärungsarbeit in ihrer praktischen Anwendung – Die Haftzeit Scheringers

Scheringer und Wendt wurden zur Verbüßung ihrer Haftstrafe auf den Festungstrakt des Gefängnisses in Gollnow, einem kleinen Pommerschen Städtchen, verlegt.[528] Festungshaft bedeutete eine Art Ehrenhaft und war mit besonderen Vorrechten verbunden, die diese Form des Strafvollzuges deutlich von Gefängnis- oder Zuchthausstrafen unterschied.[529] Ursprünglich war die Festungshaft für Delikte aus Gründen der Ehre, wie das Abhalten von Duellen, eingerichtet worden und wurde in der Weimarer Republik überwiegend für literarischen Hochverrat verhängt.[530] Die Unterschiede zeigen sich deutlich in dem Grad persönlicher Freiheiten, die dem Festungsgefangenen zugestanden wurden. Bei Tag war volle Bewegungsfreiheit innerhalb der Festung gegeben, so dass jeder Zeit Besuche bei Mitgefangenen, Aufenthalte auf dem Hof oder in Gemeinschaftsräumen möglich waren; die Zellen wurden nur nachts verschlossen. Nach einer gewissen Probezeit wurde in der Regel gegen Versicherung des Ehrenwortes täglicher, mehrstündiger Freigang gewährt, der in Gollnow auch Tagesausflüge an die Pommerschen Seen oder die Ostsee erlaubte.[531] Besuche von außerhalb wurden

---

526 WaA, 4. 10. 1930 „Das Leipziger Urteil; Milde Strafe gegen Putschoffiziere - Untersuchungshaft angerechnet - Spruch mit stürmischen Heilrufen begrüßt".

527 WaA, 4. 10. 1930 „Das Leipziger Urteil".

528 Ludin wurde, da er gebürtiger Badener war, von den anderen getrennt und auf eine Festung in Raststatt verlegt.

529 Vgl. dazu: Scheringer, Das große Los, S. 185 und 187f., Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, S. 215-218 sowie BArch R 1501/20021, Bl. 180-186f. und bes. 240, Bericht des Justizministeriums über die Reform der Festungshaftstrafe (aus der Abschrift des RMdI geht nicht eindeutig hervor, ob Preußisches oder Reichsministerium), Berlin, den 18. 1. 1932.

530 Auf den Tatbestand des literarischen Hochverrats wurde oftmals bei schriftlichen Aufrufen oder theoretischen Vorbereitungen zum Umsturz der verfassungsgemäßen Ordnung entschieden, für die, wenn sie beim abstrakten Theoretisieren verblieben und nicht aus niederen Beweggründen erfolgt waren, eine Ehrenhaft als angemessen angesehen wurde.

531 Buber-Neumann bezeichnete die Festungshaft daher auch als „Fledermausgefängnis". Sie zeigte sich, als sie auf Gollnow ihren Freund Heinrich Kurella besucht hatte, erstaunt über die Freiheiten, die die Festungsgefangenen genossen: „[…] hatte ich mir doch ein ganz anderes Bild von den schrecklichen Leiden der armen Gefangenen gemacht. Diese Gollnower Wirklichkeit vertrug sich ganz und gar nicht mit meinen reichlich pathetischen Vorstellungen." Auch ein Bericht des Reichsjustizministeriums „ergab über die gegenwärtige Handhabung dieses Strafvollzugs ein Bild, das man wohl kaum mit einem sonst naheliegenden Humor aufnehmen kann. Der Vorsitzende Ministerialdirektor […] schilderte

ebenso wie der persönliche Briefverkehr, wenn kein Verdachtsmoment auf weitere Vergehen vorlag, ohne Überwachung oder sonstige Einschränkung gestattet. Sowohl die Größe der Zellen als auch die Qualität des Essens lagen über dem Durchschnitt eines normalen Gefängnisses. Im Gegenzug hatte der Inhaftierte für einen Teil der anfallenden Kosten persönlich aufzukommen.

Die Handhabung des Straftatbestandes des literarischen Hochverrats durch die Weimarer Justiz hatte dazu geführt, dass das Gros der Festungsgefangenen von Kommunisten gestellt wurde, die zumeist als verantwortliche Redakteure für Artikel hochverräterischen Inhalts abgeurteilt worden waren.[532] Darin machte auch die Festung Gollnow keine Ausnahme und der gemeinsam mit Scheringer inhaftierte Redakteur der Jenaer Parteizeitung, Fritz Gäbler, erinnert sich, dass „die große Mehrzahl der in Gollnow eingesperrten Festungsgefangenen [...] Funktionäre der Kommunistischen Partei" gewesen waren; im Schnitt über 30 KPD-Mitglieder, von denen etwa die Hälfte für die Parteipresse tätig gewesen war.[533] Die kommunistischen Festungsgefangenen hatten eine regelrechte Parteizelle gebildet, die straff organisiert darauf bedacht war, „die Zeit, die unsere Genossen auf Festung sitzen mußten, im Interesse der Genossen selbst, aber auch der ganzen Partei gut zu nutzen." Ganz in diesem Sinne wurden die Tage mit „eifrigen Privatstudien und regelmäßigen Kursen für alle kommunistischen Insassen" ausgefüllt, in denen das Studium des Marxismus-Leninismus durch Vortragsreihen und anschließende Gesprächszirkel systematisch vorangetrieben wurde.[534] Da die KPD-Funktionäre ihre Haftzeit vorzugsweise nutzten, „um sich weiteres Rüstzeug zum Kampf gegen diesen Staat, die Weimarer Republik, anzueignen", sei „die Festung [mit] einer Art Hochschule für Theorie und Praxis der kommunistischen Lehre" vergleichbar gewesen.[535] Während die theoretische Schulung von der Festungsdirektion toleriert wurde, war die aktive Beteiligung an der Parteipolitik außerhalb der Gefängnismauern streng untersagt. Doch die den Gefangenen gewährten Freiheiten erlaubten es den inhaftierten Redakteuren auch weiterhin „an den Wahlvorbereitungen [der] Partei lebhaften Anteil" zu nehmen und „zahlreiche Artikel [...] von der Festung Gollnow an die verschiedenen Parteizeitungen" zu versenden.[536]

Das war die Situation, die Scheringer und Wendt auf der Festung Gollnow erwartete. Bezeichnender Weise saß zur selben Zeit mit Rudi Schwarz ausgerechnet der zeitweise für die Reichswehr (-

---

auf Grund einer von ihm im Sommer vorgenommenen Besichtigung der preußischen Festung Gollnow unwidersprochen folgendes Bild über die Betätigung der Gefangenen: Vormittags Sonnenbäder, im Anschluß daran gegenseitiger Unterricht und Schulung für den politischen Kampf, nach dem Mittagessen von 2-7 Uhr jeden Tag unbehinderten Stadtausgang. Dieser Zustand herrscht in sämtlichen preußischen Festungen." Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, S. 216 und BArch R 1501/20031, Bl. 240, Abschlussbericht über die Reform der Festungshaft, Berlin, den 18. 1. 1932.

532 BT, 20. 3. 1931, „Die Wandlung des Leutnant Scheringer". In diesem Sinne auch: Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, S. 214.

533 SAPMO im BArch SgY 30/0251, Erinnerungen Fritz Gäblers: „Erinnerungen an Richard Scheringer aus der gemeinsamen Festungshaft 1930/31", Bl. 103f. (künftig zitiert als: Erinnerungen Fritz Gäblers). Auch Buber-Neumann erinnert sich, dass es vor allem hoch motivierte und aktive „Spitzenfunktionäre" waren, die zur Festungshaft verurteilt wurden. Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, S. 216.

534 Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, S. 216.

535 Ebd, S. 217f. Auch Feuchtwanger erinnert sich, dass das „Gefängnis zur Parteihochschule gemacht" worden sei. Feuchtwanger, Der Militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1928-1935, Erinnerungen, S. 497.

536 Erinnerungen Fritz Gäblers, Bl. 105.

zersetzung) zuständige Ressortleiter des AM-Apparates mit ein. Als bekannt wurde, dass zwei der Nazi-Offiziere auf ihrer Festung ihre Haftstrafe verbüßen würden, richtete sich die Parteizelle auf eine lange Konfrontation und systematische Aufklärungsarbeit ein. Die Direktion und einige Kommunisten hatten gar gewalttätige Auseinandersetzungen befürchtet.[537] Von der größtenteils deutschnational oder nationalsozialistisch wählenden Gollnower Bevölkerung wurden die beiden Offiziere warm aufgenommen und als berühmte Vertreter der NSDAP von Privatpersonen und der örtlichen Parteigruppe hofiert.[538] Von Zeit zu Zeit kündigte sich auch prominenter Besuch aus der NSDAP oder der SA an; und zu Weihnachten 1930 wurden sie mit Aufmerksamkeiten und Geschenken von Granden des nationalen Lagers überhäuft.[539]

Die Mitglieder der Parteizelle gingen indes in *medias res* und begannen bereits am ersten Hafttag mit der ideologischen Bearbeitung der beiden Offiziere, die von da ab täglich (!) fortgesetzt wurde.[540] Scheringer und Wendt sollte keinerlei Möglichkeit zur Absonderung geboten werden und sie wurden umgehend in Diskussionen verwickelt, die sich zum Teil zu lautstarken und hitzigen Auseinandersetzungen entwickelten.[541] Nach wenigen Tagen war die Leitung der KPD-Gruppe übereingekommen, „daß es notwendig ist, die Aussprachen systematisch zu führen und von vornherein ihre Richtung festzulegen". Um eine gezielte Bearbeitung garantieren zu können, „wurde aber auch festgelegt, welche Genossen allein beauftragt und berechtigt sind, die Zelle der beiden Offiziere aufzusuchen und mit ihnen zu diskutieren. Die gleichen Genossen allein erhielten ferner die Befugnis, auch außerhalb der Zellen politische Aussprachen mit den Offizieren durchzuführen." Sie wurden angehalten der Parteizelle täglich Bericht zu erstatten, damit diese „dann die Hauptaufgaben und Argumente der weiteren Diskussion mit den Offizieren" festlegen konnte.[542]

In den täglichen Konfrontationen hielten Scheringer und Wendt zunächst betont an ihrer nationalsozialistischen Einstellung fest, bezogen aber, vom Legalitätseid Hitlers und der parlamentarischen Arbeit der NSDAP zunehmend desillusioniert, die Position der „revolutionären Nationalsozialisten" um Strasser und Stennes.[543] Sie verteidigten vehement, „entzündet durch die gegnerischen Argumente", den revolutionären Charakter und die sozialistische Einstellung der nationalsozialistischen Bewegung und lehnten ausnahmslos alle legalen Methoden der Machtergreifung ab. Als erste gemein-

---

537 Vgl. Ebenda, S. 115 und 120 sowie Scheringer, Das große Los, S. 184-187.

538 Scheringer, Das große Los, S. 188 und BArch R 1501/20021, Bl. 139, Brief des Bundesvorst. des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Magdeburg, an den Ministerialdirektor Dr. Menzel, Berlin, 13. 11. 1930.

539 Sogar der Hohenzollernprinz August-Wilhelm soll eine Kiste mit Zigarren geschickt haben. Einige Namen, darunter auch Otto Strasser, genannt unter: SAPMO im BArch NY 4037/56, Bl. 58f., Brief Scheringers an seine Mutter, vom 1. 2. 1931, Erinnerungen Fritz Gäblers, Bl. 119 und Scheringer, Das große Los, S. 190ff.

540 Gäbler verweist wiederholt auf die tägliche gezielte Bearbeitung. Scheringer bemerkt dazu lediglich: „Die kommunistischen Mitgefangenen gingen bald bei uns ein und aus." Erinnerungen Fritz Gäblers, Bl. 95, 98, 116, 117, 119 und 121 sowie Scheringer, Das große Los, S. 185.

541 Ebenda, S. 104 und 116. Vgl. Scheringer, Das große Los, S. 186 und 191f.

542 Ebenda, S. 116f.

543 Scheringer, Das große Los, S. 183 und 185 sowie SAPMO im BArch NY 4037/56, Bl. 58f., Brief Scheringers an seine Mutter, vom 1. 2. 1931.

same Basis der politischen Diskussionen erwies sich dabei die radikale Ablehnung der Weimarer Republik und die Kontroversen kreisten bald um die Frage, „welcher Weg wohl der beste und sicherste zur Überwindung des herrschenden Systems und zur Befreiung wäre".[544] Bereits nach kurzer Zeit wurde gegen den Widerstand einzelner Kommunisten beschlossen, Scheringer und Wendt zu einem Kurs über historischen Materialismus und politische Ökonomie hinzuzuziehen. Es ist anzunehmen, dass bei den beiden Offizieren echtes Interesse an den aufgeworfenen Fragen vorhanden war und sie nahmen das Angebot zur Teilnahme an den Schulungskursen an.

Als Argumentationsgrundlage ihrer Aufklärungsarbeit zogen die Gollnower Kommunisten die „Programmerklärung" heran.[545] Dass die KPD über ein Programm zur nationalen Befreiung verfügte, war für Scheringer wohl der eigentliche Auslöser, sich für die KPD zu interessieren und weiter in die kommunistische Theorie einzudringen. Sein erstes Interesse wurde durch die militärische Option weiter bekräftigt, nach der ein gemeinsames Vorgehen mit der Roten Armee gegen die Entente deutlich größere Aussichten auf Erfolg versprechen würde, als deutsche Alleingänge oder das Lavieren zwischen den Siegerstaaten, wie es die NSDAP propagierte.[546] Weitere Berührungspunkte, über die der Kontakt vertieft werden konnte, waren neben verschiedenen gemeinsamen sportlichen Aktivitäten die Fortsetzung von Scheringers russischem Sprachunterricht, den er zum großen Erstaunen der Kommunisten bereits in der Reichswehr begonnen hatte.[547] Nicht zuletzt, und hier ist Scheringers nachträglicher Darstellung durchaus Glauben zu schenken, imponierte den Offizieren die unbedingte Radikalität und unbeugsame Haltung der Kommunisten. Unter diesen Umständen kam es, ungeachtet kontroverser, zum Teil erregter Diskussionen rasch erst zu einem kameradschaftlichen, dann zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu einzelnen Mitgliedern der Parteizelle.[548]

---

544 Scheringer, Das große Los, S. 185f. Auch über die außenpolitische Orientierung auf die Sowjetunion soll von Anfang an Übereinstimmung geherrscht haben.

545 Erinnerungen Fritz Gäblers, Bl. 117f. sowie Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, S. 216f.

546 Buber-Neumann, die diesen Aspekt in ihrer Darstellung betont, gibt Scheringers Ausgangspunkt sich für den Kommunismus zu interessieren folgendermaßen wieder: „In den Diskussionen von Zelle zu Zelle erklärte er nämlich, ein Nationalsozialist geworden zu sein, weil nur von diesen erwartet werden könne, daß sie den Vertrag von Versailles beseitigen und die Franzosen aus dem Rheinland verjagen würden. Als ihm die Kommunisten klarmachten, daß man das erfolgreicher gemeinsam mit der Roten Armee tun könne, horchte der Offizier Scheringer auf. Damit waren erste Berührungspunkte gegeben." Sie fährt an anderer Stelle fort: „Scheringer wurde bei Diskussionen mit den Kommunisten in Gollnow ja auch erst hellhörig, als Schwarz ihm einredete, daß eine ‚Befreiung' zum Beispiel des Rheinlandes mit Hilfe der Roten Armee am ehesten zu bewerkstelligen wäre. Erst dieses Argument verfing." Auch Werner Jurr, ein Mitglied der KPD-O, der gemeinsam mit Scheringer auf Gollnow einsaß, berichtete, dass er das größte Interesse der Roten Armee entgegenbrachte, die ihm imponiert hätte. Scheringer hingegen betont in seiner Autobiographie erwartungsgemäß sein Interesse am Sozialismus als Ausgangspunkt sich dem Kommunismus zuzuwenden. Buber-Neumann. Von Potsdam nach Moskau, S. 216f. & 221f. und Arbeiterpolitik, 24.03.1931, „Unterredungen mit Scheringer; Erlebnisse auf Gollnow", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 29.

547 Scheringer, Das große Los, S. 196 und Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, S. 217.

548 Scheringer, Das große Los, S. 186f. Die beiden wurden noch vor ihrer Abwendung von der NSDAP, um den Wandlungsprozess weiter zu unterstützen, auch zu gruppeninternen, teilweise sogar illegalen Aktivitäten, wie das Abhalten von Schießübungen mit einer Luftpistole, hinzugezogen. Buber-Neumann zeigte sich über die Erklärung ihres Freundes H. Kurella empört, als dieser ihr eröffnet hatte, dass er mit Scheringer - in ihren Augen ein faschistischer Reaktionär - Freundschaft geschlossen habe. Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, S. 216.

Der Frontwechsel & Scheringers Erklärung

Die beiden Offiziere wichen den in den laufenden Diskussionen aufgeworfenen Fragen nicht aus und versuchten sich durch intensives Studium nationalsozialistischer Literatur das nötige Rüstzeug zu erarbeiten, um in den Auseinandersetzungen bestehen zu können. Parallel dazu setzte Scheringer mit Unterstützung seiner kommunistischen Mitgefangenen seine bereits während der Untersuchungshaft begonnene Lektüre marxistischer Werke fort.[549] Den kommunistischen Agitatoren gelang es erstaunlich schnell Scheringer und Wendt von dem in der „Programmerklärung" propagierten unmittelbaren Zusammenhang von sozialer und nationaler Frage zu überzeugen. Und sie konnten mit kritischen Fragen, weshalb eine so genannte Arbeiterpartei das Proletariat mit Terror überziehe oder die Realpolitik der NSDAP ihren propagierten (revolutionär-antikapitalistischen) Grundsätzen widersprach, erfolgreich erste Zweifel sähen.

Nachdem Scheringer den Schulterschluss mit dem Proletariat und die sozialistische Organisation der Nation als prinzipielle Voraussetzung zur nationalen Befreiung akzeptiert hatte, begann er sich verstärkt für den Themenkomplex Sozialismus zu interessieren; allerdings ohne die marxistische Theorie sofort gänzlich zu akzeptieren.[550] Sein Interesse erfolgte anfangs nicht aus sozialen sondern weiterhin aus nationalen Gründen, da ein sozialistischer Staat eine größere Mobilisierung der nationalen Kräfte versprach und damit als der erfolgversprechendere Weg zur Befreiung der Nation erschien. Scheringer versuchte dennoch seine nationalsozialistischen Ideale aufrecht zu erhalten und schrieb, da er den sozialistischen Gedanken der NSDAP am stärksten beim „Angriff" vertreten meinte, einen Brief an Goebbels, mit der Bitte seine Fragen zum „deutschen Sozialismus" der Partei zu beantworten. Die ausweichenden Auskünfte des Berliner Gauführers und des Schriftleiters des „Angriffs", Dr. Lippert, nährten seine Zweifel an der Parteilinie.[551] Als er auch bei der nationalsozialistischen Opposition keine befriedigende Antworten auf seine Fragen erhalten hatte, schrieb Scheringer, ob der persönlichen Unsicherheit sich politisch zu positionieren, resigniert an seine Mutter:

---

549 Ebenda, S. 191f. Siehe auch: Ebenda, S. 173, 187 sowie Erinnerungen Fritz Gäblers, S. 117 und Arbeiterpolitik, 24.03.1931.

550 Jurr betonte in diesem Zusammenhang die Hemmungen Scheringers: „Es ist richtig, Scheringer hat sich sehr ernsthaft [mit] marxistischer Theorie befaßt, sie aber noch vor Wochen mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Wir hatten sehr oft harte und scharfe Diskussionen darüber." Er hätte zwar mit viel Fleiß und Verstand Marx Kapital gelesen, lehnte aber dennoch „die Erklärung der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft" und die daraus resultierenden „Schlußfolgerungen" ab. „Er betonte bis zuletzt die Notwendigkeit des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln, weil ohne dem keine private Initiative da sei und deren Existenz hauptsächliches Moment jeder wirtschaftlichen Entwicklung wäre." Stattdessen sei Scheringer für eine Domestizierung des Kapitalismus eingetreten, worunter er die Enteignung arbeiterfeindlicher Kapitalisten verstanden habe. Der historische Materialismus, „die Forschungsmethode des revolutionären Proletariats", sei für ihn ein Buch mit sieben Siegeln geblieben: „Aber er lehnte ihn auch ab, als man ihn näher mit dieser Methode bekannt machte [...]." Sicherlich folgte Jurrs Darstellung politischen Intentionen, mit der die KPD zur Vorsicht im Umgang mit ehemaligen Nationalisten und zur Reinerhaltung der marxistischen Ideologie ermahnt werden sollte. Es ist jedoch berechtigt anzunehmen, dass Scheringers Ansichten wohl eher dem entsprochen haben, was zu dieser Zeit in nationalrevolutionären Kreisen als Sozialismus (Niekisch, Strasser, Moeller van den Bruck) bezeichnet worden war. Arbeiterpolitik, 24. 3. 1931.

551 Vgl. Scheringer, Das große Los, 189f.

„Unter diesen Umständen wirst Du Dir denken können, dass ich mich in noch keiner Weise irgendwie gebunden habe. Ich muss erst noch viel mehr Einblick gewinnen."[552]

Um seine Fragen abschließend klären zu können, beschloss Scheringer die persönliche Aussprache mit den Führern der NSDAP und ihrer oppositionellen Absplitterungen zu suchen. Scheringer reichte ein Gesuch nach Urlaub (!) mit der Begründung ein, in Berlin sein Studium vorbereiten zu wollen. Das Argument zog und er erhielt die Erlaubnis für eine sechstägige Haftunterbrechung vom 18. bis 22. Februar. Die KPD-Zelle versuchte die Fahrt gewinnbringend für ihre Überzeugungsarbeit auszunutzen. Um die Richtung und den Inhalt der kommenden Aussprachen beeinflussen zu können, wurden eine Reihe von Fragen ausgearbeitet, die Scheringer seinen Gesprächspartnern stellen solle und die hauptsächlich um den (angeblichen) Sozialismus der NSDAP kreisten. Nachdem er ihre Vorschläge angenommen hatte, wurde die Argumentation in den erwarteten Gesprächen eingehend besprochen.[553]

In Berlin angekommen suchte Scheringer Goebbels auf, der, wie die anderen NSDAP-Führer, mit denen er noch zusammentreffen sollte, seinen Besuch als insistierende Erkundigung nach in Aussicht gestellten Belohnungen für die Kooperation während des Prozesses auffasste. Goebbels soll ihm auch sogleich einen Posten als Redakteur beim „Angriff" oder als sein Privatsekretär angeboten haben.[554] Als Scheringer auf sein Anliegen, die Klärung der bereits in seinem Brief aufgeworfenen Fragen zum „deutschen Sozialismus" zu sprechen kam, wich Goebbels aus und beendete rasch die Unterhaltung. Sie kamen aber, da sich ihre Termine überschnitten, überein, am nächsten Tag gemeinsam nach München zur Parteizentrale zu fahren. Während der Zugfahrt verteidigte Goebbels den Legalitätseid Hitlers als „genialen Schachzug" und sprach sich gegen die Sozialisierung der Wirtschaft aus.[555] Auf die Frage nach der „Brechung der Zinsknechtschaft", die Scheringer als „Hauptforderung des Programms" besonders wichtig war, soll der Berliner Gauleiter geantwortet haben: „Was heißt Brechung der Zinsknechtschaft? Brechen muß dabei nur der, der diesen Federschen

---

552 SAPMO im BArch NY 4037/56, Bl. 58f., Brief Scheringers an seine Mutter, vom 1. 2. 1931. Dort versuchte er die Entwicklung der vorangegangenen Wochen und Monate zu ordnen und seine eigene Position zu klären „1. Meine Bedenken gegenüber dem Kurs der führenden Politik in der Partei werden von den anderen geteilt. Man ist sich darüber klar, dass die Bewegung sich in einer latenten Krise befindet. Die Möglichkeit auf legalem Wege zum Ziel zu kommen wird bezweifelt. Infolgedessen spricht man - insbesondere in der S.A. - wieder von gewaltsamen Unternehmungen. 2. Von wirklich revolutionären Parolen weiss man innerhalb der S.A. jedoch nichts. Man will das ‚es los geht', dass ‚der Laden ausgemistet wird' u.s.w. ohne sich Gedanken darüber zu machen, ob man nach der Machtübernahme mit der Sozialisierung beginnen wird oder nicht [...]. 3. Der Gegensatz Reichsleitung - S.A. Führung, oder besser gesagt der Gegensatz Hitler - Stennes beruht daher nicht auf grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Er ist im Wesentlichen persönlicher Art. […] 6. Über das Hauptproblem ‚Gewinnung des Proletariats' macht man sich hier wie dort keine Gedanken."

553 Erinnerungen Fritz Gäblers, Bl. 122.

554 Scheringer, Das große Los, S. 194. Goebbels soll ihm sogar ein Abgeordnetenmandat in Aussicht gestellt haben. Bereits vor der Reise soll ihm der NSDAP -Abgeordente Oberst Hierl die Führung der Pommerschen SA versprochen haben.

555 Ebenda, S. 195. Goebbels gibt in seinem Tagebuch seine Eindrücke von Scheringers Besuch wieder, die dessen Darstellung bestätigen: „*24. Februar 1931* [...] Lt. Scheringer kommt plötzlich auf einen Sprung in Urlaub. Ich unterhalte mich lange mit ihm. Ein fabelhafter Junge! Sicher, klar und charaktervoll. Den werde ich mir holen, wenn er aus der Festung kommt. [...]". Goebbels bestätigt ebenso das Interesse Scheringers am Sozialismus und seine revolutionären Ansichten: „*26. Februar 1931* [...] Mit Scheringer nach München. Wir palavern die ganze Nacht durch. Er ist ein kluger Junge und hat Charakter. Dazu Sozialist und radikaler Draufgänger. Vor allem die sozialen Fragen machen ihm Sorge. Ich nehme mich seiner an. Den kann man gebrauchen." Goebbels, Tagebücher, Bd. 2 1930-1934, S. 564.

Unsinn lesen muß."[556] Die Gespräche, die Scheringer in München mit der Führungsriege der Partei, einschließlich Hitler, führte, unterschieden sich kaum von denen, die er zuvor mit Goebbels hatte. Nach Berlin zurückgekehrt, führte ein Besuch bei Stennes zu vergleichbaren Ergebnissen.

Die Reise war für Scheringer der endgültige Auslöser, öffentlich mit der NSDAP zu brechen und sich nunmehr zum Kommunismus und zur KPD zu bekennen.[557] Ein Schritt, der ihm nicht nur aus persönlichen Gründen schwer gefallen sein dürfte. Scheringers autobiographische Darstellung, dass das Frühjahr 1931 eine Zeit „innerer Einkehr und ernster Prüfung" gewesen sei, erscheint als glaubhaft, da sein persönlicher Einsatz im Falle eines öffentlichen Frontwechsels äußerst hoch war.[558] Er würde nicht nur sein bisheriges soziales Umfeld gegen sich aufbringen (die Mehrheit seiner Verwandten, Freunde und Bekannten waren Sympathisanten oder Mitglieder der Rechtsparteien DNVP oder NSDAP), sondern auch für die meisten Nationalsozialisten zum verfemten Hassobjekt machen und eine aussichtsreiche berufliche Zukunft gefährden. Die in einem Brief an einen Bekannten angeführten Gründe für seinen Frontwechsel zeigen deutlich, dass sich Scheringers Einstellung und Ziele, die bereits seine hochverräterischen Handlungen in der Reichswehr bestimmt hatten, keineswegs geändert hatten; er war unterdessen lediglich zu der Auffassung gelangt, dass ihrer Erfüllung im Bunde mit der KPD größere Aussichten auf Erfolg beschieden waren als mit der NSDAP:

„Lange habe ich mit mir gekämpft und um die Wahrheit gerungen, ehe ich mich zu diesem Schritt entschloss. Leicht ist es mir nicht geworden, doch zwang mich die unerbittliche Notwendigkeit ihn zu gehen. Begründung kurz wie folgt: Oberstes Gesetz ist und bleibt die nationale und soziale Befreiung des Deutschen Volkes. Sie kann nur auf gewaltsamen, revolutionären Wege mit der Arbeiterschaft und mit grossen Teilen der bewaffneten Macht im Innern -- mit Russland und *gegen* die kapitalistischen Weltmächte nach aussen erkämpft werden. Die Politik der nationalsozialistischen Führung sieht nun so aus: Die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats ist bisher nicht gelungen und kann nicht mehr

---

556 Ebenda, S. 197-200. Oberst Hierl lehnte jegliche illegalen Methoden ab und wies die Zersetzung der Reichswehr von sich. Er versuchte ihn stattdessen mit dem Versprechen auf Rückkehr in die Armee im Range eines Hauptmannes im „Dritten Reich" abzuspeisen. Auch Röhm habe die Revolutionierung der Reichswehr entschieden abgelehnt, da die NSDAP sie „doch intakt übernehmen" wolle. Er wollte Scheringer für einen führenden Posten in der SA gewinnen. Der Fachberater für Wirtschaftsfragen der NSDAP, Hauptmann Wagener, soll ihm später, nachdem er wie seine Vorredner die Legalität der Partei bestätigt hatte, erklärte haben, dass die NSDAP keineswegs daran denke die bestehende Wirtschaftsordnung zu beseitigen; die Partei wolle vielmehr „davon retten, was zu retten ist". Sein ehemaliger Verteidiger Dr. Frank schloss sich den Stellungnahmen seiner Parteigenossen an. Am Ende des Tages wurde Scheringer schließlich zu Hitler vorgelassen, der ob des rasanten Wachstums der Partei seine legale Strategie der Machtergreifung per Wahlzettel anpries. Fragen nach den sozialistischen Zielen der Partei tat er kurzerhand als Diffamierungen der politischen Gegner ab und verwies auf den Bedeutungsverlust aller Klassengegensätze in der kommenden Volksgemeinschaft.

557 Die Entwicklung von der Reise bis hin zur öffentlichen Erklärung des Frontwechsels wird von Gäbler und Scheringer unterschiedlich dargestellt. Gäbler berichtet, dass Scheringer „in den folgenden Tagen [...] mit uns die Ergebnisse seiner Reise" beraten habe, woraufhin er „nunmehr [...] seine öffentliche Lossagung vom Faschismus und seinen Übertritt zum Kommunismus vor[bereitet]" habe. Scheringer hingegen schreibt, dass er und Wendt nach seiner Reise als alternativen „dritten Weg" die Schriften von Nationalrevolutionären wie Strasser, Niekisch, Lass oder Jünger und Moeller van den Bruck nochmals eingehend studiert hätten. Seine Begründung erscheint als glaubhaft, da die nationalrevolutionären Ideologen „sich zur sozialen Befreiung [bekannten], weil sie in ihr die Voraussetzung zur Befreiung von Versailles sehen", was seinerzeit am ehesten Scheringers Auffassung vom Sinn und Zweck des Sozialismus entsprochen haben dürfte. In seiner Autobiographie, nun führender Funktionär der KPD bzw. DKP, gibt Scheringer als eigentlichen Grund an: „Überall fehlt die letzte Konsequenz in der Frage der Sozialisierung." Es ist aber berechtigt anzunehmen, dass er kleinen Splittergruppen keine Chance zu substantiellen Veränderungen zutraute und daher den Anschluss an eine Massenpartei vorgezogen hatte. SAPMO im BArch SgY 30/0251, Erinnerungen Fritz Gäblers, Bl. 124 und Scheringer, Das große Los, S. 202f.

558 Scheringer, Das große Los, S. 201 und SAPMO im BArch SgY 30/0251, Erinnerungen Fritz Gäblers, Bl. 121.

gelingen, da Hitler eine kapital-freundliche Haltung angenommen hat. [...] Ausserdem hat Feder sich ausdrücklich gegen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ausgesprochen, und Hauptmann Wagner, der Führer der Wirtschaftsabteilung hat mir in München persönlich erklärt, die Partei wolle vom bestehenden kapitalistischen System retten, was zu retten ist. Eine weitere Propagandaarbeit innerhalb der Armee hat die Reichsleitung ausdrücklich abgelehnt, mit der Begründung, man wolle die Reichswehr ‚intakt' übernehmen. […] Statt im Osten Anlehnung zu suchen, nachdem der französisch-italienische Konflikt beseitigt ist, hetzt die NSDAP gegen Russland so gut wie sie kann. Mit wem will man gegen die Tributherren im Westen marschieren? Auf legalem Weg zur Diktatur zu kommen, ist ausgeschlossen. Trotzdem hält man stur am legalen Weg fest. Es gilt die letzte und unerbittliche Konsequenz zu ziehen. Entweder wir erkämpfen mit den bewaffneten Arbeitern, im Bunde mit der Sowjetunion die Freiheit, oder nie. Da darf man nicht über Zwirnsfäden stolpern."[559]

Als Scheringer der Parteizelle seinen Entschluss zum öffentlichen Frontwechsel mitteilte, herrschte nicht nur ungeteilte Freude. Die KPD musste nun ihrerseits Sicherheit über die Ernsthaftigkeit seiner Entscheidung erlangen und schreckte dabei auch nicht vor der geheimen Überprüfung seines Briefverkehrs zurück, um die Zuverlässigkeit des politischen Wandels verifizieren zu können.[560] Ein erneutes Umfallen und die Rückkehr zur NSDAP, die die KPD vor der gesamten Republik bloßgestellt und lächerlich gemacht hätte, musste unter allen Umständen vorgebeugt werden. Bevor weitergehende Schritte eingeleitet wurden, wurde nochmals eine persönliche Aussprache mit Scheringer geführt, „um ihn eindringlich auf die für ihn zu erwartenden Konsequenzen hinzuweisen".[561] Seine Antworten überzeugten die Gollnower Kommunisten, die daraufhin das ZK der KPD informierten.[562]

Die Parteiführung schickte ob der Sensation, die sich anzubahnen schien, keinen geringeren als den Chef ihres Nachrichtendiensten, Hans Kippenberger, nach Gollnow, der die endgültige Entscheidung treffen sollte und nochmals ein prüfendes Gespräch mit Scheringer führte.[563] Kippenberger konnte im Gegenzug mit der Versicherung, dass die Kommunisten keine Pazifisten seien und „im Verein mit Sowjet-Rußland den freien großdeutschen Arbeiterstaat gegen die Westmächte erkämpfen" wollen, Scheringers letzte Zweifel ausräumen.[564] Bezeichnender Weise ersetzte Scheringer, nachdem er den Übertritt vollzogen hatte, in seiner Zelle das Bildnis Hitlers durch ein Portrait des sowjetischen Marschalls Woroschilow, was die eigentliche Intention seines Frontwechsels anschaulich illustrierte. Nachdem auch Kippenbergers Urteil positiv ausgefallen war, arbeitete Scheringer gemeinsam mit der Parteizelle einen detaillierten Plan für seinen Frontwechsel aus. Um den Reichswehrprozess und damit seine Person wieder in das öffentliche Bewusstsein zurückzurufen, aber auch um den Überraschungseffekt seines Übertrittes weiter zu erhöhen, schrieb Scheringer zunächst einen Artikel für den „Angriff", der am 10.03.1931 in der Zeitung

559 SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 12f., Brief Scheringers an Weyrauch, vom 21. 3. 1931.
560 Erinnerungen Fritz Gäblers, Bl. 119f.
561 Ebenda, Bl. 125f.
562 Ebenda, Bl. 126.
563 Dass Kippenberger im Weltkrieg Offizier gewesen war, habe Scheringers Vertrauen in den Chef des Nachrichtendienstes und die Partei weiter gestärkt. Scheringer, Das große Los, S. 203.
564 Aussage Kippenbergers nach: Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 295.

veröffentlicht wurde.[565] Daran anschließend verfasste er seine Übertrittserklärung.[566] Und am 14. März sagte er sich per Einschreiben an die Reichsleitung der NSDAP und an Goebbels von der nationalsozialistischen Partei los.[567] Scheringer zeigte sich, da er nun einen endgültigen Entschluss gefasst hatte, erleichtert: „Der Hauptgrund für unseren guten Mut ist aber doch wohl in der Überwindung aller Zweifel und Unklarheiten zu suchen."[568]

Für Scheringer gab es nun kein Zurück mehr und er schickte am 18. März 1931 seine Übertrittserklärung an das ZK der KPD, die tags darauf, am 19. März, durch Hans Kippenberger im Reichstag anlässlich der Debatte zum Reichswehretat verlesen wurde. Die Erklärung, die kurz nach ihrer Verkündung in vielen Zeitungen und Zeitschriften wiedergegeben wurde, wurde zusätzlich als Flugblatt gedruckt zu tausenden in ganz Deutschland verteilt und fand auf diese Weise eine „ungeheure Verbreitung".[569] Und was der ehemalige Reichswehroffizier nur sechs Monate (!) nachdem er als Nationalsozialist verurteilt worden war zu verkünden hatte, war in der Tat sensationell. Scheringer hatte mit seiner Erklärung aber lediglich ein Bekenntnis zur „Roten Front" abgegeben und war kein Mitglied der KPD geworden.[570] Ein Schritt, auf den er vielleicht aus Ressentiments sich der Parteidisziplin zu unterstellen bzw. beugen zu müssen, verzichtet haben mag. Da er jedoch alle von der KPD an ihn herangetragenen Aufgaben bereitwillig erfüllte, kann vermutet werden, dass von einem Eintritt, analog Kippenbergers Beschreibung der militärpolitischen Arbeit, wonach im jeweiligen Einzelfall abgewogen werden sollte, ob Dissidenten für die KPD besser als Sympathisant oder als Parteimitglied wirken könnten, vorsätzlich Abstand genommen worden war. Es wurde wohl angenommen, dass Scheringer, der für revolutionäre Nationalsozialisten den ersten Kontakt und das Tor zum Kommunismus bilden sollte, als Sympathisant überzeugender wirken würde.

„Das Kampfziel der revolutionären deutschen Jugend ist die Befreiung des deutschen Volkes. Befreiung heißt: **Beseitigung des kapitalistischen Systems!** Zerreißung der Friedensdiktate von Versailles bis Young.
In der Erkenntnis, daß dieses Ziel nur auf gewaltsamem Wege erreicht werden kann, wurde ich Soldat. Ebenso wie meine Kameraden vertrat ich als Frontoffizier die Auffassung, daß das 100.000 Mann-Heer Kerntruppe einer zukünftigen Volks- und Freiheitsarmee werden müsse. Dieser Gedanke stand im schroffen Gegensatz zum Standpunkt der Heeresleitung, da ja die Bürogenerale als Werkzeuge der der-

565 Angriff, 10.03.1931, „Eine Stimme aus dem Kerker; Scheringer gegen Humbert und Braune".

566 Bei der Formulierung sei Scheringer, wie Gäbler berichtet, von einzelnen Mitgliedern der Parteizelle beraten worden. Die KPD musste im eigenen Interesse darauf bedacht sein, dass Scheringer wenigstens ein Mindestmaß an parteikonformer Ausdrucksweise einhielt. SAPMO im BArch SgY 30/0251, Erinnerungen Fritz Gäblers, Bl. 124.

567 Scheringer, Das große Los, S. 204. Der Brief Scheringers wurde, wie aus seinem Nachlass hervorgeht, an Hitler weitergeleitet. Dort ist die Abschrift eines Schreibens von Paul Hoffmann vom 25.03. an Hitler archiviert, in dem dieser den Brief Scheringers kommentiert. Scheringers eigentlicher Brief findet sich dort allerdings nicht. SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 11.

568 SAPMO im BArch NY 4037/56, Bl. 60f., Brief Scheringers an seine Mutter, vom 17. 3. 1931.

569 Das Flugblatt trug den Titel: „SA-Mann höre. Leutnant Scheringers Bekenntnis zum Kommunismus". BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Urteil in der Strafsache gegen R. Scheringer wegen Vorbereitung zum Hochverrat, vom 11. 4. 1932.

570 Von Scheringer persönlich in einem „Brief an den öffentlichen Ankläger der Spruchkammer Ingolstadt-Land", vom 23. 8. 1947 und einem Lebenslauf vom 26. 12. 1945 angeben. In: Ehrlich, Der Fall Scheringer, S. 4 und 10.

zeitigen Machthaber in der Reichswehr lediglich ein Instrument der Youngpolitik, eine Schutztruppe des Kapitalismus sehen. Als wir Ulmer Offiziere daher die Idee der nationalen und sozialen Befreiung mit allen Mitteln im Heere forderten, erließ man auf Denunziation hin Haftbefehl. Nach siebenmonatiger Untersuchungshaft wurden wir in Leipzig vom Reichsgericht zu 1 ½ Jahren Festungshaft verurteilt.
Da sowohl die Offizierszeugen wie auch wir Angeklagten uns für die Idee der nationalen und sozialen Befreiung erklärten, war der Prozeß eine glänzende Propaganda für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Wir, und mit uns breite Massen des Volkes glaubten unsere Idee in der N.S.D.A.P. verkörpert. **Wer heute die praktische Politik der nationalsozialistischen Führer mit ihren radikalen Plänen vergleicht, erkennt, daß ihre Handlungen mit schärfsten Gegensatz zu dem stehen, was sie reden und schreiben und was wir von ihnen erwarteten.**
Die praktische Politik dieser Führer wird durch folgende Tatsachen gekennzeichnet:
1. Sie haben sich im Laufe der letzten Monate eindeutig vom Sozialismus losgesagt.
2. Sie haben das Privateigentum heilig gesprochen.
3. Sie haben bei innerpolitischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen die Interessen der Kapitalisten gegen die Interessen des Proletariats vertreten.
4. Sie haben keinem Kapitalisten ein Haar gekrümmt, aber den Terror gegen das Proletariat organisiert.
5. Sie haben gegen die Zerreißung des Youngplanes gestimmt.
6. Sie haben die Verschuldung Deutschland an das internationale Finanzkapital anerkannt.
7. Sie haben den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verhindert.
8. Sie haben sich mit den Bürogeneralen ins Einvernehmen gesetzt.
9. Sie haben innerhalb der eigenen reihen einen Byzantinismus hochgezüchtet, der zum Himmel stinkt.
Die Parteiführung hat dadurch ihren reaktionären Charakter eindeutig bewiesen. Der Verrat ist offenbar.
Die kapitalistischen Weltmächte schließen sich zur weitern Niederhaltung und Ausbeutung des schaffenden Deutschland und zur Aktion gegen die russische Räterepublik erneut zusammen. Die Hitler und Rosenberg aber, die angeblich das Reich befreien wollen, kriechen im Verein mit der deutschen Bourgeoisie, mit Brüning und Groener den kapitalistischen Raubstaaten entgegen. Dieser Weg der Stresemann und Breitscheid ist unmöglich für alle, die es mit der Befreiung ehrlich meinen. **Nur im Bunde mit der Sowjetunion nach Zerschlagung des kapitalistischen Systems in Deutschland können wir frei werden.** Es gilt, die Konsequenz zu ziehen. Den Weg hat Lenin gezeigt, als er kurz vor der bolschewistischen Oktoberrevolution die Aufgaben des revolutionären Krieges zur Verteidigung des proletarischen Vaterlandes gegen die imperialistischen Raubstaaten und Interventionstruppen proklamierte:
‚Wir werden zur ‚Vaterlandsverteidigung' werden, wir werden uns an die Spitze der Kriegspartei stellen. Wir werden zu der ‚kriegerischsten' Partei werden. Wir werden den Krieg wahrhaft revolutionär führen. Wir werden den Kapitalisten das ganze Brot und alle Stiefel abnehmen. Wir werden ihnen Brotkrumen zurücklassen. Wir werden sie in Bastschuhe kleiden. Wir werden das ganze Brot und das ganze Schuhzeug an die Front schicken.' (Brief an das Komitee der Bolschewiki September 1917)
Zu diesen Worten ihres großen Führers steht die Kommunistische Partei Deutschlands. Die kommunistische Reichstagsfraktion gab bei der Beratung des diesjährigen Wehretats die Erklärung ab:
‚Gegenüber dem heuchlerischen und kleinbürgerlichen Pazifismus erklärt die kommunistische Reichstagsfraktion: Die Kommunisten sind für die Wehrhaftmachung des gesamten werktätigen Volkes, für eine schlagfertige und kampfbereite deutsche Armee!'
Es gibt keinen Zweifel mehr, die Freiheit steht also bei den revolutionären Arbeitern, Bauern und Soldaten. Hier ist der Platz aller ehrlichen Kämpfer, nicht bei den Garden der Reaktion.
Ich sage mich daher endgültig von Hitler und dem Pazifismus los und reihe mich als Soldat ein in die Front des wehrhaften Proletariats.
Für die Revolutionierung und Bewaffnung der breiten Massen!
Für nationale und soziale Befreiung!
Für Freiheit, Arbeit und Brot!

Gollnow, 18. März 1931, gez. Scheringer, Reichswehrleutnant a.D."[571]

---

[571] Hervorhebungen nach VZ, 20. 3. 1931, „Das Dokument des Ulmer Leutnants; Bekenntnis zum National-Bolschewismus". Auch vollständig wiedergegeben in: Paetel, Nationalbolschewismus, S. 173-175.

Die Freiheiten, die Scheringer bei der Formulierung seiner Erklärung gewährt worden waren, erstaunen, da sie unter anderen Umständen nicht mit der Zugehörigkeit zur Partei vereinbar gewesen wären. Dem ungeachtet gestatte die KPD Scheringer auch in den folgenden Wochen und Monaten erhebliche Ausnahmen. Über die Gründe, die die KPD zu ihrer Vorgehensweise bewegt hatten, kann nur spekuliert werden. Es ist jedoch anzunehmen, dass, um die Werbe- und Überzeugungskraft des ehemaligen nationalsozialistischen Offiziers besser ausnutzen zu können, eine gewisse Authentizität in Sprache, Diktion und Inhalt bzw. Themenwahl erhalten bleiben sollte, solange gewisse, für die Partei unumstößliche Parameter eingehalten würden.

Bezeichnender Weise fiel die Ankündigung eines präventiven, revolutionären Befreiungskrieges gegen die Entente nicht unter diese Maßgabe. Ebenso vorstellbar ist die Möglichkeit, dass Scheringer unter anderen Umständen nicht zu einem öffentlich bekundeten Frontwechsel und einer anschließenden Propagandatätigkeit bereit gewesen wäre. In diesem Fall hätte sich die KPD für das vermeintlich kleinere Übel entschieden und Zugeständnisse eingeräumt, um überhaupt den Frontwechsel arrangieren zu können. Ungeachtet der tatsächlichen Begründung, ist es erstaunlich, zu welchen verbalen Konzessionen die KPD im Interesse ihrer Werbekraft unter den Nationalsozialisten bereit war. Dupeux weist treffend darauf hin, dass in Scheringers Erklärung der wiederholte Gebrauch des Beiwortes „wehrhaft“ auffällt, „da es zum festen Bestand der Ultrarechten gehörte”. Durch den Rückgriff auf einen entsprechenden Jargon „sollte den ‚ehrlichen Nationalisten’ [...] klar gemacht werden, daß ein von der KPD organisiertes Proletariat dazu fähig war, den im Klassenkampf bewiesenen Kampfgeist auch gegen Feinde von außen einzusetzen.”[572] Ganz nach den Vorgaben des ZKs sollte die Erklärung Scheringers den Anhängern der NSDAP suggerieren, dass sie ihre ursprünglichen Ziele, die ihre Parteiführung längst verraten hätte, besser im Schulterschluss mit der KPD verfolgen und erfüllen könnten; allerdings unter der unumstößlichen Voraussetzung, dass sie es mit ihrem Antikapitalismus auch wirklich ernst meinten. Das war eine bewusste, opportunistische Verwischung der Grenzen zum faschistischen Gegner. Ganz in diesem Sinne wurde auch versucht den Eindruck zu wecken, als ob Scheringer bereits während des Reichswehrprozesses letztlich die Ziele der KPD, wie sie in der „Programmerklärung“ formuliert worden waren, und nicht die der NSDAP vertreten hätte. Bei der Scheringer-Propaganda verfolgte die KPD, stärker noch als bei der „Programmerklärung“, die Taktik, ihre Positionierung zur Nation und zum Krieg in einem nationalistischen Verbalradikalismus wiederzugeben, der unter den anvisierten Nationalisten Interesse für die Partei wecken sollte. War erst einmal die Aufmerksamkeit gewonnen, wäre nach den Vorstellungen der KPD-Führung die Voraussetzung gegeben, um mit der eigentlich ideologischen Überzeugungsarbeit beginnen zu können, die dann auf ganz anderen, sozioökonomischen Parametern fußte.

[572] Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 450f.

Die KPD war sichtlich bemüht, die ostentative Verlesung im Reichstag beweist es, „der Erklärung Scheringers von vornherein eine starke Resonanz zu sichern und [...] eine lebhafte Diskussion auszulösen".[573] Der lang erhoffte Frontwechsel eines prominenten, nun geläuterten Nationalsozialisten zum Kommunismus sollte so lautstark wie nur möglich propagiert werden. Mit Scheringer meinte die Parteiführung nun endlich das benötigte Symbol für ihre nationale Propaganda gefunden zu haben, das Anderen Vorbild zum Frontwechsel sein würde. Er sollte stellvertretend für die Überlegenheit des revolutionären Marxismus-Leninismus auch in der nationalen Frage stehen;[574] vereinte der Dissident in einer Person doch alle drei Zielgruppen, auf die es die KPD seit der „Programmerklärung" (zumindest in der Theorie) verstärkt abgesehen hatte: er war jung, ehemaliger Nationalsozialist und Reichswehroffizier. Dementsprechend hatte die KPD mit Scheringer noch einiges vor. Nur sechs Tage nach der Verlesung der Erklärung wurde im Politbüro ein erster, umfangreicher Maßnahmenkatalog beschlossen, wie sein Frontwechsel gewinnbringend für die Partei auszunutzen sei.[575] Die mediale Aufmerksamkeit, die dem Frontwechsel Scheringers entgegen gebracht wurde, stand der während des Reichswehrprozesses kaum nach.[576] Der öffentliche Frontwechsel eines der bekanntesten Nationalsozialisten, der noch vor sechs Monaten ein vehementes und reichsweit beachtetes Bekenntnis zum Nationalsozialismus abgegeben hatte, war eine regelrechte Sensation. Annähernd die gesamte Presse Deutschlands berichtete in langen Leitartikeln und Kommentaren, in denen die (innen-) politische Bedeutung seines Schrittes diskutiert wurde, über die Erklärung des Ulmer Offiziers. Auch die Spitzel des AM-Apparates meldeten zum Teil heftige Diskussionen und Auseinandersetzungen, den der Schritt des ehemaligen Offiziers innerhalb der Reichswehr und der NSDAP bzw. SA. ausgelöst hätte.[577] Wegen der unerwartet großen Aufmerksamkeit, die Scheringers Erklärung entgegengebracht wurde, wurde die auf seinem Frontwechsel aufbauende Propaganda in den folgenden Wochen umfangreich ausgeweitet. Und es sollte sich bald zeigen, dass die KPD ge-

---

573 SAPMO im BArch SgY 30/0251, Erinnerungen Fritz Gäblers, Bl. 127.

574 Diese Stilisierung Scheringers zum Symbol der nationalen Propaganda der KPD wurde wiederholt von der Parteipresse direkt ausgesprochen. So u.a. von Stenbock-Fermor, der erklärte, dass „der Name ‚Scheringer' einen symbolischen Klang bekommen [habe]; er ist verbunden mit dem Einbruch der kommunistischen Ideen in Fronten, die bisher immun erschienen gegen die Gedankenwelt des revolutionären Marxismus. Scheringer hat einen Damm eingerissen". Linkskurve, Nr. 2, Februar 1932, „Fall Richard Scheringer".

575 SAPMO im BArch RY 1/I2/5/3, Bl. 194, Beschlussprotokoll Nr. [freigelassen] der Sektretariatssitzung vom 25. 3. 1931. „Behandelt: [...] 10. Erklärung Scheringer [...] Beschlossen: 1. Die Herausgabe eines Traktätchen an die Nazis wird zugestimmt, beauftragt 22. 2. Es soll ein Flugblatt von Scheringer an die SA.-Leute erscheinen, beauftragt 22. 3. 22 wird beauftragt, mit Scheringer über die Möglichkeiten eines organisierten Übertritts von SA.-Leuten in die Partei zu sprechen. 4. Es soll ein Interview mit einer bürgerlichen Zeitung organisiert werden. 5. Redaktion ‚Welt am Abend' wird beauftragt, eine Umfrage an bestimmte Kreise zum Übertritt Scheringers zu veranstalten." Hinter der „22" verbirgt sich Hans Kippenberger, dem die Organisation des Falles Scheringer übertragen wurde.

576 Zu der Rezeption erinnerte sich Gäbler: „Wir waren uns sicher, daß die Erklärung Scheringers größtes Aufsehen hervorrufen werde. Doch wenn Scheringer in seinem Erinnerungsbuch ‚Das große Los' schreibt, daß wir von dem Ausmaß dieses Echos überrascht waren, hat er unbestreitbar recht." Scheringer, Das große Los, S. 204 und Erinnerungen Fritz Gäblers, Bl. 130. Siehe auch: Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 295.

577 Vgl. SAPMO im BArch RY 1/I2/705/13, Bl. 240-243, Bericht eines gewissen „Arthur" aus Fürstenwalde, vom 30.03.1931 sowie: SAPMO im BArch RY 1/I2/705/23, Bl. 285-286, Situationsbericht über die NSDAP im Gau Hessen-Nassau-Nord; Oeffentliches Auftreten und Entwicklung nach der Reichstagswahl 1930, hier: Bl. 286.

willt war, ihren Konvertiten im Interesse ihres Erfolges im alltäglichen politischen Kampf ohne Rücksicht auf Verluste auszunutzen.

Die Formulierung im ersten Teil der Erklärung hatte Spekulationen darüber ausgelöst, ob Scheringer stellvertretend für die beiden anderen Offiziere Ludin und Wendt gesprochen hatte, was die Bedeutung seiner Erklärung nicht unwesentlich erhöht hätte.[578] Ludin reagierte jedoch umgehend und veröffentlichte tags darauf ein Dementi im „Völkischen Beobachter", worin er seine Treue zur NSDAP ausdrücklich bekräftigte.[579] Ungeachtet ihrer diametral entgegengesetzten politischen Entwicklung brach die Freundschaft zwischen Scheringer und Ludin nicht auseinander. Eine Woche nach der Verlesung der Übertrittserklärung schrieb Ludin an die Mutter Scheringers, dass es ihm ein „innerstes Bedürfnis" sei, „Ihnen und Richard zu versichern, dass ich ihn nach wie vor als Menschen liebe und verehre".[580]

Ludin, der sich während seiner Haftzeit propagandistischen Betätigungen enthalten hatte, wurde nach nur acht Monaten begnadigt. Dieser Umstand wurde, nachdem Scheringer im Sommer 1931 erneut wegen Hochverrat angeklagt worden war, von der kommunistischen, mitunter aber auch von der republikanischen Presse als exemplarisches Beispiel der prinzipiellen Ungleichheit herangezogen, mit der die Weimarer Justiz Kommunisten und Nationalsozialisten behandeln würde.[581] Unmittelbar nach seiner Entlassung begann Ludin für die NSDAP zu arbeiten, wo er in kurzer Zeit eine beachtliche Karriere machte, was zeigt, dass die Scheringer anlässlich seiner München-Reise in Aussicht gestellten Posten tatsächlich erstgemeinte Angebote waren: Ludin trat in die SA ein und war dort zunächst als Leiter an der Führer-Schule in München und als Wanderredner für die NSDAP tätig.[582] Im Juli 1932 wurde er Abgeordneter im Reichstag und im März 1933 kurzzeitig kommissarischer

---

578 Derartige Vermutungen wurden anfangs von fast allen Zeitungen angestellt und die KPD versuchte die erschrockene Reaktion der bürgerlichen Presse auszunutzen; und die „Welt am Abend" vermeldete: „Die historische Erklärung [...] gilt, wie wir mitteilen können, nicht nur für seine Person, sondern für einen Kreis um ihn."; ohne allerdings weitere Angaben über Größe und personelle Zusammensetzung der Gruppe zu machen. WaA, 20. 3. 1931, „Wie Scheringer Kommunist wurde".

579 DAZ, 21. 3. 1931 (A), „Leutnant Ludin nicht zur KPD. übergetreten" und Der Reichsbote, Nr. 70, 22.03.1931, >kein Titel<, hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 5.

580 SAPMO im BArch NY 4037/43, Bl. 50, Brief H. Ludins an Johanna Scheringer, vom 27. 3. 1931. Darin äußert er grundlegendes Unverständnis für Scheringers „Handlung, welche ganz Deutschland nicht versteht". Ludin, der hinter dem Frontwechsel „uneigennützige Motive" vermutete, erwartete seine baldige Desillusionierung: „Gerade weil er nur aus übergroßem Idealismus gehandelt haben kann (den ich mit ihm gemein habe, was uns immernoch so verwandt macht) sehe ich furchtbare Enttäuschungen auf ihn warten. Vor allem den Mangel jeglichen Vertrauens und Verständnisses seitens der Partei, der er sich angeschlossen". Ludin warnte vor einer folgenschweren Ausnutzung seines Freundes im Interesse der Parteipolitik: „Und hier flehe ich ihn an, keine der Opfertaten anzunehmen, die ihm von dort eindeutig als Prüfung" auferlegt werden würden. Ungeachtet der entstandenen politischen Differenzen bekräftigt Ludin nochmals seine Freundschaft und erklärte: „Wie es aber auch vom politischen Standpunkt ausfallen mag, eines steht fest: ‚Die Liebe hört nimmer auf!'"

581 Scheringer habe sich über Ludins Begnadigung kaum geärgert. Er sei vielmehr „erheitert" gewesen, da es nun deutlich erkennbar sei, dass das System mit zweierlei Maß messe. SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 64, Brief an Hille, 11. 6. 1931.

582 BArch R 1501/20152, Bl. 163-172, Abschrift der Polizei: „Mitteilungen über gegnerische Parteien, Nr. 4/31, vom 21. 9. 1931", hier: Bl. 165.

Polizeipräsident in Karlsruhe.[583] Im Anschluss wurde er Führer der SA-Gruppe Südwest in Stuttgart und 1938 schließlich zum SA-Obergruppenführer ernannt. Zwischen 1939 und 1940 nahm Ludin als Hauptmann am Westfeldzug teil, um dann in das Auswärtige Amt zu wechseln. Im Januar 1941 löste er M. v. Killinger als Gesandter 1. Klasse in Preßburg (Bratislava) in der Slowakei ab. Während seiner Amtszeit „kam es 1942 und 1944 zur Deportation eines großen Teils der slowakischen Juden und ebenfalls zur Niederschlagung des slowakischen Nationalaufstandes (SNP) durch deutsche Truppen". [584] Nach Kriegsende wurde Ludin, der sich US-Truppen gestellt hatte, die ihn jedoch bald wieder an die Tschechoslowakei auslieferten, nach einem mehrmonatigen Prozess in Bratislava zum Tode verurteilt, der am 09.12.1947 vollstreckt wurde.

Auch Wendt war Scheringer nicht gefolgt, sondern sagte sich kurz darauf, im Zuge der zweiten Stennes-Revolte Anfang April 1931 von der NSDAP los und trat der von Strasser und Stennes neu gegründeten „Nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft Deutschlands" (NSKD) bei.[585] Am 19. September 1931 wurde er regulär aus der Festungshaft entlassen, blieb seinem Mitverschwörer zunächst verbunden und beteiligte sich, nachdem Scheringer wegen kommunistischer Propagandatätigkeiten ein zweites mal angeklagt worden war, an dem von der KPD organisierten „Scheringer-Komitee", das für seine Freilassung warb. Daneben soll er bei der „Roten Hilfe" und der „Internationalen Arbeiterhilfe" mitgearbeitet haben.[586] Mit der Zeit brachen die Kontakte ab und Scheringer erwähnt den weiteren Lebensweg Wendts in einem Brief nur noch einmal am Rande. Demnach habe er von ihm „allerdings nochmal gehört, aber er hat sich ganz ins Privatleben zurückgezogen und verdient sein Geld als Schauspieler. So versacken die Leute!"[587] Scheringer hingegen war von seinem einmal gefassten Entschluss nicht mehr abzubringen.[588]

Symptomatische Erscheinung oder sensationeller Ausnahmefall? Die Presserezeption des Frontwechsels

Dem Ereignis wurde für die (innen-) politische Entwicklung Deutschlands allgemein eine herausragende und symptomatische Bedeutung beigemessen, was dazu führte, dass sich ein Großteil der Stellungnahmen weniger um den eigentlichen Schritt Scheringers, denn um die Kommentierung der Berichterstattung und Interpretation der anderen Zeitungen kreiste. Besonders liberale und nationalkonservative Blätter zitierten ausführlich aus Zeitungen des entgegengesetzten politischen Lagers, um so deren Standpunkte und Schlussfolgerungen für eine künftige Innenpolitik kritisieren zu können.

---

583 Biographische Angaben nach: Weiß, Biographisches Lexikon zum Dritten Reich.

584 Ebenda. Um dieser Aufgabe nachkommen zu können, wurden Ludin mehrere Berater der SS zur Seite gestellt; darunter u.a. Wisliceny als „Judenberater".

585 Scheringer, Das große Los, S. 205 und VZ, 7. 4. 1931, „Stennes Anklage gegen Hitler; Aber bleibt ihm Gefolgschaft?", hier nach: BArch R 1501/126073, Bl. 61.

586 SAPMO im BArch SgY 30/0251, Erinnerungen Fritz Gäblers, S. 123. Vgl. Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 382.

587 SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 72, Brief Scheringers an Hille, vom 19. 1. 1933.

588 Eine Entschlossenheit, die er gegenüber besorgten Anfragen bekräftigte. Derartige Befürchtungen wiegelte er entschieden ab. SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 62, Brief Scheringers an Hille, vom 9. 4. 1931.

Seitens der kommunistischen Presse wurde die Erklärung Scheringers, der *unisono* historische Bedeutung beigemessen wurde, einhellig begrüßte, da sie „für die Wandlung im Lager der Nationalsozialisten bezeichnend [sei] und gewaltige Wirkung ausstrahlen“ werde.[589] Hier zeigte sich wieder der tönerne Zweckoptimismus der KPD, der jedwede Propaganda als siegesgewisse Erfolgsmeldung proklamierte. Scheringers Frontwechsel, der nicht zuletzt wegen Hitlers Legalitätseid erfolgt war, bedeutete für die KPD eine willkommene Gelegenheit ihr propagiertes Selbstbildnis als einzig verbliebene revolutionäre Partei Deutschlands anschaulich belegen zu können.

Die „Rote Fahne“ feierte erwartungsgemäß den gelungenen Propaganda-Coup. Scheringers Frontwechsel wurde als mutiger Schritt gewürdigt, der „in der ganzen Oeffentlichkeit ungeheures Aufsehen” hervorgerufen und dazu geführt habe, dass sich „die Blätter des gegenwärtigen Regimes [...] in spaltenlangen Leitartikeln mit der Erklärung Scheringers” beschäftigen müssten. Der Bourgeoisie sei dabei „der Schreck in die Glieder gefahren”, da sie befürchte, „daß es in der Reichswehr nicht nur *nationalsozialistische* Zellen gibt, sondern auch Offiziere und Soldaten, deren Herz für den Freiheitskampf der *Arbeiterklasse* schlägt”.[590] Scheringers Frontwechsel, der bis *dato* als Einzelfall die große Ausnahme geblieben war, wurde als „ein Ereignis von *symptomatischer Bedeutung*” hingestellt, weshalb nun mit weiteren Fällen in großer Zahl zu rechnen sei. Aus diesem Grunde sei „diese Tat nicht so sehr um der einzelnen Person willen [zu begrüßen], sondern weil sie *richtunggebend* für eine ganze Sicht der werktätigen nationalen Intelligenz zu werden verspricht”. Das Zentralorgan der KPD zeigte sich ob der bereitwilligen Aufnahme Scheringers bemüht, die eigene Anhängerschaft, die sich nach wie vor nicht mit der nationalen Propaganda der Partei und der damit verbundenen vorsichtigen Öffnung gegenüber geläuterten, revolutionären Nationalsozialisten hatte anfreunden können, zu besänftigen. Die Parteiführung hatte aus den Anklagen in Folge der „Programmerklärung“ gelernt und proklamierte nun von Anfang an die seinerzeit nachträglich formulierten Einschränkungen ihrer nationalen Politik:

„Wir waren und wir sind niemals Nationalbolschewisten. Wir sind *Bolschewisten* von Anfang bis zu Ende, und sonst nichts. Wir kämpfen für die soziale und nationale Befreiung des werktätigen Volkes, für die sozialistische Volksrevolution in Deutschland. Wir machen dem Nationalismus aller Spielarten keinen Fingerbreit Zugeständnisse. Wir sind *Internationalisten* bis auf das Mark unserer Knochen. Wir stellen das Schicksal der französischen und polnischen Proletarier, unserer Klassenbrüder, tausendmal höher als das Schicksal des verfaulten Kapitalismus im eigenen Lande. Wir arbei-

589 WaA, 20. 3. 1931, „Scheringers Erklärung; Bruch mit Hitler - Einreihung in die Arbeiterfront”.

590 RF, 20. 3. 1931, „Reichswehroffizier für die Kommunistische Partei; Grundsätzliches zum Schritt des Leutnant Scheringer”. Die innerhalb der kommunistischen Bewegung höchst umstrittene Aufnahme eines nationalsozialistischen Offiziers, wurde von der „Roten Fahne“ als gängige Praxis der revolutionären Arbeiterschaft propagiert, da sich „*in allen bisherigen Revolutionen des Proletariats, von der Pariser Kommune bis zur bolschewistischen Sowjetrevolution,* [...] *zahlreiche Offiziere dem kämpfenden Proletariat angeschlossen*” hätten. Zugleich hob der Artikel die militärische Bedeutung der Offiziere für die Revolution hervor: „Wir werden Scheringer und allen, die seinem Beispiel folgen, die Möglichkeit geben, nach bestem Können dem Proletariat zu dienen. Wir tun dies um so freudiger, wenn es sich um so hervorragende Militärfachleute, um Gasoffiziere und begabte Taktiker des Gruppenkampfes der modernen Infanterie handelt, wie Scheringer einer ist.” Daher würde „die Arbeiterklasse, frei von Vorurteilen und kleinbürgerlichen Rachegefühlen, [...] solchen Menschen wie Scheringer ohne Zaudern die Hand” reichen.

ten mit allen Kräften darauf hin, den Kapitalismus im eigenen Lande zu stürzen und die Arbeitermacht im brüderlichen Bündnis mit den Proletariern aller Länder aufzurichten. Wir sind unversöhnliche, streitbare, kämpfende *Marxisten*. Wer den Marxismus ablehnt, ist unser Feind."

Diesen Grundsätzen entsprechend stellte der Artikel Bedingungen, die Dissidenten, die sich der KPD anzuschließen gedachten, einzuhalten hatten: „Wer zu uns kommt, muß *ganz zu uns* kommen oder gar nicht. Wer aus dem Feindeslager zum Kommunismus übertritt, muß der Arbeiterklasse helfen, aber sie nicht führen und lehrmeistern wollen. Wer zu uns kommt, wird geprüft und abermals geprüft, bis er sich im Kampf *endgültig bewährt* hat." Scheringer jedenfalls war, wie die folgenden Wochen und Monate zeigten, bereit, die an ihn gestellten Forderungen zu erfüllen.

Die Stellungnahme der „Roten Fahne" offenbart deutlich das Problem, vor dem die KPD mit ihrer nationalen Propaganda stand und in den Augen der Weimarer Öffentlichkeit letztlich als unvereinbare Positionierung erscheinen musste. Während das Parteiorgan den Frontwechsel Scheringers einerseits namentlich begrüßte und ihn nationale Phrasen verbreiten lies, wurden noch im selben Artikel die ihm zuvor gewährten Freiheiten nicht nur zurückgenommen, sondern ausdrücklich verurteilt. Ein Widerspruch, der von der nationalen Presse sofort aufgegriffen und in ihren Kommentaren als Gegenargument verwendet wurde. Darüber hinaus verdeutlichen die beiden Abschnitte des Artikels anschaulich, dass die von der KPD gewünschte Doppelstrategie, Gewinnung sowohl der Mehrheit der marxistischen Arbeiterschaft als auch der revolutionären, antikapitalistischen Nationalsozialisten, zu einem Spagat führen musste, der Gefahr lief, beide anvisierten Gruppen abzuschrecken. So liest sich das abschließende Fazit des Artikels, mit dem die begeisterte Zustimmung und gesteigerte Motivation der kommunistischen Anhängerschaft suggeriert werden sollte, letztlich wie eine drängende Bitte, der von der Parteiführung eingeschlagenen Strategie endlich Folge zu leisten:

„Das Entsetzen der gegenwärtigen Machthaber über das Bekenntnis eines Reichswehrleutnants zur Kommunistischen Partei zeigt nur, auf wie schwachen Füßen das jetzige Regime steht. Jeder revolutionäre Arbeiter wird sich über die nervöse Panik des Feindes *freuen* und mit desto größerem Schwung, mit desto größerer Ueberzeugungskraft seine revolutionäre Arbeit fortsetzen."

Die „Welt am Abend" betonte in ihrer Stellungnahme besonders Scheringers persönliche politische Entwicklung, die ihm mit Unterstützung kommunistischer Häftlinge schließlich den Weg vom Nationalsozialismus zum Bolschewismus gewiesen habe.[591] Der Artikel schildert die Haftbedingungen auf Gollnow, die Scheringer die Festung zur politischen Schule werden ließ: dort habe er sich politisch erklären müssen und nachdem ihm die „wissenschaftliche" Überlegenheit des Marxismus über den Nationalsozialismus in aller Ruhe dargelegt worden sei, habe er selbstverständlich die Fronten wechseln müssen. Letztendlicher Auslöser für seinen Frontwechsel sei jedoch die München-Reise gewesen. Scheringer sei über den offen zutage getretenen Verrat der NSDAP-Führer, mit denen er gesprochen habe, entsetzt gewesen sei. Mit ihrer Berichterstattung verfolgte die „Welt am Abend" nicht nur die

[591] WaA, 20. 3. 1931, „Wie Scheringer Kommunist wurde".

Absicht, die Überlegenheit der kommunistischen Ideologie zu beweisen. Das Beispiel Scheringers sollte, *quasi* als Binnenwerbung für die wiederholt von der Parteiführung eingeforderte ideologische Überzeugungsarbeit unter Nationalsozialisten, der eigenen Anhängerschaft demonstrieren, dass eine gewissenhafte ideologische Auseinandersetzung und die eingeforderte Aufklärungsarbeit zum Erfolg führen werde.

Der „Angriff" äußerte zunächst Zweifel an der Echtheit der verlesenen Erklärung, da nach „eingeholten Informationen an zuständiger Stelle [...] Scheringer *bisher* keinerlei Gesinnungswandel [habe] *erkennen* lassen".[592] Sollte der „Brief Scheringers tatsächlich echt und *ernstgemeint* [sein], so kann er vielleicht am ehesten als eine Erscheinung der Haftpsychose gewertet werden eines Depressions- und Verzweifelungsgefühls, das gerade *starke* und *aktive* Naturen hinter Kerkergittern mit Uebermacht zu befallen pflegt." Es sei daher zu erwarten, dass Scheringer „bei ruhiger Ueberlegung [...] wohl bald selber merken [werde], daß er, der *deutsche* Offizier, an der Seite von *Kommunisten* nichts zu suchen und auch nichts zu finden hat." Darüber hinaus begnügte sich der „Angriff" damit, die Stellungnahmen der kommunistischen Presse mit Spott zu überziehen: es sei schon verwunderlich, dass sich Kommunisten plötzlich wie kleine Kinder freuen würden, wenn einmal ein Soldat zu ihnen stoße. Als tags darauf der Frontwechsel allgemein attestiert worden war, hielt der „Angriff" dem ungeachtet an seiner Interpretation fest und versuchte das Ergebnis in seiner Bedeutung herunterzuspielen.[593] Das Blatt ging weiterhin davon aus, dass er seine Sympathien „wohl nur vorübergehend" der KPD geschenkt habe, weshalb auch künftig damit zu rechnen sei, „daß Scheringer die Dinge wohl ganz *anders* ansehen wird, wenn er wieder im Besitz der Freiheit ist". Damit war für Goebbels Organ der unangenehme Fall vorerst vertagt, das endgültige Fazit auf einen späteren Zeitpunkt verschoben und die Zeitung kam künftig nicht mehr auf Scheringer zu sprechen.

Auch der „Völkische Beobachter" und der „Reichswart" des Grafen Reventlow, der zuweilen als unabgängiges Organ der so genannten nationalsozialistischen Linken gehandelt wird, beschränkten sich jeweils auf eine einzige Stellungnahme, um das Thema danach geflissentlich zu übergehen.[594] Beide Artikel schlossen sich dabei zur Begründung des Frontwechsels der These von der Haftpsychose an, „wie sie gerade energische, fanatische Menschen häufig anfällt", die wochenlang von ihrem üblichen sozialen Umfeld isoliert werden.[595] Beide Zeitungen gingen daher ebenfalls von der Rückkehr Scheringers zur NSDAP aus, sobald er sich wieder in Freiheit befände. Das Parteiorgan der NSDAP versuch-

---

592 Angriff, 20. 3. 1931, „Wandlung Scheringers?; Ein Brief aus dem Festungsgefängnis".

593 Angriff, 21. 3. 1931, „Zum Fall Scheringer". Goebbels Tagebucheintrag zeigt, dass er persönlich nicht weit von der offiziellen Stellungnahme seiner Zeitung entfernt war: *„22. März 1931* [...] Die Presse übergießt uns mit einer Schlammflut von Lügen. Ltn. Scheringer ist mit einem Manifest zur K.P.D. übergetreten. Unverständlich. Haftpsychose, da ist er der Propaganda der komm. Redakteure in der Festung erlegen. Schade um den Jungen! Aus dem hätte ich was gemacht. Vielleicht ist er noch zu retten. Die Soldaten sind doch immer unpolitisch bis dahinaus. [...]." Goebbels, Tagebücher, hg. von Ralf G. Reuth, Bd. 2 1930-1934, S. 570.

594 VB, 24. 3. 1931, „Der Fall Scheringer" und Der Reichswart, Nr. 13, 28.03.1931, „Ein Nationalist auf Irrwegen". Vgl. Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, S. 52f.

595 Reichswart, Nr. 13, 28. 3. 1931, „Ein Nationalist auf Irrwegen".

te das erneute Aufsehen wiederum als Aufhänger zu nutzen, ihre Anklagen gegen die Reichsregierung und den Reichswehrminister Groener fortzusetzen. Scheringers Frontwechsel habe überhaupt erst zustande kommen können, „weil der kampffremde und zur rechten Zeit dem Novembergeist dienstbare Kurs der Reichswehrführung junge vaterlandsbegeisterte und freiheitsliebende Offiziere an ihrem Nationalismus irre werden läßt." Würde die durch den demokratischen Staat hervorgerufene Verzweifelung obendrein gezielt mit Haftstrafen geahndet, sei es nicht verwunderlich, „daß man nationale Offiziere, die man einsperrt, mit Gewalt dem Kommunismus in die Arme treibt". Scheringer hingegen wurde ausdrücklich bescheinigt, dass „sein politischer Idealismus [...] ganz gewiß kein Beweis mangelnder Ehrauffassung" sei. Er wurde als „politischer Fanatiker [...] mit einer ausgeprägten Veranlagung zum rücksichtslosen Aktivismus" charakterisiert, dessen „aktivistische Ungeduld […] den jungen Nationalisten zum Internationalismus" habe treiben müssen. Letztlich wurde sein Schritt als nachvollziehbare, ja fast verständliche Entwicklung dargestellt, um die Verantwortung gänzlich dem Weimarer Staat zuschieben zu können.[596] Folglich wurde für den „Völkischen Beobachter" aus dem „Fall Scheringer", anders als für die republikanischen Zeitungen, die darin nachträglich eine zusätzliche Rechtfertigung des Reichswehrprozesses erkannten, endgültig „eine erschütternde Anklage gegen das System Gröner."

Scheringers Anklagen gegen die NSDAP hingegen wurden einfach kurzer Hand weggewischt, da sie „weiter nichts wie [sic!] krassester politischer Dilletantismus" seien, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit seiner Erklärung sei deshalb „wirklich nicht notwendig"; ihre „Widerlegung [wäre] denn doch zu leicht". Beide Zeitungen gingen stattdessen in die Offensive und versuchten zu belegen, dass sich an den eigentlichen Intentionen und Zielen Scheringers auch nach seinem vermeintlichen Übertritt zur KPD nichts geändert habe; weshalb sich die politische Heimat des Offiziers im Grunde nach wie vor bei der NSDAP befände: „Ein genaues Studium der Briefe läßt erkennen, *daß Scheringer trotz der kommunistischen Phrasen doch in seinem Innern Nationalist oder vielmehr Nationalsozialist geblieben ist*."[597] Seine propagierten Kampfziele entsprächen seit jeher „den Forderungen der NSDAP., während die KPD. den Kampf gegen die Versklavungsverträge erst seit kurzer Zeit, ‚der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe', im Munde" führe. Bereits als Nationalsozialist hätte Scheringer „aus seinen betont sozialistischen Gedankengängen nie ein Hehl" gemacht:

„Aber dieser Sozialismus war für ihn doch mehr oder minder nur die instinktmäßige Voraussetzung für die Durchführung und für den Erfolg des deutschen Freiheitskampfes. Und auch der Brief, den Scheringer den Kommunisten geschrieben hat, zeigt deutlich, daß sich an diesem Grundgedanken nichts Wesentliches geändert hat."[598]

---

[596] VB, 24. 3. 1931, „Der Fall Scheringer". „Wenn deutsche Soldaten […] erleben müssen, daß ihr nationaler Kampfgeist durchaus unerwünscht ist, dann darf man sich nicht wundern, wenn diese Menschen ihrem inneren Protest dagegen in drastischer Form Ausdruck geben. Und wenn sie dann Bolschewisten werden, dann ist das kein Beweis dafür, daß *sie* ihr Vaterland verraten, sondern daß das *herrschende System* ihnen keine Möglichkeiten gibt, ihrem Vaterland mit fanatischer Liebe zu dienen."

[597] Reichswart, Nr. 13, 28. 3. 1931, „Ein Nationalist auf Irrwegen".

[598] VB, 24. 3. 1931, „Der Fall Scheringer".

Aus diesem Grunde sei, nach Abzug der kommunistischen Phraseologie, „die *‚Zerreißung der Friedensdiktate von Versailles bis Young'* [...] *also das konkrete, politisch erreichbare Ziel, das greifbare, nationalistische Bekenntnis das übrigbleibt.*" Da es sich dabei aber um ein ureigenes Ziel der NSDAP handeln würde, benötige Scheringer, um „sein Bekenntnis zum Bolschewismus vor sich selbst rechtfertig[en]" zu können, einige Kunstgriffe, damit „seine national-bolschewistische Konstruktion nicht aus dem Leim geht". Und so habe er in Lenins Stellungnahme zur Vaterlandsverteidigung den „Dreh [gefunden], der dem Soldaten gestattet, Sowjetrusse zu werden". Aber genau hier liege der Fehler in seiner Konstruktion, da sich „an der Stelle, wo es um das Bekenntnis zur soldatischen Gesinnung und damit zur Landesverteidigung geht, *wo es darum geht, die Berufung des Krieges im Existenzkampf des Volkes anzuerkennen*, [...] sich die Geister" scheiden müssten; zumal er eine Kleinigkeit übersehen habe. Scheringers Vaterland sei dort, wo sein Vater – für ihn –

„als deutscher Offizier an der Front sein Leben opferte. Für die Idee ‚Deutschland' opferte, Herr Leutnant Scheringer! Und nicht für die Idee Weltrevolution! Nicht für die Idee eines internationalen Sowjetreiches! Nicht für die marxistische Verbrüderung aller Länder! Und vor allem nicht für die Bolschewisierung Deutschlands und die Vernichtung seiner nationalen Selbstständigkeit!"

Diese Passage verdeutlicht anschaulich, weshalb der nationalen Propaganda der KPD unter Nationalisten kein Erfolg beschieden war. Wie könnte in ihren Augen eine Partei, die sich selbst lediglich als Sektion einer internationalen Organisation bezeichnete, nationale Politik betreiben? Ihre Loyalitäten waren offensichtlich anderen Mächten, nicht aber Deutschland geschuldet. Der „Völkische Beobachter" erinnerte sogleich daran, dass sich die KPD auch während ihrer nationalen Propaganda niemals vom Internationalismus, der KomIntern oder der Sowjetunion distanziert habe und prophezeite dementsprechend: „An der Unversöhnlichkeit der beiden Ideen wird auch Scheringer scheitern." Für das Parteiorgan war damit „Scheringers spontanes Bekenntnis zum Bolschewismus ein grenzenloser Selbstbetrug, dem über kurz oder lang die Ernüchterung folgen" werde. Und die Zeitung zitierte nicht ohne Genugtuung ausführlich aus dem Leitartikel der „Roten Fahne", in dem die KPD verkündet hatte, ungeachtet der Aufnahme Scheringers in ihre Reihen, dem Nationalismus innerhalb der Partei keinen fingerbreit Platz einräumen zu wollen. Wenn schon nicht Scheringer, dem nahe gelegt wurde diese „Begrüßungsworte" eingehend zu studieren, überzeugt werden konnte, so schien diese Passage doch bestens geeignet Zweifler innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung von den demagogischen Absichten der Kommunisten zu überzeugen. Für den Moment habe, nach Einschätzung des „Reichswarts", „die Bewegung selbst [...] durch Scheringers Brief keinen Schaden" erlitten. Der „Fall Scheringer" könne sogar eine heilsame Wirkung auf die NSDAP ausüben. Sowohl für kommende innenpolitische Auseinandersetzungen als auch für die Auslese innerhalb der eigenen Partei, habe sein Frontwechsel „vielmehr [...] zur Klärung der Sachlage außerordentlich beigetragen":

„Er bestätigt die von jeher vertretende Auffassung, daß die Entscheidung über das Schicksal Deutschlands nur zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus ausgetragen werden wird. Wankelmütige, welche Scheringers Brief beeinflussen konnte, werden ebenso wie dieser ihren Irrtum bald erkennen. Wer sich aber auf die Dauer von kleinen äußeren Eindrücken verleiten läßt, hat lediglich den inneren Wert eines Mitläufers."

Die nationalsozialistische Presse verfolgte mit ihren Stellungnahmen letztlich die gleiche Argumentation wie die KPD, wonach Scheringers Ziele ausschließlich den Absichten und Idealen der eigenen Partei entsprächen; und sie nahm dafür ebenso die absichtliche Verwischung der parteipolitischen Grenzen in Kauf. Beide Seiten argumentierten (mit unterschiedlicher Gewichtung) mit der nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands und überließen damit der interessierten Bevölkerung die Entscheidung welcher Partei sie die Verwirklichung eher zutraute.

Ähnlich wie die nationalsozialistische Presse gab auch sie deutschnationale „Pommersche Tagespost", allerdings ohne es wortwörtlich auszusprechen, der amtierenden Regierung und dem Reichswehrministerium die Verantwortung für Scheringers Frontwechsel. Ihre Außen- und Innenpolitik habe den jungen Offizier in den Radikalismus treiben müssen.[599] Für seine Entscheidung wurde, um die Anklage verstärken zu können, nahezu Verständnis geäußert. Seinen beim Reichswehrprozess erkennbaren Fanatismus habe „ihm niemand übelgenommen, weil er bei seiner Radikalität als Charakter erschien"; und auch jetzt gäbe es keinen „Anlaß, an seinem charakterlichen Kern heute irgendwie zu zweifeln". Die „Tagespost" verneinte dennoch ausdrücklich die Frage, ob „der Radikalismus von rechts prinzipiell in den Radikalismus von links umschlagen könne" und erklärte, dass „der Fall Scheringer [...] uns nicht symptomatisch zu sein" scheint. Sein Schritt sei vielmehr eine politische „Warnung, daß nämlich der revolutionäre Nationalismus, wo sich geistige Temperamente in dieser krisenhaften Epoche ihm zuwenden, zu einer *ideologisch-scharfen Absetzung vom Westen kommen muß*." Der Artikel stellte sich damit gegen die Berichterstattung der liberalen und sozialdemokratischen Presse, die „aus der Not und Entscheidung eines jungen Menschen einen Bürgerschreck zu machen" gedenke.
Die nationalkonservative „Deutsche Allgemeine Zeitung" zog zunächst die Authentizität der verlesenen Erklärung in Zweifel. Für den unerwarteten Fall, dass sich ihre Echtheit herausstellen sollte, müsse sie „**allerdings als sensationell betrachtet werden**".[600] Erst nachdem sie von anderer Seite belegt worden war, bezog die Zeitung in einem Kommentar Stellung.[601] Der Artikel ging insbesondere auf die Haftbedingungen Scheringers ein und spekulierte, ob er seinen Brief allein oder unter

599 Pommersche Tagespost, 21. 3. 1931, „Scheringer", nach: BArch R 1501/20156, Bl. 15.
600 DAZ, 20. 3. 1931 (M), „Heute Abstimmung über den Wehretat; Enthüllung bei der Reichswehrdebatte: Der frühere Reichswehroffizier Scheringer bekennt sich zum Kommunismus". Noch am selben Tag bestätigte die Zeitung Scheringers Urheberschaft. Die Nachforschungen hätten darüber hinaus ergeben, dass „der 26jährige unter starkem äußeren Einfluß" der kommunistischen Insassen stünde. DAZ, 20. 3. 1931 (A), „Scheringers Brief ist echt".
601 DAZ, 21. 3. 1931 (M), „Unsere Meinung", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 27. Im Gegensatz zu ihrer Berichterstattung während des Reichswehrprozesses, war die „DAZ" nun überzeugt, dass die drei Ulmer Offiziere zu Recht aus der Reichswehr ausgeschlossen worden waren.

Beeinflussung seiner Mitgefangenen verfasst habe, da die Erklärung „in dem altbekannten Jargon der kommunistischen Agitation gehalten" sei und „politische Begriffe und Phrasen [verwende], die dem Verfasser vorher keinesfalls geläufig gewesen sind." Die DAZ war sich sicher, dass Scheringer „von den kommunistischen Mitgefangenen bearbeitet und beeinflußt worden" sei, weshalb ihm persönlich auch keine Schuld gegeben werden könne. Er sei vielmehr wegen „seiner völligen politischen Unreife das Opfer dieser Beeinflussung geworden", während die KPD mit der Verlesung der Erklärung augenscheinlich die Absicht verfolgt habe, „wenigstens für kurze Zeit den Reichstag und die gesamte Oeffentlichkeit unter den Druck einer politischen Sensation zu stellen".

Bei der abschließenden Beurteilung des Ereignisses fällt auf, dass die DAZ, obwohl sie versuchte eine eindeutige Stellungnahme zu vermeiden, sich letztlich doch zugunsten der Nationalsozialisten äußerte. Einerseits warnte sie wie die liberale und sozialdemokratische Presse davor, dass „die größte Gefahr der Radikalisierung [...] ja gerade darin [bestünde], daß die Extreme sich berühren, die Grenzen allzu leicht verwischt werden, und die radikalen Phrasen des Nationalsozialismus ohne Zwang sich in die radikalen Phrasen des Kommunismus einfügen lassen" würden. Andererseits war die Zeitung nicht bereit, aus dem Ereignis eine prinzipielle Wesensgleichheit zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus zu generieren. Da die Autoren der DAZ an der politischen Domestizierung der NSDAP interessiert waren, zogen sie aus der möglichen Berührung der Extreme andere Schlüsse als ihre liberalen Kollegen und glaubten nicht an umfangreiche Wechselbeziehungen. Das Ereignis stelle lediglich einen „Einzelfall" dar, der „um so weniger zu verallgemeinern [sei], als es sich, besonders bei Scheringer selbst, um einen schwankenden und unsteten Charakter handelt, dessen Erziehung sein im Kriege gefallener Vater nicht selbst leiten konnte". Für die DAZ stellte die NSDAP vielmehr eine Art unverzichtbares Bollwerk dar, das die radikalisierten bürgerlichen Elemente von einem Abwandern zur ungleich gefährlicheren KPD abzuhalten hatte. Aus diesem Grunde charakterisierte die Zeitung den Frontwechsel auch als „erstes Warnungszeichen" an die NSDAP, da „die hier schon vor Monaten ausgesprochene Befürchtung, daß die Kommunistische Partei den Nationalsozialismus in erster Linie als ihr großes Rekrutendepot betrachtet, […] eine gewisse Bestätigung erfahren" habe. Und das könne nur bedeuten, dass „die Verantwortung der Führer der äußersten Rechten […] durch den Fall Scheringer nur noch größer geworden" sei.

Das war eine Schlussfolgerung, die von der republikanischen Publizistik nicht geteilt wurde, die den Parteien der Weimarer Koalition nahe stand. Die liberale Presse verfolgte weiterhin ihre seit der „Programmerklärung" propagierte These vom „Austausch der Extreme" und nahm Ereignisse wie den Frontwechsel Scheringers als willkommenen Anlass, die behauptete, prinzipielle Gleichheit von Kommunismus und Nationalsozialismus belegen zu können. Auf diese Weise sollte nicht zuletzt das nationalkonservative Bürgertum von seiner latenten Unterschätzung oder gar angestrebten Tolerierung der NSDAP abgebracht werden. Die „Frankfurter Zeitung" sprach diese Auffassung gleich im

ersten Satz ihres Kommentars unmissverständlich aus: „Wer kann sich so gewaltsam die Augen zuhalten, um nicht zu sehen, daß der Weg des Leutnants Scheringer kein singulärer und zufälliger, sondern ein typischer Weg ist."[602] Es sei inzwischen doch unübersehbar geworden, dass „in der Sphäre der Landsknechte und der üblen Elemente [...] es seit Jahr und Tag hin und her, von Rotfront zum Hakenkreuz und von Hitlers S.A.-Leuten wieder zur Sowjetfahne" ginge. Folglich stand für die Zeitung die prinzipielle Wesensgleichheit zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus außer Frage: „Extrem ins Blinde stürmender Radikalismus rechts und links, fanatische Verhetzung der Geister rechts und links - wie gleicht eines dem anderen bis zur Ununterscheidbarkeit!" Und da „leicht [...] ein heißes Herz, ein unkritischer Kopf von Hitler zu Thälmann hinüber[gleiten]" könne, prophezeite die Zeitung weitere, massenhafte Frontwechsel für die nahe Zukunft. Der Autor verriet aber seine politische Intention oder einfach Unkenntnis der kommentierten Materie, als er, unter bewusster Missachtung der bekannten Größenordnungen, den Schritt Scheringers als einen typischen Prozess unter Nationalsozialisten darzustellen versuchte und noch im selben Artikel behauptete, dass „die Entwicklung Otto Strassers und anderer, die noch schneller marschieren, zum nationalen und schließlich zu einem internationalen Bolschewismus" geführt habe.[603] Tags darauf wiederholte die Zeitung ihre These vom „Austausch der Extreme", die ihr als eindringliche Kritik am bisherigen Verhalten des nationalkonservativen Bürgertums gegenüber der NSDAP diente.

Der „Fall Scheringer" sei "eine so aufrüttelnde, schauerlich aufrüttelnde Mahnung für die *bürgerlichen Kreise*, die in der Hitlerbewegung bisher nur eine harmlose ‚nationale' und antimarxistische Schutzwehr begrüßt und gefördert haben. Mitten in den blutigsten *bolschewistischen Marxismus* hinein führt der Weg derer, die sich von Adolf Hitler fanatisieren lassen!"[604]

Das „Berliner Tageblatt" erinnerte in diesem Sinne daran, dass auch Hitlers „Schüler zur direkten Aktion des verabredeten Mordes übergingen", wovor die Zeitung das nationale Bürgertum wiederholt gewarnt und „ihm die Verantwortung gezeigt [hätte], die es durch seine klägliche Haltung auf sich nimmt".[605] Aber das „verbrecherisch vergossene Blut des politischen Gegners liess sie in Gleichgültigkeit verharren" und „die Zeitungen der Rechten bewiesen, dass ihr Hass gegen den angeblichen ‚Marxismus' der Sozialdemokratie weit grösser ist als etwaige Antipathie gegen das Dritte Reich, dass ihre Feigheit ihre Erkenntnis weit übertrifft". Es sei nur zu hoffen, dass „Scheringers Wandlung sie vielleicht aufrütteln" und zu einer Verhaltensänderung führen werde, um wenigsten ihr heiligstes Gut zu verteidigen: „Das Leben der anderen ist ihnen nicht wichtig. Aber vielleicht ist

602 FZ, 21. 3. 1931, „Seeckt und Scheringer".

603 Diese Behauptung war schlichtweg falsch. Otto Strasser blieb bis zuletzt erklärter Nationalist, der den Internationalismus sowie den Bolschewismus als russische Ideologie vehement ablehnte. Siehe: Moreau, Nationalsozialismus von links; Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die „Schwarze Front" Otto Strassers 1930-1935, S. 61-70. Vgl. auch die von O. Strasser verfassten „vierzehn Thesen der Deutschen Revolution", die das grundlegende Programm seiner Gruppe darstellten. U.a. abgedruckt in: Die Kommenden, Folge 4, 1930, S. 41. Oder die Austrittserklärung der Strasser-Gruppe „Die Sozialisten verlassen die NSDAP", in: Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, S. 292-297.

604 FZ, 22. 3. 1931, „Leutnant Scheringer; ... und Wendt ... und Ludin!".

605 BT 20. 3. 1931 (A), „Die Wandlung des Leutnant Scheringer".

ihnen der eigene Geldbeutel wichtiger?" Die Angesprochenen wüssten, dass sie „zwar von Hitler selbst [...] nur für ihren Besitz an politischen Gütern, für ihre geistige und bürgerliche Freiheit zu fürchten" hätten. Seine Anhänger aber, die es mit dem Sozialismus ernst meinten, würden auch vor materiellem Eigentum nicht Halt machen; „das muss den Dümmsten Scheringers Beispiel zeigen."[606] Da jegliche Unterstützung der NSDAP langfristig dem Bolschewismus zugute kommen würde, wurde die Verhaltensweise des nationalen Bürgertums explizit in Frage gestellt: „Meine Herren Börsenfürsten, Generale a.D., Grossindustrielle, wollen Sie Scheringers Wandlung im grossen miterleben? Oder wollen Sie endlich Ihre Methoden, des Denkens und Handelns, revidieren? Ihr Geld ist so, wie Sie es jetzt verwenden, schlecht angelegt."

Die „Vossische Zeitung" folgte der Argumentation der beiden vorangegangenen liberalen Blätter, betonte in ihren Kommentaren aber stärker die grundlegende Identität von Nationalsozialismus und Kommunismus, weshalb sie auch auf das unmissverständliche Schlagwort „Nationalbolschewismus" zurückgriff.[607] Der Verfasser des Leitartikels charakterisierte den Frontwechsel Scheringers als einen innerhalb des radikalen Lagers typischen und regelmäßig beschrittenen Weg, der prinzipiell nach beiden Seiten offen stünde. Ohne Nennung weiterer Fälle behauptete er, dass es schließlich „nicht das erste Mal [geschehe], daß ein Jünger Hitlers zu den Anbetern Lenins hinüberwechselt, und der umgekehrte Weg ist kaum seltener". In diesem Zusammenhang unterstrich die Zeitung ausdrücklich, dass dieses „ewige Herüber und Hinüber [....] nicht allein durch Konjunkturschätzungen beeinflußt wird, sondern auch durch Wesensgemeinschaft". Die „Vossische Zeitung" verfolgte dieselbe Strategie wie das „Berliner Tageblatt", um die NSDAP vor dem nationalkonservativen Bürgertum zu desavouieren, und betonte dementsprechend den (angeblichen) Sozialismus der NSDAP. Das Ansinnen des nationalen Bürgertums, sich eine eigene Schutztruppe zu leisten, hätte sich nicht erfüllt, da die NSDAP „in Wirklichkeit das Rekrutierungsgebiet des Sozialismus nur ins Ungemessene erweitert [hätte], indem sie ihn ‚gesellschaftsfähig'" gemacht hatte. Während ein Bürger „früher um eines solchen Bekenntnisses willen [seiner] Gesellschaftsschicht verfemt worden wären", habe es die NSDAP erreicht, dass sich nun jeder zum Sozialismus bekennen könne. Da „diese neuen Prediger der Lehre [...] nicht durch die Schule und die Erfahrungen einer alten Partei gebändigt worden" seien, wäre in den herrschenden Notjahren die Radikalisierung dieser Idee „nur natürlich": „*Der Pseudo-Sozialismus mußte zum Nationalbolschewismus ausarten.* Diese Entwicklung war vorauszusehen und nicht

---

606 Um dieses Bedrohungsszenario weiter zu steigern, griff der Kommentator auf Thesen der KPD zurück und warnte davor, dass „nach der Periode der faschistischen Unterdrückung [...] der Bürgerkrieg dort endigen [würde], wo Scheringer, ein wenig vorzeitig, gelandet ist". Und auch das „Berliner Tageblatt" versuchte die proklamierte Zwangsläufigkeit der Anwanderung vieler Nationalsozialisten damit zu begründen, dass „die Argumente Hitlers, die Scheringer mitbrachte, […] den Beweisen nicht gewachsen [waren], die in fast hundert Jahren Marx und seine Schüler gesammelt haben."

607 VZ, 20. 3. 1931, „Nationalbolschewismus". Die „Vossische Zeitung" zeigte sich wie das „Berliner Tageblatt" darüber verwundert, dass von den drei angeklagten Reichswehroffizieren ausgerechnet Scheringer zum Kommunismus übergetreten sei, da er „die Propaganda für den Nationalsozialismus bei seinen Kameraden mit besonderem Eifer betrieben" hätte und zugleich „fast noch deutlicher als bei den anderen beiden angeklagten Offizieren die scharf ausgeprägte Gegnerschaft gegen den Kommunismus" erkennbar gewesen wäre. BT, 20. 3. 1931 (M), „Er sagt Hitler ab."

aufzuhalten." Abschließend prophezeite die Zeitung eine Entwicklung, die von der kommunistischen Presse als Bestätigung ihrer Strategie begeistert rezipiert und in den folgenden Wochen wiederholt zum Beweis der eigenen Aussagen wortwörtlich zitiert wurde: „Was der frühere Leutnant Scheringer an die Kommunistische Partei geschrieben hat, sehen hellsichtig einige Tausend, empfinden dumpf Millionen jener Wähler, die am 14. September mehr gefühlsmäßig als bewußt für die nationalsozialistischen Listen gestimmt haben."[608]

Die Berichterstattung des „Vorwärts" war mit der Darstellung und Interpretation der liberalen Zeitungen vergleichbar und charakterisierte die Erklärung Scheringers dementsprechend als „eine echte nationalbolschewistische Programmerklärung".[609] Und obwohl der Schritt des ehemaligen Offiziers als gründlicher Frontwechsel bezeichnet wurde, beschwor die Zeitung zugleich den anhaltenden „Austausch der Extreme". Scheringer sei „nicht der erste, der zwischen der Hitler-Partei und der Stalin-Partei hin- und herpendelt". Das sozialdemokratische Parteiorgan versuchte ebenso wie die liberale Presse das Ereignis zur eindringlichen Warnung an das nationalkonservative Bürgertum zu nutzen, damit es seine Haltung gegenüber der NSDAP künftig überdenke. Die Zeitung erwartete, dass es „für jenes instinktlose Bürgertum, das zur Zeit des Prozesses gegen die Ulmer Offiziere für die ‚nationalen Heldenjünglinge' schwärmte" und „insgeheim auf eine nationalsozialistische Revolte in der Reichswehr" gehofft habe, diese „Wandlung eine heilsame Lehre" sein würde, da es nun „ins Gesicht des Bolschewismus" blicken würde. Der „Vorwärts" räumte dieser Absicht deutlich mehr Platz ein, als der Kommentierung von Scheringers Erklärung, und eine zweite Stellungnahme widmete sich ganz der Abrechnung mit der Hugenberg-Presse.[610]

Die Kommentare des „Pressedienstes der Deutschen Zentrumspartei" waren mit denen der liberalen und sozialdemokratischen Zeitungen vergleichbar und legten den Schwerpunkt ebenso auf die Betonung einer (angenommenen) grundsätzlichen Identität zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus.[611] Durch die Propagierung des „Austausches der Extreme" sollte auch hier das revolutionäre und staatsgefährdende Image der KPD auf die NSDAP übertragen werden.[612] Mit

---

608 Tags darauf wiederholte die Zeitung ihre Aussagen und kritisierte die Berichterstattung der Zeitungen aus dem Hugenberg-Verlag, „die es sogar fertig [brächten], für die Wandlung Scheringers das herrschende System verantwortlich zu machen". Um ihrer Kritik die benötigte Schärfe zu verleihen, fasste der Artikel nochmals alle zuvor propagierten Thesen zusammen: „Um Gottes willen nur nicht zugeben, wie nahe verwandt Nationalsozialismus und Bolschewismus miteinander sind, und daß Hitler nur eine Vorstufe zu Lenin ist. Und doch ist das Wesentliche an dem Fall Scheringer, daß er nicht ein Einzelschicksal darstellt, sondern typisch ist." Zum Beleg bezog sich die Zeitung auf einen Artikel der „Roten Fahne", der ankündigte, dass der Schritt Scheringers nicht isoliert bleiben werde, und erklärte: „Es ist leider nicht wahrscheinlich, daß die ‚Rote Fahne' aufschneidet." VZ, 21. 3. 1931, „Wie wir es sehen; Der Brief des Ulmer Leutnants".

609 Vorwärts, 20. 3. 1931, „Vom Hakenkreuz zum Sowjetstern. Die Ulmer Hakenkreuz-Offiziere werden Kommunisten".

610 Vorwärts, 20. 3. 1931.

611 Pressebüro Krauss, vom 21. 3. 1931, „Vom Nationalsozialismus zum Bolschewismus".

612 Das Pressebüro charakterisierte sowohl die KPD als auch die NSDAP als revolutionäre Parteien, die sich lediglich dadurch unterscheiden würden, dass die KPD dies offen zugeben würde, während die NSDAP ihre Absichten hinter der Chimäre einer legalen Taktik zu verbergen suche. Spätestens jetzt sei die NSDAP jedoch enttarnt worden und es sei „so gekommen, wie zu erwarten stand [...], daß nämlich der Nationalsozialismus nur gewissermassen die Geschäfte des Bolschewismus betreibe." Scheringer sei dabei nur das bekannteste Beispiel, stelle aber beileibe keinen Einzelfall dar, denn „wer die nationalsozialistische Bewegung und ihre Entwicklung in den letzten Monaten verfolgte, konnte wahrnehmen,

Schuldzuweisungen hielt sich das „Pressebüro Krauss“ indes zurück und es fanden sich keine wortwörtlichen Anklagen gegen das nationalkonservative Bürgertum; es wurde lediglich „eine Warnung an alle Verantwortlichen im Staate und in den Parteien” ausgesprochen. Die Lehre, die aus dem „Fall Scheringer“ zu ziehen sei, „stellt die Regierung und alle verantwortungsbewussten Parteien vor die wichtige Aufgabe, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe im Staate, zur Stärkung der Staatsautorität diese revolutionären Bewegungen des Nationalsozialismus und des Bolschewismus niederzuringen. […] Wird sind gewarnt genug. Es wird Zeit, dass wir handeln.”

Während im ersten Kommentar Parteiwechsel nach Scheringers Vorbild als „Verzweifelungsschreie betörter und irregeleiteter junger Menschen, die von einem falschen Idealismus beseelt waren, denen wahre Freunde, Führer und Berater fehlten”, erklärt worden waren, suchte das „Pressebüro Krauss“ tags darauf nach tiefer gehenden Gründen. Der Artikel stellte einen der wenigen Beiträge dar, der nicht nur das Symptom des Frontwechsels beschrieb und kommentierte, sondern nach den Ursachen fragte, die derart politisch schwankende Lebenswege auslösen würden.[613] Obwohl der Schritt Scheringers diesmal treffend als „keine alltägliche Angelegenheit” bezeichnet wurde, war damit keine Distanzierung von dem zuvor proklamierten „Austausch der Extreme“ verbunden. Der Autor, der in dem Übertritt „vielmehr ein ausserordentlich einprägsames Dokument zur Illustrierung der politischen Psychologie unserer heutigen Jugend” erkannte, konstatierte eine prinzipielle Radikalisierung; „ob links oder rechts, das macht dabei gar nicht viel aus”. Diese Entwicklung, an der die demokratischen Parteien nicht ganz unschuldig seien, erlaube es „bisher rechtsradikalen” Männern wie Scheringer „mit einem Satz zum Linksradikalismus über[zuwechseln], weil er nichts unterwegs findet, das ihm Halt bieten kann”. Für solche Typen sei der „Radikalismus [...] nun einmal [...] in Fleisch und Blut übergegangen” und man gäbe „sich garnicht erst viel Mühe, über das, was zwischen rechts und links liegt, sich Aufklärung zu verschaffen”. Es sollte indes keine undifferenzierte Generationenschelte ausgeteilt werden, weshalb der Autor auch Verständnis für den jugendlichen Idealismus äußerte: „Dass unsere Jugend schwärmt, ist ihr gutes Recht”, da sie dabei „auch unendlich viel Edelmut, Anstand und Sauberkeitsgefühl, Wille zum Arbeiten und Bessermachen” zeige; ihr genereller Fehler sei es aber, „dass sie glaubt, irgendwie radikal sein zu müssen, irgendwie das bekämpfen zu

---

daß ein Zersetzungsprozess begonnen hat, der nicht mehr aufzuhalten ist.” Wie bei anderen Presseerzeugnisse wurde auch hier auf die Nennung weiterer Beispiele verzichtet. Das Pressebüro erkannte in dem beschriebenen Prozess jedoch keine einseitige Entwicklung, sondern erklärte ausdrücklich, dass „ein ewiges Hinüber und Herüber zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus” zu beobachten sei, das „keineswegs [...] auf Konjunkturerscheinungen” zurückzuführen wäre. Den ursächlichen Antrieb für den „Austausch der Extreme“ meinte der Artikel in der „eigentlichen Idee”, in einer grundlegenden „Wesensgemeinschaft” erkannt zu haben. An anderer Stelle fanden sich Einschätzungen der NSDAP, die als Warnung an das nationalkonservative Bürgertum gedacht, von der KPD indessen durchaus als Bestätigung der eigenen Analyse und Interpretation aufgefasst werden konnten. So glaubte das „Pressebüro“ „beim Nationalsozialismus heute einen Kampf gegen die kapitalistische Schicht dieser Partei” erkennen zu können, der zu einem „Kampf der wirklichen *Sozialisten* gegen die Pseudosozialisten vom Schlage eines Gottfried *Feder*, ganz zu schweigen von dem Führer der Bewegung selbst” führen werde: „Die bewussten Täuschungen, mit denen bei der NSDAP operiert wird, führen zum Zusammenbruch der Bewegung, führen - was das Schlimmste darstellt - zur Stärkung der bolschewistischen Front.”

[613] PK, 22. 3. 1931, „Der bolschewistische Leutnant; Ein Beitrag zur politischen Psychologie unserer heutigen Jugend.”

müssen, was die Aelteren oder die Alten für richtig halten". Eine derartige Konstellation müsse jedoch zu einer politischen Orientierungslosigkeit führen, da die Jugend bei all ihrer Radikalität keine Alternativen, Lösungsansätze oder gar konkrete Zielvorstellung benennen könnte - ihr Radikalismus sei ein Radikalismus um seiner selbst willen. Als Ursache für diese unreflektierte Radikalität wurde letztlich recht oberflächlich der allgemeine „Niedergang der Autorität" benannt. Ohne selbst konkrete Lösungsvorschläge anbieten zu können, appellierte der Autor, um die Jugend „von den Irrwegen des Radikalismus wieder zurückzuführen", an alle, „die entweder zu wenig bisher für die Jugend getan haben oder aber die zuviel des Guten, wie sie es auffassten", endlich eine gesamtgesellschaftliche Umkehr im Umgang mit der jungen Generation in die Wege zu leiten.[614]

Die KPD-Presse berichtete, ob der unerwartet starken Reaktion der deutschen Presselandschaft, in der Folge kaum noch über Scheringer selbst, sondern konzentrierte sich auf die kommentierte Wiedergabe der Presserezeption.[615] Diese Art der Berichterstattung führte dazu, dass sich die demokratische und die kommunistische Presse ihre Interpretationen und Darstellungen des Ereignisses gegenseitig bestätigten, dabei aber ganz unterschiedlichen Motiven folgten. Die bürgerliche Presse versuchte mit der Bestätigung der übertriebenen Erfolgsberichte der KPD-Presse nicht nur das nationalkonservative Bürgertum vor den Folgen ihrer Haltung gegenüber der NSDAP zu warnen, sonders wollte generell eine Stärkung der demokratischen Republik erreichen, die gegen Angriffe von rechts wie links verteidigt werden müsse. Demgegenüber nutzen die Kommunisten die Angaben der bürgerlichen Presse, um wiederum ihre propagierten Erfolge unter den Nationalsozialisten belegen zu können. Ganz in diesem Sinne hatte die „Rote Fahne" bereits am 20.03. selbstzufrieden den Kommentar der „Vossischen Zeitung" zitiert, in dem der millionenfache Frontwechsel nationalsozialistischer Wähler zur KPD prophezeit worden war.[616] Ihre Prognose kam der KPD äußerst gelegen und die „Rote Fahne" kommentierte die Aussage ihrerseits: „Die kapitalistische Ullstein-Presse hat allen Grund, ein ‚Warnungssignal an alle' in die kapitalistische Welt hinauszufunken. *Wir* sind die Erben des unvermeidlichen nationalsozialistischen Niedergangs. *Wir* sind die Kraft der Zukunft." Und tags darauf druckte die Zeitung triumphierend einen umfangreicheren Pressespiegel ab.[617] Neben anderen Auszügen aus Kommentaren bürgerlich-liberaler Zeitungen, wurde genüsslich die Einschätzung des „Berliner Tageblatts", dass die Argumente Hitlers den Beweisen nicht gewachsen

---

614 Mit der zweiten Gruppe war indirekt auch auf die Nationalsozialisten gezielt, denen vorgeworfen wurde die Jugend „viel zu stark für die Gestaltung der Gegenwart und Zukunft" umworben zu haben. Die NSDAP habe dieses Werben nicht im Interesse der Jugendlichen unternommen, „sondern um Hilfskräfte zu haben"; damit die Jugendlichen, ohne es zu wissen, die „Interessen *anderer* " unterstützen würden.

615 Über Scheringer persönlich wurde am 22.03. nur noch ein Interview in der „Rote Fahne" abgedruckt, in dem er ausführlich Auskunft über seine Beweggründe gab. RF, 22. 3. 1931, „Eine Unterredung mit dem Genossen Scheringer".

616 RF, 20. 3. 1931, „Empfinden dumpf Millionen ...".

617 RF, 21. 3. 1931, „Das Presseecho zum Übertritt Scheringers; ‚Nazi-Ideologie dem Kommunismus nicht gewachsen'". Zur weiteren Bestätigung ihrer propagierten Erfolge berichtete die „Rote Fahne" am nächsten Tag über eine Reichswehrkaserne in Berlin, wo (angeblich) am Tage der Übertrittserklärung die Arbeit wegen Diskussionen hätte liegen bleiben müssen. RF, 22. 3. 1931, „Wie Scheringers Übertritt in der Reichswehr wirkt".

wären, die Marx und seine Schüler in 100 Jahren gesammelt hatten, wiedergegeben. Beflügelt durch die Pressereaktionen, die die propagandistischen Intentionen der KPD bekräftigten, wiederholte die „Rote Fahne“ ihre siegesgewisse Prophezeiung: „Es ist sicher, daß Tausende den Weg Scheringers gehen werden, um wirklich für die nationale und soziale Befreiung zu kämpfen.”

Die anhaltenden Reaktionen der Presse ermöglichten es der KPD Scheringer zum Symbol eines kommenden, neuen Deutschlands, zum Zugpferd für Millionen zu stilisieren, die noch im Schlepptau der NSDAP hängen und sich nun auf den Weg zur KPD begeben würden.[618] Und die „Rote Fahne“ belegte seine exemplarische Bedeutung erneut mit dem Zitat der „Vossischen Zeitung“, die als eines der ersten bürgerlichen Blätter die Zeichen der neuen Zeit erkannt habe: Deutschland stünde vor der Wahl zwischen proletarischer Revolution oder faschistischer Konterrevolution. Vier Tage darauf wurde die Presseschau zum „Fall Scheringer“, um die historische Bedeutung des Ereignisses weiter zu steigern, nun als Reaktion der „Weltpresse” präsentiert.[619] Mit ihrer überbordenden und freudetrunkenen Berichterstattung über den Übertritt eines ehemaligen nationalsozialistischen Offiziers lief die KPD Gefahr, sich zum Gespött ihrer politischen Gegner zu machen, wenn sie einem vormals bürgerlichen Reaktionär derart viel Aufmerksamkeit entgegenbrachte und überaus große Bedeutung zumaß. Sie versuchte daher frühzeitig abzuwiegeln und schob die beängstigten Reaktionen der bürgerlichen Presse als Begründung vor, die es nach Möglichkeit auszunutzen gelte: „Nicht etwa, als ob auf die Partei und ihre Mitgliedschaft die Erklärung des Reichswehrleutnants einen solchen Eindruck gemacht hätte - keineswegs, sondern wegen der Angst, die diese ‚sensationelle Erklärung’ der so ‚mächtigen’ Bourgeoisie eingejagt hat. Und das ist etwas.” In der Tat bot die kommunistische Berichterstattung günstige Angriffsflächen gegen die nationale Propaganda der Partei.[620] Die von der bürgerlichen Presse wiederholt proklamierte „‚Wesenseinheit’ zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus” wurde als Erfindung abgetan, mit der das Bürgertum seine Angst „vor der konsequenten Antwort auf die Frage” wieso Scheringer die Fronten gewechselt habe, zu vermeiden suche. Zur Verteidigung griff die „Rote Fahne“ auf den Kommentar des „Vorwärts“ zurück und fragte, wie „denn *‚ein gründlicher Frontwechsel’* [...] zwischen dem beständigen ‚Hin- und Herpendeln’ dennoch zustande gekommen” sein könnte.

Parallel zu der Verwertung im Interesse der Parteipropaganda versuchte die KPD die Rezeption der bürgerlichen Presse für ihre Binnenpropaganda unter der eigenen Anhängerschaft zu nutzen. Scheringers Beispiel sollte die Überlegenheit der ideologischen Aufklärungsarbeit gegenüber der Gewalt und

---

618 RF, 24. 3. 1931, „Das neue Deutschland”.

619 RF, 28. 3. 1931, „Scheringer”.

620 Ebenda. So legte der Artikel die einseitige Gehorsamsverweigerung, die während des Reichswehrprozesses noch zur heftigsten Anklage gegen Scheringer und die NSDAP genutzt worden war, nun als Charakterstärke des ehemaligen Offiziers aus. Scheringer, der von seinen Vorgesetzten als „stark kritisch” charakterisiert worden war, vertrat „im Leipziger Prozeß [...] die Meinung, daß der Soldat wissen muß, *auf wen* er schießen soll, bevor er schießt. Das ist ein für die herrschende Klasse gefährlicher Grundsatz. *Pistole* (geschweige denn: Maschinengewehr!) vereinigt mit *kritischem* Geist kann - und muß häufig - *zu Konsequenzen führen*, die bei einem *Reichswehroffizier* nicht gerade eine häufige Erscheinung sind. Und das ist das Schlimme! Das ist der Schrecken der Bourgeoisie, denn: Was hat *Denken* mit Reichswehroffizier [sic!] zu tun?”

dem individuellen Terror gegen Nationalsozialisten bekunden. Nicht ohne Grund, argumentierte die „Rote Fahne", wäre „in einem großen Teil der führenden bourgeoisen Presse die Wahrheit ausgesprochen [worden]: Das ist die Wahrheit vom **Sieg des wissenschaftlichen Sozialismus, des revolutionären Marxismus über den Nationalsozialismus!**" Der Erfolg der Aufklärungssarbeit im „Fall Scheringer" habe bewiesen, dass „**kommunistische inhaftierte Funktionäre, Arbeiter aus dem Betrieb,** […] **mit der theoretischen Waffe den Nationalsozialismus besiegt**" hatten. Dieser Sieg habe sich zwangsläufig einstellen müssen, sobald ein Nationalsozialist „zu seinem ‚Schutz' keine SA. hatte, sobald nicht der Meuchelmord zu Hilfe eilte." Damit erklärte sich für die Zeitung auch, „warum ‚Dr. phil.' Goebbels eine solche Angst vor offener Diskussion hat?!"

Abschließend zitierte die „Rote Fahne" nochmals den Kommentar der „Vossischen Zeitung", um den Vormarsch der „*Volksrevolution unter der Hegemonie des Proletariats*" und die damit verbundene (vorsichtige) soziale Öffnung der Partei zu propagieren. Wie der „Fall Scheringer" zeige, „differenziert [die KPD] die Klassen, [...] absorbiert diejenigen, die zur Revolution gehören [und] *formt ihr Bewußtsein*". Aus diesem Grunde könnten und würden bei der Organisation der „*Revolution des Volkes im Namen des Volkes und für das Volk*" auch „Millionen verlorener kleinbürgerlicher Existenzen" ihren Anteil erbringen. Am Beispiel Scheringers wurden aber zugleich die Voraussetzungen formuliert, die die Millionen Kleinbürger für einen Schulterschluss mit der KPD als Vorleistung zu erfüllen hatten. Schließlich sei Scheringer „nicht nur mit Stimmungen", sondern erst „nachdem er sich im Kampf zur revolutionären Ueberzeugung durchgerungen hat" und seine volle Übereinstimmung „*mit Marx ‚Kapital', mit Lenins ‚Staat und Revolution', mit Stalins Fünfjahresplan*" bezeugt hatte, zur KPD gestoßen.

Die kommunistische Weltbewegung wurde durch die „Internationale Presse-Korrespondenz" über den „Fall Scheringer" unterrichtet.[621] Dort wurde – die KPD war sichtlich bemüht, erste Erfolge vermelden zu können – noch überzeugter, als es die deutsche Parteipresse ohnehin bereits tat, die symptomatische Bedeutung des Frontwechsels betont, womit die kommunistische Bewegung in ihrer tönernen, da unbewiesenen Siegesgewissheit weiter bestärkt wurde. Die Anklagen gegen die NSDAP, die Scheringer in seiner Erklärung erhoben hatte, wurden als schwerer Schlag gegen die nationalsozialistische Partei bezeichnet, „die von zahllosen ihrer Mitglieder, wenn auch nicht mit derselben Klarheit erkannt und ausgesprochen, so doch instinktiv und im Stillen gleichfalls erhoben werden". Und die realitätsferne Behauptung, dass somit hinter Scheringer „große Teile der nationalsozialistischen Anhängerschaft [stünden], denen durch diese Erklärung ‚des kleinen Leutnants' gleichfalls die Augen geöff-

[621] InPreKorr, Nr. [unleserlich], vom 20. oder 24. 3. 1931 [unleserlich], „Faschismus. Vom Hitler-Leutnant zum Soldaten der roten Front.; Scheringers Beispiel und seine Wirkungen.", nach: BArch R 1501/20156, Bl. 33. Über den „Fall Scheringer" wurde sogar in der „Krasnaja Swesda", dem Blatt der Roten Armee, berichtet, die seinen Frontwechsel mit dem (angeblichen) Zustand der Reichswehr in Verbindung brachte. Und obwohl die Zeitung als einzigen Beleg das Beispiel Scheringers anführte, behauptete sie, dass sich vergleichbare Vorfälle in der Reichswehr ereignet hätten. Die Bourgeoisie könne daher nicht verhindern, dass „auch Angehörige der Reichswehr in die revolutionäre Bewegung hineingezogen werden". Notiz der NSS im RMdI, vom 26. 5. 1931, die sich auf einen Artikel aus dem „Ost-Expreß, Nachrichtendienst für Politik, Wirtschaft, Kultur", Nr. 116, vom 20. 5. 1931, bezieht. BArch R 1501/20156, Bl. 56.

net werden", wurde auch hier mit dem immer wieder bemühten Zitat aus der „Vossischen Zeitung" belegt.

Auf Seiten der unabhängigen, radikalen Linken, warf der anarchosyndikalistische Intellektuelle Erich Mühsam in seiner Zeitschrift „Fanal" der KPD vor, dass „nicht der nationalistische Offizier [...] zu den Kommunisten gekommen [sei], sondern die Kommunisten [...] ihm entgegengereist" seien.[622] Er fragte in diesem Sinne,

ob „der nationalistische Offizier auch für die KPD. zu gewinnen gewesen [wäre], wenn dort nicht seit dem Wahlaufruf vom letzten Sommer anstelle der früheren Bekenntnisse zur Weltrevolution die Parole der ‚nationalen' Revolution getreten wäre? Wäre der junge Scheringer auch für Klassenaktionen zu gewinnen gewesen, die neuerdings bei der KPD. durch Aufrufe zur ‚Volks'aktion abgelöst sind? Hätte er das schneidige Linksum-Kehrt [sic!] fertig gebracht, wenn er nicht die Rote Fahne von oben bis unten mit militärischen Ausdrücken bestickt sähe. Das arbeitet mit schnarrenden Worten wie wehrhaft und Offensive, Front und Formationen, Stoßbrigaden, Etappen und marschierenden Reihen, auch wo das alles nur im übertragenden Sinne des Symbols gemeint ist [Satz: sic!]. Die Radikalnationalisten um Otto Straßer, Niekisch, Paetel, Jünger stellen längst fest, daß die Kommunisten sich ihres Streitrosses bemächtigt haben. Kein Zweifel, daß sich das rotumsäumte Sattelzeug hübsch ausnimmt, und kein Wunder, daß es dieselben Reiter zum Aufsitzen reizt, die es ohnehin eingeritten haben."

Für Mühsam waren „außer in der Rassen- und allenfalls in der Russenfrage [...] zwischen den Parteikommunisten und den antifaschistischen Nationalisten grundsätzliche Differenzen kaum mehr zu erkennen", weshalb „der Nationalbolschewist Scheringer wenigstens [...] keinen weiten Sprung" nach links zu vollziehen brauchte.

Während Mühsam seinen Artikel dementsprechend mit „Rot Heil!" übertitelt hatte, fand Werner Jurr, der gemeinsam mit Scheringer auf Gollnow eingesessen hatte, in der „Arbeiterpolitik", einer Zeitschrift der KPD-Opposition, überraschend wohlwollende Worte.[623] Jurr begrüßte ausdrücklich seinen Übertritt, auch wenn Scheringer aus dem Lager der Todfeinde käme; vorausgesetzt er werde sich als ehrlicher Kämpfer für den Kommunismus beweisen. Seine Aufnahme in die Reihen der Kommunisten erfolgte indes nicht ohne Einschränkung und Jurr mahnte, dass „die Freude über die Anziehungskraft des kommunistischen Gedankens […] nicht den klaren Blick" dafür trüben dürfe, „daß die Erklärung Scheringers wohl eine scharfe Absage an Hitler enthält, aber alles andere als kommunistisch ist."[624] Er sah demzufolge die Verantwortung für Scheringers Entwicklung, der „noch kein Kommunist [sei], sondern [...] sich auf dem Wege dahin" befände, bei der KPD liegen; die ihrer Verantwortung jedoch nicht nachkomme. Dabei sei es doch ihre Aufgabe „zu helfen, die

---

622 Fanal, Nr. 7, April 1931, „Rot Heil!"

623 Arbeiterpolitik, Nr. 70, 24. 3. 1931, „Unterredungen mit Scheringer; Erlebnisse auf Gollnow".

624 An anderer Stelle schilderte Jurr Scheringers Mangel an kommunistischer Überzeugung,: „Aber gerade in der russischen Frage zeigte sich, wie wenig Vertrauen er der Internationalität des Kampfes der Arbeiter entgegenbrachte. Er war der Meinung, daß, wenn es der Sowjetunion schon gelänge, den Fünfjahresplan durchzuführen, und dann auch weiterhin erfolgreich beim Aufbau des Sozialismus zu wirken, denn einmal der Zeitpunkt kommen würde, wo die Russen auf die ganze Internationalität pfeifen und nur ihre nationalen Interessen sehen würden. Wenn er hier seine Ansicht geändert hat - und das ist durchaus möglich - so ist das nur zu begrüßen."

Illusionen, die Scheringer noch hat, zu zerstören, und nicht, wie es leider die kritiklose Annahme seiner Erklärung zeigt, sie zu nähren."

Die Lehren, die Jurr aus dem „Fall Scheringer" zog, deckten sich weitgehend mit der Darstellung der KPD, und er glaubte, dass sein Schritt endlich aufzeige, „welche Werbekraft der kommunistische Gedanke selbst auf Schichten ausübt, die bisher im bürgerlichen Lager und sogar im bewußt konterrevolutionären Lager standen". Auch die kommunistische Opposition verstand Scheringers Frontwechsel als Zeichen „wie tief die Gärung und wie groß die Unzufriedenheit bei den Anhängern der NSDAP ist, eben weil der Nationalsozialismus dem nach einem Ausweg suchenden Teil der bürgerlichen Intelligenz und verzweifelter Arbeiterschichten diesen Weg nicht zeigen kann." Ganz anders schätzte Jurr dagegen die damit einhergehenden Erfolge für den Kommunismus ein und konstatierte entgegen der tönernen Siegesparolen der KPD: „Erstaunlich ist nicht, daß Leute wie Scheringer zum Kommunismus stoßen, sondern wie wenige es sind, die diesen Weg gehen." Die „Arbeiterpolitik" unterstütze ferner die Bemühungen der KPD, mittels Scheringer den individuellen Terror zu verurteilen und für die ideologische Aufklärungsarbeit zu werben, da sie der kommunistischen Bewegung einen ungleich größeren Lohn einbringen würde: „Wenn Leute wie Scheringer den Weg vom Faschismus zum Kommunismus gehen, um wieviel größer ist da die Möglichkeit, durch eine intensive Aufklärungsarbeit die irregeleiteten Arbeiter vom Faschismus zu lösen und sie wieder in die Front ihrer Klasse einzureihen."

Der in nationalrevolutionären und bündischen Kreisen bekannte Friedrich Hilscher, erkannte im Frontwechsel Scheringers analog der Interpretation der KPD den Beginn der allgemeinen Zersetzung der NSDAP. Die Partei werde, da sie, „um politisches Ansehen zu gewinnen, im Widerspruch zu ihrer wahren spießbürgerlich-patriotisch-kapitalistischen Haltung den Sozialismus unnütz im Munde geführt" habe, „darum an ihm zugrunde" gehen.[625] Auch bei Scheringer sei die Enttäuschung über den Verrat am Sozialismus der eigentliche Grund zum Frontwechsel gewesen.[626] Und wie die KPD erwartete auch Hilscher, dass Scheringer „nicht der erste und [...] nicht der letzte von denjenigen [sei], die diesen Weg gehen".[627] Inzwischen habe die KPD auf diese Entwicklung reagiert und würde sozialistischen Nationalisten nun bereitwillig entgegenkommen: „nach gewissen, mehr theoretisch gebliebenen Vorübungen der Jahre 1920 und 1923", sei mit der „Programmerklärung" der „erste bedeutende Schritt" in diese Richtung getan worden. Für Hilscher hatte die KPD damit eine grundsätzlich neue Positionierung gegenüber der Nation eingenommen. Er schränkte seine Zustimmung aber umgehend

[625] Die Kommenden, 33. Folge, „am 16. Erntings 1931" [d.i. August], „Der Fall Scheringer".

[626] Ebenso wie die KPD ging Hilscher von einer, innerhalb des deutschen Volkes allgemein verbreiteten sozialistischen Sehnsucht aus: „Weil es [das Ziel Sozialismus] in den Herzen des Volkes lebt, ist Hitler gezwungen gewesen, bei seiner Propaganda darauf einzugehen; und die Kräfte, die daraufhin in Bewegung geraten sind, sind stärker als der, der sie hat ausnützen wollen." Unüberbrückbare Differenz bestand indes, obwohl Hilscher proklamierte, dass „ohne den [Sozialismus] der künftige Staat der Deutschen nicht aufgebaut werden kann", in den unterschiedlichen Sozialismusbegriffen.

[627] An anderer Stelle bekräftige er diese Annahme und behauptete wie die KPD-Presse, dass ein „schon sehr beachtlicher Haufen zur KPD. gestoßen" sei und es weiterhin zu erwarten sei, dass bals „noch manche Trupps" hinzukommen würden.

ein und beklagte, dass die Vorgehensweise der KPD primär politischer Taktik und nicht innerer Überzeugung geschuldet sei, was den kommunistischen Nationalismus „genau so unwahrhaftig wie Hitlers Sozialismus" werden lasse. Damit steuere die KPD auf denselben Widerspruch zu, der langfristig zu ihrer Zersetzung führen werde; denn bislang habe es sich bei der Positionierung der Partei -

„insoweit nicht die Frage der wirtschaftlichen Ordnung selbst, sondern die Frage der Nation aufgeworfen wurde - um übelstes Ressentiment gehandelt, um einen Haß der pazifistischen Masse gegen das Kriegertum der wenigen, um den Neid der geistig schlecht Weggekommenen gegen die Begabten, um die Ehrfurchtlosigkeit gegenüber den Werten des Herzens."

Nun, „auf einmal" würde sich die KPD mit ihrer neuen nationalen Politik und vor allem aber mit Scheringers Erklärung „an das Kriegertum selbst, an den Willen zur Nation, an die Klugheit derjenigen, die die Freiheit ihrer Heimat suchen", wenden. Hier aber liege zugleich „der Bruch. Die beiden Welten sind unvereinbar. Aber die KPD. muß versuchen, sie zusammenzuzwingen, wie Hitler durch die Gewalt der sozialistischen Idee gezwungen worden ist, sich in seinem Parteiprogramm auf sie zu berufen." Auch die KPD werde nun durch „die Kraft des Glaubens an die Nation, der unbewußt im ganzen Volke lebt, [gezwungen], das, was er fordert, in ihre Versprechungen aufzunehmen". Und so würden über kurz oder lang auch „innerhalb der KPD. Kräfte wach, deren sie ebenso wenig Herr ist, wie die NSDAP. der wirklichen Sozialisten in ihren Reihen". Hilscher, der einen „dritten Weg" zwischen den radikalen Fronten vertrat, hoffte stattdessen auf die „eines Tages zu erwartende Zersetzung der KPD", die nur den „dritte[n] Schritt in einer Entwicklung [bedeute], an deren Beginn die Sprengung der Sozialdemokratie und in deren Mitte der Untergang der NSDAP. steht". Dann würden die Nationalrevolutionäre endlich, einer den Sozialismus und den Nationalismus gleichwertig berücksichtigenden Ideologie folgend, die Führung und damit auch das Schicksal der deutschen Nation in die Hände nehmen können.

Hilschers Erwartung, dass Scheringer vom vorgetäuschten Nationalismus der KPD über kurz oder lang abgestoßen werden würde, wurde von Ernst Niekisch ausdrücklich geteilt.[628] Der Nationalrevolutionär prophezeite, dass der ehemalige Offizier, der zuvor „innerhalb der NSDAP. die *antibürgerliche* Ehrlichkeit vermißte, [...] innerhalb der KPD. bald die *nationale* Ehrlichkeit vermissen werde". Dem ungeachtet begrüßte Niekisch wie Hilscher die zersetzende Wirkung, die Scheringers Schritt auf die Anhängerschaft der NSDAP haben werde; womit auch Niekisch die Auffassungen der KPD explizit bestätigte. Der Inhalt der Übertrittserklärung war für ihn eine „Abrechnung [...] mit der NSDAP", die „bereits die ganze Argumentation [umrissen habe], in deren Zeichen sich die Selbstzersetzung der NSDAP. vollziehen" werde. Sie sei so „schlagfertig und überzeugend", dass sie „ihre

[628] Widerstand, Heft 4, April 1931, „Leutnant Scheringer", Autor: Spektator (d.i. Niekisch). Auch Niekisch führte als Begründung für Scheringers Frontwechsel die Überlegenheit der marxistischen Theorie an. Dort habe er „ein gewaltiges, konsequent durchgebildetes, geschlossenes, geistiges System entdeckt [...] - ein System, dem der Nationalsozialismus nichts Gleichwertiges entgegenzustellen hatte." So bestätigte Niekisch die Auffasung der KPD, dass der revolutionäre Marxismus dem Nationalsozialismus theoretisch, ideologisch und intellektuell weit überlegen sei; weshalb eine ideologische Aufklärungsarbeit stets zugunsten der KPD ausfallen müsse.

Wirkung nicht verfehlen" werde: „sie wird die einen, die schon mißtrauisch sind, auf die richtige Spur setzen; in anderen wird sie Bedenklichkeiten wachrufen, die um so folgenschwerer sein werden, als sie sachlich gerechtfertig" seien. Folglich werde „jene Selbstzersetzung [...] der Kommunistischen Patei zugute kommen". Auch die von der KPD erwarteten Größenordnungen wurden von Niekisch geteilt, für den Scheringer „eine Entwicklung ein[geleitet hatte]: er war ein Erster, dem viele andere noch folgen werden. Er läßt ahnen, welche ‚Erdstürze' Deutschland noch bevorstehen. […] Das ist denn auch die Lehre, die der Bürger still bebend aus dem Fall Scheringer zieht: *daß der Boden, auf dem er steht, doch bereits sehr brüchig geworden sei.*"

Der Nationalbolschewist Karl Otto Paetel beschrieb in seiner Stellungnahme zum „Fall Scheringer" die KPD als eine Partei, in der zurzeit zwei widerstrebende Flügel um die Vorherrschaft und zukünftige politische Ausrichtung kämpfen würden. Als Symbole der beiden Richtungen hatte er die Typen „Scheringer" und „Münzenberg" ausgemacht.[629] Paetel verkannte damit nicht nur den instrumentellen Charakter der nationalen Propaganda der KPD, sondern gestand den lediglich auf Werbezwecke beschränkten Repräsentanten dieser Richtung sogar die Wirkungsmacht zu, den Kurs der Partei wenn nicht bestimmen, so doch entscheidend beeinflussen zu können. Für den Nationalbolschewisten hatte die KPD mit der „Programmerklärung", dem „Bauernhilfsprogramm" und der Losung von der „Volksrevolution", endgültig „die nationale Stellung bezogen". Die Übertritte Scheringers, Bruno von Salomons und der „13 Offiziere" sowie die Herausgabe des „Aufbruchs" seien weitere „Wegmarken auf dem Weg der Entwicklung der Partei zur Zielstellung der *sozialistischen Nation*". Ob sich die nationale Strömung in der KPD durchsetzen werde, hing für Paetel nicht von der Theorie, sondern davon ab,

„ob der *Menschentyp*, der in der Politik der KPD. sich durchsetzt, im Augenblick der Revolution das Heft in den Händen haben wird, überhaupt ein Organ für die völkischen Wirklichkeiten hat, selbst *völkische Substanz verkörpert*: das heißt auf einen Nenner gebracht, wer das Gesicht der Deutschen Kommunistischen Bewegung bestimmen wird: der *Funktionär* oder der deutsche *Revolutionär*, Willy *Münzenberg* oder Richard *Scheringer*!"[630]

Für Paetel stand der deutsche Kommunismus daher am Scheideweg, der über den Einfluss der KPD bei der erwarteten deutschen Revolution entscheiden würde:

„Je nachdem, wer als Typ sich durchzusetzen vermag, wer insbesondere die jungen nachdrängenden Kräfte der mittleren und unteren Funktionärsschicht an sich zu binden vermag, wird die Entscheidung fallen, die mit dem Schicksal der heute von dort hervorgetragenen *Volksrevolution* auch das Schicksal des kommenden Deutschland mitbestimmt."

---

629 Die Kommenden, 33. Folge, „am 16. Erntings 1931" [d.i. August], „Zwischen zwei Fronten; Münzenberg / Scheringer - Renn - Döblin - So denken wir", Autor: Wolf Lerson (d.i. K.O. Paetel).

630 Münzenberg wurde von Paetel vor allem wegen dessen Treue zu Moskau und den Bolschewiki verurteilt. So sei es „kein Zufall, daß alle Meldungen um Scheringer" in seinen Zeitungen und Zeitschriften „nur in Kleindruck gebracht wurden (der Übertritt der dreizehn Offiziere wurde überhaupt verschwiegen)."

Nachdem sich die ersten Wogen der Erregung über die sensationelle Erklärung Scheringers gelegt hatten, kam die nationale Presse nochmals direkt auf die zuvor am Rande angesprochenen Haftbedingungen auf der Festung Gollnow zurück. Auf diese Weise wurde versucht, die bereits während der Berichterstattung über Scheringers Frontwechsel verfolgte Strategie, die amtierende Regierung für dessen Entwicklung verantwortlich zu machen, nun auch gegen die für den Strafvollzug zuständige preußische Landesregierung fortzusetzen. Die „Deutsche Zeitung" beklagte, dass die zuständige Behörde „ängstlich jedes Wort über die in allen Zeitungen erwähnte *kommunistische Werbeschule*, die sich, […] in Gollnow, mit besonderer Hingabe der Festungsgefangenen annimmt", vermieden hätte.[631] Für die „Deutsche Allgemeine Zeitung" waren dies Zustände, unter „denen jugendliche Gefangene ähnlich wie der Leutnant Scheringer sehr bald der kommunistischen Agitation unter Billigung der Anstaltsleitung zum Opfer fallen müssen".[632] Nicht nur, dass die Zimmer und Flure mit Sowjetsternen und Roten Fahnen ausgeschmückt würden, die Kommunisten würden im Speisesaal ganz offen regelmäßig Versammlungen und Schulungskurse abhalten.[633] Der Direktor der Festung, dem unterstellt wurde selbst Sympathisant oder gar Agitator der KPD zu sei, würde die Werbearbeit aktiv unterstützen und Rückzugsmöglichkeiten anderer Häftlinge absichtlich verhindern, da gezielt „aktive Heeresangehörige [...] Tag und Nacht zur besseren Bearbeitung in einem Raum mit Kommunisten untergebracht worden" seien.[634] „Tollere Zustände" waren für die nationale Presse „wirklich nicht denkbar".

Derartige Berichte wurden von der kommunistischen Presse bereitwillig aufgegriffen, um sie ihrerseits für die eigene Propaganda einzuspannen.[635] Dass das Reichswehrministerium nach den entsprechenden Pressemeldungen erklärt habe, „**daß das Ministerium schon seit längerer Zeit mit dem Reichsjustizministerium und anderen maßgebenden Stellen des Reiches und der Länder in Verhandlung stehe, um eine *Aenderung des Strafvollzugs für Reichswehrangehörige* herbeizuführen**", wurde als ein weiterer „Beweis für die *sieghafte Kraft der kommunistischen Idee*, der sich sogar diejenigen, die die stärkste Stütze des kapitalistischen Staates darstellen, nicht entziehen können", dargestellt. Groener fürchte zu Recht, dass es unter derartigen Umständen zu weiteren Frontwechseln kommen müsse. Die Darstellung der „Roten Fahne" war zwar insofern zutreffend, als dass die für den Strafvollzug zuständigen Behörden bereits seit Monaten über die Reform der Fes-

631 DZ, 26. 3. 1931, „Amtliches Schweigen um die Kommunistenschule in Gollnow", hier: BArch R 1501/20156, Bl. 21.
632 DAZ, 28. 3. 1931, „Kommunistische Propagandazelle Gollnow", nach: BArch R 1501/20156, Bl. 26.
633 Auch Gäbler erinnerte sich, dass der Direktor, ein Anhänger der Staatspartei, diese marxistisch-leninistischen Schulungskurse nicht nur toleriert hätte, sondern sogar angeboten haben soll, vor den Gefangenen über philosophische Probleme zu sprechen; was von der KPD-Zelle wegen dessen liberal-kapitalistischen Auffassungen jedoch abgelehnt worden sei. SAPMO im BArch SgY 30/2051, Erinnerungen Fritz Gäblers, Bl. 104.
634 Dem Direktor wurde von der „DZ" und der „DAZ" sogar die Freundschaft zu dem bekannten kommunistischen Sprengstoffattentäter Max Hölz unterstellt. DAZ, 28. 3. 1931, „Kommunistische Propagandazelle Gollnow; Der Direktor ein Freund von Max Hölz?" und DZ, 29. 3. 1931, „Sowjetstern über Gollnow; Der Festungsdirektor ein Freund von Max Hölz", beide nach: BArch R 1501/20156, Bl. 26 & 32.
635 RF, 31. 3. 1931, „Groener fürchtet neue Scheringer-Fälle", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 35.

tungshaft diskutierten und dass Scheringer der Auslöser dieses Prozesses gewesen war. Der Vorgang war aber noch zu seiner Zeit als nationalsozialistischer Gefangener Anfang November 1930 durch das Reichsbanner herbeigeführt worden.[636] Anfang 1932 wurde daraufhin beschlossen, die Freiheiten der Insassen deutlich einzuschränken und den Strafvollzug spürbar einer regulären Gefängnisstrafe anzugleichen.[637]

Es ist berechtigt anzunehmen, dass der Frontwechsel Scheringers die Reformfreudigkeit der Behörden bestärkt hatte. Ganz in diesem Sinne konstatierte der Abschlussbericht, dass die Praxis der Festungshaft unter den herrschenden Zuständen, bei denen kommunistische Hochverräter das Gros der Festungsgefangenen ausmache, „unmöglich beibehalten werden" könne. Als Beleg wurde ein „besonderes Kurisorium" angeführt, wonach erst „nach der Belegung der sächsischen Festung Hohenstein mit einigen kommunistischen Gefangenen in der gleichnamigen Stadt eine kommunistische Zeitung erschienen [sei], deren Artikel von diesen Gefangenen geschrieben worden seien". Einer vergleichbaren Propagandatätigkeit gingen auch die Gollnower Genossen nach; und sie sollte sich nach dem Frontwechsel Scheringers mittels ihres neuen, prominenten Aushängeschildes um ein vielfaches steigern.

Scheringer als kommunistischer Propagandist

Als Mann der Tat begann Scheringer unmittelbar mit seinem Frontwechsel, obwohl er weiterhin Festungsgefangener war, eine umfangreiche Propagandatätigkeit für seine neue Partei zu entfalten.[638] Es waren vorwiegend die üblichen Anklagen gegen die NSDAP, die die KPD nun mittels ihres prominenten Dissidenten den Nationalsozialisten entgegen schleuderte. Unter gewissen Voraussetzungen wurden Scheringer jedoch größere Freiheiten gestattet, als jedem anderen kommunistischen Propagandisten. Er durfte stellenweise im Interesse seiner Werbekraft unter nationalsozialistischen

---

636 BArch R 1510/20021, Bl. 138, Schreiben des Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Magdeburg, an den Ministerialdirektor Dr. Menzel, Berlin, 6. 11. 1930; Betreff: „Über die Zustände in Gollnow und Scheringer!" Das Reichsbanner hatte sich über die Ausnutzung des gewährten Freiganges für politische Betätigungen beschwert. Im Gegensatz zur nationalen Presse, wurde die Schuld aber auf der anderen Seite des politischen Spektrums gesucht und ausdrücklich festgestellt, dass „es sich dabei meist um das Verhalten faschistischer Festungsgefangener" handeln würde. Als das Reichsbanner seine Anschuldigung, „dass zwischen den beiden verurteilten Offizieren und der Gollnower Nazi Ortsgruppe tatsächlich enge Verbindungen bereits bestehen", kurz darauf mittels eines Artikels der nationalsozialistischen, pommerschen Wochenschrift „Diktatur" belegen konnte, wurden die zuständigen Behörden aktiv. Das Reichsbanner hatte der Direktion wiederum Sympathien für den Faschismus unterstellt. Ebenda, Bl. 139, Schreiben des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Magdeburg, an den Ministerialdirektor Dr. Menzel, Berlin, 13. 11. 1930.

637 BArch R 1501/20031, Bl. 240, Abschlussbericht, o.V., D. und O.a., Berlin, den 18. 1. 1932. Es wurden folgende Punkte beschlossen: „1. Völliger Wegfall des freien Stadtausgangs; dafür nur sog. ‚Ausführung' (unter Bewachung). 2. Überwachung des Briefverkehrs. 3. Schließung der Zellen (bisher offengehalten). 4. Strengere Vorschriften für den Empfang von Besuchen."

638 Striefler beschreibt das Ausmaß der Propaganda, die von Scheringer persönlich oder in seinem Namen verfasst worden war, als „wahre Flut von kommunistischem Agitationsmaterial", das „auf die SA nieder[rauschte]". Auch Dupeux und Schüddekopf kommen zu der gleichen Einschätzung, heben aber zusätzlich seine Bedeutung bei der Reichswehr-Zersetzung hervor. Buber-Neumann spricht in ihren Erinnerungen gar von der „Gollnower Zersetzungszentrale". Striefler, Kampf um die Macht, S. 129, Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 453, Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 303 sowie Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, S. 218f.

und militärischen Kreisen die Grenzen des (ideologisch) Erlaubten überschreiten, was vor allem die Frage nach einem nationalen Befreiungskrieg betraf. Scheringer sprach aber auch andere Punkte an, die in der kommunistischen Propaganda gegenüber den Nationalsozialisten sonst eher selten thematisiert wurden: u.a. die Frage nach einem Bürgerkrieg oder die in rechtsradikalen Kreisen so genannte „Juden-Frage"; eine Formulierung, die von Scheringer bedenkenlos übernommen werden sollte.[639] Er besaß aber keinesfalls die Freiheit alles zu schreiben, was er wollte. Bei der Abfassung seiner Propagandaschriften übten mit aller Wahrscheinlichkeit die Gollnower KPD-Zelle und der AM-Apparat erheblichen Einfluss aus und Kippenberger übernahm persönlich ihre Veröffentlichung und Publikation.[640] Dieses Procedere macht es daher nahezu unmöglich festzustellen, welche Ansichten Scheringer persönlich vertreten hatte. Auffällig ist, dass die Radikalität und Linientreue seiner Aussagen je nach Publikationsorgan differierten.

Es ist aber berechtigt anzunehmen, dass Scheringers vorrangiges Interesse die (gewaltsame) nationale Befreiung war, und dass der Kommunismus (anfangs) für ihn nur Mittel zum Zweck gewesen war, dieses Ziel zu erreichen. Da Scheringer aber allen Anweisungen und Vorgaben der Partei stets Folge leistete, war er offensichtlich bereit im Interesse der höheren Sache persönliche Ansichten zurückzustellen und den Wünschen der Funktionäre zu entsprechen. Den Höhepunkt der Einflussnahme durch die KPD stellte sein zweiter Hochverratsprozess dar. Spätestens mit diesem Verfahren ist es wiederum berechtigt anzunehmen – nicht zuletzt, da Scheringer Zeit seines Lebens Kommunist bleiben sollte –, dass er die kommunistische Ideologie bolschewistischer Lesart in Gänze akzeptiert und übernommen hatte.

Die Propaganda, die die KPD mittels Scheringer entfaltete, lässt sich in drei Gruppen unterteilen: er verfasste persönlich eine Reihe von Artikeln und Briefen, die als Flugblatt verteilt, in Presseorganen abgedruckt oder in gesonderten Broschüren herausgegeben wurden. Diese Schriften wurden zumeist als vermeintlich private Briefe veröffentlicht, um auf diese Weise das Verbot der politischen Betätigung für alle Festungsgefangenen umgehen zu können. Im Beschwerdefall, so das Kalkül des AM-Apparates, könne durch den Verweis auf den konkreten und persönlichen Anlass der Korrespondenz, Scheringers Verantwortung für eine Veröffentlichung zurückgewiesen werden. Daneben entwickelte die KPD mittels seiner Person eine regelrechte Propagandakampagne, im Zuge derer Scheringer anfangs als Symbol des „guten Nazis" stilisiert wurde, der, da er antikapitalistisch und revolutionär eingestellt wäre, seine wahre politische Heimat erst in der KPD gefunden hätte. Wenn im

[639] Schumann, Gewalt in der Weimarer Republik, S. 338. Nach Schumann tauchte der Begriff Bürgerkrieg, ungeachtet des anhaltenden Bekenntnisses der KPD notfalls auch auf dieses Mittel zurückgreifen zu wollen, ab 1929 in der Parteipresse kaum noch auf.

[640] Alle Manuskripte von Scheringers Broschüren (und wohl auch der Zeitungsartikel) gingen anfangs durch Kippenbergers Hände, der vom Politbüro für diese Aufgabe bestimmt worden war. Es ist wahrscheinlich, dass er Scheringers Schriften auch nach parteipolitischen Vorgaben editierte, wodurch er entscheidenden Einfluss auf den Inhalt ausgeübt hätte. BArch ZC 10756, Bd. 5, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 756f. Brief Kippenberges an Scheringer vom 27. 8. 1931. Darin beschreibt Kippenberger die Verhandlungen mit Druckereien. Vgl.: SAPMO im BArch RY 1/I2/5/3, Bl. 194, Beschlussprotokoll Nr. [freigelassen] der Sektretariatssitzung vom 25. 3. 1931.

Zusammenhang mit dem Thema Nationalsozialismus Beispiele oder Beweise gefragt waren, verwies die Parteipresse nun beständig auf den „Fall Scheringer". Und nicht nur in den Zersetzungszeitschriften, die für Reichswehr, Polizei und Nationalsozialisten anfertigt wurden, wurde er als nachzuahmendes Vorbild für den Anschluss an die KPD präsentiert.[641] Die Schilderung von Scheringers bisherigem Werdegang, von ihm selbst als autobiographische Skizzen abgefasst, wurde noch nach Wochen in kommunistischen Presseorganen oder in nationalrevolutionären Zeitschriften veröffentlicht, wo er als vorbildhaftes und nachzuahmendes Leitbild wirken sollte.

Die erste Ausgabe des „Aufbruchs" vom Juli 1931 brachte als einleitenden Artikel eine anonymisierte und idealisierte Beschreibung von Scheringers Lebensweg, der als abstrakte, verallgemeinerte Beschreibung eines nationalrevolutionären Typus verfasst worden war, der erst vom nationalkonservativen Bürgertum, dann von der scheinrevolutionären NSDAP enttäuscht und abgestoßen, nun endlich seinen Weg zum Kommunismus gefunden hätte.[642] Obwohl der Artikel eingestand, dass bislang „wenige von uns, die wir aus den Kreisen des Mittelstandes und des Kleinbürgertums hervorgegangen sind", diesen Schritt gegangen wären und noch „Tausende [...] weiter hinter den Hakenkreuzfahnen her" liefen, sollte die Art der Erzählung die geistige Entwicklung Scheringers und die damit einhergehenden Zweifel und Erkenntnisse, als übliche innere Auseinandersetzung aller nationalistischen Aktivisten erscheinen lassen. Auf diese Weise sollte nicht nur dem Vorbild Scheringers sein singulärer Charakter genommen und etwaige (erhoffte) politische Bedenken interessierter Leser als gängiges Entwicklungsstadium suggeriert werden. Tatsächlich Zweifelnde sollten durch moralischen Druck, wenn sie nicht auch „heute noch als Werkzeuge der Konterrevolution mißbraucht werden" wollten, zum raschen Frontwechsel angetrieben werden.

Eingangs des Artikels rechnete Scheringer mit den Regierungsparteien, die durch ihre Erfüllungspolitik vor der Entente „zu Kreuze" gekrochen seien und dem nationalkonservativen Bürgertum ab, das seinen Nationalismus nur im Munde führen würde, aber keine Taten folgen lasse.[643] In einer längeren Passage wurde die Demagogie der NSDAP, die stets die revolutionäre Umgestaltung von Staat und Gesellschaft propagiert hatte, mit den gängigen Argumenten der KPD als Verrat entlarvt.

---

641 Vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 140.

642 Aufbruch, Nr. 1, Juli 1931, 1. Jg., „Der Bruch mit dem Gestern.", S. 2f. (Reprint: 64f.). Der Verfasser war jedoch unschwer zu erraten, da als Autor „Leutnant a.D. ....." (die Anzahl der Punkte entsprach genau der Länge des Namens Scheringer) benannt wurde.

643 Ebenda. Die „herrschende Schicht" hätte die nationalen Kämpfe in Oberschlesien, im Reihland und an der Ruhr als „Rebellion" aufgefasst und nicht geduldet. „Sie fielen uns in den Rücken, überlieferten uns der Justiz imperialistischer Siegerstaaten, sperrten uns in Gefängnisse. Wenn es aber galt das aufständische Proletariat niederzuschlagen, von dessen Not wir wenig wußten, dann waren wir recht. Dann war keine ‚nationale' Phrase klingend genug, um uns zu fangen, dann waren wir plötzlich ‚Helden'. Und wir Narren ließen uns wirklich mißbrauchen zum Schutz der ‚öffentlichen Sicherheit', als Polizeitruppe der Ausbeuter, als Verteidiger des Staates von Versailles und glaubten damit der Freiheit zu dienen." Nationale Revolutionäre wie Scheringer hätten daher „gelernt das ‚nationale' Führer-Pack zu verachten, mit seiner Opposition auf Widerruf, mit seiner platonischen Freiheitsliebe, mit seinem Sozialismus, der vor dem eigenen Geldbeutel halt macht". Durch diese Darstellung konnten die Kampfeinsätze der Freikorps im Grenzkampf oder im passiven Widerstand 1923, als durchaus vereinbar mit der kommunistischen Revolutionsstrategie, ja sogar als wünschenswerter Aktivismus erscheinen. Diese Botschaft sollte den nationalen Aktivisten verdeutlichen, dass ihnen ihre Zeit bei den Freikorps nicht nachgetragen werden würde.

Nach der Gegenüberstellung der (national-) revolutionären Parolen der NSDAP mit der tatsächlichen Politik ihrer Führung, kam auch Scheringer zu dem Schluss, dass sie „aus einer revolutionären Bewegung [eine] nationalliberale, ‚legale' Partei" gemacht hätte.[644] Dem Legalismus der NSDAP stellte Scheringer das kommunistische Selbstbildnis gegenüber, dass die unbedingte, revolutionäre Haltung der KPD in nationalen wie in sozialen Fragen betonte – und damit ehrlichen, da revolutionären Nationalisten die einzige politische Heimat bieten würde:

„Wir [nationalistischen Dissidenten wie Scheringer] verabscheuen jene Lauen und Halben, deren ‚nationaler' Geist vor der Revolution kapituliert, jene Jämmerlinge, die der Wirklichkeit nicht ins Antlitz zu sehen wagen, die lieber Knechte des Westens bleiben, als daß sie mit den Bolschewisten die Freiheit erkämpfen. Für uns gibt es keine Kompromisse mehr."

Von den Bedingungen und Voraussetzungen, die die Kriegsführung entsprechend der kommunistischen Ideologie ausschließlich als revolutionärer Verteidigungskrieg nach der Errichtung der proletarischen Diktatur legitimierten, war in diesem Artikel nicht die Rede. In diesem Falle genügte es der KPD anscheinend, dass unter Nationalisten verbreitete Misstrauen gegenüber „dem revolutionären Proletariat in Bezug auf die nationale Befreiung", als vollkommen unbegründet darzustellen. Der Artikel verwies vielmehr auf die einzig wahre „Freiheitsfront [...]: Die Front der revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten", die „die Volksrevolution gegen das herrschende System mit allem was ihm anhängt, die Volksrevolution gegen Unterdrückung und Ausbeutung jeder Art, [den] revolutionären Krieg gegen die Versailler Tributmächte im Bunde mit der Sowjetunion" führen würde. Als ein weiteres Argument um Hemmungen für den Anschluss abzubauen, wurde die rapide Angleichung der sozialen Verhältnisse des ehemaligen Mittelstandes an das Proletariat im Zuge der Wirtschaftskrise proklamiert. Bezeichnender Weise wurde nicht, wie meist üblich, die allgemeine Krise des Kapitalismus, sondern der Versailler Vertrag und seine Folgen als Ursache für diesen Prozess verantwortlich gemacht.

Im Juni 1931 lieferte Scheringer in der „Linkskurve" einer rein kommunistischen Leserschaft „Entscheidungen und Gründe" für seinen Frontwechsel, da er „in den letzten Wochen [...] eine Unzahl von Zuschriften mit der Frage [erhalten habe]: ‚Wie läßt sich der Weg zum Kommunismus mit vaterländischer Gesinnung vereinbaren?'"[645] Da „diese Frage für die Vorbereitung der Volksrevolution von Bedeutung" sei, wolle er sie anhand seines Lebensweges beantworten. Scheringer erklärte weiterhin offen die nationale Befreiung zu seinem primären Ziel, das er zuvor „mangels politischer Schulung" im Bunde mit dem nationalen Bürgertum, der Reichswehr und der NSDAP zu erreichen gesucht hatte.

---

[644] Wenn Scheringer dabei die NSDAP anklagte, „Millionensubventionen an jüdische Unternehmen wie die Mansfeld A.G." unterstützt zu haben, obwohl sie doch den „Kampf dem jüdischen Händlergeist" versprochen hätte, verfolgte er damit keinen Antisemitismus. Es sollte vielmehr, da Scheringer zuvor diesen Kampf als ursprüngliches Ziel der Partei angeführt hatte, auch mittels des nationalsozialistischen Antisemitismus der grundlegende und umfassende Verrat an sämtlichen alten Zielen belegt werden – eine bedenkenlose Verwendung antisemitischer Stereotype zu Werbezwecken (sowie die Übernahme der Begriffe).

[645] Linkskurve, Nr. 6, Juni 1931, „Entscheidungen und Gründe".

Zu dieser Zeit hätte er noch geglaubt, „daß auch die soziale Frage allein durch Zerschlagung der Friedensdiktate gelöst werden könne". Nachdem jedoch alle drei genannten Gruppen nacheinander das Ziel der nationalen Befreiung aufgegeben hätten, sei er, da er zugleich „immer mehr die Zusammenhänge zwischen nationaler und sozialer Frage" begriffen hätte, zur revolutionären KPD gestoßen. Dass Scheringer auch als Kommunist letztlich den offensiven, nationalen Befreiungskrieg angestrebt hatte, zeigte sich in seiner Positionierung zur Reichswehr. Sein Eingeständnis, dass er fälschlicher Weise „im 100 000-Mann-Heer [...] die Kerntruppe einer zukünftigen Volks- und Freiheitsarmee, deren Aufgabe es sei, über die Reparationsrepublik hinweg den Befreiungskampf zu organisieren und zum Siege zu führen", erkannt hatte, bedeutete keineswegs die Absage an eine starke Wehrmacht, die im Interesse der Nation auch offensiv eingesetzt werden müsse - im Gegenteil. Scheringer setzte nun darauf, dass die Kommunisten eine rote Volksarmee aufstellen würden, um sein angestrebtes Ziel in Angriff zu nehmen. Abschließend führte er verschiedene Gründe an, weshalb seine oftmals prophezeite „baldige Rückkehr zur NSDAP" ausgeschlossen und sein Bekenntnis zugunsten der KPD „unwiderruflich" sei, da es „nicht auf ‚Psychose', sondern auf […] Erkenntnis" beruhe.[646]

In der bündischen und nationalrevolutionären, u.a. von Ernst Jünger und Dr. Ebeling herausgegebenen, Zeitschrift „Die Kommenden", enthielt die Schilderung seines Lebensweges ein ungleich deutlicheres Bekenntnis zur Nation und zum offensiven, nationalen Befreiungskrieg.[647] Wenn Scheringers Gedanken und Pläne in der KPD-Presse bereits an den Grenzen des Erlaubten gekratzt hatten, so wurde er, um die Authentizität und Werbekraft seiner Person ausnutzen zu können, in den nationalrevolutionären Blättern erst recht an der langen Leine gehalten. In diesem Artikel bediente er sich offen einer nationalistischen Sprache, die einem Kommunisten unter anderen Umständen den Parteiausschluss eingebracht hätte – waren seine Ausführungen doch stellenweise blanker Revanchismus. Er erklärte frank und frei, dass „die ‚nationalen' Kreise", nachdem sie den nationalen Befreiungskampf aufgegeben hätten, „die Sache der Toten in Frankreich ebenso verraten [hätten] wie Wilhelm der Zweite sie verriet, als er nach Holland floh". Um sein Ziel dennoch erreichen zu können, rief Scheringer offen zum revolutionären Angriffskrieg gegen die Entente-Staaten auf (!): „Es gilt, die revolutionären Kräfte des Volkes zu sammeln, die Armee der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu formieren und den Befreiungskrieg über die Trümmer der Weimarer Republik nach Westen zu tragen." Die hinter dieser Aufforderung zutage tretende Auffassung über den Sinn und Zweck eines sozialistischen Staats- und Gemeinschaftswesens, die der eigenen Nation auf diese Weise bes-

[646] „1. nationale Befreiung heißt soziale Befreiung, heißt Beseitigung des kapitalistischen Systems; 2. das kapitalistische System fällt erst mit der sozialistischen Revolution; 3. den historischen Gegebenheiten nach ist die Vorhut der sozialistischen Revolution das in der Kommunistischen Partei organisierte Proletariat; 4. der Kapitalismus ist international verwachsen. Er kann daher nur auf internationaler Basis durch Zusammenarbeit der Unterdrückten aller Länder endgültig vernichtet werden; 5. auf dieser Basis ist der nächste Schritt die Durchführung der Volksrevolution in Deutschland, die Zerreißung der Tributverträge und der revolutionäre Krieg gegen die wahrscheinliche Intervention der kapitalistischen Westmächte; 6. erst nach der siegreichen Revolution wird die nationale und soziale Befreiung des schaffenden Volkes in Deutschland Wirklichkeit, wie sie heute in Rußland Wirklichkeit ist."

[647] Die Kommenden, 33. Folge, Sonntag, am 16. Erntings 1931 [d.i. August], „Mein Weg".

sere Chancen im Konkurrenzkampf der Nationalstaaten ermöglichen sollte, war eines Nationalkommunismus' von Laufenberg und Wolffheim würdig; mit der Generallinie der KPD, auch seit der „Programmerklärung", gleichwohl völlig unvereinbar.

Derartige Ausführungen wurden, um die Parameter der Parteilinie nicht gänzlich zu verraten, noch im selben Artikel relativiert und wieder notdürftig der kommunistischen Revolutionsstrategie untergeordnet. Die auch in der „Linkskurve" angeführten Punkte, mit denen Scheringer sein Bekenntnis zur „Roten Front" untermauert hatte, entsprachen mehr schlecht als recht den Vorgaben der Generallinie. Die wichtigsten Konstanten wurden aber eingehalten und der eingangs geforderte Befreiungskrieg durch einen ideologischen Winkelzug zum passiven, nun aber theoretisch erlaubten revolutionären Verteidigungskrieg umgedeutet: da nach der sozialistischen Revolution in Deutschland ohnehin mit der militärischen Intervention der Westmächte zu rechnen sei, so die Botschaft an die nationalrevolutionäre Leserschaft, sei es doch unerheblich ob der erwartete Krieg nun als offensiver, nationaler Befreiungskrieg oder revolutionärer Verteidigungskrieg geführt werde. Ein eigenartiger Kompromiss, der hier gefunden worden war, um der Theorie gerecht zu werden und zugleich militanten Nationalisten entgegen zu kommen; und der weder die eigene Anhängerschaft noch die anvisierten Zielgruppen überzeugen und zufrieden stellen konnte. Von den zusätzlichen, wesentlichen Einschränkungen, die in der „Programmerklärung" vorgegeben worden waren, war hier aus gutem Grunde nicht die Rede.

Die KPD-Führung mag diese, unter normalen Umständen die Grenzen des Erlaubten weit überschreitende Propaganda geduldet haben, da die Auflage von nationalrevolutionären Blättern äußerst gering und ausschließlich einer stark abgegrenzten, zwischen allen politischen Stühlen sitzenden Leserschaft zugänglich war. Eine negative Rückwirkung auf die Partei war also kaum zu erwarten gewesen, während im Gegenzug von einer gewissen Authentizität Scheringers wohl eine größere Werbekraft erwartet wurde. Unter diesen Voraussetzungen war die KPD (ausnahmsweise) bereit, zugunsten der angestrebten Zersetzung des nationalistischen Lagers oder gar der Gewinnung neuer Sympathisanten, sporadisch auf Linientreue zu verzichten. In parteieigenen oder auflagenstarken Presseorganen wurden Scheringer, wie das Beispiel der „Linkskurve" zeigte, zwar ebenso einmalige Freiheiten gestattet, insgesamt aber auf eine größere Übereinstimmung mit der offiziellen Parteipolitik Wert gelegt. Diese Vorgehensweise führt dazu, dass Scheringer je nach Presseorgan, in dem seine Beiträge veröffentlicht wurden, z.T. sich widersprechende Angaben machen und abweichende Lockangebote an Nationalisten formulieren konnte.

Dieser Handhabung folgend setzte Scheringer seine Veröffentlichungen in kleinen nationalrevolutionären Zeitschriften fort und er schrieb in der „Sozialistischen Nation", dem Organ der nationalbolschewistischen „Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten" (GSRN), über „revolutionäre Wehrpoli-

tik".[648] Nachdem die Zeitschrift zum Frontwechsel Scheringers erklärt hatte, dass der Inhalt seiner Erklärung „völlig in der Linie dieses Blattes" stünde, erschien die Werbung innerhalb der Gruppe wohl als besonders lohnenswert.[649] Entsprechend der kommunistischen Strategie, den Nationalisten zu suggerieren, dass ihre nationalrevolutionären und militärischen Ziele allein durch die KPD vertreten werden würden, setzte Scheringer nahtlos seine noch als Nationalsozialist geäußerte Kritik an der Reichswehr fort.[650] Als Anknüpfungspunkt bot sich die „Einigkeit in der Negation", die gemeinsame Ablehnung der herrschenden Zustände in Staat und Armee an. Die Zielvorstellungen, die mit der revolutionären Veränderung angestrebt wurden, blieben bei beiden Gruppen jedoch nach wie vor grundsätzlich verschieden; und genau diese Unterschiede sollte Scheringer verwischen helfen, um eine erste Annäherung ermöglichen zu können.[651] Nachdem die bürgerlichen Regierungen und die Reichswehrführung den Gedanken an den nationalen Befreiungskampf aufgegeben hätten, sei es die Aufgabe der „ernsten Soldaten, die ihren Beruf anders auffassen", also Typen wie Scheringer selbst, „die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes vorzubereiten". Solchen Männern sei es selbstverständlich, „daß die Befreiung nur auf gewaltsamen Wege durchzuführen ist". Die meisten von ihnen hätten bislang „ihre Hoffnung auf den Nationalsozialismus [gesetzt], von dem sie eine grundlegende Umwälzung [, die] Befreiung der Arbeiterschaft, [die] Bildung einer Volksarmee und [den] bewaffneten Aufstand gegen das deutsche und internationale Finanzkapital" erwartet hätten. Ihre Erwartungen werde die NSDAP aber niemals erfüllen, da „die nationalsozialistische Führung diesen revolutionären Weg längst verlassen" und „die gewaltsame Zerreißung der Friedensverträge und die Idee des Befreiungskrieges aufgegeben" habe. Der NSDAP fehle es ohnehin an „praktischen Möglichkeiten [...] diese Ziele zu verwirklichen", da es ihr bislang nicht gelungen sei, „die breiten Massen der deutschen Arbeiterschaft zu erfassen"; und nachdem „sie auf die Durchführung der Sozialisierung endgültig verzichtet" habe, werde „ihr dies auch nie gelingen". Dieser Punkt, und hier erfüllte Scheringer ein Mindestmaß an Übereinstimmung mit der Generallinie, sei in dieser Frage jedoch von entscheidender Bedeutung: „die deutschen Kapitalisten [würden] aber niemals einen Befreiungskrieg zulassen, da sie in engster Verbindung mit dem internationalen Finanzkapital" stünden; „damit kommen wir der Sache auf den Grund. Wir erkennen, daß jedes Wort von nationaler Befreiung unter Beibehaltung des kapitalistischen Systems eine Lüge ist."

---

648 Sozialistische Revolution, Heft 6, Juni 1931, „Revolutionäre Wehrpolitik". In Auszügen auch wiedergegeben in: Paetel, Nationalbolschewismus, S. 180-183.

649 Sozialistische Revolution, Heft 5, Mai 1931, „Der politische Monat".

650 So konnte Scheringer zur Begründung seiner neuen, kommunistischen Überzeugung auch Aussagen wiedergegeben, die er noch als Nationalsozialist getätigt hatte: „Vor dem Reichsgericht wurde erklärt: ‚Wer es wagt, die Armee im Sinne des Versailler Vertrages zum Polizeiinstrument zu erniedrigen, der wird auf Granit beißen.' [Denn] *die Soldaten der Reichswehr wollen mit dem wehrhaften Volk die Freiheit erkämpfen, und sonst nichts*".

651 Scheringer verurteilte eingangs „die internationale Kameradschaft des Herrn von Hammerstein mit den französischen Offizieren" und den „‚gesunden Pazifismus' seines Chefs Groener", die „ganz im Sinne der nach Westen gerichteten Verständigungspolitik der derzeitigen Machthaber" läge. Die Folgen dieser „Verständigungspolitik" seien bekannter Maßen katastrophal, da sie die „Fortdauer der internationalen Versklavung des deutschen Volkes und Degradierung der Armee zu einer Polizeitruppe [bedeuten], mit der die aufständischen Massen der Young-Kolonie niedergehalten werden sollen".

Es scheint, dass sich die KPD auch in diesem Artikel mit der Schlussfolgerung, die die Nationalrevolutionäre aus Scheringers Argumentation ziehen sollten, zufrieden zeigte: das Bekenntnis zum Kapitalismus schloss grundsätzlich die nationale Befreiung aus. Folglich müsse an erster Stelle die Abschaffung des Kapitalismus unter (der erhofften) Mitwirkung der Nationalrevolutionäre stehen, um die Diktatur des Proletariats errichten zu können. Scheringer vertrat seinen Antikapitalismus aber weiterhin mit einer der kommunistischen Argumentation entgegengesetzten Begründung. Der Kapitalismus wurde nicht verurteilt und abgelehnt, weil er als Herrschaftsform der Bourgeoisie unsozial sei und einseitig eine Klasse unterdrücke, sondern weil das Kapital international sei und somit gegen die nationale Befreiung kämpfen würde.

Im Folgenden trug Scheringer den Vorgaben der Generallinie Rechnung und verkündete, dass „der tiefere politische Hintergrund der frankophilen Wehrpolitik der deutschen Schwerkapitalisten und Bürogenerale [...] die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion" zum Ziel habe. Da „dieser Weg nie zur Befreiung des werktätigen Volkes führen" könne, müsse „das Volk [...] den umgekehrten Weg gehen": „Es muß im Bunde mit der Sowjetunion und in engster Zusammenarbeit mit den Unterdrückten aller Länder die kapitalistischen Raubstaaten des Westens aufs Haupt schlagen. Vorbedingung dafür ist, daß das kapitalistische System im eigenen Lande beseitigt wird." Nicht nur, dass Scheringer die Grenzen der Voraussetzungen für einen Krieg gegen die Entente gezielt verwischte. Das wichtigste Ziel der KomIntern, eine möglichst breite Verteidigung der Sowjetunion zu erreichen, sollte den Nationalisten mittels der militärischen Option, die im Bunde mit einem bolschewistischen Russland deutlich größere Aussichten auf Erfolg im Kampf gegen die Entente versprach, schmackhaft gemacht werden. An diesen Punkt anknüpfend, kam Scheringer abschließend auf die Frage der Politisierung der Wehrmacht zu sprechen; einem Themenkomplex, auf den sich der „Aufbruch" bevorzugt konzentrieren sollte. Wie schon bei der Kommentierung von Scheringers Frontwechsel, wollte die KPD darlegen, dass die Partei eine Politisierung der Armee nicht prinzipiell ablehnte; sie machte ihre Zustimmung oder Ablehnung aber jeweils davon abhängig, in wessen Sinne politisiert wurde.

Die KPD verfolgte ihre Strategie, bei der sie die aktivistischen Nationalsozialisten davon zu überzeugen suchte, dass ihre nationalen und sozialen Ziele allein im Bunde mit den Kommunisten zu erreichen seien, ja dass das Festhalten an der NSDAP sie ebenso wie ihre Führer zu Verrätern an ihren alten Zielen machen würde, nahtlos weiter. Scheringer sprach dieses Ansinnen in einem offenen Brief an die SA sogar wortwörtlich aus: „**Wir aber wollen das, was Hitler früher zu wollen vorgab und was Stennes heute im Munde führt: die Revolution.**"[652] Ganz im Sinne der Generallinie zählte er die ehrlichen, da revolutionären Nationalsozialisten bereits theoretisch ins Lager des Kommunismus – bislang habe sie lediglich die Furcht Konsequenzen aus ihrer Kritik zu ziehen von

[652] „An die Weddinger SA.", vom 13. 4. 1931, in: „Leutnant Scheringer; Mein Bekenntnis zur Roten Front", Hg. Franz Dahlem, Berlin, o.Da., S. 6-8.

einem Frontwechsel abgehalten. Ihre bisherigen Hemmungen tat er einfach als „Kleinigkeiten" ab, die auf „falschen Voraussetzungen" beruhen würden.[653]

In einem weiteren offenen Brief ging Scheringer auf die anhaltenden Hemmnisse zum Frontwechsel näher ein. Als einen Hauptgrund hatte er Vorwürfe der NSDAP ausgemacht, wonach die KPD eine „Organisation des internationalen ‚jüdischen' Finanzkapitals [sei], deren Bekenntnis zur nationalen Befreiung eine demagogische Phrase sei".[654] Dieses Schreiben war einer der äußerst seltenen Fälle, in denen die KPD bei ihrer Agitation unter Nationalsozialisten deren Antisemitismus thematisierte.[655] Wie andere kommunistische Stellungnahmen zu dieser Thematik legte auch Scheringer eine Handhabung an den Tag, die im besten Fall als gedankenlos oder opportunistisch bewertet werden kann. Offenbart sie doch ein völliges Unverständnis dafür, welche Funktion der Antisemitismus in der nationalsozialistischen Ideologie einnahm. Bezeichnender Weise versuchte er nicht, den Antisemitismus an sich in Frage zu stellen und, wie sonst seit der Wilhelminischen SPD innerhalb der Arbeiterbewegung einschließlich der KPD üblich, als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie zur Verwirrung und Ablenkung des Kleinbürgertums von seinen sozialen Problemen zu desavouieren.[656] Er war in erster Linie daran interessiert, die KPD von ihrem „jüdischen Makel" rein zu waschen und auf diese Weise befürchtete Hemmnisse abzubauen, die einem Frontwechsel entgegenstanden. Für ihn war der Antisemitismus vielmehr ein weiteres Propagandainstrument, über das er den Verrat der NSDAP-Führung an ihren alten Zielen belegen wollte. Die von Scheringer wiederholt verwendete Ausdrucksweise, dass sich der Kampf der KPD sowohl gegen jüdische wie gegen christliche Kapitalisten wende, sollte wohl eine konfessionelle Gleichstellung ausdrücken, mit der verdeutlicht werden sollte, dass die Kommunisten nicht nach religiösen sondern nach ökonomischen Merkmalen unterschieden. Solche Formulierungen konnten aber auch derart aufgefasst werden, dass ein antisemitisch begründeter Antikapitalismus innerhalb der KPD akzeptabel war, solange auch christliche Bourgeois in die Frontstellung mit aufgenommen würden. Das stereotype Vorurteil, dass „die Juden" einseitig mit Geld und Finanzkapital verband, wurde von Scheringer nicht angefochten, sondern vielmehr im Interesse seiner propagandistischen Absichten übernommen. Auch jüdische Kapitalisten müssten die KPD fürchten. Er vermied es dabei darauf hinzuweisen, dass die Religionszugehörigkeit keineswegs die soziale Klassenzugehörigkeit bedinge. Auf diese Weise bestätigte Scheringer letztlich herr-

---

653 Die KPD bekräftige Scheringers Aufforderung in einem Kommentar, versah ihn jedoch wieder mit dem üblichen Verweis auf die internationale Dimension der nationalen Befreiungskämpfe gegen den Kapitalismus und die Führung der KomIntern bei diesen Auseinandersetzungen. Derartige Hinweise auf den Führungsanspruch einer internationalen Institution, die zudem noch in einem fremden Staat ansässig war, mussten interessierte Nationalisten umgehend wieder abschrecken.

654 RF, 25. 3. 1931, „Volksrevolution!; Aus einem Brief Scheringers an einen SA.-Mann", nach: BArch R 1501/20541, Bl. 358.

655 Haury, Antisemitismus von Links, S. 251. Nach Haury „gab es von kommunistischer Seite jedoch so gut wie keine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus".

656 Vgl. u.a.: RF, 25. 9. 1930, „‚Juda verrecke ...!'; Was ist Antisemitismus?". Darin wurde eine Passage aus Bebels Referat auf dem SPD-Parteitag von 1893 zitiert. Vgl. auch: Haury, Antisemitismus von links, S. 27 und 259f.

schende Vorurteile und Stereotype und unterstützte damit ihre (mögliche) weitere Akzeptanz und Verfestigung auch auf Seiten der politischen Linken.[657]

Wie bei dem Nationalismus war die KPD offensichtlich damit zufrieden, wenn der antisemitische Antikapitalismus der Nationalsozialisten in für ihre Revolutionsstrategie gewinnbringende Bahnen gelenkt werden könnte. Die Motive, mit denen die konvertierten Nationalsozialisten den antikapitalistischen Kampf der KPD unterstützen würden, erschienen der Parteiführung wohl als zweitrangig. Und Scheringer erklärte, dass die Leitartikel der bürgerlichen Presse zu seinem Frontwechsel am überzeugendsten darlegen würden, wie es sich tatsächlich mit der Stellung der KPD zum jüdischen Finanzkapital verhielte: „Hier zeigt es sich ganz klar, *wen man fürchtet*." Über Hitlers „‚rollende Köpfe' geht man lächelnd hinweg, um ein Geheul und Gezeter über die Entwicklung der KPD. anzustimmen". Es sei doch allgemein bekannt, dass die NSDAP „längst zahm geworden ist, daß es aber für die Kapitalisten heißt: ‚Laßt alle Hoffnung fahren', wenn die Massen des werktätigen Volkes unter Hintansetzung aller kleinlichen Bedenken und Vorurteile die *revolutionäre Arbeiter-, Bauern- und Soldatenarmee* formieren." Da die liberale, bürgerliche Presse, wegen der beiden großen Verlagshäuser Mosse und Ullstein, in rechtsradikalen Kreisen als ein Sprachrohr des „jüdischen Kapitals" galten, fragte Scheringer: „Wo ist da die ‚jüdische Sympathie' zum Kommunismus? Wo ist die Freude des Finanzkapitals? *Die ‚Freude' ist bleiche Furcht!*"

Auch den zweiten Kritikpunkt der nationalsozialistischen Propaganda, den Internationalismus der kommunistischen Bewegung, griff Scheringer auf und richtete ihn gegen die NSDAP. Durch ihr Eintreten für das kapitalistische Wirtschaftssystem sei die Partei ihrerseits längst international geworden. Schließlich sei „der Kapitalismus selbst [...] so international verfilzt, daß er jede nationale Befreiung unmöglich macht". Sei diese Tatsache erst einmal erkannt worden, sei es selbstverständlich, dass „die Beseitigung des kapitalistischen Systems", die unbedingte Voraussetzung der nationalen Befreiung, ebenso „nur auf internationaler Basis erkämpft werden" könne. Damit sei die Internationalität der Arbeiterbewegung, die sich in ihren Freiheitskämpfen den herrschenden Bedingungen anpassen müsste, letztlich durch die Kapitalisten vorgegeben worden. Aus diesem Grunde sei es auch widersinnig, wenn sie „der KPD. den Willen zur nationalen Befreiung ab[sprächen], weil sie auf internationaler Basis, gemeinsam mit dem Proletariat aller Länder kämpft". Dementsprechend komme auch der Befreiungskampf der Kolonien der nationalen Befreiung der Industriestaaten zugute, weshalb die Kolonialfrage von Scheringer zur weiteren Bestätigung des Verrats der NSDAP an der nationalen Befreiung herangezogen wurde:

„Gerade die sture Haltung Hitlers in der Kolonialfrage und in der Frage des internationalen Klassenkampfes [!] zeigt, daß er *kein Revolutionär* ist, daß er nicht mit allen Mitteln um die Freiheit kämpfen will, daß er vielmehr unternehmerfreundlich eingestellt ist und damit beim Entscheidungskampf

[657] Vgl. Haury, Antisemitismus von Links, S. 278ff., bes. 281.

mit seinen Sturmabteilungen auf der konterrevolutionären Seite der Barrikade stehen wird. Er wird *dort* stehen, wo die Bürogenerale und alle Kapitalisten, jüdische und nichtjüdische, stehen werden."

Die KPD hoffte revolutionäre Nationalisten auf diese Weise davon überzeugen zu können, dass die nationale Befreiungspolitik allein von der sozialen Frage abhinge; davon, ob sie für oder gegen die sozialen Interessen (der Mehrheit) des Volkes handeln wollten.[658]

Neben der Verbreitung kommunistischer Propaganda in einem nationalistischen Gewand, versuchte die KPD ihre prominenten Dissidenten zur Beeinflussung aktueller, tagespolitischer Ereignisse einzusetzen. Als wenige Tage nach dem Frontwechsel die Berliner SA unter der Führung von Stennes erneut meuterte, schien niemand zur Werbung unter den rebellierenden Sturmabteilungen besser geeignet als Scheringer.[659] Ein entsprechendes Propagandaschreiben wurde gemeinsam mit seiner Übertrittserklärung vom 19. März und dem oben angeführten Brief „An die Weddinger SA." vom 13. April eigens in der Broschüre „Leutnant Scheringer - Mein Bekenntnis zur Roten Front" veröffentlicht, um die anvisierten Zielgruppen, die wohl kaum die „Rote Fahne" lasen, besser erreichen zu können. Nach gerichtlicher Feststellung soll das Heft in der außergewöhnlich hohen Auflage von 200 000 Stück gedruckt worden sein.[660] In der Broschüre wurde der Brief mit einem einleitenden Kommentar versehen, der „die Rebellion der SA.-Proleten in Berlin und anderen Teilen des Reiches am Anfang April", als „eine direkte Folge [einer] ideologischen Umstellung der Massen und eine unmittelbare Auswirkung des Scheringer-Briefes" darstellte.

Scheringer sollte als beispielhaftes Symbol die opponierende SA aus ihrer Lage zwischen den radikalen Parteien eindeutig ins Lager der kommunistischen Front hinüberziehen; eine vorbildliche Entscheidung, für die „Stennes und seine SA. [...] noch nicht die Kraft gefunden" hätten. Für Scheringer, der in der Interpretation der Revolte ganz der Darstellung der KPD folgte und als auslösendes

---

658 Was Scheringer in seinem Schreiben den SA-Proleten als Alternative anbot, war letztlich nichts weiter, als die Akzeptanz und Übernahme klassischer, kommunistischer Ziele, die in diesem Falle nicht primär, wie sonst üblich über die soziale Frage, sondern mittels Versprechungen in der nationalen Frage erreicht werden sollten: „Wir wissen, daß wir nur auf folgendem Wege zur Freiheit kommen können: Sammlung, Revolutionierung und Wehrhaftmachung der breiten Massen des deutschen Volkes. Zerschlagung des bestehenden kapitalistischen Systems und Errichtung der Diktatur des Proletariats. Zerreißung aller Tributverträge. Revolutionärer Kampf gegen die kapitalistischen Westmächte im Bunde mit der Sowjetunion und den Proletariern und Kolonialvölkern aller Länder. Aufbau des Sozialismus in Deutschland."

659 RF, 5. 4. 1931, „Scheringer an die Berliner SA.-Proleten; Ein offener Brief gegen den Faschismus der Hitler und Stennes - Das Lager der sozialen und nationalen Befreiung ist allein der Kommunismus!", nach: BArch R 1501/20156, Bl. 41. Eine Einschätzung, die von der „Vossischen Zeitung" ausdrücklich geteilt wurde. VZ, 5. 4. 1931, „Kommunistische Werbung um Stennes", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 42. Ganz im Sinne der von der Zeitung vertretenen These vom „Austausch der Extreme" wurde in dem Artikel davon ausgegangen, dass die KPD „die Auseinandersetzungen im nationalsozialistischen Lager [...] mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt", da „sie wissen [würde], daß denen, die von Hitler enttäuscht sich abkehren, über kurz oder lang kein anderer Weg übrig bleibt als der, den der Gollnower Leutnant Scheringer vor kurzem gegangen ist." Auch die stets in einem Atemzug behauptete Identität beider Radikalparteien wurde bekräftigt; schließlich schließe „Scheringers Werbeaufruf für den Kommunismus" mit „Worten, die mehr als deutlich zeigen, daß der Schritt von Stennes zu Scheringer und umgekehrt wirklich nicht groß ist." Auch für Versammlungen, die die KPD eigens zur ideologischen Aufklärung der rebellierenden Sturmabteilungen veranstaltete, wurden mit dem Zugpferd Scheringer geworben: „Thema: Hitler oder Scheringer? Wohin marschiert der SA.-Prolet?" RF, 3. 4. 1931, „Rebellion in der NSDAP.", hier nach: Barch R 1501/20541, Bl. 371.

660 „Leutnant Scheringer; Mein Bekenntnis zur Roten Front", Hg. Franz Dahlem, Berlin, o.Da. und BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Abschrift der Polizei: Urteil in der Strafsache gegen R. Scheringer, vom 11. 4. 1932.

Element das Aufbegehren der nationalsozialistischen Proleten gegen ihre bürgerliche Führung ausgemacht hatte, würde „gerade die Revolte seiner SA. eine glänzende *Rechtfertigung* des *Marxismus* bedeute[n]". Die rebellierenden SA-Proleten würden aber erneut Gefahr laufen, verraten und ausgebeutet zu werden, da auch Stennes versuche „alle aktiven Elemente, die es ehrlich meinen mit dem Kampf *gegen das internationale Kapital und die imperialistische Verknechtung*, auf Dauer davon abzuhalten, sich in die Front des kämpfenden Proletariats einzureihen"? Und Scheringer fragte provozierend, ob sie „**immer noch nicht begriffen** [hätten]**, daß ihre Rolle in der Vergangenheit nur der kapitalistischen Ausbeutung, dem Weimarer System und letzten Endes der Knechtschaft von Versailles und Young diente?**" Stennes und seine Mannen stünden nun selbst vor der Entscheidung, auf welcher Seite sie bei den bevorstehenden Kämpfen stehen wollten – ein dritter Weg zwischen den Fronten sei nicht gangbar: „Wenn Stennes jetzt versucht, seinerseits den Führer ins ‚Dritte Reich' zu spielen, wenn er mit den pseudo-sozialistischen Phrasen seines ehemaligen Chefs auftritt, dann kommt er aus dem *reaktionären Fahrwasser der Hitler und Seldte* nicht heraus." Scheringer prophezeite, dass ohnehin „der Umschichtungsprozeß der proletarischen und kämpferischen Elemente aus dem konterrevolutionären ins revolutionäre Lager auch *über Stennes hinweggehen*" werde. Er warnte aber zugleich, dass „bei der rasenden Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Krise [...] jede Verwirrung und jede Verschleierung der klaren Fronten nutzloses Blut und größere Opfer" bedeute. Für den Fall, dass Stennes und seine Anhänger den Frontwechsel ablehnen würden, drohte er mit der garantierten politischen wie physischen Vernichtung der Oppositionsgruppe.

Die KPD griff auch bei anderen politischen Ereignissen, bei denen die nationale Frage thematisiert wurde oder bei denen Berührungspunkte mit Nationalsozialisten gegeben waren, auf ihren prominenten Dissidenten zurück. Als beispielsweise die innerhalb der Partei umstrittene Teilnahme am Volksentscheid gegen die Preußische Regierung bevorstand, sollte „ein revolutionärer Weckruf von dem früheren Reichswehrleutnant Scheringer" helfen, die Zustimmung unter der kommunistischen Anhängerschaft zu steigern.[661] Die (erhoffte) Werbekraft Scheringers wurde nicht zuletzt zugunsten von Versammlungen eingesetzt, die die KPD zur direkten Agitation unter der nationalsozialistischen Anhängerschaft organisiert hatte. Anlässlich einer großen Kundgebung des „KgdF" unter dem Motto „Gegen Hunger und Faschismus" in Feuerbach bei Stuttgart am 16. und 17. Mai 1931 verfasste er ein Grußschreiben, das auch in der regionalen Parteipresse, der „Süddeutschen Arbeiterzeitung", auf der Titelseite abgedruckt wurde.[662] Da auf dieser Propagandaveranstaltung nicht nur Delegierte der KPD und des „KgdF", sondern auch oppositionelle Nationalsozialisten sprechen sollten, wurde

[661] RF, 8. 8. 1931, hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 91. Eingedenk der Einstellung der meisten KPD-Mitglieder gegenüber Scheringer war dies ein aussichtloses Unterfangen.

[662] Süddeutsche Arbeiterzeitung, 16. 5. 1931, „Scheringer schreibt: Macht die Massen zum Kampf bereit", hier nach: BArch R 1501/20021, Bl. 159-163. Es ist zu vermuten, dass das Schreiben auf der Versammlung öffentlich verlesen wurde. Der Artikel macht keinerlei Angaben zur Veranstaltung: BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Urteil gegen Scheringer, vom 11. 4. 1932.

durch die Unterstützung von prominenter Seite wohl eine Steigerung der Werbewirkung der referierenden SA-Männer bei anwesenden NSDAP-Sympathisanten erwartet. In diesem Sinne forderte Scheringer seine ehemaligen „Kameraden, die […] noch nicht den richtigen Weg zur revolutionären Einheitsfront gefunden" hätten, direkt dazu auf, „dem Beispiel der aufrechten, revolutionären SA.-Leute, die heute zu euch sprechen", zu folgen.

Scheringers Schreiben hatte, da es für eine reguläre KPD-Veranstaltung verfasst worden war und auch in der Parteipresse veröffentlicht wurde, in Inhalt und Sprache möglichst den Vorgaben der Generallinie und dem Parteijargon zu entsprechen. Folgerichtig fanden sich, abgesehen von Ausdrücken wie „Volksgenosse" oder „Young-Kolonie", die zu dieser Zeit (fast) zum regulären KPD-Jargon gehörten, kaum Anklänge an den Nationalismus. Die Grußbotschaft enthielt eine Ansammlung von gängigen Propagandaattacken der KPD gegen ihre politischen Gegner. Dem kommunistischen Universalfaschismus folgend wurden der Reihe nach SPD und NSDAP, Wirtschaftsführer und Reichswehrführung, aber auch die Justiz und die Kirchen für ihre Politik mit zum Teil beißender Polemik angeklagt und verurteilt. Auch die von Scheringer wiederholt geäußerte Aufforderung zum offensiven, nationalen Befreiungskrieg war entschärft worden; der Verweis auf einen kommenden (Verteidigung-) Krieg blieb als Kompromiss zugunsten der anvisierten Nationalsozialisten aber bestehen.[663]

Von Scheringers Propagandaschriften erlangte die Broschüre „Erwachendes Volk - Briefe an Leutnant Scheringer", die im Mai 1931 veröffentlicht wurde, das größte Aufsehen.[664] Sie enthielt sowohl exemplarische Zuschriften an den Dissidenten aus allen Schichten und Kreisen der Bevölkerung, die sich nach den Gründen seines Frontwechsels erkundigten oder kritische Fragen zur Politik der KPD stellten, als auch Auszüge aus seinen entsprechenden Antwortschreiben. Auf diese Weise konnten nicht nur wiederholte Anfragen zu Scheringers persönlichem Entschluss stellvertretend beantwortet werden. Das Interesse, das dem „Fall Scheringer" entgegengebracht wurde, sollte auch genutzt werden, um bewusst lancierte Fehlinformationen oder Vorurteilen gegenüber der KPD unter Bevölkerungsschichten, die der Partei sonst keine Aufmerksamkeit schenkten, entgegenzutreten und zu berichtigten. Material stand Scheringer mehr als genug zur Verfügung. In der Zeit nach seiner Übertrittserklärung soll ihn die „Post waschkorbweise" erreicht haben.[665] Dass die Briefbroschüre in der erstaunlich hohen Auflage von 180 000 Stück gedruckt worden sein soll, im freien Buchhandel erhältlich war und nach Angaben der „Frankfurter Zeitung" „einen ungewöhnlichen Erfolg" hatte, verdeutlicht die große

---

663 Sie lautete nun: „Handelt als Söhne des Volkes, wenn wir aufbrechen, um das herrschende Hungersystem zu beseitigen, um die Friedensverträge zu zerschlagen und das neue, sozialistische Deutschland gegen die imperialistischen Interventionsarmeen zu verteidigen."

664 „Erwachendes Volk; Briefe an Leutnant Scheringer", Hg. Bernhard Rosener, Berlin 1931.

665 Scheringer, Das große Los, S. 204. Bereits kurz nach Scheringers Frontwechsel hatte die „Rote Fahne" erste Briefe an den Dissidenten, sämtlich „begeisterte Zustimmungserklärungen" von Männern aus nationalistischen oder militärischen Kreisen, eine ganze Seite eingeräumt, um so die Vorbildwirkung seines Übertritts beweisen zu können, durch den er „der kommunistischen Freiheitsbewegung noch fernstehende Schichten der Bevölkerung" erreichen konnte. RF, 3. 4. 1931, „Das Echo der mutigen Tat Scheringers; Briefe, die Genossen Scheringer erreichten / Begeisterte Zustimmungserklärungen", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 40.

Aufmerksamkeit, die die Weimarer Öffentlichkeit dem „Fall Scheringer“ entgegen brachte.[666] Der Titel der Broschüre, der eindeutig den nationalsozialistischen Jargon aufgriff, war gezielt auf die Parteigänger der NSDAP zugeschnitten und sollte wohl deren Hemmnisse überwinden helfen, eine kommunistische Publikation zu erwerben und zu lesen.[667]

Die „Frankfurter Zeitung“, die die Briefbroschüre unter die gängige kommunistische Propaganda subsumierte, beruhigte daher ihre Leser: „Wer von Scheringer Offenbarungen erwartet haben sollte, dürfte schwer enttäuscht sein. Jeder schriftgewandte kommunistische Funktionär könnte dasselbe geschrieben haben.”[668] Seine Schrift würde zwar den Charakter eines „sicherlich leidenschaftlichen, sicherlich überaus ehrlichen jungen“ Mannes offenbaren; es sei dennoch erstaunlich, „wie sein hitziges und rebellisches Temperament an so vielen parteipolitisch schon zu Tode gehetzten schablonenhaften Begriffen Genüge finden kann.” Für den Verfasser blieb der Erfolg der Druckschrift letztlich schleierhaft. Erst bei genauerer Lektüre „findet sich unter vielem, das eigentlich nur anöden könnte, einiges, was interessant bleibt und was psychologisch einen solchen Erfolg erklären würde.” Er war überzeugt, dass das Interesse an Scheringer nicht zugleich auch ein Interesse an marxistisch-leninistischer Theorie bedeuten würde. Denn das, was für die weite Verbreitung der Briefbroschüre sorgen würde, finde sich nicht in der kommunistischen Ideologie, sondern bei Scheringer selbst: der Typus, für den er stellvertretend stünde, ziehe die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich, seine Person „greift an das Gefühl, das macht neugierig und deshalb schreibt man”. Die Einschätzung der „Frankfurter Zeitung“, dass „jeder schriftgewandte kommunistische Funktionär” die Broschüre hätte verfassen können, kann nicht überzeugen. Scheringers Antwortschreiben lassen schnell erkennen, dass die KPD auch in diesem Fall ihrem Dissidenten im Interesse seiner Werbekraft Freiheiten gestattet hatte, die stellenweise weit über den erlaubten Rahmen der Generallinie hinausgingen und aus der Feder eines Parteifunktionärs undenkbar gewesen wären.[669] Die Themenbereiche, um die die Anfragen und Antworten kreisten, bezogen sich in Anlehnung an seine Übertrittserklärung überwiegend auf den Befreiungskrieg und den Verrat der NSDAP an der nationalen und sozialen Befreiung, der sich besonders in ihrem Verrat am Sozialismus und der Revolution offenbare. Es wurden aber auch grundsätzliche Fragen zur Parteipolitik, wie Vaterlandsliebe mit Internationalismus vereinbar sei, Fragen zur kommunistischen Ökonomie oder der Stellung der KPD zur „Juden-Frage“, angesprochen.

---

666 FZ, 07.06.1931, „‘Ich denke mir ...‘; Wie sich Meinungen bilden.”, hier nach: BArch R 1501/20153, Bl. 246. Die Zahl nannte Kippenberger in einem Brief an Scheringer vom 27. 8. 1931. Dieselbe Zahl gibt Scheringer auch in seiner Autobiographie an. Das Reichsgericht hingegen stellte während Scheringers 2. Hochverratsprozess fest, dass die Broschüre nur eine Auflage von 100 000 Exemplaren erreicht haben soll. BArch ZC 10756, Bd. 5, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 756, Scheringer, Das große Los, S. 208 und BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Urteil gegen R. Scheringer, vom 11. 4. 1932.

667 Vgl. Striefler, Der Kampf um die Macht, S. 140.

668 FZ, 7. 6. 1931, „‘Ich denke mir ...‘; Wie sich Meinungen bilden.”, hier nach: BArch R 1501/20153, Bl. 246.

669 Womit es sich genau formuliert nicht um das Können, sondern um die Erlaubnis, um ein dürfen gehandelt hatte.

Die Botschaften, die Scheringer an seine Leser weitergab, waren im Großen und Ganzen eine Zusammenfassung seiner Aussagen in den oben beschriebenen Artikeln. Dass den Nationalsozialisten im Zuge dessen vorgeworfen wurde, dass die Hitler-Partei „immer mehr auf die gleiche Bahn geraten [sei], wie die Sozis", da sie „sich bereits derselben Argumente" bedienen würde und „jetzt immer häufiger von ‚Erhalten', ‚Reform' und ‚Revision'" spräche, überrascht kaum - diese Argumente wurde in der gesamten kommunistischen Presse gebetsmühlenartig wiederholt.[670] Dem angeblichen reformistischen Legalismus der NSDAP stellte Scheringer erneut das Selbstbildnis der KPD gegenüber, die als einzige Partei zur revolutionären Veränderung mit gewaltsamen Mitteln gewillt sei.[671] Ihre alten, revolutionären Ziele könnten die Nationalsozialisten ausschließlich im Bunde mit der KPD erreichen und Scheringer gab in diesem Sinne seiner Hoffnung Ausdruck, „daß recht bald der Tag kommen wird, an dem alle ehrlichen Revolutionäre den gemeinsamen Feind erkannt haben".[672] Dieser Argumentation folgend konnte er auch zwei ehemalige SA-Männer, die nach eigenen Angaben die nationalsozialistische Bewegung wegen ihres Verrats am Sozialismus verlassen hatten, „als alte Mitkämpfer für die alte Sache im neuen Lager" begrüßen.[673]

Hier wurde klar und deutlich das eigentliche Ziel der KPD ausgesprochen, dass die Partei mit ihrer nationalen Propaganda verfolgte: die Kommunisten zielten auf die Gewinnung aller nationalistischen Antikapitalisten ab, die zu revolutionären Taten bereit und daher von der Legalität der NSDAP abgestoßen waren, um sie zunächst als Helfershelfer bei der Errichtung der proletarischen Diktatur zu instrumentalisieren. Ihre Bereitschaft zur sozialistischen Revolution unter der Führung der KPD war die grundlegende Voraussetzung für den Anschluss an die kommunistische Bewegung. An anderen Nationalisten bzw. Nationalsozialisten war die KPD erst gar nicht interessiert. Den Kommunisten war jedoch einsichtig, dass die soziale Befreiung für die meisten Nationalisten kein Selbstzweck war, sondern im Interesse der Nation zu erfolgen hatte. Wenn die KPD Unterstützung für ihre Revolution einforderte, um im Anschluss dann gegebenenfalls nationale Politik zu betreiben, musste die Partei den Nationalisten im Gegenzug ein Angebot machen, das der Verwirklichung ihres Primärziels entgegen kam. Ganz nach den Vorgaben des ZKs, die eine Kopie der nationalsozialistischen Demagogie unter umgedrehten Vorzeichen vorsahen, wurde – wie auch in diesem Fall – fortwährend die militärische Option als Lockmittel angeboten. Nationalistische Antikapitalisten sollten, wie zuvor Scheringer,

---

670 „Erwachendes Volk; Briefe an Leutnant Scheringer", S. 5, Antwort an den „kleinen Angestellten".

671 Scheringer klagte die Führung der NSDAP an, dass sie „außerdem stur am legalen Wege" festhalte, weshalb es „vollkommen unmöglich" sei innerhalb der Partei „nun von unten her mit Hilfe der ‚sozialistischen Front' [...] diesen legalen Kurs zu ändern und etwa auf eigene Faust zur bewaffneten Aktion [!] überzugehen". (Ebenda, S. 20, Antwort an den „NSDAP.-Funktionär".) Jedem Revolutionär sei klar, dass die nationale wie soziale „Befreiung [...] nur auf gewaltsamen Wege, nach Beseitigung des kapitalistischen System durchführbar" sei. Dieser Weg würde aber allein von der KPD beschritten, „da hier eindeutig gegen das kapitalistische System [...] gekämpft wird". (Ebenda, S. 11, Antwort an den „aktiven Offizier".)

672 Ebenda, S. 5, Antwort an den „kleinen Angestellten".

673 Ebenda, S. 22, Antwort an den „revolutionären SA.-Mann". Scheringer erklärte, dass seine Taten, die zum Reichswehrprozess geführt hatten und die er zu dieser Zeit zu Gunsten der NSDAP begangen hatte, bereits damals eigentlich der Politik der KPD entsprochen hätten. Ebenda, S. 20, Antwort an den „NSDAP.-Funktionär".

durch das Versprechen auf einen kommenden Befreiungskrieg gegen die Westmächte im Bunde mit der Sowjetunion zur Zusammenarbeit bekehrt werden. Derart eingegrenzt, erschien der nationalistische Idealismus der anvisierten Zielgruppen, da er der kommunistischen Revolution zugute kam, als tolerabel und sekundär; er würde in einem Sowjetdeutschland ohnehin keine entscheidende Rolle mehr spielen. So zeigte sich Scheringer überzeugt, dass jeder der „den Gedanken des Befreiungskrieges nicht aufgegeben" habe und dabei „kritisch und von persönlichen Motiven unabhängig denken" könne, seinen Entschluss zum Frontwechsel verstehen würde und selbst auch nachvollziehen müsse. Was er in der Broschüre aber wiederholt über den Befreiungskrieg niederschrieb, waren dieselben revanchistischen Phrasen, die er schon in der nationalrevolutionären Zeitschrift „Die Kommenden" hatte verlauten lassen; womit seine Darstellung erneut mit der sonst von der KPD propagierten Befreiungspolitik brach, die die verbreiteten nationalen Gefühle vieler Deutsche allein für die soziale Revolution zu mobilisieren suchte.[674] Scheringers Propagandaschriften proklamierten jedoch immer wieder eine Instrumentalisierung unter vertauschten Vorzeichen, wonach „die soziale Revolution in den Dienst des Vaterlandes" gestellt werden sollte.[675]

Dieses Ziel vor Augen legte Scheringer hier das Konzept der „Volksrevolution", das erklärtermaßen auf die revolutionäre Errichtung der Diktatur des Proletariats unter Zuhilfenahme der Mittelschichten abzielte, als Voraussetzung bzw. ersten Schritt zu einem „revolutionären Krieg" aus.[676] Um dieses (angebliche) Primärziel der KPD erreichen zu können, stellte er auch Grundfesten der Parteipolitik in den Dienst des Krieges. Das Bündnis eines Sowjetdeutschlands mit der Sowjetunion müsse vornehmlich aus dem Grunde erfolgen, „weil wir militärisch und wirtschaftlich einen Rückhalt brauchen, wenn wir den Befreiungskampf gegen die Westmächte führen wollen".[677] Ganz ähnlich verhielt es sich mit dem kommunistischen Internationalismus, dessen Aufgabe es sei, die KPD bei ihrem Kampf um „die nationale und soziale Befreiung des deutschen werktätigen Volkes" zu unterstützen: „Daß die Partei im Bunde mit den Proletariern aller Länder und in enger Zusammenarbeit mit den rebellierenden Kolonialvölkern kämpft, steht nicht im Gegensatz zu diesem Ziel, sondern erleichtert vielmehr seine Erreichung."

---

674 Gleich zu Beginn der Broschüre erklärte Scheringer, dass „die ‚nationalen' Kreise [...] die Sachen der Toten in Frankreich ebenso verraten [hätten], wie Wilhelm II. sie verriet, als er nach Holland floh". Ebenda, S. 4. An anderer Stelle: „Die Sache der Toten des Weltkrieges, die ihr Leben hingaben für ein freies Deutschland, verrät jeder, der sich heute gegen die Volksrevolution, gegen den Befreiungskrieg stellt". Ebenda, S. 6, Antwort an den „kleinen Angestellten". Dieser Verrat träfe einzig und allein nicht auf die KPD zu, da nur dort „für die Revolutionierung und Bewaffnung der Arbeiterschaft und für den revolutionären Krieg gegen die Westmächte gekämpft" werde. Ihr Ziel sei daher „die revolutionären Kräfte des Volkes zu sammeln, die Armee der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu formieren und den Befreiungskrieg über die Trümmer der Weimarer Republik nach Westen zu tragen". Ebenda, S. 11, Antwort an den „aktiven Offizier" sowie S. 4, Antwort an den „General".

675 So Dupeuxs treffende Interpretation. Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 451. Auch Teile der „nationalsozialistischen Linken" und viele nationalrevolutionäre Gruppen teilten derartige Ansichten. Paetel hebt diesen Aspekt als Scheringers grundlegende politische Einstellung hervor. Paetel, Nationalbolschewismus, S. 178ff.

676 „Erwachendes Volk; Briefe an Leutnant Scheringer", S. 4, Antwort an „den General".

677 Ebenda, S. 8, Antwort an das „junge Mädchen".

In diesem Zusammenhang kam Scheringer auf ein Thema zu sprechen, dass die KPD im Zuge ihrer nationalen Propaganda sonst nur widerwillig und daher äußerst selten ansprach: auf einen Bürgerkrieg, der im Zuge der Revolution auszubrechen drohte. Derartige Befürchtungen wurden durch Scheringer ausdrücklich bestätigt. Die Schuld an einem etwaigen Ausbruch läge jedoch nicht bei der KPD, die lediglich den Willen des Volkes ausführen würde, sondern bei der Bourgeoisie und ihren „Landsknechten", die eine Minderheit gegen die Mehrheit verteidigen würden. Gerade für diese Kreise müsse „mit aller Energie die Frage in den Vordergrund" gestellt werden: „Kann ein ehrlicher Deutscher es verantworten, auf seine Volksgenossen zu schießen, wenn diese den revolutionären Krieg über die Trümmer des herrschenden Systems gegen die kapitalistischen Westmächte tragen; ist er nicht vielmehr verpflichtet, sich der Volksrevolution anzuschließen?" Letztlich würde die Einigkeit des deutschen Volkes in der Unterstützung der Revolution über die Auswirkungen und Dauer des Bürgerkrieges entscheiden.[678] Die mit dem Konzept der Volksrevolution verbundene Frage, wie eine Arbeiterpartei stellvertretend für das gesamte Volk sprechen und handeln könne, beantwortete Scheringer analog der offiziellen Generallinie, die im Zuge der Weltwirtschaftskrise von einer allgemeinen Proletarisierung des Volkes ausging.

Auf den rassischen Antisemitismus eines NSDAP-Funktionärs, der der KPD vorwarf, „daß diese Partei noch jüdisch geführt wird und doch nur letzten Endes ein Werkzeug in der Hand Alljudas" sei und daher „doch kein anderes Vaterland wie Rußland kennt und kein anderes Hochziel wie die Vernichtung der nordischen Intelligenz und Rasse [sic!]" anstrebe, ging Scheringer nicht ein.[679] Die damit einhergehende, rassistisch begründete Separation der jüdischen Bevölkerung als einheitliche Gruppe von den übrigen Deutschen, wurde von ihm nicht berücksichtigt. Er stellte sie allein als ökonomisch begründete Feindschaft dar, die folglich an die Klassenstruktur gebunden wäre. In diesem Fall war für Scheringer, analog der gängigen kommunistischen Interpretation, der Antisemitismus eine Konstruktion der herrschenden Klasse, um die Menschen von ihren ökonomischen Abhängigkeiten abzulenken und mit „den" Juden zugleich einen Schuldigen und Sündenbock anzubieten.[680] In diesem Sinne erklärte er lapidar: „Das jüdische Problem ist ein kapitalistisches Problem."[681]

Doch auch die Denkkonstruktionen und Ausgrenzungsmechanismen eines ökonomischen Antisemitismus wurden von ihm nicht hinterfragt, ja sogar nicht einmal prinzipiell in Frage gestellt, sondern einfach als Tatsache übernommen und für seine propagandistischen Zwecke instrumentalisiert, da sie im kommunistischen Staat ohnehin obsolet werden würden. Folgerichtig wurden auch in diesem Fall verbreitete Vorurteile und Stereotype, die hier aus propagandistischen Gründen aufgegriffen wurden, um der anvisierten Zielgruppe Anknüpfungspunkte geben zu können, durch ihre be-

678 Ebenda, S. 9, Antwort an das „junge Mädchen".
679 Ebenda, S. 19-21.
680 Vgl. Haury, Antisemitismus von links, S. 277ff.
681 „Erwachendes Volk; Briefe an Leutnant Scheringer", S. 21, Antwort an den „NSDAP.-Funktionär".

denkenlose Übernahme bestätigt und damit weiter verfestigt. Dementsprechend klärte Scheringer seiner Leserschaft auf: „Wer den jüdischen Händlergeist erledigen will, der muß die Möglichkeit des mühelosen Einkommens beseitigen, und dies bedeutet Beseitigung des kapitalistischen Systems."
Das Rezept, dass Scheringer den Nationalsozialisten zur Lösung der „Juden-Frage" anbot, war folglich denkbar einfach; zeigte aber auch, dass die KPD bestrebt war, nicht als antisemitische Partei angesehen zu werden. Und Scheringer war auf eine recht ungelenke Art und Weise, da der Antisemitismus seiner Auffassung nach als Folgeerscheinung des Kapitalismus anzusehen wäre, um eine konfessionelle Gleichstellung innerhalb des kommunistischen Antikapitalismus' bemüht: „Wenn die Volksrevolution gegen den deutschen und internationalen Kapitalismus durchgeführt wird, dann werden die jüdischen Volksausbeuter ebenso unschädlich gemacht wie die christlichen." Dass er diese Passage mit den Worten einleitete, „Ueber die *Judenfrage* mag man denken wie man will, soviel ist klar: [...]", lässt nicht nur ein Unbehagen oder gar Desinteresse das Thema überhaupt anzusprechen, sondern auch die grundlegende Bereitschaft der KPD erkennen, eine persönliche antisemitische Einstellung, solange sie sich auf jüdische Bourgeois beschränkte, nicht zum hemmenden Faktor eines Frontwechsels werden zu lassen. Solange die nationalistischen Dissidenten die an sie gestellten politischen Anforderungen erfüllten, war die Partei offensichtlich bereit, antisemitische Ansichten als Privatmeinung zu tolerieren. Ganz in diesem Sinne versuchte Scheringer an anderer Stelle die von den Nationalsozialisten propagierte Identität von Judentum und Kommunismus aufzubrechen und die KPD somit *quasi* von ihrem „jüdischen Makel" reinzuwaschen und auf den Kapitalismus umzulenken:

„Außerdem ist es immerhin interessant, wenn auch nicht von grundsätzlicher Bedeutung, daß im Z.K. der KPD. kein einziger Jude sitzt, im Hugenbergschen Scherl-Verlag dagegen, wie gerichtsnotorisch festgestellt wurde, neun Vertreter dieser Rasse [!]. Wo ist da die jüdische Vorherrschaft in der Kommunistischen Partei?"[682]

Nach nur einem guten Monat wurde die Broschüre „durch Beschluß des Amtsgerichts Recklinghausen für ganz Preußen verboten". Weitere (Brief-) Broschüren waren zwar vorbereitet worden, wurden daraufhin aber nicht mehr publiziert.[683] Die „Vossische Zeitung" konnte „indes in den abstrak-

---

682 Der Versuch der KPD auch den Antisemitismus der Nationalsozialisten für ihre Ziele gewinnbringend einzusetzen, offenbarte sich endgültig in Scheringers ausdrücklicher Bekräftigung, dass „man dem ‚jüdischen Händlergeist' den Boden entziehen" werde, sobald „man das kapitalistische System beseitigen" würde: „In einem sozialistischen Deutschland werden die Herren von Berlin-W, die Herren von *Ullstein* und *Mosse* nichts mehr zu sagen haben. Sie wissen dies auch ganz genau und hetzen deshalb mit allen Mitteln gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetunion." Ebenda, S. 13, Antwort an den „Reisenden".

683 VZ, 12. 7. 1931, „Verboten", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 73 sowie BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Urteil gegen Scheringer, vom 11.04.1932. Das Urteil gibt als Verbotsdatum den 7. Juli an. Neben der im „Erwachenden Volk" bereits beworbenen Broschüre „Von der Reichswehr zur Roten Front", die „in Kürze" erscheinen würde und in der Scheringer „für den SA- und SS- Mann, den Gelehrten und den Mittelständler, den Bauer und den Arbeiter" die Frage beantworte, „warum er aus den Reihen der Nationalsozialisten den Weg zum revolutionären Proletariat gegangen ist", war ob des großen Erfolges eine zweite Briefbroschüre geplant. Davon wurde wieder Abstand genommen, als erneut Anklage gegen Scheringer erhoben wurde. BArch ZC 10756, Bd. 5, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 756f., Brief Kippenberges an Scheringer vom 27. 8. 1931 und Ebenda, Bl. 770. Bericht des Untersuchungsrichters des Reichsgerichts, Berlin, an den ORA in der Strafsache gegen Scheringer, Berlin, den 4. 12. 1931.

ten und schablonenartigen Deklamationen des Leutnants Scheringer keine Gefahr erblicken, die den preußischen Staat in seiner Existenz bedroht hätte." Es verstehe sich doch von selbst, „daß in dieser Broschüre des zu den Kommunisten übergegangenen ehemaligen Leutnants die kapitalistische Ordnung nicht mit Freundlichkeit bedacht" werde.

Carl v. Ossietzky unternahm im Juni 1931 in der „Weltbühne" eine grundlegende Charakterisierung des Dissidenten, den die KPD innerhalb ihrer nationalen Propaganda als ihr „wirkungsvollstes Propagandastück" herausstellen würde.[684] Als Ursache für die Öffnung der Partei gegenüber dem Nationalismus wurden die augenblickliche politische und wirtschaftliche Krise verantwortlich gemacht, die sowohl die Arbeiterschaft als auch das Bürgertum schwer erschüttert habe und die Grenzen zwischen allen Parteien zerfließen lasse, so dass eine genaue Unterscheidung zwischen Rechts und Links zunehmend schwerer falle. Darüber hinaus zwinge der Massenzuwachs die Partei zur Lockerung ihrer bisherigen Dogmatik, die daraufhin als Köder für die faschistische Anhängerschaft „das nicht ganz wetterfeste Schlagwort" von der „Volksrevolution" geschaffen habe, das in seinem Geiste eher O. Strasser als Lenin entspräche. Bei der Propagierung ihrer neuen Strategie tue sich die KPD aber recht schwer, weshalb ihre Beteuerungen, sie wäre eine nationale Partei und habe auch etwas für das Militär übrig, „noch etwas beklommen heraus" kämen. Die „Weltbühne" prophezeite der KPD, dass ihr das Gros der Parteimitglieder ob dieser neuen Parteistrategie die Gefolgschaft verweigern werde, da es vielen langjährigen Parteigängern missfalle anstelle der Internationale nun Soldatenlieder singen zu müssen. An Scheringer persönlich sei seine Biographie (Saboteur, Schwarze Reichswehr, Küstriner Putsch) das Interessanteste. Noch vor ein paar Monaten habe die KPD zu Recht aufgeschrieen, wie er überhaupt Aufnahme in die Reichswehr finden konnte: „Heute kann sie das nicht mehr, denn sowas kommt in die KPD. und stellt dort die Verhaltungsmaßregeln [sic!] der proletarischen Revolution - Verzeihung! - der Volksrevolution auf." Ihre innenpolitische Strategie, die nun auf der nationalen Frage und Typen wie Scheringer basiere, zeige ganz deutlich, dass die Partei den Kontakt zu den breiten Arbeitermassen verloren habe und nun versuche, dem Zeitgeist hinterher zu laufen, anstatt das Volk, inklusive Nationalsozialisten, auf die eigene Partei zu fokussieren.

Es läge ihm daher „ganz fern, Herrn Scheringer zu bespötteln, der das Produkt einer konfusen Zeit ist und der mir noch immer besser gefällt als manche der jungen Sozialdemokraten, die in der Hoffnung auf die republikanische Energie ihrer Führer mit isabellenfarbenen Hemden herumlaufen. Die KPD. kann jedoch nicht den gleichen mildernden Umstand wie Herr Scheringer für sich beanspruchen. Eine Partei, die sich nur als Produkt fühlt, wird niemals Ursache werden."

An Scheringers Propagandaschriften verurteilte er die darin proklamierte Revolutionsstrategie, wonach die Volksrevolution und Zerreißung der Tributverträge erfolgen sollte, um daraufhin einen revolutionären Krieg gegen die Intervention der Westmächte führen zu können. Die nun mittels Scheringer auch von der KPD geäußerten nationalen Polemiken seien „falsch, falsch und nochmals

[684] Weltbühne, Nr. 25, 23. 6. 1931, „Das gerettete Oesterreich / Leutnant Scheringer und die KPD".

falsch". Deutschland zahle keine Tribute, „sondern Entschädigungen für einen Krieg, den die Unfähigkeit unsrer Staatsmänner entfesseln und verlieren half. Was Sie Tribute nennen, das verschwindet rechnungsmäßig neben unsrer innern Last." Ossietzky ging mit der nationalen Propaganda der KPD hart ins Gericht, da sie einem verbreiteten Revanchismus bedenkenlos Zugeständnisse mache:

„Wer diese beiden Dinge mit einander vermanscht, wer Europa mit Krieg überziehen will, um Deutschland von den Reparationen zu befreien, der mag sich tausendmal als national gerichteter Kommunist fühlen, er bleibt doch nur ein ganz gewöhnlicher Nationalist, der Hörige einer Ideologie, die aus dem Zentrum bürgerlich-kapitalistischen Denken kommt."

Sollte die KPD bei ihrem Kurswechsel ihr bislang an den Tag gelegtes Tempo beibehalten, spottete Ossietzky, werde wohl bald ein Marineoffizier in Parteiversammlungen wieder nach Kolonien verlangen. Da sich die KPD-Führung durch ihre Strategie ihrer Anhängerschaft zunehmend entfremden würde, prophezeite er der Partei keinen Erfolg, denn „Herr Scheringer repräsentiert nichts als einen triefenden Füllfederhalter, und die Macht, die er der Partei zuführt, ist nur die der nationalistischen Stammtischphrasen." Die KPD stünde am Scheideweg und müsse sich entscheiden auf welchen Zug sie setzen wolle: auf die in den Gewerkschaften aller Richtung vertretenen Arbeiter und Angestellten oder auf „krakeelenden Studentchen und zeitweilig unbeschäftigte Freikorpsexistenzen?" Da die Parteiführung jedoch wissen würde, dass in der deutschen Arbeiterschaft ein tief verwurzelter, gefühlsmäßiger Antimilitarismus überwiegen würde, beantworte sich die Frage von selbst. Nur Sozialisten, die von Seeckt und Geßler, und nicht von Marx und Engels herkommen würden, würden die Notwendigkeit eines nationalen Befreiungskrieges beteuern: „Herr Scheringer mag groß herausgestellt werden, wenn er sich in proletarischer Kampfesdiciplin [sic!] bewährt hat; bis jetzt ist er nur ein verhetzter Bürgersohn, der die Bedeutung des Fahneneides nicht erkannt hat."

Die „Arbeiterpolitik", eine Zeitschrift der KPD-O, nutzte die Briefbroschüre um schwere Attacken gegen die KPD zu reiten, bot sie doch willkommenen Anlass die gesamte nationale Propaganda der KPD seit der „Programmerklärung" umfassend zu verurteilen. Folglich hatte die Zeitung als „das Interessanteste" an der Broschüre „die Antworten Scheringers, nicht wegen Scheringer selber, sondern wegen der Partei, die diese Antworten druckt und verbreitet", ausgemacht.[685] Der Artikel zitierte eingangs annähernd die selben, oben beschriebenen Passagen und kam darüber zu dem Schluss, dass „der Revanchekrieg gegen die Westmächte, [...] der Inhalt der Schrift [sei], mit der Scheringer beweißt, daß er der Nationalist geblieben ist, der er war". Dass Scheringer sich nicht verändert habe, würde nicht weiter verwundern; dass ihm aber ein Forum zur Verbreitung seiner nationalistischen Ansichten gegeben worden sei, wäre allein die Schuld der KPD. Der Inhalt der Broschüre sei nicht „nur wichtig als Beweis, wie grundsatzlos und leichtfertig heute Aufnahmen in die Partei geschehen", sondern auch „von der größten Wichtigkeit [...] wohin heute die Partei geht." Da die Veröf-

[685] Arbeiterpolitik, 24. 7. 1931, „‚Genosse Scheringer'; Zum Rhein, übern Rhein! Du tapferer Degen, nach Frankreich hinein!", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 78.

fentlichung mit Zustimmung des ZKs der KPD erfolgt sei, erlaubte sich die „Arbeiterpolitik“ die Frage: „Seit wann ist der Revanchekrieg Grundsatz und Ziel der kommunistischen Bewegung?” Als die kommunistische Opposition frühzeitig davor gewarnt habe, „daß die KPD-Führung vom Boden des Klassenkampfes auf den Boden des Nationalismus abmarschiert”, habe die Partei alles abgestritten und „Verleumdung” geschrieen. Scheringers Broschüre zeige deutlich, dass „alle Befürchtungen, die wir zu denken wagten, weit übertroffen worden” seien und sich die befürchtete Aufgabe des Klassenkampfes zu Gunsten des Nationalismus „im Karrieretempo“ entwickelt habe. Die KPD-O hatte indessen erkannt, dass die KPD beabsichtige, die Demagogie der Nationalsozialisten in der nationalen Frage zu kopieren, um „den Feind mit den eigenen Waffen“ zu schlagen – und das hieß im Interesse der Werbekraft und des Erfolges der Partei Versprechungen zu machen, die sie von vornherein nicht zu erfüllen gedachte. Für das Proletariat würde sich diese Politik aber katastrophal auswirken, denn auf diese Weise „vergiftet [die KPD] die revolutionäre Arbeiterbewegung mit dem Nationalismus [und] bringt die Arbeiterklasse in die heilloseste Verwirrung”. Und die „Arbeiterpolitik“ prophezeite: „Was heute noch demagogische Schlauheit sein soll, ist morgen Kapitulation und Verrat.” Nicht Scheringer, der nur ausführendes Organ sei, sondern „das Zentralkomitee durchtränkt die KPD mit dem gefährlichen Opportunismus”.

Trotzki traute ob Scheringers Ausführungen zum revolutionären Befreiungskrieg „seinen Augen nicht“ und erkannte in den Äußerungen des Dissidenten den Beweis, dass sich die KPD an die „Phraseologie des kleinbürgerlichen Nationalismus“ angepasst habe.[686] Er verurteilte insbesondere den (angeblichen) Paradigmenwechsel, den die Ankündigung der revolutionären Kriegsführung nach Scheringers Vorstellungen in der kommunistischen Theorie und Revolutionsstrategie ausgelöst hätte:

„Das Verbrechen der Stalinschen Bürokratie [bestünde] darin, daß sie sich mit diesen Elementen solidarisiert, ihre Stimme mit der Stimme der Partei identifiziert, auf die Entlarvung ihrer nationalistischen und militaristischen Tendenzen verzichtet, die durch und durch kleinbürgerliche, reaktionär-utopische und chauvinistische Broschüre Scheringers in ein neues Evangelium des revolutionären Proletariats verwandelt.“

Trotzki erinnerte daran, dass für Kommunisten bislang „die Revolution […] kein Hilfsmittel für einen Krieg gegen den Westen“ gewesen sei: „Der revolutionäre Krieg als eine unter gewissen Bedingungen aufgezwungene Folge des proletarischen Sieges – ist Eines, die ‚Volks’revolution als Mittel für den revolutionären Krieg – ist etwas Anderes, ja geradezu völlig Entgegengesetztes.“ Während wahre Kommunisten in der Revolution „im Gegenteil ein Mittel [sehen würden], um mit dem Krieg für alle Ewigkeiten Schluß zu machen“, würden Scheringer und Konsorten „die Sache der Kommunistischen Partei […] gnädig als eine direkte Fortsetzung des Hohenzollernschen Krieges“ betrachten. Sie seien

[686] Trotzki, Gegen den Nationalkommunismus, Berlin 1932. Trotzki hatte seine Schrift nicht nur vom Titel her der Polemik Lenins gegen die Hamburger Kommunisten um Laufenberg und Wolffheim von 1919 angelehnt. In der Broschüre griff er in äußerst scharfer Weise die Sozialfaschismus-These der „Stalinistischen Bürokratie“ an, die die KPD – *quasi* als Höhepunkt der Irrlehre - zu der Teilnahme am faschistischen Volksentscheid gegen die Preußische Regierung gezwungen hatte.

bürgerliche Nationalisten geblieben und „ihr ganzes Programm besteht im **Revanchegedanken**“ und „die Opfer der niederträchtigsten imperialistischen Schlächterei [seien] für sie Helden [geblieben], die für die Freiheit des deutschen Volkes fielen“. Um ihr Ziel zu erreichen, seien sie nun vorübergehend bereit, „einen neuen Krieg um Elsaß-Lothringen und Ostpreußen als ‚revolutionären' Krieg zu bezeichnen“. Doch auf derartige Nationalisten, die die kommunistische Revolution lediglich als militärisches Hilfsmittel für ihre revanchistischen Pläne betrachten würden, sei kein Verlass und ihnen daher auch kein Vertrauen entgegenzubringen. Trotzki kam zu einem vernichtenden Urteil der nationalen (Scheringer-) Propaganda der KPD und prophezeite der Partei, dass sie als Folge der „billige[n] Phrase vom revolutionären Krieg“ wohl „ein Dutzend Abenteurer“ gewinnen, zugleich „aber Hunderttausende und Millionen sozialdemokratischer, christlicher und parteiloser Arbeiter“ abstoßen würde.

Als Symbol der KPD – Der „Fall Scheringer“ in der Zersetzungsarbeit der KPD

Parallel zu den von Scheringer persönlich verfassten Propagandaschriften nutzte die KPD die reichsweite Bekanntheit und die symbolische Bedeutung ihres nationalsozialistischen Dissidenten weidlich aus. Die Partei entfaltete mittels des „Falls Scheringer“ eine derart umfangreiche und andauernde Kampagne, dass im Frühjahr und Sommer 1931 große Teile der Propaganda unter nationalsozialistischen und militärischen Kreisen auf der Person Scheringers und seinem Lebensweg basierte. Es wurden eigens Zersetzungsschriften oder Flugblätter erstellt, die für beide Zielgruppen in gesonderten Versionen erschienen, oder es wurde in bereits existenten Zersetzungsschriften auf den „Fall Scheringer“ Bezug genommen.[687] Daneben wurden auch die beschriebenen Broschüren gezielt zur Polizei- bzw. Reichswehrzersetzung eingesetzt.[688]

Der nationalsozialistische Massenanhang, besonders aber die SA, wurden intensiv mit Druckerzeugnissen dieser Art bearbeitet. Nach Aussagen eines wegen Zersetzung angeklagten Kommunisten habe er auf die verlangte Verteilung der Broschüre „Leutnant Scheringer: Mein Bekenntnis zur Roten Front“ verzichtet, „da München und Umgebung damals bereits mit dieser Schrift überschwemmt gewesen sei.”[689] Da es sich dabei jedoch um eine politische Auseinandersetzung zwischen zwei Parteien handelte, schenkten die Polizei- und Justizbehörden diesem Aspekt der Scheringer-Propaganda kaum Beachtung, sondern konzentrierten sich auf die illegale Zersetzungsarbeit innerhalb der bewaffneten Staatsorgane. Die KPD zielte, wie sie es fortwährend lautstark verkündete, auf die revolutionäre Besei-

687 BArch R 1501/20152, Bl. 130, Vermerk der Polizei, o.D. und V.a. Siehe u.a.: Der „Rote Angriff“, BArch R 1501/20610, Bl. 3-8; Flugblatt: „Soldaten! Folgt Leutnant Scheringer, werdet Kommunisten! Hinein in die Rote Reichswehrzelle!”, SAPMO im BArch RY 1/I2/705/13, Bl. 258-259; Flugblatt vom 20. Mai 1931, BArch R 1501/20156, Bl. 67; auch in Scheringers Nachlass zu finden: SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 21ff. Des Weiteren: Die Reichsmarine; Zeitung der revolutionären Matrosen, Nr. 1, März/April 1931, 4. Jahrgang, BArch R 1501/20156, Bl. 50. Analoger Inhalt in: Der Rote Reichswehrsoldat, Landeszeitung der 7. RW. Div., Nr. 1, vom 1. 8. 1931. BArch R 1501/20156, Bl. 87.

688 BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Urteil gegen R. Scheringer, vom 11. 4. 1932.

689 BArch R 1501/20156, Bl. 282-318, Abschrift der Polizei: Urteil des Reichsgerichts, 4. Strafsenat, in der Strafsache gegen J. Zeller, M. Rötzer und K.W. Bauer u.a., aus München, vom 1. 3. 1932.

tigung des Weimarer Staates ab, die sich, mittels eines Generalstreiks ausgelöst, erwartungsgemäß zum bewaffneten Aufstand steigern würde. Eine der Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung blieb die Politisierung bzw. Neutralisierung der bewaffneten Staatsorgane, was der Partei bislang jedoch kaum gelungen war.

Der „Fall Scheringer" versprach neuen Wind in die Sache bringen zu können. Hatte der Reichswehrprozess nicht eine breite Sympathie oder gar Zustimmung der meisten geladenen Offiziere zu den nationalrevolutionären Ansichten der Angeklagten offenbart?! Wenn ihr staatsfeindlicher Radikalismus wie zuvor bei Scheringer in die richtigen Bahnen gelenkt und die Reichswehrangehörigen davon überzeugt werden könnten, dass ihre nationalrevolutionären Ziele, vor allem aber der Befreiungskrieg gegen die Entente, besser im Schulterschluss mit der KPD zu erreichen seien, erschien die Propaganda innerhalb der Armee nicht als gänzlich aussichtslos. Mit ihrer Agitation und Propaganda suchte die KPD die gleiche Beeinflussung der Armee zu erreichen, die Scheringer zuvor als nationalsozialistischer Offizier angestrebt hatte – nur unter vertauschten Vorzeichen: die Reichswehr sollte im Falle eines Aufstandes vom Eingreifen gegen Kommunisten abgehalten werden. In der Folge wurde mit dem Übertritt Scheringers die Zersetzungsarbeit innerhalb der Reichswehr derart gesteigert, dass im Herbst 1931 durch die Nachrichtensammelstelle im Reichsinnenministerium eine „ständig zunehmende Zersetzungstätigkeit der Kommunisten in der Polizei, Reichswehr und Marine" beklagt wurde. Und die für die Überwachung der KPD zuständigen Beamten konstatierten zur selben Zeit, dass „noch in keinem Jahre […] so viele Zersetzungsschriften an die Polizei und Reichswehr verschickt und in die Kasernen bezw. Unterkünfte eingeschmuggelt worden [seien] wie im Jahre 31".[690]

Während ein erstes Flugblatt an die Reichswehrangehörigen lediglich die Erklärung Scheringers mit der kurzen Aufforderung, sich ohne zu zögern in „die Front der Arbeiter und Bauern" einzureihen, „um nicht gegen das Volk [zu] kämpfen, sondern mit dem werktätigen Volke gegen die in- und ausländischen Kapitalisten, gegen die volksfeindlichen Offiziere, die uns den Befehl geben wollen, auf unsere Väter, Mütter und Geschwister zu schießen", wiedergab, erschien Mitte Mai eine Version mit einem ausführlichen appellativen Kommentar.[691] Eingangs des zweiten Flugblattes wurde in kurzen Sätzen die Vorgeschichte von Scheringers Frontwechsel, seine Enttäuschung über die NSDAP beschrieben und auf seine Gewissensnöte mit Hitler zu brechen hingewiesen. Auf diese Weise sollte versichert werden, dass er „kein Abenteurer [sei], der einen unüberlegten und spontanen Schritt getan hat".[692] Nach der Beschreibung von Scheringers vorbildhaftem Schritt, wurde versucht dessen

---

690 BArch R 1501/20208, Bl. 199, Bericht der NSS im RMdI, Berlin, den 10. 11. 1931, „Betrifft: KPD. – illegale Arbeit." und BArch R 1501/20547, Bl. 2-13, Abschrift der Polizei: „Betrifft: Kommunistische Bewegung. Berichterstatter: RR. i.e.R. von Lengriesser, Berlin, den 2. November 1931".

691 „Soldaten! Folgt Leutnant Scheringer, werdet Kommunisten! Hinein in die Rote Reichswehrzelle!" SAPMO im BArch RY 1/I2/705/13, Bl. 258f.

692 BArch R 1501/20156, Bl. 67. Auch in Scheringers Nachlass: SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 21ff. Die Flugschrift, die mit dem Datum vom 20. 5. 1931 und dem Erscheinungsort Berlin versehen war, wurde von der Justiz wegen seiner fett gedruckten Anrede (anstelle einer Überschrift) „Kamerad" auch als „Kameradenbrief" bezeichnet. Obwohl

Zweifel mit etwaigen Bedenken der Angesprochenen zu verbinden und das Flugblatt fragte herausfordernd: „Spüren nicht auch Sie etwas von dieser Gewissensnot, Kamerad? Fühlen nicht auch Sie sich mitverantwortlich für das Schicksal des deutschen Volkes?!"

Die KPD knüpfte an die verbreitete Ablehnung der Reparationsverträge an, nahm als Aufhänger ihrer Kritik aber weniger die nationale Demütigung als vielmehr die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Mehrheit des Volkes. Zur Lösung der nationalen Abhängigkeiten propagierte das Flugblatt eine Art Kompromiss und verlangte den Kampf der Arbeiterschaft im nationalen Rahmen gegen die herrschende Bourgeoisie in internationaler Solidarität, wobei erneut auf die internationalen Verflechtungen des Kapitalismus verwiesen wurde. Nur in Deutschland, das „im Weltkriege militärisch und politisch zu Boden geworfen" und durch „Versailles, Dawes- und Youngplan auch wirtschaftlich vollends versklavt" worden sei, würde sich die einmalige Situation ergeben, innerhalb eines Landes zugleich gegen in- wie ausländische Kapitalisten kämpfen zu können. Ein offensiver Befreiungskrieg wurde hier nicht proklamiert. Es wurde lediglich unbestimmt davon gesprochen, dass „das deutsche Volk den Entscheidungskampf um seine Freiheit, den Kampf gegen imperialistische Versklavung und kapitalistische Ausbeutung vorbereitet".

Daran anschließend klärte das Flugblatt die Soldaten und Offiziere, entsprechend der kommunistischen Sichtweise, über ihre Rolle in den bevorstehenden Konflikten auf und versuchte auf diese Weise Zweifel an ihrer Aufgabe zu erzeugen, indem sie als Handlanger einer kleinen, nationalen Minderheit und fremder Nationen dargestellt wurden: „Der Exekuteur dieses Finanzkapitals, der Polizist seiner Klassenherrschaft über das deutsche Volk, das sind Sie, die deutsche Reichswehr!" Verantwortlich seien jedoch nicht die Angesprochenen, sondern die Reichswehrführung, die „Verhandlungen mit Frankreich über ein deutsch-französisches Militärbündnis zum Kampfe gegen die Sowjetunion, - zum Kampf gegen die deutsche Freiheit" führen würden. Das Flugblatt forderte seine Adressaten daher auf, „sich einmal Rechenschaft zu geben von der heutigen Situation und von den Konsequenzen, die diese Situation bald für Sie haben wird." Die KPD hoffte wohl, das eine ernsthafte Selbstprüfung wie zuvor bei Scheringer zum erwünschten Ergebnis führen würde, und die Flugschrift zeigte sich davon überzeugt, dass „die große Mehrzahl besonders der jungen Reichswehroffiziere genügend Nationalgefühl, Pflichtbewußtsein und Verantwortungsbereitschaft hat, um den richtigen Weg zu finden und zu gehen, sobald nur die Notwendigkeit der Entscheidung klar geworden ist!" Als weiteres Vorbild, das den Adressaten die Bedeutung ihrer Entscheidung für die Nation vor Augen führen, zugleich aber auch die Befürchtung nehmen sollte, im Falle ihres Frontwechsels ein Einzelfall zu bleiben, wurde auf das sowjetische Beispiel verwiesen. Dort hätten sich in Zeiten der nationalen Krise viele Offiziere auf die Seite des Volkes gestellt. Als Russland nach der

---

die nachfolgenden Beispiele inhaltlich auf die Reichswehr zugeschnitten waren, wurden sie vereinzelt auch Polizeibeamten zugesandt. Siehe: Bericht des Sächsischen MdI, Dresden, den 3. 8. 1931. BArch R 1501/20156, Bl. 81.

Oktoberrevolution von den internationalen Interventionsarmeen bedroht war, „trat ein großer Teil der ehemals zaristischen Offiziere in die Rote Arbeiter- und Bauernarmee ein; in deren Reihen sie bis zum heutigen Tage als Rote Kommandeure stehen." Damals hätten „die zaristischen nationalen Offiziere [...] erkannt, daß die Verteidigung der proletarischen Revolution, zugleich die Verteidigung ihrer Nation war". Die Reichswehrangehörigen, prophezeite die KPD, würden bald vor einer vergleichbaren Entscheidung stehen. Abschließend versuchte das Flugblatt den moralischen Druck weiter zu erhöhen, indem die zuvor zugestandene Bedenkzeit relativiert und in eindringlicher, ja schon persönlicher Weise an das nationale Ehrgefühl appelliert wurde:

„Und zögern Sie nicht zu lange, Kamerad! Der Tag an dem Sie erkennen würden, daß nur Sie ein gedankenloses Werkzeug der Ausbeuter und Feinde Ihres Volkes waren, - der Tag, Kamerad, zerbricht Ihren Charakter und Ihre Ehre! Das Bewußtsein an der eigenen Nation Verrat begangen zu haben, ist ein schimpfliches Bewußtsein, Kamerad! […] Die Frage steht so, Kamerad: Soll die deutsche Freiheit mit Ihnen oder gegen Sie erkämpft werden!?"

Ein recht gut dokumentiertes Beispiel für die Werbung unter Reichswehrangehörigen mittels des „Falls Scheringer" findet sich für Franken, wo die KPD eine rührige Werbetätigkeit entfaltete. Die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth meldete, dass nicht nur der gesamten regionalen Führungsriege der Polizei und einigen anderen Polizeioffizieren, sondern wohl auch einem Großteil der in Bayern stationierten Reichswehroffiziere der „Kameradenbrief" per Post zugestellt worden war. Neben der angeführten Flugschrift hätte zugleich „in mehreren Fällen [...] der Postsendung auch die Zersetzungsschrift ‚Die Reichswehr'" beigelegen.[693] Und die „Rote Fahne" berichtete, dass nach Feststellung des Reichsgerichts die Broschüre „Lt. Scheringer, Mein Bekenntnis zur Roten Front" in allen Garnisonen Deutschlands an Soldaten herangebracht worden sei.[694]

Ein vergleichbares Bild zeichnete die Zeitung „Der Tag" aus dem Hugenberg-Verlag für Ostpreußen, wo „im Laufe der letzten Wochen an die Offiziere sämtlicher ostpreußischer Garnisonen diese Briefe gesandt worden" seien.[695] Das Reichswehrministerium habe daraufhin gemeldet, dass im gesamten Reichsgebiet mit Scheringers „Kameradenbrief" Zersetzungspropaganda betrieben werde. In

---

693 BArch R 1501/20156, Bl. 66, Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Nürnberg, den 1. 7. 1931, an das RMdI, NSS. Demnach erhielten per Post den „Kameradenbrief": Polizeipräsident Gareis, dessen Stellvertreter, Regierungsrat Dr. Martin, Chef des Einzeldienstes der Schutzpolizei Pol.Oberstleutnant Scharrer sowie 4 Offiziere der Bereitschaftspolizei. Auch Reichswehrangehörige erhielten Post: 26 Offiziere und Unteroffiziere und Mannschaften in Erlangen, an alle Offiziere in Ansbach und Bamberg, an 15 Offiziere der Reichswehr in Bayreuth, an mehrere Offiziere in Amberg, an 24 Offiziere in Regensburg, an 10 Offiziere und Unteroffiziere in Augsburg sowie einem Unterwachtmeister und einem Obergefreiter in Nürnberg.

694 RF, 10. 4. 1932, „2 ½ Jahre Festung für Scheringer beantragt!"

695 Der Tag, 28. 5. 1931, „Kommunistische Hochverrats-Umtriebe; Drei ostpreußische KPD.-Führer verhaftet - Der Scheringer-Brief.", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 58. In den Akten der NSS finden sich nur zwei Berichte über Reichswehrzersetzung mittels des Scheringerbriefes für Ostpreußen: BArch R 1501/20156, Bl. 49, Schreiben des Reichswehrministers, Berlin, den 25. 4. 1931 an den Oberreichsanwalt, Leipzig, an das RMdI, NSS, Berlin und an den Polizeipräs., Abt. IA, Berlin. Demnach seien nur vier aktiven Offizieren „je eine kommunistische Zersetzungsschrift per Post zugesandt" worden; dabei hatte es sich um den „Kameradenbrief" gehandelt. Daneben wurde nur von einem einzigen Fall berichtet, bei dem die Broschüre „Mein Bekenntnis zur Roten Front" in eine Kaserne in Deutsch-Eylau hineingeschmuggelt worden war. BArch R 1501/20156, Bl. 53, Schreiben des Reichswehrministers, Berlin, den 20. 5. 1931, an den ORA, Leipzig; Kopien an: das RmdI, NSS, Berlin und an den Polizeipräs., Abt. IA, Berlin.

diesem Zusammenhang sei aufgefallen, dass die Flugschriften bevorzugt den „zahlreichen jüngeren Reichswehroffizieren zugegangen [seien], weil die Kommunisten annahmen, dass die jüngeren Offiziere für die Ziele Scheringers einzufangen wären." Die politische Verfassung der Armee, versicherte die Zeitung, sei aber nach wie vor vollkommen intakt. Alle Empfänger hätten die Propagandaschriften ihren Vorgesetzten sofort ausgehändigt. Damit sei „ein Erfolg dieser plumpen Propaganda ausgeblieben" und „*in ostpreußischen Reichswehrkreisen* [würde der] Versuch, die Offiziere der ostpreußischen Garnisonen durch den Brief Scheringers zu beeinflussen, als nicht besonders beunruhigend" angesehen.

Wurden einzelne Kommunisten bei der Weitergabe von Zersetzungsschriften oder Scheringers anfangs legalen Broschüren an Reichswehr- oder Polizeiangehörige gefasst, wurden sie in der Regel wegen Hochverrats angeklagt und meist zu empfindlichen Strafen verurteilt. Anlässlich eines derartigen Prozesses wurde gerichtlich festgestellt, dass die Verbreitung des „Kameradenbriefes" „in den Rahmen einer solchen als Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu bewertenden Zersetzungsarbeit fällt".[696] Mit solchen Zersetzungsschriften versuche die KPD zu erreichen,

dass „die Empfänger der Schriftstücke von ihrer Pflichterfüllung abgekehrt, zum Übertritt oder wenigstens zu einem passiven Verhalten veranlaßt werden, und damit das Heer, das wichtigste Machtmittel des Staates und der bestehenden Verfassung, geschwächt und so die Überwältigung des bestehenden Staates und der Sturz seiner Verfassung erleichtert werden".

Die von Scheringer persönlich verfassten Propagandaschriften erfuhren eine vergleichbare Würdigung, nachdem seine Broschüre „Erwachendes Volk", nicht nur einer interessierten Leserschaft zugänglich gemacht, sondern auch „in einer Reihe von Fällen zur Zersetzung verwendet worden" seien.[697] Das Gericht schränkte die Bedeutung der Briefbroschüre zwar dahingehend ein, dass es sich um „keine eigentliche Zersetzungsschrift" handle,

da „sie sich nicht ausschließlich an die Reichswehr und an die Polizei wendet; aber sie ist trotzdem zur Zersetzung deshalb besonders geeignet, weil ihr hochverräterischer Inhalt von Scheringer ausgeht, der früher aktiver Reichswehroffizier war und durch seinen Übertritt zur KPD. das Interesse der Reichswehr und der Polizei in besonderem Maße wachgerufen hatte".

Darüber hinaus enthalte die Broschüre Briefe von Offizieren, wodurch sich Reichwehrkreise gezielt angesprochen fühlen könnten. Diese Charakterisierung wurde später weiter verschärft und im zweiten Hochverratsprozess gegen Scheringer bezog sich das Reichsgericht auf ein Urteil gegen einen KPD-Agitator, in dem die Broschüre „als hochverräterisch und der Zersetzung der Reichswehr die-

696 BArch R 1501/20156, Bl. 330-338, Abschrift der Polizei: Urteil in der Strafsache gegen Kurt Bigalke wegen Vorbereitung zum Hochverrat, vom 26. 2. 1932. Der „Kameradenbrief" war auch Gegenstand anderer Hochverratsverfahren; u.a.: BArch R 1501/20156, Bl. 347-357, Abschrift der Polizei: Urteil des Reichsgericht gegen Erich Kleiner wegen Vorbereitung zum Hochverrat, vom 14. 4. 1932.

697 BArch R 1501/20611, Bl. 42-50, Abschrift: Urteil in der Strafsache gegen E. Schön, aus Herten-Langenbochum wegen Vorbereitung zum Hochverrat, vom 6. 6. 1932.

nend erklärt worden" sei.[698] In der Verbreitung der Broschüre „Leutnant Scheringer - Mein Bekenntnis zur Roten Front" hingegen erkannte das Reichsgericht auch ohne die gezielte Weitergabe an Reichswehr- oder Polizeiangehörige „objektiv [die] Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens".[699] Dieser Straftatbestand wurde als erfüllt angesehen, da die Broschüre „nach ihrem ganzen Inhalt der Werbung für den von der KPD. – wie gerichtlich bekannt – zum alsbaldigen gewaltsamen Sturz der bestehenden Verfassung angestrebten bewaffneten Aufstand" diene.[700] Aus diesem Grund propagiere die Broschüre offen den „Bürgerkrieg als [das] alleinige Mittel zur Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung nach russischem Muster".[701]

Propagandaschriften, die von Scheringer persönlich verfasst und als Broschüren oder Flugblätter verbreitet wurden, aber auch die kommentierten Versionen seiner Übertrittserklärung, waren anlässlich von Hochverratsprozessen gegen Kommunisten zwar wiederholt Gegenstand der Anklage, blieben jedoch im Verhältnis zu anderen Zersetzungsschriften von sekundärer Bedeutung.[702]

Die Rezeption der Scheringer-Propaganda durch die KPD-Führung

Es ist berechtigt zu vermuten, dass die Mehrzahl der kommunistischen Parteigänger Scheringer und der mit ihm verbundenen nationalen Propaganda wenig (bis gar keine) Sympathie entgegengebracht haben wird. Das Gros der Parteimitglieder verweigerte ohnehin jegliche Art der Auseinandersetzung mit Nationalsozialisten und für eine Minderheit gestaltete sie sich allenfalls in der Verhöhnung und Herabsetzung des politischen Gegners – oder in Form einer gewalttätigen Fehde.[703] Der von der Parteiführung seit der „Programmerklärung" oftmals wiederholten Aufforderung zur ideologischen Aufklärungsarbeit mittels der nationalen Frage wurde daher kaum Folge geleistet. Die KPD-Führung zeigte sich sichtlich verstimmt über die weit verbreite Ablehnung an der Basis, den „Fall

---

698 BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Abschrift der Polizei: Urteil in der Strafsache gegen R. Scheringer wegen Vorbereitung zum Hochverrat, vom 11. 4. 1932. Zur Bestätigung wurde darauf verwiesen, dass „weitere Verfahren wegen Benutzung der Broschüre zur Vorbereitung des Hochverrats [...] im Gange" seien.

699 BArch R 1501/20156, Bl. 282-318, Abschrift der Polizei: Urteil des Reichsgerichts in der Strafsache gegen J. Zeller, M. Rötzer und K.W. Bauer u.a., aus München, vom 1. 3. 1932.

700 BArch R 1501/20156, Bl. 75, Abschrift aus der Anklageschrift des ORA gegen H. Paul aus Bremen, vom 21. 7. 1931.

701 BArch R 1501/20156, Bl. 282-318, Abschrift der Polizei: Urteil des Reichsgerichts in der Strafsache gegen J. Zeller, M. Rötzer und K.W. Bauer u.a., aus München, vom 1. 3. 1932.

702 Nach einer Sammelakte der NSS im RMdI, die 36 Hochverratsprozesse gegen KPD-Mitglieder im Zeitraum vom Frühjahr 1931 bis Herbst 1932 enthält, war lediglich in 10 Fällen die Verbreitung von Scheringer-Drucksachen Teil der Anklage. Das Gros machten die eigens für die Reichswehr oder Polizei hergestellten Zersetzungsschriften aus; insbesondere aber konkrete Handlungen, wie theoretische oder praktische militärpolitische Schulungsarbeit, Waffenbeschaffung und –übungen. Siehe Aktenband: BArch R 1501/126164.

703 Schumann beschreibt in seiner Arbeit sogar eine grundsätzliche und anhaltende Unlust der Parteibasis sich an der Parteiarbeit zu beteiligen. Derartige Aufforderungen wurden in der Regel einfach ignoriert. Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik, S. 287. In diesem Sinne auch die Kritik des „Genossen 17" auf dem Maiplenum 1931, der das Ausmaß der Verweigerungshaltung der KPD-Basis beklagte. Demnach hätten sich in Berlin trotz umfangreicher Vorbereitungen weniger als 10% der Mitgliedschaft an der Werbung unter SPD-Arbeitern beteiligt. Es ist berechtigt davon auszugehen, dass bei der Agitation unter den ungleich verhassteren Faschisten mit einer nochmals deutlich geringeren Beteiligung gerechnet werden muss. SAPMO im BArch RY 1/I2/1/80, Bl. 52f., „Genosse 17". Der Nummer konnte kein Name zugeordnet werden, da sie in der im Bundesarchiv erhältlichen Liste der Decknummern für die Jahre 1931-'33 nicht aufgeführt wird.

Scheringer“ aufzugreifen. Diese Verweigerungshaltung beruhe, wie im ZK festgestellt wurde, primär auf einer inhaltlichen Zurückweisung oder Gleichgültigkeit gegenüber Scheringers Propagandaschriften. Koenen bemängelte im ZK,

dass „unsere Genossen [...] die Briefe und Erklärungen, die von Scheringer herausgekommen sind, die Briefe und Erklärungen, die ihm selber zugegangen sind, mit lächelndem Gesicht schmunzelnd hingenommen [hätten]. Aber sie zum Ausgangspunkt einer wirklichen Diskussion zu machen, dazu war die innere Einstellung der Genossen nicht vorhanden. Ich glaube, dass das im Allgemeinen gilt. Mit wenigen Ausnahmen ist das Gesicht der Partei viel zu ängstlich und zu nüchtern. Auch gewisse Schwächen und Überspitzungen, die hier und da in Äusserungen von Scheringer vorgekommen sind, wurden mitunter in einer Weise ausgenutzt, dass man nunmehr sagte, man könne nichts mehr machen.”[704]

In diesem Sinne kritisierte der Württemberger Delegierte, „Genosse 66“, dass die Mehrheit der Parteimitglieder, obwohl die KPD „schon seit über einem Jahr von der Zersetzung innerhalb der SPD., von der Zersetzung innerhalb der Nazis” spräche, „jetzt, wo sich diese Zersetzungserscheinungen zeigen, [...] darauf nicht richtig reagiert”.[705] Als Beispiel führte er die Vorgehensweise der Ulmer Ortsgruppe an:

„Als der Scheringer verhaftet wurde und der Leipziger Prozess stattfand, da haben die Nazis in Ulm eine Scheringer-Staffel gegründet mit besonderen Uniformen usw. Nun trat Scheringer zur Kommunistischen Partei über. Und anstatt, dass unsere Genossen jetzt versuchen, das politisch auszunützen und die Hintergründe aufzuzeigen, warum Scheringer zur Kommunistischen Partei kommt, gehen sie und zwar ohne Kontrolle und ohne Wissen der Parteileitung dazu über, eine Zeitung herauszugeben, in der sie die ganzen Kanäle zu den Nazis verschütten. Und zwar beziehen sie in dieser Zeitung folgende Positionen. Sie sagen zu den Nazis, seht Ihr, jetzt habt ihr Euch neue Uniformen angeschafft und jetzt ist Scheringer bei uns, jetzt könnt Ihr die Uniformen nicht mehr gebrauchen. So haben unsere Genossen die Kanäle, die wir zu den Nazis noch hatten, zugeschüttet.”

Statt die Nationalsozialisten zu verhöhnen, hätten sie über die inhaltliche Begründung und die politische Bedeutung von Scheringers Frontwechsel diskutieren sollen; aber „jetzt muss man faktisch ganz von neuem wieder anfangen und die Verbindungen aufnehmen, und die ganze Sache politisieren. Das ist sehr schwer.” In diesem Zusammenhang sprach der Delegierte auch die Grenzen der Scheringer-Propaganda an. Er berichtete über den Austritt eines ganzen SA-Sturmes in Stuttgart in der Folge von Scheringers Frontwechsel. Von dieser Gruppe sei aber lediglich der Sturmführer zur KPD übergetreten. Es sei ihm nicht gelungen, auch nur „einen einzigen Mann mit zu uns herüber zu bringen”. Erst als sich die regionale Parteiführung daraufhin mit ihm über die Gründe unterhalten hätte, wieso seine Mannschaft den Wechsel verweigert habe, sei es gelungen „ein richtiges Bild von den herrschenden Zuständen” innerhalb der SA zu erhalten. Der SA-Führer hätte berichtet, dass „es [...] den Leuten verboten [sei], politisch zu diskutieren, es ist ihnen verboten, etwas zu lesen, sie lesen weder, noch denken sie”.

---

704 SAPMO im BArch RY 1/I2/1/80, Mai-Plenum des ZKs der KPD, 2. Tag, 10. 5. 1931, Bl. 1, „Genosse 53“ (d.i. Koenen).

705 Mit den Zersetzungserscheinungen war die Stennes-Revolte vom April 1931 gemeint. SAPMO im BArch RY 1/I2/1/80, Mai-Plenum des ZKs der KPD, 2. Tag, vom 10. 5. 1931, Bl. 95, Redebeitrag „Genosse 66“. Der Nummer konnte kein Name zugeordnet werden, da sich in der im Bundesarchiv erhältlichen Liste der ZK-Mitglieder und ihrer Decknummern für den Zeitraum Januar 1931 bis 1933 keine „Nummer 66“ aufgeführt wird.

Doch nicht nur die mangelnde Wahrnehmung bzw. Rezeption der Scheringer-Propaganda würden der Wirkung unter den anvisierten Zielgruppen enge Grenzen setzen: „Unsere Scheringerbriefe und die anderen tausende und hunderttausende Dinge, die wir herauswerfen [sind] nutzlos [...], weil es den Nazis sehr leicht gelingt, Scheringer als einen kommunistischen Spitzel, als einen Verwirrten usw. hinzustellen. Und damit sind schon alle Kanäle zu". Aus diesen Hinweisen zog der Referent den Schluss, dass die schriftliche Propaganda unbedingt durch konkrete Agitation, durch die ideologische Aufklärungsarbeit in der persönlichen Aussprache mit Nationalsozialisten unterstützt werden müsse, um ihnen keine Möglichkeit zur Ignorierung zu geben. Bei den Diskussionen müsse außerdem darauf geachtet werden, dass weniger mittels der Person Scheringers, sondern verstärkt mit dem politischen Verrat der NSDAP-Führung an ihren alten Zielen argumentiert werden müsse: „Wir müssen also mit den Leuten diskutieren über die Politik der Nazis". Als Mittel seine Forderung erreichen zu können, schlug der Redner eine Kopie der Methoden vor, die die Berliner und Hamburger Bezirksorganisationen zuvor gegenüber SPD-Arbeitern angewandt hatten. Dort war eine gesonderte Konferenz einberufen worden, die der Württemberger Delegierte auch für NSDAP- und SA-Arbeiter in seinem Parteibezirk anstrebte.

Bürgerliche Feme oder den Bogen überspannt? Die Auslösung des 2. Hochverratsverfahrens gegen Scheringer

Die umfangreiche Propagandatätigkeit des Festungsgefangenen Scheringer zog die Aufmerksamkeit der Polizei- und Justizbehörden auf sich und sollte im Sommer 1931 zu einer zweiten Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat führen. Der letztendliche Auslöser ein erneutes Verfahren einzuleiten ging auf eine Beschwerde des Polizeipräsidiums Stuttgart zurück, das sich über die Veröffentlichung von Scheringers Offenem Brief anlässlich der Feuerbacher „KgdF"-Veranstaltung in der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" vom 16.05.1931 beklagt hatte. Parallel dazu hatte das Berliner Polizeipräsidium auf Wunsch des Reichswehrministeriums, das sich über den verbreiteten Einsatz der Scheringer-Propaganda zur Reichswehrzersetzung besorgt gezeigt hatte, die Eröffnung eines Verfahrens angestrengt.[706]

Nachdem die Untersuchungen des Oberreichsanwalts auf „weitere Kundgebungen Scheringers" ausgeweitet worden waren, wurde es als notwendig erachtet, „ein neues Ermittlungsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat einzuleiten".[707] Im Juli wurde Scheringer erstmals zu den Vorwürfen

[706] BArch R 1501/20021, Bl. 158, Schreiben des Polizeipräsidiums Stuttgart, vom 19. 5. 1931, an das RMdI. Siehe auch: FZ, 8. 4. 1932, „Scheringer über die NSDAP." und BArch R 1501/20021, Bl. 172, Schreiben des Reichsministers für Justiz, Berlin, den 15. 7. 1931, an das RMdI. Auch die Möglichkeit innerhalb des Strafvollzuges Disziplinarstrafen zu ergreifen wurden angesprochen. BArch R 1501/20021, Bl. 173, Bericht des Preußischen Justizministers, Berlin, den 4. 7. 1931. Zuvor war Scheringer wegen seiner Korrespondenz, die auf politische Propaganda abzielte und der Festungsdirektion bekannt war, wiederholt über sein Fehlverhalten belehrt, aber lediglich verwarnt worden, ohne dass Disziplinarstrafen verhängt worden waren. BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Urteil gegen Scheringer, vom 11. 4. 1932.

[707] BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Urteil gegen Scheringer, vom 11. 4. 1932. Vgl. SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 64, Brief Scheringers an Hille vom 11. 6. 1932.

vernommen und Anfang August wurde seine Zelle nach belastbarem Material durchsucht.[708] Die KPD-Führung traf die Entwicklung völlig unerwartet. Sie hatte noch am 27. August, da sie von der regulären Entlassung Scheringers am 19. September ausgegangen war, vorgesehen, ihren prominentesten Dissidenten „zunächst für eine Versammlungstour im Reich" einzusetzen.[709] Bereits am 25. August hatte der Oberreichsanwalt den zuständigen Untersuchungsrichter mit der offiziellen Eröffnung des Verfahrens beauftragte; und am 28. des Monats wurde Scheringer von Gollnow nach Berlin-Moabit verlegt, „wo er den Rest der Festungshaftstrafe bis zum 19. September 1931 verbüsste und sich von da ab in Untersuchungshaft befand".[710] Zwischenzeitig war die Anklage weit über das konkrete Anliegen des Stuttgarter Polizeipräsidiums hinaus ausgeweitet worden,

und Scheringer wurde beschuldigt „seit dem März 1931 durch eine und dieselbe fortgesetzte Handlung a) das hochverräterische Unternehmen, die Verfassung des Deutschen Reiches und der Länder gewaltsam zu ändern, vorbereitet, b) an einer staatsfeindlichen Verbindung (§ 129 StGB.), die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmässige festgestellte republikanische Staatsform des Reiches und der Länder zu untergraben, teilgenommen, und sie unterstützt zu haben. [...] Gegenstand der Voruntersuchung sind verschiedene Veröffentlichungen des Angeschuldigten, die der Vorbereitung des von der KPD. geplanten gewaltsamen Umsturzes dienen."[711]

Der „Angriff" war die erste Zeitung, die, von „vertrauensvoller Seite" unterrichtet, schon am 12. August über die geplante Eröffnung eines neuen Verfahrens gegen Scheringer und der Durchsuchung seiner Zelle berichtete.[712] Die kommunistische Presse berichtete erst ab dem 24. August über die Ereignisse und bezog sich dabei auf Meldungen bürgerlicher Zeitungen.[713] In der ersten Stellungnahme fanden sich bereits die beiden Hauptargumente, mit denen die KPD gegen das bevorstehende Verfahren protestierte und auf die ihre folgende Propaganda ausgerichtet wurde: die Anklage würde sich erstens lediglich auf Privatbriefe Scheringers stützen,

„in denen er sich früheren Kameraden der Reichswehr gegenüber über die Ursachen seines Uebertritts zur Kommunistischen Partei äußerte und die Notwendigkeit dieses Schrittes begründete. [...] In diesen privaten Aeußerungen erblickt man jetzt offenbar ein neues Hochverratsvergehen und ergreift die Gelegenheit, gegen den unbequemen Mann erneut vorzugehen."

Zweitens beweise das Vorgehen der Weimarer Justiz, dass der faschisierte Klassenstaat mit zweierlei Maß messe. Es sei bezeichnend, dass Ludin, obwohl er seine Kontakte zur NSDAP aufrecht gehal-

---

708 SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 44-47, Flugschrift „Der Fall Scheringer". Die Durchsuchung verlief nach Scheringers Aussage ergebnislos. SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 65, Brief an Unbekannt, vom 9. 8. 1931. Ab dem 14. des Monats hatte er vorsorglich eine Ausgangssperre erhalten, da die Behörden mit erhöhter Fluchtgefahr rechneten. Scheringer, Das große Los, S. 209.

709 SAPMO im BArch RY 1/I2/5/3, Bl. 253, Beschlussprotokoll Nr. [freigelassen] der Sekretariatssitzung vom 27. 8. 1931.

710 BArch R 1501/20156, Bl. 100, Bericht des ORA, Leipzig, den 01. 9. 1931, an das RMdI sowie BArch R 1501/20611, Bl. 2-39, Urteil gegen Scheringer, vom 11. 4. 1932. Vgl.: DZ, 29. 8. 1931, „Scheringer in Moabit" und RF am Montag, 29. 8. 1931, „Scheringer nach Moabit verschleppt", beide: BArch R 1501/20156, Bl. 96 und 97.

711 BArch R 1501/20156, Bl. 100f., Bericht des ORA, Leipzig, den 1. 9. 1931, an das RMdI. Darin heißt es weiter, dass dieses „Verbrechen und Vergehen gegen die §§ 81 Ziff. 2, 86, 73 StGB., § 4 Ziff. 1 des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 (RGBl. I S. 91)" gewesen seien.

712 Angriff, 12. 8. 1931, >kein Titel<, hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 92.

713 WaA, 24. 8. 1931, „Hochverratsverfahren gegen Leutnant Scheringer", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 93.

ten hatte, vorzeitig begnadigt worden sei und im Anschluss umgehend auf Versammlungen der NSDAP gesprochen habe.[714]

Erst am 27. August, nachdem das Verfahren offiziell eröffnet worden war, veröffentlichte auch die „Rote Fahne" eine Bestätigung und hatte sofort einen Schuldigen für die Einleitung des zweiten Prozesses gefunden: die Weimarer Presse.[715] Ihrem Universalfaschismus folgend behauptete die KPD-Presse, dass hinter diesen Vorgängen eine allgemeine Verschwörung des Weimarer Systems gegen die eigene Partei stünde, die durch einen ihrer prominentesten Anhänger empfindlich getroffen werden sollte. Aus diesem Grunde sei „**der eigentliche Anlaß zu der systematischen ‚Gollnowhetze'**" die Absicht des Systems, Scheringer auch noch „**nach dem 18. September gerne weiter in Haft behalten**" zu wollen. So offenbare sich letztlich der „**charakteristische Fall des Zusammenarbeitens zweier scheinbar völlig von einander unabhängigen Machtinstrumente des kapitalistischen Systems: Presse und Justiz**." Im Gegenzug betonte die Zeitung ausdrücklich, dass das „**Hochverratsverfahren jeder rechtlichen Grundlage entbehrt**" und versuchte durch ihre Anklagen selbst in die Offensive zu gehen, um die erwartete Empörung sympathisierender Kreise über Scheringers erneute Anklage gewinnbringend ausnutzen zu können.[716] Die unterschiedliche Behandlung von Scheringer und Ludin ließ hoffen, dass auch Gegner der NSDAP, die bislang wenig Interesse am Schicksal Scheringers gezeigt hatten, Sympathien für den Dissidenten und damit im besten Fall auch für seine neue Partei entwickeln würden. (Eine Hoffnung, die, wie die Rezeption der liberalen und sozialdemokratischen Presse zeigen sollte, nicht gänzlich substanzlos gewesen war.)

Der Vergleich zwischen Scheringer und Ludin, erklärte die „Rote Fahne", stelle eindeutig „das Verhältnis der Kapitalistenklassen zu der Hitlerpartei und der Leninpartei klar!" Sie hatte auch sogleich eine Begründung für das Vorgehen der Justiz parat. Von Ludin gehe ebenso wie von seiner Partei keine Gefahr für den kapitalistischen Staat aus; „aber der Kommunist Scheringer ist gefährlich. Wenn er in öffentlichen Versammlungen auftreten würde, das wäre eine andere Sache." Mit dieser Argumentation versuchte die KPD auch ihr propagiertes Selbstbildnis, einzig revolutionäre Partei Deutschlands zu sein, weiter zu unterfüttern. Für die „Rote Fahne" stand damit fest, dass der Prozess vor allem die KPD treffen sollte, in dem der Partei ihr derzeit wichtigster Propagandist mund-

---

714 Der zweite Punkt stellte einen der wichtigsten Elemente in der folgenden Propaganda dar und wurde in den meisten Artikeln als Anklage angeführt. Siehe: WaA, 30. 9. 1931, „Was wird mit Scheringer?" oder WaA, 22. 2. 1932, „Wenn zwei das gleiche taten! Scheringer und Ludin", beide: BArch R 1501/20156, Bl. 116 und 205. Neue Nahrung erhielt der Vorwurf der Ungleichbehandlung, als im Januar 1932 „das *Hochverratsverfahren* gegen den hessischen Nazihäuptling Best, den Verfasser der Boxheimer Blutsdokumente […] *eingestellt*" wurde. Illustrierte Rote Post, Nr. 2, Januar 1932, „Scheringer - einer unter 6500; Der Nazihenker Best bleibt straffrei", BArch R 1501/20156, Bl. 163.

715 RF, 27. 8. 1931, „Ein Brief Scheringers an die ‚Rote Rahne'; Scheringer zerreißt das Lügengewebe"; hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 95.

716 RF am Montag, 29. 8. 1931, „Scheringer nach Moabit verschleppt!; Das ist der kapitalistische Klassenstaat: Begnadigung und Agitationsfreiheit für den Hakenkreuz-Ludin, Gefängnis statt Festung für den Kommunisten Scheringer", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 97.

tot gemacht werden sollte, und die Zeitung proklamierte: „*In Scheringer will die Bourgeoisie den Kommunismus treffen.*"

Die KPD erkannte schnell die propagandistische Bedeutung eines erneut inhaftierten und angeklagten Scheringers, der „weit über die Parteigrenzen hinaus [...] der bekannteste politische Häftling" war und die Partei war bemüht, ihren prominenten Dissidenten „zum Prototyp des politischen Gefangenen" zu stilisieren, an dessen Beispiel „die unerträgliche Situation inhaftierter Genossen" verdeutlicht werden sollte.[717] Der „Fall Scheringer" sollte im öffentlichen Bewusstsein und der politischen Diskussion präsent gehalten werden. Die kommunistische Reichstagsfraktion ließ erfolglos über eine Amnestierung Scheringers abstimmen und die Parteipresse berichtete in den folgenden Wochen und Monaten in kurzen, regelmäßigen Abständen über die neuesten Entwicklungen.[718]

Nach einem Ausbruchsversuch waren Scheringers Haftbedingungen den Vorschriften entsprechend verschärft worden, was die „Rote Fahne" im Sinne der eingeschlagenen Propagandastrategie umgehend ausschlachtete und von „Scheringers Folter" sprach.[719] Während Scheringer in seiner Autobiographie angibt, dass seine Disziplinarstrafe dem üblichen Maß entsprochen hätte, das gegen alle Fluchverdächtigen verhängt worden sei und „keine Sonderschikane" enthalten hätte, versuchte die kommunistische Presse seine Haftbedingungen als Martyrium in Folge der „**Klassenjustiz**" des Weimarer Staates zu stilisieren.[720] Bis in den Januar 1932 hinein hielt sie eine entsprechende Berichterstattung aufrecht.

Nachdem die verschärften Haftbedingungen zum 16. Dezember ausgelaufen waren und zur selben Zeit die Anklagepunkte offiziell bekannt gegeben wurden, konzentrierten sich die Anschuldigungen der kommunistischen Presse verstärkt auf den Gegenstand und die Begründung der Anklage. Die „Rote Fahne" behauptete, dass „die Verwertung von Privatbriefen für die Erhebung einer Hochver-

---

[717] Striefler, Der Kampf um die Macht, S. 140. So bspw. die „Illustrierte Rote Post", die in diesem Sinne titelte: „Scheringer - einer unter 6500". Illustrierte Rote Post, Nr. 2, Januar 1932, hier: BArch R 1501/20156, Bl. 163.

[718] RF, 22. 10. 1931, „Haftverschärfung für Genossen Scheringer;", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 121.

[719] RF, 10. 11. 1931, „Scheringers Folter", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 125. Die erste Woche wurde Scheringer unter scharfen Arrest gestellt und für die nächsten sechs Wochen wurde ihm die Besuchserlaubnis entzogen. Vgl. VZ, 21. 1. 1932, „Scheringers Haft; Eine halbamtliche Darstellung", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 177. Das „Berliner Tageblatt" und die „Vossische Zeitung" hatten als erste vom Fluchtversuch Scheringers im Oktober 1931 berichtet. Demnach hätte Scheringer versucht, die Gitterstäbe seiner Zelle durchzusägen, um sich dann an seinem Bettzeug aus dem Fenster zu lassen. Er wurde daraufhin in eine schwere Zelle verlegt. „Welt am Abend" und „Rote Fahne" stellten jegliche Fluchtabsichten Scheringers in Frage und behaupteten, dass erst Berichte als Rechtfertigung genutzt worden seien, um seine Haftbedingungen verschärfen zu können. BT, 21. 10. 1931, „Ausbruchsversuch Scheringers.", VZ, 21. 10. 1931, „Fluchtversuch Scheringers", WaA, 21. 10. 1931, „Haftverschärfung gegen Scheringer" sowie RF, 22. 10. 1931, „Haftverschärfung für Genossen Scheringer", alle nach: BArch R 1501/20156, Bl. 118, 119, 120 und 121. Auch Meldungen über einen zweiten Ausbruchsversuch Anfang November 1931 wurde von kommunistischer Seite mit einer vergleichbaren Argumentation begegnet. RF, 6. 11. 1931, „Was ist mit Genosse Scheringer?", hier: BArch R 1501/20156, Bl. 124. Nachdem die Ausbruchsversuche nicht mehr geleugnet werden konnten, stellte sie die KPD-Presse als Protesthandlungen Scheringers gegen die Verschleppung des Verfahrens und gegen die Ungerechtigkeit der U-Haft dar. U.a. in: RF, 19. 1. 1932, „Kampf für Scheringer", hier: BArch R 1501/20156, Bl. 169. Vgl dazu: Scheringer, Das große Los, S. 211-214.

[720] Die „Rote Fahne" berichtete von „**Torturen**" und behauptete, dass Scheringer von der Weimarer Justiz absichtlich und gezielt „durch die völlige Isolierung von der Außenwelt nicht nur seelisch, sondern auch physisch zugrunde gerichtet werden" solle. RF, 11. 11. 1931, „Was geht um Scheringer vor?", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 127.

ratsklage [...] *bisher noch nie erfolgt*" sei, was „der Untersuchungsrichter auch der Verteidigung gegenüber [hätte] zugeben" müssen.[721] Um die Bedeutung der Anklagepunkte bagatellisieren zu können, griff die Parteipresse das Schlagwort vom „literarischen Hochverrat" auf.[722] Die „Welt am Abend" schloss sich dieser Darstellung an, betonte aber stärker die politischen Gründe, die zur Auslösung des zweiten Prozesses geführt hätten. Die Bourgeoisie würde Scheringer in erhöhtem Maße fürchten, da er die Zersetzung ihrer faschistischen Hilfstruppen beschleunigt habe: „denn er hat eine neue politische Kräfteverschiebung eröffnet - den Massenübergang der verführten Werktätigen aus dem Lager des Faschismus in die rote Einheitsfront der Arbeiter, Bauern und Kleingewerbetreibenden."[723] Aus diesem Grunde müsse Scheringer ein „Maulkorb" verpasst werden.

Mit zunehmender Dauer der Untersuchungshaft, zum Jahreswechsel 1931/'32 war noch immer kein Termin für die Hauptverhandlung bekannt gegeben worden, mehrten sich die Klagen über die anhaltende Voruntersuchung.[724] Um die Propaganda gegen Scheringers Inhaftierung weiter steigern zu können, wurde Ende Januar 1932 auch seine Mutter hinzugezogen und in der „Welt am Abend" wurde ein Interview veröffentlicht, in dem sie sich über seine Haftbedingungen beklagte.[725] Die „Rote Hilfe" brachte eigenes eine briefmarkenähnliche Marke mit dem Portrait des Dissidenten heraus, deren Verkaufserlös als Solidaritätsspende der Rechtshilfeorganisation zugute kam. Und als sie Ende Januar 1932 unter dem Titel „Arbeiter, Bauern, Soldaten hinter Gittern!" eine Broschüre über Scheringer und andere bekannte (kommunistische) Gefangenen veröffentlichte, befürchteten die Polizeibehörden sogleich, dass „es ist nicht ausgeschlossen [sei], dass sie auch als Zersetzungsschrift unter der Reichswehr zur Verteilung gelangt".[726] Die KPD begann tatsächlich die erneute Anklage Scheringers und seine Haftbedingungen in ihren Zersetzungsschriften zu thematisieren. Es wurde aber

---

721 RF, 16. 12. 1931, „Was ist mit Scheringer?", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 140. Darin heißt es: „Die Anklage gegen Gen. Scheringer stützt sich auf folgende Schriften: **1. Veröffentlichte Privatbriefe an einen Nationalsozialisten. 2. Zeitungsartikel ‚Macht die Massen kampfbereit'. 3. Artikel in der Zeitschrift ‚Der rote Student', Scheringer Briefe an die deutschen Studenten, auch als Flugblatt verbreitet. 4. Broschüre ‚Erwachendes Volk', Briefe an Leutnant Scheringer. 5. Druckschrift ‚Mein Bekenntnis zur roten Front'. 6. Flugblatt ‚Herr Kamerad', beiliegend die im Reichstag verlesene Erklärung Scheringers vom 18. März 1931. 7. Flugblatt ‚SA.-Mann höre'. 8. Artikel ‚Rote Fahne' Nr. 158**."

722 Bspw.: WaA, 16. 1. 1932, „‚Literarischer Hochverrat'; Der Fall Scheringer', hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 168.

723 WaA, 18. 12. 1931, „Der schwarze Mann", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 151.

724 Vgl. u.a. WaA, 21. 1. 1932, „Der Kampf um Richard Scheringer" und WaA, 3. 2. 1932, „Skandal um Scheringer und Felseneck".

725 WaA, 22. 1. 1932, „Die Mutter des Gefangenen; Ein Gespräch mit der Mutter Richard Scheringers", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 182. Der Brief wurde wiedergegeben in: WaA, 18. 1. 1932, „Scheringer in der Dunkelzelle" und RF, 12. 1. 1932, „Heraus mit Scheringer!; Erschütternder Brief aus dem Gefängnis", beide: Ebenda, Bl. 176 & 165.

726 BArch R 1501/20156, Bl. 193. Sammelbericht des NSS im RMdI, Berlin, den 6. 2. 1932. Da sich jedoch keine weiteren Akten über die Anwendung der Broschüre zu Zersetzungszwecken finden, ist anzunehmen, dass die KPD in diesem Falle von einer Verteilung unter Reichswehrangehörigen Abstand genommen hatte. SAPMO im BArch NY 4037/42, Nachlass R. Scheringer, Bl. 11. Broschüre: „Arbeiter, Bauern, Soldaten hinter Gittern!", Hg. „Rote Hilfe". hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 194. In dieser Schrift fand neben Scheringer auch der „Arbeiter Karl Peters" und der aus dem Landvolk stammende „Bauernführer Claus Heim" Erwähnung. Die Auswahl der Gefangenen symbolisierte die drei tragenden Pfeiler der propagierten „Volksrevolution" und damit die anvisierten Zielgruppen der KPD. Auf der letzten Seite wurde für den „Aufbruch" geworben und die Autoren und Titel der Artikel der letzten Ausgabe genannt. Auch der „Aufbruch" druckte in der Doppelausgabe Januar/Februar 1932 auf einer ganzen Seite eine Werbeannonce für die Broschüre ab. Aufbruch, 2. Jg. Nr. 1/2, Februar 1932, Rückseite des Titelblatts (Reprint: S. 142).

bei weitem nicht das Ausmaß und die Verbreitung wie zur Zeit seines Frontwechsel erreicht oder aber, da der Prozess nicht annähernd denselben sensationellen Charakter besaß und um Scheringer nicht weiter zu belasten, erst gar nicht angestrebt.[727]

Für das demokratische Recht auf Meinungsfreiheit? Das Scheringer-Komitee

Neben den Protesten der Parteipresse gegen Scheringers Inhaftierung und Haftbedingungen versuchte die KPD – schließlich war er ein wichtiges Symbol ihrer proklamierten „Volksrevolution" – in der Öffentlichkeit eine unabhängige und klassenübergreifende Protestbewegung zu installieren. Als Organisationsform wurde, wie in anderen Fällen, wenn eine breite Volksbewegung simuliert werden sollte, auf das Konzept der Komitee-Bewegung zurückgegriffen. Das so genannte „Scheringer-Komitee" wurde Mitte Dezember ins Leben gerufen und mit der Leitung symbolträchtig der Schriftsteller Alexander Graf Stenbock-Fermor betraut.[728] Doch bereits die Aufzählung der Gründungsmitglieder ließ berechtigte Zweifel an dem überparteilichen Anspruch des Ausschusses aufkommen: Stenbock-Fermor, Ludwig Renn und Scheringes Rechtsanwalt Obuch waren für ihre engen Verbindungen zur KPD bekannt. Auch Scheringers ehemaliger Mitverschwörer Wendt hatte, ohne sich selbst jemals für die „Rote Front" erklärt zu haben, wiederholt Verständnis für den Frontwechsel seines Freundes geäußert. Im Hinblick auf die anfangs bekannten Mitglieder stellte die „Vossische Zeitung" von Beginn an den proklamierten überparteilichen Charakter in Frage und prophezeite, dass das Komitee „wohl schwerlich überzeugend" werde beweisen können, dass es „von parteipolitischen Tendenzen wirklich ganz frei wäre".[729]

Das Komitee trat mit einem „*Presse-Informations-Abend*" an die Öffentlichkeit, der „von den Redaktionen fast aller führenden Zeitungen und Zeitschriften beschickt" worden sein soll.[730] Dort wurden die zuvor in der Parteipresse geäußerten Beschuldigungen gegen die Weimarer Justiz wiederholt und „die Haltlosigkeit der Anklage und des Haftbefehls gegen Scheringer sowie [...] die Behandlungsweise politischer Gefangener im Untersuchungsgefängnis Moabit" wiederholt. Die „Vossische Zeitung" erkannte in der Erklärung Scheringers Rechtsanwalts Obuch, da „die Oeffentlichkeit [...] das Tatsachenmaterial nicht kennt", aber „lediglich ein vorzeitiges Plädoyer des Verteidigers".[731] Neben Be-

---

727 In einer Zersetzungsschrift einer (angeblichen) „Opposition in den Polizeiverbänden" fand sich eine Solidaritätserklärung an Scheringer und eine Verurteilung seiner U-Haft. BArch R 1501/20156, Bl. 141, Flugschrift - gefaltetes Doppelblatt – o.D. und V.a., mit dem Titel: „Was fordert die Opposition in den Polizeibeamten-Verbänden?"

728 Die „Welt am Abend" betonte dessen selbstständige und unabhängige Entstehung und erklärte, dass „Justizwillkür und Strafvollzugsmethode im Falle des früheren Reichswehrleutnants Richard *Scheringer* [...] eine Reihe von Persönlichkeiten aus verschiedenen Lagern [veranlasst habe], sich zu einem *Scheringer-Komitee* zusammenzuschließen, um den Kampf für die Befreiung Scheringers auf einer möglichst breiten Basis zu führen". WaA, 22. 12. 1931, „Scheringer-Komitee", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 158.

729 VZ, 18. 12. 1931 „Der Fall Scheringer; Ein Kampfkomitee des Verteidigers", hier: BArch R 1501/20156, Bl. 153.

730 WaA, 22. 12. 1931, „Scheringer-Komitee", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 158.

731 Die Zeitung bezweifelte daher die Wirksamkeit derartiger Veranstaltungen und vermutete, dass es „dem Komitee wohl kaum gelingen [werde], mit solchen Feststellungen, die der Verhandlung in Leipzig vorgreifen, im Namen der

schwerden über konkrete Ungerechtigkeiten, wurde anhand des „Falls Scheringer“ stellvertretend eine generelle „Einschränkung der *literarischen Freiheit*” beklagt. Durch den Kampf um literarische Freiheiten sollten gezielt Schriftsteller für das Komitee gewonnen werden und die „Welt am Abend“ kündigte für die nahe Zukunft eine „Schriftsteller und Juristenkonferenz” an, auf der „die Frage des *literarischen Hochverrats*“ beraten werden solle. Scheringer sollte nicht nur als Symbol für die Ungleichheit im bürgerlichen Klassenstaat, sondern auch als Symbol für das Ringen um die Meinungsfreiheit in der zunehmend restriktiven Republik aufgebaut werden. Indem sich die KPD als Verteidigerin garantierter Grundrechte stilisierte konnte, hoffte die Partei wohl auch Bevölkerungsgruppen ansprechen zu können, die bislang nicht zu ihren Parteigängern und Sympathisanten gehörten. Und das „Scheringer-Komitee“ sollte alle, die dazu bereit waren, einsammeln.

Zum Jahresbeginn 1932 war es der KPD tatsächlich gelungen, u.a. mit Lion Feuchtwanger und Frank Thieß, bekannte Schriftsteller für das Komitee zu gewinnen, die nicht in dem Ruf standen über Verbindungen zur Partei zu verfügen.[732] Als am 20. und 21. Januar 1932 die angekündigte Schriftsteller- und Juristenkonferenz stattfand, wurden an den jeweiligen Tagen von Feuchtwanger und Thieß Solidaritätserklärungen zugunsten Scheringers in der „Welt am Abend“ abgedruckt.[733] Laut „Roter Fahne“ sollte die Konferenz, „da die Anklage gegen Leutnant a.D. Richard Scheringer erneut die Frage des sogenannten literarischen Hochverrats“ aufrolle, „eine Aussprache zwischen Juristen und Schriftstellern herbeiführen”.[734] Die dort erhobenen Anklagen gegen die Weimarer Justiz, die exakt den in der Parteipresse formulierten Beschuldigungen glichen, wurden eigens in einer mehrseitigen Flugschrift des Komitees veröffentlicht.[735]

---

geistigen Freiheit und des literarischen Schaffens Alarm zu schlagen”. VZ, 18. 12. 1931 „Der Fall Scheringer; Ein Kampfkomitee des Verteidigers”, hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 153.

732 Die „Rote Fahne“ konnte nun zehn Komitee-Mitglieder benennen. RF, 12. 1. 1932, „Heraus mit Scheringer!”, hier: BArch R 1501/20156, Bl. 165. Dort werden aufgezählt: Frank Thieß, Dr. Friedrich Wolf, Bruno v. Salomon, Axel Eggebrecht, Lion Feuchtwanger, Ernst Glaeser, Rechtsanwalt Obuch, Ludwig Renn, Alexander Graf Stenbock-Fermor, Oberlt. a.D. Hans Wendt. Es waren aber auch hier persönliche Beziehungen, die die Teilnahme bedingten; so war bspw. Stenbock-Fermor mit Thieß befreundet gewesen.

733 Erklärung Feuchtwangers in: WaA, 20. 1. 1932, „Der Fall Scheringer;”. Erklärung von Thieß in: WaA, 21. 1. 1932, „Der Kampf um Richard Scheringer; Erster Erfolg unserer Aktion; Scheringer-Voruntersuchung beendet.”, beide nach: BArch R 1501/20156, Bl. 173 und 178.

734 RF, 20. 1. 1932, „Scheringer Komitee”, hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 170. Es war jedoch nicht mit einer allzu großen Aufmerksamkeit gerechnet worden, da die Konferenz in einem Speisesaal eines Restaurants abgehalten werden sollte. Als Redner für die Juristen wurden angekündigt: die „Rechtsanwälte Dr. Alfred Apfel, Gerhard Obuch, Dr. Arthur Samter” und „für die Schriftsteller: Herbert Blank, Lion Feuchtwanger, Frank Thieß.” Als „Welt am Abend“ und „Rote Fahne“ später über die Konferenz berichteten, wurden jedoch z.T. ganz andere Redner aufgezählt. Demnach hätten Stenbock-Fermor, Obuch, Friedrich Hilscher, Herbert Blank, Axel Eggerecht, RA Dr. Arthur Samter und Erich Weinert gesprochen. Außerdem wurde mit Helene Stöcker ein weiteres Mitglied des Komitees vorgestellt. WaA, 21. 1. 1932, „Für Scheringers Befreiung; Eine Konferenz der Schriftsteller”, RF, 22. 1. 1932, „Schriftsteller fordern Scheringers Freilassung”, beide: BArch R 1501/20156, Bl. 179&180. Die Berichterstattung wurde fortgesetzt unter: WaA, 23. 1. 1932, „Der Fall Scheringer; Die Juristen tagen”. In derselben Ausgabe wurde auch eine Solidaritätserklärung Ernst Glaesers abgedruckt. WaA, 23. 1. 1932, „Ernst Glaeser zum Fall Scheringer”, nach: BArch R 1501/20156, Bl. 183.

735 SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 44-47, Flugschrift „Der Fall Scheringer”.

Nur wenige Tage darauf, am 27. Januar, veranstaltete das Komitee eine Versammlung in Berlin.[736] Die KPD-Presse berichtete von hohen Besucherzahlen und folgerte daraus, dass die „Bemühungen des Komitees weite Kreise der Bevölkerung erfaßt" hätten.[737] Mit dem Verweis, dass auf der Versammlung auch mehrere „bürgerliche Schriftsteller" gesprochen hätten, wurde nochmals der überparteiliche Charakter des Komitees hervorgehoben. Die „Vossische Zeitung" hingegen widersprach erneut den Angaben der kommunistischen Presse, dass zum Scheringer-Komitee „‚aus allen Lagern' [...] Helfer dazugestoßen" seien. Bei den Rednern hätten vielmehr „jene von der Zeit bewegten Brauseköpfe, die Scheringers Weg vom Rechtsradikalismus zum Linksradikalismus vor- oder nachgetan haben", überwogen.[738] Den Bemühungen des Komitees kann eine gewisse Wirkung auf seine Zuhörer dennoch nicht abgesprochen werden. So ließ auch der Autor der „Vossischen Zeitung" etwas Sympathie für Scheringer und seinen Lebensweg erkennen und stellte, für den Fall, dass sich die Vorwürfe des Komitees tatsächlich bewahrheiten sollten, sogar die Unterstützung der eigenen Zeitung in Aussicht.

Solidarität und Unterstützung von außerhalb der kommunistischen Bewegung erhielt Scheringer aber lediglich von wenigen, kleinen nationalrevolutionären Gruppen, die sich wegen ihrer stärkeren Betonung des Sozialismus oder revolutionärer Absichten für den Dissidenten einsetzten. Harro Schulze-Boysen äußerte sich in Franz Jungs „Gegner", da er seine politischen Ansichten nur bedingt teilen würde, zwar recht zurückhaltend zugunsten Scheringers; da er aber ohne Rücksicht auf seine Person für seine Überzeugungen und Idealen eintreten würde, bekunde er damit „zum mindestens eine menschlich achtenswerte Haltung, vor der auch der Andersdenkende Respekt haben sollte".[739] Während der „Gegner" betonte, keine Zeitschrift zu sein, „die gleich vor sentimentaler Weinerlichkeit vergeht, wenn der heutige Staat seine politischen Gegner einsperrt und auf karge Rationen setzt", griffen K.O. Paetels „Sozialistische Nation" und Werner Laß' „Umsturz" auf die selben Argumente zurück, die die KPD zugunsten Scheringers anführte: die ungleiche Behandlung beider Radikalparteien durch die Weimarer Justiz und die damit in direkten Zusammenhang stehenden Haftbedingungen.[740]

---

736 RF, 26. 1. 1932, „Heraus mit Scheringer!" und WaA 27. 1. 1932, „Heraus mit Scheringer", beide nach: BArch R 1501/20156, Bl. 175 und 186. Aber auch diesmal erschienen nicht alle angekündigten Redner. Der Ort war symbolisch ausgewählt worden und befand sich einem bürgerlichen Westbezirk der Stadt.

737 WaA, 28. 1. 1932, „Heraus mit Scheringer!; Künstler- und Schriftsteller-Kundgebung in den Spichernsälen" und RF, 28. 1. 1932, „Massenversammlung für Scheringers Freilassung", beide nach: BArch R 1501/20156, Bl. 187&189.

738 Zum Beleg zählte der Artikel Stenbock-Fermor, B. v. Salomon, Ludwig Renn und Scheringers Mitverschwörer Hans Wendt auf. VZ, 29.01.1932, „Protest um Scheringer", hier: BArch R 1501/20156, Bl. 188.

739 Gegner, Heft 1/2, vom 15. Januar 1932, „Gebt Scheringer frei!". Im Zuge seiner Ausführungen schätzte aber auch Schulze-Boysen Scheringers politische Unabhängigkeit (innerhalb der KPD) als viel zu groß ein und charakterisierte ihn daher als einen Revolutionär, der „zwischen den Fronten und über den Doktrinen" stehen würde.

740 SN, Heft 1, Januar 1932, „Heraus mit Claus Heim und Scheringer" und „In den Kerkern der Bourgeoisie; Aus einem Gefängnisbrief Scheringers an seine Mutter" sowie Der Umsturz, Nr. 5, Februar 1932, „Heraus mit Scheringer".

Ein unbelehrbarer Radikaler? Der 2. Scheringer-Prozess

Als Scheringer Mitte Februar 1932 nach Leipzig zum Reichsgericht verlegt wurde, setzte die kommunistische Presse die Art und Weise ihrer Berichterstattung fort und verurteilte den notwendigen Transport des Angeklagten zum Gerichtsort als Verschleppung. Und nachdem er wie zuvor in Moabit in einer besonders gesicherten Zelle untergebracht wurde, klagte die „Rote Fahne" weiterhin über die unerhörten Haftbedingungen, denen er ausgesetzt sei.[741]

Im selben Monat veröffentlichte die „Linkskurve" einen Artikel Stenbock-Fermors, in dem sich eine erstaunliche Passage fand, die, in Erwartung nationalistischer und von der Generallinie abweichender Aussagen Scheringers vor Gericht, schon fast wie eine im Voraus erteilte Entschuldigung des Dissidenten anmutete.[742] Es scheint, dass Stenbock-Fermor mit dem Artikel seine Genossen darauf vorbereiten wollte, dass während des Prozesses auch unliebsame Themata angesprochen werden könnten. Zur Beschwichtigung charakterisierte er Scheringers Entwicklung als typischen Wandel eines ehrlichen Nationalrevolutionärs; doch Männer, die vom Faschismus zum Kommunismus stoßen würden, würden als Lernende und nicht als geschulte Marxisten zur Partei kommen. Aus diesem Grunde sei es nicht weiter verwunderlich, dass sich in Scheringers Broschüren und Artikeln „unklare und unmarxistische Formulierungen" finden lassen würden. Der geneigte Leser müsse einsehen, dass seine Wandlung noch anhalte und nicht abgeschlossen sei; die Aufgabe der bürgerlichen Erziehung und Vergangenheit brauche eben ihre Zeit. Schließlich sei Scheringer zum revolutionären Proletariat gestoßen, um zu lernen und zu dienen und nicht um seine Gedanken zu verbreiten. Auch die „Rote Fahne" teilte unmittelbar vor Prozessbeginn derartige Befürchtungen und gestand ein, dass die Briefe, auf denen die Anklage beruhen würde, bei aller aktiv-revolutionären Haltung Scheringers noch oft seinen unmarxistischen Geist verraten würden.[743]

Einen Monat darauf legte Stenbock-Fermor im Bezug auf Scheringers Linientreue jedoch einen ungleich größeren Optimismus an den Tag und er versicherte, dass der Dissident sein Bekenntnis zum revolutionären Proletariat und zum Kommunismus auch „vor der bürgerlichen Öffentlichkeit" wiederholen werde.[744] Seine „letzten Briefe [...] aus der Haft an seine Freunde [würden] beweisen, daß er tiefer eindrang in die Gedankenwelt des Marxismus, daß er weitergekommen und innerlich gewachsen" sei. Eine Entwicklung, die sich auch äußerlich abzeichne:

„Die Arbeiter-Illustrierte brachte vor kurzem zwei Bilder von Scheringer: Scheringer als Reichswehroffizier und als politischer Gefangener. Diese Bilder sagen mehr als Worte. Der Reichswehroffizier: ein leeres Gesicht zwischen Mütze und Waffenrock. Der politische Gefangene: das Gesicht lebendig geformt durch Leiden und Denken."

741 RF, 24. 2. 1932, „Genosse Scheringer nach Leipzig verschleppt" und 28. 2. 1932, „Unerhörte Haft für Scheringer; Auch in Leipzig in einer fast völlig dunklen Sonderzelle", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 206 & 208.

742 Linkskurve, Nr. 2, Februar 1932, „Der Fall Scheringer".

743 RF, 6. 4. 1932, „Richard Scheringer, 830. Hochverräter, morgen vor dem Reichsgericht".

744 WaA, 18. 3. 1932, „Scheringer am 7. April vorm Reichsgericht", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 266.

Stenbock-Fermor zeigte sich nun zuversichtlich, dass der kommende Prozess Scheringers propagandistische Wirkung weiter steigern würde, und dass seine „tapferen Worte" vor dem Reichsgericht „auch jene ehrlichen Revolutionäre erreichen, die heute noch als Werkzeuge der Konterrevolution mißbraucht werden".

Nachdem der Beginn der Hauptverhandlung bekannt war, bot die KPD ihre gesamte Propaganda- und Agitationsmaschinerie auf. Allein in Berlin organisierte die „Rote Hilfe" zwei Tage vor Prozessbeginn sieben Kundgebungen unter der Parole „Heraus mit Scheringer!" und publizierte eigens eine Broschüre, die Scheringers Frontwechsel und seinen zweiten Prozess thematisierte. Während der laufenden Hauptverhandlung berichtete die Parteipresse täglich über den „Fall Scheringer". [745]

Die Hauptverhandlung von Scheringers zweitem Hochverratsprozess fand vom 7. bis 11. April, zur Zeit des Höhepunktes des Wahlkampfes zum 2. Wahlgang um das Amt des Reichspräsidenten statt. Obwohl wieder zahlreiche, auch ausländische, Pressevertreter anwesend waren, die zumeist täglich in ihren Blättern Bericht erstatteten, erinnerte sich Scheringer: „Trotzdem [hatte] der Prozeß bei weitem nicht den sensationellen Rahmen wie der Reichswehrprozeß vor eineinhalb Jahren."[746] Ohne führende Vertreter der Reichswehr und der NSDAP als Zeugen, ohne militärischen Rang des Angeklagten, der persönlich die Unterwanderung der staatlichen Machtmittel angestrebt hatte, hatte der zweite Prozess seine Virulenz und gesamtgesellschaftliche Bedeutung verloren. Der überraschende Frontwechsel des Offiziers war die eigentliche Sensation gewesen; was nun folgte war die fast erwartete Anklage gegen einen kommunistischen Agitator, die lediglich durch seine Vorgeschichte und der damit einhergehenden, nach wie vor ungewohnten nationalen Propaganda der KPD noch Aufmerksamkeit erregte. Die bürgerliche Presse verwies in ihren Kommentaren zum Prozessbeginn auch sogleich auf den grundlegenden Bedeutungsverlust, während sich die kommunistischen Zeitungen bemühten, die Relevanz des Prozesses hervorzuheben.[747] Doch bereits der Platz, den „Rote Fahne" und „Welt am Abend" dem Ereignis zugewiesen hatten, offenbarte den Stellenwert, den die KPD dem Verfahren tatsächlich zumaß und zeigte, dass auch die Parteipresse dem Bedeutungsverlust Rechnung getragen hatte. Die Artikel wurden an bevorzugter, aber nicht an erster Stelle abgedruckt: Scheringer füllte in beiden Zeitungen nicht das Titelblatt. Während der laufenden Hauptversammlung präsentierte die „Rote Fahne" ihren Lesern täglich einen ganzseitigen Bericht auf der ersten Seite der dritten Beilage. Lediglich das Urteil wurde auf der Titelseite in einer kurzen Notiz verkündet, der abschließende Kommentar zum Verfahren und zum Strafmaß fand sich aber wieder auf der vierten Seite.

---

[745] RF, 3. 4. 1932, „Heraus mit Scheringer", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 269. Die Versammlungen fanden vor allem in den Arbeiterbezirken Berlins statt.

[746] Scheringer, Das große Los, S. 216.

[747] Vgl. VZ, 8. 4. 1932, „Scheringers zwei Sterne" und BT, 7. 4. 1932 (A), „Scheringer vor dem Reichsgericht; Goebbels ‚Die Brechung der Zinsknechtschaft ist Federscher Unsinn'". RF, 8. 4. 1932, „Scheringers stolzes Bekenntnis zum Kommunismus; Große Arbeiterdemonstrationen vor dem Reichsgericht" sowie WaA, 7. 4. 1932, „Sensationelle Erklärung Scheringers vorm Reichsgericht" und 8. 4. 1932, „Scheringer gegen Groener" und InPreKorr, 8. 4. 1932, hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 276.

Nach nur drei Verhandlungstagen verkündete Baumgarten, derselbe Richter, der schon beim Reichswehrprozess im Sommer 1930 den Vorsitz inne gehabt hatte, das Urteil: „Der Angeklagte wird wegen eines fortgesetzten Verbrechens der Vorbereitung des Hochverrats in Tateinheit mit einem fortgesetzten Vergehen gegen § 4 Ziffer 1 des Republikschutzgesetzes zu einer Festungshaftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten kostenpflichtig verurteilt."[748] Das Reichsgericht hatte, nachdem eingangs des Verfahrens nochmals der Reichswehrprozess und Scheringers Frontwechsel rekapituliert worden waren, auf eine fortgesetzte Handlung entschieden, da es zu der Ansicht gelangt war, dass er „damals wie heute unter dem Druck, den der Versailler Vertrag und die späteren Verträge auf Deutschland ausüben", gelitten habe. Daher könne, wie es der Angeklagte persönlich mehrfach bestätigt hatte, nach wie vor „die nationale Befreiung Deutschlands als sein Hauptziel" gelten. Lediglich die politischen Vorzeichen, unter denen er dieses Ziel zu erreichen gedachte, hätten sich geändert. Nachdem sich Scheringer durch Hitlers Legalitätseid und seine München-Reise „von seinen bisherigen politischen Freunden verraten" gefühlt habe und in ihm daraufhin die Erkenntnis gereift sei,

„daß Adolf Hitler eine Linie verfolge, auf der nie die nationale Befreiung Deutschlands erfolgen könne", „suchte [er] nach einem neuen Wege, wie er seinen Traum von der nationalen Befreiung Deutschlands doch noch verwirklichen könnte. […] In dieser Situation wandte sich der Angeklagte den kommunistischen Ideen zu und gewann, wie er in der Hauptversammlung betonte, ganz allmählich die Überzeugung, dass das, was er von der NSDAP. erwartete, von der KPD. vertreten werde."

Nach der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Literatur und mit Parteifunktionären, „die tiefen Eindruck auf ihn machten", glaubte Scheringer „bei der KPD [...] all das gefunden [zu haben], was er bei der NSDAP vergeblich gesucht habe, nämlich die Möglichkeit der nationalen Befreiung Deutschlands". Folglich offenbare sich die Konstanz in Scheringers Handlungen darin, dass es ihm, egal ob unter den Fahnen des Nationalsozialismus oder Kommunismus, „stets nur um die Revolution zu tun", dass „es ihm in erster Linie um die revolutionäre Zerschlagung des heutigen Staates zu tun" gewesen sei. Diese Auslegung entsprach genau den propagandistischen Absichten, die die KPD seit dem Frontwechsel verfolgt hatte und Scheringer hatte diese Interpretation seiner Handlungen nochmals ausdrücklich bekräftigt. Er hatte in seinen Aussagen wiederholt erklärt, dass „sein Übertritt zur KPD. [...] keinen Gesinnungswechsel, sondern nur ein Stellungswechsel" bedeutet habe. Seine Aktivitäten hätten sich daher stets „gegen dasselbe Rechtsgut" gerichtet und seien „in der Begehungsform gleichartig" gewesen. Aus diesem Grunde sei auch der Einwand der Verteidigung, „dass der Angeklagte lediglich wegen seiner Gesinnung verfolgt werde [...] unrichtig". Im „Fall Scheringer" seien infolgedessen auch die Grenzen der prinzipiell garantierten Meinungsfreiheit überschritten worden.

Da bei der Revolution, die die KPD anstrebe, aber „die Gewehre [...] über den Aufstand entscheiden" würden, hätte Scheringer ausschlaggebenden Anteil am Erfolg oder Misserfolg der Revolte; zumal „die

[748] BArch R 1501 /20611, Bl. 2-39, Abschrift der Polizei: Urteil in der Strafsache gegen Richard Scheringer wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Reichsgericht, 4. Strafsenat, öffentliche Sitzung vom 11. 4. 1932, verfasst am: 2. Juni 1932. Sämtliche folgende Zitate zum Urteil, soweit nicht explizit auf andere Quellen verwiesen wird, beziehen sich auf diese Angabe.

kommunistische Werbearbeit, wie sie der Angeklagte betrieben hat, entscheidet, wieviele Proletarier zu den Gewehren greifen werden." Um den Beitrag, den Scheringer an der Vorbereitung der kommunistischen Revolution tragen würde, anschaulich und für jedermann nachvollziehbar beschreiben zu können, reduzierte das Reichsgericht die Motivation des Dissidenten, die hinter seinen Taten stünde, auf die eingängige Formel: „Der Weg führt vom Flugblatt zur Handgranate." Und da es Scheringer, „wie den meisten Kommunisten [...] nicht um ein theoretisches Bekenntnis, sondern um die Tat zu tun" gewesen sei, sei sowohl das Einschreiten der Behörden, als auch das Strafmaß gerechtfertigt.

Das Reichsgericht betonte im Laufe des Prozesses auch die besondere symbolische Bedeutung Scheringers für die KPD.[749] Nach Auffassung des Gerichts habe nicht weniger als „die ganze revolutionäre Bewegung [...] durch die Propaganda des Angeklagten, der als früherer rechtsradikaler Reichswehroffizier eine besondere Stellung einnimmt, einen neuen Impuls erfahren". Die KPD und Scheringer seien sich bewusst gewesen, „dass seine Worte einen besonderen Nachhall deshalb finden würden, weil er der bereits durch einen Hochverratsprozess bekannt gewordene, ehemalige rechtsradikale Reichwehroffizier ist". Dieses Wissen sei willentlich und gezielt ausgenutzt worden. Das Gericht ging weiter davon aus, dass es die KPD mit der Scheringer-Propaganda vor allem auf die Zersetzung, im besten Falle Gewinnung der Reichswehr abgezielt hätte: denn gerade wegen der militärischen Herkunft des Dissidenten „bestand die Gefahr, daß die revolutionierende Wirkung, die von der demagogischen Propaganda des Angeklagten ausging, auf die Machtmittel des Staates, insbesondere die Reichswehr, eine im höchsten Maße verderbliche Wirkung ausübte."

Nach der Charakterisierung von Scheringers Motivation und Zielen wurden die der Anklage zugrunde liegenden Propagandaschriften einzeln auf ihren hochverräterischen Gehalt hin untersucht, denen allesamt gemein sei, dass Scheringer darin „die Revolutionierung und Bewaffnung breiter Massen, […] die Einreihung in die revolutionäre Rote Armee zur Durchführung des bewaffneten Aufstands und des Bürgerkriegs" fordert und damit „also das von der KPD. beabsichtigte genügend bestimmte hochverräterische Unternehmen" unterstützt hätte.[750]

---

[749] Eine Stellungnahme, die erfolgt war, um das Strafmaß rechtfertigen zu können, das nun ein Jahr höher ausgefallen war als beim Reichswehrprozess. Das erhöhte Strafmaß wurde mit dem Mangel an Ehrfurcht, den Scheringer der ersten Haftstrafe entgegen gebracht haben sollte, begründet. Außerdem könne nicht wie beim Reichswehrprozess selbstloses Handeln im Interesse der Nation als strafmildernd herangezogen werden, da Scheringer „kurzsichtig immer nur das Ziel der sog. nationalen Befreiung [betont] und [...] sich darüber hinweg[gesetzt habe], dass diese nationale Befreiung den Bürgerkrieg bedingt und letzten Endes nur einer einzigen Klasse zugute kommen soll; es kann ihm deshalb nicht, wie im ersten Prozess zugute gehalten werden, dass er aus vaterländischen Interesse gehandelt habe."

[750] Abschließend führte das Urteil weitere „Veröffentlichungen und Briefe des Angeklagten" an, „die mit Zustimmung aller Beteiligten kein Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen waren, „aber nach Annahme der Anklage dazu dienen [sollten], die von dem Angeklagten verfolgten politischen Ziele zu beleuchten und seinen Vorsatz zu kennzeichnen". Hier sei nur ein einziger Brief Scheringers an Korn vom 15. Juni 1931 zitiert, da er vom Gericht als besonders charakteristisch für die politischen Auffassungen und Ziele Scheringers hervorgehoben wurde: „Der unbedingte Vernichtungswille gegen den herrschenden Staat, gegen das bestehende System und gegen die Versailler Versklavung, der unbedingte Wille zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes ist uns gemeinsam. [...] Alle Versuche, dieses Ziel auf rein militärischem Wege zu erreichen, alle Aktionen von ‚Rechts' schlugen fehl. Alle ‚nationalen' Parteien, Kampfgruppen und Führer versagten jämmerlich. Warum? Weil die Volksrevolution eine sozialistische Revolution sein muss, weil sie nur unter der Führung des Proletariats siegen kann. Der Weg der Freiheit führt nur über die Trümmer des

Zum vollwertigen Bolschewki geadelt – Die Presserezeption des 2. Scheringer-Prozesses

Die KPD-Fühung versuchte die Aufmerksamkeit, die dem Prozess zuteil wurde, gewinnbringend für die Partei auszunutzen. Wie zuvor Hitler auf dem Reichswehrprozess, sollte Scheringer nun unter ungekehrten Vorzeichen die Verhandlung als Bühne zur Verbreitung kommunistischer Propaganda ausnutzen. Neben der Hoffnung auf eine breitere öffentliche Wahrnehmung als sonst üblich, bot diese Vorgehensweise die Möglichkeit die Wandlung Scheringers zum Kommunisten anschaulich belegen und zugleich seine Vorbildfunktion ausbauen zu können: mit seinem Frontwechsel hatte Scheringer erst den ersten Schritt getan, um nun, durch sein entschiedenes Eintreten für den Kommunismus unter persönlichen Opfern, *quasi* den zweiten und letzten Schritt zum vollwertigen Bolschewik zu vollziehen – wenn er sich bei seinen Aussagen strikt an die Vorgaben der Generallinie halten würde.[751] Scheringer enttäuschte seine Genossen nicht und entsprach genau den an ihn gestellten Erwartungen, so dass die „Rote Fahne" bereits nach dem ersten Verhandlungstag, der dem Verhör des Angeklagten gewidmet war, titeln konnte: „Scheringers stolzes Bekenntnis zum Kommunismus".[752]

In der folgenden Berichterstattung wurde der Dissident nicht als Angeklagter, der seine Gesinnung oder Taten zu verteidigen hatte, sondern als eigentlicher Ankläger (gegen das Weimarer System) dargestellt. Das dafür nötige Rüstzeug hätte ihm der revolutionäre Marxismus-Leninismus gegeben, denn es sei „die *Gewalt der kommunistischen Argumente*, die *Scheringer* in Rede und Gegenrede hoch hinaus ragen lässt *über* das Niveau seiner Klassenrichter".[753] Aus diesem Grunde konnte Scheringer für die „Welt am Abend" den Prozess auch in sein Gegenteil verkehren und im Gegenzug zum Angriff übergehen, um seine Richter in die Defensive zu drängen.[754] Er habe „schon nach ganz kurzer Verhandlung [...] die geistige Führung des Prozesses an sich gerissen und [...] sich durch keine noch so gehässige Zwischenfrage, [...] sich durch keine noch so ‚hochmütige Abkanzelung' seitens des Herrn Baumgarten irre machen [lassen] in der Bekundung seiner revolutionären Gesinnung."[755] Das Auftreten Scheringers führte dazu, dass seine Aussagen zeitweise eher wie wohl vorbereitete Propagandareden, denn wie eine Rechtfertigung klangen.[756] Da allgemein fest mit einer Verurteilung gerechnet wurde, hatte die KPD ihre gesamte Prozessstrategie auf die Werbewirkung ihres prominenten Dissidenten ausgerichtet. Das Schicksal des Angeklagten spielte für die Partei, wie zuvor für die NSDAP beim Reichswehrprozess,

---

volkszerstörenden, landesverräterischen Kapitalismus. [...] Die ungeheuerlichsten und brutalsten Mittel sind für diesen Kampf gerade recht."

751 RF, 6. 4. 1932, „Richard Scheringer, 830. ‚Hochverräter', morgen vor dem Reichsgericht".

752 RF, 8. 7. 1932. Vgl. auch: WaA, 7. 4. 1932, „Sensationelle Erklärung Scheringers vorm Reichsgericht".

753 RF, 8. 7. 1932, „Scheringers stolzes Bekenntnis zum Kommunismus".

754 WaA, 7. 4. 1932, „Sensationelle Erklärung Scheringers vorm Reichsgericht" und 8. 4. 1932, „Scheringer greift an!"

755 WaA, 8. 4. 1932, „Scheringer greift an!" Auch: RF, 8. 7. 1932, „Scheringers stolzes Bekenntnis zum Kommunismus".

756 So zitierte Scheringer mitunter längere Passagen aus Briefen (u.a. aus einem Offenen Brief Hitlers an Hervé) oder aus Zeitungsberichten (u.a. über eine Versammlung dt. und franz. Offiziere), um seine Aussagen bzw. Stellungnahmen zu belegen. Vgl. u.a.: Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, Mai 1932, „Episoden aus dem Scheringer-Prozeß", S. 7-11 (Repint: 169-173).

eine sekundäre Rolle; und Scheringer zeigte sich auch diesmal bereit, persönliche Interessen den Belangen einer Partei unterzuordnen.

Wie schon beim Reichswehrprozess, räumte die Weimarer Presse dem Zitat aus der Verhandlung viel Platz ein, wobei sich jede Zeitung jeweils diejenigen Passagen heraussuchte, die die eigene Interpretation und Darstellung des Verfahrens stützte. Es fällt auf, dass sich, wie bei anderen politischen Ereignissen, die die Grenze zwischen rechts- und linksradikaler Politik tangierten, die einzelnen Akteure aus ganz unterschiedlichen Gründen wechselseitig die Gültigkeit ihrer Auffassungen bescheinigten. Hier sei beispielsweise auf die Konstanz der revolutionären Ziele Scheringers verwiesen: das Reichsgericht wies mit dieser Argumentation eine fortgesetzte Handlung nach, um ein hohes Strafmaß zu rechtfertigen und hoffte wohl auf diese Weise eine möglichst abschreckende Wirkung erzielen zu können. Die liberale Presse betonte diesen Punkt, um ihre gängigen Thesen vom „Austausch der Extreme" und von einer grundlegenden Identität der staatsfeindlichen Radikalität von Rechts und Links belegen zu können. Die KPD schließlich wollte über die Hervorhebung der Konstanz der revolutionären Ziele Scheringers, die ihn von der NSDAP zur KPD habe führen müssen, den Beweis erbringen, dass sie die einzige sozialistische Revolutionspartei in Deutschland sei.

Bei ihrer Berichterstattung konzentrierten sich die kommunistischen Zeitungen auf Elemente, die bereits zuvor die Scheringer-Propaganda bestimmt hatten: der Verrat der NSDAP, die Positionierung der KPD zur Nation und die Bedeutung der Sowjetunion in dieser Frage. Daneben wurde ausdrücklich die Benachteiligung der Kommunisten durch die Weimarer Klassenjustiz hervorgehoben.[757] Scheringer selbst sei dafür das beste Beispiel. Hatte er nicht ohne Folgen zugunsten der NSDAP agitieren können, wohingegen mit den Bestrafungen erst nach seinem Frontwechsel begonnen worden sei?[758] Nachdem das Urteil verkündet worden war, sah sich die „Rote Fahne" in ihrer Anklage bestätigt;

„denn dieser infame Spruch beweist: Man kann im kapitalistischen Deutschland Mörderbanden organisieren, ohne verurteilt zu werden – man muß nur das Hakenkreuz am Rockaufschlag stecken haben. Aber wer eine kommunistische Überzeugung hat und ihr in Briefen und Erklärungen Ausdruck gibt - nichts anderes tat Richard Scheringer und nichts anderes konnte ihm die Anklage vorwerfen -, der ist von vornherein gerichtet."[759]

Für die „Welt am Abend" hatte mit dem Prozess, der für das Blatt nach wie vor ein Gesinnungsprozess gewesen war, nun endgültig eine neue Ära der Kommunistenverfolgung eingesetzt, vor der kein einziges Parteimitglied und kein Sympathisant mehr sicher sein könne. Diese offensichtliche Form von Klassenjustiz würde sich besonders deutlich in der beständigen Weigerung der Weimarer Justiz offenbaren, tatsächliche Fälle von Hochverrat strafrechtlich zu verfolgen, wenn diese von National-

[757] RF, 9. 4. 1932, „Scheringers Haftentlassung abgelehnt!"

[758] Als Nationalsozialist hatte Scheringer ungestraft in der NSDAP-Presse veröffentlicht. Dass er lediglich einen einzigen Brief, für die KPD aber eine ungleich größere Anzahl an Propagandamaterial verfasst hatte, wurde freilich nicht angesprochen. RF, 8. 4. 1932, „Scheringers stolzes Bekenntnis zum Kommunismus".

[759] RF, 12. 4. 1932, „Scheringer; Sozialer und nationaler Freiheitskampf".

sozialisten begangen worden seien.[760] Die Betonung der ungleichen Behandlung von KPD und NSDAP durch die Weimarer Justiz erfolgte jedoch nicht um Mitleid oder Haftverschonung zu erreichen. Mit dieser Auslegung sollte namentlich der propagierte Universalfaschismus bestätigt werden, der der KPD (angeblich) gegenüberstand. Der Verweis auf die gezielte Unterscheidung sollte aufzeigen, wie weit die „Faschisierung" der Justizbehörden fortgeschritten sei. Schließlich werde die Justiz, wie andere staatliche Institutionen und gesellschaftliche Gruppen auch, von „der" Bourgeoisie in ihrem Interesse instrumentalisiert. Es sei Aufgabe des Rechtswesens, die Hilfstruppen der Kapitalisten gegen die Arbeiterschaft zu schützen. Nicht zuletzt konnte auf diese Weise auch die Stilisierung einzig wahre Revolutionspartei zu sein, weiter unterfüttert werden: nur Kommunisten würden eine derart große Gefahr für den kapitalistischen Staat bedeuten, dass sie erbarmungslos verfolgt werden müssten. Die Nationalsozialisten seien davon ausgenommen, da sie ja die Geschäfte der Kapitalisten, und damit auch die Geschäfte der Regierung und ihrer Justiz besorgen würden.

Mit Prozessbeginn wurde durch die kommunistische Presse nochmals der Lebensweg Scheringers aufgerollt, um den Verrat der NSDAP-Führer an ihren proklamierten Zielen und Programmpunkten nochmals aus dem Munde des ehemaligen Nationalsozialisten, der Kontakte zu den höchsten Stellen der Partei gehabt hatte, beweisen zu können – über einen weiteren, vergleichbar bedeutenden Überläufer verfügte die KPD schließlich nicht.[761] Bei diesem Unterfangen kam ihr das Reichsgericht zu Hilfe, da, um Scheringers grundlegende Motivation und Ziele beurteilen zu können, am ersten Verhandlungstag ausführlich sein Weg von der NSDAP zur KPD rekonstruiert worden war.[762] Als Aufhänger zog die „Rote Fahne" seine München-Fahrt heran, deren Schilderung die NSDAP-Führer entlarven und es Scheringer ermöglichen würde, „**Gericht über Hitler**" zu halten.[763] Und da sie bewiesen habe, dass „diese Naziführer alles in den Staub [träten], womit sie draußen in den Versammlungen ihre Mitglieder eingefangen haben", konnte Scheringers Urteil nur „**vernichtend**" ausfallen. Nachdem die Parteiführer in München ausdrücklich erklärt hätten, „daß die NSDAP. das Privateigentum als unantastbar anerkennt und von der kapitalistischen Wirtschaft retten will, was noch zu retten sei", habe Hitler eindeutig seine „**Koalitionslüsternheit**" und Legalität bewiesen, um

---

760 WaA, 12. 4. 1932, „Scheringer und das Reichsgericht; Die Urteilsbegründung des Herrn Baumgarten". Bereits vor Prozessbeginn hatte die „Rote Fahne" darauf hingewiesen, dass die Anklageschrift von dem selben „höchsten deutschen Richter, dem Oberreichsanwalt Werner, der das barbarische Boxheimer Blut- und Terrordokument der hessischen Naziführung als Lappalie bezeichnete und kein Hochverratsverfahren einleitete", verfasst worden sei. RF, 6. 4. 1932, „Richard Scheringer, 830. ‚Hochverräter', morgen vor dem Reichsgericht".

761 RF, 7. 4. 1932, „Genosse Scheringer vor dem Reichsgericht" und WaA, 4. 4. 1932, „Scheringer vor dem Reichsgericht". Bezeichnender Weise wurden bei den Kurzbiographien unangenehme Details wie Scheringers Zeit bei der Schwarzen Reichswehr oder seine Beteiligung am Küstriner Putsch einfach weggelassen. Lediglich seine beiden Verurteilungen durch die amerikanische und französische Militäradministration Anfang der 20er Jahre wurden erwähnte, da sie wohl mit dem nationalen Befreiungskampf der Kommunisten gegen den westlichen Imperialismus vereinbar schienen.

762 Bereits in der Anklageschrift war der ORA, da er Scheringer eine fortgesetzte Handlung nachweisen wollte, auf dessen Lebensweg und Entwicklung zum Kommunisten ausführlich eingegangen. Vgl. RF, 7. 4. 1932, „Genosse Scheringer vor dem Reichsgericht". Auch im Urteil nimmt die Entwicklung Scheringers vom Nationalsozialisten zum Kommunisten, insbesondere die München-Fahrt, mehrere Seiten ein.

763 So eine überdurchschnittlich große und fett gedruckte Zwischenüberschrift in: RF, 8. 4. 1932, „Scheringers stolzes Bekenntnis zum Kommunismus: Der Angeklagte hält Gericht über Hitler".

Ministerposten und Anteil an den Pfründen der kapitalistischen Republik erhalten zu können.[764] Das größte „***Verbrechen der Naziführer***" sei nach der „Roten Fahne" aber ihre Absicht, „**sich dem kapitalistischen Westeuropa und Amerika als Interventionstruppen gegen die Sowjetunion an**[zu]**bieten**".[765]

Scheringers Bekenntnis zur Sowjetunion, vor allem aber seine Warnung vor einem bevorstehenden Angriffskrieg gegen den kommunistischen Vorbildstaat, nahm einen großen Teil der Berichterstattung der Parteipresse ein. Sein Wunsch, die UdSSR zu verteidigen, wurde nun sogar als ein entscheidender Grund für seinen Frontwechsel angegeben.[766] Und im abschließenden Kommentar der „Roten Fahne" wurde Scheringers eindringlicher Hinweis auf die „*Schatten des drohenden Krieges der Imperialisten gegen die Sowjetunion*" als die „besondere aktuelle Bedeutung des Prozesses" charakterisiert.[767] Doch nicht nur Hitler, auch die in Deutschland herrschende Regierung, allen voran der Reichswehrminister Groener, würde die Intervention anstreben, weshalb sich beide bereits zu Verhandlungen zusammengefunden hätten, um „**die Sturmabteilungen als *Expeditionskorps im Krieg* gegen die Sowjetunion einsetzen**" zu können.[768] Den vermeintlichen Interventionsabsichten der kapitalistischen Staaten gab Scheringer keine Aussichten auf Erfolg und er prophezeite, dass „***der Kreuzzug gegen die Sowjets*** [...] ***der Leichenzug des Kapitalismus werden***" würde.[769] Er begründete seine Voraussage mit der erwarteten Ablehnung dieser Absicht durch breite Volksmassen: „**Denn nicht nur die klassenbewußten Arbeiter, sondern auch die noch im Lager des Hakenkreuzes stehenden ehrlichen Elemente werden meutern, wenn sie gegen die Sowjetunion kämpfen sollen.**" Die gezielte Bestärkung dieser (erhofften) Verweigerungshaltung gab Scheringer sogar als eigentlichen Motivationsgrund für seine Propagandatätigkeit an. Durch seine Stellungnahmen sollte „den SA.-Leuten [...] klargemacht werden, daß das Bündnis mit den russischen Arbeitern und Bauern gegen die eigenen Kapitalisten und die kapitalistischen Westmächte nötig ist".[770] Dem Kapitalismus wurde von Scheringer erneut grundsätzlich die Befähigung zur nationalen Befreiung abgesprochen und er führte zwei Gründe an, weshalb die KPD die Führung im nationalen Freiheitskampf übernehmen sollte: die Garantie auf die kommunistische Revolution, die eine sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsform installieren würde, sowie ihre militärische Absicherung durch das Bündnis mit der Sowjetunion.

---

764 RF, 7. 4. 1932, „Genosse Scheringer vor dem Reichsgericht" und 9. 4. 1932, „Scheringers Haftentlassung abgelehnt!".
765 RF, 8. 4. 1932, „Scheringers stolzes Bekenntnis zum Kommunismus".
766 RF, 7. 4. 1932, „Genosse Scheringer vor dem Reichsgericht". Darin heißt es, dass neben der Absage an den Sozialismus, die Erklärung der Parteiführung in München, „daß die NSDAP. gemeinsam mit Italien und England gegen den Bolschewismus in jeder Form kämpfen wolle", der entscheidende Grund zum Frontwechsel zur KPD gewesen sei.
767 RF, 12. 4. 1932, „Scheringer; Sozialer und nationaler Freiheitskampf". Vgl. RF, 8. 4. 1932, „Scheringers stolzes Bekenntnis zum Kommunismus" und WaA, 8. 4. 1932, „Skandal im Reichsgericht; Baumgarten schmäht die USSR".
768 Ein Ereignis, das er noch vor wenigen Monaten vor dem Reichsgericht eingefordert hatte. RF, 9. 4. 1932, „Scheringers Haftentlassung abgelehnt!".
769 RF, 8. 4. 1932, „Scheringers stolzes Bekenntnis zum Kommunismus".
770 RF, 9. 4. 1932, „Scheringers Haftentlassung abgelehnt!".

Scheringers Äußerungen entsprachen nun genau den Vorgaben der Generallinie zur nationalen Frage. Als unverzichtbare Voraussetzung, die nationale Befreiung überhaupt jemals erreichen zu können, wurde der Kampf gegen die eigene, nationale Bourgeoisie und die Beseitigung des Kapitalismus im eigenen Lande unter der Führung der KPD bezeichnet. Erst durch die Revolution werde das sozialistische Deutschland „den Anschluss an die national und sozial befreite Sowjetunion und an die Massen der unterdrückten Kolonialvölker" herstellen können.[771] Auch Scheringer gab nun, was zuvor im Rahmen der Scheringer-Propaganda, bis auf die Broschüre „Erwachendes Volk", eher zurückhaltend angesprochen worden war, offen zu, dass dieses Ziel wohl nur durch einen Bürgerkrieg in Deutschland erkämpft werden könne, für den er jedoch die herrschende Klasse durch ihr Festhalten an der Macht verantwortlich machte. Wäre dieser Schritt vollzogen, die soziale Revolution erreicht und die proletarische Diktatur unter der Führung der KPD installiert, würden erstmals die wahren Interessen des werktätigen Volkes vertreten, weshalb erst ab diesem Zeitpunkt tatsächlich nationale Politik betrieben werden könne. Und ab dem Augenblick, wo die Massen in ihrem eigenen Interesse Politik betreiben könnten, würden der Nation ganz neue, auch militärische Kräften erwachsen, die erst die Absicherung der neu gewonnen nationalen Freiheiten ermöglichen würden. Somit müsse jeder Nationalist, der es wirklich ernst mit der Befreiung der Nation meinte, dem Vorbild Scheringers folgen; er habe als erster erkannt, dass der unbedingte Wunsch nach nationaler Befreiung unzweifelhaft zum Kommunismus führe werde.[772] Von einem Angriffs- bzw. Revanchekrieg gegen Frankreich war nun keine Rede mehr und Scheringer proklamierte – nun entsprechend der leninistischen Doktrin -, dass der kommende (Interventions-) Krieg der Westmächte in einen revolutionären Bürgerkrieg in allen kapitalistischen Staaten umgewandelt werden müsse.

In diesem Zusammenhang wurde von Scheringer wortwörtlich das kommunistische Konzept der zwei deutschen Nationen propagiert, das von einer Differenzierung nach Klassenzugehörigkeit ausging und damit nur einem Teil der Bevölkerung die nationale Repräsentanz zugestand. Scheringer drückte in einer prägnanten Formel aus, was die KPD letztlich von allen ihren Parteigängern, auch den nationalistischen Dissidenten, in der nationalen Frage erwartete. Überraschend war lediglich, mit welcher Deutlichkeit er vor Gericht ein Konzept proklamierte, das den Vorstellungen der radikalen Rechten über die eigene Nation diametral entgegenstand – und die Loyalitäten zu verschiedenen Nationalstaaten (für Nationalisten *per se* unmöglich!) durch ökonomische und klassenpolitische Kriterien bestimmte: „**Unser Feind steht nicht in Rußland, sondern im kapitalistischen Westen.**

[771] RF, 8. 4. 1932, „Scheringers stolzes Bekenntnis zum Kommunismus".

[772] RF, 8. 4. 1932, „Scheringers stolzes Bekenntnis zum Kommunismus". Dort wurde Scheringer in diesem Sinne zitiert: „**Für mich war der Wunsch nach nationaler Befreiung der Ausgangspunkt der Entwicklung, die mich zum Kommunismus führte.**" Und auch in diesem Punkt verwies Scheringer auf das Vorbild der Sowjetunion und begründete mit diesem Argument seine Propagandatätigkeiten: „Ich wollte meinen Kameraden, nicht den Reichswehroffizieren, sondern den SA.-Leuten, klarmachen, daß linksgerichtet sein nicht gleichbedeutend mit Pazifismus wäre. Denn ein bolschewistisches Deutschland wird die Befreiung durch eine rote Volksarmee durchführen, ebenso wie der Bolschewismus an 14 Fronten den Interventionskrieg abgewehrt hat." WaA, 7. 4. 1932, „Sensationelle Erklärung Scheringers vorm Reichsgericht".

[…] **Wir verteidigen die Sowjetunion. Aber wir *verraten das kapitalistische Deutschland mit Bewußtsein*!**"[773] Dass Scheringer in aller Öffentlichkeit seine Bereitschaft verkündete, unter bestimmten (aktuell herrschenden!) Umständen das eigene Vaterland zu verraten und sein Leben gegebenenfalls einer fremden Nation zu opfern, war für einen ehemaligen Nationalsozialisten in der Tat ein erstaunliches Bekenntnis.

In dem abschließenden Kommentar der „Roten Fahne" wurde die von Scheringer am eigenen Beispiel propagierte Erkenntnis, dass das Ziel der nationalen Befreiung über kurz oder lang in die Reihen der Kommunisten führen müsse, aufgegriffen. Der ehemalige Offizier sei in der Tat „zur Kommunistischen Partei auf einem anderen Wege gekommen, als das proletarische Gros ihrer Mitglieder", die durch den sozialen Befreiungskampf zur Partei gestoßen wären: „*Anders Scheringer.* Aus einer Offiziersfamilie stammend, empfand er das Versailler Diktat und die sich daraus ergebenden Verträge als ‚nationale Schmach'."[774] Er sei zunächst zu den Nationalsozialisten gegangen, da er dort „die Truppe des Widerstandes gegen die Versklavung Deutschlands zu finden glaubte". Das Gefühl, das Scheringer empfunden habe, sei aber auch den Kommunisten nicht fremd. Auch sie wollten, da „unsere Heimat [...] von der kapitalistischen Klasse vergewaltigt werde", das Vaterland, die Nation, „von den Youngkapitalisten aller Länder, vor allem den deutschen befreien".[775] Durch den fortlaufenden Verrat der NSDAP-Führer habe Scheringer begonnen, sich mit dem Marxismus auseinander zusetzten. Sein Studium habe die Erkenntnis reifen lassen, dass die nationale Befreiung von sozialökonomischen Voraussetzungen und Faktoren abhängig sei, „daß die *nationale Freiheit eines Volkes ohne die soziale Freiheit seiner Arbeiterklasse undenkbar ist*". Da ökonomische Gesetzmäßigkeiten aber international seien und vor nationalen Grenzen keinen Halt machen würden, müsse sich auch nationale Politik zwangsläufig in einem internationalen Rahmen bewegen - die Vorstellung autark wirtschaften und autonome Politik betreiben zu können, sei eine naive Illusion. Erst nachdem „er durch Tatsachen überzeugt wurde, daß Hitler der Parteigänger der deutschen und der internationalen Hochfinanz ist", habe Scheringer „die *Internationalität* der zwei Fronten erkennen [können]: auf der einen Seite die kapitalistische, völkerunterdrückende und auf der anderen Seite die sozialistische, völkerbefreiende Front." Er habe endlich erkannt, dass eine Partei, die zwar nationales Pathos im Munde führe, den Kapitalismus aber nicht antasten werde, niemals die Befreiung der Nation erreichen könne, „da der deutsche Kapitalismus mit dem der anderen imperialistischen Ländern verfilzt

---

773 RF, 9. 4. 1932, „Scheringers Haftentlassung abgelehnt!". Scheringers Ausspruch „**Wir verraten das kapitalistische Deutschland**" wurde als fettgedruckte Zwischenüberschrift direkt unter dem eigentlichen Titel des Artikels abgedruckt.

774 RF, 12. 4. 1932, „Scheringer; Sozialer und nationaler Freiheitskampf".

775 Zum Beweis, dass auch Kommunisten ein Nationalgefühl nicht fremd (aber eben an gewisse Bedingungen geknüpft) sei, wurde wieder ein Lenin-Zitat angeführt: „*Ist uns denn*, den großrussischen klassenbewußten Proletarien, *das Gefühl nationalen Stolzes fremd*? Gewiß nicht! *Wir lieben unsere Sprache und unsere Heimat*, wir arbeiten am meisten daran, ihre werktätigen Massen (das heißt neun Zehntel ihrer Bevölkerung) zum klassenbewußten Dasein klassenbewußter Sozialisten zu heben. Es schmerzt uns am meisten, zu sehen und zu fühlen, welchen Gewalttaten und welchen Unterdrückungen die zaristischen Henker, Gutsbesitzer und Kapitalisten unsere Heimat unterwerfen. Wir sind stolz darauf, daß diese Vergewaltigung in unserer Mitte […] einen Widerstand erzeugt hat."

ist und verwachsen ist". Der Kapitalismus würde stets die nationalen Interessen der Mehrheit des Volkes dem Profit Einzelner opfern, weshalb dem Proletariat „der internationale Zusammenschluß der überall auf die gleicherweise unterdrückten Arbeiter ein Gebot der Selbsterhaltung und die Vorbedingung ihrer Befreiung" sei; ja, er sei dem Proletariat vom Kapitalismus, auch wenn er sich national gebärde, letztlich aufgezwungen worden. Zum Ziel jeglicher nationaler Politik wurde nun auch im Namen Scheringers die internationale Allianz der sozialistischen Staaten bestimmt, da erst auf diesem Wege die Freiheit der einzelnen Nationen erreichbar sei.

Andere Auffassungen zu dieser Frage, wie sie Scheringer selbst zuvor noch als Kommunist äußern durfte, seien reiner „*Chauvinismus*", mit dem „in allen seinen Spielarten schonungslos" gebrochen werden müsse. Dass „*der suchende Scheringer* [...] *vom Kommunismus besiegt*" wurde, habe aber nicht nur an der „Gewalt der Theorie", sondern auch an der „Praxis", dem Vorbild der Sowjetunion gelegen, wo die soziale und nationale Befreiung bereits erfolgreich und mustergültig durchgeführt worden sei. Am Beispiel der UdSSR wurde am Rande, in einem Nebensatz, erläutert, was die KPD unter nationaler Freiheit überhaupt verstand: in der Sowjetunion könnten erstmals „150 Völker ihre Sprache und andere nationalen Eigenheiten frei und ungehemmt entfalten".

Nachdem Scheringer seinen Weg zum Kommunismus konsequent bis zum Ende beschritten hatte, konnte er, das Symbol der KPD für ihren nationalen Befreiungskampf, nun auch als Vorkämpfer des kommunistischen Internationalismus (!) stilisiert werden:

„Dieser unser besonderer Stolz ist die Erfüllung des proletarischen Internationalismus, jenes Internationalismus, als dessen Wortführer Scheringer vor den Leipziger Reichsrichtern auftrat, jenes Internationalismus, der uns auf Leben und Tod mit der Sowjetmacht verbindet, in der zum ersten Male die Befreiung der Arbeiter und damit der Nation Wirklichkeit wurde."

Vor dem Prozess hatte sich Scheringer der „Roten Fahne" zufolge noch auf dem Weg zum vollendeten Kommunisten befunden: denn „alle diese Briefe, auf die sich die Anklage stützt", würden noch „den Stempel des *geistigen Ringens* Scheringers mit den Problemen des Kommunismus" tragen, da seine Versuche sich „über die *Grundfragen* klar zu werden", deutlich erkennbar gewesen waren.[776] Und noch zu Beginn der Hauptversammlung hatte sich das Parteiorgan genötigt gesehen, auf der selben Seite, auf der über Scheringer berichtet wurde, mittels eines Zitates aus dem „Kommunistischen Manifest" die Öffnung der Partei auch für „bürgerliche Elemente" ideologisch abzusichern bzw. vor der eigenen Anhängerschaft zu rechtfertigen. Nachdem er aber „mit dem Mut und der Entschiedenheit, die einem proletarischen Revolutionär geziemt", vor „den höchsten republikanischen Richtern" sein „stolzes Bekenntnis zum Kommunismus" abgelegt hatte, hatte Scheringer für

[776] RF, 7. 4. 1932, „Genosse Scheringer vor dem Reichsgericht".

die „Welt am Abend“ „die Feuerprobe bestanden. Er hat sich als proletarischer Kämpfer bewährt, wie der Besten einer.”[777]

Die Zeitung dankte ihm daraufhin im Namen des gesamten kommunistischen Proletariats „für das mannhafte Festhalten an der ehrlich errungenen Ueberzeugung trotz aller Versuche, hinter den Kulissen ihn mit Zuckerbrot und Peitsche dem kapitalistischen Regime wieder gefügig zu machen.”[778] Und der abschließende Kommentar der „Rote Fahne“ resümierte, dass „Genosse Scheringer“ „sich von der ersten Minute des Prozesses bis zu seinem Ende [...] wie ein Bolschewist gehalten [habe]. Es war ein schweres Examen – er hat es bestanden.”[779] Mit diesem Tage hatte Scheringer seinen Weg zum Bolschewik, den er „rasch und mit eherner Konsequenz zurückgelegt” habe, abgeschlossen, woraufhin das Proletariat den Dissidenten endgültig als einen der Ihrigen angenommen habe.[780] Nachdem Scheringer zuvor seine Tatkraft und Kampfbereitschaft gezeigt hatte, hatte er mit dem Prozess nun auch seine Zuverlässigkeit und Opferbereitschaft bewiesen, so wie sie anlässlich eines jeden Übertritts von Nationalisten zur KPD von der Partei stets öffentlich verlangt worden war. Dieser zweite, entscheidende Schritt machte Scheringers Lebensweg nun endgültig zum vorbildhaften Paradebeispiel, an dem sich alle folgenden nationalistischen Dissidenten zu orientieren hatten. Und wie der Titel des Artikels, „Scheringer – Sozialer und nationaler Freiheitskampf”, zeigte, war der ehemalige nationalsozialistische Offizier endgültig zum Symbol für die von der KPD seit der „Programmerklärung“ verfolgte Propaganda geworden - eine Art „corporate identity“ zwischen „Programmerklärung“ und Richard Scheringer.

Nachdem die kommunistische Presse Scheringer durch sein Auftreten vor dem Reichsgericht zum vollwertigen Bolschewik geadelt hatte, stand auch die Parteiführung mit einer ausdrücklichen Belobigung nicht nach und das Zentralkomitee veröffentlichte am 22.04.1932 in der „Roten Fahne“ einen Offenen Brief.[781] In dem Schreiben dankte das ZK im Namen der Partei für sein Bekenntnis zum Kommunismus und seine Opferbereitschaft, ohne die es „keine Erfolge im Klassenkampf und

---

[777] RF, 8. 4. 1932, „Scheringers stolzes Bekenntnis zum Kommunismus” und WaA, 8. 4. 1932, „Scheringer greift an!“ Die allerletzten Zweifel hatte der Dissident durch seine selbstlose Opferbereitschaft, mit der er das Urteil entgegennahm, ausgeräumt: „**Wenn dieser Prozeß einigen SA.-Kameraden die Augen öffnet, bleibe ich gern in der Sträflingsarmee der 7000** [kommunistischen] **Gefangenen.**” RF, 10. 4. 1932, „2 ½ Jahre Festung für Scheringer beantragt!”. Der Ausspruch wurde als zweiter Titel des Artikels gesondert hervorgehoben.

[778] WaA, 12. 4. 1932, „Scheringer und das Reichsgericht; Die Urteilsbegründung des Herrn Baumgarten”.

[779] RF, 12. 4. 1932, „Scheringer; Sozialer und nationaler Freiheitskampf”. Zur Charakterisierung Scheringers durften ungeachtet seiner kommunistischen Linientreue weiterhin preußische Militärlegenden herangezogen werden; denn er habe „im Prozeß eine revolutionäre Kühnheit an den Tag gelegt, die nach den Worten des genialen Kriegstheoretikers *Clausewitz* ‚die edelste Tugend und der rechte Stahl ist, der der Waffe ihre Stärke und ihren Glanz gibt‘.”

[780] WaA, 8. 4. 1932, „Scheringer greift an!; Der ‚Kommunismus‘ des Reichsgerichtsrats - Bekenntnis zur Sowjetunion”.

[781] RF, 22. 4. 1932, >kein Titel< (Nur die Anrede: „Lieber Genosse Scheringer!”), hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 325. Der Brief wurde auch im „Aufbruch“, 2. Jg., Nr. 3, Mai 1932, „Das ZK. der KPD. an Scheringer”, S. 5-7 (Reprint: 167-169). abgedruckt. Als kleine Anekdote am Rande sei darauf verwiesen, dass sich die kommunistische Hochschulgruppe der „Technischen Hochschule Charlottenburg“, aus der nach dem Krieg die „Technische Universität Berlin“ hervorging, an der diese Dissertationsschrift eingereicht wurde, unmittelbar nach dem Prozess zu Ehren des Angeklagten und „als Antwort auf das ungeheuerliche Urteil des Reichsgerichts” entschlossen hatte „ihrem *Studentenklub* den Namen des Genossen *Scheringer* zu geben”. RF, 17. 4. 1932, „Roter Studentenbund ‚Scheringer‘”, hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 322.

keinen endgültigen Sieg der Revolution" geben könne. Kurz darauf publizierte die „Rote Hilfe" in diesem Sinne die Broschüre „Scheringer; Der Weg eines Kämpfers". Darin wurde beginnend mit dem Reichswehrprozess der gesamte „Fall Scheringer" aufgerollt, um zu guter Letzt, in einem Gesamtüberblick zusammengefasst, die beispielhafte Entwicklung Scheringers, in allen hier beschriebenen Etappen, in Gänze präsentieren zu können.[782]

Mit dem Urteil, zeigte sich die Parteipresse überzeugt, sollte, da Scheringer stellvertretend für die KPD gesprochen und Anklage gegen das kapitalistische System geführt hatte, neben dem Dissidenten auch die Partei getroffen werden, was „von der gesamten revolutionären Arbeiterschaft als ein *Peitschenschlag* gegen sie selbst aufgefaßt" werde.[783] Der kapitalistische Klassenstaat habe mit Scheringer gezielt das Symbol für den Einbruch der Partei in den Mittelstand treffen wollen, um dieser neuen Entwicklung Einhalt zu gebieten.[784] Doch Scheringer sei nicht nur stellvertretendes Opfer, sondern auch repräsentatives Sinnbild für das revolutionäre Bekenntnis der KPD. Seine stellvertretende Verurteilung wurde als weiterer Beweis angesehen, dass sich die Bereitschaft zur Revolution ausschließlich bei der KPD finden würde – die NSDAP hatte sich seinerzeit ja im Gegensatz zur KPD öffentlich von Scheringers revolutionären Absichten und Taten distanziert.

Das Urteil werde daher „nicht nur heiße Empörung und Proteste entfachen, sondern [sei] auch ein weithin sichtbares Zeugnis für die wirkliche Gefahr, die der Kommunismus, und *nur er*, für die kapitalistische Klasse darstellt. Die Lehre, die Scheringer vor einem Jahr sich zu eigen machte, und die er mit dem ihm eigenen Bekennermut in seinen Kreisen verbreitete, ist ein Sprengmittel von so immenser Durchschlagskraft, daß die herrschende Klasse ihn am liebsten gar nicht mehr aus den Klauen lassen möchte."[785]

Und die „Welt am Abend" zeigte sich überzeugt, dass die erneute Verurteilung Scheringers nicht nur dazu führen werde, dass „bei Millionen, besonders bei der Jugend, das Nachdenken darüber beginnen [werde], weshalb einer, der für einen ihrer Besten gilt, den Weg zum Kommunismus ging".[786] Erste Auswirkungen wurden schon für die nächsten Wahlen angekündigt; „am 24. April, dem Tag der Preußenwahlen, wird Scheringers Beispiel und Wort seine Wirkung bereits getan haben".

Die nationalkonservative Presse widmete dem zweiten Scheringer-Prozess kaum Aufmerksamkeit. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" beispielsweise beschränkte sich auf die Erwähnung des Pro-

---

782 „Scheringer; Der Weg eines Kämpfers; Reichswehrleutnant a.D. Scheringer 2mal wegen Hochverrat vor dem Reichsgericht.', 2. Ausgabe, Prozeßbericht, Hg. Rote Hilfe Deutschland, verantwortlich: Tom Waibel, Berlin o.D.a. Von besonderem Interesse ist das letzte Kapitel, das auf den Ausgangspunkt seiner Entwicklung, den Reichswehrprozess, einging. Damals sei er zu einer überraschend hohen, gegenüber Nationalsozialisten unüblichen, Strafe verurteil worden. Der Grund läge darin, dass Scheringer bereits damals kein wirklicher Nationalsozialist gewesen sei. Er habe die Erfüllung seiner revolutionären Ziele einfach in der falschen Partei gesucht. Scheringer wurde demnach bereits im Reichswehrprozess für seine revolutionären Ansichten und Ziele verurteilt, die er nun unter dem Banner des Kommunismus erkämpfen wollte. Er wurde damit als Symbol des „guten Nazi" dargestellt, der, wenn er es mit dem Sozialismus und dem revolutionären Bekenntnis wirklich ernst meinte, zwar die richtigen Absichten und Ziele verfolge, diese aber damals durch gezielte Verwirrung in der falschen Partei zu erfüllen trachtete.

783 WaA, 12. 4. 1932, „Scheringer und das Reichsgericht; Die Urteilsbegründung des Herrn Baumgarten." und RF, 12. 4. 1932, „Scheringer; Sozialer und nationaler Freiheitskampf". In diesem Sinne auch: RF, 9. 4. 1932, „2 ½ Jahre Festung für Scheringer beantragt!".

784 RF, 12. 4. 1932, „Scheringer; Sozialer und nationaler Freiheitskampf".

785 RF, 9. 4. 1932, „Scheringers Haftentlassung abgelehnt!".

786 WaA, 11. 4. 1932, „Heute Scheringer Urteil".

zessbeginns mit Nennung der Anklagepunkte und auf die Urteilsverkündung.[787] Während sich der „Völkische Beobachter" jeglicher Berichterstattung enthielt, sah sich der „Angriff" genötigt, nachdem Scheringers Schilderung seiner München-Fahrt von den meisten Presseorganen aufgegriffen worden war, eine Gegendarstellung über sein Gespräch mit Goebbels zu veröffentlichen. Neben dieser Richtigstellung berichtete auch der „Angriff" lediglich kurz über die Urteilsverkündung.[788]

Demgegenüber berichtete die liberale und sozialdemokratische Presse täglich, oft in umfangreichen Artikeln über die nunmehr dritte Runde im „Fall Scheringer", in denen längere Passagen in direkter oder indirekter Rede wiedergegeben wurden. Und auch zu diesem Anlass, obwohl sich die Zeitungen bemühten den Ablauf der Verhandlungen möglichst neutral zu schildern, folgten sie bei der Berichterstattung ihrer Absicht einen „Austausch der Extreme" und eine prinzipielle Identität beider Radikalparteien nachzuweisen; das Beispiel Scheringer bot sich nach wie vor bestens für dieses Unterfangen an. Da im vorangegangenen Jahr die Stärke und allgemeine Akzeptanz der NSDAP im Gegensatz zur KPD im ungleichen Maße zugenommen hatte, waren die Warnungen vor einer unmittelbaren Bedrohung des Staates nun eindeutig gegen die nationalsozialistische Partei gerichtet. Der Prozess wurde als Chance erkannt, nachweisen zu können, dass der von Hitler geleistete Legalitätseid lediglich eine taktische Maßnahme gewesen war, um die Wählbarkeit und Koalitionsfähigkeit der NSDAP steigern zu können; die Partei ihr zerstörerisches und putschistisches Bedrohungspotential gegenüber der Weimarer Republik aber keineswegs verloren hatte.[789]

Ihrer grundlegenden Intention folgend hob die liberale Presse insbesondere diejenigen Ausführungen Scheringers hervor, in denen er betont hatte, dass seine politischen Ziele, ungeachtet des Parteiwechsels, konstant geblieben seinen.[790] Durch seine Aussagen sahen sich die Zeitungsredaktionen in ihrer Auffassung bestätigt, dass die Ziele und Methoden der Anhänger beider Radikalparteien letztlich identisch wären und sie erinnerten an die Kürze der Zeit, die Scheringer für seinen totalen Frontwechsel

---

787 Z.B. die DAZ, 8. 4. 1932 (M), „Leutnant a.D. Scheringer vor dem Reichsgericht" und 12. 4. 1932, „Zwei Jahre sechs Monate Festung für Scheringer". Aber auch bürgerliche Blätter wie die „Germania" des Zentrums beschränkten sich auf die kommentarlose Wiedergabe des Urteils und der Urteilsbegründung. Germania, 12. 4. 1932, „2 Jahre 6 Monate Festung für Scheringer; Die Urteilsbegründung", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 279.

788 Angriff, 9. 4. 1932, „Dr. Goebbels stellt richtig; Das Gespräch mit Scheringer" und 12. 4. 1932, „Festung für Scheri nger".

789 Die „Frankfurter Zeitung" verwies auf einen kommunistischen Zeugen aus Gollnow, der ausgesagt hatte, dass Scheringer „seinerzeit von Rechtsanwalt Franck II. und den Nationalsozialisten gehemmt worden sei. Sie hätten ihn im Reichswehrprozeß geduckt [sic!], um ihre Legalität nicht bestreiten zu lassen. Scheringer habe sich dem Druck von Dr. Franck II und von Dr. Sack gefügt, **damit die Legalität der Nationalsozialisten gerettet werden konnte.**" FZ, 9. 4. 1932, „In Gollnow traf sich die S.A.!; Der Hochverratsprozeß gegen Scheringer.". Auch die „Vossische Zeitung" äußerte diese Auffassung. VZ, 7. 4. 1932, „Scheringers Münchner Ernüchterung; Diesmal als Kommunist vor dem Reichsgericht". Aus diesem Grunde zeigte sich die liberale Presse weiterhin durch die von Scheringer bestätigte Verbindung von Reichswehr und NSDAP besorgt: auch nach dem Reichswehrprozess würde der Nationalsozialismus den Geist der Armee beherrschen. Das „Berliner Tageblatt" hob aus den Ausführungen Scheringers hervor, dass in der Ulmer SA „**zahlreiche frühere Batterie-Kameraden gewesen seien, die sofort nach ihrer Entlassung aus der Reichswehr nach zwölfjähriger Dienstzeit in die S.-A.- und S.-S.-Verbände eingetreten seien.**" BT, 8. 4. 1932(A), „'Scheringer schreibt...'".

790 Das „Berliner Tageblatt" zitierte explizit die Antwort des Angeklagten auf die Frage des Richters, wo denn der Unterschied zwischen seiner früheren und seiner jetzigen Gesinnung läge: „Scheringer: Die Ziele sind dieselben. Nur der Weg hat sich verändert. Die nationale und soziale Befreiung sind untrennbare Begriffe." BT, 7. 4. 1932 (A), „Scheringer vor dem Reichsgericht; Goebbels: ‚Die Brechung der Zinsknechtschaft ist Federscher Unsinn.'".

benötigt hatte; erinnerten daran, dass in nur „anderthalb Jahren [...] aus dem Nationalsozialisten ein Kommunist geworden" sei: „Sein Weltbild hat sich geändert, aber nur scheinbar, **denn Scheringer ist auch heute noch Nationalsozialist, genau wie er es früher war.** Er hat sich nicht geändert, nur ist er von den gleichen Voraussetzungen zu anderen Schlussfolgerungen gekommen."[791] Und nachdem sein Lebensweg vor Gericht rekapituliert worden war, wurde die Wesenseinheit der beiden Radikalparteien und damit auch der „Austausch der Extreme" stellvertretend in Scheringers Person als zweifelsfrei bewiesen angesehen: „Da geht dieser Scheringer hin und wird Kommunist. Wäre er Kommunist gewesen, hätte er wohl dieselben Enttäuschungen mit umgekehrten Vorzeichen erlebt."[792]

In diesem Sinne wurde explizit auf den (nahezu) identischen Typus hingewiesen, der gleichermaßen die aktionistische Anhängerschaft beider Radikalparteien bestimmen würde, und für den Scheringer lediglich der bekannteste Stellvertreter sei. Er sei wie viele seiner Altersgenossen durch die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung aus dem Gleichgewicht geraten und hätte folglich eine Neigung zum Absoluten entwickelt, die auf sofortige und konzessionslose Erfüllung revolutionärer Umwälzungen abziele. Welcher Art oder in welche Richtung sie erfolgen solle, wäre ihnen allen letztlich gleichgültig: „Solche Menschen, die unklaren Gedanken mit reinem Herzen anhängen, sind den radikalen Parteien willkommene Helfer, so lange sie nicht zu viel fragen und nicht zu viel denken."[793] Denn während es „für Menschen von der Art Scheringer [...] nur Schwarz oder Weiß gäbe", stelle sich die Welt für ihre Führer in grauen Zwischentönen dar, weshalb letztere im Gegensatz zu Teilen ihrer Anhängerschaft durchaus bereit wären, ihre Ideale der Macht und dem politischen Einfluss zu opfern.[794]

Aufgrund dieser Interpretation legte die liberale Presse besonderes Augenmerk auf Scheringers Schilderung der Gespräche mit der NSDAP-Führung anlässlich seiner München-Fahrt, um sie zur Desavouierung der nationalsozialistischen Partei zu nutzen. Scheringer, dem ungeachtet seiner abgelehnten Radikalität „subjektive Ehrlichkeit" zugestanden wurde, wurde sogar Verständnis für seinen Frontwechsel entgegengebracht, nachdem er dort auf seine Fragen nur ausweichende Antworten und Bestechungsangebote erhalten hatte, „deren Echtheit außer Zweifel stehen, wenn sie wie alles Unbequeme jetzt natürlich abgestritten werden".[795] Den Führern der NSDAP hingegen sollte auf diese Weise prinzipienlose Machtgier nachgewiesen werden, um so die Weimarer Öffentlichkeit vor der Partei warnen zu können:

„Man braucht kein Scheringer zu sein, um vor solcher Scharlatanerie aus einem Saulus zum Paulus zu werden. Jeder Mensch, der eine Ueberzeugung hat, ganz gleich welche, jeder Mensch, der eine Spur Charakter, der ein kleines Gefühl für die Nation hat, hätte sich mit Abscheu abgewendet, wenn er statt sachlicher Antwort auf dezidierte Fragen nur nichtswürdige Hinweise auf Chancen politischer Streberei vernommen hätte. Was auch immer aus dem jungen Menschen werden mag, sein persönliches

791 BT, 8. 4. 1932 (M), „Die wahren Schuldigen.; Scheringer als Opfer der nationalsozialistischen Scharlatane."
792 VZ, 8. 4. 1932, „Scheringers zwei Sterne".
793 Ebenda.
794 BT, 8. 4. 1932 (M), „Die wahren Schuldigen.; Scheringer als Opfer der nationalsozialistischen Scharlatane."
795 VZ, 8. 4. 1932, „Scheringers zwei Sterne". In einem anderen Artikel hieß es: „Nur einem sehr oberflächlichen Beschauer kann dieser Weg als den eines haltlosen, unreifen Menschen erscheinen." VZ, 12. 4. 1932, „Revolutionäre Predi gten".

Schicksal berührt uns wenig. Aber es ist festzustellen, dass an diesem Schicksal nicht der Mensch Scheringer allein der Schuldige ist, sondern vielmehr jene angeblichen Retter des Volkes, die in egoistischer Sehnsucht nach der bunten Jacke Millionen notleidender Volksgenossen betrügen und belügen."[796]

Obwohl die liberale Presse die Strafbarkeit von Scheringers Handlungen ausdrücklich bestätigte, wurde das Urteil gemeinhin als zu hart empfunden und es wurden Zweifel laut, ob die Höhe des Strafmaßes nicht doch politischen Absichten geschuldet war. Durch derartige Bedenken wurden auch von bürgerlicher Seite die Klagen der KPD, dass die Weimarer Justiz Kommunisten und Nationalsozialisten unterschiedlich behandeln würde, tendenziell unterstützt.[797] Bereits nach dem Plädoyer des Staatsanwaltes zog die „Frankfurter Zeitung" „einen lehrreichen *Vergleich*" und zeigte sich verwundert, dass die Reichsanwaltschaft in beiden Hochverratsprozessen den selben Strafantrag gestellt habe.[798] Beim Reichswehrprozess, „als *Offiziere im Heere* revolutionäre Zersetzungsarbeit im Sinne der Nationalsozialisten" betrieben hatten, sei der Antrag angemessen gewesen, da die Aktivitäten der Angeklagten „zu den *allergefährlichsten* Hochverratsunternehmungen" zu zählen waren. Diesmal aber seien Scheringers Taten,

„wenngleich strafbar, so doch auch unzweifelhaft ein Unternehmen von weit geringerer Tragweite [gewesen], insbesondere wenn es - wie hier - nicht von einem maßgebenden Politiker, sondern von einem einzelnen Agitator betrieben wird. Jedoch: derselbe Strafantrag. Herr Scheringer ist inzwischen, wie man weiß, vom Nationalsozialismus zum Kommunismus hinübergewechselt."

Die „Frankfurter Zeitung" stellte daher die zynische Frage, ob denn, vor allem nachdem der „Herr Reichsanwalt" ausgeführt habe, dass „in Zukunft auch *Privatbriefe* hochverräterischen Inhalts bestraft werden sollen", gleichermaßen gegen Nationalsozialisten Anklage erhoben werden würde? Gelegenheiten würden sich reichlich bieten, da „ja das in fast allen deutschen Ländern festgestellte und beschlagnahmte Material der Nationalsozialisten dem Oberreichsanwalt hinreichende Beschäftigungsmöglichkeiten geben [könnte]. Wird es das?" Die „Vossische Zeitung" prophezeite dementsprechend, dass „die Maßstäbe, die das Reichsgericht in diesem Falle anwenden zu sollen glaubte, [...] nicht ohne Kritik bleiben" würden.[799] In Ihrem abschließenden Resümee kommentierte die Zeitung weniger das Urteil, sondern fragte nach den Ursachen, die zu Prozessen dieser Art führen würden. Es sei doch deutlich zu erkennen gewesen, „daß die Reichsrichter auch in zwei Prozessen die psychologischen Untergründe des Scheringerschen Hochverrates nicht ganz zu erfassen vermochten". Die entscheidende Frage des Prozesses sei nach Auffassung der Zeitung aber nicht gewesen,

„*ob* ein Mensch von 27 Jahren, der aus einer sicherlich nicht revolutionären Sphäre kommt, ‚revolutionäre Predigten' hält, sondern *daß* er sie hält und *warum* er sie hält. Ein Gericht von dem Rang ei-

---

796 BT, 8. 4. 1932 (M), „Die wahren Schuldigen.; Scheringer als Opfer der nationalsozialistischen Scharlatane."

797 Bereits zu Beginn des Prozesses hatte die „Vossische Zeitung" das Gericht aufgefordert, gegenüber dem Kommunisten Scheringer dieselben Maßstäbe anzulegen, wie gegenüber dem Nationalsozialisten Scheringer. VZ, 8. 4. 1932, „Scheringes zwei Sterne".

798 FZ, 10. 4. 1932, „Strafantrag gegen Scheringer; 2 Jahre 6 Monate Festung."

799 VZ, 12. 4. 1932, „Revolutionäre Predigten".

nes Reichsgerichts hätte es als seine vornehme Aufgabe betrachten müssen, in der Begründung seines Urteils auf diese Frage einzugehen. Daß das unterblieb, ist ein tiefbedauerliches Manko."

Die Zeitung gab deshalb, anstelle der Weimarer Justiz, selbst die Antwort auf ihre Frage, und führte eine weit verbreitete, grundlegende Radikalität der deutschen Jugend als Begründung an, die das Gesellschaftsgefüge bedrohe und die Ursache des propagierten „Austausch der Extreme" bilden würde.[800] Folgerichtig sah die „Vossische Zeitung" auch den Staat, wenn er sich längerfristig schützen und selbst erhalten wolle, in der Pflicht

„sich darum zu kümmern, weshalb gerade die Jugend sich in den Reihen der Staatsgegner befindet. Es ist billig und gefährlich, sich damit zu trösten, daß diese Jugend eben unreif ist und sich schon eines Tages besinnen werde. Wir glauben ebenfalls, daß Leute wie Richard Scheringer ihr Leben nicht als kommunistische Parteifunktionäre beschließen werden, aber wir sind der ketzerischen Meinung, daß aus ihnen ebensowenig pensionsberechtigte Reichsgerichtsräte der Weimarer Republik werden, wenn nicht in absehbarer Zeit die Erkenntnis in den staatserhaltenden Kreisen sich Bahn bricht, daß junge Menschen nicht um nichts und wieder nichts und aus überheblicher Unreife vier Jahre hinter Festungsmauern gehen."

Scheringer und die KPD erhielten bei der Verbreitung ihrer propagandistischen Absichten indessen von unerwarteter Seite Schützenhilfe. Noch prononcierter als die liberale, nutzte die sozialdemokratische Presse den Prozess zu eindeutigen Angriffen gegen die NSDAP und die Weimarer Justiz.[801] Der „Vorwärts" unterstützte ausdrücklich die Vorwürfe, dass die Justiz bei ihrer Strafverfolgung zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten bewusst unterscheiden würde und dass es sich folgerichtig um ein politisches Verfahren aus Gründen der Gesinnung handeln würde.[802] Darüber hinaus verwies das Organ der SPD wie die kommunistischen Zeitungen ausführlich auf den Verrat der nationalsozialistischen Führung an den öffentlich proklamierten Zielen und Programmpunkten der NSDAP und zitierte in langen Passagen Scheringers Anklagen gegen die Hitlerpartei, um auf diese Weise ihre eigenen Beschuldigungen aus dem Munde eines ehemaligen Nationalsozialisten belegen zu können.[803] Der Kommentar des „Vorwärts" zum Prozessverlauf fiel infolgedessen überraschend positiv zugunsten Scheringers aus, der als ehrliches, letztlich aber zu gutgläubiges Opfer äußerer Umstände charakterisiert wurde. Im Rahmen ihrer Berichterstattung klagte die Zeitung wiederholt

---

800 Ebenda. „Gewiß wird nur ein Mensch von besonders starker Vitalität diesen Weg des Suchens in so aktivistischer Konsequenz gehen wie Scheringer es getan hat, aber wir glauben dem Reichsgericht versichern zu können, daß es keineswegs ‚nur ein paar Dutzend' von jungen Menschen sind, die in der Not dieser Zeit nach neuen Wegen suchen und die dabei auch vor dem Gedanken einer gewaltsamen Aenderung des Staatsgefüges nicht zurückschrecken. Sie bedienen sich keineswegs alle der kommunistischen Phraseologie, sie stehen ebenso in den Reihen des Kommunismus wie der S.A. Hitlers oder in losgelösten Gruppen und Bünden außerhalb der großen radikalen Massenparteien."

801 Vorwärts, 7. 4. 1932, „Scheringer vor dem Reichsgericht.; Der Nazileutnant als Kommunist".

802 Vorwärts, 8. 4. 1932, „Scheringer, der Enttäuschte; Von Feder-Phrasen, Goebbel-Schnack und Hitlers Aufgeblasenheit".

803 Der „Vorwärts" legte dabei den Schwerpunkt auf Scheringers Desavouierung des vermeintlichen Sozialismus der NSDAP. Nach ausführlicher Wiedergabe des Gesprächs mit Goebbels (inklusive seines oftmals zitierten Ausspruchs über Feders Zinsknechtschaft) und Hitler, zitierte der Artikel auch Scheringers Charakterisierung der NSDAP, da sie sich im Großen und Ganzen mit der eigenen Auffassung deckte. Die Zeitung hielt, wie es zwischen den Zeilen erkennbar ist, Scheringer letztlich zu Gute, dass er sich offensichtlich ehrlich und engagiert für die Belange der Arbeiterschaft eingesetzt hatte. Der Artikel betonte in diesem Sinne wiederholt, dass Scheringer „*niedergeschmettert*" gewesen sei, als er „erkannt [habe], daß die NSDAP. *nicht die Arbeiterschaft vertrete*" und dass er den „*Faschismus*" verurteile, da er „*die Mittelschichten aufsauge*, um sie gegen die Arbeiterschaft einzusetzen".

explizit die Weimarer Justiz an, der vorgeworfen wurde mittels ihrer differenzierten Strafverfolgung absichtlich der NSDAP in die Hände zu spielen:

„Aus dem Verlauf der Vernehmung geht immer deutlicher hervor, daß der Angeklagte ein völlig *aus der Bahn geworfener junger Intellektueller* ist, der als Soldat glaubte in langer Dienstzeit zu veröden und deshalb den *nationalistischen Phraseuren* nachlief, später aber, als er durch das ‚trübe Licht der beschworenen Legalität' sehend wurde, den *nationalbolschewistischen Phrasen der KPD*. erlag. Ein solcher Mann ist, gerade weil er guten Willens ist, ob seiner Hilflosigkeit zu bedauern. Daß er ein Hochverräter sei, wird niemand glauben, der täglich mit ansehen muß, wie die Hitler-Banden den Bürgerkrieg vorbereiten, ohne daß der Reichsanwalt sich rührt, der vergebens auf Verfolgung der *Boxheimer* durch das Reichsgericht wartet. Der ‚literarische Hochverrat' Scheringers hat die Welt noch nicht erschüttert. Die Tatsache, daß die *Fememörder* bei Hitler Ehrenstellen einnehmen dürfen, während kommunistische Schriften bestraft werden, erschüttert sicher den Glauben an die Unparteilichkeit der Rechtsprechung."

Das Urteil hingegen wurde kommentarlos und ohne Verweis auf die Urteilsbegründung abgedruckt. Vielleicht wollte das sozialdemokratische Blatt, da es bereits Verständnis geäußert bzw. versucht hatte, aus Scheringers Prozess propagandistischen Nutzen zu ziehen, durch eine ausdrückliche Kritik am Strafmaß nicht den Eindruck erwecken, auch Partei für die ebenso staatsfeindliche KPD zu ergreifen?[804]

Der zweite Hochverratsprozess war der vorläufige Höhepunkt in der kurzen Karriere Scheringers als kommunistischer Propagandist. Die Scheringer-Propaganda wurde nicht fortgesetzt und es wurde bald still um den Dissidenten. Es wurden keine weiteren Broschüren publiziert und Scheringer, der weitere Anklagen zu vermeiden suchte, veröffentlichte nur noch sehr wenige, unverfängliche Artikel. Der Bedarf an Äußerungen geläuterter Dissidenten war zum Herbst 1932 ohnehin gesunken.

Erst nachdem Scheringer, da es sich in seinem Fall um Reichswehrzersetzung gehandelt hätte, aus einer allgemeinen Amnestie der Regierung Schleicher ausgenommen worden war, gelangte er noch einmal in die (Presse-) Öffentlichkeit: Stenbock-Fermor und Obuch reanimierten das Scheringer-Komitee und es wurden Protestschreiben und Eingaben an die Strafvollzugsbehörde und den Oberreichsanwalt eingereicht.[805] Es konnte zwar eine Überprüfung des Urteils erreichen werden, doch den Bemühungen war kein Erfolg beschieden. Scheringer blieb in Haft, was für ihn, so seine spätere Darstellung, „die erste Lebensrettung" bedeutet hätte, als kurz darauf die NSDAP die Regierungsgewalt übernahm. Er war überzeugt, dass die „aufgeputschten Nazis" andernfalls mit ihm, dem „‚Abtrünnigen', bestimmt kurzen Prozeß gemacht hätten".[806] Ludin, der in der NSDAP eine steile Karriere mach-

[804] Vorwärts, 11. 4. 1932, „Urteil gegen Scheringer.; Zwei Jahre und sechs Monate Festungshaft." Die Notiz beschränkte sich daher auf ganze sieben Zeilen.

[805] Scheringer, Das große Los, S. 228f.

[806] Ebenda, S. 229. Indes hatte Scheringer seine Hoffnungen nicht aufgegeben, dass sich größere Teil der SA in die „Rote Front" unter Führung der KPD ziehen lassen würden. Er erinnert sich an ein Treffen mit Beppo Römer, bei dem beide überein gekommen waren, dass im Falle der faschistischen Diktatur mit dem Zusammengehen aller revolutionären Elemente - RFB, Reichsbanner und SA (!) - zu rechnen sei. Auch noch nach der Machtübernahme Hitlers will Scheringer an eine zweite, revolutionäre Welle der SA geglaubt und dabei seine Hoffnung auch auf Ludin gesetzt haben.

te, blieb Scheringer freundschaftlich verbunden und setzte sich wiederholt für seine Freilassung ein.[807] 1934 wurde der ehemalige Leutnant auf Betreiben führender Wehrmachtsstellen aus der Haft entlassen und Scheringer zog sich als Landwirt auf den Hof der Familie zurück, den er bald in Eigenverantwortung bewirtschaftete.[808]

Während der Hitler-Diktatur wurde Scheringer aus verschiedenen Gründen, u.a. im Zuge von Ermittlungen gegen die Widerstandsgruppen um Rudi Schwarz oder der Geschwister Scholl, zu denen er Kontakt gehalten hatte, oder einfach weil er den Hitler-Gruß verweigert hatte, mehrmals verhaftet. Er konnte aber nach eigenen Angaben „aus allen schwierigen Situationen immer wieder herauskommen und alle politischen Angriffe gegen meine Person abwehren, ohne vor dem Nationalsozialismus zu kapitulieren, ohne in die Partei oder SA. einzutreten, weil hinter mir der Schatten Ludins stand. Hätte Ludin mich fallen gelassen, wäre ich verloren gewesen."[809] 1939, gleich zu Beginn des Krieges, trat Scheringer seinen Dienst als Leutnant in einer von Ludin geführten Batterie an der Westfront an. Zwei Jahre darauf wurde er, da sein Hof einer der produktivsten der Region gewesen war, vom Russlandfeldzug abkommandiert und wieder als Landwirt eingesetzt. Im Sommer 1944 meldete sich Scheringer erneut zur Wehrmacht, um nach eigenen Angaben Zersetzungsarbeit an der Front zu leisten. Bei der Einnahme Ingolstadts durch amerikanische Truppen geriet er in Kriegsgefangenschaft und kam in ein Lager nach Frankreich, wo er schwer an der Ruhr erkrankte.

Nach seiner Entlassung noch im Jahr 1945 wurde er erstmals Mitglied der KPD und war für zwei Monate als Staatssekretär im Bayerischen Landwirtschaftsministerium tätig.[810] Von 1945 bis '56 war Scheringer Mitglied der Landesleitung der KPD Bayern und Abgeordneter des Landtages. Im Juli 1956 wurde Scheringer vom BGH in Karlsruhe wegen der Abfassung eines Programms zur Wiedervereinigung Deutschlands zu zwei Jahren Haft verurteilt, die er jedoch aus gesundheitlichen Gründen nicht antreten musste.[811] 1968 schloss sich Scheringer der neu gegründeten DKP an. Anlässlich seines 70. Geburtstages wurde ihm von seiner bayerischen Heimatgemeinde die Bürgermedaille für besondere Verdienste und von der DDR der Karl-Marx-Orden verliehen. Scheringer war nicht nur aus ideologischen Gründen oder von Amts wegen mit dem sozialistischen Teil Deutschlands verbunden gewesen. Seine Söhne hatten ihr Studium der Landwirtschaft in der DDR absolviert und

---

807 Bspw.: SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 50-52, Brief Ludins an „den Herrn Reichsjustizkommissar und Bayr. Justizminister, Dr. Frank II", 03.05.1933. Ludin versuchte erfolglos seinen Freund von der Rückkehr zur NS-Bewegung zu überzeugen. Scheringer schlug nach eigener Darstellung aber alle Offerten in leitender Funktion der SA beizutreten ebenso wie Angebote aus der Wehrmacht oder der Industrie entschieden ab. Scheringer, Das große Los, S. 235ff.

808 Vgl. Lebenslauf Scheringers vom 26. 12. 1945, in: Ehrlich, Der Fall Scheringer, S. 4-10, hier: S. 7.

809 Ebenda, S. 9.

810 Weber, Biographisches Lexikon, S. 657. Aus diesem Amt wurde er auf Betreiben der amerikanischen Militäradministration umgehend wieder entlassen, da ihm die Mitgliedschaft in der NSDAP vorgeworfen wurde. Ehrlich, Der Fall Scheringer, S. 3.

811 Scheringer, Das große Los, S. 220.

leiteten dort Produktionsgenossenschaften.[812] Am 9. Mai 1986 verstarb Richard Scheringer in Hamburg im Alter von 82 Jahren.

3. Der „Aufbruch“ und die „Aufbruch-Arbeitskreise“ (AAK)

> „Es ist aber richtig, daß die ganze ‚Aufbruch'-Bewegung von KPD.-Leuten ins Leben gerufen ist, um an die bürgerlichen und nationalen Kreise heranzukommen. Die ‚Rote Fahne' und die ‚Welt am Abend' waren zweifellos nicht geeignet, in intellektuellen Kreisen für den Kommunismus zu werben. Das sollte der ‚Aufbruch' tun. Es ist aber nicht so, daß die Betonung des nationalen Gesichtspunktes etwa nur ein Köder für diese Kreise sein sollte, sondern der Kommunismus bekennt sich nach meiner innersten Überzeugung tatsächlich zu jedem nationalen Freiheitskampf der ‚geschichtlich fortschrittlich' ist.“
>
> Aussage Theodor Bottländers, Ressortleiter beim Nachrichtendienst der KPD (Abteilung Militärpolitik), Ressort C - „Faschistische Organisationen“, im Gestapo-Verhöhr am 4. 6. 1934.[813]

Die Gründung des „Aufbruchs“ und der „Aufbruch-Arbeitskreise“

Von der Wirkung der Scheringer-Propaganda überrascht, versuchte die KPD an die unerwartet große Aufmerksamkeit, die seinem Frontwechsel entgegen gebracht worden war, anzuknüpfen und ihren berühmten nationalsozialistischen Dissidenten über den Sensationsmoment hinaus zum Nutzen der Partei einzusetzen. Die bislang sporadische und zusammenhangslose, auf den politischen Augenblick abzielende Werbung sollte einen geregelten Rahmen erhalten und die Propaganda für Themata, für die Scheringer stellvertretend stand, sollte am Rande der Partei institutionalisiert werden. Für diese Aufgabe wurde vom AM-Apparat erstmals eine Kombination aus Propagandamaterial und persönlichen Kontakt- bzw. Anlaufstellen geschaffen.

Kippenberger, der als Chef des AM-Apparates die Propagandaaktivitäten Scheringers organisierte, orientierte sich bei der Organisation und Gestaltung an dem Vorbild kleiner politischer Zeitschriften. Als Ergebnis seiner Planungen wurde die Zeitschrift „Aufbruch - Kampfblatt im Sinne des Leutnants a.D. Scheringer“ gegründet, die nach Aussage des Leiters des C-Ressorts, Bottländer, vor allem bürgerliche und intellektuelle Kreise ansprechen sollte, „für welche es bis dahin an Einwirkungsorganen gefehlt hatte”. Durch seine spezielle Aufgabenstellung sei der „Aufbruch“ „als äusserste Stelle zwischen Kommunisten und Bürgerlichen anzusehen“.[814] Bereits der Titel sollte die

---

[812] Auch die Aktivität auf Seiten der politischen Linken setzte sich in der Familie Scheringer fort: zwei seiner Söhne, Johannes und Konrad, saßen nach der Wiedervereinigung für die PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern bzw. Thüringen.

[813] BArch ZC 6329, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bd. 3, Bl. 88.

[814] BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 92, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934 und Bl. 8, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934. Scheringer hatte bereits zum April 1931 „die Gründung einer Zeitschrift ‚Der Stoßtrupp' beabsichtigt, der die Aufgabe gestellt werden sollte, in die nationalrevolutionären Kreise, insbesondere der S.A., einzudringen und Kämpfer für die revolutionäre Sache zu werben.” BArch R 1501/20048, Bl. 153-156, Urteil in der Strafsache gegen R. Scheringer, Bl. 155. Aus welchen Gründen die geplante Zeitschrift später unter dem Namen „Auf-

Position und die Stoßrichtung der Zeitschrift verdeutlichen.[815] Diese Vorgehensweise und Organisationsform war, wie die generelle Absicht um Nationalsozialisten zu werben, nach der Aussage des zeitweiligen Herausgebers, Beppo Römer, innerhalb der KPD umstritten: „Die Partei war immer argwöhnisch und hielt die Aufbruchorganisation für überflüssig und gefährlich.“[816]

Dass sich alteingesessene Kommunisten mit der Agitation unter Nationalsozialisten und ähnlichen Gruppierungen äußerst schwer taten, und oftmals mit ostentativer Verweigerung reagierten, war der Parteiführung bekannt. Was lag also näher, als die nationalistischen Dissidenten, die die KPD bereits zu ihren Parteigängern zählte, für diese Aufgabe zu mobilisieren. Von ihnen war nicht nur weitaus weniger Widerstand zu erwarten; sie waren durch ihre Herkunft und ihren internen Kenntnissen über die Denkweise und den Jargon nationalistischer Gruppen für diese Aufgabe auch zweifellos besser qualifiziert. Nicht zuletzt war davon auszugehen, dass sie unter den anvisierten Zielgruppen auf mehr Akzeptanz stoßen würden, als kommunistische Industrieproletarier. Aus diesem Grunde griff Kippenberger auf bereits vorhandene Strukturen zurück und bündelte in der „Aufbruch“-Organisation die wenigen zuverlässigen nationalen Dissidenten, die bereits für den AM-Apparat tätig waren. Unter ihrem gutbürgerlichen Namen sollte das Projekt geführt werden.[817] Ausgangspunkt der gesamten Organisation war die Berliner bzw. zentrale „LeiKo“, deren Mitglieder den Redaktionsstamm des „Aufbruchs“ und den Kern des ersten „Aufbrucharbeitskreises“ (AAK) bildeten.[818]

---

bruch“ erschien, konnte nicht eindeutig geklärt werden. Coppi spekuliert, dass sich der Name „auf den unter nationalistischen Aktivisten bekannte Buchtitel ‚Aufbruch der Nation‘ von Franz Schauwecker” bezogen haben könnte. Römer gab an, dass Name und Stoßrichtung der Zeitschrift „vielmehr den Sinn ‚Aufbruch der Nation’, in Anlehnung an den Aufbruch der Nation Möller van den Brucks” verfolgt hätte. Von der reinen Wortbedeutung her, könnte auch, zumal sich das Blatt explizit auf den vorbildhaften Weg Scheringers bezog, eine einfache Appellation gemeint sein: nach dem Zweifel müsse nun der eigentliche Frontwechsel begonnen werden - und der „Aufbruch“ gab die Richtung und das Ziel vor. Auch die Appelle zum Frontwechsel, die in der Zeitschrift abgedruckt worden waren, schlossen zumeist mit den Aufrufen „zum Aufbruch an die Front der nationalen und sozialen Befreiung“. Coppi, ‚Aufbruch’, S. 34, FN 147, BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 136, Aussage Römers vom 30. 7. 1934 und Aufbruch, 2. Jg., Nr. 5, S. 1f. (Reprint: 219f.). In den Polizeibehörden weckte das „Aufbruch“-Projekt sogleich Erinnerungen an vergleichbare zurückliegende Versuche der KPD. In einem Bericht an die NSS des RMdI wurde „an den früheren Führer des Bundes ‚Oberland’ Hauptmann a.D. Beppo Römer erinnert, der schliesslich unter dem Verdacht, als militärischer Berater der KPD tätig zu sein, im Oktober 1926 bei einer Besprechung mit dem Leiter der illegalen Nachrichtenorganisation der KPD Otto *Braun* in Berlin verhaftet wurde. […] Der Übertritt des früheren Reichswehrleutnants Scheringer zur KPD, dem kurz darauf 13 weitere ehemalige Offiziere (darunter frühere Polizeioffiziere) und ehemalige nationalsozialistische und Stahlhelmführer gefolgt sind”, würden „ein Gegenstück in der heutigen Situation” bedeuten. Mit dem „Aufbruch“ hätten sich diese Kreise ein Organ geschaffen, dass „ein Gegenstück zu der vor Jahren erschienenen nationalbolschewistischen Zersetzungsschrift ‚Neue Front’” darstellen würde. BArch R 1501/20048, Bl. 58, Lagebericht der Polizei Nürnberg, vom 22. 10. 1931.

815 Ab der Juni-Ausgabe 1932 (Nr. 4), als der Passus „Kampfblatt“ aus dem Titel gestrichen wurde, hieß die Zeitschrift „Aufbruch – Im Sinne des“ und ab November 1932 (Nr. 8) noch direkter „nach dem Vorbild des Lt. a.D. Scheringer“.

816 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 139, Aussage Römers vom 1. 8. 1934.

817 SAPMO im BArch RY 1/88, Bericht Kippenbergers („Alex“): „Methoden und Organisation der mil .pol. Arbeit”, vom 2. 2. 1936, hier: Bl. 158. Auch Kerff gab mehrmals diese Vorgehensweise Kippenbergers wieder: „Auch der ‚Aufbruch‘ war Alex Idee. Er wurde vom Aufbruchkreis, den Alex angeregt hatte, und der zuerst aus einer Reihe wertvoller Verbindungsleute unserer Abtl. bestand, herausgegeben.” An anderer Stelle heißt es weiter: „Einen Teil dieser Verbindungsleute, von deren kommunistischer Überzeugung Gen. Kippenberger überzeugt war, hatte K. im ‚Aufbruchkreis‘ zusammengefasst. Ein Teil von ihnen stand schon längere Zeit mit uns in Verbindung.” SAPMO im BArch SgY 30/1940, Erinnerungen von Aenne Kerff, Bl. 158 und 220.

818 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 88, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

Um den „Aufbruch“ möglichst gezielt an die anvisierte Klientel heranbringen zu können, wurde der „Kampfbund gegen den Faschismus“ (KgdF), wegen seines expliziten Auftrages unter dem nationalsozialistischen Massenanhang zu agitieren, von Anfang an am Vertrieb und Verkauf der Zeitschrift beteiligt.[819] Da die Agitation, wie die KPD-Führung wiederholt betont hatte, Aufgabe der Gesamtpartei sei, wurde mehrmals versucht auch die Parteiorganisation für den Vertrieb und die Werbung mittels des „Aufbruchs“ zu mobilisieren. Den widerständigen Kommunisten musste jedoch ausführlich der Sinn und Zweck der Zeitschrift näher gebracht werden und es wurde klar und deutlich ausgesprochen, welche Absichten und Ziele mit dem „Aufbruch“ verfolgt, welche Zielgruppen anvisiert und schließlich welche Hoffnungen die Partei in das Projekt gesetzt wurden:

„In der SA. befindet sich ein grosser Prozentsatz ehrlicher Proleten, die heute nicht wissen, wie sie in der jetzigen Situation handeln sollen. Hier müssen wir jetzt alles daran setzen, diese Kräfte zu lösen und ihnen den richtigen Weg zu zeigen. Sie dürfen auf keinen Fall den Kreisen um Otto Strasser und den ‚Tat’-Kreisen sowie den nationalrevolutionären Gruppen in die Hände fallen. Um an die unzufriedenen Mitglieder der NSDAP. und SA. heranzukommen, ist Vorbedingung die richtige Sprache zu finden und die spricht der ‚Aufbruch’. Seine Mitglieder sind überwiegend Teil ehemaliger Aktivisten, die sich bedingungslos dem Proletariat zur Verfügung stellten, die ehrlich gewillt sind, den Weg Scheringers zu gehen, weil auch sie erkannt haben, dass nur der revolutionäre Marxismus die einzig tragbare Weltanschauung ist, welche die Grundlage der nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands bildet. Unsere Aufgabe ist es, alles einzusetzen, dass der Schritt Scheringers Erfolg zeitigt.
An welche Kreise wendet sich der Aufbruch? Im Allgemeinen an die nationalen bürgerlichen Kreise, wie Geschäftsleute, Beamte, Lehrer, Ärzte, Ingenieure usw. also Berufsstände, die heute auch fühlbar Opfer der kapitalistischen Krise geworden sind. Seine Spezialaufgabe ist die nationalen Aktivisten, also die ehrlichen revolutionären Kräfte der SA, zu erfassen. Der ‚Aufbruch’ soll ihnen die ideologische Basis geben, die es ihnen ermöglicht, zu erkennen, dass die Grundlage für eine nationale und soziale Befreiung der revolutionäre Marxismus ist, und dass der Befreiungskampf nur vom revolutionären Proletariat durchgeführt wird, er sich also einreihen muss und eine Selbstisolierung durch Bildung von Splittergruppen nutzlos ist. Weiter sollen die nationalen Aktivisten aus der Phraseologie: ‚national’, ‚Vaterland’, ‚nationales Heldentum’, ‚Heldentod für das Vaterland’ herausgerissen werden. Der ‚Aufbruch’ zeigt ihnen, dass sie sich ein neues Vaterland nur in den Reihen des revolutionären Proletariats erkämpfen können und dass dieses neue Vaterland nur ein ‚Sowjet-Deutschland’ sein kann.”[820]

Im Zuge der Berichterstattung zu Scheringers zweitem Hochverratsprozess wurde in der Parteipresse eine kurze Charakterisierung des „Aufbruchs“ veröffentlicht. Demnach hatte Scheringer, auf die Frage des Richters, welche Ziele die Zeitschrift verfolgen würde, geantwortet: „**Der ‚Aufbruch’ sollte den Leuten, die subjektiv revolutionär eingestellt sind, aber objektiv für konterrevolutionäre Zwecke gebraucht werden, und zwar wider ihr eigenes Wissen, die Augen öffnen.**“[821] Zur Veranschaulichung wurden Themata gewählt, von denen erwartet wurde, dass sie innerhalb der genannten

[819] BArch R 1501/20048, Bl. 36, Abschrift der Polizei: „Rundschreiben des Kampfbundes gegen den Faschismus ‚Unsere Arbeit nach dem roten Volksentscheid’”, vom August 1931. Die Zeitschrift sollte bei der Agitation des Kampfbundes helfen, da er „sich sehr gut für den Vertrieb unter den Hitleranhängern und bürgerlichen Kreisen” eigne, und da er „der Beeinflussung dieser Kreise im Sinne des revolutionären Marxismus und ihrer Einreihung in die antifaschistische Front” diene.
[820] BArch R 1501/20048, Bl. 200-203, Abschrift der Polizei: Rundschreiben der KPD - Bezirk Nordwest, Sekretariat, Bremen, den 27. 9. 1932, „An alle Stadtteile und Unterbezirksleitungen! Betr.: ‚Aufbruch’”, hier: Bl. 200f.
[821] RF, 9. 4. 1932, “Scheringers Haftentlassung abgelehnt!”.

Kreise auf bevorzugtes Interesse stoßen würden, weshalb sich die Zeitschrift vor allem „mit der Frage des Krieges, der Wehrpolitik, des Faschismus und der nationalen Frage befaßte".[822] Über derartige Vehikel versuchte die Zeitschrift den angeführten Zielgruppen den unmittelbaren Zusammenhang zwischen nationaler und sozialer Frage nach Lesart der KPD näher zu bringen: „Hier in Deutschland wird gesagt, die Bolschewisten sind Landesverräter. Im Aufbruch wollten wir zeigen: die wirklichen Verräter sind die Herren des kapitalistischen Staates."[823]

Obwohl der „Aufbruch" mit der ersten Ausgabe eine monatliche Veröffentlichung ankündigte, war es anfangs nicht gesichert, ob er zu einem regulären Periodikum ausgebaut werden könne oder es bei einer einmaligen Ausgabe bleiben würde. Die Fortführung der Zeitschrift wurde von ihrem Erfolg abhängig gemacht.[824] Um seine Akzeptanz zu steigern, wurde anfangs versucht, den „Aufbruch" im öffentlichen Bewusstsein als ein sympathisierendes, nicht aber von der KPD direkt kontrolliertes Blatt zu installieren.[825] Auf diese Weise sollte die Hemmschwelle von Nationalrevolutionären bzw. Nationalsozialisten überwunden werden, die zwar für Scheringers Werdegang Interesse zeigten, von der (moskautreuen) KPD hingegen abgeschreckt wurden und kein offizielles Parteiorgan erworben hätten. Aus diesem Grund wurden lediglich die Artikel nationalistischer Dissidenten namentlich gekennzeichnet, während kommunistische Parteimitglieder vorwiegend unter Pseudonym schrieben. Und bei der Herstellung wurde auf Druckereien zurückgegriffen, „welche nicht allein kommunistische Angelegenheiten druckten".[826] Diesen Bemühungen war nur wenig Erfolg beschieden und sie wurden nach kurzer Zeit zugunsten einer deutlich erkennbaren Anlehnung an die KPD aufgegeben.[827]

War es dem „Aufbruch" gelungen, weitergehendes Interesse zu wecken, sollte dem Leser die Möglichkeit gegeben werden, sich eingehender mit den Inhalten der Zeitschrift zu beschäftigen und sich mit Gleichgesinnten darüber auszutauschen. Für diese Aufgabe wurden als kleine, geschlossene Dis-

---

822 BArch ZC 14623, Bd. 1, Strafsache gegen Karl Tuttas, Bl. 149-157, Anklageschrift des Oberreichsanwalts gegen Th. Bottländer, vom 7. 2. 1935.

823 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, Mai 1932, „Episoden aus dem Scheringer-Prozeß", S. 7-11 (Reprint: 169, 174), hier: S. 11.

824 BArch R 1501/20048, Bl. 68, Abschrift der Polizei einer ungenannten Quelle, o.O. und D.a. (aus dem Inhalt geht eindeutig hervor, dass es sich um ein Rundschreiben des „KgdF" handelt).

825 Vgl. Coppi, Aufbruch, S. 40f. Coppi geht im Gegensatz davon aus, dass der „Aufbruch" einen „überparteilichen Charakter" gehabt haben soll. Diese Interpretation erscheint angesichts der Rezeption von Scheringers Übertrittserklärung und seiner nachfolgenden offenen Agitation für die KPD, in der seine enge Verbindung zur kommunistischen Partei stets betont wurde, als fragwürdig. Der überwiegenden Zahl der interessierten Leser wird sich daher sehr wohl bewusst gewesen sein, dass zwischen einer Zeitschrift im Sinne Scheringers und der KPD enge, ja direkte Verbindung bestanden. Dafür spricht auch, dass die „Sozialistische Nation", die eine der wenigen Rezensionen zur Veröffentlichung des „Aufbruchs" abgedruckt hatte, von Anfang an darauf hinwies, dass die Zeitschrift „der Herausarbeitung der mit dem bekannten Programm der KPD, zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes' eingeschlagenen Entwicklung dient" und damit die „Eingliederung" von Nationalrevolutionären in die KPD verfolge. Nicht zuletzt hatte der „Aufbruch" selbst bereits in seiner ersten Ausgabe die „engste Verbindung" seiner Arbeitskreise (AAK) mit der Parteiorganisation der KPD hervorgehoben. Gegenüber den Polizeibehörden gelang dieser Täuschungsversuch hingegen tatsächlich. Erst Anfang 1932 waren sie sich sicher, dass es sich bei den AAK um eine Organisation handelte, die direkt von der KPD kontrolliert wurde. Vgl. BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräsidenten, Landeskriminalpolizeiamt I, an den Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24.02.1932 sowie BArch R 1501/20048, Bl. 121, Bericht der NSS im RMdI, Berlin, den 8. 3. 1932. Sozialistische Nation, Heft 7-8, Juli-August 1931, „Der Aufbruch". Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, Juli 1931, S. 15 (Reprint: S. 77).

826 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 87, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

827 Diese Entwicklung wird vor allem von Paetel vertreten. Paetel, Nationalbolschewismus, S. 186f.

kussionsforen, die so genannten „Aubruch"-Arbeitskreise (AAK) geschaffen, was für diese Zeit eine verbreitete Organisationsform war; auch andere Zeitschriften ganz verschiedener politischer Couleur unterhielten Diskussionszirkel, in denen über den Inhalt des jeweiligen Blattes debattiert wurde.[828] Um die Annäherung an die AAK zu erleichtern, verzichtete die KPD als Voraussetzung zur Teilnahme auf eine Entschuldigung oder Rechtfertigung für (vormals) antikommunistische Ansichten oder auf ein (öffentliches) Bekenntnis zum Kommunismus. Erst später wurden auch öffentliche Massenversammlungen organisiert.

Die Erklärung der 13 Offiziere

Das „Aufbruch"-Projekt begann mit einem Paukenschlag: nach 14tägigem Verbot veröffentlichte die „Rote Fahne" am 22.07.1931 neben der Ankündigung am Stahlhelm-Volksentscheid gegen die Preußische Landesregierung teilzunehmen, die folgende Erklärung, mit der auch die erste Ausgabe des „Aufbruchs" eröffnet wurde:

„**Volksgenossen!**
In historischer Stunde wenden wir ehemaligen Offiziere und Führer in Nationalen Verbänden uns an Euch:
Die Not des Volkes wächst ins Ungeheure. Immer neue Massen werden durch das kapitalistische System der Verelendung preisgegeben. Hunderttausend Bauern wandern von Haus und Hof, Millionen vegitieren [sic!] dumpf dahin, Millionen Arbeiter und Angestellte sind ohne Arbeit und Brot, Hunderttausende von Akademikern und Intellektuellen haben keine Lebensmöglichkeit mehr.
Die kapitalistischen Machthaber suchen die Staatmaschine durch brutale Lohn und Gehaltskürzungen, durch Abbau der Invaliden- und Krankenfürsorge, der Beamtengehälter und Kriegsopferversorgung, durch Abdrosselung der Arbeitslosenunterstützung, durch immer neue Steuern und Zwangsmaßnahmen in Gang zu halten. Die Tributlasten werden restlos auf die werktätigen Schichten des Volkes abgewälzt. Die freie Meinungsäußerung wird durch rücksichtslosen Terror unterbunden, jedes Aufbegehren der Massen mit faschistischen Methoden unterdrückt.
Das internationale Finanz-Kapital rüstet unterdessen zum Interventionskrieg gegen die Sowjet-Union, um ihr durch die Verwirklichung des Sozialismus aufstrebendes Wirtschaftsgebiet dem kapitalistischen System wieder einzubeziehen. Die Ausbeuter im eigenen Lande setzen alles daran, um das deutsche Volk im Dienste des Raubkapitals der Weltfinanz gegen den Osten zu hetzen. So hoffen sie noch einmal aus ihren Schwierigkeiten heraus zu kommen, und der wachsenden Wut der Massen ein Ventil zu schaffen. Wird dieser verbrecherische Plan verwirklicht, dann ist die Hoffnung auf die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes für lange zerstört, denn unsere Freiheit kann nur zusammen mit dem ersten freien Arbeiter- und Bauernstaat der Erde, der Sowjet-Union, erkämpft werden! Der umgekehrte Weg führt uns zu neuer Versklavung, zur Fortdauer der kapitalistischen Fron auf unabsehbare Zeit.
Die rasende Zuspitzung der Situation erfordert entschlossenes und rücksichtsloses Handeln aller, die es mit dem Volke ehrlich meinen. Die Hitler und Goebbels, die Strasser, Stennes und Seldte gehören nicht dazu. Sie sind Verräter an der sozialen und nationalen Sache. Sie leisten Brüning und seinen sozi-

[828] So u.a. bei der Weltbühne, Hans Zehrers „Die Tat", H. Schlulze-Boysens „Gegner" oder Niekischs „Widerstand". Vgl. Coppi, Aufbruch, S. 42ff. und Sauermann, Ernst Niekisch und der revolutionäre Nationalismus, S. 374. Vgl. auch Gegner, Heft 4/5, März 1932, „Der Gegner stellt sich", S. 1. Auch beim „Gegner" waren persönliche Anmeldungen bei der Geschäftsstelle Voraussetzung zur Teilnahme an den „Aussprache-Abenden".

aldemokratischen Bonzen Vorschub. Statt Führer im Sturm gegen das System zu sein, mißbrauchen sie beste Elemente des Volkes im konterrevolutionärem Sinne [sic!]. Große Teile der Jugend, Soldaten, Arbeiter und Intellektuelle, die früher den Fahnen jener Demagogen folgten, haben es erkannt, Auch der Bauer erkennt immer mehr unter dem Druck der maßlosen Verelendung, daß sein Platz im Kampf um die Freiheit an der Seite der revolutionären Arbeiterschaft sein muß.
Jetzt gilt es alle bürgerlichen Vorurteile abzuschütteln. Jetzt gilt es den revolutionären Weg *Lenins* zu beschreiten. Scheringer gab uns ein Beispiel. Am 18. März stellte er sich bedingungslos unter die Sturmfahne des kämpfenden Proletariats!
Nationalisten! Hunderte aus Euren Reihen stehen schon heute hinter uns. Morgen werden es Tausende sein. *Mut Kameraden!* Brecht zu uns durch! Werdet der historischen Stunde gerecht! Dann ist der Sieg und die Freiheit bei uns!
Vorwärts für die sozialistische Revolution.
In Uebereinstimmung mit unserem Kameraden Scheringer:
gez.: **v. Boetticher**, Ltn. a.D., Danzig, **Giesecke**, Pol.-Oberltn. a. D., Berlin, **Hacke**, Reichwehroberltn. a. D., Freiburg i.B., **Fülle**, Hauptmann a.D., Gera, **Tartsch**, Oberltn. a. D., Berlin, **Herder**, Oberltn. a. D., ehem. Stahlhelmgauführer, Frankfurt a.M., **Grubitz**, Oberltn. a.D., Wilmersdorf, **Konrad**, ehem. nat. soz. Sturmführer, **Korn**, Ltn. a. D., ehem. nat. soz. Führerschulleiter, Berlin, **Lenk**, ehem. Reichspielscharleiter der N.S.D.A.P., **Rehm**, ehem. stellv. Gauleiter der N.S.D.A.P. Brandenburg, **Schmid-Wildbad**, ehem. nat. soz. Sturmführer und Gauredner, **Graf Stenbock-Fermor**, Berlin, ehem. Baltikumkämpfer."[829]

Die „Erklärung der 13 Offiziere" sollte das öffentliche Aufsehen weiter anheizen, das der Übertritt Scheringers erregt hatte. Sie sollte belegen, dass sein Vorbild Nachahmer gefunden hatte und dadurch, dass die KPD nationalistische Dissidenten bereitwillig in ihre Reihen aufnahm, bekunden, dass es der Partei mit der Lösung der nationalen Frage ernst war. Nicht zuletzt sollten sich beide Verlautbarungen des Tages gegenseitig propagandistisch stützen: das Bekenntnis ehemaliger Stahlhelm- und NSDAP-Führer zum Kommunismus sollte einerseits beweisen, dass der Volksentscheid ihrer Ursprungsparteien durchaus in einen „Roten Volksentscheid" umgewandelt werden könne bzw. dieser Prozess bereits im vollen Gange sei. Andererseits konnte auf diese Weise eine Begründung zur Teilnahme der KPD gegeben werden, da die Aussichten auf Erfolg unter den nationalistischen Kreisen zu werben offensichtlich gegeben und damit die Ausnutzung dieser Entwicklung geboten schien. Doch auch hier offenbarte sich wieder, wie umstritten die nationale Propaganda selbst innerhalb der KPD-Führung gewesen ist. Die „Welt am Abend" aus dem parteiunabhängigen Münzenberg-Konzern, die bereits die „Programmerklärung" lediglich stark gekürzt auf der zweiten Seite veröffentlicht hatte, erwähnte die „Erklärung der 13. Offiziere" mit keinem einzigen Wort.[830]
Für die „Rote Fahne" war die KPD, nachdem Scheringers Schritt nicht singulär geblieben sei, endlich „zum Zentrum aller Kräfte" geworden, „die um die Befreiung des schaffenden Volkes" ringen würden.[831] Die Zeitung betonte in ihrem Kommentar erwartungsgemäß die Relevanz der Erklärung und

[829] RF, 22. 7. 1931, „Offiziere folgen Scheringers Beispiel; 13 ehemalige Offiziere und Führer nationalsozialistischer Verbände brechen zu uns durch" und Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, Juli 1931, S. 1 (Reprint: S. 63). Vgl. dazu: Striefler, Der Kampf um die Macht, S. 132f.
[830] Vgl. WaA ab 22. 7. 1931.
[831] Über die Zugehörigkeit der ehemaligen nationalsozialistischen Unterzeichner war bald ein Streit zwischen KPD und NSDAP um deren Glaubwürdigkeit ausgebrochen. Nach Angaben des „Aufbruchs" hatte der „Völkische Beobachter"

verknüpfte sie mit den außenpolitischen Absichten der Partei, die Londoner Konferenz über die Reparationszahlungen zum Scheitern zu bringen. Gerade in einer Zeit, erklärte die „Rote Fahne", in der Deutschland ein neues Versailles drohe, „kommt der Aufruf der ehemaligen Offiziere und Führer nationaler Verbände eine nicht geringe Bedeutung zu". Hugenberg und Hitler würden die Verhandlungen lediglich zur Aufstachelung chauvinistischer Instinkte ausnutzen; „ihre nationalistische Hetze [sei] aber nur der Dunst, um, zur offiziellen Macht gelangt, ebenso erfüllungswütig zu sein wie die Wels und Kaas, die SPD. und das Zentrum". Demgegenüber würden „die Unterzeichner des Aufrufes [...] klipp und klar [sagen], daß die Sache nicht nur der sozialen, sondern auch der nationalen Befreiung im Lager des Kommunismus steht." Parallel zu dieser Selbstdarstellung als Partei der nationalen Rettung, versuchte die „Rote Fahne" über ihren Kommentar die entscheidende Voraussetzung jeglicher nationaler Politik der KPD, die bei der Presserezeption der „Programmerklärung" missverstanden oder bewusst fehl interpretiert worden war, dieses Mal von vornherein richtig zu stellen:

„Es kann nicht scharf und deutlich genug ausgesprochen werden, daß erst die kapitalistischen Würger des eigenen Volkes verschwinden müssen, ehe man daran denken kann, die Herrschaft des ausländischen Kapitals über Deutschland zu liquidieren. Das kann nur die KPD., weil allein sie die Partei des Klassenkampfes, des Kampfes gegen den Kapitalismus im eigenen Lande ist."

Die Widerstände der eigenen Reihen im Hinterkopf und die (spöttische) Kritik der anderen Parteien vor Augen, wollte die KPD die nationalistischen Dissidenten nicht vorbehaltlos in ihre Reihen eingliedern und wiederholte ihre strikten Bedingungen: die Überläufer müssten sich „jetzt als einfache Mitglieder unserer Partei, […] als einfache Soldaten der Revolution […] in Reih und Glied mit den Arbeitern bewähren".

Wenn nach markanten Orientierungspunkten gesucht wird, kann der 22. Juli als Stichtag zur zweiten, gesteigerten nationalen Phase der KPD nach der Veröffentlichung der „Programmerklärung" angesehen werden. Parallel zur „Erklärung der 13 Offiziere" hatte der AM-Apparat das erste Exemplar des „Aufbruchs" fertig gestellt, das mit derselben Deklaration eröffnet wurde.[832] Das in nationalistischen Kreisen (erhoffter Maßen) geweckte Interesse sollte aufgefangen und nahtlos zum „Aufbruch" überführt werden, wozu beide Vorgänge eng miteinander verknüpft wurden. Die Erklärung wurde gesondert als Flugblatt gedruckt, auf dem sich die ersten Bestellscheine für die Zeitschrift befanden.[833]

Das Presseecho auf den Aufruf blieb hinter der Aufmerksamkeit, die die Absichtserklärung der KPD am Volksentscheid teilzunehmen auf sich zog, weit zurück. Die „Rote Fahne" berichtete dennoch selbstzufrieden, dass Zeitungsredaktionen bei einigen Unterzeichnern nachgefragt hätten, ob

---

lediglich für einen der 13 Unterzeichner die Mitgliedschaft bestätigt. Diese Darstellung sei von anderen Zeitungen, wie der nationalkonservativen „Deutschen Zeitung", übernommen worden. Daraufhin hatten die fünf ehemaligen Nationalsozialisten unter den 13 Unterzeichnern ihre Mitgliedsnummern und ihre Aufgaben in der NSDAP im „Aufbruch" veröffentlicht. Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3, August-September 1931, „Entlarvte Lüge", S. 15 (Reprint: S. 97).

832 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, Juli 1931, S. 1 (Reprint: S. 63).

833 BArch R 1501/20048, Bl. 35. Zur selben Zeit wurden auch gesonderte Werbeflugblätter allein für den „Aufbruch" verteilt. Vgl. BArch R 1501/20048, Bl. 13, Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, vom 8. 8. 1931.

die Erklärung auch tatsächlich zutreffend sei.[834] Der „Vorwärts“, der beide Ereignisse in seinem Kommentar miteinander verband, erkannte in der Erklärung den Beweis, dass die kommunistische Partei und nicht die Nationalisten ihren politischen Standpunkt aufgegeben hätte. Erst ihre Wandlung habe derartige Frontwechsel, die sich prinzipiell in beide Richtungen vollziehen könnte, ermöglicht.[835] Das Ereignis bot der SPD erneut Anlass, die „Sozialfaschismus“-These in umgekehrter Richtung auf die KPD zu projizieren: sie habe ihre sozialistischen Wurzeln verraten und sich spätestens mit der Aufnahme der Offiziere sowie der Teilnahme am Volksentscheid „faschisiert“.

Wie bei ähnlichen Ereignissen stets bemüht deren Bedeutung herunter zu spielen, lieferte die DAZ einen süffisant-zynischen Kommentar und zeigte sich darüber erstaunt, dass sich die KPD inzwischen mehr über Bürger als über Arbeiter freue. Dies gelte umso mehr, wenn es sich bei dem „Bourgeois“ um einen deutschen Offizier handeln würde, was bei der „Roten Fahne“ jedes Mal „Jubelhymnen” auslöse.[836] Es sei aber zu erwarten, dass diese „offenkundige höhere Bewertung des bürgerlichen Elements” die Proletarier bald ernstlich stören werde. Für die Zukunft der nationalistischen Dissidenten stellte die Zeitung daher düstere Prognosen. Entweder würden die Offiziere in der Maschinerie der Partei proletarisiert oder aber nach der Revolution, nachdem sie ihre Aufgabe erfüllt hätten, als Schädlinge erschossen werden. Doch selbst ohne eine derart radikale Entwicklung würden die Dissidenten ihren Schritt schnell bereuen, sobald sie die Routine in einer proletarischen und internationalen Partei binnen kurzem desillusionieren werde.

Das „Nationalsozialistische Montagsblatt“ der KGRNS äußerte zwar Verständnis für die politischen Absichten der Unterzeichner, kritisierte jedoch den Versuch ihre Ziele innerhalb der KPD zu verwirklichen. Im Bezug auf nationalsozialistische Dissidenten stand die „Kampfgemeinschaft“ in direkter Konkurrenz zur KPD, weshalb sie sich selbst als die adäquatere politische Heimat empfahl.[837] Die KPD, prophezeite die Zeitung, werde ohnehin an ihren inneren Spannungen, die ihre neue „nationalistische Parole“ erzeugen würde, bald zerbrechen. Von ihrer Mitgliedschaft werde die positive Bezugnahme auf die nationale Frage ohnehin mehrheitlich abgelehnt und sei nur „auf Befehl Moskaus“ übernommen worden, „um in das Bauerntum und die nationalrevolutionären Schichten ehemaliger Offiziere und Freikorpssoldaten einzudringen”.

Analog ihrer politischen Intention, den bei passender Gelegenheiten proklamierten „Austausch der Extreme“ zu belegen, titelte die „Vossische Zeitung“ „Scheringer macht Schule” und kommentierte das Ereignis damit ganz im Interesse der KPD: der nationalsozialistische Dissident habe „wieder einmal neue Gefolgschaft erhalten”. Der im Kommentar eindeutig zutage tretende Sarkasmus ver-

---

834 RF, 23. 7. 1931, „Noske und Stenbok-Fermor”.

835 Vorwärts, 22. 7. 1931, „Bolschewistenhenker wird Kommunist; Großer Jubel der ‚RF‘ über den Grafen Stenbock-Fermor”.

836 DAZ, 23. 7. 1931, >kein Titel<, wiedergegeben nach: BArch R 1501/20048, Bl. 3.

837 Das Nationalsozialistische Montagsblatt, 3. 8. 1931, „Kommunistische Offiziere”, hier nach: BArch R 1501/20048, Bl. 11.

deutlichte aber, dass die Zeitung der „Erklärung der 13 Offiziere“ letztlich keine signifikante Bedeutung beigemessen hatte.[838]

Auf die Staatsbehörden, die nach dem sensationellen Übertritt Scheringers ohnehin beunruhigt waren, wirkte die Erklärung äußerst besorgniserregend. Sollte der KPD tatsächlich der propagierte Einbruch in die Nationale Front gelungen sein?! Und dies ausgerechnet unter weiteren (ehemaligen) Offizieren bewaffneter Staatsorgane, die für die KPD beim befürchteten Aufstand einen unschätzbaren Wert besessen hätten?! Derartige Befürchtungen erhielten bald Bestätigung, als einer der Beteiligten öffentlich angekündigte, dass die Unterzeichner in die Sowjetunion zur weiteren militärischen und politischen Schulung reisen würden. Daraufhin wurden die Ermittlungen insbesondere auf diesen Punkt gerichtet.[839] Auch die wiederholte Verwendung der Erklärung zur Zersetzung von Polizeibeamten trug nicht gerade zur Beruhigung bei.[840] Nachdem nach fünf Monaten jedoch keinerlei Ausreiseaktivitäten eines einzigen Beteiligten festgestellt werden konnten und auch die deutsche Botschaft in Moskau mitgeteilt hatte, „daß über den Aufenthalt der in dem Erlaß erwähnten ehemaligen Offiziere in der Sowjetunion bisher nichts in Erfahrung gebracht werden konnte”, wurden die Untersuchungen eingestellt. Abschließend konstatierten die Beamten, dass derartige Aktivitäten, „da es sich offenbar auch zum großen Teil um eine Mystifikation handelt, [...] auch wenig wahrscheinlich” seien.[841] Den zweiten Schwerpunkt der Ermittlungen bildete die Feststellung der Personalien der Unterzeichner, um ihre vormalige Zugehörigkeit zur Polizei oder Armee überprüfen zu können. Erstaunlicher Weise gelang es den Polizei- und Reichswehrbehörden bis zuletzt nicht Identität, Lebenslauf oder aktuelle Wohn- und Lebensumstände sämtlicher Unterzeichner festzustellen. Zwei blieben den Behörden völlig unbekannt und es wurde vermutet, dass neben den benennbaren Dissidenten aus propagandistischen Gründen „noch andere - nur zum Bluff - von der K.P.D. namenhaft gemacht worden sind”.[842]

Wer waren die Dissidenten und was veranlasste sie zu ihrem Bekenntnis zur „Roten Front“?[843] Über ihre Motivation ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt den öffentlichen Frontwechsel zu vollziehen, lässt sich nur spekulieren: nationale und soziale Befreiung versprachen beide Radikalparteien. Die stetig zunehmenden (Wahl-) Erfolge und die Dynamik der NSDAP sowie ihre Verklärung militärischer Symbolik und Tugenden hätten eher für den Verbleib oder die Anlehnung an die Nationalsozialisten gesprochen. Dies galt umso mehr, als dass die rasch wachsende Partei und die SA deutlich mehr be-

---

838 VZ, 23. 7. 1931, „Scheringer macht Schule”.

839 Vgl. BArch R 1501/20048, Bl. 6 &7. Zusammenfassender Bericht der NSS des RMdI vom 12. 8. 1931. Es wurde umgehend mit den Ermittlungen begonnen und eigens ein separater Aktenvorgang angelegt, dem alle Akten zum „Aufbruch“ zugewiesen wurden. Heutiger Aktenbestand: BArch R 1501/20048, der inzwischen in drei Bände unterteilt worden ist.

840 BArch R 1501/20048, Bl. 33, Bericht des Badischen Landespolizeiamt, vom 24. 9. 1931.

841 Vgl. BArch R 1501/20048, Bl. 24, Bericht des Thüringischen Ministeriums d.I., Weimar, vom 20. 8. 1931; Ebenda, Bl. 34, Bericht des Anhaltinisches Staatsministerium, Dessau, den 29. 9. 1931 sowie BArch R 1501/20048, Bl. 59, Mitteilung der Deutschen Botschaft, Moskau, den 17. 11. 1931 und ebenda, Bl. 64, Bericht des Preußischen Minister d.I., Berlin, den 5. 1. 1932.

842 BArch R 1501/20048, Bl. 48-54, Bericht des Reichswehrministers, Berlin, September 1931, Bl. 49.

843 Vgl. zu dieser Frage: Striefler, Der Kampf um die Macht, S. 133.

zahlte Posten zu vergeben hatten, als die KPD und ihre Massenorganisationen. Der Wunsch nach Prestige oder Geltungssucht, die das Rampenlicht der Öffentlichkeit sucht, werden wohl kaum der innere Antrieb gewesen sein. Dass die Unterzeichner als bürgerlicher Nationalist tatsächlich darauf gehofft hatten, die Geschicke der KPD beeinflussen zu können, erscheint ebenso als unwahrscheinlich. Eine derartige Hoffnung wäre in einer Partei, die, durch die Proklamation der „Volksrevolution" nur unwesentlich verwischt, fortwährend ihre proletarische Identität und den Schulterschluss mit der Sowjetunion, der bereits in der Weimarer Öffentlichkeit zu Recht als ferngesteuerte Abhängigkeit aufgefasst worden war, herausstellte, äußerst naiv gewesen. Darüber hinaus mussten die Dissidenten damit rechnen, dass ihnen viele alteingesessene Kommunisten mit Misstrauen oder gar feindlicher Ablehnung begegnen würden. Es ist daher berechtigt anzunehmen, dass es ernsthafte Überzeugung war, die den Frontwechsel bedingt hatte; eine Überzeugung, die sich dabei aber keineswegs auf das (theoretische) Gesamtgebäude des Marxismus-Leninismus beziehen musste. Die Unterzeichner sahen wohl die Erfüllung einzelner Parameter, die ihnen wichtig waren, am ehesten mittels der KPD gewährleistet.[844] Für diese Annahme spricht weiter, dass die nationalistischen Dissidenten, die unmittelbar am „Aufbruch"-Projekt beteiligt waren, ohne Ausnahme an ihrer neu gewonnenen Ideologie auch über die zwölfjährige Herrschaft Hitlers hinaus festhielten und nach 1945 in Ost- wie in Westdeutschland in SED (inkl. Parteien der Nationalen Front) oder KPD bzw. DKP tätig waren. Der letzte Herausgeber, Beppo Römer, bezahlte für seinen Frontwechsel in den Kerkern der Nationalsozialisten mit seinem Leben. Die DAZ hingegen sah genau in einem gesteigerten Geltungsdrang den Grund zum Frontwechsel gegeben:

„Jugend [!] ohne einen genügenden Fond von Wissen, um kritisch zu den kommunistischen Sophismen Stellung zu nehmen, Energien, die einen Ausweg in das vermeintlich Heroische aus dem durch die Zeitumstände bedingten grauen Alltag suchen, vor allem ein ungesundes Geltungsbedürfnis, eine krankhafte Sucht zum Hervortreten in die Oeffentlichkeit, ein Heißhunger nach individueller Bestätigung, führen - Ironie des Schicksals - diese jungen Menschen in den Massenbrei des Kommunismus."[845]

Die Unterzeichner der Erklärung

Bei der „Erklärung der 13 Offiziere" handelte es sich um eine geplante Propagandaaktion, zu der die KPD in Ermangelung an aktuelleren, repräsentativen Übertritten gezwungen war, teilweise auf Dissidenten zurückzugreifen, die ihren Frontwechsel bereits öffentlich bekannt gegeben hatten (was seiner Zeit jedoch kaum beachtet worden war), um überhaupt eine veritable Menge an Unterzeichnern zusammenzubringen. Zynisch ausgedrückt handelte es sich in einigen Fällen damit um eine propagandistische Zweitverwertung. Auf diesen Umstand ging erstaunlicher Weise keine der Presse-

[844] Vgl. dazu: Paetel, Nationalbolschewismus, S. 178.

[845] Das Gros der Unterzeichner war zu diesem Zeitpunkt bereits über 30 Jahre alt und verfügte über langjährige Kommandoerfahrung. DAZ, 23. 7. 1931, >kein Titel< wiedergegeben unter: R 1501/20048, Bl. 3.

reaktionen ein. Was waren das für Männer, die sich mit ihrem Aufruf der revolutionären roten Front solidarisch erklärten?

Alexander Graf Stenbock-Fermor: Der wohl bekannteste Unterzeichner war der viel gelesene Schriftsteller Alexander Graf Stenbock-Fermor. Er war nicht nur der Aufhänger für die Berichterstattung der Boulevardpresse, auch der Kommentar des „Vorwärts" ging allein auf Stenbock-Fermor näher ein.[846] Nachdem er seine Erlebnisse als Baltikumkämpfer in dem autobiographischen Roman „Freiwilliger Stenbock" und dabei auch Lynchmorde an Bolschewiki beschrieben hatte, bot er beste Angriffsmöglichkeiten, um Übertritte von ehemaligen Nationalisten vor der organisierten Arbeiterschaft zu desavouieren. Die Folge war ein polemischer Schlagabtausch zwischen den Parteiorganen der KPD und SPD.[847]

Die Polizeibehörden konnten im Zuge ihrer Ermittlungen lediglich feststellen, dass Stenbock-Fermor, 1902 oder 1903 in Mittau geboren, erst 1929 in Mecklenburg-Streelitz eingebürgert worden, inzwischen aber in Berlin wohnhaft sei.[848] Seine Mitgliedschaft im Verband der ehemaligen „Kameraden der baltischen Landwehr" hätte er vor einiger Zeit zugunsten seiner schriftstellerischen Tätigkeit für die „Rote Fahne" aufgegeben. Dort hätte er in einem Artikel erklärt, dass er aus „voller Überzeugung Kommunist geworden ist". Es wurde vermutet, dass seine Entwicklung im Zusammenhang mit der Recherche und Ausarbeitung seines Buches „Meine Erlebnisse als Bergarbeiter" stehen könnte. Stenbock-Fermor bestätigte in seiner Autobiographie, dass die Arbeit an dem Buch, das 1928 veröffentlicht großes Aufsehen erzielt hatte, sein Interesse an der Arbeiterschaft geweckt hatte.[849] Zuvor hatte er aus materiellen Gründen sein Studium aufgeben müssen und war gezwungen gewesen, bevor er seinen Lebensunterhalt mit seiner schriftstellerischen Arbeit finanzieren konnte, verschiedenste Gelegenheitsarbeiten anzunehmen.[850] Im Zuge der Veröffentlichung seines zweiten Buches, „Freiwilliger Stenbock", tauchte er in das Berliner Kulturleben und die Boheme ein. Er unternahm Vortragsreisen ins In- und Ausland, hielt Lesungen oder Reden im Rundfunk und schrieb als freier Journalist unter anderem für die liberale „Frankfurter Zeitung".[851] Um 1929 hatte Sten-

---

846 Die BZ, die kaum über politischen Radikalismus berichtete, erwähnte den Aufruf allein wegen Stenbock-Fermors Beteiligung. BZ am Mittag, 22. 7. 1931, „11 ehemalige Offiziere folgen Scheringer; Eine Erklärung des Grafen Stenbock-Fermor".

847 Vorwärts, 22. 7. 1931, „Bolschewistenhenker wird Kommunist; Großer Jubel der ‚Roten Fahne' über den Grafen Stenbock-Fermor", RF, 23. 7. 1931, „Noske und Stenbok-Fermor [sic!]" und Vorwärts, 24. 7. 1931, „Abenteurer Graf Stenbock; Ist Noske an Stenbocks Faulheit schuld?"

848 BArch R 1501/20048, Bl. 48-54, Bericht des Reichswehrministers, Berlin, September 1931. Stenbock-Fermor wurde am 17. 1. 1902 „auf dem Schloß" seines Vaters in „Nitau in Livland" geboren. Stenbock-Fermor, Der rote Graf, S. 7.

849 Stenbock-Fermor, Der rote Graf, S. 264. Während der Recherchen hatte Stenbock-Fermor ein Jahr lang als Bergarbeiter gearbeitet und in entsprechenden Verhältnissen gelebt.

850 Darunter waren Zeitungsverkäufer und Besitzer eines Kasperltheaters. BArch R 1501/20048, Bl. 248, Lagebericht der Polizei Stuttgart, vom 29. 10. 1932.

851 Stenbock-Fermor, Der rote Graf, S. 273-275.

bock-Fermor erste Berührungen mit Hitler und dem Nationalsozialismus, die ihn nach eigener Aussage „tief abgestoßen" hätten.[852]

In seiner Zeit als freier, politisch ungebundener Autor lernte er u.a. Ernst Jünger, Dietrich Bonhoeffer oder Friederich Kayssler kennen und begann mit ihnen einen regen künstlerischen und politischen Gedankenaustausch: „Aber Kritik am drohenden Faschismus von mehr oder weniger konservativen Standpunkt aus - eine elitäre Ablehnung der Nazis als Rabauken, ohne auf Klassenzusammenhänge zu weisen - erschien mir bereits als zu dürftig."[853] Sein Interesse am Marxismus wurde durch seinen Freund Frank Thieß geweckt, der ihn zu einem neuen Buch über das „Deutschland der Armen" inspiriert hatte.[854] Im Zuge der theoretischen Vorbereitung beschäftigte sich Stenbock-Fermor mit Arbeiten über Soziologie, Ökonomie und Statistik, wobei er auch mit marxistischer Literatur in Berührung kam. Doch nicht nur die Theorie, die ihm eine neue Welt des Denkens erschlossen habe, führte Stenbock-Fermor zum Kommunismus. Das im Deutschen Reich herrschende soziale Elend, die Armut und Verzweifelung, hätten schließlich zu seiner Annäherung an den Kommunismus mit seinem Klassenkampf geführt.[855] Mit dieser grundsätzlichen Frontstellung war jedoch zunächst kein festes parteipolitisches Bekenntnis verbunden. Als innenpolitischer Akteur im Interesse der KPD trat Stenbock-Fermor erst mit dem „Fall Scheringer" und dem Beginn des „Aufbruch"-Projekts an die Öffentlichkeit: „Ab 1931 wurde ich in den politischen Kampf gezogen. Es begann damit, daß Freunde von Richard Scheringer mich baten, für seine Amnestierung in öffentlichen Versammlungen zu sprechen. Sie suchten einen prominenten Mann, der von seiner klassenmäßigen Herkunft her allen Seiten unverdächtig war."[856] Seine Teilhabe an der „Erklärung der 13 Offiziere" war vor allem seiner adeligen Herkunft und seinem Bekanntheitsgrad, weniger einer militärischen Laufbahn in den nationalen Rechtsverbänden der Weimarer Republik geschuldet..

Während Stenbock-Fermor primär für Solidaritätsaktionen zugunsten Scheringers eingesetzt wurde, übernahmen die Unterzeichner Korn, Rehm und Giesecke zeitweise (offiziell) leitende Funktionen in der Redaktion des „Aufbruchs" und der Organisation der Arbeitskreise ein. Stenbock-Fermors Beteiligung an der Zeitschrift beschränkte sich auf die Veröffentlichung von Artikeln.

Wilhelm Korn & Rudolf Rehm: Der Leutnant a.D. Korn, am 03.04.1899 in Nagy Kikinda in Ungarn geboren, hatte seine politische Laufbahn in der KPD begonnen, war aber 1929 zur NSDAP übergetreten und als Leiter der Führerschulen bei der Gauleitung Brandenburg sowie als Gauredner beschäftigt gewesen. Nach der Aussage O. Strassers war Korn von der KPD gezielt als Spitzel in der NSDAP

---

852 Ebenda, S. 266-269.
853 Ebenda, S. 275.
854 Ebenda, S. 280ff.
855 Ebenda, S. 288f.
856 Ebenda, S. 290. Dies galt umso mehr, als dass der Vorabdruck seines 1931 veröffentlichten Buches noch in der liberalen „Frankfurter Zeitung" abgedruckt worden waren.

eingeschleust worden.[857] Korn wurde im Zuge der Auseinandersetzungen um Otto Strasser aus der Partei ausgeschlossen, trat daraufhin zur KGRNS über und veröffentlichte im „Nationalen Sozialisten", dem Organ der Gruppe, eine Erklärung, in der er die „*Sozialistenverfolgung innerhalb der NSDAP*" verurteilte.[858] Seinen Posten als Führerschulleiter will er bis zum 1. Juli 1930 ausgeübt haben.[859] In der KGRNS wurde Korn Anfang Juli, nur eine gute Woche nach seinem Ausscheiden aus der NSDAP, zum Propagandaleiter und wenig später auch zum Führer des „Kampfabschnittes" Berlin ernannt.[860]

Rudolf Rehm, am 03.01.1897 in Hannover geboren, war in der NSDAP als stellvertretender Gauleiter Brandenburgs führend tätig gewesen.[861] Auch Rehm verließ im Zuge der Strasser-Abspaltung, wenige Tage nach Korn, die Partei in Richtung KGRNS, da er die Beschreitung des parlamentarischen Weges ablehnte.[862] In der KGRNS wurde Rehm, in Anlehnung an seine alte Funktion, zum Organisationsleiter und Geschäftsführer bestimmt.[863] Nach Angaben der Polizei soll Rehm in dieser Funktion geplant haben, die Strasser-Gruppe in eine illegale Kampftruppe umzustrukturieren.[864]

Beide Dissidenten gaben in der KGRNS aber nur ein kurzes Gastspiel, bevor sie zur KPD wechselten. Über den genauen Zeitpunkt finden sich widersprüchliche Angaben. Bereits ab dem 17.08.1930 wurden die Anordnungen des Organisationsleiters der KGRNS ohne Nennung eines Namens gegeben.[865] Während Schüddekopf den Ausschluss von Rehm und Korn wegen wiederholter Verstöße gegen die revolutionäre Disziplin durch den Vollzugsausschuss der KGRNS mit dem 07.10.1930 beziffert, gab ein Polizeibericht zu den Ermittlungen über die Unterzeichner des Aufrufes an, dass Rehm „am 26. November 1930 [...] wegen rein kommunistischer Propaganda seines Postens bei den revolutionären

---

857 Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 520, FN 89; Coppi, Aufbruch, S. 56, FN 149; Aufbruch, 1. Jg. Nr. 2/3, „Entlarvte Lügen", S. 15 (Reprint: S. 97); BArch R 1501/20048, Bl. 28, Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten an den Preußischen Minister des Innern, vom 07.09.1931 und BArch R 1501/20048, Bl. 48-54, Bericht des Reichswehrministers, Berlin, September 1931, Bl. 49.

858 Vorwärts, 2. 7. 1930, „Goebbels Sozialistenverfolgung".

859 RF, 4. 10. 1930„Ehemalige nationalsozialistische Führer erklären:; ‚Der Weg in die nationale Freiheit geht nur über die sozialistische Revolution'; Die NSDAP als Schützer der kapitalistischen Ausbeuter erkannt".

860 Der Nationale Sozialist, vom 10. 7. 1930, >kein Titel<, hier nach: R 1501/126074, Bl. 38 und BArch R 1501/126074, Bl. 247-253, Auszug aus den Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (IA) Berlin, Nr. 18, vom 16. 9. 30. Paetel berichtet, dass Korn auch zeitweise Mitglied der GSRN (Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten), einer Gruppe, an der Paetel selbst führend beteiligt war, gewesen ist. Paetel, Nationalbolschewismus, S. 184.

861 BArch R 1501/20048, Bl. 28, Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten an den Preußischen Minister des Innern, vom 7. 9. 1930; RF, 4. 10. 1930, „Ehemalige nationalsozialistische Führer erklären" und BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Aussage Rehms vom 10. 8. 1933, Bl. 896-897. Andere Berichte geben seine Funktion in der NSDAP als Gaugeschäftsführer des Gaues Brandenburg an. BArch R 1501/126074, Bl. 64-73, Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (IA) Berlin, Nr. 14, vom 15. 7. 1930. Der „Aufbruch" zählte auf: Sektionsführer Berlin-Wilmersdorf, Untergaugeschäftsführer Brandenburg sowie Gaugeschäftsführer und stellvertr. Gauleiter Gau Brandenburg. Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3, „Entlarvte Lügen", S. 15 (Reprint: 97).

862 RF 6. 7. 1930, „Neue Abspaltung bei den Nazis". Rehm verließ die NSDAP jedoch nicht mit leeren Händen. Nach Aussage von Goebbels war „Rehm [...] mit der Kartei durchgebrannt". Ein wertvolles Geschenk, um sich bei einer neuen Partei empfehlen zu können. Goebbels, Tagebücher, Hg. R.G. Reuth, Bd. 2, S. 497.

863 Zu seinen Aufgaben gehörte auch die Verwaltung der Konten der Kampfgemeinschaft. BArch R 1501/126074, Bl. 64-73, Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (IA) Berlin, Nr. 14, vom 15. 7. 1930. In dieser Funktion entfaltete er umgehend eine rege Aktivität und erließ fortwährend neue Anordnungen. Vgl. Der Nationale Sozialist vom 7. 8. 1930, 8. 8. 1930, 9. 8. 1930 und 12. 8. 1930, hier nach: BArch R 1501/126074, Bl. 24, 25, 30-31 & 38.

864 BArch R 1501/126074, Bl. 247-253, Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (IA) Berlin, Nr. 18, vom 16. 9. 1930.

865 Vgl. Der Nationale Sozialist vom 17. 7. 1932, hier nach: R 1501/126074, Bl. 59.

Nationalsozialisten enthoben worden" sei.[866] Die letztere Angabe ist definitiv zu spät angesetzt. Ein anderer Bericht nannte die 1. Reichskonferenz der KGRNS am 25.10.1930, wo er mit derselben Begründung seines Posten enthoben worden sein soll; er sei aber bis *dato* ebenso wie Korn längst zur KPD übergetreten.[867] Rehm und Korn hatten nachweislich am 04.10.1930 in der „Roten Fahne" eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, mit der sie ihren Übertritt zur KPD verkündeten.[868] Es ist durchaus möglich, dass die beiden Dissidenten erst aufgrund ihres öffentlichen Aufrufes in der KPD-Presse aus der KGRNS ausgeschlossen wurden. Diese Reihenfolge erscheint im Hinblick darauf, dass auch Rehm bereits vor seinem Übertritt für den AM-Apparat aktiv gewesen ist, als nicht unwahrscheinlich.[869] Es ist berechtigt anzunehmen, dass die KPD versucht hatte durch ein öffentliches Bekenntnis von Mitgliedern der KGRNS die (erhofften) Zersetzungs- und Spaltungstendenzen unter den Anhängern der Strasser-Gruppe weiter zu beschleunigen. Für das bündische und nationalrevolutionäre Blatt „Die Kommenden", das den Ideen der Strasser-Gruppe nahe stand, waren die beiden Dissidenten mit ihrem Übertritt zur KPD schlicht „Irrlichter" und „arme Kleingläubige" geworden.[870]

Ihre Übertrittserklärung zur KPD folgte ganz der üblichen kommunistischen Diktion und den gängigen Parolen. Der Frontwechsel wurde primär mit der Zuspitzung des politischen Gegensatzes zwischen Kommunismus und Faschismus begründet, die von allen Nationalrevolutionären eine eindeutige Positionierung verlange. Die Vorwürfe, die die beiden nationalsozialistischen Dissidenten ihrer ehemaligen Partei entgegen schleuderten, entsprachen exakt den Anschuldigungen, die die KPD seit der „Programmerklärung" gegenüber der NSDAP gebetsmühlenartig wiederholt hatte: vor allem der Verrat der NSDAP sowie der KGRNS am Sozialismus lasse allen ehrlichen Revolutionären keine Wahl.[871] Korn wurde der erste Herausgeber des „Aufbruchs", wechselte aber bereits nach der ersten Ausgabe in die Reichsleitung des KgdF über, für den er auch als Redner in Erscheinung trat.[872] Rehm übernahm verschiedene redaktionelle und organisatorische Aufgaben für die Zeitschrift.[873] Persönliche Vorteile waren Rehm und Korn durch ihren Parteiwechsel nicht erwachsen. Korn, der verheiratet war und drei Kinder hatte, war zur Zeit der Polizeiermittlungen arbeitslos und seine Miete wurde durch das Wohlfahrtsamt gezahlt.[874]

---

866 Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 380f. und BArch R 1501/20048, Bl. 28, Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten an den Preußischen Minister des Innern, vom 7. 9. 1931.

867 BArch R 1501/126074, Bl. 274-279, Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (IA) Berlin, Nr. 22, vom 15. 11. 1930; Bericht über den ersten Reichskongress der KGRNS vom 25. und 25. 10. 1930 in Berlin, hier: Bl. 277.

868 Gegen diese Annahme spricht allerdings, dass beide in der „Roten Fahne" angaben, ihren Tätigkeiten in der KGRNS nur bis zum 15. 9. 1930 bzw. bis zum 30. 9. 1930 nachgekommen zu sein. RF, 4. 10. 1930, „Ehemalige nationalsozialistische Führer erklären".

869 Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 233f.

870 Die Kommenden, Nr. 40, 24. 10. 1930, „Irrlichter".

871 RF, 4. 10. 1930.

872 Vgl. Striefler, Der Kampf um die Macht, S. 184 und Coppi, Aufbruch, S. 56, FN 149. Nach Coppi soll Korn das Scheringer-Komitee mit gegründet haben und Mitarbeiter der Propagandaabteilung des ZK der KPD gewesen sein.

873 Vgl. BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Aussage Rehms vom 10. 8. 1933, Bl. 896-897.

874 BArch R 1501/20048, Bl. 48-54, Bericht des Reichswehrministers, Berlin, September 1931, Bl. 53.

Gerhard Giesecke: Giesecke, der nach Korn zeitweise die Herausgabe des „Aufbruchs“ übernahm, wurde am 02.08.1899 in Hannover geboren, war zur Zeit der Erklärung Polizeioberleutnant in Rente und in Berlin wohnhaft. Er war am 1. Juni 1929, mit gerade einmal 30 Jahren, in den Ruhestand versetzt worden. Obwohl kein spezieller Grund für die vorzeitige Pensionierung angegeben wurde, glaubte der Berichterstatter die eigentliche Ursache in der inoffiziellen Betätigung Gieseckes für die KPD erkannt zu haben. Der Polizeibericht führte weiter aus, dass „das Reichsgericht [...] vertraulich mit[teile], daß Giesecke in engster Beziehung zur Roten Fahne steht und sich dort auch schriftstellerisch unter falschem Namen betätigt. Der Verdacht besteht schon seit 1927, wo er als 2. Offizier auf dem 15. Polizeirevier […] tätig gewesen ist.”[875] Die Vermutung der Polizei griff jedoch zu kurz, denn der Tätigkeitsbereich Gieseckes für die KPD ging weit über rein journalistische Aufgaben hinaus. Er war zu dieser Zeit bereits als (informeller) Mitarbeiter für den AM-Apparate aktiv.[876] Somit erscheint es als durchaus wahrscheinlich, dass Giesecke wegen kommunistischer Betätigung aus dem Beamtenverhältnis der Polizei entlassen worden war und sich daraufhin öffentlich zur KPD bekannt hatte. Zuvor war er bis zum Herbst 1928 Parteimitglied der SPD gewesen.[877] Nach der Veröffentlichung der „Erklärung der 13 Offiziere“ trat Giesecke, neben seiner Herausgeberschaft des „Aufbruchs“, vor allem als Wanderredner in Erscheinung.[878] In der Schutzhaft der Gestapo gab Giesecke sein eigenes Bild über das Zustandekommen der Erklärung wieder, das ihn eher als Opfer des AM-Apparates, denn als Täter darstellen sollte.[879]

Erich Fülle: Fülle, am 02.10.1890 in Steinsdorf bei Weida geboren, war im Rang eines Hauptmannes bei der Berliner Polizei aktiv gewesen.[880] Ein Bericht zur Klarstellung über die Beendigung des Dienstverhältnisses gab den unbestimmten Grund an, dass Fülle „nach dem Urteil seiner Vorgesetzten die für seine dienstliche Verwendung nötige Fähigkeit nicht mehr besass. Als Entlassungstag ist

---

875 BArch R 1501/20048, Bl. 28, Mitteilung des Berliner Polizeipräs. an den Pr. Minister d. I., 7. 9. 1931. Unterstützung fand diese Theorie durch einen Artikel des Vorwärts, 31. 10. 1932, „Wer ist Giesecke?; Adolf Hitlers allerneuste Erwerbung”.

876 Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 233f.

877 Vorwärts, 31. 10. 1932, „Wer ist Giesecke?; Adolf Hitlers allerneuste Erwerbung”.

878 BArch R 1501/20048, Bl. 28, Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten an den Pr. Minister des Innern, vom 7. 9. 1930.

879 BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 896f., Aussage Gieseckes vom 28. 7. 1933: „Ungefähr im Februar oder März 1931 lernte ich den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Hans Kippenberger kennen, der damals mit der Bitte an mich herantrat, einen Aufruf zu unterschreiben, der anlässlich des Übertritts des ehemaligen Leutnants Scheringer zur K.P.D. erscheinen sollte und sich mit der nationalen und sozialen Frage auseinandersetzte. Als ich von Kippenberger erfuhr, dass dieser Aufruf, dessen Erscheinen damals noch nicht feststand, auch von einem Polizeihauptmann a.D. Fülle aus Gera unterschrieben werden sollte, habe ich die Unterschrift abgelehnt, weil ich mit Fülle, der meiner Ansicht nach nicht ganz normal ist, nicht in Zusammenhang gebracht werden wollte. Ende Juli 1931 schrieb mir Kippenberger [...], dass er trotz meiner Weigerung meinen Namen mit dem Fülles unter den seinerzeit besprochenen Aufruf gesetzt habe. Seinem Briefe fügte Kippenberger einen Abdruck dieses Aufrufes bei. Kippenberger habe ich keine Antwort weiter gegeben. Erst ein oder zwei Tage nach der am 9. August 1931 am Bülowplatz in Berlin erfolgten Erschiessung zweier Polizeioffiziere, erschien Kippenberger bei mir, und bat mich in diesem Falle ihm und der K.P.D. meine Mitarbeit nicht zu versagen.” Später habe er „auf Wunsch von Kippenberger […] in einer öffentlichen Versammlung mal in diesem Sinne gesprochen.”

880 BArch R 1501/20048, Bl. 56, Bericht des Reichswehrministers vom 14. 10. 1931 und ebenda, Bl. 5, Bericht des Thüringischen Ministerium des Innern, Weimar, vom 31. 7. 1931.

der 31.3.28 festgesetzt worden."[881] Darin wurde ausdrücklich betont, dass „die Entlassung des Polizeioberleutnants Erich Fülle aus dem Dienst der preussischen Schutzpolizei [...] aus rein dienstlichen Gründen erfolgt [ist]. Eine Neigung zur kommunistischen Bewegung ist bei F. während seiner Zugehörigkeit zur preussischen Schutzpolizei niemals bemerkt worden."[882] Seit Januar 1931 sei er jedoch eingeschriebenes Mitglied der KPD, woraus er keinen Hehl gemacht habe. Es sei jedoch zu vermuten, dass seine Kontakte zur KPD bereits vor seinem Parteieintritt bestanden hätten, da er mit dem KPD-Landtagsabgeordenten Fritz Gäbler aus Gera und dem ehemaligen Gauführer des RFB, Hans Goller, befreundet sei.[883] Bei öffentlichen Auftritten in Thüringen war Fülle wegen seiner verbalen Radikalität aufgefallen.[884] Er hätte prophezeit, dass noch im selbem Jahr Sowjetdeutschland errichtet werden würde, weshalb es die Hauptaufgabe der KPD sei, die Polizei und die Reichswehr für den Kommunismus zu gewinnen. Seinen Zuhörern hätte er versichert,

dass „der überaus größte Teil der Polizeibeamten [...] dem kommunistischen Programm sehr sympathisch gegenüber [stünde]. Im Ernstfalle könne mit einer Einreihung der preußischen Polizei in die Kampffront der Kommunisten gerechnet werden. Auch die Reichswehr sei kommunistisch gut durchsetzt. Dort müsse allerdings noch mehr gearbeitet werden."[885]

Auf Fülles Ausführungen ging auch das Gerücht zurück, dass „die in die KPD eingetretenen Offiziere [...] diesen Sommer noch für mehrere Wochen auf Kosten der KPD nach Rußland zur Teilnahme an politischen Schulungskursen beordert" werden würden. Besonders seine Ankündigung, dass ihre „Hauptaufgabe" anschließend darin bestehen würde, „in Deutschland eine rote Armee und die Polizei zu organisieren", beunruhigte die Polizeibehörden und veranlasste weitere Ermittlungen in diese Richtung. Nachdem Fülle auch weiterhin ein auffälliges Verhalten an den Tag legte, was sich u.a. darin zeigte, dass er auf Versammlungen, die von der Polizei überwacht wurden, ostentativ abseits im Kreise vertrauter Genossen im Flüsterton sprechen würde und am 13.08.1931 sogar Strafanzeige gegen Polizeibeamte wegen Beleidigung, Amtsanmaßung und Begünstigung stellte, wurde bei den zuständigen Behörden der Eindruck erweckt, „als ob Fülle Zwischenfälle herbeiführt, um sich zum Gegenstand polizeilicher Untersuchungen zu machen."[886] Der Berichterstatter vermutete, dass Fülle wohl hoffte sich auf diese Weise Einblick in den Dienstbetrieb der Polizei zu verschaffen. Besonders auffällig seien dabei seine Versuche gewesen, Unterhaltungen mit dem Sachbearbeiter der politischen Angelegenheiten der Polizeidirektion Gera anzubahnen. Als Fülle von seinen Genossen

---

881 BArch R 1501/20048, Bl. 25, Bericht der Nachrichtensammelstelle des RMdI, vom 25. 8. 1931.

882 Da spätere Verfahren gegen Fülle mit der Begründung eingestellt worden seien, dass er geisteskrank sei und keinen Alkohol vertrage und daher auch keinen trinken dürfe, ist zu vermuten, dass er wegen Alkoholabhängigkeit aus dem Dienstverhältnis entlassen worden war. BArch R 1501/20048, Bl. 24, Bericht des Thüringischen Ministerium des Innern, Weimar, vom 20. 8. 1931.

883 Ebenda. sowie BArch R 1501/20048, Bl. 56, Bericht des Reichswehrministers vom 14. 10. 1931.

884 Striefler, Der Kampf um die Macht, S. 132f.

885 BArch R 1501/20048, Bl. 5, Bericht des Thüringischen Ministerium des Innern, Weimar, vom 31. 7. 1931. Seiner Aussage wurde indes wenig Glauben geschenkt und die Passage im Bericht handschriftlich mit einem großen Fragezeichen versehen.

886 BArch R 1501/20048, Bl. 24, Bericht des Thüringischen Ministerium des Innern, Weimar, vom 20. 8. 1931.

wegen seines Verkehres mit der Polizei gerügt worden sei, hätte dieser daraufhin erklärt, dass der „Zweck seiner Tätigkeit doch gerade der sei, die Polizei auszuhorchen".

Georg Herder: Herders Personalien konnten erst Anfang 1932 festgestellt werden. Demnach war Georg Herder, am 25.05.1898 in Opladen bei Düsseldorf geboren, zu dieser Zeit in Frankfurt am Main wohnhafter und stellungsloser Vertreter.[887] Die ermittelnden Behörden konnten weder seine Mitgliedschaft im Stahlhelm, noch seinen Rang als Oberleutnant der Reserve bestätigen. Aktenkundig sei Herder am 15.04.1930 durch eine Verurteilung wegen Urkundenfälschung, Betruges und Unterschlagung geworden, wobei seine sechswöchige Gefängnisstrafe bis zum 31.08.1933 auf Bewährung ausgesetzt worden sei. Herder habe erst Mitte Juli 1931 den Einritt in die KPD vollzogen und sei seitdem als Wanderredner für die Partei tätig. Dass Herder auch andere Funktionen innerhalb der Partei wahrgenommen hatte, die über diese Tätigkeit hinausgehen würden, war den Polizeibehörden nicht bekannt. Über eine Rede am 21.08.1931 in Stuttgart berichtete die örtliche Polizei, dass er dort als Oberleutnant a.D. in einer Kundgebung des KgdF ein Referat zum Thema „Vom weissen Offizier zum roten Soldaten" gehalten habe.[888] Bei diesem Anlass hätte sich die Werbewirksamkeit des nationalistischen Dissidenten gezeigt, da an die 3000 Besucher den Weg in diese Versammlung gefunden hätten:

„Die Tatsache, dass ein früherer angeblicher Stahlhelmführer in einer Kommunistenversammlung sprechen sollte, hatte diesen, für Stuttgarter Verhältnisse ungewöhnlichen Zulauf zu dieser Versammlung bewirkt. Herder begegnete mit seinen Ausführungen der grössten Aufmerksamkeit; […] er beschränkte sich während seines etwa 20 Minuten dauernden Vortrages in der Hauptsache auf die Verlesung von Briefen des zur KPD. übergetretenen Reichswehrleutnant Scheringer."

Der beobachtende Polizeibeamte berichtete weiter, dass Herder kursierenden Gerüchten widersprochen hätte, wonach er und die zwölf anderen Unterzeichner von der KPD (für jeweils 1000,- RM) gekauft worden seien. Über seine tatsächlichen Beweggründe sowie seine Tätigkeit vor seinem Parteieintritt hätte sich Herder indes nicht detailliert geäußert. Er gab lediglich an, dass ihm das Kriegserlebnis den sozialistischen Gedanken näher gebracht habe. Seinen Eintritt in die KPD begründete Herder analog üblicher Parteiparolen mit der Erkenntnis, dass der Kampf um die soziale und nationale Befreiung nur in den Reihen der KPD. geführt werden könne. Eine Passage in Herders Rede versetzte die Ermittlungsbehörden allerdings in helle Aufregung; hatte er doch verkündet, dass „annähernd 50 Offiziere der Reichswehr [...] schon jetzt dem Beispiel des Reichswehrleutnant Scheringer gefolgt und in die KPD. eingetreten" seien.[889] Diese übertriebene und damit recht unglaubwürdig klingende Aussage Herders beunruhigte die Polizeibehörden derart, dass eilends weitergehende Untersuchungen eingeleitet wurden und sogar in einem „Vortrag über die kommunistische Bewegung auf der Nachrichtenkonferenz am 14. Dezember 1931" Erwähnung fand. Die ermittelnden Polizeistellen konnten indessen

887 BArch R 1501/20048, Bl. 64, Bericht des Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 5. 1. 1932.

888 BArch R 1501/20048, Bl. 25 Polizeipräsidium Stuttgart, vom 27. 8. 1931 und BArch R 1501/20156, Bl. 134, Lagebericht der Polizei Stuttgart, verfasst August 1931 (Aktenkundig beim RMdI am 25. 11. 1931).

889 Ebenda.

schnell beruhigende Ergebnisse vorweisen und konstatierten, dass sich die „Mitteilung über den angeblichen Uebertritt von 50 Reichswehroffizieren zur KPD. [...] nicht bestätigt" habe:

„Abgesehen von Leutnant a.D. Scheringer ist bisher kein einziger ehemaliger Reichswehroffizier zur KPD. übergetreten. [...] Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, sei außerdem festgestellt, daß nationalbolschewistische Zersetzungsversuche von kommunistischer Seite bei der Reichswehr sowie die Propaganda des sogen. ‚Aufbruch-Arbeitskreises' unter den Offizieren der Reichswehr ausnahmslos gescheitert sind."[890]

Die Angaben zu den Personalien der verbliebenen Unterzeicher konnten von den Polizeibehörden nur ungenau oder gar nicht ermittelt werden.

K. Schmidt oder *F. Schmidt*: Für den Unterzeichner „Schmid-Wildbad" konnten die Polizei- und Reichswehrbehörden keine eindeutige Zuordnung herstellen und es blieben bis zuletzt zwei mögliche Personen offen; wobei die erstere Annahme als die deutlich glaubhaftere erscheint. Die Stuttgarter Polizei vermutete, dass es sich bei dem Gesuchten um den Redakteur Karl Schmidt handeln könnte, der 1926 Führer der Wildbader Ortsgruppe des Wehrwolfes und zwischen 1927 und 1928 Leiter der NSDAP-Ortsgruppe gewesen sei.[891] Er würde nicht den besten Leumund besitzen, nachdem er wegen verschiedener Vergehen, u.a. wegen gemeinschaftlichen Betrugs mit seinem Vater, wiederholt vor Gericht gestanden hätte. Seinen Übertritt zur KPD habe Schmidt bereits einen Monat zuvor öffentlich in der regionalen Parteipresse erklärt. Schmidt hatte auf derselben Veranstaltung in Stuttgart gesprochen wie Herder. Dort hatte er als Grund für seinen Frontwechsel seine aktivistische Einstellung angegeben, die er am besten in der KPD aufgehoben sah. Seine Rede sei primär der Kritik der NSDAP und ihres Programms gewidmet gewesen, wobei er die gängigen Thesen und Parolen proklamiert hätte, mit denen die KPD den Nationalsozialisten Verrat an ihrem alten Parteiprogramm vorwerfen würde. Als Belege hätte er Zeitungsartikel, vor allem aus der NSDAP-Presse, angeführt. Wie zuvor bei Herder bemängelte der berichtende Polizeibeamte die Fähigkeiten Schmidts als Redner, den er für diese Funktion für völlig ungeeignet hielt. Er nahm daher an, dass die KPD über keine besseren Referenten mit einem nationalistischen Hintergrund verfügte und dass ihr Lebensweg für die Partei wichtiger als ihre agitatorische Begabung wäre. Eine Schulungsreise in die Sowjetunion hielt der Polizeibeamte wegen der persönlichen Qualitäten gerade im Falle Schmidts für äußerst unwahrscheinlich: „Falls eine solche Ausreise für die übergetretenen ehemaligen Offiziere überhaupt geplant ist, dürfte Schmidt nicht unter den Auserwählten sein, da er nach seinem Auftreten und seiner Vorbildung nicht geeignet erscheint, innerhalb der linksradikalen Bewegung eine führende Stellung einzunehmen." Auch für K. Schmidt konnte die Polizei keine weitergehenden Funktionen innerhalb der KPD nachweisen.

---

890 BArch R 1501/20048, Bl. 103, Bericht der NSS im RMdI, Berlin, den 23. 1. 1932.

891 BArch R 1501/20048, Bl. 25, Bericht des Polizeipräsidiums Stuttgart, vom 27. 8. 1931. Der „Aufbruch" zählte auf: 1923-27 Leiter der Ortsgruppe Enztal des Wehrwolfes, 1927-30 Ortsgruppenleiter der NSDAP, Gauredner Württemberg; 1928 Landtagskandidat im 5. württem. Wahlkreis. Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3, „Entlarvte Lügen", S. 15 (Reprint: 97).

W. v. Boetticher: Wolf von Boetticher, am 18.01.1897 in Landsberg a.W. geboren, besaß die Danziger Staatsangehörigkeit und stammte, entgegen seines Namens, aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Seine Eltern waren Inhaber einer Buchhandlung und er selbst hatte den Beruf eines Bankprokuristen erlernt. Als Kriegsteilnehmer war er, nachdem er mehrere schwere Verwundungen erlitten hatte, in russische Gefangenschaft geraten. Später sei er zum Offizier gewählt worden und nach dem Kriege erfolgreich im Grenzschutz tätig gewesen, weshalb er 1921 zum Leutnant der Reserve befördert worden sei. Der Polizeibericht bescheinigte ihm einen schlechten Leumund: er sei ein „lockerer Vogel" und lebe in Scheidung.[892] Die Ermittlungen zu Boetticher wurden zwar fortgeführt, brachten aber keine weiteren Erkenntnisse.[893]

O. Lenk: Es war den Polizeibehörden bis zuletzt nicht möglich die genauen Personalien Lenks oder andere Angaben zu seiner Person festzustellen. Lediglich seine frühere Funktion konnte mit Führer des „Ringes Deutscher Laienspielscharen" bestimmt werden.[894] Angaben zum Geburts- und Wohnort blieben unbekannt; es wurde aber vermutet, dass er in dieser Zeit in Berlin-Tempelhof zur Untermiete wohnen solle.

K. Konrad: Auch die Informationen, die die Polizeibehörden über Karl Konrad in Erfahrung bringen konnten, waren äußerst begrenzt, und es konnten keine Angaben zum Geburts- und Wohnort gemacht werden. Es wurde lediglich vermutet, dass er zu jener Zeit in Pirmasens wohnen und dort bis zum 1. Juli 1931 in der SA führend tätig gewesen sein soll; inzwischen aber mit sofortiger Wirkung aus der NSDAP ausgeschlossen worden sei.[895]

Tartsch: Über Tartsch konnten die Polizeibehörden bis zur Einstellung der Ermittlungen Anfang 1932 keinerlei Erkenntnisse gewinnen; er blieb bis zuletzt Unbekannt.[896] Nach eigenen Angaben war er als so genannter Baltikumer 1919 weißrussischer Offizier gewesen und sei, da er sich von den Kapitalisten, in deren Sold er stand, verraten gefühlt hatte, Mitte der 20er Jahre zum Kommunismus übergetreten. Seine Erlebnisse aus dieser Zeit, mit denen er seinen Frontwechsel begründete, hatte er im April 1929 in zwei Teilen in der „Welt am Abend" veröffentlicht.[897]

Grubitz: Mit Grubitz verhielt es sich ähnlich. Die Ermittlungen zu seiner Person wurden zwar über den Januar 1932 hinaus fortgesetzt, verliefen aber ebenso wie bei Tartsch ergebnislos.[898] Tartsch und Grubnitz übernahmen anfangs Aufgaben beim Berliner „Aufbruch"-Arbeitskreis, verwalteten und

---

892 BArch R 1501/20048, Bl. 48-54, Bericht des Reichswehrministers, Berlin, September 1931 (Eingang in der Nachrichtensammelstelle des RMdI am 8. 10. 1931), hier: Bl. 50.

893 BArch R 1501/20048, Bl. 64, Bericht des Preußischen Minister des Innern, Berlin, dem 5. 1. 1932.

894 BArch R 1501/20048, Bl. 28, Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten an den Preußischen Minister des Innern, vom 7. 9. 1931. Der „Aufbruch" zählte auf: NSDAP-Mitglied 1927-30, Bezirksjugendleiter Berlin Süd und West, Propagandaleiter Borna, Redner Oberfranken. Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3, „Entlarvte Lügen", S. 15 (Reprint: 97).

895 Ebenda. Der „Aufbruch" zählte auf: NSDAP-Mitglied 1926-31, Sturmführer 1926-28, Gauredner des Gau Pfalz. Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3, „Entlarvte Lügen", S. 15 (Reprint: 97).

896 BArch R 1501/20048, Bl. 64, Bericht des Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 5. 1. 1932.

897 In Scheringers Briefbroschüre wurde ein Schreiben von Tartsch abgedruckt, in dem er die genannten Daten anführte. „Erwachendes Volk; Briefe an Leutnant Scheringer", S. 15f.

898 BArch R 1501/20048, Bl. 64, Bericht des Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 5. 1. 1932.

organisierten die Teilnehmerlisten oder nahmen an Versammlungen, nicht nur des AKK, als Redner teil.[899]

Fritz Hacke: Über die tatsächliche Teilhabe Fritz Hackes bestanden berechtigte Zweifel. Die von der Polizei festgestellten Personalien Hackes deckten sich prinzipiell mit den Angaben der „Roten Fahne", wonach er Leutnant des alten Heeres gewesen sei: 1914 Kriegseintritt als Freiwilliger im Range eines Fahnenjunkers, 1915 dann Beförderung zum Leutnant. Nach Gefangenschaft wurde er 1919 aus dem Heeresdienst entlassen.[900] Fritz Hacke, am 15.06.1895 in Zabern geboren und in Freiburg i. Br. wohnhaft, entstammte einer Offiziersfamilie und sei nun vom Beruf Redakteur. Die Badische Landespolizei berichtete jedoch, dass sich Hacke gegen seine Vereinnahmung durch die KPD zur Wehr gesetzt und am 07.08.1931 in der „Freiburger Tagespost" eine Stellungnahme abgegeben hatte, in der er behauptete nicht mit dem Unterzeichner der „Erklärung der 13 Offiziere" identisch zu sein.[901] Er versicherte, dass er niemals Mitglied der NSDAP oder KPD gewesen sei und den Aufruf nicht unterschrieben habe. Da die Polizei bestätigen konnte, dass Hacke keinerlei politische Betätigung nachzuweisen sei, wurde vermutet, dass entweder eine Namensgleichheit vorliegen würde; oder, was als deutlich wahrscheinlicher angesehen wurde, dass die „Rote Fahne" mit „erschwindelten Namen gearbeitet" hatte, um die Überzeugungskraft und das Renommee ihres Aufrufes steigern zu können.

Aufgrund der Polizeiberichte bleibt es fraglich, ob sich sämtliche Unterzeichner der Erklärung tatsächlich mit der KPD solidarisiert hatten oder ob die verantwortlichen Parteifunktionäre die Liste der Unterzeichner ohne Rücksprache in Eigenregie zusammengestellt hatten.

Weitere Dissidenten, die in das „Aufbruch"-Projekt involviert waren

Josef „Beppo" Römer: Josef Römer, der zumeist unter seinem Rufnamen „Beppo" erwähnt wird, entstammte einem gutbürgerlichen Hause und wurde als ältester von sechs Söhnen des Direktors eines Privatgymnasiums am 17.11.1892 in München geboren.[902] Nachdem er auf dem Institut seines Vaters 1911 das Abitur abgelegt hatte, trat er als Fahnenjunker in die Militärschule ein. Während des Weltkrieges schwer verwundet und hoch dekoriert, schied er 1919 als Hauptmann aus der Armee aus. Römer studierte daraufhin in München Rechts- und Staatswissenschaften und wurde nach bestandenem Referendarexamen 1922 wegen seiner Dissertation, „Der Gedanke der berufsständischen Vertretung und der Reichswirtschaftsrat", an der Universität Würzburg zum Dr. jur. promoviert.

Nach Kriegsende trat Römer dem „Freikorps Oberland" bei, das unter seiner Führung an der Niederschlagung der Münchner Räterepublik 1919, an der Entwaffnung der „Roten Ruhrarmee"

---

899 Vgl. u.a.: BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräsidenten Berlin, Landeskriminalpolizeiamt I, an den Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24. 2. 1932.

900 BArch R 1501/20048, Bl. 48-54, Bericht des Reichswehrministers, Berlin, September 1931, Bl. 51.

901 BArch R 1501/20048, Bl. 33, Bericht des Badischen Landespolizeiamt, vom 24. 9. 1931.

902 Biographische Angaben nach: Bindrich, Beppo Römer; Weber, Deutsche Kommunisten, S. 621 sowie Kaufmann, Nachrichtendienst der KPD.

1920/'21 und an den illegalen Kämpfen gegen die französische Besatzung im Frühjahr 1923 teilnahm. Einen unter militärischen und nationalistischen Kreisen legendären Ruf hatte Römer durch die Erstürmung des Annabergs in Oberschlesien erlangt. Das Freikorps war an Grenzkämpfen in dem umstrittenen Gebiet gegen Verbände des neuen polnischen Staates beteiligt gewesen und hatte den strategisch wichtigen sowie symbolträchtigen Ort trotz militärischer Unterlegenheit und erbittertem Widerstand erobern können. In seiner Funktion als Freikorpsführer lernte er andere nationalistische Größen und Führer von Wehrverbänden wie Röhm, Heß und Hitler oder den Kapitänleutnant Erhardt kennen. Um 1921 wurde Römer, wie die meisten „Oberländer" (vorübergehend) Mitglied der NSDAP.

Parallel entstanden ab Juli 1920 über den bayerischen Landtagsabgeordneten Otto Graf, einem alten Schulfreund Römers, die ersten Kontakte zur KPD. Römer wurde von den nationalkommunistischen Ideen der beiden Abgeordneten Graf und Thomas angezogen und er lud die beiden Funktionäre ein, vor „Oberländern" Vorträge zu halten. In dieser Zeit entnahm Römer zur Unterstützung der regionalen Parteipresse der KPD, der „Neuen Zeitung", zweimal beträchtliche Summen aus der Kasse des Freikorps.[903] Nachdem bald darauf die bayerischen Nationalkommunisten Graf und Thomas ihrer Parteiämter enthoben worden waren, ging Römer kurzzeitig auf Distanz zur KPD. Durch gemeinsam mit kommunistischen Arbeitern verübte Sabotageakte während des Widerstandes gegen die französische Besatzung 1923 und durch die Schlageter-Rede Karl Radeks näherte sich Römer der Partei aber wieder an. Aufgrund seiner Aktivitäten im Rheinland lernte er den Parteifunktionär Otto Braun kennen, der ihn in Kontakt zum AM-Apparat brachte. Römer trat im Zuge der Vorbereitungen des Ludendorff-Hitler-Putsches aus der NSDAP aus und wurde als informeller Mitarbeiter für den Nachrichtendienst der KPD aktiv. In dieser Funktion nutzte er seine „weitreichenden Verbindungen zu verschiedenen rechtsradikalen Organisationen" aus und wurde so „zu einem der ergiebigsten Informanten über die rechtsradikale Szene in Bayern", was für die KPD, die in dieser Zeit nur illegal im Freistaat agieren konnte, besonderen Wert besaß.[904]

Ab 1924 wurde die Zusammenarbeit weiter ausgebaut. Otto Thomas, der das neu geschaffene Ressort „Faschisten" leitete, gab die Zersetzungszeitschrift „Die neue Front" heraus, die „vor allem unter Freikorpsangehörigen verbreitet werden und dort die Entwicklung nationalbolschewistischer Positionen fördern" sollte.[905] Neben Römer beteiligten sich auch andere Oberländer, wie Hans Hubert von Ranke oder Hans Hartwimmer, die sich später ebenfalls für das „Aufbruch"-Projekt engagieren sollten, an der Zeitschrift. Römer blieb im Hintergrund und steuerte unter Pseudonym („Otto Heinrich" und „Ludwig Hieronymus") Artikel zu wirtschaftspolitischen und militärischen Fragen bei. Diese

---

903 Bindrich gibt an, dass es sich beim ersten Mal um ca. 300.000,- RM und beim zweiten Mal im Januar 1922 um ca. 150 000,- RM gehandelt haben soll. Bindrich, Beppo Römer, S. 36, FN 69.

904 Kaufmann, Nachrichtendienst, S. 83f.

905 Ebenda, S. 154.

Form der Zusammenarbeit mit einer Massenpartei und der Inhalt der Artikel zeigten „erstmals die deutliche Abkehr Römers von den Vorstellungswelten seiner eigenen bürgerlichen Herkunft, ein freies Deutschland mit kleinen Gruppen, Geheimbünden und Wehrverbänden zu erkämpfen".[906] 1926 wurde die Zeitschrift eingestellt, nachdem es nicht gelungen war, nennenswerten Einfluss auf die anvisierten Kreise auszuüben. Während der ganzen Zeit führte Römer nach außen ein bürgerliches Leben: er wurde Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Landindustrien, blieb Mitglied im „Deutschen Offiziersbund" (DOB) und hielt seine Beziehungen zu nationalen Vereinigungen, wie dem „Bund der Großdeutschen", aufrecht.

Den Polizeibehörden blieben seine Aktivitäten für die KPD nicht unbemerkt und „in einem Bericht des Reichskommissars für öffentliche Überwachung vom März 1925 heißt es, daß Josef Römer die Idee der Befreiung Deutschlands auf dem Wege des Nationalbolschewismus entwickelt habe".[907] Nachdem Römer 1925 zweimal in die Sowjetunion geflogen war, im September in Wien mit der Redaktion der „InPreKorr" über die Veröffentlichungen von Artikeln verhandelt hatte und weiterhin mit KPD-Mitgliedern in persönlichem Kontakt stand, entschieden sich die Polizeibehörden zum Zugriff. Im Herbst des darauf folgenden Jahres wurde er während einer Besprechung mit Otto Braun verhaftet.[908] Wegen seiner Reisen in die Sowjetunion und Unterlagen über chemische Produktionsverfahren, die bei Römer anlässlich seiner Verhaftung gefunden worden und vermutlich für russische Kontaktpersonen bestimmt waren, wurde der ehemalige Freikorpsführer wegen Hochverrat angeklagt. Er wurde jedoch nach wenigen Wochen durch Amnestierung entlassen; 1930 erfolgte die endgültige Einstellung des Verfahrens. Nach seiner Entlassung zog sich Römer zunächst aus der aktiven nachrichtendienstlichen Arbeit zurück.

Im Frühsommer 1931 wurde Römer, der sich sehr für den „Fall Scheringer" interessierte, ebenfalls zur Unterzeichnung der Erklärung aufgefordert, hatte seine Unterschrift aber aus beruflichen Gründen abgelehnt.[909] Römer führte in dieser Zeit ein materiell gesichertes, bürgerliches Leben. Neben seinen Einkünften aus vorübergehenden Anstellungen für verschiedene Unternehmen, konnte er mit einer Offiziersrente (150,- RM monatlich) und von den Ausschüttungen aus Patentrechten (300,- RM), die ihm von seinem Vater überlassen worden waren, ein sorgenloses Leben führen, was sich unter anderem in seiner repräsentativen Wohnung am Kurfürstendamm im bürgerlichen Berliner Stadtteil Charlottenburg äußerte.[910] Aus diesem Grund war es Römer auch möglich, als er die Schriftleitung des „Aufbruchs" übernahm, seine Anstellung aufgeben, um sich voll auf seine politischen Tätigkeiten konzentrieren zu können.

---

906 Bindrich, Beppo Römer, S. 41.
907 Ebenda, S. 42.
908 BArch R 1501/20048, Bl. 58, Bericht der Polizei Nürnberg über die „Aufbruch"-Arbeitskreise.
909 Stellungnahme Römers „Zur Frage des ‚Aufbruch'" für die Gestapo, vom 28. 5. 1933, hier nach: Bindrich, Beppo Römer, S. 150-151, Reprint im Quellenanhang.
910 Aussage Römers vom 27. 5. 1933, hier nach: Bindrich, Beppo Römer, S. 146-149, Reprint im Quellenanhang.

Arnold Vieth von Golßenau alias Ludwig Renn: Die wohl radikalste Wandlung in seinem Lebenslauf hatte A. Vieth zu Golßenau, der am 22. April 1889 geboren und aus dem sächsischen Hochadel stammend, seinen Weg als Ludwig Renn zur KPD gefunden hatte.[911] Als Sprössling eines alten Adelsgeschlechtes war sein Lebensweg als Offizier vorgegeben. Der Militärdienst, vor allem aber das Erlebnis der Schützengrabengemeinschaft, wo der Tod keinen Halt vor Klassengrenzen macht, ließ ihn nach eigenen Angaben am Standesdünkel seiner Herkunft zweifeln.[912] Aus der Kriegserfahrung soll er den Schluss gezogen haben „in *echter Kameradschaft* und *ohne Vorgesetztendünkel* das Gemeinschaftsleben so menschlich als dies eben nur irgend denkbar zu gestalten".[913] Nach dem Krieg gab er ein kurzes Zwischenspiel als Offizier der sächsischen Polizei. Aber es „ergaben sich aus dieser seiner neuen Einstellung dienstliche und politische Differenzen, die dazu führten, daß er die Uniform überhaupt für immer auszog."[914]

Es folgten verschiedene Versuche sein Leben neu auszurichten. In München und Göttingen studierte Renn zeitweise Jura, Volkswirtschaft und Russisch aber auch Kunstgeschichte sowie türkische, byzantinische und chinesische Geschichte. Nachdem er als Kaufmann und auf einem Gutshof gearbeitet hatte, beschloss Renn auszusteigen und zu Fuß nach Italien zu laufen. Von dort aus führte ihn sein Weg über Griechenland und Konstantinopel bis nach Ägypten und Tripolis.[915] Renn, der zunächst aus Kostengründen zum Abstinenzler und Rohkostesser geworden sein soll, versuchte bald aus Überzeugung „seine *lebensreformerischen* Ansichten überall, wo dies möglich war, zu verwirklichen. [Und er] entwickelte sich gleichzeitig zum Anhänger einer positiven Lebensreform, indem er den Fleischgenuß ablehnte und den Gebrauch aller Rauschgifte aufgab."[916] Auf seiner Reise habe sich, nach eigener Darstellung, sein Blick für die Armut und Ungerechtigkeit der Welt geöffnet und er hatte damit begonnen seine Reiseerlebnisse aufzuzeichnen, die nach seiner Rückkehr in einer Provinzzeitung abgedruckt wurden. Auf seiner Rückreise machte er in Wien zu Studienzwecken Halt und wurde dort durch einen Kunstgeschichtsprofessor, „der nicht Marxist [war], zum Marxismus geführt".[917] Und „je mehr er aber auf diese Art seine eigenen Ueberzeugungen zu klären vermochte, um so mehr *geriet er in das kommunistische Fahrwasser*."[918] Das gewalttätige Verhalten der Polizei anlässlich von Protesten der Wiener Arbeiterschaft 1927 gab den letzten Anstoß sich offen zum Kommu-

---

911 Renn war in seiner Kindheit der Spielgefährte des gleichaltrigen, sächsischen Thronfolgers gewesen. Auer, Ludwig Renn, Chronik und Dichtung, S. 8. Vgl. dazu auch: Renns Roman „Adel im Untergang".

912 Die Kommenden, 33. Folge, 16. Erntings (d.i. August) 1931, „Aus meinem Leben", S. 2-3 bzw. 386-387.

913 8 Uhr-Abendblatt, 29. 11. 1932, „Ludwig Renns seltsamer Weg:; Vom adligen preussischen Offizier zum kommunistischen Rebellen", hier nach: BArch R 1501/20611, Bl. 108.

914 Ebenda. Auer gibt an, dass sich Renn anlässlich des Kapp-Putsches 1920 geweigert hätte auf unbewaffnete Arbeiter zu schießen; danach sei es zur Aufgabe des Dienstverhältnisses gekommen. Auer, Ludwig Renn, S. 10.

915 Auer, Ludwig Renn, S. 11.

916 8 Uhr-Abendblatt, 29. 11. 1932, „Ludwig Renns seltsamer Weg", hier nach: R 1501/20611, Bl. 108.

917 Die Kommenden, 33. Folge, 16. Erntings 1931, „Aus meinem Leben", S. 2-3 bzw. 386-387.

918 8 Uhr-Abendblatt, 29. 11. 1932, „Ludwig Renns seltsamer Weg". Vgl. Auer. Ludwig Renn, S. 11.

nismus zu bekennen. Kurz nach seiner Rückkehr nach Deutschland trat Arnold Vieth von Golßenau als Ludwig Renn in die KPD ein:

„Der *Vegetarier, Antialkoholiker und Nichtraucher*, der *in kurzen Hosen* und *mit Sandalen* als *Ludwig Renn* nach Deutschland zurückkehrte, hatte in dem Rucksack bereits den größten Teil jenes Manuskripts, das als eines der ersten erfolgreichen Kriegsbücher unter dem Titel *‚Krieg'* vom Verlag der ‚Frankfurter Zeitung' (Frankfurter Societäts-Druckerei) herausgebracht wurde und nunmehr Renn, der bisher von seiner Pension bzw. Abfindung zu leben genötigt war, die Mittel in die Hand gab um selbstgestaltend seinen neuen Ideen nachleben zu können."[919]

Renn siedelte nach Berlin über, wo er „vor allem an die Gruppe kommunistischer Schriftsteller Anschluß [suchte], mit denen zusammen er die Zeitschrift *‚Die Linkskurve'* herausbrachte, für die er verantwortlich zeichnete, und für deren Aufbau er wohl beträchtliche Mittel hergegeben hat."[920] Zu dieser Zeit „entstand *Renns zweites Buch ‚Nachkrieg'*, in dem er seine Entwicklung zum Kommunisten freimütig schilderte". Als kommunistischer Schriftsteller fuhr Renn zwei Mal für die KPD in die Sowjetunion (1929 und 1930), um an Literaturkongressen teilzunehmen. Seine Reiseerlebnisse veröffentlichte er in dem Reportageband „Russlandfahrten".[921]

Renn war bereits zwei Jahre vor der Veröffentlichung der „Programmerklärung" in der KPD und ihren Massenorganisationen tätig gewesen: 1928 war er vorübergehend Agitpropleiter des Unterbezirks Zwickau, und im Februar 1930 war er neben Becher und Wittfogel als 1. Sekretär in den Vorstand des „Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller" gewählt worden.[922] Zu dieser Zeit zählte er für die Staatsbehörden zu den „längst bekannte[n] kommunistische[n] Literaten und sonstige[n] Größen". Im Rahmen seiner Tätigkeit im „Bund der revolutionären Schriftsteller", hatte Renn des Öfteren auf Versammlungen in seinem Roman „Nachkrieg" gelesen.[923] Daneben nahm er regelmäßig an Versammlungen und Diskussionsrunden zur Kulturpolitik der Partei teil.[924] Gemeinsam mit anderen linken Literaten gründete Renn im Juli 1930 ein „Kampfkomitee der Künstler und Geistesarbeiter", das unter dem Deckmantel der Überparteilichkeit für die KPD agitieren und werben sollte.[925] Nicht zuletzt wegen seiner Erfahrung im schriftstellerischen Bereich wurde Renn zeitweise zum leitenden Redakteur des „Aufbruchs" bestimmt.

Hans Hubert von Ranke. Der am 24.09.1902 in München geborene H.H. v. Ranke war seit seiner Zeit beim Freikorps Oberland mit Beppo Römer befreundet. Aus beruflichen und nachrichtendienstlichen Gründen trat er jedoch zu keiner Zeit öffentlich als Mitarbeiter des ‚Aufbruchs' oder der Ar-

---

919 8 Uhr-Abendblatt, 29. 11. 1932, „Ludwig Renns seltsamer Weg".

920 Ebenda.

921 Auer, Ludwig Renn, S. 12.

922 SAPMO im BArch SgY 30/2098, Erinnerungen L. Renns: „In proletarischen Sportlagern zwischen 1928 und 1933", BArch R 1501/20406, Bl. 3, Lagebericht Nürnberg-Fürth, vom 25.02.1930 und Auer, Ludwig Renn, S. 12. Auer gibt an, dass Renn bereits 1928 Sekretär des Bundes geworden sein soll.

923 Vgl. z.B. RF, vom 5. 8. 1930; 8. 8. 1930; 17. 8. 1930 oder 19. 8. 1930.

924 Z.B.: RF, Nr. 28, 3. 2. 1931.

925 RF, 24. 7. 1930, „Künstler und Wissenschaftler solidarisieren sich im Kampf mit der Kommunistischen Partei". Als weitere Mitglieder zählt der Artikel u.a. auf: Egon Erwin Kisch, Erwin Piscator, George Grosz, John Heartfield, Wieland Herzfelde, Ernst Busch, Hanns Eisler, Joh. R. Becher, Willi Münzenberg, Erich Weinert, Berta Lask.

beitskreise in Erscheinung, sondern steuerte unter dem Pseudonym „Ludwig Bayer“ lediglich Artikel zur Zeitschrift bei. Ranke galt, nachdem er seit 1922 für verschiedene Fluggesellschaften und später als Leiter des An- und Abfluges in Berlin-Tempelhof arbeitete, als Experte für die Kriegführung zur Luft. Als Mitarbeiter des AM-Apparates und Mitglied der „LeiKo“ war er an der Planung und Organisation des „Aufbruchs“ und seiner Arbeitskreise dennoch direkt beteiligt.

Kommunisten, die führend in das „Aufbruch“-Projekt involviert waren

Theodor Bottländer: Bottländer, am 18.11.1904 in Schwartau bei Lübeck geboren und vom Beruf Kesselschmied, war bereits seit seiner Jugend Kommunist und 1921 dem KJVD beigetreten.[926] Es drängte ihn zur revolutionären Tat und nachdem er an Sprengstoffanschlägen in Osnabrück und Einbeck beteiligt gewesen war, musste Bottländer in die Sowjetunion flüchten, wo er ab dem Frühjahr 1925 die Internationale Leninschule bei Moskau besuchte. Im Sommer 1926 kehrte er nach Deutschland zurück und war kurzzeitig Mitglied der Bezirksleitung in Hannover, wo er auch als Redakteur für die regionale Parteipresse schrieb.[927] Bald darauf verhaftet, wurde er im Dezember 1927 vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts wegen (literarischer) Vorbereitung zum Hochverrat zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Bereits im Sommer 1928 im Zuge einer Reichsamnestie aus der Haft entlassen, begann Bottländer noch im selben Jahr seine Arbeit beim AM-Apparat. Er ging für eine nachrichtendienstliche Spezialausbildung erneut in die Sowjetunion und besuchte dort von 1929 bis 1930 die militärpolitische Schule der KomIntern bei Moskau (M-Schule). Nach erfolgreicher Absolvierung wurde Bottländer als Ressortleiter im AM-Apparat eingesetzt.[928]

Hans Kippenberger: Kippenberger entstammte kleinbürgerlichen Verhältnissen; ein Umstand, der sich im Moskauer Exil sehr zu seinen Ungunsten entwickeln sollte. Der spätere Leiter des AM-Apparates wurde am 15.01.1889 in Leipzig als Sohn eines Lehrers „für tote Sprachen und Prediger bei der freireligiösen Gemeinde” geboren.[929] Nach dem Besuch einer Oberrealschule meldete er sich 1915 als Freiwilliger zum Kriegsdienst. 1919 schied Kippenberger, der mehrfach schwer verwundet worden war, als Oberleutnant aus der Armee aus. Aus dem Krieg zurückgekehrt, trat er der USPD bei und wechselte mit dem linken Flügel der Partei zur KPD über. Nach einem kurzen Arbeit als Volontär in einer Schnellpressenfabrik, der er wegen seiner Kriegsverletzungen aber nicht nachkommen konnte, nahm er eine kaufmännische Lehre auf und war ab 1921 in Hamburg als Fremdsprachen-

---

926 Zu den biographischen Angaben: Weber, Deutsche Kommunisten, S. 115, Coppi, Aufbruch, S. 57, FN 207 sowie SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 1, Übersicht zu der personellen und organisatorischen Zusammensetzung des militärpolitischen Apparates von Hans Kippenberger („Alex“), hier: Bl. 6.

927 SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 11, „Bericht über Abwehrapp arat resp. Abwehrarbeit”, o.V.a., 4. 1. 1936, Bl. 290.

928 Dort wurde Bottländer von seinem Vorgesetzten Kippenberger folgendermaßen charakterisiert: „Aktivistisches Element, intelligent und mutig, aber etwas schwierig in Disziplinarfragen, bedarf einer festen Anleitung und Kontrolle. In der Arbeit initiativ.” BArch RY 1/88, Mappe 1, Übersicht zu der personellen und organisatorischen Zusammensetzung des militärpolitischen Apparates von Hans Kippenberger („Alex“), hier: Bl. 6.

929 SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 49, Erinnerungen Aenne Kerff. Seine Mutter war vom Beruf Wäscherin. Vgl. auch: Weber, Deutsche Kommunisten, S. 370f.

korrespondent (für englische, französische, italienische und spanische Sprache) bei verschiedenen Firmen tätig. Ab 1922 studierte Kippenberger als Werkstudent in Hamburg Nationalökonomie. Im selben Jahr begann er seine Tätigkeit im AM-Apparat. Beim Hamburger Aufstand der KPD 1923 spielte Kippenberger wegen seiner militärischen Ausbildung eine entscheidende Rolle. Nach Angaben seiner späteren Lebensgefährtin Kerff sei er der einzige Offizier gewesen, der den Hamburger Kommunisten zur Verfügung gestanden hätte. In dieser Position übernahm er entscheidende militärische Aufgaben. Kippenberger war der Urheber des Aufstandsplanes für den Stadtteil Barnbeck, der als erster losschlagen sollte.

Während des Aufstandes schwer verwundet, hielt er sich bis März 1924 illegal in Leipzig auf, um dann in die Sowjetunion zu fliehen, wo er sowohl die militärpolitische Schule (M-Schule) als auch die „Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des Westens" besuchte. Ende 1924 kehrte Kippenberger nach Deutschland zurück, wo er bis 1928 in der Illegalität lebte.[930] Im selben Jahr wurde er mit dem Aufbau bzw. der Restrukturierung des AM-Apparates betraut, weshalb er von der KPD auf die Kandidatenlisten zum Reichstag gesetzt wurde, um die Immunität eines Abgeordneten zu erlangen. Während des Wahlkampfes wurde Kippenberger zwar verhaftet, musste aber wenig später wieder freigelassen werden, nachdem er in den Reichstag gewählt worden war. 1929 auf dem XII. Parteitag in das ZK der KPD gewählt, blieb er bis 1933 Reichstagsabgeordneter, damit er ungestört seiner Arbeit als Leiter des Zentralen AM-Apparates nachkommen konnte.

3.1 Der „Aufbruch"

Mitarbeiter und Verantwortliche

Der Versuch die Funktionen, die Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten oder die Verantwortung der Mitarbeiter am „Aufbruch" zu beschreiben offenbart ein grundlegendes Problem: als Organisation des AM-Apparates, die seinen konspirativen Regeln und Methoden unterworfen war, können Fragen nach den Kompetenzen einzelner Beteiligter ebenso wenig wie Fragen über den Grad der Einflussnahme des Nachrichtendienstes auf die Zeitschrift und seine Arbeitskreise, abschließend beantwortet werden. Da in der Apparatsarbeit so wenig wie möglich schriftlich fixiert wurde und Verfolgung, Illegalität sowie Exil den ohnehin schmalen Aktenbestand weiter reduzierten, stammt die Mehrzahl der spärlichen Daten, die zur Beantwortung dieser Fragen aufgefunden werden konnte, aus Verhören der Geheimen Staatspolizei während der Haftzeit einzelner Mitarbeiter; ihre Angaben können infolgedessen nur unter Vorbehalt verwendet werden.[931]

---

[930] Weber, Deutsche Kommunisten, S. 371. Kerff hingegen gab für die Rückkehr erst das Jahr 1927 an.

[931] Römer sagte zu dieser Frage aus, dass bspw. die „LeiKo" „von anderen Stellen der Partei, vielleicht sogar vom Z.K. Berichte über die Lage im Nationalen Lager [bekam]. Diese Berichte waren nicht schriftlich, sondern wurden mündlich von Kippenberger oder Bottländer, manchmal auch von anderen Personen, erstattet." BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache

Die am „Aufbruch“ beteiligten Personen lassen sich in drei Gruppen einteilen, denen unterschiedliche Funktionen und Aufgaben zugedacht waren. Eine genaue Beschreibung des Verhältnisses zwischen der ersten und der zweiten Gruppe, und damit einer Gewichtung ihrer tatsächlichen Zuständigkeiten, ist aus den genannten Gründen nicht möglich.

Die 1. Gruppe und dirigierende Schaltstelle bildeten die verantwortlichen und autorisierten KPD-Funktionäre des AM-Apparates, die hinter den Kulissen die eigentliche Leitung und Kontrolle über die gesamte „Aufbruch“-Organisation ausübten. Als bestimmende Personen sind Hans Kippenberger, sein Stellvertreter Hermann Dünow, sowie Bottländer, als Ressortleiter „Faschistische Organisationen“ (C-Ressort) zu nennen; auch Wilhelm Kippenberger („Leo“), ein Bruder des Apparatschefs, sowie Aenne Kerff („Lotte“), die Lebensgefährtin Hans Kippenbergers, gehörten in diese Gruppe.

Parallel wurde eine formelle, auf die Außendarstellung bedachte und ausschließlich mit bekannten Dissidenten besetzte Organisation installiert, die offiziell die regulären Positionen im Verlag und den Arbeitskreisen einnahmen und deren Namen daher das öffentliche Erscheinungsbild der gesamten „Aufbruch“-Organisation bestimmten. Zu dieser 2. Gruppe gehörten die drei Herausgeber des „Aufbruchs“ Korn, Giesecke und Römer sowie Rehm als zeitweiliger Geschäftsführer und Renn als verantwortlicher Redakteur, der in dieser Funktion allerdings werbewirksam unter seinem adeligen Geburtsnamen Vieth von Golßenau geführt wurde.

Als 3. Gruppe sind Mitarbeiter zu nennen, deren Teilhabe sich in der Regel auf das Verfassen von Artikeln für die Zeitschrift oder das Halten von Vorträgen auf geschlossenen oder öffentlichen Veranstaltungen der Arbeitskreise beschränkte. Zu dieser Gruppe gehörten sowohl alteingesessene Kommunisten als auch nationalistische Dissidenten.[932] Hier ist vor allem Hans Hubert von Ranke zu nennen, der nicht nur unter dem Pseudonym „Ludwig Bayer“ für fast jede Ausgabe Artikel beisteuerte, sondern auch über die „LeiKo“ an der Herstellung der Zeitschrift direkten Anteil hatte.

Als Initiator und Gründer des „Aufbruch“-Projekts lag die letztendliche Leitung und Verantwortung bei Kippenberger persönlich. Er war dem Politbüro über sämtliche Entscheidungen und Aktionen

---

gegen Th. Bottländer, Bl. 140, Aussage Römers vom 2. 8. 1934. Später in Gestapo-Haft versuchten die Verhörten sich durch gezielte Falschaussagen selbst zu schützen. Die eigenen Tätigkeiten und Kompetenzen wurden heruntergespielt und die Haftung meist auf Mitarbeiter geschoben, die sich noch auf freiem Fuße oder bereits im Exil befanden. Bottländer und Römer bspw. erfanden Personen, um ihre Herkunft aus dem AM-Apparat, und damit ihre dortige Positionen verheimlichen zu können. Nicht zuletzt wirkte sich die Befragung auf Sprache und Wortwahl der Verhörten aus und es wurde versucht sich möglichst beliebig und allgemeingültig auszudrücken. BArch ZC 632, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 85, Aussage Bottländers vom 26. 6. 1934 und BArch ZC 632, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 135, Aussage Römers vom 30. 7. 1934.

[932] KPD-Funktionäre: u.a. Heinrich Kurella, Dr. K. A. Wittfogel, Ernst Schneller oder Wilhelm Florin. Dissidenten: u.a. Bodo Uhse, Bruno von Salomon, Stenbock-Fermor. Ab der Juni-Ausgabe 1932 (2. Jg., Nr. 4) wurden auf der Titelseite folgende Mitarbeiter aufgezählt: v. Arbesser, Wien; Bayer, Köln, Diebitsch, München, Dr. Falkenstein, Königsberg; Janis, Hauptmann a.D., Wien; Kippenberger, M.d.R.; Moller, Hauptmann a.D., Hamburg; Rehm, ehem. Gauführer der NSDAP; Renn, Berlin; Bruno v. Salomon, Berlin; Schneller, M.d.R., Graf Stenbock-Fermor; Bode-Uhse [sic!], Berlin, Dr. Wittfogel, Berlin. Die Auswahl der Namen erfolgte wohl primär aus propagandistischen Zwecken, da nicht alle genannten nachweisbar im Verlag mitgearbeitet oder Artikel beigesteuert haben.

des gesamten AM-Apparates Rechenschaft schuldig und besprach „wichtige Massnahmen und Entscheidungen" mit Thälmann persönlich „in laufenden Unterredungen".[933] Anlässlich dieser Besprechungen wurde sicher auch die „Aufbruch"-Organisation thematisiert, da Kippenberger nicht befugt war, weitreichende Entscheidungen im Alleingang zu beschließen. Kippenberger wird wohl, wenn er nicht explizite Anweisungen bekam, zumindest die grobe Linie vorgegeben worden sein. Im Gegenzug ist zu vermuten, dass er seine Absichten und Pläne zur Beurteilung vorgestellt und erst nach Zustimmung ausgeführt haben wird. Gerade bei einem derart, im wahrsten Sinne des Wortes, grenzwertigen Projekt wird Kippenberger bemüht gewesen sein, seine Handlungen und damit seine Verantwortung durch die Parteiführung absegnen zu lassen; und dieser wird wiederum an der Kontrolle einer umstrittenen Organisation gelegen gewesen sein, die derart heikle Themata berührte.[934]

Bei den ersten Nummern der Zeitschrift war Kippenbergers persönliche Einflussnahme noch unmittelbar und bestimmend.[935] Offiziell hingegen zeichnete der ehemalige Nationalsozialist Korn für fast alle regulären Funktionen in Redaktion, Verlag und Arbeitskreisen verantwortlich. Er war Herausgeber, Schriftleiter, verantwortlicher Redakteur und Kontaktperson für den „Zentralen AAK"; auch die Abrechnung erfolgte über seine persönlichen Bankverbindungen.[936] Allein die Aufgabe als Ansprechpersonen für den Berliner AAK übernahmen Rehm und Tartsch. Mit der zweiten Ausgabe zog sich Korn vom „Aufbruch" zurück und seine Aufgaben wurden Giesecke und Rehm übertragen. Während Giesecke offiziell die Herausgeberschaft und auch die Verantwortung und Haftung im Sinne des Presserechts übernahm, führte Rehm die Verlagsgeschäfte. Letzerer hatte vor allem für den Versand und die finanziellen Angelegenheiten, d.h. Rechnungslegung und Eintreiben von Ausständen, zu sorgen. Rehm erledigte seine Aufgaben ehrenamtlich von seiner privaten Wohnung aus.[937]

Entgegen seiner offiziellen Positionen im Verlag sagte Giesecke später aus, wenig oder gar keinen Einfluss auf die inhaltliche Zusammenstellung der Zeitschrift gehabt zu haben; es seien wiederholt Artikel ohne sein Wissen veröffentlicht worden. Auch die stärkere Ausrichtung des „Aufbruchs" ab Anfang 1932 auf das Profil einer militärischen Zeitschrift soll ohne seine Kenntnis und Zustimmung erfolgt sein. Eine Darstellung, die von Rehm, der ebenfalls keinen Einfluss auf die inhaltliche Zusammenstellung gehabt haben will, unterstützt wurde. Er sagte aus, dass die Ausgaben, für die Giesecke verantwortlich gezeichnet hatte, tatsächlich von Kippenberger redigiert worden seien; Giesecke habe „nur

933 SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 7, Bericht Kippenbergers („Alex") über die Personalpolitik des zentralen und des militärpolitischen Apparates, vom 2. 2. 1936, Bl. 143.

934 Vgl. zu dieser Frage: Coppi, Aufbruch, S. 42f.

935 Vgl. Feuchtwanger, der sich erinnert, dass Kippenberger bei seinem Lieblingskind anfangs „auf diesem Tätigkeitsgebiet die Zügel nicht aus der Hand gab". Auch die Lebensgefährtin Kippenbergers Kerff erinnert sich, dass er anfangs „aktiv an ihrer Zusammenstellung beteiligt" gewesen sein soll. Feuchtwanger, Der Militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1928-1935, Erinnerungen, S. 506f. und SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 158, Erinnerungen Aenne Kerff.

936 Das war an sich keine unübliche Produktionsweise für kleine nationalrevolutionäre Zeitschriften, die oftmals von einzelnen Intellektuellen mehr oder weniger im Alleingang publiziert wurden; so z.B.: Ernst Niekisch und sein „Widerstand" oder Werner Lass mit der Zeitschrift „Umsturz".

937 BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 896, Aussage Rehms vom 10. 8. 1933.

seinen Namen hergegeben".[938] Rehm selbst beschrieb seine Tätigkeit für den „Aufbruch" als Vermittler zwischen AM-Apparat und den Geschäftspartnern der Zeitschrift.[939] In diesem Zusammenhang fällt auf, dass neben der Anschrift zur direkten und persönlichen Bestellung der Zeitschrift und der des „Zentralen AAK", beide gehörten Rehm, keinerlei Kontaktadressen angeführt werden. Fühlung zum „Aufbruch" sollte sich demnach auf Lektüre und Teilnahme an eigens vorbereiteten Ausspracheabenden, Schulungskursen oder sonstigen Veranstaltungen beschränken. Die direkte Kontaktaufnahme zur Redaktion oder zum Verlag war anfangs offenbar nicht erwünscht.[940]

Diese Angaben lassen vermuten, dass es sich bei den ersten Nummern des „Aufbruchs" um eine exklusive Angelegenheit des AM-Apparates gehandelt hatte, die mit großer Sicherheit dem für diesen politischen Bereich zuständigen C-Ressort („Faschistische Organisationen") oblag, das die Zusammenstellung und Publikation der Zeitschrift in ihrem alleinigen Zuständigkeitsbereich behalten hatte. Es wurde zwar versucht den „Aufbruch", da eine reguläre Verlagsorganisation vorgetäuscht wurde und offizielle Konten sowie Kontaktadressen eingerichtet worden waren, im Gegensatz zu den reinen Zersetzungsschriften, die zuvor die Scheringer-Propaganda bestimmt hatten, mit dem Anschein der Legalität zu umgeben. Dessen ungeachtet erfolgte die Herstellung weiterhin nach der üblichen, apparatsinternen Vorgehensweise bei der Anfertigung von illegalen Zersetzungsschriften. Die Besetzung sämtlicher öffentlicher Verlagsfunktionen mit nationalistischen Dissidenten wäre demnach allein wegen der Glaubwürdigkeit des „Aufbruchs" erfolgt, der ja anfangs einen parteiunabhängigen Eindruck erwecken sollte, um die angestrebte Werbewirkung entfalten zu können.

Das Vorgehen des AM-Apparates erweckt den Eindruck, dass eine Art Briefkastenfirma installiert wurde, hinter der sich die eigentlichen Eigentümer und Entscheidungsträger verbergen konnten. Kippenberger hätte folglich lediglich überzeugende Aushängeschilder benötigt, unter denen er seinen „Aufbruch" veröffentlichen konnte. Die verantwortlichen Stellen beim AM-Apparat, allen voran Kippenberger, müssen dennoch ein gewisses Maß an Vertrauen zu den Dissidenten besessen haben; insbesondere zu Rehm, der Teile der Finanzen und Korrespondenzen über seine Privatadres-

---

938 Die Instrumentalisierung Gieseckes, der wahrscheinlich nur seinen Namen hergegeben hatte, wird weiter durch die Tatsache verdeutlicht, dass in keiner einzigen Ausgabe des „Aufbruchs" - im Gegensatz zu Rehm - seine Privatadresse angegeben wird. Eine direkte Kontaktaufnahme zum „Aufbruch" sollte somit nicht über Giesecke, sondern über (den vertrauenswürdigeren?) Rehm erfolgen. Darüber hinaus will sich Giesecke, als Herausgeber und V.i.s.d.P. (!), an Rehm gewandt haben, um Aufklärung über Inhalt und Bearbeitung der Zeitschrift zu erlangen. Dass es sich hierbei um eine Behauptung zum Selbstschutz handelt, kann relativ sicher ausgeschlossen werden, da Rehm diese Darstellung der Zuständigkeiten an anderer Stelle bestätigt. In diesem Fall kann davon ausgegangen werden, dass es sich nicht um eine Schutzbehauptung Rehms zugunsten Gieseckes gehandelt hatte, da letzterer vor 1933 zur NSDAP übergelaufen war. BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 896f., Aussage Gieseckes vom 28. 7. 933 und BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 896, Aussage Rehms vom 10. 8. 1933.

939 Im Zuge der anfallenden Verlagsgeschäfte „bestand meine Tätigkeit darin, dass mir die druckfertigen Manuskripte von Kippenberger durch mir unbekannte Boten oder durch die Post in die Wohnung geschickt wurden, die ich dann an die Druckerei zum Druck weitergab. Ich erhielt die Fahnenabzüge zur Korrektur und gab sie dann an die Druckerei wieder zurück. Die zweiten Abzüge habe ich dem Angeordneten Kippenberger durch die Post zugeschickt. Den Umbruch der Zeitung hat dann Kippenberger veranlasst." BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 897, Aussage Rehms vom 10. 8. 1933.

940 Redaktions- und Verlagsadressen wurden erst mit der Novemberausgabe 1932 (2. Jg., Nr. 8) angegeben.

se abwickelte. Nicht zuletzt sollten den interessierten Nationalisten bzw. Nationalsozialisten Menschen ihres Schlages als Kontaktpersonen gegenübertreten. In beiden Fällen, offizielle Verlagsführung und Autorenschaft, muss demzufolge von der grundlegenden Zustimmung seitens der beteiligten Dissidenten ausgegangen werden; dies gilt umso mehr, als dass beide Aufgaben die konspirativen Arbeitsmethoden des AM-Apparates berührten.

Beim Versuch die eingangs aufgeworfenen Fragen zu beantworten, kommt an diesem Punkt der oben beschriebenen, so genannten „Leitenden Kommission" („LeiKo") eine wichtige Bedeutung zu. Während der AM-Apparat als Initiator und verantwortliche Leitung der „Aufbruch"-Organisation dessen Ausgangspunkt und Kerngerüst bildete, stellten die Mitglieder der „LeiKo" das zweite Standbein der Organisation, ohne deren willfährige Beteiligung das gesamte Projekt undurchführbar gewesen wäre. In der „LeiKo" hatte der AM-Apparat schon vor dem „Aufbruch"-Projekt die zuverlässigsten Dissidenten, aber auch Spitzel zusammengefasst, die im geheimen innerhalb ihrer alten Organisationen für die KPD aktiv waren. Die Partei war an diesen Männern wegen ihrer unter Kommunisten äußerst seltenen „human resources" interessiert; sie verfügten über begehrtes, internes Wissen über faschistische Organisationen und ihre Mentalität, über Sprache, Diktion und Themata, die innerhalb dieser Gruppen diskutiert wurden. Ihr Spezialwissen wollte Kippenberger auch für sein neuestes Projekt nutzen. Sie unterstützten, nach der Aussage Bottländers, in der Folge nicht nur die Erarbeitung der „Richtlinien" für den „Aufbruch" und seine Arbeitskreise, sondern lieferte auch den Inhalt der Zeitschrift, wodurch die „LeiKo" „personell fast identisch mit der Redaktion" der Zeitschrift gewesen sein soll.[941] Aus diesem Umstand lassen sich jedoch keine Rückschlüsse auf die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der Dissidenten ziehen, da es sich bei der „LeiKo" um ein beratendes Gremium ohne Entscheidungskompetenzen gehandelt hatte. Das Wissen und das Urteil der ehemaligen Nationalisten waren der KPD sicher willkommen; irgendwelche Weisungsbefugnisse resultierten daraus allerdings nicht. Für die Einhaltung der Generallinie waren allein die leitenden Apparatsmitarbeiter verantwortlich. Und das letzte Wort lag bei allen Entscheidungen in jedem Fall bei Kippenberger oder seinem Stellvertreter.

Im Frühjahr 1932 trat eine Veränderung in der Arbeitsweise des „Aufbruchs" ein. Kippenberger musste wegen steigender Arbeitsbelastung Kompetenzen in seinem Lieblingsprojekt abgeben. Er strukturierte den Mitarbeiterstab um, übergab seine Aufgaben zwei Vertrauensleuten aus dem AM-Apparat und installierte mit Römer ein neues Aushängeschild für das „Aufbruch"-Projekt. Im Zuge dieser Entwicklung wurden sowohl die inhaltliche Ausrichtung als auch das Erscheinungsbild der Zeitschrift grundlegend überarbeitet. Und die verantwortlichen Stellen des „Aufbruchs" zeigten sich

941 BArch ZC 6329. Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 140, Aussage Römers vom 2. 8. 1934 und ebenda, Bl. 3, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934.

überdies zuversichtlich, künftig die bisherigen Herstellungsprobleme in den Griff zu bekommen.[942] Ende Februar oder Anfang März begann Kippenberger erste Aufgaben an den Leiter des C-Ressorts, Theodor Bottländer, zu übergeben. Letzterer unterstützte zunächst die technische Redaktion des „Aufbruchs", was unter anderem die Gestaltung der Aufmachung, die Textgestaltung mittels des Umbruchs, aber auch die Buchführung beinhaltete.[943]

Bottländer übernahm nicht nur das Layout der Zeitschrift, was „die Ausschmückung des Inhaltes mit einzelnen Zitaten oder Schlagversen, auch in Form von kurzen Auszügen aus bekannten Werken", bedeutete; er wollte auch den „äußeren Eindruck verbessern" und hatte daher veranlasst, „daß das Auge z.B. darauf aufmerksam wurde, daß auf die Umschlagseite rote oder blaue Zettel geklebt wurden, welche Inhaltsangaben des einzelnen Heftes enthielten".[944] Ab April übernahm Bottländer die technische Bearbeitung in eigener Verantwortung, so dass die Mai-Ausgabe 1932 die erste Nummer gewesen sein dürfte, für die er verantwortlich war. Mit dieser Ausgabe konnte die Druckqualität gesteigert werden und ab der darauf folgenden Juni-Nummer fanden graphische Illustrationen und Karten aber auch Photos (!) Eingang in das Layout der Zeitschrift. Die Verwendung moderner und teurer Darstellungsmittel war unter den kleinen nationalrevolutionären bzw. nationalbolschewistischen Blättern eine Ausnahme und dürfte eine gewisse optische und modernistische Wirkung nicht verfehlt haben. Im Juni 1932 hatte Kippenberger endgültig die verantwortliche Leitung über den „Aufbruch" und die AAK an Bottländer abgeben.[945]

Zur selben Zeit schied Rehm aus den Verlagsgeschäften des „Aufbruchs" aus. Seine privaten Bankverbindungen wurden aber weiterhin als offizielles Verlagskonto genutzt und seine Aufgaben, vor

---

942 Römer sagte in diesem Zusammenhang aus, dass „in jener Zeit", als er zum „Aufbruch" hinzugezogen wurde, „viel darüber debattiert [wurde], wie man den ‚Aufbruch' ausgestalten sollte. Zu diesem Zwecke fanden etwa alle 14 Tage Besprechungen in der Wohnung von Kippenberger in der Bellermannstraße statt." BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 135, Aussage Römers vom 30. 7. 1934. An diesen Gesprächen hätten neben Rehm und Kippenberger zunächst (angeblich) nur noch H.H. von Ranke teilgenommen. Diese Gruppe, zu der noch „Bottländer, Viet von Golssenau, Stenbock-Fermor und ein Nationalsozialist, dessen richtiger Name wohl ‚Engel' war, [...] später dazu" kamen, machte anscheinend auch den Kern der Redaktion aus, da Römer die selben Personen als Teilnehmer an den periodischen Redaktionssitzungen angab. BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 135, Aussage Römers vom 30. 7. 1934. Auch Scheringer äußerte sich (zunächst) zufrieden darüber, dass Römer die Leitung des „Aufbruchs" übernommen hatte, nachdem ihm die Mai- und Juni-Ausgaben zugeschickt worden waren: „Seit Römer den Laden in der Hand hat bekommt die Sache nun endlich Hand und Fuss." Wenige Tage später wiederholte Scheringer seine Aussage und schrieb: „Ich bin ja froh, das endlich ein solcher Mann die Sache in der Hand hat.". SAPMO im BArch NY 4037/56, Bl. 80, Brief Scheringers an seine Mutter vom 5. 6. 1932 und Bl. 85, Brief Scheringers an seine Mutter vom 24. 6. 1932.

943 BArch ZC 6329. Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 8, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934. Kalkulation und Buchführung wurden wohl zum Herbst 1932 an „Leo" abgegeben.

944 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 9, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934 und Bl. 87, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

945 Anfangs arbeitete Bottländer separat im AM-Apparat. Die direkte Zusammenarbeit mit den nationalistischen Dissidenten erfolgte nach Angaben Römers erst zu einem späteren Zeitpunkt. BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 136f., Aussage Römers vom 30. 7. 1934. Es ist jedoch mit großer Sicherheit anzunehmen, dass die involvierten Dissidenten Bottländer bereits von der „LeiKo" her gekannt haben werden und Römer hier absichtlich eine falsche Aussage gemacht hatte. Siehe auch: BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottläner, Bl. 89, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934 und ebenda, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 136f., Aussage Römers vom 30. 7. 1934.

allem Versand und Finanzen, von Wilhelm Kippenberger übernommen.[946] Die offizielle Leitung des „Aufbruchs“ wurde nun von dem ehemaligen Führer des „Freikorps Oberland“, Josef „Beppo“ Römer, übernommen. Der AM-Apparat hoffte wohl mittels seiner reichsweiten Bekanntheit und seiner respektierten Stellung unter Nationalisten, dem „Aufbruch“-Projekt größere Aufmerksamkeit und neuen Schwung verleihen zu können. Aus diesem Grunde erschien der „Aufbruch“ im Mai 1932 mit dem Zusatz auf dem Titelblatt: „Herausgegeben im Sinne des Reichswehrleutnants a.D. Richard Scheringer; Hauptmann a.D. Beppo Roemer, ehem. Führer des Freikorps Oberland; Polizeioberleutnant a.D. Gerhard Giesecke”. Mit der gemeinsamen Nennung Scheringers, Römers und Gieseckes wurde wohl eine Bündelung der (erhofften) propagandistischen Wirkung angestrebt; repräsentierten die genannten doch das Gros der anvisierten Zielgruppen: ein Offizier des alten Heeres und ehemaliger Freikorpsführer, ein Offizier des neuen Heeres und ehemaliger Nationalsozialist sowie ein Polizeioffizier. Giesecke, der weiterhin offiziell die Herausgeberschaft und die Verantwortung im Sinne des Presserechts übernahm, war mit dieser Entwicklung keineswegs einverstanden, da sich die Ausrichtung und der Inhalt des „Aufbruchs“ mit der Beteiligung Römers geändert hätten. Gegenüber der Gestapo lamentierte er später:

„Verantwortlich hatte man mich für den Inhalt dieser, mir völlig unbekannten Nummer des Aufbruchs gemacht. Auf dem ersten Blatt des ‚Aufbruchs’ stand der Hinweis, dass der Aufbruch sich in Zukunft militärpolitischen Fragen zuwenden würde. Der Inhalt dieser Nummer des Aufbruchs erschien mir auf ‚Zersetzung’ zugeschnitten.”[947]

Giesecke, der sich unmittelbar gegen seine Vereinnahmung gewehrt haben will, fährt fort:

„Noch am selben Tage habe ich Beppo Römer geschrieben und unter Hinweis auf die mir übersandte Nummer des Aufbruchs jede weitere Mitarbeit abgelehnt und mir verbeten mich weiter als ‚verantwortlich’ für den Aufbruch zu bezeichnen. Trotzdem bin ich noch in einer oder zwei folgenden Nummern des ‚Aufbruchs’ als ‚Verantwortlicher’ bezeichnet worden, bis ich Römer brieflich androhte, mich hiergegen an das Gericht zu wenden.”

Daran anschließend kam Giesecke direkt auf seine vermeintliche Instrumentalisierung durch den AM-Apparat und die Partei zu sprechen. Römer hätte ihm auf seine Stellungnahme hin schriftlich mitgeteilt, dass „das Zentralkommitee der KPD. [...] eine Risikoverteilung in Sachen des Aufbruch, in der Art angeordnet [habe], dass er, Römer, den Aufbruch herausgeben und leiten und ich die o-

[946] BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 137, Aussage Römers vom 30. 7. 1934. Wilhelm Kippenberger selbst will lediglich Lagerarbeiten im Verlagsbüro verrichtet haben und sei daher keineswegs in die Pläne seines Bruders eingeweiht oder gar involviert gewesen. BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 180, Aussage Wilhelm Kippenbergers vom 17. 9. 1934.

[947] Seine Darstellung erscheint insofern nicht gänzlich unglaubwürdig, als dass Giesecke, der bereits unter Polizeibeobachtung stand und mit einem öffentlichen Redeverbot belegt worden war, nicht mit weiteren möglichen und ungleich schwerwiegenderen Vergehen belastet werden wollte; vor allem nicht für eine Zeitschrift, auf deren Zusammenstellung er wenig oder möglicherweise gar keinen Einfluss ausüben konnte. BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 895f., Aussage Gieseckes vom 28. 7. 1933.

ressgesetzliche [sic!] Verantwortung übernehmen sollte".[948] Giesecke lehnte ab und will daraufhin den Kontakt zum „Aufbruch" und zur KPD abgebrochen haben.[949]

Mit der Juli-Ausgabe 1932 wurde Giesecke nicht mehr erwähnt und die Funktion des verantwortlichen Redakteurs wurde „von Golssenau" (d.i. Ludwig Renn) (L. Renn) übertragen. Ab der darauf folgenden Ausgabe, die erst im September erschien, bis zur letzten Nummer im Januar 1933 wurde Römer nicht mehr als Herausgeber, sondern als Schriftleiter betitelt; für den Inhalt zeichnete Renn bis zur Einstellung der Zeitschrift verantwortlich. Am Beispiel des letzteren lässt sich gut die Instrumentalisierung (eines Teils?) der Dissidenten dokumentieren: Renn wurde auch noch offiziell als „V.i.S.d.P." angeführt wurde, als er im Herbst/Winter 1932 in Untersuchungshaft saß. Aus diesen Gründen stellt sich die Frage, ob Römers Name ebenso instrumentalisiert werden sollte wie Giesecke oder ob ihm weitergehende Kompetenzen als seinen beiden Vorgängern eingeräumt wurden. In diesem Punkt waren Römers Aussagen durch seine Verteidigungsstrategie gegenüber der Gestapo bestimmt. Demnach wollte er als unabhängiger Aktivist mittels des „Aufbruchs" die nationalbolschewistische Strömung innerhalb der KPD unterstützen, weshalb er auch die alleinige Leitung und Kontrolle der gesamten Organisation eingefordert haben will. Nachdem seine Forderungen wiederholt nicht berücksichtigt worden sein sollen, hätte er die Trennung von der KPD und dem „Aufbruch" angestrebt.[950] Seiner Aussage zufolge sei er zwar ab Mai 1932 auf der Titelseite erwähnt worden und hätte offiziell eine leitende Funktion bei der Zeitschrift innegehabt; die eingeforderte eigenverantwortliche Führung sei damit jedoch nicht verbunden gewesen. Zur Teilung von Kompetenzen sei er aber nicht bereit gewesen. Römer hätte von Anfang an, als er mit seiner Arbeit beim „Aufbruch" begann, beklagt, dass „als ‚Verantwortlicher Schriftleiter' [...] ohne mein Zutun der ehemalige Polizei-Oberleutnant Giesecke [...] bestimmt worden" sei.[951] Dabei hätte Römer während der Verhandlungen über die Bedingungen seiner Mitarbeit „auch deutlich zum Ausdruck gebracht, dass [er] nur dann die Schriftleitung und Verantwortung übernehmen könne, wenn [er] die alleinbestimmende [sic!] Redaktion hätte. Es wurde [ihm] dies auch [...] in Aussicht gestellt."

Die beiden Stellungnahmen lassen vermuten, dass Römer Giesecke aus seiner Funktion herausgedrängt hatte. Eine Darstellung, die von Renn, dem die Rolle Gieseckes als „Verantwortlicher im Sinne des Presserechts" übergeben wurde, später gestützt wurde. Er erinnerte sich, dass Römer die Funktionen des (regulären) Verlages an sich gezogen hatte: Renn selbst habe wie zuvor Giesecke lediglich seinen Namen hergegeben und sei zum verantwortlichen Redakteur bestimmt worden,

---

948 BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 896, Aussage Gieseckes vom 28. 7. 1933.

949 In der Mai-Ausgabe erschien jedenfalls der letzte Artikel Gieseckes. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, Mai 1932, „Reichsbanner-Dämmerung", S. 17-18 (Reprint: 179-180).

950 Stellungnahme Römers „Zur Frage des ‚Aufbruch'" für die Gestapo, vom 28. 5. 1933, hier nach: Bindrich, Beppo Römer, S. 150-151, Reprint im Quellenanhang; künftig zitiert als: Stellungnahme Römers. Vgl. zu der Verteidigungsstrategie Römers auch den Bericht Kippenbergers, „Verhaftungen im zentralen Apparat der mil.pol.-Abteilung", vom 4. 1. 1936 (SAPMO im BArch RY 1/88 Mappe 3, Bl. 48); wonach der „in derselben Sache (Aufbruch) angeklagte Dr. Beppo Römer [...] eine ‚nationalbolschewistische' Linie bezog[en]" habe.

951 Stellungnahme Römers.

„während die eigentliche Arbeit Beppo Römer leistete".[952] Renns Beschreibung der eigenen Funktion wurde wiederum von Römer bestätigt, der aussagte, dass er „meines Wissen an keiner Nummer verantwortlich mitgearbeitet" habe.[953] Auch Rehm äußerte sich in diese Richtung und sagte aus, dass er „aber nicht darüber unterrichtet [sei], ob er [d.i. Renn] die Tätigkeit als verantwortlicher Redakteur wirklich ausgeübt hat".[954]

In diesem Zusammenhang kann nur vermutet werden, dass der ungleich prominentere Römer nach den Plänen des AM-Apparates Giesecke als Aushängeschild des „Aufbruch"-Projekts ergänzen sollte. Wie ihre Aussagen vermuten lassen, waren aber anscheinend weder Giesecke noch Römer zur Teilung der offiziell leitenden Funktionen bereit gewesen.[955] Der AM-Apparat hätte sich demnach für einen der beiden entscheiden müssen und die Wahl war auf den berühmteren Dissidenten gefallen. Giesecke, der demnach ins zweite Glied zurücktreten sollte, mag sich daraufhin persönlich zurückgesetzt gefühlt und daher aus der Mitarbeit zurückgezogen haben.[956]

Für eine stärkere Integration Römers in die inoffizielle Verlagsarbeit, als es zuvor mit Giesecke der Fall gewesen war, könnte neben der Aussage Renns sprechen, dass er nicht nur wie zuvor Korn in der Zeitschrift die offiziellen Funktionen einnahm, sondern auch die Leitung des Berliner und des Zentralen AAK ausübte.[957] Die beiden letzteren Aufgaben übernahm er von Rehm und war, nachdem nun seine Privatanschrift als Kontaktadresse angegeben wurde, die einzige Verbindungsperson zum „Aufbruch" und seinen Arbeitskreisen. Damit war Römer (offiziell) auch für die Korrespondenz des „Aufbruchs" verantwortlich.[958] Rehm zufolge soll er sogar die „gesamten Verlagsgeschäfte" übernommen haben, die bald darauf, mit der Einrichtung des Verlagsbüros, wegen steigender Inanspruchnahme durch Vortragsreisen im weiten Umfang Wilhelm Kippenberger („Leo") übertragen wurde.[959] Inwieweit und aus welchen Gründen der AM-Apparat die Mitarbeit „Leos", sei es um

---

952 SAPMO im BArch SgY 30/2098, Ludwig Renn, In proletarischen Sportlagern zwischen 1928 und 1933, Berlin, den 14. 9. 1983, hier: Bl. 5.

953 Stellungnahme Römers.

954 BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 897, Aussage Rehms vom 10. 8. 1933.

955 Vgl. BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 895f., Aussage Gieseckes vom 28. 7. 1933 sowie Stellungnahme Römers.

956 Es ist noch eine zweite Möglichkeit denkbar, für die ein Artikel des „Vorwärts" spricht. Da dort berichtet wurde, dass sich Giesecke bereits Anfang 1932 an die SPD gewandt hatte, um seine Rückkehr zur Sozialdemokratie auszuloten, wäre es ebenso möglich, dass er von sich aus die Mitarbeit am „Aufbruch" beenden wollte. In diesem Falle wäre Römer sein Ersatz gewesen. Vgl. Vorwärts, 31. 10. 1932, „Wer ist Giesecke?; Adolf Hitlers allerneuste Erwerbung".

957 Vgl. BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 202, Aussage Römers vom 4. 12. 1934 sowie „AAK-Mitteilungen" ab: Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, Mai 1932. Ab Januar 1933 fungierte Römer auch als „Vertrauensmann des Aufbruchs" in Potsdam. Aufbruch, 3. Jg., Nr. 1, Januar 1933.

958 Auch das offizielle Briefpapier des Verlages mit aufgedrucktem „Aufbruch"-Logo gab nicht nur Römer als Herausgeber an, sondern führt allein seine Privatanschrift (inkl. Telephonnummer) als einzige Kontaktadresse der Zeitschrift an. BArch NY 4037/56, Bl. 203, Brief Römers an Scheringers Mutter vom 7. 6. 1932.

959 BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 897, Aussage Rehms vom 10. 8. 1933. Vgl. BArch NY 4037/56, Bl. 93, Brief Scheringers an seine Mutter, worin er klagt, dass Römer ob seiner vielen Vortragsreisen kaum für den „Aufbruch" finden würde. Römer sagte über W. Kippenbergers Aufgaben aus: „Zahlungen, die zu machen waren, wurden von „Leo" geleistet. Rehm hatte nur die Bücher zu führen. „Leo" hatte auch den ganzen Vertrieb unter sich. Er war eigentlich die Seele des Büros. Er hielt sich auch den ganzen Tag dort auf." BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 137, Aussage Römers vom 30. 7. 1934.

Römer zu unterstützen oder ihn zu überwachen, angestrebt hatte, konnte nicht geklärt werden. Es ist aber anzunehmen, dass „Leo“ Hans Kippenbergers zuverlässigster Posten innerhalb des „Aufbruch“-Projekts und neben Bottländer eine zweite Kontrollinstanz gewesen sein wird.

Bei der Beschreibung und Bewertung von Römers offiziellen Verlagsfunktionen bleibt eine Frage offen, zu der keinerlei Informationen aufgefunden werden konnten. Römer hatte nach nur zwei Ausgaben die offizielle Herausgeberschaft abgegeben und wurde stattdessen regulärer Schriftleiter der Zeitschrift; ein Posten, der seit der allerersten Nummer, wo ihn Korn ausgeübt haben soll, nicht mehr vergeben worden war. Ab der Nr. 7 (September 1932) zeichnete als Herausgeber nun ein so genannter „Verlag Bock & Co“ verantwortlich, der bezeichnender Weise dieselbe Anschrift wie das offizielle Verlagsbüro des „Aufbruchs“ besaß.[960] Sowohl das Büro, das als Kontaktadresse des „Zentralen Vertriebs“ der Zeitschrift angegeben wurde, als auch der „Verlag Bock & Co“ wurden mit derselben Ausgabe eingeführt. Während die darauf folgende Nummer noch durch den ominösen Verlag herausgegeben wurde, wurden ab der Dezember-Ausgabe schlichtweg keinerlei Angaben mehr zur Herausgeberschaft gemacht. Auch die erstmalige Nennung einer offiziellen Verlagsanschrift, die ebenfalls mit der September-Ausgabe erfolgte, führte den „Verlag Bock & Co“ an; während nur eine Nummer später unter derselben Anschrift nun ein „Aufbruch“-Verlag angegeben wurde.[961] Weshalb die Herausgeberschaft an den „Verlag Bock & Co“ abgegeben wurde, und wer sich dahinter verbarg, konnte nicht geklärt werden. Wegen der identischen Adressen kann aber davon ausgegangen werden, dass der AM-Apparat zur weiteren Tarnung und wegen der angestrebten Legalität der Zeitschrift auf eine unverdächtige Scheinfirma zurückgegriffen hatte.

Weiterhin ungeklärt bleibt die Frage, welchen Einfluss Römer auf die Auswahl der Artikel und die Zusammenstellung des Inhalts der Zeitschrift tatsächlich ausüben konnte (oder wollte). Zur Annäherung an eine Antwort muss wiederum das Spannungsverhältnis in Kompetenz und Verantwortung gegenüber dem AM-Apparat, ermessen werden. Offiziell waren die Redaktionssitzungen mit Römers Schriftleitung in seine repräsentative Privatwohnung am Kurfürstendamm verlegt worden, die mit der Einrichtung des Verlagsbüros sporadisch auch in der Geschäftsstelle stattfanden. Römer beschreibt den Prozess der Artikelauswahl, der analog seiner regulären Funktion im Verlag in seinen Händen hätte liegen sollen, folgendermaßen:

„Bevor eine Nummer des ‚Aufbruch’ erschien fanden zwei Redaktionssitzungen statt, von denen die erste etwa am 15. jeden Monats war. Dort wurde erörtert, was in der nächsten Aufbruch-Nummer erscheinen sollte. In der zweiten Redaktionssitzung sollten die Artikel entsprechend dem Beschluß der ersten Sitzung durchgesprochen werden. An diesen Redaktionssitzungen nahmen Ranke und zunächst ‚Konrad’ und ich teil. Nach mir vorgelegten Bildern habe ich festgestellt, daß ‚Konrad’ gleich Dünow ist. Später nahmen dann Bottländer und Golssenau mit teil.” [962]

---

960 Vgl. Aufbruch, 2. Jg, Nr. 8, Oktober/November 1932, S. 24 (Reprint: 298).

961 Aufbruch, 2. Jg, Nr. 9, Dezember 1932, S. 23 (Reprint: 325).

962 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 136 und 139, Aussage Römers vom 30. 7. 1934. Dünow hingegen bestritt, bis auf gelegentliche Botendienste, jegliche Mitarbeit am „Aufbruch“-Projekt. Er will allein „wieder-

Römers Aussagen zufolge sei die Teilhabe an den Redaktionssitzungen jedoch keineswegs mit dem Einfluss auf die Auswahl der Artikel verbunden gewesen und er beklagte sich, dass der jeweils anwesende Mitarbeiter des AM-Apparates die alleinige Kontrolle ausübte:

„Es hieß, daß Bottländer den sogenannten ‚Umbruch', d.h. also die drucktechnische Seite der Angelegenheit erledigen sollte. In Wirklichkeit hat er aber gleich von Anfang an die Kontrolle und Korrektur aller Artikel gehabt. Er nahm nämlich bei der zweiten Redaktionssitzung immer gleich alle Artikel an sich, weil er angeblich nicht viel Zeit hatte. Diese korrigierte er dann in seinem Sinne, d.h. also vom parteipolitischen Standpunkt aus."[963] Die Folge der Fremdbestimmung durch den AM-Apparat sei gewesen, dass „die einzelnen Nummern [...] nicht in der Weise durchgesprochen [wurden], daß die Artikel im Manuskript vorgelesen oder im einzelnen behandelt wurden. Es wurde im Allgemeinen darüber gesprochen, wie der Inhalt zu gestalten sei. Erst wenn eine Nummer gedruckt vorlag, wurde über den Inhalt debattiert. Es ist also keinesfalls so, daß erst die Billigung der zu den Mitarbeitern gehörigen Personen eingeholt werden mußte, ehe ein Artikel erschien. Ich weiß überhaupt nicht, wie sich der Vorgang abspielte, wenn ein Mitarbeiter einen Artikel erscheinen lassen wollte. Zweifellos hat Kippenberger die Entscheidung über die Zulassung selbst in der Hand gehabt."[964]

Rehm bestätigte Römers Angaben und bezweifelte, dass dieser tatsächlich jemals die Zusammenstellung der Artikel übernommen hatte. Er sagte zu dieser Frage aus, dass er

„keine bestimmten Angaben darüber machen [könne], inwieweit die Schriftleitung der Zeitschrift durch Dr. Römer tatsächlich ausgeübt worden ist, ich habe aber den Eindruck gehabt, dass auch nach dem Mai 1932 der Abgeordnete KIPPENBERGER der eigentliche ‚Verantwortliche' für die Zeitschrift gewesen ist".[965]

Auch Bottländer bestätigte Römers Schilderung der Redaktionssitzungen sowie seine Angaben zur Artikelauswahl durch den AM-Apparat: nach einer Übergangszeit habe er „mehr oder weniger die selbständige Kontrolle des ‚Aufbruch' ausgeübt", und „von der Zeit ab, hatte [er] im ‚Aufbruch' darüber zu wachen [...], daß die ganzen Arbeiten im kommunistischen Sinne geleistet wurden."[966] Um seiner Aufgabe nachkommen zu können, musste Bottländer „mit Schriftstellern persönliche Fühlung" halten und bei Differenzen gegebenenfalls sanften Druck ausüben: „Hierdurch sollte erreicht werden, daß sie ihre Artikel für den Aufbruch auf Grund einer einheitlichen weltanschaulichen Grundlage, nämlich der kommunistischen, schrieben."[967]

Auch wenn die Frage, von wem der Inhalt der Zeitschrift zusammengestellt wurde, nicht abschließend geklärt werden kann, belegen die hier angeführten Aussagen doch eindeutig, dass der „Aufbruch" kein

---

holt Manuskripte vom Karl-Liebknecht-Haus zum Verlag des Aufbruch gebracht und sie dort dem Bottländer übergeben" haben. Ebenda, Bl. 218, Aussage Dünows vom 12. 10. 1934 sowie Bl. 219f., Aussage Dünows vom 7. 12. 1934. Da der Gestapo nicht bekannt war, dass es sich bei ihm um den Stellvertreter Kippenbergers, gab sich Dünow als einfacher Mitarbeiter und Quartiermacher der KPD aus; Bottländer will er über den „Aufbruch" kennen gelernt haben.

963 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 137, Aussage Römers vom 30. 7. 1934.

964 Ebenda, Bl. 136, Aussage Römers vom 30. 7. 1934.

965 BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 897, Aussage Rehms vom 10. 8. 1933. Es ist durchaus möglich, dass Rehm mit seiner Aussage Römer schützen wollte und daher Kippenberger absichtlich belastete.

966 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 89, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934. Bottländer betonte mehrmals seine Führungsposition beim „Aufbruch" und erklärte, dass die Mitarbeiter und informellen Verbindungsleute in der NSDAP durchaus gewusst hätten, „daß ich der eigentliche Nerv des ‚Aufbruch' war". BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 96, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

967 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 92, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

Diskussionsforum sein sollte, der Suchenden Gelegenheit zum Gedankenaustausch bot.[968] Dem Leser sollte vielmehr ein fester Standpunkt gegeben werden, auf den er sich zubewegen sollte. An Nationalisten, die eigene Wege zwischen den Parteien suchten, hatte die KPD kein Interesse. Und so durften im „Aufbruch" allein bekehrte Dissidenten zu Wort kommen, die einen kommunistischen Standpunkt analog der Generallinie eingenommen und die Führung der Partei akzeptiert hatten; über die letzten Hindernisse half dann Bottländer hinweg. Neben dieser ideologischen Kontrollfunktion hatte Bottländer, analog seiner allgemeinen Arbeit im C-Ressort, auch für seine Tätigkeit im „Aufbruch"-Projekt vornehmlich zwei Arbeitsaufträge erhalten, die die Spitzelabwehr und die nachrichtendienstlichen Aufgaben des AM-Apparates unterstützen sollten. Konkrete Arbeitsaufträge wurden Bottländer, der „den Anweisungen der Partei unbedingt Folge zu leisten" hatte, durch Kippenberger persönlich vorgegeben.[969] Bottländer hatte demnach „die Erfahrungen, welche [er] bei [seiner] Arbeit für den ‚Aufbruch' und in den ‚AAK' machte, auszuwerten" und in seine regulären Sammelberichte zu integrieren, die er als Leiter des C-Ressorts ohnehin anzufertigen hatte.[970] Die Sammelberichte gingen nicht nur an einzelne Zweigstellen der KPD-Organisation, sondern wurden, mit dem Ziel die Arbeit der Organisation zu optimieren und den Erfolg der Zeitschrift und der AAK steigern zu können, auch zur Reflexion über das „Aufbruch"-Projekt selbst genutzt und der „LeiKo" zur Diskussion vorgelegt. Die „LeiKo" entwarf daraufhin die „nach den gemachten Erfahrungen […], welche Wirkung die Zeitschrift und die sonstigen Arbeiten hatten", die grundlegenden Richtlinien.[971]

Bottländers zweite Aufgabe „bestand darin, daß [er] mit Personen hauptsächlich aus bürgerlichen intellektuellen Kreisen, welche an den ‚Aufbruch' herankamen, Fühlung zu nehmen hatte. [Er] mußte prüfen, ob Leute, welche sich für den ‚Aufbruch' interessierten, für die Mitarbeit und später gegebenenfalls für den Eintritt in die KPD geeignet waren, oder ob sie auszuschalten waren, weil sie z.B. nur wegen persönlicher Vorteile zu uns kamen."[972]

Letztere Tätigkeit war dem Bereich „Abwehr" zuzuordnen, der unliebsame Spitzel oder andere Störelemente frühzeitig von der Partei fernhalten sollte. Vielversprechende oder lohnende Verbindungen wurden dagegen an das auf solche Fälle spezialisierte BB-Ressort unter Roth („Viktor") übergeben. Damit Bottländer seine Aufgabe regelgerecht erfüllen konnte, war eine enge Zusammenarbeit mit Römer unbedingt von Nöten, nachdem dieser als Kontaktperson des „Zentralen" und des „Berliner AAK" die anfallenden Korrespondenzen persönlich entgegennahm (und bearbeitete?) und an Bottländer weiterleiten musste.[973]

---

968 Vgl. Coppi, Aufbruch, S. 38.

969 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 89, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934 sowie nochmals bestätigt unter Bl. 8, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934.

970 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 92, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

971 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 140, Aussage Römers vom 2. 8. 1934 und ebenda, Bl. 92, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

972 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 92, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

973 Es ist davon auszugehen, dass zuvor Rehm gegenüber Kippenberger in vergleichbarer Weise zugearbeitet hatte.

Die hier angeführten Aussagen der Dissidenten, die ihre Beteiligung am „Aufbruch“ auf Handreichungen beschränkten, waren vor allem dem Schutz der eigenen Person oder gefährdeter Kollegen geschuldet. Durch ihre Zugehörigkeit zur „LeiKo“ kann aber vermutet werden, dass sie begrenzt in die Arbeit des AM-Apparates integriert waren und damit ihr Wissen und ihre Einflussmöglichkeiten sicherlich größer gewesen sein werden, als sie im nachhinein gegenüber der Gestapo zugegeben haben.[974] Es ist ebenso berechtigt davon ausgehen, dass die Dissidenten bei ihrer Tätigkeit für den AM-Apparat bzw. den „Aufbruch“ ihre Aufgaben teilweise in eigener Regie und Verantwortung übernommen hatten;[975] so z.B. Rehm, der für die Abrechnung und den Versand verantwortlich war. Kippenberger berichtete in diesem Sinne, dass Rehm zu „den für die Aufbruch-Arbeit besonders tätigen Genossen der Leiko” gehört habe.[976] Auch Römer sagte aus, dass er entsprechend seiner regulären Funktion als Schriftleiter, Kenntnis und Einsicht über die zur Verfügung stehenden Artikel besessen hatte.[977] Derartige Arbeiten erfolgten jedoch immer im Interesse des Apparates und nach seiner Anleitung. Neben ihrer Beratungstätigkeit besaßen die Konvertiten keine oder nur sehr geringe Entscheidungskompetenzen oder andere Weisungsbefugnisse – ein Zustand, den sie (bis auf Giesecke?) im Interesse des höheren Zieles der Revolution wohl bereit waren zu akzeptieren.

Wird der Darstellung Kerffs gefolgt, wonach ausschließlich Dissidenten, „von deren kommunistischer Überzeugung Gen. Kippenberger überzeugt war, [...] im ‚Aufbruchkreis’ zusammengefasst” worden seien, eröffnet sich die letzte denkbare Möglichkeit: alle am „Aufbruch“-Projekt mitwirkenden Konvertiten wurden von Kippenberger als reguläre Mitarbeiter des AM-Apparates angesehen bzw. hatten sich selber so wahrgenommen.[978] In diesem Fall wären sie fest in die Hierarchie und Organisationsstruktur des Apparates integriert worden und hätten ihre Arbeitskraft ohnehin bereitwillig in den Dienst der Partei gestellt, die allein den richtigen Weg zur erfolgreichen Revolution weisen würde. Diese Einschätzung wurde vom „Geheimen Staatspolizeiamt“ ausdrücklich geteilt. Besonders von der politischen Überzeugung Römers, der „bereits seit 1926 Kommunist ist und auch in kommunistischem Sinne zersetzend gewirkt“ habe, könne mit Sicherheit ausgegangen werden, „da einem Manne, wie *Römer*, keine Halbheiten liegen” würden.[979] In diesem Zusammenhang ging die Gestapo wie selbstverständlich davon aus, dass Römer die Leitung des „Aufbruch“-Projektes auch tatsächlich in

---

974 Diese Möglichkeit wurde im russischen Exil als Tatsache ostentativ hervorgehoben und zu schärfsten Angriffen auf die „demokratischen Arbeitsmethoden“ des Apparates und den Führungsstil Kippenbergers verwendet. SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 5, „Bericht über die Untersuchung des mil.pol. Apparates der KPD.”, 10. 2. 1936, von Mertens, hier: Bl. 76f.

975 So hatte sich auch Scheringer eine substanzielle Verbesserung der Arbeiten durch die Leitung Römers versprochen und bereits vor seiner regulär leitenden Mitarbeit für dessen Führung beim „Aufbruch“ eingesetzt: die KPD solle endlich „Römer an die Führung lassen” BArch NY 4037/56, Bl. 85, Brief Scheringers an seine Mutter vom 24. 6. 1932.

976 SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 7, Bericht Kippenbergers: „Methoden und Organisation der mil. pol. Arbeit.”, Bl. 158.

977 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 139, Aussage Römers vom 1. 8. 1934.

978 BArch SgY 30/1940, Bl. 158, Erinnerungen Aenne Kerff (Christine Kjossewa).

979 Bericht des Geheimen Staatspolizeiamts, Berlin, den 03.09.1934, „Betrifft: Dr. Beppo Josef Nikolaus *Römer*”, Berichterstatter: Müller; hier nach: Bindrich, Beppo Römer, S. 179ff. Dort ist ein Reprint des Berichtes abgedruckt.

seinen Händen gehalten hatte: „Wenn das Z.K. der K.P.D. und *Kippenberger* in Beppo Römer das Vertrauen setzten, eine so wichtige Organisation zu leiten, so kann wohl mit Bestimmtheit behauptet werden, daß er die Probe als aufrichtiger und gesinnungstreuer K.P.D.-Mann bestanden haben muß."

Die Eingang des Kapitels aufgestellte Frage kann wohl am ehesten mit der Vermutung beantwortet werden, dass sich die alltägliche Arbeit am „Aufbruch" als ein fließender Prozess gestaltete, bei dem es zur Überschneidung der Kompetenzen kommen konnte. Nach dieser Interpretation können die Rollen Römers und Bottländers, was von Kippenberger nach seinem Rückzug sicher nicht unbeabsichtigt war, als die von zwei Polen beschrieben werden, zwischen deren Spannungsverhältnis der Leiter des AM-Apparats hoffte, den optimalen Weg für den „Aufbruch" finden zu können. Römer sagte in diesem Sinne aus, dass es „zwischen Bottländer und mir [...] keine ernsten Auseinandersetzungen persönlicher Art [gab], wohl aber verschiedentlich verschiedenartige Auffassungen über den Zweck des ‚Aufbruch'. Ich wollte daraus eine Art Militär-Wochenblatt machen, während er mehr den parteipolitischen Standpunkt herauskehrte."[980] Die Tatsache, dass sich der „Aufbruch" mit der Schriftleitung Römers entsprechend seiner Vorstellungen stärker auf militärische Themata konzentrierte, verdeutlicht, dass die Ratschläge oder Pläne der Dissidenten keineswegs unberücksichtigt bleiben mussten. Wurden die parteipolitischen Parameter der Generallinie eingehalten, waren die zuständigen KPD-Stellen anscheinend durchaus bereit, ihren Vorschlägen zu folgen, wenn sie diese als Erfolg versprechend einschätzten.[981] Es darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen bzw. unterschätzt werden, dass auch Kippenberger auf die bereitwillige Kooperation der Dissidenten für organisatorische Aufgaben und als Kontaktpersonen angewiesen war; nicht zuletzt sollte es bei den Redakteuren „vor allem darauf ankommen als Verfasser Leute mit bekannten Namen zu haben".[982]

Die Vorgehensweise Kippenbergers, der sich die alleinige Entscheidungsgewalt über die Artikel und sonstige Zusammenstellung der Zeitschrift vorbehielt oder sie seinem Stellvertreter Bottländer überließ, war dem Umstand geschuldet, dass er persönlich für das „Aufbruch"-Projekt verantwortlich und haftbar war. Er musste sich daher gegenüber den vorgesetzten Parteistellen in Berlin und Mos-

---

980 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 138, Aussage Römers vom 30. 7. 1934.

981 Römer merkte zu dieser Frage an, dass „über den Sinn des ‚Aufbruchs' [...] damals in unseren Kreisen ungeheuer viel debattiert [wurde] und wahrscheinlich [...] eine einheitliche Auffassung überhaupt nicht bestanden" habe. Aber auch diese Darstellung muss eingedenk Römers Selbstverteidigungsstrategie gegenüber der Gestapo relativiert werden. BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 135, Aussage Römers vom 30. 7. 1934.

982 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 87, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934. So erinnert sich Richard Kuckuck, der von sich aus an den „Aufbruch" herangetreten sein will und ab Herbst 1932 an verantwortliche Aufgaben im Verlag und den AAK herangeführt wurde, dass er seine Instruktionen immer durch Römer persönlich erhalten und immer auf „Anweisungen des ‚Kopfes'" gehandelt habe: „Unter ‚Kopf' verstehe ich hier die massgebenden Männer des ‚Aufbruchs', nicht etwa die KPD. Ich habe von diesen leitenden Männern eigentlich nur Römer gekannt." BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 195, Aussage R. Kuckucks vom 1. 12. 1934. Dies kann einerseits bedeuten, dass die nationalen Dissidenten lediglich als glaubwürdige Kontaktperson vorgeschoben wurden; andererseits aber auch, dass Römer doch mehr Einfluss und Entscheidungskompetenzen besessen hatte, als er selbst angegeben hatte und das verfügbare Datenmaterial vermuten lässt; aber auch eine bewusste Falschaussage Kuckucks zum Selbstschutz ist nicht unwahrscheinlich.

kau absichern.[983] Ein Bericht über den AM-Apparat aus dem russischen Exil belegt, dass Teile der KPD-Funktionäre den nationalistischen Dissidenten keineswegs vertraut und sie höchstens als notwendiges Übel betrachtet hatten, das möglichst weit von Parteiinterna entfernt gehalten werden müsse. Kippenberger selbst mag Dissidenten wie Römer oder Rehm persönlich vertraut haben; er konnte ihnen jedoch keine Befugnisse einräumen, die über Zulieferung von Informationen, Beratung oder organisatorische Arbeiten hinausgingen (die meisten waren weder Parteimitglieder noch speziell geschulte Kaders). Römer werden Grundzüge seiner Arbeitsweise für den „Aufbruch" nicht nur durch seine vormalige Tätigkeit für die Zersetzungszeitschrift „Die neue Front" bekannt gewesen sein, die seinerzeit auch vom Nachrichtendienst der KPD herausgegeben worden war. Ebenso seine langjährige Tätigkeit als Informant des AM-Apparates und seine Teilhabe an der „LeiKo" wird ihn vorab über seinen tatsächlichen Aufgabenbereich und seine Einflussmöglichkeiten beim „Aufbruch" aufgeklärt haben.[984] Es ist also durchaus berechtigt anzunehmen, dass Römer, nachdem er eine zeitlang beratendes Mitglied des AM-Apparates gewesen ist, gewusst hatte, worauf er sich einlassen und nach wessen Spielregeln er würde operieren müssen. Auch der Umstand, dass Römer dem „Aufbruch" private Gelder zur Finanzierung zur Verfügung gestellt hatte, spricht dafür, dass er seine (untergeordnete) Rolle akzeptiert hatte.[985]

Die hier vorgenommene Gegenüberstellung der verfügbaren Stellungnahmen einzelner Mitarbeiter lässt erkennen, dass die Organisation und Führung des „Aufbruch"-Projekts dem gleichen Prinzip folgte, nach dem auch die anderen, angeblich von der Partei unabhängigen, aber sympathisierenden Organisationen, wie der KgdF oder die Delegierten- und Komiteebewegung, strukturiert und geführt wurden. Die reguläre und öffentlich erkennbare Leitung sollte durch Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen erfolgen, die nicht dem typischen Bild des kommunistischen Industriearbeiters entsprachen, während die eigentliche, und das hieß ungeteilte Kontrolle durch die KPD ausgeübt wurde. Auf diese Weise sollten klassenfremde Bevölkerungsgruppen mobilisiert und eine breite Zustimmung zum Kommunismus simuliert werden, die analog der Generallinie von der starren Bindung an die Partei gelöst wurde, um sie als „Volksrevolution" präsentieren zu können. Aus den angeführten Gründen erscheint die Beschreibung, die Römer über seine Funktion beim „Aufbruch" gegenüber der Gestapo wiedergegeben hatte, als äußerst fragwürdig und war sicher seiner Selbstverteidigungsstrategie als unabhängiger Nationalbolschewist geschuldet:

---

983 Coppi, Aufbruch, S. 42f.

984 Vgl. Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, S. 83f., 128; zur „Neuen Front" S. 154 sowie Bindrich, Beppo Römer, S. 41f. Im Quellenanhang von Bindrichs Arbeit sind auch einige Seiten der „Neuen Front" abgedruckt.

985 Vgl. BArch NY 4037/56, Bl. 101, Brief Scheringers an seine Mutter, vom 6. 10. 1932. In diesem Zusammenhang bleibt die Frage offen, ob Römer sämtliche, von ihm beanspruchten Verlagsfunktionen überhaupt allein hätte ausführen können. Nach Scheringers Angaben fand er selbst unter den gegebenen Umständen ob seiner vielen Vortragsreisen kaum Zeit zur Mitarbeit an der Zeitschrift. BArch NY 4037/56, Bl. 93, Brief Scheringers an seine Mutter, vom 3. 8. 1932.

„Die Struktur der Zeitschrift für die ich als Schriftleiter zeichnete, war nicht derart, daß ich schon von Anfang an hoffen konnte, von mir aus allein Richtlinien und Inhalt der Zeitschrift zu bestimmen. Ich hatte die Hoffnung, daß nach einem Jahr sich ein Mitarbeiterstab herangebildet hätte und ein gesicherter Absatz für die Zeitschrift gefunden wäre, so daß nun der von mir geplante Kurs sicherer und stärkerer hätte durchgeführt werden können. Zuerst hatten naturgemäß die der Partei angehörenden Kreise, da sie sowohl Druckkosten bezahlten als auch für die Verbreitung sorgten, beinahe alleiniges Bestimmungsrecht. Darüber war ich mir anfangs ganz klar, daß die Verhältnisse sich nur ganz langsam besserten. Ich mußte deshalb viele Kompromisse schließen und manches passieren lassen, was ich weder geschrieben hätte, noch in dieser Zeitschrift von anderen geschriebenen abgedruckt hätte. Es gab auch während der ersten 6 Monate heftige Meinungsverschiedenheiten. Bei der letzten Nummer der Zeitschrift hatte sich die Differenz der Auffassung so zugespitzt, daß ich mit der Niederlegung der Schriftleitung ernst gemacht habe und auch der Verlag von Seiten der Partner gelöscht wurde."[986]

Die berechtigten Zweifel werden weiter durch die Tatsache verstärkt, dass Römer in dieser Frage wechselnde Angaben machte, woraus sich verschiedene Differenzen in seinen Aussagen ergaben. Nach mehreren Verhören war von einem vorzeitigen Rückzug aus dem „Aufbruch"-Projekt keine Rede mehr.[987] Auch andere Aussagen Römers, die seine eigene Funktion und Verantwortung im Verlag herunterspielen sollten, waren reine Behauptungen zum Selbstschutz. Im Zuge seiner Selbstverteidigungsstrategie bezog er die Position, dass er von der KPD als Aushängeschild zwar benötigt, letztlich aber nur geduldet war. Es habe daher kein Vertrauensverhältnis mehr bestanden, weshalb alle wesentlichen Informationen an ihm vorbeigeschleust worden seien. Dieser Absicht nachkommend, erfolgte nach Römer die Einrichtung des Verlagsbüros

„zweifellos, damit Bottländer auch über die Post eine bessere Kontrolle ausüben konnte. Die Briefe wurden im Büro von ‚Leo' geöffnet und mir dann vorgelegt. Ob ich alles zu sehen bekam, weiß ich nicht. ‚Leo' hatte an und für sich nur das verwaltungsmäßige zu erledigen, insbesondere auch die Vertriebsangelegenheiten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß einer Sekretärin

---

986 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 133f., Aussage Römers vom 28. 7. 1934.

987 Vor seiner zweiten Inhaftierung hatte Römer für die Gestapo eine Stellungnahme über sein Verhältnis zum „Aufbruch" verfasst. Darin gab er an, dass die (mit sehr großer Wahrscheinlichkeit) erfundene Person „Dr. Werner" ihm zwar die „allein-bestimmende Redaktion [sic!]" zugesagt hatte, „der Umbruch" und „das Gesicht" der Zeitschrift entgegen seiner Anweisungen jedoch in seiner Abwesenheit fortwährend nach dessen Vorstellungen abgeändert worden seien. Daraufhin sei es Ende 1932 zur Eskalation gekommen und Römer „stellte in der Dezember-Nummer die ultimative Forderung, dass vor Drucklegung ich von den ausgewählten Artikeln in Kenntnis gesetzt werden müsse und die Korrektur-Fahnen vor Druck der Nummer lesen müsse; sollte meine Forderung nicht anerkannt werden, verweigere ich weitere Mitarbeit. (Ich konnte diese Forderung stellen, da ich kein Partei-Mitglied war und nicht der Partei-Disziplin unterstand). Meine Forderung wurde anerkannt und mir zugesagt, dass ich die nächste Nummer vorher einsehen könne. Diese Zusage wurde nicht eingehalten. Daraufhin kündigte ich sofort meine Mitarbeit und zog aus der Januar-Nummer meine Artikel zurück. Mein Name erschien nochmals auf dem Titelblatt; es war angeblich schon vorher gedruckt. Dies geschah Ende Januar 1933. Im Dezember 1933 *[sic! wohl 1932!]* wurde ich verschiedentlich gebeten, die Schriftleitung zu behalten. Ich lehnte ab." In der Januar-Ausgabe 1933 wurden jedoch nochmals zwei längere Artikel aus seiner Feder an erster Stelle abgedruckt: Aufbruch, 3. Jg., Nr. 1, „Der Ruhrkrieg 1923 und der aktive Widerstand", S. 2-5 (Reprint: S. 322-335) sowie „Die Lüge von der deutschen Gleichberechtigung", S. 5-6 (Reprint: S. 335-336). Im August 1934 nochmals auf diesen Punkt im Verhör angesprochen, gab Römer nun eine dritte Version seines Ausscheidens aus dem „Aufbruch" wieder: „Ich hatte Mitte Februar auch Differenzen mit Kippenberger, weil er einen Artikel von mir abgelehnt hatte und weil stattdessen der oben erwähnte Artikel Kippenbergers erschien. Ich hatte den Eindruck, daß Kippenberger und seine Leute dem ‚Aufbruch' damals ein revolutionäres Gesicht geben wollten, etwa wie es die kommunistische Zeitschrift ‚Oktober', die illegal erschien, trug." Von einem vorzeitigen Rückzug aus dem „Aufbruch"-Projekt war nun keineswegs mehr die Rede, und Römer musste im selben Verhör einräumen, dass er noch im März 1933 für die KPD in München eine Wahlkampfrede halten und anlässlich dieser Reise auch den Münchener AAK besuchen wollte. Stellungnahme Römers und BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 140., Aussage Römers vom 2. 8. 1934.

‚Elly' gegenüber einmal die Äußerung fiel, Bottländer, d.h. ‚Hans' und ‚Leo' seien dazu da, mich zu überwachen."[988]

Tatsächlich wurde ab der Doppelausgabe vom Oktober und November 1932 (Nr. 8) als Verlagsanschrift die Adresse des Büros in der Köpenicker Straße angebenen, so dass der Briefverkehr, der Verlagsgeschäfte betraf, wahrscheinlich in „Leos" Hände geleitet wurde. Diese Umstellung erfolgte wohl aus praktischen Gründen, nachdem „Leo" bereits die geschäftlichen Aufgaben übernommen hatte. Eine direkte Verbindung ohne Umwege zur verantwortlichen Person erscheint daher nicht nur als sinnvoll, sondern als selbstverständlich. Darüber hinaus ist die Aussage Römers unglaubwürdig, da mit derselben Ausgabe eine separate Anschrift der Redaktion angegeben wurde, die nach wie vor seine Privatanschrift war; was bedeutet, dass kein einziger Mitarbeiter des AM-Apparates Zugriff auf den kompletten Briefverkehr besaß.

Römers Aussage erklärt ebenso wenig den Umstand, dass zwischen Mai und Oktober 1932 seine private Adresse die einzige im „Aufbruch" veröffentlichte Anschrift und damit Kontaktstelle zur Zeitschrift und den AAK gewesen ist. In diesem Zeitraum muss daher die gesamte Verlagskorrespondenz über Römer persönlich gelaufen sein. Parallel dazu wurde ein Teil der Post, die an den Verlag geschickt wurde, bis zuletzt über Rehm abgewickelt. Noch im Herbst 1932 war seine Privatadresse im Briefkopf des Briefpapiers des Verlages abgedruckt.[989] Eine Sachlage, die Römer noch im selben Verhör eingestanden hatte: er habe persönlich „als Schriftleiter des ‚Aufbruch' [...] die Korrespondenz, welche aus dem Leserkreis kam, in der Hauptsache erledigt".[990] Dass Römer durch die Mitglieder des AM-Apparates in einem gewissen Umfange auch überwacht, wohl treffender: beobachtet wurde, erscheint angesichts der konspirativen Arbeitsmethoden, die eine regelmäßige Überprüfung der Zuverlässigkeit erforderte, als durchaus wahrscheinlich. Es ist aber ebenso möglich, dass sie auch in umgekehrter Richtung erfolgte und Römer über seine Kollegen Bericht erstattete: Kerff vermutet in ihren Erinnerungen, dass sich Kippenberger separat mit Römer zu gesonderten, vor den anderen Mitarbeitern geheim gehaltenen Besprechungen getroffen haben könnte.[991]

Geschäftliches: Finanzierung, Auflage und Vertrieb

Die Finanzierung des „Aufbruchs" blieb über den gesamten Zeitraum seiner Veröffentlichung ein fundamentales Problem. Die erste Ausgabe wird wohl ausschließlich aus dem Budget des AM-Apparates bezahlt worden sein, da Kippenberger nachweislich erst zur zweiten Nummer, als der

988 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 139, Aussage Römers vom 1. 8. 1934.

989 BArch R 1501/20048, Bl. 221, Brief des „Aufbruch"-Verlages an die Bezirksleitung der „Roten Hilfe" in Stuttgart, vom 06.10.1932. Im Briefkopf war sowohl die Anschrift des Verlages als auch der Redaktion Rehms Privatadresse, obwohl die Zeitschrift und eine andere Version des Verlagsbriefpapiers andere Adressen angaben. Vgl. BArch NY 4037/56, Bl. 203, Brief Römers an Scheringers Mutter vom 7. 6. 1932. Dort wird wiederum allein Römers Privatanschrift aufgeführt.

990 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 138, Aussage Römers vom 1. 8. 1934.

991 BArch SgY 30/1940, Bl. 220, Erinnerungen Aenne Kerff.

Ausbau der Zeitschrift zu einem regulären Periodikum beschlossene Sache war, mit der Sondierung alternativer Finanzierungsmodelle begann. Ein erster Gedanke von Kippenberger und Scheringer war es, dass letzterer seine reichsweite Bekanntheit (aus-)nutzen und seine Autobiographie schreiben solle, um den daraus resultierenden Gewinn in die Zeitschrift zu investieren.[992] Beiden waren in dieser Angelegenheit bereits mit dem Agis-Verlag, der auch Scheringers Briefbroschüre „Erwachendes Volk" publiziert hatte, in Verhandlungen getreten. Der Plan musste aber aufgegeben werden, da der Verlag davon ausging, „dass das Honorar, das in Aussicht stehe, nicht hinreichen werde, die Zeitschrift „Aufbruch" zu finanzieren. Die Biographie wurde dann nicht geschrieben."[993] Kippenberger beabsichtigte daraufhin alternativ den „Aufbruch" in einer Art Aktiengesellschaft zu organisieren; er wollte „Anteilsscheine machen, juristisch korrekt, um eine breite Basis zu schaffen".[994] Eine für die KPD unerwartete und ausgesprochen ungewöhnliche Vorgehensweise, die Kippenberger zu der umgehenden Einschränkung veranlasste, dass die Verteilung der Beteiligungen „natürlich so [erfolgen werde], daß nicht irgendein Individuum die Überhand bekommt".[995]

Das Problem an diesem Finanzierungsmodell war jedoch, dass er „im Moment natürlich nicht genügend Geldgeber auftreiben" könne, weshalb zunächst die Partei die Anteile übernehmen werde, um dann zu „versuchen sie peu á peu zu veräußern (Stück zu 50,- und 100,- RM)". Aus diesem Grunde wurde Scheringer aufgefordert, wenn ihm „Geldleute" bekannt seien, die bereit waren in den „Aufbruch" zu investieren (mit geringer Aussicht auf Rückzahlung oder gar Gewinn), sie an den AM-Apparat zu verweisen. Aber auch diese Idee führte nicht zum gewünschten Erfolg; und da keiner der am „Aufbruch" beteiligten Mitarbeiter nochmals darauf zu sprechen kam, ist zu vermuten, dass die Partei auf dem Gros der Anteilsscheine sitzen blieb und den „Aufbruch" auch weiterhin bezuschussen musste. Noch im Frühjahr 1932 sei Römers Aussage zufolge allein die KPD für die Druckkosten aufgekommen.[996] Die Finanzierungsprobleme der Zeitschrift konnten auch in den kommenden Monaten nicht behoben werden und Römer sah sich im Oktober 1932 gezwungen bei Scheringer um einen Kredit über 200,- RM nachfragen zu müssen, um die Zeitschrift „sofort rausbringen zu können". Er selbst und andere hätten bereits einen Betrag in dieser Höhe entrichtet.[997]

Mit der Übernahme der Verlagsgeschäfte durch Römer und Bottländer wurde versucht die anfallenden Kosten der Zeitschrift zu drücken. Bottländer verhandelte mit verschiedenen Druckereien und ab der Mai-Ausgabe 1932 wurde die Qualität des Papiers reduziert, was vor allem beim Umschlag

---

992 BArch ZC 10756, Bl. 756f., Brief Kippenbergers an Scheringer nach Gollnow, vom 27. 8. 1931.

993 BArch R 1501/20048, Bl. 153-156, Auszug aus dem Urteil und der Urteilsbegründung in der Strafsache gegen den Reichswehrleutnant a.D. R. Scheringer [...] wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

994 BArch ZC 10756, Bl. 756f., Brief Kippenbergers an Scheringer nach Gollnow, vom 27. 8. 1931.

995 Ebenda. Das ungewöhnliche Finanzierungsmodell veranlasste Kippenberger gegenüber Scheringer zu der ironisch-spöttischen Bemerkung, ob ihm denn „diese ‚jüdische' Idee" als ehemaligen Nationalsozialisten auch genehm sei.

996 Stellungnahme Römers.

997 BArch NY 4037/56, Bl. 101, Brief Scheringers an seine Mutter, vom 6. 10. 1932 und Bl. 104, Brief Scheringers an seine Mutter, vom 17. 10. 1932.

auffiel, wo verstärktes, pappeähnliches durch normales Schreibmaschinenpapier ersetzt wurde.[998] Im Ergebnis konnte der Verkaufspreis, der von der ersten Nummer im Juli 1931 bis zur Doppelnummer im Januar/Februar 1932 bei 25 Pfennige gelegen hatte, auf 20 Pfennige gesenkt und bis zur Einstellung der Zeitschrift beibehalten werden. Es ist anzunehmen, dass durch die Preissenkung in wirtschaftlichen Krisenzeiten eine Steigerung des Absatzes erhofft wurde.

Eine Verbesserung der finanziellen Lage konnte ungeachtet der Reformmaßnahmen aber nicht erreicht werden. Weitere, andauernde Missstände trugen zur Geldnot der Zeitschrift bei. Ein hausgemachtes Problem blieb die nachlässige und unregelmäßige Abrechnung der verantwortlichen Vertriebsstellen und der einzelnen Kolporteure, weshalb der „Aufbruch"-Verlag wiederholt auf mehr Disziplin in dieser Frage und die Einhaltung der Stichtage drängte.[999] Römer sagte zu dieser Frage aus, dass „im Laufe des Jahres [1932] vom Verlag häufig über schlechte Zahlungs-Eingänge geklagt [worden sei], sodass manchmal der Druck einer Nummer ausfiel oder verschoben werden musste".[1000] Daneben wurden die Einnahmen durch die Verwendung des „Aufbuchs" als Zersetzungsschrift weiter gesenkt: ein Teil der Auflage wurde einzelnen bekannten (und opponierenden) Nationalsozialisten kostenlos und unverlangt als Probeexemplar zugesandt.[1001] Nicht zuletzt dürfte die wiederholte Beschlagnahme in einigen Ländern eine kostendeckende Herstellung erheblich erschwert haben.

Dass ihre (Partei-) Zeitungen defizitär arbeiteten, war ein grundlegendes Problem der KPD, die wiederholt in Rundschreiben zur Steigerung des Absatzes und zur geflissentlichen Abrechnung aufrief. Auf die wachsenden Ausstände reagierte die Partei mit durchaus kapitalistischen Methoden und erweiterte sukzessive den Anzeigen- und Annoncenteil ihrer Zeitungen und Zeitschriften.[1002] In dieser Vorgehensweise machte der „Aufbruch" keine Ausnahme. Während die erste Nummer gänzlich ohne Reklame auskam, begann mit der zweiten Nummer zunächst unregelmäßige Binnenwerbung, bei der ausschließlich kommunistische Presseerzeugnisse aus parteieigenen oder sympathisierenden Verlagen beworben wurden.[1003] Mit der Dezember-Ausgabe 1932 wurde ein vier Seiten respektive zwei Blätter starker „Geschäfts-Anzeiger" eingerichtet, der rein kommerzielle Werbung aus den un-

---

998 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 87, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934. Vgl. dazu den Unterschied zwischen: BArch R 1501/20048, Bl. 106-115, Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1-2, Februar 1932 und BArch R 1501/20048, Bl. 133-146, Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, Mai 1932.

999 BArch R 1501/20048, Bl. 200-203, Abschrift der Polizei: Rundschreiben „'Aufbruch' Bezirksvertrieb-Nordwest", vom 27. 9. 1932 und BArch R 1501/20048, Bl. 245, Abschrift der Polizei vom 24.10.1932: Rundschreiben des „Aufbruch"-Kreises Bezirk Nordwest, Bremen, den 12. 10. 1932 sowie BArch R 1501/20048, Bl. 319-321, Abschrift der Polizei: Rundschreiben Nr. I/33 des Aufbruch, Bezirk Nordwest, vom Januar 1933.

1000 Stellungnahme Römers.

1001 Vgl. u.a.: BArch R 1501/20048, Bl. 200-203, Abschrift der Polizei: Rundschreiben „'Aufbruch' Bezirksvertrieb-Nordwest", vom 27. 9. 1932, hier: Bl. 202. Anfangs wurde sogar innerhalb der Zeitschrift für kostenlose Probenummern geworben. Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3.

1002 Röpenack, KPD und NSDAP im Propagandakampf, S. 66.

1003 Das waren in erster Linie Schriften deutscher oder internationaler Kommunistenführer oder Fachliteratur zur Nation und Faschismus sowie Sowjetunion und Planwirtschaft; aber auch andere KPD-Zeitschriften, wie der „Rote Aufbau" oder die „Fanfare" des KgdF, oder Broschüren zum „Fall Scheringer" fanden hier ihren Platz.

terschiedlichsten Geschäftsbereichen enthielt und bis zur letzten, regulär veröffentlichten Ausgabe im Januar 1933 auf 5 ½ Seiten ausgeweitet wurde.[1004] Zeitgleich mit der Einführung des Anzeigenteils wurde die Binnenwerbung für kommunistische Schriften fast gänzlich eingestellt.

Im Januar 1933 war nach Aussagen Römers die Kehrtwende endlich erreicht und der „Aufbruch" konnte sich mit dieser Ausgabe selber tragen.[1005] In dieser Zeit soll die Auflagenhöhe über 10 000 Exemplare betragen haben und hätte damit im Vergleich zu anderen nationalrevolutionären oder nationalbolschewistischen Blättern eine überdurchschnittliche, und selbst im Vergleich zu bekannten politischen Periodika eine beachtliche Stärke besessen.[1006] Die von Römer genannte Ziffer erscheint durchaus im Rahmen des Wahrscheinlichen gelegen zu haben: bereits die erste Nummer der Zeitschrift sollte 6000 Exemplare zählen, lag aber wegen Missverständnissen mit der Druckerei nur bei 5000 Stück. Für die zweite Nummer war eine Steigerung auf mindestens 8000 Exemplare angestrebt worden.[1007]

Der Vertrieb des „Aufbruchs" sollte auf drei verschiedene Standbeine gestellt werden: neben dem regulären, kommerziellen Verkauf im Straßenhandel sollte die Verteilung über die kommunistischen Massenorganisationen sowie über ein separates Vertriebssystem des Verlages erfolgen. Nicht zuletzt wurde versucht über persönliche Kontakte den Verkauf zu steigern.[1008] Der Verkauf der Zeitschrift auf den Ausspracheabenden und Schulungskursen der einzelnen Arbeitskreise (AAK) oder anlässlich anderer Veranstaltungen der KPD, die sich mit den Themenfeldern „Faschismus" und „Nation" befassten, konnte nicht immer garantiert werden.[1009] Der Verlag sah sich mitunter gezwungen, wenn Mitarbeiter des „Aufbruchs" an Veranstaltungen beteiligt waren, die nicht explizit zu Versammlungen der AAK zählten, die örtlichen Funktionäre der Partei oder Massenorganisationen daran zu erinnern, die Versammlung mit Exemplaren der Zeitschrift zu versorgen. Im Bedarfsfall wurde sogar für die entsprechende Lieferung gesorgt.[1010] Über den Straßenhandel, der auch über Zeitungskioske abgewickelt wurde, wurden wahrscheinlich die geringsten Margen erzielt, da eine

---

1004 Das Spektrum reichte von (Herren-) Bekleidung und Elektrofachgeschäften über Tabakwaren und Frisöre bis hin zu Gasthäusern und Weinstuben.

1005 Stellungnahme Römers.

1006 Sperlings Zeitschriften- und Zeitungsadressbuch aus dem Jahre 1933 nennt zum Vergleich folgende Auflageziffern: „Gegner" = 6000; „Widerstand" = 4500; „Sozialistische Nation" = 1000; „Umsturz" = 2000 bis 3000; „Weltbühne" (für 1928) = 12.000; „Die Linkskurve" = 7.000; „Neue Blätter für den Sozialismus" = 3.000. Vgl. auch: Coppi, Aufbruch, S. 47 & FN 257 und Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 408.

1007 BArch ZC 10756, Bl. 756f., Brief Kippenbergers an Scheringer nach Gollnow, vom 27. 8. 1931.

1008 Auch Scheringer warb in seiner privaten Korrespondenz für die Zeitschrift. Er versuchte diese Werbe- und Verteilungsmethode zu einem Schneeballsystem auszubauen und fragte zuweilen gezielt nach, ob es möglich wäre ihm „Adressen von SA-Leuten und nationalsozialistischen Führern mit[zu]teilen [...], die eventl. durch eine Korrespondenz von hier aus gewonnen werden können." Er legte seinem Schreiben einen Bestellzettel des „Aufbruchs" bei und bat den Adressaten in seinem persönlichen Umfeld für die Zeitschrift zu werben. Vgl. u.a.: BArch R 1501/20048, Bl. 43, Brief Scheringers an Adolf Bauer, vom 24.08.1931.

1009 BArch R 1501/20048, Bl. 65, Lagebericht der Polizei München, ohne D.a. und BArch R 1501/20048, Bl. 66, Lagebericht der Polizei München, vom 26. 11. 1931.

1010 BArch R 1501/20048, Bl. 221, Brief des „Aufbruch"-Verlages an die BZL der „Roten Hilfe" in Stuttgart, vom 6. 10. 1932.

reichsweite Verbreitung dieser Vertriebs- und Verkaufsform bis zur Einstellung der Zeitschrift nicht einmal annähernd erreicht werden konnte.[1011]

Von den Massenorganisationen war an vornehmlich der „KgdF" in den Vertrieb und Verkauf des „Aufbruchs" eingebunden und die Reichsleitung des Bundes forderte, dass es sich „jede Ortsgruppe [...] zur Pflicht machen [sollte], den Vertrieb dieser Schrift zu übernehmen".[1012] Der Kampfbund sollte den Verkauf weiter unterstützen und zum einem „versuchen, diese Zeitschrift den örtlichen Zeitungskiosken anzubieten und die Kioske veranlassen, die Zeitschrift zu beziehen".[1013] Zum anderen sollten, da „der Vertrieb des ‚Aufbruchs' [...] mit zu unserer Gegnerarbeit im engsten Sinne des Wortes" gehört, bevorzugt individuelle Kontakte der einzelnen Mitglieder ausgenutzt werden: „Mit dem Vertrieb sind am besten solche Kameraden zu betrauen, die aus dem faschistischen Lager zu uns gekommen sind und noch persönliche Verbindungen zu ihren früheren Freunden haben."[1014]

Parallel zu den genannten Vertriebswegen baute der „Aufbruch"-Verlag ein eigenes, separates Vertriebsnetz auf, um einerseits die formelle Parteiunabhängigkeit vortäuschen und andererseits die verantwortlichen Parteistellen entlasten zu können.[1015]

Letztendlich blieb der verlagseigene Vertrieb aber doch eng mit der Parteiorganisation verbunden, was nicht nur darin begründet lag, dass bevorzugt vertrauenswürdige Parteimitglieder für diese Aufgabe herangezogen wurden. Mit der Mai-Ausgabe 1932 (Nr. 3) wurden erstmals die „Anschriften der Aufbruch-Vertriebs-Stellen" angegeben, die neun Kontaktadressen umfasste.[1016] Bereits im Juli 1932 konnte der Mitarbeiterstab beim Vertrieb auf 20 Stellen ausgebaut und bis zur Einstellung der Zeitschrift schrittweise nochmals auf 28 erweitert werden.[1017] Dem ungeachtet herrschte ein andau-

---

1011 Es waren oft nur vereinzelte Kioske in einer ganzen Region oder einem Land, die die Zeitschrift in ihrem Angebot führten. Ende 1931 war der „Aufbruch" beispielsweise in ganz Sachsen allein in Leipzig in ausgesuchten Läden erhältlich, weshalb sich die Anzahl der verkauften Exemplare mit (angeblich) 75 Stück für die erste Nummer in engen Grenzen hielt. BArch R 1501/20048, Bl. 60, Bericht des Sächsischen Ministeriums des Innern, Dresden, den 24. 11. 1931. Vgl. u.a. auch: Ebenda, Bl. 58, Lagebericht der Polizei Nürnberg, 22. 10. 1931. Die Verbreitung der Zeitschrift auf diesem Wege ließ sich nur langsam steigern. Im „Aufbruch" selbst wurde zuweilen „pflichtbewusste Kolporteure" gesucht und „gute Verdienstmöglichkeiten je nach Arbeitsleistung" versprochen. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 9, Dezember 1932, S. 23 (Reprint: 325).

1012 BArch R 1501/20048, Bl. 175, Abschrift der Polizei: „Der Antifaschistische Agitator", o.D.a. Vgl. auch: Ebenda, Bl. 36, Abschrift der Polizei: Rundschreiben des Kampfbundes gegen den Faschismus „Unsere Arbeit nach dem ‚roten Volksentscheid'", vom August 1931. Der Vertrieb wurde durch die Polizei bestätigt und es wurde berichtet, dass der KgdF die Aufgabe habe, den „Aufbruch" „unter Hitleranhängern und in bürgerlichen Kreisen zu verbreiten, um sie im Sinne des revolutionären Marxismus zu beeinflussen und in die antifaschistische Front einzureihen". Ebenda, Bl. 37-40, Bericht der NSS des RMdI, 28. 9. 1931.

1013 BArch R 1501/20048, Bl. 68, Abschrift der Polizei einer ungenannten Quelle, o.O. und D.a.; aus dem Inhalt geht eindeutig hervor, dass es sich um ein Rundschreiben des KgdF handelt.

1014 Ebenda. Im Gegensatz zum vorangegangenen Rundschreiben wurde nun empfohlen, „den Vertrieb zunächst auf ganz wenige Ortsgruppen (2-3) zu beschränken und dabei solche Orte zu bevorzugen, wo uns bekannt ist, daß innerhalb der NSDAP oder der Straßergruppe Differenzen bestehen".

1015 BArch R 1501/20048, Bl. 200-203, Abschrift der Polizei: Rundschreiben „'Aufbruch' Bezirksvertrieb-Nordwest", vom 27. 9. 1932, hier: Bl. 202.

1016 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, Mai 1932, S. 24 (186). Dort werden die Bezirke Berlin-Brandenburg, Sachsen, Köln-Mittelrhein, Hannover-Niedersachen, Bremen-Nordwest, Bayern, Hamburg-Wasserkante, Magdeburg-Anhalt und Baden aufgezählt.

1017 Aufbruch, Nr. 1, Jg. 3, Januar 1933, S. 21 (351). In dem genannten Zeitraum gab es auch Veränderungen in den Vertriebsstellen, so dass zwischenzeitig noch in anderen, hier nicht genannten Städten solche Stellen eingerichtet worden waren. Vgl. Tabelle zum Aufbruch.

ernder Personalmangel, was oftmals zu einer Personalunion mehrerer Funktionen im Verkauf, Verlag und den AAK führen konnte.[1018] Der zentrale AM-Apparat in Berlin erhoffte sich dennoch Entlastung, indem künftig „sämtliche Bezugs- und Vertriebsangelegenheiten in diesen Bezirken [...] mit den Vertriebs-Stellen direkt zu regeln" seien.[1019] Mit dieser Organisationsform wurde die Verantwortung des regionalen Vertriebs in die Hände des entsprechenden Bezirksleiters gelegt, der dem AM-Apparat gegenüber Rechenschaft schuldig war und sich in Eigenregie um den reibungslosen Ablauf zu kümmern hatte. Der Bezirksleiter übernahm zumeist die Oberaufsicht über seine Region und delegierte die Aufgaben an entsprechend beauftragte Vertreter in den Unterbezirken oder den Stadtteilen der einzelnen (Groß-) Städte weiter, die dann den direkten Verkauf auszuführen hatten. Für diese Aufgabe gab ein instruierendes Rundschreiben nur recht allgemeine Anweisungen:

„Es ist zweckmäßig, dass die Stadtteile eigene Kolporteure schaffen, welche den Vertrieb in den Strassen, hauptsächlich während der Hauptverkehrsstunden, vor grossen Betrieben bei Dienstanfang bezw. Dienstschluss organisieren. Die von der Partei oder den Massenorganisationen veranstalteten Versammlungen müssen von den Kolporteuren besucht sein."[1020]

Über die tatsächliche Verbreitung der (unter-) bezirklichen Vertriebsorganisationen oder ihre einzelnen Verkaufserfolge können nur eingeschränkte Aussagen gemacht werden. Es konnten zu dieser Frage lediglich einige Rundschreiben des Bezirks „Nordwest", zu dem auch Bremen gehörte, aufgefunden werden, die einen Überblick über die Entwicklung des Vertriebes ermöglichen. Im September 1932 wurde eine Übersicht über den tatsächlichen Umsatz der einzelnen Verkaufsstellen und Kolporteure, aber auch über die Zielvorgaben, die den leitenden Stellen vorschwebten und angemessen erschienen, wiedergegeben.[1021] Der in diesem Schreiben eingeforderte Ausbau des innerbe-

---

[1018] So wurde bspw. Ende 1932 in Berlin Richard Kuckuck in seine Aufgaben eingearbeitet: er übernahm den Vertrieb der Zeitschrift für Groß-Berlin, was zugleich bedeutete, dass er „die Zeitschrift selbst auch in Berlin öffentlich verkauft" hatte. Bei zuverlässiger und erfolgreicher Arbeit sei, wahrscheinlich um Römer in diesem Punkt zu entlasten, „in Aussicht genommen [worden], dass ich der Leiter des Aufbrucharbeitskreises Berlin werden sollte". BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 195, Aussage R. Kuckucks vom 1. 12. 1934. Bestätigt durch Bottländer und Römer: Ebenda, Bl. 157, Aussage Bottländers vom 8. 8. 1934 und ebenda, Bl. 200, Aussage Bottländers vom 3. 12. 1934 sowie ebenda, Bl. 202, Aussage Römers vom 4. 12. 1934.

[1019] Standardisierter Satz ab Ausgabe: Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, Mai 1932.

[1020] Aus diesem Grunde kann mit der Anführung einer Vertriebsstelle nichts Verbindliches über deren tatsächliche Erfolge bei der Verbreitung der Zeitschrift innerhalb des Parteibezirks ausgesagt werden. Vgl. BArch R 1501/20048, Bl. 200-203, Abschrift der Polizei: Rundschreiben „'Aufbruch' Bezirksvertrieb-Nordwest", vom 27. 9. 1932, hier: Bl. 202.

[1021] BArch R 1501/20048, Bl. 200-203, Abschrift der Polizei: Rundschreiben „'Aufbruch' Bezirksvertrieb-Nordwest", vom 27. 9. 1932, hier: Bl. 201-202. (Sämtliche Hervorhebungen erfolgten durch den Autor dieser Arbeit) „Unterbezirksvororte: **Oldenburg**: ‚Aufbruch' NVB. St. Leiterin': Genossin Müller, Oldenburg, Vorderstr. 8. Die Genossin entlasten, mit ihr unverzüglich die Neugründung dort bearbeiten, Ortsgruppenarbeit-Vertrieb organisieren, in Oldenburg Staat zu steigern: **Umsatz: Mai 30 Exemplare, jetzt 80 Exemplare**. Den augenblicklichen Konflikt der Beamte, Lehrer gegen Ministerium beachten und ausnutzen! U.B. **Emden/Ostfrsld.** ‚Aufbruch' NVB St. Leiter: Gen. John Scheiwe, Fr. Ebertstr. 63. UB. Vorort-Umsatz steigern, unabhängig von der Arbeit des verantwortlichen Genossen Scheiwe. Ortsgruppenvertrieb organisieren. Vertrieb auf Borkum erweitern. **Umsatz Mai 20 Exemplare - jetzt 70 Exemplare**. U.B. **Rüstrigen-Wilhelmshaven** ‚Aufbruch' UBV. St. Leiter. Siegfried Berliner, Rüstingen, Paulstr. 4. Hier muss die UBLeitung unverzüglich mit allen Mitteln den Genossen unterstützen, damit der Vertrieb neu organisiert wird. Durch die Verhaftung des Genossen und des Versagens des vom Genossen Berliner beauftragten Genossen ist dort der Vertrieb zusammengebrochen. Die BVSt. Bremen wurde nicht benachrichtigt, erst nach Freilassung des B. teilte derselbe diese Tatsache der BVSt. mit. Werft bearbeiten. Ortsgruppenbetrieb organisieren. **Umsatz Mai 30 Exemplare. Juni 120 Exemplare, Juli-August Nr. 150 geliefert**. [sic!] **Bremerhaven.** Dem bisherigen ‚Aufbruch' UBVSt.-Leiter wurde der

zirklichen Vertriebs- und Mitarbeiternetzes scheint indes wenig Fortschritte gemacht zu haben. Nur wenige Wochen später wurden die Unterbezirke des Bezirks nochmals eindringlich aufgefordert, „bis zum 15. Oktober […] einen Genossen in den Stadtteilen für die Aufbruchsarbeit freizustellen".[1022] Bis dieses Ziel erreicht worden sei, wurde die reguläre Parteiorganisation in die Pflicht genommen, denn „solange ein solcher [Genosse] nicht vorhanden ist, sind die Polleiter der Stadtteile etc. für die Durchführung der Arbeit und pünktliche Abrechnung verantwortlich". In diesem Zusammenhang ermahnte das Rundschreiben, dass „es keinesfalls zur Regel werden darf, dass der „Aufbruch" nur durch Litobleute mit der Parteiliteratur vertrieben wird".

Eine grundlegende Verbesserung konnte bis zur Einstellung der Zeitschrift jedoch nicht erreicht werden. Im Januar 1933 sah sich die Leitung des Bezirksvertriebes gezwungen die Unterbezirke nochmals in die Pflicht zu nehmen, damit endlich der seit Monaten geforderte Aufbau der regionalen Vertriebsorganisation erreicht werden würde.[1023] Um sie unter Druck zu setzen und zur schnellen Durchführung der gewünschten Maßnahmen zu bewegen, wurden, „solange kein speziell abgestellter Mitarbeiter zugeteilt ist", nach wie vor die Polleiter der einzelnen Stadtteile für die „Aufbruch"-Arbeit persönlich verantwortlich gemacht.[1024] In diesem Zusammenhang wurden nochmals ausführlich die konkreten Aufgaben auf der Ebene der Stadtteile aufgezählt, wobei neben Abrechnung und Propagandatätigkeit folgende Pflichten aufgezählt wurden:

„1. Dem Charakter der Zeitschrift Rechnung tragend, haben die Stadtteile dafür zu sorgen, dass der ‚Aufbruch' in allen gegnerischen Kreisen, aber auch in den Reihen der Arbeiterschaft vertrieben wird. Zu diesem Zweck muss organisiert werden: a) Strassenverkauf unter besonderer Berücksichtigung von verkehrsreichen Plätzen. b) Vertrieb in allen Versammlungen und öfftl. Veranstaltungen. (Es muss versucht werden, auch gegnerische Mitgliederversammlungen zu erfassen.) c) Vertrieb in Wohnungen, Gaststätten, vor Betrieben.
2. Zur gründlichen Durchführung dieser Aufgaben empfiehlt sich die Bildung einer Vertriebskolonne in jedem Stadtteil, welche das Stadtgebiet aufteilt und planmäßig bearbeitet.
3. Gruppen von zuverlässigen Genossen zusammenstellen, welche den ‚Aufbruch' den uns bekannten Nazis in ihren Wohnungen anbietet unter gleichzeitiger Auslösung von Diskussionen.
4. Erfassung aller ohne Wissen übergetretener Nazis zwecks Einspannung in den Aufbruch-Vertrieb.

Vertrieb entzogen wegen völliger Unfähigkeit und Mangel an Verantwortungsbewusstsein. **Mai 150 Exemplare**. **Juni mit 150 Exempl. beliefert, seit Juli Belieferung eingestellt**. UB. Vorort: Stadtteil Vertrieb organisieren, Ortgr. Vertrieb organisieren. Einen verantwortlichen Genossen freistellen. **Delmenhorst:** Wurde bisher **nicht beliefert**. Verantwortlichen Genossen freistellen. UB.-Vorort nur Ortsgruppen-Vertrieb organisieren. **Vegesack:** Die gleichen Arbeiten wie Delmenhorst." Weiter zu den Stadtteilen der einzelnen (Groß-) Städte des Bezirks: „Den Stadtteilen wird vorerst ein **‚Soll'** gestellt **20 Exemplare**. Da es sich um eine Monatszeitschrift handelt, wird erwartet, dass das ‚Soll' ohne weiteres erreicht wird."

1022 BArch R 1501/20048, Bl. 245, Abschrift der Polizei vom 24. 10. 1932, Rundschreiben des „Aufbruch"-Kreises Bezirk Nordwest, Bremen, den 12. 10. 1932.

1023 Ebenda. „Den UB-Leitern werden folgende Aufgaben gestellt, deren Erledigung bis zum 24. 1. 33 schriftlich der am Schluss des Rundschreibens benannten Stelle mitzuteilen ist. Kurzer Arbeitsplan ist gleichzeitig einzusenden. 1.) Schaffung von Aufbruch-Vertriebsstellen in den Ortsgruppen, mindestens 1 Vertriebsstelle im UB-Vorort. 2.) Einsetzen eines für die ‚Aufbruch'-Arbeit verantwortlichen Mitarbeiters. Die genaue Adresse ist bis zum 24.1.33 mitzuteilen. 3.) Feststellung der im UB befindlichen Arbeitsdienstlager, ob NSDAP, Jungdo, SPD, Teno, Meldung bis 24.11.33 wo die Lager eingerichtet sind."

1024 BArch R 1501/20048, Bl. 319-321, Abschrift der Polizei: Rundschreiben Nr. I/33 des Aufbruch, Bezirk Nordwest, vom Januar 1933, hier: Bl. 320f.

5. Die gewonnenen Aufbruch-Leser und Abonnenten zusammenfassen und einen Aufbruch-Arbeits-Kreis (AAK) bilden."

3.2 Die „Aufbruch"-Arbeitskreise (AAK)

Verantwortliche

Die Führung und Organisation der Arbeitskreise erfolgte wie bei der Zeitschrift mittels einer offiziellen, auf die Außendarstellung bedachten und folgerichtig mit nationalistischen Dissidenten besetzten sowie einer tatsächlichen Leitung durch Mitarbeiter des AM-Apparates. Als Initiator des gesamten „Aufbruch"-Projekts und verantwortliche Institution gegenüber der Parteiführung oblag die faktische Direktion und Kontrolle aller AAK dem AM-Apparat, der mit den Arbeitskreisen nachrichtendienstliche Absichten verfolgte, die weit über propagandistische oder agitierende Funktionen hinausgingen. Im zentralen Maßstab, als oberste Instanz für das gesamte Reichsgebiet zuständig, wurde die Leitung anfangs von Kippenberger selbst ausgeübt, die er spätestens ab Juni 1932 an Bottländer, den Leiter des C-Ressorts, übergab.[1025] Die jeweiligen offiziellen AAK-Leiter waren ihnen gegenüber Rechenschaft und Berichterstattung über ihre Arbeitskreise schuldig. In den einzelnen Parteibezirken waren (theoretisch) die örtlichen Leiter des AM-Apparates (LK/1) oder deren untergeordnete Mitarbeiter (LK/2) mit der Organisation regionaler AAK betraut. Ausgangspunkt und Kern eines AAK waren die „LeiKos" des C-Ressorts der entsprechenden Bezirksorganisation des AM-Apparates.[1026]

Die reguläre Führung der einzelnen AAK sollte, um eine größere Glaubwürdigkeit erlangen zu können, durch ehemalige Offiziere oder Nationalsozialisten erfolgen.[1027] In Berlin, wo der erste Arbeitskreis an die Öffentlichkeit trat, konnte der AM-Apparat Mitglieder der zentralen „LeiKo" für diese Aufgabe gewinnen, die sie in Personalunion mit ihren Funktionen bei der Zeitschrift ausübten. Der ersten Ausgabe des „Aufbruchs" zufolge wurde ein Zentraler AAK durch Korn und der Berliner Ableger durch Rehm geleitet, während Tartsch als Kontaktperson für die angekündigten, periodischen Diskussionsabende auftrat.[1028] Anlässlich der ersten öffentlichen Versammlung des Berliner AAK wurden nach Polizeiangaben mit Stenbock-Fermor, Giesecke, Tartsch, Grubitz, Korn und Lenk immerhin sechs Unterzeichner des Aufrufes der „13 Offiziere" aufgeboten.[1029] Bereits mit der

---

1025 BArch ZC 6239, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 89, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

1026 Da es jedoch nur in den wenigsten Bezirken zum vorgegebenen regulären Aufbau des regionalen AM-Apparates gekommen war, waren einer reichsweiten Verbreitung der AAK von vornherein enge Grenzen gesetzt. Die Gründung eines AAK ohne überwachende Kontrolle des AM-Apparates war nicht vorgesehen und hätte ob der Aufgaben der Arbeitskreise auch wenig Sinn ergeben. BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Bottländer, Bl. 88, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934 und Bl. 3, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934 sowie ebenda, Bd. 4, Bl. 139, Aussage Römers vom 1. 8. 1934.

1027 Vgl. Coppi, Aufbruch, S. 45.

1028 Aufbruch, Jg. 1, Nr. 1, Juli 1931, S. 14-15 (Reprint: S. 76-77).

1029 BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt I, an den Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24. 2. 1932, hier: Bl. 118.

zweiten Nummer des „Aufbruchs“ wurden Korn und Tartsch nicht mehr in ihren Funktionen ausgewiesen und Rehm verblieb über den Zentralen AAK als einzige Kontaktperson. Regionale Arbeitskreise wurden in der Zeitschrift vorerst nicht mehr aufgeführt. Nachdem Rehm dieser Aufgabe vom September 1931 bis April 1932 nachgekommen war, übernahm Römer in Personalunion zum Mai 1932 die Leitung des Zentralen und des Berliner AAK und blieb bis zur Einstellung des „Aufbruch“-Projekts in diesen Funktionen aktiv.

Wie bei der Organisation der Zeitschrift stellt sich auch bei den Arbeitskreisen die Frage nach der Gewichtung zwischen beiden Gruppen bei ihren Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten. Welche Kompetenzen den einzelnen Beteiligten von Kippenberger tatsächlich eingeräumt worden waren, lässt sich nicht mehr bestimmen. Den Dissidenten oblag nachweisbar die Vorbereitung und Leitung der einzelnen Veranstaltungen.[1030] Da Rehm und Römer die offizielle Korrespondenz der Arbeitskreise über ihre Privatanschrift abwickelten und beide Mitglieder der zentralen „LeiKo“ waren, ist die Vermutung berechtigt, dass sie einen gewissen Einblick in Interna des AM-Apparates besessen haben. Ob sie auch die Funktion eines regulären Funktionärs im AM-Apparates ausgeübt haben, kann nicht mehr geklärt werden. Es fällt jedoch auf, dass erst unter der Leitung Römers mit dem (lange zuvor angekündigten) Aufbau weiterer Arbeitskreise außerhalb Berlins begonnen wurde.[1031]

Aufgaben und Funktionen

Eine allgemeine Beschreibung der Arbeitskreise, entsprechend des vom AM-Apparat erwünschten öffentlichen Erscheinungsbildes, hatte der spätere offizielle Leiter des Zentralen AAK, Beppo Römer, gegenüber der Gestapo geäußert:

„Nicht der ‚Aufbruch’ allein hat die Ideen, welche in ihm zum Ausdruck kamen verbreiten sollen, sondern den gleichen Zweck hatten auch noch die A.A.K., d.h. Aufbruch-Arbeitskreise. In diesen waren die Leute zusammengefaßt, welche sich für die Aufbruchideen interessierten. Diese veranstalteten Versammlungen in denen Referate gehalten und debattiert wurde.”[1032]

Im „Aufbruch“ selbst wurde in der ersten Ausgabe die grundlegende Aufgabe der AAK unter die Parole „Gewinnung der ehrlichen revolutionären Kräfte aus dem Lager des Nationalismus” gestellt. Um diesem Auftrag nachkommen zu können, wurden anlässlich der Beschreibung der „ersten wichtigsten Aufgaben”, periodische Ausspracheabende über die in der Zeitschrift behandelten Themata und für

---

1030 Ebenda.

1031 Kerff erinnerte sich, dass anfangs lediglich ein einziger Kreis in Berlin bestanden hätte, der von Kippenberger selbst gegründet worden war: „Die späteren Aufbruchkreise hat wahrscheinlich Beppo Römer zusammengebracht [...].” Ihre Darstellung würde die hier angenommene zeitliche Verbreitung und Entwicklung der AAK tendenziell stützen. Darüber hinaus würde es bedeuten, dass Römers Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten doch recht umfassende gewesen sein müssen, wenn ihm dieser Bereich tatsächlich seiner persönlichen Regie überlassen worden wäre. Es ist aber ebenso möglich, dass erst die propagandistische Wirkung Römers genügend Interessenten angezogen und die Gründung weiterer AAK erlaubt hatte. SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 220, Erinnerungen Aenne Kerff.

1032 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 139, Aussage Römers vom 1. 8. 1934.

den wissbegierigen Leser weitergehende Seminare oder Schulungskurse angeboten.[1033] Die Ausspracheabende sollten unmittelbar mit dem Erscheinen der Zeitschrift noch im Juli und ein erstes Seminar einen Monat darauf, im August 1931 beginnen. Beide Varianten am AAK teilzunehmen sahen eine schriftliche Anmeldung vor, damit der AM-Apparat Einfluss auf die Größe und Zusammensetzung des Diskussionskreises nehmen konnte.

Durch diese Vorgehensweise konnte auf eine öffentliche Ankündigung des Versammlungsortes verzichtet werden, was den Kreis vor Observation und Störungen durch die Polizei oder Nachrichtendienste rechter Organisationen schützen und die erwünschte vertrauliche Gesprächsatmosphäre garantieren sollte.[1034] Aus diesem Grunde fanden die (ersten) Ausspracheabende des Berliner AAK vermutlich in den Hinterzimmern verschiedener bürgerlicher Lokale statt.[1035] Die praktizierte Anmeldeprozedur hatte freilich den entscheidenden Nachteil, dass sie keine unverbindliche und vor allem anonyme Kontaktaufnahme gestattete, was sich nachteilig auf den Zuspruch zu den Arbeitskreisen auswirkte. Ab Herbst 1931 wurden deshalb auch vereinzelt Veranstaltungen an Tagungsorten durchgeführt, die zuvor „öffentlich an Litfaßsäulen oder durch Zeitungsanzeigen bekannt gemacht" worden seien.[1036] Versammlungen dieser Art „fanden in verschiedenen öffentlichen Sälen oder in Räumen der Hochschule in Charlottenburg und wenn es sich um Besprechungen des engeren Kreises handelte in der marxistischen Arbeiterschule (Masch) statt".[1037] Sie sollten den „Aufbruch" und seine Arbeitskreise weiter bewerben und einer breiteren Leserschaft zugänglich machen, insbesondere aber helfen, etwaige Hemmungen bei der Kontaktaufnahme zu überwinden. Konnte auf diese Weise weitergehendes Interesse geweckt werden, wurden viel versprechende Besucher gezielt in die geschlossenen Versammlungen oder zu Schulungskursen eingeladen.

1033 Aufbruch, 1 Jg., Nr. 1, Juli 1931, S. 15 (Reprint: S. 77). Vorgesehen waren demnach: „1. Schaffung einer ständigen Diskussionsbasis, in Form von Diskussionsabenden"; „2. Revolutionäre Schulungsarbeit in Form von freien Seminaren", die „ferner durch Sonderzirkel die sich mit revolutionärer Wehrpolitik beschäftigen", erweitert werden würden; „3. Vermittlung einer genauen Kenntnis der Verhältnisse in der Sowjet-Union und der Voraussetzungen für den sozialistischen Aufbau in Deutschland." Aber auch „Sprachkurse, Arbeitsvermittlung nach der Sowjetunion, Ermöglichung von Informationsreisen nach Rußland" sollten zum Aufgabenbereich der AAK gehören. Die angebotenen Ausspracheabende und Seminare blieben zunächst auf Berlin beschränkt.

1034 Römer sagte hingegen zu seiner Verteidigung aus, dass „die Versammlungen [...] anmeldepflichtig und [...] auch stets Polizeibeamte anwesend [waren]. Schon hieraus dürfte sich ergeben, daß meine Tätigkeit auch vom polizeilichen Standpunkt aus nicht zu beanstanden war." Derartige Anmeldeprozeduren waren indes nicht unüblich. Auch beim „Gegner" waren persönliche Anmeldungen bei der Geschäftsstelle Voraussetzung zur Teilnahme an den „Aussprache-Abenden". BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 139, Aussage Römers vom 1. 8. 1934 und Gegner, Heft 4/5, März 1932, „Der Gegner stellt sich", S. 1.

1035 Coppi, Aufbruch, S. 46. Vgl. SAPMO im BArch SgY 30/2098, Erinnerungen L. Renn: „In proletarischen Sportlagern zwischen 1928 und 1933", Berlin, den 14. 9. 1983., hier: Bl. 5 und Kerffs Erinnerungen an Kippenberger, SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 158.

1036 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 85, Aussage Bottländers vom 26. 6. 1934. Im Zuge der Recherchen für diese Arbeit konnten entgegen Bottländers Aussage lediglich die Ankündigungen der Schulungsseminare in der „Masch", die in der „Roten Fahne" und „Welt am Abend" veröffentlicht wurden, bestätigt werden. Vgl. auch: Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1-2, Februar 1932, „Erster öffentlicher Abend des Berliner Aufbruchkreises", S. 14f. (Reprint: S. 156f.). Der Inhalt des Artikels widerspricht jedoch der im Titel proklamierten Aussage, denn die 60 Teilnehmer seien „auf Einladung" zu der Versammlung gekommen.

1037 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 85, Aussage Bottländers vom 26. 6. 1934.

Der AM-Apparat verfolgte mit den Arbeitskreisen indes weitergehende Ziele als nur den theoretischen und unverbindlichen Gedankenaustausch oder die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Ideologie. Bottländer hatte gegenüber der Gestapo ausführlich und recht glaubhaft über seine Aufgaben für den AM-Apparat innerhalb der AAK-Organisation Auskunft gegeben und damit zugleich ihre Funktion für die nachrichtendienstliche Arbeit definiert.[1038] Seine Beschreibung verdeutlicht, dass die Arbeitskreise im Gegensatz zur Zeitschrift nicht primär auf die ideologische Bearbeitung zweifelnder oder rebellierender (Bevölkerungs-) Gruppen ausgerichtet waren, um Massenübertritte auszulösen. Die AAK hatten vielmehr den AM-Apparat bei der Aussonderung von aussichtsreichen nationalistischen Überläufern zu unterstützen und sich damit auf einzelne, für die Partei gewinnbringend verwertbare Spitzenverbindungen zu konzentrieren. Bottländer zu folge sei ihm grundlegend

„als Aufgabengebiet für [seine] Tätigkeit neben dem ‚Aufbruch' in den Aufbrucharbeitskreisen (A.A.K.) [...] die folgende Direktive gegeben [worden]: Im Verlauf der weiteren Entwicklung der politischen Ereignisse in Deutschland kann man mit einem Abbröckeln der nationalistischen Massenbewegung rechnen, die nicht nur beschränkt bleibt auf die proletarischen Elemente, sondern auch die ‚Spitzen' des Gegners erfasst. Es ist der K.P.D. dieser Prozess erwünscht, aber diese ehemals leitenden Elemente gegnerischer Organisationen können nicht ohne weiteres in die Partei übernommen werden. [...] Sinn der Aufbrucharbeitskreise war also ‚Brücke oder Barriere' d.h. bei guten Elementen Übergang zur K.P.D., bei sozial unzuverlässigen Elementen ihre Abriegelung von der K.P.D."[1039]

Konnte der AM-Apparat unter den Teilnehmern an den AAK, die oftmals „aus Abenteuerlust oder aus Reiz an neugeschaffenen Organisationen kamen", geeignete Elemente ausmachen, hatte Bottländer die Aufgabe, sie unter nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten zu durchleuchten.[1040] Neben der Überprüfung ihrer *vitae* und besonders von persönlichen Kontakten innerhalb ihrer bisherigen Organisationen, bildeten die AAK selbst ein brauchbares Instrument zur Auswahl, da „sich bei den Diskussionen in den Versammlungen sehr gut erkennen [ließ], welche Anschauungen die einzelnen Versammlungsmitglieder über die zur Diskussion stehenden Fragen und auch ganz allgemein über die politische und wirtschaftliche Lage und anderes hatten".[1041] Schätzte der AM-Apparat einzelne Nationalisten als lohnenswerte Verbindung ein, hatte Bottländer „diese Leute als Neulinge zunächst auf ihre Zuverlässigkeit hin zu prüfen, ihr Wissen und ihre Verbindungen aber gleichzeitig auszunutzen".[1042] Fiel diese erste Prüfung positiv aus, hatte er „speziell die Aufgabe, mit den ‚guten Elementen' persönliche kameradschaftliche und gesellschaftliche Verbindung aufrecht zu erhalten und durch politische Einzeldiskussionen [...] zu festigen bzw. zu prüfen." Kam er erneut zu einem positiven Ergebnis,

---

1038 Es war ja gerade Bottländers Verteidigungsstrategie, seine Tätigkeit für den AM-Apparat möglichst auf seine Teilhabe am „Aufbruch"-Projekt zu beschränken, um die ermittelnden Behörden von seiner eigentlichen Funktion als Ressortleiter, die anfangs nicht bekannt war, abzulenken.

1039 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 3, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934.

1040 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 8, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934. Vgl. auch: Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, S. 235f.

1041 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 90, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

1042 Ebenda, Bl. 8, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934.

„wurde in jedem Einzelfalle geprüft, ob es zweckmässig wäre, dass der Betreffende offiziell mit einer Erklärung zur K.P.D. übertrete oder aber im Stillen für die K.P.D. arbeiten wolle. Eine solche Arbeit bestand darin, dass sie Informationen über Stimmung im Lager der N.S.D.A.P., der D.N.V.P., des Stahlhelms usw. gaben. Diese Informationen wurden regelmässig an C weitergegeben."[1043]

In diesem Zusammenhang kam Bottländer auf das eigentliche, primäre Interesse des AM-Apparates an den AAK zu sprechen. Als Ressortleiter lag der Schwerpunkt seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit in der Erstellung von Sammelberichten, die aus den Mittelungen der gewonnenen Verbindungsleute und der Mitarbeiter des Apparates von ihm zentral für das ZK und andere führende Stellen der Partei und Massenorganisationen zusammengefasst wurden. Das C-Ressort war zwar bemüht verschiedenste Verbindungen und Informationsquellen aufzubauen, die „Aufbruch"-Organisation bildete in dieser Frage aber zunehmend das primäre Standbein und „diese Berichte wurden geradezu als Stimmungsbarometer, der durch den Aufbruch erfaßten Kreise angesehen".[1044] Das primäre Interesse des AM-Apparates an den AAK lag demzufolge in der Aussicht auf Kontaktaufnahme zu zweifelnden und suchenden Nationalisten bzw. Nationalsozialisten, um sie im besten Fall als Spitzel für die KPD gewinnen und so die nachrichtendienstliche Arbeit des Apparates ausweiten und verbessern zu können.[1045] Die AAK dienten aber nicht nur der Vorbereitung konspirativer Verbindungen zur Abschöpfung von Informationen über (geheime) Interna in gegnerischen Organisationen; auch von denjenigen Teilnehmern, die der AM-Apparat nicht anwerben konnte oder wollte, erwartete die KPD durch ihre aktive Teilnahme an den Diskussionen Einblicke ins rechte Lager erlangen zu können. Nicht zuletzt wird die Hoffnung bestanden haben, militärische Fachleute rekrutieren zu können, auf die im Falle des bewaffneten Aufstandes dann zurückgegriffen werden konnte.[1046] Konnten einzelne Teilnehmer für eine (konspirative) Zusammenarbeit gewonnen werden, wurden sie von Bottländer nach vier Kriterien im Interesse des AM-Apparates verwertet:

„1. Auswertung der Erfahrungen dieser Leute über schriftstellerische und propagandistische Tätigkeit unter bürgerlichen Schichten, worunter auch politisch rechts orientierte Kreise zu verstehen waren, und zwar vornehmlich.
2. Solche Personen, die direkt aus Rechtsparteien kamen, zu beauftragen, ihre Erfahrungen in anderen Parteien in Berichtsform festzulegen und Stimmungsbilder von den Verhältnissen zu geben.
3. Leute, die noch an Rechtsparteien gebunden waren, mit dem ‚Aufbruch' aber bereits Fühlung nahmen, namentlich an die K.P.D.-Bezirke mitzuteilen.

[1043] Ebenda, Bl. 3, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934. An anderer Stelle nannte er diesen Arbeitsbereich seine „personalpolitische Aufgabe": „Diese bestand darin, daß ich mit Personen hauptsächlich aus bürgerlichen intellektuellen Kreisen, welche an den ‚Aufbruch' herankamen, Fühlung zu nehmen hatte. Ich mußte prüfen, ob Leute, welche sich für den ‚Aufbruch' interessierten, für die Mitarbeit und später gegebenenfalls für den Eintritt in die KPD geeignet waren, oder ob sie auszuschalten waren, weil sie z.B. nur wegen persönlicher Vorteile zu uns kamen." Ebenda, Bl. 92, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

[1044] BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 90, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934. Bestätigt durch Kippenberger: SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 7, Bericht Kippenbergers: „Methoden und Organisation der mil. pol. Arbeit.", Bl. 159f. Vgl. dazu auch: Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, S. 235f.

[1045] Vgl. neben den Aussagen Bottländers auch die Ausführungen Kippenbergers in: SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 7, Bericht Kippenbergers: „Methoden und Organisation der mil. pol. Arbeit." In diesem Sinne auch: Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, S. 227.

[1046] Coppi, Aufbruch, S. 45 und Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, S. 235.

4. Feststellungen zu treffen, in welcher Weise gehobene intellektuelle Kreise der Rechtsparteien mit Propaganda im Rahmen der Massenarbeit für die K.P.D. zu beeinflussen waren."

Es wurden aber nicht nur die konspirativ arbeitenden Verbindungsleute von Bottländer „aufgefordert, Stimmungsbilder aus der N.S.D.A.P., Berichte über Demonstrationen und Veranstaltungen zu fertigen und [ihm] zu überbringen";[1047] auch die offiziellen Leiter und sonstigen Mitarbeiter der AAK wurden zur Berichterstattung angehalten, weshalb Bottländer „enge Fühlung mit den Referenten der einzelnen Versammlungen" hielt. Sie verfassten daraufhin „regelmäßige Berichte" und „teilten ihre persönliche Erfahrung aus ihrem Kreise mit. Solche Berichte wurden übrigens auch zwischen einzelnen Kreisen ausgetauscht."[1048] Als weitere Informationsquelle stand Bottländer die Korrespondenz der Zeitschrift und der Zentralstelle der AAK zur Verfügung, die in seinen Händen zusammenlief, und er erlangte „durch Briefe und Anfragen, welche unmittelbar an mich oder den „Aufbruch" gingen, Einblicke und Stimmungsbilder, welche ich für meine Berichte verwertete". Römer bestätigte die Aussagen Bottländers über dessen Tätigkeit. Er selbst hatte als Leiter des Berliner AAK und Wanderredner der KPD ebenfalls Berichte für das C-Ressort zu verfassen:

„Ich hatte mehr den Eindruck, daß er [d.i. Bottländer] die Erfahrungen, die wir in unserer Aufbruchtätigkeit machten für sich verarbeitete und zu Skizzen zusammenstellte. Es ist richtig, daß ich nach den Versammlungen an Bottländer einen Bericht lieferte, welcher die Erfahrungen aus dieser einzelnen Versammlung kurz zusammenfaßte. Ich machte z.B. Angaben, über Zusammensetzung des Publikums, diejenigen Punkte des Vortrages, auf welche am meisten reagiert wurde, und manchmal gab ich auch Zeitungsausschnitte, welche Berichte über die Versammlungen enthielten. Was Bottländer mit diesen Berichten gemacht hat, weiß ich nicht. Sie wurden jedenfalls auch auf der Geschäftsstelle des ‚Aufbruch' ganz offiziell in die Akten eingeheftet."[1049]

Über weitergehende Aufgaben eines offiziellen AAK-Leiters konnte indes nur wenig in Erfahrung gebracht werden. Sie hatten, um den Anschein ihrer verantwortlichen Führung zu wahren, auf den entsprechenden Versammlungen den Vorsitz inne, sorgten für die Einhaltung der Tagesordnungspunkte und leiteten die Diskussion.[1050] Auch organisatorische Aufgaben zur Vorbereitung der Veranstaltungen werden in ihrem Aufgabenbereich gelegen haben, und sie hatten neben der gegebenenfalls erwünschten öffentlichen Bekanntmachung auch jeweils „die Vorträge zu organisieren".[1051]

Themen und Inhalte

Die AAK sollten Themen anbieten, welche durch die nationale Propaganda, insbesondere die Scheringer-Propaganda, aufgeworfene Fragen aufgriffen und von denen zugleich angenommen wurde, dass

---

[1047] BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 8, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934.
[1048] Ebenda, Bl. 92f., Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.
[1049] Es erscheint als unwahrscheinlich, dass die Stimmungsberichte des AM-Apparates in dem Verlagsbüro gelagert worden waren. BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 140, Aussage Römers vom 2. 8. 1934.
[1050] BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt I an den Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24. 2. 1932.
[1051] BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 196, Aussage R. Kuckucks vom 1. 12. 1934.

sie für bürgerliche Nationalisten von Interesse waren. Nach der Aussage Römers waren „die Themen für die Vorträge [...] ungefähr dieselben, wie für die Aufsätze in der Zeitschrift ‚Aufbruch'."[1052] In der ersten Ausgabe des „Aufbruchs" wurden für die Diskussionsabende eine Reihe von Themen angeboten, die allesamt eine Gegenüberstellung von bürgerlicher und kommunistischer Ideologie behandelten.[1053] Für das erste „freie Seminar in Berlin", das sich über sechs Sitzungen erstrecken sollte, wurde nur recht allgemein die Bearbeitung des Themenkomplexes „Revolutionärer Marxismus-Leninismus und die nationale Frage" angekündigt. Anlässlich der „Aufbruch"-Seminare und –Werbeveranstaltungen bot die KPD zuweilen ihre führenden Intellektuellen auf. In der ersten öffentlichen Versammlung des Berliner AAK am 13.11.1931 referierte Prof. Dr. Wittfogel aus aktuellem Anlass über das Thema: „Führt die Harzburger Front zur nationalen Befreiung?"[1054] Ein weiterer Schulungskurs des Berliner AAK, der im Januar 1932 begonnen und wiederholt in der „Roten Fahne" beworben wurde, sollte an vier Abenden unter dem übergreifenden Thema „Nation und Kommunismus", *en detail* „die Bauernfrage, die Judenfrage, die Nationalitätenfrage u.v.m." behandeln.[1055]

Verantwortliche nach Einschätzung der Polizei

Dem Versuch des AM-Apparates, den „Aufbruch" und seine Arbeitskreise als sympathisierende, von der KPD jedoch unabhängige Organisation erscheinen zu lassen, war unter den Polizeibehörden einiger Erfolg beschieden. Erst Anfang 1932 setzte sich die Auffassung durch, dass es sich bei der „Aufbruch"-Organisation um einen zwar verschleierten, doch festen Bestandteil der KPD-Organisation handeln würde.[1056] Während die Berliner Polizei noch im Februar 1932 davon ausgegangen war, dass die AAK ein „Sammelbecken unzufriedener Elemente aus dem rechtsradikalen Lager" wären, in dem lediglich „die KPD Richtung das Übergewicht" habe, kommentierte der zuständige Sachbearbeiter im RMdI diese Einschätzung mit dem Zusatz, dass die Arbeitskreise tatsächlich „unter Führung der KPD" stünden.[1057] Auch über die Verbindung zum AM-Apparat hatte die Berliner Polizei nur Vermutungen geäußert. Kurz darauf, Anfang März 1932 wurden die Abhängigkeiten der AAK neu interpretiert und die Behörden waren sich nun sicher, dass es sich bei den

---

1052 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 139, Aussage Römers vom 1. 8. 1934.

1053 Die aufgelisteten Themata waren: „Rätestaat oder Ständestaat"; „Revision oder Annulierung der Tributverträge"; „Wehrrecht oder Wehrpflicht"; „Rote Armee und Reichswehr"; „Kriegswirtschaft – Wirtschaftskrieg"; „Pazifismus oder Antimilitarismus"; „Hooverplan oder Planwirtschaft"; „Arbeitsdienstpflicht oder Kollektivwirtschaft"; „Weltmoratorium oder Weltrevolution". Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, Juli 1931, S. 15 (Reprint: S. 77).

1054 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1-2, Januar/Februar 1932, S. 14 (Reprint: S. 156), „Erster öffentlicher Abend des Berliner Aufbruchkreises." und BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt I an den Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24. 2. 1932.

1055 RF, 6. 1. 1931 und 4. 2. 1932; beide nach: BArch R 1501/20048, Bl. 63 & 67. Der Referent war Karl August Wittfogel und die Anmeldung sollte über Rehm erfolgen.

1056 BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt I an den Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24. 2. 1932, hier: Bl. 119.

1057 Ebenda. Die Kommentare erfolgten als handschriftliche Ergänzung auf den Seiten des entsprechenden Berichtes.

Arbeitskreisen „um eine kommunistische Hilfsorganisation" handeln würde.[1058] Ab September 1932 waren die Erkenntnisse der Polizei- und Justizbehörden soweit gediegen, dass die AAK als untergeordnete Abteilung des illegalen Parteiapparates der KPD angesehen wurden. Es wurde angenommen, dass sie dem Ressort „Militärpolitik" unterstellt waren.[1059] Erst mit der Verhaftung Bottländers im Herbst 1933 erhielten die Justizbehörden (teilweise) Bestätigung ihrer bisherigen Annahmen. Bottländer hatte anfangs noch versucht von der Verbindung zwischen AAK und AM-Apparat und damit auch von seiner leitenden Funktion im C-Ressort abzulenken, indem er falsche Aussagen über die verantwortlichen Instanzen innerhalb der KPD machte.[1060] Seine Darstellung konnte er über die monatelange Haftzeit und durch Denunziation anderer Apparatsmitarbeiter jedoch nicht aufrechterhalten.[1061] Die durch Bottländer gewonnenen Informationen fanden umgehend Eingang in die interne Berichterstattung der Polizei- und Justizbehörden. So konnte erst im Laufe des Jahres 1934 eindeutig Kippenberger, der aus den Arbeitskreisen „auch für seinen Am-Apparat den größten Nutzen gezogen habe", als Initiator und leitender Organisator benannt und damit auch „einwandfrei erwiesen [werden], daß die Mittel zur Aufrechterhaltung der Organisation des A.A.K. vom Z.K. der K.P.D. stammten und durch den Am-Apparat gezahlt wurden."[1062]

Aufgaben und Funktionen nach Einschätzung der Polizei

In den ersten Wochen nach der Gründung des „Aufbruchs" beschränkte sich das Wissen der Polizeibehörden über die AAK auf die Angaben, die in der ersten Ausgabe der Zeitschrift gemacht worden waren.[1063] Kurz darauf wurde ob der betonten Ausrichtung des „Aufbruchs" auf militärische Kreise vermutet, dass die KPD versuchen würde, mittels der AAK ihre Aufstandsplanungen voranzutreiben und derart beabsichtige „an militärisch geschulte, intellektuelle Elemente, vor allem aus den Kreisen der nationalrevolutionären Bewegung, heranzukommen".[1064] Diese grundlegende Interpretation wurde über die Auflösung der Arbeitskreise im März 1933 beibehalten. Anfang 1932 wurden die Annahmen bekräftigt und ein Polizeibericht konstatierte: „vorläufig [könne] als das Ziel des Aufbruchkreises [...] die Zersetzung der NSDAP" bezeichnet werden, die dadurch erreicht werden

---

1058 BArch R 1501/20048, Bl. 121, Bericht der NSS im RMdI, Berlin, den 8. 3. 1932.
1059 BArch R 1501/20048, Bl. 194-195, Bericht der NSS im RMdI, Berlin, 16. 9. 1932: „Betrifft: KPD. – Illegaler Parteiapparat." Die von den Behörden angenommene Organisation und Struktur des AM-Apparates war indes aber fehlerhaft.
1060 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Bottländer, Bl. 3, Aussage Bottländers vom 3. 1. 1934.
1061 SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 1, Bericht Kippenbergers: „Verhaftungen im zentralen Apparat der mil.pol.-Abteilung", vom 4. 1. 1936; hier: Bl. 48. Siehe auch: BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 277-300, Urteil gegen Bottländer vom 16. 1. 1934, hier: Bl. 291. Im Bundesarchiv finden sich jedoch zwei Abschriften von Bottländers Urteil, die mit zwei verschiedenen Erstellungsdaten versehen sind; unter: BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, wird als Datum der 15. 6. 1935 angegeben, was angesichts der Tatsache, dass die Anklageschrift des ORA vom 7. 2. 1935 stammte, wohl als richtige Angabe anzusehen ist. Vgl. BArch ZC 14623, Bd. 1, Strafsache gegen Karl Tuttas, Bl. 149-157, Anklageschrift des ORA, Berlin, den 7. 2. 1935, gegen Th. Bottländer.
1062 Vgl. Bericht des Geheimen Staatspolizeiamts, Berlin, den 3. 9. 1934, „Betrifft: Dr. Beppo Josef Nikolaus *Römer*", Berichterstatter: Müller; hier nach: Bindrich, Beppo Römer, S. 179ff.
1063 BArch R 1501/20048, Bl. 37-40, Bericht der NSS des RMdI, vom 28. 9. 1931, hier: Bl. 39.
1064 BArch R 1501/20048, Bl. 58, Bericht der Polizei, vom 22. 10. 1931; siehe: „2. ‚Aufbruch-Arbeitskreise' (AAK)."

solle, dass „die Mitglieder des Aufbruchkreises [...] nach Möglichkeit in die gegnerischen Organisationen gehen [sollten], um den Gegner zu zersetzen und seine Schwäche auszunutzen."[1065] Nachdem sich der Leiter der AAK, Rehm, in diesem Zusammenhang ausdrücklich „dahin geäußert [habe], daß er nur Wert auf die Mitarbeit solcher Kreise lege, die Verbindung mit einflußreichen Bürgerkreisen, vor allem auch mit der Reichswehr und Polizei usw., hätten", kam der Bericht zu dem Schluss, dass „das Endziel des Aufbruch-Arbeitskreises [...] anscheinend die Propagierung der Volksrevolution [sei], wie sie die KPD als Losung für die Durchführung ihrer Ideale aufstellt".

Für die Polizeibehörden stand nun eindeutig fest, dass die Arbeitskreise als fester Bestandteil der KPD-Organisation als „Endziel die Volksrevolution im Sinne des Freiheitsprogramms der KPD. vom August 1930, der Deklaration des ZK. der KPD. vom März 1931 und des Kampfprogramms des ehemaligen Reichswehrleutnants Scheringer vom 18.3.31" verfolgen würden.[1066] Nachdem der „Aufbruch" auch zur Reichswehrzersetzung eingesetzt worden war, und der Bericht daher konstatierte, „dass der AAK. auch vor Zersetzungsversuchen in der Reichswehr nicht zurückschreckt", schienen sich die anfänglichen Befürchtungen über ihre Ausrichtung auf militärische Kreise weiter zu bestätigen und das Bedrohungspotential der Arbeitskreise wurde nun als ungleich größer eingeschätzt. [1067] Der letzte Stand der polizeilichen Ermittlungen über Funktion und Aufgaben der AAK wurde im Oktober 1932 zusammengefasst; eine Charakterisierung die erstaunlich nahe an die Beschreibung Bottländers heranreichte:

„Der Aufbruch-Arbeitskreis (A.A.K.) soll nach aussen hin legal erscheinen. Er soll gleichsam als Plattform Einfluß auf Intellektuelle ausüben, um sie für die Partei zu gewinnen. In Referaten auf öffentlichen Versammlungen, die in gut bürgerlichen Sälen abgehalten werden, soll die wahre Tendenz des A.A.K. nicht in Erscheinung treten. Referenten wie Hauptmann Beppo Römer, Graf Stenbock-Fermor u.a. sollen als Zugmittel für die Intelligenz dienen. Mitarbeiter des A.A.K. sollen mit den Besuchern Fühlung nehmen, die dem Referenten Beifall gezollt haben. Leiter des A.A.K. sollen nach Möglichkeit ehemalige Offiziere sein, die als solche die Versammlung einzuberufen haben."[1068]

Regionale Polizeibehörden konnten unterdessen zu (leicht) abweichenden Einschätzungen über die Aufgaben der AAK gelangen.[1069]

Nachdem die Polizei- und Justizbehörden ab dem Herbst 1932 überzeugt waren, dass die AAK im illegalen Parteiapparat der KPD dem Ressort „Militärpolitik" unterstellt waren, sahen sie sich endgültig in ihrer Einschätzung bestätigt, dass sie an den (vermeintlichen) Vorbereitungen zum bewaff-

---

1065 BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt I an den Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24. 2. 1932, hier: Bl. 119.

1066 BArch R 1501/20048, Bl. 121, Bericht der NSS im RmdI, Berlin, den 8. 3. 1932.

1067 Ebenda. Vgl. auch: BArch R 1501/20048, Bl. 126-129, Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (I), Berlin, vom 15. 4. 1932, Nr. 8; bes. Bl. 127.

1068 BArch R 1501/20048, Bl. 194-195, Bericht der NSS im RmdI, Berlin, 16. 9. 1932: „Betrifft: KPD. - Illegaler Parteiapparat."

1069 So ging die Polizeibehörde Bremen im Oktober 1932, in enger Anlehnung an die Selbstdarstellung der AAK, davon aus, dass „diese Bewegung [...] z.Zt. ihre wesentlichste Aufgabe darin [sähe], unter den SA-Leuten für die Scheringer-Richtung und damit für die K.P.D. zu werben." Ebenda, Bl. 197, Lagebericht der Polizei Bremen, den 8. 10. 1932.

neten Aufstand beteiligt wären.[1070] Diese Annahme bildete auch die Grundlage der ersten Urteile gegen AAK-Mitglieder. Als im Sommer 1933 der Leiter des Hamburger AAK, Georg Zäncker, abgeurteilt wurde, bezog sich der Oberreichsanwalt in seiner Anklageschrift ausdrücklich auf die oben angeführten Berichte der Polizeibehörden, wonach die AAK im Auftrage des Ressorts „Militärpolitik" „in der Hauptsache der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes" gedient hätten. Der Angeklagte hingegen gab erwartungsgemäß eine Darstellung ihrer Aufgaben wieder, die dem erwünschten öffentlichen Erscheinungsbild entsprach.[1071] Bei der Verurteilung Renns im Herbst 1933 und einem Gestapo Bericht vom Herbst 1934 fand sich hingegen kein Hinweis, dass die AAK an der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes der KPD ihren Anteil gehabt hätten. Zur Aufgabenstellung der Arbeitskreise hieß es dort lediglich recht allgemein: „Der A.A.K. hatte die Aufgabe, im Sinne der K.P.D. die N.S.D.A.P. und andere Rechtsorganisationen zu zersetzen."[1072]

Verbreitung und Mitgliederstärke

Obwohl es bereits in der ersten Ausgabe des „Aufbruchs" hieß: „In einer Reihe von Städten bilden sich teils um die Unterzeichner des Aufrufs, teils um Genossen die im Sinne dieser Zeitschrift arbeiten ständige Arbeitskreise", erfolgte der tatsächliche Aufbau weiterer AAK über den Berliner Arbeitskreis hinaus erst sehr viel später.[1073] Ihre Verbreitung über das Reichsgebiet kam nur langsam voran und blieb auf wenige Dependancen begrenzt. Interessierte Leser konnten sich anfangs ausschließlich an eine, ebenfalls in Berlin ansässige „Zentralstelle" wenden, um „evtl. Zuteilung zu schon bestehenden Arbeitskreisen" zu erhalten.[1074] Diese Anschrift blieb, nachdem der Berliner AAK nur in der ersten Nummer gesonderte Erwähnung fand, bis einschließlich der Doppelnummer vom Januar/Februar 1932 die einzige Kontaktmöglichkeit zu den Arbeitskreisen. Erst ab Mai 1932 fand sich am Ende einer jeden Ausgabe unter der Rubrik „AAK-Mitteilungen" eine Liste, in der die Anschriften der regulären AAK oder einzelner Vertrauensleute aufgeführt wurden.

1070 BArch R 1501/20048, Bl. 194-195, Bericht der NSS im RMdI, Berlin, 16. 9. 1932: „Betrifft: KPD. - Illegaler Parteiapparat."

1071 BArch R 1501/20048, Bl. 329, Auszug aus der Anklageschrift des ORA vom 14. 7. 1933 gegen den Buchhändler Georg Zäncker aus Hamburg und Genossen. Dort heißt es: „Nach Angaben des Angeschuldigten Zänker handelt es sich bei dem AAK. um eine lose Vereinigung von Interessenten, denen der Zusammenhang zwischen der nationalen und sozialen Befreiung klargemacht werden sollte, ohne dass die Teilnehmer sich auf eine parteipolitische Stellungnahme festlegen mussten. [...] Von dem Arbeitskreis seien Arbeitsgemeinschaften und öffentliche Diskussionsabende durchgeführt worden." Demnach hätten „die Aufgaben des AAK. [...] hauptsächlich der Gewinnung weitester Kreise für die nationale und soziale Befreiung Deutschlands gedient. Im AAK. sei man der Auffassung, dass dieses Ziel nur in engster Verbindung mit dem Proletariat erreicht werden könne."

1072 Bericht des Geheimen Staatspolizeiamts, Berlin, den 3. 9. 1934, „Betrifft: Dr. Beppo Josef Nikolaus *Römer*", Berichterstatter: Müller; nach: Bindrich, Beppo Römer, S. 179ff. und BArch R 1501/20048, Bl. 330, Auszug aus der Anklageschrift des ORA gegen den Schriftsteller Arnold F. Vieth von Golssenau wegen Vorbereitung zum Hochverrat, vom 30. 9. 1933.

1073 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, Juli 1931, S. 15 (Reprint: S. 77). Auch Bottländer sagte aus, dass der Aufbau der AAK „erst allmählich" erfolgte. BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Bottländer, Bl. 88, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

1074 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, Juli 1931, S. 15 (Reprint: S. 77).

Die Polizeibehörden begannen bereits kurz nach dem Beginn des „Aufbruch"-Projektes nicht nur gegen die Zeitschrift, sondern auch gegen ihre Arbeitskreise vorzugehen - oder zumindest gegen Versammlungen, die für AAK gehalten wurden. Besonders in den ersten Wochen erscheinen einige Beobachtungen und Angaben der Polizeibehörden als recht unglaubwürdig und es ist anzunehmen, dass unabhängige kommunistische Diskussionszirkel einfach unter dem ungleich virulenteren Schlagwort AAK subsumiert wurden.[1075]

Es ist allerdings auffällig, wie wenig die Polizei- und Justizbehörden über die (Arbeit der) AAK in Erfahrung bringen konnten, obwohl in der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern eigens eine gesonderte Ermittlungsakte angelegt worden war. Die Arbeitskreise wurden oftmals nur als Synonym für ominöse Gruppen zwischen den Fronten verwendet, was die Schlussfolgerung zulässt, dass der AM-Apparat entweder seine Organisation sehr gut zu schützen wusste oder aber, was deutlich wahrscheinlicher ist, dass nur sehr wenige AAK eingerichtet werden konnten und es daher für die Polizei auch kaum etwas zu ermitteln gab. Die Weimarer Presse berichtete vereinzelt über Einsätze der Polizeikräfte und übernahm dabei deren Darstellung, dass es sich um Arbeitskreise der neuen Zeitschrift „Aufbruch" gehandelt habe.[1076]

Erstaunlicher Weise bestätigte der „Aufbruch" in einem Artikel aus der Januar/Februar-Nummer 1932, der kurz die bisherige Gesamtentwicklung der AAK schilderte, die Angaben von Presse und Polizei, und nutze sie umgehend, um ihre (angeblich) erfolgreiche Verbreitung belegen zu können. Neben München und Hamburg, wo dank „ständig wachsende[r] Teilnehmerzahl" große Fortschritte erzielt worden sein sollen, lägen der Redaktion „bis jetzt [...] Mitteilungen ohne genaue Angabe über

---

[1075] Hier seien zwei Beispiele angeführt: Die sächsische Polizei berichtete, dass sich im Oktober 1931 ein AAK in Leipzig konstituiert habe, der am 16. des Monats seine erste Zusammenkunft abgehalten habe. Doch die Beschreibung der Versammlung lässt Zweifel aufkommen, dass es sich tatsächlich um ein AAK gehandelt hatte: allein auf den Veranstalter der Versammlung, einem „ehemaligen Kunstschüler und jetzigen Führsorgeempfänger" und KPD-Mitglied Ewald Stephan, trifft das Profil eines Leiters zu, da er bis 1924 Mitglied des völkischen Wehrverbandes „Sachsen im Reich" gewesen sei. Es wurde jedoch ausdrücklich festgestellt, dass die 20 bis 25 anwesenden jungen Männer wegen ihres Alters zuvor weder in Reichswehr- noch Polizeidiensten gestanden haben können. Auch in den anschließenden Ermittlungen habe nicht in Erfahrung gebracht werden können, ob dem so genannten „Leipziger AAK" auch ehemalige Offiziere oder NS-Führer angehören würden! Einziges Indiz der Polizeibehörde, dass es sich doch um einen AAK handeln würde, war die Feststellung, dass während der Versammlung über die neue Zeitschrift referiert worden sei; der „Aufbruch" wurde jedoch nicht verkauft. BArch R 1501/20048, Bl. 60, Bericht des Sächsischen Ministerium des Innern, Dresden, vom 24. 11. 1931. Nur einen guten Monat später, am 23. 11. 1931 will die Münchner Polizei einen Diskussionsabend des örtlichen AAK, der zuvor bereits „mehrfach vor einem geladenen Kreis links eingestellter Intellektueller Diskussionsabende" veranstaltet habe, unterbunden haben. Auch hier sind die einzigen Indizien, dass es sich um einen AAK handeln würde, die Tatsachen, dass es sich beim Referenten um den adeligen Gutsbesitzer Graf Dietrich von Wolkenstein-Trostburg gehandelt habe und dass anlässlich der Versammlung der „Aufbruch" verkauft worden sei. Dass der Referent allerdings ausschließlich über seine selbst verfasste Broschüre „Sowjetwirtschaft von heute" gesprochen hatte, und dass „diesen Veranstaltungen [...] das Münchner Reisebüro Intourist bezw. dessen Leiter Schriftsteller Richard Scheid nahe[stehe]", der zugleich die Broschüre Wolkenstein-Trostburgs verlegt hatte, konnte bei der Polizeibehörde allerdings keinen Zweifel auslösen. BArch R 1501/20048, Bl. 65, Lagebericht aus München, o.O. und D.a.

[1076] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1-2, Januar/Februar 1932, S. 14 (Reprint: S. 156), „Erster öffentlicher Abend des Berliner Aufbruchkreises.". Die Fehlinterpretationen der Polizei setzten sich weiter fort. BArch R 1501/20048, Bl. 126-129, Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (I) Nr. 8, Berlin, vom 15. 4. 1932. Die Kenntnisse der Stettiner Polizei beruhten zu einem großen Teil auf einem Artikel der örtlichen KPD-Zeitung „Volkswacht", die in ihrer Ausgabe vom 10.12.1932 einen Artikel unter dem Titel „Lenin - nicht Hitler" veröffentlicht hatte. Ebenda, Bl. 150-151, Bericht des Polizeipräsidenten in Stettin, vom 9. 5. 1932.

die Zusammensetzung und Aktivität der A.A.K. aus Halle, Hannover, Stettin, Frankfurt a/M., Leipzig, Königsberg, Bautzen, Düsseldorf u.a. vor".[1077] Eine nur zwei Seiten weiter gestellte Aufforderung, in der die „Leiter der Aufbruchkreise [...] gebeten [wurden], bis zum 15. j. Mts. Arbeitspläne und Anschriften, die im ‚Aufbruch' veröffentlicht sollen [sic!], einzusenden", scheint die Aufzählung zunächst auch zu bestätigen.

Der Artikel gibt indes Rätsel auf – und es ist anzunehmen, dass der überwiegende Teil der Angaben des „Aufbruchs" nicht den Tatsachen entsprach. So hatte zwar auch die „Rote Fahne" im Dezember 1931 am Rande über das Verbot von Ausspracheabenden in München berichtet,[1078] und der „Aufbruch"-Artikel hatte das Vorgehen der Polizei weiter ausgeschmückt. Ein Münchener AAK wurde in der (Adressen-) Liste des „Aufbruchs" aber erst mit der Ausgabe vom Oktober/November 1932 aufgezählt.[1079] Auch Römer gab in seiner Vernehmung an, dass „der Aufbruch Arbeitskreis München [...] ungefähr Mitte 1932 gegründet" worden sei - also erst lange nach den beschriebenen Polizeieinsätzen.[1080] Unstimmigkeiten dieser Art setzten sich weiter fort: der „Aufbruch" benannte in den Ausgaben, die dem Artikel folgten, weder einen AAK noch einen Vertrauensmann für Leipzig. Erst mit der Januar-Ausgabe 1933 wird lediglich eine Leipziger Vertriebsstelle angegeben.[1081] Von den restlichen im Artikel aufgezählten Städten befand sich laut sämtlicher nachfolgender „Aufbruch"-Ausgaben, abgesehen von München, allein in Bautzen und Hannover jeweils ein Vertrauensmann, die allerdings erst ein halbes Jahr später, mit der Oktober/November-Ausgabe 1932, in der Zeitschrift erstmals aufgeführt wurden. Keine einzige der anderen Städte wurde jemals wieder im Zusammenhang mit einem AAK oder Vertrauensmann erwähnt. Die Aussage Römers, der im Frühjahr 1932 die offizielle, reichsweite Leitung der AAK übernahm, nährt die Zweifel an den Angaben des „Aufbruch"-Artikels. Er erklärte, dass, als er „im Herbst 1931 zum ‚Aufbruch' kam, [...] bereits der A.A.K. Berlin und daneben wohl auch schon die Kreise Hamburg und Niederrhein" existiert haben könnten.[1082]

Daraus ergibt sich, wenn den Angaben der Rubrik „AAK-Mitteilungen" gefolgt wird, das Bild eines deutlich langsameren und vor allem später einsetzenden Aufbaus weiterer Arbeitskreise. Der Artikel hatte zwar „die zentrale Zusammenfassung der A.A.K. [...] in allernächster Zeit" angekündigt, doch

---

1077 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1-2, Januar/Februar 1932, S. 14 (S. 156), „Erster öffentlicher Abend des Berliner Aufbruchkreises.".

1078 RF, vom 27. 12. 1931, >kein Titel< (nur eine kurze Notiz), hier nach: BArch R 1501/20048, Bl. 90.

1079 Demnach hätten neben Krimialbeamten auch „60 Uniformierte" das Verbot durchgesetzt; für einen Aussprachabend mit nur wenigen Mitgliedern eine ausgesprochen hohe und damit wahrscheinlich nach propagandistischen Motiven ausgewählte Zahl. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 8, Oktober/November 1932, S. 24 (Reprint: S. 298).

1080 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 172, Aussage Römers vom 24. 8. 1934. Römers Aussage erscheint als glaubwürdig, da sein Bruder Fritz Römer an der Leitung des Münchner AAK beteiligt gewesen war. Vgl. dazu: Coppi, Aufbruch, S. 46, FN 250.

1081 Aufbruch, 3. Jg., Nr. 1, Januar 1933, S. 21 (Reprint: S. 351).

1082 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 139, Aussage Römers vom 1. 8. 1934. Doch selbst Römers Aussage, die eine Verbreitung der AAK über 2 oder 3 Städte hinaus auf einen deutlich späteren Zeitpunkt als der ominöse Artikel verlegte, erscheint als wenig glaubwürdig, da der AAK Hamburg erst in der Mai-Ausgabe 1932 und der AAK Niederrhein sogar erst über ein ganzes Jahr später (Dezember-Ausgabe 1932) erstmals aufgezählt wurde.

in der folgenden Mai-Ausgabe 1932 wurde unter der Auflistung der AAK-Anschriften, neben dem bereits arbeitenden Berliner AAK, mit dem Hamburger Ableger lediglich ein einziger weiterer Arbeitskreis aufgezählt. Dieser Mangel an konkreten Anschriften zusätzlicher AAK könnte noch durch Versäumnisse der jeweiligen Leiter der Aufforderung der Zentralstelle nachzukommen, erklärt werden; doch in der Juni-Ausgabe kam mit Potsdam lediglich ein weiterer AAK hinzu, der überdies nicht in dem Artikel erwähnt worden war.

Erst im Juli 1932 konnte mit Arbeitskreisen in neun Städten ein einmaliger Höchststand erzielt werden – wenngleich selbst diese Größenordnung unter der im Artikel angeführten Anzahl von 11 Städten lag. Im September wurden dann wieder nur sechs und im November 1932 noch vier Arbeitskreise aufgelistet. Die beiden letzten Ausgaben vor der Einstellung der Zeitschrift nannten die Anschriften von fünf AAK. Für die unter der AAK-Rubrik aufgeführte langsame und äußerst begrenzte Verbreitung der Arbeitskreise spricht ferner ein Bericht Kippenbergers aus dem russischen Exil über die „Methoden und Organisation der mil. pol. Arbeit".[1083]

Wieso hatte der „Aufbruch" in diesem Artikel eine Reihe von AAK aufgezählt, die wahrscheinlich niemals oder wenn, dann erst sehr viel später tatsächlich gegründet worden waren? Es erscheint als höchst unwahrscheinlich, dass der „Aufbruch" selbst auf die Auflistung einzelner AAK in seiner extra für diesen Zweck eingerichteten Rubrik verzichtet haben soll. Wäre eine schnelle, reichsweite und vor allem überprüfbare Verbreitung nicht der beste Beweis für den eigenen Erfolg gewesen?[1084] So ist zu vermuten, dass sich der „Aufbruch" in Ermangelung anfangs tatsächlich vorzeigbarer AAK mit fremden Lorbeeren schmückte und die (falschen) Annahmen von Polizei und Presse bestätigte, um so eine erfolgreiche Verbreitung vortäuschen zu können.[1085]

Die Selbstdarstellung des „Aufbruchs" sollte indes die Wahrnehmung der Staatsbehörden gegenüber den Arbeitskreisen bestimmen: ein Bericht der Berliner Polizei vom Februar 1932 konstatierte in

---

[1083] SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 7, Berichte von Kippenberger („Alex"): „Methoden und Organisation der mil. pol. Arbeit.", Bl. 158. Die Personaldecke und damit auch die Arbeit des AM-Apparates war in den einzelnen Parteibezirken jedoch äußerst unterschiedlich stark ausgeprägt. Demnach sei nur in einigen Bezirken (darunter Köln/Mittelrhein, Düsseldorf/Niederrhein, Hamburg/Wasserkante, Baden/Mannheim, Württemberg/Stuttgart) gute Leistungen erbracht worden, während in anderen (z.B. Dresden/Ostsachsen, Halle-Merseburg, Thüringen) kaum oder gar keine Arbeit geleistet worden sei. In der Folge waren dem Aufbau weiterer der AAK enge Grenzen gesetzt, weshalb es auch lediglich in „allen stärkeren Bezirken bei der Bezirks-LK eine solche mehr oder weniger brauchbare Leiko" gegeben hätte. Das bedeutet, dass der AM-Apparat schon personell gar nicht in der Lage gewesen war, eine reichsweite Verbreitung der Arbeitskreise gewährleisten zu können. Ebenda, Berichte von Kippenberger („Alex"): „Die Personalpolitik des zentralen und des militärpolitischen Apparates", Bl. 147ff.

[1084] Ein vorstellbarer Grund wäre, dass die regionalen Ausspracheabende zuvor ausschließlich als geheime Treffen veranstaltet worden waren. Diese Möglichkeit erscheint dennoch als unwahrscheinlich: wieso hätte der Artikel des „Aufbruch" dann die zentrale Zusammenfassung und Veröffentlichung der Adressen und Arbeitspläne ankündigen sollen? Weil durch fortwährende Polizeieinsätze kein konspiratives Arbeiten mehr möglich war? Wieso aber ließ der „Aufbruch" seiner Ankündigung dann keine Taten, sprich Veröffentlichungen der AAK-Anschriften, über die eine Hamburger Adresse hinaus, folgen?

[1085] Diese Vorgehensweise wurde von der KPD wiederholt auch bei anderen Anlässen angewandt: so z.B. beim BVG-Streik oder anlässlich von Presseberichten zum massenhaften Frontwechsel von Nationalsozialisten zur KPD. Die Darstellung einer zügigen, ja fast spontanen Verbreitung aufgrund des großen Interesses der Leserschaft, wie sie das Autorenkollektiv um Kaufmann wiedergibt, entspricht demnach nicht dem verfügbaren Datenmaterial. Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, S. 234.

enger Anlehnung an den oben genannten Artikel, dass mittels der AAK „in Zukunft [...] Schulungsabende in allen Städten des Reiches durchgeführt werden" würden.[1086] Das war eine übertriebene Interpretation, denn der „Aufbruch" hatte lediglich eine ambitionierte, bis *dato* aber keineswegs erreichte Forderung aufgestellt und verlangt: „Diese Schulungsabende müssen erweitert und in allen Städten des Reiches durchgeführt werden."[1087] Eine tatsächliche Ausführung, wie sie die Polizeibehörden dann behaupteten, geht daraus nicht hervor. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie die KPD eine derart umfassende und flächendeckende Schulungsarbeit sowohl finanziell als auch personell hätte bewerkstelligen sollen?! Ein späterer Bericht, der auf dem ersten unzweifelhaft aufbaut, reduzierte die allzu generalisierende dahingehend, dass nun „zur Zeit [...] in allen größeren Städten des Reiches für die Mitglieder des ‚Arbeitskreises' Schulungsabende abgehalten" werden würden.[1088] Nach 1933 dienten die beiden Berichte als Grundlage und willkommenes Beispiel, um nun das beschworene Ausmaß der subversiven Unterwanderung des Staates durch die KPD beweisen zu können.[1089]

Mit der November-Ausgabe 1932 wurde mit den „Vertrauensleuten des Aufbruchs" eine neue, gesonderte Kategorie eingeführt. Ihre Aufgaben und Funktionen wurden im Zuge dessen aber nicht erläutert.[1090] Unter den 13 genannten Anschriften fanden sich auch vormalige AAK, die nun auf diese Organisationsform herabgestuft worden waren. Über den Unterschied zwischen den beiden Organisationsformen kann daher nur spekuliert werden.[1091] Bottländer machte, als er angab, dass „am Ende des Jahres 1932 [...] ungefähr 20 - 25 solcher Kreise in ganz Deutschland" bestanden hätten, in seinen Aussagen gegenüber der Gestapo offenkundig keinen Unterschied zwischen regulären AAK und Vertrauensleuten.[1092]

1086 BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt I, an den Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24. 2. 1932, hier: Bl. 119.

1087 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1-2, Januar/Februar 1932, S. 14 (S. 156), „Erster öffentlicher Abend des Berliner Aufbruchkreises.".

1088 BArch R 1501/20048, Bl. 126-129, Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (I) Berlin, Nr. 8, vom 15. 4. 1932, hier: Bl. 127. Die Angabe wurde wieder ohne Verweis auf eigene Ermittlungsergebnisse gemacht!

1089 Bindrich, Beppo Römer, S. 141. Bindrich gibt einen Polizeibericht wieder, der 1938 im Rheinland verfasst worden sein soll.

1090 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 8, Oktober/November 1932, S. 24 (Reprint: S. 298).

1091 Mit dieser Ausgabe waren die Adressen der Vertrauensleute, wohl um die direkte Verbindung ermöglichen und damit die Zentralstelle entlasten zu können, veröffentlicht worden. Die Vertrauensleute werden als persönlicher Ansprechpartner für interessierte Leser fungiert haben; nicht zuletzt um vielversprechende Personen an den AM-Apparat zur etwaigen weiteren nachrichtendienstlichen Verwendung melden zu können. Es ist möglich, dass durch die Vertrauensleute auch Diskussionsabende über den Inhalt der Zeitschrift in den genannten Städten abgehalten wurden, um einen ersten Eindruck über die interessierten Nationalisten gewinnen und so bereits eine Vorauswahl treffen zu können, bevor sie lohnenswerte Kontakte meldeten. Es ist aber anzunehmen, dass weitergehende Tätigkeiten wie ausführliche Seminare oder Schulungskurse ausschließlich in den Städten mit regulären AAK abgehalten wurden, da sie einen ungleich größeren Organisations- und besonders geschulten Personalbedarf erforderten. Es wäre ebenso denkbar, dass sich ob der geringen Nachfrage nur in den wenigsten und größten Städten der Aufbau eines regulären AAK gelohnt hatte und in den anderen Städten die Bereitstellung eines viel leichter zu organisierenden (und zu kontrollierenden) Vertrauensmannes für die Zwecke des AM-Apparates ausreichend waren.

1092 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 88, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934. Die Zahl von 20 Arbeitskreisen, die nur durch die Addition von allen AAK und Vertrauensleuten erreicht werden kann, war nach den Angaben der Zeitschrift das absolute Maximum, das allein im Dezember 1932 erzielt werden konnte. Alle anderen im „Aufbruch" gemachten Angaben liegen zumeist deutlich darunter. Auch Römer machte bei seinen Aussagen keinen

Über die Wirkung der AAK bzw. die Anzahl an Personen, die zur Teilnahme an Veranstaltungen der Arbeitskreise gewonnen werden konnten, werden in der Literatur höchst entgegen gesetzte Angaben gemacht. Während Bindrich berichtet, dass mit Römers leitender Funktion in der Zeitschrift und den Arbeitskreisen die Teilnehmerzahl auf jeweils 300 Besucher ansteigen konnte, wenn der prominente, ehemalige Freikorpsführer als Redner angekündigt war, spricht das Autorenkollektiv um Kaufmann lediglich von einer gesamten „Mitgliederzahl, die auf 200 bis 300 beziffert" werden könne.[1093] Die überwachenden Polizeibehörden bezogen sich bei ihrer Einschätzung auf die Selbstangaben des „Aufbruchs" und berichten über zwei Veranstaltungen des Berliner AAK, wonach am 13.11.1931 anlässlich des ersten öffentlichen AAK-Abend etwa 60 Besucher und bei einem geschlossenen, anmeldepflichtigen Kursusabend (05.02.1932) 24 namentlich geladene Teilnehmer anwesend waren.[1094] Die Teilnehmer der letzteren Veranstaltung hätten „sich überwiegend aus ehemaligen Mitgliedern oder Anhängern der NSDAP" zusammengesetzt. Die Selbstdarstellung des „Aufbruchs" in der Januar-Ausgabe 1933 entsprach indes wohl kaum den Tatsachen:

„Vor 18 Monaten schufen ein Dutzend Kameraden die Grundlage zum Aufbau. Bereits nach einigen Wochen waren es über hundert, heute, nach 18 Monaten sind es einige Tausend ehemaliger Aktivisten aus der bürgerlich-nationalsozialistischen Front, die zur nationalen und sozialen Revolution aufgebrochen sind."[1095]

So ist zu dieser Darstellung der Annahme Coppis, dass die Redaktion wohl „alle Zuhörer der Veranstaltungen und Leser der Zeitschrift mitgezählt" habe, ebenso zuzustimmen, wie seiner Spekulation, dass „vielleicht [...] diese Einschätzung auch eine dringend benötigte Selbstbestätigung gegenüber der mißtrauischen Parteiführung" gewesen sein könnte.[1096]

Unterschied. Ebenda, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 140, Aussage Römers vom 2. 8. 1934. Die Liste von AAK und Vertrauensleuten, die Bindrich und S. Römer aufgestellt haben, zählt ganze 31 verschiedene Städte auf. Diese hohe Zahl erklärt sich u.a. damit, dass sämtliche, auch nur kurzzeitig existente und bald darauf wieder aufgelöste AAK aufgeführt werden. Darüber hinaus wurden, wie die beiden Autoren erklären, neben Aussagen des „Aufbruchs" auch „polizeiliche Ermittlungsakten" hinzugezogen; beides scheinen sie jedoch allzu unkritisch übernommen zu haben. Jede Erwähnung von (angeblichen) AAK wurde als tatsächlich existenter Arbeitskreis in ihre Liste mit aufgenommen. Bindrich, Beppo Römer, S. 141.

[1093] Konkrete und belegbare Angaben über tatsächliche Teilnehmerzahlen an einzelnen Ausspracheabenden der AAK oder anderen Veranstaltungen des „Aufbruchs" können nicht gemacht werden, da kein weiteres Datenmaterial zu dieser Frage aufgefunden werden konnte. Bindrich, Beppo Römer, S. 47f. und Kaufmann, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 236. Beim letzteren wird ob der geringen Teilnehmerzahl von einem Scheitern der Breitenwirkung ausgegangen; jedoch „aus nachrichtendienstlicher Sicht war die personelle Begrenztheit der einzelnen AAK eher von Vorteil und deshalb vermutlich auch gewollt."

[1094] BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt I an den Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24. 2. 1932, hier: Bl. 117 und Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1-2, Januar/Februar 1932, S. 14 (Reprint: S. 156), „Erster öffentlicher Abend des Berliner Aufbruchkreises."

[1095] Aufbruch, 3. Jg., Nr. 1, Januar 1933, „Aufbruch in Front!", S. 1 (Reprint: S. 331).

[1096] Coppi, Aufbruch, S. 47.

3.3 Entwicklung des „Aufbruch"-Projekts

Die Veröffentlichung des „Aufbruchs" und die Einrichtung der AAK fanden in der Weimarer Öffentlichkeit, ähnlich wie nationalrevolutionäre bzw. nationalbolschewistische Splittergruppen mit ihren Organen, kaum Resonanz. Ein Zustand, der während des 1 ½ jährigen Bestehens des „Aufbruch"-Projekts andauern sollte.[1097] Kleine radikale Zirkel fanden in der Presselandschaft allenfalls zu konkreten Anlässen Erwähnung, bei denen sie mit berichtenswerteren Ereignissen im Zusammenhang standen. Ausnahmen bildeten lediglich die nationalrevolutionären Blätter selbst, die sporadisch einer äußerst begrenzten Leserschaft über die Konkurrenz im gleichen politischen Lager berichteten.[1098] Es ist aber zu vermuten, dass dieser Zustand der KPD nicht Ungelegen kam: die Aufmerksamkeit unter dem aktivsten und radikalsten Teil der anvisierten Zielgruppen konnte erreicht werden, womit die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu zweifelnden Nationalisten bzw. Nationalsozialisten, die sich politisch neu zu orientieren suchten, gegeben war. Eine allzu große Beachtung, die regelmäßige Berichte über konkrete Verbindungen und Werbeversuche der Kommunisten unter Nationalrevolutionären nach sich gezogen hätte, hätte im Gegenteil die ohnehin verbreitete Ablehnung der nationalen Propaganda der KPD durch die eigenen Parteigänger oder anderen marxistischen Parteien weiter steigern und damit die ungleich bedeutendere Agitation unter sozialdemokratischen Arbeitern unnötig behindern können.

Ganz anders gestaltete sich die Aufmerksamkeit unter den Polizeibehörden: der Übertritt Scheringers und die „Erklärung der 13 Offiziere" weckten die Befürchtung, dass weitere (ehemalige) Führer bewaffneter Staatsorgane folgen könnten. Diese Besorgnis führte zu einer frühzeitigen Überwachung der Aktivitäten um das „Aufbruch"-Projekt, insbesondere nachdem vermutet wurde, dass die KPD mittels ihrer neuen Organisation die Steigerung ihrer militärischen Schlagkraft für die propagierten revolutionären Kämpfe verfolge.[1099] Die Polizeibehörden waren an der Unterbindung von Werbeaktivitäten in diesem Sinne interessiert und der „Aufbruch" und seine Arbeitskreise wurden frühzeitig und fortwährend mit Behinderungen und Verboten konfrontiert gewesen waren.[1100]

Bei der Durchsetzung gingen die Polizeibehörden der einzelnen Länder mit unterschiedlicher Entschlossenheit vor. In einigen Städten, wie München oder Wetzlar, war der Verkauf zwar prinzipiell erlaubt; die Bewerbung und das öffentliche Auslegen der Zeitschrift wurden aber ebenso wie die

---

1097 Vgl. Coppi, Aufbruch, S. 47.

1098 So bspw. die „Sozialistische Nation", das Organ der „Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten" (GSRN), die unter der Rubrik „Klärung der Fronten" umgehend auf die Gründung der neuen Zeitschrift reagierte und ungeachtet trennender Auffassungen die Gemeinsamkeiten betonte und durchaus positive Worte für das neue Blatt fand. Die GSRN übernahm sogar den Verkauf der Konkurrenzzeitschrift in kleinen Mengen. Aber auch in politischen Magazinen wie der „Weltbühne" finden sich vereinzelt zusammenfassende Berichte über das nationalrevolutionäre Lager oder über konkrete Einzelfälle. Sozialistische Nation, Heft 7-8, Juli-August 1931, „Der Aufbruch" und Weltbühne, Nr. 31, 2. 8. 1932, „Linke Leute von Rechts" sowie Nr. 50, 13.12.1932, „Nationalistische Splitter".

1099 BArch R 1501/20048, Bl. 58, Lagebericht der Polizei Nürnberg, vom 22. 10. 1931. Vgl. auch: BArch R 1501/20048, Bl.116-120, Bericht des Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24. 2. 1932 sowie BArch R 1501/20048, Bl. 121, Bericht der Nachrichtensammelstelle im RMdI, Berlin, den 8. 3. 1932.

1100 Vgl. Bindrich, Beppo Römer, Ein Leben zwischen Revolution und Nation, S. 48.

Ausspracheabende des vermeintlichen Münchner AAK untersagt.[1101] In Preußen hingegen wurden einzelne Nummern, u.a. bereits die zweite Ausgabe des „Aufbruchs"' für das ganze Land verboten und beschlagnahmt; die Arbeit des Berliner AAK jedoch nicht unterbunden.[1102] Am härtesten griff die Polizei in Nürnberg durch und beschlagnahmte bis Februar 1932 „sämtliche bisher erschienenen Nummern des Aufbruchs".[1103] Ein örtlicher AAK war in der fränkischen Stadt nicht existent. Begründet wurde das Vorgehen mit „Ausführungen, die sich in ihrer Tendenz als Propaganda für die Zersetzung der staatlichen Machtmittel und für den gewaltsamen Sturz der bestehenden Staatsordnung erwiesen, [weshalb sie] polizeilich beschlagnahmt und eingezogen" worden seien.[1104]

Eine Beschwerde, „die vom Verlag ‚Aufbruch' - Berlin gegen die Beschlagnahme der angeführten Nummern des I. Jahrgangs" erhoben wurde, „wurde von der Regierung von Mittelfranken […] abgewiesen". Die Anschuldigungen der Nürnberger Polizei waren, obwohl Ende des Jahres gerichtlich festgestellt worden war, dass „die Druckschriften ‚Aufbruch' Nr. 2/3 vom August/September 1931 und Nr. 1/2 vom Februar 1932 [...] keinen ausgesprochenen hochverräterischen Charakter" gehabt hätten, gänzlich nicht von der Hand zu weisen: die Zeitschrift wurde zwar sporadisch, aber wiederholt zur Zersetzung der Polizei und der Reichswehr verwendet.[1105] Durch die Verbote war der „Aufbruch", besonders in seiner Anfangsphase, dem größten Teil der deutschen Bevölkerung nicht oder nur unter erschwerten, illegalen Bedingungen zugänglich.

Es war aber nicht nur das Vorgehen der Staatsorgane, das die Verbreitung der Zeitschrift und Aktivitäten der Arbeitskreise spürbar eingeschränkte. Die regelmäßige Veröffentlichung wurde wesentlich durch hausgemachte Probleme, anhaltende Engpässe bei der Finanzierung, Personalmangel oder die fehlende Unterstützung durch die Parteiorganisation, beeinträchtigt. Bereits nach der ersten Ausgabe vom Juli 1931 kam es zu Verzögerungen, so dass die zweite erst im September als Doppelnummer herausgebracht werden konnte.[1106] Auch in den nachfolgenden Wochen gelang es nicht, die Herstel-

---

1101 RF, 27. 12. 1931, >kein Titel<, hier nach: BArch R 1501/20048, Bl. 90.

1102 BArch R 1501/20048, Bl. 58, Lagebericht der Polizei Nürnberg, vom 22. 10. 1931 und RF, 21. 10. 1931, „Revolutionäre Zeitschrift beschlagnahmt", hier nach: Ebenda, Bl. 57, BArch R 1501/20156, Bl. 120 und BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräs. Berlin, Landeskriminalpolizeiamt I, an den Pr. Minister d.I., Berlin, den 24. 2. 1932. Die Polizei schickte jedoch zur Überwachung Beamte in Zivil in die Veranstaltungen; soweit sie ihnen bekannt waren.

1103 BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräsidenten Berlin, Landeskriminalpolizeiamt I, an den Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24. 2. 1932 sowie BArch R 1501/20048, Bl. 192, Lagebericht der Polizei Nürnberg, vom 3. 8. 1932. Diese Praxis wurde nahtlos fortgesetzt. Bestätigt in: Aufbruch, 2. Jg. Nr. 3, Mai 1932, „Guerilla-Krieg gegen ‚Aufbruch'", S. 11f. (Reprint: S. 173f.).

1104 BArch R 1501/20048, Bl. 192, Lagebericht der Polizei Nürnberg, vom 3. 8. 1932.

1105 BArch R 1501/20048, Bl. 307-316, Auszugsweise Abschrift: Urteilsbegründung im Strafverfahren gegen […] Bernhard Regeling aus Essen, vom 14. 12. 1932, hier: Bl. 308. Vgl. u.a.: BArch R 1501/20048, Bl. 121, Bericht der NSS im RMdI, vom 8. 3. 1932; BArch R 1501/20048, Bl. 122, Schreiben des Standortkommandos Tübingen an den Reichswehrminister, Berlin, Abschrift vom 22. 2. 1932 und BArch R 1501/20048, Bl. 152, Lagebericht Polizei Dresden, vom 28. 5. 1932.

1106 Es ist aber auch eine politische Begründung denkbar, die die finanzielle nicht ausschließt: da der KPD umgehend die Verantwortung am Mord der beiden Polizisten Anlauf und Lenk vom 9. August 1931 angelastet worden war, wollte sich die KPD zunächst mit der Herausgabe einer Zeitschrift zurückhalten, die (zu Recht) im Verdacht stand, Zersetzungsarbeit unter den Polizeiorganen zu leisten. Aus dem selben Grunde könnte auch die Übertragung der Herausgeberschaft von Korn auf den ehemaligen Polizeioffizier Giesecke erfolgt sein, wodurch der Leserschaft die Botschaft gegeben werden sollte, dass die KPD daran interessiert war Polizeibeamte zu gewinnen und nicht zu ermorden. Vgl. BArch ZC

lungsprobleme des „Aufbruchs“ in den Griff zu bekommen, so dass die dritte Ausgabe wiederum erst im November veröffentlicht werden konnte. Die vierte Nummer konnte zwar termingerecht im Dezember erscheinen; aber bereits Anfang des nächsten Jahres kam die Publikation erneut ins Stocken, weshalb im Februar 1932 erneut eine Doppelnummer herausgebracht werden musste. Neben der Finanzierung bedingten wohl der Mangel an geeignetem Personal, das nicht nur befähigt sein musste redaktionelle und organisatorische Aufgaben übernehmen zu können, sondern das vor allem vom AM-Apparat überprüft und als vertrauenswürdig eingestuft worden sein musste, die Verzögerungen. Die am „Aufbruch“-Projekt beteiligten Dissidenten wurden ob ihrer geringen Zahl verstärkt zu weiteren Propagandaveranstaltungen der KPD hinzugezogen, in denen eine besondere Wirkung durch ihre Herkunft erwartet wurde. Das bedeutete oftmals den Versuch mittels der Schilderung des persönlichen Lebensweges nicht nur anwesende Nationalisten für den Kommunismus zu interessieren, sondern auch die Widerstände in der Parteibasis unter Nationalsozialisten zu agitieren, aktiv zu bekämpfen: waren sie selbst nicht der Beweis dafür, dass Diskussionen zu Werbezwecken mit Nationalsozialisten nicht ergebnislos blieben und damit keineswegs sinnlos oder gar überflüssig seien.

Der erste Herausgeber des „Aufbruchs“, Wilhelm Korn, wurde entsprechend seiner politischen Herkunft eingesetzt und wechselte nach nur einer Ausgabe zum KgdF über, wo er in der Reichsleitung führend tätig war. In dieser Funktion organisierte und leitete er Veranstaltungen des Kampfbundes, wie eine „Konferenz oppositioneller SA.-Leute und Stahlhelmer im Ruhrgebiet” oder unternahm als Redner „Versammlungs-Tourneen“.[1107] Seine propagandistische Betätigung zog strafrechtliche Konsequenzen nach sich. Anfang 1932 schwebte gegen Korn ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat, da ihm Zersetzung der Schutzpolizei angelastet worden war.[1108]

Der zweite Herausgeber, Gerhard Giesecke, trat nach der Unterzeichnung der „Erklärung der 13 Offiziere“, die seinen Übertritt zur KPD öffentlich gemacht hatte, neben seiner Position im Verlag als Wanderredner für die Partei in Erscheinung.[1109] Er wurde, nicht zuletzt wegen seines vormaligen Berufes als Polizeioffizier, bevorzugt und werbewirksam auf Veranstaltungen der „Roten Hilfe“ eingesetzt.[1110] Dort gab er aufgrund seiner Fachkenntnisse an die Anwesenden Ratschläge zum Ver-

---

10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 895 - 896, Aussage Gieseckes vom 28. 7. 1933. Giesecke sagte aus, dass „erst ein oder zwei Tage nach der am 9. August 1931 am Bülowplatz in Berlin erfolgten Erschiessung zweier Polizeioffiziere, [...] Kippenberger bei mir [erschien], und […] mich [bat] in diesem Falle ihm und der K.P.D. meine Mitarbeit nicht zu versagen.” Vgl. BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräsidenten Berlin, Landeskriminalpolizeiamt I, an den Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24. 2. 1932 und SAPMO im BArch NY 4037/42, Bl. 66, Brief Scheringers an Hille vom 24. 8. 1931.

1107 RF, 3. 11. 1932, „Konferenz oppositioneller SA.-Leute und Stahlhelmer im Ruhrgebiet”, hier: BArch R 1501/20581, Bl. 270 und Fanfare, Nr. 1, Januar 1933. Dort werden bspw. die Daten für eine Versammlungstournee vom 6. bis 19. Januar 1933 angegeben.

1108 BArch R 1501/20048, Bl. 116-120, Bericht des Polizeipräsidenten, Landeskriminalpolizeiamt I Berlin an den Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 24. 2. 1932.

1109 BArch R 1501/20048, Bl. 28, Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten an den Preußischen MdI, vom 7. 9. 1930.

1110 BArch R 1501/20048, Bl. 88, Landeskriminalpolizei Ia Berlin, Nr. 23, vom 1. 12. 1931; BArch R 1501/20048, Bl. 89, NSS des RMdI, Berlin, den 23. 12. 1931 sowie BArch R 1501/20156, Bl. 144, Mitteilungen No. 24 des P.P. Landeskriminalamts Ia Berlin, vom 15. 12. 1931. Vgl. auch diverse Ankündigungen oder Berichte in der RF: u.a. RF, 29. 8. 1931,

halten gegenüber den Polizeikräften.[1111] Im Zuge seiner Tätigkeit als Redner kam es zu widersprüchlichen Polizeiberichten über sein Gebaren und Verhalten, die zwischen der Betonung seiner vorsichtigen Ausdrucksweise und staatsfeindlicher Brandreden schwankten. Nachdem es im Anschluss von Veranstaltungen, auf denen Giesecke gesprochen hatte, zu Zusammenstößen mit den Polizeikräften gekommen war, wurden ihm Anfang 1932 wiederholt Auftritts- und Redeverbote erteilt.[1112] Erst Mitte des Jahres wurden die Verbote wieder aufgehoben.[1113]

Ludwig Renn blieb auch während seiner Tätigkeit für den „Aufbruch" in seiner bisherigen Funktion als kommunistischer Literaturfunktionär aktiv. Noch im Mai 1931 hatte er die Leitung der Berliner Ortsgruppe der deutschen Sektion der „Internationalen Vereinigung revolutionärer Schriftsteller" (IVRS) übernommen; und ab Juni 1931 hatte er gemeinsam mit Henri Barbusse, J.R. Becher und Ernst Gläser die deutsche Ausgabe einer neuen Zeitschrift der Vereinigung vorbereitet, die ihren Sitz in Moskau hatte, auf vier Sprachen erschien und den Titel „Literatur der Weltrevolution" trug.[1114] Einen Monat später, im Juli 1931, gründete Renn gemeinsam mit „bekannten kommunistischen Literaten wie Dr. Andor Gabor, Prof. Alfons Goldschmidt, Dr. Johannes Karl König, Berta Lask, Peter Maslowski, [...] Dr. Arthur Samter" das so genannte „Kampfkomitee für die Freiheit des Schrifttums", das als Sammelorganisation zum Widerstand „gegen die Pressenotverordnungen gegründet" worden sei.[1115]

Renns umfangreiche Tätigkeiten in seiner Funktion als kommunistischer Schriftsteller hatten ihn jedoch nicht zufrieden gestellt. Nach eigener Aussage fühlte er sich nicht als „Berufsschriftsteller, sondern als Militär", weshalb er sich ab 1930 wieder ernsthaft mit Kriegs- und Militärgeschichte befasst hatte.[1116] Seine Studien blieben indes nicht auf die Theorie begrenzt. Er wurde auch praktisch aktiv und „unterwies junge Arbeiter in illegalen Kursen in der Taktik des bewaffneten Aufstands".[1117] Der ehemalige Offizier war von den kommunistischen Fichte-Sportvereinen zunächst

---

„Kampf dem internationalen weißen Terror", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 99 oder RF, 15. 1. 1932, „100 Aufnahmen in einer Rote-Hilfe-Versammlung", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 166.

1111 Die Nachrichten, 15. 1. 1932, „Polizeioberleutnant a.D. Giesecke darf wieder nicht reden", hier: R 1501/20156, Bl. 167. Giesecke schien mit seinen Auftritten recht erfolgreich gewesen zu sein. Polizei und KPD-Presse berichten übereinstimmend, dass Giesecke mehrere tausend Zuhörer in eine Versammlungen ziehen konnte. Es ist aber auch möglich, dass Giesecke ausschließlich auf Großveranstaltungen eingesetzt wurde. Vgl. u.a. BArch R 1501/20156, Bl. 156, Lagebericht der Polizei Dresden, vom 19.12.1931. Darin werden Besucherzahlen von 3 500 in Leipzig am 2. 11. 1931 und 3 300 in Chemnitz am 1. 12. genannt. Die „Rote Fahne" sprach von 5 000 Zuhörern in Leipzig. RF, 5. 12. 1931, „Drei Versammlungen - 338 neue Rote-Hilfe-Mitglieder", hier: Ebenda, Bl. 137.

1112 BArch R 1501/20048, Bl. 34, Anhaltinisches Staatsministerium, Dessau, den 29. 9. 1931; BArch R 1501/20048, Bl. 88, Landeskriminalpolizei Ia Berlin, Nr. 23, 1. 12. 1931 sowie BArch R 1501/20048, Bl. 89, NSS des RMdI, Berlin, den 23. 12. 1931. Vgl.: BArch R 1501/20156, Bl. 144, Mitteilungen No. 24 des P.P. Landeskriminalamts Ia Berlin, 15. 12. 1931. Und: BArch R 1501/20156, Bl. 156, Lagebericht der Polizei Dresden, vom 19.12.1931, RF, 9. 1. 1932, „Redeverbot für Polizeileutnant Giesecke"; Die Nachrichten, 15. 1. 1932, „Polizeioberleutnant a.D. Giesecke darf wieder nicht reden", hier nach: BArch R 1501/20156, Bl. 167.

1113 BArch R 1501/20611, Bl. 41, Mitteilungen Nr. 12 des P.P. Landeskriminalamts Ia Berlin, vom 15. Juni 1932.

1114 BArch R 1501/20406, Bl. 251-253, „Aus den Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (I) Berlin vom 1. Mai 1932, Nr. 9." und BArch R 1501/20406, Bl. 172, Lagebericht der Polizei Nürnberg, vom 22. 10. 1931.

1115 BArch R 1501/20406, Bl. 171, Lagebericht der Polizei München, vom 22. 10. 1931.

1116 SAPMO im BArch SgY 30/2098, Erinnerungen L. Renn: „In proletarischen Sportlagern", Bl. 4.

1117 Auer, Ludwig Renn, Ein ungewöhnliches Leben, Biographische Erzählung, S. 12.

gebeten worden „einen Kursus über den bewaffneten Aufstand abzuhalten".[1118] Dort bildete er kleine Einheiten aus, die daraufhin bei Demonstrationen der KPD als Geleitschutz eingesetzt wurden oder bei anderen Veranstaltungen der Partei Saalschutzaufgaben übernahmen. Etwas später baute Renn seine Ausbildung auf militärische Schulungen an Waffen und in Kampftaktik aus, wozu „eine Schulung auch zum Kampf auf freiem Felde, also etwas wie die herkömmliche Ausbildung des Soldaten" eingerichtet wurde.[1119] Sein Herz hing an den Sportlagern und er konzentrierte sich auch während seiner Arbeit für den „Aufbruch" auf diese Tätigkeit, was ihn von den restlichen Mitarbeitern separierte: denn „an der genannten Schulung nahm kein Mitglied des Aufbruchkreises teil. Sie wohnten in bürgerlichen Stadtteilen Berlins und hatten wenig oder keine persönliche Verbindung zu proletarischen Sportlern oder anderen, die nach einer Schulung zum Aufstand verlangten".

Eine Änderung trat erst ein, als Renn seine Kurse 1932 weiter ausgebaut hatte, was bei dem anderen Militärfachmann des „Aufbruchs" Interesse weckte und „Beppo Römer war sofort bereit, dabei zu helfen". Neben seinen praktischen Kursen begann Renn ab November 1931 theoretische Vorträge zu militärpolitischen Fragen und über Kriegsgeschichte an der „Marxistischen Arbeiterschule" in Berlin (MASCH) abzuhalten, was die Aufmerksamkeit der Polizeibehörden auf sich zog, die wegen seiner Fachkenntnisse als Militärexperte alarmiert waren.[1120] Die Behörden beobachteten Renns Lehraktivitäten ein gutes Jahr lang, um schließlich im November 1932 zur Verhaftung zu schreiten.[1121] Nach Prüfung der dabei aufgefundener Materialien wurde Renn vorgeworfen *„Umsturzpläne* in Aufzeichnungen und Schriften verbreitet zu haben", weshalb „gegen ihn [...] *Haftbefehl wegen Vor-*

[1118] SAPMO im BArch SgY 30/2098, Erinnerungen L. Renn: „In proletarischen Sportlagern", Bl. 12.

[1119] Durch die Schulungsarbeit war auch Kippenberger, „der sich mit solchen Fragen befaßte", da er „mehr Erfahrungen im Kleinkrieg hatte, als irgend jemand sonst in der Partei", auf Renn aufmerksam geworden. Um sein Fachwissen auf diesem Gebiet nicht nur für die praktische Ausbildung zu nutzen, sondern sie zusätzlich für propagandistische Zwecke dienstbar zu machen, brachte Kippenberger ihn „mit dem Aufbruchkreis zusammen, einem sehr kleinen Kreis ehemaliger Offiziere und ähnlicher Leute, die sich um die militär-politische Zeitschrift ‚Aufbruch'" gesammelt hatten. Es waren nicht nur seine militärischen Kenntnisse, die den AM-Apparat interessierten; auch seine Erfahrungen als Schriftsteller und Herausgeber machten ihn für das „Aufbruch"-Prokjekt wertvoll, so dass er zum leitenden Redakteur der Zeitschrift bestimmt wurde. Renn war mit seiner neuen Tätigkeit bald unzufrieden. Er „fühlte [sich] da nicht ganz hingehörig, weil [er] zwar die Notwendigkeit einer allgemeinen militär-politischen Propaganda einsah, aber mehr auf eine praktische Schulung proletarischer Genossen gerichtet war." Darüber hinaus waren ihm „einige andere vom Aufbruchkreis […] nicht ganz geheuer" erschienen: „So glaubte einer an die Astrologie und ähnlichen Unsinn." Ebenda, Bl. 4f.

[1120] Auer, Ludwig Renn, Ein ungewöhnliches Leben, Biographische Erzählung, S. 12. Vgl. auch Ankündigungen in der RF: 11. 11. 1931, „Gaskrieg!!!" oder 18. 11. 1931, „Sonderveranstaltung der Masch"; hier nach: BArch R 1501/20208, Bl. 198 & 208. Vgl. R 1501/20714, Bl. 600, Bericht der NSS im RMdI, Berlin, den 11. 5. 1932 an das Auswärtige Amt, den Reichswehrminister und die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Renn hielt inzwischen auch Referate über „Die Technische Vorbereitung des imperialistischen Krieges" „auf einem Klubabend der ‚Gruppe geistiger Arbeiter der IAH' [d.i. die Internationale Arbeiterhilfe] in Berlin".

[1121] Zur Begründung wurde angeführt, dass „der Angeschuldigte Vieth von Golssenau (Schriftstellernahme Ludwig Renn) [...] dringend verdächtig [ist], sich im illegalen Apparat der KPD. durch Ausarbeitung von Aufstandsplänen sowie von Richtlinien für die Zersetzung der Reichswehr und der Polizei betätigt und seine Gesinnungsfreunde entsprechend geschult zu haben." Die aktiven militärischen Schulungen Renns waren den Polizei- und Justizbehörden offensichtlich nicht bekannt gewesen! BArch R 1501/20611, Bl. 121, „Aus IA. 2133/27.12.; Betr.: Strafsache gegen Arnold Vieth von Golssenau (Ludwig Renn), geboren 22. April 1889 in Dresden".

bereitung zum Hochverrat erlassen worden" sei. Am 19.12.1932 wurde ein entsprechendes Verfahren eingeleitet.[1122]

Die „Welt am Abend" warf den Behörden vor, ähnlich wie bei dem „Fall Scheringer" einen Gesinnungsprozess anzustreben und hatte sogleich den eigentlichen Grund für die Festnahme parat.[1123] Sie klagte, dass „Ludwig Renn [...] militärischen Kreisen besonders verhaßt [war], die ihm nicht verzeihen wollten, daß einer, der wie Scheringer Offizier war, den *Weg zur Arbeiterschaft* gefunden hat". Auch die unabhängige, linkssozialistische „Weltbühne" ergriff für den KPD-Funktionär Partei, schloss sich dieser Interpretation an und erhob mit denselben Argumenten Klage gegen die Weimarer Justiz.[1124] Die „Weltbühne" zog wie die kommunistische Presse aus dem „Fall Renn" den Schluss, dass „wenn sich ein deutscher Schriftsteller mit militärwissenschaftlichen Dingen ernsthaft beschäftigt, ist das schon verdächtig, ist der betreffende Schriftsteller gar Kommunist, so ist der vollendete Hochverrat bereits so gut wie erwiesen". Die Zeitschrift forderte daraufhin die Öffentlichkeit dazu auf, für Renn einzutreten, um einen weiteren Hochverratsprozess gegen linke Schriftsteller zu verhindern. Die KPD bemühte sich umgehend um ihr prominentes Parteimitglied und versuchte eine Kampagne, ähnlich der Scheringers, gegen die Inhaftierung ins Leben zu rufen. Bereits für den 3. Dezember wurde eine „Protestversammlung" angekündigt, die von der „Ortsgruppe Berlin des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller veranstaltet" werden und zu der „Leonhardt Frank, Erich Kästner, Bert Brecht, Ernst Toller, Oedön Orvath, Walter Mehring, Bernhard von Brentano u.a." erscheinen würden.[1125]

Nachdem die Veranstaltung verboten worden war, verwies die „Welt am Abend" zur Kompensation auf die breite Unterstützung, die Renn durch andere Schriftsteller und Intellektuelle bislang erhalten habe: „Den Protest der Ortsgruppe Berlin des SdS. gegen die Verhaftung Ludwig Renns unter dem Verdacht des literarischen Hochverrats haben bisher rund hundert Schriftsteller unterzeichnet. U.a. Martin Beradt, Rudolf Arnheim, Willi Haas, Dr. Max Hodann, Werner Hegemann, Theodor Kappstein, Erich Mühsam, Ernst Toller [...]". Daran anknüpfend wurde in einer öffentlichen Resolution die Geistes- und Kulturelite aufgeboten, über die die Partei verfügte.[1126] Nach zweimonatiger Untersuchungshaft wurde Renn Ende Januar 1933 aus Mangel an Beweisen wieder auf freien Fuß gesetzt.[1127]

1122 Berliner Börsen-Zeitung, 29. 11. 1932, „Haftbefehl gegen Ludwig Renn.; Verbreitung kommunistischer Umsturzpläne.", hier nach: BArch R 1501/20611, Bl. 101 sowie Berliner Börsen-Zeitung, 20. 12. 1932, „Hochverratsverfahren gegen Ludwig Renn eröffnet."

1123 WaA, 29. 11. 1932, „Haftbefehl gegen Ludwig Renn", hier nach: BArch R 1501/20611, Bl. 102.

1124 Weltbühne, Nr. 49, 06.12.1932, „Der Fall Renn".

1125 WaA, 3. 12. 1932, >kein Titel<; 8. 12. 1932, „Renn-Kundgebung verboten" und VZ, 8. 12. 1932, „Ludwig-Renn-Kundgebung verboten."; alle nach: BArch R 1501/20406, Bl. 304, 306 & 307. Auch im „Aufbruch" wurde zur Organisation des Protestes gegen Renns Festnahme aufgerufen und in einem engen Zusammenhang mit der propagierten politisch motivierten Strafverfolgung Scheringers gesetzt. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 9, Dezember 1932, „Alarm!!!", S. 12 (Reprint: 314).

1126 RF, 23. 12. 1932, „Für Ludwig Renn", hier nach: BArch R 1501/20406, Bl. 309. Die Resolution war von der Konferenz der Geistesarbeiter und Künstler in Erfurt ausgegangen und von Delegierten des „Bundes proletarischer Geistesarbeiter", „Bundes proletarisch revolutionärer Schriftsteller" sowie des „Bundes revolutionärer bildender Künstler" verfasst worden.

1127 SAPMO im BArch SgY 30/2098, Erinnerungen L. Renn: „In proletarischen Sportlagern zwischen 1928 und 1933", Bl. 19. Renn schreibt diese Tatsache der Unkenntnis der zuständigen Justizstellen in militärpolitischen Fragen zu: „Wie

Doch die Freiheit währte nicht lange. Bereits nach einem Monat wurde Renn im Zuge der Festnahmen nach dem Reichstagsbrand noch in derselben Nacht in Schutzhaft genommen. Kurz darauf wurde erneut ein Verfahren gegen ihn eröffnet, an dessen Ende seine „schriftstellerische Betätigung für die Zeitschrift [„Aufbruch“] als hochverräterisch abgeurteilt” wurde.[1128]

Renn war indes nicht der einzige am „Aufbruch“-Projekt Beteiligte, der militärische Schulungen zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes durchführte. Die Mitglieder des Münchner AAK, in dem sich einige ehemalige „Oberländer“ zusammengefunden hatten, dem auch Fritz Römer, einen Bruder Beppo Römers, angehörte, veranstalteten verschiedene militärische Kurse, wobei „die Teilnehmer an diesen Übungen [...] zum Teil von der Bezirksleitung der KPD. bestimmt worden“ waren.[1129] Erst „nachdem Ende November 1932 bei Hartwimmer bei einer Haussuchung Kleinkalibergewehre gefunden worden waren, wurde die Übung eingestellt”. Dass derartige Übungen nicht substanzlos waren, zeigt sich darin, dass die ehemaligen „Oberländer“ in dem Anwesen Hartwimmers aus den Beständen des Freikorps noch „8 schwere Maschinengewehre, etwa 20 Infanteriegewehre Modell 98, Munition und etwa 35 Stahlhelme”, für spätere Verwendungszwecke eingemauert, zur Verfügung gehalten hatten.[1130] Wegen der engen organisatorischen Verbindung von ehemaligen Offizieren und Kommunisten lag die militärische Ausbildung mittels der Arbeitskreise nahe und „nicht nur in München, auch in einigen anderen Orten bereiteten sich die engeren Mitarbeiter der AAK durch militärische Übungen auf eine revolutionäre Situation vor.”[1131]

Stenbock-Fermor, der mit der Organisation des Scheringer-Komitees beauftragt war, wurde vereinzelt als Redner auf Versammlungen der „Roten Hilfe“ eingesetzt.[1132] In diesen Fällen standen zumeist seine persönliche Herkunft und seine Entwicklung zum Kommunisten sowie der „Fall Scheringer“ im Mittelpunkt. Daneben hatte Stenbock-Fermor in seiner Funktion als kommunistischer Schriftsteller bei Kampagnen wie der „Monat des proletarischen Buches“ mitzuwirken. Auch hier stand sein Lebensweg im Vordergrund und er referierte über „Mein Weg vom Faschismus zum revolutionären Proletariat“.[1133] Insgesamt will Stenbock-Fermor nach eigener Aussage im Jahre 1932, von einem einmonatigen Redeverbot unterbrochen, auf gut 150 verschiedenen Massenversammlungen in allen Teilen

---

sich später für mich herausstellte, war der Untersuchungsrichter entweder aus irgendwelchen Gründen - vielleicht juristischer Art - auf meiner Seite, oder er verstand die Reichweite der bei einer Haussuchung in meiner Wohnung gefundenen Dokumente nicht.” Das KPD-Personenlexikon von Weber gibt dagegen an, dass Renn aufgrund einer Weihnachtsamnestie aus der Haft entlassen worden sei. Tatsächlich war zwischenzeitig über die Amnestierung Renns spekuliert worden. Vgl. VZ, 22. 12. 1932, „Wird Ludwig Renn amnestiert?”, hier: BArch R 1501/20611, Bl. 116 und Weber, Deutsche Kommunisten, S. 608.

1128 BArch ZC 14623, Bd. 1, Strafsache gegen Karl Tuttas, Bl. 149-157, Anklageschrift gegen Th. Bottländer durch den Oberreichsanwalt, Berlin, den 7. 2. 1935.

1129 BArch ZC 19560, Strafsache gegen Rottmeier, Urteil gegen Rottmeier und Co., Bl. 34.

1130 Ebenda, Bl. 51. Dieser Vorrat wurde im März 1933 dann aus Selbstschutzgründen der Polizei übergeben, um die nationale Zuverlässigkeit der AAK-Mitglieder unter Beweis zu stellen.

1131 Bindrich, Beppo Römer, Ein Leben zwischen Revolution und Nation, S. 48.

1132 BArch R 1501/20048, Bl. 246, Polizeipräs. Stuttgart, Württ. Landeskriminalpolizeiamt Abt. II, Stuttgart 27. 10. 1932.

1133 RF, 9. 12. 1931, „Die ‚Knorrbremse’ zum ‚Monat des prol. Buches’”, hier nach: BArch R 150120156, Bl. 138.

Deutschlands gesprochen haben.[1134] Da die Anzahl geeigneter nationalistischer Dissidenten in der KPD äußerst begrenzt blieb, oblag Stenbock-Fermor ferner die Kontaktaufnahme bzw. -pflege zu nationalrevolutionären „Gruppen, Sekten und Bünden".[1135] Die Mitarbeiter am „Aufbruch"-Projekt sollten nicht nur warten, bis enttäuschte Nationalisten bzw. Nationalsozialisten von allein den Weg zu den AAK gefunden hatten, sondern ihre nachrichtendienstlichen Aufgaben aktiv in fremden Bünden und Diskussionszirkeln wahrnehmen. Vereinzelt veröffentlichten sie auch Beiträge in nationalrevolutionären Blättern, um Beziehungen zu diesen Gruppen und die eigene Zeitschrift im Bewusstsein der jeweiligen Leserschaft wach zu halten.[1136] Für die kommunistische Presse schrieben die „Aufbruch"-Mitarbeiter dagegen selten und zumeist im Zusammenhang mit der Person Scheringers oder für die nationale Propaganda der KPD. Allein der bewährte Ludwig Renn, der durch seine Herausgeberschaft der „Linkskurve" in die Publizistik der Partei integriert war, schrieb zu anderen Themen; aber auch bei ihm traten mit der Zeit militärische und nationale Fragen weiter in den Vordergrund.[1137] Die Bewerbung des „Aufbruchs" in der Parteipresse erfolgte daher in der Regel im Zusammenhang mit Publikationen, die das Thema „Nation" oder „Scheringer" behandelten.[1138]

Ende April 1932 versuchte die KPD dem stockenden „Aufbruch"-Projekt und ihrer nationalen Agitation, der es an Erfolgsmeldungen durch Übertritte prominenter Nationalisten bzw. Nationalsozialisten mangelte, wieder neuen Schwung zu verleihen. Für dieses Vorhaben hatte der AM-Apparat noch einen Trumpf im Ärmel: Kippenberger verkündete am 21.04.1932 im vollbesetzten Zirkus Krone in München den Eintritt des ehemaligen Führers des „Freikorps Oberland", Josef „Beppo" Römer, in die KPD. Die Polizei kommentierte das Ereignis treffend und konstatierte, dass „mit der in der gesamten kommunistischen Presse usw. breit getretenen Beitrittserklärung Römers, der in Wirklichkeit längst Mitarbeiter der KPD war, [...] zweifellos eine ähnliche Propagandaaktion in Sze-

---

1134 Stenbock-Fermor, Der rote Graf, S. 297 & 300.

1135 Ebenda, S. 295. Das konnte bspw. die Teilnahme an den „Widerstands"-Zirkeln von Ernst Niekisch bedeuten.

1136 Ebenda, S. 297. In diesem Sinne erinnert sich Stenbock-Fermor: „Meine ‚Bündnispolitik' mit den ‚nationalrevolutionären' Gruppen bestimmten taktische Gründe. In diesen Gruppen gab es ehemalige Offiziere, ehemalige Nationalsozialisten, ehemalige bürgerliche Nationalisten. Sie kannten die neue Sprache, die den Mittelschichten, die Hitler nachliefen, verständlich sein konnte." Laut Dupeux „zählte zu den Haupttätigkeiten der Kommunisten vom ‚Aufbruch'" die Ausnutzung ihrer Beziehungen zu nationalrevolutionären Kreisen, „um Aufsätze in kleinen ‚nationalbolschewistischen' Zeitschriften zu veröffentlichen, Umfragen zu beantworten, an Diskussionsabenden teilzunehmen usw." Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 459. Veröffentlichungen von „Aufbruch"-Mitarbeitern u.a.: Gegner, Heft 7, 5. April 1932, „Arbeiterversammlung im Ruhrgebiet", von A. Stenbock-Fermor; Die Kommenden, 33. Folge, August 1931, „Aus meinem Leben", von L. Renn und in derselben Ausgabe „Mein Weg" von R. Scheringer; Sozialistische Revolution, Heft 6, Juni 1931, „Revolutionäre Wehrpolitik", von R. Scheringer und Sozialistische Nation, Heft 5, Mai 1931, >ohne Titel<, über die Bilanz der NDSAP, über Auflösung und Verlust der ursprünglichen Idee. Der Artikel wurde sehr wahrscheinlich von W. Korn geschrieben; Römer nahm u.a. als Redner an Versammlungen von Dr. Hans Ebeling, Herausgeber des „Vorkämpfers" und Führer der Pfadfindergruppe „Westmark", teil. Auch die „Weltbühne" berichtete über Kontakte von „Aufbruch"-Mitgliedern zu Strassers KGRNS. BArch ZC 14623, Bd. 1, Strafsache gegen Karl Tuttas, Bl. 55, Bericht der Polizei Krefeld-Uerdingen, den 2. 1. 1934. Weltbühne, Nr. 50, 13. 12. 1932, „Nationalistische Splitter".

1137 So u.a.: Linkskurve, Nr. 6, Juni 1931, „Gutsbesitzer, Offiziere, Kommunisten" oder RF, 20. 5. 1932, „Wenn sie marschieren ...", wo er eine skizzierte Vorabversion eines umfangreicheren Textes zum russisch-polnischen Krieg wiedergab.

1138 Unter anderem auf der Rückseite einer Broschüre der „Roten Hilfe" „Arbeiter, Bauern Soldaten hinter Gitter", in der die Situation inhaftierter Kommunisten an konkreten Beispielen (auch Scheringer) geschildert und verurteilt wurde. BArch R 1501/20156, Bl. 194. Oder in der „Linkskurve", was wohl durch die Herausgeberschaft Renns zu erklären ist, wo Stenbock-Fermor einen Artikel über den „Fall Scheringer" veröffentlicht hatte. Vgl. Linkskurve, Nr. 2, Februar 1932.

ne gesetzt werden [sollte], wie szt. beim Übertritt des Lt.a.D. Scheringer".[1139] Der Frontwechsel Römers stieß jedoch auf weit weniger Aufmerksamkeit als der Scheringers, brachte der KPD und dem „Aufbruch"-Projekt aber einige ehemalige „Oberländer" ein, die ihrem alten Führer auch bei diesem Schritt gefolgt waren.[1140]

Römer, der bereits zuvor unter dem Pseudonym „Heinz Bracke" Artikel für den „Aufbruch" verfasst hatte und über die „LeiKo" beratend an der Planung und Organisation der Zeitschrift und ihrer Arbeitskreise beteiligt war, konnte nun offen für die (allgemeine) Parteiarbeit hinzugezogen werden.[1141] Die Unterzeichnung der „Erklärung der 13 Offiziere" hatte er seinerzeit aus beruflichen Gründen abgelehnt.[1142] Im Dezember 1931 will Römer durch Mitarbeiter des AM-Apparates nochmals nachdrücklich, unter Hinweis auf die drängende innen- wie außenpolitische Situation, zur offenen Mitarbeit aufgefordert worden sein. Nach einigen Verhandlungen und der Kundgebung Kippenbergers sei er schließlich zur Mitwirkung bereit gewesen; „diese Zusage wurde rasch zur Schriftleitung erweitert. Dies geschah im April 1932, so dass [er] ab 1. Mai als Schriftleiter fungierte."

Es kann nur vermutet werden, dass Römer in einer Zeit, die nicht nur von den Kommunisten als Zuspitzung auf den erwarteten Endkampf zwischen kapitalistischer Reaktion und sozialistischer Revolution empfunden wurde, seine volle Unterstützung nicht mehr versagen wollte.[1143] Mit der vermeintlichen Schriftleitung Römers verschob sich der inhaltliche Schwerpunkt der Zeitschrift und die überwachenden Polizeibehörden, denen die Veränderung aufgefallen war, berichteten: „Mit der maßgebenden Einflußnahme Römers auf die Zeitschrift „Aufbruch" stellte sich diese inhaltlich auf die Behandlung vornehmlich miliärpolitischer Fragen ein und ließ hierbei ein höchst beachtenswertes Interesse für militärische und polizeiliche Fachliteratur ersehen."[1144] Die Umgestaltung der Zeitschrift wurde kurz darauf in einem Sammelbericht des Reichsinnenministeriums als Bestandteil der Vorbereitung zur Revolution interpretiert und es wurde angenommen, „dass diese kommunistische

---

1139 RF, 22. 4. 1932, „Oberlandführer Römer tritt zur KPD über" sowie BArch R 1501/20048, Bl. 192, Lagebericht der Polizei Nürnberg, vom 3. 8. 1932. Die ‚RF' kommentierte das Ereignis in der gewohnten Weise und stellte die üblichen Bedingungen für die Aufnahme, die vor allem der sozialistischen Arbeiterschaft beweisen sollte, dass die Akzeptanz nationalistischer Konvertiten nicht vorbehaltlos erfolgte. Römer ist indes wie Scheringer entgegen der Proklamation der KPD-Presse wohl nicht Parteimitglied geworden, da er „niemals daran gedacht habe, [sich] der Parteidisziplin dieser Partei zu unterstellen". Aussage Römers gegenüber der Gestapo vom 3. 7. 1934, hier zitiert nach: Bindrich, Beppo Römer, S. 118, Quellenanhang Dok. 19. Vgl. SAPMO im BArch SgY 30/2098, Erinnerungen L. Renn: „In proletarischen Sportlagern", Bl. 5 sowie SAPMO im BArch SgY 30/1940, Erinnerungen Aenne Kerff, Bl. 158, wo es lediglich heißt, dass Kippenberger Römer „für die Sache des Sozialismus" gewinnen konnte. Vgl. auch: Bindrich, Beppo Römer, S. 46.

1140 Die Gefolgschaftserklärung wurde, werbewirksam platziert, in dem nationalrevolutionären Blatt „Der Umsturz", einer Zeitschrift die von Werner Laß herausgegeben wurde, veröffentlicht. Auch die Sozialistische Nation, die wegen ihrer nationalbolschewistischen Ausrichtung mit dem „Aufbruch" sympathisierte, kommentierte das Ereignis. „Der Umsturz - Kampfblatt für die deutsche sozialistische Revolution", Nr. 6/7, Mai 1932, „Der Oberlandführer Hauptmann B. Römer setzt sich ein.; An seine Freunde und national-revolutionären Mitkämpfer!", von Dieter Dürpner und Die Sozialistische Nation, Nr. 5/6, Mai/Juni 1932, „Klärung der Fronten; Römers Übertritt zur K.P.D.".

1141 BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 895, Aussage Gieseckes vom 28. 7. 1933. Vgl. auch: Bindrich, Beppo Römer, Ein Leben zwischen Revolution und Nation, S. 46.

1142 Stellungnahme Römers.

1143 Diese Ansicht vertritt auch: Bindrich, Beppo Römer, S. 46.

1144 BArch R 1501/20048, Bl. 192, Lagebericht der Polizei Nürnberg, vom 3. 8. 1932. Bestätigt in: BArch R 1501/20048, Bl. 252, Materialsammlung 21 der NSS im RMdI, vom 10. 11. 1932.

Zersetzungsschrift mehr und mehr zu einer militärpolitischen Instruktionsschrift ausgebaut werden soll".[1145]

Im Sommer 1932 versuchte der AM-Apparat den fortgesetzten Verboten der Zeitschrift entgegen zu wirken und dem „Aufbruch" einen legaleren Rahmen zu geben, was sowohl das öffentliche Erscheinungsbild des Verlages als auch den Inhalt der Zeitschrift betraf – schließlich behinderte die durch die Verbote zusätzlich verstärkte Unregelmäßigkeit in der Veröffentlichung nicht nur den Aufbau einer Stammleserschaft, sie kostete obendrein viel Geld: die wiederholte Beschlagnahme brachte den Verlag um die Möglichkeit, die anfallenden Kosten für Verlagsgeschäfte und Druck durch den Verkauf wieder einzunehmen. Auch die später gewonnenen Werbekunden werden ohne Auslieferung der Zeitschrift die Zahlungen verweigert haben. Als organisatorische Maßnahme wurden zunächst Verlagsgeschäfte und Redaktionssitzungen aus den Hinterzimmern verschiedener Gaststätten in die repräsentative Privatwohnung Römers am Kurfürstendamm verlegt.[1146] Etwas später, wahrscheinlich Ende August, Anfang September, wurden durch Wilhelm Kippenberger zwei Räume angemietet, die zur offiziellen Geschäftsstelle des Verlages gemacht wurden und in denen auch Redaktionssitzungen stattfanden.[1147] Mit der offiziellen Geschäftsstelle und festen Öffnungs- und Gesprächszeiten hatte sich der „Aufbruch" ein öffentliches Erscheinungsbild gegeben.[1148] Auch sprachlich und inhaltlich wurden moderatere Töne angeschlagen, um den Polizeibehörden keinen Anlass zum Einschreiten zu geben, was auch umgehend entsprechend wahrgenommen worden war.[1149] Die Überwachung des „Aufbruchs" durch die Polizeiorgane wurde dennoch unverändert fortgeführt und es wurden ungeachtet der Bemühungen des AM-Apparates weiterhin Verbotsanträge gestellt, mit der Begründung, dass die Zeitschrift „zweifellos der militärpolitischen Schulung und Vorbereitung des von der KPD. betriebenen Sturzes der Verfassung" dienen würde.[1150]

1145 BArch R 1501/20048, Bl. 176, Bericht der NSS des RMdI, Berlin, den 6. 8. 1932.

1146 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 139, Aussage Römers vom 30. 7. 1934.

1147 Es herrscht Unklarheit über den Zeitpunkt, ab dem das Büro des „Aufbruchs" angemietet worden war. BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 137, Aussage Römers vom 30. 7. 1934, Ebenda, Bl. 289, Urteil gegen Th. Bottländer vom 16. 1. 1934 (eigentlich: 15.06.1935!), BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 87, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934 sowie BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 897, Aussage Rehms vom 10. 8. 1933 und Aufbruch, 2. Jg., Nr. 7, September 1932, S. 24 (Reprint: S. 270).

1148 Coppi, Aufbruch, S. 46.

1149 „Ferner setzte dieses Organ - entgegen der früheren Gepflogenheit - mit einer außerordentlich vorsichtigen Schreibweise ein, die etwaigen Handhaben zu einem polizeilichen Vorgehen auf Grund der Notverordnungen sichtlich aus dem Wege zu gehen suchte." Sinnbildlicher Ausdruck dieses Bemühens war, dass auf den martialischen Zusatz ‚Kampfblatt', der anfänglich den Titel zierte, ab der Juni-Ausgabe 1932 (Nr. 4) verzichtet wurde. BArch R 1501/20048, Bl. 192, Lagebericht der Polizei Nürnberg, vom 3. 8. 1932.

1150 Die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth versuchte ein reichsweites Verbot des „Aufbruchs" in die Wege zu leiten. Die Preußische Polizei äußerte sich jedoch zurückhaltend, nahm von einem Verbot Abstand und leitete stattdessen andere Maßnahmen ein: „Wenn es auch keinen Zweifel unterliegen kann, dass die Zeitschrift der militärpolitischen Schulung und Vorbereitung des von der KPD. betriebenen Sturzes der Verfassung dient, so dürften doch die Voraussetzungen fehlen, um mit Erfolg auf Grund des § 86 StGB. bezw. § 13 des Republikschutzgesetzes gegen die Zeitschrift vorzugehen. […] Trotzdem ist sofort bei Erscheinen der Druckschrift bei dem Herrn Oberreichsanwalt ein Strafverfahren eingeleitet worden. Mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Rechtslage halte ich es jedoch nicht für zweckmäßig, auch ein Verbot der Zeitschrift auszusprechen. Falls der Oberreichsanwalt einen zu seiner Zuständigkeit gehörenden Straftatbestand verwirklicht sieht, werde ich das Verbot sofort nachholen. Im übrigen werde ich die Schrift ‚Aufbruch' weiter

Römer wurde, unmittelbar nachdem sein Frontwechsel öffentlich bekannt gemacht worden war, zu weitergehenden Agitationszwecken auf Veranstaltungen verschiedener KPD-Organisationen eingesetzt, wo er durch seine militärische und nationalistische Herkunft als Experte gehandelt wurde.[1151] Bei Kundgebungen dieser Art konnten zur Bündelung der erhofften Werbewirkung mitunter weitere Unterzeichner der „Erklärung der 13 Offiziere" eingesetzt werden. Handelte es sich um Streitgespräche wurden als Widerpart bekannte Nationalrevolutionäre wie O. Strasser oder Buchrucker geladen. Die Teilnahme Römers an öffentlichen Veranstaltungen hatte schnell ein Ausmaß angenommen, dass seine Tätigkeit für den „Aufbruch" und die AAK darunter zu leiden begannen; und Scheringer beklagte sich bald, dass Römer „dauernd von Versammlung zu Versammlung" reise, weshalb er „sich daher wohl auch nicht genug um die Redaktion kümmern" könne.[1152]

Eine periodische Veröffentlichung des „Aufbruchs" konnte, da die Finanzierung der Zeitschrift fortwährend Schwierigkeiten bereitete, auch unter der Herausgeberschaft Römers nicht gewährleistet werden. Während die Ausgaben vom Mai (Nr. 3), Juni (Nr. 4) und Juli (Nr. 5) noch regulär erschienen, konnte die nächste erst im September (Nr. 7) und die darauf folgende wiederum als Doppelnummer im November (Nr. 8) veröffentlicht werden.[1153] Erst ab dem Winter 1932/'33 konnte wieder ein geregeltes Erscheinen gewährleistet werden: die Ausgaben vom Dezember 1932 (Nr. 9) und Januar 1933 (Nr. 1) wurden termingerecht veröffentlicht. Die Februar-Nummer 1933 wurde kurz vor ihrer Verteilung zur Gänze beschlagnahmt, woraufhin die bereits fertig gestellte März-Ausgabe nicht mehr gedruckt wurde. Weitere Exemplare wurden nicht mehr vorbereitet. Letztendlich kam es

---

eingehend beobachten und beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ein Verbot aussprechen." BArch R 1501/20048, Bl. 253, Schreiben der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Nürnberg, den 10. 12. 1932 an die NSS des RMdI, BArch R 1501/20048, Bl. 254, NSS im RMdI, Berlin, den 16. 12. 1932, An den Polizeipräsidenten Berlin, Landeskriminalpolizeiamt Abt. I. und BArch R 1501/20048, Bl. 271, Der Polizeipräsident in Berlin, Abteilung I., Berlin, den 19. 12. 1932; An die NSS des RMdI, Antwort auf das Schreiben vom 16. 12. 1932.

1151 So sprach er auf „der großen Antikriegskundgebung des Bundes prol. rev. Schriftsteller", auf Versammlungen des „Klubs der Geistesarbeiter", zum Thema „Internationaler Marxismus oder nationaler Sozialismus" oder auf Veranstaltungen des „Linkskartells für geistige Arbeiter und freie Berufe", zum Thema „Bringt Aufruestung nationale Befreiung?". Und schließlich auch auf Versammlungen des KgdF. Besonders wenn militärische Fragen thematisiert wurden, wurde der ehemalige Offizier und Freikorpsführer als Fachmann hinzugezogen; so zu einer öffentlichen Kundgebung über „Wehrpolitische Probleme der Gegenwart. Die nationale und soziale Frage" gesprochen wurde. RF, 22. 5. 1932, „Achtung! Achtung!", hier nach: BArch R 1501/20048, Bl. 147.; auch unter: BArch R 1501/20356, Bl. 262, BArch R 1501/20048, Bl. 249-251, Abschrift der Polizei: Mitteilungsblattes 26, Oktober-Programm des Klubs der Geistesarbeiter; auch angekündigt in der WaA, 7. 10. 1932, >kein Titel<, hier nach: BArch R 1501/20048, Bl. 230 sowie VZ, 21. 9. 1932, „Um Hitlers Erbe", hier nach: BArch R 1501/20610, Bl. 154. WaA, 6. 2. 1933, >kein Titel<, hier nach: BArch R 1501/20048, Bl. 326. Nennung weiterer Beispiele bei Bindrich, Beppo Römer, Quellenanhang, S. 142ff. Zum Inhalt einer seiner Reden vgl.: BArch R 1501/20581, Bl. 290, Lagebericht aus München, vom 10. 12. 1932.

1152 So äußerte sich auch der inhaftierte Scheringer unzufrieden über die Fortentwicklung der Zeitschrift und monierte: „Mit dem Aufbruchladen klappt es mal wieder schlecht." SAPMO im BArch NY 4037/56, Bl. 93, Brief Scheringers an seine Mutter vom 3. 8. 1932. Vgl. auch Ebenda, Bl. 101, Brief Scheringers an seine Mutter vom 6. 10. 1932.

1153 Es wurde keine Nummer 6 vergeben! Dem „Archiv-Dienst für Quellenforschung" wurde auf Anfrage mitgeteilt, „dass der ‚Aufbruch' erst Ende April wieder herauskommt, da wir der Zeitschrift ein anderes Gesicht geben"; und für die Zukunft versichert: „Regelmäßige Lieferung erfolgt von dann ab." BArch R 1501/20048, Bl. 124, Mitteilung des Aufbruch-Verlags an das Archiv-Dienst für Quellenforschung, Charlottenburg IV, Berlin, den 7. 4. 1932.

in den 20 Monaten (Juli 1931 bis Februar 1933), in denen der „Aufbruch" publiziert wurde, lediglich zu 13 Ausgaben, von denen nur 12 zur Auslieferung gelangten.[1154]

Ungeachtet der anhaltenden Probleme hatte Scheringer, der Interesse für die ökonomischen Fragen des Marxismus entwickelt hatte, die Herausgabe einer weiteren Zeitschrift beabsichtigt, in der besonders wirtschaftliche und soziale Probleme behandelt werden sollten. Aus unbekannten Gründen kam es nicht zur Veröffentlichung, obwohl die Konzeption nach den Angaben Scheringers bereits recht weit gediegen war. [1155]

Neben den Verbotsmaßnahmen der Polizei und den Finanzierungsproblemen, wurde die Entwicklung des „Aufbruchs" durch die mangelnde Unterstützung der KPD-Organisation behindert, was wiederholt zu parteiinternen Ermahnungen führte. Die beschriebene Missachtung bzw. Ablehnung der nationalen Propaganda durch die Parteibasis betraf auch das „Aufbruch"-Projekt. Noch nach über einem Jahr, nachdem die erste Nummer erschienen war, musste in gesonderten Rundschreiben dazu aufgerufen werden, endlich den Anweisungen der Parteiführung Folge zu leisten:

„Werte Genossen! In den letzten Pol- und Orgsitzungen sowie vorhergehenden Sekretärbesprechungen ist wiederholt auf die Aufbrucharbeit und die Bedeutung des ‚Aufbruchs' hingewiesen worden. Es ist nun festzustellen, dass diese Hinweise unbeachtet gelassen werden, so dass ein erheblicher Tempoverlust entstanden ist, der in Hinsicht auf die augenblickliche Tatsache der Krisenstimmung innerhalb der NSDAP und SA unbedingt aufgeholt werden muss."[1156]

Um eine substanzielle Veränderung erreichen zu können, wurden den Parteibezirken nicht nur konkrete Anweisungen zum Vertrieb, dem Verkauf und der Abrechnung gegeben, sondern auch detaillierte Vorschläge für Propagandaaktionen formuliert.[1157] Zur Organisation und Kontrolle der eingeforderten Maßnahmen wurde die Bereitstellung eines verantwortlichen Parteimitgliedes in den (Unter-)Bezirken explizit für die „Aufbruch"-Arbeit verlangt. Die erhofften Verhaltensänderungen

---

[1154] Die Februar-Nummer 1933 konnte weder im Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, das die Grundlage des Reprints bildet, noch im Parteiarchiv der KPD im SAPMO oder in den Akten des RMdI im Bundesarchiv aufgefunden werden. Vgl. auch das Vorwort Susanne Römers im Reprint des Aufbruchs, S. 11.

[1155] SAPMO im BArch NY 4037/56, Bl. 104, Brief Scheringers an seine Mutter vom 17. 10. 1932. Siehe auch: Bindrich, Beppo Römer, S. 48 und Coppi, Aufbruch, S. 46.

[1156] BArch R 1501/20048, Bl. 200-203, Abschrift der Polizei: KPD - Bezirk Nordwest, Sekretariat, Bremen, den 27. 9. 1932; Rundschreiben unterzeichnet mit: „‚Aufbruch' Bezirksvertrieb-Nordwest"; Titel: „An alle Stadtteile ud Unterbezirksleitungen! Betr.: ‚Aufbruch'".

[1157] Ebenda. „Propaganda: Die Propaganda für den ‚Aufbruch' ist in den Unterbezirken und Stadtteilen unverzüglich mit allen Mitteln aufzunehmen, da besondere Geldmittel vorerst nicht zur Verfügung stehen. Diese können aber durch gesteigerten Umsatz und pünktliche Abrechnung geschaffen werden, wenn andere gute, wirksame Mittel in Vorschlag gebracht werden. a) Referenten. Von Referenten der Partei und rev. Massenorganisationen besonders von solchen, die aus dem rechten Lager stammen, ist der Aufbruch auf den Tournés mitzunehmen[sic!]. Eine Versammlung solcher Redner ohne Propaganda für den ‚Aufbruch' darf nicht möglich sein. Die Redner müssen Ortsgruppen, Organisationsstellen, welche von der UB-Vertriebsstelle nicht erfasst sind, dieses mitteilen. b) Buchstuben, Lese und Wärmehallen. Durch geeignete Besucher ist die Erlaubnis zur Auslage oder Aushang einzuholen. Anschriften der BVSt. mitteilen, welche die Belieferung durch Freiexemplare veranlasst. Spätere Kontrolle der Auslage oder des Aushanges ist zweckmäßig. Wo die Erlaubnis nicht gegeben wird, sind Freiexemplare geschickt zu verteilen.c) Zeitungsstände, Kioske, Buch- und Zeitschriftenhändler. Diese Stellen sind für den Verkauf zu interessieren. Wo der ‚Aufbruch' noch nicht verkauft wird, müssen Genossen denselben wiederholt nachfragen und wenn Interesse für den Verkauf festgestellt wird, der Bez.V.St. sofort Mitteilung machen. Wo der ‚Aufbruch' verkauft wird, muss dauernd kontrolliert werden, ob ein Exemplar ausliegt, resp. ein Werbeplakat."

konnten jedoch nicht erreicht werden und nur einen Monat später musste erneut ein Rundschreiben mit entsprechendem Inhalt versandt werden.[1158] Nachdem sich die Hoffnung auf freiwillige Selbstbeteiligung bisher nicht erfüllt hatte, kündigte die Partei eine härtere Gangart an: „Wir werden zur gegenseitigen Kontrolle der Stadtteile laufend Berichte herausgeben über die Entwicklung der Aufbruchsarbeit, Umsatzsteigerung, pünktliche Abrechnung." Und um den Anweisungen mehr Nachdruck zu verleihen, wurden nun explizit Parteifunktionäre zur Verantwortung gezogen und eindringlich ermahnt: „Die Org- und Polleiter müssen die Wichtigkeit des „Aufbruchs" einsehen und wollen sich für gewissenhafte Durchführung der Anweisungen einsetzen." Aber auch nach wiederholten Ermahnungen konnte die erwartete Unterstützung der „Aufbruch"-Arbeit durch die Parteiorganisation nicht erreicht werden. Das Rundschreiben, das sich Anfang Januar 1933 mit demselben Begehren an die Parteibezirke wandte, liest sich so, als ob es das erste seiner Art gewesen wäre;[1159] und es wurde erneut eine ideologische Offensive gefordert, die auf Grundlage der Frage des nationalen Freiheitskampfes geführt werden müsse; schließlich war seit dem Herbst 1932 „der Einbruch in die Anhängerschaft der NSDAP, die Gewinnung der Millionen Werktätiger […] mit ein ausschlaggebender Faktor für den Sieg der proletarischen Revolution" geworden. Gerade in dieser Frage klagte das Rundschreiben über „sozialdemokratische Hemmungen", die nach wie vor innerhalb der Partei vorhanden wären und unbedingt beseitigt werden müssten. Zugleich offenbart das Schreiben den Grad der bisherigen Missachtung der nationalen Propaganda und des „Aufbruch"-Projektes selbst durch den Funktionärskörper, der, ob aus Desinteresse oder bewusster Ablehnung sei dahingestellt, die internen Anweisungen der Parteiführung bislang vernachlässigt hatte:

„Den Genossen muss eindringlichst klar gemacht werden, dass unser revolutionärer Kampf für die nationale Befreiung nicht im geringsten im Widerspruch steht zum proletarischen Internationalismus. Die Stellung Lenins zur nationalen Frage ist einem grossen Teil der Gen. Funktionäre völlig unklar. Aus dieser Tatsache der theoretischen Unsicherheit entwickelt sich dann die heute bestehende Stimmung, dass der ideologische Kampf gegen die NSDAP unnötig, bzw. zwecklos sei, und die Folgeentwicklung ist die Anwendung des individuellen Terrors, welcher selbstverständlich seitens der NSDAP- und SA-Führung zu einer wüsten Hetze gegen uns ausgewertet wird und jede ideologische Arbeit, wie besonders die Aufbruch-Arbeit unmöglich macht. [...] Unsere Aufgabe ist es, diese Massenzersetzung zu fördern und auszunutzen. Die Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der kleinbäuerlichen und Mittelschichten müssen in unsere revol. Kampffront eingereiht werden. Dies ist eine komplizierte Aufgabe, welche undurchführbar bleibt, wenn die vorher aufgezeigten Schwächen und Mängel nicht restlos ausgemerzt werden."

Um die wiederholt eingeforderten Aufgaben erfüllen zu können, hob das Rundschreiben nochmals ausdrücklich hervor: „Die ausschlaggebende Waffe in unserer ideologischen Offensive gegen die NSDAP ist die „Aufbruch"-Arbeit". Damit die verlangte „Durchführung der Aufbruch-Arbeiten

[1158] Besonders der geforderten Bereitstellung eines speziell für die „Aufbruch"-Arbeit zuständigen Parteimitgliedes war nicht nachgekommen worden. BArch R 1501/20048, Bl. 245, Abschrift der Polizei-Direktion Bremen, vom 24. 10. 1932, Rundschreiben des Aufbruch-Kreises Bezirk Nordwest, Bremen, vom 12. 10. 1932.

[1159] BArch R 1501/20048, Bl. 319 -321, Abschrift der Polizei: Rundschreiben Nr. 1 / I. 33. des Aufbruch, Bezirk Nor dwest.

entschieden auffälliger in Erscheinung treten“ könne, wurden die Parteifunktionäre in die Pflicht genommen, die eine Vorbildwirkung entfalten sollten:

es sei „unbedingt notwendig [...], dass die Genossen selbst, besonders aber führende Genossen sich mit dem Inhalt des ‚Aufbruch’ beschäftigen, um die Sprache desselben und die ideologische Eigenart kennen zu lernen, damit weiter eine systematische Schulung der Funktionärskörper für die ‚Aufbruch’-Arbeit vorgenommen werden kann”.

Der „Fall Giesecke“

Die Entwicklung des „Aufbruch“-Projektes blieb nicht von personellen Rückschlägen verschont. Ende Oktober 1932 trat der zweite Herausgeber des „Aufbruchs“, Gerhard Giesecke, zur NSDAP über. Der „Angriff“ triumphierte daraufhin selbstgefällig: „KPD.-Führer kommt zu Adolf Hitler; Leutn. Scheringers Freund für Liste 1” und druckte seine Erklärung zum Frontwechsel auf der Titelseite ab.[1160] Den Nationalsozialisten bot sich nun erstmals die Möglichkeit, explizit die Scheringer-Propaganda an ihrem Kern treffen und desavouieren zu können. Um der kommunistischen Agitation ein wirksames Spiegelbild entgegen setzen zu können, wurde der Stellenwert Gieseckes, den er innerhalb der KPD inne gehabt haben sollte, sichtlich aufgebauscht.

Giesecke holte in seiner Erklärung zu einem Rundumschlag gegen seine bisherige Partei aus und verkündete: „wenn ich nach längjähriger Mitarbeit die Kommunistische Partei verlassen habe, dann geschah es, weil ich erkennen mußte, daß alle die Voraussetzungen, unter denen ich meine Mitarbeit in der KPD. und ihren Unterorganisationen begonnen und durchgeführt habe, irrig waren”. Als entscheidenden Grund führte er Differenzen in der nationalen Frage an. Der Tenor seiner Stellungnahme wurde von der Absicht bestimmt, die nationale Propaganda der KPD als rein taktische Maßnahme, als Bauernfängerei bloßzustellen und die Partei als internationale, von der Sowjetunion ferngesteuerte Partei zu entlarven. Giesecke warf, nachdem er über ein Jahr für die Sowjetunion geworben hatte, seiner ehemaligen Partei nun vor, dass sie „den *gutgläubigen deutschen Arbeiter* für die imperialistischen Ziele eines *fremden Staates* missbrauch[en]“ wolle. Letztendlicher Auslöser für seinen Frontwechsel sei aber die Absetzung Neumanns gewesen, „der allen Genossen als geistiger Schöpfer des Programms der nationalen und sozialen Befreiung bekannt war”. Giesecke versuchte nicht nur, wie die KPD-Propaganda zuvor bei den Ereignissen um Strasser und Stennes verfahren war, an innerparteiliche Differenzen anzuknüpfen; er folgte primär der Argumentation, die die Nationalsozialisten von Beginn an gegenüber der „Programmerklärung“ formuliert hatten und stellte die Frage, wie denn eine Partei, die sich den Internationalismus auf die Fahne geschrieben habe und sich selbst lediglich als Sektion einer internationalen Vereinigung bezeichne, überhaupt autonome nationale Politik betreiben könne.

[1160] Angriff, 29.10.1932.

Neben der Desavouierung der nationalen Politik der KPD, zeigte sich der „Angriff“ bemüht zugleich die sozialistischen Elemente in der nationalsozialistischen Ideologie und Politik zu betonen, die aus dem Munde eines ehemaligen Kommunisten größere Glaubwürdigkeit erlangen sollten. Da mit der Erklärung Gieseckes primär sozialistische Nationalisten, die sich wegen der „Programmerklärung“ und Scheringer für die KPD interessiert oder gar zwischen den Fronten hin und her schwankten, angesprochen werden sollten, wurde auf den üblichen nationalsozialistischen Jargon weitestgehend verzichtet; die nationale Frage wurde in die soziale eingebunden und zurückhaltend propagiert, völkische und antisemitische Äußerungen finden sich kaum.[1161] Um die Modernität und gesellschaftsverändernde Kraft der nationalsozialistischen Bewegung zu unterstreichen, wurde Hitler, dem nun auch Giesecke in der gängigen Art und Weise des nationalsozialistischen Führerkultes huldigte, als Bollwerk gegen die Reaktion gepriesen.

Der NSDAP gelang es indes nicht, den „Fall Giesecke“ zum wirksamen Propagandafall aufzubauen, was vor allem im Verhalten Gieseckes selbst begründet lag.[1162] Die KPD reagierte umgehend auf den Frontwechsel ihres ehemaligen Mitgliedes und die „Rote Fahne“ versuchte unter zynischen Kommentaren die Bedeutung des Renegaten herunter zu spielen sowie seine persönlichen Qualitäten in Frage zu stellen. Er wurde als prinzipienloser Politiker präsentiert, der seine Gefolgschaft wie ein Wetterfähnchen allein nach der Konjunktur, nach persönlicher Macht und monetärem Gewinn ausrichten würde.[1163] Nach seiner Absage an die KPD habe er sich bei den verschiedensten „Arbeiterparteien“ angebiedert. Und nachdem ihn SAP und SPD zurückgewiesen hätten, habe er eben bei der NSDAP Anschluss gesucht. Diese Darstellung erfuhr von Seiten des „Vorwärts“ Unterstützung und die Zeitung bestätigte den Großteil der Angaben der „Roten Fahne“ und stellte ebenso die politischen Loyalitäten des ehemaligen Polizeioffiziers in Frage.[1164]

[1161] Andere Werbeversuche des „Angriffs“ unter Kommunisten folgten den üblichen nationalsozialistischen Inhalten und pflegten eine ebensolche Sprache: „Eure Hebräer predigen euch den Klassenkampf und Haß nicht aus Überzeugung [...]. Kommunistischer Arbeiter, Volksgenosse! Nicht der Klassenkampf macht uns frei vom Joch des Kapitalismus, sondern frei macht uns allein der Rassenkampf deutscher Menschen gegen internationale, jüdische Mischlinge. Wollt ihr den Weg zur Wahrheit suchen? Wir wollen euch helfen, ihn zu finden. Lest nicht allein eure ‚Rote Fahne’, die stinkt von Lüge und Unrat. Nehmt den ‚Roten Adler’ zur Hand, der euch ganz klar und nüchtern ohne jüdisches Aufbauschen und tendenziöses Frisieren das sagt, was wir wollen und was der internationale Jude will.” Angriff, 13. 6. 1931, „Kommunisten, herhören!”, hier nach: BArch R 1501/20153, Bl. 250.

[1162] Scheringer, der den einzig bekannten Kommentar eines am „Aufbruch“-Projekt Beteiligten abgab, beschwerte sich zwar, dass „gerade jetzt [...] der Hund durch diese Sache die Aufbruch-Position schwächen” müsse; maß der Angelegenheit jedoch keine große Bedeutung zu, da seiner Meinung nach „die Sache [...] weiter kein grosses Aufsehen erregt [habe]. Mit derartigen Rückschlägen muss man eben immer rechnen”. Hier durfte die persönliche Spitze im Nachhinein nicht fehlen und Scheringer erklärte, dass ihm dieser Giesecke ja „schon immer suspekt” gewesen sei. SAPMO im BArch NY 4037/56, Bl. 108, Brief Scheringers an seine Mutter vom 3. 11. 1932.

[1163] RF, 30. 10. 1932, „Goebbels neueste Errungenschaft; Ein ‚KPD.-Führer’”, hier nach: BArch R 1501/20611, Bl. 98.

[1164] Das sozialdemokratische Organ bezeugte, dass er „auch bei uns nicht unbekannt” sei: Giesecke, der erst „im Herbst 1928 aus der Sozialdemokratischen Partei aus und im Frühjahr 1929 in die Kommunistische Partei ein[getreten]” sei, hätte sich bereits „Anfang 1932“ bei der Partei gemeldet, „um eventuell in die Sozialdemokratische Partei *zurückzukehren*. Da er nicht die erwartete Aufnahme fand, wandte er sich am 9. August d. J. an den sozialdemokratischen Parteivorstand mit einer Beschwerde, mit der er aber gleichfalls kein Glück hatte.” Hätte der Parteivorstand „anders gehandelt, so wäre Giesecke heute wieder ebenso treues Mitglied der SPD. wie er jetzt ein begeisterter Nazi ist. Die Partei hat gut daran

Anfang 1933 trat Giesecke nochmals mit Enthüllungsartikeln über den AM-Apparat, die er diesmal in der „Täglichen Rundschau", einem Blatt das von Hans Zehrer („Die Tat") übernommen worden war, an die Öffentlichkeit.[1165] Die KPD versuchte die für sie unangenehme, ja heikle Situation dadurch zu entschärfen, indem sie erneut die Glaubwürdigkeit des Anklägers in Frage stellte und an der bereits wenige Wochen zuvor propagierten politischen Prinzipienlosigkeit Gieseckes anknüpfte. Für dieses Unterfangen hatte die „Rote Fahne" einen eingängigen Begriff gefunden und die Zeitung titelte bei ihrer Gegendarstellung: „Ein Chamäleon denunziert".[1166] Demnach sei alles, was Giesecke „unter der Ueberschrift ‚Die kommunistische Bürgerkriegsstrategie' veröffentlicht" habe, nichts weiter als „eine Zeitungsseite Lügen über KPD., RFB. usw."

Weitergehende Enthüllungen, nach denen „der Reichstagsabgeordnete Genosse Hans Kippenberger vom Herrn Giesecke zum ‚Vorsitzenden einer Militärkommission beim Zentralkomitee der KPD.' ernannt" wurde, waren von den Polizeibehörden oder dem Nachrichtendienst der NSDAP sicher bereits vermutet worden, bargen aus dem Munde eines ehemaligen Mitarbeiters des AM-Apparates aber eine besondere Brisanz. Die KPD bestritt daher seine vormalige Zugehörigkeit zum Apparat, um dann ausführlich die pendelnden parteipolitischen Loyalitäten Gieseckes zu wiederholen – einen solchen Mann würde doch keine Partei in ihre Interna einweihen?!

Der Frontwechsel kurz vor Toresschluss hatte Giesecke jedoch keine persönlichen Vorteile eingebracht. Er wurde aus unbekannten Gründen ab dem 09.06.1933 in Schutzhaft genommen und im Juli 1933 in das KZ Sonnenburg überführt.[1167] Es ist denkbar, dass die zuständigen Behörden, nachdem sie mehr über das „Aufbruch"-Projekt und den dahinter stehenden AM-Apparat erfahren hatten, Giesecke für einen von der KPD gezielt in die NSDAP geschickten Spitzel gehalten hatten.[1168]

Giesecke blieb mit seinem Frontwechsel zum Nationalsozialismus indessen die absolute Ausnahme. Er stellt den einzigen Mitarbeiter am „Aufbruch" dar, der vor 1933 die KPD nach seinem Bekenntnis zum Kommunismus wieder verlassen hatte. In Gieseckes Fall handelte es sich, da er zuvor SPD-Mitglied gewesen war, auch nicht um ein Hin- und Herwechseln zwischen den extremen Polen. Fast alle nationalistischen bzw. nationalsozialistischen Dissidenten, die zum „Aufbruch"-Projekt gestoßen waren, blieben bis zu ihrem (gewaltsamen) Tode der Sache des Kommunismus treu ergeben.

---

getan, auf Gerhard Giesecke zu verzichten! So etwas gehört eben zur NSDAP.!" Vorwärts, 31. 10. 1932, „Wer ist Giesecke?; Adolf Hitlers allerneuste Erwerbung".

1165 SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 5, Bericht von Mertens: „Bericht über die Untersuchung des mil.pol. Apparates der KPD." vom 10. 2. 1936.

1166 RF, 4. 1. 1933, hier nach: R 1501/20611, Bl. 123.

1167 BArch ZC 10756, Bd. 6, Strafsache gegen Kippenberger, Bl. 895.

1168 Vgl. dazu auch: Coppi, Aufbruch, S. 57, FN 181. In einem Untersuchungsbericht der Exil-KPD zur Arbeit des AM-Apparates heißt es, dass Giesecke „sofort beim Machtantritt durch Hitler zu den Nationalsozialisten überging, in die Gestapo aufgenommen wurde und dort das Ressort ‚Marxismus' unter sich hatte." SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 5, Bericht von Mertens: „Bericht über die Untersuchung des mil.pol. Apparates der KPD." vom 10. 2. 1936.

„Außer Spesen nix gewesen?!" – Das Ende des „Aufbruch"-Projekts

Die Polizeibehörden vermuteten, dass die KPD mit der Machtübernahme durch die NSDAP ihre Hoffnungen und Erwartungen in den „Aufbruch" und seine Arbeitskreise, die wegen ihres dezidiert nationalen Charakters nun noch besser zur Agitation und Propaganda geeignet erschienen als die übliche Parteipresse, weiter zunehmen würden. Erst Ermittlungen hätten ergeben, dass die Kommunisten nach der Bildung der Regierung Hitler ihre Zersetzungsarbeit gegen die NSDAP und den Stahlhelm intensiviert hätten.[1169] Es sei daher zu erwarten, dass „eine besondere Rolle [...] auf diesem Arbeitsgebiet dann die ‚Aufbruch-Arbeitskreise' spielen" werden würden. Zum Beweis dieser Vermutung zogen die Berichterstatter das letzte Rundschreiben heran, in dem der „Aufbruch" und die AAK zur Zersetzung und Gewinnung von Nationalsozialisten als „die ausschlaggebende Waffe in unserer ideologischen Offensive gegen die NSDAP" bezeichnet worden waren.[1170] Entgegen den Erwartungen der Polizeikräfte kam es jedoch zu einer zügigen Einstellung sämtlicher Aktivitäten um das „Aufbruch"-Projekt. Und es fiel, wie die KPD und ihre Massenorganisationen insgesamt, schon in den ersten Wochen nach der Regierungsübernahme durch die NSDAP wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Die KPD erwartete wohl eine weitere Steigerung der bis *dato* verfolgten Überwachungs- und Verbotspraxis der Behörden, was wegen der starken Beteiligung von Mitarbeitern des AM-Apparates der Polizei Zugriffsmöglichkeiten auf einen Funktionärsstamm erlaubt hätte, der in Zeiten der sich abzeichnenden Illegalität für die Partei wichtigere Aufgaben zu übernehmen hatte (Gegnerabwehr, Vorbereitungen auf illegale Arbeitsmethoden, Schutz führender Parteifunktionäre, Beschaffung sicherer Quartiere etc.). Der Schutz der Integrität und Konspiration des AM-Apparates genoss den unbedingten Vorrang vor der Fortführung der „Aufbruch"-Arbeit.

Bis Ende Januar 1933 wurde in der üblichen Art und Weise am „Aufbruch"-Projekt gearbeitet.[1171] Doch bereits in den ersten Februartagen kam es zur schrittweisen Einstellung der öffentlichen wie geschlossenen Versammlungen der Arbeitskreise, die leicht zu unterbinden waren und deren Teilnehmer unmittelbar einer Verhaftung hätten anheim fallen können. Römers Absicht den Aufbau eines AAK in Breslau zu unterstützen, zu dessen Gründung er Ende Januar 1933 in die schlesische Stadt gefahren war, wurde nicht mehr weiterverfolgt und es wurde von vergleichbaren Plänen Abstand genommen.[1172] In Berlin wurde eine Vortragsreihe des örtlichen AAK, die zum 17. Februar beginnen sollte und zuvor mit Flugblättern und Anzeigen beworben worden war, nicht mehr durchgeführt.[1173] Verschiedene Anläufe dennoch öffentlich aufzutreten, wurden, wie der Plan Römers

---

1169 BArch R 1501/20048, Bl. 327, Materialsammlung der NSS im RMdI, „Betrifft: Marxismus-Bolschewismus", vom 10. 2. 1933.

1170 BArch R 1501/20048, Bl. 328, Bericht an die NSS im RMdI, o.V. und D.a., vom 20. 2. 1933.

1171 Römer bspw. hatte noch am 29. 1. 1933 in Gleiwitz auf der internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz der KPD eine Rede gehalten. Bindrich, Beppo Römer, S. 144f., Quellenanhang: Reprint eines Berichts über die Delegiertenversammlung der Kommunistischen Partei durch den Polizeipräsidenten in Oppeln, vom 20. 3. 1933.

1172 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 153, Aussage Römers vom 6. 8. 1934.

1173 Ebenda, Bl. 196, Aussage von R. Kuckuck vom 1. 12. 1934.

anlässlich der März-Wahlen 1933 auf einer Versammlung des AAK München eine Rede zu halten, von der KPD bereits im Vorfeld der geplanten Kundgebung abgesagt, da ohnehin mit einem Verbot zu rechnen gewesen sei.[1174]

Die Zeitschrift fand ein vergleichbar schnelles Ende. Die Februar-Ausgabe war noch regulär vorbereitet worden und lag in gedruckter Fassung zur Auslieferung bereit. Auf dem Weg zur Reichsbahn, mit der die Verbindungsleute und Vertriebsstellen beliefert werden sollten, wurde ein Großteil der Auflage durch die Polizei beschlagnahmt.[1175] Nur zwei Tage darauf wurde die Nummer für ganz Preußen verboten und auch die restlichen Exemplare, die innerhalb Berlins bereits zur Auslieferung gelangt waren, konfisziert.[1176] Nach dem Verlust der gesamten Februar-Ausgabe beratschlagten Bottländer und Kippenberger über das weitere Vorgehen. Da die März-Ausgabe schon vorbereitet worden war, künftig aber mit sofortiger Beschlagnahme zu rechnen sei, waren sich beide einig, dass die Arbeit am „Aufbruch" in ihrer bisherigen Form nicht weitergeführt werden könne. Kippenberger spekulierte, ob sich das Verbot umgehen ließe, indem der „Aufbruch" außerhalb von Preußen, z.B. in Baden, gedruckt werden würde.[1177] Nach dem Reichstagsbrand vom 27.02.1933 war wegen der verschärften Verfolgung der KPD und ihrer Organisationen an eine Weiterführung des „Aufbruch"-Projektes ohnehin nicht mehr zu denken; alternative Publikationsformen erschienen nun ausgeschlossen und wurden verworfen.[1178] Im AM-Apparat wurde daraufhin übereinstimmend das Aus der Zeitschrift beschlossen. Die endgültige Entscheidung über die Einstellung des „Aufbruchs" oblag wohl dem ZK.[1179] Römer sollte, da er nach eigenen Angaben wegen seiner Herkunft als unverdächtig galt, als letzter Mitarbeiter bis zur endgültigen Abwicklung der Zeitschrift in der Geschäftsstelle die Stellung halten.[1180] Die Akten des Verlages wurden von Wilhelm „Leo" Kippenberger mit-

---

1174 Ebenda, Bl. 140, Aussage Römers vom 2. 8. 1934.

1175 Ebenda, Bl. 196, Aussage von R. Kuckuck vom 1. 12. 1934.

1176 Die Staatsorgane begründeten ihr Vorgehen mit dem hochverräterischen Charakter des Artikels „qui vivra verra", der anonym von Kippenberger verfasst worden war. Ebenda, Bl. 140, Aussage Römers vom 2. 8. 1934 und Bl. 196, Aussage von R. Kuckuck vom 1. 12. 1934.

1177 Ebenda, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 93f., Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934. Die Angabe Coppis, dass Kippenberger in dieser Zeit mit Paetel, einem Führer der nationalbolschewistischen GSRN, über die Herausgabe des „Aufbruchs" unter dem Kopfblatt der „Sozialistischen Nation", dem Organ der Gruppe, verhandelt habe, entspricht nicht dem verfügbaren Datenmaterial. Coppis Verweis auf die Autobiographie Paetels belegt seine Behauptung nicht: dort ist nachzulesen, dass Kippenberger dieses Ansinnen im Zuge einer Aufforderung an Paetel geäußert hatte, am geplanten Scheringer-Komitee teilzunehmen. Das Scheringer-Komitee ist aber schon Ende 1931 an die Öffentlichkeit getreten. Weiterhin spricht gegen Coppis Angabe, dass die „Sozialistische Nation" selbst bereits Ende Februar oder Anfang März 1933 bis auf weiteres verboten worden war. Paetel, Reise ohne Uhrzeit, S. 68ff & 127 sowie Coppi, Aufbruch, S. 47.

1178 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 94, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

1179 Ebenda, Bl. 99, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934. Römer erinnerte sich, dass Kippenberger Mitte Februar in die Geschäftsstelle gekommen war, um die Liquidation der Zeitschrift zu verkünden, die dann nur wenige Tage später, durch die Löschung des „Aufbruchs" aus dem Verlagsregister erfolgt sei. Während eines Verhöres nannte Römer den 20. 2. 1933. In seiner Stellungnahme gegenüber der Gestapo gab er hingegen das Datum mit dem 12. 2. 1933 an. BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 140, Aussage Römers vom 2. 8. 1934 und Stellungnahme Römers.

1180 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 140, Aussage Römers vom 2. 8. 1934.

genommen, um von einem geheimen Ort aus die geschäftlichen Dinge abzuwickeln.[1181] Das Büro wurde, als alle Spuren beseitigt worden waren, spätesten Ende März 1933 aufgelöst.[1182]

Kippenberger beabsichtigte aber, auch nachdem sämtliche öffentliche Erscheinungsformen des „Aufbruch"-Projektes eingestellt worden waren, vorhandene Kontakte zwischen den Verbindungsleuten der einzelnen AAK aufrecht zu erhalten.[1183] Bottländer will ihm in dieser Zeit „die Adressen der einzelnen ‚AAK's' und ‚Aufbruchvertriebsstellen' übergeben" haben, nachdem auf den üblichen Wegen nicht mehr Verbindung gehalten werden konnte: „Er war der Ansicht, daß eine Verbindung unter den einzelnen Stellen des ‚Aufbruchs', insbesondere die Verbindung mit der Zentrale des ‚Aufbruchs' nur noch über den Parteiapparat möglich sei."[1184] Bottländer, dem weiterhin die Zusammenstellung von Stimmungsberichten oblag, erhielt daraufhin „über ‚Lotte' [d.i. Aenne Kerff] aus einzelnen Bezirken, z.B. Hamburg, München, Kassel", die regionalen Angaben der einzelnen AAK-Leiter oder „Aufbruch"-Vertrauensleute, aus denen er „Sammelberichte fertigte und diese dann wieder über Lotte an die Parteistellen weiterleitete." Auch die Kontaktaufnahme zur endgültigen Abrechnung der noch bestehenden Ausstände, musste nun über den Parteiapparat erfolgen.[1185]

Die illegale Arbeit mittels der „Aufbruch"-Organisation währte jedoch nicht lange: „im Mai oder Juni 1933 hörten dann allmählich all diese Tätigkeiten auf, weil die ‚Aufbruchkreise' in vollständige Auflösung gerieten. Die führenden Leute waren zum Teil verhaftet, zum Teil waren sie ins Ausland geflohen."[1186] Bottländer erinnert sich, dass Kippenberger, der weiterhin Berichte an die Parteiführung schicken wollte, ihn dennoch zur Fortführung seiner Tätigkeit ermuntert habe, da er „glaubte, [er] könne die Verbindung mit den auseinandergelaufenen ‚Aufbruchkreisen' aufrecht erhalten und in der alten Weise Stimmungsberichte liefern. Als [Bottländer] ihm erklärte, daß das nicht möglich sei, verlangte [Kippenberger], daß [er] selbst Stimmungsberichte auf Grund eigener Wahrnehmung machen solle." Bottländer entsprach den Anweisungen seines Vorgesetzten und gab für kurze Zeit seine Berichte über „Lotte" an ihn weiter. Bald darauf wurde er aber von Kippenberger nach Holland geschickt, um Informationen über Marius van der Lübbe, dem mutmaßlichen Brandstifter des Reichstagsgebäudes, zu sammeln.[1187]

1181 Dem gegenüber erklärte Bottländer, dass er selbst für die Abwicklung der geschäftlichen und finanziellen Angelegenheiten verantwortlich gewesen sei. Ebenda, Bd. 3, Bl. 94, Aussage Bottländers vom 4. 6. 1934.

1182 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 277-300, Urteil gegen Th. Bottländer, hier: Bl. 289. Römer will zum 1. April 1933 eine neue Arbeitsstelle angenommen und damit sämtliche Funktionen für den „Aufbruch" beendet haben. Siehe: Stellungnahme Römers.

1183 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 200, Aussage von Bottländer vom 3. 12. 1934.

1184 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 94, Aussage von Bottländer vom 4. 6. 1934.

1185 Ebenda. Zu einzelnen Verbindungsleuten hielt Bottländer, soweit es ihm möglich war, auch persönlich den Kontakt aufrecht. Sein Aktionsradius beschränkte sich wegen der konspirativen Arbeitsmethoden aber bald auf Berlin. BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 277-300, Urteil gegen Th. Bottländer, hier: Bl. 292

1186 BArch ZC 6329, Bd. 3, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 95, Aussage von Bottländer vom 4. 6. 1934.

1187 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 277-300, Urteil gegen Th. Bottländer, Bl. 293.

Die Machtübernahme der NSDAP bedeutete nicht nur das Ende der „Aufbruch"-Organisation, sondern auch einen radikalen Einschnitt in das Leben der meisten Mitarbeiter, die als Abtrünnige oder kommunistische Spitzenfunktionäre ganz oben auf den Fahndungslisten des neuen Regimes standen.
Als erster wurde Ludwig Renn in der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet und zunächst in „Schutzhaft" genommen, bis das durch die Amnestie eingestellte Verfahren wieder aufgenommen wurde.[1188] „Die Anklage stütze sich", wie er sich erinnert, nachdem ihm keine militärischen Schulungen nachgewiesen werden konnten, „nur noch auf einen Artikel über „Die Soldatenwerbung und Taktik unter Friedrich dem Großen", den ich unter meinem Namen in der Zeitschrift „Aufbruch" veröffentlicht hatte".[1189] Für dieses Vergehen wurde er am 16.01.1934 zu dreißig Monaten Zuchthaus verurteilt, konnte aber im Januar 1936 über die Schweiz nach Spanien flüchten, wo er im Bürgerkrieg seine militärischen Kenntnisse als Kommandeur des „Thälmann-Batallions" und Stabschef der XI. Internationalen Brigade einsetzte. 1939 zwischenzeitig in Frankreich interniert, gelang Renn schließlich über Großbritannien und die USA die Flucht nach Mexiko, wo er von 1941 bis 1946 Präsident der Bewegung „Freies Deutschland" wurde. Ein Jahr darauf kehrte er nach Deutschland in die sowjetische Zone zurück und trat der SED bei. In Dresden wurde Renn an der Technischen Hochschule Professor für Anthropologie und Leiter des Kulturwissenschaftlichen Instituts. 1948 erhielt er den Vorsitz des Kulturbundes in Sachsen und 1949 die Ehrendoktorwürde der TH Dresden. 1952 zog sich Renn aus Lehre und Politik zurück und lebte als Schriftsteller in Berlin (Ost). Renns Werke erreichten in der DDR eine Millionenauflage. 1969 wurde er zum Ehrenpräsident der Akademie der Künste ernannt und übte bis 1975 diese Funktion aus. Am 21.07.1979 verstarb Ludwig Renn in Berlin (Ost).
Der zweite „Aufbruch"-Mitarbeiter, der verhaftet wurde, war Josef „Beppo" Römer. Er wurde am 1. März in „Schutzhaft" genommen, da er nach eigener Aussage wegen seiner scharfen antifaschistischen Äußerungen im „Aufbruch" und seinen öffentlichen Reden den neuen Machthabern ein Dorn im Auge gewesen war. Die Haftbedingungen, denen Römer ausgesetzt war, führten zu einem vierwöchigen Aufenthalt im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses.[1190] Die Voruntersuchung zu einem angestrebten Prozess, die sich vor allem auf seinen „Aufbruch"-Artikel „Die Probleme des Partisanenkrieges" konzentrierte, wurde zunächst eingestellt und Römer wurde am 9. Mai mit der Auflage entlassen, sich nach zwei Tagen beim Ministerialrat Rudolf Diels im Polizeipräsidium zu melden.[1191] Diels will nach Aussage Römers versucht haben, ihn als Spitzel anzuwerben, um ihn im Auftrage der Gestapo ins Ausland zu schicken. Dort sollte er nicht nur gegen die ausländische Hetze gegen das nationalsozialistische Deutschland vorgehen, sondern primär das ZK der Exil-KPD lokalisieren. Die

[1188] Vgl. zu den folgenden biographischen Angaben: Weber, Deutsche Kommunisten, S. 608.
[1189] SAPMO im BArch SgY 30/2098, Erinnerungen L. Renn: „In proletarischen Sportlagern", Bl. 21.
[1190] BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 140, Aussage Römers vom 2. 8. 1934. Vgl. zu den folgenden biographischen Angaben: Weber, Deutsche Kommunisten, S. 621.
[1191] BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 140, Aussage Römers vom 2. 8. 1934.

Gestapo hatte gehofft, über Römer Verbindungen zur Unterwanderung der Parteiführung aufbauen zu können. Auch die Herausgabe eines Exil-„Aufbruchs" zur Tarnung von Römers eigentlichen Aufträgen sei erwogen worden.[1192] Nach seiner Entlassung suchte Römer umgehend Kontakt zu Bottländer, und erklärte, dass er nur zum Schein auf das Angebot eingegangen sei. Er wolle seine neuen Verbindungen zur Gestapo in den Dienst der KPD stellen. In einem späteren Gestapo-Verhör gab Römer an, dass Bottländer ihn jedoch für einen Spitzel hielt und nach Rücksprache mit der illegalen KPD erklärte habe, dass die Partei die weitere Zusammenarbeit ablehnen müsse.

Römer nutzte seine neu gewonnene Freiheit, tauchte unter und lebte illegal in Berlin bei einem Freund, dem Kommunisten Fritz Riedel, über den er wieder Kontakte zur illegalen KPD aufnehmen konnte.[1193] Spätestens ab November 1933 wurde gegen Römer erneut Haftbefehl erlassen, woraufhin er steckbrieflich gesucht wurde. Am 1. Juli 1934 wurde er gefasst und das unterbrochene Ermittlungsverfahren wieder aufgenommen. Diesmal akzeptierten die Justizbehörden keine nationalbolschewistischen Halbheiten mehr, die er zuvor zu seiner Selbstverteidigung angeführt hatte, und sein Verhalten nach der ersten Verhaftung wurde „als weiterer Beweis dafür [angesehen], dass *Römer* überzeugter Kommunist ist".[1194] Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurde Römer zunächst ins Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit gebracht, dann aber bald ins berüchtigte Berliner Columbia-Haus verlegt. Die Haftbedingungen verschlimmerten seine Leiden aus einer Kriegsverletzung und es ist zu vermuten, dass aus diesem Grunde das Verfahren am 14.03.1935 erneut eingestellt wurde. Römer gelangte daraufhin aber nicht in Freiheit, sondern wurde nach einem Aufenthalt im Staatskrankenhaus unter Haftbedingungen Anfang September 1936 in das KZ Dachau überführt, das er erst im Sommer 1939 nach entbehrungsreichen Jahren verlassen konnte.[1195]

Römer entfaltete daraufhin umfangreiche Aktivitäten als Widerstandskämpfer. Er nahm umgehend nach seiner Entlassung wieder Verbindungen zu seinen alten kommunistischen Freunden auf. Gemeinsam mit Fritz Riedel baute er langsam eine kleine Gruppe auf, in der sich bald auch die „Oberländer" Hans Hartwimmer und Wilhelm Olischewski einfanden. Römer nutzte seine alten militärischen Verbindungen und konnte über Bernhard Mumm von Schwarzenstein und Nikolaus von Halem Kontakte zur Industrie, zur Berliner Stadtkommentatur und zum Auswärtigen Amt aufnehmen, die ihn mit kriegswichtigen Informationen versorgten.[1196] Später konnten diese Verbindungen bis zum Grafen Yorck von Wartenburg oder Dr. Sauerbruch ausgeweitet werden. Unterdessen hatte Römer

---

1192 BArch ZC 6329, Bd. 4, Strafsache gegen Th. Bottländer, Bl. 144, Aussage Römers vom 2. 8. 1934.

1193 Bindrich, Beppo Römer, S. 51.

1194 BArch R 1501/20048, Bl. 323, Notiz der NSS im RMdI, vom 30. 11. 1933. Darin heißt es, dass er „sein vor der Entlassung aus der Haft dem damaligen Inspektor des Geheimen Staatspolizeiamtes, Herrn Ministerial-Rat Diels, gegebene Versprechen, für die Geheime Staatspolizei zu arbeiten, nicht gehalten [habe]. Römer hat damals das ihm gezeigte Entgegenkommen damit gedankt, daß er seine Abmachungen sofort der K.P.D. mitteilte". Vgl. auch: Bericht des Geheimen Staatspolizeiamts, Berlin, den 3. 9. 1934, „Betrifft: Dr. Beppo Josef Nikolaus *Römer*", Berichterstatter: Müller; hier nach: Bindrich, Beppo Römer, S. 179ff.

1195 Bindrich, Beppo Römer, S. 51f.

1196 Ebenda, S. 54f.

seinen ehemaligen Weggefährten vom „Aufbruch“, Alexander Graf Stenbock-Fermor, wieder getroffen und sie beschlossen ihren Widerstand zu vereinigen. Die Gruppe verfasste Flugschriften und Flugblätter, die zumeist Fragen des Krieges und der innenpolitischen Situation behandelten und verbreitete sie in kleiner, überschaubarer Zahl. In dieser Zeit heiratete Römer seine alte Jugendliebe Hilde (geschiedene Goetz, geborene Klein). Ab dem Sommer 1941 versuchte sich die Gruppe zu vergrößern und nahm Kontakt zu alten Mitkämpfern, darunter auch Richard Scheringer, auf.[1197] Im Zuge dieser Bemühungen konnten Verbindungen zur „Roten Kapelle“ um Arvid Harnack, Adam Kuckhoff und Harro Schulze-Boysen sowie zu den Widerstandsgruppen um Robert Uhrig und Wilhelm Knöchel aufgenommen werden. Im Herbst 1941 wurde versucht die Kräfte zu bündeln und alle, bislang autonom arbeitenden Gruppen unter einer einheitlichen Leitung zu vereinen. Es wurde ein gemeinsamer „Informationsdienst“ herausgegeben, dessen Verteilung aus konspirativen Gründen aber auf die Leiter der einzelnen Widerstandsgruppen beschränkt blieb. Im Januar 1942 wurden Römer und seine Gefährten enttarnt und die Gestapo konnte auf einen Schlag fast die gesamte Gruppe ausheben. Während der ersten Verhaftungswelle wurden allein in Berlin 66 Widerstandskämpfer gefasst; die Zahl stieg in den folgenden Wochen auf über 200 Menschen aus allen Landesteilen.[1198]

Dieses Mal kannte die nationalsozialistische Justiz für den Wiederholungstäter keine Gnade mehr. Am 19. Juni 1944 wurde Römer vom Volksgerichtshof unter dem Vorsitz Freislers, der den ambivalenten Lebensweg des Angeklagten betonte, zum Tode verurteilt.[1199] Wenige Wochen später, am 25. September 1944, wurde das Urteil durch das Fallbeil im Gefängnis Brandburg-Görden vollstreckt.

Als dritten traf es Rudolf Rehm, der am 10. März 1933 kurzzeitig verhaftet worden war. Er wurde aber wegen seiner schweren Kriegsschädigung wenige Tage darauf, nachdem er eine Erklärung abgegeben hatte, sich künftig nicht mehr politisch zu betätigen, wieder freigelassen.[1200] Im Sommer des Jahres war er arbeitslos und musste aus finanziellen Gründen wieder bei seinem Vater wohnen.[1201] Weitergehende Informationen zu Rehms Lebensweg konnten nicht aufgefunden werden.

Korn blieb zunächst von einer Verhaftung verschont und konnte noch bis 1935 „allgemein[e] illegale Arbeit” für die KPD leisten, bevor die Kontakte zum Parteiapparat abbrachen.[1202] Er wurde erst

---

[1197] Ebenda, S. 58ff.

[1198] Ebenda, S. 61ff.

[1199] Stenbock-Fermor, Der rote Graf, S. 427. Dort wird ein Brief von Lutz Römer an Stenbock-Fermor zitiert, in dem ein Auszug aus Freislers Urteilsbegründung wiedergegeben wird: „In der Anklagerede sagte Freisler ungefähr, es gäbe zwei Beppo Römer, der eine sei in die Geschichte eingegangen – als tapferer Nationalist, Führer des Freikorps Oberland, Erstürmer des Annaberges gegen die Polen. Vor diesem Mann könne man sich nur verneigen. Aber dann gebe es einen zweiten Beppo Römer – den Kommunisten, Hochverräter, glühender Hasser von Adolf Hitler. Dieser Beppo Römer müsse aus der deutschen Volksgemeinschaft ausradiert werden.“

[1200] SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 7, Bericht von Hans Kippenberger („Alex“) über die Personalpolitik des zentralen und des militärpolitischen Apparates, vom 2. 2. 1936, Bl. 158. Darin heißt es, dass Rehm nicht nur wegen seiner Kriegsverletzung, sondern auch auf Intervention hoher nationalistischer Stellen wieder freigelassen worden sei; weiter heißt es dort: „Dass er Verrat geübt hat, ist nicht sichtbar geworden.”

[1201] BArch ZC 10756, Bd. 6, Bl. 896, Aussage Rehms vom 10. 8. 1933.

[1202] SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 7, Bericht von Hans Kippenberger („Alex“) über die Personalpolitik des zentralen und des militärpolitischen Apparates, vom 2. 2. 1936, Bl. 158.

1944 festgenommen und wegen Vorbereitung zum Hoch- und Kriegsverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.[1203] Auch Korn entschied sich nach dem Krieg für die DDR, wo er zwischen 1945 und 1949 Vorsitzender des Kulturbundes in Sachsen und ab 1948 Vorsitzender der sächsischen NDPD gewesen ist. Von 1949 bis 1958 war er für die NDPD Abgeordneter der Volkskammer. Korn starb am 06.11.1970 in Kleinmachnow.

Stenbock-Fermor hatte vergleichbares Glück und konnte, da er zunächst nicht auf den Fahndungslisten stand, bei Verwandten und Freunden in Berlin, Leipzig und Halle untertauchen.[1204] Im April 1933 wurde er aus dem Schutzverband deutscher Schriftsteller ausgeschlossen. Er entschied sich gegen die Emigration und wollte den Nationalsozialismus in Deutschland überstehen; und wenn möglich den (kommunistischen) Widerstand unterstützen. Im Herbst, nachdem die ersten Verhaftungswellen vorüber waren, beschloss Stenbock-Fermor sich polizeilich zu melden. Er hoffte, da er inzwischen mittellos war, wieder eine journalistische oder schriftstellerische Arbeit aufnehmen zu können. Der nationalsozialistische Staat nahm ihn jedoch umgehend in Schutzhaft. Kurz darauf wurde auch die erst 1929 vollzogene Einbürgerung widerrufen, was Stenbock-Fermor schlagartig in den Status eines staatenlosen und nur geduldeten Ausländers versetzte. Es gelang ihm dennoch mit der Hilfe von Freunden noch in der Haft eine unpolitische Erzählung zu veröffentlichen, wodurch die ärgsten finanziellen Nöte behoben werden konnten. Dieser kleine Erfolg und seine Entlassung im Dezember 1933 nährte seine Hoffnung, sich wieder als Schriftsteller etablieren zu können. Ein Wunsch der zunächst nicht in Erfüllung zu gehen schien: ein erster Ausweisungsbescheid, der ihn nur wenige Wochen später erreichte, konnte in letzter Minute durch einflussreiche Hamburger Freunde, bei denen er Aufnahme gefunden hatte, abgewendet werden. Um wieder arbeiten zu können, trat Stenbock-Fermor in die Reichsschrifttumkammer ein, um vordergründig seine Akzeptanz des nationalsozialistischen Staates zu bekunden.

Im Sommer 1934 traf er Beppo Römer in Berlin wieder und beide begannen mit dem Aufbau einer kleinen Widerstandsgruppe, die sich hauptsächlich auf die Münchner „Aufbruch"-Gruppe und ehemalige Oberländer stützte. Dieser Versuch scheiterte aber bereits während der Gründungsphase, nachdem Römer im Zuge der Verhaftungswelle vom 30. Juni (der sog. Röhm-Putsch) erneut festgenommen wurde. Stenbock-Fermor, der sich mit einigen journalistischen Arbeiten und mit Hilfe von Freunden notdürftig über Wasser halten konnte, war fortwährend von der Ausweisung bedroht. Seine Aufenthaltsgenehmigung blieb stets befristet und musste jährlich neu beantragt werden. Nach dem Attentat auf Hitler vom 08.11.1939 wurde er von neuem verhaftet; am selben Tag aber bereits wieder entlassen. Die Gestapo hatte ihn in einem Verhör lediglich über seine Beziehungen zu Otto Strasser und Richard Scheringer befragt. Im Juni 1940 nahmen Stenbock-Fermor und Römer, die

[1203] Coppi, Aufbruch, S. 56, FN 149.
[1204] Sämtliche Angaben zu Stenbock-Fermor beruhen auf seiner Autobiographie: Stenbock-Fermor, Der rote Graf.

sich zufällig in Berlin wieder getroffen hatten, erneut ihre Pläne zum Aufbau einer Widerstandsgruppe auf und schlossen sich bald mit der Gruppe um Willy Sachse zusammen. Gemeinsam wurde die Widerstandsgruppe „Revolutionäre Arbeiter und Soldaten“ (RAS) gegründet, die in kleiner Auflage die Flugschrift ‚Informationsdienst’ verteilte. Als Römer die kleine, auf persönliche Kontakte begrenzte RAS im Herbst 1941 der ungleich größeren Gruppe um Robert Uhrig anschließen wollte, zog sich Stenbock-Fermor zurück. Er hatte bedenken, dass die neue Gruppe zu groß und damit leicht zu infiltrieren und enttarnen sei.

Eine Entscheidung, die ihm das Leben retten sollte: als die vereinte Widerstandsgruppe im Februar 1942 aufflog, blieb er zunächst von Verfolgung verschont. Stenbock-Fermor hatte unterdessen, um nicht aus der Schrifttumskammer entlassen zu werden, was seinen Aufenthaltsstatus ernstlich gefährdet hätte, damit begonnen, leichte Unterhaltungslektüre für Frontsoldaten zu verfassen. Als sich im Laufe der nächsten zwei Jahre die Untersuchungen der Gestapo häuften und weiterhin das Damoklesschwert der Ausweisung über seinem Haupte schwebte, entschloss sich Stenbock-Fermor im Herbst 1944 freiwillig zur Wehrmacht zu melden, um erwarteten staatlichen Zwangsmaßnahmen zu entgehen. Seine Einheit wurde nach kurzem Gefecht in Mecklenburg-Vorpommern von der Roten Armee überrollt. Eine Situation, in der ihn seine russischen Sprachkenntnisse und familiäre Verbindungen zu den Kropotkins vor der Gefangenschaft bewahrten. Die sowjetische Militäradministration setzte Stenbock-Fermor umgehend in der Verwaltung ihrer Zone ein, so dass er ab dem Mai 1945 das Kulturamt in Neustrelitz leitete. Im August 1945 wurde er Mitglied in der mecklenburgischen Landesleitung des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“. Und im November wurde er vom sowjetischen Stadtkommandanten zum Oberbürgermeister von Neustrelitz und Strelitz-Alt ernannt.

Ab 1946 arbeitete Stenbock-Fermor als Drehbuchautor für die DEFA, für die er gemeinsam mit Joachim Barckhausen u.a. die Vorlagen zu den Filmen „Grube Morgenrot“, „Dr. Semmelweis“, „Das Fräulein von Scuderie“, „Tillmann Riemenscheider“ oder „Der schweigende Stern“ verfasste. In dieser Zeit siedelte er nach Berlin (West), in den bürgerlichen Stadtteil Wilmersdorf, über. 1952 wurde er in die Leitung des ostdeutschen Ablegers des PEN-Clubs gewählt, die er 1961, als die Sektion zum PEN-Club der DDR umgewandelt wurde, verlassen musste, da er weiterhin im Westteil der Stadt wohnen blieb. Stenbock-Fermor, um den es im Alter zunehmend ruhig wurde, verstarb am 08.05. 1972.

Nach einer kurzfristigen Festnahme im März 1933 konnte Hans Hubert von Ranke bis in den Herbst 1934 seine illegalen Arbeiten für den AM-Apparat fortführen. Im Oktober des Jahres emigrierte er zunächst in die Schweiz und dann nach Frankreich, wo er als Quartiermacher ein enger Mitarbeiter Hans Kippenbergers blieb. Später trat er unter dem Decknamen Mathias Bresser den Internationalen Brigaden in Spanien bei, wo ab Ende 1936 für den republikanischen Nachrichtendienst arbeitete. Ab 1937 kam es zum schrittweisen Bruch mit der KPD, nachdem er zunächst ohne

Erlaubnis der Partei Spanien in Richtung Frankreich verlassen hatte. Bald darauf veröffentlichte er eine kritische Broschüre zum Spanischen Bürgerkrieg, die von der KPD scharf angegriffen wurde. 1938 kam es zum endgültigen Bruch. Ranke ließ sich daraufhin als Arbeitssoldat verpflichten und arbeitete für den französischen Nachrichtendienst. Nachdem er im Juni 1940 nach Bordeaux geflüchtet war, wurde er kurzzeitig als Hilfsdienstsoldat in Algier eingesetzt. Bis er sich 1942 der gaullistischen Résistance anschloss, lebte er unter den Decknamen Henri-Georges Frank und Hubert Martin im unbesetzten Teil Frankreichs. Nach dem Krieg schrieb Ranke für verschiedene französische und deutsche Zeitungen; zuletzt arbeitete er als Redakteur des Bayrischen Rundfunks. 1960 zog es ihn wieder in seine Geburtsstadt München, wo er am 31.03.1978 im Alter von 76 Jahren verstarb.
Bottländer wurde, nach kurzer Inhaftierung im März 1933, aus Mangel an Beweisen wieder entlassen. Die KPD plante daraufhin, zum Schutz ihres wertvollen Nachrichtendienstfunktionärs, Bottländer im Juli abzulösen und in die Sowjetunion zu beordern, was sich jedoch bis in den Oktober 1933 hinein verzögerte. Im selben Monat wurde er nach eigener Darstellung durch einen dummen Zufall erneut festgenommen: eine Freundin und Mitbewohnerin seiner Lebensgefährtin, die ebenfalls für die KPD arbeitete und gegen die polizeilich ermittelt wurde, hätte aus Selbstschutzgründen ihre gemeinsame Adresse zur Ablenkung angeben, ohne zu Wissen, dass Bottländer für den AM-Apparat tätig war. Dort wurde ein Koffer mit militärpolitischem Material gefunden:

Bottländer „wurde - durch seine Vorstrafe - als Kommunist identifiziert. Er bezog die Linie eines Journalisten und erklärte den Besitz der Bücher mit dieser Tätigkeit aus der Zeit vor der Illegalität. Tatsächlich hat man ihm eine weitere Tätigkeit nicht nachweisen können und er hoffte, relativ unversehrt davon zu kommen."[1205]

Erst später erkannte ihn im Gefängnis ein KPD-Funktionär, der Bottländer als Mitarbeiter im Zentralen Apparat entlarvte. Im darauf folgenden Prozess 1935, in dem Bottländer nicht ohne Erfolg versuchte seinen Aufgabenbereich im AM-Apparat allein auf die „Aufbruch"-Arbeit zu beschränken, wurde er zu 3 ½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Noch vor Verbüßung seiner regulären Haftzeit wurde Bottländer in die Berliner Gestapo-Zentrale verlegt, wo seine vorzeitige Entlassung von einer etwaigen zukünftigen Tätigkeit als Spitzel für die Gestapo abhängig gemacht wurde.[1206] Hermann Dünow, der Nachfolger Kippenbergers als Chef des AM-Aparates, berichtete, dass die Bemühungen Bottländer zur Zusammenarbeit zu bewegen mit Erfolg gekrönt waren und dazu geführt hätten, „daß er sich bereit fand, eine Reihe von Themen schriftlich für die Gestapo zu behandeln".[1207] Später soll er sogar Vorträge vor Gestapo-Kommissaren gehalten haben. Dieses Material soll dann bei Verhören verwertet worden sein.

[1205] SAPMO im RY 1/88, Mappe 7, Bericht von Hans Kippenberger („Alex") über die Personalpolitik des zentralen und des militärpolitischen Apparates, vom 2. 2. 1936, Bl. 48.
[1206] Coppi, Aufbruch, S. 48.
[1207] SAPMO im BArch NY 4166/2, Bl. 60f., Erinnerungen Dünows aus seinem Nachlass.

1938 wurden Bottländer und seine englische Freundin Mary nach Paris geschickt, wo er den Kontakt zur KPD-Auslandszentrale suchte. Dort habe er erklärt, dass er nur zum Schein auf das Angebot der Gestapo eingegangen sei und seine neuen Verbindungen für die Partei ausnutzen wolle.[1208] Die KPD glaubte ihm nicht, wies ihn ab und gab Warnungen in ihren Zeitschriften heraus, wo er als Verräter am Kommunismus und Gestapo-Spitzel gebrandmarkt wurde.[1209] Kerff vermutete dass Bottländer, nachdem er von der KPD abgewiesen worden war, „wahrscheinlich mit seiner Freundin nach England [gegangen war]. Er soll nach dem Kriege, als englischer Offizier gekleidet, in Westdeutschland aufgetaucht sein. Nachdem die Partei ihm misstraute hatte er keinen anderen Ausweg zu überleben."[1210]

Kippenberger verbrachte die ersten Monate unter der Regierung Hitler in strengster Illegalität und war, entsprechend seiner Funktion im AM-Apparat, führend beim Aufbau der illegalen Parteiorganisation beteiligt. Im Herbst 1933 wurde er nach Paris beordert und später über Prag nach Moskau bestellt. Im Zuge parteiinterner Machtkämpfe der Exil-KPD wurde Kippenberger auf der so genannten „Brüsseler Konferenz" 1935 bei Moskau all' seiner Ämter enthoben und nicht mehr in das ZK der Partei gewählt. Er hatte auf das falsche Pferd gesetzt und die Gegenspieler Ulbrichts und Piecks unterstützt. Mit der Niederlage der Gruppe um Schumann und Schulte hatte er seinen Schutz in der Partei verloren.[1211] Zum Widersacher der Parteiführung erklärt, wurde mit seiner Arbeit als Chef des AM-Appartes hart ins Gericht gegangen.[1212] Durch die Verhaftung Thälmanns, für dessen persönliche Sicherung sein Apparat verantwortlich gewesen war, war Kippenberger direkt angreifbar. Ungeachtet der im selben Bericht getroffenen Feststellung, dass für Thälmanns Festnahme bislang noch keine Gründe gefunden werden konnten, wurde der Vorwurf primär gegenüber Kippenberger erhoben. Er habe die Gefahr für den Parteiführer unterschätzt und bei seiner Aufgabe total versagt. Ihm wurden falsche Arbeitsmethoden und die „politisch verantwortungslose" Vernachlässigung der Abwehrarbeit vorgeworfen; was beides den Einbruch der Gestapo in den AM-Apparat überhaupt erst ermöglicht hätte. Bereits während der Legalität der Partei sei seine Organisation „absolut unkonspirativ aufgebaut" gewesen.[1213] Obwohl an dieser Entwicklung eine Mitschuld der damaligen Parteiführung und sogar der KomIntern eingestanden wurde, wurde allein Kippenberger für diese Fehler zur Verantwortung gezogen.

[1208] SAPMO im BArch NY 4166/2, Bl. 60f., Erinnerungen Dünows aus seinem Nachlass. Diese Aussage wird bestätigt bei: SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 7, Erinnerungen Aenne Kerff.

[1209] Die Internationale, Jahrgang 1938, Nr. 5/6, nach: SAPMO im BArch NY 4166/2, Bl. 60, Nachlass Dünow.

[1210] SAPMO im BArch SgY 30/1940, Bl. 7, Erinnerungen Aenne Kerff.

[1211] Vgl. zu den folgenden Angaben: Weber, Deutsche Kommunisten, S. 370f., Feuchtwanger, Der Militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1928-1935, Erinnerungen, S. 511, 519 & 526 sowie SAPMO im BArch SgY 30/1940, Erinnerungen Aenne Kerff. Siehe zu Kippenbergers Aburteilung in der SU auch: Weber, „Weiße Flecken" in der Geschichte; Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung.

[1212] SAPMO im BArch RY 1/88, Mappe 5, Bericht von Mertens: „Bericht über die Untersuchung des mil.pol. Apparates der KPD.", vom 10. 2. 1936.

[1213] Ebenda, Bl. 79.

Auch das „Aufbruch"-Projekt bildete, ohne es offen auszusprechen, einen wesentlichen Bestandteil der verurteilenden Kritik. Kippenberger habe falsche Prioritäten gesetzt und die Aufgaben des Apparates falsch gewichtet: anstatt die Abwehrarbeit, die nach der Zerschlagung der KPD-Organisation eine größere Bedeutung erlangen musste, zu forcieren, hätte die Tätigkeiten des AM-Apparates „viel zu sehr auf das Gebiet ausgesprochener Spionagetätigkeit über[gegriffen]".[1214] Nach Auffassung der Exil-KPD wurde „ein grosser Teil der Zeit und Kräfte [...] verschwendet auf die Gewinnung und Bearbeitung solcher Elemente, die der Partei relativ wenig Nutzen bringen konnten, (Freikorpsleute usw.), während die massenmässige Erziehung der Partei, die Konzentration auf die Frage der Abwehr, der Erziehung der Partei zum Kampf gegen die Provokation fehlte". Die Folge von Kippenbergers falscher Strategie, die er jedoch niemals allein und ohne Zustimmung der Parteiführung hätte beschließen können, sei gewesen, „dass in dem Apparat überhaupt sehr stark solche Elemente eingedrungen sind, die vorher ausgesprochene Feinde des Proletariats waren, [...] die bis vor kurzem aktive faschistische Funktionäre waren".[1215] Dass diese Entwicklung seiner Zeit von der Parteiführung eingefordert worden war, wurde hier selbstverständlich nicht erwähnt. Der Berichterstatter hatte auch sogleich eine Erklärung für die fehlerhafte Arbeitsweise Kippenbergers parat: seine kleinbürgerliche Herkunft! Sie wurde zwar nicht grundsätzlich verurteilt,

denn „er bemüht[e] sich sehr stark, Kontakt zu den proletarischen Schichten der Partei zu finden, [zog] auch Proletarier in die Funktion mit hinein, seine Hauptarbeit leistet[e] er aber doch mit kleinbürgerlichen und intellektuellen Elementen, wahrscheinlich, weil die Arbeit dadurch für ihn leichter [wurde]. Aus seiner kleinbürgerlichen Erziehung und Einstellung heraus, sind auch eine Reihe seiner Fehler zu erklären."[1216]

Der Umstand, dass Kippenberger Teile seiner Arbeit, wegen der Glaubwürdigkeit unter den anvisierten Gruppen allein mit bürgerlichen Elementen durchführte, wurde in der Kritik nicht berücksichtigt. Das „Aufbruch"-Projekt hatte nicht die erwarteten Erfolge zu verzeichnen gehabt und wurde daher im Nachhinein als überflüssiges, ja sogar kontraproduktives und gefährliches Unterfangen verurteilt.

Die persönlichen Folgen waren für Kippenberger selbst, aber auch für seine Angehörigen, gravierend: in Moskau zunächst als Industriearbeiter in einem Betrieb tätig, wurde er mit seiner Lebensgefährtin Aenne Kerff am 05.11.1936 im Moskauer Hotel Sojusnaja vom NKWD verhaftet und in einem Geheimprozess der „Spionage und Teilnahme an einer konterrevolutionären terroristischen Organisation" beschuldigt! Am 03.10.1937 wurde Hans Kippenberger zum Tode verurteilt und erschossen. Aenne Kerff überlebte die acht Jahre Lagerhaft, zu der sie im September 1938 verurteilt worden war, und wurde 1946 entlassen. 1948 konnte sie, nachdem sie den Bulgarischen Kommunisten Dino Kjossew geheiratet hatte, nach Sofia ausreisen. Auch Kippenbergers Frau Thea, von der er

[1214] Ebenda, Bl. 78f.
[1215] Ebenda, Bl. 92.
[1216] Ebenda, Bl. 90f.

bereits seit 1930 geschieden war, wurde in Sippenhaft genommen und 1938 zu einer mehrjährigen Haftstrafe im Arbeitslager verurteilt. Sie verstarb nur ein Jahr darauf in Sibirien und hinterließ zwei Töchter, die nach verschiedenen Lebens- und Arbeitsstationen in der Sowjetunion und der DDR 1978 bzw. 1981 in die Bundesrepublik ausreisten. 1957 wurden Hans und Thea Kippenberger durch das Militärtribunal des Moskauer Militärbezirks posthum rehabilitiert, was durch die SED für die DDR geheim gehalten worden war.

3.4 Zum Inhalt des „Aufbruchs"

Obwohl er sich anfangs das äußere Erscheinungsbild einer nationalrevolutionären Zeitschrift gab, war der „Aufbruch" zu keinem Zeitpunkt ein Diskussionsforum in dem widerstrebende Ansichten geäußert wurden, anhand derer ein so genannter „3. Weg", eine Position zwischen NSDAP und KPD, gefunden werden sollte.[1217] Im Gegensatz zu nationalrevolutionären Blättern wurde zu keiner Zeit versucht, eine eigenständige Ideologie herauszubilden, die eine erneuerte oder genuine Fusion aus Nationalismus und Sozialismus zum Ziel hatte.[1218] Der „Aufbruch" stand unzweifelhaft im Dienste der kommunistischen Parteipropaganda und sollte mittels Themata, von denen angenommen wurde, dass sie zweifelnde Nationalsozialisten bzw. Nationalrevolutionäre ansprechen und Interesse für die (nationale) Politik der KPD wecken würden.

Das erste Ziel der Zeitschrift, wie der nationalen Propaganda der KPD insgesamt, war die Zersetzung des Gegners, indem durch die Herausstellung von Widersprüchen in Wort und Tat Zweifel an der NSDAP-Führung gesät werden sollte. Anfangs war als Anknüpfungspunkt aber nicht wie in der Scheringer-Propaganda die Aussicht auf einen nationalen Befreiungskrieg, sondern der (angenommene) größte gemeinsame Nenner ausgewählt worden: die Einigkeit in der Negation, die Zerstörung der Weimarer Republik und des Kapitalismus. Der „Aufbruch" sollte den Beweis erbringen, dass die Führung der NSDAP ihre alten sozial- und nationalrevolutionären Ziele zugunsten einer kapitalistischen, republiktreuen Politik aufgegeben hätte. Derartige ‚Entlarvungs'-Artikel sollten ihren Verrat dokumentieren und damit die Integration der Partei in das verhasste Weimarer System beweisen. ‚Erkenntnis'-Artikel, in denen einzelne Dissidenten anhand ihres persönliches Lebensweges die Richtung vorgaben und ihre politische Einsicht in die Überlegenheit des Marxismus-Leninismus schilderten, sollten Lösungswege aufzeigen. Ihr Vorbild sollte die Notwendigkeit eines Frontwechsels betonten. Erst ab Herbst 1931 versuchte der „Aufbruch" anhand von linientreuen Stellungnah-

[1217] Dieser Wandel zeigte sich deutlich im Erscheinungsbild. Anfangs wurden auch bürgerlich-demokratische Reformer bzw. Radikale des 19. Jahrhunderts zitiert oder gewürdigt (u.a. Georg Herwegh, Fhr. vom Stein oder Clausewitz). Ihre Nennung wurde jedoch bald zugunsten bolschewistischer Granden eingestellt.

[1218] Hier seien als Beispiele für derartige nationalrevolutionäre Zeitschriften Niekischs „Widerstand", die bündische Zeitschrift „Die Kommenden", Harro Schulze-Boysens „Gegner", Werner Lass' „Der Umsturz" oder Paetels „Sozialistische Nation" genannt.

men zur nationalen Frage, deren Lösung als gemeinsames Anliegen angenommen wurde, oder zum Problemkreis „Sozialismus vs. Kapitalismus“ auch erste Einblicke in die kommunistische Ideologie zu vermitteln. Neben vereinzelten Beiträgen zum „Fall Scheringer“, zumeist Solidaritätsbekundungen oder Berichterstattungen über die neuesten Entwicklungen im Prozess, machten zunehmend Abhandlungen zum Themenkreis „Militär“ den Inhalt der Zeitschrift aus, wodurch Aufmachung und Profil sichtbar verändert wurden.

Das Gros der Artikel lässt sich in wenige, ihren Absichten bzw. Funktionen entsprechende, Kategorien einordnen. Einige, umfangreichere Artikel konnten dabei zwei oder mehrere dieser Kategorien miteinander verbinden: so sollte Scheringers einleitender Artikel in der ersten Ausgabe durch die Schilderung seiner politischen Erkenntnisse primär als appellatives Vorbild für den Frontwechsel wirken; seinen Entschluss begründete er dabei mit dem Verrat der NSDAP an ihren alten Programmzielen.

Im Bezug auf den Ausdruck und die Wortwahl fällt rasch auf, dass sich der „Aufbruch“ im Vergleich zur Scheringer-Propaganda einer deutlich moderateren Diktion bediente. Der Spielraum der Redaktion – die Zeitschrift sollte ja legal sein und bleiben – war von vornherein eingegrenzt worden; und der AM-Apparat zeigte sich (erfolglos) bemüht, durch Vermeidung direkter Aufrufe zur revolutionären Tat, den Staatsbehörden keinen Grund zum Eingreifen zu geben. Auf die Anknüpfung an allgemein verbreitete Ressentiments glaubten die Verantwortlichen hingegen nicht verzichten zu können, und so blieb auch im „Aufbruch“ Frankreich, als Symbol für Versailles und Ruhrbesetzung, der außenpolitische Hauptfeind. Und so wurde, obwohl wiederholt die Verbundenheit der deutschen mit den französischen Arbeitern betont wurde, das bürgerliche Frankreich (!) mitunter sogar wortwörtlich als „Erbfeind“ bezeichnet – eine fragwürdige Anpassung an vorhandene Animositäten, um Zugang zu den gewünschten Adressaten finden zu können. Ein umfangreich genutztes Stilmittel, auf das der „Aufbruch“ wie die kommunistische Presse im Allgemeinen zurückgriff, war die ausgewählte Zitierung aus der Presse und Literatur der politischen Gegner, um anhand entlarvender Aussagen des Feindes die Richtigkeit der eigenen Position bzw. Argumentation beweisen zu können.

Wortbruch und Verrat – Die ‚Entlarvungs'-Artikel

Artikel, in denen der vermeintliche Wortbruch der NSDAP-Führung dokumentiert und gebrandmarkt wurde, stellten ein festes Grundgerüst des „Aufbruchs“ dar und es wurden in jeder Ausgabe mehrere Beiträge dieser Art abgedruckt. Sie orientierten sich dabei an den üblichen Anklagen der kommunistischen Propaganda an dem vermeintlichen Verrat der NSDAP-Führung und versuchten nachzuweisen, dass sich die Partei – im Gegensatz zur KPD – in das kapitalistische Weimarer System integriert hatte. Seit sie auf legale Weise die Regierungs-Beteiligung anstrebe, sei sie zu keiner revolutionären Veränderung mehr Willens oder fähig. Mit dieser Argumentation sollte an den ver-

muteten Radikalismus der nationalsozialistischen Parteigänger angeknüpft werden, um sie ihrer legalistischen Partei abspenstig machen zu können (Zersetzung). Im besten Fall konnte für kommunistische Positionen interessiert werden, dass einzig und allein die KPD eine revolutionäre Umgestaltung der Wirtschaft und des Staatswesens verwirklichen werde. Da die KPD-Führung von einem ehrlichen Antikapitalismus vieler Nationalsozialisten überzeugt war, konzentrierte sich die Argumentation des „Aufbruchs" stärker auf den Verrat am Sozialismus, als auf den Verrat an der nationalen Befreiung; was zum einem darin begründet lag, dass in der kommunistischen Ideologie letzteres direkt von der sozialen Frage abhing. Zum anderen bildete die aufrichtige Empörung über die Aufgabe des Sozialismus seitens der NSDAP-Führung ein vorzügliches Selektionskriterium, anhand dessen zwischen so genannten ehrlichen und reaktionären Nationalsozialisten unterschieden werden konnte.

Bereits in Scheringers anonymisiertem Artikel, der die erste Nummer des „Aufbruchs" einleitete, fand sich eine ausführliche Gegenüberstellung der alten, revolutionären Forderungen der NSDAP mit der ‚faktischen' Politik ihrer Führung, die das gesamte Spektrum der Anklagen der KPD gegen die Nationalsozialisten beinhaltete. Darin kritisierte er, dass die NSDAP-Führung „nach anfänglichen Scheinkämpfen gegen das System […] ihr faschistisches Gesicht gezeigt" und „aus der revolutionären Bewegung […] die nationalliberale, ‚legale' Partei" gemacht habe.[1219] Sie hätten öffentlich den Sozialismus „über Bord geworfen, die ‚Brechung der Zinsknechtschaft' abgetan, das Privateigentum und die kapitalistische Wirtschaftsordnung bedingungslos anerkannt". Durch ihr Bekenntnis zum Kapitalismus sei die NSDAP – wie alle anderen kapitalistischen Parteien auch – zum Knecht der deutschen wie der ausländischen Kapitalisten geworden, der keine Kraft mehr zur Revolution aufbringe und damit das deutsche Volk weder national noch sozial befreien könne.

Auch Rudolf Rehm ging in derselben Ausgabe auf diesen Punkt ein. Nachdem nicht einmal mehr von einem falschen Sozialismus, „vom Nationalsozialismus als eigener Wirtschaftsform", gesprochen werden könne, könne auch „vom Kampf gegen den Kapitalismus […] keine Rede mehr" sein. Die NSDAP-Führung habe längst ihrer „Sehnsucht nach kapitalistischen Ministersesseln" nachgegeben.[1220] Sie würde stattdessen eine Selbstbeschränkung der Bourgeoisie einfordern, womit ihr Ziel nicht mehr „*Sozialismus, sondern gebundener Kapitalismus*" geworden sei. Folglich sei „das Wort sozialistisch im Namen der NSDAP […] nur noch ein Beiwort ohne Sinn, außer dem, die vom Elend des Kapitalismus rebellisch gewordenen zu ködern und zu mißbrauchen". Rehm behauptete, dass die Parteiführung mit den Zielvorstellungen der meisten Nationalsozialisten gebrochen hätte, die „damals zur NSDAP gestoßen [seien], weil sie an eine Bewegung glaubten, die das wieder gut machen

[1219] „Die Führer, die angeblich antraten um das Volk zu befreien, gingen in die Parlamente und machten kapitalistische Politik." Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, „Der Bruch mit dem Gestern", S. 2f. (Reprint: S. 64f.).

[1220] Diese Argumentation bot sich an, da die NSDAP im Gegensatz zur KPD bereits an einigen Länderregierungen beteiligt war. Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, „Abrechnung: Nationalsozialistische Stresemänner", S. 11f. (Reprint: S. 73f.).

wollte, was die SPD 1918 verschuldet hatte: Den Verrat am Sozialismus.“ Demgegenüber würde allein die KPD, mit ihrer „Forderung, *Sozialisierung der Produktionsmittel*“, dafür Sorge tragen, „daß das Volk wie Goebbels es einst so schön formulierte ‚Deutschland zum Eigentum erhält’“.[1221] Um die Leser von dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen sozialer und nationaler Befreiung überzeugen zu können, erklärte Rehm nochmals ausführlich, weshalb die NSDAP-Führung durch ihr Bekenntnis zum kapitalistischen Wirtschaftssystem zugleich ihr ehemaliges Hauptziel – die nationale Befreiung – habe aufgeben müssen: die Aufrechterhaltung des Kapitalismus’ verlange die Verständigung mit der Entente. Dabei sei doch allgemein bekannt, dass „die Zerreißung der Verträge“ allein „durch Gewalt“ möglich sei: „politisch läßt sich die Freiheit nicht erhandeln (siehe Genf und Völkerbund)“. Und da „der Weg des Freiheits*kampfes* […] an die außenpolitische Konstellation“ gebunden sei, sei für die nationale Befreiung „in erster Linie die Bündnisfrage“ von Bedeutung. Die Ablehnung des Sozialismus durch die NSDAP-Führung verhindere die außenpolitische Annäherung an die Sowjetunion; den einzigen (Macht-) Staat, der nicht in das Versailler System eingebunden sei. Durch diesen Verrat habe sich die NSDAP innen- wie außenpolitisch auf eine Linie mit allen anderen republikanischen Parteien begeben.

Zwei Ausgaben darauf appellierte Rehm direkt an die erhofften Zweifel vieler Nationalsozialisten an der legalistischen Politik ihrer Parteiführung und fragte herausfordernd: „An die Gewehre Wofür?“[1222] Er konstatierte eine wachsende Unruhe und Verständnislosigkeit der SA-Männer gegenüber der Koalitionspolitik der NSDAP-Führung mit Hugenberg und Brüning:

„Das ist der Weg, auf dem die NSDAP ihr wahres Gesicht enthüllt hat: Schutzgarde des kapitalistischen Privateigentums, des Fundaments der ganzen kapitalistischen Ordnung, zu sein. Der Ruf ‚An die Gewehre’ kann in dem Munde eines NS-Führer nur heißen: ‚An die Gewehre für den Kapitalismus’, und jeder SA-Mann und jedes Mitglied der NSDAP sollte bei dieser Wendung der Dinge stutzig werden und sich die Frage nach dem Wofür? gründlich überlegen“.

Ihre Politik des Paktierens mit dem nationalen Bürgertum und Lavierens zwischen den Ententestaaten werde keine revolutionäre Veränderung in die Wege leiten, da „ihre außenpolitischen wie ihre innenpolitische Vorschläge […] das Echo der hinter ihnen stehenden großkapitalistischen Kreise“ seien. Der Artikel sucht die SA-Männer als Opfer darzustellen, die von ihrer Führung gezielt verwirrt und durch Demagogie und Verbote vom kritischen Denken abgehalten werden sollten; könnten sie in aller Ruhe und ohne Beeinflussung (!) nachdenken, so wären umwälzende politische Er-

[1221] Interessanter Weise betonte Rehm als einigendes Band, das die NSDAP zusammenhalte, den Führerkult um die Person Hitlers; ein Aspekt, der in der Analyse und Interpretation der KPD nur sehr selten berücksichtigt wurde. Um die soziale Frage über die Parteipolitik hinaus zum eigentlich trennenden Faktor innerhalb der Mitgliedschaft der NSDAP erweitern zu können, wurde der Artikel „Die Struktur der NSDAP und ihre Wählerschichten“, der auch in regulären KPD-Organen veröffentlich worden war, abgedruckt. Darin wurde wie üblich zwischen einer bürgerlichen Führer- und proletarischen Gefolgschaft unterschieden, was die grundsätzliche Unvereinbarkeit der politischen Ziele verdeutlichen sollte. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1/2, „Die Struktur der NSDAP und ihre Wählerschichten“, S. 4-6 (Reprint: S. 146-148).

[1222] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 4, „An die Gewehre Wofür?“, S. 4-6 (Reprint: S. 106-108).

kenntnisse und die Lossagung von der NSDAP die logische Folge;[1223] schließlich sei die KPD die einzige sozialistische Revolutionspartei und damit die einzige verlässliche Alternative, in deren Reihen auch revolutionswillige Nationalsozialisten – an anderen war die KPD-Führung erst gar nicht interessiert – für ihren Antikapitalismus kämpfen könnten.

Zur weiteren Bekräftigung der Anklage, dass die NSDAP-Führer eng mit dem kapitalistischen und parlamentarischen System verstrickt seien, kam der „Aufbruch" in derselben Ausgabe ausführlich auf die Harzburger Tagung zu sprechen, anlässlich derer die nationalistischen Gruppierungen DNVP, Stahlhelm und NSDAP eine weitgehende Kooperation beschlossen hatte.[1224] Nachdem in Harzburg durch die Vermittlung Hugenbergs und Hjalmar Schachts die Verständigung der NSDAP mit der Schwerindustrie vorangetrieben worden sei, müsse doch jedem klar und deutlich erkennbar sein, dass das gemeinsame Ziel die Stärkung des Kapitalismus sei. Alle wirtschafts- und sozialpolitische „Streitigkeiten zwischen Brüning und der nationalen Opposition [seien] nur taktische und keine grundsätzlichen Differenzen innerhalb des bürgerlichen Lagers". Auch in der „außenpolitischen Perspektive" würden sich zwischen dem Reichskanzler und der „nationalen Opposition nur noch schwache Unterschiede" zeigen: „Von einer glatten Ablehnung der Tributszahlungen war schon keine Rede mehr, im Gegenteil, bevor der Antrag der KPD auf Einstellung der Youngzahlungen zur Abstimmung kam, verdrückten sich die 107" Abgeordneten der NSDAP. Durch diese Handlungen war für den „Aufbruch" der wirtschaftspolitische Verrat der Partei eindeutig bewiesen worden: „Das ist das Programm der Harzburger Trommler, die Inflation, Bereitschaft zu Tributzahlungen, Senkung der Löhne, Abbau der Versicherung und Kampf gegen Bolschewismus. Brüning bereitet vor, was nachher mit schneller wirkenden Mitteln zu Ende gebracht werden soll." Doch für diese Ziele, fragte der Artikel herausfordernd, hätten die SA-Männer bislang nicht gekämpft?!

Als bald darauf die so genannten „Boxheimer Dokumente" die Propaganda der KPD bestimmten, nutzte auch der „Aufbruch" die Gelegenheit, um die NSDAP anzuklagen, die Geschäfte der Kapitalisten besorgen und die Notverordnungspolitik Brünings mit verschärften Mitteln weiter steigern zu wollen. Damit habe sich die Partei endgültig „das Scharfmacherprogramm der deutschen Industrie gegen die werktätige Bevölkerung" zu Eigen gemacht.[1225] Die Dokumente hätten nun den Beweis erbracht, welche Ziele die NSDAP-Führung tatsächlich verfolge: „Blut und Hunger gegen die Werk-

---

[1223] Ebenda. „Jedoch eines Tages werden die Tatsachen, daran zweifeln wir nicht, stärker sein als die Scheuklappen und die Disziplin und werden auch die disziplinierten SA-Führer zum Nachdenken zwingen, zum Nachdenken über die Frage, wofür er eigentlich sein Leben opfern soll. Er denkt: gegen die Feinde des Volkes, gegen die kapitalistische Ausbeutung, für die Besserung seiner und unserer Lage. Er wird, wenn er ehrlich ist, zuerst von der Mission der SA überzeugt sein, diese Aufgabe unter der Führung Hitlers zu erfüllen. Aber er ist davon nur deshalb überzeugt, weil er mit einem falschen und schwachen politischen Begriffsapparat die ganze politische Situation überschauen soll, und sich mit den eigentlichen politischen Problemen nicht beschäftigen darf."

[1224] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 4, „Harzburger Trommerlwirbel", S. 12f. (Reprint: S. 114f.).

[1225] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 5, „Der Tod von Basel und Boxheim", S. 1-3 (Reprint: S. 123-125).

tätigen [sei] der soziale und politische Inhalt" ihres Programms.[1226] Innerhalb der Partei offenbare sich damit ein – für die KPD letztlich unauflösbarer – Widerspruch zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftsprogramm der bürgerlichen Führung und „den Wünschen der verarmten und notleidenden Schichten"; letztere müssten mittels reiner Demagogie verwirrt und abgelenkt werden, um sie bei der Stange halten zu können. Dieses „Nebeneinander der beiden Gesichter der NSDAP – hie legale Koalitionsbereitschaft – dort zur Beruhigung der SA-Mitglieder illegale Schießprogramme", das sich im Zuge dessen offenbare, „nicht im mindesten verwunderlich oder widerspruchsvoll". Derartige Ablenkungsmanöver seien von der Bourgeoise zur Besänftigung der nationalsozialistischen Aktivisten vielmehr ausdrücklich erwünscht und geplant lanciert worden, weshalb die Partei „durch Boxheim nicht koalitionsunfähig werde".[1227]

In derselben Ausgabe wurde in einer kleinen Notiz durch die Aufzählung bekannter Industrieller und Bankiers, die kürzlich an einer Wirtschaftskonferenz der NSDAP teilgenommen hatten, nochmals konkret die Kapitulation der Partei vor den Kapitalisten und damit ihr wirtschaftspolitischer Verrat herausgestellt.[1228] Der Artikel wurde unmissverständlich mit dem Titel „Für Wen? Gegen wen? Nationale Aktivisten!" überschrieben und der „Aufbruch" proklamierte unter Verweis auf die neuen Bundesgenossen und Auftraggeber der NSDAP lautstark: „Das sind die, *für* die ihr kämpft, ob ihr wollt oder nicht, solange ihr *dort* stehen bleibt, wo ihr heute steht." Diese unheilvolle Allianz habe in nur wenigen Wochen dazu geführt, dass „die Aktivisten der nationalen Front, die Arbeiter und Werktätigen in der SA mehreremale [sic!] zum Mord an ihren eigenen Klassen- und Volksgenossen aufgehetzt und verführt [worden seien]. Für die Bankherren und Industriellen, gegen die revolutionären Arbeiter".

Auch der zweite Jahrgang des „Aufbruchs" konzentrierte sich bei den Anklagen gegen die NSDAP auf den Verrat der Parteiführung an ihren ursprünglichen sozialrevolutionären Zielen; schließlich bedinge das Festhalten am Kapitalismus, wie die Zeitschrift nicht müde wurde zu erklären, die grundsätzliche Unfähigkeit die nationale Befreiung zu erkämpfen.[1229] Im Zuge einer wirtschaftspolitischen Abrechnung mit der „Regierung und der Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten" ob ihrer Politik „des *kapitalistischen Bankrottes*", wurde insbesondere die NSDAP für ihre Beteiligung an der Erfüllungspolitik angeklagt, die dem deutschen Volke nur noch mehr Not und Elend einbringe.

[1226] Daran ändere sich auch nichts, wenn sich einzelne NSDAP-Führer, wie Esser, Stöhr oder Goebbels, „gegen Sozialreaktion aussprechen und das sozialistische im Namen" betonen würden; derartige Äußerungen würden lediglich beweisen, „welch uneinheitlicher Körper die NSDAP darstellt".

[1227] Schließlich hätte die Großbourgeoisie den Terror „im Laufe ihrer Herrschaft niemals verabscheut, wenn er in ihrem Interesse angewandt wurde"; der Beweis sei 1919 durch Noske in Berlin, 1920 beim Kapp-Putsch im Ruhrgebiet (gegen die Rote Ruhrarmee) oder beim Mitteldeutschen Aufstand zu genüge erbracht worden – an diesen Terroraktionen gegen die Arbeiter seien darüber hinaus viele heutige NSDAP-Führer beteiligt gewesen. Ebenda.

[1228] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 5, „Für wen? Gegen wen? Nationale Aktivisten!", S. 11 (Reprint: S. 133).

[1229] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1/2, „Die Politik der Bankrotteure", S. 1f. (Reprint: S. 143f.).

Und da die Partei, abgesehen von dem demagogischen Versprechen auf ein kommendes Drittes Reich, über keine eigenen Rezepte verfüge, „um die Not und das Elend zu überwinden“,

enthülle „die ständige Zuspitzung der wirtschaftlichen und Politischen Lage […] in immer größerem Ausmaße den *reaktionären und großbürgerlichen Charakter des Nationalsozialismus*. Seine Manövrierfähigkeit, die Freiheit des große Maules und der radikalen Geste verringern sich zusehends. Seine von Anfang an *konterrevolutionäre* und *‚legale' Natur*, legal als Mittel zum Zweck der Sicherung der *kapitalistischen Ordnung und Autorität* des Staates, wird immer sichtbarer.“

Die Nationalsozialisten müssten endlich erkennen, dass – bedingt durch das einigende Band des Kapitalismus – „die Deutsche Revolution ein *internationales Problem* ist“, weshalb „das Zerrbild einer ‚Autarkie', einer ‚selbstständigen' deutschen Politik“ ein Wunschtraum bleiben werde.

Die Mai-Ausgabe 1932 nahm als Aufhänger bezeichnender Weise das Verbot der SA, um die Anbiederung der NSDAP-Führung an die Bourgeoisie auf Kosten der ehrlich revolutionären SA-Männer nachzuweisen.[1230] Der Artikel versuchte aufzeigen, „dass der Hindenburg-Erlass zur Auflösung der nationalsozialistischen Wehrformationen keine Unterdrückungsmaßnahme gegen die faschistische NSDAP war, sondern eine zur weiteren Faschisierung Deutschlands notwendige Maßnahme“. Es sei die „begrenzte Aufgabe“ Hitlers und der NSDAP, „dafür zu sorgen, daß die Auflehnung der zugrunde gerichteten Mittelschichten in Versammlungen und auf „Deutschen Tagen“ mit möglichst viel Lärm abreagiert“ werde. Auf diese Weise sollten diese proletarisierten Schichten für das System, für den Kapitalismus, erhalten werden. Auf keinen Fall dürften sie Anschluss an die revolutionäre Arbeiterschaft finden. In der SA hätten sich jedoch, behauptete der „Aufbruch“, überwiegend aktionistische Elemente gesammelt, die von ihrer Parteiführung revolutionäre, antikapitalistische Umwälzungen erwarten würden. Aus ihrer Erwartungshaltung und durch den Verrat der NSDAP-Führung sei inzwischen sogar die Situation eingetreten, „daß die gefühlsmäßige, aus ihrer Klassenlage entstandene Rebellionsstimmung sich zum Bolschewismus entwickelt“ habe. Dieser Entwicklung hätte unbedingt „vorgebeugt werden“ müssen; schließlich habe „Hitler selbst“, „besessen von der Gier nach den Ministersesseln“, vor einer möglichen Abwanderung seiner Privatarmee zu seinem Erzfeind gezittert. Und da die SA „für die letzten Schritte auf dem legalen Wege zur Koalition […] ohnehin überflüssig und lästig geworden“ sei, bringe das Verbot der NSDAP nicht nur auf bequeme Art und Weise Erleichterung von einer schweren politischen und finanziellen Last; Hitler habe darüber hinaus nie „eine bessere und zugkräftigere propagandistische Unterstützung für die Preußenwahl erfahren können“. Die gesamte Propaganda und Agitation der Partei habe „durch das Verbot neuen Auftrieb [erhalten]. Man konnte sich gebärden als sei eine neue Aera der Christenverfolgung ausgebrochen. Und die nationalsozialistischen Millionen glaubten erneut an die gerechte Sache des großen Hitler“. Nachdem gegen seine Partei keine vergleichbaren Verfolgungs-

[1230] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, „Auflösung der Wehrverbände“, S. 13-15 (Reprint: S. 175-177). In einem weiteren Artikel in derselben Ausgabe wurden nochmals ausführlich „der Sinn des SA.-Verbotes“ und die damit in Zusammenhang stehende Integration der NSDAP in das Weimarer System dargelegt. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, S. 15f. (Reprint: S. 177f.).

maßnahmen wie gegen die KPD erlassen worden seien, erkannte der „Aufbruch" darin die gezielte Förderung der NSDAP durch die Bourgeoisie: „Bis auf den heutigen Tag hatten es also die Herren des Systems in der Hand, der ganzen NSDAP das Handwerk zu legen. Sie taten es nicht. Sie gaben Hitler der Weg frei. Sie setzten der Bewegung nur soviel Widerstand entgegen, wie gerade nötig war, um ihre Lebendigkeit zu steigern."

Einen Monat später griff der KPD-Reichstagsabgeordnete Theodor Neubauer die koalitionspolitischen Ränkespiele der NSDAP erneut auf und stellte ausführliche Überlegungen zu möglichen Regierungskonstellationen an.[1231] Besonderes Augenmerk legte er dabei auf Schleicher, der die Vermittlerrolle zwischen Brüning und Hitler übernommen habe und derart die Integration der NSDAP in den Staatsapparat vorantreibe. Schleicher, als Mann der Reichswehr, verfolge dabei aber eigene Pläne und beabsichtige über kurz oder lang das Kabinett zu stürzen und gemeinsam mit Hitler, der für die notwendige Massenbasis sorgen soll, eine „Militärdiktatur" zu errichten, um noch effektiver die Interessen der Bourgeoisie verwirklichen zu können. Hitlers Regierungsbeteiligung würde aber letztlich zur Aufgabe des nationalen Befreiungskampfes führen; denn solange die NSDAP keine Hoffnung auf Regierungsbeteiligung besessen hatte, „konnte Hitler noch stolz und kühn schreiben: ‚Der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes ist und bleibt Frankreich.'" Inzwischen würden sich die selbsternannten „Vaterlandsbefreier" aber bei der französischen Regierung mit ihren Diensten gegen den Bolschewismus anbiedern: „Die Herrn Schleicher und *Hitler* mögen sich einbilden, daß es ihnen gelingen werde, *mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen* – auf der Basis eines gemeinsamen Vorgehens gegen Sowjetrussland." Und um den skrupellosen Verrat eindringlich vor Augen führen zu können, der dazu führe, dass sich die vermeintlich nationale Partei in den Dienst einer fremden Nation stelle, die führend für die Abhängigkeiten Deutschlands verantwortlich sei, malte Neubauer ein zynisches und abschreckend düsteres Bild über die bevorstehende Instrumentalisierung der nationalsozialistischen Parteigänger:

„Um die außenpolitischen Pläne der Hitler, Schleicher e tutti quanti recht zu würdigen, muß man sich vorstellen, wie stolz sie sein dürfen, wenn sie als Landsknechte – Verzeihung, als ‚Verbündete' – des französischen Erbfeindes und des polnischen ‚Todfeindes' gen Osten reiten wollen! Und welcher Segen es für Deutschland wäre, wenn sie es zum Etappengebiet der Armeen des imperialistischen Frankreichs machen, welcher Ruhm, wenn sie mit dem Blute seiner Söhne die Weltherrschaft des französischen Imperialismus fundieren wollen!"

Um den nationalen Verrat dieser Allianz aus Bürgertum und NSDAP weiter zu unterstreichen, konstatierte Kippenberger eine Nummer darauf, dass es auffallend, aber keineswegs verwunderlich sei, wie „wenig Agitation und Aktivität [der] deutsche Nationalismus zur diesjährigen Wiederkehr des Tages von Versailles" entfalte.[1232] Schließlich seien Regierung und NSDAP als Knechte des Kapitalismus an der „Fortführung der Tributpflicht" unbedingt interessiert. Dass sich die NSDAP den-

[1231] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „Groener – Schleicher – Hitler", S. 9-11 (Reprint: S. 199-201).
[1232] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 5, „13 Jahre Versailles", S. 3-5 (Reprint: S. 221-223).

noch nationalistisch gebärde, liege darin begründet, dass die Partei die Aufgabe habe, den außenpolitischen Chauvinismus der Kleinbürger gegen die Arbeiterklasse umzulenken und auf diese Weise ein Ventil zu schaffen, mit dem von den eigentlichen Verantwortlichen für ihre Misere abgelenkt werden könne:

„Obgleich der deutsche Kapitalismus durch die Niederlage des Weltkrieges im großen Umfange selber Objekt der Versailler Bestimmungen ist, wurde er auf Grund des Klassencharakters dieses Vertrages doch gleichzeitig Subjekt und integrierender Bestandteil des Systems der internationalen Beziehungen der Imperialisten untereinander. Das mache die deutsche Bourgeoisie mitsamt der von ihr ausgehaltenen Hitlerbewegung unfähig zu einem wirklichen Kampf gegen die nationale und soziale Unterdrückung des werktätigen deutschen Volkes."

In der folgenden September-Ausgabe 1932 fand sich ein Artikel, der die Anklagen der vorangegangenen ‚Entlarvungs'-Artikel prägnant zusammenfasste und ihr wesentliches Element, die Präsentation der KPD als einzige sozialistische Revolutionspartei, die allein für die ursprünglichen Forderungen und Ziele der antikapitalistischen Nationalsozialisten kämpft, klar ausdrückte:[1233]

„Die NSDAP wurde groß und mächtig, weil sie den Kampf gegen Versailles, gegen Versklavung und Knechtschaft und für Sozialismus predigte. Von diesem Programm wich Hitler in seiner praktischen Politik von Anfang an ab. Er verriet, soweit es sozialistische Forderungen enthielt und begab sich in das Fahrwasser des Besitzbürgertums. Statt seine Bewegung zu radikalisieren, faschisierte er die Mittelschichten zu Gunsten der Bourgeoisie. Wo immer er und seine Unterführer Gelegenheit hatten, die Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten, da übten sie an den Forderungen der Unterdrückten und Ausgebeuteten Verrat. Wo radikaler und bedingungsloser Kampf erforderlich war, da schwor Hitler Legalitätseide. Und schließlich trieb er es so weit, dass seiner sogenannten ‚Arbeiterpartei' die ganze breite Millionenmassen der deutschen Arbeiterschaft in berechtigter, unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstand. Statt Kämpfer zu gewinnen, gewann er viel bürgerliches Stimmvieh, in schmählicher Abhängigkeit vom Großkapital. Das unklare revolutionäre Wollen der aufgerührten Mittelschichten, die beispiellose Hingabe kleinbürgerlicher Jugend genügte nicht, um das gut zu machen, was durch den Verrat der Führung an der Sache der nationalen und sozialen Erhebung gesündigt worden war. […] Er betrügt seine Anhänger, indem er ihnen vormacht, der Entscheidungskampf gegen die Unterdrücker nicht um die nationale und soziale Befreiung, sondern um Ruhe und Ordnung, für die Niederschlagung des ‚kulturzerstörenden Bolschewismus' – das heißt für den Schutz der Bourgeoisie gegen die Revolution. In dieser Hinsicht freilich hat die NSDAP noch eine Zukunft – als Partei des Arbeitermordes und des Faschismus."

Der „Aufbruch" zeigte sich überzeugt, dass „der sozialistische Geist über den Demagogen selbst hereinbrechen" werde, sobald sich diese Erkenntnis unter den „revolutionär-eingestellten" Nationalsozialisten durchzusetzen beginne:

„Es besteht die Möglichkeit, daß aus der Niederlage der NSDAP unmittelbar der Sieg der deutschen Revolution erwächst. […] Freilich bedarf es dazu der direkten Sprengung der Hitlerpartei. Aber das kann die wirklichen Nationalsozialisten nicht schrecken, nämlich jene, die bereit sind, für die nationale und soziale Befreiung des Volkes zu sterben. Die Partei ist ja nicht Selbstzweck. Es ist vielmehr Pflicht, sie zu zerschlagen, wenn sie dem Sieg der Erreichung des Endziels hemmend im Wege steht."[1234]

[1233] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 7 [keine Nr. 6 gedruckt!], „Nach Hitlers Marneschlacht", S. 3f. (Reprint: S. 249f.).

[1234] Die Verwendung der Begriffe „deutsche Erhebung" und „deutsche Revolution", die eindeutig der radikalen, nationalistischen Rechten entstammten, sollte wohl gezielt die Grenzen verwischen helfen und den Adressaten suggerieren, dass ihre alten Ziele von der KPD verfolgt würden.

Um die KPD als aussichtreiche Alternative empfehlen zu können, musste der „Aufbruch" die Partei als eigentliches, unüberwindliches Hindernis für Hitlers Machtergreifungspläne darstellen. Ausgangspunkt der Argumentation bildete das Resultat der Juli-Wahlen 1932, bei denen Hitler die versprochene Machtergreifung erneut nicht hatte erreichen können: „Erst mit diesem Sommer stand die NSDAP vor der Entscheidungsschlacht", um das revolutionäre Proletariat: „*Unzweifelhaft ging aus diesem Entscheidungskampf die kommunistische Bewegung als Sieger hervor.*"

Der „Aufbruch" erklärte dabei offen, dass er sich nicht an den Bozen- oder Söldnertypus wende, der nur auf Posten und Versorgung aus sei und dafür auch auf Arbeiter schießen lassen würde, oder an die „Lauen und Halben", die bereits aufgehört hätten zu kämpfen, sondern allein an die „Besten von den unbedingten Kämpfern"; an diejenigen, die für „die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit durch Entrechtung der Finanzherren, [für die] Überführung aller Produktionsmittel in den Besitz des *werktätigen* Volkes, [für ein] brüderliches Bündnis mit den russischen Arbeitern und Bauern gegen die Ausbeuter der ganzen Welt [und für die] Befreiung der Nation und Errichtung des großdeutschen Arbeiterstaates" kämpfen würden:

„Stehen nun einige auf – trägt eine Vorhut das Banner rücksichtslos vorwärts, bricht ein Trupp der Entschlossenheit zu den Arbeitern durch, dann werden Hunderttausende wieder aufhorchen und sich ihres Zieles erinnern. Wir bieten allen ehrlichen Kämpfern die Hand. Sind wir doch einen ähnlichen Weg gegangen, wie sie ihn zu gehen im Begriff sind. Ihr Feind und unser Feind ist das satte Bürgerpack. Einen Hitler und seine Trabanten fürchtet dieses Bürgertum nicht mehr", nachdem er vor Gericht in Leipzig seine Legalität geschworen hatte: „Ein Mann der solches sagt, ist ungefährlich für das Großbürgertum. Er mußte zum Rückzug blasen, wohlgemerkt – zum Rückzug im Sinne seiner revolutionären Gefolgsleute. Im Sinne der Bourgeoisie befindet er sich auf dem Wege zum Angriff – zum Angriff auf die deutsche Arbeiterschaft. Die Gefahr für den Kapitalismus beginnt erst dann, wenn sich revolutionäre Kräfte der offiziellen Hitlerpartei heraus, zur Front der revolutionären Arbeiterschaft hinbewegen. […] Das Wehgeschrei der bürgerlichen Presse über jeden Zusammenschluß nationalistischer und revolutionärer Kräfte sollte den nationalen Aktivisten ein Signal sein. *Die revolutionären Elemente der NSDAP tragen jetzt die Verantwortung. An ihnen liegt es, die Schlacht weiterzutragen.*"

In einem zweiteiligen Aufsatz versuchte der führende Theoretiker der KPD, Prof. Wittfogel, im Zuge einer grundsätzlichen Gegenüberstellung von „Nationalsozialismus und Kommunismus" eine Begründung für die Demagogie und den Verrat der NSDAP zu liefern und er stellte sie als logische Folge der nationalsozialistischen Ideologie dar.[1235] Gleich im ersten Kapitel, das den „ideologischen Kampfmethoden der NSDAP" gewidmet war, charakterisierte er „die Lüge als Agitationsprinzip" der Partei.[1236] Nach Hitlers Auffassung brauche Propaganda nicht objektiv zu sein und nach Wahrheiten zu streben, mit dem Ziel die Bevölkerung aufzuklären – so wie es die KPD tue:

[1235] Aufbruch, 2. Jg., „Nationalsozialismus und Kommunismus", Nr. 7, S. 13-16 (S. 259-262) & Nr. 8, S. 13f. (S. 287f.).

[1236] Zusätzlich sollten gezielte Gegendarstellungen zu Behauptungen der NSDAP-Presse über Scheringer oder andere Mitglieder am Aufbruch-Projekt die Lüge als gängiges Propagandaprinzip der NSDAP desavouieren. So wurde u.a. in der zweiten Ausgabe unter der Rubrik „Abrechnung – Niedriger hängen" der Vorwurf der NSDAP-Presse, dass nur einer der Unterzeichner der Erklärung der 13 Offiziere jemals Mitglied der Partei gewesen sei widersprochen und in der Notiz „Entlarvte Lüge" die ehemaligen Mitgliedsnummern von 5 Unterzeichnern veröffentlicht. Aufbruch, 1. Jg., Nr.

„Schlagworte, konsequent beibehalten und mit Ausdauer vorgetragen, bilden den Kern jener Propaganda, die Hitler für *den* Weg zum Erfolg hält. […] Nicht Aussprechen der Wahrheit also, sondern stures, freches, ausdauerndes Einhämmern ‚genialer' Lügen, das ist das Prinzip, nach dem Hitler eine wirklich wirksame Agitation aufgebaut sehen will. Der Bankrott der eigenen Sache kann deutlicher nicht wohl dokumentiert werden. Daß die eigene Sache *richtig*, daß das Aussprechen der *Wahrheit massenwirksam* sein kann, das kommt Hitler – und vom Standpunkt der bürgerlichen Konterrevolution mit allem Recht – überhaupt nicht in den Sinn. Wenn er und die seinen die Wahrheit sagen würden, dann würden ihnen, das ist doch der Sinn seiner Ausführungen, die Massen fluchtartig davonlaufen. Nur wenn ihnen nicht die Wahrheit bekannt wird, kann man die Massen für die Politik der NSDAP begeistern."

Hitler habe selbst erklärt, dass sich die Zielsetzungen des faschistischen Programms nicht an der Erfüllbarkeit, sondern an der Einflussnahme, die sie auf die Massen ausübt, orientieren dürften. Die Aufgabe der NSDAP-Führer bestünde allein darin, sich „‚gewaltige' Ideen auszudenken, die nur den Zweck hätten, die Massen von der Verfolgung ihrer wirklichen Ziele abzudrängen", was aus ihnen, „da sie von der Undurchführbarkeit ihrer Forderungen wissen, bewusste Betrüger" mache.

Nach der Novemberwahl 1932 wurde, als über erneute Koalitionsverhandlungen der NSDAP berichtet wurde, genüsslich ein Brief Hitlers an Hindenburg wiedergegeben, der die kommunistischen Anklagen eindeutig bestätigt habe:[1237]

„Die Lektüre des umfangreichen Schriftwechsels über Hitlers Kuhhandel offenbart mit jeder Zeile, daß dieser ganze ‚Kampf um die Macht' nichts ist als ein jämmerliches Geraufe um die Posten innerhalb dieses Systems der kapitalistischen Ausbeutung und imperialistischen Unterdrückung". Und im Gegensatz zu seiner vorangegangenen Wahlkampfpropaganda fände sich folglich auch „kein Wort der Abgrenzung, geschweige der tatsächlichen Kampfaussage gegen die bisherige Tributpolitik, gegen Papens Lohn- und Unterstützungspolitik, gegen die §-48-Notverordnungspolitik, gegen die Reichen, für die Gequälten des werktätigen Volkes – im Gegenteil, Hitler versichert in seinem Schreiben vom 21.11.32 ausdrücklich, dass er prinzipiell zu Weiterführung des Papen-Kurses bereit sei".

Wer könne jetzt noch, appellierte der „Aufbruch" an den Radikalismus der Nationalsozialisten, an der Teilhabe der NSDAP am Weimarer System, von der DNVP bis hin zur SPD, zweifeln:

„Parlamentarismus, Weimarer Verfassung, Koalition, Ministersessel, alles was wir aus 14 Jahren Novemberdemokratie zu Genüge kennen, sollte durch Hitler fröhliche Umstände feiern. SA-Mann, dafür hast Du Dich gegen revolutionäre Arbeiter mißbrauchen lassen. […] Jedes Wort, jeder Satz beweist und unterstreicht aufs neue, daß sie alle zusammen das gleiche politische Ziel, dieselben Interessen haben, daß sie nichts sind als Konkurrenten ums gleiche Geschäft und jederzeit bereit, einen Vertrag zu schließen: zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems, gegen die nationale und soziale Befreiung im Sozialismus, gegen die Arbeiter, kleinen Bauern und Mittelständler, für die Reichen, die Generale und feinen Leute."[1238]

Um die Anklagen belegen und damit die Glaubwürdigkeit der Verratsvorwürfe verstärken zu können, wurde mit der Dezember-Ausgabe 1931 vorübergehend eine Rubrik mit dem vielsagenden Titel

---

2/3, „Abrechnung.; Niedriger Hängen", S. 13f. (Reprint: S. 95f.) & „Entlarvte Lüge.", S. 15 (Reprint: S 97); siehe auch: Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1/2 , „Niedriger hängen", S. 12 (Reprint: S. 154).

[1237] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 9, „Die Konkurrenten", S. 3f. (Reprint: S. 305f.).

[1238] In diesem Artikel findet sich die einzige persönliche Diffamierung Hitlers im „Aufbruch". Demnach seien „bei Hitler die gleichen Krankheitssymptome vorzufinden, wie sie bei Ludendorff offensichtlich sind (Paranoia, eine Mischung aus Größen- und Verfolgungswahn)".

„Todsünden der Nationalsozialisten“ eingerichtet, in der anhand von Zitaten aus Zeitungsartikeln, Reden einzelner (nationalsozialistischer) Politiker oder Geheimdokumenten der NSDAP die wahren Absichten der Parteiführung mittels ihrer eigenen Worte bewiesen werden sollten.[1239]

So wurden zunächst, um die Verstrickung der NSDAP mit dem Weimarer System aufzuzeigen, 25 NSDAP-Abgeordnete aufgezählt, die 1919/'20 im Dienste Noskes in den Freikorps gegen die revolutionären Arbeiter gekämpft hatten, damit sie, wie mit einem Zitat aus der „Deutschen Zeitung“ belegt wurde, der Bourgeoisie durch die Niederhaltung der „Radaubrüder […] neue Kurssteigerungen“ an der Börse verschaffen konnten – während „die revolutionären Arbeiter […] schon 1919 für die Zerreißung des Versailler Vertrages, für die nationale und soziale Befreiung Deutschlands ihr Leben einsetzten“. In der nächsten Nummer wurde die (angebliche) Bereitschaft der NSDAP die Reparationszahlungen zu erfüllen und sich damit zum „Knecht des Auslandskapitals“ zu machen, aufs Korn genommen. Die Parteiführung wurde bezichtigt, nachdem sie sich gegen den kolonialen Freiheitskampf ausgesprochen habe, Söldner „im Dienst des englischen Kapitals“ zu sein. In der darauf folgenden Ausgabe wurden den Parteiführern, aufgrund „einer Geheimdenkschrift der Parteileitung der NSDAP“, auch die „Verständigung mit dem imperialistischen Frankreich“ vorgeworfen und zur Bestätigung ein Brief Hitlers an Gustave Hervé sowie Reden von Frick und Dr. Wagener herangezogen. Wegen ihres Eintretens für die kapitalistischen Entente-Staaten sei es selbstverständlich, dass sie sich auch im Innern als „Schutzgarde der Geldsäcke“ anbieten würden, was mit kurzen Auszügen aus Reden Hitlers („im Industrieklub zu Düsseldorf“) oder Görings („vor westdeutschen Industriellen“) belegt wurde.

Einen Monat darauf wurde insbesondere die Innenpolitik der NSDAP beleuchtet, um die Verstrickung der Partei in das Weimarer System und die Anbiederung an das nationale Bürgertum beweisen zu können. Der Schwerpunkt wurde dabei wiederum auf ihre Sozialpolitik gelegt, die einen weitergehenden, umfassenden Sozialabbau beabsichtigte, was mit einem Dreizeiler aus der nationalsozialistischen „Hessischen Landeszeitung“ belegt wurde. Den endgültigen Beweis, wie die Partei dem hungernden und Not leidenden Volke tatsächlich gegenüber stehe, habe aber „Dr. A. Pfaff, Mitglied des Reichswirtschaftsrates der NSDAP, in seiner Broschüre ‚Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich'“ geliefert. Dort seien Arbeitslose als „Ausbeuter von unten“ beschimpft worden, die durch Schwarzarbeit gezielt die sozialen Sicherungsinstrumente ausnutzen würden. Die folgenden Beweise, dass die Nationalsozialisten „Hohenzollernknechte“ seien, nachdem die Partei im Preußischen Landtag einen Antrag der KPD auf Enteignung der Fürsten „aus Gerechtigkeitsgefühl“ abgelehnt hatte, da „der deutsche Sozialismus […] auch das Recht der Hohenzollern anzuerkennen“ habe, gehörten, ebenso

[1239] Siehe: Aufbruch, 1. Jg., Nr. 5, S. 3f. (Reprint: S. 125f.); 2. Jg., Nr. 3, S. 18 (S. 180), Nr. 4, S. 18 (S. 208), Nr. 5, S. 16 (S- 234) und Nr. 7 (keine Nr. 6 gedruckt!), S. 23 (S. 269).

wie der Nachweis, dass die Partei den „Staatssozialismus“ zugunsten „einer geläuterten und sittlichen Privatwirtschaft“ geopfert habe, schon fast ins übliche Repertoire.

Ab Herbst 1932, nachdem Hitler die wiederholt versprochene Machtergreifung durch Wahlen nicht verwirklichen konnte, begann sich der „Aufbruch“ verstärkt auf Streitigkeiten innerhalb der NSDAP zu konzentrieren, die zugleich den Verrat der gesamten Parteiführung dokumentieren aber auch Hoffnungen auf alternative Führer zu Hitler innerhalb der Partei, die den nationalsozialistischen Antikapitalismus stärker betonten, als nicht minder verräterisch entlarven sollten. Parteiführung und Bourgeoisie, so der Tenor, seien sich lediglich uneinig darüber, wie die Partei am besten im Interesse des Kapitalismus einzusetzen wäre: als Koalitionspartei innerhalb der Regierung oder weiterhin als außerparlamentarische Massenbasis.[1240]

Die größten Probleme, eine Entscheidung zu treffen, würden dabei „große Teile der nationalsozialistischen Wähler“ bilden, die „mit sozialrevolutionären Parolen auf einen wirklichen Wandel des System“ gehofft hätten und folglich „mit ihrer Ungeduld für die herrschende Klasse eine objektive Gefahr“ bilden würden: „Sie wollen, daß ‚etwas geschieht’.“ Diese Strömung werde von Gregor Strasser geführt. Doch in dieser Situation „machte die Schwerindustrie einen raffinierten taktischen Zug“, um auch diese Strömung der Verfügungsgewalt der Bourgeoisie erhalten zu können: „Sie suggerierte Hitler die Forderung nach der ‚ganzen Regierungsgewalt’. Hitler solle ‚Mussolini’ werden oder Trommler bleiben, ‚Alles’ oder nichts. Mit dieser Rolle und ‚Anmaßung’ mußte es gelingen, die sozialrevolutionäre Ungeduld abzufangen und auf ein fernes Ziel zu lenken …“. Gregor Strasser, „der Demagoge des klassenmäßig revoltierenden Kleinbürgertums“, hingegen kenne „Hitlers Rolle“ und – hier läge der Kern des Streits – lehne sie entschieden ab: „Sie scheint ihm gefährlich und auf Dauer ohne Erfolg.“ Er sei demgegenüber „der Auffassung, daß reale Konzessionen an das kleinbürgerliche Element seiner Bewegung zweckdienlicher sind, und ist wütend über den Verlauf der Regierungsverhandlungen“. Nachdem er „darauf und dran“ gewesen sei, auch „ohne Hitler in die Regierung zu gehen“ und dieser daraufhin „mit dem Bruch und dem Rausschmiß aus der Partei gedroht“ habe, würden sich „mehr und mehr […] die Anzeichen [verdichten] wie Strasser sich – getragen von den pseudorevolutionären antikapitalistischen Tendenzen der kleinbürgerlichen Massen der NSDAP – vom offen schwerindustriell gehaltenen Hitlerflügel distanziert und eine selbständige Rolle zu spielen“ beginne. Er verfolge damit jedoch lediglich eine noch schnellere Integration der NSDAP in den Staatsapparat; schließlich suche er gemeinsam mit Schleicher und dem Zentrum nach „einer breiten Regierungskombination, die eine festere Basis für die Durchführung der faschistischen Diktatur abgeben soll“. Und so werde auch Strasser die sozialrevolutionären Hoffnungen seiner Gefolgschaft enttäuschen.[1241]

[1240] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 7, „Her zu uns!“, S. 1f. (Reprint: S. 247f.).

[1241] Das Zentrum sei dabei bestrebt, „den Strasser-Trumpf als Gegengewicht zu Papen und Hugenberg“ auszuspielen.

Nach dem Bruch zwischen Gregor Strasser und Hitler versuchte der „Aufbruch" die Bedeutung und das Ausmaß der parteiinternen Auseinandersetzung zu dramatisieren.[1242] Der Stellenwert, der diesen Konflikten beigemessen wurden, sollte zweifelnden Nationalsozialisten die Zukunftslosigkeit ihrer Partei beweisen, nachdem inzwischen sogar ihre Führungsspitze zerstritten sei – und erneut die revolutionäre KPD als einzig praktikable Alternative empfehlen:

„Sie sind alle aus einer Substanz, die Hitler, Göring, Goebbels, Frick und Straßer. Und worin sie sich unterscheiden, das sind in der Hauptsache Verschiedenheiten der Auffassung über die besten Methoden des Massenbetruges. Denn worin besteht denn der Konflikt Hitler-Straßer eigentlich? Besteht er etwa darin, daß der eine oder der andere gewillt ist, den Kampf für die Armen gegen die Reichen, für das arbeitende Volk, gegen die satten Prasser ernsthaft aufzunehmen und mit allen Mitteln durchzuführen? Mitnichten! In der Aufgabe, den kapitalistischen Staat vor den Schlägen des revolutionären Befreiungskampfes der Arbeiterklasse zu retten, darin sind sie sich alle, alle einig."

Strasser, als der „realdenkendste Kopf der NSDAP", habe im Gegensatz zu Hitler lediglich „die Kassenleere und Verschuldung der Partei" erkannt, weshalb er die Notwendigkeit der Teilhabe an der „Staatskrippe" propagiere „um wenigstens einen Teil der Anhängerschaft befriedigen zu können". Er sei daher keineswegs der „Träger des ‚unverfälschten deutschen Sozialismus'" oder „der Verkörperer des ursprünglichen Parteiprogramms", wofür ihn die „nationalsozialistischen Anhängermassen" fälschlicher Weise halten würden. Es sei ihm vielmehr der politische Spagat gelungen, zeitgleich auch „das volle Vertrauen der großindustriellen Geldgeber der NSDAP zu erwerben",

da er „gut die Funktion begriffen [habe], die der NSDAP. in der Periode der äußersten Zuspitzung aller inneren und äußeren Gegensätze des kapitalistischen Staates zugewiesen ist: die ins Geleiten gekommenen Massen entwurzelten Mittelstandes, des Handwerks und des Kleinbauerntums vom Uebergang ins Lager der klassenbewußten Arbeiterschaft abzuhalten und sie – im unmittelbaren Interesse der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft – als Massenkraft gegen den Ansturm der revolutionären Bewegung einzusetzen."

Damit stehe Strasser, deutlicher noch als Hitler, für die beiden widersprüchlichen und verräterischen Gesichter der NSDAP: „Also fort mit der Legende von Gregor Straßers wahrem Sozialismus." Die Anhänger des Hitler-Flügels würden sich im Gegensatz dazu „noch gegen eine offizielle Beteiligung am Staat [wenden], weil sie dadurch vor der breiten Massen der Anhänger und Mitläufer die Entlarvung ihrer leeren Versprechungen fürchten." Auch sie seien „zwar für eine Unterstützung der Regierung, aber in möglichst verhüllter Form, bei größtmöglicher Scheinopposition […], um die Anhänger zu täuschen und sein Ziel, die Führung und Alleinmacht im kapitalistischen Staate, zu erreichen". Die Betonung von Strassers politischem Pragmatismus, mit dem sein Streben auf sofortige

[1242] Aufbruch, 3. Jg., Nr. 1, „Der Konflikt um Gregor Strasser", S. 6f. (Reprint: S. 336f.). Dabei offenbarte sich indirekt das erstaunliches Eingeständnis der Wirkungslosigkeit der nationalen Propaganda der KPD und damit auch der Scheringer-Propaganda inklusive des „Aufbruchs"; hatte die Parteipropaganda und die Zeitschrift doch zuvor, wenn sich Krisen innerhalb der NSDAP zeigten, stets von massenhafter Zersetzung und tausenden Überläufern gesprochen. Nun wurde eingangs des Artikels ein ganz anderes Bild von der bisherigen Entwicklung gegeben: „Im Vergleich zu früheren kleineren und größeren Abspaltungen von der NSDAP, wie der Stennes-Revolte, dem Abgang von Otto Strasser, den örtlichen begrenzten Austritten einzelner Gruppen aus der SA. und der Partei, die sie im großen und ganzen in ihrer Peripherie schwächten, trifft der Konflikt um Gregor Straßer die NSDAP. in ihrer Spitze."

Regierungs-‚Beteiligung' erklärt wurde, führte indes – der Artikel wurde in der Januar-Ausgabe 1933 veröffentlicht – zu einer fatalen Prognose:

„Er weiß, daß die Alleinmacht der NSDAP. ein leerer Traum ist und daß weitere Wahlen nur weitere Stimmverluste bedeuten müssen. […] Wie die Krise in der NSDAP. auch weiter gehen wird, ob Straßer wiederkommt oder nicht, ob die NSDAP. auf Scheinopposition beharrt oder an der Macht teilnehmen wird, ob diese Richtung siegen wird oder jene: so oder so wird im Maße der weiteren Zersetzung der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland auch die NSDAP. sich weiter zersetzen müssen."

Dieser Zersetzungsprozess, verkündete der „Aufbruch" zur selben Zeit, lasse sich am besten an der (vermeintlichen) „Zuspitzung der inneren Krise innerhalb der SA" erkennen.[1243] Die Zeitschrift berichtete, dass bereits „eine außerordentlich große Zahl von verschiedenen Symptomen in Erscheinung" getreten sei, „die den Grad der Zerrüttung der SA sichtbar machen"; und zählte sich häufende „Disziplinwidrigkeiten, die zu zahllosen Einzel- und Massenausschlüssen sogenannter ‚unzuverlässiger Elemente' im ganzen Reich führten", „Diskussionen, die die SA-Leute über die Köpfe ihrer Führer hinweg und gegen deren ausdrückliches Verbot truppweise mit den Kommunisten führten" sowie heftige „Kritik an Maßnahmen der Partei- und SA-Führung, an der sich zum großen Teil auch die unteren Führungselemente beteiligten", auf. Diese „Anzeichen der Zersetzung" hätten sich inzwischen „bis zur offenen Rebellion ganzer Verbände" gesteigert, die ein derartiges Ausmaß erreicht hätten, dass sie „sich weder lokalisieren noch vertuschen" lassen würden. Die Rebellion nehme von Tag zu Tag zu und habe im Gegensatz zu vorangegangenen, lokal begrenzten Revolten, die stets mit erhöhten Geldzuwendungen oder einer revolutionäreren Propaganda überdeckt werden konnten, Auswirkungen auf die Stimmung der gesamten SA:

„Parallel mit den Rebellionen, als dem aktiven Ausdruck der Empörung der SA-Leute, läuft als passiver Ausdruck ihrer Enttäuschung eine zunehmende Dienstmüdigkeit, die sich darin ausdrückt, daß noch nie mit einem so geringen Prozentsatz der Formationsstärke zum Dienst angetreten wurde wie jetzt. Es ist keine Seltenheit, daß bei Sturmabenden die Stürme nur mit 20 bis 30 Prozent der aktiven SA-Männer vertreten sind."

Der „Aufbruch" bot auch sogleich mehrere Erklärungen für diese Entwicklung an und nannte einleitend die sozialen Gegensätze innerhalb der Partei und ihres Wehrverbandes, die sich nun nicht mehr überdecken ließen. Dieser „Klassenriß" hätte nicht ewig „durch die maßlose Demagogie der nationalsozialistischen Führer" verdeckt werden können: „Ihr Kernstück" sei dabei „die Lüge von der Volksgemeinschaft aller Deutschen" gewesen, „die im Prinzen und Muschkoten, im Generaldirektor und im Arbeitslosen, im Ausbeuter und Ausgebeuteten Kampfgenossen für das gleiche Ziel sehen will". Folgerichtig musste „der Widerspruch zwischen Schein und Sein […] im selbem Grade, in dem sich die Krise in Deutschland zuspitzt, durch die Logik der Dinge den breiten Massen immer klarer werden":

„die wirtschaftliche Not drückte immer schwerer, der Gegensatz zwischen der Führerbonzokratie und den einfachen SA-Proleten trat immer deutlicher zu Tage. Die finanzielle Unterstützung der arbeitslosen SA-Leute gestaltete sich zunehmend schwieriger und es mußte breiten Schichten in der SA immer

[1243] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 8, „Rebellion in der S.A.", S. 6f. (Reprint: S. 280f.).

klarer werden, daß zwischen dem Streben ihrer obersten und mittleren Führung nach Posten und Trassen und ihren eigenen vitalen Lebensinteressen unüberbrückbare Gegensätze klaffen."

Darüber hinaus habe die Parteiführung durch ihre legalistische Politik der letzten Wochen und Monate endgültig offenbart, dass sie zuvor lediglich „scheinrevolutionäre Parolen" propagiert hatte: Hitler hatte den SA-Männern immer wieder die Machtergreifung per Stimmzettel versprochen und daher stets auf revolutionäre Aktionen, wie einem mehrfach angekündigten „Marsch auf Berlin", verzichtet. Dass dieser Weg zur Macht offensichtlich gescheitert sei und andere Optionen nie ernsthaft in Erwägung gezogen worden seien,

„beweist langsam auch dem gläubigsten SA-Mann, daß die NSDAP keine andere Rolle gespielt hat – und keine andere Rolle spielen wird, als die des Steigbügelhalters der Reaktion, der gehorsamen Wach- und Schließgesellschaft des sich jetzt um die Regierung Papen konzentrierenden Unternehmer- und Ausbeutertums".

Dieser Verrat wirke sich besonders auf die SA aus, da sich dort „die aktivsten Elemente der Bewegung" gesammelt hätten; darunter auch viele „Idealisten, die wirklich an die ‚revolutionären' Ziele Hitlers geglaubt haben". Nicht zuletzt habe aber, schließlich musste die KPD den opponierenden SA-Männern als praktikable, sprich: machtvolle Alternative präsentiert werden,

„auch der Kampf der revolutionären Arbeiterschaft für die wirkliche soziale und nationale Befreiung […] auf die SA auf die Dauer nicht ohne Eindruck bleiben [können]. Sie sah sich dem geschlossenen Abwehrwillen des Proletariats gegenüber, an das sie, vor allem in den Großstädten, zum Teil klassenmäßig mehr Beziehungen binden, als an die eigene Parteigenossenschaft verkrachter Prinzen, Generäle und Bourgeoisie. Unter der Auswirkung der faktischen Tolerierung Papens und andererseits unter dem machtvollen Druck der antifaschistischen Aktion war die SA physisch und ideologisch vom revolutionären Proletariat in die Defensive gedrängt worden. Der Glaube an die eigene siegreiche Kraft und Unfehlbarkeit des Führers wurde Stück für Stück zerstört."

Diese (angeblich) steigende Radikalisierung und der damit einhergehende „Auflösungsprozeß" der SA habe die Bourgeoisie in eine komplizierte Lage gebracht:

„Einerseits braucht sie die SA als faschistische Kampforganisation gegen das revolutionäre Proletariat und muß versuchen, sie an den Staat heranzuziehen und ihm nutzbar zu machen, andererseits kennt sie genau die Gefahren, die die Militarisierung der SA infolge ihres inneren Sprengpulvers für sie selbst bringt."

Nachdem durch den „Wahlausgang am 6. November und den darauf folgenden Gemeindewahlen in Sachsen, noch viel deutlicher aber in der Haltung der radikalisierten Naziarbeiter und SA.-Leute im Berliner BVG.-Streik […] ein rasches Tempo dieses Zersetzungsprozesses […] unverkennbar" geworden sei, lieferte der „Aufbruch" weitere Argumente, mit denen die beschleunigte Zersetzung beweisen werden sollten.[1244] Es wurde nicht nur erneut auf „die Oeffnung des Klassenrisses innerhalb der NSDAP", der ein „auffälliges Merkmal für die wachsenden Schwierigkeiten des Faschismus

[1244] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 8, „Sturmzeichen in der SA.!", S. 4-7 (Reprint: S. 306-309).

[sei], die von ihm betrogenen werktätigen Massen in der Hand zu halten" hingewiesen;[1245] als schlagenden Beweis wurde nun zusätzlich „eine immer größeren Umfang annehmende Oppositionsbewegung innerhalb der SA., die sich in bewußten Gegensatz zur Führung stellt und innerhalb der SA. eine revolutionäre Propaganda entfaltet", angeführt. Bezeichnender Weise belegte der „Aufbruch" seine Behauptungen mit den fast ausnahmslos vom AM-Apparat erstellten und von kommunistischen Spitzeln innerhalb der SA verteilten vermeintlichen Zersetzungsschriften: „Gibt es einen sprechenderen Beweis, als die in unserem Bilde wiedergegebenen Köpfe der von der revolutionären Opposition herausgegebenen Oppositionszeitungen?"[1246] Doch „ueberzeugender als die Menge der uns vorliegenden Oppositionszeitungen" wirke „noch der Inhalt derselben" und zum Beweis wurde eine halbe Seite mit Zitaten abgedruckt:

„Der politische Reifegrad ist nicht überall derselbe. An Stelle der revolutionären Klarheit und Konsequenz stehen häufig noch Illusionen, daß man die NSDAP. von ‚innen heraus erneuern' und ‚auf den revolutionären Weg drängen' könnte. Aber diese Illusionen schleifen sich schnell ab. Die Konsequenz der politischen Entwicklung und die fortgesetzte Entlarvung der pseudo-nationalistischen und scheinsozialistischen Phrasen der NSDAP.-Führer in der Praxis des politischen Kampfes bewirkt selbst in den Köpfen des ehemals gläubigsten SA.-Mannes einen radikalen Umschwung."

Auch die Berichterstattung des „Aufbruchs" unterstützt die Annahme, dass die Krise zu weiten Teilen herbeigeredet wurde bzw. durch Übertreibungen versucht wurde, ihr Ausmaß zu steigern, um die revolutionäre Ungeduld einzelner SA-Männer weiter zu bestärken und wechselwilligen Lesern zu suggerieren, dass sie keinesfalls allein, sondern vielmehr Teil einer Massenbewegung seien:

„Kein Wunder, daß die Bourgeoisie in der wachsenden revolutionären Radikalisierung der besten und aktivistischen Kreise der SA. ein weiteres ernstes Gefahrenmoment für ihre eigene Existenz sieht. Lag es sicher im Interesse der Bourgeoisie, die Hitlerbewegung in ihre Schranken zurückzuweisen, als sie die Forderung der Führung der faschistischen Diktatur erhob, so widerspricht es andererseits den vitalen Interessen der Bourgeoisie, dass sie die dadurch mit enttäuschten radikalisierten Massen, besonders ihr proletarischer Kern, auf mehr oder minder geradlinigen Wege zur roten Front gehen."

[1245] Bezeichnender Weise wurde die Meuterei damit erklärt, dass „der Einsatz gegen das Proletariat […] immer häufiger offene Rebellionen hervor[rufe]. Es ist dies einerseits der Ausdruck der Stärke der antifaschistischen Kampfkraft der Arbeiterschaft und andererseits der Ausdruck des politischen Erwachens des SA.-Mannes". In diesem Zusammenhang musste der „Aufbruch", um das Ausmaß der jetzigen Krise entsprechend steigern zu können, erneut indirekt die Erfolglosigkeit der vorangegangenen nationalen Propaganda der KPD und damit auch der eigenen Zeitschrift eingestehen: „Die schon in früheren Nummern des „Aufbruch" festgestellten Symptome eines beginnenden Zersetzungsprozesses finden schon heute in einer neuen, viel tieferen und umfangreicheren Welle der Zersetzung ihren sichtbaren Ausdruck. Noch vor kaum mehr als einem Jahre ging der nationalsozialistische Reichswehrleutnant Scheringer […] zur roten Front. Aber sein Schritt war damals überwiegend von symptomatischer Bedeutung. Heute gibt es mehr Scheringers als die SA. Stürme zählt."

[1246] Innerhalb des Artikels war eigens ein halbseitiges Photo abgedruckt worden, auf dem zwölf Titelblätter dieser Zersetzungsschriften abgelichtet waren. Der „Aufbruch" verkündete, dass „in fast allen Teilen Deutschlands, vor allen Dingen aber in den Industriegebieten und in den größeren Städten [nämlich überall dort, wo der AM-Apparat und die spezialisierte LeiKo gut ausgestattet waren], […] sich die SA.-Oppositionsgruppen eigene Sprachorgane geschaffen" hätten; namentlich mit Erscheinungsort wurden aufgezählt: Berlin: „Sturm", „Freiheitsadler", „Freiheitsarmee", „SA-Sturm" u.a.; Sachsen: „Kameradenbrief"; Anhalt-Dessau: „Roter Sturm"; Hamburg: „Sturmfahne", mehrere „Sturmbriefe"; Essen: „Sturm über Essen"; Düsseldorf: „Sturmsignale", „Alarm"; Köln: „SA-Kamerad"; Düren: „Sturmsoldat"; Bonn: „SA-Revolution"; Frankfurt/M: „SA-Post"; Stuttgart: „Nation und Revolution"; Nürnberg: „Der revolutionäre Freiheitskämpfer"; Würzburg: „Revolutionäre Freiheit" und München: „Sturmbanner".

Der komplette Frontwechsel war für die KPD von entscheidender Bedeutung; Zersetzung war zwar das primäre Ziel der Parteiführung, die Abkehr von der NSDAP sollte aber, wenn weiterhin der Wunsch nach politischem Engagement vorhanden war, doch bitte eigenen Partei, nicht aber kleinen nationalrevolutionären Gruppen, die einen „3. Weg" zwischen den beiden Radikalparteien propagierten, zugute kommen. In diesem Sinne forderte der „Aufbruch" wiederholt die SA-Männer eindringlich dazu auf,

„daß sie einen ganzen Schritt tun müssen, keinen halben, daß nicht die Rückkehr zur Ausgangsstellung des Nationalsozialismus von 1921, nicht die Sammlung auf den unhaltbaren Posten einer neuen Zwischengruppe zwischen den beiden Klassenfronten, sondern nur der entschlossene Sprung ins Lager der kämpfenden revolutionären Arbeiterschaft, der nach Engels der Sprung in die Freiheit ist, sie zu wirklichen Kämpfern macht um des deutschen Volkes nationale und soziale Befreiung."

Die Verurteilung des „3. Wegs"

Entsprechend der Aufforderung zum totalen Frontwechsel, wurden im „Aufbruch" sporadisch nationalrevolutionäre Gruppen – allen voran die ‚revolutionären' Abspaltungen der NSDAP um Otto Strasser und Stennes – einer heftigen Kritik unterzogen. Die Zeitschrift versuchte auf diese Weise, wie bei der Mutterpartei, einen Keil zwischen die prinzipiell ehrlichen, aber verwirrten aktivistischen Anhänger und ihren, der faschistischen Ideologie verbunden gebliebenen Führern zu treiben.[1247] Bereits in der ersten Ausgabe wurde mit Strassers „erschauter" Ideologie, dem „Bipolarismus", mit dem er seinen Weg zwischen den Fronten theoretisch zu unterfüttern suchte, in einem kurzen Artikel scharf abgerechnet. Durch dieses Konstrukt werde lediglich „der von *Hitler* so schmählich vermanschte *Nationalsozialismus* erfrischt wiedergegeben".[1248] Seine Ideologie sei, nachdem sie sich nicht von diesen Ursprüngen gelöst habe und „ein ausgezeichneter Damm ist, an dem sich diejenigen Teile des proletarisierten Bürgertums stauen, vor deren erwachendem Klassenbewußtsein, der Kapitalismus sich in stärkstem Maße bedroht fühlen müßte", ebenso abzulehnen wie der Nationalsozialismus alter Prägung. In der folgenden Ausgabe wurde dann ausführlicher mit Strasser und Stennes abgerechnet.[1249] Dort wurde eingangs zwar Strassers Bruch mit der NSDAP positiv hervorgehoben; schließlich sei er damit immerhin „zum Exponenten jener ehrlichen, aktivistischen Kreise [geworden], denen die nationale Verlumpung und der allzu offene Verrat aller proletarischen Interessen nicht mehr erträglich erschien, und die wünschten, dass jene empörerischen Elemente in der NSDAP, die ein für allemal mit den faschistischen Ideologien brachen, eine breite Einheitsfront mit dem revolutionären Proletariat bilden würden".

[1247] „Es geht nicht um die Strassers und Stennes, es geht nicht um die Blanks und Buchruckers, die immer die Kondottieris des Systems, die Landknechtsführer der Bourgeoisie bleiben werden. Es geht darum, die Schwarzen Hundert in ihren eigenen Kaders zu erschüttern, es geht darum, die irregeleiteten Proletarier aufzuklären und sie der Front der Konterrevolution zu entreißen. Es geht darum, ihnen zu zeigen, dass sie in der Front ihrer eigenen Todfeinde die schädliche Rolle gedungener Mordknechte, die man gegen das hungernde und rebellierende Volk schicken will, spielen sollen." Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3, „Die Schwarzen Hundert", S. 10-12 (S. 92-94).

[1248] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, „‚Die Bipolaristen.'", S. 14 (S. 76).

[1249] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3, „Die Schwarzen Hundert", S. 10-12 (S. 92-94).

Sein weiterer politischer Weg aber wurde einer vernichtenden Kritik unterzogen: er habe weder persönlich alle Verbindungen zur NSDAP abgeschnitten und auf Angriffe und Enthüllungen über prominente Parteimitglieder verzichtet, noch habe er ideologisch mit seiner alten bürgerlichen Weltanschauung gebrochen. Er habe sich stattdessen „klar und deutlich auf die Volksgemeinschaftsideologie“ festgelegt und versuche nun „die kommunistische Parole von der Volksrevolution umzubiegen […] mit Prozentrechnungen, die von 97% Schaffenden und 3% Nutznießern reden“; es sei daher vor allem Strasser „zu verdanken, daß die erste Rebellion im Lager der Hitlerpartei im Sande verläuft“. Im Widerspruch zu dieser vernichtenden Kritik kam der „Aufbruch“ bzw. die KPD-Führung mitunter zu derselben Einteilung des deutschen Volkes, um die Legitimität ihres Konzepts der Volksrevolution rechtfertigen zu können. So erklärte der KPD-Abgeordnete Neubauer in der Oktober/November-Ausgabe 1932 in dem Artikel „Deutsche Außenpolitik heute und morgen“ frank und frei: „Im heutigen (kapitalistischen) Deutschland herrscht eine kleine kapitalistische Oberschicht von vielleicht 5 Prozent der Bevölkerung über die 95 Prozent des arbeitenden Volkes“; ein Widerspruch, der in der gesamten kommunistischen Propaganda und Agitation geflissentlich übergangen wurde. Ungeachtet dessen wurde derselbe Einwand auch gegen Stennes erhoben,

nachdem er es „genau so wie Stasser vermeidet […] die ideologische Trennung von Hitler zu vollziehen, er preist sich und seine Unterführer als die Verfechter des wahren National-Sozialismus, er beruft sich auf die 25 Punkte, er ist noch Hitlerischer als Hitler selbst, und deshalb appelliert er an den ‚Alten Hitler’ […]“.

Seine „verschwommenen Redensarten vom verratenen Sozialismus“ führe er nur im Munde, „damit auch die SA. nicht zu kurz kommt, die keine Versöhnung mit der münchener Kamarilla will“. Folgerichtig bilde auch der Zusammenschluss der beiden Rebellen in der „Nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft Deutschlands“ (NSKD) „ein festes Bollwerk der Volksgemeinschaft. Revolutionär ist man nie gewesen. Man ist konterrevolutionär. Man wird immer im Lager der Reaktion stehen.“ Auch die neue Vereinigung würde für die Bourgeoisie eine wichtige Aufgabe bei der Integration der NSDAP in den Staatsapparat und eine Koalitionsregierung erfüllen: um die Partei „möglichst billig in die Regierung“ hinzuziehen, werde damit gedroht, auch auf Alternativen zurückgreifen zu können, die „rechts von Hitler“ stehen. Die Bourgeoisie sei sich nämlich durchaus bewusst, „daß die Schwarzen Garden des Stennes und Strasser ebenso zuverlässig für das Kabinett Brüning sein werden wie die Braunen Rollkommandos der Hitler und Goebbels. Vorläufig wird man aber die Schwarzen dazu benutzen, die Braunen zu schwächen“; schließlich seien die Abspaltungen ebenso dem Kapitalismus hörig wie die NSDAP und es würden bereits „die Gelder der Industrie und des Französlings Rehberg […] zu fließen beginnen“. Die eigentliche und wichtigste Aufgabe der nationalsozialistischen Abspaltungen sei es aber, im Falle einer bevorstehenden Regierungsbeteiligung der NSDAP deren revolutionären Elemente aufzunehmen, um die Mutterpartei koalitionsfähig zu ma-

chen: „Man braucht sie als Aufnahmestellung für die meuternde SA., wenn man in die Regierung geht. Die SA. darf nicht zu den Kommunisten laufen."

Als sich im Winter 1931 um die ehemaligen Nationalsozialisten Oldenburg und Rätschke eine weitere Splittergruppe, die „Kampfgemeinschaft Deutscher Revolutionäre", gebildet hatte, waren sie für den „Aufbruch", um die Zukunftslosigkeit der Vereinigung herauszustellen, lediglich „verlorene Lämmer" auf Abwegen.[1250] Kurz darauf, im Zuge der sich zuspitzenden innenpolitischen Lage im Frühjahr 1932, wurden so genannte Nationalrevolutionäre – hier namentlich Ernst Niekisch und Otto Strasser - aufgefordert, sich bei dem bevorstehenden Endkampf zwischen faschistischem Kapitalismus und revolutionärem Sozialismus „**aus dem Schußfeld**" zu begeben, da sie ohnehin zwischen den beiden genuinen Fronten zermalmt werden würden.[1251] Und im Herbst des Jahres titelte der „Aufbruch" nochmals unmissverständlich: „Zwischen Bürgertum und Kommunismus gibt es keine dritte Front".[1252]

Anmerkung zum Antisemitismus

Der nationalsozialistische Antisemitismus wurde im „Aufbruch" lediglich in den Ausgaben des ersten Jahrganges angesprochen; und auch dort nur sporadisch und beiläufig am Rande. Mit dem zweiten Jahrgang wurde das Thema dann vollends ignoriert. Die Zeitung orientierte sich damit an der allgemeinen Partei- und der Scheringer-Propaganda, die völkischen Themata letztlich keine Beachtung schenkte und sich, abgesehen von sozialrevolutionären Inhalten, in der Regel auf nationale Frage als Anknüpfungspunkt zu den Nationalsozialisten beschränkte. Der „Aufbruch" zeigte dabei, wie Scheringer auch, einen ambivalenten Umgang mit der Thematik, der zwischen bedenkenloser Instrumentalisierung im Interesse der Parteipropaganda und direkter Verurteilung schwankte.

Wenn Scheringer im Zuge der Gegenüberstellung der alten, revolutionären Forderungen mit der faktischen Politik der NSDAP, der Parteiführung, obwohl sie doch „Kampf dem jüdischen Händlergeist" versprochen hatte, vorwarf, in den Parlamenten „für Millionensubventionen an jüdische Unternehmen" gestimmt zu haben, so nutzte er den Antisemitismus bedenkenlos als eines unter vielen Beispielen, seien Vorwurf, dass es sich bei führenden Nationalsozialisten um notorische Verräternaturen

---

[1250] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 5, „Verlorene Lämmer", S. 16 (S. 138).

[1251] Aufbruch, 2. Jg. Nr. 3, „Franktiereure im Schussfeld" S. 20 (S. 182) Dort wurde Niekisch für seinen Versuch den Landvolk-Führer Claus Heim, den auch die KPD für sich zu vereinnahmen suchte, im 2. Wahlgang als Reichspräsidentenkandidat aller Nationalrevolutionäre aufzustellen, scharf verurteilt, da er auf diese Weise „einen Keil […] in die Bündnisfront des Proletariats und der Klein- und Mittelbauern" treiben wolle. Darüber hinaus habe er, obwohl er entschieden den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion verurteilt habe, dennoch die KPD, „die einzige politische Partei, die konsequent die Verteidigung der Sowjetunion propagiert", beschimpft und damit gezielt Sympathisanten „von der Eingliederung in die sozialistische Front" abgehalten. Die Kritik an O. Strasser glich den vorangegangenen Anklagen und seine Gruppe wurde erneut „als Auffangorganisation für die aus der Hitlerpartei abströmenden revolutionären Kräfte" entlarvt, wodurch sie eine „Hilfe für die Bourgeoisie" bleibe. Regelrecht pikiert war der „Aufbruch" als die Strassergruppe versuchte in ihren Zeitschriften „Scheringer als Beweis für die Zwischengruppen" zu vereinnahmen. Sie wurden daraufhin als „Tatsachenverfälscher" gebrandmarkt. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, „Geschichtsverfälscher Otto Strasser", S. 22 (S. 184).

[1252] Aufbruch, 2. Jg. Nr. 8, „Zwischen Bürgertum und Kommunismus gibt es keine dritte Front", S. 1f. (S. 276f.)

handle, belegen zu können.[1253] Ganz in diesem Sinne hatte der KPD-Reichstagsabgeordnete Theodor Neubauer den Mitgliedern der Harzburger Front vorgeworfen, sich von jüdischen Wirtschaftsführern beraten zu lassen, womit sich – entgegen ihrer Propaganda – offenbare, „wer hinter Ihnen steht und wie Sie national sind".[1254] Die Antwort der „Aufbruch"-Redaktion auf ein Anschreiben eines interessierten Lesers ging noch einen Schritt weiter:[1255] sie griff den Antisemitismus des Absenders positiv auf, versuchte seine Ansichten tendenziell zu bestärken und für die kommunistische Revolutionsstrategie auszunutzen, solange er sich gezielt gegen jüdische Bourgeois richten würde; antisemitischer Antikapitalismus wurde sogar indirekt als Bestandteil der marxistischen Ideologie präsentiert und mit Marx persönlich belegt![1256] Sein Antisemitismus Hemmungen – der Absender habe geschrieben: „Sie könnten Kommunist sein, es trennt Sie eigentlich nur die ‚Judenfrage'" – sollten keinesfalls einem Frontwechsel entgegenstehen. So zeigte sich der „Aufbruch" darüber hinaus bemüht, führende Kommunisten vom ‚jüdischen Makel' reinzuwaschen und gängige Stereotype der radikalen Rechte, die Kommunismus mit Judentum verbanden, in Frage zu stellen und die KPD antisemitischer Angriffe zu entziehen.[1257] Eine Infragestellung des (rechtsradikalen) Antisemitismus war damit jedoch nicht verbunden; antisemitische Stereotype und Denkstrukturen, die Juden sein mit Herabwürdigung und Ausgrenzung gleichsetzten, wurden damit hingenommen – lediglich dessen prinzipien- und bedenkenlose Anwendung wurde verurteilt. Schließlich sei es, klagte der „Aufbruch", „eine sehr einfache Methode, möglichst alle Gegner von Format als Juden zu bezeichnen". Letztlich wurde hinter dem Antisemitismus der NSDAP ein versteckter Antikommunismus vermutet.[1258]

Ganz anders hingegen die Kritik von Rehm in der folgenden Ausgabe, der in dem Artikel „An die Gewehre Wofür?" nicht nur direkt den Antisemitismus der NSDAP, wie in der Arbeiterbewegung seit der Wilhelminischen SPD üblich, als Ablenkungsinstrument der herrschenden Klassen von den sozialen Abhängigkeiten mittels eines Sündenbocks verurteilte. Er war darüber hinaus bemüht, dessen Be-

---

1253 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, „Der Bruch mit dem Gestern.", S. 2f (S. 64f.)

1254 Aufbruch, 1. Jg. Nr. 5, „Neubauer antwortet dem Kanzler", S. 4-8 (S. 126-130).

1255 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3, „Briefkasten.", S. 16 (S. 98).

1256 „Nun, auch der Kommunismus nimmt zur Judenfrage Stellung. Lesen Sie einmal bei Karl Marx ‚Ueber die Judenfrage' nach. Niemand in der ganzen Literatur zur ‚Rassenfrage' hat das Problem auch nur annähernd so umfassend analysiert wie Marx. Natürlich ist es kein Zufall, daß Sie diese schärfste Angriffswaffe gegen den Teil des Judentums, den Marx als ‚Schacherjudentum' bezeichnet in der völkischen Literatur nirgends erwähnt finden. Die ungeheure ‚Entdeckung' daß der Jude Marx seine Lehre nur erfunden hat, um Judas Weltherrschaft zu ermöglichen, wird dadurch als eine der größten Zwecklügen der völkischen Propaganda entlarvt." Siehe dazu: Haury, Antisemitismus, „Kapitel zwei: ‚Zur Judenfrage' von Karl Marx – ein Klassiker antisemitischer Propaganda", S. 160-182.

1257 Gerade „bei Karl *Liebknecht* aber müsste man besonders vorsichtig sein. Empfehlen Sie ihrem rasseforschenden Freund die Karl-Liebknechtbiographie von Harry *Schumann*. Er soll sich aber beim Lesen gut hinsetzen, denn die Tatsache, daß die Familie Liebknecht in ihrer Genealogie den Nachweis erbringt, direkte Nachkommen *Martin Luther's* zu sein, wird ein schwerer Brocken sein."

1258 So z.B. in einem Artikel Wittfolges im zweiten Jahrgang. Dort wurde der Antisemitismus der NSDAP als demagogisches Ablenkungsmanöver dargestellt, mit dem Hitler von seinem eigentlichen Ziel, den Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, ablenken wollte; schließlich habe er in den ersten Jahren noch versichert, „'der Feind' sei das internationale Judentum". Doch während seines Wahlkampfes sei er „nicht ein einziges Mal gegen die Juden losgezogen. […] *Die Schleier fallen. Der ‚Feind' ist nunmehr der Kommunismus.* Ihm gilt zuguterletzt offen die volle Hetze und der massive Terror der NSDAP." Aufbruch, 2. Jg., Nr. 7, „Nationalsozialismus und Kommunismus", S. 13-16 (S. 259-262).

hauptungen als völlig unbegründet und abwegig bloßzustellen: die Nationalsozialisten würden eine bewusste Täuschung der Bevölkerung bezwecken, wenn sie die Weltlage zu erklären suchten, indem sie die „Siegerstaaten unter Herrschaft des Weltjudentums […] Deutschland als Ausbeutungsobjekt der anderen unter Beihilfe natürlich der Juden in Deutschland" gegenüberstellen.

Dabei bleibe gleichwohl „eine Wahrheit […] unausgesprochen, daß die Massen überall ausgebeutet und unterdrückt werden und die Arbeitslosigkeit überall groß ist. Wenn man darauf eingehen muß, weil die Tatsachen eine zu deutliche Sprache sprechen, verweist man auf das Weltjudentum als den schwarzen Mann und negiert dabei, daß in Polen, Rumänien usw. Millionen *Juden* zu den *Ausgebeuteten* und in den westlichen Staaten tausende ‚*Volksgenossen*' zu den *Ausbeutern* gehören […] – von dieser Tatsache versuchen die nationalsozialistischen Führer durch nationalistische Propaganda, ‚Haß gegen den Erbfeind' und Kampf gegen die Juden, abzulenken".

Eine grundsätzliche Kritik bzw. Erklärung der politischen Funktion des Antisemitismus (für die NSDAP) erfolgte aber auch in diesem Fall nicht.

Vorbild und Ermutigung – Die ‚Erkenntnis'-Artikel

In der Erwartung durch die ‚Entlarvungs'-Artikel Zweifel an der NSDAP geweckt zu haben, sollten appellative Artikel, in denen Dissidenten mit ihrem persönlichen Vorbild warben, die Leser des „Aufbruchs" über das Zersetzungsmoment hinaus zum Frontwechsel animieren. Einzelne Dissidenten schilderten exemplarisch ihre politischen Einsichten, die sie zum Anschluss an die „Rote Front" bewegt hatten. Sie sollten auf diese Weise nicht nur die gewünschten Interpretationen und Konsequenzen aus dem Verrat der NSDAP-Führung und des nationalen Bürgertums vorgeben oder als Vorbild wirken, an dem sich Nachfolgende zu orientieren hatten. Sie sollten darüber hinaus Übertrittswilligen die Besorgnis nehmen, ganz allein einen genuinen Schritt zu unternehmen, indem ihnen suggeriert wurde, dass sie Teil einer stetig wachsenden Bewegung seien. Daneben wurde die Reaktion auf derartige Beiträge als vorzügliches Selektionskriterium unter Nationalsozialisten angesehen. Wer die musterhaften Schlussfolgerungen, die die Dissidenten aus ihrer Erkenntnis gezogen hatten, nicht teilte, hatte sich bewusst für die Seite der Klassenfeinde entschieden – und war für die KPD als Abwerbeobjekt damit ohnehin uninteressant geworden. Derartige ‚Erkenntnis'-Artikel konnten, da es der KPD an geeigneten Vorbilden fehlte, jedoch nur sehr selten veröffentlicht werden.

In der ersten Ausgabe des „Aufbruchs" schilderte Scheringer in einem anonymisierten Artikel wie er, beseelt von dem unbedingten Wunsch nach nationaler Befreiung, erst Anschluss an das nationale Bürgertum und dann an die NSDAP gesucht hatte – und bitterlich enttäuscht wurde, weshalb er als Konsequenz den „Bruch mit dem Gestern" vollzogen hatte.[1259] Er klagte, dass die Bourgeoisie „die Führung des Staates, die ganze Oberschicht der Satten und Besitzenden", vor der Entente „zu Kreuze" gekrochen sei. Um sich selbst zu retten, habe sie die „Tributlasten" der „Masse des Volkes"

[1259] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, „Der Bruch mit dem Gestern", S. 2f. (S. 64f.).

aufgelastet und „die Heimat Stück für Stück an das internationale Finanzkapital“ verschachert. Aus diesem Grunde habe sie auch den Tatendrang der jungen Generation bürgerlicher Mittelschichten, die „im Rheinland, im Ruhrgebiet, in Oberschlesien“ auf „eigene Faust den nationalen Widerstand“ fortgesetzt hätte, nicht mehr „dulden“ können:

„Sie fielen uns in den Rücken, überlieferten uns der Justiz imperialistischer Siegerstaaten, sperrten uns in die Gefängnisse. Wenn es aber galt das aufständische Proletariat niederzuschlagen, von dessen Not wir wenig wussten, dann waren wir recht. Dann war keine ‚nationale' Phrase klingend genug, um uns zu fangen, dann waren wir plötzlich ‚Helden'. Und wir Narren ließen uns wirklich mißbrauchen zum Schutz der ‚öffentlichen Sicherheit', als Polizeitruppe der Ausbeuter, als Verteidiger des Staates von Versailles und glaubten, damit der Freiheit zu dienen. Hatten wir unsere Aufgabe erfüllt, dann nahm man uns schnell die Waffen wieder weg – wenn nötig unter Druck staatlicher Machtmittel – und wir waren wieder knabenhafte Rebellen, über die ehrenwerte Bürger nur mit den Köpfen schütteln konnten, für die es nur Achselzucken und Polizeiterror gab.“

Auch die NSDAP, für die die bürgerlichen Aktivisten, „im festen Glauben einer gerechten Sache zu dienen“, „in die Lazarette oder Gefängnisse“ gegangen waren, habe „nach anfänglichen Scheinkämpfen gegen das System […] ihr faschistisches Gesicht gezeigt“:

„Aus der revolutionären Bewegung wurde die nationalliberale, ‚legale' Partei. Die Führer, die angeblich antraten um das Volk zu befreien, gingen in die Parlamente und machten kapitalistische Politik. […] Wer es wagte gegen den ‚neuen Kurs' anzugehen, wurde als Bolschewist aus der Partei geworfen. Bürgerliches Pack strömte in Massen herein und drückte der Bewegung den Stempel auf.“

Dieser Verrat und die Erfahrungen der folgenden Jahre habe „uns“, wie Scheringer vereinnahmend formulierte, gewandelt:

„Aus Rebellen wurden Revolutionäre. Wir verloren den Glauben an Autoritäten, die ‚nationale Befreiung' sagen und ‚Schutz des Besitzes' meinten. Der Patriotismus verkalkter Philister wurde uns ein Gräuel. Mit bitterem Hohn sahen wir auf die ‚Führer' deren höchster Ruhm die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung war. Wir lernten das System hassen, das nichts anders konnte als Tribute eintreiben, Schieber und Ausbeuter schützen und Gesetze zur Niederhaltung des Volkes erlassen.“

Doch erst nachdem „unsere ökonomische Lage, die infolge der Ausplünderung des Mittelstandes durch den Monopolkapitalismus eine ganz andere geworden war, als die unserer Väter, […] uns die Not des Proletariats verstehen [lehrte], die Not einer Schicht des Volkes, der wir nun selbst angehören“, „begann uns […] der unbedingte Zusammenhang von nationaler und sozialer Frage […] zu dämmern“. Und wenn bislang noch nicht alle, die diese Erkenntnisse teilen würden, die „letzten Konsequenzen“ daraus gezogen und noch „nicht den Weg zur roten Fahne“ gefunden hätten, so läge es daran, „daß wir trotz allem noch zu sehr am *Gestern* hingen“:

„Den revolutionären Marxismus-Leninismus kannten wir nicht, wohl aber die Dolchstoßlegende. Wir mißtrauten dem revolutionären Proletariat im Bezug auf die nationale Befreiung, die für uns immer oberstes Gesetz war. Dieses Mißtrauen wurde genährt durch die Tatsache, dass breite Massen der Arbeiterschaft, selbst politisch noch unklar, teils unter dem fluchwürdigen Einfluß der Sozialdemokratie, teils auf Grund ihrer furchtbaren sozialen Lage an sich, die nationale Frage einfach überging.“

Daran anschließend formulierte Scheringer die exemplarischen Schlussfolgerungen, die die Adressaten aus den geschilderten Einsichten ziehen sollten:

„Wenige von uns, die wir aus den Kreisen des Mittelstandes und des Kleinbürgertums hervorgegangen sind, haben das bis jetzt erkannt. Tausende laufen weiter hinter den Hakenkreuzfahnen her, in ihrem unklaren dumpfen Freiheitsdrang, wie sie einst hinter den Trommeln offen reaktionärer Verbände herliefen. Sie hängen noch immer am Gestern, mit dem wir gebrochen haben. Wir sind den letzten Schritt gegangen. Wir haben erkannt, daß es nur eine Freiheitsfront gibt: Die Front der revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten. Wir wissen, daß kein Führer und keine Partei uns helfen, die irgendwie am Gestern klebt, sondern nur die Volksrevolution gegen das herrschende System mit allem was ihm anhängt, die Volksrevolution gegen Unterdrückung und Ausbeutung jeder Art, der revolutionäre Krieg gegen die Versailler Tributmächte im Bunde mit der Sowjetunion. Wir haben gelernt das ‚nationale' Führerpack zu verachten, mit seiner Opposition auf Widerruf, mit seiner platonischen Freiheitsliebe, mit seinem Sozialismus, der vor dem eigenen Geldbeutel halt macht. Wir verabscheuen jene Lauen und Halben, deren ‚nationaler Geist' vor der Revolution kapituliert, jene Jämmerlinge, die der Wirklichkeit nicht ins Antlitz zu sehen wagen, die lieber Knechte des Westens bleiben, als daß sie mit den Bolschewiken die Freiheit erkämpfen. Für uns gibt es keine Kompromisse mehr. Wir fügen uns nicht mehr unter ‚Autoritäten' von gestern und wir warten nicht mehr auf den ‚starken Mann' von morgen, sondern wir marschieren. Unschädlichmachung der herrschenden Ausbeuterschicht, Besitzergreifung der Fabriken, der Bergwerke, der Banken und des Bodens durch das Volk, Annullierung sämtlicher Verpflichtungen an das internationale Finanzkapital, Befreiung des Bauernschaft von ihren erdrückenden Schulden und Steuerlast, Bewaffnung der Massen, Bündnis mit der Sowjetunion, Zerreißung der Friedensdiktate, Aufbau des freien, sozialistischen, großdeutschen Arbeiterstaates – das sind unsere eisernen, unerbittlichen Forderungen. Bedingungsloser Kampf gegen alles, was sich diesen Forderungen entgegenstellt – das ist unsere Aufgabe. Wir gehen unseren Kameraden voran, die heute noch als Werkzeuge der Konterrevolution mißbraucht werden, und weisen ihnen den Weg."

Unmittelbar an diesen Artikel schloss sich ein Beitrag Korns an, in dem nochmals soziale Unterschiede zwischen Bürger und Proletarier mit der Behauptung negiert wurden, dass die Mittelschichten inzwischen zum großen Teil proletarisiert seien. In diesem Sinne war der Artikel mit „Die Deklassierten" übertitelt.[1260] Eingangs wurde der nationalsozialistische Volksgemeinschaftsgedanke, der 97% des Volkes in eine „Einheitsfront gegen die 3% Ausbeuter" zwänge und damit „eine einfache Formel" biete, um „das revolutionäre Problem Deutschlands auf einen Generalnenner" zu bringen, scharf verurteilt: „Die Wirklichkeit aber löst jene sagenhaften 97% in die ganz bestimmten soziologisch und ideologisch gebundenen Heeressäulen auf, wie sie sich uns unter den Fahnen des revolutionären Marxismus-Leninismus, und des Faschismus aller Schattierungen repräsentiert." Dabei bilde das Proletariat, das etwa 50% des Volkes ausmache, „zwar unbestritten" eine „soziologische Einheit", aber keine geschlossene Klassenfront, da „für die revolutionäre Entscheidung z. Zt., jener Teil aus[falle], dessen Klassenbewußtsein durch die ideologische Verfälschung durch die S.P.D. geschwächt ist."

Infolgedessen gewinne „desto mehr […] ein anderer Teil des Volkes für die revolutionäre Entscheidung an Bedeutung. Die *soziologisch* in Bewegung geratenen Schichten des Mittelstandes, der hunderttausende Akademiker ohne Zukunft, der Klein- und Mittelbauernschaft, sind es um deren aktive Einbeziehung der Entscheidungskampf zwischen Revolution und Konterrevolution entbrannt ist. Diesen

[1260] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, „Die Deklassierten.", S. 3f. (S. 65f.).

zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat stehenden Schichten, ist zum Teil *erkenntnismäßig*, zum größeren Teil *gefühlsmäßig*, klar geworden, dass sie wirtschaftlich und gesellschaftlich innerhalb des kapitalistischen Systems *ohne Zukunft* sind. Rein äußerlich scheint es Ihnen (Kleidung, Wohnung, Bildung) als ob sie noch zur *herrschenden* Klasse, jedenfalls aber nicht zum Proletariat gehören, und die wahre Bourgeoisie tut alles, um ihnen diese Illusion zu erhalten, oder ihnen die Restaurierung ihrer gesellschaftlichen Stellung als möglich hinzustellen. *In Wahrheit sind sie deklassiert*, und in dem Maße, wie sich dies in ihrem *Bewußtsein* manifestiert, erfolgt ihre Eingliederung in die revolutionäre Entscheidung.“[1261]

Entsprechend ihres politischen und historischen Erkenntnisstandes würden sich diese Schichten in drei Gruppen teilen lassen:

„bei einem Teil (der sehr erheblich ist)“ habe sich im Zuge der „sichtbaren Identifizierung *Hitlers* mit der kapitalistischen Wirtschaft in faschistischer Form […] die Übernahme der *Herrenrassen-Theorie* [vollzogen], d.h. sie sind bereit auf allen ‚Sozialismus' im ‚Dritten Reich' zu verzichten, sofern *ihnen* nur ein Platz in der ‚Arbeiteraristokratie' gesichert ist. *Dieser* Teil ist damit wieder offen zum Kapitalismus zurückgekehrt, und aufs neue so fest mit seiner faschistischen Erneuerung verschmolzen, das er absolut *konterrevolutionär* geworden ist.“ Die anderen beiden stünden noch vor der „Entscheidung: ‚Sozialismus für sich' (als spezielle Lösung der persönlichen Lebensfrage) oder ‚Sozialismus an sich' (Die *Klassenfrage*!). Die Mauer, die diese Menschen bürgerlicher Herkunft vom *wirklich* sozialistischen Teil des Volkes, dem Proletariat trennt, ist die ungeheure Lebenserschütterung, die das *bewußte* Gefühl des *Deklassiertseins* mit sich bringt. Auch an diesem Punkt weicht ein Teil noch aus, und sucht den Willen zur Revolution zu verbinden mit irgend einem ‚Sozialismus', der ihnen die *Eingliederung* in das Proletariat, und den Kampf um eine völlig *neue* Lebensgestaltung von *unten* her erspart. Ideologien wie die *Otto Strasser'sche*, die zwar antikapitalistisch sind, aber doch die Wiedererlangung der verlorenen gehobenen sozialen Position zu garantieren scheinen, bilden hier den Auffang. – Die *wirkliche* Ursache dieser Entwicklung, aber liegt darin, dass die *Deklassierung*, die Verproletarisierung als etwas *schimpfliches* empfunden, die *historische Aufgabe* des *klassenbewußten Proletariats* als solche nicht *erkannt* wird.“

Die deklassierten Bürger sollten den ganzen Schritt wagen, sich „als Sturmbrigaden in die vorderste Front des Proletariats […] stellen, und im Kampf um das Vaterland von morgen, die *wahre* Gemeinschaft des Volkes gründen.“ Sie sollten Scheringer, dem „Repräsentant jener ehrlichen ‚gefühlsmäßigen Sozialisten'“, folgen, der „die Hitlerfront demonstrativ verließ, und sich in die Reihen des revolutionären Proletariats *bewußt* eingliederte“, wodurch er „zum Vormann jener Deklassierten [wurde], die sich nicht mehr als vom Schicksal *degradiert* empfanden, sondern das Proletariat und ihre eignen Position als die *historische Ausgangsstellung einer neuen Welt erkannten*!“ Sie alle sollten dem Geiste des „Aufbruchs“ und seinen Autoren folgen:

„Wir sind diesen Weg gegangen, weil uns der ganze *Bankrott* der allbürgerlichen Welt offenbar geworden ist. Weil wir *erkannt* haben, daß die bürgerliche Klasse, und auch all jene ‚Führer', die sich so demonstrativ als ‚antibürgerlich' deklarieren, das historische Recht auf die Führung des arbeitenden Volkes längst verspielt habe. […] Mit uns marschieren jene die *wissen*, daß die neue Front nicht auf der Basis ihrer Tradition und Geschichte erwächst; die *wissen*, daß die Einheitsfront mit dem Proletariat nicht hergestellt wird, indem wir versuchen dasselbe zu uns ‚heranzuziehen', sondern indem wir uns vorbehaltlos in die Reihen der Klasse *eingliedern*, die morgen *die Nation* sein wird!“

[1261] Aus diesem Grunde sei es „ganz natürlich“, erklärte Korn, dass sie sich „im ersten Stadium der *Verzweiflung* über die Hoffnungslosigkeit ihres Daseins, […] in eine Front [eintreten], die ihnen neben dem Kampf gegen ‚das System' (das sie wegen ihrer Entwurzelung verneinen und hassen), die *Wiedereinsetzung* in ihre verlorene Rechte verspricht. Nichts anderes ist das ‚sozialistische Gefühl' das *Hitler* bei den entwurzelten Massen vertiefte, und für seine Politik ausnutzte.“ Weitergehende Schlüsse wurden, wie in der gesamten KPD-Propaganda, wenn die Erkenntnis sporadisch aufblitzte, dass die meisten Anhänger der NSDAP von ihrer Partei soziale Protektion und keine Revolution erhofften, jedoch nicht gezogen.

Erst Monate später, im Februar 1932, zog Beppo Römer in einem anonymen Artikel die gleichen Schlüsse aus seiner „Bilanz der nationalen Bewegung“:[1262]

„Der Inhalt der nationalen Bewegung war die Erkämpfung der deutschen Freiheit, die Zerbrechung der Fesseln von Versailles. Ziehen wir als nüchterne Kämpfer eine Bilanz und spüren wir den einzelnen Aktiven und Passiven nach, dann sehen wir mit tragischer Gewissheit, wie ein Verlust-Saldo entstanden ist, das die ‚nationale' Bewegung unaufhaltsam zur Katastrophe treibt!“

Zur Begründung und Illustrierung zählte Römer die, bei Scheringer nur stichwortartig genannten, Stationen der Instrumentalisierung und Ausnutzug der nationalen Bewegung im Interesse der kapitalistischen Bourgeoisie zum Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterklasse chronologisch auf und schilderte ausführlich den ihnen zugrunde liegenden Verrat, auf Grund dessen die Bilanz nur vernichtend ausfallen könne:[1263]

„13 Jahre ‚Nationale Bewegung', und wir stehen vor einer neuen bedingungslosen Unterwerfung unter französisches Diktat, von Brüning bis Hitler und Breitscheid. 13 Jahre ‚Nationale Bewegung', und wir stehen vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, wie ihn selbst die größten Pessimisten noch vor einem halben Jahre nicht erträumten.“

Und die allgemeingültige Schlussfolgerung aus dieser Erkenntnis, zu der auch die Adressaten über kurz oder lang gelangen müssten, könne nur der Bruch und totale Frontwechsel sein:

„Was nun? Hitler und Seldte haben den Idealismus der nationalen Jugend, das stärkste Aktivum der nationalen Bilanz, mißbraucht und verschleudert. Sie haben mit ihm eine Wach- und Schließgesellschaft für den Kapitalismus gezüchtet. Sie haben der nationalen Bewegung vorgelogen, daß sie den Freiheitskampf wollen, und haben die Unterwerfung geduldet. Sie gaben gelogen, daß es eine legale Lösung der nationalen und sozialen Frage gebe, obwohl es keinen anderen Ausweg gibt als die revolutionäre Lösung. Ihre Lügen haben kurze Beine. Erkenntnis und nationales Wollen haben schon heute den Besten der Bewegung den Weg zur Volksrevolution gewiesen.“

Die KPD zeigte sich zwar mit Römers Einsichten über den Verrat des nationalen Bürgertums und die bisherige Ausnutzung der Freikorps im Interesse des Kapitalismus zufrieden; seine politischen Folgerungen waren aber (stellvertretend für die bürgerliche Leserschaft?) nicht weit genug gegangen. Um aber vollends auf die Seite der „Roten Front“ wechseln zu können, war ein weiterer, entscheidender Schritt notwendig. Kippenberger formulierte daher unmittelbar im Anschluss eine Kritik, in der er konkret die erwarteten und genehmen Schlussfolgerungen vorgab.[1264] Er kritisierte, dass sich Römer ideologisch noch nicht ganz von seinen bürgerlichen Ursprüngen habe lösen können. In seiner Vorstellung sei „die ‚nationale Bewegung' als eine selbständige Größe, als ein sich selbst ge-

---

[1262] Aufbruch, 2. Jg., Nr. Nr. 1/2, „Bilanz der nationalen Bewegung 1919-1932“, S. 6-8 (S. 148-150). In der vorangegangenen Ausgabe fand sich, in einer kleinen Notiz auf der letzten Seite, ein Abdruck eines Aufrufes fünf ehemaliger „Führer der Straßer-Jugend“, die zuvor auch Führer der HJ gewesen waren, in dem sie ihre politische Erkenntnis, die sie zum totalen Frontwechsel veranlasst hatte, wiedergaben und ihre zurückgelassenen, früheren „Kampfgenossen“ zur Nachahmung aufforderten. Aufbruch, 1. Jg., Nr. 5, Dezember 1931, „Der Weg der Jugend“, S. 16 (S. 138).

[1263] Angefangen mit den Kämpfen zur Jahreswende 1918/'19 wurde „*1920: Kapp-Putsch!*“, „*1921: Kämpfe in Oberschlesien!*“, „*1922: Separatistenbewegung in Bayern.*“, „*1923: Inflation.*“, die Zwischenzeit „*1924-1930*“ sowie „*1931: Harzburger Tagung!*“ aufgezählt.

[1264] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1/2, „Die Rückseite der Bilanz“, S. 8f (S. 150f.).

nügsamer Begriff“ erhalten geblieben. Das sei jedoch eine „abstrakte Betrachtung“, „die darauf verzichtet, die Erscheinungen der Geschichte in ihren ursächlichen Zusammenhängen zu erklären“ und damit „im Grunde bürgerliche Metaphysik“ bleibe. Römer habe bei der Erörterung, wie sein primäres Ziel, der „Kampf um die deutsche *Freiheit*“, zu erreichen sei, vergessen entscheidende Fragen zu stellen:

„Freiheit für wen? Freiheit zu welchem Zweck? Man muß den Dingen ein bisschen auf den Grund gehen und sich vorstellen, wie alle diese Begriffe: Nation, Ehre, Freiheit, Vaterland entstanden sind, und wie sie immer neu produziert werden im Gehirn der Bourgeoisie, da sie zu den notwendigen Bestandteilen der ideologischen Bestätigungen und Rechtfertigungen der kapitalistischen Ordnung gehören.“

Zurzeit der französischen Revolution, die „das Pathos von der Nation, der Freiheit und des Vaterlandes am stärksten entwickelt“ hatte, „gab es eine Periode, da war der ‚Idealismus der nationalen Jugend’ das geflügelte Pferd geschichtlicher Kräfte“. Aber heute? Heutzutage lasse sich diese Periode allenfalls noch im kolonialen Befreiungskampf erkennen. Auch Deutschland sei zurzeit zwar „ein ‚unterdrücktes Land’“, „aber als imperialistisches Land, das an den Widersprüchen des imperialistischen Systems zerbrochen ist!“

Aus diesem Grunde handele „es sich nicht um die Herausbildung eines neuen Kapitalismus und die Konstituierung einer jungen Nation. Wer nur die formalpolitische Seite betrachtet und Deutschland ohne Bedacht auf die Stufe der um ihre ökonomische und politische Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker stellt, muß zu schwerwiegenden Irrtümern kommen. […] Umsomehr entpuppt sich dieser von der Bourgeoisie gehätschelte ‚Idealismus der nationalen Jugend’ als ein Mittel der Verirrung und Verkleisterung des bestehenden sozialen Unrechts und als ein Bestandteil der *faschistischen Ideologie und Diktatur*.“ Folglich sei es Römers „entscheidender Fehler“ gewesen, „daß er diesen wirklichen Inhalt der ‚nationalen Bewegung’ nicht untersucht und statt dessen nur einen anderen Begriff, ein anderes Wort, eine neue ‚Parole’ nimmt: Deutsche Freiheit. [Er] sieht nicht klar, daß die Idee des Nationalen, der Begriff der Freiheit, wie sie das Bürgertum erzeugte, brüchig und absterbend sind in dem Maße, wie der Kapitalismus seinem Ende entgegengeht unter den Schlägen der wirtschaftlichen und politischen Krise durch die proletarische Revolution. Freiheit für wen? Für die heute noch herrschende Klasse? – Freiheit für was? Für die Aufrechterhaltung des jahrhundertealten Ausbeutungsverhältnisses, das die Existenzgrundlage lieferte für die Bourgeoisie und ihre ‚Ideale’ von ‚Freiheit und Nation’? Freiheit zu welchem Zweck? Für die Wiederherstellung der imperialen Machtstellung vor 1914? *Nicht jede ‚nationale Bewegung’ ist revolutionär*!“

Hätte sich Römer die richtigen Fragen gestellt und die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus gezogen, konstatierte Kippenberger, so hätte er erkennen müssen, dass „*die nationale Freiheit* […] *für den Revolutionär nichts anderes als ein Teil der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution*“ sei; schließlich wisse „jeder […], daß es *ökonomische Triebkräfte* sind, die hinter diesen politischen Tatsachen stehen“. Dann hätte er erkannt,

dass „*das revolutionäre Proletariat* […] *seinen eigenen Weg der nationalen und sozialen Befreiung* [gehe]! Die ‚Bilanz der nationalen Bewegung’ ist für die siegreiche Klasse die Bilanz des kapitalistischen Zusammenbruchs. Freiheit für wen? Für den Sozialismus und das uneingeschränkte Recht aller auf Arbeit und Brot! Freiheit für was? Für den Kampf gegen die Unfreiheit im eigenen Lande, gegen die Besitzenden in der eigenen Heimat, bis zur Überwindung und Vernichtung des gesamten Systems, das diese Unfreiheit duldet und züchtet! Freiheit zu welchem Zweck? Für die *Abschüttelung der imperialistischen Unterdrückung und Tributsklaverei* des internationalen Finanzkapitals und für das Recht des

Bündnisses mit der Sowjetunion. Das sind klare Losungen, die klare Wege zeigen. Die Front, in der [Römer] gestanden hat, kennt diese Ziele nicht. Es kann sich für ihn und seinesgleichen deshalb niemals darum handeln, ‚die falsche Frontstellung der alten nationalen Bewegung' gerade zu rücken, man muß einen vollen *Frontwechsel* vollziehen: Los von der Bourgeoisie und ihren ‚Idealen', hin zur proletarischen Revolution und der Theorie des Marxismus."

In den folgenden Ausgaben wiederholte Römer mehrfach seine Erkenntnisse und Schlussfolgerungen. Bereits in der nächsten Nummer wies er, diesmal unter seinem richtigen Namen, erneut auf den Missbrauch der nationalen Freikorps hin und rief als Konsequenz – nun parteipolitisch korrekt mittels ökonomischer Zusammenhänge begründet – zum sofortigen, totalen Frontwechsel zur KPD auf.[1265] Einen Monat darauf forderte er, unter Hinweis auf den Vorbildcharakter seiner eigenen Person, nochmals unmissverständlich, dass „das nationale Deutschland […] auf die Seite des Proletariats" gehöre;

schließlich stehe man unverkennbar „**an einem Wendepunkt. – Die nationale Bewegung muß sich für oder gegen den Kapitalismus entscheiden. Eine ‚Dritte Front' gibt es nicht. Was zwischen den Fronten herumirrt, wird zerrieben.** […] **Es ist ein weiter und schwerer Weg vom Offizier des kaiserlichen Deutschland zum Soldaten der nationalen und sozialen Revolution. Es ist aber der einzige Ausweg.**"[1266]

In der nächsten Nummer, im Juli 1932, wiederholte er, um die Breitenwirkung seiner Appellationen belegen zu können, seine Erkenntnisse und Schlussfolgerungen im Namen des gesamten Freikorps bzw. des späteren Bundes „Oberland".[1267] Zu einem letzten Artikel dieser Art – vielmehr ein „Appell" vergleichbar mit der „Erklärung der 13 Offiziere" – wurden alle bekannten Dissidenten, über die die KPD verfügte und die in das ‚Aufbruch'-Projekt (indirekt) integriert waren, zusammengefasst.[1268] Dort wurden die nationalistischen Aktivisten, nachdem die Reparationskonferenz von Lausanne endgültig offenbart habe, dass Papen, Schleicher und Hitler „**die Erfüllungspolitik von Stresemann, Hermann Müller und Brüning *unverändert***" fortführen werden, zur Bildung ‚klarer Fronten' aufgerufen, da es „**keine nationale Befreiung ohne die soziale Befreiung**" gäbe:

„**Schluß mit der doppelten Moral, die ‚das Volk' auf den Schlachtfeldern kämpfen und bluten lässt, um mit schmutzigen Händen Kriegsgewinne zu raffen. – Zum Teufel mit diesem Nationalismus! Wir haben zu dieser verfaulenden Welt alle Brücken abgebrochen! In schweren inneren Kämpfen haben wir ins zur Front der nationalen und sozialen Befreiung, zur proletarischen Revolution, durchgerungen – es ist der einzige Ausweg. Wir weisen unsren Kameraden den Weg zum Sieg aus Elend und Unterdrückung.**"

[1265] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, „An die Gewehre!", S. 3f. (S. 165f.). In der Januar-Ausgabe 1933 fanden sich in einer Untersuchung Römers über den „Ruhrkrieg 1923 und den aktiven Widerstand" vergleichbare Inhalte. Aufbruch, 3. Jg., Nr. 1, „Der Ruhrkrieg 1923 und der aktive Widerstand", S. 2-4 (S. 332-334).
[1266] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „Sturmzeichen im Osten", S. 1-3 (S. 191-193).
[1267] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 5, „Um den deutschen Osten", S. 2f. (S. 220f.).
[1268] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 5, „Appell an unsere Kameraden", S. 1f. (S. 219f.). Unterzeichnet wurde der Appell von Arnold Vieth v. Golssenau, Hauptm. a. D., Egon Möller, Hauptm. a. D., Bodo Uhse, Dr. Beppo Römer, Hauptm. a. D., Karl Diebitsch, Leutnant I. Freikorps Oberland und Bruno von Salomon.

Der gemeinsame Nenner? – Die nationale Befreiung Deutschlands

Wenn die Bereitschaft zu sozialrevolutionären Umwälzungen das Selektionskriterium war, anhand dessen der „Aufbruch" zwischen den ehrlichen, aber verwirrten und den bewusst faschistischen Nationalisten bzw. Nationalsozialisten unterschied, so war im Gegenzug das Versprechen die nationale Befreiung zu vollbringen das Lockangebot und damit zugleich auch das stärkste Argument, mit dem sich die Zeitschrift ihre Unterstützung sichern wollte. Das Thema „nationale Befreiung" war im „Aufbruch" im Gegensatz zur Scheringer- oder Parteipropaganda aber weit weniger ein direkter Anknüpfungspunkt, mit dem überhaupt erstmals Interesse geweckt und Kontakt hergestellt werden sollte. Dieser erste Schritt war mit dem Erwerb der Zeitschrift bereits vollzogen, weshalb hier die richtige, und das hieß an der Generallinie ausgerichtete, Auslegung der „nationalen Frage" im Vordergrund stand. Und um der Zusicherung, dass die KPD die einzige Partei sei, die die nationale Befreiung Deutschlands tatsächlich erreichen könnte, Substanz und Glaubwürdigkeit verleihen zu können, war die Zeitschrift sichtlich bemüht, ihren frühzeitigen und ununterbrochenen Kampf gegen Versailles und die darauf aufbauenden Verträge zu belegen – und ihn damit als Grundfeste der kommunistischen Parteipolitik darzustellen.

Bereits in der ersten Ausgabe stellte Heinrich Kurella fest, dass „für zahllose ehrliche Revolutionäre […] die Stellung der Kommunisten zur nationalen Frage das letzte, aber auch das schwerste Hindernis [sei], das ihrem Anschluß an die revolutionäre Arbeiterbewegung im Wege" stünde; das treffe insbesondere auf jene zu, „die durch die NSDAP hindurchgegangen sind und ihr, angeekelt durch den Verrat an allen einst gegebenen revolutionären Versprechen und das offen abgelegte Bekenntnis als Schutzgarde des Finanzkapitals […] den Rücken wandte".[1269] Sie hätten bereits den ersten Schritt getan und erkannt, dass sozial- wie nationalrevolutionäre Umwälzungen „nicht durch Reformen an dem todkranken Leib des heutigen Systems den Ausweg schaffen, sondern nur noch durch den Sturz des ganzen in allen Fugen morschen Baues und radikalen Neuaufbau" möglich sein werde. Es sei für sie daher eine entscheidende Frage, ob es den Führern dieses revolutionären Neubaus, den Kommunisten, „mit der nationalen Befreiung ernst [wäre], die sie neben die soziale Befreiung stellen und von dieser abhängig machen?" Für viele, „die die Ziele der Kommunisten bisher nur aus den entstellten Darstellungen ihrer Feinde kannten", sei das Thema durch die KPD erst mit ihrer „Programmerklärung" aufgegriffen worden und sie würden sich nun fragen, ob es „nur ein taktisches Manöver" darstellt:

„Wollten die Kommunisten die ansteigende Welle der Auflehnung gegen die Ausbeutung durch die Siegermächte nur ihren Zwecken dienstbar machen, während sie eigentlich selber den nationalen Stolz und die nationale Unabhängigkeit ablehnen oder leugnen? Ist ihnen, den Kommunisten, die Welle des nationalen Widerstandes nur eine Konjunktur, die sie ausnutzen wollen, ohne sie selber zu

[1269] Aufbruch, 1. Jg., Nr.1, „Kommunismus und Nation", S. 4-6 (S. 66-68).

bejahen? Oder ist es ihnen wahrhaft ernst damit, dass sie die nationale Befreiung wollen – in ihrer untrennbaren Verbundenheit mit der sozialen Befreiung?"

Wenn aber letzteres zuträfe, fragte Kurella, „dann mußten sie schon im Augenblick der Geburt dieses Blutsystems [von Versailles] ihre Stimme mit voller Kraft dagegen führen. Taten sie das?" Und zum Beweis zählte er im Anschluss, unter Anführung umfangreicher Zitate, verschiedene Etappen der Verurteilung des Versailler Friedens durch die KPD und KomIntern auf.[1270] Die Kommunisten hätten sich jedoch „nicht damit begnügt, ihre unbeugsame Gegnerschaft immer und immer wieder zu bekennen"; während der Ruhrbesetzung „standen die *kommunistischen Arbeiter in der vordersten Reihe* der oft blutigen Kämpfe". Darüber hinaus hätte, und hier zeigt sich ein weiterer Unterschied zur Scheringer-Propaganda, da der „Aufbruch" von Anfang an direkt auf die internationale Dimension des nationalen Befreiungskampfes hinwies, die KPD stets die Verbindung mit den „Kommunisten aller anderen Länder" gesucht, um den Kampf gegen Versailles steigern zu können: so hätten „französische und deutsche Kommunisten […] im Ruhrgebiet Hand in Hand gegen diesen Raubzug des französischen Imperialismus" gekämpft und die KPF später „im französischen Parlament" als einzige Partei „mit der gleichen Begründung wie die deutschen Kommunisten wie ein Mann gegen den Youngplan" gestimmt. Aus dieser Dokumentation, schloss Kurella, gehe unzweifelhaft hervor, dass sich „der Kampf der deutschen – und mit ihnen der Kommunisten aller anderen Länder – gegen das Versailler System […] wie ein roter Faden durch die gesamte Politik der deutschen Kommunisten" ziehe. Wenn sie sich zuweilen als vaterlandslose Gesellen bezeichnen würden, so läge es daran, „daß sie ja eben nur vaterlandslose Gesellen sind, solange sie in ihrem Vaterlande nur das Recht haben, sich ausbeuten zu lassen und zu verhungern." In Wahrheit würde ihr „Herz ebenso heiß für die nationale und soziale Befreiung" schlagen, wie bei den nationalistischen Adressaten – mit dem gravierenden Unterschied, dass die Kommunisten „das Vaterland für die Werktätigen erst erobern [wollen]: Die Schaffenden in Stadt und Land werden ein Vaterland haben, wenn sie keinem ausländischen Räuber mehr Tribute zahlen brauchen und ihre ‚eigenen', ‚deutschen' Ausbeuter zum Teufel gejagt haben."

Zwei Ausgaben darauf wurden, um den Alleinvertretungsanspruch der KPD in Sachen nationaler Befreiung weiter belegen zu können, in einer kleinen Notiz entsprechende Zitate aus dem „Vorwärts", dem „Völkischen Beobachter" und der „Roten Fahne" wiedergegeben. Demnach hätten sich beide Konkurrenzparteien im Gegensatz zu den Kommunisten für die Erfüllung der Reparations-

[1270] Angefangen mit dem Aufruf der KomIntern vom 03.05.1919 „Nieder mit dem Frieden von Versailles", der Forderung der KPD auf ihrem Gründungsparteitag nach der „Annullierung aller Staatsschulden und anderen öffentlichen Schulden", die in das Parteiprogramm aufgenommen wurde (inkl. eines Zeitungsartikels des Spartakusbundes gegen Versailles), eines Manifestes der KPD vom 8. Parteitag gegen die franz. Ruhrbesetzung, der Ablehnung der kommunistischen Reichstagsfraktion des Dawes- und des Young-Planes und schließlich der „Programmerklärung".

verträge ausgesprochen.[1271] In den folgenden Ausgaben wurden wiederholt ‚Dokumentations'-Artikel mit derselben Intention veröffentlicht.[1272]

Die Begründung, weshalb sich ein kapitalistisches Deutschland niemals aus seinen nationalen Abhängigkeiten werde befreien können, wurde, neben den ‚Verrats'-Artikeln in mehreren Stellungnahmen zur (internationalen) Tagespolitik dargelegt.[1273] Erst in der Dezember-Ausgabe 1932 wurde, nachdem sich die vorangegangenen Kritiken auf die Unvereinbarkeit von Kapitalismus und nationaler Befreiung konzentriert hatten, im Zuge einer Gegenüberstellung des kapitalistischen mit dem kommunistischen Nationenbegriff der adäquate Umgang mit der nationalen Frage geschildert und das Selbstverständnis einer sozialistischen Nation dargelegt.[1274]

In diesem Artikel erläuterte Korn, dass „der Nationalismus aller Richtungen", auch der „sogenannte ‚neue Nationalismus'", der sich auf die Ideen Moeller van den Brucks stütze, zwangsläufig in eine Sackgasse führe und scheitern müsse, da er lediglich „den abwegigen Versuch" unternehme, „der ‚Nation' einen neuen geistigen Inhalt zu geben". Er vergesse dabei jedoch die einzig entscheidende „Voraussetzung anzuerkennen, die allein grundlegende Änderung des Bewußtseins der Massen erzeugen kann: Die Änderung der materiellen Basis der Nation." Eine Nation, erklärte Korn, sei nämlich „*ohne ihre materielle Basis* nicht vorstellbar", da erst „*das Verhältnis der Menschen, die ein Volk ausmachen zu der materiellen Basis ihres Lebens,* […] *das Gesicht der Nation*" bestimme. Die Kommunisten würden zwar „in der Geschichte durchaus das Bestehen von Nationen" anerkennen, doch „die bisherigen Nationen [hätten] bisher immer das Gesicht ihrer herrschenden Klasse" und damit lediglich „das Gesicht einer besitzenden Minderheit" getragen, da sie „die materielle Basis der Nation in Form von Grund und Boden, Bergwerken, Fabriken u.s.w. *besitzt*, und durch diesen Besitz die große

---

1271 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 4, „Wer kämpft gegen Youngplan und Versailles", S. 6 (S. 108).

1272 In der Juni-Ausgabe 1932 wurde die „Deklaration des ZKs der KPD gegen die Tributsklaverei des deutschen Volkes" vom Februar 1932 als der einzige „Ausweg aus dem Versailler System" propagiert; und in der folgenden Juli-Ausgabe wurden zum 13. Jahrestag von Versailles erneut „Dokumente der Kommunisten im Kampf um die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes" abgedruckt. Auch Kippenberger griff im Zuge seiner Anklage gegen alle kapitalistischen Parteien, den Widerstand gegen Versailles aufgegeben zu haben, auf Zitate aus der „Roten Fahne" vom Mai 1919 oder Lenins von 1920 zurück, um im Gegensatz dazu den andauernden Kampf der Kommunisten belegen zu können. Siehe: Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „Der Ausweg aus dem Versailler System", S. 17 (S. 207), ebenda, 2. Jg., Nr. 5, „13 Jahre Versailles", S. 3-5 (S. 221-223) oder ebenda, 2. Jg., Nr. 5, „Dokumente der Kommunisten im Kampf um die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes", S. 15 (S. 233). Darin wurde die „**Stellungnahme zum Versailler Friedern**" der KomIntern vom 13. 5. 1919, die „**Stellungnahme zum Dawesplan**" des EKKI vom März 1926, die „**Stellungnahme zum Youngplan**" aus einer Reichstagserklärung der KPD vom 29.11.1929, sowie Auszüge aus der „Programmerklärung" zitiert, die sich „**gegen die Zerreißung Deutschlands**" wenden.

1273 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 5, „Neubauer antwortet dem Kanzler.", S. 4-8 (S. 126-130). Vgl. dazu auch: Aufbruch, 1. Jg., Nr. 4, „Das Dreieck", S. 1-3 (S. 103-105). In diesem Artikel wurde im Zuge des Besuchs von Briand und Laval in Berlin über die Wirtschaftspolitik Frankreichs, die (vermeintlich) daraus resultierende Abhängigkeit des kapitalistischen Deutschlands sowie die Auswirkungen auf den Binnenmarkt und die Arbeiterschaft berichtet. Zudem sei Frankreich, um seine Investitionen zu sichern, an der Aufrechterhaltung des Kapitalismus in Deutschland interessiert. Siehe auch: Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1/2, „Die Politik der Bankrotteure", S. 1f. (S. 143f.), wo anhand der Reparationskonferenz in Lausanne vom Januar 1932, dem Young-Plan oder dem Hoover-Moratorium 1931/'32, die Aussichtslosigkeit geschildert wurde, die nationale Abhängigkeit Deutschlands auf dem Verhandlungswege innerhalb des kapitalistischen Systems erreichen zu können. Mit der gleichen Intention wurde, als Deutschland auf Abrüstungskonferenzen die Angleichung militärischer Stärke versagt worden war, „die Lüge von der deutschen Gleichberechtigung" beschworen. Aufbruch, 3. Jg., Nr. 1, „Die Lüge von der deutschen Gleichberechtigung", S. 5f. (S. 335f.).

1274 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 5, „Die sozialistische Nation", S. 13f. (135f.).

Mehrheit beherrscht und unterdrückt.“ Demzufolge werde, „*solange es Klassen gibt* […] *immer die Nation das Gesicht der herrschenden Klasse tragen* [sic!]“. Erst durch die soziale Revolution, durch die „das Proletariat zur herrschenden Klasse wird, wird erstmalig in der Geschichte das Gesicht der Nation nicht mehr von der *Minderheit*, sondern von der großen *Mehrheit* des Volkes bestimmt.“ Um zur nationalen Befreiung zu gelangen, komme es daher „nicht darauf an, Bewußtseinsumlagerungen- und Verschiebungen im Rahmen der *bisherigen* Gesellschaftsordnung herbeizuführen, sondern auf grundlegend *veränderter* materieller Basis ein neues Bewußtsein zu schaffen.“ Dies könne, durch die Aufhebung der Klassen, nur der Kommunismus leisten, was ihn zugleich zur „L*ehre von der Befreiung des Proletariats*“ ebenso wie zur „*Lehre von der Befreiung der Nationen*“ mache. Und wenn „die Gegner des Kommunismus versuchen nun zwischen der internationalen Verbundenheit des Proletariats und den kommunistischen Parolen zur Befreiung der Nation einen Gegensatz festzustellen“, so würden sie dabei bewusst übersehen, dass die Kommunisten „allerdings nicht die bürgerliche Nation befreien“ wollten; denn „*die Zertrümmerung des Kapitalismus ist auch die Zertrümmerung der bürgerlichen Nation*“. Die soziale und die nationale Befreiung, erinnerte Korn, würde sich gegenseitig bedingen und eine Art Junktim bilden, weshalb der Kommunismus ebenso „gegen die Unterdrückung der einen Nation durch die andere, wie […] gegen die Unterdrückung der Menschen durch den Menschen überhaupt“ kämpfen würde; und „er führt diesen Kampf, indem er die Voraussetzung zur inneren und äußeren Befreiung der Nation schafft: *Den Sozialismus*. […] Daher ist es für den revolutionären Marxismus-Leninismus selbstverständlich, daß er mit der Entwicklung *sozialistischer Nationen* rechnet.“

Der Einwand, wie „diese Anerkenntnis der sozialistischen Nation als einer historischen Begebenheit mit dem kommunistischen Manifest zu vereinbaren“ sei, wurde mit einem ideologischen Winkelzug entkräftet. Wenn das Manifest nachweise, dass „‚nationale Absonderungen’, ‚Gegensätze’ der Völker verschwinden“, was „doch offenbar“ bedeute, dass auch die Nationen „langsam verschwinden“ würden, so sei damit die Aufhebung der nationalen Gegensätze gemeint: „Ja, die Gegensätze der Nationen werden vom Proletariat bestimmt aufgehoben.“

Doch damit werde die Nation zugleich „in einem *neuen* Sinne auf den Boden des *Sozialismus* konstituiert. Indem die Nation ihren Klassencharakter verliert, verbindet sie sich mit dem Denken der Massen, und indem sie sich mit dem *Denken der Massen* verbindet, hebt sie die innere und äußere Gegensätzlichkeit auf und wird in der Tat zur *sozialistischen Nation*.“

Und der „Beweis dafür, daß nur der Kommunismus ein Recht hat, im Namen der Nation zu sprechen“, sei wiederum durch die Sowjetunion erbracht worden, die die „erste sozialistische Nation“ der Welt darstelle.

Hatte Korn den Zusammenhang zwischen sozialer und nationaler Frage noch recht abstrakt und ungelenk formuliert, so wurde ein halbes Jahr darauf, auf der letzten Seite der September-Ausgabe 1932, anhand eines kurzen Auszuges aus einer Arbeit Hermann Remmeles über „Die Sowjetunion“

dieser alles entscheidende Punkt nochmals anschaulich definiert.[1275] Es wurde unmissverständlich dargelegt, dass die Bourgeoisie „als herrschende Klasse der kapitalistischen Tributländer […] nicht die Ausplünderung des ‚eigenen' Landes durch andere, ‚fremde' Länder aufheben" könne, da „sie die Ausbeutung anderer Klassen betreibt und durch Kapitalexport und mit ihren monopolistischen Industrie- und Handelsunternehmungen sich selbst an der Weltausplünderung beteiligt". Auf internationaler Ebene würde dies, so der Zirkelschluss, prinzipiell dazu führen, dass eine kapitalistische „Nation, deren Wirtschafts- und Herrschaftssystem selbst auf Ausplünderung und Unterdrückung beruht, […] die Ausplünderung und Unterdrückung durch eine andere Nation nicht beseitigen" könne: „Eines bedingt das andere – eines erwächst aus dem anderen." Keine Nation könne folgerichtig „ihrer Ausplünderung auf dem Wege des Kapitalismus, mit kapitalistischen Mitteln und im Rahmen des Kapitalismus […] entrinnen". Daraus folge ebenso zwangsläufig, dass es für die „unterdrückten und ausgebeuteten Tributländer nur einen Ausweg aus der imperialistischen Knechtschaft" gebe –

„die revolutionäre Befreiung, wie sie sich in der Sowjetunion vollzog. […] Ein Land, das sich von der Ausplünderung durch ein anderes Land befreien will, muß sich erst von seinen eigenen Ausbeutern befreien, denn erst mit der Aufhebung der Ausbeutung im eignen Lande schafft es die Voraussetzungen für die Aufhebung der Ausbeutung durch andere Länder."

Und da allein das Proletariat als „*einzige* Gesellschaftsklasse in der kapitalistischen Welt […] für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" kämpfe, könne die „nationale Befreiung der Tributländer […] nur durch die soziale Befreiung des Proletariats erkämpft werden": „Nur unter der *Führung* und der *Herrschaft des Proletariats* kann die imperialistische Umklammerung der Nation gesprengt werden und mit der nationalen Ausbeutung die internationale beseitigt werden. Das ist es, was das Proletariat über alle andern Klassen erhebt." In der folgenden Ausgabe ergänzte der KPD-Abgeordnete Dr. Theodor Neubauer die Liste der Gründe, weshalb ein bürgerlich-kapitalistisches Deutschland niemals die nationale Befreiung erreichen könne, um das Argument,

dass sich „die deutsche Bourgeoisie […] wohl bewußt [sei], daß eine Verschärfung [der] innenpolitischen Spannungen, wie sie bei einem offenen Konflikt mit Frankreich unausbleiblich sein würde, für die herrschende Kapitalistenklasse in Deutschland die akute Gefahr einer Revolution mit sich bringen müßte. Wegen dieser Gefahr, die mit dem endgültigen Verlust der Klassenherrschaft in Deutschland enden könnte, kriecht die deutsche Bourgeoisie tausendmal lieber von neuem in das Joch des französischen Imperialismus."[1276]

Die prinzipielle Unfähigkeit des Kapitalismus zur nationalen Befreiung, erklärte der „Aufbruch" am Beispiel Italiens, gelte erst Recht für den offenen Faschismus, da er „die höchste Steigerung aller reaktionären Züge der spätkapitalistischen Gesellschaft […] mit einer terroristischen Unterdrückung des Proletariats und der übrigen werktätigen Schichten [sowie] die schroffste Verfolgung aller natio-

[1275] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 7, „Die revolutionäre Überwindung des imperialistisch. Tributsystems", S. 25 (S. 271).
[1276] Aufbruch, 2. Jg., Nr, 8, „Deutsche Außenpolitik heute und morgen", S. 3-6 (S. 277-280).

nalen Minderheiten [verbinde], die ihm ausgeliefert sind".[1277] In einem faschistischen Herrschaftssystem benutze die Bourgeoisie noch unmittelbarer „den ihr direkt gehörenden Staat als Waffe zur Durchführung ihrer Profitinteressen". Dem ungeachtet würde sie, obwohl das Bürgertum „durch tausend materielle Fäden mit den Kapitalisten des Auslandes international versippt" wäre, grundsätzlich „in jedem auswärtigen Staate ein fremdes Unternehmen [erblicken], dem man konkurrenzmäßig feindlich gegenüberstehen muß." Aus diesem Grunde habe es der Faschismus weder vermocht „Italien außenpolitisch wirklich unabhängig zu machen", noch das „Nationalitätenproblem, soweit es sich innerhalb seiner Machtsphäre stellt, in einer positiven Weise zur Lösung zu bringen".[1278] Am besten lasse sich, *quasi* als „Schulbeispiel", „die Unlösbarkeit des Nationalitätenproblems im Kapitalismus" durch die „Politik Mussolinis gegenüber Südtirol" demonstrieren und nachvollziehen:

„Im *faschistischen Italien* [herrsche] absolute Vernichtung jeder nationalen Selbstverwaltung, Einsetzung italienischer Beamter, Verschickung der bisherigen deutschen Beamte in entlegene Landesteile Italiens, rigorose Sabotage des südtiroler Wirtschaftslebens und systematischer Zerstörung aller sprachlichen und kulturellen Eigentümlichkeiten des Landes."[1279] Für den Faschismus seien Minderheiten dementsprechend „nicht der Angehörige einer fremden Nationalität, die man zu respektieren habe, wie man in seiner eigenen nationalen Eigentümlichkeit respektiert zu werden wünscht, sondern **nur ein Haufen schwächerer Konkurrenten, deren Widerstand man brechen, deren Produktionsmittel man stehlen muß**, um schließlich die proletarisierten Opfer als ein billiges Arbeitsvieh ausnutzen zu können."

Daraus folge, erklärte Römer noch in derselben Ausgabe, dass auch „**das faschistische Deutschland die nationale Frage**" nicht werde lösen können;[1280] schließlich wäre jeder bürgerlich-kapitalistische Staat, ganz gleich welcher Spielart, letztlich auf dieselbe Politik verpflichtet. Auch Hitler werde nichts an der Erfüllungspolitik Deutschlands ändern – im Gegenteil:

„Das bürgerliche Deutschland unterschrieb Versailles, das bürgerliche Deutschland schloß den Dawes-Pakt, das bürgerliche Deutschland unterzeichnete den Youngplan, das bürgerliche Deutschland verzichtete auf den Anschluß Deutsch-Österreichs. Und Hitler ging darüber noch hinaus. Er verzichtete auf Südtirol, um mit Italien sich zu verständigen. Hitler verzichtet auf das deutsche Elsaß, um sich mit Frankreich zu verständigen. Hitler wird auf Oberschlesien, Danzig und die deutschen Teile des Korridors verzichten müssen, um sich mit Polen zu verständigen. […] Was tut das Bürgertum nicht alles, um seinen Besitz, um den Kapitalismus zu retten!"

1277 Aufbruch, 2. Jg., Nr., 5, „Mussolini ‚löst' die Nationalitätenfrage", S. 13-15 (S. 231-233).

1278 Als Beweis wurde neben dem Beispiel der Slowenen und Kroaten in Istrien auf die Eroberungs- und Besatzungspolitik Italiens in Tunesien verwiesen, wo „eine Handvoll Europäer die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, nämlich die arabischen Eingeborenen, unterdrücken", wodurch „alle Gräuel der kolonialen Vergewaltigung" des europäischen Imperialismus „eingeholt und überholt" worden seien.

1279 Anhand in Österreich erscheinender Zeitungen wurden chronologisch Unterdrückungsmaßnahmen aufgezählt: Verhinderung Tiroler Volksfeste; Verbot aller deutschen Ortsnamen, bis hin zum Verbot des Landesnamens Tirol; Verbot des deutschsprachigen Unterrichts; „Italienisierung" der deutschen Familiennamen; Verbot aller deutschsprachigen Zeitungen; Aufhebung der Zweisprachigkeit und Verbot des Deutschen als Amtsprache; Aufhebung der Selbstverwaltung; höhere Steuern für Süd-Tiroler und andere „*materielle Unterdrückung*", wie die Verweigerung von Konzessionen und der Enteignung „des alten dörflichen Gemeindelandes". Derart mache sich „die *kulturelle Entnationalisierung Südtirols* […] auf allen Gebieten des Lebens geltend".

1280 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 5, „Um den deutschen Osten", S. 2f. (S. 220f).

Der kommunistische Nationenbegriff, mit dem der „Aufbruch“ die sozialistische Nation definierte, unterschied sich deutlich vom Nationenbegriff der nationalen Rechten, die für einen machtvollen und konkurrenzfähigen Nationalstaat, und damit nicht prinzipiell gegen nationale Unterdrückung eintraten, solange die eigene Nation auf Seiten der Sieger stünde.[1281] Und so erscheint es als zweifelhaft, dass das, was der „Aufbruch“ seinen Lesern als Idealbild bzw. als Zielvorstellung anbot, auch tatsächlich den Erwartungen der Adressaten entsprach. Nicht ohne Grund finden sich, wie bei der Scheringer-Propaganda, auch im „Aufbruch“ so gut wie keine Schilderungen, welchen Stellenwert die Kommunisten der Nation nach ihrer Befreiung einzuräumen gedachten. Lediglich Rehm hatte in der November-Ausgabe 1931 beiläufig entsprechende Zielvorstellungen formuliert und dabei wie üblich auf das beispielhafte Vorbild der Sowjetunion verwiesen:[1282]

„Geht nach Osten! 150 Nationen finden sich zusammen unter Bewahrung, ja unter Förderung kultureller und nationaler Eigenarten, zu einem friedlichen Zusammenarbeiten, zu dem grandiosen Werk des sozialistischen Aufbaus. Wo der Zarismus nur mit den größten Zwangsmaßnahmen und unter dauerndem Kleinkrieg die Völker zusammenraffte, da ist heute eine wirkliche Gemeinschaft geworden.“

Erst in der Juli-Ausgabe 1932 wurde der „Aufbruch“ im Zuge der Verurteilung von Mussolinis Nationalitätenpolitik ein wenig konkreter.[1283] Um zugleich die Verurteilung des kapitalistischen Systems, innerhalb dessen „eine starke Nation die schwächere zu unterdrücken, auszubeuten und kulturell zu vernichten“ suche, sowie die Vorzüge des Sozialismus, der im Gegensatz dazu „mit dem Ausbeutungswillen auch den Willen zur Niedertretung der vorhandenen nationalen Eigentümlichkeiten [sic!] kultureller und sprachlicher Art“ beseitigen werde, anschaulich und nachvollziehbar darlegen zu können, wurde wieder auf die vorbildliche Gewährung nationaler Freiheiten in der Sowjetunion verwiesen. Das Beispiel der deutschen Minderheit an der Wolga beweise doch, dass es eine „eigene deutsche Verwaltung, eigene deutsche Truppenteile mit deutschen Kommandeuren, kraftvollste Entfaltung des Wirtschaftslebens und der Kultur der deutschen Räterepublik“ gebe.

In der vorangegangenen Ausgabe vom Juni 1932 war, damit überhaupt auf einer gemeinsamen Begriffsgrundlage argumentiert werden könne, anhand Stalins Aufsatz „Was ist eine Nation?“, der bereits vor dem Weltkrieg verfasst und im „Aufbruch“ nun „zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlicht“ wurde, endlich die offizielle kommunistische Definition einer Nation publiziert worden.[1284] Als gravierendster Unterschied zum mythologisch und völkisch bestimmten Verständnis der nationalen Rechten wurde hier eingangs des Artikels ausdrücklich konstatiert, dass „die Nation weder eine Rassen-, noch eine Stammes-, sondern eine geschichtlich herausgebildete Gemeinschaft von

[1281] Ein besonders prägnantes Beispiel für Vorstellungen eines kommenden deutschen Machtstaates finde sich unter: L. Ha sse, Marxismus und Nationalsozialismus, in: Nationalsozialistische Monatshefte, 1. Jg., Heft 5, August 1930, S. 201 -221.
[1282] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 4, „An die Gewehre Wofür?“, S. 4-6 (S. 106-08).
[1283] Aufbruch, 2. Jg., Nr., 5, „Mussolini ‚löst’ die Nationalitätenfrage“, S. 13-15 (S. 231-233).
[1284] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „Was ist eine Nation?“, S. 11f. (S. 201f.).

Menschen“ sei.[1285] Und nach einer dialektischen Gegenüberstellung und Erörterung verschiedener Faktoren kam Stalin schließlich zu dem Schluss: „**Eine Nation ist eine historisch herausgebildete dauernde Gemeinschaft einer Sprache, eines Territoriums, eines wirtschaftliches Lebens und einer psychischen Struktur, die in der Gemeinschaft der Kultur zum Ausdruck kommt.**“

Der einzige Weg zur Befreiung – Der sowjetrussische Sozialismus

Mit der November-Ausgabe 1931 begann der „Aufbruch“ mit dem Versuch, seinen Lesern auch kommunistische Ideologie und Parteipolitik zu vermitteln. Neben sporadischen Stellungnahmen zur Tagespolitik wurde in gesonderten Abhandlungen nochmals dezidiert die parteioffizielle Analyse und Interpretation bedeutender Ereignisse der nationalen und internationalen Politik sowie der herrschenden Wirtschaftskrise dargelegt. Gerade das letztere Thema bot sich an, die Überlegenheit des Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung und darauf aufbauend die Befreiungspolitik der KPD zu propagieren. Der „Aufbruch“ zeigte sich bemüht, die Wirtschaftskrise als internationale Erscheinung darzustellen, die ausnahmslos alle kapitalistischen Staaten betreffe und allein vor der sozialistischen Sowjetunion Halt mache. Mit diesem Argument wurde versucht, die nationalsozialistische Propaganda, die für die Schuld an der Misere in Deutschland allein Versailles verantwortlich machte, zu entkräften und zugleich die (erhofften) sozialrevolutionären Energien der radikalen NSDAP-Anhänger von der einseitigen Frontstellung gegen das internationale, sprich: ausländische Kapital in einen grundsätzlichen Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystems umzulenken. Am Beispiel Großbritanniens, das aufgrund akut drohender Zahlungsunfähigkeit und Exportrückgang seine Goldwährung aufgeben und wegen angedachter Soldkürzungen eine erste umfassende Flottenmeuterei hinnehmen musste, wurde ausführlich dargelegt, dass selbst in den Siegerstaaten des Weltkrieges der Kapitalismus unmittelbar vom Zusammenbruch bedroht sei.[1286] Und ein halbes Jahr darauf, im Juni 1932 – die weltweite Wirtschaftskrise hatte sich wie prognostiziert weiter verschärft – verkündete der „Aufbruch“ unmissverständlich:

„Schärfste Kämpfe innerhalb eines jeden Landes! Schärfste Kämpfe der Länder untereinander! Sieger und Besiegte des Weltkrieges sind von der Wirtschaftskrise erfaßt. Wie kann man da glauben, daß nur Versailles an diesem Elend schuld sei! Die Hauptschuld trägt der Kapitalismus, der die ganze Welt in die furchtbare Katastrophe hineingestürzt hat.“[1287]

[1285] Gegensätzliche Ansichten wurden mit dem Argument weggewischt, dass sich bspw. „die französische Nation aus Galliern, Römern, Briten, Germanen usw.“ herausgebildet habe: „Dasselbe ist über die Engländer, Deutschen und andere zu sagen, die sich aus Menschen verschiedener Rassen und Stämme zur Nation zusammengeschlossen haben.“ Neben der gemeinsamen Sprache wurde insbesondere auf die „Gemeinschaft des ökonomischen Lebens, also die ökonomische Verbundenheit [als] eine der charakteristischen Besonderheiten der Nation“ verwiesen.

[1286] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 4, „Die Säulen wanken“, S. 10f. (S. 112f.).

[1287] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „Sturmzeichen im Osten!“, S. 1-3 (S. 191-193).

Im Hebst 1932, wurde das „Ende der kapitalistischen Stabilisierung“ dann bereits ganz offen, auf der ersten Seite, anhand einer Rede Otto Kuusinen’ vor dem Plenum des EKKI verkündet.[1288] Dort kam der finnische Kommunist zu dem Schluss, dass zwar „noch keine unmittelbare revolutionäre Situation in den wichtigsten und entscheidenden kapitalistischen Ländern“ bestünde; die Welt befände sich „im gegenwärtigen Augenblick“ aber bereits im „*Übergang zu einem neuen Turnus großer Zusammenstöße zwischen den Klassen und den Staaten, zu einem neuen Zyklus von Revolutionen und Kriegen.*“
Dieser Zukunftslosigkeit, die zum unmittelbaren Zusammenbruch des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems führen werde, wurde als einzig praktikable Alternative der Sozialismus sowjetischer Spielart gegenübergestellt. Um dessen Überlegenheit in allen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereichen beweisen zu können, wurden mit dem zweiten Jahrgang der Zeitschrift sporadisch auch theoretische Grundlagen des Marxismus-Leninismus thematisiert, die zumeist mit einer Kritik an der NSDAP in Form einer Gegenüberstellung einzelner Versatzstücke beider Ideologien verbunden waren. So wurde, im Rahmen der Kommentierung des SA-Verbotes, analog der Generallinie die kommunistische Interpretation des Faschismus, als „eine der Herrschaftsformen des niedergehenden Kapitalismus“, und seine Aufgabe als Terrororganisation gegen die Arbeiterklasse dargelegt. Daran anschließend wurde die damit unmittelbar in Zusammenhang stehende Charakterisierung der NSDAP und SPD als National- bzw. Sozialfaschisten erläutert, da in dieser Klassifikation „der Schlüssel zum Verständnis unserer gesamten innenpolitischen Lage“ liege.[1289]
Im Herbst 1932 versuchte der kommunistische Theoretiker Prof. Wittfogel bei einer Gegenüberstellung des „Materialismus des Marxismus“ und des „Idealismus des Faschismus“, den Lesern erste Grundlagen des Parteikommunismus näher zu bringen.[1290] Er zeigte sich bemüht, die nationalsozialistische „Lüge“ zu entkräften, dass die SPD eine marxistische Partei wäre. Die Nationalsozialisten würden auf diese Weise versuchen von der Sozialdemokratie enttäuschte Menschen dem Marxismus zu entfremden: „Indem man die ‚Taten’ der SPD als Mitglied und Büttel kapitalistischer Regierungen als ‚marxistisch’ ausgibt, will man den wirklichen Marxismus, will man den revolutionären Sozialismus selbst diffamieren und diskreditieren.“ Dabei seien vor dem Kriege nicht einmal die radikalsten Denker der Sozialdemokratie zum „vollen Verständnis“ des Marxismus vorgedrungen und seit der „Verschmelzung“ der Partei mit dem bürgerlichen Staat, sei „dem Marxismus in allen seinen Grundprinzipien“ abgeschworen worden. Wittfogels Artikel entsprach vergleichbaren Versuchen der kommunistischen Parteipropaganda, die sich bemüht zeigte, der Übertragung des sozialdemokratischen Reformismus auf die eigene Partei entgegenzuwirken und damit zugleich die eigene Revolutionsbereitschaft zu betonen.

[1288] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 9, „Über das Ende der kapitalistischen Stabilisierung, S. 1f. (S. 303f.).
[1289] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, „Auflösung der Wehrverbände“, S. 13-15 (S. 175-177).
[1290] Aufbruch, 2. Jg., „Nationalsozialismus und Kommunismus“, Nr. 7, I. Teil, S. 13-15 (S. 259-261) & Nr. 8, II. Teil, S. 13f. (287f.).

Ende 1931 waren, anhand einer Replik des KPD-Reichstagsabgeordneten Neubauer auf eine Rede Brünings, erste Einblicke in die Strategie der KPD zur Lösung der politischen und wirtschaftlichen Krise in Deutschland vermittelt worden.[1291] Darin wurde, um das Ziel der Partei anschaulich und nachvollziehbar beschreiben zu können, auf das Schulbeispiel der Sowjetunion verwiesen. Sie sei als einziges sozialistisches Land der Welt zugleich auch das einzige „*Land ohne Wirtschaftskrise*" geblieben. Derartige Verweise fanden sich so gut wie in allen Artikeln über den sozialistischen Aufbau und sie ersetzten durch die Schilderung des realen Vorbildes fast gänzlich abstrakte Versprechen und Zusicherungen eines kommenden, sozialistischen Zukunftsstaates. Bald darauf wurden auch Beiträge abgedruckt, die sich ausschließlich auf die Darstellung der mustergültigen Verhältnisse in der Sowjetunion konzentrierten. Diese einseitige Ausrichtung auf die Sowjetunion als nachzuahmenden Vorbildstaat war aber nicht ohne Risiko, sie war leicht angreifbar und zu desavouieren, wenn – was nicht nur die NSDAP-Propaganda tat – die vermeintlich idealen Zustände, anhand von Erlebnisberichten enttäuschter Rückkehrer, ostentativ in Zweifel gezogen wurden. Dies führte zwischen der KPD und ihren Gegnern zu einer Konkurrenz um die höhere Glaubwürdigkeit in der Beschreibung der Sowjetunion, die sich auch auf den „Aufbruch" auswirkte.[1292]

Zwei Ausgaben darauf befand sich der „Aufbruch", um die einmaligen wirtschaftlichen Fortschritte und Erfolge des Sozialismus hervorzuheben, „an der Front des Fünfjahrplanes", der die Sowjetunion binnen vier Jahre vom siebten auf den zweiten Platz der produktivsten Länder weltweit emporgehoben habe.[1293] Unter Anführung ausführlichen Zahlenmaterials wurde der Reihe nach die Produktionssteigerung in der Rohstoffgewinnung und den wichtigsten Schlüsselindustrien, aber auch die Steigerung der wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung, der Landwirtschaft und des Transportwesens sowie der militärischen Landesverteidigung aufgezählt. Der allgegenwärtige Fortschritt wurde mit der sozialistischen „Organisierung" der Wirtschaft, die „der Arbeit eine Intensivierung durch den Enthusiasmus der von der Lohnsklaverei befreiten Massen" verliehen habe, und dem „sozialistischen Wettbewerb" erklärt. Gerade letzterer habe „jenes Bewußtsein" geschaffen,

---

[1291] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 5, „Neubauer antwortet dem Kanzler", S. 4-8 (S. 126-130). Der Artikel zitierte Neubauers Ausführungen zu den Plänen der KPD, mit denen die Partei die Krise zu lösen gedachte. Er versprach, dass die KPD eine „ganz andere Produktionsbasis" aufbauen werde: man könne „sofort" die Milliarden sparen, die die kapitalistische Republik „Jahr für Jahr an Tributen ans ausländische Kapital zahlen" müsse; darüber hinaus könne noch mehr eingespart werden, indem „alle Verschuldungen […] auf Null" abgeschrieben würden - mit Ausnahme der „*kleinen Leute*", damit „*die werktätigen Sparer nicht*" ausgeplündert würden. Am gewichtigsten wirke sich aber die sozialistische Produktionsmethode aus, da grundsätzlich „die Unkosten der kapitalistischen Produktionsanarchie" eingespart werden könnten. Ein sozialistischer Staat könnte „billig produzieren" und zugleich „den *Lohn der Arbeiter erhöhen*" sowie ihre „Lebensmöglichkeiten" verbessern. In der Oktober/November-Ausgabe 1932 wurde als weitere Vorzüge der sozialistischen Wirtschaft u.a. das staatliche Außenhandelsmonopol, ein enges Wirtschaftsbündnis mit der SU oder umfangreiche Verstaatlichung der Industrie und der Banken sowie die Abschaffung der Börsen, genannt. Aufbruch, 2. Jg., Nr, 8, „Deutsche Außenpolitik heute und morgen", S. 3-6 (S. 277-280).

[1292] So fragte die Zeitschrift unter Zitierung des „großkapitalistischen" „Berliner Tageblatts", das die Wirtschafts- und vor allem die Kulturpolitik der SU durchaus positiv geschildert hatte, herausfordernd: „Ist das die Knute Stalins?". Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1/2, „Ist das die Knute Stalins?", S. 13 (S. 155).

[1293] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „An der Front des Fünfjahrplanes", S. 15-17 (S. 205-207).

„nach dem die Arbeit nicht mehr dem Zwang der elenden Nahrungssorgen folgt, sondern **die freiwillige Aeußerung der Selbstachtung, der proletarischen Ehre, des Alltagsheroismus** ist."

Eng verbunden mit den Verweisen auf das Vorbild der Sowjetunion waren die zunehmenden Warnungen vor einem (angeblich) bevorstehenden Interventionskrieg, der entweder in einem Atemzug im selben Artikel oder in gesonderten Beiträgen thematisiert wurde.[1294] Die Aufgabe für den Schutz der SU zu werben, gewann im „Aufbruch" wie in der gesamten KPD-Propaganda stetig an Bedeutung. Als Allheilmittel gegen neue (imperialistische) Kriege wurde unablässig die sozialistische Revolution propagiert. Aus diesem Grunde sei es auch selbstverständlich, dass sämtliche Klassen und Parteien in Deutschland, die am kapitalistischen System festhielten, „die ‚patriotischen' Schlotbarone, Finanzkapitalisten, Großagrarier und deren Beauftragte von der SPD. bis zu den Nazis, die Interessen der ‚deutschen Nation' den **schmutzigen Profitinteressen ihres eigenen Geldbeutels**" opfern und bereits „die – zunächst besonders ideologische – Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion" durchführen würden. Dabei müssten sie Deutschland doch, „wenn sie **noch einen Funken Nationalgefühl** [hätten], außenpolitisch an der Seite der einzigen Macht, die gegen Versailles und Young ist, der **Sowjetunion** sehen". Und im Anschluss konstatierte Römer, dass in allen gesellschaftlichen, kulturellen und militärischen Bereichen der kapitalistischen Staaten „immer sichtbarer die **Frontstellung des Imperialismus gegen den Sozialismus**" erkennbar wäre; und er verkündete unter Hinweis auf die japanische Offensive in China, dass „der imperialistische Krieg […] aus einer Gefahr zur **Tatsache** geworden" sei, weshalb er alle Revolutionäre symbolisch „an die Gewehre" rief.[1295] Die Interventionsabsichten seien durch die steigende Wirtschaftskrise weiter beschleunigt worden, da nur noch die sozialistischen Länder dem Kapitalismus die Expansion seiner Märkte zur vorübergehenden Stabilisierung bieten würden;

aus diesem Grunde „zeigt sich klar: Je katastrophaler und einschneidender die Krise der kapitalistischen Wirtschaft, desto abenteuerlicher das verbrecherische Treiben der kapitalistischen Regierungen und Militärs. Die Allianz der internationalen Kriegsgewinnler, Börsenschieber und Generäle trommelt laut ihre Interventionsabsichten. Täuschen wir uns nicht über den ‚Streit' und die ‚Uneinigkeit' im Lager der imperialistischen Großmächte: Es ist ein Schacher um die Größe der Beute, die die einzelnen Mächte durch Niederwerfung der Sowjet-Union und Chinas und durch Aufteilung dieser Märkte für sich beanspruchen."

Zu dieser internationalen Allianz der kapitalistischen Staaten sei auch das „bürgerliche Deutschland", das „offen und klassenmäßig in der antibolschewistischen Kriegsfront" stehe, hinzuzurechnen;

denn „alle diplomatischen Manöver", mit denen Versailles und die Folgeverträge relativiert werden sollten, liefen „nur darauf hinaus, den Preis und den Beuteanteil für Deutschland festzulegen. Mit Duldung Frankreichs, des europäischen Gendarms der Konterrevolution, hat die deutsche Bourgeoisie den Apparat des Staates für ihre aktive Kriegspolitik in Bewegung gesetzt und ihre Rüstungsindustrie mobilisiert. Sie hat den Film, die käufliche Presse, die Schulen und die Kirche – kurzum all ihre Hilfs-

[1294] Neben dem Artikel über den Fünfjahrplan waren u.a. auch in Neubauers Reichstagsrede ausdrücklich derartige Befürchtungen bzw. Warnungen zitiert und die unbedingte Solidarität und Unterstützung der KPD zugesagt worden.
[1295] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, „An die Gewehre!", S. 3f. (S. 165f.).

mittel zur Erzeugung einer neuen Militär- und Kriegsbegeisterung angekurbelt. […] Der republikanische Kriegsminister des Innern, Herr Groener, kündigt die Massenmilitarisierung des ganzen Volkes auf Grundlage der militarisierten Zwangsarbeitsdienstpflicht und des ‚überparteilichen' nationalen Sports an. So rührt die deutsche Bourgeoisie die Kriegstrommel. So formiert sich im bürgerlichen Deutschland die Front des Faschismus und der Reaktion. So sanktioniert sie die Unfreiheit mit militärischen Mitteln. So sollen die Massen erneut ihre Haut für den Kapitalismus zu Markte tragen."

In der folgenden Ausgabe warnte Römer erneut eindringlich vor den „Sturmzeichen im Osten", die den „**1. Akt des Kriegsdramas**" bilden würden, und er kam im Zuge dessen auch auf den angeblich unmittelbar bevorstehenden Interventionskrieg zu sprechen, da „die Lebensgesetze des Kapitalismus […] mit einer unfehlbaren Sicherheit zu diesem Krieg" treiben würden – der ein Jahr zuvor zwischen Frankreich und der Sowjetunion geschlossene Nichtangriffspakt, wurde in allen Beiträgen dieser Art stillschweigend übergangen.[1296] Er schilderte ausführlich die Motive und Erwartungen, die die kapitalistischen Großmächte Japan, USA, Frankreich und Groß Britannien mit den Kriegen gegen China und die Sowjetunion zu erreichen suchten, und benannte eingehend die angeblichen Absichten des bürgerlich-nationalen Deutschlands ihren Anteil an dem Profit des Krieges zu sichern, die bereits zu einer aktiven Teilhabe an den Vorbereitungen geführt habe. Die offizielle Begründung für die Notwendigkeit eines Einmarsches in die Sowjetunion seien bewusste Lügen der Bourgeoisie; denn „Oel und Kohle sind schlechte Parolen für einen Krieg. Der Kapitalismus muß dem Krieg eine ‚edle Note' geben." Aus diesem Grunde würden, „gegen große und kleine Honorare […] tausende von Schreiberseelen Raub und Mord in eine ‚nationale Notwendigkeit' umlügen. Die Pfaffen und Pastoren werden auf Kommando das Christentum vom Bolschewismus bedroht sehen, die Professoren aller Fakultäten werden die Kultur des Abendlandes in Gefahr erklären, die Militärs werden von der Gefahr einer Invasion asiatischer Horden faseln, die Staatsmänner werden von der Gefährdung der Ruhe und Ordnung … Lügen werden am laufenden Band produziert werden; bis der Veredlungsprozeß von Oelinteressen zum nationalen Krieg beendet ist; wie wir es schon einmal erlebt haben: 1. August 1914!"

Nachdem die von den Kommunisten gebetsmühlenartig wiederholten Interventionsabsichten nicht nur von bürgerlicher und sozialdemokratischer Seite beständig in Zweifel gezogen oder ausdrücklich widersprochen worden war, griff der „Aufbruch" auf das bewährte Mittel der Zitierung aus bürgerli-

[1296] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „Sturmzeichen im Osten", S. 1-3 (S. 191-193). Aufgrund des Nichtangriffspakts sah sich der „Aufbruch" vor das Problem gestellt, bei gleichzeitiger Warnung vor der Kriegstreiberei des französischen Imperialismus gegen die SU, das Zustandekommen des Abkommens zu erklären; stellte es doch die von der gesamten Parteipropaganda verbreitete Erklärung der außenpolitischen Konstellationen und die ihr zugrunde liegenden Triebkräfte in Frage. Die Zeitschrift sah sich daher bemüht seine Bedeutung herunterzuspielen. Die Situation für Deutschland werde „keinen Augenblick durch diesen ‚Nichtangriffspakt' berührt"; er besage lediglich, dass „es Sowjet-Rußland um den Aufbau des Sozialismus" gehe und vorübergehend eine Sicherung des *status quo* anstrebe, um in Ruhe die Revolution vollenden zu können. Sollte sich die Lage in Deutschland jedoch ändern, wisse der „Aufbruch" „sehr gut, daß die soziale Revolution, die Proklamierung des sozialistischen Räte-Deutschlands *die Entscheidung über den Sieg des Sozialismus in den deutschen Raum verlegen wird*". Und da „der Sozialismus auf Dauer keine nationale, sondern eine internationale Bedingtheit hat", werde „die *internationale Verteidigung* der sozialistischen Revolution in Deutschland gegen Angriffe des franz. Imperialismus durch keinen Pakt dieser Art geschwächt." Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3, „Politik des Monats.", S. 1f. (S. 83f.).

chen Blättern zurück, um die eigenen Ansichten und Argumentationen aus dem Munde des politischen Gegners belegen zu können.[1297]

Um die mit den Themata Revolution und Interventionskrieg stets einhergehende Beteuerung, ebenfalls zum Einsatz militärischer Mittel und Maßnahmen bereit zu sein, Glaubwürdigkeit verleihen zu können, zeigte sich der „Aufbruch" wiederholt bemüht nachzuweisen, dass Kommunisten keinesfalls bedingungslose Pazifisten seien und auch niemals gewesen seien. In der Mai-Ausgabe 1932 wurde eine Stellungnahme Lenins abgedruckt, in der er sich entschieden gegen „alle angesehenen Führer der Reformisten der Arbeiterklasse" ausgesprochen hatte, die erklärt hätten: „Auf den Krieg werden wir mit Streik oder Revolution antworten."[1298] Demgegenüber müssten die Kommunisten,

da „der radikale Schein dieser Antworten die Arbeiter und Bauern […] sehr oft befriedigt und beruhigt", „erklären, daß […] nur die dümmsten und hoffnungslos verlogenen Leute daran glauben können, daß eine ähnliche Antwort auf das Problem des Krieges gegen den Krieg irgend etwas wert sei, es wäre zu erklären, daß es unmöglich ist, auf einen Krieg mit einem Streik zu ‚antworten', ebenso wie es unmöglich ist, auf einen Krieg mit der ‚Revolution' zu antworten, im einfachen und buchstäblichen Sinne des Wortes. […] Es muß besonders die Bedeutung jenes Umstandes erklärt werden, daß die Frage der ‚Vaterlandsverteidigung' unvermeidlich gestellt und daß die überwiegende Mehrheit der Werktätigen diese Frage unvermeidlich zugunsten der eigenen Bourgeoisie lösen wird". Aus diesem Grunde wäre es „wünschenswert […] nachzuweisen, daß die theoretische Anerkennung dessen, daß der Krieg ein Verbrechen ist, daß der Krieg für den Sozialisten unzulässig ist usw., leeres Wort bleibt, da es in einer solchen Fragestellung nichts konkretes gibt. […] Daher müssten erstens: die Auseinandersetzung der Frage der ‚Vaterlandsverteidigung', zweitens: im Zusammenhang damit die Auseinandersetzung der Frage des ‚Defaitismus' und endlich die Auseinandersetzung des einzig möglichen Mittels der Bekämpfung des Krieges, nämlich die Aufrechterhaltung, beziehungsweise Schaffung einer illegalen Organisation aller an dem Krieg teilnehmenden Revolutionäre zur dauernden Arbeit gegen den Krieg – in den Vordergrund gestellt werden"; denn „ohne eine solche Analyse [könne] von einer Vorbereitung für den Fall eines Krieges, ja nicht einmal von einer bewussten Stellungnahme zum Kriege die Rede sein".

Lenin zog daraus den Schluss, dass „der Boykott des Krieges […] eine blöde Phrase [sei]. Die Kommunisten müssen an jedem reaktionären Kriege teilnehmen", um, was er in diesem Aufsatz allerdings nicht explizit ausführte, direkt vor Ort revolutionäre Unterminierungsarbeiten zu leisten, den Krieg in einen revolutionären Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie umzuwandeln und somit schließlich die Revolution auszulösen.

In der letzten, regulär veröffentlichten Ausgabe des „Aufbruchs" im Januar 1933 wurde erneut anhand eines Auszuges aus Lenins Werken, hier dem Aufsatz „Ueber die Losung der Entwaffnung" (Oktober 1916), ausführlich das Verhältnis von „Marxismus und Krieg" dargelegt; und, was sofort ins Auge sticht, anhand einer fettgedruckten Zwischenüberschrift ausdrücklich betont: „**Nationale Kriege ge-**

[1297] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „Die Kriegsallianz gegen die Sowjet-Union und das Reichsgericht; Eine notwendige Antwort an Herrn Baumgarten", S. 6-9 (S. 196-199).
[1298] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, „Skizze der Thesen über die Aufgaben unserer Delegation im Haag", S. 4f. (S. 166f.).

gen den Imperialismus sind unvermeidlich und revolutionär".[1299] In dieser Abhandlung verurteilte Lenin ausdrücklich das „grundlegende Argument", dass „die Forderung der Entwaffnung […] der klarste, entschiedenste, konsequenteste Ausdruck des Kampfes gegen jeden Militarismus und gegen jeden Krieg" sei; ja er hielt eine derartige Auffassung sogar für unvereinbar mit der marxistischen Ideologie und Revolutionsstrategie. Er bestätigte zwar, dass die Entmilitarisierung „das Ideal des Sozialismus" sei; schränkte diese Aussage aber sogleich dahingehend ein, dass dieser Schritt erst in der vollendeten „sozialistischen Gesellschaft" verwirklicht werden könne: „Aber derjenige ist kein Sozialist, der *ohne* die soziale Revolution und Diktatur die Verwirklichung des Sozialismus erwartet." Und da die proletarische Diktatur „eine Staatsmacht [sei], die sich unmittelbar auf *Gewalt* stützt", würde die bedingungslose Forderung nach Entwaffnung bedeuten: „wir sind gegen die Anwendung von Waffen. Darin ist ebenso wenig eine Spur von Marxismus zu finden, als wenn wir sagen wollten: wir sind gegen die Anwendung von Gewalt!" Genau darin würde „eben der Grundirrtum der Entwaffnungsanhänger" bestehen:

„Die Sozialisten können nicht gegen den Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein. […] Erstens waren die Sozialisten niemals und können niemals Gegner revolutionärer Kriege sein. Die Bourgeoisie der ‚großen' kapitalistischen Mächte ist durch und durch reaktionär geworden, und wir erkennen Kriege, den *diese* Bourgeoise jetzt führt, für einen reaktionären, sklavenhälterischen, verbrecherischen Krieg an. Nun, wie steht es aber mit einem Kriege *gegen* diese Bourgeoisie? Zum Beispiel mit einem Kriege der von dieser Bourgeoisie unterdrückten, von ihr abhängigen oder kolonialen Völker für ihre Befreiung?"

Es komme eben auf die konkreten Umstände an, ob sich Kommunisten für oder gegen einen Krieg aussprechen werden; schließlich könne jeder,

der „den Klassenkampf anerkennt, […] nicht umhin [könne], auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. […] Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße in den äußerten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution zu verzichten."

Darüber hinaus schließe auch „der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt aus". Es ergebe sich vielmehr „die unvermeidliche Schlussfolgerung", dass diese Konstellation „nicht nur Reibungen, sondern auch direktes Streben der Bourgeoisie anderer Länder erzeugen [werde], das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschmettern": „In solchen Fällen wäre ein Krieg unsererseits legitim und gerecht, es wäre ein *Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie*." Abschließend erläuterte Lenin die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, bevor im sozialistischen Staat mit der allgemeinen Entmilitarisierung begonnen werden:

„Erst nachdem wir die Bourgeoisie der ganzen Welt, und nicht nur in einem Lande, niedergeworfen, vollständig besiegt und expropriiert haben, werden die Kriege unmöglich werden. Und es ist wissen-

[1299] Aufbruch, 3. Jg., Nr. 1, „Marxismus und Krieg", S. 7f. (S. 337f.).

schaftlich gar nicht richtig – und gar nicht revolutionär, wenn wir eben das Wichtigste, die Niederwerfung des Widerstandes der Bourgeoisie, das Schwierigste, das am meisten den Kampf Fordernde im Uebergang zum Sozialismus umgehen oder vertuschen. Die ‚sozialen' Pfaffen und die Opportunisten sind gerne bereit, von dem zukünftigen friedlichen Sozialismus zu träumen, sie unterscheiden sich aber von den revolutionären Sozialdemokraten eben dadurch, daß sie von erbitterten Klassenkämpfen und Klassenkriegen, um diese schöne Zukunft zur Wirklichkeit zu machen, nicht denken und sorgen wollen."[1300]

Der „Aufbruch" war aber nicht nur bemüht, seiner Leserschaft die generelle Bereitschaft der Kommunisten zu vermitteln, Gewalt und militärische Mittel einzusetzen, wenn sie der sozialen Revolution dienlich wären, sondern zugleich auch das oftmals geäußerte Argument der politischen Gegner zu entkräften, dass ein sozialistisches Deutschland isoliert und daher hilflos seinen Feinden ausgeliefert sein würde. Den prägnantesten Artikel dieser Art stellte ein Auszug aus der Schrift des KPD-Reichstagsabgeordneten Dr. Theodor Neubauer, „Deutsche Außenpolitik heute und morgen", dar, in der er nachzuweisen suchte, dass ein sozialistisches Deutschland im Gegenteil bevorstehenden Interventionen ungleich besser und kraftvoller entgegentreten könne.[1301] Zunächst einmal werde ein entsprechender Angriff zu großen Unruhen in der französischen Armee führen, die ihre Schlagkraft deutlich schwächen werde, da „ein sozialistisches, antiimperialistisches und antimilitärisches Sowjet-Deutschland auch auf die Sympathie des werktätigen Volkes von Frankreich und der anderen Länder rechnen" könnte. Bei einem bürgerlichen Deutschland würde es der französischen Bourgeoisie hingegen leicht fallen,
„mit Berufung auf die kapitalistischen, militärischen und reaktionären Kräfte welche in Deutschland herrschen", „große Teile der werktätigen Massen Frankreichs, welche noch unter den Nachwirkungen der Jahre 1914 bis 1918 stehen, hinter den Fahnen des französischen Imperialismus zu sammeln [und] ihren Arbeitermassen einzureden, daß es nötig sei, gegen ein kapitalistisches, faschistisches Deutschland der Papen-Schleicher-Hitler alle Machtmittel anzuwenden".

Darüber hinaus müsse der französische Imperialismus „mit dem politischen Machtfaktor der Sowjetunion und dem militärischen der Roten Armee zu rechnen" haben: ein Sowjet-Deutschland würde selbstverständlich „in einem festen wirtschaftlichen und militärischen Bündnis mit der Sowjetunion stehen. In Paris würde man es sich daher reiflich überlegen, ob man durch eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands die Schicksalsfrage von ganz Ost- und Mitteleuropa aufrollen will." Der bedeutendste Grund, weshalb ein Sowjet-Deutschland einem Interventionskrieg erfolgreich widerstehen könne, sei jedoch im sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu finden. Im Zuge dieser Argumentation offenbart sich gleichwohl die Schwierigkeit bzw. das Unvermögen, das kommunistische Konzept der Volksrevolution eindeutig von nationalrevolutionären Vorstellungen

[1300] Lenin hatte seinen Aufsatz vor der Spaltung der russischen Sozialdemokratie (SDAPR) auf ihrem Londoner Parteitag 1903 verfasst und daher noch zwischen reformistischen und revolutionären Sozialdemokraten unterschieden.
[1301] Aufbruch, 2. Jg., Nr, 8, „Deutsche Außenpolitik heute und morgen", S. 3-6 (S. 277-280).

und Erklärungsansätzen zu scheiden; und so sah sich Neubauer gezwungen, um die Berechtigung bzw. Befähigung des Kommunismus zur nationalen Befreiung und zur erfolgreichen, militärischen Selbstverteidigung begründen zu können, das deutsche Volk, wofür sonst vorzugsweise Otto Strasser scharf verurteilt wurde, in „eine kleine kapitalistische Oberschicht von vielleicht 5 Prozent" zu unterteilen, die „über die 95 Prozent des arbeitenden Volkes" herrschen würde. Mit dieser Argumentationsgrundlage konnte nun auch der kommunistische Funktionär und Theoretiker behaupten, dass in einem sozialistischen Sowjetdeutschland,

„in dem Wirtschaft und Staat ganz und gar auf die Interessen des werktätigen Volkes eingestellt sind, […] binnen kürzester Zeit *die ganze Masse des arbeitenden Volkes von Deutschland in voller Geschlossenheit* dastehen und bei einem Konflikt mit dem Imperialismus auch wissen [würde], was sie zu verteidigen hat: ihre eigene Wirtschaft, ihren eigenen Staat, ihre eigene Freiheit, ihr neu erobertes Vaterland."[1302]

Aus seinen Ausführungen zog Neubauer den Schluss:

„Das Entscheidende ist also, daß ein Sowjet-Deutschland, das den Arbeitern Arbeit und Brot und Freiheit, den Bauern Land und Absatz gibt, dem französischen Imperialismus mit den Millionenmassen seiner ganzen Bevölkerung entgegentreten kann, geschlossen, einheitlich, unbesiegbar. Zu dieser eigenen Kraft, die nur ein Land aufbringen kann, das den Kapitalismus vernichtet hat, tritt hinzu die internationale Solidarität der Arbeitermassen der anderen Länder und die Unterstützung der Sowjetunion. Das ändert die politische Lage gegenüber heute vollkommen."

Militaria – Blickfänger und Lockmittel

Dass der „Aufbruch" auch Fragen des Krieges thematisieren würde, stand von Anfang an fest. Bereits mit der ersten Ausgabe war auf dem Titelblatt damit geworben worden, dass die Zeitschrift von ehemaligen Offizieren verfasst werde. Nachdem anfangs lediglich ein oder zwei entsprechende Artikel pro Ausgabe abgedruckt worden waren, machten sie mit der Übernahme der Herausgeberschaft bzw. Schriftleitung durch Römer im Mai 1932 einen wesentlichen Bestandteil des Inhaltes aus. Ihr Anteil wurde nicht nur auf fünf bis sieben Beiträge pro Nummer erhöht, die damit annähernd die Hälfte des Gesamtinhalts der Zeitschrift ausmachten; während sich die ersten Ausgaben auf Artikel militärpolitischer Art beschränkt hatten, die vor allem die Vorzüge des Sozialismus in der Organisation und Bewaffnung der Streitmacht hervorhoben, wurden nun zusätzlich rein militärtheoretische bzw. –technische Abhandlungen eingeführt, die Fragen der Rüstung oder der taktischen bzw. strategischen Kriegsführung behandelten. Um die Profiländerung allgemein kenntlich zu machen, wurde mit der Mai-Ausgabe das Titelblatt des „Aufbruchs" um den Untertitel „Zeitschrift für Wehrfragen, Kriegsprobleme und Kampf gegen den Faschismus" ergänzt. Zusätzlich wurde die Rubrik „Wehr-

[1302] Diese Ausgangssituation sei das entscheidende Merkmal und beeinträchtige jegliche offensive Kriegsführung, die „in ein revolutioniertes Land eindringt, dessen Bevölkerung im siegreichen Aufstand ihre Freiheit erobert hat"; denn anstelle „einen militärischen Krieg gegen einen militärisch organisierten Feind zu führen, der deutlich erkennbar, uniformiert, in festen Formationen gegenübersteht und den man rücksichtslos vernichten kann", würde in einem sozialistischen Deutschland dem Feinde ein Kombattant gegenübertreten, „der unsichtbar bleibt, unerkennbar aus den Millionenmassen auftaucht und in ihnen verschwindet, der mit Waffen angreift, gegen den Tanks und Giftgas ohnmächtig sind."

politik und Rüstungsprobleme“ eingerichtet, in der eine nach Ländern unterteilte, kurze Aufzählung über die Entwicklung oder Anschaffung neuer Waffen, inklusive relevanter Zahlen- und Maßangaben, oder militärische Schulungsmaßnahmen abgedruckt wurde.[1303]

Mit der folgenden Ausgabe wurden derartige Angaben bzw. Auflistungen in der gesonderten Rubrik „Aus den kapitalistischen Armeen“ wiedergegeben, die bis zur Einstellung der Zeitschrift beibehalten wurde und dabei einen Umfang, je nach Anzahl der erwähnten Nationen, von bis zu drei Seiten erreichen konnte.[1304] In der Rubrik „Wehrpolitik und Rüstungsprobleme“ wurde stattdessen ausführlich die Entwicklung, Technik und Funktionsweise einzelner Waffengattungen sowie deren taktischer und strategischer Einsatz erörtert: im Juni wurde „die chemische Waffe“, im Juli „der Flammenwerfer“ und der „Sonderwagen der Schutzpolizei“ und in der darauf folgenden Ausgabe vom September das „Maschinengewehr“ und sein „Einsatz in der Einheitsgruppe“ erläutert, dem sich ein längerer Beitrag über den „Luftschutz in Deutschland“ anschloss, der die Auswirkungen der neuesten Waffengattung, der Luftwaffe, auf die Kriegsführung und den Zivilschutz erörterte.[1305] In der folgenden Doppelnummer vom Oktober/November 1932 wurde die „Gliederung und Dislokation der Roten Armee“ und „Die Entwicklung der Militär-Flugzeuge“ beschrieben sowie scharfe Kritik „zu den Manövern der Reichswehr“ im Oder-Warthegebiet geäußert, da auf diese Weise eine Bedrohung durch Polen vorgetäuscht werde, mit der die angestrebte Aufrüstung gerechtfertigt werden solle; und in der Dezember-Ausgabe, in der die Rubrik letztmalig abgedruckt wurde, wurde „die Entwicklung der Kampfwagen“ behandelt.[1306] Derartige Artikel sollten die Adressaten, von denen wohl angenommen wurde, dass sie zumeist Mitglieder diverser Wehrverbände (gewesen) waren und sich für diese Thematik leidenschaftlich interessieren würden, ansprechen und zum Erwerb der Zeitschrift animieren; lieferten sie doch sachdienliche Informationen und damit Gesprächstoff für die Stammtische – dort wo vergangene oder kommende Schlachten geschlagen und diskutiert wurden. Es ist auch denkbar, dass der AM-Apparat durch die ostentative Bezugnahme auf militärische Themata versuchte, dem im anvisierten Adressatenkreis verbreiteten Vorurteil, Kommunisten seien schwächliche Pazifisten, entgegen zu wirken.

[1303] Der Artikel listete technische Neuheiten und Anschaffungen in der Luft-, Land- und Marinerüstung Frankreichs, Polens, Belgiens, Großbritanniens und den USA auf; was beispielsweise so klang: „**Marinerüstung** In Frankreich wurde ein neues U-Boot für die polnische Marine erbaut. Das Boot wurde kürzlich in den Dienst der polnischen Marine gestellt. Es hat eine Wasserverdrängung von 980 Tonnen, eine Schnelligkeit von 14 Knoten. Die Bewaffnung besteht aus einem 10-cm- und 4-cm-Flakgeschütz, sechs 35-cm-Torpedoapparaten, zehn Ersatz-Torpedos und 40 Sperrminen. * In Amerika werden die Studenten der Hochschulen zur Ausbildung bei der Kriegsmarine herangezogen und Belehrungsfahrten auf verschiedenen Kriegsschiffen veranstaltet. *“ etc. pp. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, „Übersicht: Wehrpolitik und Rüstungsprobleme“, S. 21f. (S. 183f.).

[1304] Siehe: Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, S. 21-23 (S. 211-213); Nr. 5, S. 19-21 (S. 237-239); Nr. 7, S. 16 (S. 262); Nr. 8, S. 22f. (S. 296f.), Nr. 9, S. 17-19 (S. 319-321); 3. Jg., Nr. 1, S. 15f. (S. 345f.).

[1305] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „Die chemische Waffe“, S. 20f. (S. 210f.); 2. Jg., Nr. 5, „Der Flammenwerfer“ & „Der Sonderwagen der Schutzpolizei“, S. 17f. (235f.); 2. Jg., Nr. 7, „Maschinengewehr und Einheitsgruppe“ & „Luftschutz in Deutschland“, S. 17-20 (S. 263-266).

[1306] Aufbruch, 2. Jg. Nr. 8, „Gliederung und Dislokation der Roten Armee“, S. 15-16 (S. 289-290), „Zu den Manövern der Reichswehr“, S. 16-18 (S. 290-292) sowie „Die Entwicklung der Militär-Flugzeuge“, S. 20-22 (S. 294-296).

Die Mehrzahl der Beiträge, die Fragen des Krieges thematisierten, sind jedoch dem Bereich Militärpolitik zuzurechnen, da sie in erster Linie die Zusammenhänge von Kriegsführung und politischen bzw. wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Gruppen darlegten. Letztlich sollte mittels des Köders Rüstungsfragen bzw. –technik den Lesern, *quasi* durch die Hintertür, die Stellungnahmen, Einschätzungen und Interpretationen des Marxismus-Leninismus und die (seiner Ansicht nach) dahinter liegenden ökonomischen Triebkräften näher gebracht werden. Um grundsätzlich die Aggressivität des kapitalistischen Imperialismus verurteilen zu können, wurden aktuelle globale Konflikte kommentiert, wobei sich der „Aufbruch", wegen der damit einhergehenden Befürchtung vor einer Intervention in die Sowjetunion, vor allem auf den japanisch-chinesischen Krieg konzentrierte.[1307] Mit der Dezember-Ausgabe 1931 wurde er erstmals erwähnt, um dann wiederholt, in unregelmäßigen Abständen darauf zurückzukommen.[1308] Der Artikel betonte die Relevanz des Konfliktes, der „keineswegs eine japanisch-chinesische Angelegenheit von nur lokaler Bedeutung" sei, für die gesamte Welt. Er sei als Beginn einer umfassenden Generaloffensive gegen den Aufsteigenden Sozialismus in China und Rußland anzusehen.

In den Ausgaben vom Juni und Juli wurde dann in zwei Teilen eine, „von deutschen und chinesischen Militärfachleuten" erstellte, militärtheoretische Abhandlung abgedruckt, in der anhand einer halbseitigen Karte detailliert der Einmarsch der Japaner in China analysiert und kommentiert wurde.[1309] Unter Anführung umfangreichen Zahlenmaterials, schilderte ein erster Teil den geopolitischen Rahmen des Konflikts und gab zunächst einen kurze historischen Abriss der Beziehungen beider Länder zueinander, vorangegangene Interventionen europäischer Mächte und der USA sowie deren derzeitige Einflussgebiete wieder.[1310] Das Hauptaugenmerk wurde jedoch auf die, z.T. widerstrebenden wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen der einzelnen Großmächte gelegt, um mögliche Konflikte und Bündnisse zu diskutieren. Der „Aufbruch" suchte aufzuzeigen, dass der Kapitalismus durch sein Profitstreben selbst verbündete Mächte in den Krieg gegeneinander treiben müsse. Daran anschließend wurde die innenpolitische und militärische Lage in China sowie einzelne, widerstrebende Akteure des Landes (Kommunisten, Kuomintang) beschrieben. Ein zweiter Teil

---

[1307] Neben China kam der „Aufbruch" auch zweimal auf die Lage in Südamerika zu sprechen. In der September-Ausgabe 1932 gab Ludwig Renn eine Übersicht „zum Kriege zwischen Bolivien und Paraguay", in der er beide Nationen als Spielbälle der Interessen GB und der USA beschrieb, die sich um Rohstoffe streiten würden. Seine Schlussfolgerung, dass der Krieg „also nur ein Vorspiel zu der großen Auseinandersetzung zwischen den beiden angelsächsischen Mächten in Südamerika" sei, sollte belegen, dass der Kapitalismus – wenn es um den Profit gehe – auch grundsätzlich verbündete, ja befreundete Mächte in den Krieg treiben müsse. In der Januar-Ausgabe 1933 wurde über die „Revolutionen in Südamerika" berichtet, wozu „eine chronologische Übersicht über die unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise im Laufe des vergangenen Jahres entstandenen Revolutionen" wiedergegeben wurde. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 7, „Zum Kriege zwischen Bolivien und Paraguay", S. 9f. (S. 255f.) und 3. Jg., Nr. 1, „Revolutionen in Südamerika", S. 11-13 (S. 341-343).

[1308] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 5, „Fernöstliche Sturmsignale", S. 10f. (S. 133f.).

[1309] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „Die Kämpfe in Schanghai", S. 4-6 (s. 194-196) und Nr. 5, „Die Kämpfe um Shanghai; II. Teil", S. 5-7 (S. 223-225). Im zweiten Teil fand sich wiederum eine kleine Karte Schanghais anhand derer detailliert die Schlacht um die Stadt illustriert wurde.

[1310] So wurden u.a. Einwohnerzahlen und deren soziale Schichtungen, Wirtschaftsleistung, Investitionen, Militärhaushalte, Truppenstärken und Waffengattungen der einzelnen Kombattanten beschrieben und deren Auswirkungen auf den aktuellen Konflikt erörtert.

konzentrierte sich auf strategische und taktische Fragen des Krieges und anhand minutiös recherchierter Zeitspannen und Truppenstärken wurden einzelne militärische Operationen beschrieben. Im Zuge dessen wurde auch auf die Abhängigkeit der militärischen Schlagkraft von (sozial-) politischen Faktoren verwiesen und ausdrücklich hervorgehoben, dass allein die chinesischen Kommunisten für ihr Volk und somit für ihre eigene Nation den nationalen Widerstand mit „jenem Elan, wie ihn nur revolutionäre Truppen haben", führen würden, während die so genannte nationale Regierung unter Chiang Kai-shek die Verständigung mit Japan suchte.

In den folgenden beiden Ausgaben wurden nochmals die wichtigsten politischen und militärischen Ereignisse und Stationen in einer „Chronik des Krieges" tabellarisch und chronologisch in Stichpunkten wiedergegeben.[1311] Und in der letzten Nummer des „Aufbruchs" wurde anhand einer „Zusammenstellung von Zeitungsmeldungen über die Kämpfe von Aufständischen" ausführlich über „Partisanenkämpfe in der Mandschurei" gegen die japanische Intervention berichtet, „die einen Einblick in die Kraft, den Umfang und den politischen und sozialen Hintergrund der Partisanenbewegung" wiedergeben sollte.[1312]

Die meisten militärpolitischen Artikel suchten aber die Überlegenheit des revolutionären Sozialismus bzw. des Marxismus-Leninismus auch in Fragen der Kriegsführung zu beweisen, was zunächst ein grundsätzliches und entschiedenes Bekenntnis zur Armee erforderte. Bereits in der zweiten Ausgabe versicherte der „Aufbruch" daher ausdrücklich: „Selbstverständlich wird mit der Schaffung eines freien sozialistischen Deutschlands das 100.000-Mann-Heer verschwinden. Das neue Deutschland wird sich bei der Organisierung seiner Wehrmacht um keine Bestimmung imperialistischer Unterdrücker kümmern."[1313] Ein gewichtiger Kritikpunkt war aber die soziale Differenzierung innerhalb der Reichswehr, die eindeutig die bürgerliche Klasse bei der Offiziersausbildung bevorzugen würde. Arbeiter blieben einfache Landser, die sinnloser Schikanierung ausgesetzt würden. Sämtliche Missstände in der Armee wurden als direkte Folge der kapitalistischen Klassenpolitik dargestellt und der „Aufbruch" versprach, dass in einem sozialistischen Deutschland innerhalb seiner Armee endlich mit der Bevorzugung des Bürgertums gebrochen werde – und die Zeitschrift versicherte, dass sich allein die KPD für den einfachen Soldaten und damit für das Wohl der Armee insgesamt einsetze.

In der Juli-Ausgabe 1932 wurde interessierten Lesern schließlich explizit und ausführlich die Zusammenhänge von „Soldatentum und Politik" erklärt, was zunächst die Entlarvung aller „bürgerlichen Irrlehren auf diesem Gebiet" verlange.[1314] Unter umfangreicher Anführung historischer Beispiele suchte der Artikel zu beweisen, dass Soldaten in einem kapitalistischen Staat für die Interessen einer Min-

---

[1311] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 5, S. 21-23 (S. 239-241) & Nr. 7 (keine Nummer 6 gedruckt!), S. 22f. (268f.).

[1312] Aufbruch, 3. Jg., Nr. 1, „Partisanenkämpfe in der Mandschurei", S. 8-10 (S. 338-340). Bereits in der vorangegangenen Ausgabe hatte Römer in seiner Abhandlung „Die Probleme des Partisanenkrieges" über die Herkunft des Begriffs, die Geschichte, Organisation, Technik sowie die Taktik und Strategie des Partisanenkrieges referiert. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 9, S. 10-12 (S. 312-314).

[1313] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3, „Frontsoldaten gegen Bürogenerale.", S. 6-8 (S. 88-90).

[1314] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 5, „Soldatentum und Politik", S. 228-230 (S. 10-12).

derheit instrumentalisiert und missbraucht würden, und erst die sozialistische Gesellschaft ihre Armee in den Dienst des Volkes, der Nation stellen und damit einen tieferen Sinn geben würde. Auf diese Weise würde der Sozialismus, *quasi* als Bonus, zugleich ihre Schlagkraft erhöhen. Der Artikel kritisierte eingangs die „bürgerliche Auffassung", dass der „Soldat ganz und gar ‚unpolitisch' sein [müsse], weil Soldatentum und Politik angeblich nichts miteinander gemein haben, sondern sich gegenseitig ausschließen" müssten; sie sei jedoch ganz einfach „grundsätzlich ad absurdum" zu führen, was mittels Clausewitz' berühmten Diktum, wonach der Krieg die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln sei, begründet wurde. Dieser Erkenntnis folgend seien „die Soldaten und Armeen, die den Krieg ausfechten, politische Faktoren"; schließlich stünden sämtliche „militärische Organisationen im Dienste irgend welcher Klassen und Politiker, stets sind und waren sie die ausübenden Organe irgend einer politischen Richtung. Im Krieg und Frieden ist der Soldat Vertreter einer politischen Macht, die Armee ein hochpolitisches Instrument." Die bürgerliche Auffassung könne somit leicht als klassenpolitische Selbstschutzmaßnahme entlarvt werden, durch die die Herrschaft der Bourgeoisie gesichert werden solle:

„Sie bezieht sich nämlich auf eine ganz bestimmte Art von Soldaten. Nicht Angehörige eines Volkesheeres im eigentlichen Sinne des Wortes sind gemeint, sondern Soldaten, die im Dienst einer über dem Volk stehenden Klasse stehen, an die sie ihre Kraft vermieten oder von der sie zum Kriegsdienst gezwungen werden. Sie tragen die Waffen also nicht im Interesse ihrer eigenen Schicht, nicht für das Volk, sondern sie stehen bewaffnet außerhalb des Volkes, gegen das Volk. Darin liegt ein tiefer innerer Widerspruch, und wegen dieses Widerspruchs darf sich der Soldat nicht um Politik kümmern, er muß *apolitisch* gehalten werden. Das will das Bürgertum mit der These vom Gegensatz zwischen Heereswesen und Politik sagen, und damit hat es in seinem Sinne recht." Schließlich könne ein Soldat, entsprechend dieser Auffassung, „nur dann ein zuverlässiges Werkzeug in den Händen der jeweils herrschenden Klasse, in den Händen der Feudalherren, Fürsten, Kaisern und Königen, oder in den Händen von Großkapitalisten sein, solange er von Politik nichts weiß. Denn wenn der Soldat oder Landsknecht anfinge politisch zu denken, so könnte er sehr leicht auf seinen Berufskonflikt stoßen und zum gefährlichen Meuterer, zum Aufständischen und Revolutionär werden. Er könnte sich weigern, auf Befehl seinen eigenen Vater zu erschießen, und das wäre Hochverrat. Er könnt erkennen, was die Interessen seines Volkes, unter dem er aufgewachsen ist, von ihm verlangen."

Daran anschließend führte der Artikel historische Beispiele an, wie die Feudalherren durch Rekrutierung ausländischer Söldner ihre Armee einst vom Volke separiert hatten. Diesem eigennützigen Söldnertum wurden Exempel bewusst politischer Streitmächte, „die Freiheitsheere der englischen und französischen Revolution sowie die Volksarmeen der preußisch-deutschen Erhebung", entgegengestellt, die jeweils „für ihre eigenen Klasseninteressen" gerungen hätten:

„Sie kämpften für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, für die Bauernbefreiung, für die Beseitigung des Zunftzwanges, für die Aufhebung der Standesprivilegien, d.h. für die Bedingungen und Voraussetzungen der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung. Sie kämpften für eine neue Ordnung, die dem Stand der gesellschaftlichen Produktivkräfte entsprach. […] **Die Soldaten der bürgerlichen Revolutions- und Freiheitsheere kämpfen also nicht unbewusst, sondern bewußt für eine politische Sache. Sie waren bewußt politisch.** Das ist das Entscheidende."

Inzwischen aber, nachdem sich die ökonomische und damit auch soziale Ordnung weiter entwickelt habe, würde „die bürgerlich-kapitalistische Ordnung den gesellschaftlichen Produktivkräften nicht mehr [entsprechen], da die Mehrheit der Völker aus Proletariern und Halbproletariern" bestünde. Die bürgerliche Ordnung sei damit, geradeso wie zuvor der Feudalismus, „verlogen, verzerrt und volksfeindlich" geworden und müsse folgerichtig beseitigt werden:

„Für dasselbe **Bürgertum**, das einst durch politisches Soldatentum seine Freiheit erkämpfte, **ist heute kein politisches Heer mehr tragbar, weil das Volk nicht mehr bürgerlich, sondern proletarisch ist**." Aus diesem Grunde werde „der Staat, das Vaterland […] als etwas absolutes, überparteiliches, ja, als etwas unpolitisches hingestellt. Es wird bewußt vertuscht, daß der Staat nichts anderes ist, als die Ausdrucksform, das Instrument der Herrschaft einer Klasse."

Gerade in der augenblicklichen Krise sei es deutlich zu erkennen, dass „der bürgerliche Staat […] nicht mehr der Staat der überwiegenden Mehrheit des Volkes" sei; und seine Armee, „die man mit der pazifistischen Parole ‚Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung', zum Retter des Vaterlandes stempelt, [ist] politisches Machtmittel der Bourgeoisie und sonst nichts". Der Autor zog aus seiner Argumentation den Schluss, dass sich „der nationale Aktivist" verinnerlichen müsse, dass „zu seinem geistigen Rüstzeug […] der Leitsatz" gehöre: „**Jede Armee ist politisch, ganz gleich ob der politische Gedanke, dem sie dient, in ihr lebt oder nicht**." Und er kam daraufhin auf seine eigentliche Intention zu sprechen und stellte ostentativ die Frage, „Welche Truppe ist nun, vom rein militärischen Standpunkt aus betrachtet besser, die apolitische oder die bewusste Trägerin einer politischen Idee?"; um sie sogleich zu beantworten: „Die Geschichte lehrt es. Unter Außerachtlassung aller strategischen, organisatorischen, rassischen und technischen Qualitäten sehen wir, daß bewußt politische Heere den Söldnertruppen der Welt immer überlegen waren." Als Beweis wurde neben den Sansculotten, die „Kraft ihrer revolutionären Idee, unter den politischen Parolen der bürgerlichen Freiheit alle Heere der damaligen Welt" geschlagen hatten, vor allem das Vorbild der Sowjetunion angeführt:

„Nach der russischen Oktoberrevolution besiegten die zerlumpten, ausgehungerten und schlecht bewaffneten Haufen der Sowjetunion die Interventionstruppen der verschiedensten imperialistischen Staaten an 14 Fronten. Auf Seiten des Imperialismus war die bessere Ausrüstung, die bessere Führung, die bessere Bewaffnung; aber auf Seiten der Roten Armee war die neue, historisch notwendige, politische Idee des Sozialismus, die Losung der proletarischen Weltrevolution."

In der folgenden September-Ausgabe 1932 legte Römer dar, inwieweit sich Politik auch auf die Organisation der Armee auswirke. Er suchte nachzuweisen, dass die bürgerliche Organisation der Produktion zwangsläufig zur Niederlage und Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft führen müsse.[1315] Eingangs fasste er die Ergebnisse der vorangegangenen Abhandlung zusammen, um den Wandel des Heeres von einer Söldnertruppe zum Massenheer als Folge des Wandels von der feudalen zur bürgerlichen Ökonomie darzustellen. Erst mit der französischen Revolution habe die allgemeine Wehr-

[1315] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 7, „Massenheer oder Söldnerheer", S. 6-8 (S. 252-254).

pflicht und damit ein Massenheer eingeführt werden können, da „nur das auf höherer Produktionsstufe stehende Bürgertum“ die logistische Versorgung einer derartigen Armee habe garantieren können. Diese Entwicklung habe aber eine allgemeine Aufrüstungsspirale in Gang gesetzt. Da sich die verschiedenen Armeen durch die Wehrpflicht im Bezug auf die Truppenmassen egalisieren würden, müsse bereits zu Kriegsbeginn das größere und schlagkräftige Heer bereit stehen, was zu einem Wettlauf um das größte Friedensheer mit der fortschrittlichsten Kriegstechnik geführt habe – schließlich zwinge ein einziges Land, dass sich auch in Friedenszeiten ein Massenheer leiste, alle anderen Staaten ebenfalls dazu, die allgemeine Wehrpflicht beizubehalten. In der Folge wurde der Krieg „vom handwerksmäßigen Töten zum maschinellen Töten entwickelt. Die Kriegsvorbreitungen finden nur ihre Grenze an der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten.“ Diese ausufernde Entwicklung müsse sich zwangsläufig gegen seinen Schöpfer, das Bürgertum, richten. Mit der fortschreitenden Industrialisierung sei der Bevölkerungsanteil des Proletariats gestiegen, das damit zugleich die größten Lasten der „ungeheuren Verluste der Materialschlachten“ zu tragen habe. Folgerichtig würde auch die moderne Kriegsführung die Kluft zwischen Bürgertum und Proletariat vergrößern: „Das Bürgertum denkt schauernd daran, was geschehen könnte, wenn man die revolutionären Massen in der Handhabung der Waffen ausbilden würde oder sie in jene Armee einreihen würde, die zum Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft bestimmt ist.“ Römer fragte daraufhin, wie die Bourgeoisie „die politischen Gefahren für das bürgerliche Heer bannen“ wolle, wenn sie zugleich „alle Wehrfähigen mit Waffen ausbildet oder sogar bewaffnet einstellt?“ Die bürgerliche Gesellschaft werde dieses Problem, diesen unlösbaren Knoten, niemals lösen können: „Den Knoten kann nur das revolutionäre Proletariat durchhauen.“

Die bei Römer bereits anklingenden Auswirkungen des technischen und (volks-) wirtschaftlichen Fortschritts auf Armee und Kriegsführung, und damit auch auf den Konflikt zwischen Bürgertum und Proletariat, wurde in der darauf folgenden Ausgabe nochmals eingehend erörtert.[1316] Auch in diesem Fall war das Ziel der Argumentation, die Leser davon zu überzeugen, dass sich die ökonomischen Gesetze des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts in der Kriegsführung zwangsläufig zugunsten des Sozialismus und der proletarischen Revolution auswirken würden. Der Autor suchte die eingangs des Artikels wiedergegebene Feststellung Engels, aus dessen Aufsatz „Über die Gewalttheorie“, anhand historischer Beispiele von der Antike bis zur Kriegswirtschaft Rathenaus zu belegen: „Die Gewalt (Armee und Flotte d.V.) wird durch die Wirtschaftslage bestimmt, die ihr Mittel zur Ausrüstung und Erhaltung ihrer Werkzeuge verschafft. Nichts ist abhängiger von ökonomischen Vorbedingungen als gerade die Armee und Flotte. Bewaffnung, Zusammensetzung, Organisation, Taktik und Strategie hängen vor allem ab von der jedesmaligen Produktionsstufe und den Kommunikationen.“[1317]

[1316] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 8, „Wirtschaft und Kriegsführung“, S. 7-11 (S. 281-285).

[1317] Es sei daher kein Wunder, dass an der Spitze der Kriegswirtschaft nicht Tyssen, Borsig oder Krupp, die Väter der deutschen Rüstungsindustrie, standen, sondern Walter Rathenau, „der Direktor des am weitesten, im monopolkapitalistischem Sinne fortentwickelten Unternehmens, der damals schon konzernmäßig organisierten AEG“.

Der Autor folgerte daraus, dass die Entscheidung eines Krieges also nicht allein bei den stärkeren Bataillonen, „sondern vor allem auch dort liegt, wo die besten Waffen und Kampfmittel in der höchsten Anzahl hergestellt werden können, also bei dem Lande, das auf der höchsten Produktionsstufe steht". Anhand einzelner, moderner Waffengattungen wurde nachgewiesen, „in welchem Maße das zahlenmäßige Schwergewicht zwischen Front und den kriegswirtschaftlichen Produktionsstätten sich [ge]wandelt" habe. So würden für die Bedienung eines Panzers oder Kampfflugzeuges lediglich zwei Mann, zu Instandhaltung, Versorgung, Herstellung von Ersatzteilen und neuem Kriegsgerät gleichwohl über 50 Menschen benötigt. Diese Entwicklung habe, wie der Weltkrieg gezeigt habe, die Kriegsführung zu einem „Materialkrieg" gemacht, die allein durch einen Wettstreit in der Produktion entschieden werde. Damit werde aber auch die „Ersatzfrage" immer wichtiger: Der Ersatz an Material, an Soldaten - die dann wiederum der Produktion entzogen werden müssten - und an Rohstoffen, insbesondere der Brennstoffe Öl und Kohle. Infolgedessen werde „im Kriege der Zukunft […] die Zerstörung der gegnerischen Produktionsbasis eine entscheidende Rolle spielen. Er wird zuerst durch Luftstreitkräfte eröffnet werden, die neben der moralischen Widerstandskraft um die industriellen Kräfte des Gegners bemüht sein werden." Die daraus resultierende „Entwicklung des modernen Materialkrieges" führe also dazu, resümierte der Autor,

„daß das zahlenmäßige Schwergewicht der militärischen Entscheidung in die Kriegswirtschaft verlegt wird. […] Damit vollzieht sich eine unaufhaltsame Entwicklung, die zwangsläufig die kriegsführende Bourgeoisie davon abhängig macht, in welchem Grade die Industriearbeiterschaft ihren imperialistischen Kriegsparolen folgt".

Der unaufhaltsame wirtschaftliche und technische Fortschritt in der Kriegsführung werde sich also zugunsten der proletarischen Revolution auswirken; besonders wenn die Bourgeoisie, wie zurzeit, bereits ihren nächsten Krieg plane:

„Je höher sich die technische Kriegsführung der Bourgeoisie entwickelt, desto abhängiger wird sie vom Industrieproletariat, das ihr erst die industrielle Basis für jeden Krieg schaffen kann. Ökonomische Gesetze vollziehen sich hier. Die entscheidenden Industriebezirke werden immer mehr beherrscht von einer zahlenmäßigen proletarischen Mehrheit. Es ist nur eine Frage der revolutionären Politik, dieses zahlenmäßige Übergewicht des Proletariats umschlagen zu lassen in ein wirkliches, sich in entscheidenden Klassenkämpfen äußerndes revolutionäres Übergewicht der Arbeiterklasse."

Um die proklamierten Argumente auch belegen zu können, wurde im „Aufbruch" beständig auf das beispielhafte Vorbild der Roten Armee verwiesen. Bereits in der ersten Ausgabe war dem „**Eid von Gestern**", „aus der preußischen Felddienstordnung" entnommen, „**das Gelübde des Rotarmisten**" gegenübergestellt worden.[1318] Zwei Nummern darauf wurde eine ausführliche Darstellung der roten „Armee der Arbeiter und Bauern" abgedruckt. Dieser Artikel beinhaltete bereits sämtliche Argumente, mit denen die Überlegenheit der Sowjetarmee bewiesen werden sollte; und sie wurden

[1318] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, „Zwei Fahneneide", S. 7 (S. 69).

in den folgenden Ausgaben in gesonderten Beiträgen, nach einzelnen Themata unterschieden, nochmals ausführlich dargelegt. In allen Artikeln wurde dabei besonderer Wert auf die grundsätzliche Egalität der einzelnen Armeeangehörigen gelegt, die allein nach der persönlichen Eignung für ihre entsprechenden Aufgaben oder Posten bestimmt würden.[1319] Die Rote Armee wurde als Volksheer präsentiert, wodurch erstmals das Ideal der Vorkriegssozialdemokratie erfüllt worden sei.[1320]

Infolgedessen kenne der Rotarmist „außerhalb des Dienstes keinen Unterschied zwischen Offizier und Mann. Seine Kommandeure sind Arbeiter, Bauern, Werktätige wie er, die mit ihm an Pflug und Werkbank, wie an den Fronten des Bürgerkriegs gestanden, die oft genug den Schrecken zaristischer Kerker und Verbannung zu spüren bekommen haben.“[1321]

Diese grundsätzliche Egalität habe zur Folge, dass die Rote Armee weder eine „Offizierskaste – wie sie in allen weißen Armeen vorhanden ist –“, noch „Offiziersvorrechte und –Allüren“ kennen würde:

„Der Kommandeur trägt die gleiche Uniform wie der letzte Rekrut. Er kennt keine feudalen Kasinos, sondern ißt mit dem Mann in der gleichen Kantine das gleiche Essen, sitzt mit ihm im gleichen Kino, im selben Klub, treibt auch außerhalb des Dienstes gemeinsam mit ihm Sport, leitet mit ihm politische und kulturelle Arbeit.“

Während der „Soldat der Roten Armee“ daher „weder Entrechtung, noch Schikane, noch Trennung von den Volksmassen“ kenne und wisse, „daß er nicht für eine Horde von Schmarotzern am Volkskörper sondern für sich selbst und seine Klasse zu kämpfen hat“, sei demgegenüber „der Soldat des Imperialismus […] entrechtet, zum Spielball der Willkür gemacht, ist mit allen Mitteln vom arbeitenden Volk isoliert. Er ist gerade gut genug, um als Kanonenfutter für den Geldsack zu krepieren.“ Und um dem Angeführten größere Glaubwürdigkeit zu verleihen, wurden „mit Stolz und Genugtuung“ bestätigende Passagen aus dem Aufsatz eines Reichswehroffiziers aus dem „Militärwochenblatt“ herangezogen, die annähernd die Hälfte des Artikels ausmachten.[1322]

Mit der Mai-Ausgabe 1932 wurde die Hervorhebung des beispielhaften Vorbildes der Sowjetarmee institutionalisiert und für diesen Zweck eigens die Rubrik „Das ist die Rote Armee“ eingerichtet, die mit der Juli-Nummer in „Aus der Roten Armee“ umbenannt wurde. Dort wurde zunächst „Das ‚Rätsel' der revolutionären Disziplin“ gelöst und damit erklärt, dass im täglichen Dienst jeder ent-

---

[1319] Die Rote Armee sei „die erste Armee, in der das oft mißverstandene Wort vom Marschallstab, den jeder Soldat im Tornister trägt, keine Phrase mehr ist, sondern in der die Werktätigen das Kommandeurskorps bilden und jedem fähigen Soldaten der Weg zum höchsten Posten offen steht.“ Es ist möglich, dass der „Aufbruch“ auf diese Weise versuchte, an das Fronterlebnis seiner Leser, und damit an idealisierte Vorstellungen einer Schützengrabengemeinschaft anzuknüpfen.

[1320] Aufbruch, 1. Jg., Nr. 4, „Die rote Armee der Arbeiter und Bauern“, S. 7-9 (S. 109-111). In der Sowjetunion würde sich das Volk nun selbst und den Aufbau des Sozialismus vor den Angriffen des Imperialismus schützen: „In der Sowjetunion stehen die Arbeiter der Betriebe, die proletarischen Organisationen, die armen Bauern in den entlegensten Dörfern, die ganze arbeitende Jugend unter Waffen. *Hier ist das ‚Volk in Waffen', von dem die SPD der Vorkriegszeit schwärmte, Fleisch und Blut geworden*. Wo ist der kapitalistische Staat, der eine solche Bewaffnung des Volkes wagen könnte, ohne befürchten zu müssen, von den so mit Waffen versehenen Volksmassen hinweggefegt zu werden!“

[1321] Um zum Beweis zwei Beispiele anzuführen, fragte der Autor: „Wo ist noch eine Armee in der Welt, die an ihrer Spitze Söhne des Volkes wie den Metallarbeiter und Kriegskommissar der Sowjet-Union, Woroschiloff oder den Kommandeur der Kavallerie, den ehemaligen Kleinbauern und Unteroffizier Budjonny, zu verzeichnen hätte?“

[1322] Die Ausführungen des Reichswehroffiziers wurden in einem etwas längeren Auszug nochmals in der Juni-Ausgabe 1932 abgedruckt. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „Der innere Wert der Sowjetunion“, S. 14 (S. 204).

sprechend seiner persönlichen Eignung eingesetzt werde.[1323] Aber auch die Reduktion der Dienstzeit auf ein „Siebenstundentag und die Fünftagewoche wie für alle übrigen Arbeiter der USSR" oder der Umstand, dass die Armee zugleich „auch ein Zentrum der sozialistischen Kultur" sei, würden das Ihrige zur Aufrechterhaltung der vorbildlichen Disziplin beitragen und die Verbundenheit mit dem Volke festigen. In der nächsten Nummer wurde anhand einer Rede des „Höchstkommandierenden der Roten Armee", Woroschilow, nochmals die Bereitschaft der Kommunisten zur Aufstellung einer Wehrmacht und zur unbedingten Landesverteidigung hervorgehoben: „**Für jeden Zoll, für jeden Fußbreit unseres Landes werden die Arbeiter und Bauern der Roten Armee kämpfen, wie nur Bolschewiken kämpfen können.**"[1324]

Die darauf folgende Ausgabe thematisierte „die politische Arbeit in der Roten Armee", wodurch unter anderem aufgezeigt werden sollte, dass sich die Kommunisten um ihr erklärtes Ziel, die Schulung zum bewussten politischen Soldaten, bemühen würden.[1325] Der Artikel berichtete über die Funktion und den Aufbau des politischen Apparates der Armee, der für die „politische Ausbildung der Soldaten im Sinne der Kommunistischen Partei" zu sorgen habe, da sich die Sowjetregierung „in der parteipolitisch erzogenen Wehrmacht eine feste Stütze schaffen und gleichzeitig die kommunistische Gedankenwelt durch die Soldaten in weiteste Kreise der Bevölkerung des Landes tragen will". In den weiteren Nummern des „Aufbruchs" wurden dann Auszüge aus der „Wehrverfassung der Sowjetunion" abgedruckt oder über die Auswahl des Kommandostabes und dessen militärische und politische Schulung berichtet.[1326] Das letztere Thema wurde nochmals anhand von Auszügen „**bürgerlicher** Militärliteratur", wie ausdrücklich betont wurde, in einem gesonderten Artikel behandelt, der wie die vorangegangenen durch Zitate aus Reichswehrzeitschriften die Richtigkeit der eigenen Aussagen und Argumente aus der Feder des Feindes beweisen sollte.[1327]

Historische Militaria

Mit der Herausgeberschaft Römers wurden auch mehrere militärpolitische Abhandlungen Friedrich Engels veröffentlicht. Der „Aufbruch" zeigte sich bemüht, auch in der Frage der Kriegsstrategie und Militärpolitik eine frühzeitige, durchgängige und fundierte Beschäftigung des revolutionären Mar-

---

1323 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 3, „Das ist die Rote Armee; Das ‚Rätsel' der revolutionären Disziplin", S. 19f. (S. 181f.). Bereits in der vorangegangenen Ausgabe war ein Artikel des Feuilletons der „Roten Fahne" abgedruckt worden, in dem die Moral und Disziplin in der Roten Armee und ihre Unterstützung durch die russischen Arbeiter thematisiert wurde. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1/2, „Ohne jede Problematik", S. 10f. (S. 152f.).

1324 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „Das ist die Rote Armee", S. 13 (S. 203) In der Dezember-Ausgabe 1932 wurde mit dem „Armeebefehl des revolutionären Kriegsrates der Sowjetunion" ein vergleichbarer Beitrag abgedruckt. Aufbruch, 2. Jg., Nr. 9, S. 13 (S. 315).

1325 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 5, „Aus der Roten Armee; Die politische Schulung in der Roten Armee", S. 18f. (S. 236f.).

1326 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 7, „Aus der Roten Armee; Die Wehrverfassung der Sowjetunion", S. 20-22 (S. 266-268) und 3. Jg., Nr. 1, „Aus der Roten Armee; Der Kommandeurstab der Rotem Armee" sowie „Lehrtruppen und Schulen der Roten Armee", S. 16f. (S. 346f.).

1327 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 9, „Aus der Roten Armee; Führer und Ausbildungsschulen", S. 20f. (S. 322f.) Dort wurde insbesondere die „Dienstlaufbahn und Ausbildung" der Offiziere beschrieben.

xismus mit dieser Thematik nachzuweisen, um dem Ruf der Kommunisten, Pazifisten zu sein, entgegenzuwirken. So wurde Engels in der Juni-Ausgabe 1932 der Leserschaft als „in breiteren bürgerlichen Kreisen noch nicht genügend bekannte[r] Militärschriftsteller" vorgestellt.[1328]

Der erste Artikel dieser Art thematisierte den Zusammenhang von „Technik und Kriegswesen". Anhand der Entwicklung der Feuerwaffen vom Mittelalter bis zum deutsch-französischen Kriege von 1870/'71 legte Engels die Abhängigkeit der Kriegsführung vom technischen wie wirtschaftlichen Fortschritt und dessen Auswirkungen auf die Kampftaktik dar. In der folgenden Ausgabe wurden Engels geostrategische Überlegungen abgedruckt, wonach eine deutsche Intervention in Frankreich auf ihrem Wege nach Paris zwangsläufig an der Marne stoppen und infolgedessen scheitern müsse.

Engels Überlegungen seien „eine meisterhafte Anwendung des Marxismus auf die Bedingungen von Strategie und Taktik im Kriege. […] Engels ist Marxist. Das hebt ihn turmhoch über die Arroganz und Anmaßung patentierter Generalstäbler und bürgerlicher Militärtheoretiker. Wir haben die Absicht, in den folgenden Heften des ‚Aufbruchs' die Anwendung des Marxismus auf militärischem Gebiet noch ausführlicher und konkreter zu behandeln, *geschult an Marx, Engels und Lenin, den großen Strategen und Taktikern des Krieges und Bürgerkrieges*."[1329]

In der nächsten Nummer wurde mittels Engels nachgewiesen, dass die Gründung des deutschen Reiches unter kapitalistischen Vorzeichen zu einem Konflikt mit Frankreich (1870/'71) habe führen müssen.[1330] Ohne es direkt auszusprechen sollte damit die grundsätzliche Unfähigkeit des bürgerlichen Kapitalismus, zu einem gleichberechtigten Ausgleich und Miteinander der Nationen zu gelangen, belegt werden.[1331] Und in der Dezember-Ausgabe 1932 wurden letztmalig zwei kritische Abhandlungen Engels über „Die Napoleonische Kriegsführung" und über Gneisenau als „Theoretiker des Partisanenkrieges" veröffentlicht.[1332] Auch hier erinnerte die Redaktion daran, dass „der fundamentale Lehrsatz der marxistischen Militärpolitik", dass die „Bewaffnung, Zusammensetzung, Organisation, Taktik und Strategie von der jeweiligen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte" abhänge, „keineswegs ihre Bedeutung verloren" hätten: „Ganz im Gegenteil! Heute, wo sich die Krise des Kapitalismus auch in einer tiefen Krise der kapitalistischen Militärpolitik offenbart, haben die grundlegenden Gedanken und Lehren des Klassikers der marxistischen Militärpolitik, Friedrich Engels, außerordentliche aktuelle Bedeutung."

1328 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 4, „Übersicht: Wehrpolitik und Rüstungsprobleme; Technik und Kriegswesen", S. 19f. (S. 209f.).
1329 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 5, „Das Marnewunder", S. 7-10 (S. 225-228).
1330 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 7, „Die Erfüllung von 1870-71", S. 10-12 (S. 256-258).
1331 Obwohl Bismarck vor dem Kriege angekündigt habe, allein gegen das Kaisertum Napoleons III. kämpfen zu wollen, sei das französische Volk, nicht nur respektlos behandelt, sondern auch durch hohe Reparationslasten und die Abtrennung von Provinzen stark belastet worden. Ein kapitalistisches System könne nicht anders als sich bei jeder günstigen Gelegenheit auf Kosten anderer zu bereichern; wenn der Profit locke, würden Interessen oder Ideale geopfert. Erst der Sozialismus könne, da er nicht auf Ausbeutung basiere, mit derartigen Handlungsweisen brechen und anstelle dessen zu einem gemeinsamen und daher gleichberechtigten Ausgleich gelangen.
1332 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 9, „Die Napoleonische Kriegsführung", S. 7f. (S. 309f.) und „Gneisenau, der Theoretiker des Partisanenkrieges", S. 8f. (S. 310f.).

Zur weiteren Herausstellung Friedrich Engels als wegweisenden Militärtheoretiker wurde ab der Oktober/November-Ausgabe 1932 von Arnold Vieth von Golßenau alias Ludwig Renn in drei Teilen eine aktuelle Kommentierung seiner militärischen Abhandlungen vorgenommen, die unter dem Titel „Die Entwicklung der Infantrie-Taktik bis zu Napoleon" eine ausführliche „Studie zu Friedrich Engels und Hans Delbrücks Geschichte der Kriegskunst" beinhaltete.[1333]

Sonstige Artikel

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten, was in der Natur der Sache lag, Solidaritäts-Artikel zugunsten Scheringers und der „Aufbruch" veröffentlichte sporadisch Werbung für Veranstaltungen des Scheringer-Komitees oder Berichte über seinen zweiten Hochverratsprozess.[1334] Bereits in der zweiten Ausgabe, nachdem die erneute Anklage wegen Hochverrats feststand, wurde unter der Parole „Heraus mit Scheringer" seine Freilassung gefordert. Der „Aufbruch" schloss sich bei der Verurteilung der Anklageerhebung und ihrer Begründung der Parteipresse an: der „literarische Hochverrat" wurde als „schändliche Konstruktion" und damit als „***Justizskandal***" gebrandmarkt und seine erneute Inhaftierung sowie seine Haftbedingungen als „**nackte Klassenjustiz**" verurteilt.[1335] Scheringers Erklärung zu seinem Frontwechsel und die „Erklärung der 13 Offiziere" wurde durch Solidaritätserklärungen von zwölf namentlich benannten (ehemaligen) Nationalsozialisten oder Nationalrevolutionären unterstützt. Die KPD verfügte jedoch nicht einmal über genügend Dissidenten, um auch nur sporadisch - geschweige denn regelmäßig - derartige Solidaritätsbekundungen oder öffentlich bekannte Frontwechsel im „Aufbruch" veröffentlichen zu können. Dabei wäre gerade diese Zeitschrift das entsprechende Forum gewesen, um die Vorbildfunktion Scheringers beweisen zu können bzw. zu müssen. Wegen der grundsätzlichen und anhaltenden Erfolglosigkeit der Partei in ihren Abwerbungsbemühungen konnten daher nur noch ein einziges Mal, in der Januar/Februar-Ausgabe 1932, weitere Solidaritätserklärungen von diesmal nur noch acht (ehemaligen) Nationalsozialisten oder Nationalrevolutionären bzw. den Vollzug eines einzigen Frontwechsels verkündet werden. Der „Aufbruch" behauptete jedoch wider besseres Wissen zum letzteren Fall, dass es sich dabei lediglich um „eine der vielen Zuschriften" handeln würde, „die bei uns eingehen".[1336] Nach dieser Ausgabe fanden sich im „Aufbruch" – aus gutem Grunde – keine weiteren Verlautbarungen dieser Art mehr. Daneben wurden zweimal Kritiken an staatlichen Verfolgungs- und Verbotsmaßnahmen gegen die

---

1333 Aufbruch, „Die Entwicklung der Infantrie-Taktik bis zu Napoleon - Studie zu Friedrich Engels und Hans Delbrücks Geschichte der Kriegskunst", 2. Jg., Nr. 8, I. Teil, S. 18f. (S. 292f.), Nr. 9, II. Teil, S. 15-17 (S. 317-319) sowie 3. Jg., Nr. 1, III. Teil, S. 13f. (S. 343f.).
1334 Bspw. Aufbruch, 1, Jg., Nr. 5, „Heraus mit Scheringer", S. 14 (S. 136) oder 2. Jg., Nr. 3, „Das ZK der KPD an Scheringer", S. 5-7 (S. 167-169) und „Episoden aus dem Scheringer-Prozeß", S. 7-11 (S. 169-173).
1335 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 2/3, „Heraus mit Scheringer", S. 12f. (S. 94f.).
1336 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1/2, „Scheringer", S. 3f. (S. 145f.) und „Ein Bekenntnis von vielen", S. 15 (S. 157).

Zeitschrift abgedruckt, die sich nach Ansichten der Redaktion zu einer Art „Guerilla-Krieg“ gegen den „Aufbruch“ entwickelt habe.[1337]

Ferner finden sich einige, wenige Artikel, die sich nicht in die hier angeführten Themenkomplexe einteilen lassen. So hatte beispielsweise Bodo Uhse in der ersten Ausgabe unter Pseudonym über das Landvolk und die von ihm geleitete kommunistische Bauern-Komitee-Bewegung geschrieben oder Stenbock-Fermor parallel zur Veröffentlichung einige Passagen seines Buches „Deutschland von unten“ publiziert.[1338] Auch die von nationalkonservativen Kreisen wiederholt angedachte und diskutierte „Allgemeine Arbeitsdienstpflicht“ wurde in zwei Stellungnahmen entsprechend der offiziellen Parteilinie scharf verurteilt.[1339] Darüber hinaus wurden sporadisch auch parteioffizielle Anliegen, wie die endgültige Absage an den individuellen Terror, im „Aufbruch“ propagiert.[1340]

4. Schlussbetrachtung

Es war eine verhängnisvolle Mischung aus Desinteresse, Ratlosigkeit und Überheblichkeit, mit der die KPD-Führung auf den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung reagierte und die ihre Wahrnehmung, Interpretation und Reaktionen bestimmte, was wiederum zu einer schwankenden und widersprüchlichen Positionierung und Verhaltensweise führte. In der Folge konnte sie auch keine einheitliche und verbindliche Strategie entwickeln, wie der nationalsozialistischen Bedrohung adäquat und effektiv zu begegnen sei. Diese gegensätzliche Politik resultierte wiederum zu einem Großteil aus der Diskrepanz zwischen den unumstößlichen Vorgaben der Generallinie und der eigenen Wahrnehmung. Ihren sinnbildlichen Ausdruck fand die praktische Haltung der KPD in der Gewaltfrage, bei der die Strategie der Partei lange Zeit unentschlossen zwischen aggressiver Offensive und wehrhafter Defensive mit einer mehr oder weniger ausgeprägten ideologisch-sozialpolitischen Aufklärungsarbeit pendelte.

Im Zuge der vom EKKI eingeforderten bevorzugten Bekämpfung der Sozialdemokratie, als der größten Feindin innerhalb der organisierten Arbeiterschaft, tat die KPD-Führung ihr möglichstes – nachdem sie das Wachstum der NSDAP zunächst schlicht ignoriert hatte –, den Aufstieg der Partei als Umschichtungsprozess im bürgerlichen Lager und damit *quasi* als natürliche Begleiterscheinung der sich zuspitzenden revolutionären Entwicklung zu bagatellisieren. Mit dieser Interpretation, die die Konzentration auf Seiten des Klassenfeindes als Reaktion auf die (vermeintlich) wachsende Stärke und Kampfkraft der revolutionären Arbeiterschaft auslegte, konnte zugleich die Stellung und

---

1337 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 4, „Unser Weg, unser Kampf!“, S. 15 (S. 117) und 2. Jg., Nr. 3, „Guerilla-Krieg gegen Aufbruch“, S. 11f. (S. 173f.).

1338 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 1, „Bauer ahoi!“, S. 10 (S. 72) und Nr. 5, „Deutschland von unten“, S. 9f. (S. 131f.).

1339 Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1/2, „Wozu die akademische Jugend missbraucht werden soll“, S. 12f. (S. 154f.) und Nr. 7, „Allgemeine Arbeitsdienstpflicht“, S. 4-6 (S. 250-252).

1340 Aufbruch, 1. Jg., Nr. 5, „Kampf oder Putschismus?“, S. 8 (S. 130).

Bedeutung der eigenen Partei aufgewertet werden – ein Erklärungsansatz, mit dem auch eindeutige Niederlagen in Siege umgedeutet werden konnten.

Auf der anderen Seite beklagte die KPD-Führung frühzeitig und beständig den Tempoverlust der eigenen Partei gegenüber ihren (angeblichen) revolutionären Möglichkeiten und gegenüber den Nationalsozialisten. Sie hatte festgestellt, dass sich Bevölkerungsschichten in der NSDAP gesammelt hatten, von denen in wirtschaftlichen Krisenzeiten erwartet worden war, dass sie sich politisch nach Links radikalisieren würden. Dass sie in großer Zahl in den Reihen der Klassenfeinde verblieben waren, wurde auf eine geschickte Demagogie der Nationalsozialisten in nationalen wie sozialen Fragen zurückgeführt, die durch Lug und Trug berechtigte Sehnsüchte der deutschen Bevölkerung für ihre imperialistischen Politik zu instrumentalisieren suchte. Die Nationalsozialisten hätten einfach schneller die Themata erkannt, die „das" Volk zurzeit bewegen würden und dabei obendrein skrupellos einzelne Elemente der Arbeiterbewegung gewinnbringend für ihre demagogischen Absichten ausgenutzt. Für die KPD-Führung war es daher nur Recht und Billig nun ihrerseits die Erfolg versprechenden Versatzstücke der nationalsozialistischen Propaganda und Agitation zu kopieren und in die eigene Propaganda zu integrieren. An erster Stelle stand die erneute Berücksichtigung der nationalen Frage, um die Massen über dieses Vehikel wieder für den revolutionären Marxismus interessieren zu können. Die Parteiführung, die mit dieser Entscheidung begann dem Volke sinnbildlich „aufs Maul" zu schauen, mag dabei lediglich eine Art Imagekampagne in einem aktuellen politischen Thema im Sinn gehabt haben; und sie glaubte wohl, indem sie sich an der vermeintlich erfolgreicheren NSDAP-Propaganda orientierte und die Positionierung der Partei zur nationalen Frage in eine zeitgemäße Ausdrucksform kleidete, dem augenblicklichen Zeitgeist zu entsprechen und die herrschenden nationalen Abhängigkeiten nun ihrerseits als Köder einsetzen zu müssen.

Ungeachtet der Tatsache, dass die Kommunistische Internationale es bislang versäumt hatte, eine eindeutige Positionierung zur nationalen Frage zu definieren, hatte ihre deutsche Sektion mit der nationalen Propaganda begonnen. Erst nach Monaten war ein theoretisch abgesicherter *modus vivendi* gefunden worden. Die lang anhaltende Ungewissheit sollte unter Funktionären wie Parteigängern die ohnehin weit verbreitete Ablehnung durch Unsicherheit und Furcht, eine opportunistische Abweichung zu begehen, weiter verstärken.

Die Hervorhebung der nationalen Frage blieb dabei ein reines Propagandainstrument und bestimmte nicht die Parteiideologie; was nach Ansichten der KPD-Führung ebenso für die NSDAP galt. Auch dort sei der Nationalismus kein ideologietragendes Element, sondern lediglich ein perfides Propagandamittel, mit dem die eigene kapitalistische (Wirtschafts-) Politik kaschiert werde. Doch nachdem sich die KPD-Führung dafür entschieden hatte, das Thema im eigenen Interesse einzusetzen, hatte sie damit eingestanden, dass es beide Radikalparteien zum Teil auf dasselbe Wähler- und Mitgliederpotential abgesehen hatten. Sie sah sich primär in einer Rivalität um die revolutionäre Mo-

bilisierung der deutschen Bevölkerung. Damit hatte die KPD-Führung die Beziehungen zwischen beiden Parteien neben der (gewalttätigen) Ablehnung um den Aspekt einer (unbestimmten!) Annäherung erweitert. Nachdem die KPD-Führung anfangs allein auf Gewalt gesetzt hatte, forderte sie bald auch die ideologische Aufklärungsarbeit unter Nationalsozialisten ein – ohne jemals genau zu formulieren, wie diese Doppelstrategie konkret umzusetzen sei.

Präzise Vorgaben hätte die KPD-Führung ohnehin nicht artikulieren können, da sie bis zuletzt selbst unentschlossen war, wie adäquat zu handeln sei. Erst nachdem sie im Sommer 1932 erkannt bzw. sich eingestanden hatte, dass die NSDAP der kommunistischen Revolution wohl doch für eine längere Zeit entscheidende Kräfte vorenthalten würde, kam es zu einer faktischen Berücksichtigung ihrer Parteigänger in der persönlichen Agitation. Bis *dato* wurde das demagogische Zurückhalten der Massen als zwar ärgerlich, letztlich aber verschmerzbar angesehen. Erst als akzeptiert wurde, dass auch Arbeiter in großer Zahl zur NSDAP abgewandert waren, war die KPD-Führung notgedrungen bereit, ihre Strategie zu wechseln und ihre Einheitsfrontorgane für nationalsozialistische Werktätige zu öffnen; schließlich sollte die Partei Führerin der gesamten Arbeiterklasse sein. Vorangegangene Pläne und Absichtserklärungen waren stets Lippenbekenntnisse geblieben und selbst die meisten Parteifunktionäre waren dieser unliebsamen Thematik aus dem Weg gegangen. Doch bereits die wenige Wochen darauf folgende Herbstkrise der NSDAP führte umgehend zur Zurücknahme des Strategiewechsels.

Die regelmäßigen Krisen und Abspaltungen bei den Nationalsozialisten waren von der KPD-Führung stets als willkommener Anlass genutzt worden, die eigene distanzierte und abwartende Haltung gegenüber der NSDAP zu rechtfertigen. Schienen derartige Ereignisse doch die Prognose zu bestätigen, dass die Partei ob ihrer heterogenen Mitgliederschaft über kurz oder lang ohnehin zwangsläufig an ihren sozialen Spannungen zerbrechen werde. Gerade die Sammlung ganz unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und Klassen in einer einzigen Partei wurde als eine vorübergehende Zeiterscheinung gedeutet. Eine anhaltende, über die augenblicklich herrschende Krise hinausreichende Versöhnung widerstrebender Klasseninteressen, die der kommunistischen Theorie völlig widersprach, war für die KPD-Führung schlicht ein Ding der Unmöglichkeit. Und so war bezeichnender Weise gerade das stets begrenzte Ausmaß der Rebellionen bzw. Abspaltungen, die die Parteiführung erwarten ließ, dass der eigentliche, große Bruch noch bevorstehen müsse. Die Masse der Lohnabhängigen und zunehmend verarmenden Arbeiter und Kleinbürger war ja noch in der NSDAP oder SA verblieben und die stetig wachsende Wirtschaftskrise werde ihre soziale Radikalisierung weiter vorantreiben. Eine Einschätzung, die von der Weimarer Presse durchaus geteilt wurde, so dass die KPD-Führung von ganz unterschiedlicher Seite Bestätigung erfuhr.[1341]

[1341] Vgl. Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, S. 212.

Die KPD-Führung suchte die angenommene (soziale) Zersetzung der NSDAP durch eine sozialpolitische Aufklärungsarbeit zu beschleunigen. In ihrer Dogmatik gefangen, war sie fest davon überzeugt, dass die verarmenden Massen, wenn sie über ihre eigene Lohnabhängigkeit und die Ausbeutungsmechanismen des Kapitalismus aufgeklärt werden würden, von selbst den Anschluss an das revolutionäre Proletariat suchen würden; schließlich gehe man in Zeiten extremer sozialer Not zu der Partei, die sich konsequent für soziale Befreiung und damit für den Sozialismus einsetzt. Und da die KPD-Führung außer ökonomisch-materialistisch begründeten Zusammengehörigkeiten keine anderen Weltanschauungen akzeptierten, die dauerhaft eine gemeinsame Identität erzeugen könnten, konnten sie in den Grundpfeilern der nationalsozialistischen Ideologie, wie Nationalismus oder völkischer Antisemitismus, nichts anderes erkennen, als eine geschickte und perfide Demagogie, mit der die Menschen von ihren eigentlichen sozialen (Klassen-) Interessen abgelenkt werden sollten. Diese Auffassung besaß nahezu den Rang eines Naturgesetzes, weshalb die KPD-Führung anfangs fest davon ausging, dass eine gezielte mediale (und damit distanzierte) Aufklärungspropaganda ausreiche, die Arbeiter und Kleinbürger über die nationalsozialistische Demagogie aufzuklären und massenhafte Frontwechsel auszulösen – ohne sich die Finger in der persönlichen Agitation schmutzig machen zu müssen. Was die KPD-Führung allerdings nicht bedacht hatte war, dass die Umwerbung und Aufnahme auch von Mittelschichten die Identität, Struktur und Organisation der Partei und ihrer Massenorganisationen verändern musste.

Diese Konstellation musste die KPD gleichwohl in ein grundsätzliches ideologisches und damit auch organisatorisches Dilemma stürzen: das Konzept einer Volksbewegung war mit der Verfasstheit bzw. dem Selbstverständnis der kommunistischen Partei als Avantgarde des revolutionären Proletariats nicht zu vereinbaren. Die Parteiführung hatte sich jedoch die schier unmögliche Aufgabe gestellt, in der Außendarstellung einen Wandel zu einer breiten Volksbewegung zu vollziehen und zugleich den Charakter einer Klassenpartei zu bewahren. Letzterer Punkt stand dabei zu keiner Zeit zur Debatte, da er die Aufgabe der kommunistischen Identität bedeutet hätte. In der Folge blieben, obwohl die KPD vorgab, im Interesse der gesamten Nation eine „Volks"-Revolution durchführen zu wollen, sowohl die Revolutionsstrategie als auch die postrevolutionären Herrschafts- und Wirtschaftsziele strikt nach Klassen getrennt und fußten weiterhin allein auf einem proletarischen Selbstverständnis.

Das oberste, ja gewissermaßen alleinige Ziel der KPD blieb es, die sozialistische Revolution bolschewistischer Lesart auszulösen und erfolgreich durchzuführen.[1342] Revolutionäre Umwälzungen auf annähernd allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gebieten ist jedoch keine Sache der Bevölkerungsmehrheit. Die KPD-Führung, von einem ehrlichen Antikapitalismus vieler nationalsozialistischer Parteigänger überzeugt, erkannte nicht, dass die Partei ihren Aufstieg einem Protest ver-

[1342] Die alleingültige Marschrute gab dabei selbstverständlich das russisch dominierte Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) vor.

dankte, der keineswegs für revolutionäre Lösungen empfänglich sein muss. Einem Protest, der sich zwar radikal und mitunter gewalttätig artikulierte, in erster Linie aber gegen den persönlichen sozialen Abstieg opponierte und letztlich die Restauration bzw. den Schutz alter Wirtschaftsverhältnisse und bekannter sozialer Ordnungen anstrebte und keineswegs einen revolutionären Neuanfang bzw. eine revolutionäre Neuordnung ersehnte. Und so waren die Absichten mit denen beide Radikalparteien die krisengeschüttelten Arbeiter und Kleinbürger umwarben, und damit auch die Angebote, mit denen geworben wurde, grundsätzlich verschieden. Während die KPD diese Gruppen zu revolutionieren suchte, war die NSDAP letztlich bestrebt, sie zu befrieden, um sie in ihre Volksgemeinschaft integrieren zu können.[1343] Der Nationalsozialismus versprach den fairen Ausgleich der widerstrebenden sozialen Interessen in einer gerechten Gemeinschaft („Jedem das Seine"), deren Selektionskriterien auf nationalistischen und völkischen Prinzipien beruhten. Demgegenüber rechtfertige die KPD ihren Anspruch die „Volks"-Revolution anzuführen mit einer (unbestimmten) Erweiterung ihrer Klassenpolitik, die darauf abzielte, die sozialen Unterschiede zwischen Arbeiterschaft und Mittelschichten durch die im kapitalistischen Rationalisierungsprozess unvermeidlich herannahende Proletarisierung letzterer zu nivellieren. Dem nationalsozialistischen Konzept der Volksgemeinschaft, das eine auf Blutsbande basierende Zusammengehörigkeit konstruierte, stellte die Parteiführung als unausgegorenen Gegenentwurf (überspitzt gesagt) eine proletarische Volksgemeinschaft gegenüber, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in einer einzigen Klasse vereinen sollte. Die kommunistische Konzeption hatte freilich das entscheidende Problem, dass sie lediglich die freiwillige und wenig werbewirksame Akzeptanz des persönlichen sozialen Abstiegs und die Angleichung an proletarische Lebensverhältnisse anzubieten hatte – für Menschen die mehr als ihre Ketten zu verlieren haben, wohl kaum eine zugkräftige Parole und verlockende Zukunftsaussicht.[1344]

In diesem Zusammenhang eröffnet sich auch der zweite Aspekt des Dilemmas: die KPD-Führung hatte zu keiner Zeit Pläne oder gar Verfahrensweisen entwickelt, wie (im Falle des Erfolges) die Erweiterung der Klassenpartei zu einer Volksbewegung organisatorisch zu bewerkstelligen wäre. Da sie sich ja nicht einmal entscheiden konnte, wie mit den nationalsozialistischen Arbeitern verfahren werden sollte, hatte sie erst Recht keine verbindliche Strategie entwickelt, wie die Integration der (Klein-) Bürger praktisch von statten gehen solle. Ihre Reihen konnte und wollte die KPD gegenüber Nationalsozialisten aber nur bedingt öffnen. Zum einem blieben den Kommunisten gerade die bürgerlichen Mittelschichten stets suspekt, da sie als sozialpolitisch unzuverlässig galten und darüber hinaus befürchtet wurde, dass ihre unkontrollierte und massenhafte Aufnahme die proletarische Identität und das Klassenbewusstsein der bisherigen Parteimitglieder gefährden könnte. Die kom-

---

[1343] Vgl. Bons, Nationalsozialismus und Arbeiterfrage, Zu den Motiven, Inhalten und Wirkungsgründen nationalsozialistischer Arbeiterpolitik vor 1933, S. 30-36 und 58-61.

[1344] Für die KPD-Führung bedeutete dies freilich lediglich die freiwillige und vorgezogene Akzeptanz der zwangsläufigen historischen Entwicklung der Menschheit auf dem Weg zum Kommunismus.

munistischen Parteien waren als Avantgarde, als Speerspitze des revolutionären Proletariats konzipiert worden, deren Mitglieder quasi als „Schwertträgerorden“ an vorderster Front für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen hatten;[1345] was erst Recht für die stalinisierte KPD galt, die nach strengen Glaubensgrundsätzen, extrem hierarchisch und zentralisiert aufgebaut war. Dieses Selbstverständnis erlaubte allein zuverlässigen und opferbereiten Revolutionären die Mitgliedschaft in der KPD, die willens sein mussten, die augenblickliche Generallinie und die (aktuelle Auslegung) der marxistisch-leninistischen Ideologie kritiklos anzuerkennen und dementsprechend bedingungslos den Anweisungen der Parteiführung Folge zu leisten. Gerade die letzte Bedingung war nur schwer zu überprüfen, da das öffentliche Bekenntnis zur „Roten Front“ oder zur KPD allein als Test nicht ausreichte. Es mussten daher Tatenbeweise verlangt werden. Die KPD war dabei allein auf den Anschluss einzelner Bekehrter interessiert; auf Führungsebene gab es keine Kontakte mehr. Anders als noch 1923, führte die KPD nun keinerlei Diskussionen mit den Köpfen der nationalen Rechten, ob und wie beide Seiten bei ihrem gemeinsamen Bestreben, die Weimarer Republik zu zerstören, ein „Stück Wegs“ zusammen gehen könnten.

Damit entpuppten sich die Erwartungen der Kommunisten, die sie in die Linksentwicklung der Mittelschichten gesetzt hatten, letztlich als passive Zustimmung, die sich vor allem in Wahlen ausdrücken und der Partei die benötigte populäre Massenbasis geben sollte. Aus ihrer Sicht war dies eine „win-win“-Situation, die sich zum Vorteil beider Seiten entwickeln würde. Die Mittelschichten sollten gezielt in der Peripherie der kommunistischen Bewegung gehalten werden, wozu eigens gesonderte, von den regulären Parteiorganisationen getrennte Einrichtungen, wie der Delegierten- und Komiteebewegung oder die Arbeitskreise des „Aufbruchs“, geschaffen wurden bzw. geschaffen werden sollten. Derartige Gremien mussten, entgegen ihrer erwünschten parteiübergreifenden Außenwirkung, unter der uneingeschränkten Kontrolle der Partei stehen, weshalb auch nur zuverlässige Kaders für ihre Leitung abgestellt wurden. Parteigänger an der Basis sollten erst gar nicht mit diesen Gremien und ihren Teilnehmern in Kontakt kommen. Und so musste die praktische Verfahrensweise die Propagandaversprechen und erklärten Ziele der Parteiführung von vornherein konterkarieren, da sie letzten Endes weder ideologisch noch organisatorisch geeignet war, die Partei tatsächlich in eine breite Volksbewegung umzuformen.

War die individuelle Bereitschaft zum Frontwechsel erst einmal auf den Grad der sozialpolitischen Aufklärung reduziert, musste nur noch ein adäquater Weg gefunden werden, Kontakt zu den nationalsozialistischen Massen herzustellen. Als adäquater Aufhänger bzw. geeignetes Vehikel wurde, nachdem die NSDAP mit ihrer weithin beachteten Anti-Young-Kampagne in das Blickfeld der KPD-Führung geraten war, die nationale Frage angesehen. Das Thema bewegte offensichtlich zahlreiche Deutsche, weshalb auch die KPD-Führung glaubte, nicht mehr auf eine (positive) Bezug-

[1345] Weber, Deutsche Kommunisten, S. 33.

nahme verzichten zu können. Gerade hier zeigt sich deutlich, dass die Dynamik und politische Initiative Anfang der 30er Jahre bei der radikalen Rechten lag und die KPD dieser Entwicklung beständig hinterher lief, was im ZK fortwährend als „Tempoverlust" beklagt wurde. Die KPD-Führung sah sich gezwungen zu reagieren und zu adaptieren, anstatt selbst zu agieren. Es gelang der Partei nicht, eigene Themata und Aktionen auf die politische Agenda zu bringen und derart Aufmerksamkeit zu erzeugen; lediglich beim BVG-Streik war es vorübergehend gelungen die Initiative zu ergreifen und die Nationalsozialisten in ihr Schlepptau zu nehmen.

Doch nicht nur in der Wahl der Themen, auch in Wortwahl und Diktion ihrer Propaganda orientierte sich die KPD-Führung erkennbar an dem erfolgreichen nationalsozialistischen Vorbild; es blieben aber deutlich erkennbare Unterschiede. Inhaltlich konzentrierte sich die nationale Propaganda der Partei einseitig auf die Verurteilung und (verbale) Bekämpfung der nationalen Abhängigkeiten Deutschlands von den Ententestaaten. Lobpreisungen der eigenen Nation, ein wesentlicher Bestandteil der rechtsradikalen Propaganda, finden sich hingegen nirgends. Auch die Sprache der kommunistischen Propaganda unterschied sich deutlich von der der radikalen Rechten und es wurden keine sozialdarwinistischen oder rassistischen Ausdrücke oder Metaphern verwendet.

Dass mit der Zusicherung, die nationale Befreiung zu erkämpfen, nur äußerst selten Zielvorstellungen benannt wurden, wie sich die KPD die erlöste sozialistische Nation überhaupt vorstellte, verwundert indes nicht. Hatte die Partei überzeugten Nationalisten in diesem Punkt doch nichts weiter zu bieten, als das unbestimmte Versprechen auf die Entfaltung kultureller und administrativer Eigenarten in einer sozialistischen Staatengemeinschaft. Dass auch in dieser Frage auf das beispielhafte Vorbild der Sowjetunion verwiesen wurde, wird die Werbung nicht gerade erleichtert haben. Und so blieb, neben der Einigkeit in der Negation (Abschaffung von Versailles), als einzige Gemeinsamkeit die Forderung nach einem Großdeutschland, was die KPD in ihrer Propaganda durch den beständigen Vorwurf, dass Hitler den deutschen Teil Südtirols verraten habe, auch leidlich ausnutzte.

Die Befreiung der Nation aus ihren nationalen Abhängigkeiten war für die nationale Rechte jedoch kein Selbstzweck: das Ziel, das mit der Befreiung zugleich erreicht werden sollte, ist das Entscheidende! Hier zeigen sich deutliche Unterschiede, die für beide Seiten nicht diskutier- und veränderbar waren, wodurch eine Annäherung oder gar Verständigung, die über eine Einigkeit in der Negation hinausging, von vornherein ausgeschlossen war. Der rechtsradikale Nationalismus ging (zumeist) von einer grundsätzlichen Rivalität der einzelnen Nationen aus, weshalb er auch stets auf die Steigerung der eigenen Macht und Stärke abzielte, um im gnadenlosen Konkurrenzkampf erfolgreich bestehen zu können. Im Idealfall bedeutete dies, über andere Staaten, Völker und Nationen herrschen zu können. Die Kommunisten propagierten demgegenüber ein friedliches und gleichberechtigtes, da gleichrangiges Miteinander innerhalb eines allumfassenden Staatenbundes. Nachdem dieser Zustand erreicht wäre, würden die Nationen, was in diesem Zusammenhang freilich nur äußerst selten er-

wähnt wurde, langsam abzusterben beginnen und irgendwann vergessen werden, da sie überflüssig geworden wären. Nationale Freiheit drückte sich für die KPD letztlich in kultureller Autonomie aus, während sie für die Rechtsparteien in machtvoller Autarkie bestand, die es erlaubte, schwächere Nationen zu dominieren. Für Nationalisten ist die Nation ein Letztwert, ein aus sich selbst heraus begründeter Wert – Wirtschaft und Sozialwesen hatten sich stets nationalen Interessen unterzuordnen.[1346] Für die Kommunisten war sie (zumindest offiziell) lediglich eine geographische, durch praktische Erwägungen wie gemeinsame Sprache oder Administration eingegrenzte Ordnungseinheit, innerhalb derer die sozialistische Revolution durchgeführt werden müsse – eine historische Größe, mit der im revolutionären Prozess operiert werden müsse. Jegliche Instrumentalisierung der Nation hatte allein dem Letztwert soziale Revolution zu dienen. In der Praxis hatte die KPD der frühen 30er Jahre aber vor allem den Interessen der russisch dominierten Kommunistischen Internationale zu dienen. Eingedenk dieser grundsätzlichen Differenzen galt die von Kippenberger im „Aufbruch" an Nationalsozialisten bzw. Nationalrevolutionäre gerichtete Frage, „Freiheit für wen" bzw. „Freiheit zu welchem Zweck" andersherum auch für die KPD.[1347]

Für die Adressaten war die Instrumentalisierung des Themas im Interesse der kommunistischen Revolutionsstrategie infolgedessen auch leicht zu erkennen. Allein die, zuweilen nur versteckt und verklausuliert geäußerte, aber allesentscheidende Einschränkung, dass die vollständige nationale Befreiung Deutschlands erst nach der proletarischen Revolution sowohl in Deutschland als auch in allen benachbarten Staaten erfolgen würde, musste die eigentlichen Propagandaabsichten der KPD offenbaren. Die nationale Befreiung war damit lediglich ein Versprechen, das erst nach der Befriedigung aller Interessen der Kommunisten erfolgen sollte. Nationalisten hätten demnach eine Vorarbeit zu leisten, die den Kommunisten die Erfüllung ihrer Ziele, ihnen selbst aber nur eine Zusicherung auf späteres Handeln eingebracht hätte.

Ungeachtet der zuweilen schrillen Bezugnahme auf die nationale Frage, mit der die KPD-Führung hoffte, die Aufmerksamkeit der protestierenden Massen wieder auf die eigene Partei lenken zu können, herrschte zugleich die beinahe panische Furcht, die für die Revolutionsstrategie ungleich wichtigeren sozialdemokratischen Arbeiter durch eine ausufernde nationale Propaganda zu verschrecken. Eine Furcht, die ob der Reaktionen der SPD-Presse nicht unbegründet war. Die Absicht der KPD-Führung, parallel zur sozialdemokratischen Arbeiterschaft auch die radikalisierten, aktivistischen und antikapitalistischen Nationalsozialisten anzusprechen und zu gewinnen, musste zu einem Spagat

[1346] Die überwiegende Mehrzahl der SA-Männer verstand unter Sozialismus daher eher eine „völkische Wehrgemeinschaft". Longerich, Die Geschichte der SA, S. 143. Jegliche Sympathien nationalrevolutionärer Gruppen gegenüber sozialistischen (Plan-) Wirtschaftsideen (Kollektivierung) beruhten einzig und allein auf der Absicht, auf diese Weise die Schlagkraft der Nation zu steigern. Der Sozialismus sollte die Arbeiterschaft befrieden und in das Kollektiv der Nation integrieren oder durch die fortschrittlichere Produktionsweise die militärische Rüstung beschleunigen. Siehe dazu bspw.: Niekischs Programmentwurf: Die Politik des deutschen Widerstandes, in: Widerstand, Heft 4, 1930, S. 97-99 oder das „Nationalbolschewistisches Manifest", der von K.O. Paetel geleiteten „Gruppe Sozialrevolutionärer Nationalisten". Sozialistische Nation, 2. Jg., Nr. 7, Juli/August 1932, „Nationalismus und KPD.", S. 6-9.

[1347] Aufbruch, 2. Jg., Nr. 1/2, „Die Rückseite der Bilanz", S. 8f. (S. 150f.).

führen, der Gefahr lief, beide Gruppen abzuschrecken. Die Hervorhebung der nationalen Frage stieß innerhalb der marxistisch organisierten Arbeiterschaft auf eine tiefsitzende und tradierte Ablehnung. Und so setzte die eindeutige Bevorzugung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter den Umwerbungsversuchen unter Nationalsozialisten bald enge Grenzen. Es ist daher berechtigt anzunehmen, dass sich die KPD Anfang der 30er Jahre nicht wegen, sondern vielmehr ihrer nationalen Propaganda zum Trotz eines stetig steigenden Zuspruchs erfreuen konnte.

Es waren aber nicht nur Unsicherheiten in der exakten Darstellungsweise oder die Propaganda der SPD, die die führenden Parteifunktionäre zu einer letztlich halbherzigen Durchführung der nationalen Propaganda veranlassten. Selbst in der obersten Führungsspitze der KPD herrschte ein Unwillen vor, sich mit den Themata nationale Frage und Nationalsozialismus zu beschäftigen und es wurden, wie eingangs bereits angeführt, bereitwillig Gründe gesucht, ihre Bedeutung kleinzureden. Innerhalb der auf dem ZK gehaltenen Referate und Diskussionen machten sie daher nur einen marginalen Anteil aus. Der Positionierung zur SPD und die Abwerbung ihrer Parteigänger wurde die ungleich größere Bedeutung beigemessen. Die ZK-Plena kreisten vorzugsweise um die Interpretation der innenpolitischen Lage, um Scheingefechte der RGO in der Betriebsarbeit oder um die adäquate Auslegung der letzten EKKI-Beschlüsse (die Generallinie). Auch das überwiegende Gros der Parteipropaganda und Berichterstattung der Parteipresse konzentrierte sich auf klassisch kommunistische Themata und damit auf Sozialpolitik im weitesten Sinne des Wortes (Kampf um Sozialeistungen). Die (zumindest erhoffte) medien- und massenwirksame Positionierung zur Nation blieb nur ein unbeliebtes Thema am Rande. In der Folge wurden die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ oder die „Volksrevolution“, obwohl sie offizielle und damit bindende Parteilinie waren, sowohl in der Parteipresse als auch in den internen Anweisungen kaum berücksichtigt. Und im Vergleich zu den Bemühungen, die die KPD zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter unternahm, erscheint das Werben um nationalsozialistische Werktätige verschwindend gering. Sie mögen für den Leser auch heute noch hervorstechen, da sie unerwartet auftreten und ob ihrer Themata und verbalradikalen Ausdrucksweise unpassend erscheinen. Dass die nationale Propaganda der KPD von den Zeitgenossen oftmals über Gebühr hervorgehoben wurde, ist neben den genannten Gründen noch auf weitergehende Motive zurückzuführen. Da die Propagandastrategie von den meisten Kommunisten an der Parteibasis entschieden abgelehnt wurde, eignete sie sich bestens als schlagkräftiges Kampfinstrument in den innenpolitischen Auseinandersetzungen. Die Rezeption und Darstellung der nationalen Propaganda der KPD hing damit stets von der propagandistischen Stoßrichtung des jeweiligen Kommentators ab und war seinen politischen Zielen verpflichtet.

Dem ungeachtet blieb die KPD-Führung bis zuletzt davon überzeugt, dass die lärmende Verurteilung nationaler Abhängigkeiten das beste Mittel sei, das Image der Partei dem herrschenden Zeitgeist anzupassen, um im Kampf um (mediale) Aufmerksamkeit das öffentliche Interesse zu wecken und auf

diese Weise in Kontakt zu den protestierenden Massen kommen zu können. Ihr eigentliches Anliegen war es, über dieses Vehikel auch unter Bevölkerungsgruppen mit der sozialpolitischen Aufklärungsarbeit beginnen zu können, die dem Kommunismus sonst fern standen, durch die herrschende Wirtschaftskrise politisch aber in Bewegung geraden waren und sich radikalisiert hatten. Sie ging wie selbstverständlich davon aus, dass bei vielen Nationalsozialisten eine tiefsitzende antikapitalistische Sehnsucht überwiege, die sich bislang lediglich wegen Unkenntnis oder faschistischer Demagogie nicht zum offenen Bekenntnis zum revolutionären Sozialismus entfaltet habe. Könnte an derartige Stimmungen und Gefühle angeknüpft werden, war bei einer geschickten und wohlgezielten Propaganda auf einigen Erfolg zu hoffen. Und da die Stellung zur sozialen Frage das entscheidende Selektionskriterium war, mit dem die KPD zwischen ehrlich antikapitalistischen, aber verwirrten Werktätigen und faschistischen Konterrevolutionären unterschied, war die nationale Propaganda folglich in ihrer überwiegenden Mehrzahl eng mit sozial- oder wirtschaftspolitischen Themen verbunden.

Der nächste und schwierigste Schritt war es – nicht nur, um sich auf sicheres Terrain zu retten –, die interessierten Nationalsozialisten bzw. Nationalrevolutionäre davon zu überzeugen, dass die nationale unmittelbar von der sozialen Befreiung (der Arbeiterklasse) abhänge. Sie mussten von dem absoluten Primat der Ökonomie überzeugt werden; davon, dass die Verfasstheit des Wirtschaftssystems sämtliche Bereiche des menschlichen Zusammenlebens bestimmte und wirkliche nationale Freiheit in der von Eigeninteressen und Konkurrenzkämpfen geprägten Welt des Kapitalismus prinzipiell nicht möglich sei. Dass die KPD in diesem Sinne den Schwerpunkt ihrer nationalen Propaganda auf „Entlarvungs"-Artikel gelegt hatte, die lautstark den Verrat der NSDAP-Führung an ihren alten sozialrevolutionären Forderungen und ihre zunehmende Verstrickung ins kapitalistisch-parlamentarische System von Weimar anprangerten, lag darin begründet, dass die Partei an denjenigen Nationalsozialisten, die durch diese Täuschungen nicht empört waren, erst gar nicht interessiert war. Einmal von der allesentscheidenden Bedeutung der sozialen Frage überzeugt, hatte die daran anknüpfende Aufklärungsarbeit die vollständige Aufgabe des nationalistisch-kapitalistischen zugunsten eines ökonomisch-klassenorientierten Weltbildes zum Ziel, was zugleich die Voraussetzung war, um überhaupt Aufnahme in die Reihen der „Roten Front" finden zu können. Übertrittswillige mussten statt eines nationalen oder völkischen unbedingt ein sozial begründetes und bestenfalls internationales Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln.

Suchten einzelne Nationalsozialisten den weitergehenden Anschluss an die KPD, da sie aktiv für die sozialistische Revolution kämpfen wollten, wurde ihren Bestrebungen ein weiteres Selektionskriterium vorangestellt, anhand dessen nochmals zwischen Sympathisanten und revolutionären Aktivisten unterschieden wurde: die Bereitschaft zum revolutionären Aktionismus war die buchstäbliche Bedingung zur Parteimitgliedschaft. Die Parteiführung warb daher zunehmend mittels einer ostentativen Selbstdarstellung der KPD als einzige Revolutionspartei in Deutschland. Die Hoffnung, derart

an den vermuteten Aktionismus vieler SA-Männer anknüpfen zu können, erfüllte sich aber nicht. Das Versprechen revolutionäre Kämpfe auszulösen, dass der Kampf gegen „das System“ endlich losgehen würde, zog keineswegs im erwarteten Umfange an. Der überwiegenden Mehrheit der SA-Männer war es eben nicht egal, unter wessen Fahne sie zum Angriff übergehen sollten.

Richard Scheringer sollte, nicht zuletzt aus Ermangelung an weiteren, geeigneten Dissidenten, in mehrfacher Hinsicht zum Symbol der neuen kommunistischen Propagandastrategie aufgebaut werden. Seine Funktion ging bald über die eines effektiven, da weithin bekannten Lautsprechers hinaus, der durch seine politische und soziale Herkunft zweifelnde Nationalsozialisten bzw. Nationalrevolutionäre zur Annäherung an die KPD animieren sollte, die andernfalls niemals Kontakt aufgenommen, ja nicht einmal eine kommunistische Zeitschrift erworben hätten.[1348] Die Stellung der Partei zur nationalen Frage sollte eng mit der Person des ehemaligen Reichswehrleutnants verbunden werden, damit er zugleich stellvertretend definieren könne, was für Kommunisten noch als tolerabel und was als inakzeptabel galt. Und so war Scheringer zu allererst das Symbol dafür, dass die KPD, unter gewissen Voraussetzungen, tatsächlich gewillt war, ihre Reihen tatsächlich auch geläuterten bürgerlichen Faschisten zu öffnen.

Anfangs bediente sich Scheringer noch Ausdrucksweisen und Themata – wie der revanchistischen Forderung nach einem offensiv-revolutionären Befreiungskrieg gen Westen –, die eindeutig die Grenzen des theoretisch Erlaubten überschritten. Seine Propagandabeiträge kurz nach seinem Frontwechsel stellen die absolute Scheidelinie dessen dar, was jemals ohne disziplinarische Konsequenzen innerhalb der kommunistischen Parteipropaganda proklamiert werden durfte. Die erstaunlichen Zugeständnisse der KPD-Führung, die die gesamte Arbeit Scheringers vom AM-Apparat organisieren und kontrollieren ließ, waren derweil aus reiner Berechnung erfolgt. Um das anfänglich außerordentlich große Interesse am reichsweit bekanntesten Dissidenten nicht zu verspielen, wurden, solange gewisse, wichtigere Parameter eingehalten wurden (Primat der sozialen Revolution), auch vereinzelt direkte Verletzungen der Generallinie hingenommen. Um den (Image-) Schaden aber möglichst gering zu halten, wurde dabei gezielt zwischen den Organen unterschieden, in denen Scheringer veröffentlichte. Im Interesse seiner Werbekraft wurden ihm in nationalrevolutionären Blättern weitaus größere Freiheiten gestattet als in regulären kommunistischen Publikationen, in denen kaum politisch-ideologische Verstöße vorkamen. Der gesamten restlichen nationalen Propaganda der KPD, inklusive des „Aufbruchs“, wurden keine derartigen Ausnahmen erlaubt und sie

[1348] Da sich das Gros der nationalen Propaganda der KPD auf den „Fall Scheringer“ bezog, wird von einigen Historikern die nationale Phase der Partei von der „Programmerklärung“ im Sommer 1930 bis zu ihrer schrittweisen Einstellung im Herbst 1932 auch als „Scheringerkurs“ bezeichnet. Diese Einschätzung wird nicht geteilt, da weder Scheringer persönlich noch die von ihm propagierten Forderungen jemals Einfluss auf die Parteiführung ausüben konnte – ja, Scheringer blieb vielmehr bis zuletzt ein willfähriges Propagandainstrument in den Händen der KPD-Funktionäre. Siehe u.a.: Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. S. 291 oder 303ff und Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 451ff.

hielt sich zumeist an die Vorgaben der Parteiführung.[1349] Aber auch andere kommunistische Autoren konnten vereinzelt die Grenze des theoretisch Erlaubten verletzen, wenn sie, um die Glaubwürdigkeit der Partei unter Nationalisten nicht gänzlich zu verspielen, die Repräsentanz der Nation einforderten bzw. den Führungsanspruch in der Volksrevolution zu rechtfertigen suchten. In diesen Fällen konnten dann Erklärungsmodelle herangezogen werden, die zeitgleich andernorts aufs Schärfste verurteilt und als faschistische Demagogie gebrandmarkt wurden, da sie das proletarische Klassenbewusstsein untergraben würde. Hier ist insbesondere der Streit mit nationalrevolutionären Gruppen um die Einteilung des Volkes in eine überwiegende Mehrheit ausgebeuteter Lohnabhängiger (~95-97%) und eine Minderheit ausbeutender Bourgeois (~5-3%) zu nennen.

Doch spätestens mit dem zweiten Hochverratsprozess entsprachen Scheringers Stellungnahmen und Erklärungen einwandfrei den Vorgaben der Generallinie und er verkündete bereitwillig, was die KPD-Führung von ihm hören wollte. Werbewirksame und zugkräftige Grenzübertritte in nationalrevolutionären Zeitschriften waren nun nicht mehr gestattet. Aus diesem Grunde ist es berechtigt anzunehmen, dass die vermeintliche politisch-theoretische Entwicklung Scheringers hin zum treuen Kaderkommunisten, als Bestandteil der um den ehemaligen Reichswehroffizier gesponnenen Propagandakampagne geplant gewesen war. Scheringers Frontwechsel und Werdegang innerhalb der „Roten Front" sollte mit dem zweiten Hochverratsprozess seinen Höhepunkt und Abschluss finden, wodurch er endgültig zum Symbol für den ordnungsgemäßen Wandel und damit zum verbindlichen Vorbild geworden war, wie der Frontwechsel ideologisch und praktisch mustergültig zu vollziehen sei. Durch die erneute Verurteilung wegen seines revolutionären Aktionismus war Scheringer nicht zuletzt auch zum Symbol für die, von der kommunistischen Propaganda gebetsmühlenartig wiederholte, unbeugsame Revolutionsbereitschaft der Partei geworden.

[1349] In der Broschüre „Erwachendes Volk" propagierte Scheringer zwar eine Instrumentalisierung der sozialen Frage im Interesse der Nation. Diesen Ausführungen zufolge wollte er „die soziale Revolution in den Dienst des Vaterlandes stellen", wie Dupeux es interpretiert. Auch Teile der nationalsozialistischen Linken und viele nationalrevolutionäre Gruppen teilten derartige Ansichten. Paetel hebt diesen Aspekt, den Scheringer ja auch in seiner eigenen Zeitschrift („Sozialistische Revolution"), in dem oben angeführten Artikel „Revolutionäre Wehrpolitik" vertreten hatte, als grundlegende politische Einstellung des Dissidenten hervor: „Scheringers Vorstellungen von der nationalen und sozialen Revolution hatten im Grunde stets um den Freiheitskrieg gekreist: der soziale Umsturz sollte die Existenz einer Rote Armee ermöglichen, mit der Versailles gebrochen werden konnte." Auch seine Ostorientierung nach der SU entstamme derselben Motivation. Daher habe Scheringer „ganz klar die Linie: Volksrevolution gleich Volkskrieg gegen den Westen vertreten". Diese Interpretation wird hier nicht geteilt, da sie davon ausgeht, dass Scheringer als autonomer politischer Schriftsteller seine persönliche Meinung hätte publizieren können. Da Scheringers Propagandatätigkeit vom AM-Apparat organisiert wurde, ist nicht davon auszugehen, dass er Artikel ohne vorherige Kenntnisnahme und Rücksprache mit der KPD hätte veröffentlichen können; letzterer wird vielmehr Einfluss auf den Inhalt seiner Veröffentlichungen genommen haben. Schüddekopf geht sogar noch einen Schritt weiter und setzt Scheringers in diese Richtung gehenden Aussagen mit der allgemeinen Politik der KPD gleich und behauptet: „An dieser Reihenfolge: erst innere Revolution, dann revolutionärer Volkskrieg nach außen, hielten die Kommunisten seitdem fest." Diese Darstellung kann erst Recht nicht überzeugen, da selbst Scheringer eine derartige Argumentation nur in wenigen und begrenzten Ausnahmefällen gestattet worden ist. In der kommunistischen Generallinie dieser Tage findet sich nirgends die Propagierung dieser angeblichen Revolutionsstrategie. Letztlich sprechen auch Scheringers weitere Veröffentlichungen dagegen, denn sobald er in kommunistischen Presseorganen schrieb schlug er andere Töne an (oder wurde dazu gedrängt). Dupeux, Nationalbolschewismus, S. 451, Paetel, Nationalbolschewismus, S. 178ff. sowie Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 394.

Der „Aufbruch“ und seine Arbeitskreise stellen, da sie primär bürgerliche Mittelschichten ansprechen sollten und nicht als Massenorganisation aufgebaut worden waren, im Grunde kein exemplarisches Beispiel dar, anhand dessen sich das Werben der KPD unter den nationalsozialistischen Parteigängern und Sympathisanten umfassend darstellen und erklären lässt. Sowohl die Zeitschrift als auch die AAK waren vielmehr für eine Minderheit entworfen worden, die sich für kommunistische Lösungsansätze in der augenblicklichen Notlage interessierte und von der sich die KPD im Gegenzug nachrichtendienstlich verwertbare Informationen erhoffte. Die gesamte „Aufbruch“-Organisation nahm, da sie für den Aufbau von Spitzelverbindungen in den Reihen der bürgerlichen Klassenfeinde zuständig war und aus diesem Grunde unmittelbar vom AM-Apparat geleitet wurde, innerhalb der KPD eine gesonderte und isolierte Stellung ein. Auf der anderen Seite eignet sich das Beispiel geradezu idealtypisch, um die Einstellung der KPD zur Thematik treffend beschreiben zu können. Die Beschäftigung mit dem Themenkomplex nationale Frage und der damit verbundenen Frage nach der adäquaten Zersetzungs- bzw. Abwerbestrategie unter Nationalsozialisten war bis in die Reihen der höchsten Parteifunktionäre äußerst unbeliebt, da sie, ideologisch und parteipolitisch mit vielen Stolperfallen versehen, einige Gefahren zur opportunistischen Abweichung bereithielt. Derartig Aufgaben wurden daher als Spezialangelegenheiten vertrauenswürdigen und speziell geschulten Spitzenkaders anvertraut. Der AM-Apparat formte daraufhin zwei parallele Strukturen mit verschiedenen Funktionen: die Zeitschrift sollte im größeren Maßstab Zersetzungspropaganda verbreiten und Nationalsozialisten bzw. Nationalisten mit Zweifel erfüllen, um sie auf diese Weise zumindest politisch zu neutralisieren. Die AAK hingegen sollten, als kleiner, leicht kontrollierbarer Kreis, Stimmungslagen und (geheime) Informationen aus der politischen Rechten sammeln und insbesondere einzelne Spitzenverbindungen innerhalb feindlicher Organisationen aufbauen. Diese Vorgehensweise wurde im größeren Maßstab auch von der regulären Parteiorganisation verfolgt. Während die Parteipresse und –propaganda massenhafte Zersetzung zu leisten hatte, wurden persönliche Kontakte zu interessierten Nationalsozialisten allein in einem kontrollier- und überschaubaren Rahmen von ausgesuchten und speziell geschulten Funktionären aufgebaut, wenn sich die Partei einen unmittelbaren Nutzen erhoffte. Als Beispiel sei hier die Delegierten- und Komiteebewegung genannt.

Die Ergebnisse der jeweiligen Bemühungen gleichen sich. Auch der „Aufbruch“ bzw. seine Arbeitskreise blieben, da sie nachweisbar keine neuen, bedeutenden Nationalsozialisten bzw. Nationalrevolutionäre zur „Roten Front“ herüberziehen konnten, ebenso erfolglos wie die Gesamtpartei und ihre Massenorganisationen. Entscheidenden Anteil an diesem Unvermögen hatte, neben den genannten ideologischen Hemmnissen, nicht zuletzt die Tatsache, dass selbst im bevorzugten „Aufbruch“-Projekt weder die bereitgestellten Gelder noch das verfügbare Personal ausreichten, um die umfangreichen Pläne der Parteiführung auch nur Ansatzweise in die Tat umzusetzen und die proklamierten Ziele erreichen zu können.

Ein weiterer, gewichtiger Aspekt, der die Propagandastrategie der KPD-Führung wesentlich hemmte, ist in den Reihen der kommunistischen Partei selbst zu finden: die Parteibasis verweigerte ihrer Führung in dieser Frage rundweg die Gefolgschaft und strafte entsprechende Anordnungen zumeist einfach mit Nichtbeachtung und Boykott. Das Bekenntnis Kommunist zu sein entstammte eher einem emotionalen und weit weniger einem rationellen, auf das Studium der marxistischen Klassiker und aktueller Programme gegründeten, Bekenntnis.[1350] Insofern hatte eine verbalradikale Propagandakampagne, die auf einer rationellen Reflexion der Thematik beruhte, innerhalb der organisierten Arbeiterschaft aber auf eine tradierte Gleichgültigkeit oder tiefsitzende Ablehnung stieß, kaum eine Chance angenommen zu werden. Diese Ausgangslage musste die Unterstützung der Parteiarbeit und die entsprechende Agitation im persönlichen Umfeld von vornherein lahm legen. Dass die liberale und sozialdemokratische Presse dennoch zu gegebenen Anlässen wiederholt von einer identischen Geisteshaltung, wenn nicht sogar von Verbrüderung oder massenhaften, beliebigen Frontwechseln beider Anhängergruppen sprach, lag in ihrer Absicht begründet, die Weimarer Republik unterschiedslos gegen alle Angriffe zu verteidigen. In diesen Fällen, in denen nur äußerst selten benennbare Beispiele angeführt wurden, wurde folgerichtig einseitig über eine „Einigkeit in der Negation" berichtet. Entscheidende, unversöhnliche Unterschiede wurden in diesem Zusammenhang bewusst vernachlässigt; in der überwiegenden Mehrzahl ihrer Berichte, wenn sich Kommunisten und Nationalsozialisten alltäglich befehdeten, für gewöhnlich aber angeführt. Versuche das kommentierte Geschehen zu deuten und von den beobachteten Symptomen zu den Ursachen vorzudringen, finden sich darunter kaum. Und so entpuppt sich der von der Weimarer Presse wiederholt beklagte „Austausch der Extreme" zwischen der Anhängerschaft von KPD und NSDAP bei genauer Betrachtung als ein Propagandainstrument, das je nach Ereignis oder Intention der jeweiligen Zeitung Anwendung oder Vernachlässigung erfahren konnte. In der überwiegenden Mehrzahl ihrer Berichterstattung, wenn die unversöhnliche, todbringende Feindschaft der Parteigänger beider Gruppen geschildert wurde, war von einem „Austausch der Extreme" selbstverständlich keine Rede. Brachte die beiden Radikalparteien eigene unerbittliche Feindschaft gegen das System, KPD und NSDAP in eine parallele Frontstellung gegen die Republik, waren aber sogleich angeblich Millionen betroffen.

[1350] Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik, Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, S. 6. Mallmann betont, dass das „Klassenbewußtsein […] das Resultat eines Vorgangs gruppenmäßiger Selbstinterpretation [war und] nicht unmittelbar objektiven Strukturen und Prozessen [entsprang]. Die Entscheidung zwischen Reformismus und Radikalismus in der Weimarer Republik ist daraus - ... - nicht zu begründen; die Existenz einer - je nach Region - nicht unbeträchtlichen christlichen Arbeiterbewegung entkräftet einen derartigen Determinismus ebenso wie das Faktum, daß es ‚gelbe', liberale, deutsch-nationale und NS-Arbeiter gab, daß Unorganisierte immer die Mehrheit der Arbeiterschaft bildeten." Darüber hinaus ist in der historischen Forschung wiederholt festgestellt worden, dass sowohl von Mitgliedern als auch Funktionären „die Kirchenväter des Sozialismus […] kaum im Original gelesen [wurden], bestensfalls in vereinfachenden Broschüren und auch das nur selten". Ebenda, S. 216ff. Vgl. u.a.: Priker, Zum Verhalten der Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, S. 327 oder Kinner, Imperialismustheorie und Faschismusanalyse in KPD und Komintern, S. 63.

Ein Wechsel, der im gesamten Reichsgebiet über einige dutzend Menschen pro Monat hinausging, ist aber nicht nachzuweisen.

Wenn zwei verfeindete Gruppen zeitgleich ein und denselben Gegner bekämpfen, ergeben sich zwangsläufig (temporäre) Schnittmengen in diesem Kampf. Aus diesem Umstand ist jedoch keineswegs eine Identität beider Gruppen abzuleiten – von der identischen Zerstörungsabsicht einmal abgesehen. Das Bestreben der KPD, sich als einzige Revolutionspartei Deutschlands zu stilisieren, wurde daher von anderen politischen Gruppen und Institutionen der Weimarer Republik aus verschiedenen Gründen bekräftigt, woraus sich ein sich gegenseitig anfeuernder Kreislauf entwickelte. Liberale wie Sozialdemokraten, die auf beide Gegner der Republik – links wie rechts – ausgerichtet waren, versuchten das revolutionäre, staatszerstörende Image der KPD auch auf die NSDAP zu übertragen, um das nationalkonservative Bürgertum von ihren Plänen abzubringen, die Nationalsozialisten zu domestizieren und in ihre Herrschaftspläne zu integrieren. Dass sie dabei, um die Wirkung ihrer Intention zu verstärken, stets die sozialrevolutionären Ziele der NSDAP über Gebühr hervorhoben, hatte die KPD-Führung in ihrer Einschätzung, dass unter den Nationalsozialisten sozialistische Sehnsüchte verbreitet waren, weiter bestärkt. Das nationalkonservative Bürgertum hingegen machte einseitig gegen links Front und war bemüht, das Bedrohungspotential der KPD weit über Gebühr hervorzuheben und derart einen Popanz aufzubauen, mit dem sie ihre autoritäre Politik rechtfertigen konnten. Die KPD war Anfang der 30er Jahre kein ernstzunehmender Kombattant im Ringen um die Macht – im Gegenteil: zu keiner Zeit seit ihrer Gründung war die Partei so weit von der Auslösung der Revolution entfernt gewesen.[1351] Sie nahm diese Rolle aber bereitwillig an, da sie hoffte auf diese Weise größere Glaubwürdigkeit zu erlangen und die aktivistischen Elemente (auch der NSDAP), die es zur revolutionären Tat drängte, für die eigene Partei gewinnen zu können.

Zwischen den Anhängern beider Radikalparteien bestand allenfalls eine „Einigkeit in der Negation", eine grundsätzliche Ablehnung der herrschenden Verhältnisse. Sie entstammte aber ganz unterschiedlichen Traditionen und Begründungszusammenhängen und war völlig verschiedenen Zielvorstellungen verpflichtet. Eine Verständigung oder gezielte Koordination in ihren Angriffen auf die Republik fand nicht statt und beide Parteien standen sich bis zuletzt in einer unversöhnlichen und zuweilen blutigen Feindschaft gegenüber. Die Teilnahme der KPD am Volksentscheid gegen die Preußische Landesregierung war der sichtlich (diktierte) Versuch, auf einen rollenden Propagandazug des Gegners aufzuspringen, um den Anschluss an dessen begehrte Gefolgschaft nicht gänzlich zu verlieren. Die Frage, ob KPD und NSDAP *gemeinsam* oder parallel, nebeneinander gegen das System gekämpft haben, bleibt letzten Endes eine Frage des Standpunktes. Ihr Konkurrenzkampf um Wählerstimmen und Parteimitglieder wurde bewusst auf Kosten und zu Lasten der Republik ge-

[1351] Vgl. Schäfer, Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, S. 7f.

führt. Die proklamierte, ja programmatische Feindschaft gegen das System war für beide Parteien erstes Etappenziel auf dem Wege zur Verwirklichung ihrer politischen Endziele und damit zugleich propagandistisches Lockmittel und politisches Argument: für beide zählte die parlamentarische Republik nichts, ihre Überwindung aber alles!

5. Übersicht „Aufbruch“

Ausgabe	Herausgeb.	Schriftleiter	V.i.s.d.P.	Konto	Redaktion	Verlag	Zentraler AAK	Berliner AAK	Zentraler Vertrieb
Nr. 1 - Juli ‘31	Korn	Korn	Korn	Korn	-	-	Korn	Rehm (Anmeldung zu Diskussionsabend bei Tartsch)	-
Nr. 2/3 - Aug/Sept ‘31	Giesecke	-	Giesecke	Rehm	-	-	Rehm	keine Trennung	-
Nr. 4 - Novem. ‘31	Giesecke	-	Giesecke	Rehm	-	-	Rehm	-	-
Nr. 5 - Dezemb. ‘31	Giesecke	-	Giesecke	Rehm	-	-	Rehm	-	-
Nr. 1/2 - Februar 1932	Giesecke	-	Giesecke	Rehm	-	Rehm	Rehm	-	-
Nr. 3 - Mai ‘32	Giesecke (inkl. Römer & Scheringer)	-	Giesecke	Rehm	-	-	Römer	Römer	-
Nr. 4 - Juni ‘32	Römer	-	Giesecke	Rehm	-	-	Römer	Römer	Rehm
Nr. 5 - Juli ‘32	Römer	-	v. Golssinau [sic!]	-	-	-	-	Römer	Römer
Nr. 7 [sic!] - Septem. ‘32	Verlag Bock & Co	Römer	v. Golßenau	-	-	-	-	Römer	Büro
Nr. 8 - Okt/Nov ‘32	Verlag Bock & Co	Römer	v. Golßenau	Rehm	Römer	Verlag Bock & Co	-	Römer	Büro
Nr. 8 - Okt/Nov ‘32 [sic!] eigenlich: Nr. 9 - Dezemb. ‘32	-	Römer	v. Golßenau	Rehm	Römer	Büro	Römer	Römer	Büro
Nr. 1 - Januar 1933	-	Römer	v. Golßenau	Rehm	Römer	Büro	Römer	Römer	Büro

6. Übersicht „Aufbruch“-Arbeitskreise (AAK)

Ausgabe:	‘Aufbruch’-Arbeitskreise:	Veranstaltungen:	Sonstiges:
Nr. 1 - Juli ‘31	Zentral, Berlin	- Ab August erstes freies Seminar in Berlin zum Thema: „Revolutionärer Marxismus- Leninismus und die nationale Frage” - Refrenten: Prof. Wittfogel und Dr. Duncker. Anmeldepflichtiges Seminar über 6 Sitzungen. - Diverse Themata für eine Reihe von Diskussionsabende in Berlin ohne Datumsangabe - mit Anmeldepflicht.	Themata der Diskussionsabende: ‘Rätestaat oder Ständestaat’; ‘Revision oder Annulierung der Tributverträge’; ‘Wehrrecht oder Wehrpflicht’; ‘Rote Armee und Reichswehr’; ‘Kriegswirtschaft - Wirtschaftskrieg’; ‘Pazifismus oder Antimilitarismus’; „Hooverplan oder Plan- wirtschaft’; ‘Arbeitsdienstpflicht oder Kollektiv- wirtschaft’; ‘Weltmoratorium oder Weltrevolution’
Nr. 2/3 - Aug/Sep 1931	Zentral		
Nr. 4 - November 1931	Zentral		
Nr. 5 - Dezember 1931	Zentral		
Nr. 1 / 2- Februar 1932	Zentral	Ankündigung des 1. Kursus in Berlin.	Aufforderung an Leiter anderer AAKs Arbeitspläne und Anschriften zur Veröffentlichung einzureichen.
Nr. 3 - Mai ‘32	Zentral, Berlin, Hamburg	Berlin: im Mai neuer Kursus zum Thema: „Was ist Marxismus?” in 5. Sitzungen: 1. „Dialektischer Materialismus und bürgerlicher Idealismus” 2. „Kapitalismus - Sozialismus” 3. „Beispiele des Sozialismus: Die Sowjetunion” 4. „Probleme der deutschen Revolution” 5. „Militärpolitische Fragen” Referenten: u.a. Dr. Wittfogel, Dr. Massing, L. Renn.	In Hamburg: wöchentliche Versammlungen mit Anmeldung.
Nr. 4 - Juni ‘32	Zentral, Berlin, Potsdam, Hamburg	Berlin: Änderung im Kursprogramm: 1. „Nationale Frage und Kommunismus.” 2. „Kapitalismus und Sozialismus.” 3. „Der sozialistische Aufbau in der Sowjet-Union.” 4. „Die Weltkrise und der revolutionäre Ausweg.” 5. Bedrohung der Sowjet-Union und die Rote Armee.” Der Kursus war gebührenpflichtig.	

Ausgabe:	'Aufbruch'-Arbeitskreise:	Veranstaltungen:	Sonstiges:
Nr. 5 - Juli '32	Berlin, Hamburg, Nowawes, Potsdam, Breslau, Goslar, Suhl, Mühlheim, Gelsenkirchen		
Nr. 7 [sic!] - Septem. '32	Berlin, Gelsenkirchen, Goslar, Hamburg, Mühlheim, Nowawes, Potsdam		
Nr. 8 - Okt/Nov '32	Zentral, Hamburg, Mülheim, München		Neue Kategorie eingeführt: „Vertrauensleute des Aufbruchs". Ansässig in: Bautzen, Bielefeld, Koblenz, Dresden, Duisburg, Gelsenkirchen, Hannover, Jena, Köln, Nowawes, Nürnberg, Potsdam, Zwickau.
Nr. 8 - Okt/Nov 1932 [sic!] eigentlich: Nr. 9 - Dezember '32	Zentral, Berlin, Hamburg, Mülheim, München, Niederrhein (das war: Mönchengladbach)		„Vertrauensleute des Aufbruchs": Bautzen, Bielefeld, Breslau, Bur-Erle [sic!], Koblenz, Dresden, Duisburg, Gelsenkirchen, Hannover, Jena, Köln, Magdeburg, Nowawes, Potsdam, Zwickau.
Nr. 1 - Januar '33	Zentral, Berlin, Hamburg, Mülheim, München, Duisburg, Niederrhein.		„Vertrauensleute des Aufbruchs": Bautzen, Bielefeld, Breslau, Buer-Erle [sic!], Koblenz, Dreden, Gelsenkirchen, Hannover, Jena, Köln, Magdeburg, Potsdam, Zwickau.

7. Verzeichnis seltener oder ungewöhnlicher Abkürzungen

AAK = Aufbruch-Arbeitskreise
Agitprop = Agitation und Propaganda
BArch = Bundesarchiv
BL = Bezirksleitung (der KPD)
FN = Fußnote
GO = Gegnerobmann (der KPD)
GSRN = Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten
KJVD = Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KgdF = Kampfbund gegen den Faschismus
KGRNS = Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten
Lit.- = Literatur-…
NSBO = Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSS = Nachrichtensammelstelle
o.D.a. = ohne Datumsangabe
o.O.a. = ohne Ortsangabe
ORA = Oberreichsanwalt / Oberreichsanwaltsschaft
Org.- = Organisations-…
OSAF = Oberster SA-Führer / Oberste SA-Führung
o.V.a. = ohne Verfasserangabe
RGO = Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (auch: -organisation)
RH = Rote Hilfe
RMdI = Reichsministerium des Innern
RW = Reichswehr
SAPD / SAP = Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SAPMO = Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
Schupo = Schutzpolizei
Teno = Technische Nothilfe
UBL = Unterbezirksleitung (der KPD)

Die Abkürzungen von Zeitungen und Zeitschriften finden sich im Literaturverzeichnis.

8. Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivmaterialien

Bundesarchiv (BArch) – Berlin-Lichterfelde

Reichsministerium des Innern / Nachrichtensammelstelle (R 1501)

R 1501 / 20048 – Akte in drei Bänden über den „Aufbruch“ und die Arbeitskreise

R 1501 / 20008 R 1501 / 20021 R 1501 / 20143 R 1501 / 20152
R 1501 / 20153 R 1501 / 20154 R 1501 / 20156 R 1501 / 20208
R 1501 / 20347 R 1501 / 20348 R 1501 / 20355 R 1501 / 20356
R 1501 / 20406 R 1501 / 20540 R 1501 / 20541 R 1501 / 20547
R 1501 / 20548 R 1501 / 20564 R 1501 / 20581 R 1501 / 20583
R 1501 / 20609 R 1501 / 20610 R 1501 / 20611 R 1501 / 20700
R 1501 / 20714

R 1501 / 126073 R 1501 / 126074 R 1501 / 126075 R 1501 / 126164

„Vereinigung für freie Wirtschaft“ e.V. (R 8051)

R 8051 / 117 R 8051 / 118

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

Parteiarchiv der KPD (RY 1)
Sitzungsprotokolle des Zentralkomitees der KPD 1929-1932 (RY 1/I2/1)

RY 1/ I2/1/74 RY 1/ I2/1/76 RY 1/ I2/1/77 RY 1/ I2/1/78
RY 1/ I2/1/79 RY 1/ I2/1/80 RY 1/ I2/1/81 RY 1/ I2/1/82
RY 1/ I2/1/83 RY 1/ I2/1/84 RY 1/ I2/1/85 RY 1/ I2/1/86

Akten des Politbüros – vor allem Beschlussprotokolle 1930-’33 (RY 1/I2/3)

RY 1/ I2/3/10 RY 1/ I2/3/11 RY 1/ I2/3/12 RY 1/ I2/3/13
RY 1/ I2/3/22

Arbeitspläne und statistisches Material (RY 1/I2/4)

RY 1/ I2/4/16 RY 1/ I2/4/19 RY 1/ I2/4/31 RY 1/ I2/4/33

Sekretariatssitzungen (RY 1/I2/5)

RY 1/ I2/5/3

Militärpolitische Arbeit (Nachrichtendienst bzw. Abteilung Militärpolitik / AM-Apparat) (RY 1/I 705)

RY 1/ I2/705/1 RY 1/ I2/705/2 RY 1/ I2/705/4 RY 1/ I2/705/11
RY 1/ I2/705/12 RY 1/ I2/705/13 RY 1/ I2/705/23

RY 1/88

Nachlässe (NY)
Nachlass Richard Scheringer (NY 4037)

NY 4037 / 42 NY 4037 / 43 NY 4037 / 44 NY 4037 / 45
NY 4037 / 56 NY 4037 / 160

Nachlass Josef „Beppo“ Römer (NY 4054)
NY 4054 / 3

Nachlass Hermann Dünow (NY 4166)
NY 4166 / 1 NY 4166 / 2

Erinnerungen (SgY 30)

Fritz Gäbler, „Erinnerungen an Richard Scheringer aus der gemeinsamen Festungshaft 1930/31"
SgY 30 / 0251 (Bl. 92-133)

Christine Kjossewa (d.i. Aenne Kerff), Erinnerungen an Hans Kippenberger
SgY 30 / 1940

Ludwig Renn (d.i. Arnold Vieth von Golßenau), „In proletarischen Sportlagern zwischen 1928 und 1933"
SgY 30 / 2098

Bundesarchiv - Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten

Akten der Oberreichsanwaltschaft

Strafsache gegen John Schehr
ZC 5621 - Bd. 7

Strafsache gegen Theodor Bottländer
ZC 6329 - Bd. 3 ZC 6329 - Bd. 4

Strafsache gegen Karl Tuttas
ZC 14623 - Bd. 1

Strafsache gegen Hans Herbert Blum
ZC 5709 - Bd. 4 ZC 5709 - Bd. 5

Strafsache gegen Hans Kippenberger
ZC 10756 - Bd. 5 ZC 10756 - Bd. 6
ZC 10756 - Bd. 7

Strafsache gegen Fritz Rottmeier, u.a.
ZC 19560

Zeitungen und Zeitschriften

Aufbruch, (Kampfblatt) im Sinne des Lt. a.D. Scheringer
1. Reprint: *Römer, Susanne, Coppi, Hans* [Hg.], Aufbruch: Dokumentation einer Zeitschrift zwischen den Fronten, Koblenz 2001.
2. Original: BArch R 1501/20048.

Angriff, Der	(NSDAP-Berlin, Hg. J. Goebbels)
Berliner Tageblatt (BT)	(liberal, Mosse-Verlag, Chefredakteur: Th. Wolff)
BZ am Mittag (BZ)	(boulevardesk, Ullstein-Verlag)
Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ)	(DVP-nah, In Besitz der Familie Stinnes und der Ruhrlade , eine Vereinigung Großindu strieller an der Ruhr)
Fanal	(proletarisch-anarchistisch, Hg. & SL E. Mühsam)
Fanfare, Die	(Organ des Kampfbundes gegen den Faschismus / KPD)
Frankfurter Zeitung (FZ)	(liberal)
Gegner	(nationalrevolutionär, Hg. F. Jung, SL. H. Schulze -Boysen)
Gegen den Strom (GdS)	(Organ der KPD-O, Hg. u.a. H. Brandler, A. Thalheimer)
Internationale Presse Korrespondenz (InPreKorr)	(Pressekorr espondenz der KomIntern Sektionen)
Kommenden, Die	(bündisch-nationalrevolutionär, Hg. E. Jünger & W. Laß, SL. K.O. Paetel & H.-G. Techow)
Kommunistische Internationale (KI)	Organ des Exekutivkomitees der KomIntern)
Linkskurve, Die	(Organ des Bundes Proletarisch -Revolutionärer Schriftsteller Deutschlands, Hg. u.a. J.R. Becher, E. Weinert & L. Renn)
Nationalsozialistische Monatshefte	(„wissenschaftliche“ Monatshefte der NSDAP, Hg. A. Hitler, SL A. Rosenberg)
Permanente Revolution (PR)	(Organ der Linken Opposition der KPD (LO), „Trotzkistische“-Opposition)
Reichswart, Der	(sog. NS-Linke, Selbstverlag & Hg. Graf E. Reventlow)
Rote Aufbau, Der (RA)	(Verlag & Hg. W. Münzenberg / KPD- & ZK-Mitglied)
Rote Fahne (RF)	(Parteiorgan der KPD)
S.A.-Mann, Der	(Organ der Obersten SA-Führung der NSDAP)
Sozialistische Nation (SN)	(nationalbolschewistisch, Hg. & SL K.O. Paetel)
Umsturz, Der	(nationalrevolutionär, Hg. Werner Laß)
Völkischer Beobachter (VB)	(Parteiorgan der NSDAP)
Vorwärts	(Parteiorgan der SPD)
Vossische Zeitung (VZ)	(liberal, Ullstein-Verlag,)
Welt am Abend, Die (WaA)	(Verlag W. Münzenberg / KPD- & ZK-Mitglied)
Weltbühne, Die	(linkssozialistisch, SL C. v. Ossietzky, K. Tucholsky)
Widerstand	(nationalrevolutionär, Hg. & SL E. Niekisch)

Es wurde, mit Ausnahmen, die Ausgaben aus dem Zeitraum von 1929 bis 1933 berücksichtigt. Bei Quellennachweisen werden zumeist die eingeklammerten Kürzel verwendet. (SL = Schriftleitung.)

Gedrucktes Quellenmaterial

Arnold, F. [Hg.], Anschläge, 220 politische Plakate als dokumente der dt. Geschichte 1900-1980, München 1985.

Coppi, H., Andresen, G., Dieser Tod passt zu mir, Harro Schluze-Boysen, Grenzgänger im Widerstand, Briefe 1915-1942, Berlin 1999.

Dowe, Dieter, Klotzbach, Kurt [Hg.], Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 2. Auflage, Bonn, Berlin 1984.

Ehrlich, Hugo [Hg.], Der Fall Scheringer, o.O. und o.J.a.
Ehrt, Adolf, Entfesselung der Unterwelt, Ein Querschnitt durch die Bolschewisierung Deutschlands, Berlin 1933.

Goebbels, Josef, Tagebücher, Bd. 1 (1924-1929) & Bd. 2 (1930-1934), *Reuth, Ralf G.* [Hg.], München 1992.

Kühnl, Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 2000.
Kuhn, Béla, Der Kommunismus im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, Berlin 1933.

Marx, Karl, Engels, Friedrich, Werke, Bd. 1-42, Berlin (Ost) 1956-1983.
Müller, Erich, Nationalbolschewismus, Hamburg 1933 - Reprint, 3. Aufl., Koblenz 1990.

Pirkner, Theo, Komintern und Faschismus, Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, Stuttgart 1965.

Radek, Karl, Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts, in: Karl O. Paetel, Nationalbolschewismus und nationalrevolutionäre Bewegungen in Deutschland, Schnellbach 1999.
Reich, Wilhelm, Die Massenpsychologie des Faschismus, Wiesbaden 2005.
Rote Hilfe Deutschland [Hg.], Scheringer, Der Weg eines Kämpfers, Reichswehrleutnant a.D. Scheringer 2 Mal wegen Hochverrat vor dem Reichsgericht, Prozeßbericht, Berlin o. J., 2.. Auflage
Ruge, Wolfgang, Schuhmann, Wolfgang, Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, Berlin (Ost) 1975.

Scheringer, Richard, Erwachendes Volk, Briefe an Leutnant Scheringer Gollnow, Berlin 1931.
Scheringer, Richard, Mein Bekenntnis zur Roten Front, Hg. von *Franz Dahlem*, Berlin, o.J.
Sperlings Zeitschriften- und Zeitungsadreßbuch, 1933.

Trockij, Lev D., Gegen den Nationalkommunismus, Über Arbeiterkontrolle und Produktion, Berlin 1932.

Weber, Hermann [Hg.], Der deutsche Kommunismus, Dokumente 1915-1945, Köln 1973.
Weber, Hermann [Hg.], Die Generallinie: Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933, Düsseldorf 1981.
Weber, Hermann [Hg.] Die Kommunistische Internationale, Eine Dokumentation, Hannover 1966.

(Auto-) Biographien & Erinnerungen

Auer, Annemarie, Ludwig Renn, Ein ungewöhnliches Leben, Biographische Erzählung, Berlin (Ost) 1964.

Bindrich, Oswald, Römer, Susanne, Beppo Römer, Ein Leben zwischen Revolution und Nation, Berlin 1991.
Buber-Neumann, Margarethe, Von Potsdam nach Moskau, Stationen eines Irrweges, Stuttgart 1957.
Buber-Neumann, Margarethe, Kriegsschauplätze der Weltrevolution, Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919-1943, Stuttgart 1967.

Engel, Rudolf, Feinde und Freunde, Berlin (Ost) 1984.

Feuchtwanger, Franz, Der militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1929-35, in: IWK 17, Heft 4, 1981, S. 485 – 533.

Niekisch, Ernst, Gewagtes Leben, Begegnungen und Begebnisse, Köln, Berlin 1958.

Paetel, Karl O., Reise ohne Uhrzeit, Autobiographie hg. von *Wolfgang Eife* und *John Spalek*, London, Worms 1982.

Rätsch-Langejürgen, Birgit, Das Prinzip Widerstand, Leben und Werk von Ernst Niekisch, Bonn 1997.

Scheringer, Richard, Das große Los: unter Soldaten, Bauern und Rebellen, München 1979.
Stenbock-Fermor, Alexander Graf, Der rote Graf, Berlin (Ost) 1975.

Weber, Hermann, Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten: biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004.

Forschungsliteratur

Abosch, Heinz, Die Linke und das NS-Phänomen, in: *Koebner, Thomas* [Hg.], Weimars Ende, Frankfurt am Main 1982, S. 21 - 33.
Andersen, Arne, Die KPD und die nationalsozialistische Machübernahme, Ein Rundschreiben der KPD vom 2. Februar 1933, in: IWK,1986, 22. Jg., Heft 3, S. 357 - 373.
Anderson, Benedict, Die Erfindung der Nation, Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Berlin 1998.
Aschmoneit, Mischa u.a.(*Gruppe Magma*) [Hg.], „... denn Angriff ist die Beste Verteidigung", Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Bonn 2001.

Bayerlein, Bernhard H., Faschismus - Politische Theorie und Praxis der Komintern-Politik, Das Faschismusproblem in der „Bolschewisierungs-" und „Stalinisierungs"-Phase, in: *Grebing, Helga* [Hg.], Arbeiterbewegung und Faschismus, Faschismusinterpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990, S. 135 - 145.
Bessel, Richard, Political violence and the rise of nazism, Yale 1984.
Bons, Joachim, Nationalsozialismus und Arbeiterfrage, Zu den Motiven, Inhalten und Wirkungsgründen nationalsozialistischer Arbeiterpolitik vor 1933, Studien und Materialien zum Rechtsextremismus, Bd. 4, Pfaffenweiler 1995.
Bracher, Karl Dietrich, Zeit der Ideologien, Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982.
Bracher, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur, Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1993.
Bramke, Werner, Die nationale Frage in der Politik der KPD (1929-1933), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1982, H. 4, S. 499-513.
Bramke, Werner, Das Faschismusbild in der KPD Mitte 1929 bis Anfang 1931, in: BzG, 1986, Heft 5, S. 612ff.
Bramke, Werner, Die Anhängerschaft des Faschismus in den Analysen der SPD und d KPD 1929-1933, in*: Helga Grebing* [Hg.], Arbeiterbewegung und Faschismus, Faschismusinterpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990, S. 255 - 261.
Breuer, Stefan, Anatomie der Konservativen Revolution, 2. Auflage, Darmstadt 1995.
Brustein, William, Blue-Collar Nazism: The German Working-Class and the Nazi Party, in: *Fischer, Conan* [Hg.], The rise of national socialism and the working classes in Weimar Germany, Oxford 1996, S. 137 - 162.
Bucher, Peter, Der Reichswehrprozeß, Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard am Rhein 1967.
Burleigh, Michael, The Third Reich, A New History, London 2001.

Charsten, F. L., The German Workers and the Nazis, Cambridge 1995.

Coppi, Hans, „Aufbruch“ im Spannungsfeld von Nationalismus und Kommunismus – eine Zeitschrift für Grenzgänger, in: *Römer, Susanne, Coppi, Hans* [Hg.], Aufbruch: Dokumentation einer Zeitschrift zwischen den Fronten, Koblenz 2001.

Dupeux, Louis, „Nationalbolschewismus” in Deutschland 1919-1933, Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985.

Falter, Jürgen, Hitlers Wähler, München 1991.
Falter, Jürgen, How Likely Were Workers to Vote for the NSDAP?, in: *Fischer, Conan* [Hg.], The rise of national socialism and the working classes in Weimar Germany, Oxford 1996, S. 9 - 46.
Falter, Jürgen, The Young Membership of the NSDAP Between 1925 and 1933: A Demographic and Social Profile, in: *Fischer, Conan* [Hg.], The rise of national socialism and the working classes in Weimar Germany, Oxford 1996, S. 79 - 98.
Faye, Jean Pierre, Totalitäre Sprachen, Kritik der narrativen Vernunft; Kritik der narrativen Ökonomie, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1977.
Fenske, Hans, Politische Theorien im 20. Jahrhundert, in: *Lieber, Hans J.*, Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, S. 657-880.
Fischer, Conan, Stoormstroopers, A Social, Economic and Ideological Analysis 1929-35, London 1983.
Fischer, Conan, The German Communists and the Rise of Nazism, London 1991.
Fischer, Conan, Mühlberger, Detlef, The Pattern of the SA's Social Appeal, in: *Fischer, Conan* [Hg.], The rise of national socialism and the working classes in Weimar Germany, Oxford 1996, S. 99 - 116.
Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.
Fowkes, Ben, Communism in Germany under the Weimar Republic, London 1984.
Friedrich, Thomas, Die Berliner Zeitungslandschaft am Ende der Weimarer Republik, in: *Krebs, Diethart* [Hg.], Berlin 1932, Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik, Politik, Symbole, Medien S. 57-141.
Frike, Dieter u.a., [Hg.], Lexikon zur Parteiengeschichte, Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Köln 1983.

Gausmann, Ulrich, „Für Volk und Vaterland“, Eine historisch-soziologische Studie über die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands zur nationalen Frage 1945-1949, Paderborn 2001.
Göhler, Gerhard, Klein, Ansgar, Politische Theorien des 19. Jahrhunderts, in: *Lieber, Hans J.*, Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2000, S. 259-656.
Grebing, Helga, Geschichte der Arbeiterbewegung, München 1976.
Grebing, Helga, Thesen zur Niederlage der organisierten Arbeiterschaft im Kampf gegen den deutschen Faschismus, in: *Breit, Ernst* [Hg.], Aufstieg des Nationalsozialismus, Untergang der Republik, Zerschlagung der Gewerkschaften, Köln 1984, S. 94 - 106.
Groh, Dieter, Brandt, Peter, „Vaterlandslose Gesellen“, Sozialdemokratie und Nation 1860-1990, München 1992.

Hamilton, Richard F., Who voted for Hitler?, Princeton 1982.
Haury, Thomas, Antisemitismus von links, Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.
Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage, Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.
Hoepke, Klaus-Peter, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus, Düsseldorf 1968.
Holzer, Jerzy, Der Kommunismus in Europa, Politische Bewegung und Herrschaftssystem, Frankfurt am Main 1998.
Horn, Wolfgang, Der Marsch zur Machtergreifung, Die NSDAP bis 1933, Düsseldorf 1980.

Kaufmann, Bernd u.a. [Hg.], Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993.
Kiesel, Helmuth, Der Nationalsozialismus, Faszination durch Erfolg, in: *Maier, Hans* [Hg.], Wege in die Gewalt, Die modernen politischen Religionen, Frankfurt am Main 2002, S. 143 - 165.

Kinner, Klaus, Imperialismustheorie und Faschismusanalyse in KPD und Komintern, in: *Helga Grebing* [Hg.], Arbeiterbewegung und Faschismus, Faschismusinterpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990, S. 59 - 77.
Kinner, Klaus, Der deutsche Kommunismus, Selbstverständnis und Realität, Band 1, Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.
Klemperer, Klemens, Der Nationalbolschewismus und die Neu-Konservativen, in: *ders.,* Konservative Bewegungen, Wien 1957.
Knoll, Joachim, Der autoritäre Staat, Konservative Ideologie und Staatstheorie am Ende der Weimarer Republik, in: Schumann, Hans-Gerd [Hg.], Konservatismus, 2. Auflage, Königstein/Ts. 1984.
Knütter, Hans-Helmuth, Die Weimarer Republik in der Klammer von rechts- und Linksextremismus, in: *Bracher, Karl D., Funke, Manfred, Jacobsen, Hans-Adolf*, Die Weimarer Republik 1918-1933, Politik - Wirtschaft - Gesellschaft, Bonn 1998, S. 387 - 406.
Koenen, Gerd, Der Russlandkomplex, Die Deutschen und der Osten 1900-1945, München 2005.
Kocka, Jürgen, Klassengesellschaft im Krieg, Göttingen 1973.
Kratz, Peter, Rechte Genossen, Neokonservatismus in der SPD, Berlin 1995.
Kühnl, Reinhard, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 6, Meisenheim am Glan 1966.
Kurz, Thomas, Arbeitermörder und Putschisten, Der Berliner „Blutmai" von 1929 als Kristallisationspunkt des Verhältnisses von KPD und SPD vor der Katastrophe, in: IWK, 1986, Heft 3, 22. Jg., S. 297 - 317.

Langewiesche, Dieter, Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000.
Lehnert, Detlef, Das „rote" Berlin: Die Hauptstadt der deutschen Arbeiterbewegung, in: *Glaeßner, Gert-Joachim, u.a.* [Hg.], Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin, Berlin 1989.
Lenger, Friedrich, Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat, Göttingen 1986.
Longerich, Peter, Geschichte der SA, München 2003.
Lübbe, Peter, Kommunismus und Sozialdemokratie, Bonn 1978.
Luks, Leonid, Einsichten und Fehleinschätzungen: Faschismusanalyse der Komintern 1921-1928, in: *Keller, Claudia*, Antifaschismus, Geschichte und Neubewertung, Berlin 1996.

Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik, Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.
Manstein, Peter, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933, Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt/M 1989.
Michalka, Wolfgang, Deutsche Außenpolitik, in: *Bracher, Karl D., Funke, Manfred, Jacobsen, Hans-Adolf*, Die Weimarer Republik 1918-1933, Politik - Wirtschaft - Gesellschaft, Bonn 1998, S. 303 - 326.
Mohler, Arnim, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932, Ein Handbuch, 5. Aufl., Graz, Stuttgart 1999.
Mommsen, Hans, Arbeiterbewegung und nationale Frage, Göttingen 1979.
Mommsen, Hans, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar: 1918-1933, Überarbeitete und aktualisierte Auflage, Berlin 1998.
Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links: die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die „Schwarze Front" Otto Strassers 1930-1935, Stuttgart 1985.
Motschmann, Klaus, Sozialismus und Nation, Wie „deutsch" ist die DDR, München 1979.
Mühlberger, Detlef, A „Workers Party" or a „Party Without Workers"?, The Extent and Nature of the Working-Class Membership of the NSDAP, 1919-1933, in: *Fischer, Conan* [Hg.], The rise of national socialism and the working classes in Weimar Germany, Oxford 1996, S. 47 - 78.

Paetel, Karl Otto, Nationalbolschewismus und nationalrevolutionäre Bewegungen in Deutschland, Schnellbach 1999.
Petersen, Klaus, Zensur in der Weimarer Republik, Stuttgart 1995.
Pohlmann, Friedrich, Marxismus - Leninismus - Kommunismus - Faschismus, Pfaffenweiler 1995.
Pohlmann, Friedrich, Deutschland im Zeitalter des Totalitarismus, Politische Identitäten in Deutschland zwischen 1918 und 1989, München 2001.

Pirker, Theo, Zum Verhalten der Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, in: *Erdmann, Karl D., Schulze, Hagen* [Hg.], Weimar, Selbstaufgabe einer Demokratie, Köln 1979, S. 323 - 337.
Priker, Theo, Komintern und Faschismus, Stuttgart 1965.

Reimann, Günther, Über den BVG-Streik 1932, Ein persönlicher Bericht und eine politische Bewertung, in: *Krebs, Diethart* [Hg.], Berlin 1932, Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik, Politik, Symbole, Medien S. 143 - 160
Röhl, Klaus R., Nähe zum Gegner, Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt/M 1994.
Röhl, Klaus R., Fünf Tage im November, Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten und de BVG-Streik vom November 1932, in: *Krebs, Diethart* [Hg.], Berlin 1932, Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik, Politik, Symbole, Medien S.. 161 - 177.
Röpenack, Arne von, KPD und NSDAP im Propagandakampf der Weimarer Republik, Eine inhaltsanalytische Untersuchung in Leitartikeln von „Rote Fahne" und „Angriff", Stuttgart 2002.
Rohrwasser, Michael, Der Kommunismus, Verführung, Massenwirksamkeit, Entzauberung, in: *Maier, Hans* [Hg.], Wege in die Gewalt, Die modernen politischen Religionen, Frankfurt am Main 2002, S. 121 - 142.
Rosenberg, Arthur, Geschichte der Weimarer Republik, Hamburg 1991.
Rosenhaft, Eve, Beating the Fascists?, The German Communiss and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983.
Ruck, Michael, Bollwerk gegen Hitler?, Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und die Anfänge des Nationalsozialismus, Köln 1988.
Rupieper, Hermann-Josef, „Der Kampf gegen die Nationalsozialistische Seuche": Die Werbe-Abteilung der SPD und die Auseinandersetzung mit der NSDAP 1929-1932, in: IWK, Heft 1, März 1983, 19. Jg., S. 1 - 23.

Schäfer, Gerd, Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, Offenbach 1973.
Schäfer, Gerd, Gewalt, Ideologie und Bürokratismus, Das Scheitern eines Jahrhundertexperiments, Mainz 1994.
Schieder, Theodor, Nationalismus und Nationalstaat, Studien zum nationalen Problem im modernen Europa, hg. von *Dann, Otto, Wehler, Hans-Ulrich*, 2. Aufl. Göttingen 1992.
Schmidt, Thomas, Die Faschismusdiskussion auf dem VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale, in: *Grebing, Helga* [Hg.], Arbeiterbewegung und Faschismus, Faschismusinterpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990, S. 109 - 124.
Schönhoven, Klaus, Reformismus und Radikalismus, Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989.
Schröder, Hans-Christoph, Sozialistische Imperialismusdeutung, Göttingen 1973.
Schüddekopf, Otto-Ernst, Linke Leute von rechts, Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960.
Schulze, Hagen, Weimar, Deutschland 1917-1933, Überarbeitete und aktualisierte Auflage, Berlin 1994.
Schumann, Dirk, Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz, Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen middle classes), in: *Mommsen, Hans* [Hg.], Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung, Sozialer Wandel und Formenveränderung der Politik, Köln 2000, S. 83 - 106.
Schumann, Dirk, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933, Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.
Sheehan, James J., The Problem of the Nation in German History, in: *Büsch, Otto, Sheehan, James* [Hg.], Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart, S. 3-20.
Skroch, Peter, Deutsche Kommunisten als Nationalisten in der Weimarer Republik, in: *Alff, Wilhelm* [Hg.], Deutschlands Sonderungen von Europa 1862 - 1945, Studien zum Kontinuitätsproblem der Deutschen Geschichte, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1984, S. 395 - 414

Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962 & 4. Auflage, München 1994.
Striefler, Christian, Kampf um die Macht, Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

Tyrell, Albrecht, Der Aufstieg der NSDAP zur Macht, in: *Bracher, Karl D., Funke, Manfred, Jacobsen, Hans-Adolf*, Die Weimarer Republik 1918-1933, Politik - Wirtschaft - Gesellschaft, Bonn 1998, S. 467 - 483.

Vetter, Matthias, Antisemiten und Bolschewiki, Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1017-1939, Berlin 1995.
Vogt, Martin, Parteien in der Weimarer Republik, in: *Bracher, Karl D., Funke, Manfred, Jacobsen, Hans-Adolf*, Die Weimarer Republik 1918-1933, Politik - Wirtschaft - Gesellschaft, Bonn 1998, S. 134 - 157.

Weber, Hermann, Die Wandlungen des deutschen Kommunismus, Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969.
Weber, Hermann, Hauptfeind Sozialdemokratie: Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982.
Weber, Hermann, Kommunismus in Deutschland: 1918-1945, Darmstadt 1983.
Weber, Hermann, „Weiße Flecken" in der Geschichte, Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1990.
Wehler, Hans-Ulrich, Nationalismus, Geschichte - Formen - Folgen, München 2001.
Wehler, Hans-Ulrich, Radikalnationalismus - erklärt er das „Dritte Reich" besser als der Nationalsozialismus, in: *ders.*, Umbruch und Kontinuität, Essays zum 20. Jahrhundert, München 2000.
Weichlein, Siegfried, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik, Göttingen 1996.
Weiß, Hermann, Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 1998.
Wippermann, Wolfgang, Zur Analyse des Faschismus, Die sozialdemokratischen und kommunistischen Faschismustheorien, Frankfurt/M 1981.
Winkler, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen, Erster Band, Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reichs bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000.
Winkler, Heinrich August, Weimar 1918-1933, Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.
Winkler, Heinrich August, Liberalismus und Antiliberalismus, Göttingen 1979.

Ziemann, Benjamin, Das „Fronterlebnis" des Ersten Weltkriegs - eine sozialhistorische Zäsur? Deutungen und Wirkungen in Deutschland und Frankreich, in: *Mommsen, Hans* [Hg.], Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung, Sozialer Wandel und Formenveränderung der Politik, Köln 2000, S. 43-82.
Zollitsch, Wolfgang, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus, Göttingen 1990.

10. Personenregister

Anlauf, Paul 67
Arnheim, Rudolf 301
Barbusse, Henri 299
Barckhausen, Joachim 319
Baumgarten, Alexander 136, 216, 218
Bayer, Ludwig (d.i. Ranke, Hans Hubert von) 257, 259
Becher, Johannes R. 256, 299
Beck, Ludwig 134
Beradt, Martin 301
Boetticher, Wolf von 238, 251
Bonhoeffer, Dietrich 244
Bottländer, Theodor 105, 108, 109, 233, 257, 259, 262, 263, 267, 268, 269, 271, 273, 274, 275, 281, 284, 285, 286, 288, 289, 294, 313, 314, 316, 320, 321
Bracke, Heinz (d.i. Römer, Josef) 304
Braun, Otto 253, 254
Brecht, Bertold 301
Breitscheid, Rudolf 154, 348
Brentano, Bernhard von 301
Bresser, Mathias (d.i. Ranke, Hans Hubert von) 319
Brüning, Heinrich 48, 59, 74, 76, 83, 326, 327, 330, 341, 348, 350, 360
Buchrucker, Bruno Ernst 136, 306
Clausewitz, Carl von 370
Delbrück, Hans 377
Diels, Rudolf 315
Duesterberg, Theodor 120
Dünow, Hermann 100, 259, 267, 320
Ebeling, Hans 182
Engel, Rudolf 109
Engels, Friedrich 197, 340, 372, 375, 376, 377
Erhardt, Hermann 253
Feder, Gottfried 150, 152
Feuchtwanger, Franz 91, 97, 105, 109, 110, 111, 112, 113
Feuchtwanger, Lion 212
Flieg, Leo 99
Florin, Wilhelm 41
Frank, Hans (Frank II) 137, 138
Frank, Henri-George (d.i. Ranke, Hans Hubert von) 320
Frank, Leonhardt 301
Freisler, Roland 317
Frick, Wilhelm 334, 336
Fülle, Erich 238, 247, 248
Gäbler, Fritz 146, 248
Gabor, Andor 299
Geschke, Ottomar 79
Giesecke, Gerhard 109, 238, 244, 247, 259, 260, 264, 265, 266, 270, 281, 298, 299, 309, 310, 311
Gintelmann (Vorname unbekannt) 54
Gläser, Ernst 299
Gneisenau, August Neidhardt von 376
Goebbels, Joseph 25, 38, 73, 79, 149, 150, 151, 153, 172, 227, 237, 326, 336, 341
Goetz, Hilde (geb. Klein) 317
Goldschmidt, Alfons 299
Goller, Hans 248
Golßenau, Arnold Vieth von (Renn, Ludwig) 255, 259, 377
Göring, Hermann 334, 336
Graf, Otto 253
Groener, Wilhelm 141, 162, 177, 221, 362
Grubitz (Vorname unbekannt) 238, 251, 281
Grzesinski, Albert 122, 123
Haas, Wilhelm 301
Hacke, Fritz 238, 252
Halem, Nikolaus von 316
Harnack, Arvid 317
Hartwimmer, Hans 253, 302, 316
Hegemann, Werner 301
Heinrich, Otto (d.i. Römer, Josef) 253
Herder, Georg 238, 249, 250
Hervé, Gustav 334
Heß, Rudolf 253
Hieronymus, Ludwig (d.i. Römer, Josef) 253
Hilscher, Friedrich 174, 175
Hindenburg, Paul von 82, 120, 333
Hitler, Adolf 25, 44, 57, 73, 76, 77, 79, 82, 84, 96, 107, 120, 121, 134, 138, 139, 140, 142, 143, 144, 147, 150, 151, 152, 154, 159, 166, 167, 170, 173, 175, 185, 187, 189, 216, 218, 220, 221, 223, 227, 231, 237, 239, 244, 253, 309, 310, 312, 318, 321, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 338, 340, 341, 348, 350, 356, 365
Hodann, Max 301
Hugenberg, Alfred 195, 239, 326, 327
Jung, Franz 213
Jünger, Ernst 173, 182, 244
Jurr, Werner 173, 174
Kaas, Ludwig 239
Kai-shek, Chiang 369
Kappstein, Theodor 301
Kästner, Erich 301
Kayssler, Friedrich 244
Kerff, Aenne (Kjossewa, Christine) 105, 109, 110, 258, 259, 270, 274, 314, 321, 322
Killinger, Manfred von 158

Kippenberger, Hans 95, 97, 98, 99, 100, 102, 105, 108, 109, 110, 118, 152, 153, 179, 233, 234, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 274, 275, 281, 282, 288, 293, 303, 304, 311, 313, 314, 319, 320, 321, 322, 323, 330, 348, 349, 385
Kippenberger, Thea 322
Kippenberger, Wilhelm 259, 264, 266, 267, 273, 274, 305, 313
Kjossew, Dino 322
Klausmann, Robert 43
Knöchel, Wilhelm 317
Koenen, Wilhelm 52, 61, 205
König, Johannes Karl 299
Konrad, Karl 238, 251
Korn, Wilhelm 108, 238, 244, 245, 246, 247, 259, 260, 266, 267, 281, 282, 298, 317, 318, 346, 353, 354
Koska, Willi 65
Kuckhoff, Adam 317
Kurella, Heinrich 351, 352
Kuusinen, Otto 359
Lask, Berta 299
Laß, Werner 213
Laufenberg, Heinrich 183
Lenin (Uljanow, Wladimir Iljitsch) 26, 52, 154, 163, 167, 172, 196, 308, 363, 376
Lenk, Franz 67
Lenk, O. 238, 251, 281
Lenz (d.i. Winternitz, Joseph) 48, 79
Liebknecht, Karl 53
Linsert, Richard 105
Lippert, Julius 149
Lübbe, Marius van der 314
Ludin, Hans 133, 134, 135, 136, 139, 157, 158, 207, 208, 231, 232
Martin, Hubert (d.i. Ranke, Hans Hubert von) 320
Marx, Karl 172, 197, 343, 376
Maslowski, Peter 299
Mehring, Walter 301
Merker, Paul 43
Moeller van den Bruck, Arthur 353
Mossakowsky, Eugen 26
Mücke, Helmut von 39
Mühsam, Erich 173, 301
Müller, Hermann 350
Mumm von Schwarzenstein, Bernhard 316
Münzenberg, Wilhelm 176
Mussolini, Benito 26, 65, 335, 356, 357
Neubauer, Theodor 330, 341, 343, 355, 360, 365, 366
Neumann, Heinz 38, 68, 76
Niekisch, Ernst 26, 27, 35, 173, 175, 176, 342
Noll, Alfred 48, 54
Noske, Gustav 79, 334
Obuch, Gerhard 211, 231
Olden, Rudolf 133
Oldenburg, Ulrich 342
Orvath, Oedön 301
Ossietzky, Carl von 196, 197
Paetel, Karl Otto 173, 176, 213
Papen, Franz von 83, 333, 350, 365
Pfeffer von Salomon, Franz 135
Pieck, Wilhelm 321
Preußen, Friedrich Wilhelm von (Wilhelm II) 182
Radek, Karl 253
Ranke, Hans Hubert von 109, 253, 256, 257, 267, 319, 320
Rathenau, Walter 372
Rätschke (Vorname unbekannt) 342
Rehm, Rudolf 108, 238, 244, 245, 246, 259, 260, 261, 263, 266, 268, 270, 272, 274, 281, 282, 289, 317, 325, 326, 357
Remmele, Hermann 80, 112, 354
Renn, Ludwig (Golßenau, Arnold Vieth von) 108, 211, 255, 256, 259, 265, 266, 267, 290, 299, 300, 301, 302, 303, 315, 377
Reventlow, Ernst Graf zu 161
Riedel, Fritz 316
Röhm, Ernst 253
Römer, Fritz 302
Römer, Josef (Beppo) 108, 117, 234, 242, 252, 253, 254, 256, 259, 262, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 282, 286, 287, 289, 292, 295, 300, 302, 303, 304, 305, 306, 312, 313, 315, 316, 317, 318, 319, 348, 349, 350, 356, 361, 362, 366, 371,372, 375
Rosenberg, Alfred 154
Sachse, Wilhelm 319
Salomon, Bruno von 109, 176
Samter, Arthur 299
Sauerbruch, Ferdinand 316
Schacht, Hjalmar 327
Schehr, John 99
Scheringer, Richard 77, 78, 87, 88, 113, 117, 133, 134, 135, 136, 138, 139, 140, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 235, 236, 238, 240, 241, 244, 249, 250, 254, 264, 275, 289, 296, 301, 302, 303,

304, 306, 307, 309, 310, 317, 318, 324, 325, 342, 344, 345, 346, 347, 348, 377, 388, 389
Schleicher, Kurt von 231, 330, 335, 350, 365
Schmidt, Karl 250
Schmid-Wildbad (Vorname unbekannt 250
Schmid-Wildbad (Vorname unbekannt) 238
Schneller, Ernst 95
Scholl, Sophie und Hans 232
Schulte, Fritz 39, 40, 65, 68, 321
Schulze-Boysen, Heinz Harro 213, 317
Schwarz, Rudolf 146, 232
Seeckt, Hans von 134
Seldte, Franz 189, 237, 348
Stalin (Dschugaschwili, Iossif Wissarionowitsch) 75, 172, 357
Stenbock-Fermor, Alexander Graf 211, 214, 215, 231, 238, 243, 244, 281, 289, 302, 303, 317, 318, 319, 378
Stennes, Walter 72, 77, 78, 147, 151, 158, 188, 189, 237, 309, 340, 341
Strasser, Gregor 335, 336, 337
Strasser, Otto 26, 43, 44, 78, 119, 147, 158, 166, 173, 196, 235, 237, 244, 245, 306, 309, 318, 340, 341, 342, 347, 366
Stresemann, Gustav 154, 350
Tartsch (Vorname unbekannt) 238, 251, 260, 281, 282
Thälmann, Ernst 39, 42, 43, 44, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 55, 56, 57, 60, 61, 62, 63, 65, 66, 68, 69, 70, 74, 76, 80, 81, 82, 83, 95, 99, 120, 121, 166, 260, 321
Thieß, Frank 212, 244
Thomas, Otto 253
Thores, Maurice 57
Toller, Ernst 301
Trotzki, Leo (Bronstein, Lew Dawidowitsch) 76, 198, 199
Uhrig, Robert 317, 319
Uhse, Bodo 109, 378
Ulbricht, Walter 48, 321
Wagener, Otto 334
Weiß, Wilhelm 135
Wels, Otto 239
Wendt, Hans 133, 134, 136, 145, 146, 147, 148, 149, 157, 158, 211
Wessel, Horst 123
Winterich, Jean 41
Winternitz, Josef (Lenz) 48
Wittfogel, Karl August 256, 287, 332, 359
Wolffheim, Fritz 183
Woroschilow, Kliment Jefremowitsch 152, 375
Yorck von Wartenburg, Peter Graf 316
Zäncker, Georg 290
Zehrer, Hans 311